Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 74/I

Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Bonn 1972

Macht und ökonomisches Gesetz

Erster Halbband



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Neue Folge Band 74/I

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Neue Folge Band 74/I

Verhandlungen auf der Jubiläumstagung in Bonn vom 4.-7. September 1972

aus Anlaß des Eisenacher Kongresses von 1872

Herausgegeben von Hans K. Schneider und Christian Watrin

Erster Halbband



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Bonn 1972

Macht und ökonomisches Gesetz

Erster Halbband



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten © 1973 Duncker & Humblot, Berlin 41 Gedruckt 1973 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61 Printed in Germany

ISBN 3 428 02965 8

Vorwort

Vom 4. bis 7. September 1972 hielt die Gesellschaft für Wirtschaftsund Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik — aus Anlaß der einhundertsten Wiederkehr des Eisenacher Kongresses von 1872 in Bonn eine Jubiläumstagung ab, die unter dem Generalthema "Macht und ökonomisches Gesetz" stand. Die beiden vorliegenden Bände enthalten die Referate und Diskussionsvoten dieser Veranstaltung. Die Herausgeber danken allen, die am Zustandekommen dieser Bände mitgewirkt haben: an erster Stelle den Referenten, die sich bereit fanden, Beiträge zu den zahlreichen Teilaspekten des Generalthemas zu liefern. Sie haben in fast allen Fällen der Bitte des Wissenschaftlichen Leiters entsprochen, ihre Texte rechtzeitig vor der Tagung vorzulegen und sie in dieser Form auch für den Abdruck zur Verfügung zu stellen. Herr Professor W. Krelle (Bonn) willigte im Interesse der Senkung der Druckkosten darin ein, daß der umfangreiche und informative statistische Anhang zu seinem Referat nicht im Tagungsband veröffentlicht wird. An zweiter Stelle sind die Korrefernten zu nennen, die sich der Mühe unterzogen haben, die Texte ihrer Vorredner zu studieren, zu kommentieren und dadurch die Behandlung des Themas zu komplettieren. Dank gebührt auch den Diskussionsleitern, die durch umsichtige Verhandlungsführung und durch eigene Anregungen wesentlich zu der lebhaften Diskussion beigetragen haben. Schließlich sind die Diskussionsredner zu erwähnen, die ihre Auffassungen und Einwände spontan vorgetragen und dadurch die wissenschaftliche Auseinandersetzung gefördert haben.

Nicht nur den zahlreichen unmittelbar Beteiligten, deren Namen in diesen beiden Bänden festgehalten sind, schulden die Herausgeber Dank, sondern auch der großen Zahl der "unsichtbaren" Helfer, die die Tagung organisatorisch vorbereiteten und abwickelten und die bei der Drucklegung tatkräftig mitwirkten. Zu danken ist Herrn Professor Karl Heinrich Hansmeyer für die Vorbereitung des Rahmenprogramms, Herrn Diplom-Volkswirt Heinz-Dieter Haas, dem unermüdlichen Geschäftsführer des Vereins, für die Organisationsarbeit, Frau Resi Antz und Fräulein Gudrun Vogl für die Büroarbeiten, Dr. Manfred Kern für die umfangreiche Pressearbeit, Frau Trudi Brauers und Herrn Wolfgang Rensonet für das Lesen der Korrekturfahnen und Herrn Diplom-Volkswirt Rudolf Mikus für die Hilfe bei den Umbrucharbeiten.

VI Vorwort

Die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik — dient als gemeinnützige Organisation der Förderung der Wissenschaft. Obwohl die in ihr tätigen Mitglieder ehrenamtlich arbeiten, waren die Kosten für die Durchführung der Tagung sehr hoch. Die Mitglieder wären nicht in der Lage gewesen, diese Kosten allein zu tragen. Deshalb sei an dieser Stelle auch denjenigen gedankt, die durch großzügige finanzielle Unterstützung die Tagung möglich gemacht haben.

Köln, im Juli 1973

Hans K. Schneider Christian Watrin

Inhaltsverzeichnis*

ERSTER HALBBAND

Eröffnungsveranstaltung	1
Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Professor Dr. Hans K. Schneider, Köln	3
Ansprache des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen, Helmut Schmidt, Bonn	8
Adresse des Präsidenten der International Economic Association, Professor Dr. Dr. h. c. mult. <i>Fritz Machlup</i> , Princeton, N. J	16
Festvortrag von Professor Dr. Dr. h. c. mult. Fritz Neumark, Frankfurt: Wissenschaft und Politik	25
Ökonomische Beziehungen und soziale Kategorie	49
Leitung: Waldemar Wittmann, Frankfurt	
Alec Nove, Glasgow: Knappheit, Allokation und Macht	51
Wilhelm Krelle, Bonn: Macht und ökonomisches Gesetz in der Verteilung	77
Hans Albert, Mannheim: Der Gesetzesbegriff im ökonomischen Denken	129
Louis J. Zimmerman, Amsterdam: Die Machtproblematik im ökonomischen Denken	163
Ernst-Joachim Mestmäcker, Bielefeld: Macht — Recht — Wirtschaftsverfassung	183
Diskussion der Referate:	
Referat Alec Nove Leitung: Stephan Koren, Wien (Karl Georg Zinn, Aachen)	201
Referat Wilhelm Krelle	218
Referat Hans Albert	245

st Die in Klammern erwähnten Teilnehmer haben die Diskussion mit einem vorbereiteten Beitrag eingeleitet.

Inhaltsverzeichnis

VIII

Referat Louis J. Zimmerman Leitung: Gottfried Bombach, Basel (M. A. G. van Meerhaeghe, Gent)	277
Referat Ernst-Joachim Mestmäcker Leitung: Hans Möller, München (Georg Brunner, Würzburg)	301
1. Arbeitskreis	
Der Gesetzes- und Machtbegriff in den Wirtschaftswissenschaften	329
Leitung: Walter Hamm, Marburg	
Alexander Gerschenkron, Cambridge/USA: Macht und ökonomisches Gesetz aus der Sicht der materialistischen Geschichtsauffassung	333
Diskussion(Harald Winkel, Aachen)	368
Oskar Morgenstern, New York: Spieltheorie als allgemeine Theorie des Machtkonfliktes Diskussion	385 403
Bert F. Hoselitz, Chicago: Entwicklungsgesetze der Wirtschaft versus Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung Diskussion (Wolfram Fischer, Berlin)	417 446
Walburga Rödding, Köln: Macht: Präzisierung und Meßbarkeit Diskussion (Hans Heinrich Nachtkamp, Münster)	457 473
Erik Boettcher, Münster: Ökonomische Gesetze und Wirtschaftsplanung — die Bedeutung der Industrialisierungsdebatte in der UdSSR Diskussion	49 1 511
2. Arbeitskreis	E00
Formen und Wirkungen der Marktmacht	529
Leitung: Artur Woll, Gießen	
Armin Gutowski, Frankfurt: Theoretische Ansätze zu einem Konzept von Anbietermacht Diskussion	531 559

Inhaltsverzeichnis	IX
Gerhard Scherhorn, Hamburg: Marktinformation und Marktmacht Diskussion	583 605
(Erich Hoppmann, Freiburg) Erich Kaufer, Saarbrücken: Marktmacht und Innovationen Diskussion (Christian Smekal, Innsbruck)	619 635
Wolfram Engels, Frankfurt: Die Macht nicht-hoheitlicher Kollektivvermögen Diskussion (Theo Thiemeyer, Linz)	657 678
Hans Würgler, Zürich: Inflation als Machtproblem Diskussion (Klaus Dieter Arndt, Berlin)	697 721
ZWEITER HALBBAND 3. Arbeitskreis	
Wirtschaftliche Macht und politische Ordnung	735
Leitung: Alois Oberhauser, Freiburg	
François Perroux, Paris: Macht und ökonomische Gesetzmäßigkeit Diskussion	737 755
Dietrich Kebschull, Hamburg: Die ökonomische und politische Macht multinationaler Unternehmen Diskussion	763 791
Hellmut Stefan Seidenfus, Münster: Umweltschutz, politisches System und wirtschaftliche Macht Diskussion	809 832
Peter Bernholz, Basel: Die Machtkonkurrenz der Verbände im Rahmen des politischen Entscheidungssystems Diskussion (Edwin H. Buchholz, Tübingen)	859 882
Lord Balogh, Oxford: Macht oder ökonomisches Gesetz innerhalb der internationalen Wirtschaftsbeziehungen Diskussion (Gerhard Fels, Kiel)	899 929

4. Arbeitskreis

Gesellschaftliche Realität und ökonomische Theorien	945
Leitung: Alfred E. Ott, Tübingen	
Winfried Vogt, Regensburg: Das ökonomische Gesetz als Macht Diskussion (Willy Meyer, Nürnberg)	947 966
Erwin K. Scheuch, Köln: Soziologie der Macht Diskussion (Marcell Schweitzer, Tübingen)	
Robert Reichardt, Wien: Strukturelle Aspekte der Reziprozität und allgemeiner sozialer Austauschphänomene Diskussion: Referate Erwin K. Scheuch und Robert Reichardt (zum Referat Reichardt: Helmut Schneider, Mannheim)	1049
Kurt W. Rothschild, Linz: Macht: Die Lücke in der Preistheorie Diskussion (Karl Brandt, Freiburg)	
Egon Sohmen, Heidelberg: Machttheorie oder Preistheorie Diskussion (Werner Zohlnhöfer, Freiburg)	
5. Arbeitskreis	
Wirtschaftsverfassung, Produktionsmitteleigentum und wirtschaftliche Macht	
Leitung: Helmut Meinhold, Frankfurt	
Karl Oettle, München: Produktionsmitteleigentum und wirtschaftliche Macht Diskussion (Norbert Szyperski, Köln)	
Otto Kunze, Düsseldorf: Wirtschaftsdemokratie als Programm zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht Diskussion (Hans Besters, Bochum)	1215
Hans Heinrich Rupp, Mainz: Die "öffentlichen" Funktionen der Verbände und die demokratischrepräsentative Verfassungsordnung	1251

Verzeichnis der Referenten und Diskussionsteilnehmer 1463

Zeitplan der Jubiläumstagung in Bonn

	Х	П			Zeitp	lan				
					Diskussion Mestmäcker Hörsaal VIII	Arbeitskreis 5 Hörsaal XII Oettle Kunze Bupp		Arbeitskreis 6 Hörsaal XII Hansmeyer Csikos-Nagy	er a	
		Neumark			Diskussion Zimmerman Hörsaal XII	Arbeitskreis 4 Hörsaal VIII Vogt Scheuch Reichardt	7	Arbeitskreis 4 Hörsaal VIII Rothschild Sohmen		
	mmlung	Eröffnung: Schmidt, Machlup, Neumark			Diskussion Albert Hörsaal IX	Arbeitskreis 3 Hörsaal IX Perroux Kebschull Seidenfus	Bankett und Gesellschaftsabend	Arbeitskreis 3 Hörsaal IX Bernholz Balogh		
)	Mitgliederversammlung	Eröffnung: Schı	Empfang	Nove Krelle Albert Zimmerman Mestmäcker	Diskussion Krelle Hörsaal III	Arbeitskreis 2 Hörsaal VII Gutowski Scherhorn Kaufer	Bankett und Ge	Arbeitskreis 2 Hörsaal VII Engels Würgler	Ortlieb Streißler Diskussion Schneider	
_		: 6°		·	Diskussion Nove Hörsaal VII	Arbeitskreis 1 Hörsaal X Gerschenkron Morgenstern Hoselitz		Arbeitskreis 1 Hörsaal X Rödding Boettcher		
	Beethovenhalle Studio	Beethovenhalle Großer Saal	Beethovenhalle Foyer	Beethovenhalle Großer Saal	Universität Bonn	Universität Bonn	Stadthalle Bad Godesberg	Universität Bonn	Beethovenhalle Großer Saal	
	11.30 - 13.00	16.00 - 19.00	19.30	9.00 - 10.00 10.00 - 11.00 11.00 - 12.00 14.00 - 15.00 15.00 - 16.00	16.30 - 18.00	9.00 - 11.00 11.00 - 13.00 15.00 - 17.00	19.30	9.00 - 11.00 11.00 - 13.00	14.30 - 15.15 15.15 - 16.00 16.15 - 17.45 17.45 - 18.45	
	Montag 4. 9. 72			Dienstag 5. 9. 72		Mittwoch 6. 9. 72		Donnerstag 7. 9. 72		

Eröffnungsveranstaltung

Begrüßungsansprache des Vorsitzenden

Hans K. Schneider, Köln

Frau Vizepräsident des Deutschen Bundestages,
Herr Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen,
sehr geehrte Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages
und der Landtage,
sehr geehrte Herren Minister,
Magnifizenzen und Herren Universitätspräsidenten,
Herr Präsident, Herr Vizepräsident, liebe Kollegen der International
Economic Association,
sehr geehrte Kollegen befreundeter Gesellschaften des Auslands
und des Inlands,
sehr verehrte Damen, meine Herren!

Zur Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik — heiße ich Sie im Namen des Vorstandes herzlich willkommen.

Unsere Jubiläumstagung hat — trotz der Konkurrenz der Olympiade — eine große Zahl von Teilnehmern aus dem In- und Ausland zusammengeführt. Ich freue mich besonders darüber, daß der Nachwuchs in Wissenschaft und Praxis wie schon bei den letzten Tagungen wieder zahlreich vertreten ist und die Tendenz des sinkenden Durchschnittsalters unserer Tagungsteilnehmer sich somit fortgesetzt hat.

Ich bitte um Ihr Verständnis, wenn ich grundsätzlich darauf verzichte, einzelne namentlich zu begrüßen. Es wäre mir unmöglich, innerhalb einer vertretbaren Zeitspanne allen, die durch Amt und Persönlichkeit ausgezeichnet sind, für ihr Kommen zu denken. Doch erlauben Sie mir zwei Ausnahmen. Wenn ich den Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen Helmut Schmidt persönlich begrüße, so vor allem deshalb, weil Sie, Herr Minister, sich für die Teilnahme an unserer Veranstaltung freigemacht und sich auch bereit gefunden haben, zu uns zu sprechen. Mein besonderer Gruß gilt weiter Herrn Kollegen Machlup: Es ist uns eine große Freude, daß wir Sie, Herr Machlup, auf unserer Jubiläumstagung begrüßen dürfen; ich danke Ihnen für Ihr Kommen und ganz besonders für Ihre Bereitschaft, eine Adresse an die Festversammlung zu richten. Ich möchte darauf verzichten, hier im einzelnen

vorzutragen, wer unserer Einladung zum Kongreß nicht folgen konnte und warum. Doch zwei Ausnahmen bitte ich, mir auch hier zu erlauben.

Der Herr Bundespräsident ist wegen zwingender Termine verhindert. Er hat uns das folgende Grußwort gesandt:

"Zur Hundertjahrfeier Ihrer Eisenacher Tagung gratuliere ich Ihnen. Der Verein für Socialpolitik hat große Verdienste in der Erforschung und Diskussion sozialer, wirtschaftlicher und politischer Fragen. Wir alle sind vor große Aufgaben gestellt, wenn wir die Qualität des Lebens in unserer von vielen Gefährdungen bedrohten Umwelt erhalten wollen. Ich bin sicher, daß auch der Verein für Socialpolitik seinen Beitrag zur Lösung der uns bedrängenden Probleme leistet."

gez. Gustav W. Heinemann

Vom Herrn Bundeskanzler, der ebenfalls wegen bindender Verpflichtungen nicht hier sein kann, ist folgendes Grußtelegramm eingegangen:

(Beifall)

"Den Teilnehmern der Jubiläumstagung des Vereins für Socialpolitik übermittle ich meine besten Grüße. Für Ihre Tagung haben Sie ein Thema ausgewählt, das den Politiker wie den Wirtschaftswissenschaftler gleichermaßen beschäftigt und das der Tradition Ihrer Vereinigung besonders entspricht. Bereits in seinem Gründungsauftrag hatte sich der Verein für Socialpolitik für mehr staatliche Aktivität zum Wohle aller Bürger ausgesprochen. In den letzten 100 Jahren haben seine Mitglieder durch wissenschaftliche und publizistische Arbeiten immer wieder dazu beigetragen, daß unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem fortentwickelt und verbessert wurde. Ich hoffe deshalb, daß auch diese Tagung die gesellschaftspolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland anregen wird."

gez. Willy Brandt

(Beifall)

Sehr verehrte Damen, meine Herren!

Nach Initiativen des Hochschullehrers Adolph Wagner und des Journalisten von Eckardt, einen "Kongreß für soziale Reform" ins Leben zu rufen, trafen sich am 6. und 7. Oktober 1872 in Eisenach Vertreter der Wissenschaft, der Politik und der Praxis in der Absicht, eine "Verständigung der Gebildeten aller politischen Parteien" zu suchen, weil die Initiatoren überzeugt waren, daß "... die Zukunft unserer Kultur ... wesentlich dadurch beeinflußt sein wird, wie unsere sozialen Zustände in allernächster Zeit sich gestalten". Unsere diesjährige Tagung soll an diese erste Eisenacher Versammlung erinnern, die den Anstoß zur

Gründung des Vereins für Socialpolitik im darauffolgenden Jahre gab. Es entspricht der Tradition unserer Gesellschaft, dieser ersten Eisenacher Versammlung, der eigentlichen Geburtsstunde, bei den runden Geburtstagen zu gedenken, und nicht des formalen Gründungsakts.

Die Initiatoren und Gründer wollten nicht eine wissenschaftliche Vereinigung schaffen. Von den 158 Teilnehmern an der Gründungsversammlung waren nur 24 Hochschullehrer. Der Verein für Socialpolitik war zunächst eine in erster Linie politisch motivierte Vereinigung überparteilicher Art, die - einer späteren Bezeichnung folgend - als "Agitations-Verein" auf die Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse hinwirken wollte. Die Vertreter der Wissenschaft sahen sich mit Vertretern der Politik in einer "Auffassung des Staats (einig), die gleich weit von der naturrechtlichen Verherrlichung des Individuums und seiner Willkür wie von der absolutistischen Theorie einer alles verschlingenden Staatsgewalt entfernt war". Schon um die Wende zu den achtziger Jahren erzwangen Richtungskämpfe im Verein für Socialpolitik eine Neuorientierung der Aufgabenstellung. War bei der ersten Eisenacher Versammlung noch daran gedacht, die Diskussionsergebnisse zu Gesetzesvorschlägen zu verarbeiten, so konnte man sich bald nur noch darauf einigen, daß der jeweilige Vorsitzende eine Zusammenfassung von Diskussionen gab, auf einen Beschluß aber verzichtet wurde; schließlich mußte auch die Zusammenfassung aufgegeben werden, weil Vorsitzende dazu neigen, Zensuren zu erteilen. So begann die Entwicklung des Vereins zu einem wissenschaftlichen Diskussionsforum, die 1882 vom damaligen Vorsitzenden auf die folgende Formel gebracht wurde: "...eine vom Kampf der Parteien und Interessen möglichst unabhängige, sachgemäße und gründliche Erörterung sozialpolitischer Fragen in Schrift und Wort zu veranstalten und so die Gesetzgebung auf diesem Gebiet anzuregen und vorzubereiten".

Die Richtungskämpfe hielten an. Im Anschluß an die Mannheimer Tagung, 1905, auf der heftig über Wettbewerbspolitik gestritten wurde, wurde erneut debattiert, ob der Verein ein "freier Sprechsaal" sein sollte. Mit Mühe gelang es, eine Auflösung des Vereins zu verhindern. Der Verein für Socialpolitik wurde schließlich dieser "freie Sprechsaal" für Wissenschaftler und Praktiker des deutschen Sprachraums. Andere mögen beurteilen, welche unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen der Verein für die Wirtschafts- und Sozialpolitik gehabt hat. Mein Anliegen ist es, hier zu betonen, daß der Verein für Socialpolitik immer der Umarmung seitens der Politik oder irgendwelcher Interessengruppen erfolgreich widerstanden hat. Er widerstand einem von Bismarck lancierten Versuch, ihn für die Unterstützung seiner Schutzzollpolitik zu gewinnen. Die Tagungen, insbesondere diejenige in Frankfurt (1890), die erste Jubiläumstagung in Köln (1897) und die Mannheimer Tagung

1905, brachten heftige Auseinandersetzungen mit Vertretern verschiedenster Gruppen. Ein an der Diskussion auf der Frankfurter Tagung 1890 Beteiligter behauptete sogar, daß er sich keiner Übertreibung schuldig mache, wenn er sage, daß dort "unflätige Angriffe" gegen die von ihm vertretene Gruppe unternommen worden seien, und "diese unflätigen Angriffe wurden mit einem frenetischen Jubel von den jungen Studierenden begrüßt…".

Sein Bemühen um Unabhängigkeit führte schließlich auch zur Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1936. Es war der einzige Fluchtweg vor der Diktatur.

Im Jahre 1947 wurde die Neugründung beschlossen, und 1948, auf der ersten Nachkriegstagung in Marburg, konstituierte sich die neue Vereinigung. Als zusätzlicher Titel wurde gewählt: "Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften". Seitdem hat die Gesellschaft sich auf den im Zweijahresturnus stattfindenden Tagungen, auf besonderen Arbeitstagungen und zahlreichen Sitzungen ihrer Ausschüsse mit einer Vielfalt von wirtschaftstheoretischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen befaßt. An diesen Arbeiten haben auch Juristen, Politologen, Soziologen und neben Wissenschaftlern auch Praktiker mitgewirkt. Ihren Niederschlag findet die Arbeit seit 1948 in 66 Bänden der Neuen Folge der Schriften der Gesellschaft. So können wir heute vermerken, daß die bei der 50-Jahrfeier in Eisenach ausgesprochene Hoffnung sich erfüllt hat: "Der Verein ist nicht tot, er lebt und wird, wenn Sie die erforderliche Unterstützung gewähren, hoffentlich nach abermals 50 Jahren . . . seinen hundertsten Geburtstag feiern."

Der Vorstand hat sich entschieden, die Jubiläumstagung unter das Thema "Macht und ökonomisches Gesetz" zu stellen. Kollege Watrin wurde mit der wissenschaftlichen Vorbereitung beauftragt; ich benutze die Gelegenheit, um ihm für seinen großen Einsatz herzlich zu danken.

Die Aufgliederung des Problemkomplexes in Themengruppen und Einzelthemen zeigt, daß es hier um Grundfragen der Wirtschaftswissenschaft geht. Bewußt hat der Vorstand nicht die Formulierung des berühmten Aufsatzes von Böhm-Bawerk "Macht oder ökonomisches Gesetz?" (1914) gewählt; zumindest das ausschließende "oder" wäre nach Meinung des Vorstandes und des wissenschaftlichen Leiters nicht angebracht. Es wird auf unserer Tagung sorgfältig zu prüfen sein, ob die unter Machtaspekten an der ökonomischen Theorie geübte Kritik stichhaltig ist, wie umgekehrt nach der analytischen Präzision des Machtbegriffes zu fragen ist. Wir sollten Böhm-Bawerks mahnenden Hinweis, daß diejenigen, die die Macht in den Vordergrund ihrer Erklärungen stellten, "die Tragweite der erklärenden Kraft ihrer Lieblingsformel überschätzten", nicht überhören und uns vor der Verwen-

dung eines amorphen Machtbegriffes, der alles und daher nichts erklärt, hüten.

Die Tagung hat somit die Aufgabe, vor allem die klassisch-neoklassische Theorietradition — ich verwende den Begriff hier sehr weit — unter dem Gesichtspunkt zu analysieren, ob und wie sie Machtphänomene in ihren Erklärungsansatz einbezieht. Daneben aber steht gleichberechtigt die Aufgabe, die zahlreichen machttheoretischen Richtungen - wenn Sie so wollen, die Heterodoxie - auf die Erklärungskraft ihrer Beiträge zu befragen. Um Böhm-Bawerk ein weiteres Mal zu zitieren: bei der Frage "Macht und ökonomisches Gesetz" geht es um "nicht mehr und nicht weniger als um die wissenschaftliche Fundierung jeder rationalen Volkswirtschaftspolitik". Unser Tagungsprogramm greift diesen Gedanken auf. Es werden die Beziehungen zwischen ökonomischer und politischer Macht, zwischen Wirtschaftsordnung und Gesellschaftssystem Gegenstand unserer Erörterungen sein. Es versteht sich, daß das heute nicht mehr von Ökonomen allein geleistet werden kann. Ich freue mich daher, daß die Vertreter unserer Nachbardisziplinen, der Jurisprudenz, der Soziologie, der Sozialpsychologie und der Politologie uns hierzu in Referaten und vorbereiteten Diskussionsbeiträgen Hilfe leisten werden.

Sehr verehrte Damen, meine Herren!

Ich erkläre hiermit die Jubiläumstagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik — für eröffnet und bitte den Herrn Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen Helmut Schmidt, das Wort zu ergreifen.

(Beifall)

Ansprache des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen

Helmut Schmidt, Bonn

Wenngleich ich vor weniger als 8 Wochen noch nicht die leiseste Vorstellung davon hatte, daß ich in gegenwärtiger Amtseigenschaft zu Ihnen ein Wort zu sagen haben würde, so möchte ich doch betonen, daß es mir eine wirkliche Freude ist und auch eine Ehre, auf dieser Tagung, die ja zugleich ein Jubiläum des Vereins für Socialpolitik ist, in meiner gegenwärtigen Eigenschaft das eine oder andere Wort zum guten Anfang zu sagen.

Ich kann und will dabei Ihren wissenschaftlichen Erwägungen nicht vorgreifen und will Sie auch nicht mit Einzelheiten der uns gegenwärtig beschäftigenden Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik belasten, aber einige wenige Worte, die vielleicht in den Rahmen der Tagung hineingehören, möchte ich sagen. Ich tue das im Gefühl der Dankbarkeit und des Respektes, Gefühle, an die ich mich sehr gut erinnere und immer erinnern werde, weil ich von den ersten Tagungen des Vereins für Socialpolitik nach dem Kriege als junger Teilnehmer viel profitiert habe.

Die Gründer haben vor 100 Jahren dieses wissenschaftliche Forum ins Leben gerufen, weil sie sich als Wissenschaftler mitverantwortlich fühlten für das politische und für das gesellschaftliche Geschehen. Oder deutlicher gesagt: weil sie sich mitverantwortlich fühlten für das soziale Elend der Arbeiter im Deutschland jener Zeit. Und so heißt es im damaligen Aufruf der Gründer, ich darf das zitieren: "Aus der Gesamtheit der ... Versuche zur Weiterbildung der heutigen Erwerbsgesellschaft tritt zur Zeit der Streit zwischen Kapital und Arbeit gefahrdrohend hervor. Wir sind der Ansicht, daß hier für Staat und Gesellschaft dringende Aufgaben der friedlichen Reform vorliegen." Mir kommt dies ganz modern vor. Dem Wissenschaftler und noch viel mehr dem Politiker stellt sich auch heute die Aufgabe zu gesellschaftlichem Fortschritt, zu friedlicher Reform.

Der Verein für Socialpolitik hat sich in 100 Jahren immer wieder für sozialpolitische, für gesellschaftspolitische Fragen und ihre Lösungen engagiert. Er hat oft genug mit wissenschaftlicher Präzision Erkenntnisse und Fortschritte vorangebracht. Und ich bin mir als jemand, der

von Berufs wegen Politik treibt, bewußt, daß wir der Forschung vieler — nicht nur der reinen ökonomischen Lehre Verpflichteter, sondern zugleich eben auch politisch engagierter — Wissenschaftler den hohen Erkenntnisstand verdanken, der es dem Politiker heute leichter macht, die gesellschaftlichen und die wirtschaftlichen Aufgaben eines Gemeinwesens zu bewältigen.

Dies ist auch der Grund für die Bundesregierung, wenn sie gegenwärtig unter Federführung meines Kollegen, des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, ein Programm zur verstärkten Förderung der Gesellschaftswissenschaften vorbereitet. Hauptzweck dieser Initiative ist es, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Entwicklungen unserer Gesellschaft zu verstärken. Praxisbezogenheit und Anwendungsorientierung sind dabei wesentliche, aber nicht ausschließliche Elemente. Für diese Förderung der Sozialwissenschaften wird gegenwärtig ein ressortübergreifendes Programm erarbeitet und sicherlich wird dabei auch das Forschungsfeld, das durch Ihre Gesellschaft repräsentiert ist, maßgeblich angesprochen werden, wenn die Grundkonzeption des geplanten Programms im Laufe der nächsten Monate — ich denke noch in diesem Jahr — zur Diskussion gestellt wird.

Ihre Gesellschaft hat sich für diese Arbeitstagung, mit dem Generalthema "Macht und ökonomisches Gesetz", in einer Weise herausgefordert, daß ich beinahe versucht bin zu sagen: Sie hat sich selbst heroisch herausgefordert. Daß Sie "Macht und ökonomisches Gesetz" formuliert haben, und nicht den Ausweg der überkommenen antithetischen, historischen Antinomie gegangen sind, diese Tatsache weist darauf hin, daß der Verein für Socialpolitik sich bewußt nicht in den Turm der reinen Lehre begeben will, in die exklusive Distanz der behaupteten wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeit, nicht in die abstrakte Debatte über Wissenschaftlichkeit und Werturteil, sondern daß die Sozialwissenschaftler wissen, daß sie politische Verantwortung tragen, daß auch der Verein für Socialpolitik sich dieser Verantwortung stellt.

Kenneth E. Boulding hat in einem bemerkenswerten Aufsatz über die Volkswirtschaftslehre als Moral-Wissenschaft die Verantwortlichkeit der Wissenschaft in prägnanter Weise dargestellt, als er sagte: "Die Wissenschaft erforscht nicht länger nur die Welt, sie erschafft die Welt selbst, die sie erforscht." Dies bedeutet freilich, wenn wir wissenschaftliche Tätigkeit betrachten, wenn wir Forschung und Lehre in dieser gesellschaftlichen Realität sehen, daß Gesetze und Regeln und Systematisierungen, die Sie entwickeln, politische Wirkungen haben. Behauptungen, irgend ein ökonomisches Gesetz sei unpolitisch, oder sei — wie man heute sagt — machtirrelevant, können eigentlich nur oberflächlich durchdacht sein.

Häufig genug in der Geschichte wurden von der Wissenschaft gesellschaftliche Systeme mitentwickelt. Solche Systeme bewirkten und bewirken in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Gutes und Nützliches, sie dienten und dienen dem Gemeinwohl, wenn man so will dem Fortschritt. Gleichwohl können wissenschaftliche Lehrsätze aber auch heute noch als Herrschaftsideologien mißbraucht werden von solchen, die durch ihre Anwendung Macht und Einfluß gewinnen oder bewahren. Unter Berufung auf ihre angebliche Neutralität können sie von Privilegierten als Feigenblätter benutzt werden.

Der angebliche Sachzwang eines zur Herrschaftsideologie mißbrauchten ökonomischen Gesetzes ist oft genug in der Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung als Waffe gegenüber Schwächeren oder sogar gegenüber Unterdrückten benutzt worden. Ich will hier ganz deutlich sein und sagen: Wer z.B. angesichts unserer vermachteten Märkte heute sagt, Investitions- und Marktentscheidungen von Konzernen seien schiere Ökonomie, wer sagt, solche Entscheidungen dürften nicht oder gar könnten nicht von den Betroffenen kontrolliert oder doch wenigstens mitbestimmt werden, der — so denke ich — argumentiert mit dem wissenschaftlichen Modell eines totalen Wettbewerbs, argumentiert mit der Preis-Mengen-Steuerung des Marktes zugunsten von Entscheidungseinheiten, deren Qualität es in der Wirklichkeit geradezu ist, sich den Regeln des Marktes zu entziehen. Wer heute behaupten wollte, ein Konzern sei nur eine ökonomische und nicht etwa auch eine gesellschaftliche oder gar politische Institution, der versucht, die politische Macht vor der Pflicht zur Rechtfertigung zu bewahren, indem er sie camoufliert. Ich sage das nur als Beispiel. Ich denke, daß jeder, der sich mit den angeblich wissenschaftlich eruierten, in der politischen Wirklichkeit tatsächlich aber freiheitsbedrohenden Gesetzen der historischen Entwicklung, beispielsweise eines Marx, beispielsweise eines Hegel, befaßt hat, jeder der versucht hat, hinter diese ökonomischen Gesetze zu schauen, oder wie man heute sagt, zu "hinterfragen", der sollte gelernt haben, daß die Herrschaft solcher angeblich wissenschaftlicher Gesetze den Fortschritt in Freiheit sehr beeinträchtigen, vielleicht sogar zunichte machen kann.

Es hat in unserem Land eine teils im wissenschaftlichen, teils im politischen Bereich heftig ausgetragene Debatte über die Marktwirtschaft gegeben, es gibt sie noch, und sie wird gewiß andauern. Meine eigene Position dazu ist: Dieses System der Marktwirtschaft ist nicht eine Ordnung, die für alle Zeiten und unter allen Bedingungen der einzige Garant der Freiheit für die Bürger oder die denkbar beste Organisationsform sein muß. Aber: Diese Marktwirtschaft erfüllt heute und für die für mich absehbare Zukunft ihre gesellschaftlichen und sozialen Aufgaben besser als alle anderen vergleichbaren Systeme. Ob

sie freilich so, wie sie bei uns gegenwärtig organisiert ist, optimal sei, ob sie also nicht mehr verbessert werden könne, auf diese Frage gibt es gewiß eine negative Antwort. Niemand wird im Ernst behaupten, daß die Zukunft unserer Marktwirtschaft bewältigt werden könnte allein mit den zum ökonomischen Gesetz erhobenen Lehren aus ihrer Vergangenheit.

Die Vielfalt moderner Gesellschaften hat wissenschaftliche Methoden zu unverzichtbaren Elementen der Entscheidungsfindung der Politiker gemacht. Man nennt dies bisweilen die Verwissenschaftlichung der Politik. Auf der anderen Seite steht dem eine Politisierung der Wissenschaft, insbesondere der Sozialwissenschaft, gegenüber, die sich selbst fragen muß, was sie mit ihren Erkenntnissen in der Gesellschaft bewirkt.

Kein Ökonom, so glaube ich, der die Volkswirtschaftslehre als Moral-Wissenschaft begreift, würde heute beispielsweise über das Pareto-Optimum reflektieren können, ohne zu fragen, ob es denn richtig sei, daß jeder nur für sich jeweils das Beste will und sich in seinen eigenen Wünschen nicht etwa auch oder möglicherweise noch mehr davon leiten läßt, ob er anderen durch die Erfüllung eigener Wünsche schaden oder nützen kann. Das Pareto-Optimum, puristisch begriffen und zum ökonomischen Gesetz erhoben, könnte also auch nicht das Ziel des Vereins für Socialpolitik hier bei dieser Tagung sein. Denn alle, die heute und in den nächsten Tagen ihre Erkenntnisse zusammentragen, tun dies ja nicht in der Absicht, für sich selbst das Beste herauszuholen, sondern ich gehe davon aus, daß der Verein für Socialpolitik insgesamt über ein Optimum der öffentlichen Wohlfahrt nachdenken wird. So verstehe ich jedenfalls Ihren Kongreß.

Der Politiker in einem parlamentarisch-demokratischen System wird, ehe er seine ihm auf Zeit verliehene Macht dazu einsetzt, sogenannte ökonomische Prinzipien oder Gesetze zu verwirklichen oder am Leben zu erhalten, vorher stets nach deren sittlicher Legitimation und nach ihren gesellschaftlichen Wirkungen fragen müssen. Er wird dem Wissenschaftler dankbar sein, der ihn nicht nur über das Gesetz aufklären, sondern ihm insbesondere helfen kann bei der Frage nach der sittlichen Begründung und nach den gesellschaftlich-politischen Wirkungen. Ich denke, daß Ihre diesjährige Themenstellung ein erfolgversprechender Versuch ist, zu beiden Fragen in ihrer Verknüpfung Antworten zu finden.

Ich bin nicht sicher, ob Sie heute nachmittag von mir erwarten, daß ich zu aktuellen Problemen der Wirtschafts- und Finanzpolitik spreche. Aber ich will doch wenigstens zu drei Schwerpunkten je eine Bemerkung machen. Dies sind dann Antworten auf Fragen, vorgetragen mit

dem Wunsch, daß Sie Fragen an diese Antworten stellen und daß Sie diese Antworten auf dieser Tagung ein Stück weiterbringen.

1. Zunächst zu unseren Aufgaben in der Finanzpolitik. Die Haushaltswirtschaft des Staates zeichnet sich vor allen anderen dadurch aus, daß der Staat zur Finanzierung seiner Aufgaben Zwangsabgaben erheben kann. Gleichzeitig ist aber der Handlungsspielraum eines Parlaments, einer Regierung, auch in der Steuerpolitik, begrenzt durch ökonomische Gesetze, durch Regelmäßigkeiten, durch Verhaltensmaximen, etwa durch die Tatsache, daß in der Marktwirtschaft der Leistung ein wirtschaftlicher Erfolg zu entsprechen hat, und in Klammern fällt mir ein zu sagen: wie umgekehrt dem wirtschaftlichen Erfolg auch die Leistung entsprechen sollte.

Wir wissen, daß in der Bundesrepublik im Bereich der öffentlichen Leistung, in dem der Wettbewerb als Organisationsprinzip nicht befriedigend funktionieren kann, seit langem das Angebot der Nachfrage nicht entspricht. Die Antwort der Bundesregierung auf diesen Engpaß, bei den Sozialinvestitionen, in der technischen Infrastruktur, im Bereich von Forschung und Lehre, bei den Dienstleistungen des Gesamtstaates, die Antwort auf all diese Engpässe ist die Politik der inneren Reform. Solche Reformpolitik bedarf einer entsprechenden Einnahmenpolitik, um die Voraussetzungen bei den Produktionsressourcen und auf der Finanzierungsseite zu schaffen. Ein ausreichendes Leistungsangebot des Staates und die Steuerreform, wie sie von der Bundesregierung angestrebt wird, stehen daher in sachlichem Zusammenhang. Die jüngste Innsbrucker Tagung des Vereins für Socialpolitik hat diesen Zusammenhang, wie sich einige gut erinnern werden, besonders deutlich gemacht. Daß der Gesamtstaat, der heute über mehr als ein Drittel des Sozialprodukts verfügt, wenn auch dezentralisiert auf verschiedenen Ebenen und dekonzentriert in der Dispositionsbefugnis, seine Ausgaben und seine Einnahmen über längere Perioden plant, ist gewiß nur Sache der ökonomischen Vernunft. Das gleiche gilt übrigens auch für politische Parteien, die ihre Regierungsverantwortung ernst nehmen. Etwa der Entwurf eines öffentlich sogenannten Langzeitprogramms, der in meiner Partei erarbeitet worden ist, ist ein erster Versuch, ökonomische Grenzen — ich unterstreiche dieses Wort: Grenzen — gesellschaftspolitischer Reformen für gegebene Zeitabschnitte abzustecken und ist damit schon begrifflich das Gegenteil unquantifizierter Zügellosigkeit, ein Versuch, der notabene weder etwas mit Zentralverwaltungswirtschaft noch mit zwangswirtschaftlichen Tendenzen irgend etwas zu tun hat.

Die Bundesregierung hat in ihrer Reformpolitik ihre Absichten mehrfach anpassen müssen, weil die private und weil die ausländische Nachfrageexpansion den Spielraum für den Staat zu sehr eingeengt haben. Aber es gibt kein ökonomisches Gesetz, das allein dem Fiskus eine konjunktursteuernde Funktion zuwiese und das dem Staat eine Art von Lückenbüßerfunktion im Konjunkturzyklus auferlegte. Wer eine antizyklische Konjunkturpolitik zum allein vorrangigen Programm der öffentlichen Finanzwirtschaft erhöbe, der stellte die Gesamtheit der Aufgaben des Staates zurück hinter die Konjunktursteuerung. Der erhöbe zugleich ungezügelte Entfaltung des inländischen Konsums, der Unternehmensinvestitionen und der ausländischen Nachfrage zum obersten Gesetz, der verteidigte in Wahrheit die Interessen derer, die von einer solchen Nachfrageexpansion profitieren. Ich will nicht sagen, die öffentlichen Finanzen hätten keine Aufgabe bei der Konjunktursteuerung, aber diese Aufgabe kann auch in Zukunft nicht allein zu Lasten der öffentlichen Investitionen gelöst werden, sondern sie muß z. B. die Einnahmenseite und damit die Steuerpolitik mit einschließen.

2. Der Kampf gegen die inflatorische Aufblähung ist gegenwärtig das gravierendste Problem der deutschen und der internationalen Wirtschaftspolitik. Die ungünstige preispolitische Entwicklung der Gegenwart konnte in einer weltoffenen und von weltweiter Inflation gepeinigten Volkswirtschaft von uns mit den nationalen Instrumenten der Globalsteuerung nicht ferngehalten werden, noch viel weniger konnte sie verhindert werden in den uns benachbarten oder in der EWG mit uns besonders eng verknüpften Volkswirtschaften. Dennoch meine ich: Die Mitwirkung vieler Nationalökonomen und ihre engagierte Diskussion zur Globalsteuerung hat in den letzten 10 Jahren beachtliche wirtschaftspolitische Fortschritte ermöglicht, die im Bundestag in Gesetze gegossen worden sind und von den Bundesregierungen angewandt werden. Ohne solche Fortschritte wären in unserer wirtschaftlich eng verflochtenen Welt, in der viele Staaten in einer sozial und gesellschaftlich ungleichgewichtigen Entwicklung stehen, mit Sicherheit noch größere Spannungen und Krisen entstanden. Die EWG-weite und weltweite Inflation ist nicht nur ein konjunkturelles Phänomen, sie ist auch Symptom für ungelöste gesellschaftliche, ungelöste politische Aufgaben, draußen wie drinnen. Die aktuelle Verteilung von Einkommen und Vermögen, Unterschiede in der sozialen Sicherheit, zunehmende Vermachtung der Märkte zum Beispiel, stehen im ökonomischen Zusammenhang mit der inflatorischen Bewegung. Hier sehe ich Aufgaben, die für den Gesellschafts- und Wirtschaftspolitiker, für den Nationalökonomen, mehr Fragen aufwerfen, als heute bereits Antworten darauf gefunden sind. Ihrer Diskussion zu diesen Problemen sehe ich als Politiker mit Spannung und sogar mit Erwartung entgegen. Dabei werden wir Politiker um so mehr von Ihren Erörterungen haben, je mehr die Wissenschaftler den innenpolitischen und den außenpolitischen Bezugsrahmen und Spielraum realistisch in Rechnung stellen. Und wo dieses realistische Inrechnungstellen dankenswerterweise geschieht, dort sollte eine wissenschaftliche Ausdrucksweise das politische Problem nicht verdecken und auch nicht verharmlosen; ich denke z.B. an Begriffsprägungen, wie ich sie vor einigen Tagen in der Zeitung las; wenn ich es recht erinnere, war die Rede von "Reprivatisierung oder Reindividualisierung des Beschäftigungsrisikos", dies scheint mir eine sehr harmlos klingende Bezeichnung für das, was politisch in Wirklichkeit gemeint ist.

3. Drittens und schließlich ein Wort zu unseren außenwirtschaftlichen Beziehungen. In der Außenwirtschaft konkurrieren in klassischer Weise Marktgesetzlichkeiten und Machtpositionen miteinander. Obwohl dies im Grunde jedermann weiß, so weicht diese allgemeine Einsicht doch allzu häufig und allzu leicht einer abstrakten Harmonievorstellung. Deutlich gesagt: In der Fülle der Vorschläge aus der Wissenschaft sehe ich bisher noch keinen politisch zwischen den Staaten realisierbaren Weg zur Ordnung des Weltwährungssystems.

Der am 15. August 1971 von den Vereinigten Staaten vollzogene Bruch mit den klassischen Regeln des Bretton-Woods-Systems hat die betroffenen Staaten sehr hart konfrontiert mit den Widersprüchlichkeiten von Marktregeln und Machtpolitik innerhalb des alten Systems. Dabei wissen wir, daß gerade in diesem Fall der Macht Schranken auferlegt waren durch das ökonomische Gesetz.

Für die Zukunft stehen wir vor der dringenden Notwendigkeit, auch weiterhin an einer "one world solution" der liberalen Weltwirtschaftsordnung im Rahmen eines funktionsfähigen Weltwährungssystems festzuhalten. Wir dürfen deshalb keineswegs mit den überkommenen Spielregeln des Bretton-Woods-Systems zugleich auch das Prinzip der Einheit im Weltwährungssystem aufgeben, auf das sich ja die Gründerstaaten festgelegt hatten. Es sollte niemand aus seiner Verantwortung für die Wiederherstellung des Gleichgewichts in der internationalen Währungsordnung der Welt entfliehen — weder durch einen Rückzug auf nationale Positionen, noch durch eine multilaterale Blockbildung, weder durch Etablierung eines Systems ungebundener Wechselkurse, noch durch irgendwelche Abschottungen. Solche Politiken würden unser deutsches, lebenswichtiges Interesse an der Einheit der freien Welt aufs Spiel setzen.

Daß in der Übergangsphase bei der Suche nach einem neuen System, daß in der Phase des Aufbaues einer neuen Weltwährungsordnung, in der wir stehen, temporäre Friktionen auftreten, ist nicht zu vermeiden. Wir können verstehen und können jedenfalls politisch nicht verhindern, daß ein Land, welches seine Machtposition in Frage gestellt sieht, Zeit zu gewinnen versucht, und wir müssen den anderen Ländern und auch

uns selbst zubilligen, daß man in dieser Übergangsphase temporäre Maßnahmen ergreift, um sich gegen die Gefahren zu schützen, die die Unsicherheit der Zwischenphase mit sich bringt.

Ich bin überzeugt, daß Ihre Tagung in Bonn dem engagierten Gesellschaftspolitiker wie dem Ökonomen neue Erkenntnisse bringen wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns, den Politikern, guten Erfolg.

(lebhafter Beifall)

Vorsitzender Hans K. Schneider (Köln):

Herr Bundesminister, wir danken Ihnen sehr herzlich für Ihre Ansprache, besonders für die freundlichen Worte, die Sie zum Schluß gefunden haben. Wir wollen uns bemühen, diese Erwartung zu erfüllen.

Ich habe jetzt die Freude, Herrn Kollegen Machlup, den Präsidenten der International Economic Association, um seine Adresse an unsere Mitglieder zu bitten.

Adresse des Präsidenten der International Economic Association

Fritz Machlup, Princeton N. J.

Die für mich so ehrenvolle Einladung, vor Ihnen hier als einer der Sprecher im Eröffnungsprogramm der Jubiläumstagung zu erscheinen, erging an mich als den derzeitigen Präsidenten der International Economic Association. Meine erste Aufgabe ist es daher, Ihnen die Grüße und Glückwünsche dieses internationalen Verbandes aller nationalen wirtschaftswissenschaftlichen Vereinigungen zu überbringen. Ich spreche also zum Geburtstag einer unserer Tochtergesellschaften. Daß eine etwa zwanzigjährige Mutter ihrer hundertjährigen Tochter zum Geburtstag gratuliert, ist wohl ein biologisches Kuriosum. Vielleicht sollte ich die metaphorische Anspielung ändern, damit die consecutio temporum nicht so verdreht ist. Ich kann ja den internationalen Verband als eine Dachgesellschaft bezeichnen. Im Bauen kommt das Dach doch später als die meisten Teile des Gebäudes. Ich darf also meine mütterlichen Gefühle gegenüber dem Geburtstagskind unterdrücken und meine Rolle in diesem Spiel auf dem Dache suchen — wenn nicht als Flagge, Wetterfahne oder Rauchfang, vielleicht als Fiddler on the Roof (Geiger auf dem Dach).

(Heiterkeit und Beifall)

Spaß beiseite, ich begrüße Sie im Namen der International Economic Association und bringe Ihnen die Glückwünsche unseres Exekutivkomitees. Wir haben gestern eine internationale Konferenz in Bad Godesberg beendet. Einige der Teilnehmer an dieser Konferenz und mehrere Mitglieder des Exekutivkomitees haben Ihre Einladung mit Freude angenommen und sind nun hier anwesend, um mit Ihnen zu feiern. Wir wünschen, daß das zweite Jahrhundert Ihrer Existenz weitere große Fortschritte für unsere Wissenschaft bringen wird.

Der Vorsitzende Ihrer Gesellschaft und der Leiter der wissenschaftlichen Vorbereitung dieser Tagung haben mich aufgefordert, auch in meinem eigenen Namen hier zu sprechen. Ich kann dies in mehreren Eigenschaften tun: Zunächst als Mitglied des Vereins für Socialpolitik seit den Zwanziger Jahren — also seit fast der Hälfte des hier gefeierten Jahrhunderts, wenn auch mit der Unterbrechung während des

tiefen Winterschlafs des Vereins. Dann als ehemaliger Präsident der American Economic Association, Ihrer etwas jüngeren Schwestergesellschaft. Vor allem aber als einer der Erben der Lehrmeinungen des Eugen von Böhm-Bawerk, dessen Aufsatz "Macht oder ökonomisches Gesetz" — mit der Änderung des Wörtchens "oder" zur Kopula "und" — zum Leitmotiv Ihrer Tagung wurde. Zu dieser dogmenhistorischen Kontroverse darf ich nun einige einführende Gedanken aussprechen.

Böhm-Bawerk's Aufsatz erschien im Jahr 1914, als eine seiner letzten Arbeiten vor seinem Tod im darauffolgenden Jahr¹. Es war die Auseinandersetzung mit einer These, die eine rein ökonomische Gesetzmäßigkeit in Abrede stellte und soziale Machteinflüsse im Wirtschaftsablauf als entscheidend betrachtete. Rodbertus und Adolf Wagner hatten zwischen "rein ökonomischen" und "historisch-rechtlichen" Kategorien unterschieden und Rudolf Stolzmann hatte in zwei Werken - Die soziale Kategorie (1896) und Der Zweck in der Volkswirtschaft (1909) zwischen einer "natürlichen" und einer "sozialen" Kategorie unterschieden. Die "natürliche" Kategorie umfaßte die sogenannten "Naturgesetze" wirtschaftlichen Verhaltens, während die "soziale" Kategorie verschiedene gesellschaftliche Machteinflüsse repräsentierte. Nach Stolzmanns Auffassung sind in der Regel beide Kategorien im Spiel, doch wenn man "von ihrem grundsätzlichen systematischen Verhältnis zueinander" redet, dann ist "die soziale Kategorie entscheidend; und ganz besonders für die Größe der Abfindungen"2. Etwas präziser ausgedrückt, "die natürlichen Faktoren" wirken als Bedingungen und Voraussetzungen, die nur die Grenzen des Möglichen bezeichnen, während innerhalb dieser Grenzen "die sozialen Faktoren" wirklich bestimmen und entscheiden³.

Böhm-Bawerk zeigte, daß die Unterscheidung zwischen bedingenden, begrenzenden und bestimmenden Faktoren wenig zu einer klaren und exakten Analyse beiträgt und daß man das Zusammenwirken zwischen Machteinflüssen und ökonomischen Reaktionen untersuchen müsse, ohne schon von vornherein zu entscheiden, welche Faktoren die Ergebnisse bedingen, begrenzen oder bestimmen. Man kann wohl von verschiedentlichen Machtkonstellationen und Machtdiktaten abstrahieren und z. B. versuchen, "die Verteilungsgesetze unter der Voraussetzung des Waltens völlig ... freier und wirksamer beiderseitiger Konkurrenz zu entwickeln" (S. 208). Böhm-Bawerk betrachtete aber eine so abstrakte Analyse nur als einen ersten Schritt, dem man Untersuchungen

¹ Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 23. Band (Wien, 1914), S. 205—271. Abgedruckt in *Eugen v. Böhm-Bawerk*, Gesammelte Schriften, herausgegeben von Franz X. Weiss (Wien, 1924), S. 230 f. (Die Seitenangaben im nachfolgenden Text beziehen sich auf den ursprünglichen Aufsatz.).

Rudolf Stolzmann, Der Zweck in der Volkswirtschaft, Berlin 1909, S. 55 ff.
 Ebenda, S. 424, 441, 450.

über die Machteinflüsse folgen lassen muß, insbesondere über die Einflüsse der Marktmacht von Unternehmen als Käufer und Verkäufer, der Marktmacht von Arbeiterkoalitionen, und der staatlichen Machtausübung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen; dazu kommt noch schließlich der Einfluß der Eigentumsordnung auf die personelle Verteilung.

Schon im Jahre 1910, in einer Besprechung des zweiten Stolzmann'schen Buchs, hatte Böhm-Bawerk gesagt, "man müßte ... ein Idiot sein, wenn man einen Einfluß der sozial geschaffenen Einrichtungen und Maßregeln auf die Güterverteilung leugnen wollte". Er wiederholt nun: "Es gibt buchstäblich keinen Preis und keine Verteilung - außer durch Straßenraub und dgl. - ohne historisch-rechtlichen Einschlag" (S. 223). Er fragt aber nach dem Maß, der Art und der Dauer der Wirksamkeit von Machtdiktaten und Machteinflüssen und widmet den Hauptteil seiner Untersuchung der Frage, "ob durch künstliche Machteinflüsse dauernd der Anteil der Arbeit auf Kosten des Anteiles des Kapitals emporgehoben werden kann oder nicht" (S. 263). Diese Untersuchung ist ein Musterbeispiel sorgfältiger ökonomischer Analyse. Obwohl vor beinahe 60 Jahren geschrieben, behandelt sie die mögliche Existenz monopsonistischer Positionen ("Einkaufsmonopol") der Arbeitgeber, bedingt durch die geographische Lage oder durch ein organisiertes Oligopson, die Möglichkeit ausgleichender oder überwiegender Monopolmacht der Arbeiterorganisationen, die Wirksamkeit von Streiks und Streikdrohungen, die Möglichkeiten autonomer und induzierter technischer Fortschritte, die mögliche Dauer eines Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung, die Möglichkeit der Vollbeschäftigung bei erhöhten Nominallöhnen, deren Steigerung durch Teuerung teilweise kompensiert ist, und dergleichen mehr.

Ich hätte gerne viele Stellen wörtlich zitiert, beschränke mich aber auf folgende zwei Sätze: "Ich erkenne eine positive Wirksamkeit von Machtverhältnissen auf die Verteilung grundsätzlich durchaus und auch praktisch in sehr erheblichem Umfang an, wobei es ... keinen Unterschied macht, ob die auf Machtmittel gestützten künstlichen Eingriffe auf monopolartigen Organisationen einer der Marktparteien oder aber auf einem direkten Gebot der Staatsgewalt beruhen ... Ich glaube z. B., daß die Feststellung eines gesetzlichen Minimallohnes in ihren Wirkungen ganz ähnlich zu beurteilen ist wie das Lohndiktat einer stramm organisierten Arbeiterschaft" (S. 264 - 65).

Dennoch kommt Böhm-Bawerk zu dem Schluß, daß dem Einfluß der Machtmittel auf die funktionelle Verteilung dem Maße und besonders der Dauer nach ziemlich enge Grenzen gesteckt sind. Dagegen sieht er die Grenzen für Machteinflüsse auf die personelle Verteilung wesentlich weiter gesteckt, ja die Wirkung mancher derartiger Eingriffe mög-

licherweise zeitlich unbegrenzt (S. 270—271). Der Grundgedanke ist, daß man den Kapitalzins oder die Bodenrente wohl nicht abschaffen oder künstlich senken kann, daß man jedoch, etwa in einem sozialistischen Staat, die Zins- und Renteneinkommen an die Arbeiter verteilen könnte.

Böhm-Bawerk's Anerkennung kurzfristiger, langfristiger und andauernder Wirkungen der Macht auf die Ergebnisse der wirtschaftlichen Abläufe vermochte den Machtverehrer Stolzmann nicht zu befriedigen. Im Jahre 1920 veröffentlichte er ein neues Werk, Grundzüge einer Philosophie der Volkswirtschaft, in dem er zu zeigen versuchte, daß er mißverstanden wurde: "Die Vertreter der Grenznutzenlehre, so v. Böhm u. a., verstehen ... unter Macht nur zu oft die ethisch verwerfliche Übermacht, abusive Machteinflüsse, wie Wucher und Ausbeutung, oder auch erlaubte "Eingriffe" durch Monopole, Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, Streiks, Boykotts und Ausschließungen usw., während wir darunter nur den legitimen und regulären Zwang der Wirtschaftsordnung verstehen, welcher jeder Gemeinschaft begrifflich innewohnt" (S. 79). "Macht an sich ist ein ethisch neutrales Element ... "Und schließlich, "Ist es doch im Prinzip gleichgültig, ob die Regelung der Macht, wie heute, mittelbar durch eine Eigentums-, Vertragsund Arbeitsordnung oder von einer sozialistischen Zentralstelle her ausgeführt wird" (S. 90).

Um die Geister noch mehr zu verwirren, wurde die Macht nun nicht nur als "soziale", sondern auch als "natürliche" Kategorie präsentiert. "Als soziale Macht bedeutete sie uns die Macht des rechtlichen Besitzes, als Machtverhältnis, das den Besitzern der Produktivkräfte, einschließlich der Arbeitskraft, die Möglichkeit verleiht, einen ihrer Macht entsprechenden Teil der Erzeugnisse magnetisch an sich zu ziehen. Demgegenüber legte die rein-ökonomische Schule den entscheidenden Wert auf die produktive Macht, die ihnen [den Besitzern der Produktivkräfte] aus der wirtschaftlich-technischen Bedeutung der besessenen Güter, als "Naturdingen" nach Maßgabe eines angenommenen, ihnen "zugerechneten Produktionsbeitrages" zukommt" (S. 183). So wird also alles in der Wirtschaft zur Macht gemacht, hie soziale Macht, hie produktive Macht. Aber um die Vormachtstellung der sozialen Macht nicht aufgeben zu müssen, bleibt Stolzmann dabei, der sozialen Macht "unbestreitbare logische Priorität" zuzubilligen.

Alle wissenschaftlichen Aussagen beziehen sich auf die Wirkungen bestimmter Ursachen, d. h. auf beobachtete Veränderungen, die auf vorangegangene Veränderungen zurückführbar sind. Die sozialen Machteinflüsse ändern sich im allgemeinen weniger oft als die Umstände, die jeweils das Angebot oder die Nachfrage auf Gütermärkten

oder auf den Märkten von Produktionsfaktoren beeinflussen. Es ist daher einfacher, beim Untersuchen der meisten volkswirtschaftlichen Probleme die staatlichen und sozialen Machteinflüsse als gegeben anzunehmen. Das hat nichts mit logischer Priorität zu tun; es ist lediglich eine Frage der Denkökonomie. Bei einer stark veränderlichen Volkswirtschaftspolitik, einschließlich Veränderungen der Verfügungsmacht von Eigentümern über ihr "Eigentum", können aber die staatlichen Machtgebote und Rechtsakte natürlich nicht immer als gegeben im Hintergrunde bleiben, sondern werden zu jenen Ursachen, deren wahrscheinliche Wirkungen auf Preise, Mengen und Einkommen zu untersuchen sind. Es wird dann gefragt werden müssen, wie groß die Wirkungskraft der staatlichen Macht ist und wie dauerhaft, wieviel sie kostet und wieviel es kostet, ihr zu entgehen oder sie zu umgehen. All dies sind Probleme der Wirtschaftspolitik, und bei ihrer Analyse wird manchmal die eine und manchmal die andere Variable konstant gesetzt. Aber es wäre eine unnütze Gedankenspielerei, wollte man diese variablen Konstanten und konstanten Variablen nach ihrer Zugehörigkeit zu "natürlichen" oder "sozialen" Kategorien sortieren und etikettieren.

Das Ineinanderspiel von gesetzlichen Regelungen, behördlichen Maßnahmen und individuellen Massenreaktionen läßt sich am besten an konkreten Beispielen vorführen. In vielen Städten konnte man in den letzten 20 Jahren ein schnelles Ansteigen der Zahl von Eigentumswohnungen beobachten, wo früher Mietwohnungen üblich waren. Die Erklärung dieses Phänomens hat wahrscheinlich viel mit dem Mieterschutz und anderen Beschränkungen der Steigerung von Mieten (trotz Geldwertschwund) zu tun. Diese Ausnahmen von der Vertragsfreiheit spiegeln die Macht des Gesetzes wider und die Macht der Gesetzgeber, die Macht politischer Parteien, die Macht der Mehrheit der Wähler wie auch die Macht der mit der Durchführung der Gesetze betrauten Verwaltungsbehörden. Ein Vertreter der historischen oder der institutionalistischen Schule und insbesondere ein Anhänger der sozialen Machttheorie ist da in seinem Element. Nichtsdestoweniger bleiben für den Nationalökonomen wichtige Aufgaben der angewandten Theorie. Er wird die Entwicklung der Preise für Eigentumswohnungen pro Quadratmeter, der Mieten für Wohnungen gleicher Qualität, der Baukosten (einschließlich der Finanzierungskosten) und der laufenden Kosten (einschließlich der Verwaltungskosten) studieren und das komparative Risiko, insbesondere das Risiko des Geldwertschwundes, bei der gegebenen gesetzlichen Situation in Betracht ziehen4. Es ist mir unfaßbar,

⁴ Eigentumswohnungen sind Kapitalanlagen mit inhärenter Wertsicherung in Zeiten der Inflation und ohne wesentliche Vermögensverwaltungskosten. Mietwohnungen haben dagegen für den Hausbesitzer die Nachteile relativ hoher Verwaltungskosten und der mangelnden Wertsicherung bei Geldwertschwund.

daß so viele hochgelehrte Professoren da über das Pseudoproblem der logischen Priorität streiten konnten, anstatt einzusehen, daß sie sich ganz einfach für verschiedene Dinge interessierten.

Noch ein Beispiel für das Ineinanderspiel von Machteinflüssen und Massenreaktionen. Warum ist der Preis des Goldes auf den freien Märkten in Zürich und London innerhalb von zwei Jahren von 35 Dollar auf fast 70 Dollar pro Unze gestiegen? Zur Beantwortung dieser Frage braucht man Hinweise auf zumindest drei Machtfaktoren. Erstens auf die Monopolmacht der südafrikanischen Währungsbehörden und auf die Ausübung dieser Macht in Form des Entschlusses, vom Frühling 1972 ab nur einen Teil der laufenden Goldproduktion zu exportieren. Zweitens auf die oligopolistische Machtstellung der drei Schweizerischen Großbanken, die Angebot und Nachfrage auf dem freien Goldmarkt in wesentlichem Maße beeinflussen können. Und drittens auf die Koalition der Währungsbehörden der wichtigsten Industriestaaten, die übereingekommen sind, auf dem freien Markt kein Gold zu verkaufen, obwohl ihre Goldreserven ausreichen würden, den Konsumbedarf (für Verarbeitungszwecke) im derzeitigen Umfang für die nächsten 40 Jahre zu decken, selbst wenn die Goldproduktion auf Null sinken sollte. Bei diesem Problem handelt es sich nicht um gesetzliche Situationen, die auf Jahre hinaus unverändert bleiben, sondern hauptsächlich um politische Entscheidungen, die durch Beschlüsse von etwa Hundert V.I.P.'s (very important persons) revidiert werden können. Hier ist die relevante Macht ein direkter Einfluß auf Angebot und Nachfrage, also nicht mehr die Gesellschafts- und Rechtsordnung im allgemeinen.

Ich muß nun noch auf die von Böhm-Bawerk vorgetragene Lösung des Problems der Machteinflüsse auf die Verteilung des Sozialprodukts zurückkommen. Er kam zum Ergebnis, daß die funktionelle Einkommensverteilung nicht leicht und schon gar nicht auf lange Dauer durch Machteingriffe geändert werden kann, während die personelle Einkommensverteilung radikal und anhaltend abänderbar ist. Wenn das stimmt, dann erhebt sich die Frage nach dem pragmatischen Sinn der Forderungen auf Umverteilung des Volkseinkommens. Liegt dem Antikapitalisten viel daran, wie man das Einkommen nennt, das die besitzlosen Arbeiter auf Kosten der Kapitalisten und Grundbesitzer zusätzlich erhalten sollen? Wenn man ihm sagt "Es kann Dir nicht gelingen, den Arbeitslohn auf die Dauer auf Kosten des Kapitalzinses und der Bodenrente zu erhöhen, aber Du kannst alle Zins- und Renteneinkommen verteilen wie Du willst, sie also an die Arbeiter auszahlen", warum sollte er sich nicht mit diesem Ergebnis zufrieden geben? Kapitalzins und Grundrenten könnten weiterhin als Schattenpreise oder sogar als effektive Preise für die Nutzung von Investitionskapital und Naturschätzen in Rechnung gestellt werden, um unwirtschaftliche Allokationen zu vermeiden. Die dem Kapital und den Naturschätzen zugerechneten Einkommen könnten jedoch nach Belieben verteilt werden, z.B. an besitzlose Arbeiter als Konsumtionszuschüsse, vorausgesetzt daß neue Kapitalbildung für Zwecke des wirtschaftlichen Wachstums als unnötig oder unerwünscht angesehen wird.

Die sozialistischen Staaten unserer Zeit sind allerdings stark auf Kapitalbildung und Wachstum bedacht und hüten sich daher, Kapitalerträge und Bodenerträge an die zum Konsum neigenden Massen auszuzahlen. Im Gegenteil, sie nützen ihre Macht über die Verteilung dazu aus, einen Teil der Arbeitserträge zurückzubehalten und im Interesse künftiger Generationen der Investition zuzuführen. Joan Robinson hat uns an den Wicksell-Effekt erinnert, der in kapitalistischen wettbewerblichen Wirtschaften dazu führt, daß viele potentielle Investitionen vereitelt werden, weil mit der Steigerung der Grenzproduktivität der Arbeit die Lohnsätze und der Konsum erhöht werden. Daß diese Konsumsteigerung vermieden werden kann und Investitionen daher nicht verkürzt werden, hält sie für einen der wichtigsten Vorteile des sozialistischen Systems⁵.

Die Diskussion über die Rolle der Macht in der Wirtschaft kann an Klarheit gewinnen, wenn man grundsätzlich unterscheidet zwischen wirtschaftlicher Macht, politischer Macht, moralischer Macht und auf Gewaltanwendung beruhender Macht. Wirtschaftliche Macht ist Monopolmacht, Marktmacht, Verhandlungsmacht; sie wird ausgeübt von großen und kleinen Unternehmen, Kartellen, Banken und Gewerkschaften. Zur politischen Macht gehört die Macht des Gesetzes, der Behörden, der Polizei, des Militärs, der Parteien, der herrschenden Klasse, der Majorität, der Opposition. Moralische Macht umfaßt die Macht der Idee, des Wortes, der Publizistik, der Reklame, der öffentlichen Meinung, der Tradition, der Moralgesetze, der Gewohnheit. Auf physischer Gewalttätigkeit beruht die Macht illegaler Gruppen, wie Banditen, Terroristen, Revolutionären, doch man darf nicht vergessen, daß die Durchsetzung politischer Macht wie der Macht des Gesetzes und des

⁵ In den reichsten Ländern ist eine Verteilung bestimmter Kapitalerträge an Arbeiter gang und gebe, und zwar der Erträge, die den staatlichen Investitionen im Schulwesen zugerechnet werden können. In dem Maße, in dem Aufwendungen für das Unterrichtswesen die Produktivität der Arbeit stelgern, erhöhen sich die Preise der geschulten Arbeitskräfte. Die Einkommen der ausgebildeten Arbeiter setzen sich aus drei Komponenten zusammen: Lohn für die rohe, unausgebildete Arbeit, Kapitalertrag auf Grund der Investition, die der Arbeiter selbst oder seine Familie für seine Ausbildung gemacht hat, und Kapitalertrag auf Grund der Investition, die der Staat durch seinen Beitrag zu den Schulbildungskosten gemacht hat. Diese dritte Komponente des Einkommens der Arbeiter involviert eine personelle Umverteilung des Volkseinkommens, eine Umverteilung, die von vielen Nationalökonomen als dem Gesamtwohl förderlich angesehen wird.

Staates auch letzten Endes die Möglichkeit des Zugriffs zu physischer Gewalt voraussetzt.

Dieser bescheidene taxonomische Versuch darf nicht dazu verleiten, die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Machtkategorien zu übersehen. Ein Großteil aller Monopolmacht ist die Folge von politischer Machtausübung, z.B. von Gesetzen zur Ausschließung oder Beschränkung der Konkurrenz. Umgekehrt ist die Macht der politischen Parteien nicht selten durch die wirtschaftliche Macht privater Interessengruppen bestimmt oder beeinflußt. Begriffliche Unterscheidungen berechtigen gewiß nicht die Annahme gegenseitiger Unabhängigkeit der unterschiedenen Begriffsinhalte. Andererseits berechtigt die Feststellung des Bestehens von Wechselwirkungen nicht zur begrifflichen Vermengung von Faktoren, die verschiedene Ursachen und unterschiedliche Partialwirkungen haben.

(lebhafter Beifall)

Vorsitzender Hans K. Schneider (Köln):

Herr Kollege Machlup, der Beifall zeigt Ihnen, mit welchem Interesse Ihre Worte aufgenommen worden sind. Dies war nicht nur eine Adresse, sondern auch der erste Diskussionsbeitrag zu dieser Tagung.
(Beifall)

Ich darf jetzt Herrn Kollegen Neumark bitten, den Festvortrag zu halten. Herr Neumark ist einer der "grand old men" unserer Gesellschaft. Von 1959 bis 1963 war er ihr Vorsitzender; seitdem ist er Mitglied des Erweiterten Vorstands, der ihn heute morgen wiederum gebeten hat, für weitere vier Jahre mitzuarbeiten. Ich bitte Herrn Neumark, das Wort zu ergreifen.

(Beifall)

Wissenschaft und Politik

Von Fritz Neumark, Frankfurt

Frau Vizepräsidentin des Bundestages, Herr Bundesminister!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Ehre, auf der Jubiläumstagung unserer Vereinigung den Festvortrag halten zu dürfen, verdanke ich zweifellos dem - von mir nicht zu verantwortenden — Umstande, daß ich zu den nach Geburt und Zugehörigkeitsdauer ältesten Vereinsmitgliedern zähle. Diese Qualifikation bringt es mit sich, daß ich noch gewisse persönliche Erinnerungen an einige Vereinsgründer, wie Brentano und Knapp (leider nicht auch Schmoller und Adolph Wagner), in ungleich größerem Maße freilich an Angehörige der auf diese folgenden Generation habe, so namentlich an Max Weber und Sombart (an deren Seminaren ich teilnahm), Pierstorff (bei dem ich promovierte), Herkner, Lotz, Grünberg, Harms, Schumpeter (den ich nach seinem Fortgang nach Harvard ein Semester lang in Bonn vertreten durfte) und schließlich meinen Amtsvorgänger Gerloff. Es waren das Männer von höchst unterschiedlichem menschlichen und wissenschaftlichen Format. Auch ihre politischen Anschauungen waren recht verschieden. Die meisten von ihnen sind unseren jüngeren Wirtschaftstheoretikern nicht einmal dem Namen, geschweige denn ihren Werken nach mehr bekannt, wie selbst Sombart, der doch im ersten Drittel unseres Jahrhunderts einer der auch international bekanntesten deutschen Nationalökonomen und mehr als ein Jahrzehnt in unserer Gesellschaft eine dominierende Figur war. Dagegen sind Brentano und Herkner wenigstens den Sozialpolitikern, Schmoller Wirtschaftshistorikern und Methodologen, Wagner und Gerloff den Finanzwissenschaftlern ein Begriff geblieben, und Schumpeter wird nach wie vor als einer der Großen unseres Faches anerkannt. Niemand aber dürfte gegenwärtig noch oder wieder einen so starken Einfluß ausüben wie Max Weber, der auch mich wie kein anderer meiner akademischen Lehrer faszinierte — nicht zuletzt deshalb, weil er seiner eigenen Gesinnungsethik nachlebte, und zwar Irrtümer freimütig zugab, aber nie sein Mäntelchen nach den wechselnden politischen Winden hängte; er besaß m. a. W. Rückgrat und Zivilcourage, die nicht nur bei Professoren recht knappe moralische Güter sind.

Das Thema meines Referats hatte ursprünglich die Fassung: "Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, dargestellt an der Geschichte des Vereins für Socialpolitik". Ich habe es vereinfacht, um einmal meine Ausführungen nicht zu einem Kapitel einer dogmenhistorischen Vorlesung werden zu lassen, und weil es mir zum anderen richtiger erschien, zwar gewisse für meinen Untersuchungsgegenstand bedeutsame Persönlichkeiten und Geschehnisse aus der Vereinsgeschichte zu erwähnen, in der Hauptsache jedoch von den Verhältnissen der Gegenwart auszugehen. Auch der Versuchung, auf die neuere wissenschaftstheoretische Diskussion über die Beziehungen zwischen normativer und positiver Ökonomik einzugehen, habe ich mich entzogen.

Ich beginne mit Fragen, die die möglichen und faktischen Einwirkungen der Wissenschaft auf die Politik betreffen, und werde später umgekehrt den Einfluß der Politik auf die Wissenschaft erörtern. Dabei wird im ersten Teil meiner Darlegungen unter "Wissenschaft" lediglich Wirtschaftswissenschaft verstanden (natürlich mit Einschluß von Betriebswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft und Sozialpolitik). Daß auch andere Disziplinen, wie etwa Physik und Mathematik, die gesamte Politik eines Landes, ja der Welt entscheidend zu beeinflussen vermögen, bedarf spätestens seit 1945 keiner besonderen Erläuterung mehr. Die speziell für Atomwissenschaftler daraus resultierenden ethischen Probleme sind u. a. in P. S. Snows "Corridors of Power" (1964) und H. Kipphardts "In der Sache R. Oppenheimer" (1964) literarisch, in J. Robert Oppenheimers "Atomkraft und menschliche Freiheit" (deutsch 1957) philosophisch eindrucksvoll behandelt worden. Ähnlich wie die Wissenschaft, werde ich zunächst auch "Politik" im Sinne von Wirtschaftspolitik restriktiv interpretieren, doch bringt das einige Schwierigkeiten mit sich. Denn weit mehr als früher besteht Staatspolitik heute nicht sowohl aus schlicht regelnden Maßnahmen als vielmehr aus solchen, die die Aufbringung und/oder Verausgabung öffentlicher Geldmittel implizieren. Infolgedessen sind viele wirtschaftspolitische Eingriffe ihrer Motivation und ihren Wirkungen nach direkt oder indirekt auch für sonstige Bereiche des Gesellschaftslebens von Bedeutung¹. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Finanzen auf der einen. Wissenschaftspolitik auf der anderen Seite sind dafür ein

¹ Schon die — richtigerweise heute als integrierender Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik verstandene — Finanzpolitik ist ja seit langem über die ihr ursprünglich allein zugeschriebene "fiskalische" Funktion hinausgewachsen. Das wird heute sogar offiziell anerkannt. Siehe dazu etwa die Bemerkungen in der Begründung zu § 1 des (damals noch so genannten) "Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität" vom 2. September 1966, BT-Drucks. V/890, S. 12: "Die Finanzpolitik ist hier im weitesten Sinne zu verstehen. Sie umfaßt alle Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen. Die Vorschrift gilt damit mittelbar für fast alle Bereiche politischen Handelns." (Hervorhebungen von mir: F. N.)

Beispiel aus dem Bereich der Innenpolitik, die finanziellen und außenhandelspolitischen Implikationen der "military aid" sowie der Entwicklungshilfe ein solches aus dem Gebiet der auswärtigen Politik.

I. Mögliche und faktische Einwirkungen der Wirtschaftswissenschaft auf die Wirtschaftspolitik

Fragen wir uns nun zunächst, in welcher subjektiven Gestalt die Wissenschaften, oder besser: Wissenschaftler Einfluß auf die Politik nehmen können, so lautet die Antwort: als Individuen oder als Gruppen, seien diese "Schulen", Gremien oder Organisationen i. w. S. Die Grenzen sind freilich insofern oft fließend, als mindestens dann, wenn eine nachhaltige und in die Breite gehende Einwirkung bezweckt (und: erzielt) wird, dem Theoriegründer bald Anhänger folgen werden, die sich in irgendeiner Form zusammenschließen.

Im allgemeinen — als Ausnahme mögen die Auseinandersetzungen über Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung erwähnt werden -- handelt es sich bei den Problemen, zu deren Lösung die Wissenschaft von sich aus oder auf Ersuchen amtlicher oder privater Kreise Beiträge zu leisten sucht, um konkrete Spezialfragen, und dafür ist es prinzipiell irrelevant, ob die in Betracht kommenden Theoretiker sich als einzelne oder als Angehörige von Gruppen äußern. Dagegen scheinen es bemerkenswerterweise immer nur Einzelpersönlichkeiten gewesen zu sein, die Geist und Technik der gesamten Wirtschaftspolitik eines Landes oder sogar vieler Länder maßgeblich beeinflußt, wenn nicht fundamental umgestaltet haben. Das war gewiß nur relativ selten der Fall. Immerhin bieten Adam Smith, Karl Marx und J. M. Keynes — in bescheidenerem Maße vielleicht auch Walter Eucken - Beispiele für derartige Globaleinflüsse. Obwohl die Verwirklichung ihrer Ideen erst erfolgte, nachdem diese von anderen Wissenschaftlern rezipiert und propagiert worden waren und demgemäß von Smithianismus, Marxismus, Kevnesianismus und der "Freiburger Schule" gesprochen wird, kam der Impetus doch zweifellos von den genannten Individuen als solchen. Zugleich läßt sich an unseren Beispielen zeigen, daß der Einfluß wissenschaftlicher Systeme auf die wirtschaftspolitische Praxis sich bisweilen, so bei Keynes, relativ rasch, bisweilen, wie im Falle von Marx, mit mehr oder minder erheblichen Verzögerungen geltend macht. Diese Tatsache hängt teilweise mit der Frage zusammen, warum gewisse Lehrmeinungen tiefgreifende und verhältnismäßig dauerhafte praktische Wirkungen ausgeübt haben, andere hingegen, wie z.B. die Physiokratie oder der Universalismus und ähnliche romantisch-reaktionäre Theorien, nicht. Daß dafür nicht lediglich das wissenschaftliche Niveau verantwortlich zu machen ist, beweist die von den modernen Kreislauftheoretikern mit Recht so hoch gepriesene physiokratische Schule. In der Tat ist für den politischen Effekt eines theoretischen Systems auch von großer Bedeutung, ob bei dessen Erscheinen der für seine Rezeption günstige Zeitpunkt — der "Kairos" — gegeben ist². Das war bei Marx' "Kapital" nicht der Fall, wohl aber bei Smith' "Wealth" und — wie kürzlich wieder von Joan Robinson in der ihr eigenen scharfsinnig-sarkastischen Art dargetan wurde³ — bei Keynes' "General Theory".

Auch für speziellere Probleme kann das Vorliegen oder (Noch-)Nichtvorliegen des "Kairos" von Bedeutung sein. Generell ist in diesem Zusammenhange folgendes hervorzuheben: Wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen lassen sich gliedern in erstens solche, die ausschließlich oder doch primär auf die Absicht zurückgehen, die Politik in eine bestimmte, vom Autor als "richtig" oder "besser" angesehene Richtung lenken zu helfen, zweitens Arbeiten, deren Motivation nichts oder nur wenig mit solchen "praktischen" Zielsetzungen zu tun hat, die aber dennoch faktisch Einfluß auf die Politik ausüben, sowie schließlich drittens Werke, die einen derartigen Einfluß weder anstreben noch auch tatsächlich haben. Diese letzte Gruppe, für die etwa Gossens theoretisch so bedeutendes Buch⁴ als Beispiel dienen kann, lasse ich hier beiseite. In bezug auf Schriften sowohl der ersten als auch der zweiten Gruppe (hier allerdings in geringerem Maße) gilt, daß ihre Verfasser, um die Politik beeinflussen zu können, bei den von ihnen behandelten Fragestellungen und den vorgeschlagenen Lösungen ein Gespür für die aktuelle ökonomisch-gesellschaftliche Lage haben müssen. So erforderte die Situation der nach damaligen Maßstäben fortgeschrittenen Länder Europas seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts — wie wir nicht nur von Marx wissen — objektiv neue Organisationsformen der Wirtschaft, speziell des Gewerbes, um die wachsende Bevölkerung auch nur halbwegs ernähren zu können. Das erkannten Smith und seine Anhänger. An sich hätte etwa die Freihandelsidee schon, als sie von den Physiokraten propagiert wurde, in Übereinstimmung mit den gewandelten Interessen der sich zu industrialisieren beginnenden Länder, vorab Englands als der damaligen "économie dominante", von den

² Während der Niederschrift der vorliegenden Arbeit erschien das Referat von Craufurd D. Goodwin: Economic Theory and Society: A Plea for Process Analysis, "American Economic Review", Papers and Proceedings, vol. LXII, May 1972, p. 409 ff., das verschiedene für die im Text behandelten Fragen bedeutsame Anregungen enthält, und zwar sowohl für unser allgemeines Thema der wechselseitigen Beziehungen zwischen Wirtschaftstheorie und -politik als auch für das spezielle Kairos-Problem.

³ Joan Robinson: The Second Crisis of Economic Theory (Richard T. Ely-Lecture, erschienen in der "American Economic Review", Papers and Proceedings, vol. LXII, May 1972, p. 1 ff.).

⁴ H. H. Gossen: Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Braunschweig 1854.

Politikern anerkannt werden können; sie ließ sich jedoch politisch erst durchsetzen, als die von den einseitig-übertreibenden Thesen der Physiokratie hinsichtlich der Alleinproduktivität der Landwirtschaft u. dgl. gereinigte klassische Schule generell die ökonomische Überlegenheit einer freien Wirtschaft über eine durch zahllose bürokratische Regelungen Initiative und Innovationen der Individuen hemmende Wirtschaftspolitik dartat. Noch nicht endgültig entschieden ist - um ein weiteres Beispiel anzuführen -, ob und ggfs. wann sich in der Steuerpolitik entwickelter Länder jener umfassende Einkommensbegriff durchsetzen wird, der bereits 1896 von Schanz aufgestellt und später insbesondere von Haig, Shoup und H. C. Simons weiterentwickelt wurde. Kein Zweifel, daß die internationale Einkommensteuergesetzgebung der letzten 40, 50 Jahre eine - wenn auch nicht ganz gradlinige — Bewegung in Richtung auf eine Rezeption jenes Begriffs zeigt. Aber das politische Schicksal etwa der Vorschläge des (in dieser wie in anderer Beziehung beispielhaften) kanadischen Carter-Reports von 1966⁵ oder auch das US-amerikanische Steuerreformgesetz vom 31. 12. 1969 sowie last not least der Bericht der deutschen Steuerreformkommission von 1971 zeigen doch, daß die starken, interessenmäßig gebundenen Widerstände die theoretisch und logisch nicht zu erschütternde Reinvermögenszugangstheorie in absehbarer Zeit kaum voll zur Anwendung gelangen lassen werden. Ein drittes Beispiel: Ricardo sah sich mit uns noch oder wieder nur zu bekannten Währungsproblemen konfrontiert; daraus erwuchs seine Arbeit über den "High Price of Bullion" (1809), die dann bekanntlich erst rund ein Menschenalter später die Peelsche Bankakte (1844) stark beeinflussen konnte, ja. unter dem Titel "Goldkernwährung" fanden gewisse ricardianische Gedanken sogar erst nach 1918 theoretische und praktische Anerkennung. Im übrigen weiß man, wieviele Theoretiker sich seit Jahrzehnten bemüht haben, durch ihre Vorschläge für ein "100 % money", flexible Wechselkurse, eine feste "Geldmengenregel", eine europäische Währung u. ä. mehr unser Geldwesen und zugleich die Konjunktur- und die Wachstumspolitik umzugestalten; aber erst der Zusammenbruch des Weltwährungssystems im vergangenen Jahr (1971) hat die Chance erhöht, daß rationale Theorie über traditionalistisch-emotional begründete Vorurteile hinweg — wie sie z. B. selbst von dem Schöpfer der "Staatlichen Theorie des Geldes" (1905), G. F. Knapp, in der Formel vom "festen Kurs als letztes Ziel" geteilt wurden — die Grundlagen einer den heutigen Verhältnissen adäquaten Geldordnung schaffen helfen wird. Und ein letztes Beispiel: Während die Lösung der "sozialen Frage auf dem Lande" (F. Gutmann) durch die Bauernbefreiung Ende des

⁵ Vgl. dazu die instruktiven Abhandlungen von J. Head im "Finanzarchiv", N. F., Bd. 29, 1970, S. 197 ff., und Bd. 31, 1972, S. 48 ff.

18. bzw. Anfang des 19. Jahrhunderts kaum durch wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen vorbereitet war, hat an der Bewältigung der früher so genannten "Arbeiterfrage" eine Reihe von Bemühungen von Wirtschaftswissenschaftlern, nicht zuletzt Mitgliedern des Vereins für Socialpolitik, einen gewichtigen Anteil gehabt; diese Bemühungen hatten freilich meist erst dann praktischen Erfolg, wenn die Interessen des Staates bzw. der herrschenden Klassen dadurch positiv berührt zu werden versprachen: so bei den ersten Kinderschutzgesetzen in Preußen, die militärpolitischen Rücksichten ihre Entstehung verdankten, so auch bei den Experimenten und empirisch untermauerten Studien des Leiters der Jenaer Zeiß-Werke, Ernst Abbés, deren Ergebnisse erst allgemein rezipiert wurden, nachdem politische Wandlungen eine entsprechende Gesetzgebung möglich gemacht hatten.

Sehe ich von Individuen einerseits, lockeren Zusammenschlüssen in wissenschaftlichen "Schulen" wie der physiokratischen, der klassischen oder der Freiburger Schule andererseits, ab, so kann sich wissenschaftlicher Einfluß auf die Politik hauptsächlich durch Vereinigungen wie die unsere, wissenschaftliche Forschungsinstitute sowie offizielle Beratungsgremien geltend machen. Als letztere kommen namentlich Wissenschaftliche Beiräte von Ministerien, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, "Royal Commissions" britischer Observanz, der holländische "Sozial-Ökonomische Rat" und der amerikanische "Council of Economic Advisers to the President" in Betracht. Ich gehe hier nur auf die wissenschaftlichen Gesellschaften und einige der genannten Räte kurz ein.

Wie schon aus ihrem Aufruf vom 31. Mai 1873 hervorgeht, strebten die meisten Gründer des Vereins für Socialpolitik mittels Aufklärung und Gedankenaustausch einen bestimmten Einfluß auf die Lösung sozialer Probleme der Wirtschafts-, Gesundheits- und Unterrichtspolitik an, doch wurde dieser Versuch 1881, als man beschloß, auf Abstimmungen über sozialpolitische Fragen zu verzichten, "aus Mangel an Geschlossenheit endgültig aufgegeben"6. Dieser Versuch erwies sich freilich bald als mehr formal denn material bedeutsam, und seit der Wiederbelebung unserer Gesellschaft durch G. Albrecht (1948) hat diese sich, in Übereinstimmung mit der neueren Wohlfahrtsökonomik, nicht mehr gescheut — neben ihrem Hauptziel: einer Förderung theoretischer Untersuchungen, vor allem in den Ausschüssen —, durch Informationen und Anregungen in Wort und Schrift der Begründung und Realisierung wirtschaftspolitischer Ziele zu dienen?

⁶ D. Lindenlaub: Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik, "Beihefte zur Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte", Nr. 52, Wiesbaden 1967, S. 27.

⁷ Kurz vor der (politisch erzwungenen) Selbstauflösung des Vereins schrieb R. Michels (Historisch-Kritische Untersuchungen zum politischen Verhalten

Ausschließlich diesem Zweck sind die Gremien verpflichtet, die von Regierungen, gesetzgebenden Körperschaften oder inter- bzw. supranationalen Organisationen ad hoc oder als Dauereinrichtungen geschaffen werden. Unsere Gesellschaft hat sich auf ihren Arbeitstagungen in Bad Homburg und Baden-Baden 1962 bzw. 1967 eingehend mit den Problemen der wirtschaftspolitischen Beratung durch solche Gremien beschäftigt⁸. Ich setze die Kenntnis der damaligen Referate und Diskussionen sowie die der seither erschienenen komparativen Studien von Wallich⁹ und Malles¹⁰ hier voraus und begnüge mich demgemäß mit der Hervorhebung einiger weniger Punkte.

Gemeinsam ist diesem Typ von Beratungsorganen, daß ihre Errichtung auf die Hoffnung von Exekutive und/oder Legislative zurückgeht, die Effizienz ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen dank dem Rat der Wissenschaft steigern zu können, und zwar nicht zuletzt durch eine sogenannte "Versachlichung" der Politik. Tatsächlich können selbst für die entscheidenden Instanzen völlig unverbindliche Vorschläge wissenschaftlicher Beiräte oder die kraft Gesetzesbefehls formal als rein analytische Berichte ausgestalteten Gutachten des Sachverständigenrats¹¹ einer Rationalisierung der Wirtschaftspolitik dienen, sei es dadurch, daß sie Ministern, Parlamentariern oder der hohen Bürokratie ihnen bislang unklar gewesene Aspekte und Zusammenhänge aufzeigen, sei es in der Weise, daß die Regierung von ihr bereits als optimal erkannte, aber von Öffentlichkeit und/oder gesetzgebenden Körper-

der Intellektuellen, "Schmollers Jahrbuch", Bd. 57, 1933, S. 807 f.), der Verein habe in der Propagierung der Sozialreform die "dem Mann der Wissenschaft" zu stellende Aufgabe ernstgenommen, "Priesterqualität" zu besitzen und "Priesterfunktionen" auszuüben — eine in der Sache wohl zutreffende, sprachlich allerdings fragwürdige Feststellung eines Gelehrten, "in dessen Wesen Emotion und Krtiik ständig einander den Vorrang streitig machten" (so E. v. Beckerath) und dessen Werke in beispielhafter Weise Vorzüge und Gefahren einer Politikbewußtheit wissenschaftlichen Denkens widerspiegeln.

Zumindest formell ist die Haltung der "American Economic Association" noch reservierter als die des (alten) Vereins für Socialpolitik, obgleich natürlich auch für diesen galt (und für unsere Gesellschaft in ihrer heutigen Form gilt), was die AEA so stark betont, daß nämlich die "Association as such takes no partisan attitude, nor does it commit its members to any position on practical economic questions".

⁸ E. v. Beckerath und H. Giersch (Hrsg.): Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung, "Schriften d. Vereins f. Socialpol.", N. F., Bd. 29, Berlin 1963, S. 325 ff.; K. H. Schneider (Hrsg.): Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung, "Schriften d. Vereins f. Socialpol.", N. F., Bd. 49, Berlin 1968.

⁹ H.C. Wallich: The American Council of Economic Advisers to the President and the German Sachverstaendigenrat: A Study in the Economics of Advice. "The Quarterly Journal of Economics", vol. LXXXII, 1968, p. 349 ff.

Advice, "The Quarterly Journal of Economics", vol. LXXXII, 1968, p. 349 ff.

10 P. Malles: Economic Consultative Bodies; Their Origin and Institutional Characteristics, Economic Council of Canada, Ottawa 1971.

11 Zutreffend bemerkt Wallich (a.a.O., p. 350), daß der Sachverständigenrat

die ihm gesetzlich gestellten Aufgaben natürlich nicht "without making implicit recommandations" erfüllen könne.

schaften mit Mißtrauen betrachtete Maßnahmen nun infolge der Unterstützung durch die Wissenschaft leichter durchsetzen kann. Dem steht grundsätzlich auch nicht die — politische Entscheidungen freilich u. U. erschwerende - Tatsache entgegen, daß es oft einander widersprechende Ansichten verschiedener Wissenschaftler gibt, denn nicht nur zwischen diesen Ansichten, sondern auch zwischen der Befolgung eines übereinstimmend gegebenen wissenschaftlichen Rats und seiner Ablehnung wird immer die politisch verantwortliche Instanz zu wählen haben — wie jüngst etwa wieder die währungspolitischen Beschlüsse der Bundesregierung vom Juni (sc. 1972) gezeigt haben. Es ist eine groteske Verkennung der Dinge, wenn man glaubt, man könne politische, also auch i.e.S. wirtschaftspolitische Entscheidungen "unabhängigen Sachverständigen" überlassen; eine solche — beispielsweise von der "Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" in ihrem Vorschlag zur Schaffung einer mit der Verantwortung für eine antizyklische Ausgabenpolitik zu betrauende "Fiskalinstanz" vertretene — Meinung übersieht, daß — um mit Carl Schmitt zu reden¹² — "die Entscheidung darüber, ob etwas unpolitisch ist, immer eine politische Entscheidung bedeutet, gleichgültig wer sie trifft und mit welchen Beweisgründen sie sich umkleidet". Eine zutreffende Beurteilung der angedeuteten Problematik findet sich dagegen im sog. Langzeitprogramm der SPD von 1972, in deren "Einführung" einerseits betont wird, daß Planung "nur von Fachleuten kommen" kann, es aber andererseits heißt, daß die Partei sich nicht "einwickeln" lassen dürfe "in die Bevormundung durch die Detail-Experten"¹³. Im übrigen ist es ein Gebot intellektueller Redlichkeit, daß der Theoretiker dem seinen Rat erbittenden Politiker ggfs. sagt, daß und warum bestimmte Probleme wissenschaftlich (noch) nicht lösbar sind, wie z.B. das stabilisierungspolitisch effizienter automatischer Regulatoren¹⁴. Auch unabhängig von diesem praktisch-poli-

¹² C. Schmitt: Politische Theologie, 2. Aufl. Berlin 1934, in der "Vorbemerkung". — In die gleiche Richtung weist die Bemerkung T. W. Adornos (in der Einleitung zu "Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie" — Soziologische Texte, Bd. 58 —, Neuwied - Berlin 1969, S. 39), daß "gesellschaftlich-inhaltlich, politische Apathie als Politikum sich erweist". — Vgl. auch die Bemerkungen zu dem Vorschlag der ASM von J. Beyfuss: Das Stabilitätsgesetz — Wende in der Konjunkturpolitik?, "Beiträge des Deutschen Industrieinstituts", 4. Jg., 1966, Heft 10, S. 19, sowie die ungeachtet der kritischen Anmerkungen von U. Lohmar (in dessen Aufsatz in "Universitas", 27. Jg. 1972, S. 592) grundsätzlich zutreffenden Ausführungen von A. Morkel ("Wissenschaft und Politik", Hamburg 1967, S. 127) über die Gefahren einer zu stark wissenschaftlich orientierten Haltung von Politikern.

¹⁸ Helmut Schmidt: Einführung zu dem "Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1972 - 1985", SPD-Materialien zum Parteitag vom 28. 11. bis 2. 12. 1972, Bonn 1972, S. XII.

¹⁴ Siehe dazu u.a. F. Neumark: Ermessensfreiheit oder Automatismus?, Zürich 1971, das Gutachten des Wirtschaftswissenschaftl. Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen vom 11. 12. 1971 über "Regelmecha-

tischen Aspekt gilt *Lichtenbergs* Feststellung, daß "nichts ... dem Fortgang der Wissenschaft mehr Hindernis entgegen(setzt), als wenn man zu wissen glaubt, was man noch nicht weiß"¹⁵.

Der Hauptunterschied zwischen den Räten deutschen Typs und dem amerikanischen "Council" besteht darin, daß sich dieser aus "inside advisers", erstere aus "outside advisers" zusammensetzen. Entsprechend sind unsere Räte formal und material an keine Weisungen der Regierung gebunden, während der "Council", da in das Weiße Haus integriert, von ihm wissenschaftlich erarbeitete, aber vom Präsidenten der USA mißbilligte Feststellungen und Vorschläge nach außen nicht machen darf. Eine generelle Antwort auf die Frage, bei welchem Gremium der Einfluß der Wissenschaft auf die Politik größer ist, läßt sich nicht geben, u.a. deshalb, weil es viel auf die jeweiligen Persönlichkeiten von Beratern und Beratenen ankommt. Zwar spricht der deutsche Sachverständigenrat die Sprache der reinen Wissenschaft in höherem Maße und ist er in der Formulierung der Ergebnisse seiner Analysen bisweilen radikaler als sein amerikanisches Gegenbild, doch ist keineswegs ausgemacht, ob dadurch seine politische Durchschlagskraft gestärkt wird. Daß im übrigen der Einfluß der Theoretiker weitgehend davon abhängt, wie die Wissenschaft ganz allgemein gesellschaftlich eingeschätzt wird und welchen unmittelbaren Nutzen sich der Politiker von ihr für die Realisierung seiner Ziele erhofft, liegt auf der Hand. Kein Wunder, daß ein Realpolitiker wie Bismarck die zugespitzte Ansicht vertrat, ein um seine Existenz kämpfender Staat könne "seine Entschließungen nicht von Fakultätsgutachten abhängig" machen, eine Stellungnahme, der Schmoller unter Leugnung einer anerkannten Wissenschaft unter den "abstrakten Theorien der Nationalökonomen" zugestimmt hat16. Aber man sollte nicht vergessen, daß der antiintellektuelle Hochmut mancher Staatsmänner und Militärs diese dazu verführt hat, nicht zuletzt infolge der Verachtung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse Kriege zu verlieren oder ihr Land sonstwie in den Ruin zu stürzen.

Der faktische Einfluß spontaner oder erbetener wissenschaftlicher Äußerungen auf die Politik läßt sich meist nur schwer bestimmen. Daß — wie bereits oben in bezug auf allgemeine Wandlungen der Wirt-

nismen und regelgebundenes Verhalten in der Wirtschaftspolitik" (im "Bulletin der Bundesregierung" vom 10.3. 1972 sowie die Bemerkung von O. Schlecht: Erfahrungen und Lehren aus dem jüngsten Konjunkturzyklus, Tübingen 1972, S. 40, wer glaube, durch Regelbindungen und -mechanismen den parlamentarischen Entscheidungsprozeß außer Kraft setzen zu können, befinde sich auf dem Holzweg; solchen Vorschlägen liege "eine fundamental apolitische Vorstellung" zugrunde.

¹⁵ G. Chr. Lichtenberg: Gesammelte Werke, hrsg. von W. Grenzmann, Baden-Baden o. J., Bd. I, S. 272.

¹⁶ Siehe Lindenlaub, a.a.O., S. 16 und 143.

schaftspolitik erwähnt — nur selten den expliziten oder impliziten Vorschlägen einzelner Theoretiker oder wissenschaftlicher Gremien voll und unverzüglich Folge geleistet wird, hängt u. a. damit zusammen, daß einmal die höhere Bürokratie überwiegend konservativ-traditionalistisch denkt und zum anderen der Wirtschaftstheoretiker die außer- bzw. meta-ökonomischen Implikationen ebenso wie die praktischen Durchführungsschwierigkeiten seiner Ideen zu unterschätzen pflegt. Des weiteren können unterschiedliche Wertvorstellungen eine Rolle spielen.

Damit klingt das Motiv des Werturteils- oder Wertfreiheitsstreites an. So verlockend es auch wäre, dieses nicht zuletzt durch die berühmten Diskussionen in unserem Verein - namentlich 1909, 1913 und dann wieder 1962 - zum Gegenstand bis heute nicht abgeschlossener Auseinandersetzungen gewordene Thema hier eingehender zu behandeln - aus Zeitgründen muß ich mir das versagen. Ich begnüge mich vielmehr mit der schlichten Feststellung, daß ich mit Little, Boulding¹⁷ und vielen anderen der Auffassung bin, die Vorstellung von einer wertfreien Wissenschaft sei "absurd". Dennoch erscheint mir natürlich die (oft zweifellos außerordentlich schwierige) Abgrenzung von rein persönlichen, willkürlichen Urteilen gegenüber "common values" (Boulding) als zugleich möglich und unerläßlich. Wenn etwa ein Agrarwissenschaftler 1928 auf der Züricher Tagung des Vereins für Socialpolitik sagte, seiner (von ihm selbst als "unmaßgeblich" bezeichneten) Meinung nach "mache das Landvolk ... den wertvollsten Teil unseres Volkes aus"18, so wird man darüber ebenso wenig wissenschaftlich streiten wollen und können wie - um das bekannte Wort Sombarts anzuführen — über die Vorzugswürdigkeit von Blondinen oder Brünetten. Wohl aber bietet beispielsweise der Zielkatalog in § 1 unseres Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes oder die sec. 2 des amerikanischen "Employment Act" von 1946 Anlaß zu wertbezogenen theoretischen und politischen Auseinandersetzungen, und zugleich wird an diesen Beispielen die örtlich-zeitliche Relativität aller Werthierarchien deutlich. Niemand wird heute noch eine absolute Geldwertstabilität fordern, sofern damit zwangsläufig eine Arbeitslosenrate von - sagen wir - 8 oder 10 % verbunden wäre, ebenso wie wohl niemand eine ständige Vollbeschäftigung postulieren würde, falls der Preis dafür eine Inflationsrate von 8 oder 10 % jährlich wäre. Geht man hingegen von Raten, die nur die Hälfte oder ein Viertel der genannten betragen,

¹⁷ J. M. D. Little: A Critique of Welfare Economics, Oxford 1957; K. E. Boulding: Economics as a Moral Science, "American Economic Review", vol. LIX, 1969, p. 4.

¹⁸ Seedorf in: Wandlungen des Kapitalismus. Auslandsanleihen. Kredit und Konjunktur, "Schriften d. Vereins f. Socialpol.", 175. Bd., München - Leipzig 1929, S. 253.

und der (von mir freilich zumindest hinsichtlich ihrer exakten Quantifizierbarkeit nachdrücklich bestrittenen) generellen Gültigkeit der Phillips-Kurve aus, so wird die Entscheidung für eine im Interesse beider Ziele zu verfolgende Strategie weitgehend auf Wertungen zurückgehen, die sich nicht allein auf meßbare ökonomische, sondern auch auf soziale Fakten sowie auf spezielle Erfahrungen beziehen und teilweise den Charakter von "Schätzungsurteilen" im Jöhrschen Sinne¹⁹ haben. Wenn Inflation und Arbeitslosigkeit in ihrem Zusammenspiel, wie James Tobin kürzlich nicht zu Unrecht meinte, heute "the principal economic burden of presidents and prime ministers, and the major area of controversy and ignorance in macroeconomics" bilden²⁰, so hängt das damit zusammen, daß erstens die "sozialer" gewordene Orientierung unserer Disziplin, aber auch ihre theoretische Verfeinerung uns die "social costs" unfreiwilliger Arbeitslosigkeit besser zu erkennen und höher zu bewerten gelehrt hat, daß zweitens weitgehende, allerdings nicht vollkommene Abhilfsmöglichkeiten gegen unsoziale Massenwirkungen schleichender Inflationen entwickelt wurden und drittens schließlich die zu beobachtenden Meinungsverschiedenheiten über das ökonomisch-gesellschaftlich tolerable Maß an Geldentwertung einerseits, Beschäftigungslosigkeit andererseits z.T., wie angedeutet, erfahrungsbedingt sind. So wird unter sonst gleichen Umständen ein Land, das im Laufe eines relativ kurzen Zeitraums zwei galoppierende Inflationen erlebt hat, der Geldwertstabilität einen höheren Stellenwert zuzuerkennen neigen als ein anderes, das solche Entwicklungen nicht durchgemacht hat und in dem selbst in Boom-Perioden eine Arbeitslosenrate herrscht, die im ersten Land politisch untragbar wäre. Die dem Wissenschaftler unter diesen Umständen zufallenden Aufgaben sind: eindeutige Definition der Ziele, Aufweisung möglicher oder wahrscheinlicher Zielkonflikte, Herausarbeitung von

W. A. Jöhr: Schätzungsurteil und Werturteil, in: "Systeme und Methoden in den Wirtschaftswissenschaften" (Festgabe für E. von Beckerath), Tübingen 1964, S. 155 ff., und ders.: Thesen zum Problemkreis Wissenschaft und Werte, "Schweizerische Zeitschrift für kaufmännisches Bildungswesen", 65. Jg., 1971, S. 93 ff. — Vgl. im übrigen zur Frage der Bewertung wirtschaftspolitischer Zielkombinationen den gleichnamigen Aufsatz von W. Jahnke in der "Zeitschr. f. d. ges. Staatsw.", 127. Bd., 1971, S. 296 ff., und die sich daran anschließende Diskussion ib., 128. Bd., 1972. S. 304 ff., 317 ff., 326 ff. u. 331 ff., insbes. Otts m. E. berechtigte Kritik an Jahnkes Konstruktion einer "volkswirtschaftlichen Verlustfunktion", an deren Stelle Ott (S. 311) eine "Abweichungsfunktion" setzen möchte. — Nach der Niederschrift des vorliegenden Referats erschien K. Mackscheidt: Zur Bewertung der Ziele "Preisniveaustabilität" und "Vollbeschäftigung" im Rahmen der Trade-Off-Analyse ("Wirtschaftspolitische Chronik" des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Heft I, 1972, S. 17 ff.), in dem sich manche berechtigten Kritiken an gewissen Versuchen finden, Effizienzverluste infolge von Zielverletzungen zu quantifizieren.

²⁰ J. Tobin: Inflation and Unemployment, "American Economic Review", Bd. LXII, 1972, p. 1 ff.

Modalitäten zur Minimierung derartiger Konflikte, klare Schilderung der Wertvorstellungen, die das eine oder das andere der Ziele vorziehen lassen, u. dgl. mehr.

Im übrigen ist der faktische Einfluß der Wissenschaft auf die Wirtschaftspolitik nicht zuletzt von den *Mitteln und Wegen* abhängig, derer sie sich bedient, und in jedem Einzelfalle gelten neben allgemeinen je besondere Erfolgsbedingungen, worauf noch zurückzukommen ist.

Hauptsächlich handelt es sich bei jenen Mitteln und Wegen um primär wirtschaftspolitisch intentionierte Veröffentlichungen allgemeiner oder besonderer Natur, um Hochschulveranstaltungen, Kongresse, Gutachten, Vorträge vor Verbänden oder in Radio und Fernsehen sowie "Hearings". Je nach den Kommunikationsmitteln ist der Kreis der angesprochenen Personen verschieden, wobei überdies zu bedenken ist, daß die Wirkung auf die praktische Politik bisweilen direkt, bisweilen indirekt erfolgt — letzteres etwa in den Fällen, in denen ein Hochschullehrer seine Theorien an Schüler weitergibt, die später ihrerseits in Regierung, Verwaltung, Parlament, Presse oder Interessenverbänden die Wirtschaftspolitik zu beeinflussen vermögen. Ich beschränke mich im folgenden auf ein paar Bemerkungen über Gutachten und "Hearings".

Gutachten können erstellt werden von Einzelpersonen, Wirtschaftsforschungsinstituten, ad hoc gebildeten Expertenkommissionen oder Gremien nach Art unserer Räte. Als Adressaten bzw. Auftraggeber kommen in Betracht private Vereinigungen, insbesondere Interessenorganisationen, die Regierung sowie - seltener - das Parlament. Die Gefahr, daß die Wissenschaft dabei mißbraucht wird, ist nicht gering, und die Möglichkeit zu Mißbräuchen resultiert in erster Linie aus der Tatsache, daß — jedenfalls in den meisten sogenannten westlichen Staaten — Meinungspluralismus besteht, in zweiter daraus, daß die Honorierung von Gutachten nicht immer (nur) entsprechend der vom Verfasser aufgewandten Arbeit, sondern (auch) nach Maßgabe des Untersuchungsergebnisses, und das heißt oft zugleich des materiellen Interesses des Auftraggebers, erfolgt. All das gilt zwar vor allem für Gutachten, die von Einzelpersonen für private Stellen angefertigt werden, aber in gewissem Umfange auch für solche von Forschungsinstituten, jedenfalls dann, wenn diese nicht durch Stiftungs- oder Staatsmittel finanziell völlig unabhängig sind und daher um ihren Fortbestand bangen und ständig hinter weiteren Forschungsaufträgen herlaufen müssen. Bei Institutionen wie den Wissenschaftlichen Beiräten und "Royal Commissions" sind die angedeuteten Gefahren schon um deswillen weit geringer oder nichtexistent, weil ihre Mitglieder ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausüben; die Beiräte sind überdies hinsichtlich ihrer Mitgliederergänzung völlig autonom.

Daß Gutachten oft keinen Einfluß auf die Politik ausüben oder sich ihre Wirksamkeit erst nach mehr oder minder langer Zeit beobachten läßt, kann kaum Wunder nehmen — eher umgekehrt, daß gutachtliche Äußerungen von Einzelpersonen, wie etwa A. Wagner, Keynes oder Tinbergen, aber auch Stellungnahmen oder Empfehlungen von Beiräten, Kommissionen und dem Sachverständigenrat auf so komplexen und kontroversen Gebieten wie denen der Organisation des Gemeinsamen Marktes, der Steuerharmonisierung in der EWG, der Konjunktur- und Währungspolitik (Aufwertung der DM!) oder der Finanzreform nationale und/oder inter- bzw. supranationale Maßnahmen aufs stärkste mitgestaltet haben. Mindestens teilweise dürften solche positiven Effekte damit zusammenhängen, daß in den Verwaltungen leider noch nicht auch in den meisten Volksvertretungen - heute ungleich mehr und besser ausgebildete Wirtschaftswissenschaftler tätig sind, die den Rat der Theoretiker gebührend zu würdigen und ggfs. gegenüber ihren meist rein politisch denkenden Vorgesetzten zu verteidigen wissen, als das noch bis vor einem Menschenalter der Fall war. Entsprechendes gilt auch für die Notenbanken, in denen nunmehr wissenschaftlich qualifizierte Persönlichkeiten anzutreffen sind, deren Darlegungen zu folgen Männer wie Luther und Schacht - von Havenstein zu schweigen — außerstande gewesen wären.

Kaum existent sind bislang in der Bundesrepublik gerade für die großen Wirtschafts- und Finanzprobleme "Hearings" im amerikanischen Sinne, obwohl sie ein vorzügliches Mittel zur Steigerung des Rationalitäts- und Effizienzgrades der Politik durch bessere Information sein könnten. Das, was man bei uns als "Anhörungen" seitens Regierung und Volksvertretung auf diesen Gebieten inszeniert, ist von echten "Hearings" im allgemeinen noch weit entfernt. Diese setzen u.a. voraus, daß ein breiter Kreis von Interessenten, unabhängigen Wissenschaftlern und Vertretern des sogenannten öffentlichen Lebens um schriftliche Meinungsäußerungen sowie darauf gestützte mündliche Erläuterungen gebeten wird, wobei entscheidend ist, daß die — öffentlichen! — Einvernahmen durch Persönlichkeiten erfolgen, die den zur Verhandlung stehenden Fragenkomplex bereits weitgehend beherrschen und die folglich richtig zu fragen vermögen, zugleich aber politische Entscheidungsträger sind. Darüber hinaus ist eine vollständige Publikation der "Hearings"-Ergebnisse zu einem erschwinglichen Preis erforderlich. Die Chancen einer Rationalisierung etwa der Stabilisierungspolitik oder einer diesen Namen verdienenden umfassenden Steuerreform könnten bei uns erheblich vergrößert werden, wenn die darauf bezüglichen Regierungsprojekte zum Gegenstand echter "Hearings" gemacht würden, die vor allem den Parlamentariern die Möglich38 Fritz Neumark

keit gäben, ihre Entscheidungen in voller Kenntnis der ökonomischen Tatbestands- und Kausalzusammenhänge zu treffen.

Zum Abschluß meiner Betrachtungen über die Mittel einer Beeinflussung der Politik durch die Wissenschaft seien einige ergänzende Bemerkungen über die Erfolgsbedingungen für eine solche Einflußnahme gestattet, soweit diese Bedingungen von den Wissenschaftlern selbst abhängen. Hierher gehören u. a. Methode und Diktion der wissenschaftlichen Äußerungen.

Die Methoden unserer Disziplin haben sich, nicht zuletzt dank der Anwendung mathematischer Verfahren, seit einem Menschenalter derart verfeinert, daß der mittelbare Einfluß der Wirtschaftstheorie auf die praktische Politik - via Volks- und Betriebswirte in der Verwaltung, den Stäben der Fraktionen, den wirtschaftswissenschaftlichen Abteilungen der Zentralbank und privater Großunternehmen, Interessenverbände usw. -- weit größer geworden sein dürfte als der unmittelbare. Davon abgesehen, vernachlässigen akademische Volks- und Betriebswirte heute vielfach die geistigen Strömungen, die Eigenarten der Institutionen und sonstige Fakten, die das reale ökonomische und politische Geschehen bestimmen, und sie verfallen einem von Albert so genannten "Alternativ-Radikalismus des abstrakten Denkens"21. Konnte man mit einigem Recht der Schmoller-Schule vorwerfen, sie habe über der "Stoffhuberei" die theoretische Analyse vernachlässigt, so gilt für manche zeitgenössischen Theoretiker in Deutschland wie anderswo umgekehrt, was ein britischer Hochschullehrer, Graham Hallet, kürzlich von gewissen Nationalökonomen seines Landes sagte, daß sie nämlich "fell in love with their theories and lost touch with reality"22. Nicht nur im engeren Sinne ökonomische, sondern auch rechtliche Faktoren und gesellschaftliche Machtphänomene muß jedoch der Wissenschaftler, falls er Einfluß auf das wirkliche Wirtschaftsgeschehen nehmen will, in seine Modelle integrieren, und zwar Manifestationen der ökonomischen und der politischen Macht - jedenfalls dann, wenn die vor drei Jahrhunderten von Filmer vertretene Ansicht zutreffen sollte, "that economical and political power differ not otherwise

²¹ H. Albert: Ökonomische Ideologie und politische Theorie, Göttingen 1954, S. 132.

²² G. Hallet: The Rôle of Economists as Government Advisers, "Westminster Bank Review", May 1967, p. 20. — Siehe auch die mehr allgemein gehaltenen kritischen Bemerkungen (die weitgehend mit Gedanken Joan Robinsons in ihrer oben angeführten Ely-Lecture übereinstimmen) von E. H. Phelps-Brown: The Underdevelopment of Economics, "The Economic Journal", vol. 82, 1972, p. 1 ff., und den Hinweis von A. Okun (Have Fiscal and / or Monetary Policies Failed?, "American Ec. Review", Papers and Proceedings, Bd. LXII, 1972 S. 26) auf das "persistent gap between economic analysis and political feasibility".

than a little commonweal differs from a great one 23. Ein Schlüssel zum Verständnis des weltweiten Erfolgs der Keynesschen "General Theory" lag zweifellos in dem von A. Robinson hervorgehobenen Umstand, daß ihr Autor zeitlebens "essentially a political economist" war und bei dem Bemühen, Lösungen für wirtschaftliche Probleme zu finden, stets versuchte, "to find not only an intellectual solution but also an administrative and practicable solution"24.

Und schließlich muß sich der Theoretiker, sofern auf praktisch-politischen Einfluß bedacht, einer Sprache bedienen, die so klar und verständlich ist, daß sie einer der wesentlichen Vorbedingungen dafür genügt, seine Vorstellungen den politisch entscheidenden Persönlichkeiten und Gruppen "verkaufen" zu können, und er muß diesen die volkswirtschaftlichen Kosten sowohl der zur Diskussion stehenden Maßnahmen als auch der eventuell an deren Stelle tretenden politischen Inaktivität aufzeigen. Es scheint mir, daß viele unserer deutschen Theoretiker, ob sie nun für sich allein oder in Beiräten u. dgl. tätig sind, durch eine dem Stil angelsächsischer Gutachten stärker angepaßte Diktion — ich denke etwa an die Publikationen von W. W. Heller und A. Okun²⁵ — die politische Wirksamkeit ihrer Äußerungen noch erheblich steigern könnten. Es macht eben (um den Anfang des 19. Jahrhunderts in Leipzig dozierenden Kantianer W. T. Krug zu zitieren) einen gewissen Unterschied aus, ob man zu einem politischen Teufel sagt: "Hebe Dich weg von uns, Satan! — oder: Geruhen Ihre höllische Majestät sich ein wenig zu moderieren!"26 Allerdings muß ein Doppeltes

²³ Sir Robert Filmer: Patriarcha; or the natural power of kings (zuerst erschienen 1680; hier zitiert nach "Two Treatises on Civil Government" by John Locke, preceded by Sir Robert Filmer's "Patriarcha", ed. by H. Morley, London (1884), S. 27). — Vgl. dazu u. v.a. J. Lhomme: Pouvoir et société économique, Paris 1966, bes. S. 149 ff., die von K. W. Rothschild herausgegebene Sammlung "Power in economics" (Penguin Modern Economic Readings, 1971, bes. die Beiträge von H. Albert, F. Perroux, E. Preiser und Galbraith), sowie die Frankfurter Dissertation meines Schülers E. Sambach: Untersuchungen zum Problem der wirtschaftlichen Macht (1960).

²⁴ E. A. G. Robinson: J. M. Keynes: Economist, Author, Statesman, "The

Economic Journal", Bd. 82, 1972, p. 533.

25 Vgl. zu dieser Frage die Ausführungen von Charles E. McLure Jr. in W. Fellner (Hrsg.): Econodic Policy and Inflation in the Sixties, Washington D. C. 1972, p. 12-14, und die dort zitierten Äußerungen von W. Heller, H. Stein und A. Okun, die einleitenden Bemerkungen in dem Aufsatz von K. Brunner und M. J. M. Neumann: Monetäre Aspekte des Jahresgutachtens 1971/72 des Sachverständigenrats, "Weltw. Archiv", Bd. 108, 1972, S. 257 sowie die Dissertation von Dennis K. Hoover: Problems in the Implementation of Economic Stabilization Policy, United States, 1965-1968 (Columbia University, N. Y., 1971) über das "failure to develop public economic understanding", auszugsweise abgedruckt im "Nat. Tax Journal", Bd. XXV, 1971, p. 147 ff., hier p. 167, und die Bemerkungen von O. Gandenberger in "ORDO", Bd. XXII, 1971, 87 ff., bes. 98 f.

²⁶ W. T. Krug: Kreutz- und Queerzüge eines Deutschen auf den Steppen der Staats-Kunst und Wissenschaft, Leipzig 1818, S. 248.

konzediert werden: Einmal ist die Sprache der neueren Wirtschaftstheorie aus zuvor kurz angedeuteten Gründen in einem nicht unerheblichen Maße von der hohen Bürokratie und manchen jüngeren Politikern weitgehend rezipiert worden, so daß insofern ein Abbau früher bestehender Sprachbarrieren beobachtet werden kann; zum anderen ist auf eine bedeutsame Ausnahme von der Regel hinzuweisen, daß eine weithin verständliche Ausdrucksweise eine Vorbedingung für das politische Wirksamwerden wirtschaftstheoretischer Analysen und Prognosen ist, nämlich Marx' "Kapital", doch ist einerseits zu bedenken, daß Karl Kautsky eine für die breiten Massen besser verständliche "Volksausgabe" dieses Werkes²⁷ herausgebracht hat und daß andererseits das "Kommunistische Manifest" eine äußerst einprägsame, Demagogie und wissenschaftliche Thesen geradezu genial mit einander verschmelzende Diktion aufweist.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich ausdrücklich betonen, daß ich nicht Hallets und manch' anderer Auffassung teile, daß "theories serve a purpose only in so far as they help to explain reality more adequately "28, und daß eine Verketzerung gewisser Theorien als "utopistisch" durch Regierung und/oder Interessenverbände, die auf Unverständnis oder darauf zurückgeht, daß man von der Anwendung jener Ideen für unerwünscht gehaltene Wirkungen befürchtet, keineswegs ein endgültiges Verdammungsurteil über deren politische Realisierbarkeit zu implizieren braucht²⁹. Im Laufe meines Lebens habe ich

²⁷ Kautsky bemerkt übrigens selbst in seinem Vorwort zur 2. Auflage des I. Bandes (Stuttgart 1919, S. XXXV), und zwar zweifellos auch in bezug auf die Sprache von Marx, der Leser des "Kapitals" bedürfe der Geduld — "aber nicht der Geduld stiller Ergebung, sondern der Geduld des unermüdlichen Kämpfers".

Hallet, a.a.O., S. 8 (Hervorhebung von mir; F. N.).
 Wie bereits eingangs angedeutet, kann ich mich hier nicht mit den ebenso interessanten wie wichtigen wissenschaftstheoretischen Problemen der Prognose beschäftigen. Ich begnüge mich mit dem Hinweis, daß zahlreiche dieser Probleme auf einer von H. Giersch inspirierten Arbeitstagung unserer Gesellschaft behandelt wurden, daß jedoch die Diskussion noch in vollem Gange ist. Siehe H. Giersch und K. Borchardt (Hrsg.): Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme, "Schriften d. Vereins f. Socialpolitik", N. F., Bd. 25, Berlin 1962, sowie u. v. a. J. Wild: Probleme der theoretischen Deduktion von Prognosen, "Zeitschr. f. d. ges. Staatswiss.", 126. Bd., 1970, S. 553 ff., die daran anschließende Auseinandersetzung zwischen Wild und E. von Knorring in derselben Zeitschrift, 128. Bd., 1972, SS. 145 ff. und 149 ff., und die in diesen Arbeiten angeführten Untersuchungen, insbes. diejenigen von Popper, Toulmin, Fleischmann und Stegmüller. Zumindest in einem Punkte wird man von Knorring (S. 146) zustimmen müssen, daß nämlich Prognosen (derer man namentlich für die ständig an praktischer Bedeutung gewinnende langfristige Wirtschaftspolitik bedarf) gegenüber Projektionen den Vorzug haben, daß "sie uns nicht nur (sagen), wie etwas in der Zukunft sein wird, sondern auch warum es so sein wird". -Siehe zu den grundsätzlichen Problemen der "Wissenschaftlichkeit geschichtsprophetischer Versuche" auch F. A. Lutz: Wirtschaftliche Entwicklung in der Sicht ökonomischer Denker, zuerst erschienen in dem Sammelband "Das

ebenso viele Beispiele für Wirklichkeit gewordene angebliche "Utopien"30 wie für in ein wissenschaftliches Gewand gekleidete Fehlprognosen beobachten können. Als Beispiel für erstere stehe hier die Lehre von der Möglichkeit und den Erfolgsbedingungen einer relativ dauerhaft unter Vollbeschäftigung arbeitenden Wohlstandsgesellschaft, eine Lehre, die zur Zeit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre als eine Art von Schlaraffenland-Märchen angesehen wurde. Ein Sammelsurium von (quasi-)wissenschaftlichen Fehlprognosen bildet andererseits etwa der Vortrag, den Sombart 1928 auf der Züricher Tagung unseres Vereins über "Wandlungen des Kapitalismus"31 hielt; fast alle darin gewagten Voraussagen haben sich als falsch erwiesen, so u. a. die These, eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität sei "sehr unwahrscheinlich", oder die Behauptung, das kapitalistische Wirtschaftssystem werde sich außerhalb Westeuropas weiter ausdehnen, wodurch dessen Existenzbasis sich verkleinern, das Tempo seiner Reichtumsentfaltung sich verlangsamen, seine wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit sich verstärken werde. Weitere Beispiele für mißglückte, den Ruf der Wissenschaft beeinträchtigende spekulative und zugleich oft mit Emotionen beladene Vorhersagen finden sich namentlich auf dem Gebiet des Bevölkerungswesens³², wo als wahrscheinlich oder sicher behauptete Entwicklungen in bestimmten Ländern, wie etwa den USA, zu einer Stagnation hin von der Wirklichkeit mehrfach dementiert worden sind. Wohlgemerkt: solche Entwicklungen sind keineswegs prinzipiell unmöglich und daher nicht als "utopistisch" abzutun, ebenso wenig wie etwa die Herausbildung einer bekanntlich schon von J. St. Mill als realisierbar (und überdies als erwünscht) bezeichneten

Problem des Fortschrittes — Heute", Darmstadt 1969, S. 183 ff., wiederabgedruckt in *Lutz*: Politische Überzeugungen und nationalökonomische Theorie, Tübingen 1971, S. 70 ff., und dazu die geistreichen Paraphrasen von *F. Böhm*: Wirtschaftsordnung und Geschichtsgesetz, in "Verstehen und Gestalten der Wirtschaft" (Festgabe für *F. A. Lutz*), Tübingen 1972, S. 29 ff.

³⁰ Vgl. dazu die Beispiele, die in der bekannten Utopie von *E. Bellamy*: Looking Backward 2000 - 1887 (Leipzig, Tauchnitz-Ausgabe, 1890, S. 284) angeführt werden, um darzutun, daß scheinbar utopische politische Konstruktionen sich tatsächlich nicht selten verwirklicht haben.

³¹ W. Sombart: Die Wandlungen des Kapitalismus, "Schriften des Vereins für Socialpolitik", 175. Bd., a.a.O., S. 23 ff. und 124 ff. — Bemerkenswert der Satz im Schlußwort (S. 134 f.), Sombart würde sich freuen, wenn "in 70 bis 80 Jahren so viel als wahr erkannt ist von dem, was ich heute ausgeführt habe, wie von dem, was Marx vorausgesagt hat, als wahr erkannt ist".

³² Siehe etwa die — kurz darauf von Mussolini und Hitler übernommene Gedanken antizipierenden — Ausführungen W. Winklers auf der Wiener Tagung unseres Vereins ("Schriften", 172. Bd., München - Leipzig 1926, S. 210), in welchen der Autor das Mißverhältnis zwischen der stagnierenden Bevölkerung Frankreichs und dessen damals riesigem Kolonialreich in dem "prophetischen" Satze zu geißeln suchte: "Die Weltgeschichte (!) wird solche unnatürlichen Schranken hinwegfegen und den Völkern starker Vermehrung den von ihnen benötigten Raum zuweisen."

stationären Volkswirtschaft. Die Theorie muß jedoch, wenn sie ihren Anspruch auf rationale Beeinflussung der Politik mit glaubwürdigen Fähigkeitsnachweisen unterbauen will, deutlich machen, warum was unter welchen Bedingungen als möglich oder unmöglich, was als wahrscheinlich oder unwahrscheinlich anzusehen ist.

II. Mögliche und faktische Einflüsse der Politik auf die Wissenschaft

Ich wende mich nunmehr dem zweiten Aspekt meines Themas: der Beeinflussung der Wissenschaft durch die Politik, zu. Hier werde ich mich kürzer fassen und, anders als bisher, den Begriff "Politik" weit interpretieren, also nicht auf die Wirtschaftspolitik beschränken, und ähnlich unter "Wissenschaft" zwar primär, aber nicht ausschließlich Wirtschaftswissenschaft verstehen.

Außer den Politikern selbst neigten bis vor kurzem viele, ja vielleicht die meisten Menschen, soweit sie überhaupt ein Organ für Wissenschaft besitzen, a priori der Ansicht zu, der erwähnte Einfluß könne nur schlecht sein. Erst neuerdings scheint sich in manchen Ländern, nicht zuletzt auch der Bundesrepublik, eine Wandlung zu vollziehen, die hier und da das bisherige Mißtrauen geradezu in einen seinerseits nicht ganz ungefährlichen Euphorismus umschlagen läßt. Ich werde demgegenüber versuchen, einige Gefahren anzudeuten, die eine Politisierung der Wissenschaft mit sich bringen kann und oft gebracht hat. Zuvor jedoch soll kurz von den positiven Einflüssen die Rede sein, die von der Politik auf die Wissenschaft auszugehen vermögen und in der Realität nicht selten beobachtet werden können.

Solche Einflüsse ergeben sich bereits aus der Tatsache, daß die öffentliche Hand, und zwar heute mehr denn je, wissenschaftliche Lehre und Forschung in einem erheblichen, wenngleich wohl nie als ausreichend betrachteten Umfang finanziell unterstützt. Sie kann darüber hinaus versuchen, durch mittel- und/oder langfristige Planungen die Effizienz von Ausbildung und Forschung zu steigern. Ob bzw. in welchem Umfang dieses Ziel tatsächlich erreicht wird, hängt freilich nicht nur von der Verfügbarkeit zuverlässiger Daten, der Ausarbeitung und Anwendung adäquater Planungstechniken sowie, natürlich, dem Willen und der Fähigkeit eines Landes ab, die erforderlichen Geldmittel flüssig zu machen, sondern auch von der vorbehaltlosen Bereitwilligkeit der Forscher, Lehrenden und Lernenden, dem heute in der Bundesrepublik verhängnisvoll unterschätzten Leistungsprinzip zu genügen. Daß im übrigen als Träger der Wissenschaftspolitik keineswegs nur die Exekutive, sondern auch Legislative und Parteien in Betracht kommen, versteht sich für eine parlamentarische Demokratie von selbst. Dabei darf nicht verkannt werden, daß die Politiker, insbesondere nach einer Periode wissenschaftspolitischer Stagnation, über den reinen Zahlen die Bedeutung der qualitativen, namentlich auch der strukturellen Probleme zu vernachlässigen neigen. Bildungsausgaben schlechthin werden gegenwärtig bei uns ähnlich tabuisiert, wie das in früheren Epochen unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen in bezug auf den Rüstungsetat der Fall war.

Neben einer allgemeinen Wissenschaftsförderung vermag der Staat ferner, gerade auch für unsere Disziplin, dadurch Anspornwirkungen auszulösen, daß er die internationale Mobilität von Wissenschaftlern, speziell der jüngeren Generation, fördert, bestimmte Forschungsaufträge vergibt, Gutachten über wirtschaftspolitisch bedeutsame Probleme und Aufgaben erstellen läßt u. ä. mehr. In der Tat ist nicht zu bestreiten, daß die Wirtschaftstheorie dank den ständig weiter ausgebauten, institutionalisierten Kontaktmöglichkeiten mit der politischen Praxis in ihre Untersuchungen in steigendem Maße Probleme einbezieht, die auf Fragestellungen der Politiker zurückgehen, wofür die Suche nach neuen Formen der sozialen Sicherung, Fragen supranationaler Integration, der Infrastruktur und des Umweltschutzes sowie die immer wieder in irgendeiner Gestalt auftauchende Problematik von diskretionärer versus regelgebundene Wirtschaftspolitik einige wenige Beispiele bilden. Bisweilen wird sich allerdings nur schwer feststellen lassen, ob der Anstoß zur wissenschaftlichen Behandlung und ggf. zu praktischen Lösungsversuchen von der Theorie oder der Politik ausgegangen ist; Fragen der Entwicklungshilfe scheinen mir hierher zu gehören.

Schließlich kann der Staat auch durch seine Berufungspolitik positiv auf das Hochschulwesen einwirken, so beispielsweise dann, wenn ein Unterrichtsminister einem verknöcherten, d. h. übermäßig konservativen und/oder auf Inzucht bedachten Lehrkörper gegenüber die Rolle eines Promotors fortschrittlicher Wissenschaft übernimmt. Niemand, der die Zustände an den deutschen Universitäten in den ersten drei Jahrzehnten unseres Jahrhunderts aus Lektüre oder eigener Erfahrung kennt, wird in Abrede stellen, daß zwischen 1919 und 1932 die Politik in nicht wenigen Fällen dafür gesorgt hat, daß ein frischer Wind gerade auch in die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten hineinkam: Es wurden — oft nicht ohne langwierige Kämpfe mit reaktionären Fachgenossen — moderne Theoretiker, es wurden — man denke! — sogar einige Soziologen berufen³³. Daß daneben auch manche nicht sowohl sachlich als vielmehr parteipolitisch motivierte Berufungen vom Staat durchgesetzt wurden, ist nicht zu bestreiten — aber das

³³ Zahlreiche Beispiele finden sich in *P. Kluke*: Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914 - 1932, Frankfurt / M. 1972, etwa S. 315, 486 ff. u. 532 ff.

hat es immer gegeben, und damit bin ich bereits bei den negativ zu beurteilenden Einflüssen angelangt, die von der Politik auf die Wissenschaft ausgehen können.

Daß die Meinung, vor Weimar habe es eine vollkommen freie, politisch unabhängige Wissenschaft gegeben und akademische Berufungen seien ausschließlich durch den Gesichtswinkel der fachlichen Qualifikation bestimmt gewesen, in dieser Allgemeinheit unrichtig ist, dafür finden sich etwa in Lujo Brentanos "Lebenserinnerungen" oder in Lindenlaubs verdienstlicher Monographie über "Richtungskämpfe im Verein für Socialpolitik" (op. cit.) genügend Beispiele. So haben politisch einflußreiche schwerindustrielle und agrarfeudale Interessenten immer wieder versucht. Angehörige des alten Vereins als Förderer des Sozialismus hinzustellen, sie mundtot zu machen, persönlich zu verleumden und statt ihrer - nicht ganz selten mit Erfolg - ihnen genehme Männer auf nationalökonomische Lehrstühle berufen zu lassen. Aber auch Kultusminister und Kuratoren haben manche ausgezeichnete Gelehrte wegen Mangels an sogenannter "Staatsgesinnung" nicht in die ihnen nach ihren wissenschaftlichen Leistungen zukommenden Positionen gelangen lassen. Besser als Aussprüche hypernationalistischer Professoren bezeichnet ein Wort des politisch maßvollen, angesehenen Historikers Friedrich Meinecke die Lage im Kaiserreich, nämlich das (beinahe naiv zu nennende) Wort: "Wir konnten vor dem Kriege unser Lehramt ausüben in der selbstverständlichen, ruhigen Gewißheit einer einheitlichen nationalen Pflichterfüllung³⁴."

Was der Krieg von 1914/18 — keineswegs nur in Deutschland! — an geistiger Korrumpierung der Wissenschaft bewirkt hat, gab schon einen Vorgeschmack von dem, was zwei Jahrzehnte später Faschismus und Nationalsozialismus zuwege brachten. Ende 1914 schrieb der alles andere denn radikale F. G. Knapp in einem Brief an Dove: "Finden Sie nicht, daß die Kundgebungen unserer Kollegen eine starke Ähnlichkeit haben mit dem Stammesgeheul der Sioux-Indianer?"³⁵ Überall in Wirtschaftspolitik und -theorie beherrschten Emotionen die Ratio. Zu den wenigen Professoren, die gegen den Strom schwammen, gehörte der Bonner Nationalökonom Heinrich Dietzel, der in einer kleinen Schrift nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch viele seiner Kollegen über den Unsinn der damals zwecks Vernebelung der inflatorischen Kriegsfinanzierungsmethoden wieder verbreiteten merkantilistischen Formel: "Das Geld bleibt im Lande" aufklärte³⁶.

 ³⁴ F. Meinecke in "Die deutschen Universitäten und der Staat" ("Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart", Heft 44), Tübingen 1926, S. 19.
 ³⁵ Das Zitat findet sich bei Meinecke, a.a.O., S. 20 f.

³⁶ H. Dietzel: Die Nationalisierung der Kriegsmilliarden (geschrieben 1917), Tübingen 1919.

Das, was sich dann im Dritten Reich begab und in zahlreichen östlichen und manchen westlichen Staaten gegenwärtig noch oder wieder üblich ist, dürfte so allgemein bekannt sein, daß ich mich näherer Ausführungen enthalten kann. Die weitgehende Auswechslung des Lehrund Forschungspersonals von Hochschulen, Instituten usw. unter rein politischen Gesichtspunkten, die autarkistische Abschirmung vom Ausland in bezug nicht nur auf Verbrauchsgüter, sondern auch auf wissenschaftliche Erkenntnisse, die Einführung einer parteipolitisch ausgerichteten Zensur u. ä. mehr haben dazu geführt, daß in Deutschland in manchen Disziplinen, nicht zuletzt der unseren, bei Kriegsende keine Verständigungsmöglichkeit mit ausländischen Wirtschaftstheoretikern mehr bestand. Daß es dank den Bemühungen von Männern wie Erich Schneider, Erich Gutenberg und Erich Preiser, um nur diese drei zu erwähnen, in relativ kurzer Zeit gelang, den Anschluß an die moderne Theorie wiederzugewinnen, könnte man geradezu als "deutsches (Wirtschafts-)Wissenschaftswunder" bezeichnen.

Auch in demokratischen Staaten wie der Bundesrepublik sind jedoch negative Einflüsse der Politik auf die Wissenschaft keineswegs gänzlich unbekannt. Abgesehen von gewissen Einwirkungen staatlicher Stellen auf Berufungen vermag die nach politischen Gesichtspunkten erfolgende unterschiedliche Finanzierung universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen einerseits, eine nach Disziplinen (oder innerhalb einer Disziplin nach Richtungen) differenzierende Ausstattung andererseits eine der reinen Wissenschaft abträgliche "Lenkung" zu implizieren. In diesem Zusammenhang klingt auch das schon kurz erwähnte Problem der Gutachten und der Auftragsforschung wieder an, wobei letztere weit zu interpretieren ist, also auch Aufträge privater Unternehmen einschließt, die auf diese Weise auf die staatliche Wirtschaftspolitik Einfluß zu gewinnen suchen. Ob ihnen das gelingt, hängt freilich entscheidend von der Haltung der öffentlichen Instanzen, der Fähigkeit und Willigkeit des Parlaments zu sachgerechten Beschlüssen sowie von der Integrität der betreffenden Wissenschaftler ab. Es gibt materielle, es gibt auch geistige Korruption; letztere ist eng verbunden mit der bekannten professoralen Eitelkeit und dem daraus resultierenden Wunsche, "mit dabei zu sein". Wie anders könnte man es sonst erklären, daß bei sich bietender Gelegenheit nicht nur wissenschaftliches Zwergformat aufweisende Männer, sondern auch angesehene Gelehrte dem Zeitungeist opfern, wie etwa Sombart, der im ersten Weltkrieg das im "Gott-strafe-England"-Ton geschriebene Buch "Händler und Helden" und bald nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" einen "Deutschen Sozialismus" publizierte, in dem es beispielsweise hieß, "die Entscheidung über Peuplierung oder Depeuplierung (liege) beim Generalstab", der allein die bei der jeweiligen Kriegstechnik notwendige Bevölkerungszahl bestimmen könne?³⁷

Eine solche Haltung hat Max Weber bereits in der Werturteilsdiskussion von 1913 im Ausschuß unseres Vereins treffend wie folgt gegeißelt: "Die Menschen (neigen) hinlänglich stark dazu, sich dem Erfolg oder dem jeweilig Erfolg Versprechenden innerlich 'anzupassen', nicht nur ... in den Mitteln oder in dem Maße, in dem sie ihre letzten Ideale jeweils zu realisieren trachten, sondern in der Preisgabe dieser selbst. In Deutschland glaubt man dies mit dem Namen 'Realpolitik' schmükken zu dürfen³8."

Lassen Sie mich abschließend noch auf folgenden Punkt hinweisen: Es gibt Fälle, in denen sich kaum zuverlässig sagen läßt, ob bestimmte politische Einflüsse auf die Entwicklung sei es der reinen, sei es der angewandten Wissenschaften langfristig mit einem positiven oder einem negativen Saldo abschließen. Daß namentlich primär militärpolitisch motivierte Projekte oft bedeutsame "incentive effects" auf die Naturwissenschaften, aber auch die Wirtschaftswissenschaften gehabt haben, ist nicht zu leugnen; mit der Luftfahrt zusammenhängende Fragen einerseits, Planungstheorie sowie steuer- und kredittheoretische Probleme andererseits lassen sich hier als Beispiele anführen. Selbst wenn man jedoch von den destruktiven Wirkungen absieht, die sich im Gefolge derartiger Entwicklungen vollziehen können und großenteils faktisch vollzogen haben, bleibt die Doppelfrage, ob erstens die Probleme, deren Lösung der Staat erheischt, nicht ohnehin von den betreffenden Forschern anvisiert wurden, so daß die vom Staat ausgehende "Anstoßwirkung" insoweit geringer war, als man zunächst anzunehmen geneigt wäre, und ob zweitens nicht die der Politik zuzuschreibende Beschleunigung gewisser Forschungsvorhaben sowohl eine Einseitigkeit in deren Richtung bringt als auch sei es deswegen, sei es aus anderen Gründen (überstürztes Tempo u. dgl.) eine Mißallokation der Ressourcen (einschließlich fehlerhafter Resultate) impliziert, die bei ruhigerer, durch politische Anforderungen nicht künstlich "angeheizter" Forschung nicht eingetreten wäre.

Schlußbemerkungen

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt.

Ich habe versucht zu zeigen, in welcher Weise der Wissenschaftler Einfluß auf die Politik, speziell die Wirtschaftspolitik unserer Tage nehmen kann, und einige der Erfolgsbedingungen für ein solches Be-

³⁷ W. Sombart: Deutscher Sozialismus, Berlin 1934, S. 188.

³⁸ Max Weber in "Äußerungen zur Werturteilsdiskussion im Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik", als Manuskript gedruckt, o. O. 1913, S. 104.

mühen zu skizzieren. Auch wenn man nicht allzu optimistisch ist, wird man als Theoretiker der Annahme zuneigen, daß die Einwirkung der Wissenschaft auf die Politik dieser wenigstens im Prinzip einen höheren Rationalitäts- und Effizienzgrad verleihen kann und das auch bisweilen — für unseren Geschmack freilich zu selten — nachweislich getan hat. Daß die Ergebnisse in anderen Fällen nicht ermutigend gewesen sind, darf nicht allein dem Umstand zugeschrieben werden, daß Politik niemals ausschließlich nach rationalen Überlegungen betrieben wird und daß insonderheit Wirtschaftspolitik nicht nur ökonomischen Gesichtspunkten gehorchen kann. Viele unter den Gründern unseres Vereins haben das durchaus gesehen und sich, wie namentlich Brentano, aber auch Schmoller, gegen die Konzeption der Wirtschaftswissenschaft als einer bloßen "Chrematistik" gewandt. Da ich voll Erich Schneiders Auffassung teile, daß (sc. gute) ökonomische Theorie "immer zugleich wirklichkeitsfern und wirklichkeitsnah" ist³, halte ich es für sehr begrüßenswert, daß - gerade auch im Rahmen der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — unsere Disziplin auf der einen Seite durch die methodische Verfeinerung und inhaltliche Vervollkommnung der Theorie die unentbehrliche Voraussetzung für wissenschaftlichen Fortschritt geschaffen hat, auf der anderen aber neuerdings bemüht ist, von der bisweilen etwas blutleeren, weil allzu realitätsfernen und geschichtslosen "Economics" wieder zurückzufinden zu einer wohlverstandenen "Political Economy", welche die das gesellschaftliche Leben bestimmenden Faktoren sei es positiv wertend, sei es kritisch-ablehnend in das wirtschaftstheoretische Kalkül einbezieht - wofür das Generalthema dieser Tagung ein schönes Beispiel darstellt. Eine derartige Entwicklung ist um so notwendiger, als, worauf Schelsky hingewiesen hat, die Wissenschaften unserer Zeit, und zwar nicht nur die Naturwissenschaften, sondern auch Wirtschaftstheorie und Soziologie, "zu entscheidenden Steuerungs- und Regelungskräften des wirtschaftlichen und politischen Lebens geworden"40 sowie "in den Rang der wichtigsten politischen Machtmittel ... geraten" sind — und, um mit L. Raiser zu sprechen, "der Gelehrte zum Träger realer, politisch und wirtschaftlich nutzbarer Chancen der Machtausübung geworden" ist41.

der Bundesregierung Nr. 95 vom 27. 6. 1972, S. 1269 - 70).

³⁹ E. Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie, IV. Teil, 1. Band, Tübingen 1962, S. 2.

⁴⁰ H. Schelsky: Abschied von der Hochschulpolitik, Bielefeld 1969, S. 179.
⁴¹ L. Raiser: Die Universität im Staat, Heidelberg 1958, S. 15. — Bundespräsident Heinemann hat in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, wohin es führen solle, wenn alles Machbare ohne Rücksicht auf die Folgen unternommen wird, und mit Recht gemeint, wir brauchten "verbindliche Wertvorstellungen, nach denen wir in Zukunft als Gruppen, Gemeinschaften und Nationen handeln" (siehe seine Ansprache vor der Max-Planck-Gesellschaft über "Wissenschaft in der Verantwortung", abgedruckt im "Bulletin"

Diese Transformation von Wissenschaft und Wissenschaftlern schließt für sie hohe ethische Verpflichtungen ein. Nicht nur in einem Diktaturregime, sondern auch in verfassungsrechtlich demokratisch geordneten Gemeinwesen wie den USA und der Bundesrepublik sind Versuche, Gelehrte in ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit ideell und/oder materiell politisch zu binden, seitens teils innerhalb, teils außerhalb der Hochschulen wirkender Gruppen unternommen worden. Solchen Versuchen muß der Wissenschaftler von Anfang an bedingungslosen Widerstand entgegensetzen, und zwar selbst dann, wenn er - wie das leider bei uns gegenwärtig weitgehend der Fall ist - keine ausreichende Unterstützung durch Öffentlichkeit und Staat findet. Das erfordert freilich moralische Kraft, Absenz von Anpassungsneigungen und schließlich die Überzeugung, daß unfreie Wissenschaft auf die Dauer sich selbst zerstört; mit einem Wort Otto v. Zwiedineck-Südenhorsts auf der Rothenburger Tagung unserer Gesellschaft (1947): "Wissenschaftstreue ist ohne Mut nicht möglich."

Karl Marx hat (in einem Leitartikel der "Kölnischen Zeitung" vom 14.7.1842) betont, daß die wahre Philosophie — als höchste Wissenschaft gemeint — sich nicht an den Affekt, sondern an den Verstand wende, und seinen Gegnern zugerufen: "Ihr flucht, sie lehrt, ihr versprechet Himmel und Welt, sie verspricht nichts als die Wahrheit, ihr fordert den Glauben an euren Glauben, sie . . . fordert die Prüfung des Zweifels"42. Optimist, der ich trotz mancher trüben Erfahrungen geblieben bin, schließe ich mit dem Ausdruck meiner Hoffnung, daß unsere jungen Marxisten von heute dieses Wort des jungen Marx beherzigen und so dazu beitragen werden, daß unsere Wissenschaft einer Rationalisierung der Politik nicht zuletzt dadurch dient, daß sie sie nicht zu ihrer Magd oder gar ihrer Sklavin herabwürdigen läßt.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Hans K. Schneider (Köln):

Sehr verehrter, lieber Herr Neumark, Sie haben gehört, wie das Auditorium Ihnen dankt. Ich darf von mir aus auch noch einmal herzlichen Dank sagen für diese große Einstimmung unserer Tagung.

Damit schließe ich die Eröffnungsveranstaltung.

⁴² K. Marx - F. Engels: Werke, Bd. 1, Berlin 1970, S. 99.

Okonomische Beziehungen und soziale Kategorie

Leitung: Waldemar Wittmann, Frankfurt

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

hiermit eröffne ich den wissenschaftlichen Teil der Jubiläumstagung 1972 der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Verein für Socialpolitik, und erteile als erstem einem unserer Gäste das Wort. Herr Professor Alec Nove ist Ihnen allen bekannt. Er ist im internationalen Schrifttum durch seine Arbeiten zur Theorie der Wirtschaftssysteme und zur Entwicklungsländerproblematik hervorgetreten.

Sehr geehrter Herr Nove, wir freuen uns sehr, daß Sie unsere Tagung durch ein Referat bereichern, und ich darf Ihnen hiermit das Wort erteilen.

Knappheit, Allokation und Macht*

Von Alec Nove, Glasgow

I. Einführung

Ist meine Anwesenheit bei einer Tagung deutsch sprechender Ökonomen ein fundamentaler Irrtum von Seiten der Veranstalter? Sie werden bald die Antwort auf diese Frage finden. Sie können schon sehen, daß ich meinen Text ablese, etwas was ich in bestimmten anderen Sprachen niemals tue. Leider sind meine Deutschkenntnisse nicht sehr gut, und es ist für mich besser, den geschriebenen Text abzulesen, als Ihre Ohren einem schlechten Vokabular und einer noch schlimmeren Grammatik auszusetzen. Ich hoffe, der Inhalt dieses Papiers wird — zusammen mit den Fähigkeiten und der Großzügigkeit jener meiner deutschen Kollegen, die meinen englischen Text übersetzt haben — diese meine sprachlichen Unzulänglichkeiten ausgleichen.

Es ist nun achtzig Jahre her, daß Böhm-Bawerk "Karl Marx and the Close of his System" ("Zum Abschluß des Marxschen System") schrieb. Es ist noch länger her, daß Walras seine Theorien eines allgemeinen Gleichgewichts ausarbeitete. Seitdem hat sich die Hauptströmung westlicher Ökonomie weit von den Interessen Marx' und seiner sozialistischen Nachfolger entfernt. Aber sie hat sich auch weit entfernt von den Interessen praktischer Menschen. Im Bereich der Mikroökonomie waren die westlichen Theoretiker im Grunde genommen wenig von den Marxisten herausgefordert, und das aus zwei Gründen. Erstens waren Marx und seine Nachfolger als Theoretiker sehr wenig an Mikroökonomie interessiert. Zweitens dokumentierte die Praxis der sowjetischen Planwirtschaft in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz den Vorrang politischer Prioritäten, und zwar auf eine Art, die jede Diskussion von oder jedes Theoretisieren über - Effizienzkriterien ausschloß. Es entstand keine Theorie sozialistischen Planens. Kritiken am Sozialismus — von Barone bis Mises — blieben unbeantwortet. Bucharin hatte in Wien Ökonomie studiert und kannte wenigstens die Theorien. Er war daher dazu imstande, die Wiener Ideen in einigen Punkten ernsthaft anzugreifen. Aber er befaßte sich niemals näher mit ihrer Kritik sozialistischer Wirtschaftstheorien. Wie andere sozialistische Denker war er viel mehr an anderen Dingen interessiert, wie zum Beispiel dem

^{*} Deutsche Übersetzung von Dr. Manfred Kern, Köln.

52 Alec Nove

Imperialismus, dem Klassenkampf, der Akkumulation des Kapitals, der Einkommensverteilung, der fallenden Profitrate und dem zweisektoriellen — im Kapital entworfenen — Wachstumsmodell. Rosa Luxemburg, Bucharin, Kautsky, Hilferding setzten sich mit Dingen auseinander, die wenig oder überhaupt nichts mit den Interessen westlicher Ökonomen zu tun hatten. Später diskutierten Preobraženskij und viele weniger bekannte Russen Investitionskriterien und Wachstumsstrategien inmitten der totalen Gleichgültigkeit ihrer westlichen Zeitgenossen.

Im Westen fanden Männer wie Oscar Lange einen Weg, die Kritik am Sozialismus in ihrer eigenen Sprache zu beantworten, aber — wie ich zeigen werde — nur auf Kosten einer ebenso weitgehenden Abstraktion von der Realität wie bei den Kritikern.

Ich bin überzeugt, daß beide Seiten an diesem "Dialog der Tauben" schuld sind, wenn es überhaupt einen Dialog gegeben hat. Ich möchte zeigen, daß die westliche Theorie einen Weg eingeschlagen hat — und zum großen Teil diesen Weg immer noch beibehält —, der sie weit von den Realitäten der gegenwärtigen Welt fortführt. Macht ist eine solche Realität. Kurt Rothschild schrieb kürzlich: Während . . . "Macht ein ständig wiederkehrendes Thema ökonomischer Untersuchungen theoretischer oder angewandter Natur sein sollte, ... finden wir bei einem Blick auf die Hauptströmungen der ökonomischen Theorie in den letzten hundert Jahren, daß sie durch einen bemerkenswerten Mangel an Überlegungen zum Thema "Macht" charakterisiert ist. Daß Menschen Macht gebrauchen, um den Marktmechanismus selbst zu ändern, daß ungleiche Macht das Ergebnis von Marktvorgängen stark beeinflussen kann, daß Menschen für ökonomische Macht ebenso kämpfen können wie für ökonomische Wohlfahrt - diese Tatsachen sind lange übersehen worden1." Die Theorie hat auch wenig von der Art und Weise Notiz genommen, wie ökonomische Entscheidungen getroffen werden, oder von der Organisation und Macht großer Korporationen. Inzwischen haben sowjetische Ökonomen die Mikroökonomie wiederentdeckt. Es hat ihnen nie an der Fähigkeit gefehlt, die Existenz von Macht zu erkennen. Aber den Ökonomen der Stalin-Ära gelang es nicht, irgendein Kriterium zur Entscheidungsfindung aufzustellen, da sie richtiges Handeln mit den Entscheidungen von Macht, Staat und Partei identifizierten. Ebenso wenig erforschten sie den modus operandi und die Grenzen eines zentralisierten bürokratischen Managements. Als sie nach Stalins Tod ihre Aufmerksamkeit auf Effizienz und Optimierung richteten, standen sie ohne einen adäquaten Begriffsapparat da. Auch die westliche Theorie war ihnen keine große Hilfe. Durch eine Art negativer Konvergenz ähnelten ihre Unzulänglichkeiten den unsrigen.

¹ K. Rothschild (Ed.): Power in economics (Penguin press, 1971), S. 7 (Vorwort).

II. Marxistische Theorie und ökonomische Probleme

Vollständiger Kommunismus und Knappheit können nicht koexistieren. Es ist schwer für uns zu erkennen, was mit Überfluß gemeint ist. Paul Sweezy hat uns gesagt, daß er "den absurden und letztlich unheilvollen Begriff der unbegrenzten Bedürfnisse" zurückweise. Vermutlich bedeutet Marx' Überfluß nicht Überfluß an Rolls Royce-Wagen, Kaviar und Champagner. Die Bürger seines imaginären kommunistischen Staates würden einen recht einfachen Geschmack haben. Aber niemand kann bezweifeln, daß im größten Teil der Welt sogar die Befriedigung auch einfacher Geschmäcker nicht praktikabel ist und daß eine sozialistische Wirtschaft so organisiert sein muß, daß der Output von knappen Gütern und Dienstleistungen vergrößert wird durch Mittel, die alternative Verwendungen haben. Im folgenden wird angenommen, daß die Marxisten eine Wirtschaft diskutieren, in der relative Knappheit, Wahlmöglichkeiten und Opportunitätskosten vorhanden sind.

In einem berühmten Absatz des Anti-Dühring schrieb Engels: "Die Nutzeffekte der verschiedenen Konsumgüter, verglichen untereinander und mit dem zu ihrer Produktion notwendigen Arbeitsaufwand, werden letztlich den Plan determinieren. Die Menschen werden in der Lage sein, alle Dinge sehr einfach zu handhaben, ohne die Einschaltung des berühmtes "Wertes"." Er hat nicht deutlich gemacht, ob das Überfluß impliziert. Wahrscheinlich nicht, da die Gesellschaft in diesem Konzept zwischen Alternativen wählt; das heißt, sie kann nicht all ihre Bedürfnisse befriedigen.

Im Kapital fand Marx eine Parallele in Robinson Crusoe, demselben Robinson Crusoe, der auch in einigen westlichen Lehrbüchern zu finden ist. Er, Marx, stellte sich vor, wie jener seine Bedürfnisse mit dem zu ihrer Befriedigung notwendigen Arbeitsaufwand verglich, wobei die ersteren in Nutzeneinheiten ausgedrückt würden und der letztere in Arbeitszeit. Marx schrieb dann: "Man stelle sich eine Gemeinschaft freier Menschen vor, die mit sozialistischen Produktionsmitteln arbeiten und ihre individuelle Arbeit geplant als eine soziale Arbeitskraft gebrauchen. Alle auf Robinson anwendbaren Begriffe wären auch hier anwendbar, aber in einer sozialen, nicht in einer individuellen Gesellschaftsordnung⁴." Offensichtlich ist Robinsons Welt keine Welt des Überflusses, sondern der Knappheit.

Ähnlich äußert sich auch Bucharin in seiner "Economics of the Transition Period": "Politische Ökonomie ist die Wissenschaft... der unorganisierten nationalen Wirtschaft. Nur in einer Gesellschaft, wo die

² Paul Sweezy, Monthly Review, Feb. 1972, S. 12.

³ F. Engels: Anti-Dühring.

⁴ Das Kapital . . .

54 Alec Nove

Produktion einen anarchistischen Charakter hat, erscheinen Gesetze des sozialen Lebens als "natürliche", "spontane" Gesetze, unabhängig vom Willen der Individuen und Gruppen, als Gesetze, die mit der blinden Notwendigkeit des Gesetzes der Schwerkraft agieren. Tatsächlich verschwinden all die grundlegenden "Probleme" politischer Ökonomie wie Preis, Wert, Profit etc. einfach, sobald wir uns mit einer organisierten nationalen Wirtschaft befassen. Hier werden die Beziehungen zwischen Menschen nicht länger als "Beziehungen zwischen Dingen" ausgedrückt, weil hier die Wirtschaft nicht von den blinden Kräften des Marktes und des Wettbewerbs reguliert wird, sondern von einem bewußt ausgeführten Plan ... Das Ende der kapitalistischen Warengesellschaft bedeutet das Ende der politischen Ökonomie⁵."

Nicht ein Wort zum Überfluß. Bucharin hat unter schlechten Ernährungsbedingungen über die Übergangsperiode geschrieben. Es ist wahr, daß Lenin an dem letzten hier angeführten Satz Anstoß genommen hat, aber dies geschah, weil er bestimmte ökonomische Kategorien als sogar noch im Vollkommunismus bestehend ansah, so zum Beispiel das Wachstumsmodell (erweiterte Reproduktion). Aber weder er noch der gemäßigte Bucharin der zwanziger Jahre hatten die Warenproduktion oder den Markt im Sozialismus im Auge. Natürlich begünstigten sie Markt und Handel in der gemischten Wirtschaft des NEP; und Bucharin (wie auch der Lenin von 1922) definierte die Übergangsperiode neu; er verlängerte sie, aber "Sozialismus" war für beide nicht NEP, sondern ein zukünftiger Zustand, in dem Warenproduktion und Märkte nicht existieren würden. Natürlich würden wirtschaftliche Probleme bestehen, aber die Ökonomie als Wissenschaft des Warenaustausches würde verschwinden. Wenigstens in dieser Hinsicht war Bucharin mit seinem Widersacher Preobraženskij einig, und tatsächlich war dies die Orthodoxie der zwanziger Jahre.

Welche Art einer warenlosen und geldlosen sozialistischen Wirtschaft würde dort bestehen? Dies war ein Problem, das in der Periode des Kriegskommunismus viel diskutiert wurde. Es existierte sogar ein ständiges Seminar über dieses Thema. Man ging davon aus, daß eine solche waren- und geldlose Wirtschaft gerade im Entstehen begriffen war. Viele enthusiastische Genossen stimmten mit Larin darin überein, daß "das Geld absterben wird, sowie die sowjetische Wirtschaft besser organisiert wird. Geld als Wertmaßstab besteht schon nicht mehr. Geld als Tauschmittel ist bereits in beträchtlichem Ausmaß abgeschafft. Geld als Zahlungsmittel wird aufhören zu bestehen, sobald die sowjetische Regierung die Arbeiter von der Notwendigkeit befreien kann, auf den schwarzen Markt zu gehen. . . . Dann wird das Geld all seine Bedeutung

⁵ Leninski sbornik, No. 11, 1929 (Zametki na polyakh).

verlieren und wird als das angesehen werden, was es wirklich ist: bedrucktes Papier".

Die beste Darstellung der Debatte um die "geldlose Wirtschaft" ist zweifellos in dem Buch von L. N. Jurovskij "Denesanaja Politica Sowjetskoj Wlasti" ("Die Geldpolitik der Sowjetmacht") zu finden, das er 1928 kurz vor seiner Verhaftung und seinem Verschwinden veröffentlicht hat. Seine eigene Ansicht ist in der Frage enthalten: "Kann eine Wirtschaft in einem großen Land mit einem komplexen Industrie- und Transportsystem ihre Produktion, Verteilung und den Konsum ohne Geld und Werte organisieren?" Dann beurteilt er verschiedene vorgebrachte Projekte nach dem Ausmaß, in dem sie Licht auf diese Frage werfen können.

Zum Beispiel: Zwei Ökonomen, Smit und Klepikov, befaßten sich mit dem Problem der Kostenmessung. Sie kamen zu "kombinierten Arbeits-Energie-Einheiten" als ein gewichtetes Mittel aus menschlicher Arbeit, mechanischer Energie, Wärme, Rohmaterial, Maschinen und Ausrüstung. Der Wert würde in diesen Einheiten gemessen werden. Leider hatten die Autoren buchstäblich nichts über die Wahl der Endprodukte oder die Wahl der Mittel zu sagen. Jurovskij bemerkt, daß sogar die zwei revolutionären Umwälzungen, die von den Autoren empfohlen wurden, nicht dazu reichen würden, "irgendeinen ökonomischen Sinn in einem solchen Vorschlag auszumachen".

Ernster zu nehmen war die Untersuchung des hervorragenden Agrarwissenschaftlers Šajanov. Er hatte einen paternalistischen Staat im Auge, der auf der Grundlage vergangener Erfahrung entscheidet, was die Menschen wollen. Kosten würden in Arbeitseinheiten gemessen werden. Wäre das zusätzliche Produkt, das aus zusätzlichen Produktionsanstrengungen resultieren würde, nicht der Rede wert, so würde dies dem Output seine Grenzen setzen.

Die Schwierigkeit bei diesem Ansatz besteht darin, daß verschiedene Produkte miteinander inkommensurabel sind, da es keine gemeinsame Einheit gibt, in der sie gemessen werden können, und daß Gebrauchswerte und Kosten inkommensurabel sind. Es ist schwer einzusehen, auf welcher Basis der Staat seine Entscheidungen treffen könnte. Jurovskij glaubte jedoch, daß ein solches Modell funktionieren könnte, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau der Produktion und Bedürfnisbefriedigung.

Verschiedene andere Versuche wurden gemacht, Kosten nicht in Geldeinheiten zu berechnen, gewöhnlich indem Arbeit in Stunden gemessen wurde (mit einem Korrekturkoeffizienten für die Qualität). Das sophistizierteste Modell war das des inzwischen 95 Jahre alten

⁶ Ekonomicheskaya zhizn', 7. Nov. 1920.

56 Alec Nove

Strumilin. Er zitierte Marx: Im Sozialismus "the time devoted to the production of various products will be determined by their social utility", und daher versuchte er wenigstens, der Nachfrage Beachtung zu schenken. Er nahm auf eine grobe Art sogar einen abnehmenden Grenznutzen an:

Wenn die Menge in geometrischer Progression zunehmen würde, würde der Nutzen nur in arithmetischer Progression zunehmen. Dann argumentierte er, daß "Arbeit aufgewendet werden wird, bis die Zunahme des Nutzens jeder Beschäftigung gerade die Zunahme der Anstrengung aufwiegt". (Jurovskij bemerkt, daß diese Worte tatsächlich fast wörtlich der russischen Übersetzung von Jevons entnommen sind.) Kosten sollen in sogenannten Treds gemessen werden, was vom russichen Wort für Arbeitseinheiten abgeleitet ist. Jeder Arbeiter hätte ein Arbeitsbuch, und dort würde seine Arbeitsleistung — gemessen in Treds - eingetragen werden. Güter in den Läden würden mit ihrem Gehalt an Arbeitseinheiten ausgezeichnet. So könnte ein Hemd 21 Treds wert sein. Dies ist Strumilins Interpretation der Marxschen Arbeitswerttheorie. Das Kriterium für Entscheidungen der Planer wäre der "Nutzen der Produkte". Der Kapitalmarkt würde durch Budgetstudien der Nachfrage ersetzt. Die laufende Produktion würde von der Zunahme oder Abnahme der Vorräte gelenkt.

Dies war eine scharfsinnige Anstrengung, "Geld" zu vermeiden, obschon sie seiner erneuten Erfindung unter anderem Namen gefährlich nahe kam. Aber Jurovskij sah zu Recht einige Schwächen. Warum etwa sollten Bewertungen in Arbeitseinheiten erfolgen? Mit seinen Worten: "Die Tatsache, daß Marx soziale Beziehungen im Kapitalismus vom Standpunkt der für die Warenproduktion aufgewandten Arbeit analysierte, kann nicht aus sich selbst heraus als Grund dafür angeführt werden, dies zu einem Prinzip sozialistischer Praxis zu machen." In diesem Modell ist kein Platz für Knappheit; die Relation zwischen Angebot und Nachfrage erlaubt keinen Einfluß auf die Bewertung in Begriffen von Treds. Transaktionen zwischen Unternehmen und produzierten Gütern sind nicht vorgesehen. Freie Güter - wie etwa der Boden — werden ignoriert. Den Planern wird jede Basis entzogen, um das beste oder doch ein vorzugswürdiges Güterbündel auszuwählen. Ebenfalls nicht vorgesehen sind investive Überschüsse oder Berechnungen der Vorteilhaftigkeit. Jurovskij gebraucht Formulierungen, die noch immer Bedeutung für die Diskussion der Ökonomie des Sozialismus haben, und argumentiert folgendermaßen: "Die Produktionsmittel sollten dazu verwandt werden, die Dinge herzustellen, für die die Menschen bereit sind, mehr zu bezahlen. Aus der Bereitschaft, mehr zu bezahlen, geht nämlich deutlich hervor, daß das gegebene Produkt stärker gewünscht wird." Der sich ergebende Profit könnte reinvestiert werden. "Nur die Erinnerung an die Tatsache, daß Zinsen auf das Kapital im Kapitalismus ein Klasseneinkommen bildeten, kann als psychologische Erklärung der Weigerung dienen, Renditeberechnungen anzustellen. Es gibt keine rationale Begründung für diese Weigerung." (Jurovskij, S. 118).

Liest man heute die Angriffe der "Neuen Linken" gegen die "Irrlehre" des Marktsozialismus, so wird einem traurig bewußt, daß sie über den Punkt hinaus, zu dem Strumilin sie vor über 50 Jahren führte, keine Fortschritte gemacht haben, und daß sie auch Jurovskijs Einwände nicht beantwortet haben. Ich frage mich, ob die Herren Sweezy, Bettelheim und andere ihrer couleur jemals diese alten Debatten gelesen haben. Sie melden sich immer noch zu Wort, reden über die direkte Messung des gesellschaftlichen Nutzens, jedoch ohne zu spezifizieren, in welchen Einheiten die Messung vorzunehmen sei, und hoffen immer noch darauf, in den Arbeitsstunden ein Maß für die Kosten zu finden. Sie behaupten, daß Warenproduktion, das heißt Produktion mehr für den Verkauf als für den Gebrauch, mit Ausbeutung und Entfremdung verbunden ist.

Marktsozialismus ist für sie ein Widerspruch in sich und ein Schritt auf dem Weg zur Restauration des Kapitalismus. Es stimmt, daß sie die Notwendigkeit einer Übergangsperiode zugeben. Aber wie den bolschewistischen Theoretikern der zwanziger Jahre scheint ihnen das eine präsozialistische Phase auf dem Weg zu einer geldlosen und marktlosen Wirtschaft zu sein.

"Politik", insistiert Bettelheim, "muß die Wirtschaft dominieren". Natürlich nicht jede Art von Politik, sondern die Macht des Arbeiterstaates, bis dieser Staat voraussichtlich verschwindet.

Politik dominierte sicherlich in der Stalin-Ära über die Wirtschaft. Es wäre jedoch irreführend, das Stalin-Modell als entweder sozialistisch oder marxistisch zu behandeln, ohne einige sehr sorgfältige Spezifikationen hinzuzufügen.

Stalins zentralisiertes Planungssystem wurde errichtet, um bestimmte Ziele zu erreichen: den schnellen Aufbau einer Schwerindustrie und die Schaffung eines großen modernen Militärapparates. Alle anderen Ziele wurden dem unbarmherzig geopfert. Wie Oscar Lange richtig sagte⁷, war dies "eine Kriegswirtschaft sui generis". Die Parallele ist passend. Auch im Westen bedeutet eine Kriegswirtschaft, daß die von der politischen Führung festgelegten Prioritäten an die Stelle des Funktionierens ökonomischer Kräfte treten. Niemand hat — soviel ich weiß — jemals behauptet, daß die britische oder deutsche Kriegswirtschaft.

⁷ The political economy of socialism (Warsaw, 1957, mimeographed in English).

58 Alec Nove

schaft auf der Basis eines freien Marktes effizienter zu führen gewesen wäre. Hierin wenigstens würden wir vermutlich alle übereinstimmen: Wenn man einmal die alles außer Kraft setzende Priorität des Zieles akzeptiert, Krieg zu führen, dann muß die Politik eine überragende Macht über ökonomische Gesetze ausüben. Dies bleibt auch dann wahr, wenn es — wie es gewiß in unseren beiden Ländern der Fall war — viele Beispiele der Ineffizienz und der Fehlallokation gegeben hat, dank der unvermeidlichen Bürokratisierung, der oft irrationalen Intervention politischer Führer, und auch dank der Tatsache, daß die Preise aufgehört haben, Informationen über relative Kosten zu vermitteln, da sie fixiert und industrielle Inputs rationiert worden sind.

Das Beispiel einer Kriegswirtschaft zeigt, daß es Umstände gibt, unter denen wir bürokratische Mikroineffizienz als notwendigen Preis der Realisierung vorrangiger Ziele akzeptieren. Stalin würde sicher behaupten, daß seine Prioritäten im wahrsten Sinne kriegswirtschaftliche Prioritäten waren (siehe seine berühmte Rede von 1931: "Wir haben zehn Jahre, um die weiter fortgeschrittenen Mächte einzuholen, oder wir werden vernichtet werden."). Es scheint mir, daß die Inkonsistenz zwischen einem freien Markt und einer Kriegswirtschaft von drei Faktoren herrührt:

- a) der Unvergleichbarkeit verschiedener Aufgaben. Das heißt: Es erscheint dem Staat und der Gesellschaft unakzeptabel, daß die Herstellung ziviler Güter wie Autos oder Waschmaschinen mit Gewehren und Panzern um knappe Ressourcen konkurrieren sollte.
- b) Märkte spiegeln ihrer Natur nach vergangene oder existierende Beziehungen wider. Wenn es jedoch darum geht, sie radikal und schnell zu verändern, dann ist dies an die Form einer Verschiebung der Marktkräfte gebunden oder an einen Kampf gegen sie — mit Hilfe von Macht.
- c) Eine Kriegssituation ist eine unsichere Situation. Es ist nicht anzunehmen, daß irgendeine Art von rationalem Investitionsverhalten spontan unter Bedingungen entstehen würde, in denen die Investoren eine Zerstörung durch militärische Aktionen befürchten müssen und der Krieg selbst von unbestimmter Dauer ist.

Einige Ökonomen in Entwicklungsländern finden dieses Modell attraktiv, weil sich auf diese in gewissem Grade die gleichen Argumente anwenden lassen. Auch sie wollen schnell und radikal die Struktur ihrer Wirtschaft verändern und betrachten die neuen industriellen Investitionen als Priorität — qualitativ verschieden von anderen Formen von Ausgaben. Sie sind sich ebenfalls sehr bewußt, daß Marktkräfte die Vergangenheit reflektieren, die sie zu ändern wünschen, mehr als die Zukunft, die sie anstreben. Schließlich herrscht in vielen

Entwicklungsländern eine Unsicherheit, die die Kapitalmärkte größtenteils zerstört. Mikroökonomische Allokationsprobleme erscheinen ihnen viel weniger wichtig als Klassenstruktur, Produktionsbeziehungen, die Interaktion sozialer und politischer Kräfte mit ökonomischer Strategie. Für solche Angelegenheiten ist Marx tatsächlich relevanter als Walras.

Stalin führte diese Art der Logik zu ihrem Extrem. Vor ihm hatten andere für vom Staat aufgestellte Entwicklungspläne plädiert, einschließlich Anti-Bolschewiken wie Grinevetsky. Ende der zwanziger Jahre gab es die Debatten zwischen den sogenannten "Genetizisten" und "Teleologisten", wobei die ersteren Pläne vertraten, die weitgehend — aber nicht ausschließlich — auf einer Analyse der Markttrends basierten, während die Teleologisten weitgehend — aber ebenfalls nicht ausschließlich — ihre Pläne auf eine Veränderung der bestehenden Situation gründeten. Stalin jedoch beendete die Debatte und ließ fast alle Debattanten erschießen oder einsperren, gleich, ob sie politische Ökonomen oder scholastische Professoren waren, Bolschewiken oder nicht. Die Liste ist lang: Kondratiev, Groman, Bazarov, Rubin, Bucharin, Preobraženskij, Jurovskij, Šajanov, Feldman.

Man kann sagen, daß die Ökonomie aufhörte zu existieren, bis sie nach Stalins Tod wieder auflebte.

Kein neues Lehrbuch der Ökonomie wurde zwischen 1929 und 1954 veröffentlicht, obgleich das Bedürfnis danach mehrfach diskutiert wurde. Ein Grund dafür muß der Widerwille Stalins und seiner Genossen gewesen sein, irgendein Kriterium zuzulassen, nach dem ihre Politik hätte beurteilt werden können. Ihr Urteil war per definitionem richtig und durfte nicht — auch nicht stillschweigend — Gegenstand öffentlicher Diskussion werden. In seinem letzten Werk sagte Stalin offen: "Die rationale Organisation der Produktivkräfte, der wirtschaftlichen Planung etc. ist kein Problem der politischen Ökonomie, sondern ein Problem der ökonomischen Politik der direktiven Organe⁸." Dies war die Inthronisation von Macht — bis zum Extrem getrieben.

Worin bestand die Beziehung zwischen Stalinismus und Marxismus? Es bleibt hier keine Zeit, die Frage adäquat zu beantworten. Aber sie muß wenigstens gestellt werden, weil es einige westliche Ökonomen gibt, die dazu tendieren, die beiden gleichzusetzen, und daher fast jede Reform in Richtung einer Dezentralisierung als unmarxistisch ansehen.

Vermutlich würden wir alle darin übereinstimmen, daß einige Elemente des Stalinismus der marxistischen Tradition fremd waren: orientalischer Despotismus, Massenterror, Privilegien, Extreme an Ungleichheit, Hierarchie, Militarismus — und auch die Atrophie des marxisti-

⁸ Stalin: Economic problems of socialism ("On the errors of Comrade Yaroshenko") (Moscow, 1952).

schen Denkens selbst, ob in Bezug auf die Ökonomie oder jedes andere Gebiet.

Man kann behaupten, daß das stalinistische Wirtschaftssystem ein Produkt zweier Faktoren war: der Kriegswirtschaft oder der Logik der Entwicklung zentralisierter Kontrolle über die Allokation von Ressourcen und der despotischen Intoleranz stalinistischer Politik. Die eine hätte nicht der anderen bedurft, um die Priorität der Macht zu sichern. Zusammen stellten sie sicher, daß ökonomische Kriterien überhaupt nicht diskutiert werden konnten. Stalins Tod setzte jedoch sehr starke Kräfte für eine Veränderung frei.

Sehr bald wurden die sogenannten ökonomischen Gesetze in Frage gestellt, die von Stalin und seinen Dienern erfunden worden waren, so zum Beispiel das sogenannte "Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung", das genau genommen rein gar nichts aussagt. (Wir haben — nebenbei bemerkt — auch solche nutzlosen Formulierungen. Was ist z. B. eine "soziale Wohlfahrtsfunktion"?)

Der Wunsch der Ökonomen in der Zeit nach Stalin, Effizienzkriterien zu entwickeln, traf mit dem Wunsch der politischen Führung zusammen, durch einen besseren Gebrauch knapper Ressourcen die ökonomische Effizienz zu erhöhen und Wege zu finden, mehr der vielen gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Ökonomie war wiedergeboren.

Aber welche Art von Ökonomie? Konnte Marx ihnen helfen? Erinnern wir uns, daß das wesentliche Problem darin besteht, einen effizienteren Weg zu finden, eine komplexe moderne Industriewirtschaft in Gang zu setzen — unter Bedingungen, in denen nach dem Tod des Despoten und dem Ende des Massenterrors das Prioritätensystem radikal verändert worden war.

Eine marxistische Ansicht ist die von Paul Sweezy. Er schrieb: "Wenn eine bürokratisch verwaltete Wirtschaft in Schwierigkeiten kommt — und das muß sie gewiß —, dann gibt es zwei politisch entgegengesetzte Wege, eine Lösung zu suchen. Der eine besteht darin, die Bürokratie zu schwächen, die Massen zu politisieren und den Arbeitern selbst Initiative und Verantwortlichkeit zu sichern. Dies ist der Weg zu sozialistischen Produktionsbeziehungen.

Die andere Möglichkeit besteht darin, sich zunehmend auf den Markt zu verlassen, nicht als zeitlich begrenzter Rückzug — wie Lenins NEP —, sondern als scheinbarer Schritt auf dem Weg zu einer effizienteren "sozialistischen" Wirtschaft. . . . Ich gebe zu bedenken, daß dies zur Klassenherrschaft und letztlich zur Wiederherstellung des Kapitalismus zurückführt"."

⁹ Monthly Review, Dec. 1970, S. 21.

Unterstützt diese Spezies der neuen marxistischen Linken das jugoslawische Modell? Gibt es den Arbeitern nicht "Initiative und Verantwortung"? Könnte dies nicht die "freie Assoziation der Produzenten" sein, wie sie von Marx und Engels ins Auge gefaßt worden war?

Aber keineswegs! Für ihn ist dies immer noch Warenproduktion mit Entfremdung, Geldrechnung und kapitalistischen Beziehungen. Charles Bettelheim präferiert wie Sweezy "die Herrschaft der direkten Produzenten über ihre Produktionsmittel und ihre Produkte", aber das jugoslawische Modell wird abgelehnt, weil "das Unternehmen bei fehlender sozialistischer Planung, ob es autonom geleitet wird oder nicht, von kapitalistischen Produktionsbeziehungen (das heißt: vom Markt) beherrscht wird"10.

Ich finde all dies unannehmbar. Wie bestimmt ein sozialistischer Planer die gesellschaftlichen Bedürfnisse ohne Anhaltspunkte durch den Markt oder das Geld? Wie kann er für gegebene Ziele effiziente Mittel auswählen? Wie organisiert man Informationsströme, wie die Ausgabe klarer Instruktionen, wie überwindet man Mangel, wie ermutigt man Innovationen? Welche Annahmen werden über Knappheit gemacht? Wie kann man eine solche Wirtschaft anders leiten als durch eine zentralisierte Bürokratie? Wer anders als die Zentrale kann Informationen über Ziele und Mittel in einer marktlosen Wirtschaft besitzen? Sind nicht bürokratische Verzerrungen und das Auftauchen einer von angewandten Privilegien profitierenden Gesellschaftsschicht notwendige Konsequenzen eines solchen Systems?

Darüber hinaus erfordert der Umfang der Planung eine Einteilung in Ressorts, Ministerien und Regionen. Wie Trotzki 1932 schrieb: "Wenn es einen universellen Geist gäbe, der gleichzeitig alle Prozesse in Natur und Gesellschaft registrieren könnte, der das Ergebnis ihrer Bewegung messen könnte, der das Ergebnis ihrer Interaktionen vorhersagen könnte, dann könnte ein solcher Geist natürlich a priori einen fehlerlosen und erschöpfenden Wirtschaftsplan aufstellen, von der Anzahl der Hektar Weizen bis hin zum letzten Knopf an einer Jacke. Tatsächlich verhält sich eine Bürokratie oft so, als stünde ihr ein eben solcher Geist zur Verfügung; daher befreit sie sich so leicht von der Kontrolle des Marktes und von der sowjetischen Demokratie¹¹."

Beachten Sie die Worte "der Markt und die sowjetische Demokratie"! Derselbe Trotzki schrieb: "Wenn ein Mann Reichtum zu verteilen hat, vergißt er selten sich selbst."

Zugegeben: Trotzki hatte eine geldlose Zukunft zu irgendeinem unbestimmten Zeitpunkt im Auge, aber er scheint eine realistischere

¹⁰ C. Bettelheim: Calcul économique et formes de propriété (Paris 1970), S. 70 f.

¹¹ Byulleten oppozitsii, No. 31 (1932).

Ansicht über die Konsequenzen relativer Knappheit gehabt zu haben als die Neue Linke heute. In früheren Jahren mußte Paul Sweezy selbst zugeben, daß — was die Mikroökonomie angeht — der Westen "eine Preistheorie entwickelte, die in diesem Bereich nützlicher ist als alles, was bei Marx oder seinen Nachfolgern zu finden ist"¹². Aber ist das so?

III. Westliche Kritik und ihre schwachen Punkte

Ich habe einmal ein Seminar in Michigan besucht, in dem die Überlegenheit des westlichen Systems auf die folgende Art und Weise bewiesen wurde.

Eine Produktionsmöglichkeitskurve wurde an die Tafel gezeichnet. Eine westliche Firma wählte einen Punkt auf dieser Kurve. Natürlich stellte das nur eines von mehreren möglichen Optima dar, nicht das optimum optimorum, aber ihr Management kannte die Lage der Kurve. Eine zentrale Planungsstelle könnte sie wegen des hierarchischen und bürokratischen Abstandes nicht deutlich sehen. Deshalb wählte sie einen Punkt unterhalb der Kurve, der suboptimal war.

Dieser Unsinn faßt zusammen, was an der orthodoxen westlichen Kritik falsch ist.

Es wird stillschweigend ein vollkommener Wettbewerb unterstellt, bei dem die Preise unzweideutige Informationen bilden, auf die das Management Entscheidungen über die Zukunft gründen kann. Es ist eine Welt ohne Unsicherheit, in der die Firmen klein sind; und der Autor hat es vorgezogen, die Existenz großer nationaler und internationaler Korporationen zu übersehen, die ebenfalls Hierarchien und Bürokratien aufzuweisen haben. Er hat darüber hinaus die Gründe für ihre Existenz übersehen, die sowohl technologische als auch organisatorisch-informatorische Skalenerträge einschließen. Warum soll man auf diesem Niveau des formalen Irrealismus keine perfekte Planung annehmen? Tatsächlich ist dies keine Art, Systeme einander gegenüberzustellen oder unser eigenes System zu untersuchen.

Ich gebe zu bedenken, daß wir nicht die formalen Gedankensysteme von Walras und Pareto gebrauchen können, um irgendeine faktisch bestehende Wirtschaft zu analysieren.

Ich möchte Joan Robinson zitieren: "Die Funktion der ökonomischen Theorie besteht im Gegensatz zur ökonomischen Theologie darin, überprüfbare Hypothesen aufzustellen. Wenn aber eine Hypothese in Begriffen einer Gleichgewichtsposition gefaßt wird, die erreicht werden würde, wenn alle Seiten eine vollkommene Voraussicht hätten, dann

¹² P. Sweezy: The theory of capitalist development, 1942, S. 129.

braucht sie nicht geprüft zu werden. Wir wissen im voraus, daß sie sich als falsch erweisen wird¹²²."

Der ungarische Ökonom Janos Kornai (der hierher eingeladen wurde, aber in Budapest unabkömmlich ist) hat sein Buch Anti-Equilibrium einem gerechtfertigten Angriff auf die orthodoxe westliche Theorie gewidmet. Die Theorie ist nicht einmal in sich konsistent. Außerdem ist vollkommener Wettbewerb — darauf hat der Oxforder Ökonom G. B. Richardson hingewiesen — eine theoretische Unmöglichkeit. Preise reflektieren die Vergangenheit, nicht die Zukunft, und können nicht die Informationen vermitteln, die für Investitionsentscheidungen erforderlich sind. Sogar wenn die Preise sich auf die Zukunft beziehen würden, könnte niemand rational darauf reagieren, wenn er davon ausginge, daß die von ihm wahrgenommene günstige Gelegenheit auch von allen seinen Konkurrenten wahrgenommen werde und daß folglich Investitionen und vollkommener Wettbewerb miteinander unvereinbar sind.

Aber man kann noch weiter gehen. Das Walras-Pareto-System und der Wettbewerb sind einander ausschließende Kategorien. Dieses System geht nämlich von Vollbeschäftigung aller Produktionsfaktoren aus und definiert ein Optimum als eine Situation, in der niemand bessergestellt werden kann, ohne einen anderen schlechter zu stellen. Aber Wettbewerb muß ungenutzte Kapazität bedeuten — wie sonst kann man miteinander konkurrieren? Es muß auch bedeuten, daß ein Konkurrent schlechter abschneidet, wenn ein anderer erfolgreich ist. Fast jeder technische Fortschritt stellt irgendjemanden schlechter. Es ist interessant festzustellen, daß die ältere Generation liberaler Ökonomen eine ganz andere Ansicht über Märkte und Gleichgewicht hatte. So schreibt Lachmann in seinem Beitrag zu der Festschrift für von Hayek: "Heute ist die ökonomische Theorie eingekapselt in eine künstliche Welt vollkommenen Wettbewerbs, kohärenter Pläne, sofortiger Anpassung an Veränderungen. Sie verläßt sich so sehr auf den Begriff des Gleichgewichts, verkörpert durch ein System simultaner Gleichungen, daß die Bedeutung ihrer Konklusionen für die reale Welt mehr als zweifelhaft ist."

Und was ist unter der Produktionsmöglichkeitskurve zu verstehen? Wie das Optimum, wie die soziale Wohlfahrtsfunktion stellt sie eine intellektuelle Konstruktion dar, ist sie Metaphysik, weil sie niemals gemessen, beobachtet, überprüft werden kann. Welcher praktische Wert liegt in der trivialen Tautologie, daß die Menschen ihren eigenen Vorteil suchen? Was wird dadurch erklärt? Wir wissen nicht, und wir können nicht wissen, ob eine Person oder ein Unternehmen tatsächlich irgendetwas maximiert. Alles, was wir wissen, ist, was sie tun.

¹²a Joan Robinson: Economic Philosophy, S. 70.

Wenn alles, was ihre Handlungen begrenzt, unter "Beschränkungen" subsumiert werden kann, dann gleicht Maximierung "Bedürfnisbefriedigung" und die wiederum dem, was ist.

Wir bekommen eine Art "revealed maximum", das nichts erklärt. Zweifellos tun wir das, was wir unserer Meinung nach präferieren, aber das sagt uns überhaupt nichts über Möglichkeiten. Maximiere ich, wenn ich heute zu Ihnen spreche? Könnte ich nicht ein Kapitel von einem neuen Buch schreiben oder einer schönen Frau nachstellen? Und wenn ich das täte, wäre das dann per definitionem auch Maximierungsverhalten?

Wie kann man innerhalb eines so ungeeigneten Begriffssystems eine komparative Effizienz analysieren?

Lassen Sie mich Tjalling Koopmans zitieren: "Meines Wissens ist kein formales Modell der Allokation von Ressourcen durch konkurrierende Märkte entwickelt worden, das die Unwissenheit bezüglich aller zukünftigen Aktionen der Entscheidungsträger anerkennt, ebenso wie die Unwissenheit bezüglich ihrer Präferenzen oder Zustände technologischer Information als Hauptquelle der Unsicherheit jedes individuellen Entscheidungsträgers — ein Modell, das gleichzeitig die Tatsache anerkennt, daß Terminmärkte, auf denen Antizipationen und Intentionen geprüft und angepaßt werden könnten, nicht in genügender Vielfalt und mit einer genügenden Spanne an Voraussicht existieren, als daß man gegenwärtig entwickelte Theorien der Effizienz konkurrierender Märkte darauf anwenden könnte. Wenn dieses Urteil richtig ist, dann ist unser ökonomisches Wissen noch nicht so weit fortgeschritten, daß es viel Licht auf das Hauptproblem der ökonomischen Organisation der Gesellschaft werfen könnte, das Problem, wie mit Unsicherheit zu verfahren sei. Insbesondere ist die Ökonomie nicht so weit, daß sie auch nur annähernd wissenschaftliche Aussagen über die ökonomischen Aspekte des Problems individueller versus kollektiver Unternehmen machen könnte, das die Menschheit in unserer Zeit in zwei Teile teilt¹³."

Wir fahren fort, unseren Studenten etwas über Investitionskriterien in Begriffen der feineren Unterschiede zwischen diskontierten cash flows und interner Kapitalverzinsung zu erzählen, wo doch tatsächlich der entscheidende Faktor die Unsicherheit ist. Mikroökonomie wird ebenfalls oft nur unter minimaler Beachtung der Unteilbarkeiten, Komplementaritäten und institutionellen Faktoren gelehrt.

Das Unternehmen selbst wird in der sogenannten Unternehmenstheorie vernachlässigt. Wie Shubik richtig sagte: "In der fortgeschrit-

¹³ T. Koopmanns: Three essays on the state of economic science, New York 1957, S. 147 (Hervorhebungen von mir).

tenen Theorie wird kein Unterschied gemacht zwischen General Motors und dem Eisladen an der Ecke¹⁴."

Die Theorien tendieren nicht nur dazu, die Bedeutung externer Effekte zu vernachlässigen, sondern auch das, was ich die "internen Effekte" genannt habe. Damit meine ich die Beziehung der Teile zum Ganzen innerhalb jeder großen Organisation.

Die konventionelle Marginalanalyse ist fast stets eindimensional; das heißt, sie bezieht sich auf das Angebot von oder die Nachfrage nach einem Gut bei einem bestimmten Preis. Eine Unternehmung erreicht durch inkrementale Anpassungen in dieser einen Dimension ihr Optimum. In der realen Welt sind marginale oder inkrementale Anpassungen auf einem Niveau jedoch selten. Ein Unternehmen ist ein System oder Subsystem interdependenter Aktivitäten, die aufeinander in unterschiedlicher Weise einwirken. Viele oder die meisten dieser wechselseitigen Beziehungen sind innerhalb einer Hierarchie administriert. Dies ergibt sich, weil aus der eigenen Sicht die Rentabilität des Teiles ein irreführender Wegweiser für die Rentabilität des Ganzen sein kann. So hat es keinen Sinn, die separate Rentabilität der Eisenbahnlinie von Koblenz nach Trier zu berechnen, weil es eine Deutsche Bundesbahn gibt. Natürlich muß sie Marginalentscheidungen treffen, so vielleicht über die Linie von Koblenz nach Trier. Aber dies erhält nur im Systemzusammenhang einen Sinn, in diesem Fall im Hinblick auf das Eisenbahnsystem. Sie werden sagen, das sei doch klar. Ja, das ist es. Nur die "Marginal"-Konzeption und die "System"-Konzeption werden in der ökonomischen Theorie selten miteinander verbunden.

Wie kürzlich von Helmut Arndt aus Berlin hervorgehoben wurde, leidet die Monopoltheorie in ähnlicher Weise unter einem ernsten Mangel. Sie konzentriert sich auf die beiden Variablen Menge und Preis und lenkt die Aufmerksamkeit von so wichtigen Dingen wie Qualität, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Verfügbarkeit und auch Verhandlungsmacht ab. Natürlich ist ein reines Monopol selten, aber wie Shubik uns richtig gesagt hat, haben wir auch keine wirksame Oligopoltheorie. Darüber hinaus sind wir auch nicht in der Lage, das ziemlich wichtige Gebiet zwischen inkremental-marginaler Mikroökonomie und den sehr unterschiedlichen, von der Makroökonomie behandelten Fragen in befriedigender Weise zu bewältigen.

Aber das alles verhindert nicht, daß Bücher geschrieben werden, in denen gezeigt wird, daß das zentralisierte sowjetische Modell ineffizient ist, weil es unfähig ist, ein Pareto-Optimum zu identifizieren oder zu realisieren, oder weil das Preissystem versagt, um Investitionsentscheidungen zu lenken; als ob der heutige Stahlpreis in Deutschland oder

¹⁴ M. Shubik: A curmudgeon's view of micro-economics, in: Journal of Economic Literature, June 1940, S. 413.

⁵ Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 74

sonstwo Richtschnur für Investitionsentscheidungen bei Stahl wäre. Unsere Mikroökonomie hat so wenig Relevanz für die Operationen unserer eigenen Wirtschaft, daß es völlig unpassend zu sein scheint, sie entweder als Basis zum Vergleich von Wirtschaftssystemen zu verwenden oder zur Kritik an den zugestandenen Unzulänglichkeiten des marxistischen Ansatzes zu den hier aufgezeigten Problemen.

Unglücklicherweise liegen die Dinge wenig besser, wenn wir zu einer dynamischen Betrachtungsweise übergehen. Es stimmt: Es hat eine große Anzahl von Wachstumsmodellen gegeben, darunter einige sehr sophistizierte, die sich aber alle darin gleichen, daß sie ahistorisch sind, ohne Institutionen, ohne Menschen, auf einem Abstraktionsniveau, das sie bestenfalls zu intellektuellen Übungen macht. Eines der populärsten, das von Neumann nämlich, unterstellt, daß die Struktur der Wirtschaft durch die Zeit hindurch konstant bleibt, obgleich wir alle wissen, daß Strukturveränderungen mit die Essenz des Wachstumsprozesses darstellen, so wie natürlich auch Veränderungen des Geschmacks, soziale und politische Umwälzungen und andere Dinge, die nicht übersehen werden dürfen.

In seinen Vorbemerkungen zu einem Reader über Wachstum kommentierte Amartya Sen, daß, obgleich Wachstum zu einer Menge praktischer Probleme Anlaß gibt, "sich viele moderne Wachstumstheorien mit recht esoterischen Fragen befassen. Ihre Beziehungen zur praktischen Politik sind oft sehr lose"¹⁵.

Das ist gewiß der Fall bei Solows neoklassischem Modell. Als Evsey Domar, selbst Autor eines bekannten Wachstumsmodells, vor einigen Monaten in Glasgow las, war er bemerkenswert skeptisch, was ihren Wert anging; aber er lobte die Pionierarbeit von Preobraženskij und Feldman, deren Modelle sich aus der marxistischen Theorie ableiten.

Es ist nicht meine Aufgabe, den augenblicklichen Zustand der westlichen ökonomischen Theorie zu analysieren. Natürlich weiß ich, daß viele bedeutende Fortschritte gemacht worden sind, daß die Theorien sehr verfeinert worden sind. Weiter weiß ich, daß ein totaler Realismus unmöglich ist, daß jedes Theoretisieren ein gewisses Maß an Abstraktion nötig macht. Joan Robinson hat geschrieben: "Die Kunst besteht darin, ein Schema aufzustellen, das das Problem vereinfacht, ohne den wesentlichen Charakter der aktuellen Situation zu eliminieren, auf den es Licht werfen soll¹⁶." Diesem Kriterium nach ist vieles in der westlichen Ökonomie zu sehr durch künstliche Annahmen eingeengt. Diese schließen viel zu oft die Umstände aus, die zu der Notwendigkeit von

¹⁵ Growth economics, Penguin, London 1970, S. 141.

¹⁶ Economic heresies, Macmillan, London 1971, S. 141 (Hervorhebungen von mir).

Macht führen, oder beschränken sie bestenfalls auf einen schmalen Sektor, der vorsichtig "öffentliche Güter" genannt wird.

Obgleich jeder weiß, daß die Bedingungen des Walras'schen Gleichgewichts nicht vorhanden sind, daß große Unternehmen existieren, daß es externe Effekte gibt, daß von Neumanns brilliantes mathematisches Modell nicht Wachstum in der realen Welt beschreiben kann, bleibt es dennoch wahr, daß von der Gleichgewichtsanalyse vom Walras-Pareto-Typ abgeleitete Modelle die westlichen Theorien beherrscht haben und sie immer noch beherrschen, vielleicht weil diese Annahmen am besten den vorhandenen Analysewerkzeugen entsprechen.

In unserer modernen Massengesellschaft ist es relevanter denn je, die Worte von John Maynard Keynes zu zitieren: "Die Welt wird nicht so von oben regiert, daß private und soziale Interessen immer zusammenfallen. Sie wird hier unten nicht so gemanaged, daß sie in der Praxis zusammenfallen. Es ist keine korrekte Deduktion aus den Prinzipien der Ökonomie, daß aufgedeckte Eigeninteressen immer im Sinne des öffentlichen Interesses operieren. Es ist ebenfalls nicht wahr, daß Eigeninteressen generell aufgedeckt werden. . . . Die Erfahrung zeigt nicht, daß Individuen, wenn sie eine soziale Einheit ausmachen, immer weniger klar sehen, als wenn sie separat handeln¹⁷."

Dennoch fahren wir fort, tatsächlich alle unsere Theorien auf das Zusammenfallen von mikroökonomischem Profit und öffentlicher Wohlfahrt zu gründen und externe Effekte in die Fußnoten zu verweisen. Eine Intervention von *Macht* kann keine Funktion in einer Theorie haben, die annimmt, daß der Weg zu dem Optimum in einem Wettbewerbsmarkt gefunden werden kann, und die daher jede solche Intervention als den ökonomischen Gesetzen sehr wahrscheinlich entgegengesetzt ansehen muß.

So besaß weder die marxistische Tradition noch die Hauptströmung westlichen Denkens viel Relevanz für jene, die den von Stalin ererbten bürokratischen Zentralismus in Osteuropa zu reformieren suchten. Das um so mehr, als Marx' eigene Werttheorie nicht nur ein vereinfachtes Schema darstellt, sondern auch — wie Walras und die Neoklassiker — ein Gleichgewicht annimmt.

IV. Ein sozialistischer Markt?

Lassen Sie uns zu Oscar Lange zurückkehren, dem Lange von 1938. Er mußte eine Antwort auf Mises und Robbins finden, die behaupteten, daß der Sozialismus unpraktikabel sei, weil die zentralen Planer nicht unzählig viele simultane Gleichungen lösen könnten. Lange ant-

¹⁷ Essays in persuasion, S. 312 f. (zitiert nach J. Robinson's Economic Philosophy).

wortete, daß dies unnötig sei. Die zentrale Planbehörde würde im Sinne des Walras'schen tâtonnement vorgehen, die Preise fixieren, um den Markt übersichtlich zu machen, während die Manager auf die von der Behörde fixierten Preise reagieren würden, indem sie versuchten, Grenzerträge und Grenzkosten einander anzugleichen.

Ein solches Modell hat einige Schwächen. Lassen Sie mich sie aufzählen.

Erstens ist eine Kontrolle durch Preise nicht praktikabel wegen der großen Anzahl — viele Millionen — von Preisen in jeder modernen Wirtschaft.

Zweitens impliziert Langes Modell Kontrolle ausschließlich durch Preise. Dennoch ist nicht an Preise gebundene Information auch von großer Bedeutung.

Drittens gehen Wachstum und Investitionen nicht ernsthaft in die Erwägungen des Modells ein. Das hat Lange später selbst zugegeben.

Viertens ist es aus den schon erwähnten Gründen sehr schwierig, Margen zu identifizieren, besonders innerhalb von Systemen und Hierarchien. Externe Effekte fehlen in dem Modell ebenfalls.

Fünftens gehen weder Organisationen noch Motivationen in die Betrachtung ein. Es wird nie erklärt, warum die Planbehörde das tun sollte, was das Modell von ihr erwartet, oder warum es Manager erstrebenswert finden sollten, sich nach Langes Spielregeln zu verhalten.

Alle diese genannten Schwächen — mit Ausnahme der ersten — waren auch in den Konzeptionen von Mises und Robbins enthalten. Weder diese Konzeptionen noch Langes Replik auf ihre Angriffe können als Basis für eine Ökonomie der realen Welt dienen. Kornai hat auf die Ähnlichkeit des Langeschen Modells mit dem von Walras hingewiesen, und alle Einwände gegen Walras' Annahmen gelten ebenso für Lange.

Wenn die zentralen Planer nicht das Langesche Modell annehmen können, können sie dann nicht die Zentralisierung bewahren, indem sie vom Computer Gebrauch machen? Computer können mit Millionen simultaner Gleichungen fertigwerden. Können sie nicht die Planer dabei anleiten, die objektive Funktion der Macht in einen optimalen Plan einzugliedern? Zwei mögliche Arten des "mathematischen Sozialismus" müssen betrachtet werden. Der eine ist zentralisiert. Mit den Worten des sowjetischen Ökonomen L. A. Leontief ließe sich denken, daß "der Gebrauch der modernen Computertechnik es ermöglicht, absolut korrekt den Bedarf jedes Unternehmens nach allen Materialien — einschließlich jeder Niete und jedes Bolzens — zu berechnen und die Billionen von Berechnungen anzustellen, die für eine zentralisierte administrative Führung jedes Unternehmens, jeder Werkstatt und Maschine nötig sind". Leontief nennt dies "die Kinderkrankheit des

Computerismus¹⁸. Abgesehen von seiner Unpraktizierbarkeit garantiert dieser Ansatz gewiß ein Maximum an *Entfremdung!*

Der andere Ansatz, wie er am besten in den Ideen von Männern wie Fedorenko und Kantorovich ausgedrückt ist, kombiniert ein computerisiertes zentrales Programm mit einem mikroökonomischen Markt, wobei der letztere im wesentlichen sowohl als Informationsquelle für die Planer über die Bedürfnisse dient als auch als Mittel, die Anzahl zentralisierter Berechnungen auf überschaubare Größen zu reduzieren. In einem iterativen Prozeß, der die Verbrauchernachfrage auf dem Markt, die Unternehmenspläne, die zentrale Politik und die Beschränkungen verfügbarer Ressourcen in Betracht zieht, würde die Zentrale optimale Preise errechnen. Dieser Prozeß findet in verschiedenen Versionen auf verschiedenen Stufen der Planungshierarchie statt. Dann "entscheiden" — mit den Worten von Fedorenko — "die Unternehmen, indem sie unter den Bedingungen eines optimal geplanten Preissystems nach Gewinnmaximierung streben, unabhängig die wichtigste Frage ihrer ökonomischen Aktivität"19: und mit diesen Preisen sichert das Gewinnstreben die Übereinstimmung mit dem optimalen Plan. Pacht und andere Zahlungen für Land und sonstige natürlichen Ressourcen würden notwendig sein.

Der Ansatz von Fedorenko ist sicherlich ernsthafter als derjenige der Ultra-Zentralisten. Er weist jedoch viele Mängel des Langeschen Modells auf. Die Preise, die Lange durch ein tâtonnement finden wollte, werden nun durch die Computer ermittelt. Wie aber schon Kornai betont hat, erfüllen diese in einem Modell vollkommenen Wettbewerbs und Walras'schen Gleichgewichts die Funktionen von Marktpreisen; und der am schwersten wiegende schwache Punkt besteht darin, daß keine reale Wirtschaft nur mit Preisinformationen operieren kann. Das Modell ist auch ungeeignet, um externe Effekte, Motivation, die Organisation des Entscheidungsprozesses sowie auch Unsicherheit und Risikoverhalten in Rechnung zu stellen. (In der Tat sucht man menschliche Wesen in computerisierten Modellen vergebens. Garantiert dies nicht Entfremdung?) Schließlich nimmt das Modell an, daß irgendjemand weiß, was das ist, das da optimiert werden soll. Es kann nicht das Streben nach Macht sein. Ein sowjetischer Ökonom drückte es mir gegenüber einmal so aus: "Wenn die politischen Führer uns um Rat fragen und wir ihnen sagen, daß ihre Entscheidungen unser Kriterium sind, und diese damit also per definitionem korrekt sind, so sollten sie uns eigentlich zum Teufel wünschen." Dies ist unser alter metaphysischer Freund, die soziale Wohlfahrtsfunktion.

¹⁸ L. A. Leontief: In: Oktyabr', März 1971, S. 149.

¹⁹ N. Fedorenko: In: Disskusiya ob optimal'nom planirovanii, 1968.

Natürlich kann und wird der Computer viel zur sozialistischen Planung beitragen. Aber seine Grenzen sollten ebenfalls klar sein. Um gegenüber Fedorenko und seinem Institut fair zu sein, muß festgehalten werden, daß sie dies sehr wohl wissen und sich in ihren Forschungen sowohl mit optimalen organisatorischen Strukturen als auch mit der Motivation der Entscheidungsträger befassen.

Es gibt da auch eine verwandte Gruppe, die ich naive Reformer nennen will. Einige davon sind mathematisch orientiert, andere nicht. Liberman gehört zu ihnen. Sie alle haben mit Fedorenko die Idee gemeinsam, daß die Preise so beschaffen sein sollten, daß sie die Konformität des Gewinnstrebens einer Sub-Einheit der Wirtschaft mit dem Gemeinwohl gewährleisten. In ihren extremeren Formen — Liberman zählt als Gemäßigter nicht dazu — könnte dies als eine sozialistische Chicagoer Schule beschrieben werden. Sie können sogar behaupten, daß es nur im Sozialismus freien Wettbewerb und vollkommene Märkte geben könne.

Es ist notwendig, uns an die Unzulänglichkeiten der westlichen Theorie zu erinnern. Skalenerträge, Komplementaritäten, Unteilbarkeiten, externe Effekte werden alle vernachlässigt. Lassen Sie mich das in einem einfachen Beispiel darstellen. Wir wollen ein westliches Unternehmen annehmen, etwa Du Pont. Es verwaltet ungefähr achtzig Sub-Einheiten, das heißt Fabriken. Verwaltung ist teuer und kann zu bürokratischen Deformationen führen. Warum sollte man deshalb nicht Preise erfinden, die es den achtzig Managern der achtzig Fabriken ermöglichen, nach Gewinnmaximierung zu streben und sich auf diese Weise in Übereinstimmung mit Du Ponts Optimum zu verhalten? Könnten wir nicht behaupten, daß ein Grund für Du Ponts tatsächliche Existenz darin besteht, daß dies nicht möglich ist? Marginale Entscheidungen in einer Fabrik beeinflussen oft andere Teile, wenn nicht das ganze Unternehmen, oder sie können ohne Kenntnis der im Hauptquartier gesammelten Informationen nicht getroffen werden. Wenn dies so bei der Du Pont Inc. ist, warum nicht auch im Ministerium für die chemische Industrie der Sowjetunion? Man abstrahiert von strukturellen und institutionellen Faktoren und vernachlässigt damit einen wichtigen Aspekt des Problems.

Man braucht dieses Argument nicht zu weit zu treiben. Innerhalb der am sowjetischen Vorbild ausgerichteten Volkswirtschaft gibt es einen klaren Bereich für einen Markt und für seine notwendige Folge, den Wettbewerb. Er liefert einige sehr wichtige Informationen, wirkt als Ansporn zum Studium der Bedürfnisse der Verbraucher, bekämpft Routine und Trägheit. Es besteht jedoch Raum für eine große Vielfalt, sowohl im Hinblick auf die Größe der Unternehmen als auch für den Grad der Zentralisation. Es scheint klar zu sein, daß die Elektrizitäts-

erzeugung zentralisiert sein wird, weil sie ein untereinander verbundenes System ist, bei dem die Zentrale sehr wahrscheinlich den gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf kennt. Es ist auch klar, daß die Bekleidungsindustrie oder Restaurants sehr stark von der Tätigkeit in einer marktmäßigen Umgebung profitieren würden. Natürlich verursachen Märkte Gefahren — aus sozialistischer Sicht vor allem übermäßige Einkommensungleichheiten. Wir haben jedoch gesehen, daß es auch unter der stalinistischen Zentralisation zu übermäßiger Ungleichheit kommen kann.

Ist alles dies für den marxistischen Sozialisten eine Irrlehre? Ich habe dafür bereits Bettelheim und Sweezy angeführt. Bettelheim erkennt jedoch an, daß "Warenproduktion", das heißt Produktion für den Tausch und nicht für den Gebrauch, die unvermeidliche Konsequenz der Trennung zwischen Gruppen von Produzenten ist. Um eine solche Trennung zu vermeiden, fordert Bettelheim einen alles einschließenden Plan, der alles vom Standpunkt des sozialen Interesses aus entscheidet, der gleichzeitig sowohl von den direkten Produzenten ("les producteurs immédiats") als auch vom Arbeiterstaat beherrscht wird, bis er vermutlich verschwindet, wenn es irgendein anderes Kollektivorgan der Gesellschaft geben wird. Er erklärt nicht, wie solch eine Wirtschaft funktionieren könnte. Er macht jedoch deutlich, daß das jugoslawische Modell für ihn nicht akzeptabel ist: Die sich selbst leitenden Produktionseinheiten sind durch den Markt miteinander verbunden, und für ihn ist das kein Sozialismus. Er besteht wieder und wieder auf der Dominanz der Politik, der richtigen Politik über die Ökonomie. Er erklärt niemals, warum oder wie. Ich würde mit Keynes darin übereinstimmen, daß private Interessen und öffentlicher Nutzen nicht zusammenfallen müssen. Dies ist tatsächlich ein Argument für eine aktive ökonomische Rolle der staatlichen Macht. Wir könnten sagen, daß der Staat, indem er externe Effekte internalisiert, oft ökonomische und soziale Vorteile sehen kann, die für die individuellen Unternehmer unsichtbar sind. Auch könnte er Schritte unternehmen, um die Umwelt zu schützen, Engpässe zu vermeiden etc. etc. Aber zu verlangen, daß der Staat die Politik über die Ökonomie stellen sollte, hieße der Willkür Tür und Tor öffnen. Wenn Märkte nicht existieren und Preise keine aktive Rolle spielen, dann sind wir sicher und unausweichlich wieder beim bürokratischen Zentralismus angelangt, bei administrativer Allokation und auch bei Entfremdung und administrativ verteilten Privilegien. Der "Arbeiterstaat" ist eine ebenso utopische Idee wie die seines Absterbens.

Einige ideologische Argumente gegen eine Reform vom mathematischen oder marktmäßig ausgerichteten Typ sind sicher falsch verstanden worden. "Rente und Zins sind unmarxistisch", schrieb Peter Wiles

viele Male. Sie sind es nicht. Personelles Einkommen aus Boden oder aus Kapital ist nach Marx Ausbeutung. Im Vollkommunismus wird es nicht nur keine Rente und keinen Zins geben, sondern auch kein Geld, keine Löhne, keinen Staat, keine Polizei. Wenn man in Geldgrößen rechnet, muß man die Tatsache im Auge behalten, daß Boden nicht wertlos ist, wenn man im Zentrum der Städte darauf baut oder wenn ein Wasserkraftwerk darauf errichtet wird. Wenn Preise überhaupt existieren sollen, dann sollten Knappheit, Nachfrage und Qualität irgendeinen Niederschlag in den Preisen finden. Das ist keine Frage der Optima, und eine Untersuchung westlicher Preise würde schnell zeigen, daß unsere Preise sehr weit davon entfernt sind, optimal zu sein. Es liegt auch kein Sinn darin, Marx'sche Wertkategorien zu nehmen, die Gleichgewichtssituationen unter vereinfachten Annahmen darstellen, und zu versuchen, sie auf eine Preisbildung im Sozialismus anzuwenden. Dennoch bleibt es nach all dem immer noch wahr, daß die Marx'sche Vision einer möglichen sozialistischen geldlosen Wirtschaft nicht richtig war und im Lichte der Erfahrung modifiziert werden muß. Knappheit und ihre Konsequenzen werden uns eine lange Zeit begleiten. Trotz Engels werden die Menschen nicht dazu imstande sein, "die Dinge sehr einfach ohne die Einschaltung des berühmten Wertes zu handhaben".

In jeder Wirtschaft sind schwierige Entscheidungen über externe Effekte zu treffen, und niemand ist frei von der Gefahr, durch Unsicherheit und unvollständige Information Fehler zu begehen, und auch nicht frei von der Gefahr, Linearität anzunehmen und vergangene Trends zu extrapolieren. Man kann bestenfalls auf eine Minimierung der Irrtümer hoffen. In einem Zeitalter sehr großer Produktiveinheiten, sehr großer Investitionsentscheidungen, schnellen technischen Fortschritts und eines beträchtlichen öffentlichen Sektors, der einen bedeutenden Teil des Volkseinkommens beansprucht, wäre es absurd, tatsächlich nicht zu sehen, daß Plan und Markt nötig sind, Macht und (nicht oder) ökonomisches Gesetz, und eine Interpretation des letzteren, die nicht zu eng oder ausschließlich "ökonomisch" ist. Vor die Wahl gestellt zwischen Schönheit und Häßlichkeit, Sauberkeit und Schmutz, Produktivität und dem, was wir Qualität des Lebens nennen, sollten wir nicht die Prinzipien der einst sogenannten "traurigen Wissenschaft" ("dismal science") übernehmen und sagen, daß wir in dem, was wir von Berufs wegen tun - frei von Werturteilen -, für die weniger angenehme Alternative eintreten, wenn der private Mikro-Profit dadurch erhöht wird.

Wir müssen noch etwas tiefer in die Beziehungen zwischen Macht und ökonomischem Gesetz eindringen. In seinem Aufsatz über diese Frage warnte Böhm-Bawerk vor den Grenzen der Macht auf wirtschaftlichem Gebiet: Sie kann die ökonomischen Gesetze nicht außer Acht lassen, ohne die verschiedensten unbeabsichtigten Konsequenzen hervorzurufen. Wir alle kennen dafür viele Beispiele. Strumilin, der Nestor der sowjetischen Nationalökonomen, warnte davor, daß "... sich die ökonomischen Gesetze an allen rächen würden, die sie mißachteten". Das zwingt uns, zwischen Macht und Machbarkeit zu unterscheiden. Vor hundert Jahren schrieb ein britischer Jurist, daß das Parlament souverän sei, daß es alles tun könne, mit Ausnahme der Umwandlung eines Mannes in eine Frau oder einer Frau in einen Mann. Der Staatsrechtler Ivor Jennings bestritt die Richtigkeit dieser Feststellung. Im formellen juristischen Sinne könne das Parlament Männer zu Frauen und Frauen zu Männern machen. In der Realität gäbe es darüber hinaus noch eine ganze Reihe anderer Dinge, die es nicht könne.

Obgleich in kommunistischen Ländern der Staat eine größere Macht über die Wirtschaft hat, ist sie dennoch begrenzt — wie Gomulka zu seinem Schaden erfahren mußte. Es gibt viele Beispiele für unsinnige Maßnahmen, die große Verluste zur Folge hatten und den ursprünglichen Absichten der Planungsorgane zuwider liefen. Aber es wäre falsch, die Eingriffe der Zentrale grundsätzlich für irrational zu halten. In ihrer Rede vor der letzten Jahresversammlung der American Economic Association sagte Joan Robinson: "Die Unterscheidung, die Pigou zwischen 'private costs' und 'social cost' traf, wurde von ihm als eine Ausnahme angesehen." Eine kurze Überlegung zeigt jedoch, daß die Ausnahme die Regel und die Regel die Ausnahme ist. In welchem Industriezweig, in welchem Wirtschaftsbereich werden denn die "social costs" der wirtschaftlichen Aktivitäten erfaßt?

Selbstverständlich hat die Privatinitiative eine große Bedeutung und es gibt viele Fälle, in denen die Kosten der Ermittlung der vollen "social costs" prohibitiv sind. Aber es gibt auch viele Beispiele, in denen der Staat wenigstens eine cost-benefit-Analyse aufstellen kann, was private Unternehmungen schon ihrer Natur nach nicht können. Direkte staatliche Aktivitäten zur Entwicklung rückständiger Gebiete können zu sehr positiven Ergebnissen führen: Das italienische Mezzogiorno, das amerikanische Tennessey-Valley-Projekt und das französische Mittelmeerprogramm sind dafür gute Beispiele. Staatliche Maßnahmen können erforderlich sein, um den Gegensatz zwischen rentablen Investitionen zur Einsparung von Arbeitskräften und der Notwendigkeit der Beschäftigung von Arbeitslosen zu verringern, wie wir sie aus vielen Entwicklungsländern kennen. Die notwendigen Informationen, die für die Entscheidung über den Bau eines großen Elektrizitätswerkes erforderlich sind, sind vielleicht nur zentral zu gewinnen. Die Aufzählung kann beliebig fortgesetzt werden. Wir müssen uns erinnern, daß die cost-benefit-Analyse entwickelt wurde, weil die gewinnorientierten

Entscheidungsmethoden nicht die notwendigen Antworten erbrachten und daß eine solche Analyse eine akademische Leerformel wäre, wenn nicht auch die Macht bestünde, nach ihren Ergebnissen zu handeln.

Es ist sicherlich richtig, daß die staatlichen Organe gelegentlich durch sogenannte nicht-ökonomische Überlegungen vom Pfade der Weisheit abgelenkt werden. Aber es ist natürlich auch nicht immer klug, solche Überlegungen zu ignorieren. In einem gewissen Sinne sind die genannten Maßnahmen der Regionalpolitik politische Wertentscheidungen. Aber es ist auch eine "politische" Entscheidung, nichts für die Entwicklung des Mezzogiorno zu tun. Es ist nicht irrationaler als die Zahlung einer erheblichen Subvention an die Deutsche Oper am Rhein. Wenn rassische oder nationale Gefühle so stark sind, daß eine ökonomisch rationale Politik zu einem öffentlichen Chaos führt, dann war die Politik eben nicht so rational: Man hätte die Kosten der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung hinzurechnen müssen.

In allen diesen Fällen scheint die Regierung vermutlich das Richtige zu tun, auch wenn man nur den ökonomischen Aspekt betrachtet. Im Falle der Elektrizität mag die Entscheidung die Konsequenz einer Input-Output-Berechnung sein und daher eher betriebswirtschaftlicher als politischer Natur. In keinem dieser Fälle ist anzunehmen, daß das ökonomische Gesetz durch willkürliche Macht ersetzt wird. Um die Dinge ein wenig zu komplizieren, kann man auch nach dem wirtschaftlich rationalsten Weg suchen, ein politisches oder strategisches Ziel zu erreichen. Zwei Beispiele: Ein Schwerindustriegebiet, weit von verletzlichen Grenzen entfernt (zum Beispiel das Ural-Kusnezk-Kombinat), oder industrielle Entwicklung in einem zurückgebliebenen Gebiet wie Süditalien, Südjugoslawien oder Sowjetisch-Zentralasien.

Natürlich gibt es auch Beispiele dafür, wie politische Macht willkürlich im Bereich der Wirtschaftspolitik ausgeübt wird: Die Herrschenden könnten sich vom Größenwahn überwältigen lassen oder den Planern befehlen, Wachstumsraten zu erzielen, die objektiv unmöglich zu erreichen sind, oder können viele andere ökonomisch ungesunde Entscheidungen treffen, die in einer Fehlallokation knapper Ressourcen enden.

Ich will lediglich betonen, daß die rationale Organisation einer Gesellschaft die wiederholte Intervention staatlicher Macht verlangt, und das mit dem Triumph von *Macht* über ökonomische Rationalität gleichsetzen, hieße, den wesentlichen Punkt verfehlen und ein Gefangener der Pareto-Walras-Annahmen zu sein.

V. Schluß

Es erscheint mir unglücklich, daß weder der Westen noch der Osten eine relevante Mikroökonomie hat. Kornai beklagte sich zu recht, daß

Marxisten nicht untersuchen, wie westliche Unternehmen wirklich arbeiten²⁰, und Simon hat betont, daß auch die westlichen neoklassischen Ökonomen ihr Verhalten nicht untersuchen. In beiden Fällen ist der Grund der, daß sie die Antwort zu kennen glauben. Die Theorie sagt ihnen, wie Firmen sich verhalten sollten. Dennoch stellen die vielversprechendsten Ansätze zu einer vergleichenden Analyse von Ost und West — jene von Koopmans, Montias und Kornai — einen Rahmen auf zur Untersuchung von Entscheidungsverhalten, Informationsströmen, Motivation und transzendieren die orthodoxe Theorie oder weisen sie zurück.

Sicher ist das, was notwendig ist, eine Art Ehe zwischen Mikroökonomie und Systemtheorie, die auch die Einsichten des verhaltenstheoretischen Ansatzes einschließt. Es ist nützlich, ja wesentlich, ökonomische Aktivitäten, Unternehmen, Investitionsprojekte und dergleichen als Systeme und Sub-Systeme zu betrachten. Eine neue Art von Marginalanalyse wird gebraucht, die so multidimensional ist, wie es die meisten Marginalentscheidungen tatsächlich sind, und die Zusammenhang und Zweck in Betracht zieht. Kornai drückt das gut in folgenden Worten aus: "Die vielschichtigen Phänomene sozialen Lebens und besonders die Hierarchie von Verwaltung, Kontrolle und Bürokratie haben die Aufmerksamkeit einer ganzen Reihe von Soziologen seit der Zeit Max Webers auf sich gezogen. Es ist überraschend, daß die Ökonomie so lange das Problem vielschichtiger Phänomene vernachlässigt haben soll ... In der Kontrolle nationalisierter Industrien kann eine vielschichtige Vertikalität beobachtet werden. Großunternehmen, Trusts, Korporationen sind entstanden, in denen ein vielschichtiges Management die Regel ist²¹." Es ist wesentlich, in die Theorie in erster Linie so vitale Probleme wie unvollständige Information, Komplementaritäten und natürlich externe Effekte einzubauen. Bei der Diskussion der externen Effekte sollten wir fragen: extern zu was, genauso wie wenn wir von "vermeidbaren Ausgaben" sprechen: vermeidbar von wem? Unsere Theorien unterstellen zu oft eine fast unbegrenzte Teilbarkeit; so tendieren wir dazu, die Berechnung von Kosten wie auch von Erträgen zu zerlegen. Externe Effekte treten auf, wenn es Grenzlinien der Verantwortlichkeit gibt. Die Theorie sollte daher die vitale Bedeutung des institutionellen Rahmens, der Lokalisierung von Entscheidungen, der Fragen von Zentralisierung und Dezentralisierung für die Allokation von Ressourcen anerkennen - und zwar in Ost und West gleichermaßen. Man kann Kosten und Nutzen nur für solche Dinge berechnen, die in den eigenen Verantwortungsbereich fallen. Natürlich ist es ganz unmöglich, alles im Zusammenhang mit allem anderen zu sehen, aber

²⁰ Anti-equilibrium.

²¹ Anti-equilibrium, S. 84.

für wenigstens einige Zwecke stellt das ganze Land ein System dar, und daher spielt Macht eine notwendige und legitime Rolle.

Solche Dinge in Betracht zu ziehen, ist komplizierter als — wie Joan Robinson es nannte — "auf den ruhigen Meeren des allgemeinen Gleichgewichts" zu segeln. Das sollte uns nicht abschrecken. Es reicht nicht zu sagen, wie es ein hervorragender Ökonom getan haben soll: "Ich nehme vollkommenen Wettbewerb an, weil sonst die Mathematik zu schwierig wird."

(Beifall.)

Waldemar Wittmann (Frankfurt):

Verehrter Herr Professor Nove, wir danken Ihnen sehr für Ihre interessanten und mit Lebhaftigkeit vorgetragenen Ausführungen, die uns bis zum Schluß gefesselt haben. Sie haben bestätigt, daß wir mit Recht Sie gebeten haben, mit Ihrem Referat den heutigen Tag zu eröffnen, und damit muß ich zugleich Ihren einleitenden, etwas skeptischen selbstkritischen Sätzen widersprechen. Über Ihre Thesen werden wir heute nachmittag genügend Gelegenheit haben zu diskutieren. Wir werden dabei besonders auch Ihre Kritik an die Adresse der Mikroökonomen zu berücksichtigen haben und — hier muß ich Ihnen ein zweitesmal widersprechen — ich glaube, daß dann, wenn wir überall genügend Computer haben werden, wir sicher in der Lage sein werden, den Eissalon an der Ecke von General Motors Company zu unterscheiden.

Wenn Sie gestatten, werden wir eine Pause von 10 Minuten — bis 10.20 Uhr — einlegen und ich darf Sie bitten, pünktlich zum Referat von Wilhelm Krelle hier zu sein.

(Pause)

Waldemar Wittmann (Frankfurt):

Wir kommen zum zweiten grundsätzlichen wirtschaftstheoretischen Referat des Morgens; und zwar wird Herr Professor Wilhelm Krelle, Bonn, sprechen über "Macht und ökonomisches Gesetz in der Verteilung".

Macht und ökonomisches Gesetz in der Verteilung

Von Wilhelm Krelle, Bonn

I. Einleitung. Die Thesen Böhm-Bawerks und die Gegenthesen Stolzmanns und Tugan-Baranowskis

Das mir gestellte Thema stimmt fast wörtlich mit dem berühmten Aufsatz von Böhm-Bawerk vom Jahre 1914 überein: "Macht oder ökonomisches Gesetz?"1, und an der Ersetzung des "oder" im Titel bei Böhm-Bawerk durch das "und" im Titel meines Vortrages und der Weglassung des Fragezeichens am Schluß können Sie gleich die Ansicht des Programmkomitees ablesen, zu welchem Schluß ich eigentlich hier kommen sollte. Doch warten wir ab. Jedenfalls ist es günstig, den Faden dort aufzunehmen, wo ihn Böhm-Bawerk hat liegen lassen. Nicht, als ob nicht andere zum Thema Macht oder ökonomisches Gesetz in der Verteilung in der Zwischenzeit auch Richtiges und Wichtiges gesagt hätten - ich nenne nur Max Weber und Schumpeter -, aber grundsätzlich Neues über Böhm-Bawerk hinaus ist dabei eigentlich nicht zu Tage getreten. Böhm-Bawerk war eben ein großer Nationalökonom mit tieferem Einblick in die Gesetzmäßigkeiten der Marktwirtschaft als seine zeitgenössischen Gegner wie Stolzmann und Tugan-Baranowski.

Die Hauptthesen Böhm-Bawerks lassen sich so formulieren:

1. Macht hat einen Einfluß auf die Verteilung

"Man müßte ... ein Idiot sein, wenn man den Einfluß der sozial geschaffenen Einrichtungen und Maßnahmen auf die Güterverteilung leugnen wollte; es liegt auf der Hand, daß unter einer kommunistischen Rechtsordnung die Verteilung formell und materiell ganz anders verlaufen würde ...; und es zweifelt ... auch kein Verständiger ... daran, daß der Bestand der Arbeiterorganisation mit dem Kampfmittel der Streiks auf die Gestaltung der Arbeitslöhne nicht ohne Einfluß ist" (a.a.O., S. 207).

¹ Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz? Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. XXIII (1914), S. 205 - 271, wieder abgedruckt in "Gesammelte Schriften von Eugen von Böhm-Bawerk, herausgegeben von Franz X. Weiss, Wien, Leipzig 1924, S. 230 ff. Die Zitate folgen der Seitenzahl der Originalarbeit.

2. Diese Macht wirkt in der Regel durch die ökonomischen Gesetze, nicht außerhalb. Die soziale Kategorie ist dabei immer anwesend

(Der Monopolist kann) "diese seine Macht nicht anders als in Erfüllung der Preisgesetze ausüben, ..., nicht aber gegen die Preisgesetze" (S. 217). "Durch künstliche Machtmittel können jedenfalls temporär energische, ..., auch sehr tiefgreifende Wirkungen erzielt werden. ... Außerhalb der ... Spezialfälle kann dagegen ... ein künstlicher Eingriff seiner Wirkung keine Dauer verleihen gegen die leise und langsam, aber ... schließlich siegreich wirkenden Gegenkräfte 'rein wirtschaftlicher Natur' ... Auch das gebieterischste Machtdiktat kann nicht gegen, sondern nur innerhalb der ökonomischen Wert-, Preis- und Verteilungsgesetze wirken ..." (S. 265/266). "Es gibt buchstäblich keinen Preis und keine Verteilung — außer durch Straßenraub und dergleichen — ohne historisch-rechtlichen Einschlag" (S. 223).

Schumpeter hat den ersten Teil der These, der sich gegen die Trennung von Produktion, Preisbildung und Verteilung wendet, einmal so ausgedrückt²: "Die Auffassung (daß man Produktion und Verteilung unabhängig voneinander behandeln kann) ist nach jeder Richtung mangelhaft. Es liegt auf der Hand, daß die "Verteilung" darüber entscheidet, was und wie produziert wird ..." (Das Grundprinzip der Verteilungstheorie, a.a.O., S. 328).

3. In manchen Fällen lassen die ökonomischen Gesetze einen Spielraum, in denen sich die Macht unmittelbar auswirken kann

"Die subjektiven Wertschätzungen der Marktparteien bezeichnen ... nur Ober- und Untergrenzen für die mögliche Preisbildung. Aber einerseits verstärkt sich das "Eingrenzen" zum "Bestimmen" ..., z.B. im Falle einer atomisierten beiderseitigen Konkurrenz ... Andererseits wird dort, wo die ökonomischen Grenzmarken einen Spielraum lassen, durch die "Macht" eben auch noch nicht "entschieden", sondern ebenfalls nur "eingeengt (Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 221).

4. Mit der Vokabel "Macht" ist zur Erklärung ökonomischer Probleme noch nichts beigetragen

"Ich glaube, nicht allein ich werde den Eindruck haben, daß hier eine Wolke von Worten um einen nichts weniger als deutlichen und einwandfreien Kern gehüllt wird und daß wir eine wirkliche Lösung des Problems... erst noch zu suchen haben, und zwar wohl auf anderen

² Schumpeter, Das Grundprinzip der Verteilungstheorie, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 42 (1916/17), S. 1 - 88, wieder abgedruckt in "Aufsätze zur ökonomischen Theorie", Tübingen 1952, S. 320 ff. Zitate nach der Seitenzahl im Abdruck.

Wegen als dem einer hin- und herbiegenden Dialektik." (Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 213)

Statt Böhm-Bawerks berühmten Aufsatz hätte ich übrigens auch die dem gleichen Thema gewidmeten, aber weniger bekannten Aufsätze Schumpeters "Das Rentenprinzip in der Verteilungslehre"³, und "Das Grundprinzip der Verteilungstheorie", a.a.O., besonders den letzteren, zugrunde legen können. Die Thesen würden genau so lauten, nur daß sich Schumpeter noch viel schärfer gegen die gerade in Deutschland populären Machtvorstellungen in der Wirtschaftswissenschaft wandte und dafür vor allem die mangelnden wirtschaftstheoretischen Kenntnisse in Deutschland verantwortlich machte. "Die sozialen Machtverhältnisse", schreibt er mit einiger Ironie ("Das Grundprinzip der Verteilungslehre", a.a.O., S. 334), "... sind der Farbstoff, mit dem das Panorama der Geschichte gemalt ist. Und wollte man einmal die wichtigsten Züge dieses Panoramas und sonst nichts hinwerfen, so daß sie sich einstampfen in die Seele des Beschauers, wie das der Künstler tun kann, dann wäre es am Ende mit ,Macht' und ,Sexualegoismus' überhaupt getan. Auch jede Wissenschaft versucht so etwas in ihren Anfängen. Die Erkenntnis der Vielheit der Erkenntnisobjekte ist im Grunde eine sehr bittere Pille, und nicht gerne und nicht gleich schluckt man sie. Denn das Erkenntnisobjekt ist bleich und schemenhaft, und es ist schöner, im vollen Leben zu wühlen ... Dazu wollen sich die wenigsten verstehen, daß wir ... keine Soziologie der ,Verteilung' uno actu mit deren Ökonomie erhalten können." Und als Anmerkung zum Wort "soziale Machtverhältnisse" fügt er hinzu: "... es müßte mit entsprechendem Inhalt gefüllt werden, eine Forderung, die von den Autoren, die damit operieren, allerdings nie erfüllt wurde"4.

Im gleichen Sinn wendet sich Wicksell gegen die Substitution von Wissenschaft durch Quatschologie, die wir ja leider Gottes in letzter Zeit an den Universitäten wieder beobachten können: "Eine durchgeführte logische Darstellung aus noch so einfachen schematischen Voraussetzungen heraus schenkt mehr wirkliches Wissen als eine farbenschimmernde, aber flache Plauderei über bald gesagt alles zwischen Himmel und Erde: Nationalcharakter, Rasseneigentümlichkeit, Machtpolitik, Klassen- und Standesinteressen usw.⁵."

³ Schumpeter, Das Rentenprinzip in der Verteilungslehre, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 31 (1907), S. 31 - 65, wieder abgedruckt in "Aufsätze zur ökonomischen Theorie", Tübingen 1952, S. 187 ff.

⁴ Leider läßt sich das gleiche auch von neueren Bemühungen, die Machttheorien wiederzubeleben, sagen: Sie sind mehr oder weniger methodologische Programmschriften geblieben. Vgl. z.B. *Albert*, Macht und Zurechnung, Schmollers Jahrbuch 75 (1955), S. 57 - 85.

⁵ Zitiert nach *Erich Schneider*, Einführung in die Wirtschaftstheorie, IV. Teil, 1. Band, Tübingen 1962. S. 301.

Ich kann hier nicht Schumpeters vernichtende Kritik des Standes der wirtschaftstheoretischen Kenntnisse in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg wiederholen⁶. Hoffentlich kommt in Deutschland nie wieder eine Zeit in der Wirtschaftswissenschaft, von der Schumpeter sagte: "Wird überhaupt etwas diskutiert, so ist es eine Methodenfrage, eine soziologische Seite der Sache, ein praktisches Resultat, ein allgemeiner Standpunkt — nie aber das, worauf es bei diesem Problemgebiet ankommt" (Das Grundprinzip der Verteilungstheorie, a.a.O., S. 322).

Die Thesen Böhm-Bawerks waren gegen die historische und sozialrechtliche Schule vor allem in Deutschland und Rußland gerichtet, repräsentiert durch die Namen *Stolzmann*⁷ und *Tugan-Baranowski*^{8, 9}. Ihre gemeinsamen Anschauungen lassen sich in den folgenden Thesen zusammenfassen:

1. Lohn, Zins und Verteilung sind keine Preisphänomene, sondern allein durch soziale Machtverhältnisse bestimmt

So sagt Tugan-Baranowski: "Das Verteilungsproblem ist kein Wertproblem. Zwar erhalten die Anteile der verschiedenen sozialen Klassen

^{6 &}quot;In Deutschland insbesondere ist die Situation ganz eigentümlich. Die große Mehrheit der deutschen Sozialökonomen steht zwar nicht in ihren prinzipiellen Äußerungen, wohl aber in der Sache, der Theorie ganz so ablehnend gegenüber als vor 20 Jahren ... Unter dem doppelten Schutz des Fehlens einer fachmäßigen Kritik und des Vorhandenseins dieser prinzipiellen, wenn auch völlig platonischen Theoriefreundlichkeit entwickelt sich nun auf dem freigelassenen Feld eine theoretische Literatur, die sicher manche zweifellose Talentprobe, aber ebenso sicher die bedauerlichsten Fehlgriffe enthält. Alles ist in dieser Literatur möglich. Die elementarsten Fehler ... kommen massenhaft vor. Die ältesten ... Anschauungen können gefahrlos aufgetischt werden ..." (Das Grundprinzip der Verteilungstheorie, a.a.O., S. 322).

Diese Kritik war allerdings ganz ohne persönliche Schärfe, und so hat Schumpeter dann später auch für Schmoller und dessen wirtschaftsgeschichtliche Intentionen anerkennende Worte gefunden ("Gustav v. Schmoller und die Probleme heute", Schmollers Jahrbuch 50 (1926), S. 337 - 388, wieder abgedruckt in "Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie", herausgegeben von Jochimsen und Knobel, Köln 1971, S. 118 ff.). Doch darf man diese nach dem Tode Schmollers von Deutschland aus geschriebenen Worte nicht für den eigentlichen Schumpeter nehmen. Dazu spricht sein letztes Werk, History of Economic Analysis, London 1967, sich zu deutlich im gleichen Sinn aus wie sein Aufsatz von 1916 (vgl. z. B. dort S. 802 und 804).

⁷ Stolzmann, Die soziale Kategorie in der Volkswirtschaftslehre, Berlin 1896 und: Der Zweck in der Volkswirtschaft, Berlin 1909.

⁸ Tugan-Baranowski, Soziale Theorie der Verteilung, Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung, II. Band, Berlin 1913, S. 473 - 554.

⁹ Die jüngere historische Schule, geführt von Schmoller und z. T. identisch mit dem Kathedersozialismus, und deren Ausläufer, die sozialrechtliche Schule, geführt von Diehl, sind durch Tugan-Baranowski und Stolzmann gut repräsentiert. Andere sogenannten Kathedersozialisten wie Adolph Wagner, Lexis, Lujo Brentano, stehen der Theorie näher und nehmen einen Teil der Gedanken der österreichischen Schule auf, ohne doch den alten, historisch oder rechtlich bestimmten Ansatz ganz aufgeben zu wollen. Hier kommt es zu "Mischungen" von Beschreibung und Analyse.

am gesellschaftlichen Produkt die Form des Preises, aber was in dieser Preisform erscheint, wird nicht durch die Bedingung der Preisbildung bestimmt" (a.a.O., S. 487). Oder: "Alle Bemühungen, die Verteilungstheorie als eine spezielle Lehre der allgemeinen Werttheorie zu entwickeln, müssen... scheitern, weil das Verteilungsproblem seiner inneren Natur nach kein Wertproblem ist" (a.a.O., S. 477). Der Grund dafür ist, daß "die Nachfrage nach der Arbeitskraft von dessen Preis unabhängig ist, insofern dieser Preis nicht den ganzen Profit der Kapitalisten verschlingt" (a.a.O., S. 509). Somit wird "die durchschnittliche Lohnhöhe... durch zwei Faktoren bestimmt: durch die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, ... und durch die soziale Macht der arbeitenden Klasse, welche die Quote des gesellschaftlichen Produktes, über welche die Arbeiterklasse verfügen kann, festsetzt" (a.a.O., S. 515).

Stolzmann drückt sich an manchen Stellen seines Werkes ähnlich scharf aus; z. B. bei der Aufteilung des Produktes zwischen Arbeiter und Grundeigentümer: "Der Umfang der Nahrungseinheit (d. h. des Reallohnes) bestimmt sich... durch den Umfang der sozialen Machtverhältnisse zwischen Stadt und Land, zwischen dem Grundherrn und seinen Arbeitern" (Die soziale Kategorie..., a.a.O., S. 334). Und: "Der Kapitalgewinn ist wie der Arbeitslohn eine soziale Abfindungsquote" (a.a.O., S. 364).

An anderen Stellen ist er vorsichtiger: "Die Größe des Arbeitslohnes, des Kapitalgewinnes und der Rente ist deshalb heute auch das Resultat der sozialen Machtverhältnisse und nicht nur der natürlichen Wirkung des anteiligen Produktionseffektes" (a.a.O., S. 41). Schon Böhm-Bawerk wirft Stolzmann mit Recht dies ständige Schwanken zwischen "allein" und "auch" bei der Abschätzung des Einflusses der Macht auf die Verteilung vor (Macht oder ökonomisches Gesetz?, a.a.O., S. 213). Doch das ist nur eine der zahlreichen Unklarheiten bei Stolzmann, die allerdings meist durch eine große Zahl von Worten verdeckt wird.

2. Die herrschende Theorie ist zu individualistisch und berücksichtigt die sozialen Institutionen zu wenig oder gar nicht. Sie unterschätzt daher die soziale Beeinflußbarkeit des wirtschaftlichen Geschehens

Das ist insbesondere Stolzmanns Punkt und die Grundthese seiner beiden Bücher. Er schreibt gleich zu Anfang seines ersten Werkes: "Die Volkswirtschaftslehre... hat die soziale Kategorie als selbständiges und allgemeines, der rein ökonomischen Kategorie koordiniertes Prinzip bisher kaum erkannt" (Die soziale Kategorie..., a.a.O., S. 2), und in einem sehr charakteristischen Satz, dessen Grundgedanke auch an anderen Stellen wiederkehrt, nachdem er Mengers Ansichten von der angeblich "naturgesetzlichen" Bestimmung von Lohn, Zins und Rente

referiert hat: "Man sieht, zu welchen Konsequenzen die Mengersche Lehre führt: zur Verzweiflung und zum Ausschluß aller durchgreifenden sozialen Reformen oder — zum Umsturz. Ein Trost nur, daß Mengers Lehre falsch ist" (Die soziale Kategorie . . ., a.a.O., S. 188). Ähnlich polemisiert Tugan-Baranowski gegen "eine neue Lohn- oder allgemeine Verteilungstheorie, welche . . . behauptet, daß die Verteilung der gesellschaftlichen Einkommen in der kapitalistischen Gesellschaft ihren eigenen unabänderlichen Gesetzen folgt, und jeder Versuch, die eine Einkommensart auf Kosten einer anderen zu steigern, unbedingt scheitern muß" (a.a.O., S. 475).

II. Würdigung der Thesen. Der Ausgangspunkt

Mit diesen vier Thesen Böhm-Bawerks und zwei Thesen Stolzmanns und Tugan-Baranowskis ist der Ausgangspunkt der Untersuchung gegeben. Ich möchte nun nicht längst widerlegte Mißverständnisse und Fehler nochmals widerlegen, sondern gehe wohl mit der überwältigenden Mehrheit meiner Fachgenossen davon aus, daß alle 4 Thesen Böhm-Bawerks und die zweite These Tugan-Baranowskis und Stolzmanns richtig ist, die erste aber falsch. Lohn, Zins und Verteilung sind ökonomische Phänomene, die mit den Mitteln der ökonomischen Theorie analysiert werden können. Dabei sind institutionelle Phänomene wie Marktformen auf dem Arbeitsmarkt und den Gütermärkten, die Vermögensverteilung, die Mitbestimmung, die Gesetzgebung, wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung etc. von großer Bedeutung. Darin eben äußert sich die Machtverteilung, und die Theorie schließt sie keinesfalls aus, sondern geht gerade von ihr aus. Eine andere Organisationsform auf dem Arbeitsmarkt oder, wenn man die Vokabel mehr schätzt, eine andere Machtverteilung dort, wird zu anderen Geldlohnsätzen führen, diese beeinflussen aber wiederum die Beschäftigung, das Preisniveau, die Investitionen usw. Andere wirtschaftspolitische Maßnahmen, veranlaßt durch eine andere politische Machtkonstellation, führen zu einem anderen Wirtschaftsablauf, alles selbstverständlich in den Grenzen der vorhandenen Technologie, der vorhandenen Ressourcen und der jeweiligen Verhaltensweisen der Wirtschaftspersonen. Das alles ist jetzt unstrittig und jedenfalls im großen und ganzen geklärt, war aber in den Anfängen der neoklassischen Theorie, zu den Zeiten Mengers und Böhm-Bawerks, noch weitgehend offen, was übrigens auch Böhm-Bawerk zugibt: "Diese Lücke (nämlich: den Einfluß der sozialen "Macht" zu verfolgen und darzustellen) wurde immer als solche gefühlt ... ". Er fährt aber fort: "Die Lücke ist aber auch von der anderen Seite, von der Seite derjenigen, die den Einfluß der "sozialen Kategorie' in den Vordergrund der Erklärung stellen, nicht ausgefüllt

worden" (Macht oder ökonomisches Gesetz?, a.a.O., S. 210). Damit hat er zweifellos Recht.

Wir sind allerdings heute ein gutes Stück weiter. Viele Seiten der "Macht" sind in ihren ökonomischen Auswirkungen jetzt klarer zu erfassen, dank der Arbeiten von Menger, Böhm-Bawerk, Walras, Pareto, Edgeworth, Marshall, Keynes, Leontief, von Neumann und Morgenstern und vielen anderen Theoretikern. Wir haben die Instrumente der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, der Preistheorie, insbesondere der Monopol- und Oligopoltheorie, der Nachfrage- und Produktionstheorie, der Input-Output-Analyse, der ökonometrischen Prognosesysteme und der Spiel- und Entscheidungstheorie, um nur die wichtigsten zu nennen; und zum Glück gibt es auch für viele Länder genügend statistische Unterlagen, um Hypothesen über die Verteilung zu testen und die genannten Theorien praktisch anzuwenden. Hierzu haben allerdings diejenigen, die die "Macht" zur Grundlage der Wirtschaftstheorie machen wollten bzw. noch wollen, buchstäblich nichts beigetragen. Ihre selbstgestrickten "Theorien" sind im Grunde nichts anderes als die ständige Wiederholung von Allgemeinbegriffen wie "Macht", "soziale Verhältnisse" u. a., womit sie ebensoweit kommen, wie diejenigen, die (nach Fritz Reuter) die Armut durch die pauvreté erklären¹⁰. Doch dieser Schwäche auf wirtschaftswissenschaftlichem Gebiet steht das Positivum ihrer politischen und sozialen Wirkung gegenüber. Diesen persönlich hervorragenden Männern, den sogenannten Kathedersozialisten wie Adolph Wagner, Schmoller, Lexis u.a., denen dieser Verein, dessen 100jähriges Jubiläum wir heute feiern, zum Teil sein Entstehen und jedenfalls seine Wirkung verdankt, diesen Männern von bestem Wollen und praktisch-politischer Wirksamkeit ist es zuzuschreiben, Deutschland auf dem Gebiet der Sozialversicherung und der Arbeitsschutzgesetzgebung führend wurde und daß der Arbeiterbewegung, besonders der Gewerkschaftsbewegung, unter den Wirtschaftswissenschaftlern Verständnis und jedenfalls teilweise Sympathie entgegengebracht wurde. Was damals in Deutschland sozial fortschrittlich war. ist nächst der Selbsthilfe der Arbeiterschaft wohl ihrem Einfluß zu verdanken. In dieser Hinsicht sollten sie bei uns fortleben. Die ökonomischen Hilfsmittel für die Erklärung des Wirtschaftsablaufs im allgemeinen und der Verteilung im besonderen müssen wir uns aber woanders herholen¹¹.

¹⁰ Ähnlich auch Stützel in seiner jetzt neu gedruckten Dissertation von 1952, "Preis, Wert und Macht", Aalen 1972, S. 275/276. Allerdings bin ich nicht seiner Ansicht, daß das Machtphänomen solange nicht sichtbar gemacht werden kann, solange man mit stetigen Funktionen arbeitet (a.a.O., S. 305).

¹¹ Eine gerechte Würdigung der "historischen Schule", die einerseits das theoretische Versagen mit all seinen Folgen auch für die deutsche Wirtschaftspolitik im 1. Weltkrieg und danach, andererseits den lobenswerten, wenn auch beim damaligen und heutigen Stand der Wissenschaft hoffnungs-

III. Problemstellung und Übersicht über den Gedankengang

Wir wollen nun zeigen, wo und wie "Macht" in irgendeiner Form den Wirtschaftsablauf und damit die Verteilung beeinflußt. Dazu müssen wir zuerst die *verschiedenartigen Formen von Macht* unterscheiden. weil verschiedene Arten von Macht an verschiedenen Stellen der Wirtschaft wirken und daher auch theoretisch anders erfaßt werden müssen. "Macht" ist ein viel zu undifferenzierter Begriff, um in der Analyse direkt verwendbar zu sein. Dann zeigen wir, wie die Verteilung durch eben solche Machteinflüsse zu beeinflussen ist. Dabei beginnen wir mit der sehr allgemeinen und von Institutionen weitgehend abstrahierenden allgemeinen Gleichgewichtstheorie; dann treten wir immer näher an die Wirklichkeit heran und enden bei einem Prognosesystem für die Bundesrepublik Deutschland, mit dessen Hilfe wir die Wirkung von Machteinflüssen auf die Verteilung in der jetzigen ökonomischen, sozialen und politischen Umwelt der Bundesrepublik abschätzen können. Damit werden wir am Schluß auch Fragen beantworten können wie: Mit welchen Mitteln und in welchem Umfang ist die Einkommensverteilung zu verändern bei Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und der sonstigen gesamtwirtschaftlichen Beschränkungen wie Ausgleich der Leistungsbilanz, Ausgleich des Staatshaushalts und relative Konstanz des Preisniveaus?

IV. Macht durch Beeinflussung der Daten der ökonomischen Analyse

"Macht", so definiert Max Weber¹², "ist die Chance, ... den eigenen Willen in einem Gemeinschaftshandeln auch gegen den Widerstand anderer durchzusetzen". An diese oder ähnliche Definitionen¹³ knüpfen die meisten Untersuchungen zur Macht an¹⁴. Natürlich ist Macht nicht dasselbe wie Gewalt¹⁶, auch nicht die politische Macht, entgegen Mao Tse-tungs bekanntem Satz "Die politische Macht kommt aus den

¹² Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Halbband, Köln und Berlin 1964, S. 678.

¹⁴ Eine Literaturübersicht findet man z. B. in der Dissertation von Eckard Sambach, Frankfurt 1960. Dort ist Macht als Größe wirtschaftlicher Einheiten verstanden, was aber nur ein Teilaspekt ist.

losen Versuch der simultanen Erfassung historischer, soziologischer, politischer und ökonomischer Elemente und der politisch-ethischen Impulse berücksichtigt, findet man bei *Salin*, Politische Ökonomie, 5. Aufl., Tübingen, Zürich 1967, S. 132 ff. und bei *Schumpeter*, History of Economic Analysis, London 1967, S. 800 ff.

¹⁸ Vgl. etwa die von Hans Albert: "Macht ist die Möglichkeit, soziale Prozesse im Sinne eigener Zielsetzung zu beeinflussen", in: Macht und Zurechnung, Schmollers Jahrbuch 75 (1955), S. 74.

¹⁵ Oppenheimer und Hannah Arendt sehen sie sogar antithetisch; vgl. Oppenheimer's Artikel "Machtverhältnisse", in: Hdwb. der Soziologie, S. 338 ff.: Pure Gewalt ist keine soziale Beziehung. Hannah Arendt, Macht und Gewalt, 2. Aufl. München 1970. S. 55: Machtverlust verführt zur Gewalt.

Gewehrläufen"¹⁶. Wollten wir übrigens die Gewalt hier einschließen, so bekäme das Verteilungsphänomen ganz neue Züge. Mit Gewalt ist nämlich ziemlich alles möglich, wie die privaten Umverteilungen durch Entführung von Industriellen, Bankraub oder Erpressung staatlicher Stellen durch Flugzeugentführungen, Kindesraub usw. zeigen¹⁷.

Die Machtdefinition Max Webers ist für die ökonomische Anwendung zu allgemein. Wir müssen entsprechend den Eingriffsstellen der Macht in den ökonomischen Bereich verschiedene Arten von Macht unterscheiden. Diese Eingriffsstellen sind zunächst die Ausgangsdaten oder Anfangsbedingungen für die eigentliche ökonomische Analyse. Somit unterscheiden wir zunächst vier Machtarten:

- Macht durch Beeinflussung der Präferenzen der natürlichen Personen in der Gesellschaft, im wesentlichen durch Beherrschung des Informationssystems.
- Macht durch Beeinflussung der institutionellen Gliederung der Gesellschaft, also der Zahl und der Art von privaten Haushalten, Firmen, staatlichen und privaten Organisationen und deren Willensbildungsprozeß. Dies äußert sich dann in der Beeinflussung der Präferenzen dieser Entscheidungsträger (Haushalte, Firmen).
- 3. Macht durch Beeinflussung der Verteilung der Verfügungsmacht der Entscheidungsträger über die vorhandenen materiellen Mittel, d. h. durch die Beeinflussung der Faktorausstattung der Haushalte und Firmen.
- 4. Macht durch Beeinflussung des technischen und organisatorischen Wissens, über das die Entscheidungsträger verfügen, meist vereinfacht: Technologie genannt.

Die ökonomische Theorie geht in der Regel¹⁸ davon aus, daß dieser Machteinfluß ausgeübt ist, legt den dadurch entstandenen Zustand als Datum zugrunde und leitet dann die Preise und Produktionsmengen und damit auch die Einkommensverteilung ab. Bei der Bestimmung dieser Daten muß also einmal der Machteinfluß gesucht werden.

Betrachten wir diese Arten von Macht etwas genauer.

¹⁸ D. h. in der Statik; in der Dynamik werden die Veränderungen der obigen Daten analysiert.

¹⁶ So nach der schönen Übersetzung von Hannah Arendt, a.a.O., S. 15. Im "Roten Buch", Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Fischer-Bücherei, April 1967, heißt es S. 42: "Jeder Kommunist muß die Wahrheit begreifen: Aus dem Gewehr entsteht politische Macht".

¹⁷ Sogar Einstellung von Arbeitern und Lohnerhöhungen kann man so erreichen; dies waren nämlich die von der Firma "Precicontrol" in Spanien den Entführern ihres Inhabers zugebilligten Freilassungsbedingungen (vgl. "Generalanzeiger für Bonn und Umgebung" vom 22./23. Januar 1972).

1. Die Macht durch Beherrschung des Informationssystems

Die Präferenzen der Menschen, sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialen, künstlerischen usw. verändern sich auch bei gegebener ökonomischer Situation durch die laufende Kommunikation der Menschen untereinander. Hierbei übt im Prinzip jeder auf jeden anderen einen Einfluß aus, den er mit Stimme oder Schrift, durch Rundfunk, Fernsehen, Zeitung usw. erreichen kann. Dieser Einfluß hängt u. a. von den persönlichen Eigenschaften wie Überzeugungskraft, Rednergabe usw. ab, vor allem aber heutzutage von der Verfügung über das Informationssystem. Ich erinnere nur an den Einfluß der Werbung. Die individuellen Präferenzen sind in diesem Sinn das Ergebnis eines sozialen Prozesses, der weitgehend über das Informationssystem steuerbar ist. Wer es beherrscht, beeinflußt hierüber das Ergebnis des Wirtschaftsprozesses. Wir werden das im nächsten Abschnitt näher ausführen.

2. Macht durch Beherrschung der sozialen und politischen Institutionen

Jede moderne Gesellschaft besteht aus einer Vielzahl ökonomischer, sozialer und politischer Einheiten, die einen großen Teil der gesellschaftlich und ökonomisch relevanten Entscheidungen gesamthaft für die in ihnen organisierten Individuen treffen. Familien, Firmen, Gewerkschaften, Kreise, Regierungsbezirke, Parlamente, Ministerien, Verbände usw. sind solche Entscheidungsträger. Sie sind Wirtschaftspersonen (economic agents) im Sinne der ökonomischen Theorie. Die Veränderung der sozialen Gliederung einer Gesellschaft, z.B. die Neugründung, Fusionierung oder Auflösung von Firmen und Verbänden oder die Beeinflussung von deren Entscheidungen durch Auswechselung der Entscheidungsträger oder Änderung der Zusammensetzung der Entscheidungsgremien ändert die Art, die Anzahl und die Präferenzordnung der Wirtschaftspersonen; gerade davon aber leitet die ökonomische Theorie die wirtschaftlichen Entscheidungen ab. Wer die sozialen Institutionen beherrscht, beeinflußt dadurch den Wirtschaftsprozeß. In noch stärkerem Maß gilt das für die politischen Institutionen. Durch die allgemeine Gesetzgebung einerseits und durch die Steuer- und Ausgabenpolitik andererseits werden die Entscheidungen aller übrigen Wirtschaftseinheiten gesteuert, indem ihre Verfügung über materielle Mittel eingeengt oder ausgeweitet und Entscheidungen in gewisse Bahnen gelenkt werden.

3. Macht durch Verfügung über materielle Mittel

Alle materiellen Mittel der Gesellschaft müssen am Ende der Verfügung irgendwelcher Entscheidungsträger unterstehen; das gilt für jede

Wirtschaftsordnung. Die Verfügung über diese Mittel definiert die Grenzen der ökonomischen Entscheidungsfreiheit jeder Wirtschaftseinheit. Es ist klar, daß die Rechtsordnung und damit am Ende die politische Macht diese Verfügungsmacht vermittelt. Von ihr und von den Präferenzen der Wirtschaftspersonen leitet aber die ökonomische Theorie die Angebots- und Nachfragefunktionen für Faktoren und Endprodukte ab. Wenn die Verfügungsmacht über die materiellen Mittel anderen Wirtschaftspersonen gegeben wird, ist das Ergebnis natürlich verschieden.

4. Macht durch Verfügung über Wissen

Die ökonomischen Agenten können nur im Rahmen des ihnen zur Verfügung stehenden technischen und organisatorischen Wissens Entscheidungen treffen. Der Stand von Forschung und Entwicklung begrenzt die möglichen Produktionsentscheidungen. Wer Bildung, Forschung und Entwicklung beeinflussen kann, beeinflußt also ebenfalls den Wirtschaftsablauf und die Verteilung.

Diese vier Arten von Macht sind sicher die in heutigen Gesellschaften bei weitem wichtigsten. Sie sind auch nicht zu beseitigen; man kann die Macht nur anders verteilen. Macht ist eben ein relativer Begriff: Was der eine weniger hat, muß der andere mehr haben.

Alle diese Machteinflüsse werden in der Wirtschaftstheorie durch die Art und Zahl von Wirtschaftspersonen, deren Präferenzordnung und die Technologie vollständig erfaßt. Die Wirtschaftstheorie wäre vollkommen unbrauchbar, wenn sie das nicht könnte. Nur ist das der Ausgangspunkt und nicht etwa das Ende. Hier beginnt die eigentliche Ökonomie. Wenn Stolzmann¹⁹ und Tugan-Baranowski²⁰ und leider neuerdings auch Esser²¹ meinen, die Wirtschaftstheorie würde die Verteilung als "naturgesetzlich" oder "individualistisch" festgelegt betrachten, so ist das ein vielleicht für die Zeit vor 1914 noch verzeihliches Mißverständnis, heute aber unentschuldbar. Richtig ist, daß eine politische Entscheidung für das Privateigentum an den Produktionsmitteln gewisse Grenzen für die Verteilung festlegt, insbesondere wenn Voll-

¹⁸ Stolzmann, Die soziale Kategorie, a.a.O., S. 41, 43 - 45, 188 und passim.

²⁰ Tugan-Baranowski, Soziale Theorie der Verteilung, a.a.O., S. 484, 488, 493 und passim.

²¹ Esser, Macht oder ökonomisches Gesetz?, Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Köln 1971, z. B. S. 10, 315 ff., 327, 328 und passim. Dies Buch bringt leider nichts als eine unkritische Wiederholung der alten Stolzmannschen Argumente und schulmeisterliche Zurechtweisungen Böhm-Bawerks. Eine eigene Theorie wird nicht geboten. Die Wirtschaftstheorie hat der Verfasser nicht verstanden. Er charakterisiert sie als "Aussagesystem, das die volkswirtschaftlichen Erscheinungen letztlich als unabänderlich hinzunehmende Naturphänomene begreift" (S. 328).

beschäftigung herrschen soll. Aber das hat mit Naturgesetzen nichts zu tun, sondern hängt von Verhaltensweisen der Wirtschaftspersonen ab, die ökonometrisch erfaßbar und durch die oben skizzierten Machteinflüsse wesentlich bestimmt sind, sowie von der Zielsetzung der Wirtschaftspolitik, z.B. der Vollbeschäftigung. Man kann eben nicht alle schönen Dinge zu gleicher Zeit haben.

5. Ein Beispiel für die Erfassung des Machteinflusses durch Beherrschung des Informationssystems

Die Ökonomen haben sich bisher verständlicherweise mehr für ökonomische als für soziologische und politologische Probleme interessiert, aber doch nicht ausschließlich. So können Machteinflüsse auf die Präferenzordnung von Personen mit den Mitteln der ökonomischen Theorie durchaus erfaßt werden²².

Die Gesellschaft soll aus n Wirtschaftspersonen bestehen. Wir stellen die Präferenzordnung jeder Person durch eine kardinale Nutzenfunktion dar:

(1)
$$v_{it} = u_i(x_{it}, x_{it-1}, \ldots, x_{it-T} | a_{i1t}, \ldots, a_{iNt}), \forall i \in \{1, \ldots, n\},$$

wobei v_{it} die Nutzengröße ist, die die Person i den in der Periode t, $t-1, \ldots, t-T$, gekauften Güterpaketen $x_{it}, x_{it-1}, \ldots x_{it-T}$ (oder allgemein: gesellschaftlichen Zuständen x_{it}, \ldots, x_{it-T}) zumißt. a_{i1t}, \ldots, a_{iNt} sind die Parameter der Nutzenfunktion u_i .

Wenn man für u_i eine quadratische Form annimmt und nur Güterkäufer bis eine Periode zurück von Bedeutung sind, wird (1) in Matrixschreibweise unter plausiblen vereinfachenden Annahmen:

(2)
$$v_{it} = \bar{a}'_{it} x_{it} + \hat{a}_{it} x_{it-1} + x'_{it} A_{it} x_{it-1} + x'_{it} \bar{A}_{it} x_{it-1} + \sum_{\substack{j=1\\j\neq 1}}^{n} \left[b'_{ijt} x_{jt-1} + x'_{it} B_{ijt} x_{jt-1} \right],$$

wobei die \bar{a}_{it} , \hat{a}_{it} , b_{ijt} Vektoren, die A_{it} , \hat{A}_{it} , B_{ijt} Matrizen sind, deren Elemente oben in (1) mit a_{i1t} , ..., a_{iNt} bezeichnet wurden. Wir fassen sie zu einem Bewertungsvektor α_{it} : = $(a_{i1t}, \ldots, a_{iNt})$ zusammen und nennen die einzelnen Elemente dieses Vektors Bewertungen. Nun bilden alle Bewertungen der Gesellschaft ein interdependentes

²² Krelle, Dynamics of the Utility Function. Diskussionspapier Nr. 28, Bonn, September 1971, in der Veröffentlichung begriffen; sowie: Dynamisierung der Nutzenfunktion, Zeitschrift für Nationalökonomie 32 (1972), S. 59 bis 70.

System: Jede jetzige und frühere Bewertung beeinflußt im allgemeinen Fall jede andere Bewertung heute. Wir schreiben das als

(3)
$$a_{i\nu t} = f_{i\nu} (\alpha_{1t}, \alpha_{1t-1}, \ldots, \alpha_{nt-T})$$
,

und wenn wir weiter vereinfachen und spezialisieren:

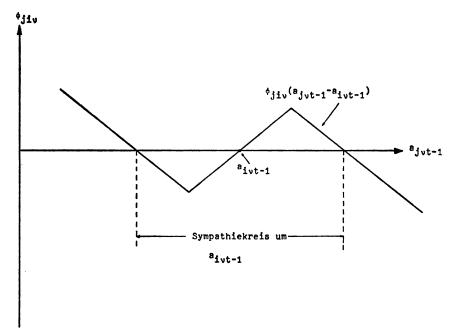
(4)
$$a_{i\nu t} = a_{i\nu t-1} + \sum_{\substack{j=1\\j+1}}^{n} \varphi_{ji\nu} (a_{j\nu t} - a_{i\nu t-1}) , \qquad \forall i \in \{1, \ldots, n\}$$

$$\forall \nu \in \{1, \ldots, N\}$$

Die eigenen jetzigen Bewertungen hängen also von den Bewertungen der Vorperiode ab und werden korrigiert entsprechend den Abweichungen der eigenen Bewertung von denen der anderen Personen. Hierbei ist es vernünftig, gewisse Unter- und Obergrenzen für die Bewertungen anzunehmen:

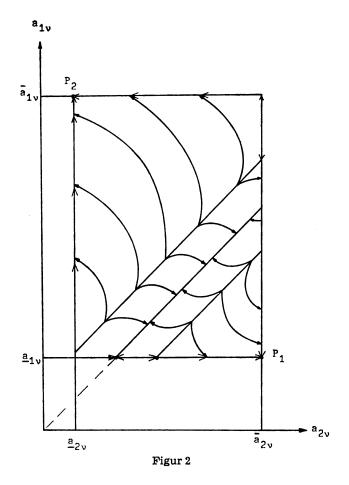
$$\underline{a}_{ivt} \leq a_{ivt} \leq \bar{a}_{ivt} .$$

Über die Funktionen φ_{jiv} kann man etwa in die in der Fig. 1 illustrierte Hypothese aufstellen. Danach gibt es um die eigene Bewertung a_{itv-1} eines bestimmten Sachverhalts einen Sympathiekreis. Liegt die Bewertung einer anderen Person innerhalb dieses Sympathiekreises,



Figur 1

so gleicht sich die eigene Bewertung der anderen in gewissem Umfang an; liegt sie außerhalb, wird sie sozusagen abgestoßen. Die $\varphi_{ji\nu}$ kann man $Einflu\beta$ der Person j auf die Person i mit Bezug auf die Bewertung ν nennen. Für alleinstehende Personen j ohne Kommunikation ist der Einfluß $\varphi_{ji\nu}=0$ für alle i und ν . Wer das Kommunikationssystem beherrscht, besitzt einen unvergleichlich größeren Einfluß auf andere als diese auf ihn. Substituiert man (4) in (2), so erhält man ein nichtlineares Differenzengleichungssystem 1. Ordnung, das die Meinungsbildung innerhalb der Gesellschaft wiedergibt als Funktion der Einflüsse, die alle Personen aufeinander ausüben. Man kann das System, wenn man die in Fig. 1 skizzierten Annahmen macht, lösen und erhält das in Figur 2 wiedergegebene Ergebnis. Bei ziemlich übereinstimmenden Anfangsbewertungen konvergiert der Wertänderungsprozeß zu einem Punkt, der von der Ausgangslage abhängt, bei weniger



übereinstimmenden Anfangsbewertungen divergiert er. Die Meinungen polarisieren sich, die Gesellschaft zerfällt in Meinungsklassen, Parteien, Religionen oder sonstige Gruppen.

Eine solche Hypothese muß natürlich getestet werden. Sie ist aber zu testen: Meinungen und Bewertungen und ihre Änderungen kann man erfragen oder aus den Handlungen erschließen. Aus den Nutzenfunktionen sind z.B. Angebots- und Nachfragefunktionen abzuleiten, die ihrerseits zu schätzen sind. In diesem Zusammenhang sollte nur gezeigt werden, wie die über das Informationssystem wirkenden Machteinflüsse in die ökonomische Theorie eingehen.

V. Macht innerhalb der ökonomischen Analyse. Die Verteilung vom Standpunkt der allgemeinen Gleichgewichtstheorie

Die Machteinflüsse wirken sich, wie gezeigt, zunächst auf die Daten aus, von denen die ökonomische Analyse in der Regel ihren Ausgang nimmt. Wir müssen nun aber weiter fragen: Sind jetzt alle ökonomischen Größen, also alle Preise, Produktionsmengen und Faktoreinsätze und damit auch die Einkommensverteilung eindeutig bestimmt, oder bleibt auch hier noch Raum für "Macht", und wenn ja, wo?

Damit kämen wir zu einer fünften Art von Macht, nämlich Macht durch unmittelbaren Einfluß auf die ökonomischen Größen (Löhne, Preise, Beschäftigung usw.), bei gegebenen Daten.

Gibt es sie in der Marktwirtschaft, vielleicht sogar bei vollständiger Konkurrenz?

Das Problem ist schwierig; aber zum Glück sind gerade in letzter Zeit Untersuchungen im Rahmen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie angestellt worden, die Licht hierauf werfen. Die allgemeine Gleichgewichtstheorie, ausgehend von Walras und Pareto, hat jetzt durch Wald, Arrow, Scarf, Aumann, Hildenbrand u. a. einen neuen Aufschwung erlebt. Sie gehört zu den größten Leistungen der Wirtschaftstheorie im 19. Jahrhundert; Walras ist nach Schumpeter²³ der größte Wirtschaftstheoretiker aller Zeiten. Möglich gemacht war der Aufschung vor allem durch Methoden, die in der Spieltheorie im Anschluß an v. Neumann und Morgenstern, insbesondere durch Nash, Shapley, Aumann, Maschler u. a. entwickelt wurden. Die Spieltheorie ist sicher eine der größten Leistungen, wenn nicht die größte Leistung der Wirtschaftstheorie in diesem Jahrhundert.

Wollte man einen Überblick über die Grundideen und Ergebnisse der Gleichgewichtstheorie geben, sollte man beim vollständig institu-

²³ Schumpeter, History of Economic Analysis, London 1967, S. 827: "Walras is in my opinion the greatest of all economists. His system of economic equilibrium . . . is the only work by an economist that will stand comparison with the achievements of theoretical physics."

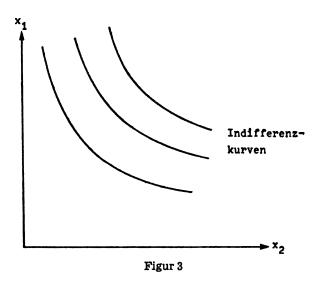
tionenfreien Begriff des Pareto-Optimums anfangen, dann durch immer zunehmende Einschränkung der Allgemeinheit zum Begriff des Kerns und am Ende zum Preisgleichgewicht einer Wirtschaft mit Privateigentum an den Produktionsmitteln kommen. Für uns ist es natürlicher, umgekehrt vorzugehen. Wir beginnen mit einer Wirtschaft mit Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das Problem ist: Existiert eine Preiskonstellation für alle Güter (einschließlich der Produktionsfaktoren) derart, daß, wenn simultan jeder Haushalt im Rahmen seines Budgets seinen Nutzen und jede Firma im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Technologie bei Zugrundelegung dieser Preise ihren Gewinn maximiert, von allen Gütern gerade soviel produziert wie nachgefragt wird? Sind diese Preiskonstellationen und die produzierten und nachgefragten Mengen eindeutig, und ist dies Preisgleichgewicht stabil in dem Sinn, das es von irgendeinem Ausgangspunkt aus erreicht wird? Ist es pareto-optimal? Walras und Pareto konnten nur feststellen, daß ihre Systeme ebensoviel Gleichungen wie Unbekannte haben, was aber nichts über die Existenz und Eindeutigkeit der Lösung aussagt. Erst Arrow und Debreu²⁴ haben die Existenz von Preisgleichgewichten nachgewiesen im wesentlichen unter den Voraussetzungen konvexer Präferenzen²⁶, keiner vollständigen Sättigung der Bedürfnisse auf Seiten der Konsumenten²⁶ und einer konvexen Technologie²⁷. Konvexe Präferenzen (nach Figur 3) sind zwar Standardannahmen in der Wirtschaftstheorie; sicher gibt es aber auch nichtkonvexe Präferenzen (Figur 4 und 4 a), nämlich immer dann, wenn gewisse Güterrelationen vorgezogen werden; z.B. schätzt jemand eine Bibliothek mit 2/3 Fachbüchern und 1/3 Belletristik ebenso hoch ein wie eine Bibliothek mit 1/3 Fachbüchern und 2/3 Belletristik (weil auf diese Weise ein bestimmter Schwerpunkt gesetzt wird), während er eine Bibliothek im Verhältnis 1:1 zwischen beiden Bücherarten weniger schätzt. Damit entstehen etwa Indifferenzkurven wie in Fig. 4. Wenn jemand entweder einer reinen Fachbibliothek oder einer rein belletristischen Bibliothek Mischungen vorzieht, erhält man Indifferenzkurven wie in Fig. 4 a.

²⁴ Arrow und Debreu, Existence of an Equilibrium for a Competitive Economy, Econometrica 22 (1954), S. 265 - 290. Debreu, Theory of Value, Cowles Foundation Monograph 17, New York, London 1959. Debreu, New Concepts and Techniques in Equilibrium Analysis, Intern. Ec. Rev. 3 (1962), S. 257 - 273.

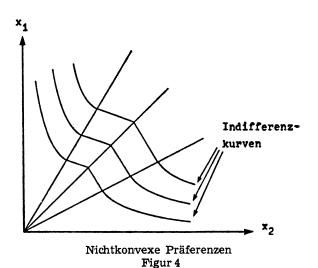
²⁵ Seien x und y zwei verschiedene Güterpakete, so daß für eine Wirtschaftsperson $x \gtrsim y$, und sei $0 \le \lambda \le 1$ ein Skalar. Falls stets auch $\lambda x + (1 - \lambda)y \gtrsim y$ gilt, sind die Präferenzen konvex.

²⁸ Es gibt keinen "bliss"-Punkt im Budgetbereich der Haushalte.

²⁷ Falls T eine Technologie im Sinne der Aktivitätsanalyse (oder eine Produktionsmenge im Sinne der Gleichgewichtstheorie) und $0 \le \lambda \le 1$ ein Skalar und falls für alle Vektoren $x \in T$, $y \in T$ gilt $\lambda x + (1 - \lambda)$ $y \in T$, so ist die Technologie konvex.



Nach neueren Ergebnissen der Gleichgewichtstheorie (Aumann²⁸, Hildenbrand²⁹) ist allerdings die Voraussetzung konvexer Präferenzen für die Existenz von Preisgleichgewichten nicht so kritisch, da eine zunehmende Zahl von Marktteilnehmern einen konvexifizierenden Effekt hat und damit im Grenzfall die Konvexität überflüssig macht.

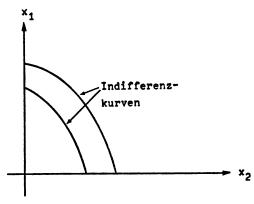


²⁸ Aumann, Existence of Competitive Equilibria in Markets with a Con-

tinuum of Traders, Econometrica 34 (1966), S. 1 - 17.

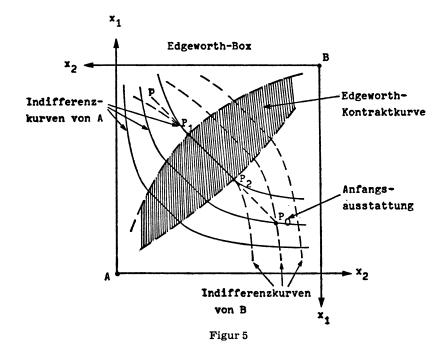
**Po W. Hildenbrand, Existence of Equilibria for Economies with Production and a Measure Space of Consumers, Econometrica 38 (1970), S. 608 - 623.

Nichtkonvexe Präferenzen



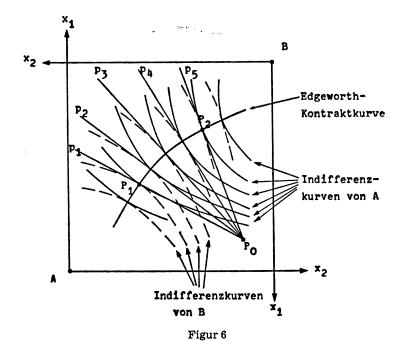
Figur 4 a

Die Voraussetzung der Nichtsättigung ist wohl unproblematisch. Nicht-zunehmende Skalenerträge — das impliziert nämlich eine konvexe Technologie — sind gesamtwirtschaftlich keine schlechte Annahme; insbesondere sind sie in der neoklassischen Wachstumstheorie, die ja konstante Skalenerträge zugrunde legt, mit erfaßt. Einzelwirt-



schaftlich wird man allerdings über gewisse Bereiche möglicherweise auch zunehmende Skalenerträge erwarten können.

Hier ist sicher noch einiges zu tun. Aber die jetzt vorliegenden Ergebnisse sind für unser Thema wichtig genug. Und diese sind: Die Existenz von Preisgleichgewichten ist gesichert. Aber: Sie sind in aller Regel nicht eindeutig. Selbst wenn man den Fall unendlich vieler Tausch- oder Preisgleichgewichte ausschaltet — und der ist keinesfalls unmöglich, Fig. 5 und 6 zeigen Beispiele dafür³⁰ —, hat man in aller Regel nach einem Ergebnis von Debreu³¹ endlich viele Preisgleich-



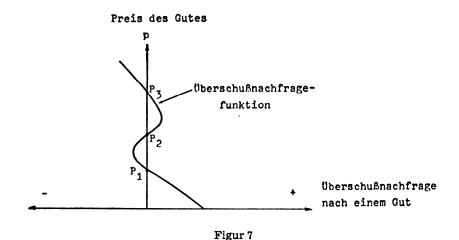
 $^{^{30}}$ In Fig. 5 sind die Indifferenzkurven der beiden Tauschpartner A und B zum Teil parallel laufende Geraden, so daß die Kontraktkurve in der bekannten Edgeworth-Box zu einer Fläche auseinander tritt. Beim Preisverhältnis p, gerechnet von der Anfangsausstattung P_0 an den Gütern x_1 und x_2 aus, sind alle zwischen P_1 und P_2 liegenden ausgetauschten Gütermengen für A und B gleich gut.

In Fig. 6 bezeichnet P_0 wieder die Anfangsausstattung. Wie man sieht, sind durch Preisverhältnisse zwischen p_1 und p_5 alle Punkte zwischen P_1 und P_2 auf der Kontraktkurve zu erreichen. Jedem Punkt dort ist ein eigenes Preisverhältnis zugeordnet. Es ist nicht zu sagen, welches Preisverhältnis hier zustande kommt.

³¹ Debreu, Economies with a Finite Set of Equilibria, Econometrica 38 (1970), S. 387 - 392.

Diese Gedanken sind weitergeführt bei K. Hildenbrand, Continuity of the Equilibrium-Set Correspondence, erscheint demnächst im Journal of Economic Theory.

gewichte, und zwar, wie Dierker³² gezeigt hat, immer eine ungerade Zahl. Das kann man (in entsprechender Vereinfachung) leicht intuitiv verstehen. An einem Gleichgewichtspunkt muß die Überschußnachfrage Null oder negativ sein (im letzten Fall ist der Preis Null). Hat die Überschußnachfragekurve die Gestalt der Fig. 7, so gibt es drei Gleich-



gewichtspunkte, P_1 , P_2 und P_3 . Nur zwei von ihnen sind stabil, nämlich P_1 und P_3 . In Wirklichkeit liegen die Dinge natürlich nicht so einfach, weil Angebot und Nachfrage nach einem Gut und damit die Überschußnachfrage nicht nur eine Funktion des Preises dieses Gutes, sondern aller Preise ist. Es gibt im Regelfall also endlich viele Gleichgewichtspunkte. Wenn alle Güter Brutto-Substitute (gross substitutes) im Sinne von Metzler³³ sind, gibt es allerdings, wie Arrow, Block und

Danach sind Güter Brutto-Substitute, wenn in der sogenannten Hicks-Matrix für n Güter

$$H:=\begin{bmatrix}h_{11} & \dots & h_{1n}\\ \vdots & & & \\ h_{n1} & \dots & h_{nn}\end{bmatrix}$$

alle Elemente abseits der Hauptdiagonale positiv und auf der Hauptdiagonale negativ sind.

³² Dierker, Two Remarks on the Number of Equilibria of an Economy, Working Paper No. CP - 333, Center for Research in Management Science, University of California, Berkeley, May 1971. Erscheint in Econometrica.

³⁸ Metzler, Stability of Multiple Markets: the Hicks Conditions, Econometrica 13 (1954), S. 277 - 292.

Vgl. hierzu auch Arrow, Block und Hurwicz, On the Stability of Competitive Equilibrium II, Econometrica 27 (1959), S. 86.

Hurwicz gezeigt haben³⁴, einen eindeutigen Gleichgewichtspunkt. Das trifft in Wirklichkeit kaum zu. Wir haben im Regelfall mit vielen Gleichgewichtspunkten zu rechnen. Sind sie lokal stabil? Darüber gibt es zahlreiche Untersuchungen³⁵. Das Ergebnis kann man so zusammenfassen: gibt es einen einzigen Gleichgewichtspunkt, sind also etwa alle Güter Brutto-Substitute, so ist er sogar global stabil. Gibt es mehrere, so sind einige lokal stabil, andere nicht.

Was die Pareto-Optimalität angeht, so hat Arrow³⁶ gezeigt, daß unter ziemlich allgemeinen Bedingungen (vor allem: Konvexität der Präferenzen und der Technologie, Abwesenheit externer Effekte, keine Transaktionskosten) jedes Preis-Gleichgewicht auch pareto-optimal ist, und umgekehrt jeder pareto-optimale Zustand auch durch ein Preis-Gleichgewicht erreicht werden kann, allerdings nur bei geeigneter Umverteilung der Faktorbestände, über die jeder Haushalt verfügen kann. Die Konvexität der Präferenzen kann wieder durch eine genügend große Zahl der Konsumenten ersetzt werden³⁷.

Wohl gemerkt, die Tatsache der Nichteindeutigkeit des Gleichgewichtes liegt vor, obwohl eine Konkurrenzwirtschaft zugrunde gelegt wurde³⁸: Jede Firma und jeder Haushalt akzeptiert die Marktpreise, es gibt keine Oligopole und bilateralen Monopole. Das gilt natürlich a fortiori für Wirtschaften mit Oligopolen und bilateralen Monopolen.

Für unser Thema: Macht und ökonomisches Gesetz ergibt sich daraus, daß das bestehende Preis- und Produktionssystem bei gleichen Ausgangsdaten immer nur eines unter verschiedenen möglichen ist und

$$h_{ij} := \frac{\partial h_i}{\partial p_i}$$

Hierbei sind h_{ij} die partielle Ableitung der Überschuß-Nachfragefunktion $h_i := N_i (p_1, \ldots, p_n) - A_i (p_1, \ldots, p_n)$ nach dem Preis j, also:

²⁴ Arrow, Block, Hurwicz, On the Stability of the Competitive Equilibrium II, Econometrica 26 (1959), S. 89 - 109.

³⁵ Vgl. hierzu Negishi, The Stability of the Competitive Economy: A Survey Article, Econometrica 30 (1962), S. 635 - 669. Vgl. auch Dierker, a.a.O.

³⁶ Arrow, An Extension of the Basis Theorems of Classical Welfare Economics, in: J. Neyman (ed.) Proceedings of the Second Berkeley Symposium on Mathematical Statistics and Probability, pp. 507-532, Univ. of Calif. Press, Berkeley 1951.

³⁷ W. Hildenbrand, Pareto-Optimality for a Measure Space of Economic Agents, Intern. Ec. Rev. 10 (1969), S. 363 - 372.

³⁸ Es gibt bisher m. W. nur eine Untersuchung, die den monopolistischen Wettbewerb berücksichtigt: *Negishi*, Monopolistic Competition and General Equilibrium, Rev. of Ec. Stud. 28 (1962), S. 196 - 201. Sie kommt zum gleichen Ergebnis. Vgl. neuerdings *Arrow* und *Hahn*.

damit die Verteilung auch nur eine unter mehreren möglichen³⁹. Man könnte sozusagen über Nacht alle Preisschilder an allen Gütern (Faktoren und Endprodukten) und alle Lohntarife wechseln derart, daß wiederum ein neues, lokal stabiles und pareto-optimales Gleichgewicht entsteht, bei dem einige Haushalte besser stehen, andere schlechter: die Verteilung ist also verändert. Sicher gibt es dafür Grenzen: Die Menge der Preisgleichgewichte ist stets abgeschlossen. Es wäre schön, wenn man hier zu Abschätzungen kommen könnte. Wir haben hier in Bonn eine Arbeitsgruppe auf dem Gebiet der Gleichgewichtstheorie unter der Leitung von Werner Hildenbrand, und vielleicht gelingt ihr so etwas. Einstweilen müssen wir zufrieden sein festzustellen, daß verschiedene und aller Wahrscheinlichkeit nach: sehr viele lokal stabile und jeweils pareto-optimale Gleichgewichtspunkte in der gleichen Wirtschaft möglich sind, also auch verschiedene Verteilungen. Der Übergang von einem Gleichgewichtspunkt zu einem anderen, etwa mit günstigerer Verteilung für die Arbeitnehmer, ist aber in der Regel schwierig: Ein realisierter Gleichgewichtspunkt wird ja stabil sein. Hier hat die Macht, und zwar soziale wie politische Macht, einen Angriffspunkt, sogar ohne daß die ökonomischen Daten und die ökonomischen Gesetze geändert werden.

Das Ergebnis gilt erst recht, wenn wir auch andere Wirtschaften, nicht nur solche mit Privateigentum an den Produktionsmitteln und mit festen Preisen für alle, betrachten. Hier hat sich der spieltheoretische Apparat als besonders leistungsfähig erwiesen. Das Lösungskonzept ist der Kern, nämlich die Menge aller nicht blockierten, oder in v. Neumann- und Morgenstern-Terminologie: nicht dominierten Zurechnungen (in unserem Fall: Einkommen) der Marktteilnehmer⁴⁰. Dieser Lösungsbegriff ist weiter. Der Kern enthält stets die Menge der Preisgleichgewichte41. Allerdings kann auch er leer sein (z.B. bei nichtkonvexen Präferenzen oder Technologien); dann existiert aber, wie Shapley und Shubik42 für transferablen Nutzen gezeigt haben, für genügend große

³⁹ Daß "Freiheitsgrade" bei der Einkommensverteilung bestehen, ist auch die These von Streissler, Long Term Structural Changes in the Distribution of Income, Zeitschrift für Nat. Ök. 29 (1969), S. 39 - 110, die er auf der Tagung des Vereins für Soc. Pol. 1968 in Berlin vorgetragen hat. Er versteht unter Freiheitsgraden aber makroökonomische Größen oder Relationen: die Lohn-Profitsatz-Relation, die Investitionsquote, die Art des technischen Fort-

⁴⁰ Hierbei stelle man sich etwa vor, daß die zugrunde liegende Ökonomie als ein kooperatives Spiel mit Ausgleichszahlungen aufgefaßt werden kann und daß keine Kooperationskosten entstehen. Dann ist v (C) als erzwingbares Einkommen der Koalition C zu interpretieren, und für die charakteristische Funktion gilt die Superadditivitätsbedingung.

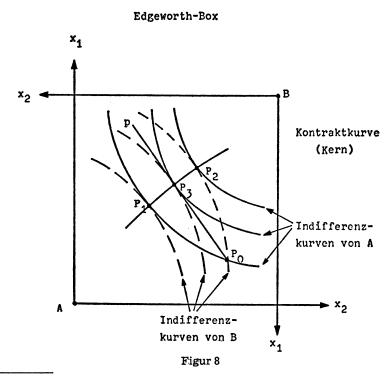
41 Vgl. hierzu auch Debreu and Scarf, A Limit Theorem on the Core of an

Economy, Int. Econ. Rev. 4 (1963), S. 235 - 246.

⁴² Shapley and Shubik, Quasi-Cores in a Monetary Economy with Nonconvex Preferences, Econometrica 34 (1966), S. 805 - 827.

ε immer ein ε-Kern, nämlich die Menge aller Zurechnungen, die nicht blockiert sind, wenn Blockierungskosten von ε gerechnet werden⁴³. Wenn die Zahl der Marktteilnehmer wächst, schrumpft der Kern auf die Menge der Preisgleichgewichte, ein Ergebnis, das bereits Edgeworth⁴⁴ für zwei Güter hatte und das von Debreu und Scarf⁴⁵, Aumann⁴⁶, Hildenbrand⁴⁷ und Bewley⁴⁸ verallgemeinert wurde.

Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Das Ergebnis für unser Thema ist: Wenn man z. B. beliebige Verabredungen und verschiedene Preise für die gleichen Güter zuläßt, gibt es, wenn die Zahl



⁴³ Bei nicht-transferablen Nutzen gilt das gleiche; vgl. *Hildenbrand, Schmeidler, Zamir*, Existence of Approximate Equilibria and Cores, erscheint demnächst in Econometrica.

⁴⁴ Edgeworth, Mathematical Psychics, London 1891.

⁴⁵ Debreu and Scarf, A Limit Theorem on the Core of an Economy, Intern. Ec. Rev. 4 (1963), S. 235 - 246.

⁴⁶ Aumann, Markets with a Continuum of Traders, Econometrica 32 (1964), S. 39 - 50.

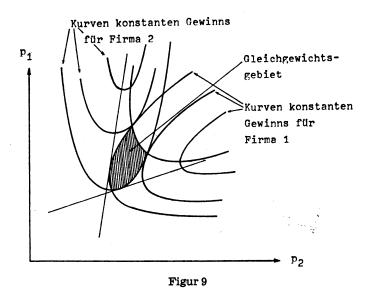
⁴⁷ Hildenbrand, On Economies with Many Agents, Journal of Ec. Theory 2 (1970), S. 161 ff. und The Core of an Economy with a Measure Space of Economic Agents, Rev. of Ec. Stud. XXXV (1968), S. 443 - 452.

⁴⁸ Bewley, On Edgeworth's Conjecturee, erscheint in Econometrica.

der Marktteilnehmer nicht zu groß wird, mehr mögliche stabile Verteilungen als Preisgleichgewichte. Die Macht hat weitere Angriffspunkte, buchstäblich im "Kern" der Ökonomie.

Fig. 8 zeigt dies symbolisch wieder für 2 Personen und 2 Güter. Von der Anfangsausstattung P_0 aus können ohne feste Preise alle Punkte auf der Kontraktkurve, die hier zugleich den Kern darstellt, zwischen P_1 und P_2 erreicht werden. Es gibt hier nur ein Preissystem, nämlich die Preisrelation p, das mit gleichzeitiger Nutzenmaximierung der Personen A und B und Räumung des Marktes verträglich ist. Es führt zum Punkt P_3 , und das ist das einzige Preisgleichgewicht in diesem Beispiel.

Fügen wir noch hinzu, daß viele Oligopoltheorien zu Unbestimmtheitsbereichen in den Preisen und Produktionsmengen kommen, so sieht man, daß die Theorie den Machteinflüssen im Wirtschaftsleben mehr als genug Raum läßt. Fig. 9 zeigt den Unbestimmtheitsbereich der Preise beim Preisdyopol unter plausiblen Annahmen⁴⁹.



VI. Verschiedene Verteilungstheorien

Die allgemeine Gleichgewichtstheorie kann nur Einsichten in den generellen Charakter des Verteilungsphänomens vermitteln, aber nicht die Verteilungssätze einer konkreten Volkswirtschaft in ihrer Abhängigkeit von makroökonomischen Daten wie Steuersätzen, dem Monopol-

⁴⁹ Vgl. Krelle, Preistheorie, Tübingen und Zürich 1961, S. 258.

grad, Konsum- und Investitionsneigungen u. a. ableiten. Dazu muß man den mikro-ökonomischen Ansatz der allgemeinen Gleichgewichtstheorie verlassen und zum makroökonomischen Ansatz übergehen, nämlich gleichartige Wirtschaftspersonen zu Gruppen zusammenfassen. Deren Verhalten ist nach dem Gesetz der großen Zahl weitaus regelmäßiger als das der Einzelpersonen, aus denen sich die Gruppen zusammensetzen, und überdies statistisch leichter zu erfassen und ökonometrisch zu bestimmen. Die im Datenkranz wirksamen Machteinflüsse sind dabei im Verhalten dieser Gruppen erfaßt.

Nun ist klar, daß die funktionelle Einkommensverteilung — und nur mit ihr will ich mich hier befassen — keine originäre ökonomische Größe ist, sondern selbst in der einfachsten Maßzahl ein Quotient aus den Produkten je zweier anderer Größen, die ihrerseits wieder untereinander in komplizierter Weise zusammenhängen. Nehmen wir die Lohnquote \boldsymbol{w} als einfachste Maßzahl, so ist sie nach Definition:

$$(6) w = \frac{l \cdot A}{p \cdot y}$$

wobei etwa l der durchschnittliche Geldlohnsatz pro Stunde, A die Zahl der Arbeitsstunden, p das generelle Preisniveau, y das reale Volkseinkommen bedeuten. Offensichtlich sind Lohnsatz und Preisniveau und reales Sozialprodukt und Zahl der Arbeitsstunden nicht unabhängig voneinander. Die Verteilung ist nur zu erklären, wenn man den Zusammenhang zwischen allen Größen der Volkswirtschaft erfaßt hat und erklären kann. Es gibt keine partielle Theorie wie auf anderen Gebieten, z. B. beim Konsum und der Investition. Der gesamte Kreislaufzusammenhang und das Verhalten aller Gruppen muß simultan erfaßt werden. Alle neueren Verteilungstheorien versuchen das, wobei man bestrebt ist, das Verhalten der Hauptgruppen - Konsumenten, Investoren, Staat usw. - laufend wirklichkeitsnäher zu erfassen. Dadurch werden natürlich die Verteilungstheorien immer komplizierter und unterscheiden sich am Ende - wie es auch richtig ist - in nichts mehr von makroökonomischen Gesamtmodellen, die zu anderen Zwekken aufgestellt sind.

Einfache Verteilungstheorien sind demgegenüber dadurch charakterisiert, daß sie jeweils verschiedene Einzelteile des makroökonomischen Gesamtsystems in den Vordergrund stellen und alle übrigen vernachlässigen.

Die Grenzproduktivitätstheorie⁵⁰, von der österreichischen Schule, besonders von Menger und Böhm-Bawerk, aber auch von Walras,

⁵⁰ Vgl. zum folgenden die Darstellung der Verteilungstheorien im einzelnen z.B. bei Jeck, Determinanten der Einkommensverteilung, Diss. München 1962; Helmut Frisch (Hrsg.), Beiträge zur Theorie der Einkommensverteilung, Berlin 1967; Krelle, Verteilungstheorie, Tübingen 1962 (dort finden sich

Pareto, Jevons, J. B. Clark u. a. entwickelt und jetzt in der Neoklassik fortlebend, setzt die Existenz einer neoklassischen Produktionsfunktion und ein festes Arbeitsangebot voraus, vernachlässigt alle monopolistischen Züge in der Produktion, ist rein realwirtschaftlich und nimmt an, daß alle Produktion stets abgesetzt wird, legt also eine sehr einfache Investitions- und Konsumfunktion zugrunde. Sie erklärt dann die Verteilung aus den physischen Grenzprodukten von Arbeit und Kapital und dem Arbeitsangebot. Machteinflüsse wirken indirekt auf das Arbeitsangebot und die Grenzprodukte, bleiben also bei dieser Theorie hinter den Kulissen.

Die Monopoltheorien (Oppenheimer, Kalecki, Preiser, hier sind wohl auch Galbraith⁵¹ und Arndt⁵² einzureihen) erfassen einerseits die Technologie in bestimmten Koeffizienten (z.B. Kalecki im Verhältnis der Material- zu den Lohnkosten), andererseits den Monopolgrad in irgendeiner Meßziffer für die relative Überhöhung der Preise über die Kosten (z. B. Kalecki als Verhältnis von Umsätzen zu Löhnen und Materialkosten). Hierbei wird Vollbeschäftigung vorausgesetzt, ebenso die volle Verausgabung aller Einkommen. Mit dem Monopolgrad ist hier der "Macht" auch ein Angriffspunkt innerhalb des ökonomischen Bereichs zugebilligt. Jedenfalls kann man das so auffassen (und die genannten Autoren tun das), obwohl mit dem "Monopolgrad" auch andere Phänomene (z. B. Dringlichkeit der Nachfrage) erfaßt werden. Letztere begründet zwar die Machtstellung des Verkäufers, beruht aber nicht eigentlich auf einer mit der Person des Anbieters verbundenen Macht als vielmehr auf der Ohnmacht der Nachfrager, hervorgerufen durch die subjektive Dringlichkeit ihres Bedarfes. Preiser⁵³ hat hier einen sehr schönen Gedanken beigetragen, nämlich die Abhängigkeit der funktionellen von der personellen Verteilung dadurch, daß die Faktor-Angebotsfunktionen auch vom Vermögen abhängig sind. Obwohl erfreulicherweise, vor allem auch dank der Arbeiten von Krupp⁵⁴, in

die Literaturangaben zu den Autoren, deren Namen hier nur genannt werden); Scheele, Die makroökonomische Theorie der Einkommensverteilung, Jahrbuch für Sozialwissenschaft 14 (1963), S. 333-358 und 15 (1964), S. 141-235; Sammelband "Readings in the Theory of Income Distribution", Philadelphia, Toronto 1946.

⁵¹ Galbraith, American Capitalism, the Concept of Countervailing Power, Cambridge/Mass. 1952; vgl. auch Galbraith, Countervailing Power, Am. Ec. Rev., Papers and Proc. 44 (1954), S. 1 - 6.

⁵² Helmut Arndt, Ökonomische Theorie der Macht, in: Die Konzentration der Wirtschaft, 2. Aufl., Berlin 1971, S. 99 - 136; Recht, Macht und Wirtschaft, Berlin 1968.

⁵³ Preiser, Besitz und Macht in der Distributionstheorie, in: Synopsis, Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg 1948, S. 333 ff.; wieder abgedruckt in: Preiser, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 2. Aufl., Göttingen 1961.

⁵⁴ Krupp, "Personelle" und "funktionelle" Einkommensverteilung, Jahrbuch für Nat. Ök. und Statistik 180 (1967), S. 1 - 35; Theorie der personellen Einkommensverteilung, Berlin 1968.

letzter Zeit der personellen Verteilung wieder mehr Aufmerksamkeit gewidmet worden ist, fehlen leider theoretische und empirische Arbeiten, die diese Ideen fortführen.

Die Erklärung der Verteilung aus dem Kreislaufzusammenhang, insbesondere aus dem Konsum- und Investitionsverhalten, ist seit Kaldor immer mehr in den Vordergrund getreten. Hier sind nächst Kaldor Erich Schneider, Bombach, Föhl, Niehans, neuerdings Vibe-Pedersen⁵⁵, Stobbe⁵⁶, Scheele⁵⁷, Lübbert⁵⁸ und Baumgarten⁵⁹ zu nennen. Viele von diesen Theorien, insbesondere die Theorie von Scheele, sind aber wohl richtiger ebenso wie die Theorien von Kromphard⁶⁰, Mückl, Baumgarten und Schmidt⁶¹, J. Marchal und Lecaillon⁶² als Strukturtheorien einzustufen, nämlich als makroökonomische Systeme, die die wichtigsten volkswirtschaftlichen Größen und damit natürlich auch die Einkommensverteilung simultan erklären wollen. Hier ist ein fließender Übergang. Meine eigenen Arbeiten sind sicher auch hier einzuordnen⁶³.

In der einfachen Form (bei Kaldor) hängt die Einkommensverteilung ab von den Sparquoten von Lohn- und Gewinnbeziehern und von der Investitionsquote. Wenn man den Machttheoretikern folgt, so ist die "Macht" hier wieder sehr direkt erfaßt, nämlich durch die Höhe der Investitionsquote; aber das ist natürlich so nicht richtig: Die Investitionen unterliegen sehr wohl ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Bei den anderen genannten Autoren kommen noch andere Bestimmungsgründe hinzu, bis zu den Grenzproduktivitäten der Faktoren und bis zum Monopolgrad, so daß die "Macht" hier z. T. explizit in Erscheinung tritt. Damit ist dann aber der Vorteil der vorher genannten Verteilungstheorien, nämlich ihre Einfachheit, dahin. Ich meine aber, man

⁵⁵ Vibe - Pedersen, National Income and Aggregate Income Distribution, Aarhus, København 1964.

⁵⁶ Stobbe, Untersuchungen zur makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung, Tübingen 1962.

⁸⁷ Scheele, Einkommensverteilung und Wirtschaftswachstum, Tübingen 1965.

⁸⁸ Lübbert, Untersuchungen zur Theorie der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung, Tübingen 1964.

⁵⁹ Baumgarten, Selbstfinanzierung und Einkommensverteilung, Tübingen

⁶⁰ Kromphard, Strukturwandel und Einkommensverteilung, Tübingen 1969. 61 Mückl, Baumgarten und Schmidt, Die Beziehungen zwischen Wirtschaftsstruktur und Einkommensverteilung, Manuskript Tübingen 1968. Hier ist auch zu nennen: Mückl, Langfristige Probleme der Lohnpolitik und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Tübingen 1971 und: Staat, Wirtschaftswachstum, Einkommens- und Vermögensverteilung in einem neoklassischen Modell, Jahrbuch für Nat. Ök. und Stat. 184 (1970).

⁶² Marchal et Lecaillon, La répartition du revenue national, Tome IV, Paris 1970.

⁶⁵ Krelle, Verteilungstheorie, a.a.O., und "Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in einer modernen Wirtschaft", Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Band 13, Berlin 1957, S. 55 - 109.

soll auf diesen fragwürdigen "Vorteil" verzichten. Er führt zu nichts als zu den endlosen und im Grunde sinnlosen Streitereien, ob dies oder jenes die Verteilung bestimmt, während die Verteilung doch offensichtlich nur durch das Zusammenwirken aller genannten Faktoren (und einiger mehr), nämlich durch die möglichst genaue Erfassung des wirklichen Verhaltens der sozialen Gruppen zu erklären ist. Alle neueren Verteilungstheorien (die von Vibe-Pedersen, Stobbe, Scheele, Mückl u. a., ebenso die von mir veröffentlichten) befinden sich auf diesem Wege. Allerdings werden sie dann so kompliziert, daß sie in ihrem inneren Zusammenhang nicht einfach zu übersehen sind, und überdies hängt ihr Ergebnis wesentlich von den Parametern der Verhaltensfunktionen ab. Also muß man diese Parameter ökonometrisch bestimmen. Die Zukunft der Verteilungstheorie liegt, wie ich meine, bei den ökonometrischen Gesamtsystemen. Hier kann man den Einfluß von Macht an den verschiedenen Stellen wirklich erfassen und ihre Wirkung simulieren. Wir werden das gleich sehen. Daneben braucht man sicher einfachere Instrumente. Hierzu können die oben genannten Theorien weiter dienen. Man darf sie dann allerdings nicht zu ernst nehmen und muß die Grenzen ihrer Aussagefähigkeit berücksichtigen, nämlich, daß sie alle nur eine Seite des Verteilungsphänomens beleuchten und alles übrige, was zweifellos auch auf die Verteilung einwirkt, durch entsprechende Annahmen von einer Wirkung ausschließen oder als unveränderlich voraussetzen.

Das zeigt sich deutlich, wenn man sie mit der Wirklichkeit konfrontiert: Die Größen, die sie konstant halten (wie die Investitionsquote, Konsumneigung, Beschäftigung u. ä.), bleiben im Wirtschaftsablauf eben nicht konstant⁶⁴.

VII. Einfache Abschätzung der Obergrenze einer Verteilungsverbesserung für die Arbeitnehmer

In einem früheren Vortrag vor dieser Gesellschaft⁶⁵ habe ich zwei Theorien der Einkommensverteilung vorgetragen, eine, die eine grobe Abschätzung der Grenzen einer möglichen Verteilungsverbesserung für die Arbeitnehmer ermöglichen sollte, und eine, die die Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung mehr im einzelnen aufzeigen

⁶⁵ Krelle, W., Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung ..., a.a.O., S. 55 ff.

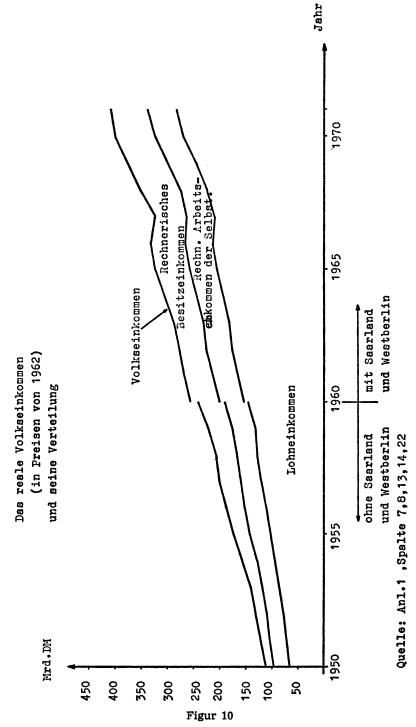
⁶⁴ Das ist unmittelbar einsichtig, wenn man die entsprechenden Zeitreihen und die Verteilungsstatistiken ansieht. Letztere stehen jetzt, was die funktionelle Verteilung angeht, in genügendem Umfang zur Verfügung; vgl. z. B. Rothschild, Development of Income Distribution by Factor Shares in Western Europe, OECD, Paris 1971; Jeck, Wachstum und Verteilung des Volkseinkommens, Tübingen 1970.

sollte. In diesem Abschnitt nehme ich die erstere wieder auf66. Das Problem ist: Wie weit läßt sich in einer Marktwirtschaft das Zinseinkommen (im weitesten Sinne des Wortes) reduzieren, ohne daß der Investitionsprozeß zusammenbricht und damit die Vollbeschäftigung in Frage gestellt ist? Hierzu teilen wir zunächst das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten in Arbeits- und Besitzeinkommen auf, indem wir den Selbständigen pro Kopf das gleiche Arbeitseinkommen zurechnen wie den Unselbständigen und den Rest ihres Einkommens als Besitzeinkommen klassifizieren, nämlich als Verzinsung des privatwirtschaftlich genutzten Brutto-Anlagevermögens. Fig. 10 zeigt das Ergebnis dieser Berechnung zu Preisen von 1962 für die Bundesrepublik Deutschland. Fig. 11 die Verteilungssätze. Man sieht, daß der Anteil des Besitzeinkommens am Volkseinkommen nach dieser Schätzung zwischen 14 % und 21 % betrug, konjunkturell etwas schwankte und für die ganze Periode keinen wesentlichen Trend aufwies. Zum Glück besitzen wir neuerdings eine gute Schätzung der Entwicklung des reproduzierbaren Anlagevermögens (einschl. privater Wohnungen, aber ohne langlebige Konsumgüter der Haushalte, in Preisen von 1962)67, vgl. Fig. 12.

Wir rechnen nun das gesamte Besitzeinkommen als Verzinsung des Bruttoanlagevermögens der Unternehmen. Damit setzen wir den Zins auf "reinen" Grund und Boden und sonstige natürliche Ressourcen Null und vernachlässigen die Verzinsung des immateriellen Vermögens (Lizenzen, Patente etc.) sowie von Forderungen. Letztere gehören nicht in diesen Zusammenhang. Wir überschätzen also die Realverzinsung des privaten angelegten Kapitals auf diese Weise, wenn auch nicht bedeutend, da die Mehrzahl des Grund und Bodens sich im Landwirtschaftssektor befindet und dessen Kapitalverzinsung ohnehin Null oder negativ ist. Die Verzinsung des städtischen Grundbesitzes wird den darauf stehenden Häusern zugerechnet. Auf diese Weise ergibt sich eine rechnerische Durchschnittsverzinsung des Brutto-Anlagevermögens nach Fig. 13. Wie man sieht, schwankt diese Realverzinsung des Kapitals konjunkturell und sinkt seit 1960 im Trend von 6,4 % auf 4,3 %. Sicher gibt es aber eine Untergrenze für den Zins, die über 0 % liegen muß. Mit jeder privaten Investition ist ein Risiko verbunden. Sicher muß also im Durchschnitt eine positive Kapitalverzinsung vorhanden sein, damit Privatpersonen bereit sind, ihr Vermögen in Unternehmen der privaten

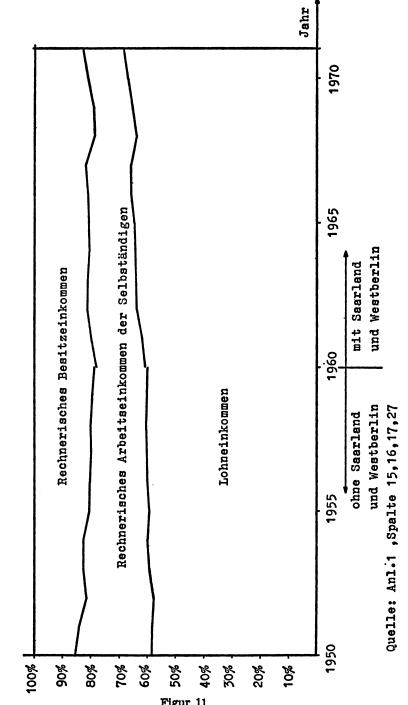
 $^{^{66}}$ Und zwar in der Form, wie sie dort (a.a.O., S. 106 - 109) in den Anlagen 12 und 13 dargestellt wurde. Im Text des damaligen Vortrages ging ich von der Identität: $Q/Y=[Q/K]\cdot [K/Y]$ aus (Q= Gewinne, Y= Volkseinkommen, K= privatwirtschaftlich genutztes Kapital), was sich als $Q/Y=z\cdot k$ schreiben läßt, z= Realverzinsung des Kapitals, k= durchschnittlicher Kapitalkoeffizient. In den Anlagen 12 und 13 dort (ebenso wie jetzt) wird die Größe Q als $z\cdot K$ aufgefaßt.

⁶⁷ Lützel, Das reproduzierbare Anlagevermögen in Preisen von 1962, Wirtschaft und Statistik 1971, S. 593 - 604.



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44018-4 | Generated on 2025-10-30 13:18:20 OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

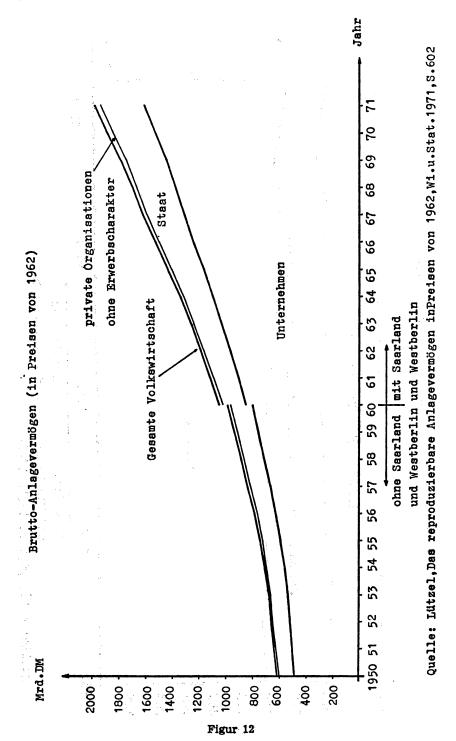
Einkommensverteilung (reales Volkseinkommen in Preisen von 1962)



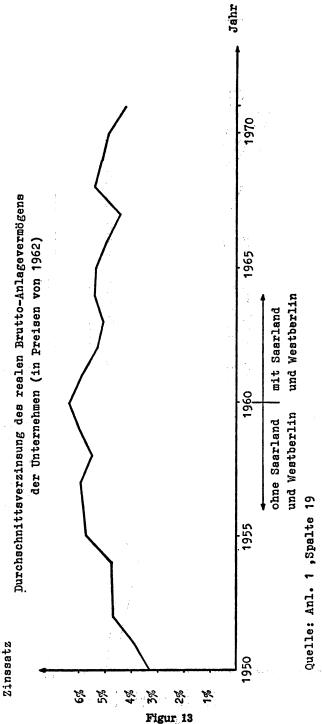
Figur 11

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44018-4 | Generated on 2025-10-30 13:18:20

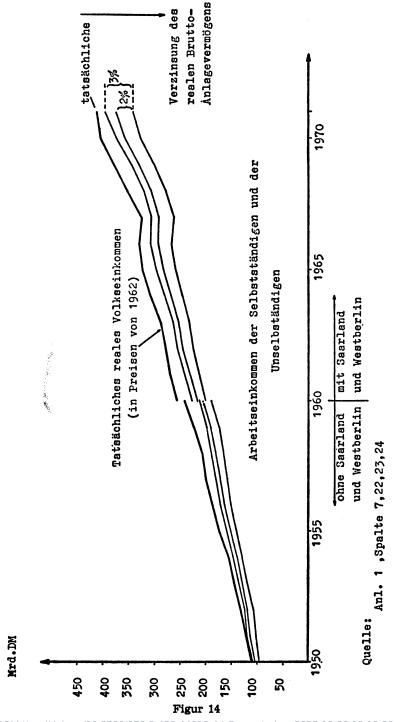
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44018-4 | Generated on 2025-10-30 13:18:20 DPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses,



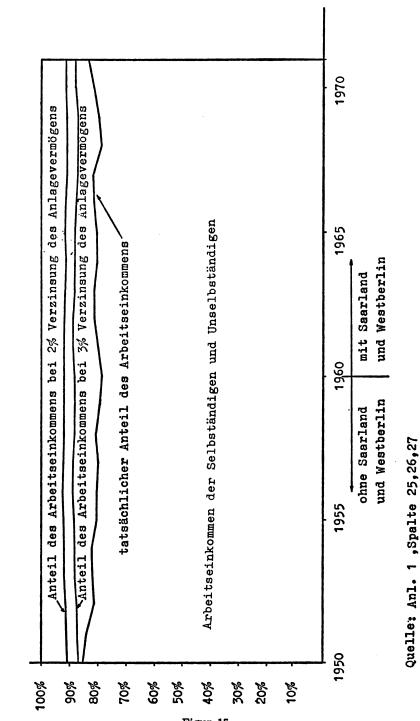
DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44018-4 | Generated on 2025-10-30 13:18:20
DPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44018-4 | Generated on 2025-10-30 13:18:20 DPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hypothetische und tatsächliche Einkommensverteilung

1/14. E₆₃3



Wirtschaft anzulegen. Wie groß die Mindestverzinsung sein muß, hängt vom Risiko in der Wirtschaft und der Risikobereitschaft der Kapitaleigner ab. Je geringer das Risiko, um so niedriger kann auch die Kapitalverzinsung sein.

Wer also eine Verteilungsverbesserung will, muß unnütze Risiken in der Wirtschaft vermeiden und die Gesellschaft an niedrige Zinssätze gewöhnen.

Nehmen wir an, 2% oder 3% Realverzinsung des in Unternehmen vorhandenen Brutto-Anlagevermögens wäre diese Untergrenze, so zeigen Fig. 14 und 15, wie die Verteilung absolut und relativ für die Arbeit maximal hätte verbessert werden können. Das ist zwar nicht bedeutungslos, aber auch nicht besonders eindrucksvoll. Für 1971 hätte die Verbesserung bei 3 % Verzinsung 18,3 Mrd., bei 2 % 33,8 Mrd. betragen in Preisen von 196268. Zum Vergleich: Die Steigerung des realen Arbeitseinkommens von 1970 auf 1971, also in einem Jahr, betrug 14,5 Mrd. DM (in Preisen von 1962)69. Durch Verteilungsverbesserungen ist also nicht allzuviel zu holen, maximal vielleicht soviel, wie bei der jetzigen Wachstumsrate die Reallohnsteigerung in 1 bis 2 Jahren erbringt. Das ist allen, die sich mit dem Problem ernsthaft befassen, lange bekannt. Die wirkliche Hoffnung für die Verbesserung der Lage der Lohnbezieher liegt in einem Wachstum des gesamten realen Sozialprodukts (nicht notwendigerweise natürlich in der jetzigen Zusammensetzung) und in der Abwehr jeder Verschlechterung des Verteilungssatzes. Weitere, wenn auch relativ geringe Verbesserungen des Verteilungssatzes sind langfristig wohl noch möglich und sicher zu erstreben. Sie bringen aber, wie man sieht, nicht viel und sind sicher kein Wachstumsopfer in irgendwelchem wesentlichen Umfang wert. Damit sieht man vielleicht am eindrucksvollsten, welche enge Grenzen irgendwelchen "Machteinflüssen" gesteckt sind, die direkt an der funktionellen Verteilung glauben ansetzen zu können. Um so wichtiger ist die Änderung der Vermögensverteilung. Es gibt keine ökonomische Gesetzmäßigkeit, die eine Vermögenskonzentration beim Produktivvermögen notwendig macht.

VIII. Machteinflüsse auf die Verteilung, abgeschätzt mit Hilfe eines ökonometrischen Prognosemodells

Will man mehr als grobe Abschätzungen von Größenordnungen für Verteilungsverbesserungen, so muß man, um das Verteilungsphänomen wirklich zu erfassen, den gesamten Apparat der makroökonomischen

⁶⁸ Die Differenz von tatsächlichem Verteilungsatz (Anlage 1, Sp. 27) und dem Verteilungssatz bei 3 % bzw. 2 % Verzinsung des Brutto-Anlagevermögens (Anl. 1, Sp. 25 bzw. 26), multipliziert mit dem Nettosozialprodukt zu Faktorkosten in Preisen von 1962 (Anl. 1, Sp. 7) ergibt für 1971 diese Zahlen.

Theorie ins Spiel bringen, und da die Lösung in nicht einfach zu überschauender Weise von den Parameterwerten abhängt, muß man diese ökonometrisch bestimmen. In diese Richtung weisen alle Verteilungstheorien, die in den letzten 15 Jahren ausgearbeitet wurden (Bombach⁷⁰, Niehans⁷¹, Stobbe, a.a.O., Scheele, a.a.O., Mückl, a.a.O., ebenso auch meine eigenen Arbeiten auf diesem Gebiet). Wir haben nun in Bonn seit 1962 eine Forschungsgruppe, die laufend an einem ökonometrischen Prognosesystem für die Bundesrepublik Deutschland arbeitet. Solche Systeme sind nie "fertig": Das Verhalten der Wirtschaftsgruppen ändert sich (zum Glück nur sehr langsam, so daß eine Neuschätzung der Gleichungen kaum je größere Änderungen notwendig macht), vor allem aber will man immer mehr Wirtschaftsgruppen unterscheiden, um ein detaillierteres Bild der Wirklichkeit zu erhalten.

In der vorliegenden Form⁷² besteht das System aus 133 z. T. nichtlinearen Differenzengleichungen z. T. höherer Ordnung, davon 77 Definitions- und 56 Verhaltensgleichungen. Es werden Staat (einschl. Sozialversicherung), Lohnbezieher, Gewinnbezieher, Konsumenten, Investoren, deutsche Arbeiter und Gastarbeiter, das In- und Ausland unterschieden, beim Wirtschaftsverkehr zum Ausland die Gütergruppen landwirtschaftliche Produkte, Mineralölprodukte, industrielle Rohstoffe, Fertigwaren und Dienstleistungen⁷³. Alle Parameter wurden simultan nach der diagonalen Full-Information Maximum-Likelihood-Methode geschätzt.

⁷⁰ Bombach, Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung, Schw. Zeitschrift f. Vw. u. Stat. 95 (1959), S. 1-20 und: Die verschiedenen Ansätze der Verteilungstheorie, in: E. Schneider (Hrsg.), Einkommensverteilung und technischer Fortschritt, Schr. d. V. f. S., N. F. Bd. 17, Berlin 1959.

⁷¹ Niehans, Die Wirkung der Lohnerhöhungen, technischer Fortschritte, Steuern und Spargewohnheiten auf Preise, Produktion und Einkommensverteilung, in: E. Schneider (Hrsg.), Einkommensverteilung und technischer Fortschritt, a.a.O.

⁷² Vgl. hierzu Schloenbach, Ökonometrische Analyse der Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1957 - 1968, Meisenheim 1971. Dort ist dies System vollständig dargestellt und der Arbeitsmarktteil im einzelnen kommentiert. Das Prognosesystem ist in seiner jetzigen Form ein Gemeinschaftswerk, an dem außer mir vor allem die Herren Martiensen, Oberhofer, Sandermann und Schloenbach mitgearbeitet haben. Die vorhergehende Fassung (ein 70-Gleichungsmodell) ist ebenfalls veröffentlicht: Krelle, Beckerhoff, Langer, Fuβ, Ein Prognosesystem für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim 1969.

⁷³ Die ursprüngliche Anlage 2, die das "Bonner Prognosemodell", Version IV, bearbeitet von Krelle, Oberhofer, Martiensen, Sandermann, Schloenbach umfaßt und während der Tagung an Interessenten verteilt wurde, kann hier aus Kostengründen nicht abgedruckt werden. Statt der ursprünglichen Anlage ist eine neue Anlage 2 beigefügt worden, die lediglich die Gliederungspunkte der ursprünglichen Anlage wiedergibt.

Wenn auch nicht das ganze System hier vorgeführt werden kann, so sollen doch jedenfalls die für unser Thema wichtigsten Verhaltensgleichungen hier angegeben und kurz diskutiert werden.

Das generelle Inlandspreisniveau p ist bestimmt durch

(7)
$$p = a_0 + a_1 \frac{h \cdot l \cdot \delta}{(1 - \mu)(1 - m) - t^{\text{ind}} - r - m}$$

wobei $a_0 = 0,054$, $a_1 = 0,953$ Verhaltensparameter

l = Geldlohnsatz (eine endogene Variable)

h = Arbeitsproduktivität der Unselbständigen (eine endogene Variable)

 δ = Grad der Kapazitätsausnutzung in der Wirtschaft (eine endogene Variable) mit 1 = normale Kapazitätsausnutzung

 μ = Monopolgrad (eine endogene Größe)

 t^{ind} = Satz der indirekten Steuern (eine Entscheidungsgröße, Wert 1971: 0,12)

r = Abschreibungssatz (eine endogene Variable)

m = Importquote (endogen bestimmt)

Die Gleichung beschreibt die Beziehung zwischen Löhnen und Preisen. Wie man sieht, gehen dabei noch zahlreiche andere Größen ein. Es ist keinesfalls so, daß die Preise einfach proportional zu den Löhnen sind. Die Form der Gleichung läßt sich aus der Gewinnmaximierung einer repräsentativen monopolistischen Firma ableiten. Alle darin rechts vorkommenden Größen sind übrigens wieder Funktionen außer t^{ind} , das eine Entscheidungsgröße des Staates ist.

Der Geldlohnsatz l ist ebenfalls endogen bestimmt. Für seine Wachstumsrate w_l hat man:

(8)
$$w_1 = a_0 + a_1 v + a_2 \frac{w_{AP-2}}{w_{l-2}} + a_3 w_y ,$$

mit $a_0 = 0.025$, $a_1 = 0.027$, $a_2 = 0.066$, $a_3 = 0.247$

 Abweichung der tatsächlichen von der gewünschten durchschnittlichen Arbeitszeit pro Arbeiter

 w_{AP-2} = Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft 2 Jahre früher

 w_{l-2} = Wachstumsrate des Geldlohnsatzes 2 Jahre früher

 w_y = Wachstumsrate des privaten Bruttoinlandprodukts

Demnach wird das Lohnwachstum im wesentlichen durch Über- oder Unternachfrage nach Arbeit und durch das nominelle Wachstum des Sozialprodukts gesteuert, mit einem verzögerten Einfluß der Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Auch hier sind wieder alle erklärenden Größen Funktionen anderer Größen.

Die Ausgaben des Staates für Güter und Leistungen hängen im wesentlichen von seinen Steuereinnahmen ab. Die Steuersätze auf Lohn und Gewinn sowie der Durchschnittssatz der indirekten Steuern sind Entscheidungsgrößen. Exporte und Importe hängen von den Preisrela-

tionen im In- und Ausland, gerechnet zum geltenden Wechselkurs, und vom realen Produktionsniveau im In- und Ausland ab. Selbstverständlich ist der technische Fortschritt berücksichtigt. Die implizierte Produktionsfunktion entspricht etwa einer CES-Funktion mit der Substitutionselastizität von ¹/₂.

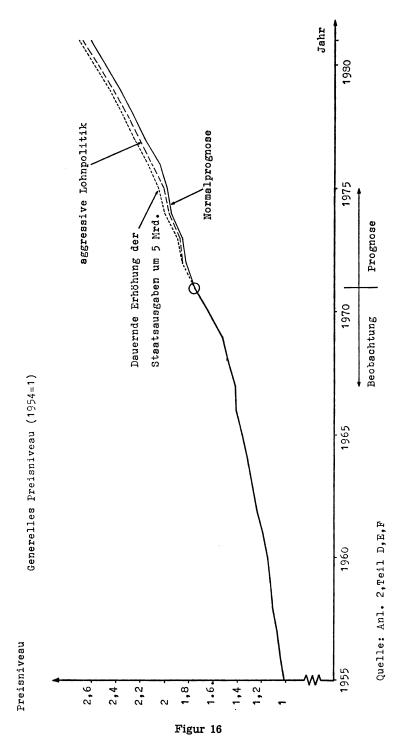
Dies muß zur Charakterisierung des Systems genügen.

Wie wirken nun Machteinflüsse auf die Verteilung, aber auch auf andere wichtige gesamtwirtschaftliche Größen, wie das reale Brutto-inlandsprodukt und das Preisniveau, nach diesem Prognosesystem? Vier verschiedene Arten von Machteinflüssen werden analysiert:

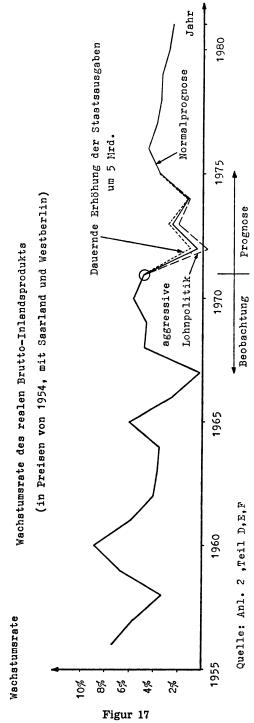
- Die politische und soziale Machtverteilung bleibt so wie bisher, d. h. die bisherigen Verhaltensfunktionen bleiben weiter bestehen. Das Ergebnis ist der Maßstab, an dem die folgenden Änderungen gemessen werden. Wir bezeichnen eine Prognose auf dieser Basis als Normalprognose.
- 2. Machtänderungen auf dem Arbeitsmarkt: Die Gewerkschaften verfolgen eine aggressivere Lohnpolitik als in der Vergangenheit und setzen sich damit durch. Dies wird dadurch simuliert, daß die autonome Wachstumsrate des Geldlohnsatzes, die auf 2,5 % geschätzt ist⁷⁴, ab 1972 ständig auf 5 % angehoben wird, während die sonstigen Einflüsse auf die Steigerungsrate des Lohnsatzes unverändert bleiben. Das bedeutet z. B. für 1972 eine Lohnsteigerungsrate von 8,7 % statt der bei Normalprognose geschätzten 6,2 %, ist also keine ganz unbedeutende Veränderung.
- 3. Die politische Machtverteilung ändert sich derart, daß bei gleichen Steuersätzen und sonst gleichen Ausgabegewohnheiten des Staates die Staatsausgaben bei Güter und Leistungen ab 1972 um 5 Mrd. DM jährlich angehoben werden. Dies wird dadurch simuliert, daß der konstante Term in der Ausgabenfunktion 14 des Staates (Anlage 2, Teil B), um 5 erhöht wird. Das bedeutet z. B. für 1972, daß der Staat (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) statt 91,4 Mrd. DM jetzt 96,4 Mrd. DM für Güter und Leistungen ausgibt.
- 4. Schließlich wurde auch eine einmalige Staatsausgabenerhöhung in dieser Größe analysiert, doch gehe ich hierauf nicht weiter ein.

Die Hauptergebnisse sind aus den folgenden Figuren zu ersehen. Eine aggressivere Lohnpolitik senkt das Niveau des realen Bruttoinlandsprodukts ein wenig, ohne seine Wachstumsrate auf die Dauer zu beeinflussen. Die Erhöhung der Staatsausgaben erhöht das reale Bruttoinlandsprodukt vorübergehend. Auch hier bleibt die Wachstumsrate auf die Dauer unbeeinflußt (Fig. 16 und 17). Das ist in guter Übereinstimmung mit der neoklassischen Wachstumstheorie.

⁷⁴ Vgl. $a_0 = 0.025$ in (8) oben.



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44018-4 | Generated on 2025-10-30 13:18:20 OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



Das generelle Preisniveau wird sowohl durch die aggressive Lohnpolitik als auch durch die dauernde Erhöhung der Staatsausgaben ständig angehoben; auch hier pendeln sich aber die Inflationsraten am Ende wieder auf eine gemeinsame Größe ein (Fig. 18 und 19).

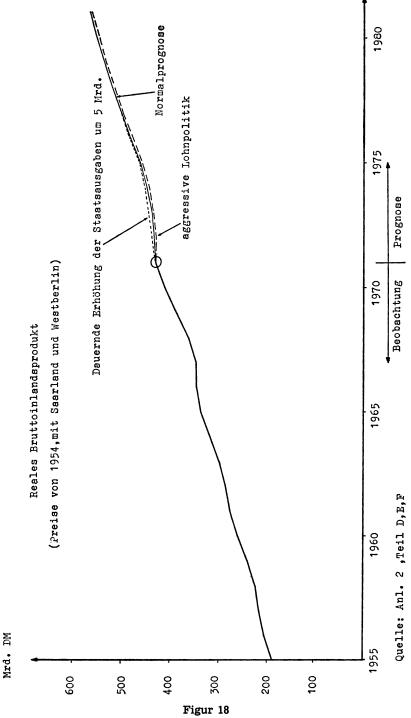
Der Einfluß auf die Einkommensverteilung (Fig. 20) ist in jedem Fall nur vorübergehend und nicht sehr ins Auge fallend. Die aggressive Lohnpolitik verbessert die Verteilung für die Lohnbezieher im 1. Jahr von 67,1 auf 67,5 %, im 2. Jahr von 67,9 auf 68,5 %; die Verbesserung verflüchtigt sich dann aber schnell, und bald ist das Normalniveau wieder erreicht.

Die Erhöhung der Staatsausgaben verschlechtert die Verteilung für die Lohnbezieher im 1. Jahr von 67,1 auf 66,9 %, im 2. Jahr von 67,9 auf 67,8 %. Aber auch diese Verschlechterung geht bald vorüber.

Insgesamt kann man sagen: Macht beeinflußt sehr wohl den Wirtschaftsablauf und die Verteilung. Allerdings gibt es dafür Grenzen, die im wesentlichen durch die Verhaltensweisen der Wirtschaftspersonen, darunter die im Verhalten des Staates zum Ausdruck kommende Forderung nach Vollbeschäftigung gesteckt sind. Überdies stehen einer positiv zu wertenden Machtwirkung auf die Wirtschaft in aller Regel negative Wirkungen gegenüber, die die Macht begrenzen. Wir leben nicht in der besten aller Welten.

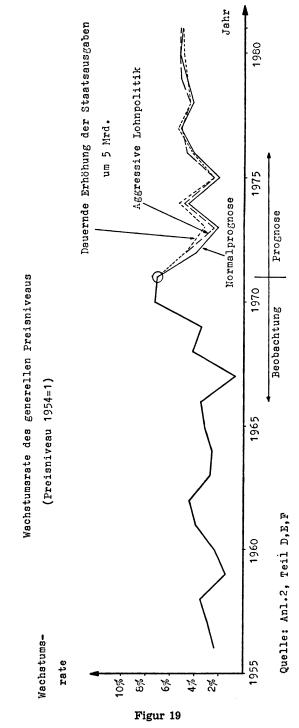
Vom Standpunkt der allgemeinen Gleichgewichtstheorie aus handelt es sich bei diesen Ergebnissen des Prognosemodells um die Vorausschätzung von Verlagerungen eines Gleichgewichtspunktes, nämlich des gerade realisierten, bei Änderung von Daten. Es ist das "Prinzip des rekurrenten Ausschlusses", das sich hier auswirkt⁷⁵. Nun wissen wir ja aus der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, daß es selbst im Falle vollständiger Konkurrenz, und erst recht also bei Monopolen und Oligopolen, zahlreiche Gleichgewichtspunkte gibt. Ein Übergang zu einem anderen Gleichgewichtspunkt wäre, wenn dieser weit genug vom alten Gleichgewichtspunkt entfernt liegt, ein "Regimewechsel", der sich in einem ökonometrischen Prognosesystem als "Sprung" in den Parametern und damit auch als "Sprung" in der Zeitreihe der Verteilung zeigen müßte. So etwas haben wir bisher noch nicht erlebt. Es ist auch fraglich, ob wir es erleben werden, dazu müßten wir wissen, wieweit die verschiedenen möglichen Gleichgewichtspunkte voneinander entfernt sind. Das ist aber unbekannt.

⁷⁵ Vgl. hierzu Krelle, Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung, a.a.O.

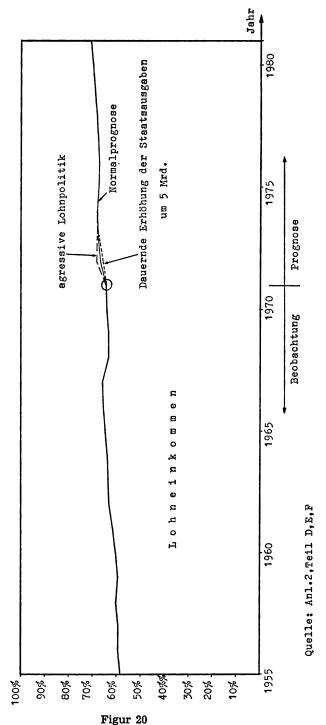


DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-44018-4 | Generated on 2025-10-30 13:18:20

OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



(reales Volkseinkommen, Preise von 1954, mit Saarland und Westberlin) Einkommensverteilung



IX. Schlußbemerkungen

Was folgt aus all dem für unser Thema: Macht und ökonomisches Gesetz in der Verteilung? Es folgt, daß politische und gesellschaftliche Macht, insbesondere kurzfristig, einen nicht zu vernachlässigenden Einfluß hat. Dieser Einfluß ist aber mit dem Werkzeug der ökonomischen Theorie zu erfassen. "Macht" (und ich spreche hier von Macht, nicht von Gewalt) ist kein "deus ex machina", der von außen eingreift und je nach dem Standpunkt alles durcheinander oder alles in Ordnung bringt, sondern "Macht" ist eine andere Vokabel für die Veränderung oder Aufrechterhaltung von Entscheidungsgrößen und Verhaltensparametern, die in die ökonomische Theorie eingehen. Auf dem Gebiet der Verteilung sind ihr im Rahmen einer Marktwirtschaft in Richtung auf die Verbesserung der Verteilung für die Arbeitnehmer engere Grenzen gesetzt als in anderer Hinsicht.

Diese Grenzen sind — und zu diesem Ergebnis kommt auch *Tinbergen* in einer kürzlichen Untersuchung⁷⁶ — noch nicht voll ausgenutzt; aber allzu viel Luft ist, wie wir gesehen haben, nicht mehr.

Lassen Sie mich an diesem 100. Jahrestag des Vereins für Socialpolitik mit der Hoffnung schließen, daß man diese Grenzen ausnutzt, ohne sich aber Illusionen darüber hinzugeben, was im Rahmen einer Marktwirtschaft in dieser Hinsicht zu erreichen ist. Hier sind andere Instrumente meines Erachtens weit wirkungsvoller, nämlich Vermögensverteilung und Mitbestimmung.

(Beifall.)

Waldemar Wittmann (Frankfurt):

Ich danke Herrn Professor Krelle sehr für sein gedankenreiches Referat, das originelle, interessante Ansätze gebracht und einen breiten ideengeschichtlichen Bogen gespannt hat von den Kathedersozialisten bis hin zu Oskar Morgenstern, zu Aumann, Maschler und Werner Hildenbrand. Es hat uns aber auch gezeigt, daß der Wirtschaftstheoretiker heute keineswegs von Störungsgefühlen befallen wird, wenn er erkennt, daß die Machtproblematik den Kern seiner Ökonomik angreift.

⁷⁶ Tinbergen, Can Income Inequality be Reduced Further?, in: Festschrift für W. G. Waffenschmidt zur Vollendung seines 85. Lebensjahres, herausgegeben von Niedereichholz, Meisenheim 1972, S. 165 - 179.

Anlage 1 Tabelle zur Einkommensverteilung

Jahr	NSP zu Faktor- kosten in jewei- ligen Preisen (Mrd. DM)	Einkom- men aus unselb- ständiger Arbeit in jeweiligen Preisen (Mrd. DM)	Einkom- men aus Unterneh- mertätig- keit und Vermögen in jewei- ligen Preisen (Mrd. DM)	NSP zu Markt- preisen in jewei- ligen Preisen (Mrd. DM)	NSP zu Markt- preisen in Preisen von 1962 (Mrd. DM)	Impliziter Preis- niveau- defiatio- nator	NSP zu Faktor- kosten in Preisen von 1962 (Mrd. DM)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	$(6) = \frac{(4)}{(5)}$	$(7) = \frac{(1)}{(6)}$
1950)	76,94	44,97	31,97	89,78	130,80	0,69	112,18
1951	93,24	54,53	38,71	109,88	145,26	0,76	123,26
1952	105,71	60,80	44,91	125,45	158,64	0,79	133,68
1953	113,91	67,14	46,77	135,71	171,99	0,79	144,36
1954	122,53	73,37	49,16	145,95	184,87	0,79	155,20
1955	140,98	83,67	57,31	167,35	207,54	0,81	174,84
1956	156,54	93,79	62,75	184,71	222,30	0,83	188,40
1957	171,29	102,87	68,42	200,76	234,31	0,86	199,92
1958	183,28	111,63	71,65	214,71	242,13	0,89	206,69
1959	198,49	119,56	78,93	233,43	259,55	0,90	220,70
1960)	222,26	134,16	88,10	260,43	282,89	0,92	241,43
1960	235,70	142,83	92,87	276,57	300,31	0,92	255,93
1961	258,01	160,51	97,50	303,34	315,55	0,96	268,40
1962	277,45	177,48	99,97	326,62	326,62	1	277,45
1963	295,76	190,44	105,32	346,81	336,14	1,03	286,66
1964	324,25	208,42	115,83	379,73	357,95	1,06	305,65
1965 1966	355,25	229,99	125,26	414,19 440,02	376,84 385.65	1,10	323,22
1966	377,09 375,99	247,56 247,90	129,53 128,09	440,02 441,70	383,63 381,69	1,14 1,16	330,50
1967	416,86	247,90 266,31	150,55	482,60	410,10	1,18	324,91 354,24
1969	459,07	300,10	150,55	539,60	443,48	1,18	377,29
1970	526,32 ²)	353.21	173,11	608,06 ²)	467,27	1,22	404,46
1971	579,89 ²)	400,03	179,86	670,63 ²)	477,44	1,40	412,84
13/1	015,03-7	400,00	110,00	010,00-/	711,77	1,70	712,04

Ohne Saarland und Berlin.
 Vorläufiges Ergebnis.

z) voriaunges Ergebnis. Quellen: Zu den Spalten (1) bis (5), (10) und (12): Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie N, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3, Sonderbeiträge, Revidierte Rechenreihen ab 1950, Stuttgart und Mainz 1971, S. 18 f., S. 32, S. 122, 123. — Dasselbe, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1969, Stuttgart und Mainz 1970, S. 60. — Dasselbe, Wirtschaft und Statistik, Heft 2, 1972, S. 72 ff.
Zu Spalte (18): Lützel, Das reproduzierbare Anlagevermögen zu Preisen von 1962, in: Wirtschaft und Statistik 1971, S. 602.

Jahr	Einkom- men aus unselb- ständiger Arbeit in Preisen von 1962 (Mrd. DM)	Einkom- men aus Unterneh- mertätig- keit = Ver- mögen in Preisen von 1962 (Mrd. DM)	Beschäf- tigte Arbeit- nehmer (in Mill.)	Durch- schnittl. Einkom- men pro beschäf- tigter Arbeit- nehmer in Preisen von 1962 (in 1 000 DM)	Selbständige und mithelfende Familienangehörige (Mill.)	Rechne- risches Arbeits- einkom- men der Selbstän- digen in in Preisen von 1962 (Mrd. DM)	Rechne- risches Besitz- einkom- men der Selbstän- digen in Preisen von 1962 (Mrd. DM)
	$(8) = \frac{(2)}{(6)}$	$(9) = \frac{(3)}{(6)}$	(10)	$(11) = \frac{(8)}{(10)}$	(12)	(13) = (12) · (11)	(14) = (9) - (13)
1950)	65,57	46,61	13,67	4,79	6,32	30,32	16,29
1951	72,09	51,17	14,29	5,05	6,23	31,46	19,72
1952	76,89	56,79	14,75	5,21	6,16	32,08	24,71
1953	85,09	59,27	15,34	5,55	6,08	33,72	25,55
1954	92,94	62,27	15,97	5,82	6,03	35,08	27,19
1955	103,76	71,07	16,84	6,16	5,99	36,91	34,16
1956	112,88	75,52	17,48	6,46	5,95	38,43	37,09
1957	120,06	79,85	17,99	6,67	5,95	39,69	40,16
1958	125,89	80,80	18,19	6,92	5,94	41,09	39,71
1959	132,94	87,76	18,51	7,18	5,87	42,18	45,58
1960	145,73	95,70	19,01	7,67	5,79	44,37	51,32
1960	155,09	100,84	20,25	7,66	5,99	45,86	54,99
1961	166,97	101,42	20,73	8,05	5,86	47,21	54,22
1962	177,48	99,97	21,05	8,43	5,73	48,30	51,67
1963	184,58	102,08	21,30	8,66	5,58	48,32	53,76
1964	196,47	109,19	21,55	9,12	5,43	49,53	59,66
1965	209,21	113,96	21,84	9,58	5,31	50,88	63,08
1966	216,97	113,52	21,87	9,92	5,21	51,71	61,82
1967	214,22	110,69	21,18	10,11	5,11	51,70	58,98
1968	226,30	127,93	21,33	10,61	5,01	53,18	74,76
1969	246,64	130,65	21,92	11,25	4,90	55,16	75,50
1970	271,43	133,09	22,432)	12,10	4,772)	57,73	75,36
1971	284,79	128,05	22,572)	12,62	4,662)	58,83	69,22

Jahr	aus un- selbstän- diger Ar- beit am Volksein- kommen Volksein- kommen Volksein- kommen Volksein- kommen		Anteil des rech- nerischen Besitz- einkom- mens der Selbstän- digen am Volks- vermögen in Preisen von 1962	Brutto- Anlage- vermögen der Un- terneh- men in Preisen von 1962 (Mrd. DM)	Rechn. Durch- schnitts- verzin- sung des Brutto- Anlage- vermögens der Un- terneh- men in Preisen von 1962	Rechnerisches Besitzeinkommen bei einer Realverzinsung des Kapitals in Preisen von 1962 (Mrd. DM)	
	$(15) = \frac{(8)}{(7)}$	$(16) = \frac{(13)}{(7)}$	$(17) = \frac{(14)}{(7)}$	(18)	$(19) = \frac{(14)}{(18)}$	(20) = 0,02 · (18)	(21) = 0,03 · (18)
1950)	0,58	0,27	0,15	489	0,03	9,78	14,67
1951	0,58	0,26	0,16	505	0,04	10,10	15,15
1952	0,58	0,24	0,18	523	0,05	10,46	15,69
1953	0,59	0,23	0,18	543	0,05	10,86	16,29
1954	0,60	0,23	0,18	569	0,05	11,38	17,07
1955	0,59	0,21	0,20	598	0,06	11,96	17,94
1956	0,60	0,20	0,20	636	0,06	12,72	19,08
1957	0,60	0,20	0,20	677	0,06	13,54	20,31
1958	0,61	0,20	0,19	718	0,06	14,36	21,54
1959	0,60	0,19	0,21	760	0,06	15,20	22,80
1960	0,60	0,18	0,21	808	0,06	16,16	24,24
1960	0,61	0,18	0,21	858	0,06	17,16	25,74
1961	0,62	0,18	0,20	914	0,06	18,28	27,42
1962	0,64	0,17	0,19	976	0,05	19,52	29,28
1963	0,64	0,17	0,19	1 040	0,05	20,80	31,20
1964	0,64	0,16	0,20	1 104	0,05	22,08	33,12
1965	0,65	0,16	0,20	1 174	0,05	23,48	35,22
1966	0,66	0,16	0,19	1 247	0,05	24,94	37,41
1967	0,66	0,16	0,18	1 319	0,04	26,38	39,57
1968	0,64	0,15	0,21	1 381	0,05	27,62	41,43
1969	0,65	0,15	0,20	1 448	0,05	28,96	43,44
1970	0,67	0,14	0,19	1 525	0,05	30,50	45,75
1971	0,69	0,14	0,17	1 612	0,04	32,24	48,36

Jahr	Rech- nerisches Gesamt- Arbeits- einkommen in Preisen von 1962 (Mrd. DM)	Volksein (Mrd. DM sen von 196 Realverzi Kapita	erisches kommen I) in Prei- i2 bei einer nsung des als von	Rechneri kommens (= Antei beitseink am Volks men in Pr 1962) bei e verzins Kapita	Zum Vergleich: Tats. Ein- kommens- verteilung in Preisen von 1962 (= Anteil des Arbeits- einkom- mens am Volksein- kommen)	
i	}	2 %	3 %	2 %	3 %	
	(22) = (8) + (13)	(23) = (20) + (22)	(24) = (21) + (22)	$(25) = \frac{(22)}{(23)}$	$(26) = \frac{(22)}{(24)}$	$(27) = \frac{(22)}{(7)}$
1950)	95,89	105,67	110,56	0,91	0,87	0,85
1951	103,55	113,65	118,78	0,91	0,87	0,84
1952	108,97	119,43	124,66	0,91	0,87	0,82
1953	118,81	129,67	135,10	0,92	0,88	0,82
1954	128,01	139,39	145,08	0,92	0,88	0,82
1955	140,67	152,63	158,61	0,92	0,89	0,80
1956	151,31	164,03	170,39	0,92	0,89	0,80
1957	159,75	173,29	180,06	0,92	0,89	0,80
1958	166,97	181,33	188,51	0,92	0,89	0,81
1959	175,12	190,32	197,92	0,92	0,88	0,79
1960)	190,10	206,26	214,34	0,92	0,89	0,79
1960	200,95	218,11	226,69	0,92	0,89	0,79
1961	214,18	232,46	241,60	0,92	0,89	0,80
1962	225,78	245,30	255, 06	0,92	0,89	0,81
1963	232,90	253,70	264,10	0,92	0,88	0,81
1964	245,99	268,07	279,11	0,92	0,88	0,80
1965	260,10	283,58	295,32	0,92	0,88	0,80
1966	268,68	293,62	306,09	0,92	0,88	0,81
1967	265,92	292,30	305,49	0,91	0,87	0,82
1968	279,48	307,10	320,90	0,91	0,87	0,79
1969	301,80	330,76	345,24	0,91	0,87	0,80
1970	329,15	359,65	374,90	0,92	0,88	0,81
1971	343,62	375,86	391,98	0,91	0,88	0,83

Anlage 2

Inhalt

Teil A — Symbolverzeichnis

Teil B — Definitions- und Verhaltensgleichungen, FIML-Parameter

Teil C — Definitions- und Verhaltensgleichungen, OLS-Parameter

Teil D - Normalprognose

Teil E — Aggressive Lohnpolitik

Teil F — Dauernde Erhöhung der Staatsausgaben für Güter und Leistungen

Teil G — Einmalige Erhöhung der Staatsausgaben für Güter und Leistungen

(Teil A und Teil C sowie die wichtigsten Zeitreihen von Teil D sind abgedruckt bei: *Knut Schloenbach* "Ökonometrische Analyse der Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, 1957 - 1968, Meisenheim/Glan, 1972, S. 329 ff.)

Waldemar Wittmann (Frankfurt):

Meine Damen und Herren, wie bereits gestern Herr Professor Neumark in seinem Festvortrag ausführte, spielten von vornherein in den Diskussionen des Vereins für Socialpolitik methodologische Auseinandersetzungen eine große Rolle. Es ist daher natürlich, daß wir uns hier mit wichtigen Begriffen, mit wichtigen methodologischen Fragen, auch auf unserer Tagung auseinandersetzen wollen. Herr Albert wird uns einen Vortrag halten über den Gesetzesbegriff, und ich darf ihn bitten, hierzu das Wort zu ergreifen.

Der Gesetzesbegriff im ökonomischen Denken

Von Hans Albert, Mannheim

Die Machtkontroverse, die zu Beginn dieses Jahrhunderts in der deutschsprachigen Nationalökonomie stattgefunden hat, gehört zu den wissenschaftlichen Diskussionen, bei denen inhaltliche und methodische Gesichtspunkte so eng miteinander verwoben sind, daß es dem späteren Betrachter schwer fällt, sie auseinanderzuhalten, wenn er sich ein Urteil über die Adäquatheit der Argumente beider Parteien bilden möchte. Schon der Titel des berühmten Aufsatzes von Böhm-Bawerk "Macht oder ökonomisches Gesetz?"1 deutet auf diese Tatsache hin, was man sich leicht klar machen kann, indem man etwa versucht, einen Parallelfall für diese merkwürdige Alternative im Rahmen einer naturwissenschaftlichen Disziplin zu bilden². Was die Antwort angeht, die Böhm-Bawerk auf die unter diesem Titel formulierten Fragen damals gegeben hat, so möchte ich zunächst einmal feststellen, daß — ganz abgesehen davon, ob die speziellen inhaltlichen Lösungen, die er für die verschiedenen von ihm angeschnittenen Probleme angeboten hat. im einzelnen annehmbar, verbesserungsbedürftig oder gar völlig unhaltbar sind³ — gegen den prinzipiellen methodischen Ansatz, der darin zum Ausdruck kommt, kaum etwas einzuwenden ist. Seine Diskussionsgegner mögen noch so viele plausible Argumente formuliert haben — daß die bloße Berufung auf soziale Macht oder auf die Machtverhältnisse noch keine Erklärung ist und daß es grundsätzlich notwendig ist, die Machtproblematik im Rahmen der in Betracht kommenden Gesetzmäßigkeiten — und das hieß für ihn: im Rahmen der ökonomischen Preisgesetze - zu bewältigen, kann schlechterdings kaum bestritten werden, es sei denn, man vertrete eine höchst problematische wissenschaftstheoretische Auffassung. Mit dem Hinweis auf ad hoc eingeführte Faktoren, die in keiner theoretischen Aussage wesentlich vorkommen, ist in keiner Wissenschaft etwas gewonnen.

¹ Eugen von Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz? Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Band XXIII, 1914, S. 205 - 271.

² Etwa: "Kraft oder physikalisches Gesetz?" eine Formulierung, die sofort Kopfschütteln hervorrufen wird.

³ Vgl. dazu z. B. die Kritik Erich Preisers in seinem Beitrag: Besitz und Macht in der Distributionstheorie, in: Synopsis. Festgabe für Alfred Weber, herausgegeben von Edgar Salin, Heidelberg 1948, S. 331 ff.

130 Hans Albert

Damit soll nicht gesagt werden, daß die Gegner der "reinen Ökonomie" in der Machtkontroverse nicht trotzdem etwas Richtiges gesehen haben. Es muß natürlich zugegeben werden, daß sich unter Umständen ernstzunehmende Einwände gegen den theoretischen Ansatz selbst formulieren lassen, von dem Böhm-Bawerk bei seiner Analyse der Machtproblematik ausgegangen ist⁴ — Einwände etwa gegen die Erklärungskraft dieses Ansatzes, gegen seine Realistik, seine Prüfbarkeit oder seine Fruchtbarkeit —, aber solche Einwände sind gewöhnlich erst wirksam, wenn es gelungen ist, eine theoretische Alternative zu formulieren, die offensichtlich mehr leistet als die kritisierte Konzeption, und das ist wohl damals keinem seiner Gegner gelungen. Die Heterodoxie mag wichtige Probleme gehabt haben, aber sie hatte keine Lösungen, wichtiger noch: Es fehlte der theoretische Rahmen für solche Lösungen.

Noch weiter würde der Versuch gehen, die hinter dem rein ökonomischen Ansatz stehende wissenschaftstheoretische Auffassung in Frage zu stellen, aber das ist ein Unternehmen, bei dem man sich ebenfalls nicht mit dem Hinweis auf bestimmte Faktoren wie die "Macht", die "sozialen Regelungen" oder gar die "soziale Kategorie" zufrieden geben darf. Man muß dann Argumente bringen, die grundsätzlichen Charakter haben⁵, und am besten gleich eine alternative wissenschaftstheoretische Konzeption entwickeln, aus der sich etwa Konsequenzen für den Charakter oder die Rolle von Gesetzmäßigkeiten im sozialen Leben ergeben, die mit den betreffenden Auffassungen Böhm-Bawerks und anderer Vertreter der "reinen Ökonomie" unvereinbar sind. Damit sind wir bei unserem Hauptthema angelangt: dem Gesetzesbegriff im ökonomischen Denken.

I. Die Idee der Gesetzmäßigkeit in der ökonomischen Analyse

Es gibt eine ganze Reihe von Aussagen in der Ökonomik, die ausdrücklich mit dem Namen "Gesetz" belegt wurden, zum Beispiel Greshams Gesetz, Engels Gesetz, Schwabes Gesetz, das eherne Lohngesetz, Marshalls Nachfragegesetz, das Gesetz der Mehrergiebigkeit von Produktionsumwegen und das Gesetz des abnehmenden Grenzertrags. Dieser Titel scheint einigermaßen willkürlich verliehen worden zu

⁵ Die Analyse Essers im oben erwähnten Buch zeigt meines Erachtens deutlich die Unzulänglichkeit der Stolzmannschen Argumentation in dieser Hinsicht.

⁴ Vgl. dazu Wolfgang Stützel, Preis, Wert und Macht. Analytische Theorie des Verhältnisses der Wirtschaft zum Staat (1952), Aalen 1972; meinen Aufsatz: Macht und Zurechnung, Schmollers Jahrbuch, 75. Jgg. 1955, abgedruckt in meinem Aufsatzband: Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied / Berlin 1967; vgl. auch: Hans A. Esser, Macht oder ökonomisches Gesetz. Zur wert- und verteilungstheoretischen Kontroverse zwischen Rudolf Stolzmann und Eugen von Böhm-Bawerk, Köln 1971, wo Böhm-Bawerk unter anderem ein Mißverständnis des Stolzmann'schen Machtbegriffs angelastet wird.

sein. Es handelt sich dabei teilweise um isolierte Einzelaussagen vom Charakter empirischer Generalisierungen, andererseits wieder um Aussagen, die einem umfassenden Systemzusammenhang angehören, also einer mehr oder weniger ausgearbeiteten ökonomischen Theorie. Im letzten Falle kann es durchaus sein, daß andere Bestandteile derselben Theorie, die im Grunde genommen den gleichen Charakter haben, dieses Ehrentitels nicht teilhaftig geworden sind oder auch einen anderen erhalten haben, z. B. den eines "Prinzips". Ich gehe daher nicht von der Benennung aus, sondern von der Gesetzesidee, die wir im wissenschaftlichen Denken finden, um zu sehen, inwieweit sie für den Bereich der theoretischen Ökonomie Bedeutung gewonnen hat.

In dieser Hinsicht ist zu bemerken, daß die Nationalökonomie schon in einem frühen Stadium ihrer Entwicklung, ohne Zweifel unter dem Eindruck des Erfolges der klassischen theoretischen Physik, also des Newtonschen Systems, die in dieser Wissenschaft vorherrschende Idee des Naturgesetzes übernommen hat⁶. Es besteht sogar, wie Taylor feststellt, "eine unverkennbare Analogie" zwischen Newtons Mechanik des Sonnensystems und Smith's Theory der "quasi-gravitationalen Mechanik eines ökonomischen Konkurrenzsystems". Auch das Benthamsche Erkenntnisprogramm, das sich mit einiger Verzögerung im neoklassischen Denken auswirkte, war offenbar durch Newtonsche Ideen beeinflußt⁶. Natürlich kann man fragen, ob solche Ideen, vor allem die des Naturgesetzes selbst, von den Nationalökonomen nicht unzulässigerweise auf den sozialen Raum übertragen wurden, etwa weil es im Gegenstandsbereich der ökonomischen Erkenntnis so etwas wie "Ge-

⁶ Vgl. dazu *Overton H. Taylor*, A History of Economic Thought. Social Ideals and Economic Theories from Quesnay to Keynes, New York / Toronto / London 1960, S. 11 f. *Adam Smith* hat übrigens eine sehr modern anmutende Wissenschaftslehre entworfen — illustriert anhand der Geschichte der Astronomie —, in der das Newtonsche System als die größte Entdeckung der Menschheit gefeiert wird; vgl. dazu: The Works of Adam Smith, with an Account of his Life und Works by Dugald Stewart in five volumes, Vol. V, Reprint of the Edition 1811 - 1812, Aalen 1963, S. 55 f.: The Principles which lead and direct Philosophical Enquiries illustrated by the History of Astronomy.

⁷ Vgl. Taylor, a.a.O., S. 56, Übers. v. mir, d. V. Ich kann hier nicht auf die große Bedeutung der Schule schottischer Moralphilosophen, der Adam Smith zuzurechnen ist, für die Entwicklung der Sozialwissenschaften eingehen; vgl. dazu vor allem die Hinweise Hayeks, zum Beispiel: Die Rechts- und Staatsphilosophie David Humes, in seinem Aufsatzband: Freiburger Studien, Tübingen 1969, der auch sonst zahlreiche einschlägige Passagen enthält; weiter: The Scottish Moralists on Human Nature and Society, ed. and with an Introduction by Louis Schneider, Chicago / London 1967. Die naturalistische Einstellung dieser Denker führte sie dazu, die sozialen Phänomene in einer Weise zu analysieren, wie sie für die Naturwissenschaften charakteristisch zu sein schien.

⁸ Vgl. dazu Elie Halévy, The Growth of Philosophical Radicalism, London 1928, S. 3 und S. 5 ff.

setze" im Sinne der Naturwissenschaften nicht geben könne. Der methodologische Historismus hat später — gegen Ende des 19. Jahrhunderts — solche Fragen gestellt, und es gibt heute noch Ausläufer dieses Denkens in den verschiedenen Geisteswissenschaften. Auch könnte ein Selbstmißverständnis darin liegen, daß man die eigenen Ergebnisse — die Aussagen der ökonomischen Theorie — im Sinne der naturwissenschaftlichen Gesetzesidee deuten zu müssen meint. Sie könnten gerade deshalb interessant sein, weil sie nicht in diesem Sinne aufzufassen sind, sondern zum Beispiel im Sinne normativer Urteile, in denen etwa Kriterien für ein optimales Funktionieren bestimmter sozialer Mechanismen — z. B. des sogenannten Preismechanismus — zum Ausdruck kämen⁹. Wir hätten dann also nicht "Gesetze des Wirtschaftslebens" vor uns, sondern "Gesetze der Wirtschaftlichkeit", an denen die Realität des Wirtschaftslebens zu messen wäre.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine solche Deutung vieler ökonomischer Aussagen nicht ausgeschlossen ist. Sie wird sogar durch manche Formulierungen vieler Vertreter dieser Wissenschaft durchaus nahegelegt¹⁰. Viele Nationalökonomen haben zweifellos gleichzeitig ein Ideal der sozialen Ordnung vertreten und eine Theorie angeboten, um das Funktionieren bestimmter sozialer Mechanismen in dieser Ordnung zu erklären, und sie haben mitunter beides in einer Weise konfundiert, die es nicht gerade erleichtert, diesen Unterschied zu sehen oder gar den Punkt zu identifizieren, in dem der Übergang von der einen zur anderen Verfahrensweise stattfindet. Aber wir können jedenfalls, wenn wir wollen¹¹, beides auseinanderhalten und können uns auf die theoretische Analyse der betreffenden Ökonomen konzentrieren, zumal es immer möglich ist, von den Wertakzenten, mit denen bestimmte soziale Ordnungen, Zustände oder Vorgänge versehen wurden. zu abstrahieren. Die Erklärung bestimmter Zusammenhänge im Rahmen normativ ausgezeichneter Bedingungen oder Ordnungen unter-

¹⁰ Vgl. dazu vor allem Gunnar Myrdal, Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung (1932), 2. Auflage, Hannover 1963, wo die normativ-deskriptive Doppeldeutung des ökonomischen Begriffsapparates analysiert und der krypto-normative Charakter vieler Aussagen herausgearbeitet wird.

⁹ Einer solchen Deutung habe ich selbst einmal zugeneigt; vgl. meine Schrift Ökonomische Ideologie und politische Theorie, Göttingen 1954, 2. vermehrte Auflage 1972, in der der Erklärungsanspruch der reinen Ökonomie als vordergründig behandelt und ihrer ideologischen Funktion untergeordnet wird, auf deren Kritik die ganze Untersuchung abzielt. Daß auf diese Weise die Tradition der theoretischen Ökonomie in ihren grundlegenden Ideen kritisierbar ist, scheint mir heute sehr zweifelhaft zu sein.

¹¹ Sogar ohne das Webersche Wertfreiheitsprinzip zu akzeptieren, das ich allerdings heute noch für akzeptabel halte, vgl. dazu meine Aufsätze: Theorie und Praxis, in: Konstruktion und Kritik, Hamburg 1972, und: Wissenschaft und Verantwortung, in: Plädoyer für kritischen Rationalismus, München 1971.

scheidet sich in keiner Weise von anderen Erklärungen, auch dann nicht, wenn diese Bedingungen nur approximativ realisierbar sind¹².

Idealisierungen im theoretischen Sinne gibt es bekanntlich gerade auch in den exakten Naturwissenschaften¹³. Es gibt an sich keinen Grund, die in den Sozialwissenschaften — besonders in der theoretisch am weitesten entwickelten dieser Wissenschaften: der Nationalökonomie — auftretenden Idealisierungen¹⁴ nicht prinzipiell in genau derselben Weise aufzufassen, wie es dort geschieht¹⁵. Erschwert wird diese Auffassung nur dadurch, daß diese Idealisierungen hier vielfach gleichzeitig eine normative Bedeutung zu haben scheinen, daß sie also offenbar gleichzeitig in der Sozialphilosophie der betreffenden Denker die Rolle von Idealen im normativen Sinne spielen. Aber das braucht niemanden zu stören, der es völlig durchschaut hat. Wenn man sie nicht in der von mir vorgeschlagenen Weise auffaßt, kommt man übrigens in größte Schwierigkeiten bei dem Versuch, die theoretischen Erklärungen zu verstehen, die für die Nationalökonomie charakteristisch sind. Es empfiehlt sich also, für gewisse Zwecke von der normativen Rolle solcher Idealisierungen zu abstrahieren, auch wenn diese Askese lästig ist, weil sie die ideologiekritische Betätigung hemmt.

II. Ökonomische Theorie als System nomologischer Aussagen

Es ist für die theoretischen Realwissenschaften charakteristisch, daß sie sich nicht darauf beschränken, nach isolierten Gesetzmäßigkeiten zu suchen — etwa nach induktiven Verallgemeinerungen beobachteter Tatsachen, wie vielfach angenommen wird —, sondern daß sie mehr oder weniger umfassende Systeme nomologischer Aussagen zu kon-

¹² Nach Taylor — a.a.O., S. 78 — ist zwar bei Adam Smith eine duale Struktur des Denkens festzustellen, insofern als die ideale Ordnung als voll realisierter Rahmen angenommen wird, der es ermöglicht, daß die ökonomischen Prozesse in bestmöglicher Weise für die ökonomische Wohlfahrt der Gesellschaft oder aller ihrer Mitglieder funktionieren, und die erklärende Theorie ist, unter diesen Annahmen, eine Demonstration dieser wohltätigen Resultate, aber die explizite Struktur des Denkens ist im wesentlichen deskriptiv, erklärend und völlig "realistisch", wenn auch mit moralischer und ökonomischer Kritik durchsetzt. Er nahm offenbar an, daß die ideale Ordnung nicht erreichbar, aber durch kleine Schritte approximierbar sei, a.a.O., S. 79.

¹⁸ Man denke z.B. an das ideale Gas, das mathematische Pendel, die kräftefreie Bewegung; vgl. dazu Mario Bunge, Scientific Research I. The Search for System, New York 1967, S. 348 ff. und passim.

¹⁴ z. B. die Idee des vollkommenen Marktes, die der vollständigen Information, die der unendlichen Anpassungsgeschwindigkeit der Faktoren, die einer geschlossenen Wirtschaft ohne staatliche Aktivität.

¹⁵ Meines Erachtens sind die "Idealtypen" Max Webers zumindest teilweise so gemeint, was an manchen Stellen der Weberschen Wissenschaftslehre deutlich wird.

struieren versuchen, um möglichst tief in die Struktur des sie jeweils interessierenden Realitätsausschnitts hineinleuchten zu können¹⁶. Das gilt auch für die theoretische Nationalökonomie. Wer ihre Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert überschaut und sie mit anderen Versuchen der Theoriebildung in den Sozialwissenschaften vergleicht, kommt kaum daran vorbei zuzugestehen, daß es sich hier um einen Ausnahmefall handelt, um den einzigen Fall eines theoretischen Gebäudes in diesem Bereich nämlich, der sich mit den Paradebeispielen der Theoriebildung in den exakten Naturwissenschaften vergleichen läßt17. Es gibt wohl kein anderes theoretisches System in den Sozialwissenschaften, an dessen Ausbau und Entwicklung Generationen von Forschern der verschiedensten Nationalität in dieser Weise mitgewirkt hätten und das dadurch zu einem so differenzierten Aussagengebäude ausgestaltet worden wäre. Außerhalb der theoretischen Ökonomie gibt es in den Sozialwissenschaften nur Programme und - mitunter ganz interessante - Ansätze der Theoriebildung, und auch da sind vielfach die interessantesten durch ökonomische Ideen inspiriert. Über diese Tatsache sollte man sich zunächst einmal klar sein, ehe man von den Mängeln und Schwächen spricht, die in dieser - wie übrigens auch in jeder anderen — wissenschaftlichen Disziplin zu finden sind.

Was sind nun die Kennzeichen eines solchen theoretischen Gebäudes? Zunächst hat es mehr oder weniger systematischen Charakter, besteht also aus miteinander verknüpften Aussagen, die mit Hilfe eines relativ einheitlichen Begriffsapparates formuliert sind, zu dessen Aufbau meist auch bestimmte Teile der Mathematik herangezogen wurden. Die Aussagen, die den Kern dieses Systems bilden, können als nomologische Aussagen aufgefaßt werden, als Hypothesen über allgemeine Invarian-

¹⁶ Zwar gibt es auch in der Geschichte des ökonomischen Denkens Versuche der Formulierung isolierter Gesetzesaussagen auf der Basis statistischer Auswertung von Beobachtungen, aber sie hatten kaum einen Zusammenhang mit der theoretischen Arbeit und haben den theoretischen Fortschritt nicht wesentlich gefördert; man denke etwa an das schon erwähnte Engelsche und das Schwabesche Gesetz; vgl. dazu die Analyse George J. Stiglers: The Early History of Empirical Studies of Consumer Behavior, in seinem Aufsatzband: Essays in the History of Economics, Chicago / London 1965.

¹⁷ Man könnte hier von einem "Paradigma" im Kuhnschen Sinne sprechen, wenn man einmal die Bedenken gegen die damit verbundene Konzeption zurückzustellen bereit ist, vgl. dazu *Thomas S. Kuhn*, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt 1967, sowie die Diskussion über diese Konzeption in: Imre Lakatos/Alan Musgrave (eds.), Criticism and the Growth of Knowledge, Cambridge 1970; vgl. auch *Joseph A. Schumpeter*, Geschichte der ökonomischen Analyse, Göttingen 1965, eine Darstellung, in der die Kontinuität und die Autonomie des ökonomischen Denkens sehr eindrucksvoll herausgearbeitet werden. In ihr sind problemgeschichtliche und wissenschaftstheoretische Analyse in aufschlußreicher Weise miteinander verbunden, so daß man sich gedrängt fühlt, von "angewandter Wissenschaftstheorie" zu sprechen.

zen des realen Geschehens¹⁸, und zwar in der Weise, daß sie durch Einschränkung logischer Möglichkeiten einen Spielraum realer Möglichkeiten für dieses Geschehen festlegen¹⁹. Damit haben sie gleichzeitig Realitätsbezug; sie beziehen sich auf einen bestimmten Ausschnitt der Wirklichkeit, dessen strukturelle Eigenschaften sie zu erfassen suchen²⁰. Mit dieser Eigenschaft hängt auch ihr Erklärungsanspruch für die Vorgänge in diesem Bereich zusammen. Inwieweit dieser Anspruch gerechtfertigt ist, das System also Erklärungskraft besitzt, ist natürlich davon abhängig, in welchem Maße es sich der Wahrheit nähert, inwieweit in ihm also die Beschaffenheit dieses Realitätsausschnitts adäquat erfaßt ist²¹. Die Frage der Feststellbarkeit dieser Eigenschaft gehört in die Prüfungs- und Bewährungsproblematik.

Dieser Problemkreis hat sich als komplizierter erwiesen, als man früher vielfach anzunehmen geneigt war. Es hat sich herausgestellt, daß an eine unmittelbare empirische Prüfung von Theorien durch Beobachtung kaum zu denken ist, schon weil die Wahrnehmungen der in Frage kommenden Beobachter stets durch Faktoren mitbeeinflußt zu sein pflegen, die durch die betreffende Theorie nicht erfaßt werden²², so daß es nicht nur sehr schwierig sein kann, eine geeignete Prüfsituation herzustellen, sondern darüber hinaus auch für die adäquate Interpretation einer solchen Situation theoretische Aussagen anderer Disziplinen herangezogen werden müssen. Bei der Prüfung jeder Theorie spielt also ein theoretischer Hintergrund eine Rolle, der die mehr oder minder ausgearbeiteten Theorien anderer Disziplinen umfaßt und die Herstellung einer Verbindung zwischen den zu prüfenden Aussagen und der Situation des Prüfers ermöglicht²³. Damit hängt die Tatsache zusammen, daß es im allgemeinen sehr schwierig ist festzustellen, ob ein Phänomen, das mit einer Theorie prima facie nicht zu vereinbaren

¹⁸ Vgl. dazu etwa: *Mario Bunge*, Scientific Research I, a.a.O., S. 310: "the chief trait of every law, namely, that of being a constant relation among two or more variables referring in turn (at least partly and indirectly) to properties of real objects".

¹⁹ Vgl. dazu schon *Karl Popper*, Logik der Forschung (1934), 4. Auflage, Tübingen 1971, S. 76 ff. und passim; sowie Mario Bunge, a.a.O., S. 311.

²⁰ Vgl. dazu *Karl Popper*, Die Zielsetzung der Erfahrungswissenschaft in: Theorie und Realität (1964), 2. veränderte Auflage, Tübingen 1972.

²¹ Die Aussagen dieses Abschnitts involvieren, wie man leicht erkennt, einen erkenntnistheoretischen *Realismus*, also eine *philosophische* Position, aus der sich bestimmte methodologische Konsequenzen ergeben. Löst man die Methodologie von Überlegungen dieser Art, dann bleibt eine Menge von Regeln übrig, deren Sinn verborgen ist.

²² Vgl. dazu *Paul K. Feyerabend*, Über die Interpretation wissenschaftlicher Theorien, in: Theorie und Realität, 2. Auflage, a.a.O., vgl. auch *Alfred Bohnen*, Zur Kritik des modernen Empirismus, im gleichen Band.

²³ Zur Problematik des Hintergrundes vgl. *Karl Popper*, Conjectures and Refutations, London 1963, S. 238 ff. und passim; sowie *Mario Bunge*, Scientific Research I und II, a.a.O., passim; dazu *Joseph Agassi*, Changing our Background-Knowledge. Review Essay, Synthese 19, 1968/69, S. 453 ff.

ist, de facto einen konträren Fall darstellt, von dem her die Adäquatheit dieser Theorie in Frage gestellt werden kann²⁴. Das erleichtert die in allen Wissenschaften nicht eben seltenen Versuche, konträre Fälle durch Formulierung geeigneter Hilfsannahmen — ad hoc-Hypothesen — gewissermaßen "wegzuerklären" und damit unschädlich zu machen²⁵.

Die Behauptung, daß das Gebäude der theoretischen Ökonomie als ein derartiges System nomologischer Hypothesen aufgefaßt werden kann, ist sicher keineswegs unproblematisch. Sie ist vielmehr selbst eine Deutungshypothese, die der Kritik unterliegt. Auch wenn man darüber Einigkeit erzielen kann, welche Aussagen denn zu diesem System gerechnet werden dürfen - wenn also das Identifikationsproblem gelöst ist -, führt das Interpretationsproblem zu einer Rekonstruktionsaufgabe, deren Lösung keineswegs trivial ist. Im allgemeinen pflegen nämlich die Aussagen der theoretischen Realwissenschaften nicht in einer Form dargestellt zu werden, die nur eine Deutung zuläßt oder nahelegt. Es sind daher nicht selten verschiedene Deutungen im Umlauf, über deren Brauchbarkeit diskutiert wird. Zudem werden nomologische Hypothesen fast immer unvollständig formuliert, so daß man genötigt ist, ihre vollständige Formulierung unter Heranziehung des Kontextes erst mühsam herzustellen, wenn man sie braucht. Für diese Formulierung bietet sich die Form einer allgemeinen Konditionalaussage an, da eine nomologische Hypothese den Anspruch enthält, daß unter bestimmten allgemein charakterisierten Bedingungen immer und überall bestimmte allgemein charakterisierte Konsequenzen auftreten²⁶, wobei sowohl die Wenn-Komponente als auch die Dann-Komponente von erheblicher Komplexität sein kann. Eine adäguate Formulierung muß erkennen lassen, auf welche Arten von Objekten sich die betreffende Aussage bezieht, und welche Behauptung über sie gemacht wird. Dabei wird der Gehalt der Hypothese durch eine logisch schwächere Wenn-Komponente und eine logisch stärkere Dann-Komponente vergrößert, was unter anderem bedeutet, daß eine Konditionalisierung einer solchen Aussage - also ihre Einschränkung auf spezifische Situationen — ihren Gehalt vermindert. Ein gutes Beispiel dafür bieten die verschiedenen Deutungen der ceteris-paribus-Klausel des Marshallschen Nachfragegesetzes, die bekanntlich unter Umständen sogar zu seiner

²⁴ Vgl. dazu R. G. Swinburne, Falsifiability of Scientific Theories, Mind, 291, 1964, S. 434 ff., wo gezeigt wird, daß manche "Anomalien" sich als nur scheinbar herausgestellt haben; vgl. dazu auch das oben erwähnte Buch von Thomas S. Kuhn.

²⁵ Wenn solche Annahmen nur für diesen Fall zurechtgeschneidert und im übrigen nicht prüfbar sind, läuft ihre Benutzung nur auf eine Verschleierung theoretischer Mängel hinaus.

²⁶ Man hat Gesetzesaussagen daher auch mitunter "Immer-und-Überall-Wenn-Dann-Aussagen" genannt.

Tautologisierung führen²⁷. Die Rekonstruktion dieses Gesetzes im oben angedeuteten Sinne führt zu einer Aussage, in der die Existenz einer monoton abnehmenden Funktion unter bestimmten Bedingungen behauptet wird, so daß die übliche Weise, sich auf die Angabe dieser Funktion oder nur eines Schemas der Funktion zu beschränken, zu Mißdeutungen Anlaß geben kann. Immerhin läßt sich zeigen, daß eine Rekonstruktion solcher Aussagen ihre nomologische Deutung möglich erscheinen läßt, so daß auch ihr Allgemeinheitsanspruch plausibel ist.

III. Der erste Methodenstreit und die ökonomische Gesetzesproblematik

Gerade die Allgemeinheit ökonomischer Gesetze ist nun der Punkt, der unter dem Einfluß des Historismus im Laufe des 19. Jahrhunderts strittig geworden ist, und die Kontroverse, die um diese Frage damals zustande kam — die Debatte über das Verhältnis von Theorie und Geschichte, von der der sogenannte erste Methodenstreit zwischen Carl Menger und Gustav Schmoller nur ein kleiner Ausschnitt war —, hängt mit der Machtkontroverse offenbar eng zusammen. Die reine Theorie, die in beiden Fällen unter Beschuß geriet, schien nicht nur den Machtphänomenen im sozialen Leben zu wenig Rechnung zu tragen, sie schien im Zusammenhang damit auch die Allgemeinheit der von ihr postulierten Gesetzmäßigkeiten zu überschätzen und die historische Wandelbarkeit aller sozialen Erscheinungen zu übersehen. Demgegenüber sieht es so aus, als wenn die in stärkerem Maße historistisch argumentierenden Vertreter der Ökonomie im allgemeinen auch mehr die Machtproblematik akzentuiert hätten.

Was den erwähnten ersten Methodenstreit angeht, so ist zunächst festzustellen, daß der extreme Historismus, wie er etwa in Droysens "Historik" zum Ausdruck kommt²³, in ihm nicht vertreten wurde, auch nicht etwa von Gustav Schmoller, dem Haupt der jüngeren historischen Schule²³. Schmoller gestand durchaus zu, daß man "als Ideal des Erken-

²⁷ Vgl. dazu meinen Aufsatz: Zur Theorie der Konsumnachfrage, Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Band 16, 1965, 3. 139 ff.

²⁸ Vgl. dazu *Johann Gustav Droysen*, Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte, 4. Auflage, München 1960, wo unter anderem die These aufgestellt wird, daß in der Geschichte an die Stelle der Naturgesetze die sittlichen Mächte treten, an denen der Mensch teilhat. Sie verkörpern angeblich in diesem Bereich das "Allgemeine".

²⁹ Zur Position Schmollers vgl. neuerdings: Reginald Hansen, Der Methodenstreit in den Sozialwissenschaften zwischen Gustav Schmoller und Karl Menger. Seine wissenschaftstheoretische und wissenschaftshistorische Bedeutung, in: Beiträge zur Entwicklung der Wissenschaftstheorie im 19. Jahrhundert, herausgegeben von Alwin Diemer, Meisenheim am Glan 1968, S. 137 ff. Man findet dort eine interessante Attacke gegen die bisher übliche Darstellung dieser Kontroverse, in der die gängige Deutung fast ins Gegenteil gewendet wird. Schmoller erscheint hier als Verfechter der National-

nens die Erklärung aus Ursachen" ansehen könne30, und war sich darüber klar, daß man dazu der Gesetze bedürfe. Er hatte ein durchaus gesundes Mißtrauen gegen voreilige Gesetzesbehauptungen³¹ im Bereich sozialer Phänomene und war sich des fragmentarischen Charakters der bisherigen sozialwissenschaftlichen Erkenntnis in starkem Maße bewußt. Aber seine Akzentuierung von Beobachtung und Beschreibung als primärer Operationen, seine Behandlung des Induktionsproblems und seine Stellungnahmen zu den Ergebnissen der theoretischen Arbeit in der Nationalökonomie legen den Schluß nahe, daß er kaum Verständnis für die Bedeutung abstrakter, isolierender und mit Idealisierungen arbeitender Theorien in den Sozialwissenschaften aufbringen konnte. Die Rolle des "historischen Erfahrungsmaterials", das sich in den Geschichtswissenschaften angesammelt hatte, sah er unter anderem darin, daß es "wie jede gute Beobachtung und Beschreibung" dazu diene, "theoretische Sätze zu illustrieren und zu verifizieren, die Grenzen nachzuweisen, innerhalb deren bestimmte Wahrheiten gültig sind, noch mehr aber neue Wahrheiten induktiv zu gewinnen"32, eine Auffassung, der man bei geeigneter Interpretation noch einen wahren Kern zugestehen mag³³; aber seine anschließende Äußerung, "in den komplizierten Gebieten der Volkswirtschaftslehre" sei "nur auf dem Boden historischer Forschung voranzukommen", und seine Absage an "jedes bloß abstrakte Argumentieren" lassen doch den Verdacht aufkommen, daß er sich über die Bedeutung abstrakter Theorien in diesem Bereich keineswegs klar war34.

ökonomie als einer nomologischen Disziplin, der den Versuch machte, die offensichtlich erfolgreiche Methodenhaltung der modernen Naturwissenschaften auf die Sozialwissenschaften zu übertragen, a.a.O., S. 157. Daraus habe sich gerade "Schmollers Ablehnung der nachklassischen Nationalökonomie" ergeben, "deren Thesen er beherrschte und bisweilen undogmatisch umgedeutet zu verwenden wußte". Schmoller wird als moderner Kantianer, der sich in philosophischen Fragen weit besser auskennt als sein Gegner, dem an Aristoteles, am Historismus und an der Romantik orientierten Menger gegenübergestellt. Trotz aller notwendigen Korrekturen im einzelnen, kann man sich aber meines Erachtens, wenn man die einschlägigen Abhandlungen der beiden Gegner liest, des Eindrucks nicht erwehren, daß im Ganzen doch die Darstellung Erich Schneiders nicht von der Hand zu weisen ist — vgl. dazu Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, IV. Teil, Tübingen 1962, S. 295 ff. —, der darauf insistiert, daß Schmoller den Charakter des theoretischen Denkens nicht verstanden habe.

³⁰ Gustav Schmoller, Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre und Methode, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, herausgegeben von Conrad, Lexis u. a., Band 8, 3. Auflage, Jena 1911, S. 469.

³¹ Schmoller, a.a.O., S. 487 ff.

³² Schmoller, a.a.O., S. 463.

³³ D. h.: wenn man sich über die Schwierigkeiten klar ist, die es bereitet, eine adäquate Verbindung zwischen den komplexen Beobachtungstatsachen des alltäglichen Lebens und den abstrakten Systemen der theoretischen Realwissenschaften herzustellen.

³⁴ Schmoller zitiert — a.a.O., S. 479 — seinen Schüler Hasbach — Hasbach, Zur Geschichte des Methodenstreits, Jahrb. f. Ges. 1895 — mit folgendem

Demgegenüber vertrat Carl Menger von Anfang an den Primat des theoretischen Denkens, wobei er allerdings zwischen einer "empirischrealistischen" Forschungsrichtung unterschied, die auf die Formulierung empirischer Gesetze, und einer "exakten" Forschungsrichtung, die auf die Aufstellung exakter Gesetze abzielt³⁵ — eine Unterscheidung, die sicherlich einem nicht selten zu beobachtenden Unterschied der Interessenrichtung in der Forschung Rechnung trägt³⁶, ihn aber unnötigerweise zu einer prinzipiellen Abgrenzung von Erkenntniszielen verwertet, wobei der mögliche Zusammenhang zwischen beiden Arten von Forschungsresultaten verloren geht. Seine These, daß die exakte theoretische Forschung "die einfachsten Elemente alles Realen zu ergründen" suche, und zwar "ohne Rücksicht darauf, ob dieselben in der Wirklichkeit als selbständige Erscheinungen vorhanden, ja selbst ohne Rücksicht darauf, ob sie in ihrer vollen Reinheit überhaupt selbständig darstellbar sind", so daß ihre Ergebnisse "nicht an der vollen empirischen Wirklichkeit geprüft werden dürfen"37, und seine sonstigen Erläuterungen zu diesem Punkt deuten darauf hin, daß er sich über die Rolle von Idealisierungen in den theoretischen Realwissenschaften und über die im allgemeinen nur sehr indirekten Möglichkeiten empirischer Prüfung von Theorien dieser Art im klaren war³⁸. Allerdings erwecken einige seiner Formulierungen zu dieser Problematik den Eindruck, als ob an eine Prüfung unter Verwertung beobachtbarer Tatsachen überhaupt nicht gedacht werden könne³⁹; man findet bei ihm also eine aprioristische Tendenz, wie sie dann später in der wissenschaftstheoretischen

Passus: "ich habe mich bemüht zu zeigen, daß die Deduktion aus dem Prinzip des Selbstinteresses absolut unfruchtbar gewesen ist, daß gewöhnlich empirische Regelmäßigkeiten den Anfang der Erkenntnis gebildet haben, welche in einzelnen Fällen zu allgemeinen empirischen Gesetzen verbunden wurden, und daß die kausale Erklärung aus psychologischen Prinzipien den Erkenntnisprozeß abschloß" — eine ziemlich groteske Verkennung der heuristischen Bedeutung des erwähnten Prinzips für die theoretische Entwicklung der Sozialwissenschaften, der Schmoller uneingeschränkt zustimmt.

³⁵ Vgl. Carl Menger, Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere, 1883, 2. Auflage, Tübingen 1969, S. 31 ff.

³⁶ Man vergleiche etwa die Arbeiten von Engel und Schwabe mit denen Mengers, Jevons' und Edgeworths.

³⁷ Menger, a.a.O., S. 41.

³⁸ Vgl. dazu *Menger*, a.a.O., S. 43: "Das Wesen dieser, der exacten Richtung der *theoretischen* Forschung auf dem Gebiet der ethischen Erscheinungen besteht aber darin, daß wir die Menschheitsphänomene auf ihre ursprünglichsten und einfachsten constitutiven Factoren zurückführen, an diese letzteren das ihrer Natur entsprechende Maß anlegen und endlich die Gesetze zu erforschen suchen, nach welchen sich aus jenen einfachsten Elementen, in ihrer Isolierung gedacht, *compliciertere* Menschheitsphänomene gestalten", siehe dazu unten.

³⁹ Vgl. Menger, a.a.O., S. 56 f.

Auffassung Ludwig von Mises' zum Durchbruch kommen sollte⁴⁰. Außerdem scheint er ganz bestimmte Idealisierungen, wie sie dem damaligen ökonomischen Denken vertraut waren, für unerläßliche Voraussetzungen "einer strengen Gesetzmäßigkeit der wirtschaftlichen Erscheinungen" gehalten zu haben⁴¹. Aber seine Auffassungen werden doch im Ganzen dem Charakter der theoretischen Realwissenschaften eher gerecht als die schon erwähnten Ausführungen Schmollers⁴².

IV. Der Marxismus und das Problem der Geschichtlichkeit ökonomischer Gesetze

In der Diskussion zwischen Menger und Schmoller spielte die Frage der Historizität sozialer Gesetze noch keine Rolle. Es scheint vor allem der Einfluß des Marxismus auf die wissenschaftstheoretische Dikussion in den Sozialwissenschaften gewesen zu sein, der diese bis zum heutigen Tag nicht verschwundene Problematik ins Blickfeld gerückt hat. Marx selbst spricht bekanntlich von den "Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion", er sieht den Endzweck seines Werkes darin, "das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen", das er, wie der Anfang des betreffenden Satzes zeigt, als Naturgesetz betrachten möchte, er macht den Anspruch, "die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Proze β " aufzufassen⁴³, und er stimmt einem Rezensenten zu⁴⁴, der ihm die Auffassung zuschreibt, daß "jede historische Periode ihre eigenen

⁴⁰ Vgl. dazu dessen im übrigen sehr instruktives Buch: Grundprobleme der Nationalökonomie. Untersuchungen über Verfahren, Aufgaben und Inhalt der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Jena 1933, S. 12 ff. Bei Menger ist dann auch der problematische Passus zu lesen, daß die "exacte Nationalökonomie, ihrer Natur nach, uns die Gesetze der Wirtschaftlichkeit, die empirisch realistische Volkswirtschaftslehre dagegen die Regelmäßigkeiten in der Aufeinanderfolge und Coexistenz der realen Erscheinungen der menschlichen Wirtschaft ... zum Bewußtsein zu bringen" habe — a.a.O., S. 59 —, problematisch deshalb, weil er den Übergang zu einer normativen Deutung dieser Disziplin erleichtert, der ohnehin schon naheliegend ist.

⁴¹ Vgl. Menger, a.a.O., S. 74 f.; überdies scheint er mitunter einer essentialistischen Tendenz zu erliegen, die auf seine Orientierung an der aristotelischen Tradition zurückgeht, wie schon Emil Kauder festgestellt hat, vgl. dazu Kauder, The Intellectual and Political Roots of the Older Austrian School, Zeitschrift für Nationalökonomie, 1958; vgl. dazu auch Hansen, a.a.O., S. 162 ff.

⁴² Das bezieht sich auch auf seine Einwände gegen den Schmollerschen Deskriptivismus und Induktivismus, vgl. dazu Menger, Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie (1884), in: Carl Menger, Gesammelte Werke, herausgegeben von Friedrich A. Hayek, Band III, 2. Auflage, Tübingen 1970.

lage, Tübingen 1970.

43 Vgl. Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, 1867, Berlin 1955, Vorwort zur ersten Auflage, S. 6 ff.

Gesetze" hat⁴⁵ und daß es keine "allgemeinen Gesetze des ökonomischen Lebens" gibt⁴⁶. Mit der Zustimmung zu dieser Charakterisierung seines Vorgehens verbindet er die Bemerkung, der betreffende Rezensent habe damit nichts anderes geschildert "als die dialektische Methode", die im übrigen bei ihm "der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil" sei⁴⁷.

Anknüpfend an die oben erwähnte Rezension behauptet Nicolai Bucharin, Marx hebe hier strikt den historischen Charakter seiner Wirtschaftstheorie und die Relativität ihrer Gesetze hervor⁴⁸. Daraus folge allerdings keineswegs, daß er "die Existenz von jeglichen allgemeinen Gesetzen in Abrede stelle", die den Gang des gesellschaftlichen Lebens auf seinen verschiedenen Entwicklungsstufen lenken. "Die materialistische Geschichtstheorie stellt z. B.", so fährt er fort, "Gesetze auf, die sich zur Erklärung der gesellschaftlichen Entwicklung schlechthin eignen. Doch schließt dies nicht die besonderen geschichtlichen Gesetze der politischen Ökonomie aus, die, im Gegensatz zu den soziologischen Gesetzen, das Wesen einer bestimmten gesellschaftlichen Struktur, nämlich die der kapitalistischen Gesellschaft, ausdrücken⁴⁹." Aber die folgenden Passagen zeigen dann, daß Bucharin den allgemeinen Charakter solcher Gesetze im oben erläuterten Sinne ganz klar gesehen hat⁵⁰. "Historisch" sind die von ihm erwähnten Gesetze der politischen

⁴⁵ "Sobald das Leben eine gegebene Entwicklungsperiode überlebt hat, aus einem gegebenen Stadium in ein anderes übertritt, beginnt es auch, durch andere Gesetze gelenkt zu werden.", a.a.O., S. 17.

^{46 &}quot;Die alten Oekonomen verkannten die Natur ökonomischer Gesetze, als sie dieselben mit den Gesetzen der Physik und Chemie verglichen. . . . Eine tiefere Analyse der Erscheinungen bewies, daß soziale Organismen sich voneinander ebenso gründlich unterscheiden als Pflanzen- und Tierorganismen . . . Ja, eine und dieselbe Erscheinung unterliegt ganz und gar verschiedenen Gesetzen infolge des verschiedenen Gesamtbaus jener Organismen, der Abweichung ihrer einzelnen Organe, des Unterschieds der Bedingungen, worin sie funktionieren usw. Karl Marx leugnet z. B., daß das Bevölkerungsgesetz dasselbe ist zu allen Zeiten und an allen Orten. Er versichert im Gegenteil, daß jede Entwicklungsstufe ihr eigenes Bevölkerungsgesetz hat" . . . Der wissenschaftliche Wert einer Forschung, wie er sie betreibe, liege "in der Aufklärung der besonderen Gesetze, welche Entstehung, Existenz, Entwicklung, Tod eines gegebenen gesellschaftlichen Organismus und seinen Ersatz durch einen anderen, höheren regeln"; a.a.O., S. 17.

⁴⁷ a.a.O., S. 17 f. Zu dieser Behauptung vgl. allerdings Werner Becker, Kritik der Marxschen Wertlehre, Hamburg 1972.

⁴⁸ Vgl. *Nicolai Bucharin*, Die politische Ökonomie des Rentners. Die Wertund Profittheorie der österreichischen Schule (1919), 2. durchgesehene Auflage, Wien / Berlin 1926, S. 49.

⁴⁹ Bucharin, a.a.O., S. 50.

⁵⁰ Nach seiner Auffassung "...läßt sich ein theoretisches Gesetz der politischen Ökonomie in die Kausalitätsformel bringen: ist A, B, C vorhanden, so muß auch D eintreten; mit anderen Worten: das Vorhandensein von bestimmten Bedingungen, "Ursachen", zieht den Eintritt von bestimmten Folgen nach sich. Es ist klar, daß diese "Bedingungen" auch historischen Charakter besitzen können, d. h. daß sie in Wirklichkeit nur zu bestimmter Zeit eintre-

Ökonomie nur insofern, als die in ihnen formulierten Bedingungen nur auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des sozialen Lebens realisiert sind. Diese Kennzeichnung trifft also eigentlich nicht die Eigenart der betreffenden Gesetze selbst, sondern nur das Auftreten ihrer Anwendungsbedingungen. Sie gilt z.B. auch für die Gesetze der Genetik und aller anderen Bestandteile der theoretischen Biologie. Problematisch ist nur die damit verbundene Behauptung, daß die "politische Oekonomie als Wissenschaft ... zu ihrem Gegenstand nur die Waren-, resp. die kapitalistische Warengesellschaft haben" könne, da in keiner anders organisierten Gesellschaft auch nur ein einziges Problem zu finden sei, "dessen Lösung in das Aufgabengebiet der theoretischen politischen Oekonomie" falle⁵¹. Offenbar stand für ihn a priori fest, daß es nicht möglich sei, ökonomische Gesetzmäßigkeiten zu finden, die gleichzeitig auch für andere Gesellschaftsformationen gültig sind. Daß die wissenschaftliche Forschung zu tieferliegenden Gesetzmäßigkeiten vorstoßen könne, aus denen sich etwa eine Erklärung der Gesetze verschiedener Gesellschaftsformationen ergeben könnte, scheint er von vornherein für unmöglich gehalten zu haben⁵².

ten. Vom rein logischen Gesichtspunkt aus ist es völlig belanglos, wo und wann diese Bedingungen in Wirklichkeit vorkommen, noch mehr, ob sie überhaupt eintreten — in diesem Sinne haben wir es mit "ewigen Gesetzen" zu tun; andererseits sind sie, sofern sie real vorkommen, historische Gesetze", denn sie hängen mit den "Bedingungen" zusammen, die lediglich auf einer bestimmten historischen Entwicklungsstufe vorkommen. Doch sind nun einmal diese Bedingungen vorhanden, so sind damit auch ihre Folgen gegeben. Eben dieser Charakter der theoretischen ökonomischen Gesetze macht deren Anwendung auf Länder und Epochen, in denen die soziale Entwicklung bereits eine entsprechende Höhe erreichte, möglich; deshalb konnten z. B. die russischen Marxisten richtig das "Schicksal des Kapitalismus in Rußland" voraussagen, obwohl die Marxsche Analyse sich auf ein konkretes empirisches Material stützte, das sich auf England bezog"; Bucharin, a.a.O., S. 50 f. Daß der letzte Satz eine besondere Problematik enthält, bedarf wohl keiner Erläuterung.

⁵¹ Bucharin, a.a.O., S. 51; vgl. dazu das Referat von Alec Nove, Knappheit, Allokation und Macht, oben.

⁵² Man betrachte folgenden Passus seiner Argumentation: "... die Erforschung des Kapitalismus ist eben die Erforschung dessen, was den Kapitalismus von jeder anderen gesellschaftlichen Struktur unterscheidet. Sobald wir von für den Kapitalismus typischen Besonderheiten abstrahieren, kommen wir zu allgemeinen Kategorien, die auf alle möglichen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse angewandt werden können und demgemäß den historisch bestimmten, ganz eigentümlichen Entwicklungsprozeß des "modernen Kapitalismus" nicht zu erklären vermögen", a.a.O., S. 53. In ganz analoger Weise könnte man die Möglichkeit einer allgemeinen Genetik mit dem Hinweis auf die strukturellen Besonderheiten der Organismusarten leugnen. Um die Einzigartigkeit des Kapitalismus zu akzentuieren, wird hier — unter Nichtberücksichtigung gerade der einschlägigen Resultate der Wissenschaftsgeschichte — ein völlig überflüssiger Historismus praktiziert und zum Dogma erhoben. Wie auch sonst nicht selten in der marxistischen Literatur, trägt die Bezugnahme auf "Kategorien" statt auf Aussagen erheblich dazu bei, daß die betreffende Problematik nicht genügend analysiert wird. "In einer sozialistischen Gesellschaft", so stellt Bucharin fest, "wird

Auch Oskar Lange spricht davon, daß ökonomische Gesetze "Produkte der geschichtlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft" seien und daß "ihr Wirkungsbereich ebenfalls geschichtlich determiniert" sei. Jedes Gesetz in Natur und Gesellschaft habe seinen raumzeitlichen Wirkungsbereich, denn es sei unter "streng definierten Bedingungen" wirksam und höre auf zu wirken, wenn diese Bedingungen sich änderten. Die Bedingungen der Wirksamkeit ökonomischer Gesetze änderten sich von einer historischen Epoche zur anderen: Diese selbst seien mithin nicht allgemein gültig, sie seien vielmehr historische Gesetze, die sich auf bestimmte Stufen der geschichtlichen Entwicklung bezögen⁵⁸. Er unterscheidet aber dann Gesetzmäßigkeiten verschiedener Reichweite, die teilweise für mehrere oder gar alle Gesellschaftsformationen gelten und zwar je nach der Dauer der Bedingungen, die für ihre Wirksamkeit maßgebend sind⁵⁴. Im Gegensatz zu anderen marxistischen Theoretikern betont er, daß auch unter den Bedingungen des Sozialismus ökonomische Gesetze objektiv wirksam bleiben, das heißt: "unabhängig vom menschlichen Willen und Bewußtsein". Nur gebe das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln diesen Gesetzen die Möglichkeit, zu "durch den Menschen beabsichtigten Resultaten" zu führen⁵⁵. Wie immer man diesen Anspruch und die sich daran knüpfenden optimistischen Äußerungen über die Kontrolle der sozialen Entwicklung im Sozialismus beurteilen mag, zunächst ist wieder festzustellen, daß der "historische" Charakter von Gesetzen auch bei Lange mit dem Allgemeinheitsanspruch vollkommen vereinbar ist, der üblicherweise für Gesetzmäßigkeiten erhoben wird.

die politische Oekonomie ihre Daseinsberechtigung verlieren: es wird nur eine "Wirtschaftsgeographie" übrig bleiben — eine Wissenschaft vom idiographischen Typus, und eine 'ökonomische Politik', eine normative Wissenschaft; denn die Beziehungen zwischen den Menschen werden einfach und klar sein, die fetischisierte dingliche Formulierung dieser Beziehungen wird wegfallen und an Stelle der Gesetzmäßigkeiten des elementarischen Lebens wird die Gesetzmäßigkeit der bewußten Handlungen der Gesellschaft treten." Ähnliche Passagen findet man auch bei den heutigen Vertretern des Marxismus immer wieder. Eine theoretische Grundlage dafür ist weder hier noch anderswo zu entdecken. Daß auch in einer Gesellschaft mit zentraler Planung das Problem der unbeabsichtigten Konsequenzen von Handlungen auftreten könnte, es sei denn, die Planungsorgane wären allmächtig und allwissend, wird nicht einmal erörtert, was teilweise damit zusammenzuhängen scheint, daß man sich daran gewöhnt hat, von der Gesellschaft als einem handelnden Kollektivsubjekt zu sprechen. Auch Rosa Luxemburg und Rudolf Hilferding neigten offenbar zu solchen Auffassungen; vgl. dazu die Kritik an Luxemburg, Hilferding und Bucharin durch Oskar Lange in seinem Buch: Political Economy, Vol. I, Oxford / London / New York / Paris / Warszawa 1963, S. 84 f.

⁵³ Lange, a.a.O., S. 63, Übers. v. mir, d. V. Er bezieht sich dabei vor allem auf Äußerungen von Friedrich Engels zu dieser Problematik.

⁵⁴ Lange, a.a.O., S. 63 ff.

⁵⁵ Lange, a.a.O., S. 82.

V. Die Problematik der Quasi-Gesetze und ihrer Relativierung

Von einer Geschichtlichkeit sozialer — oder spezieller: ökonomischer — Gesetzmäßigkeiten in einem für unsere Problematik wesentlichen Sinne könnte nur dann geredet werden, wenn die Geltung der betreffenden Aussagen auf bestimmte Raum-Zeit-Gebiete eingeschränkt würde, so daß die für Gesetze der bisher erwähnten Art charakteristische Allgemeinheit — im Sinne einer essentiellen Nicht-Bezogenheit auf individuell charakterisierte Raum-Zeit-Gebiete — hinfällig würde. Manche Äußerungen von Theoretikern, die dem Historismus verpflichtet sind, klingen so, als ob sie derartige Gesetzmäßigkeiten, die man Quasi-Gesetze nennen könnte 7, als Bestandteile "geschichtlicher Theorien" zur Erklärung konkreter Ereignisse heranziehen wollten 8.

56 Vgl. dazu Karl Popper, Logik der Forschung, a.a.O., S. 34 ff.

⁵⁷ Vgl. dazu meinen Aufsatz: Theorie und Prognose in den Sozialwissenschaften, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 93. Jg., 1957, S. 67 ff., sowie mein Buch: Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied / Berlin 1967, S. 309 ff., S. 483 ff.

⁵⁸ Vgl. etwa den Aufsatz von Arthur Spiethoff, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie und ihr Verhältnis zueinander, in: Synopsis, Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg 1948, in dem eine solche Auffassung zum Ausdruck zu kommen scheint; vgl. aber auch Karl Mannheim, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, Leiden 1935, S. 130 f., der seine "principia media" anscheinend in diesem Sinne — d. h. als "Quasi-Gesetze" verstanden wissen wollte; weiter: Adolf Löwe, Economics and Sociology, London 1935, besonders S. 101; sowie Gerhard Mackenroth, Bevölkerungslehre, Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, Berlin / Göttingen / Heidelberg 1953, S. 111 ff., wo er sich die Aufgabe stellt, "das historische Bevölkerungsgesetz unserer heutigen europäischen Konstellation herauszuarbeiten, seine räumliche und geschichtliche Reichweite abzustecken, es unter Umständen durch Gegenüberstellung mit anderen geschichtlichen und außereuropäischen Bevölkerungsweisen diesen gegenüber abzuheben und in seiner historischen Einmaligkeit und Einzigartigkeit deutlich werden zu lassen". "Die historisch-soziologischen Bevölkerungsweisen", so sagt er weiter, "sind Bevölkerungsgesetze, wenn man diesen Ausdruck überhaupt noch verwenden will, niemals im Sinne einer historischen Notwendigkeit, ein solches Notwendigkeitsdogma liegt gänzlich außerhalb der historisch-soziologischen Visierlinie und ist eine vom Kausaldenken der Naturwissenschaften abgezogene Kategorie. Die Gesetzmäßigkeit, mit der wir es zu tun haben, ist vielmehr eine innere Strukturgesetzmäßigkeit, die miteinander korreliert 1. alle Elemente einer Bevölkerungsweise und 2. diese Bevölkerungsweise als Ganzes mit der historisch-soziologischen Konstellation der Zeit in allen ihren Daten"; und vorher — a.a.O., S. 100: "Das geschichtliche Zusammenspiel generativer Verhaltensweisen einer Menschengruppe wollen wir ihre Bevölkerungsweise oder ihre generative Struktur nennen"; und - S. 111 - "Das generative Verhalten jeder geschichtlichen Wirklichkeit ist immer in das Insgesamt eines Sozialprozesses eingebettet und stimmt sich über soziologische Zwischenglieder mit seinen anderen Elementen ab"; und — auf S. 326 — "Eine Bevölkerungsweise ist also ein Sinnzusammenhang, in dem alle Elemente eines generativen Verhaltens aufeinander in sinnvoller Weise abgestimmt sind: Familienverfassung, Heiratshäufigkeit, Fruchtbarkeit usw. alle diese einzelnen ,patterns of behavior' bilden zusammen in ihrer Abgestimmtheit aufeinander eine Struktur. Bevölkerungsweise und generative

Die Idee, die hinter solchen Erwägungen steckt, ist keineswegs unplausibel. Immer wieder lassen sich im Laufe der historischen Entwicklung Invarianzen feststellen, die in ganz bestimmten, wenn auch nicht immer scharf abgrenzbaren Raum-Zeit-Gebieten — Epochen und Kulturkreisen — auftreten; man denke zum Beispiel an die Konjunkturzyklen. Für die Kennzeichnung einer Gesamtheit derartiger Züge von "relativer Allgemeinheit" hat man teilweise den Stilbegriff aus der Kunstwissenschaft übernommen und von "Sozial"- oder auch "Wirtschaftsstilen" gesprochen⁵⁹. Dabei wurde meist mehr oder weniger deutlich unterstellt, daß es sich dabei um Tatbestände handelt, die für die "geschichtlich-gesellschaftliche Wirklichkeit" charakteristisch sind, so daß ihre Berücksichtigung zu Aussagen führen müsse, wie sie in den Naturwissenschaften nicht vorkämen. Dagegen ist mit Recht geltend gemacht worden, daß es zwischen den Eigenheiten eines physischgeographischen und den Besonderheiten eines sozio-kulturellen Milieus in der hier in Betracht kommenden Hinsicht keinen prinzipiellen Unterschied gebe⁶⁰. Es ist also durchaus möglich, Quasi-Gesetze der von mir genannten Art auch in den Naturwissenschaften zu formulieren und sie in Quasi-Theorien zu kodifizieren. So wäre es etwa denkbar. daß jemand auf die Idee gekommen wäre, noch vor Entdeckung der Keplerschen Gesetze eine Aussage über die spezielle Beschaffenheit der Jupiterbahn zu formulieren und als Quasi-Gesetz über diese Planetenbewegung anzubieten. Ebenso kann man in den Sozialwissenschaften gewisse typische Muster des Funktionierens, die in speziellen Kultur- und Sozialmilieus zu beobachten sind, in quasi-nomologischen Aussagen festzuhalten suchen, von denen man von vornherein annimmt, daß ihre Geltung auf diese Umgebungen beschränkt sein wird. Natürlich kann eine solche Einsicht in die essentielle Raum-Zeit-Bezogenheit der betreffenden Aussagen auch Resultat einer späteren Entdeckung sein, so daß man zu Anfang glauben konnte, es mit einem allgemeinen Gesetz zu tun zu haben.

Die wissenschaftstheoretisch interessante Frage ist nun die, wie man sich zu Aussagen dieser Art sinnvollerweise zu verhalten hat. Das einfachste Verfahren besteht offenbar darin, sie historisch zu relativieren, sie also gewissermaßen mit einem Raum-Zeit-Index zu versehen und

Struktur sind Synonyma". Wenn man von der Verwendung des Sinn-Begriffs absieht, fühlt man sich an die oben angeführte Marxsche Konzeption erinnert; vgl. Anm. 46.

⁵⁹ Auch die "gesellschaftlichen Figurationen", von denen Norbert Elias spricht, scheinen mir in diese Kategorie zu gehören, vgl. dazu: *Elias*, Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des Königtums und der höfischen Aristokratie, Neuwied / Berlin 1969.

⁶⁰ Vgl. *Karl Popper*, Das Elend des Historizismus (1957), 3. verbesserte Auflage, Tübingen 1971, S. 77 ff., 26. Sind Verallgemeinerungen auf Epochen beschränkt?

dadurch ausdrücklich auf das betreffende Raum-Zeit-Gebiet, ihren historischen Geltungsbereich, zu beziehen. Damit erreicht man allerdings nur, daß ihre historische Relativität deutlich hervorgehoben wird. Ein wesentlicher Erkenntnisfortschritt ist auf diese Weise also nicht erzielbar.

Statt dessen kann man selbstverständlich den Versuch machen, die Allgemeinheit dieser quasi-nomologischen Aussagen dadurch zu retten oder wieder herzustellen, daß man sie in einer Weise konditionalisiert, die zu ihrer Verwandlung in analytische Aussagen führt⁶¹. Eine solche analytische Relativierung reduziert zugleich auch den Informationsgehalt der betreffenden Aussage auf Null, was man ebenfalls kaum als theoretischen Fortschritt ansehen wird.

Ein drittes Verfahren könnte darin bestehen, daß man den Versuch unternimmt, Bedingungen zu eruieren, die dafür verantwortlich sind, daß die betreffenden Muster des Funktionierens gerade in dem betreffenden Raum-Zeit-Gebiet aufzutauchen pflegen, und sie auf diese relativ invarianten Bedingungen zu beziehen. Eine derartige strukturelle Relativierung führt zur Eliminierung des Raum-Zeit-Bezuges der in Frage kommenden Aussage, ohne daß ihr Informationsgehalt dadurch verschwinden muß⁶². Die von den Vertretern des Marxismus immer wieder angeführten Gesetzmäßigkeiten bestimmter Gesellschaftsformationen, die ja, wie wir gesehen haben, durchaus als allgemeine Gesetze üblicher Art aufgefaßt werden können, kann man wohl ohne weiteres zur Klasse derartiger strukturell relativierter Quasi-

⁶¹ Eine solche Konditionalisierung ist eine im allgemeinen gehaltsvermindernde Schlußweise nach dem Schema: Wenn p, dann: wenn q dann p. Man kann sich dieses Verfahren am Übergang von einer gehaltvollen Version der Quantitätstheorie des Geldes zur analytischen Verkehrsgleichung verdeutlichen, etwa so, daß aus einer Ausgangsformel: $P(x) = k \cdot G(x)$ auf diese Weise eine Formel:

 $[\]frac{U(x)}{H(x)} = k \supset P(x) = k \cdot G(x)$ abgeleitet würde, die offenbar analytisch wäre,

denn nach der Verkehrsgleichung müssen sich ja bei Konstanz der Umlaufgeschwindigkeit (U(x)) und des Handelsvolumens (H(x)) Preisniveau (P(x)) und Geldvolumen (G(x)) gleichsinnig bewegen.

⁶² Natürlich ist eine Reduzierung des Gehalts nicht vermeidbar. Zu dieser Verfahrensweise vgl. das Beispiel einer Aussagenanalyse, das Theodor Geiger in seinem Buch: Ideologie und Wahrheit. Eine soziologische Kritik des Denkens, Stuttgart / Wien 1953, S. 70 ff., in einem gänzlich anderen Zusammenhang — nämlich im Rahmen einer ideologiekritischen Untersuchung — bietet. Er empfiehlt dort unter anderem, den allgemeinen Satz "Der Unternehmergewinn ist der notwendige Antrieb wirtschaftlichen Fortschritts", der de facto als quasi-nomologisch anzusehen ist, mit dem "Index der Sozialstruktur" zu versehen, "innerhalb deren allein er sachlich zutrifft", um ihn auf eine "echte, theoretisch verantwortbare Sachaussage" zu reduzieren.

Gesetze rechnen. Sie haben durch Relativierung auf bestimmte strukturell bestimmbare Gesellschaftsformationen ihren quasi-nomologischen Charakter verloren.

Allerdings muß hier gleich darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine Erklärung solcher Gesetzmäßigkeiten auf der Grundlage von Theorien höheren Niveaus keineswegs ausgeschlossen ist, von Theorien nämlich, aus denen sich für verschiedene relativ invariante Bedingungskonstellationen verschiedene Muster des Funktionierens ergeben. Während vom Resignationsstandpunkt des quasi-theoretisch orientierten Historismus schon die Möglichkeit einer strukturellen Relativierung ausgeschlossen werden muß, scheinen bestimmte Vertreter des Marxismus, die gegen ein solches Verfahren kaum etwas einzuwenden haben dürften, eine tiefergehende Erklärung durch allgemeinere Theorien, durch Theorien etwa, die auf beliebige Sozialsysteme anwendbar sind, für unmöglich zu halten, und zwar aus mir nicht erkennbaren Gründen⁶³.

So gehört offenbar für Lange das Streben nach Profitmaximierung notwendig zum kapitalistischen Unternehmen⁶⁴, und die Aussage, in der dieser Tatbestand formuliert wird, bringt ein Gesetz zum Ausdruck, das für diese — die kapitalistische — Gesellschaftsformation spezifisch ist⁶⁵, eine Auffassung, die — wenn man einmal von gewissen durchaus ernstzunehmenden Einwendungen absieht, denen das Gewinnmaximierungsprinzip in letzter Zeit ausgesetzt war66 — nicht unplausibel erscheint. Aber nach Langes oben erörterter wissenschaftstheoretischer Auffassung muß man eine solche Gesetzmäßigkeit offenbar als Letztgegebenheit hinnehmen. Es besteht also keine Aussicht, sie auf der Basis allgemeiner Theorien zu erklären. Nun sagt aber Lange selbst in seiner Erörterung dieser Gesetzmäßigkeit, daß die "Tendenz zur Maximierung des Geldeinkommens die unvermeidliche Konsequenz der Aufspaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit in gewinnbringende und in hauswirtschaftliche Tätigkeit" ist und daß diese Tendenz "sich nicht voll entwickeln kann unter Bedingungen, in denen es andere Möglichkeiten neben der gewinnbringenden Tätigkeit gibt, die Mittel zur Bedürfnisbefriedigung zu erhalten"67. Schon diese Formulierungen lassen erkennen, daß er die Möglichkeit nicht auszuschließen vermag, das Auftreten oder Nicht-Auftreten dieses Verhaltensstils unter diesen oder jenen Bedingungen durch Rückgriff auf allgemeinere Theorien zu erklären, deren Anwendung nicht an eine bestimmte Ge-

⁶³ Vgl. z. B. zu Oskar Lange Anm. 52 oben.

⁶⁴ Vgl. Lange, a.a.O., S. 164 ff.

⁶⁵ Lange, a.a.O., S. 66.

⁶⁶ Vgl. dazu William J. Baumol, Business Behavior, Value and Growth, New York 1959.

⁶⁷ Lange, a.a.O., S. 166, Hervorhebungen von mir, d. V.

sellschaftsformation gebunden ist, obwohl seine deklarierte wissenschaftstheoretische Auffassung das eigentlich nicht zuläßt⁶⁸. Gerade wenn man von der Wandelbarkeit der sozialen und natürlichen Bedingungen — und damit auch von der Geschichtlichkeit sozialer Strukturen - ausgeht, ist es meines Erachtens besonders naheliegend, nicht nur nach der Möglichkeit struktureller Relativierung von Quasi-Gesetzen, sondern darüber hinaus auch nach ihrer Erklärung durch Rekurs auf tiefere Theorien zu suchen.

Natürlich kann stets die Frage gestellt werden, ob die Gesetzmäßigkeiten, die man bisher gefunden hat, wirklich allgemeinen Charakter haben, ob man also nicht historisch beschränkten Regelmäßigkeiten etwa bestimmten sozialen Mechanismen — den Charakter allgemeiner Gesetzmäßigkeiten zugeschrieben hat69. Das ist eine Frage, die in allen Wissenschaften auftauchen kann. Sie ist nicht damit zu beantworten, daß man einfach die Historizität bisher gefundener Gesetze behauptet. Es ist vielmehr notwendig, in jedem Fall zu zeigen, daß die vermutete Allgemeinheit nicht zutrifft. Dazu genügt nicht eine allgemeine Geschichtsphilosophie, welche die Geschichtlichkeit sozialer Tatbestände behauptet. Wenn Geschichtlichkeit Gesetzlosigkeit bedeutete - also Fehlen struktureller Tiefenkonstanzen —, dann würde man übrigens gerade in der Geschichtswissenschaft vor einem unüberwindlichen Dilemma stehen, denn es gäbe keine Möglichkeit, Ereignisabläufe früherer Zeiten zu rekonstruieren⁷⁰. Heute sind daher auch die Historiker eher geneigt anzunehmen, daß es solche Gesetzmäßigkeiten gibt. Die Zeit des methodologischen Historismus scheint auch in der Geschichtswissenschaft selbst zu Ende zu sein.

VI. Der methodologische Individualismus und das Verhältnis von Nationalökonomie und Psychologie

Daß der soziale Rahmen, innerhalb dessen die von der Nationalökonomie analysierten Prozesse ablaufen, historisch wandelbar ist, hat, soweit ich sehe, auch in der Periode der Klassik - also vor Marx kaum jemand bezweifelt71. Gerade die Klassiker haben ja schon für

⁶⁸ Überhaupt scheint mir die an der Idee der Einheit einer Gesellschaftsformation orientierte Art und Weise, die Reichweite bestimmter Gesetzmäßigkeiten ein für alle mal festzulegen, ein ziemlich dogmatisches Verfahren zu sein, das nur geeignet ist, den Fortschritt der Wissenschaft zu inhibieren. Es ist meines Erachtens ziemlich aussichtslos, ein Apriori-Wissen über solche Abgrenzungen zu postulieren.

⁶⁹ Man denke etwa an das "eherne Lohngesetz" und seine Rolle im sozialen Denken des vorigen Jahrhunderts.

⁷⁰ Vgl. dazu die beiden Arbeiten von Leon J. Goldstein sowie meine Einleitung in der zweiten Auflage von "Theorie und Realität", Tübingen 1972.
71 Adam Smith z. B. geht ja ausdrücklich von diesem Tatbestand aus und

vergleicht verschiedene Sozialsysteme.

einen bestimmten Wandel dieses Rahmens plädiert, weil sie als Resultat einer solchen Änderung eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Mitteln zur Befriedigung der Bedürfnisse erwarteten. Daß sozialstrukturelle Wandlungen mit der Existenz allgemeiner Gesetzmäßigkeiten vereinbar sind, haben wir gesehen. Wendet man derartige Gesetze auf unterschiedliche Bedingungskonstellationen an, dann können sich daraus bekanntlich durchaus unterschiedliche Konsequenzen — also etwa: unterschiedliche soziale Abläufe — ergeben. Es dürfte also eigentlich niemanden überraschen, daß bei geänderten sozialen Rahmenbedingungen — etwa auf Grund neuer normativer Regulierungen — aus den gleichen sozialen Gesetzen andere Prozesse und Zustände resultieren.

In der Entwicklung der Sozialwissenschaften ist nun schon relativ früh die Idee aufgetaucht, daß die grundlegenden nomologischen Aussagen, auf die man bei der Erklärung sozialer Phänomene - z.B. ökonomischer Prozesse und ihrer Resultate - zurückzugreifen habe, sich auf das Verhalten der beteiligten Individuen beziehen müßten. Dieser methodologische Individualismus ist schon bei den schottischen Moralphilosophen wirksam, deren Ideen die Entwicklung des ökonomischen Denkens stark beeinflußt haben⁷². Er kommt dann noch einmal deutlich im Benthamschen Erkenntnisprogramm zum Ausdruck⁷⁸, das sich vor allem im neoklassischen Denken ausgewirkt hat. Die grundlegenden Annahmen, mit denen die Vertreter der klassischen Ökonomie arbeiteten, bezogen sich im wesentlichen auf das typische Verhalten von Geschäftsleuten, die ihr Handeln an Gewinnerwartungen orientierten, so daß sie in der Lage waren, das von ihnen analysierte Marktsystem als einen finanziellen Sanktionsmechanismus aufzufassen, ein System, das durch monetär meßbare positive und negative Sanktionen gesteuert wurde. Allerdings wurden im ökonomischen Denken von vornherein stets auch andere Belohnungsarten als finanzielle Vorteile berücksichtigt, wenn es notwendig erschien, so z.B. wenn Adam Smith darauf hinwies, daß die Ehre in gewissen Fällen - nämlich bei den Professionen — einen wesentlichen Teil der Belohnung ausmacht, wodurch die niedrigen Einkommen, die in diesem Bereich damals offenbar

⁷² Vgl. Anm. 7 oben. Für eine Würdigung der Bedeutung des holländischen Arztes Bernard Mandeville, dem wiederum diese Philosophen entscheidende Anregungen verdanken, vgl. Friedrich A. von Hayek, Dr. Bernard Mandeville, in seinem Aufsatzband: Freiburger Studien, a.a.O.; zum methodologischen Individualismus vgl. weiter: Karl Popper, Das Elend des Historizismus, a.a.O.; George C. Homans, The Nature of Social Science, New York 1967; Viktor Vanberg, Der verhaltenstheoretische Ansatz in der Soziologie. Theoriegeschichtliche und wissenschaftstheoretische Fragen, Nachwort zu: George C. Homans, Grundfragen soziologischer Theorie, Opladen 1972, sowie die anderen Arbeiten dieses Bandes; schließlich: W. G. Runciman, Sociology in its Place, in seinem gleichnamigen Buch, Cambridge 1970.

⁷⁸ Vgl. dazu meinen Aufsatz: Erwerbsprinzip und Sozialstruktur, Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Band 19, 1968, S. 1 ff.

erzielt wurden, kompensiert werden konnten⁷⁴. Die allgemeine Verhaltensannahme für den kommerzialisierten Bereich einer Gesellschaft, das Prinzip der Gewinnmaximierung, hatte offenbar den Charakter einer mehr oder weniger bewußt als *Idealisierung* eingeführten Hypothese, für die man unter bestimmten Bedingungen — das heißt: in Systemen bestimmter struktureller Prägung — approximative Wahrheit in Anspruch nehmen zu können glaubte.

Erst im Benthamschen Utilitarismus wurde eine allgemeine — von der Beschränkung auf spezielle Sozialstrukturen unabhängige — nomologische Verhaltensannahme formuliert, die auf die alte Idee der Glücksmaximierung zurückging. Als das Benthamsche Erkenntnisprogramm, in dem die Reduktion aller sozialen Phänomene auf diese psychologische Grundannahme als Zielsetzung enthalten war, in der marginalistischen Revolution für die ökonomische Theoriebildung wirksam wurde, ergab sich daraus zunächst vor allem die Konsumtheorie — oder besser die Theorie des Marktverhaltens von Konsumenten —, die in der klassischen Ökonomie gefehlt hatte, und damit gleichzeitig eine auf die subjektiven Bedürfnisse bezogene Wertlehre, die — so glaubte man jedenfalls teilweise — die Möglichkeit zu eröffnen schien, alle ökonomischen Wertphänomene auf Bedeutungsgrößen zu reduzieren, die die Wichtigkeit der Güter für die Bedürfnisbefriedigung zum Ausdruck brachten⁷⁵. Schon Alfred Marshall aber hat sich nachdrücklich

⁷⁴ Adam Smith, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations (1776), London 1910, Vol. I, S. 89 ff.; vgl. auch John Stuart Mill, Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy (1848), New York 1965, S. 390, wo ebenfalls auf den Belohnungscharakter der Ehre hingewiesen wird sowie auf die Freude an aufregender Tätigkeit, die als Motiv für die Bevorzugung bestimmter Beschäftigungsarten eine Rolle spiele. Auf S. 428 dieses Buches weist er darauf hin, daß die Gesetze, die hinsichtlich der Renten, Profite, Löhne und Preise formuliert werden können, nur wahr sind, insoweit die beteiligten Personen "frei sind vom Einfluß anderer Motive als derjenigen, die aus den allgemeinen Umständen des Falles hervorgehen, und insoweit, als sie in bezug auf diese durch die gewöhnliche kaufmännische Einschätzung von Gewinn und Verlust geleitet sind" (Übers. v. mir. d. V.). Für seine allgemeine Theorie des Tauschwerts macht er ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie nur für die Systeme der Produktion einen Geltungsanspruch mache, die von Kapitalisten für Profit — nicht von Arbeitern für ihren Lebensunterhalt — betrieben werden; vgl. a.a.O., S. 480.

⁷⁵ Vor allem die österreichische Zurechnungslehre geht von dieser Idee aus, und noch Joseph A. Schumpeter behauptete in seinem Aufsatz "Das Grundprinzip der Verteilungstheorie" (1916/17) — in seinen: Aufsätze(n) zur ökonomischen Theorie, Tübingen 1952, S. 361 —, daß der jeweils "zu erwartende Zuwachs an Bruttoerlös, der die Wertschätzung von Produktionsmitteln begründet" — nota bene: die Wertschätzung des Unternehmers — "nichts anderes" ist "als der Geldausdruck für die Konsumentengrenznutzen", so daß die "Variationen der Rentabilität" gewissermaßen stets "auf Variationen der Gebrauchswertproduktivität" beruhen, also letzten Endes die an der Bedürfnisbefriedigung orientierten Wertschätzungen der Konsumenten widerspiegeln. Noch Heinrich v. Stackelberg hat dieser Idee mit seinem "Kettensatz der Grenznutzenzurechnung" Geltung verschaffen wollen.

gegen die Vorstellung gewendet, daß diese Konsumtheorie die wissenschaftliche Basis der Ökonomie überhaupt sei⁷⁶, und zwar deshalb, weil er eine Theorie der Bedürfnisse für notwendig hielt, die den Zusammenhang zwischen der Vielfalt menschlicher Tätigkeiten und den Bedürfnissen berücksichtigte und sich daher nicht auf jene Konsumbedürfnisse beschränkte, von der die Theorie der Nachfrage nach Konsumgütern ihren Ausgang nahm.

Das Ergebnis der theoretischen Revolution der 70er Jahre war eine sehr eindrucksvolle Umstrukturierung und Ausgestaltung des theoretischen Gebäudes der klassischen Ökonomie, aber das Benthamsche Programm wurde dabei keineswegs voll durchgeführt, denn das allgemeine Nutzenprinzip des Utilitarismus wurde hier letzten Endes in eine spezielle Verhaltensannahme für den Konsumbereich transformiert, während für den Bereich der Produktion die typischen Verhaltensannahmen der Klassik im wesentlichen übernommen wurden. Die "eigenproduzierte psychologische Basis" der reinen Ökonomie⁷⁷, die auf diese Weise entstanden war, hatte keinen wesentlichen Einfluß auf die Verhaltensannahmen außerhalb des Konsumbereichs.

Was den Anspruch angeht, die Arbeit der Grenznutzenschulen habe zu einer Reduktion der ökonomischen Theorie auf Psychologie geführt, so ist er sicherlich schon aus diesem Grunde fragwürdig. Aber abgesehen davon hat man gegen die Nutzentheorie selbst immer wieder eingewendet, daß sie einer vollkommen veralteten psychologischen Auffassung entstammte und schon deshalb als psychologische Grundlage der Ökonomie nicht in Betracht komme⁷⁸. Andererseits haben Verfechter dieser Theorie selbst vielfach deren psychologischen Charakter bestritten und die theoretische Autonomie der reinen Ökonomie als einer "exakten Disziplin vom menschlichen Handeln"⁷⁹ und ihre völlige Unabhängigkeit von jeder psychologischen Begründung⁸⁰, ja darüber hinaus mitunter sogar ihren apriorischen und formalen Charakter behauptet und sie als "die Logik des Handelns und der Tat" auf eine Stufe mit den Formalwissenschaften gestellt⁸¹. Soweit solche Deutungen in Frage kommen, kann man ohne weiteres davon sprechen, daß im neoklassi-

⁷⁶ Vgl. *Alfred Marshall*, Principles of Economics, An Introductory Volume, 1. Auflage, 1890, 9. Auflage, London 1961, S. 87 ff.

⁷⁷ Siehe Oskar Morgenstern, Die drei Grundtypen der Theorie des subjektiven Wertes, in: Probleme der Wertlehre, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 183/1, wo diese Ausdrucksweise auftaucht.

⁷⁸ Vgl. dazu besonders die scharfe Kritik *Gerhard Mackenroths* an der Wertlehre in seinem Diskussionsbeitrag, in: Probleme der Wertlehre. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 183/2.

⁷⁹ Vgl. Joseph A. Schumpeter, Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie (1908), 2. Auflage, Berlin 1970, S. 27 und passim.

⁸⁰ Schumpeter, a.a.O., S. 541 ff.

⁸¹ Vgl. dazu Ludwig von Mises, Grundprobleme der Nationalökonomie, a.a.O., S. 12 ff.

schen Denken eine Marktsoziologie mit entscheidungslogischem Unterbau geschaffen wurde.

Nun kann es meines Erachtens heute kaum einen Zweifel darüber geben, daß eine formale Theorie, die, wie man angesichts derartiger Formulierungen annehmen möchte, keinerlei Informationsgehalt besitzt, nicht als Grundlage eines theoretischen Gebäudes brauchbar ist, das dazu dienen soll, soziale Tatbestände — wie z. B. die des Marktes und der marktgesteuerten Prozesse — zu erklären. Andererseits ist die Richtigkeit dieser Charakterisierung keineswegs selbstverständlich, da in den in Betracht kommenden Teilen der Theorie Aussagen auftauchen, die einige nicht unwesentliche Einschränkungen hinsichtlich der möglichen Beschaffenheit von Bedürfnisstrukturen zu enthalten scheinen, wenn auch ihre empirische Prüfung auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Daß sie von der Art theoretischer Idealisierungen sind, muß sie keineswegs für die Erklärung unbrauchbar machen.

Um das Verhältnis dieser Lehre zur Psychologie beurteilen zu können, muß man meines Erachtens den Entwicklungsaspekt in die darauf abzielenden methodologischen Überlegungen einbeziehen. Daß die Begründer des Grenznutzendenkens in den 70er Jahren den "psychologischen Unterbau" ihrer Lehre in dieser Weise selbständig entwickelt haben, hängt sicher teilweise mit dem damaligen Stand der psychologischen Forschung zusammen, in der es kaum Anhaltspunkte für die angemessene Bewältigung der Probleme des menschlichen Verhaltens gab82. Erst kurz vor der Jahrhundertwende begann sich die Psychologie den Problemen der Motivation zuzuwenden, für die die Vertreter der theoretischen Ökonomie von ihren Gesichtspunkten her ein Interesse hätten aufbringen können. Aber Forschungsresultate, die geeignet erschienen, eine neue Grundlage für diese Disziplin zu liefern, waren noch nicht in Sicht. Ihre Vertreter waren daher gezwungen, für die Erklärung der sie interessierenden sozialen Tatbestände auf theoretische Annahmen über menschliches Verhalten zurückzugreifen, die sie für diesen Zweck selbst konstruiert hatten.

Gegen ein solches Verfahren kann man an sich — auch unter methodologischen Gesichtspunkten — kaum Einwände erheben. Die wissenschaftliche Arbeitsteilung macht es mitunter erforderlich. Die relative Autonomie einer bestimmten Disziplin, auf die ihre Vertreter zuge-

⁸² Die Entwicklung der Psychologie zu einer autonomen Disziplin auf experimenteller Grundlage begann erst zu Ende der 70er Jahre in Deutschland mit der Arbeit von Wilhelm Wundt — vgl. dazu z. B. Michael Wertheimer, Kurze Geschichte der Psychologie, München 1971, S. 87 ff. —, und diese Psychologie beschäftigte sich anfangs noch mit Problemen, welche kaum einen Zugang zu den Tatbeständen eröffnen konnten, die für die reine Ökonomie in erster Linie interessant waren; vgl. dazu auch: John W. Atkinson, An Introduction to Motivation, Princeton/Toronto/London/New York 1964, S. 14.

gebenermaßen oft einen übertriebenen Wert legen, hängt bisweilen mit einer Phasenverschiebung in der Entwicklung verschiedener Bereiche der Wissenschaft zusammen und ist insoweit unvermeidbar. Allerdings ist es kaum zweckmäßig, den Autonomieanspruch einer Disziplin so fest zu verankern, daß man ihre Aussagen gegen jede relevante Kritik immunisiert, die von den Resultaten sich entwickelnder Nachbardisziplinen her möglich wird, wenn sie genügend ausgereift sind. Die heutigen Ergebnisse der psychologischen Forschung scheinen mir jedenfalls den Schluß nahezulegen, daß von ihnen her eine fruchtbare Kritik an ökonomischen Verhaltenshypothesen möglich ist, die schließlich zu deren Revision beitragen mag. Eine solche Revision wird unter anderem auch notwendig sein, um eine konsequente Durchführung des Benthamschen Programms der psychologischen Reduktion zu erreichen, die ja in der neoklassischen Phase der Theoriebildung nicht ganz gelungen ist.

Die Notwendigkeit einer solchen Revision ergibt sich meines Erachtens auch daraus, daß gewisse interne Schwierigkeiten im ökonomischen Denken aufgetaucht sind, die sich offensichtlich nur durch tiefer dringende Untersuchungen zur Rolle kognitiver und motivationaler Faktoren in menschlichen Entscheidungsprozessen klären lassen. Wir können ja für die Erklärung sozialer Tatbestände aller Art auf individualistischer Basis von der theoretischen Idee ausgehen, daß außer bestimmten Faktoren motivationaler Natur auch die Überzeugungen der handelnden Individuen eine konstitutive Bedeutung für ihre Entscheidungen und damit auch ihre Handlungen haben. In den Verhaltenshypothesen der reinen Ökonomie sind bestenfalls sehr einfache und rudimentäre Annahmen über diese Zusammenhänge enthalten, so daß zum Beispiel das sehr wichtige Problem der Erwartungen auf diese Weise kaum zu lösen ist. Für die Bildung des Erwartungshorizontes der handelnden Personen werden deren "Theorien" nicht ohne Bedeutung sein, und diese werden im allgemeinen nicht nur einigermaßen komplex, sondern auch kaum invariant — d. h. zum Beispiel: von Erfahrungen unabhängig — sein. Man wird zwar auch in diesem Bereich für die Zwecke der Erklärung sozialer Phänomene oft mit starken Vereinfachungen und mit Idealisierungen arbeiten müssen, aber ohne Heranziehung psychologischer Forschungsresultate ist da meines Erachtens nicht weiterzukommen. Im übrigen macht auch die Tatsache, daß man in weiten Bereichen mit der extremen Annahme der Irrelevanz nicht-finanzieller Sanktionen für die Steuerung des Verhaltens nicht auszukommen scheint, eine Revision der Verhaltenshypothesen erforderlich83.

⁸³ Hier ist etwa auf die Untersuchungen zur Leistungsmotivation hinzuweisen — vgl. David C. McClelland, The Achieving Society, Princeton/Toronto/London/New York 1961; Heinz Heckhausen, Hoffnung und Furcht in

VII. Der ökonomische Ansatz als soziologisches Paradigma: Die Erweiterung des Anwendungsbereichs ökonomischer Aussagen und die Modellproblematik

Unter dem Gesichtspunkt des theoretischen Fortschritts kann außer der Rekonstruktion der grundlegenden nomologischen Verhaltenshypothesen noch eine weitere Verfahrensweise ins Auge gefaßt werden, die erfolgversprechend erscheint. Sie geht davon aus, daß der ökonomische Begriffsapparat im Grunde genommen auf sehr allgemeine Merkmale menschlichen Verhaltens zugeschnitten ist, so daß man ihn in seiner Anwendung keineswegs auf den sogenannten wirtschaftlichen Bereich einschränken muß, der im übrigen, wie sich gezeigt hat, überaus schwer abgrenzbar ist84. Insofern kann man jenen Vertretern der reinen Ökonomie durchaus zustimmen, die in ihr eine exakte Disziplin vom menschlichen Handeln überhaupt sehen wollen⁸⁵. Sie haben überdies völlig richtig gesehen, daß eine Disziplin dieser Art prinzipiell durchaus geeignet ist, zur Grundlage der ganzen Sozialwissenschaft zu werden⁸⁶. Der ökonomische Denkansatz kann durchaus als ein allgemeines soziologisches Paradigma angesehen werden, das mit anderen Ansätzen in Konkurrenz treten kann, zum Beispiel mit dem lange Zeit in der Soziologie vorherrschenden Funktionalismus, dessen Schwächen durch die methodologische und inhaltliche Kritik der letzten Jahre aufgedeckt worden sind. Die Auffassung solcher mit allgemeinen Erkenntnispro-

der Leistungsmotivation, Meisenheim am Glan 1963 —, die auf die Lewinschen Forschungen über die Rolle des Anspruchsniveaus in der Verhaltenssteuerung zurückgehen. Interessanterweise hat gerade Joseph A. Schumpeter, der in seinem oben erwähnten ersten Werk so großen Wert auf die Autonomie der reinen Ökonomie und ihre Unabhängigkeit von psychologischer Forschung gelegt hatte, in seiner "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" (1912) — 5. Auflage Berlin 1926, S. 131 ff., besonders S. 138 f. — Bemerkungen über die Motivation des Unternehmerverhaltens gemacht, die sich weitgehend mit den Resultaten der Forschungen McClellands decken und deren Relevanz für die Lösung ökonomischer Probleme kaum zu bestreiten sein dürfte. Darin zeigt sich meines Erachtens, daß die scharfen Abgrenzungsversuche neoklassischer Ökonomen gegenüber der Psychologie mitunter nur dadurch verursacht waren, daß diese Theoretiker im damaligen psychologischen Denken keine für ihre Zwecke brauchbaren Ergebnisse entdecken konnten.

⁸⁵ So *Mises*, a.a.O., S. 58 und passim; *Schumpeter*, Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, a.a.O., passim.

⁸⁴ Vgl. dazu schon *Ludwig von Mises*, Grundprobleme der Nationalökonomie, a.a.O., S. 58, dem in diesem Punkte recht gegeben werden muß.

⁸⁶ Vgl. Schumpeter, a.a.O., S. 333: "Ja, man könnte dann sagen, daß die Ökonomie imstande sei, eine Art Theorie der Gesellschaft zu geben. Sie würde in einem anderen Sinne als gemäß der ökonomischen Geschichts-auffassung zur Grundlage der Soziologie", und später: "Das soziale Gebäude würde vom Wertprinzipe aus begreiflich und würde auf einer durchsichtigen ökonomischen Grundlage ruhen", oder Mises, a.a.O., S. 12: "Die Wissenschaft vom menschlichen Handeln, die nach allgemeingültiger Erkenntnis strebt, steht vor uns als System der Gesellschaftslehre; in ihr ist das bisher am feinsten ausgearbeitete Stück die Nationalökonomie ..." usw.

grammen verbundener theoretischer Perspektiven als konkurrierender Ansätze zur Lösung derselben Probleme ist unter den Gesichtspunkten einer am Erkenntnisfortschritt orientierten Methodologie schon deshalb empfehlenswert, weil sie zur vergleichenden Beurteilung dieser Ansätze hinsichtlich ihrer Erklärungsleistung und ihrer heuristischen Kraft Anlaß gibt.

Nun hat die Entwicklung des theoretischen Denkens in den Sozialwissenschaften in den letzten Jahren gezeigt, daß die Ausdehnung des ökonomischen Ansatzes auf bisher nicht berücksichtigte Anwendungsbereiche heuristisch außerordentlich interessant ist. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Analysen von Downs, Olson und Homans hinzuweisen⁸⁷, die trotz aller Einwände, die gegen sie gemacht wurden, doch beanspruchen können, Beiträge zur Erklärung sozialer Phänomene auf theoretischer Grundlage geleistet zu haben, wie sie in den betreffenden Problembereichen bisher nicht vorhanden waren, und dadurch gezeigt zu haben, wie in der theoretischen Soziologie von der weit verbreiteten Praxis der nahezu atheoretischen Datensammlung unter Verwendung relativ raffinierter statistischer Methoden oder der Aufstellung immer neuer ad hoc-Hypothesen im Zusammenhang mit empirischen Spezialuntersuchungen loszukommen ist, ohne daß man in den anderen Fehler verfällt, grandiose Begriffsapparate ohne nomologische Aussagen als Theorien über soziale Gesamtsysteme zu empfehlen.

Die hier angewandte Strategie des theoretischen Fortschritts zielt in eine ganz andere Richtung als das oben erörterte Verfahren der Verbesserung der verhaltenstheoretischen Grundlage und bedient sich dementsprechend auch anderer Mittel⁸⁸. Es handelt sich hier meist darum, daß die im ökonomischen Ansatz zur Verfügung stehenden Verhaltensannahmen auf mehr oder weniger komplexe Bedingungskonstellationen angewendet werden, die man als typisch für gewisse sozialkulturelle Bereiche ansehen kann. Um das zu erreichen, pflegt man Modelle zu konstruieren, die außer den nomologischen Hypothesen über das Verhalten der Individuen noch spezielle — also nicht-nomologische — Annahmen über die Beschaffenheit der relevanten Züge des jeweiligen sozialen und natürlichen Milieus aufweisen. Diese Annahmen haben durchweg idealtypischen Charakter, sie kommen also den faktischen Gegebenheiten in bestimmten sozialen Bereichen mehr oder

⁸⁷ Anthony Downs, Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968; Mancur Olson, Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968; George C. Homans, Elementarformen sozialen Verhaltens, 2. Auflage, Opladen 1972; vgl. aber auch: John W. Thibaut / Harold H. Kelley, The Social Psychology of Groups, New York / London 1959; Peter M. Blau, Exchange and Power in Social Life, New York / London / Sidney 1964.

⁸⁸ Das bezieht sich vor allem auf *Downs* und *Olson. Homans* hat versucht, die Verhaltenshypothesen unter Verwendung lerntheoretischer Resultate umzuformulieren.

weniger nahe, ohne sie genau zu beschreiben. Die Bezeichnung solcher Modelle als "Theorien" ist meines Erachtens geeignet, zu erheblichen Mißverständnissen beizutragen, denn ihre Konstruktion wird offenbar zur Anwendung allgemeiner Theorien auf besondere Konstellationen benötigt, z.B. solche, die auf Grund sozialstruktureller Prägung typische raum-zeit-gebundene Invarianzen erkennen lassen. So werden etwa in einer Demokratie-"Theorie" dieser Art typische Züge demokratischer Verfassungen als gegeben vorausgesetzt, um in den betreffenden Systemen ablaufende Prozesse erklären zu können. Ein solches Verfahren könnte als Herstellung einer idealtypischen Erklärungsskizze bezeichnet werden89. Es ist nun durchaus möglich, den Schwerpunkt der theoretischen Arbeit in den Sozialwissenschaften in der Herstellung solcher idealtypischer Erklärungsskizzen durch Konstruktion von Modellen zu sehen⁹⁰, wobei die grundlegenden nomologischen Hypothesen - die allgemeinen Verhaltens-Annahmen - immer wieder auf andere komplexe soziale Situationen angewendet werden⁹¹. Was man hier "Theorien" zu nennen pflegt, wären dementsprechend im allgemeinen solche Erklärungsskizzen oder "Erklärungen im Prinzip".

Das bekannteste Beispiel für eine solche idealtypische Erklärungsskizze ist ohne Zweifel das Modell der vollkommenen Konkurrenz, bei dessen Konstruktion eine ganze Reihe extrem idealisierender "Annahmen" gemacht zu werden pflegen⁹², sogar Annahmen, die dem Verdacht ausgesetzt sind, zu Widersprüchen zu führen⁹³, so daß die These der theoretischen Unmöglichkeit dieser Marktform⁹⁴ gut zu verstehen ist. Man sollte sich in bezug auf dieses und auf andere Modelle dieser Art klar darüber sein, daß es sich lohnt, einen Unterschied zu machen zwischen den Annahmen, die das Verhalten der Mitglieder der Gesellschaft betreffen, und den übrigen Annahmen, die Idealisierungen über

⁸⁹ Vgl. dazu Karl R. Popper, Rationality and the Status of the Rationality Principle, in: Les Fondements Philosophiques des Systèmes Économiques. Texte de Jacques Rueff et Essays en son honneur, 1967, wo auf die Erklärung von Ereignis-Typen durch Modell-Konstruktion in den Natur- und Sozialwissenschaften eingegangen wird.

⁹⁰ Vgl. dazu vor allem *Friedrich A. von Hayek*, Degress of Explanation, British Journal for the Philosophy of Science, VI, 1955, abgedruckt in seinem Aufsatzband: Studies in Philosophy, Politics, and Economics, London 1967, wo anscheinend diese Auffassung vertreten wird.

⁹¹ Sozialwissenschaft wäre dann in diesem speziellen Sinne "angewandte" Wissenschaft, nicht im Sinne der Technologie, wie Hayek betont, a.a.O., S. 6, sondern etwa so, wie die "Theorie der Gezeiten" angewandte Physik ist.

⁹² Vgl. dazu etwa George J. Stigler, Perfect Competition, historically contemplated, in seinem Aufsatzband: Essays in the History of Economics, Chicago / London 1965, S. 234 ff., besonders S. 256 ff.

⁹³ Vgl. dazu schon Oskar Morgenstern, Vollkommene Voraussicht und wirtschaftliches Gleichgewicht, Zeitschrift für Nationalökonomie, Band VI, 1935, sowie meine Schrift, Ökonomische Ideologie und politische Theorie, 2. Auflage, a.a.O., S. 47 ff.

⁹⁴ Vgl. den Hinweis von Alec Nove in seinem Referat, oben.

deren Situation enthalten, denn letztere haben stets spezifischen Charakter. Unter den Gesichtspunkten des Benthamschen Programms haben wir aber Anlaß, in den Verhaltensannahmen Aussagen nomologischen Charakters zu suchen. Sie sind diejenigen Bestandteile solcher Modelle, die der Revision auf Grund von Fortschritten in den Verhaltenswissenschaften am ehesten offenstehen. Ihre Erklärung auf Grund von Aussagen über tieferliegende Gesetzmäßigkeiten des menschlichen Verhaltens kann grundsätzliche Korrekturen von Aussagen der theoretischen Ökonomie zur Folge haben. Sie kann außerdem zur Klärung der wichtigen Frage beitragen, unter welchen Umständen man erwarten kann, daß die in dem betreffenden Modell jeweils anvisierte Konstellation wenigstens approximativ erreicht wird.

Die ökonomische Theorie hat zwar von vornherein bestimmte institutionelle Vorkehrungen rechtlicher Art vorausgesetzt, um den Preismechanismus erklären zu können, aber wir haben heute Grund anzunehmen, daß diese Voraussetzungen keineswegs zureichend waren. Im neoklassischen Modelldenken ist die soziale Einbettung dieses Mechanismus außerdem immer mehr aus dem Blickfeld geraten, so daß die Attacken des amerikanischen Institutionalismus durchaus plausibel erscheinen mögen. Will man das Funktionieren des Preismechanismus und anderer derartiger Mechanismen - auch außerhalb des Bereichs der den Ökonomen in erster Linie interessierenden Phänomene - in verschiedenen sozialen Milieus einigermaßen adäquat erklären, dann geht das vermutlich nicht ohne Rekurs auf tieferliegende Verhaltensgesetzlichkeiten und zwar im Zusammenhang mit einer genaueren Analyse der in Betracht kommenden institutionellen Regulierungen als Ausgangspunkt für die Modellbildung. Man kann wohl Buchanan darin zustimmen, daß die Wirtschaftswissenschaft den Versuch macht, "menschliche Handlungen innerhalb sich entwickelnder institutioneller Gegebenheiten zu erklären", daß ihr wesentliches Thema also darin besteht, dieses Verhalten "innerhalb sozialer Institutionen zu untersuchen, nicht aber abstraktes menschliches Verhalten als solches"95, und daß die Ökonomen für den Psychologen "eine ständige Herausforderung" darstellen, insofern als sie von ihm erwarten, "mit einer besser erklärenden Verhaltenshypothese" versorgt zu werden98, aber vermutlich wird man in dieser Hinsicht die Autonomie des ökonomischen Denkens nicht übertreiben wollen, wenn man sieht, daß der theoretische Fortschritt von der Überschreitung der Grenzen der eigenen Disziplin

⁹⁵ Vgl. James McGill Buchanan, Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zu ihren Nachbardisziplinen, in: Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie, herausgegeben von Reimut Jochimsen und Helmut Knobel, Köln 1971, S. 99.

⁹⁶ Buchanan, a.a.O., S. 92.

abhängt. An der Feststellung von Gültigkeitsschranken ökonomischer Gesetze sind die meisten Ökonomen vermutlich selbst interessiert⁹⁷.

Diese Sicht der Anwendungsproblematik macht offenbar ein Verfahren plausibel, das ich "Methode der abnehmenden Abstraktion" nennen möchte, ohne den Anspruch zu erheben, daß sie sich in jeder Beziehung mit dem schon früher so bezeichneten Verfahren deckt. Die genaue Analyse konkreter institutioneller Regulierungen in komplexen sozialen Systemen unter theoretischen Gesichtspunkten gibt nämlich die Möglichkeit, die besonderen Annahmen bestimmter Modelltypen so weit an die Beschaffenheit konkreter historischer Situationen anzunähern, daß man zu echten Erklärungen kommt. Aus der idealtypischen Erklärungsskizze mit dem für sie charakteristischen hohen Grad von Idealisierung auch bei den besonderen Annahmen würde damit eine historische Erklärung mit weitgehend "realistischen" Annahmen. Um dieses Ziel zu erreichen, müßte man Verfahrensweisen benutzen, wie sie in der Ökonometrie entwickelt wurden⁹⁸.

⁹⁷ Vgl. zu dieser Problematik George C. Homans, The Nature of Social Science, New York 1967, S. 47 ff.; sowie derselbe, Die Bedeutung der Psychologie für die Erklärung sozialer Phänomene, in seinem Aufsatzband: Grundfragen soziologischer Theorie, a.a.O., S. 132 ff., vgl. auch Emile Grunberg, Gegenstand und externe Grenzen der Wirtschaftswissenschaft, in: Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie, a.a.O., S. 84.

⁹⁸ Damit sind wir beim Thema einer aktuellen wissenschaftstheoretischen Diskussion angelangt, die in den letzten Jahren innerhalb der Nationalökonomie stattgefunden hat: der Diskussion über die Realistik ökonomischer Annahmen und die Prüfbarkeit ökonomischer Aussagen; vgl. dazu schon Terence W. Hutchison, The Significance and Basic Postulates of Economic Theory, 2. Auflage, New York 1960; Milton Friedman, The Methodology of Positive Economics, in seinem Aufsatzband: Essays in Positive Economics, Chicago 1953; Emile Grunberg, Bemerkungen über die Verifizierbarkeit ökonomischer Gesetze, in: Theorie und Realität, 2. Auflage, a.a.O.; derselbe: Gegenstand und externe Grenzen der Wirtschaftswissenschaft, a.a.O. . . . Die methodologischen Ausführungen Friedmans, in denen die "Voraussagekraft" einer Theorie der von anderen Theoretikern geforderten "Realistik ihrer Annahmen" als Geltungskriterium entgegengesetzt wurde, und die sich daran anschließende Kontroverse litten offenbar unter der Mehrdeutigkeit des Ausdrucks "Annahme", die ja auch in anderen Zusammenhängen hinderlich ist; vgl. dazu meine Einleitung: Probleme der Theoriebildung, zu: Theorie und Realität, 1. Auflage, Tübingen 1964, S. 32 f., sowie die eingehende Analyse Karl Brunners in seinem Aufsatz: Assumptions' and the Cognitive Quality of Theories, in: Synthese, Vol. 20, 1969, S. 501 ff. Ich kann darauf an dieser Stelle nicht im einzelnen eingehen. Aber Friedman hat darin das schon mehrfach erwähnte wichtige Problem der Idealisierungen — und damit zusammenhängend: der Approximation - angeschnitten und eine Lösung dafür angeboten, die m.E. ihrer Tendenz nach richtig ist. Andererseits scheint er das Problem der Prüfbarkeit ökonomischer Aussagen zu bagatellisieren; vgl. dazu *Grunberg*, Bemerkungen über die Verifizierbarkeit ökonomischer Gesetze, a.a.O., S. 211 ff. Anm. 27. Nicht jede erfolgreiche prognostische Verwendung einer Theorie involviert ja eine strenge Prüfung. Das Gleiche gilt natürlich auch für ihre Verwendung zu Erklärungszwecken. Will man z.B. das Marshallsche Nachfragegesetz in dieser Weise anwenden, so muß man bekanntlich dazu die heute unprüfbare ad hoc-Annahme der Konstanz der Bedürfnisstrukturen machen, abgesehen von einigen anderen

VIII. Macht und ökonomisches Gesetz

Kommen wir zurück zu unserem Ausgangsthema: der Machtkontroverse in der Nationalökonomie. Daß die bloße Berufung auf Macht im Rahmen eines Denkens, in dem dieser Begriff keine theoretische Bedeutung hat, weil er nicht in ein Netz nomologischer Aussagen eingebettet ist, nichts erklären kann, hatte ich schon zu Anfang erwähnt. Andererseits sieht es so aus, als ob die extremen Idealisierungen der reinen Ökonomie, die ihre Probleme weitgehend vom Grenzfall der vollkommenen Konkurrenz her entwickelt hatte, dafür verantwortlich waren, daß einige für die Struktur der sozialen Wirklichkeit wesentliche Tatbestände nicht adäquat erfaßt werden konnten, die von den Machttheoretikern zumindest in Betracht gezogen wurden.

Die uns interessierende grundsätzliche Frage lautet nun: Wie kann man die sogenannte Machtproblematik in den Sozialwissenschaften besonders in der Ökonomie — überhaupt theoretisch in den Griff bekommen? — Wir hatten gesehen, daß nomologische Aussagen einen Spielraum realer Möglichkeiten für das Geschehen festlegen. In Anwendung auf bestimmte Bedingungskonstellationen geben sie also an, in welcher Weise gewissermaßen das Geschehen kanalisiert ist. Soziales Geschehen besteht aber in nichts anderem als mehr oder weniger komplexen Verkettungen gegenseitigen individuellen Verhaltens, die theoretisch als soziale Wirkungszusammenhänge aufzufassen sind. Wenn man unter sozialer Macht die Möglichkeit bestimmter sozialer Instanzen versteht, dieses Geschehen zu beeinflussen, also: Steuerungswirkungen zu entfalten, dann besteht die adäquate theoretische Bewältigung der Machtproblematik darin, daß man nach Gesetzmäßigkeiten sucht, die das soziale Zusammenspiel erklärbar machen. Wenn sie das leisten, dann liefern sie damit gleichzeitig auch Erklärungen für den Erwerb, die Änderung, den Verlust und den Gebrauch von Machtpositionen durch die Mitglieder der Gesellschaft. Ob dabei das Wort "Macht" explicite verwendet wird, ist vollkommen gleichgültig99. Auch im Konkurrenz-

Annahmen, die wenigstens prinzipiell prüfbar sind. Soweit sich die theoretische Arbeit auf die Konstruktion idealtypischer Erklärungsskizzen im oben angegebenen Sinne beschränkt, scheint mir das Prüfungsproblem schon deshalb zu großen Schwierigkeiten zu führen, weil auch die besonderen Annahmen extreme Idealisierungen darstellen, also keine ausreichende "Realistik" besitzen. Auch in dieser Hinsicht ist der Rekurs auf tieferliegende Gesetzmäßigkeiten von Bedeutung, weil er den Bereich möglicher — auch indirekter — Prüfungen erweitern kann.

⁹⁰ So hat Preiser mit Recht darauf hingewiesen, daß die relative Machtposition von Subjekten des Marktverkehrs zum Beispiel in der Elastizität ihres Angebots zum Ausdruck kommen kann; vgl. dazu Erich Preiser, Besitz und Macht in der Distributionstheorie, a.a.O. . . . Andererseits scheint er übersehen zu haben, daß es höchst problematisch ist, Leistungseinkommen und Einkommen aus Machtpositionen strikt zu unterscheiden — vgl. dazu seinen Aufsatz: Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitäts-

modell üben die Teilnehmer des Marktgeschehens Einfluß auf dieses Geschehen aus, wenn auch nicht auf alle seine Aspekte. Von Machtlosigkeit im strengen Sinne kann also auch da keine Rede sein. Die Kritik an diesem Modell kann also nicht darin bestehen, daß in ihm "das" Machtproblem nicht berücksichtigt ist, denn ein einheitliches Problem dieser Art ist gar nicht identifizierbar. Wenn hier eine Kritik in Betracht kommt, dann muß sie sich auf den geringen Erklärungswert dieses Modells beziehen, der durch den hohen Idealisierungsgrad der üblichen Annahmen bedingt sein mag.

Im übrigen besitzt die theoretische Ökonomie in den Grundvoraussetzungen, von denen sie ausgeht, einen ausgezeichneten Zugang zur Machtproblematik im oben angegebenen Sinne. Der "Tatbestand der Knappheit", der für alle ihre Aussagen konstitutive Bedeutung hat, scheint mir eine, wenn nicht gar die wesentliche, Grundlage auch der sozialen Macht zu sein¹⁰⁰. Im gesellschaftlichen Zusammenhang wird die Knappheit ganz von selbst zu einem sozialen Tatbestand. Die reine Ökonomie mag wichtige Konsequenzen dieser Tatsache übersehen haben, besonders insoweit, als sie im Widerspruch zum methodologischen Individualismus die Gesellschaft als eine kooperative Gesamtheit mit gemeinsamer Wertskala behandelt hat¹⁰¹; sie lassen sich aber ohne weiteres entwickeln, wenn man seine Aufmerksamkeit darauf richtet¹⁰².

Eine der wichtigsten soziologischen Fragen ist die nach der Möglichkeit, im Rahmen bestimmter relativ konstanter institutioneller Vorkehrungen eine Form der Macht in eine andere zu transformieren¹⁰³. In der Nationalökonomie werden seit langem Transformationen dieser Art behandelt: zum Beispiel die Verwandlung von Kaufkraft in Verfü-

theorie, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 89. Jg., 1953 —, da die Leistungsfähigkeit selbst ein möglicher Machtfaktor ist.

¹⁰³ Vgl. dazu *Bertrand Russell*, Macht. Eine sozialkritische Studie, Zürich 1947, S. 10 f. und passim.

¹⁰⁰ Vgl. dazu die sehr instruktive Schrift von Heinrich Popitz, Prozesse der Machtbildung, Tübingen 1968, in der der ökonomische Ansatz in einigen heuristisch sehr interessanten Gedankenexperimenten auf Probleme der Schichtenbildung, der Legitimation und der Kristallisation sozialer Strukturen angewendet wird.

¹⁰¹ Vgl. dazu Gunnar Myrdal, Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, a.a.O., wo die Wirksamkeit dieser "kommunistischen Fiktion" auch in der liberalen Ökonomie nachgewiesen wird.

¹⁰² Schon in der ökonomischen Definition des Gutes sind übrigens "Wert" und "Macht" normalerweise miteinander verschmolzen, vgl. etwa Carl Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1871), 2. Auflage, Tübingen 1968, S. 3. Die Verfügungsgewalt wird dort als wesentliches Merkmal behandelt, und da sich nach Menger die Güter in Sachgüter und nützliche menschliche Handlungen bzw. Unterlassungen einteilen lassen, a.a.O., S. 7, gehört die Möglichkeit der Verfügung über Handlungen zu den elementaren Tatbeständen der ökonomischen Analyse. Karl Marx hat diesen Aspekt durch seinen Begriff des "Kapitals" akzentuiert, aber er ist an diese spezielle Begriffsbildung keineswegs gebunden.

gungsgewalt über Arbeitskräfte, über sachliche Produktionsmittel oder über militärische Instrumente; andere, wie der Aufbau von Marktpositionen durch Transformation finanzieller Mittel in Organisation und Werbung sind in letzter Zeit in ihr Blickfeld geraten. Eine Sozialordnung kann unter anderem dadurch charakterisiert werden, welche Möglichkeiten der Verwandlung einer Form der Macht in eine andere sie zuläßt. In modernen demokratischen Staaten hat im allgemeinen bekanntlich nur die Regierung die Möglichkeit, in großem Maßstab finanzielle in militärische Macht zu transformieren, abgesehen von gewissen Ausnahmesituationen. Sie teilt mit anderen sozialen Gebilden und Personen die Möglichkeit, finanzielle in politische Macht zu verwandeln oder auch in Verfügung über Arbeitskräfte. In anderen Systemen ist diese Transformationsmöglichkeit, wie wir wissen, stärkeren Beschränkungen unterworfen. Man hat den Kapitalismus als das soziale System gekennzeichnet, das sich "von jedem anderen bekannten System der Macht durch die Schaffung eines Privatweges zur Macht" unterscheidet104. Die Politik der für dieses System charakteristischen Erwerbsunternehmungen ist an gewissen Transformationschancen der Macht orientiert, die sich mit der Sozialstruktur langsam verändern. Die Erklärung solcher sozialstruktureller Wandlungen ist, wie wir wissen, eines der schwierigsten Probleme der Sozialwissenschaften. Wir dürfen aber davon ausgehen, daß die sozialen Mechanismen, die diese Wandlungen hervorrufen, mit Hilfe des gleichen theoretischen Instrumentariums zu erklären sind, das auch für die Entwicklung anderer sozialer Prozesse in Betracht kommt. Brauchbare Theorien, die den sozialen Wandel erklären, sind aber auch außerhalb des ökonomischen Denkens nicht zu entdecken. Es ist keineswegs aussichtslos, mit den Mitteln dieser Denktradition auch diese Problematik in Angriff zu nehmen, wenn man sich nicht scheut, ihre grundlegenden Verhaltensannahmen einer Revision zu unterziehen, die ihre Interpretation im Sinne einer reinen "Logik der Wahl" unmöglich macht.

(Beifall.)

Waldemar Wittmann (Frankfurt):

Wir danken sehr für dieses Referat. Ich glaube, man kann mit Recht behaupten, daß unter den Sozialwissenschaftlern der Nachkriegszeit der Referent zu denjenigen gehört, die wirtschaftswissenschaftliches Denken mit am meisten beeinflußt haben. Was die Behandlung der Wirtschaftstheorie betrifft, hat der Kongreß heute einen duldsamen und versöhnlichen Hans Albert erlebt. Ich glaube, auch dem Platonismus ist ein schmaler Steg geschlagen worden. Im einzelnen wird das Referat heute nachmittag in der Universität diskutiert werden.

¹⁰⁴ Vgl. Eduard Heimann, Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, Tübingen 1954, S. 25, unter Berufung auf Werner Sombart.

Wir treffen uns aber vorher noch zu den Vorträgen von Zimmerman und Mestmäcker hier um 14.00 Uhr. Ich danke Ihnen, auch im Namen der Referenten, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Mittagspause)

Waldemar Wittmann (Frankfurt):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hiermit eröffne ich den zweiten Teil unserer heutigen Plenumsvorträge. Ich habe wieder die Ehre und das Vergnügen, einen Gast der Gesellschaft begrüßen zu können, und zwar Herrn Professor Dr. Louis J. Zimmerman, der der deutschen Nationalökonomie nicht nur durch seine Geschichte der Volkswirtschaftslehre, sondern auch durch seine Dozententätigkeit an der Universität Mainz verbunden ist. Herr Zimmerman, ich bitte Sie, mit Ihrem Referat zu beginnen.

Die Machtproblematik im ökonomischen Denken

Von Louis J. Zimmerman, Amsterdam

Wirtschaftliche Macht ist nichts Irrationales, Mystisches; wirtschaftliche Macht ist etwas rational Faßbares, rational Zugängliches.

Walter Eucken

1. Die Menschen kommen ungleich auf die Welt und sie bleiben es auch zeitlebens. Dies ist keine theologische, ethische oder juristische These, es ist die Feststellung einer Tatsache. Jeder, der über Macht im allgemeinen und über wirtschaftliche Macht insbesondere spricht, muß vom Boden dieser Tatsache ausgehen.

Die Menschen werden mit Unterschieden in Kraft, Gesundheit, Intellekt, Gewandtheit und Ausdauer geboren. Ursprünglich waren es die körperlich Stärksten, die den Boden okkupierten¹. Seitdem ist es vor allem der Reichtum der Eltern, der wesentlich über den Startplatz entscheidet, von dem aus der neue Erdenbürger seinen Lebenslauf beginnt.

Diese Ungleichheiten existieren in jeder Gesellschaft. Lediglich das Ausmaß differiert; so dürften Besitzstand und Prestige der Eltern in einigen Gesellschaften ein größeres Gewicht haben als in anderen (sie schlagen vermutlich in einer kapitalistischen Gesellschaft stärker durch als in einer sozialistischen).

Immer wenn jemand — sei es eine Einzelperson oder eine Gruppe — über mehr physische Kraft oder Intelligenz, eine größere Geld- oder

¹ Vgl. hierzu das folgende Lehrgespräch bei J. W. Goethe:

Lehrer: Bedenk, o Kind, woher sind diese Gaben? Du kannst nichts von dir selber haben.

Kind: Ei, alles hab' ich vom Papa. Lehrer: Und der, woher hat's der?

Kind: Vom Großpapa.

Lehrer: Nicht doch. Woher hat's denn der Großpapa bekommen?

Kind: Der hat's genommen.

⁽J. W. von Goethe, Goethe-Gedichte Bd. 2, Hrsg. Curt Noch, o. J., S. 4).

Gütermenge oder bessere Informationen² verfügt als andere, kann Macht ausgeübt werden. Gemäß dem ökonomischen Prinzip, von dem wir in der volkswirtschaftlichen Theorie ausgehen müssen, soll diese Macht optimal ausgeübt werden. In der Praxis werden in letzter Instanz die sozialen und politischen Verhältnisse bedingen, inwieweit diese Macht tatsächlich ausgeübt werden wird.

2. Die Frage der wirtschaftlichen Macht reduziert sich deshalb zu der Frage:

Wie kommt es dazu, daß einzelne Tauschpartner mitunter auf bestimmten nationalen oder gar internationalen Faktor- oder Gütermärkten über *mehr* Marktmacht verfügen als andere und welche Folgen hat dies, besonders in bezug auf die Einkommens- und Vermögensverteilung?

Schon 1874, also vor etwa hundert Jahren, hat dies Schmoller³ klar erkannt. Er betonte, daß im Wirtschaftsleben in der Regel ein Stärkerer einem Schwächeren, ein Reicher einem Armen, ein Sachverständiger einem Laien, einer der warten kann einem der Eile hat, ein Kluger einem Dummen gegenüberstehe und dementsprechend auch einen größeren Gewinn erzielen, d. h. den anderen übervorteilen könne.

3. Allerdings muß man sich davor hüten, Macht unbesehen mit Herrschen und Ausbeuten gleichzusetzen. Konflikttheoretiker haben mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß durch Macht der Gefahr vorgebeugt werde, daß der Mensch in dem zur Befriedigung seiner individuellen Bedürfnisse veranstalteten Konkurrenzkampf die ganze Gesellschaft zerstört⁴. Hier wird Macht nicht mit Herrschen, sondern mit Beherrschen, Ordnen und Planen in Verbindung gebracht. Keine Organisation ohne Macht⁵. Ganz klar wurde diese Auffassung schon vor etwa

² P. Bernholz, Theorie des Einflusses der Verbände, in F. Kyklos, 1969, 2, S. 286: "Als wichtigste primäre Ursachen der politischen Macht der Verbände haben wir die Verfügung über knappe oft nur unter großen Kosten zu beschaffende Informationen (und ...) kennen gelernt." Nebenbei bemerkt: Auch bei Konsumenten-Verbänden ist klar, daß Wissen Macht ist.

³ H. Arndt, Oekonomische Theorie der Macht, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 20/I, 2. Aufl., 1971, S. 99-136; vgl. auch A. Marshall, Principles of Economics, 8th ed., S. 335.

⁴ R. Martin, The Concept of Power: a critical defence, in: The British Journal of Sociology, 1971, S. 240; siehe auch B. Külp, Lohnbildung im Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften, 1965, S. 114.

⁵ Man vergleiche dazu die Definition von Macht bei Russell: "power is the production of intended effects" (B. Russell, Power, 1938, S. 35); siehe auch A. A. Grünbaum, Herrschen und Lieben als Grundmotive der philosophischen Weltanschauungen, 1925, S. 43: "Man verwechsle nicht diesen Willen zur Beherrschung mit dem Willen zur Macht. Der Wille zur Beherrschung, das Streben, unterzuordnen ... ist seinem Wesen nach etwas ganz anderes als der nie gesättigte ... Wille zur Macht".

fünfzig Jahren durch von Zwiedineck-Südenhorst⁶ vertreten, als er 1925 erklärte, Macht wende sich nicht gegen ökonomische Gesetzmäßigkeiten, sondern gegen un-ökonomische Unzweckmäßigkeiten, die sich aus dem allzu freien Walten produktiver Kräfte ergäben. Macht wurde also primär auf Ordnung bezogen. Und Fritz Künkel würde dieses beherrschende, ordnende, planende Prinzip der Macht solange als sachlich bezeichnen, als der Gegenstand der Bemühung eine Sache ist. Dagegen würde er es im Falle des Herrschens, Ausbeutens un-sachlich oder ich-haft nennen: hier stünde die Macht im Dienste des Ich. Die These von Burckhart, daß Macht an sich böse sei, kann darum nur bezogen werden auf die un-sachliche, d. h. die ich-hafte Funktion der Macht⁷.

Leider hat die theoretische Analyse die Bedeutung dieses Aspektes von Herrschen und Beherrschen fast völlig vernachlässigt. (Ich spreche hier natürlich nur von den Vertretern der reinen Theorie, nicht von den sog. Institutionalisten, wie zum Beispiel Berle und Means⁸.)

- 4. So groß auch die Unterschiede zwischen der Arbeitswertlehre der Klassiker und der Grenznutzenlehre sind beide waren sich einig, daß die Gesetze von Angebot und Nachfrage den Ablauf des Wirtschaftsprozesses bestimmten. Zwar wurde eingeräumt, daß auf kurze Sicht auch "außerwirtschaftliche" Faktoren einen Einfluß ausüben könnten, auf längere Sicht würden sich jedoch immer die reinen Marktgesetze durchsetzen und Vollbeschäftigung sowie optimale Produktion garantieren. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, mußten freilich bestimmte Annahmen gemacht werden. Vor allem mußte dargetan werden, was unter einem normalen Markt zu verstehen sei. Obwohl die letzten Verfeinerungen erst in unserem Jahrhundert bei der Diskussion über monopolistische Konkurrenz vorgenommen wurden, ging man jedoch auch schon im vorigen Jahrhundert zum Teil ausdrücklich, zum Teil stillschweigend davon aus, daß
- 1. am Markte jeweils eine Vielzahl von Anbietern und Nachfragern am Tausche beteiligt wären;

⁶ O. von Zwiedineck-Südenhorst, Macht oder Oekonomisches Gesetz, in: Schmollers Jahrbuch, 49. Jg. 1925, S. 273 - 292; er sagt das bei seinen Thesen zum Abschluß des Vortrags, im Text wird aber auch ausdrücklich auf Macht als Mittel zur Ausbeutung hingewiesen.

⁷ Vgl. hierzu *E. Sambach*, Untersuchungen zum Problem der wirtschaftlichen Macht, 1960, S. 180.

⁸ A. A. Berle and G. C. Means, The Modern Corporation and Private Property, 1932.

⁹ Es gibt natürlich Ausnahmen. So z. B. F. von Wieser, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, in: Grundriß der Sozialökonomik, I. Abteilung, Historische und theoretische Grundlagen (Autorenkollektiv), 1924, S. 112: "Eine Wirtschaftstheorie, die auch für unser Zeitalter genügen soll, ist nicht denkbar ohne eine Gesellschaftstheorie, die gegenüber dem Problem der Macht ihre Stellung findet."

¹⁰ Vgl. dazu H. von Stackelberg, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 1948, S. 232 und 235.

- die Preise der Endprodukte flexibel genug w\u00e4ren, um sofort auf \u00e4nderungen von Angebot oder Nachfrage zu reagieren und
- die Preise der Produktionsfaktoren und Produktionsmittel ebenfalls flexibel genug wären, um sofort auf Änderungen von Angebot oder Nachfrage zu reagieren.
- 5. Es läßt sich leicht zeigen, daß man unter solchen Annahmen¹¹ a priori alle Machtelemente ausgeschaltet hat. Was die Endprodukte betrifft, so hat Olson¹² nachgewiesen, daß ein Anbieter, der nur einen Bruchteil des Marktes beherrscht, nur dann sinnvoll versuchen kann, seinen Preis und Erlös durch Verknappung seines Angebotes zu erhöhen, wenn sein Marktanteil größer ist als die Preiselastizität der Nachfrage. Wenn zum Beispiel ein Betrieb einen Marktanteil von 0.10 hat, so kann er nur bei einer Preiselastizität, die kleiner ist als 0.10, mit Erfolg sein Angebot einschränken. Nur in diesem Fall wird bei geringerem Angebot sein Gesamterlös zunehmen.

Gibt es also viele Anbieter (100 oder 1000), so wäre nur im Falle außerordentlich niedriger Preiselastizitäten eine Angebotsbeschränkung individueller Anbieter sinnvoll. Derartige niedrige Preiselastizitäten existieren jedoch nur bei Gütern des primären Lebensbedarfs ohne Substitutionsmöglichkeiten (z. B. Salz). Hier aber haben wir auch die berühmten Beispiele von Staatsmonopolen.

6. Was nun die Faktorpreise anbelangt, so spielt hierbei vor allem die Substitutionselastizität eine große Rolle. Dieser Begriff wurde zwar erst von Hicks entwickelt¹³, unbewußt ist jedoch schon Böhm-Bawerk

¹² M. Olson, The Logic of Collective Action, in: Harvard Economic Studies, Vol. CXXIV, 1965, S. 26.

13 J. R. Hicks, The Theory of Wages, 1932, S. 117. Rein mathematisch bedeutet eine vollkommene Substituierbarkeit eine unendlich große Substitutionselastizität (σ):

$$\sigma = \frac{\frac{d\left(K/A\right)}{K/A}}{\frac{d\left(P_a/P_k\right)}{P_a/P_k}}$$

wo K und A die verwendeten Mengen Kapital und Arbeit und P_k und P_a ihre Preise darstellen. Eine "unendlich" große Elastizität ist deshalb wirtschaftlich eine Unmöglichkeit, da das bedeuten würde, daß

$$\frac{d\left(P_a/P_k\right)}{P_a/P_k}=0$$

¹¹ Nach Leonhard Miksch herrscht in der reinen Verkehrswirtschaft überall vollständige Konkurrenz und ein vollkommenes Machtgleichgewicht, das mit einer völligen Machtlosigkeit aller Einzelwirtschaften gleichbedeutend ist. Vgl. hierzu E. Sambach, op. cit., S. 194.

davon ausgegangen, daß die Substitutionselastizität zwischen Kapital und Arbeit den numerischen Wert von 1 habe. Denn nur dann stimmt seine These, daß "künstliche Machteinflüsse der Arbeit auf Kosten des Kapitals"14 ausgeschlossen seien: Würde nämlich der Lohn im Verhältnis zum Zins durch außerwirtschaftliche Einflüsse um 1 % steigen, so würde sofort Arbeit durch Kapital substituiert und der Faktor Arbeit büßte im Verhältnis zum Kapital 1 % ein; der Lohnanteil am Volkseinkommen bliebe also konstant. Ausbeutung und Verelendung wären ausgeschlossen. Für die liberalen Theoretiker waren dies nicht nur theoretische, sondern auch ethische Fragen. Am deutlichsten äußert sich hier John Bates Clark. Aber ich glaube, daß die meisten seiner Zeitgenossen in diesem Punkt mit ihm übereinstimmten. Clark versuchte exakt zu beweisen, daß der Arbeiter als Lohn den Wert seines Arbeitsproduktes vergütet erhält; wäre es anders, würde also unser Wirtschaftssystem die Arbeiter dazu zwingen, den Arbeitgebern etwas zu belassen, was sie - die Arbeiter selber - produziert haben, so wäre dies institutionelle Räuberei ("institutional robbery"). "Property is protected at the point of it's origin, if actual wages are the whole product of labor, if interest is the product of capital, and if profit is the product of a coordinating act15." Clark gelang auch der Beweis für diese These, wobei er "nur" vollkommene Konkurrenz sowie vollkommene Teilbarkeit, Mobilität und Substituierbarkeit von Arbeit und Kapital und eine homogen-lineare Produktionsfunktion zu unterstellen brauchte. Aber unter diesen Annahmen läßt sich eben (mit Maître Pangloss) ohne große Mühen darlegen, daß unsere Welt die beste aller denkbaren sei.

7. Dennoch: Für unsere Analyse der wirtschaftlichen Macht sind die Substitutionsmöglichkeiten von entscheidender Bedeutung. Nehmen wir an, es gäbe einen relativen Überfluß von Arbeit: Der Lohn wird dann sinken, Kapital wird durch Arbeit substituiert, und die Nachfrage nach Arbeit nimmt zu. Wir wissen aber, daß der Lohn nicht unter seinen "natürlichen Preis" sinken kann, das heißt unter die Kosten zum Unterhalt und zur Reproduktion der Arbeit.

Die Erfahrungen aus Entwicklungsländern zeigen allerdings, daß der in einem Land verfügbare Kapitalstock sehr oft zu klein ist, um —

Es ist leicht einzusehen, daß wenn $\sigma=1$, der Arbeitsanteil und der Kapitalanteil am Volkseinkommen konstant sind; ist $\sigma>1$, dann steigt der Kapitalanteil, ist $\sigma<1$, dann steigt der Arbeitsanteil. Obwohl diese Begriffe Böhm-Bawerk unbekannt waren, verlangt das "ökonomische Gesetz", daß $\sigma=1$, was z. B. in der Produktionsfunktion von Cobb - Douglas explizit wird. Vgl. auch A. C. Chiang, Fundamental Methods of Mathematical Economics, 1967, S 382

¹⁴ E. von Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 1914, S. 205 - 271.

¹⁵ J. B. Clark, The Distribution of Wealth, 1899, S. 9; siehe auch E. Preiser, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 1961, S. 266.

nachdem sämtliche Substitutionen bis zu dem Punkt des "natürlichen Preises" der Arbeit vorgenommen worden sind — Vollbeschäftigung zu garantieren.

Die Beschäftigung (oder anders gesagt, der Produktionsumfang) wird dann begrenzt durch jenen Produktionsfaktor, der am knappsten verfügbar ist, was in einer Produktionsfunktion des Leontief-Typus

$$\mathbf{Y}_t = \min\left(\frac{K_t}{k}, \frac{A_t}{a}\right)$$

zum Ausdruck kommt. Hier wird eine feste Relation (k) zwischen dem Gesamtprodukt (Y) und dem Kapitalstock (K), und ebenfalls eine feste Relation (a) zwischen dem Gesamtprodukt und dem Faktoreinsatz an Arbeit (A) angenommen. Obwohl eine ähnliche Funktion in der modernen Theorie — z. B. von W. Arthur Lewis¹⁶ — sehr oft verwendet wird, um die Sachlage in Entwicklungsländern zu beschreiben, glaube ich, daß wir im vorigen Jahrhundert in Europa mit praktisch derselben Problematik konfrontiert waren. So wanderte z. B. in Deutschland von 1871 bis 1910 der gesamte Zuwachs an landwirtschaftlicher Bevölkerung in die Städte ab (etwa 24 Millionen Menschen); die ländliche Bevölkerung blieb mit 26 Millionen Menschen ungefähr konstant. Es war letztlich die auf die Städte konzentrierte industrielle Kapitalbildung, die die Nachfrage nach Arbeit und damit diesen ländlichen Exodus auslöste.

8. Die Lage in den Entwicklungsländern heute entspricht der in Europa vor 100 Jahren. In beiden Fällen ist das Kapital der knappe Faktor. Und damit sind wir beim springenden Punkt: Immer wenn ein Faktor knapp im Verhältnis zu seinen komplementären Faktoren ist, übt er Macht aus.

Wenn wir mit Clark eine Wirtschaftsgesellschaft, in der niemand Macht ausübt, etwa so definieren, daß jeder Produktionsfaktor mit dem Wert seiner Grenzproduktivität entlohnt wird, dann bedeutet Machtausübung, daß der knappe Faktor mit mehr und der relativ überzählige Faktor mit weniger als dem Wert des Grenzprodukts bezahlt wird.

Im Laufe unserer Geschichte hat es hier einen beständigen Wandel gegeben. Am Anfang war zweifellos der Boden "der" knappe Faktor. In der nächsten Phase — die erst im vorigen Jahrhundert richtig begann — war es das Kapital. Und wenn nicht alles täuscht, so marschieren wir gegenwärtig auf eine völlig neue dritte Phase zu, in der die Arbeit der knappste aller Faktoren werden wird.

Wenn wir die ganze bisherige Geschichte im Lichte dieses — sozusagen "fortschrittbedingten" — Wechsels im Verhältnis der jeweiligen

¹⁶ Vgl. W. A. Lewis, Economic Development with Unlimited Supplies of Labour, The Manchester School, May 1954.

Faktor-Knappheit sehen, so können wir drei Zeitalter unterscheiden: Bis ins vorige Jahrhundert erstreckte sich das Agrar-Zeitalter; die Bodenbesitzer übten als Herren über den bis dahin knappsten Faktor die Macht aus. Es folgte das Zeitalter des Kapitalismus: Die Macht der Bodenbesitzer ging an die Herren der industriellen Produktionsmittel über. Nebenbei: Wir reden hier über wirtschaftliche Macht; man braucht nicht unbedingt Marxist zu sein, um zu verstehen, daß wirtschaftliche Macht auch eine solide Basis für politische Macht bilden kann.

Seit dem zweiten Weltkrieg gleiten wir allmählich in ein neues Zeitalter: das des *Organisationismus*: Der Produktionsfaktor Arbeit und das Management gewinnen zusehends an Macht.

9. Wir wollen uns die Verhältnisse in diesen drei Zeitaltern etwas genauer ansehen. Bis etwa 1800 waren ungefähr 80 % aller Arbeitstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Das vorherrschende feudale System brachte die Landarbeiter in völlige Abhängigkeit von den Bodenbesitzern¹⁷, die aus ihrem Besitz ein Monopoleinkommen erzielten. Für die klassische Theorie war darum die Grundrente — nach Ricardo die Vergütung für die Benutzung der ursprünglichen und unerschöpflichen Kräfte des Bodens¹⁸ — eine Monopolrente und deshalb ein Schönheitsfehler des sonst für vollkommen erachteten Konkurrenzsystems.

Diejenigen, die zufälligerweise (Goethe: "der Großpapa hat's genommen") im Besitz knapper und guter Böden waren, bezogen ein Monopoleinkommen, für das sie nicht gearbeitet hatten. Bei der städtischen Grundrente fiel das natürlich besonders ins Auge. Ricardo's Einstellung gegenüber den Bodenbesitzern war dann auch unfreundlich. 1815 schrieb er, die Interessen der Bodenbesitzer "are always opposed to the interest of every other class in the community"¹⁹. Und in den Principles of Political Economy and Taxation (Kapitel 24) urteilte er, daß eine Steigerung der Getreidepreise für alle Klassen ein Nachteil wäre — ausgenommen die Grundbesitzer.

Bei allen Geschäften zwischen Bodenbesitzern und dem Publikum, so meinte er, lägen die Verhältnisse grundsätzlich anders als bei sämtlichen anderen Tauschvorgängen, wo beide Seiten, Käufer und Verkäufer, ihren Vorteil hätten. Hier aber wären alle Vorteile auf der einen und alle Nachteile auf der anderen Seite — eine Auffassung, die mich unwillkürlich an Schmoller erinnert.

¹⁷ Erst im Jahre 1918 wurde es in Deutschland Landarbeitern (und Hausangestellten) gestattet, sich in Gewerkschaften zu organisieren.

D. Ricardo, Principles of Political Economy and Taxation, 1817, Kap. 2.
 D. Ricardo, An Essay on the Influence of the low Price of Corn on the Profits of Stock, 1815.

John Stuart Mill nahm gegenüber den Grundbesitzern sogar eine ausgesprochen feindliche Haltung ein; er behauptete, sie würden im Schlaf reicher und befürwortete deshalb eine Wertzuwachssteuer²⁰.

Henry George dagegen forderte — dem Beispiel der Physiokraten folgend — eine single Tax, während A. Damaschke — der Vorsitzende des Bundes deutscher Bodenreformer — wieder eine Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden befürwortete.

Franz Oppenheimer vertrat — wie man weiß — die Meinung, daß sich die Grundherrschaft des Feudalismus in ein kapitalistisches Monopol verwandelt habe, wodurch das natürliche Funktionieren des Marktmechanismus blockiert würde²¹.

Da in unserer Zeit der Anteil der Grundrenten am Volkseinkommen praktisch keine Rolle mehr spielt, sind die Diskussionen über eine single Tax — auch im Bereich der städtischen "Lagerenten" — nicht mehr aktuell.

Bemerkenswert ist jedoch, daß sämtliche hier erwähnten Theoretiker aus der ihnen geläufigen Tatsache, daß guter Boden knapp ist und eine Angebotselastizität von 0 hat²², die Schlußfolgerung zogen, daß es zwangsläufig zu Interessengegensätzen und zu einem Machtkampf zwischen Bodenbesitzern und der übrigen Bevölkerung komme. In England endete dieser Machtkampf mit der Aufhebung der Getreidezölle (endgültig im Jahre 1847), aber ganz verschwunden ist er höchstwahrscheinlich nirgendwo.

10. Im vorigen Jahrhundert rückte mit der abnehmenden Bedeutung des Bodenmonopols der Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit stärker ins Scheinwerferlicht. Gegen die Auffassungen der Sozialisten versuchte Böhm-Bawerk in seinem berühmten Artikel Macht oder ökonomisches Gesetz zu beweisen, daß es keine autonomen Machteinflüsse geben könne: "Das gebieterischste Machtdiktat kann nicht gegen, sondern nur innerhalb der ökonomischen Wert-, Preis- und Verteilungsgesetze wirken; sie nicht aufheben, sondern bestätigen und erfüllen²³." Deshalb können die Gewerkschaften auch nie die Löhne durch politischen Druck über den Wert des Grenzprodukts der Arbeit hinaus steigen lassen; dies würde — so meinte von Böhm-Bawerk — automatisch die Substitution von Arbeit durch Kapital zur Folge haben, wodurch die Löhne wieder auf den Wert ihres Grenzprodukts reduziert würden.

 $^{^{20}}$ J. St. Mill, Grundsätze der politischen Oekonomie, übersetzt von A. Soetbeer, 3. dt. Ausg., 1869, Buch V, Kap. II, \S 5, S. 127.

²¹ Das wurde aber von Ricardo geleugnet, da er meinte, daß die Getreidepreise bedingt würden durch die Produktionskosten auf "no-rent-land"; vgl. dazu auch *E. Heimann*, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, 1949, S. 191 ff.

²² I. Adelman, Theories of Economic Growth and Development, 1961, S. 47; siehe auch E. Preiser, op. cit., S. 299.

Nun war aber die große politische Streitfrage gar nicht, ob der Lohn zu hoch wäre, sondern es ging darum, ob er nicht durch die Machteinflüsse der Arbeitgeber zu niedrig war. Schon Adam Smith, der große Realist, erkannte, daß Machtfaktoren bei der Lohnbildung eine bedeutende Rolle spielten, nicht um den Lohn hoch, sondern um ihn niedrig zu halten. Die Arbeitgeber, so meinte er, können, da ihre Zahl im Vergleich zu der der Arbeiter geringer sei, sehr viel einfacher im Geheimen manipulieren und die Löhne niedrig halten, während jeder Versuch der Arbeiter, ihre Position zu verbessern, sofort bekannt werde. Dazu komme nach Smith, daß es viele Gesetze gibt, die eine Koalition der Arbeiter zwecks Lohnsteigerung untersagen. Außerdem wären bei Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien die Unternehmer immer im Vorteil, da die Arbeiter nur einige Wochen ohne Beschäftigung leben könnten, während es die Unternehmer ohne Arbeiter viel länger aushalten könnten²⁴.

Smith hat also die Bedeutung der Machtproblematik bei der Einkommensverteilung klar gesehen und sie auch richtig aus der Ungleichheit der Vermögensverteilung abgeleitet²⁵. Ähnliches tat Jean-Baptiste Say²⁶.

Auf den Spuren beider meinte am Ende des 19. Jahrhunderts Marshall: "When a workman is in fear of hunger, his need of money is very great; and, if at starting, he gets the worst of the bargain, and is employed at low wages, it remains great, and he may go on selling his labour at a low rate ... We shall find ... the explanation of much of that instinctive objection which the working classes have felt to the habit of some economists, particularly of the employer class, of treating labour simply as a commodity ...²⁷."

Wenig später äußerte Tugan-Baranowsky, es gehöre zum Wesensmerkmal der Einkommensverteilung im Kapitalismus, daß beim Tauschprozeß auf Faktormärkten verschiedene soziale Klassen einander gegenüberstehen: Die Tauschpartner wären nicht nur ungleich (der eine reich, der andere arm), sondern die Ungleichheit und die daraus entstehenden Machtverhältnisse bestimmen weitgehend die Einkommensbildung²⁸.

Nach Schumpeter kann man das Machtphänomen in der Verteilung des Volkseinkommens vergleichen mit einem Kartenspiel, wo das Re-

²⁴ A. Smith, Eine Untersuchung über Wesen und Ursache des Volkswohlstandes, übersetzt von E. Grünfeld, 3. dt. Aufl., 1923, Buch I, Kap. 8, S. 82 ff., siehe auch E. Preiser, op. cit., S. 232.

²⁵ Nach Fritz Neumark ist: "inequality of power" mit "Vermögensungleichheit"...direkt korreliert — genauer: deren Folge"; vgl. hierzu E. Sambach, op. cit., S. 184.

²⁶ J. B. Say, Traité d'economie politique, 7e ed., 1873, S. 372.

²⁷ A. Marshall, op. cit., S. 335.

²⁸ M. Tugan-Baranowsky, Soziale Theorie der Verteilung, in: Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung, 2. Band, 1913, S. 484; siehe B. Külp, op. cit., S. 127.

sultat durch das Verhalten der Spieler zu erklären ist, das für jedes Spiel in gewisse formale Regeln gefaßt werden kann und das allein darüber entscheidet, welches von den Resultaten, die innerhalb der gegebenen Kartenverteilung überhaupt möglich sind, tatsächlich eintritt²⁹.

Mit Tugan-Baranowsky möchte ich zu diesem Kartenspiel bemerken, daß immer dieselben Spieler die guten Karten haben, was die Spielfreudigkeit der Gegner wohl sehr klein machen wird, und mit Pantaleoni könnte man noch behaupten, daß die Herren mit den guten Karten nebenbei auch die Spielregeln gemacht haben³⁰.

Auch Lexis fand etwa zur gleichen Zeit, daß sich der Anteil der Arbeiterklasse am jährlichen Ertrag der nationalen Produktion nach der relativen ökonomischen Macht bestimme, mit der sie ihr Interesse dem Kapital gegenüber geltend zu machen vermöge³¹.

In diesem Zusammenhang sind noch Kleinwächter und Stolzmann zu erwähnen, die ähnliche Gedanken vertraten. Sogar Böhm-Bawerk leugnete nicht, daß der Lohn durch Machteinflüsse der Arbeitgeber sehr lange niedriger als der Wert des Grenzprodukts der Arbeit gehalten werden könne, und er sah für diesen Fall die Möglichkeit einer Korrektur durch Machteinflüsse der Gewerkschaften vor³².

Zwiedineck-Südenhorst³³ wies schließlich darauf hin, daß Böhm-Bawerk eigentlich nur behauptet hatte, daß die Macht der Arbeitgeber den Lohn wohl ständig unter dem Wert des Grenzprodukts der Arbeit halten könne, daß aber umgekehrt die Gewerkschaften den Lohn nicht höher hinauftreiben könnten — wenigstens nicht auf längere Sicht. Dieses, von den führenden Theoretikern jener Zeit durchaus richtig diagnostizierte asymmetrische Verhältnis der Einflußmöglichkeiten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, bestätigt vollkommen unsere Auffassung, daß in dieser Periode das Kapital — weil es der knappste Faktor war — auch die entscheidende Macht bei der Einkommensverteilung ausübte.

11. Wenn dies tatsächlich die Verhältnisse im 19. Jahrhundert waren — auch noch zu der Zeit, als von Böhm-Bawerk seinen berühmten Essay: *Macht oder ökonomisches Gesetz* schrieb — müssen die Arbeiter weniger bekommen haben, als dem Wert des Grenzproduktes ihrer

²⁹ J. A. Schumpeter, Das Grundprinzip der Verteilungstheorie, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 42, 1916/17, S. 1 - 88.

³⁰ M. Pantaleoni, An Attempt to analyse the concepts of "Strong and Weak" in their Economic Connection, in: The Economic Journal, Vol. VIII, 1898, S. 183 - 205.

³¹ W. Lexis, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., 1913, S. 224.

³² E. von Böhm-Bawerk, op. cit., S. 265.

³³ O. von Zwiedineck-Südenhorst, op. cit., S. 284 - 285.

Arbeit entsprach. War das so? Leider läßt sich das statistisch nicht feststellen, jedenfalls nicht so wie es nötig wäre. Denn wir können den Wert des Grenzproduktes der Arbeit nicht direkt messen. Das einzige, was man messen kann und was von Hoffmann, Grumbach und Hesse³⁴ auch gemessen wurde, ist das Verhältnis zwischen der Zunahme der Arbeitsproduktivität und der Zunahme des realen Arbeitseinkommens. Für die Periode 1850 - 1913 fanden die genannten Autoren, daß bei einer Zunahme der Arbeitsproduktivität um 1 % das durchschnittliche reale jährliche Arbeitseinkommen nur um 0,93 % stieg (mit einem relativ kleinen Standardfehler). Weil, um mit Schmoller und auch mit Marshall zu sprechen, die Arbeiter nicht warten konnten und überdies das Angebot an Arbeit (man denke an Marx' industrielle Reservearmee) groß war, konnten die Unternehmer Macht ausüben und den Arbeitern weniger vergüten, als ihre Arbeit wert war.

Wenn aber der Lohn weniger steigt als die Arbeitsproduktivität, muß die Lohnquote, d. h. der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, sinken³⁵. Tatsächlich fanden Hoffmann, Grumbach und Hesse³⁶, daß in dem Zeitabschnitt von 1875 – 1913 der Anteil des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen von 0.80 im Jahre 1875/79 auf 0.71 im Jahre 1910/13 zurückgegangen ist.

³⁵ Bei Arbeit = A, Lohnsatz = l, Kapital = K und Profitrate = p gilt für die Gesamtproduktion (Y)

$$\mathbf{Y} = l \cdot A + p \cdot K$$
 oder
$$l = l \cdot \frac{A}{\mathbf{Y}} + p \cdot \frac{K}{\mathbf{Y}}$$

und da $\frac{A}{Y}$ der reziproke Wert der Arbeitsproduktivität (a) ist und $\frac{K}{Y}$ den Kapitalkoeffizienten (k) darstellt, ist also

$$l = \frac{l}{a} + p \cdot k$$

Hierbei stellt also $rac{l}{a}$ den Arbeitsanteil und $p \cdot k$ den Kapitalanteil dar.

Solange also die Arbeitsproduktivität und der Lohn mit einem gleichen Prozentsatz zunehmen, bleibt der Lohnanteil konstant.

38 W. G. Hoffmann, F. Grumbach, H. Hesse, op. cit., S. 86 - 87. Schade für A. Jeck, daß er diese Daten 1964 noch nicht kannte. Vgl. A. Jeck, The Trends of Income Distribution in West Germany, in: J. Marchal and B. Ducros (Hrsg.), The Distribution of National Income, 1968, S. 78 - 114.

³⁴ W. G. Hoffmann, F. Grumbach, H. Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, 1965, S. 94; Dr. F. Grumbach teilte mir brieflich mit, daß seine neuesten Berechnungen für die Periode 1850/59 bis 1910/13 einen Rückgang des Anteils des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen von 80 auf 70 % zeigt, während von 1950 bis 1969 keine deutliche Tendenz festgestellt werden konnte.

Es leuchtet ein, daß wir mit dieser Feststellung zugleich ein Fragezeichen unter die Annahme einer allzu großen Substituierbarkeit zwischen Arbeit und Kapital setzen müssen. Solange nämlich der Lohn niedriger war als der Wert des Arbeitsprodukts, hätten die Unternehmer theoretisch mehr Arbeiter in Dienst nehmen müssen. Sie hätten Kapital durch Arbeit substitutieren müssen, bis die Zunahme der Lohnkosten der Grenzproduktivität der Arbeit entsprach. Dies ist offensichtlich nicht der Fall gewesen.

In diesem Zusammenhang sei zunächst darauf hingewiesen, daß in den letzten 100 Jahren die Substitution sich immer in die gleiche Richtung bewegt hat: Man hat niemals Kapital durch Arbeit, sondern immer Arbeit durch Kapital substituiert, das heißt, die Kapitalintensität hat trendmäßig zugenommen. Zweitens gilt die Substitutionsmöglichkeit immer nur ex ante und niemals ex post³⁷. Wenn überdies der Kapitalstock pro Jahr um nicht viel mehr als 3 % zunimmt, und pro Jahr 3 bis 5 % des Kapitalstocks reinvestiert werden, muß auch aus diesem Grund mit bedeutenden Reibungswiderständen bei der Substitution gerechnet werden.

Fest steht jedenfalls, daß in dieser Sturm- und Drang-Periode des Kapitalismus die Kapitalisten sich nicht benahmen, wie die Theoretiker es verlangten: Sie übten, weil sie im Besitz des knappen Produktionsfaktors Kapital waren, Macht aus in dem Sinn, daß sie einen Teil der Zunahme der Arbeitsproduktivität für sich selbst behielten. Hätte Clark dies gewußt, dann hätte ihm diese "institutionelle Räuberei" höchstwahrscheinlich schlaflose Nächte bereitet.

Wenn man nun aber weiß, daß in Deutschland in der Periode 1850 - 1913 die Zuwachsrate des Kapitalstocks durchschnittlich 2,7 % pro Jahr betrug, während sich der durchschnittliche jährliche Anstieg der Beschäftigung nur auf 1,2 % belief³8, und wenn weiter angenommen werden darf, daß der Kapitalkoeffizient keine bedeutende trendmäßige Steigerung zeigte, so ist klar, daß aufgrund der Kapitalakkumulation allmählich die relative Knappheit (und damit die Macht) des Kapitals gegenüber der Arbeit abnehmen mußte. Hierin steckt — wie Marx klar erkannte — der Widerspruch des Kapitalismus³9.

³⁷ L. Johansen, Substitution versus Fixed Production Coefficients in the Theory of Economic Growth: A Synthesis, in: Econometrica, Vol. 27, 1959, S. 157 - 176.

³⁸ W. G. Hoffmann, F. Grumbach, H. Hesse, op. cit., S. 22 und 91.

³⁹ Auch K. Wicksell (Lectures on Political Economy, 1934, I, S. 164) könnte hier erwähnt werden: "it is really not capital which should bear the blame; in proportion as accumulation continues ... interest on capital will fall and wages will rise — unless the labourers on their part simultaneously counteract this result by a large increase in their numbers"; und natürlich wußte Ricardo (Principle, ch. 21) das auch schon: "when the funds for the maintenance of labour increase much more rapidly than population, wages will be high and profits low".

Hätte es nicht zwei kapitalvernichtende Weltkriege und dazwischen noch eine Weltwirtschaftskrise gegeben, so wären die Folgen dieser trendmäßigen Entwicklung schon früher ans Tageslicht getreten. Nachdem aber (etwa seit 1960) die materiellen Wunden des zweiten Weltkrieges als geheilt gelten können, werden auch die Konturen deutlicher: Quantitativ spiegelt sich die abnehmende Macht des Kapitals im Anstieg der Lohnquote und qualitativ in der Zunahme der Macht der Manager.

12. Wir sagten bereits: Solange Reallohn und Arbeitsproduktivität um den gleichen Prozentsatz steigen, bleibt der Lohnanteil am Volkseinkommen konstant⁴⁰. In der reinen Theorie wurde diese Konstanz auch lange als Resultat des Wirkens "ökonomischer Gesetze" postuliert. Douglas hatte daher seine homogen-lineare Produktionsfunktion im Jahre 1928 kaum zum ersten Mal zur Debatte gestellt, als sie auch schon ihren Siegeszug begann. Denn sie erklärte, warum die Lohnquote konstant bleiben mußte⁴¹. Auch heutzutage gibt es Volkswirte, die, wie z. B. Bronfenbrenner, daran glauben, daß der Arbeitsanteil am Volkseinkommen sich kaum verändern kann. Laut Bronfenbrenner produziert jeder Versuch die Variationen größer zu machen, "inflation, depression and/or chaos"⁴². Die ökonomischen Gesetze also lassen es nicht zu.

Lange Zeit hatte man übrigens geglaubt, die Konstanz des Lohneinkommens auch statistisch nachweisen zu können⁴³. Aber leider stimmt etwas an der Geschichte nicht. Wir sahen schon, daß von 1875 bis 1913 der Arbeitsanteil am deutschen Volkseinkommen bedeutend zurückfiel. Wir können diese Berechnungen im 20. Jahrhundert in Deutschland nicht weiterführen, doch für die Vereinigten Staaten fand I. B. Kravis⁴⁴, daß der Arbeitsanteil seit 1900 trendmäßig zugenommen hat, und zwar von etwa 0,55 um 1900 bis 0,70 um 1960. In dieser Periode verdoppelte sich die Kapitalintensität pro Arbeiter. Auch für England findet man eine ähnliche Tendenz.

In den Vereinigten Staaten war aber während dieser ganzen Periode nicht nur die Angebotselastizität des Kapitals viel größer als die der Arbeit, anscheinend ist auch die Substitutionselastizität kleiner geworden, kleiner jedenfalls als 1 (ungefähr 0,6 in einer SMAC-Funktion), was zu einem Rückgang des Kapitalanteils führen muß⁴⁵.

⁴⁰ Siehe Fußnote 35.

⁴¹ J. Pen, Income Distribution 1971, S. 193: "The Cobb-Douglas production function is ideal for explaining a constant share of labour. It was a godsend".

⁴² M. Bronfenbrenner, Neo-Classical Macro-Distribution Theory, in: J. Marchal and B. Ducros (Hrsg.). The Distribution of National Income, op. cit., S. 476 - 510.

⁴⁸ z. B. A. L. Bowley, Wages and Income since 1860, 1937.

⁴⁴ I. B. Kravis, Relative Income Shares in Fact and Theory, American Economic Review, 1959.

⁴⁵ J. Pen, op. cit., S. 199 ff.; J. S. Cramer (Empirical Econometrics, 1969, S. 252) meint aber, daß dies durchaus nicht bewiesen ist.

Unsere Hypothese, daß die Macht des Kapitals auf die Dauer abnehmen und der Lohnanteil zunehmen muß, wenn die prozentuale Zunahme des Faktors Kapital die des Faktors Arbeit übertrifft, wird — so scheint es — von den Tatsachen nicht widerlegt. Die Quantität ist in Qualität umgeschlagen: Es ist so viel Kapital pro Arbeiter investiert worden (die Kapitalintensität ist so viel gestiegen), daß es jetzt der Kapitalist ist, der nicht mehr "warten" kann, da sonst seine Kapitalverluste zu groß werden.

Man kann gegen diese Berechnungen natürlich Bedenken haben, zum Beispiel, daß sich die Beschäftigungsstruktur geändert habe: Frühere kleinere Selbständige seien Lohnarbeiter geworden. Diese deutliche Tendenz des Übergangs ehedem freier Berufe zur Lohnarbeit reflektiert aber nur die wachsende Macht der Arbeit. Die Lohnarbeit in ihren vielfältigen Erscheinungsformen bietet vielen Selbständigen eine soziale Fürsorge, die sich die meisten freiberuflich Tätigen gar nicht leisten können.

Kleinen Gruppen von Selbständigen — z.B. Fachärzten — gelingt es zur Zeit zwar noch, ihre Selbständigkeit zu wahren, indem sie eine kräftige monopolistische Politik der Angebotsbeschränkung betreiben. Es scheint mir aber unwahrscheinlich, daß eine solche Politik am Ende dieses Jahrhunderts sozial noch toleriert werden wird.

Den wahren Lohnanteil ermittelt man wahrscheinlich am besten als Prozentsatz des durchschnittlichen Lohns in der Industrie in Relation zu dem zusätzlichen Wert pro Arbeiter in der Industrie⁴⁶, eine Methode, die es auf elegante Weise erlaubt, alle strukturellen Änderungen in der Zusammensetzung der Arbeit auszuschalten.

So zum Beispiel auch den steigenden Anteil der öffentlichen Bediensteten, eine Zunahme, die kaum mit der jeweiligen Wirtschaftspolitik, wohl aber mit der Zunahme des Volkswohlstandes in Zusammenhang gebracht werden kann. Die folgende Berechnung des Lohnanteils in der Industrie macht es möglich, diesen wachsenden Anteil "staatlicher Arbeit" außer acht zu lassen. Man soll aber bedenken, daß weit mehr als 30 % der wirtschaftlichen Aktivitäten direkt oder indirekt staatlichen Ursprungs sind. Und hier gelten kaum die traditionellen "ökonomischen Gesetze".

In der Bundesrepublik Deutschland stieg der so berechnete Arbeitsanteil am Volkseinkommen zwischen 1960 — also von dem Zeitpunkt ab, an dem die Arbeitsknappheit offenbar wurde und in großem Umfang Fremdarbeiter hereingeholt wurden — und 1970 um 3,9 %; in Belgien nahm er in der gleichen Zeit um 5,5 %, in England um 9 % und in den Niederlanden um 14,5 % zu⁴⁷. Zum Vergleich: Die tatsächliche Lohnquote stieg in der BRD von 1960 bis 1971 um 13,5 %, während die um Änderungen in der Beschäftigtenstruktur korrigierte Lohnquote um 5,9 % zunahm. Auch diese Zunahmen sind — verglichen mit Nachbar-

⁴⁶ Die nachfolgenden Berechnungen stammen von Herrn A. N. R. Schwarz, (Centraal Planbureau, Den Haag) dem ich dafür herzlich danke.

⁴⁷ Bei den Niederlanden soll man bedenken, daß nach 1945 die Löhne lange Zeit planmäßig niedrig gehalten worden sind.

ländern — verhältnismäßig gering, und es läßt sich durchaus verstehen, daß der DGB für 1970 - 1975 eine bedeutende Zunahme der Lohnquote projektiert⁴⁸.

Das bringt uns natürlich sofort zu der Frage, inwieweit die Gewerkschaften die Lohnquote tatsächlich beeinflussen können. Leider gibt es auf diesem Gebiet kaum empirische Untersuchungen. Nur A. G. Hines⁴⁹ fand für England einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Grad, in dem die Arbeiter organisiert waren und den Änderungen im Geldlohn; alle anderen Untersuchungen sind allein schon wegen der Multikollinearität wenig aussagekräftig.

13. Ich nehme an, daß marxistische Volkswirte meine Gedanken über die Macht der Arbeit absurd und höchstwahrscheinlich auch reaktionär finden werden. Ich will deshalb einen kleinen dialektisch-materialistischen Exkurs einschieben. Nehmen wir einmal an, die Arbeit sei zur Macht gelangt und kann jetzt eine Art monopolistische Politik betreiben. Eine solche Politik würde natürlich darauf abzielen, das Angebot an Arbeit zu verringern, und das auf lange Sicht geeignetste Mittel hierzu wäre natürlich die Beschränkung der Kinderzahl. Vielleicht ist es kein Zufall, daß in vielen Ländern, in denen früher, als Kapital noch der knappe und deshalb auch politisch maßgebende Faktor war, Diskussionen über Geburtenregelung vollständig tabu waren, seit einiger Zeit mit großer Aufgeschlossenheit über diese Problematik gesprochen werden kann.

14. Wenn der Arbeitsanteil am Volkseinkommen steigt, muß der Kapitalanteil zurückgehen. Wir müssen nun beide — die Kapital- wie Arbeitseinkommen — etwas weiter aufgliedern. Das Kapitaleinkommen besteht aus Grundrenten, Zinseinkommen und Gewinnen. Wenn nun die Rede ist von einem relativen Rückgang des Kapitaleinkommens, so bezieht sich das sowohl auf die Grundrenten, das Zinseinkommen als auch auf die Gewinne. Daß die Grundrenten kaum noch eine Rolle spielen, leuchtet sofort ein, wenn man bedenkt, wie stark die relative Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion an der Gesamtproduktion zurückgegangen ist. Der Rückgang des — realen — Zinseinkommens dürfte zu einem nicht geringen Teil erklärt werden aus der Tatsache, daß die Zunahme des Nominalzinsfußes hinter der schon seit vierzig Jahren andauernden säkularen Inflation zurückgeblieben ist. Das mag künftig anders werden. Hankel hat in dem Zusammenhang die These aufgestellt, daß das bisherige Hinterherhinken

⁴⁸ Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1971/1972, 1971, S. 36.

⁴⁹ A. G. Hines, Unemployment and the Rate of Change in Money Wage Rates in the United Kingdom 1862 - 1963: A reappraisal, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 50, 1968, S. 60 - 67; siehe auch B. Külp, op. cit., S. 303.

der nominellen Zinsrate hinter der Preissteigerung erstens aus institutionellen Momenten — wie bestehenden Zinsabkommen — zweitens aber aus einer speziellen Ohnmacht heraus zu erklären sei — der der kleinen Sparer.

Je mehr diese lernen, ihr Geld statt in unterverzinsten Sparbüchern, in ertragreicheren Sparformen anzulegen, desto mehr wird sich nach seiner Auffassung auch die Kreditwirtschaft zur Teilung ihrer Inflationsgewinne gezwungen sehen.

Interessant ist, daß Hankel die generelle Machtproblematik an einem Spezialfall — dem Verhältnis der nicht organisierten Sparer zur organisierten Bankwirtschaft — aufrollt. Das Zinseinkommen der Sparer nimmt in dem Umfang zu, in dem die auf Konditionenkartellierung und besserer Marktinformation beruhende Macht der Banken abnimmt⁵⁰.

15. Auch der Produktionsfaktor Arbeit muß weiter aufgegliedert werden. Für unsere Analyse genügt es, drei Gruppen zu bilden: Die erste umfaßt die ungeschulte Handarbeit, die durch die Möglichkeit des Importes von Fremdarbeitern eine sehr hohe Angebotselastizität hat und deshalb kaum Macht ausüben kann. In der zweiten Gruppe haben wir es zu tun mit der geschulten Arbeit, die — zumeist in Gewerkschaften organisiert —, im letzten Jahrzehnt im Verhältnis zum Kapital zum ersten Mal in der Geschichte deutliche Knappheitstendenzen zeigte. Solange diese Knappheit nicht zutage trat, kämpften die Gewerkschaften in der Regel dafür, daß die Geldlöhne proportional zur Zunahme der Arbeitsproduktivität stiegen, was — wie wir wissen — zu einer Konstanz des Arbeitsanteils am Volkseinkommen führte.

Ausdrücklich soll darauf hingewiesen werden, daß auch das nicht ohne Kampf, das heißt ohne eine gewisse Machtsausübung möglich war, denn kein einziges ökonomisches Gesetz zwingt die Arbeitgeber dazu, den Arbeitern den Zuwachs an Arbeitsproduktivität (voll) auszuzahlen. Die vorhin für Deutschland beleuchteten Verhältnisse in der Periode 1875—1913 sind der Beweis dafür, daß es auch anders geht.

Seit aber (ab 1960) die Arbeit in West-Europa zum ersten Mal wirklich knapp wurde, ist es den Gewerkschaften fast überall (ausgenommen in Frankreich) gelungen, den Arbeitsanteil am Volkseinkommen zu steigern; was nichts anderes heißt, als daß der Reallohn schneller gestiegen ist als die Arbeitsproduktivität. Weiter bedeutet das natürlich, daß der Kapitalanteil zurückgegangen ist. Unwillkürlich denkt man dann an das von Ricardo, Rodbertus, Marx und Keynes formulierte Gesetz der fallenden Profitraten. Allerdings muß dann sofort

⁵⁰ W. Hankel, Währungspolitik — Geldwertstabilisierung, Währungsintegration und Sparerschutz, Stuttgart 1971, S. 73 und S. 218 ff.

hinzugefügt werden, daß wenigstens bei Ricardo und Marx von einer Zunahme des Arbeitsanteils nicht die Rede war.

16. Alles in allem handelt es sich um äußerst komplizierte Machtverschiebungen, die im Grunde nur interdisziplinär analysiert werden können.

Dennoch verdient es ein Aspekt, besonders hervorgehoben zu werden. Ich meine hier die eingetretenen fundamentalen Änderungen auf der Seite des einen Verhandlungspartners, der Arbeitgeber. Ursprünglich war der Arbeitgeber ein Unternehmer-Kapitalist, das heißt: Er war der geschäftsführende Inhaber seines Betriebes. Für ihn bedeutete jeder Pfennig mehr Lohn, der gezahlt werden mußte, einen Pfennig weniger Einkommen, und das hatte zur Folge, daß um jeden Pfennig Lohn gekämpft wurde. Wir sahen schon, daß die Unternehmer-Kapitalisten bei diesem Kampf im vorigen Jahrhundert recht erfolgreich abgeschnitten haben.

Von Anfang an delegierten jedoch die Unternehmer verschiedene Aktivitäten an ihre Angestellten: Schon 1921 sprach Frank H. Knight (Risks, Uncertainty and Profit) von dem hired manager, die dem Unternehmer zwar viele Routinearbeiten abnehmen könnten, doch die typischen unternehmerischen Funktionen, wie die Übernahme von — nicht einmal meßbaren — Risiken dem (privaten) Unternehmer selber überlassen mußten.

Die Managerial Revolution (James Burnham, 1940) hat aus den früheren hired manager einen Ruling Servant (Eric Strauss, 1961) gemacht, einen Hausmeister (major domus), der den Betrieb selbständig verwaltet. Mit einigen Ausnahmen — über die H. O. Eglau uns in seinem Buch "Die Kasse muß stimmen" unterrichtet und worüber man auch bei A. Vice in "The Strategy of Takeovers" vieles finden kann — kennt der moderne Großbetrieb keinen persönlich agierenden und haftenden Unternehmer mehr, der seinen Betrieb selbst verwaltet (aus Kontinuitätsgründen wäre das auch viel zu gefährlich) und der einen Unternehmergewinn aus seinem Betrieb erhält.

Das moderne Management, oder wenn man diesen Begriff etwas ausdehnen will: die moderne Technostruktur⁵¹, identifiziert sich zwar mit "ihrem" Betrieb, ist aber nicht der Inhaber und das Betriebseinkommen ist nicht mehr (wie das bei dem Unternehmer-Kapitalist der Fall war) das Einkommen der Technostruktur.

Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung bei der Unternehmensform der Aktiengesellschaft. In der Aktiengesellschaft ist, rechtlich gesehen, der Aktionär der Eigentümer, doch er steht den Arbeitern nicht

 $^{^{51}}$ J. K. Galbraith, The new industrial state, 1968, S. 71: "the technostructure embraces all who bring specialized knowledge talent or experience to group decision-making".

als Machtfaktor gegenüber. Hier hat, wie Waffenschmidt⁵² richtig bemerkt, die Entropie, die Zersetzung und Aufspaltung des Kapitals in eine Unzahl von Aktien die Macht zerstört. Das professionelle Management hat die Rolle der früheren persönlichen Unternehmer übernommen und der Gewerkschaftssekretär begegnet ihm auf einer vergleichbaren, aber meist schlechter bezahlten Ebene.

Das erklärt auch das Benehmen des Managements bei Lohnverhandlungen. Die Verhandlungsstrategie verlangt, daß man damit anfängt, das Gefragte zunächst abzulehnen. Im Grunde leistet aber das Management gegen eine Lohnerhöhung nur dann ernsthaften Widerstand, wenn es weiß oder fürchtet, daß es die Lohnerhöhung nicht ohne Gefahr von Absatzeinbußen in den Preisen weiterberechnen kann⁵³. Weil Kontinuität des Absatzes und Kontinuität der Beschäftigung dasselbe Problem bilden, laufen hier aber in letzter Instanz die Interessen von Management und Gewerkschaften parallel.

Andererseits muß das Management auch wissen, was die Aktionäre als "Existenzminimum" für die Kapitalhingabe betrachten; solange man eine solche Dividende ausschüttet, hat man eine ruhige Jahresversammlung, und das ist von dem Standpunkt der public relations wichtig. Weiter muß das Management natürlich auch berücksichtigen, daß, wenn aus zu niedrigen Dividenden zu niedrige Aktienkurse resultieren würden, die Gefahr eines "Überfalls" schnell zunimmt. Es wäre aber jammerschade, den anonymen Aktionären mehr zu geben als unvermeidlich ist. Die Tatsache, daß die Selbstfinanzierung eine so viel größere Rolle spielt als früher, ist der Beweis hierfür. Durch diese Selbstfinanzierung wird auch die wirkliche Kapitalrendite verschleiert, so daß sich die fallende Profitrate kaum manifestiert.

17. Wenn wir behaupten, daß in den Großbetrieben die Macht vom Kapital auf das Management übergegangen ist, so bedeutet das nicht, daß das Management sich dessen (immer) bewußt ist. Die wirkliche Revolution der Manager wird erst dann stattfinden, wenn sie ihre Machtposition richtig erkennen und dementsprechend handeln.

Marx hat einmal — in einem Brief an Ruge — geschrieben, daß er dem Proletariat verdeutlichen wolle, wofür es kämpfe und — ich zitiere wörtlich — "das Bewußtsein ist eine Sache, die es sich aneignen muß, wenn es auch nicht will".

Anscheinend hat das bis jetzt mit dem Proletariat weniger geklappt; aber es gibt kein einziges ökonomisches, soziologisches oder aber psychologisches Gesetz, wonach es mit dem Management auch nicht klappen dürfte.

⁵² W. G. Waffenschmidt, Technik und Wirtschaft der Gegenwart, 1952. S. 227.

⁵⁸ B. Külp, op. cit., S. 331.

Im gleichen Augenblick, in dem sich das Management frei vom Kapital fühlen würde, besteht die Chance, die Gesamtproduktion zu beherrschen, das heißt zu planen und zu ordnen. In dem gleichen Augenblick, in dem Management und Gewerkschaften sich klar machen, daß sie zusammen die wirkliche Macht in der Wirtschaft in Händen halten, besteht die weit größere Chance, statt des Herrschens über knappe Produktionsfaktoren das Beherrschen anzustreben, das heißt, statt des Versuchs, optimale Individualgewinne zu erzielen, das Planen und Ordnen der Gesamtwirtschaft zu übernehmen.

18. Bis jetzt haben wir bloß von den hochentwickelten Ländern gesprochen. Einige wenige Schlußbemerkungen über die unterentwickelten Länder scheinen angebracht. Diese Länder leben wohl in den schlechtesten aller denkbaren Wirtschaften. Denn erstens kämpfen sie mit einer Kapitalknappheit und zweitens mit einer Knappheit an Kenntnissen, an know-how. Unter diesen Verhältnissen sind sie das herrlichste Jagdgebiet für kapitalistische Betriebe, die dort oftmals unter dem Mäntelchen der Entwicklungshilfe ihre Investitionen unter besonders günstigen Bedingungen tätigen. Leider müssen wir feststellen, daß zur gleichen Zeit, in der sich in der nationalen Politik allmählich gewisse sozial-ethische Elemente durchsetzen, die internationale Politik noch vollkommen von Machtelementen bestimmt wird. Es ist traurig, diese Bemerkung noch hundert Jahre nach der Gründung des Vereins für Socialpolitik machen zu müssen.

Hier liegt noch eine große Aufgabe vor uns. Denn schließlich hat sich unser Verein das Ziel gesetzt, die Lage der von den Auswirkungen der freien Verkehrswirtschaft Benachteiligten zu erforschen, um so die Grundlage für eine rationale und ethisch fundierte Sozialpolitik zu legen.

Auf nationaler Ebene hat man auf diesem Gebiet in den letzten hundert Jahren einiges erreicht; die Aufgabe des nächsten Jahrhunderts wird es sein, ähnliche Fortschritte auf internationaler Ebene zu erzielen.

(Beifall.)

Waldemar Wittmann (Frankfurt):

Sehr geehrter Herr Zimmerman, der Beifall zeigt Ihnen, daß Ihre Ausführungen bei den Mitgliedern der Gesellschaft auf allergrößtes Interesse gestoßen sind, und ich darf Ihnen noch einmal im Namen aller herzlich für Ihre Ausführungen danken.

Als nächster wird nun Herr Kollege Ernst-Joachim Mestmäcker zu uns sprechen, der die Verbindungslinie, die das Thema unserer heutigen Tagung zur Jurisprudenz enthält, in seinem Referat beleuchten wird.

Macht-Recht-Wirtschaftsverfassung

Von Ernst-Joachim Mestmäcker, Bielefeld

Das größte Problem für die Menschengattung, zu dessen Auflösung die Natur ihn zwingt, ist die Errichtung einer allgemein das Recht verwaltenden bürgerlichen Gesellschaft. Dieses Problem ist zugleich das schwerste und das, welches von der Menschengattung am spätesten aufgelöst wird.

Kant, Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, 1784

I. Die neue Aufklärung

Der Anspruch, das Licht einer neuen Aufklärung zu verbreiten, soll in den Sozialwissenschaften Fortschritt und Wissenschaftlichkeit des Denkens verbürgen. Dieser Anspruch wird unabhängig davon erhoben, ob man sein Selbstverständnis in der Dialektik der Aufklärung, in der soziologischen Aufklärung der Systemtheorie, in der unbefriedigten Aufklärung oder in der aufgeklärten Marktwirtschaft findet. Die Wahnbegriffe jedoch, "auf denen der Aberglaube seinen Schattenthron errichtet", erkennt man nicht mehr wie Schiller zu seiner Zeit¹ in der Religion, in den unverstandenen Mächten der Natur, in der Herrschaft der Privilegien des Standes, der Zunft und der Geburt oder in der staatlichen Zensur. Als Aberglaube gilt zuerst der Wissenschaftsbegriff, den man nicht teilt, das nicht reflektierte Erkenntnisinteresse, das falsche Bewußtsein, welches die Repression, oder das falsche Staatsverständnis, welches die Anarchie fördere. Die Erinnerung an die große Tradition der politischen Ökonomie, eine Wissenschaft der Staatsmänner und Gesetzgeber², und die Erinnerung an die Tradition der Jurisprudenz, die Wissenschaft von der Freiheit zu sein³, drohen in wissenschaftlichen Glaubenskriegen unterzugehen. Meine Überlegungen gelten der Frage, wie es unter solchen Umständen möglich ist, sich zwischen den Sozialwissenschaften über Macht und Recht auf dem Gebiete

¹ Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen, Erste Fassung der Briefe an den Prinzen v. Augustenburg, herausgegeben von W. Henckmann, 1967, S. 29.

² Adam Smith, An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations. Edition Lerner, 1937. S. 397.

nations, Edition Lerner, 1937, S. 397.

³ Friedrich Carl von Savigny, System des heutigen römischen Rechts, Berlin 1840, Bd. I, S. 55.

der gesellschaftlichen Wirtschaft zu verständigen. In Frage steht nicht das Recht als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung, sondern das Recht als konstitutives Element von Gesellschaft.

Die klassische englische Ökonomie lieferte die empirischen Bezüge für die Entwürfe der Transzendentalphilosophie und der philosophischen Systeme des deutschen Idealismus, die unser Verständnis von Freiheit, Macht und Herrschaft bis heute bestimmen. Je radikaler der Positivismus die Eigengesetzlichkeit wissenschaftlichen Erkennens gegen das praktische Handeln ausspielte, desto deutlicher traten die methodisch geleugneten, politischen Implikationen der Gesellschaftswissenschaften hervor. Keine Wissenschaft, die gesellschaftliches Handeln zum Gegenstande hat, kann sich der Antinomie von Macht und Freiheit entziehen. Politische Theorie und Praxis lassen sich deshalb danach unterscheiden, wie sie die Konflikte abgrenzen und lösen wollen, die aus der Ausübung der bürgerlichen Freiheiten entstehen. Die Meinungen über die Ursachen der Konflikte dagegen und über die mit ihrer Lösung verfolgten letzten Ziele haben immer auch Züge der politischen Theodizee und Ideologie. Das gleiche gilt für die anthropologisch begründeten Meinungen darüber, ob der Mensch von Natur gleich oder ungleich, gut oder böse, aggressiv oder friedlich sei: "Das Problem der Staatserrichtung ist, so hart wie es auch klingt, selbst für ein Volk von Teufeln (wenn sie nur Verstand haben) auflösbar4." Deshalb ist es ein schlechter Einwand gegen ein Wirtschaftssystem, daß es von der Selbstsucht und dem Gewinnstreben der Menschen ausgehe und dadurch ihre Moralität untergrabe. Es braucht hier nicht entschieden zu werden, mit welchem Wirtschaftssystem altruistisches Handeln am ehesten vereinbar wäre. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß von der Möglichkeit eigennützigen Handelns in den verschiedensten Wirtschaftssystemen so überwiegend Gebrauch gemacht wird, daß man mit dieser Hypothese wirtschaftliches Handeln besser erfassen kann. Wie anders ist die Feststellung von Oskar Lange zu verstehen⁵, die Verrechnungspreise in einer sozialistischen Wirtschaft hätten den gleichen objektiven Charakter wie Marktpreise unter den Bedingungen des Wettbewerbs.

Mit dem Ziel, die Ursachen gesellschaftlicher Konflikte zu beseitigen oder mit dem Anspruch, sie schon beseitigt zu haben, verbindet sich nahezu ausnahmslos die Verheißung gegenwärtiger oder zukünftiger Glückseligkeit. Der Anspruch von Staat oder Gesellschaft, zu wissen, wie fremdes Glück zu verwirklichen sei, beschert den Inhabern von Macht ein besonders gutes Gewissen, das größte Unheil aber den Men-

⁴ Kant, Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, Akademie-Ausgabe Bd. 8, 366.

⁵ On the Economic Theory of Socialism IV, Review of Economic Studies, (1936), S. 60 ff.

schen, die das Unglück trifft, andere Vorstellungen über den Zweck ihres Lebens zu haben. So groß der theoretische Abstand zwischen dem Untertan ist, der zum Bürger wurde, und dem bürgerlichen Subjekt, das sein emanzipatorisches Bewußtsein erst gewinnen soll, so gering ist der praktische Unterschied zwischen Staatsraison und gesellschaftlich gewährleistetem richtigen Bewußtsein.

II. Die Herrschaft von Politik und Ökonomie über das Recht

Die von der klassischen englischen Ökonomie ausgehende Faszination als eines Systems "natürlicher Freiheit" hat aus sehr verschiedenen Gründen dazu geführt, daß man die Eigengesetzlichkeit des Ökonomischen als Unabhängigkeit von Recht und Staat mißverstanden hat. Im Spezialisierungsprozeß der Sozialwissenschaften mußten sich Zwecke, Gegenstände und Methoden von Rechts- und Wirtschaftswissenschaften differenzieren. Das Bemühen aber um die spezifische "Reinheit" der Erkenntnisweisen hat auf beiden Seiten die Freude an der Eleganz der Theorienbildung beflügelt, den Bezug auf die beiden Wissenschaften gemeinsamen gesellschaftlichen Bedingungen jedoch aus dem Bewußtsein und den für ergiebig gehaltenen Fragestellungen verdrängt. Die Feststellung, daß man auch innerhalb der anderen Wissenschaft "anderer Meinung" ist, verweist den Juristen im Zweifel auf Alltagserfahrung und Judiz, den Ökonomen auf Hypothesen und Modelle. Man sollte die politische Bedeutung dieser Selbstgenügsamkeit nicht unterschätzen. Sie bildet eine Voraussetzung dafür, daß die unerbittlichsten Gegner des marktwirtschaftlichen Systems dessen Eigengesetzlichkeit für ihre Kritik in Dienst nehmen konnten. Es trifft sich, daß die Radikalkritik am Wirtschaftsliberalismus immer auch die Kritik am bürgerlichen Rechtsstaat gewesen ist. Die Selbstverständlichkeit, mit der Adam Smith "an exact administration of justice"6 als Grundlage eines freien Wirtschaftssystems voraussetzte, wird in ihr Gegenteil verkehrt, nämlich in die Herrschaft von Politik oder Ökonomie über das Recht. Das läßt sich an so gegensätzlichen Kritikern des Rechtsstaates zeigen wie Carl Schmitt und Karl Marx. In der "brillanten Livree der Macht" sah Heinrich Heine die deutschen Staatsphilosophen stecken7, Carl Schmitt glaubte in ihr die Form des Politischen zu erkennen, dessen Substanz unabhängig von seiner Erscheinungsform das Freund-Feind-Verhältnis sei: "Sobald die Produktion restlos anonym geworden ist und ein Schleier von Aktiengesellschaften und anderen juristischen Personen die Zurechnung auf konkrete Menschen unmöglich macht, muß das Privateigentum des Nichts-als-Kapitalisten wie ein

⁶ a.a.O., S. 651.

⁷ Die romantische Schule, Sämtliche Werke, herausgegeben von Ernst Elster, Bd. V, S. 229.

unerklärliches Anhängsel weggestoßen werden8." Wenn das Ökonomische auf diese Weise politisch geworden ist, entzieht es sich dem kleinbürgerlichen Recht und definiert selbst Freund-Feind-Verhältnisse9. Karl Marx war nicht der Gedanke unerträglich, daß sich der Dämon der Macht unwiderruflich dem Recht beugen könnte. Ihn empörte im Gegenteil der Mißbrauch des "prunkvollen Katalogs der Menschenrechte"¹⁰, um den Arbeitern die selbstverständlichsten Schutzrechte vorzuenthalten und die Reduktion des Geistes der Gesetze auf den Geist des Eigentums¹¹.

Aber auch Marx mochte nicht auf die unsichtbare Hand des Kapitalismus verzichten, welche die Arbeit des Sozialismus bis zur vollen Entfaltung der Produktivkräfte und bis zur Befreiung der Arbeiterklasse verrichten soll. Unabhängig davon, ob man die Macht und das Politische als Freiheit vom Recht ästhetisiert oder ob man die Konkurrenz dämonisiert, wird das Privatrecht mit dem ökonomischen System gleichgesetzt. Durch diese Identifikation wird bereits theoretisch die Möglichkeit ausgeschlossen, innerhalb eines solchen Systems wirtschaftliche Macht zu binden. Die Vorstellung der politischen Neutralität oder der naturwüchsigen Eigengesetzlichkeit des marktwirtschaftlichen Systems und des Privatrechts hat zu jenem "häufigen Mißgriffe der Abstraktion" geführt¹², vor dem Hegel in seiner Rechtsphilosophie warnt, das Privatrecht wie das Privatwohl, d. h. das Ökonomische, als an und für sich gegen das Allgemeine des Staates geltend zu machen. Diesen Mißgriff teilen die rechten mit den linken Hegelianern. Wirtschaftliche Macht bestätigt den einen die Unwiderstehlichkeit des Politischen auch dann noch, wenn sie die Herrschaft des Staates in Frage stellt; für die anderen hat das ökonomische System Recht, Staat und Politik ohnehin unter sich subsumiert. Daraus erklärt sich, so widersprüchlich das zunächst erscheinen mag, warum gerade diese Theorien von den Apologeten der Konzentration und der Monopolisierungen in kleiner Münze unter die Leute gebracht werden.

Die von keiner Seite bestrittene politische oder gesellschaftliche Relevanz der Unternehmen, ihrer Verbände oder der Gewerkschaften wird zum Anlaß, sie als Träger politischer oder gesellschaftlicher Macht aus dem Zusammenhang des Rechts- und Wirtschaftssystems zu lösen.

⁸ Römischer Katholizismus und politische Form, Der katholische Gedanke

Bd. XII, 1925. S. 25.

* Carl Schmitt, Staatsethik und pluralistischer Staat, Kant-Studien, Bd. 35 (1930), S. 28 ff.; derselbe, Der Begriff des Politischen, Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Korollarien 1963.

¹⁰ Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Bd. I. MEW Bd. 23, S. 320.

¹² Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, § 126 Zusatz, ed. J. Hoff-meister ⁴1955. S. 114: dazu vor allem *Joachim Ritter*, Person und Eigentum, in: Metaphysik und Politik, Studien zu Aristoteles und Hegel, 1969, S. 256 ff.

Das öffentliche Interesse, mit dessen Hilfe die Großunternehmen zur Institution stilisiert werden, soll zur Rechtfertigung dafür dienen, sie der Kontrolle des Privatrechts und des Wettbewerbs zu entziehen. Der Aufwand zu diesem Zweck scheint mir ein wichtiges Indiz zu sein für die Wirksamkeit der Bindung von Macht innerhalb eines Wettbewerbssystems. Die in den Ideologien des Großunternehmens vorbereitete Absage an das Privateigentum wird von anderer Seite aufgenommen, um diese Unternehmen von innen durch paritätische Mitbestimmung oder von außen durch gesellschaftlich relevante Kräfte zu kontrollieren. Auch Zeitungsverlage sollen eigentumspolitisch neutralisiert werden in der Rechtsform der Stiftung oder der öffentlichen Anstalt - um "Denkmodelle" für die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln zu entwickeln. Ein politisches Gemeinwesen, das die Strukturprinzipien seiner Wirtschaftsordnung mit der Begründung preisgibt, es handle sich um gesellschaftlich oder politisch relevante Probleme, hat diese Ordnung selbst preisgegeben. Diese Feststellung richtet sich nicht gegen die Notwendigkeit und die Möglichkeit, auch die Grundlagen der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung dauernd kritisch zu überprüfen. Sie will auch nicht der von den Herren Nove und Zimmermann so eindringlich erhobenen Forderung widersprechen, die Unternehmen in ihren organisatorischen und strukturellen Eigenarten in die wirtschaftliche Analyse einzubeziehen. Aber es gilt den Versuch zurückzuweisen, die Unternehmen mit der Behauptung zu autonomisieren, sie seien im Spätkapitalismus nur noch politisch beherrschbar, nicht aber ökonomisch oder rechtlich regelbar.

III. Das nicht private Privatrecht

Die Träger dezentraler Wirtschaftsplanung in der Verkehrswirtschaft, die Haushalte, Unternehmen und Gewerkschaften, verwirklichen ihre Pläne in den Grenzen und mit den Mitteln des Privatrechts. Deshalb gilt es, die von keiner Seite bestrittene strukturelle Entsprechung von marktwirtschaftlichem System und Privatrechtsordnung als Grundlage einer Wirtschaftsverfassung festzuhalten¹³. Das Privatrecht ist ein unverzichtbares Verfahren, Konflikte zwischen freien Bürgern dort auszutragen, wo sie entstehen. Die strukturelle Parallelität des klassischen bürgerlichen Rechts mit einer dezentral gesteuerten arbeitsteiligen Wirtschaft darf jedoch nicht auf das Verhältnis von Form und Inhalt oder von Instrument und Zweck reduziert werden. Diese Vorstellung lag aber dem großen, wissenschaftlich und politisch folgenreichen Versuch von Lorenz von Stein zugrunde, die Einheit der Rechts-

 $^{^{13}}$ Vgl. Franz $\mathit{B\"{o}hm},$ Privatrechtsgesellschaft und Marktwirtschaft, ORDO XVII, 1966.

und Wirtschaftswissenschaften in den Staatswissenschaften zu begründen: "Wenn ich das Recht finden will, muß ich es in dem Begriffe desjenigen suchen, welcher es erzeugt ... Eine juristische Definition ist somit gar keine im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sondern sie ist eine ... wirtschaftliche¹⁴." Je nachdrücklicher damit auf die Interdisziplinarität von Rechts- und Wirtschaftswissenschaften hingewiesen ist. desto entscheidender wird es, die Selbständigkeit der Funktionen des Rechts gerade auch gegenüber dem Wirtschaftlichen zu explizieren und durchzusetzen. Das Recht nimmt wirtschaftliche Regelzusammenhänge in Bezug, es entnimmt ihnen wichtige inhaltliche Momente für die Normen, aber die Selektion dieser Momente, ihr Verhältnis zueinander, die Anerkennung freien Handelns oder die Notwendigkeit seiner Einschränkung muß es durch die Gesetzgebung und in der Auslegung der Normen selbst bestimmen. Die grundsätzliche systematische und praktische Bedeutung des Rechts der Wettbewerbsbeschränkungen liegt darin, daß es dieses inhaltliche Spannungsverhältnis von ökonomischer und rechtlicher Eigengesetzlichkeit in demjenigen Zusammenhang thematisiert, in dem Marx den Beweis für den antagonistischen, kriegerischen und gewalttätigen Charakter des Systems erblickt.

In den Vereinigten Staaten war es das historisch und politisch wache Bewußtsein des konstitutiven Zusammenhanges wirtschaftlicher und politischer Freiheit, welches die Entwicklung der Antitrustgesetze als notwendiger Ergänzung der politischen Demokratie ermöglichte. In der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehört das System unverfälschten Wettbewerbs — weit über den traditionellen Bereich des Kartellrechts hinaus — zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen der Gemeinschaft. In dieser Konzeption liegt die politisch wahrscheinlich wichtigste Wirkung der in Deutschland zuerst von Walter Eucken und Franz Böhm begründeten Einsicht in die rechtliche Gestaltbarkeit der Wirtschaftsordnung.

Methodisch nimmt das Recht, das den Wettbewerb vor Beschränkungen schützt, dessen Eigengesetzlichkeit insoweit auf, als er geeignet ist, Wahlmöglichkeiten Dritter zu gewährleisten, Handlungsfreiheiten einzuschränken und die selbständigen Pläne der Unternehmen zu koordinieren. Der gesamtwirtschaftliche Bezug wird aber nicht hergestellt, indem man das preispolitische Verhalten der Unternehmen anhand eines wie immer abgeleiteten Modells wirksamer Konkurrenz obrigkeitlich steuert, wie es oft unterstellt wird. Wettbewerbsbeschränkungen indizieren mögliche Funktionen des Wettbewerbs. Bisher unbekannte Wettbewerbsbeziehungen werden deshalb häufig erst in wettbewerbsbeschränkenden Verträgen sichtbar. Daran bestätigt sich der

¹⁴ Gegenwart und Zukunft der Rechts- und Staatswissenschaft Deutschlands, 1876, S. 224.

Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Die oft wiederholte Forderung nach einer inhaltlichen Definition des Wettbewerbs verkennt seine normativ gesicherten Funktionen. Die grundsätzliche Bedeutung dieser Funktionen für die Möglichkeit einer Wirtschaftsverfassung liegt darin, daß sie die Bindung von Macht als erste Aufgabe des Rechts mit der dezentralen, aber gleichwohl gesamtwirtschaftlichen Steuerung des unternehmerischen Verhaltens vereinbar machen. Die Aufgaben einer Wirtschaftsverfassung sind damit nicht gelöst, aber sie werden in ihrer methodischen Eigenart bezeichnet: Es gilt nicht nur die gemeinsamen Fragestellungen von Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zu erkennen. Genauso wichtig ist es, wirtschaftspolitische Lösungen zu entwickeln, welche der Bindung an Rechts- und Verfassungsnormen zugänglich sind.

Das prinzipielle Auseinandertreten von Privatrecht und öffentlichem Recht hat dagegen eine Trennung bewirkt, die in wichtigen Beziehungen der Trennung von Mikro- und Makroökonomie vergleichbar ist. Die Vergleichbarkeit sehe ich darin, daß man die Zusammenhänge zwischen Gesellschaft und Staat, zwischen Mikrostruktur und Gesamtwirtschaft vernachlässigt, um das öffentliche Wohl unmittelbar zu verwirklichen. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die Wirtschaftspolitik im Streben nach umfassender Instrumentalisierung des Geldes, der Nachfrage und der Investitionen in die Gefahr gerät, Stürme in der politischen Wolkenregion zu entfachen, welche die Struktur der ökonomischen Grundelemente so unberührt lassen, wie es Marx für die Politik überhaupt behauptet hat¹⁵.

IV. Demokratie und Marktwirtschaft

Im gleichen Maße, in dem es gelingt, das Privatrecht aus seiner begrifflichen, seiner wirtschaftlichen und seiner politischen Isolierung zu lösen, gewinnt ein anderes Mißverständnis an Boden, die Vorstellung nämlich, die politische Verfassung solle auf das Privatrechtssystem oder die Wirtschaftsverfassung eingeschränkt werden. Nicht zu sprechen ist hier von den Vorstellungen derjenigen Staatsrechtslehrer, welche ihr Selbstverständnis in der Unterscheidung von den bloßen "Rechtsstaatslehrern" finden wollen, "die in normativen Gehäusen ihr Wesen treiben"¹⁶. Andererseits hat Horst Ehmke dem Versuch, eine Wirtschaftsverfassung zu begründen, entgegengehalten, dabei werde die Trennung von Staat und Gesellschaft perpetuiert, die politische Mitte der Verfassung als freiheitlich demokratische Grundordnung des politischen Gemeinwesens aber verfehlt¹⁷. Verfassungsrechtlich

¹⁵ Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 379.

¹⁶ Forsthoff, Der Staat der Industriegesellschaft, 1971, S. 46.

handelt es sich um das Verhältnis der wirtschaftlich erheblichen Grundrechte zur Kompetenz des Gesetzgebers. Ökonomisch handelt es sich um das Verhältnis von Ordnungspolitik und diskretionärer Wirtschaftspolitik. Politisch handelt es sich in der Tat um die Frage, ob das Spannungsverhältnis von Staat und Gesellschaft in der umfassenden Zuständigkeit des demokratisch legitimierten politischen Gemeinwesens aufgehoben werden kann. Gewiß ist es richtig, daß durch die Trennung von Staat und Gesellschaft wichtige Strukturprobleme demokratischer Industriestaaten verdeckt werden. Die bürgerliche Gesellschaft hat die selbständige und unabhängige Stellung des Staates in der deutschen Tradition nicht in Frage gestellt, sondern sie ist zu deren wichtigster Rechtfertigung geworden.

Aufgabe des Staates ist es, wie es Lorenz von Stein auf dem Höhepunkt der ersten Industrialisierung formulierte, den Übergang des wirtschaftlichen und sozialen Interesses in das Vorrecht zu verhindern: "Um dies zu können, muß er absolut über jeder Klasse stehen, denn alle Unfreiheit tritt ein, sowie sich irgendeine Klasse der Staatsgewalt bemächtigt¹⁸." Nicht beantwortet ist damit die Frage, wie der Staat der parlamentarischen Demokratie unabhängig und neutral sein kann. Denn die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten, die aus den bürgerlichen Freiheiten entstehen, wirken auf die Konstituierung der Staatsgewalt ein.

"Was sind in einer Demokratie die verschiedenen Gruppen des Parlaments anders als Vertreter von Interessen, die sie selbst bestimmen? Weise Staatsmänner, auf die man vertrauen kann, daß sie die gesellschaftlichen Interessenkonflikte untereinander ausgleichen und sie dem öffentlichen Wohl unterordnen, wird es häufig nicht geben. Außerdem werden sie in der Regel nicht in der Lage sein, die offenbaren und unmittelbaren Interessen einer Gruppe aufgrund von Erwägungen des allgemeinen Wohls unbeachtet zu lassen, Erwägungen, die häufig indirekt und entfernt sein werden." Ich habe nicht Karl Marx zitiert, um die Unmöglichkeit der politischen Kontrolle wirtschaftlicher Macht in einer Demokratie darzutun, sondern den Versuch von James Madison im "Federalist" von 1787, die Bedingungen zu analysieren, mit denen eine rechtsstaatliche und parlamentarische Demokratie rechnen muß¹⁹. Der demokratische Staat kann von Interessengruppen nicht unabhängig sein; den neutralen Gesetzgeber, wie ihn die Lehre vom reinen Rechtsstaat voraussetzt, gibt es nicht; die Verwaltung ist politisch nicht neutral, wie es die kontinentaleuropäische Lehre von der Gewaltenteilung

¹⁷ Wirtschaft und Verfassung. Die Verfassungsrechtsprechung des Supreme Court zur Wirtschaftsregulierung, 1961, S. 55.

¹⁸ a.a.O., S. 215.

¹⁹ The complete Madison. His basic writings. Edition Padover, Saul K., Neudruck New York 1971, S. 53.

fordert. Darum kann der Hinweis auf die Entscheidungen des politischen Gemeinwesens die Frage der Wirtschaftsverfassung nicht lösen. Vielmehr wird es zur schwersten Aufgabe der parlamentarischen Demokratie, die Machtverhältnisse in der Gesellschaft so zu steuern, daß keine Gruppe in der Lage ist, ihre Interessen als Interessen der Allgemeinheit absolut zu setzen. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft bezeichnet unter diesen Bedingungen das materielle Problem der Gewaltenteilung. Es gewinnt gleiches Gewicht wie die organisatorische Trennung von Legislative, Exekutive und Justiz.

Die Möglichkeit der Selbstbehauptung des politischen Gemeinwesens gegenüber der Wirtschaft wird wegen des politischen Gewichts der Gruppen, wegen der Präsenz und der aktiven Teilnahme des Staates an der Wirtschaft und wegen der politischen Ansprüche auf staatliche Sozialgestaltung in Frage gestellt. Es ist nicht überraschend, daß sich die vorgeschlagenen Alternativen zur Gewaltenteilung auf zwei Grundmuster zurückführen lassen: auf die Aufhebung des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie Galbraith als praktisch schon vollzogen behauptet²⁰, oder auf die Forderung nach der Übernahme des Wirtschaftsprozesses und der maßgeblichen Wirtschaftseinheiten in staatliche Regie. Teilweise werden die daraus folgenden praktischen Probleme mit der These von der Annäherung von Ost und West überspielt: teilweise wird übersehen, daß auch die neue Gesellschaft, welche die Wirtschaft übernommen hat, einer Organisation bedarf. Die Anhänger des starken Staates scheinen dagegen zu vergessen, daß sie die Abhängigkeit des Staates von der Wirtschaft mit der Verstaatlichung endgültig besiegeln.

Gewaltenteilung in der Gesellschaft als Grundlage einer Wirtschaftsverfassung ist nur nach dem Prinzip der funktionalen Differenzierung möglich. Das wichtigste Mittel funktionaler Differenzierung ist das Recht.

V. Gewaltenteilung

Unter den Bedingungen der Freiheit und Gleichheit wurde es historisch zu der wichtigsten Aufgabe des Rechts, die Inanspruchnahme des ganzen Menschen für Staatszwecke oder Gesellschaftszwecke zu verhindern. Freies gesellschaftliches Handeln ist funktional begrenztes Handeln. Hegel nannte daher das Recht der bürgerlichen Gesellschaft das abstrakte Recht und sah darin seine historische Fortschrittlichkeit²¹. Das Rechtssubjekt wird zur Reihe seiner Handlungen in der Gesellschaft. In der juristischen Person wird das Rechtssubjekt auf bestimmte Funktionen eingeschränkt. Daraus erklärt sich, daß juristische Personen zu

²⁰ Die moderne Industriegesellschaft, dt. Fassung 1970.

²¹ Rechtsphilosophie §§ 123, 124, a.a.O., S. 111 f.

einem Strukturmerkmal von Industriegesellschaften geworden sind. Das Recht hat die Aufgabe, die Usurpation rechtlich differenzierter Funktionen durch einzelne oder durch Gruppen zu verhindern, indem es die Regeln zur Funktionsverwirklichung durch Konfliktsentscheidungen zur Verfügung stellt. Diese Aufgabe bedeutet nicht die Gewährleistung des status quo, nicht die Entlastung der Gesellschaft von Reflexion, und sie weist dem Ökonomischen keinen höheren Rang zu, als ihm für die Selbstverwirklichung der Person zukommen kann. Das Recht ist nicht auf die Konstanz von bestimmten Systemfunktionen gerichtet, auch nicht auf die Gewährleistung bestimmter sozialer Ergebnisse. Seine Aufgabe ist es, die Bedingungen zu erhalten, unter denen der Prozeß funktionaler Differenzierung es dem einzelnen gestattet, sich "je in seiner Besonderheit" befriedigt zu finden. Deshalb gibt man das Recht als solches preis, wenn man die Grundrechte für unanwendbar erklärt, soweit es sich um Probleme ökonomischer Funktionalität handele.

Wer das Eigentum an Produktionsmitteln dem wirtschaftlich funktionslosen Privateigentum gegenüberstellt, um etwa das "Eigenheim" unangetastet zu lassen, versperrt gerade einer unübersehbar großen Zahl von Bürgern die Möglichkeit, in Ausübung ihrer Berufs- und Gewerbefreiheit selbst darüber zu entscheiden, ob sie ihr sogenanntes Konsumeigentum als Produktiveigentum nutzen wollen. Solche Grundrechte bestimmen die Qualität der Wirtschaftsordnung.

In Verbindung mit dem Wettbewerb erschließen sie die Phantasie und den Erfindungsreichtum der einzelnen als die wichtigste Quelle gesellschaftlicher Produktivität. Die bloße Konzertierung der jeweils erreichten Besitzstände dagegen ließe sich allenfalls auch planen.

Aus den Erfordernissen von Konfliktsentscheidungen auf der Grundlage rechtlich gewährleisteter funktionaler Differenzierungen ergeben sich weitreichende Konsequenzen für das Verständnis von Gesetzgebung und Rechtsanwendung. Wirtschaftliche Macht verleiht die Möglichkeit, die Stellen, an denen Konflikte entschieden werden, zu wählen, zu vervielfältigen oder zu isolieren. Daraus entsteht die Fähigkeit, sich den konfliktsregelnden Normen der Rechts- und Verfassungsordnung zu entziehen und dadurch das normierte System funktionaler Differenzierungen zu Lasten Dritter zu verändern. Dieser Ansatzpunkt für die umfassende rechtliche Bindung wirtschaftlicher Macht kann wichtige Hinweise für die Auslegung des geltenden Rechts, besonders für die Auslegung der Grundrechte geben. Das Kriterium kann jedoch auch für die Beurteilung der gesetzgeberischen Weiterentwicklung des Rechts und für die diskretionäre Wirtschaftspolitik entfaltet werden. Diesem Aspekt kommt besondere Bedeutung zu, weil die Macht zur Konfliktsverlagerung die Fähigkeit einschließt, rechtlich geregelte Konflikte auf die Ebene der Politik zu heben und sie dadurch der Regelung des geltenden Rechts faktisch zu entziehen. Die Erfahrung der Industriestaaten zeigt, daß es zum wichtigsten politischen Ziel von Gruppen wird, Konflikte aus ihrem primären Bezug zwischen den Handelnden zu lösen und auf andere Ebenen zu verlagern, vorzugsweise auf den Staat, oder aber die Bedingungen zu verändern, unter denen Konflikte entschieden werden, vorzugsweise mit Hilfe des Gesetzgebers. Im gleichen Maße, in dem solche Politik Erfolg hat, wird ein rechtlich geordnetes System der Gewaltenteilung in der Gesellschaft diskreditiert, faktisch unterhöhlt und politisch hinfällig. Die Versuchungen und Wirkungen einer Politik des leichten Geldes lassen sich in diesen Kategorien ebenso darstellen wie die Wettbewerbspolitik oder die Probleme der Tarifautonomie. Diese Kategorien enthalten auch Kriterien dafür, ob man den Verbänden der Arbeitnehmer neben der verfassungsrechtlich gewährleisteten Tarifautonomie die paritätische Mitbestimmung in den Unternehmen und die zentrale Verfügung über Aktienfonds übertragen darf, die aus der Vermögensbildung der Arbeitnehmer entstehen sollen.

Friedrich A. von Hayek hat aus den unübersehbaren Schwierigkeiten von Interessenpolitik in einer freien Gesellschaft die Konsequenz gezogen, daß eine freie Ordnung nur durch Verzicht auf diskretionäre Politik und durch die Bindung allen staatlichen Handelns an allgemeine verfassungsmäßig gesicherte Rechtsgrundsätze möglich sei²². Der Rechtsstaat läßt sich nicht in dieser Weise dem Gesetzgebungsstaat entgegensetzen²³, selbst wenn die theoretische Konsequenz der rule of law dafür sprechen sollte.

Abgesehen von den Problemen der Globalsteuerung konnte etwa das moderne Arbeitsrecht, das Individual- und das Kollektivarbeitsrecht nur durch die Teilnahme der Arbeiter und ihrer Organisationen am demokratischen Gesetzgebungsprozeß entwickelt werden. Ein gewiß unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaftsverfassung mußte sich also gegen das zeitgebundene Verständnis von Eigentum und Vertragsfreiheit mühsam durchsetzen. Inwieweit es andererseits möglich ist, die Wirtschaftspolitik als solche verfassungsrechtlich zu binden, hängt davon ab, ob die Ökonomie Beurteilungskriterien zur Verfügung stellt, die einer inhaltlichen Konkretisierung durch die Rechtsprechung zugänglich sind. § 1 des deutschen Stabilitätsgesetzes zeigt besonders deutlich, daß es nicht genügt, ökonomische Begriffe in ein Gesetz aufzunehmen. Maßgeblich ist vielmehr die Justitiabilität der Kriterien im Hinblick auf den Sachverhalt, den es zu beurteilen gilt. Bisher ist es

²² Vgl. vor allem The Constitution of Liberty, 1959, S. 220 ff.

²² Vgl. F. A. von Hayek, Recht, Gesetz und Wirtschaftsfreiheit, Freiburger Studien 1969, S. 47 ff.

¹³ Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 74

nur in demjenigen Bereich gelungen, Generalklauseln durch die Rechtsprechung zu konkretisieren, in welchem die systematische Parallelität von Privatrecht und marktwirtschaftlichem Prozeß zu beurteilungsfähigen Mikrostrukturen führt. In der Beurteilung makroökonomischer Zusammenhänge als solcher kann die Rechtsprechung dagegen nicht klüger sein als die Nationalökonomie ihrer Zeit.

Mit dieser Feststellung soll nicht die Notwendigkeit und die Möglichkeit in Frage gestellt werden, in den Mitteln der Wirtschaftspolitik, auch in den Mitteln der Globalsteuerung, die Funktionsfähigkeit und den Bestand der rechtlich gewährleisteten Wirtschaftsverfassung, besonders die Rückwirkungen staatlichen Handelns auf die Gewaltenteilung in der Gesellschaft, in Rechnung zu stellen. Keiner Frage kommt in diesem Zusammenhang größere Bedeutung zu als einer Währungsordnung, die einen stabilen Bewertungsmaßstab für das wirtschaftliche Handeln der Unternehmen und der Staaten gewährleistet.

VI. Freiheit von Mangel und Recht

Der Versuch, die Prinzipien des Rechtsstaates in einer Theorie der Wirtschaftsverfassung zu konkretisieren, setzt gemeinsame Erkenntniszwecke von Wirtschafts- und Rechtswissenschaft voraus. Die Grenzen der Ökonomie bezeichnen insoweit die Grenzen des Rechts, als es zunächst darum geht, die Möglichkeiten praktischen Handelns im Rahmen des Wirtschaftssystems zu optimieren. Schon gegen diese Möglichkeit wendet sich die Frankfurter Kritische Theorie. An die Stelle des Rechts, welches die Regeln angibt, nach denen gesellschaftliche Konflikte entschieden werden, und an die Stelle der Ökonomie, welche die Bedingungen formuliert, unter denen das ökonomische Handeln des Staates, der einzelnen und der Gruppen mit dem öffentlichen Interesse vereinbar sein kann, tritt die herrschaftsfreie Kommunikation: "also eine Organisation der gesellschaftlichen Beziehungen nach dem Prinzip, daß die Geltung jeder politisch folgenreichen Norm von einem in herrschaftsfreier Kommunikation erzielten Konsensus abhängig gemacht wird"24. Die Frage, warum eine Gesellschaftstheorie herrschaftsfreier Kommunikation im Verhältnis großer Teile der Sozialwissenschaften zueinander zur Kommunikations- und Sprachlosigkeit führt, soll nicht den polemischen Abbruch des Gesprächs vorbereiten. Man sollte es sich auch nicht so leicht machen, durch einen wie immer abgegrenzten Wissenschaftsbegriff das zur Ideologie zu erklären, was im eigenen Bezugssystem keinen Platz zu haben scheint. Immerhin könnten sich Nationalökonomie und Rechtswissenschaft gegenüber der Kritischen Theorie hierbei auf das Prinzip der Gegenseitigkeit berufen.

²⁴ Habermas, Erkenntnis und Interesse, 1968, S. 344.

Von der Kritischen Theorie zu lösen ist die Schwierigkeit, wie man in der Tradition von Marx, d. h. unter der Voraussetzung, daß in der bürgerlichen Gesellschaft alle Mittel der Entwicklung der Produktion in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten umschlagen²⁵, praktisches, d. h. freies Handeln in seinen Voraussetzungen und in seinen Wirkungen denken kann. Das Grundsätzliche der Schwierigkeit hat Adorno gesehen, wenn er sagt, ohne allen Gedanken an Freiheit sei organisierte Gesellschaft kaum zu begründen²⁶. Trotz dieser Anknüpfung an die Transzendentalphilosophie Kants und den Idealismus verneint er die Möglichkeit, in dieser Tradition den Freiheitsgedanken zu entfalten: "Sämtliche Begriffe, welche in der Kritik der praktischen Vernunft, zu Ehren von Freiheit, die Kluft zwischen dem Imperativ und den Menschen ausfüllen sollen, sind repressiv: Gesetz, Nötigung, Achtung, Pflicht. Kausalität aus Freiheit korrumpiert diese in Gehorsam²⁷." Habermas will die Frage erkenntnistheoretisch lösen, indem er theoretische und praktische Vernunft, die bei Kant getrennt gedacht werden, zur Einheit der kritischen Reflexion in praktischer Absicht bringt. Erst auf diese Weise werde es auch möglich, der Reduktion des Bewußtseins auf Produktionswissen und instrumentales Handeln bei Marx zu entgehen. Neben das Produktionswissen tritt das Reflexionswissen²⁸, neben den Arbeiter als Subjekt der Emanzipation der Intellektuelle. Der Klassenkampf wird zum "Reflexionsprozeß im Großen". Unter solchen Voraussetzungen kann der Abbau nicht mehr notwendiger Herrschaft nicht innerhalb des ökonomischen Systems, sondern nur gegen das System, nicht mehr mit den Mitteln des Rechts, sondern nur gegen das Recht verwirklicht werden. Eine Theorie gesellschaftlichen Handelns, die sich durch Erkenntnis als Interesse konstituiert, kann ohne die gegenwärtige Ökonomie und ohne das gegenwärtige Recht auskommen, weil sie diejenigen Fragen als gelöst unterstellt, welche den Gegenstand dieser Wissenschaften bilden. Man geht davon aus, daß Freiheit nur wirklich werde, wo der Zwang der externen Natur in Gestalt des Mangels nicht fortbestehe29, oder, wie Adorno formuliert, bei "entfesselter Güterfülle". Um das zu beweisen, hätte es des erkenntniskritischen Aufwandes nicht bedurft. Bei Kant bleibt auch praktische Vernunft auf die Erkenntnis und das Handeln in empirischer Wirklichkeit bezogen, nämlich auf die Möglichkeit, durch eine bürgerliche Verfassung in einer Gesellschaft des durchgängigen Antagonismus Freiheit in menschlicher Unzulänglichkeit zu verwirklichen. Das "Vermögen" aber, das es gestattet, die Postulate der Freiheit zum

²⁵ Marx, Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 674.

²⁸ Negative Dialektik, 1965, S. 215.

²⁷ Adorno, Negative Dialektik, a.a.O., S. 229.

²⁸ a.a.O., S. 341.

²⁹ Habermas, Erkenntnis und Interesse, a.a.O., S. 80.

Zwecke ihrer Verwirklichung zu den Bedingungen der jeweiligen Gesellschaft in Bezug zu setzen, ist bei Kant die "reflektierende Urteilskraft". Habermas kann praktische und theoretische Vernunft vereinigen, weil er beiden mit den "Zwängen der Natur" ihren empirischen Erkenntnisbezug genommen hat und entfesselte Reflexion in herrschaftsfreier Kommunikation als gesellschaftliche Norm und Normalität behauptet. David Hume hat diesen Zusammenhang, der in der deutschen philosophischen Tradition nur in schwieriger Einzelauseinandersetzung mit der Philosophie Kants zu belegen wäre, tröstend einfach formuliert. Im Gegensatz zu den Philosophen heißt es dort, "hatten die Poeten nie vergleichbare Schwierigkeiten, festzustellen, daß jene Konflikte (jealousy of interest), die das Recht voraussetzt, keine Grundlagen mehr finden würden, wenn jeder Mensch die Interessen des anderen zärtlich wahrnähme, oder wenn uns die Natur alle unsere Wünsche und Bedürfnisse im Überfluß erfüllte"30.

VII. Europäische "Beiträge zu den Werken des Friedens"

Die offenbare Krise der Staatswissenschaften beruht nicht zuletzt darauf, daß das staatliche Bezugssystem unzulänglich geworden ist. Unter dem Schlagwort des multinationalen Unternehmens faßt man die Gesamtheit der Probleme zusammen, welche aus der Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und der Konflikte zwischen Unternehmen einerseits, Unternehmen und Staaten andererseits entstanden sind. Die Unternehmen können außer den Rechtsordnungen, die ihren Zwecken am ehesten entsprechen, jetzt auch zwischen den jeweils günstigsten staatlichen Wirtschafts- und Währungspolitiken wählen. In Bedrängnis geraten damit vor allem diejenigen Konzeptionen von Wirtschaftspolitik, welche seit Keynes dazu neigen, Unternehmens- und Marktstrukturen als Sekundärphänomene beiseite zu lassen, und die aus der Ökonomie als Wissenschaft vom Reichtum der Nationen eine Wissenschaft vom Reichtum der Nation gemacht haben.

Das historische Ereignis des EWG-Vertrages besteht darin, daß er der Internationalität der Wirtschaftsbeziehungen die Internationalität des Rechts und der politischen Institutionen zuordnet. In diesem Sinne enthält der EWG-Vertrag eine Wirtschaftsverfassung. Ihre materielle Grundlage bilden die Freiheiten des Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehrs, das Verbot nationaler Diskriminierungen und das System unverfälschten Wettbewerbs. In den Kategorien von Staat und Gesellschaft gesprochen, nimmt die EWG ihren Ausgangspunkt vom Recht der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Institutionen als der

³⁰ Of Morals. A Treatise of Human Nature. The Philosophical Works edited by Greene / Grose, 1886, Vol. 2, S. 267, Neudruck 1964.

ersten Erscheinungsform des Allgemeinen auch im internationalen Bereich. Hier zeichnet sich zum erstenmal die Möglichkeit ab, die Erfordernisse der Wirtschaftspolitik, welche im staatlichen Bereich fortschreitend als Alternative von wirtschaftlicher Macht und staatlicher Ohnmacht erscheinen, einer Lösung näherzubringen. Es wird möglich, nicht nur wirtschaftliche Macht zu reduzieren, sondern den Wirkungsbereich der öffentlichen Gewalt territorial zu erweitern. So könnte die Wirtschaftspolitik wieder in die Lage versetzt werden, Globalsteuerung durch global wirkende Mittel, statt mit den Mitteln der Globalsteuerung unfreiwillige oder unzulängliche Struktur- und Regionalpolitik zu betreiben.

Hier ist nicht der Ort, auf die Schwierigkeiten der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion, auf die Reihenfolge der notwendigen Maßnahmen oder auf das Verhältnis zum Weltwirtschaftssystem einzugehen. Die Stagnation der EWG - trotz ihrer Erweiterung - sollte man nicht in erster Linie auf die verschiedenen Stabilitätsvorstellungen in den Mitgliedstaaten zurückführen. Ebenso wichtig sind die Widerstände gegen die bereits verwirklichte verfassungsgleiche Bindung des politischen Willens der Mitgliedstaaten. Die im Vertrag verankerte unabhängige Stellung der Kommission sichert die Anwendung der zwingenden Normen des Vertrages. Die vom Gerichtshof entwikkelte unmittelbare Geltung der justitiablen Normen des Vertrages macht die Bürger in den Mitgliedstaaten zu Rechtssubjekten der Gemeinschaft. Die Wettbewerbspolitik bindet nicht nur das Verhalten der Unternehmen, sondern auch das der Mitgliedstaaten als Unternehmen. kontrolliert ihre Beihilfepolitik und beseitigt wettbewerbsverfälschende Rechtsunterschiede durch Rechtsangleichung. Schon beim gegenwärtigen Stand der Integration wird es immer schwieriger, die tiefgreifenden Unterschiede zwischen den Wirtschaftsordnungen der Mitgliedstaaten aufrechtzuerhalten. Mit einer gemeinsamen Währungspolitik würde diese Möglichkeit endgültig aufgegeben. Zur Weiterentwicklung der EWG gibt es jedoch auch unabhängig von der bereits verwirklichten Integration, nämlich wegen der tatsächlichen Verflechtungen der Unternehmen und der Märkte kaum eine Alternative. Zu entscheiden ist nicht mehr, ob man die politische Handlungsfähigkeit der Staaten oder die politische Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft stärken sollte. Zu entscheiden ist vielmehr, ob man die an den Staaten vorbei vollzogenen wirtschaftlichen Entwicklungen weiter sich selbst überlassen will und ob man bereit ist, in dem Mißbrauch der Währungshoheit als Instrument eines oligopolistischen Machtpokers die Grundlage des internationalen Währungssystems zu sehen.

Die Gefahren der politischen Stagnation der Gemeinschaft kommen nicht nur in der Aushöhlung ihrer institutionellen Struktur und in dem immer weiteren Vordringen der intergouvernementalen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen zum Ausdruck. Die materiellen Rückwirkungen des augenblicklichen Zustandes zeichnen sich besonders deutlich in dem Memorandum der Kommission an den Rat über die Industriepolitik der Gemeinschaft ab. Um die Unzulänglichkeiten der politischen und der wirtschaftlichen Integration auszugleichen, schlägt die Kommission vor. mit Hilfe von Unternehmen und Unternehmenszusammenschlüssen die politischen Ziele der Gemeinschaft, auch die außenpolitischen Ziele, zu verwirklichen. Das politische Denken in Kategorien der Gleichgewichtspolitik, das die europäische Politik der letzten zweihundert Jahre in so verhängnisvoller Weise bestimmt hat, wird auf der Ebene der Unternehmen wiederholt. "Die amerikanische Herausforderung" ist nur ein Moment dieser Politik, die nationale Interessen mit nationalen Unternehmensgruppen und europäische Interessen mit europäischen transnationalen Unternehmen gleichsetzt. Eine solche Industriepolitik hat die Wahrscheinlichkeit für sich, daß die Staaten ihre Rechts- und Verfassungsprinzipien gegenüber den transnationalen Unternehmen nicht mehr durchsetzen können, die EWG sich aber zu einer internationalen Organisation zurückentwickelt, die in intergouvernementaler Zusammenarbeit Hilfestellung für den Ausgleich industrieller Interessen leistet.

Eine der wichtigsten und politisch nicht mehr selbstverständlichen Forderungen für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungs- union besteht darin, daß sie die wirtschaftsverfassungsrechtlichen Errungenschaften der EWG nicht preisgibt. Die prinzipielle Bedeutung dieser Errungenschaften mag ein Vergleich mit der Diskussion über das internationale Wirtschaftsrecht im Verhältnis zu den Staatshandelsländern zeigen.

Unabhängig von der Frage, ob die EWG von der Sowjet-Union als solche de jure oder de facto anerkannt wird, oder ob man ihre Existenz als Realität registriert, kristallisieren sich die politischen Gegensätze zwischen planwirtschaftlichen und verkehrswirtschaftlichen Wirtschaftssystemen wiederum an den Regeln der Konfliktslösung. Was in den Präambeln der europäischen Verträge als Beitrag zu den Werken des Friedens bezeichnet wird, erscheint planwirtschaftlicher Kritik als Inbegriff der Perpetuierung friedensfeindlicher und imperialistischer Antagonismen des Kapitalismus. Der alternative Weg zum Frieden aber führt über die Wiederbegründung der Souveränität mit dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten. Geleugnet wird die Möglichkeit, den Ausgleich kollidierender Interessen der Bürger und der Staaten in einer Vereinigung zu finden, deren Aufgabe es ist, "zu einer (einem allgemeinen Staat analogischen)

gesetzlichen Ausgleichung ihrer Streitigkeiten" zu kommen³¹. So wurde schon in der ersten Aufklärung der Weg zum Frieden mit den Mitteln des Rechts von Kant gedacht. Man kann diesen Gedanken auch so formulieren: Der Weg zum Frieden führt über die Anerkennung der unmittelbaren Rechtsbeziehungen von Bürgern untereinander, die nicht einen öffentlichen Auftrag wahrnehmen, sondern Delegierte ihres eigenen Interesses sind. Die unmittelbare politische Bedeutung dieser Fragen zeigt die geplante europäische Sicherheitskonferenz, welche die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Ost und West fördern soll.

In einem Bericht des UN-Generalsekretärs über die Entwicklung des internationalen Wirtschaftsrechts heißt es zum Handelsverkehr mit Staatshandelsländern, es sei zwischen dem öffentlichen und dem privaten internationalen Wirtschaftsrecht zu unterscheiden. Um öffentliches Recht handele es sich, soweit die Staaten in Ausübung ihrer Souveränität den Handel regelten, der sich auf ihrem Territorium auswirke. Das private internationale Wirtschaftsrecht habe dagegen allein den Vollzug von internationalen Handelsgeschäften zum Gegenstand. Man hat diese Zuordnung der makroökonomischen Aspekte des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs zum öffentlichen Recht, und die der mikroökonomischen Aspekte zum Privatrecht als einen Beweis dafür gewertet. daß die juristischen Hindernisse für eine Intensivierung des Ost-West-Handels weitgehend überwunden seien³². Nach dieser Unterscheidung enthält der EWG-Vertrag im Ganzen ausschließlich öffentliches Recht. Bemerkenswert ist das vor allem für diejenigen Normen, welche zwischen den Bürgern sowie zwischen Bürgern und Mitgliedstaaten unmittelbar gelten. Damit wird im Bereich des internationalen Wirtschaftsrechts, und zwar auf Betreiben der Staatshandelsländer, eine Unterscheidung aufgenommen, welche das Verhältnis von öffentlichem und privatem Recht in der deutschen Rechtswissenschaft lange Zeit bestimmt hat. Wiederum besteht das Ziel der prinzipiellen Trennung darin, das angeblich politisch neutrale Privatrecht der Handelstransaktionen von dem der Souveränität der Staaten zuzurechnenden öffentlichen Recht zu isolieren. In der deutschen Tradition ist mit Hilfe dieser Trennung die Eigengesetzlichkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die politische Neutralität des Privatrechts begründet worden. Marx war der Meinung, es handele sich dabei um eine bürgerliche Ideologie.

(Beifall.)

³¹ Kant, Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, a.a.O., S. 379. ³² Schmitthoff, Commercial treaties and international trade transactions in East-West trade, 20 Vanderbilt L. Rev. 355, 368 (1967); dort auch die Belege zum Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen.

Waldemar Wittmann (Frankfurt):

Lieber Herr Mestmäcker, wir alle haben Ihnen mit gespannter Aufmerksamkeit zugehört, und ich darf Ihnen den Dank des Plenums für Ihre vorzüglichen und nachdenklichen Ausführungen noch einmal herzlich aussprechen.

Meine Damen und Herren, nach einer Pause von ca. einer halben Stunde werden wir Gelegenheit haben, alle Referate des heutigen Vormittags und Nachmittags in der Universität Bonn ausführlich diskutieren zu können. Ich darf Sie bitten, den aufgestellten Wegweisern zu folgen und schließe damit die Plenumsveranstaltung.

(Pause.)

Diskussion: Referat Alec Nove

Diskussionsleitung: Stephan Koren, Wien

Diskussionsleiter Stephan Koren (Wien):

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie herzlich in unserem Diskussionkreis begrüßen, in dem wir das Referat von Professor Alec Nove diskutieren wollen, das heute morgen gehalten wurde. Da unsere Diskussion publiziert werden soll, würde ich sehr darum bitten, konzentriert und möglichst sachbezogen zu argumentieren. Ich will damit nicht Macht ausüben und Sie nicht womöglich an Wortmeldungen hindern.

Nach dem Programm ist als erster Diskussionsbeitrag der von Herrn Zinn vorgesehen. Ich darf ihn bitten, das Wort zu nehmen.

Karl Georg Zinn (Aachen):

Ich möchte vier Punkte aus dem Referat herausgreifen, eingangs allerdings betonen, daß ich in vielen wesentlichen Vorstellungen, die im Referat geäußert worden sind — Plan und Marktverhältnis, Knappheitsfragen — mit dem Referenten übereinstimme und hier versuchen muß, in der Detaillierung etwas kontroverse Positionen herauszuarbeiten.

Der erste der vier Punkte, die ich herausgreifen möchte — er schien mir im Mittelpunkt des Referats zu stehen — ist die Gültigkeit des Wertgesetzes unter sozialistischen Bedingungen und vor allen Dingen die Veränderung der Beurteilung des Wertgesetzes in der sogenannten Nach-Stalinschen Ära.

Der zweite Punkt: Noves Angriff gegen die sogenannte Neue Linke, die er durch Bettelheim und Sweezy repräsentiert sah.

Der dritte Punkt: das Verhältnis von Plan und Macht. Dieser Punkt impliziert vor allem Wirtschaftsordnungsmacht. Dabei möchte ich gern auch etwas auf unsere Situation, also auf die westlichen Wirtschaftsordnungen, ausgreifen.

Der vierte Punkt schließlich: Verhältnis von Knappheit, Allokation und Macht entsprechend dem Thema des Referats. Dabei möchte ich den Diskussion: Referat Alec Nove

Knappheitsbegriff noch etwas enger mit Machtverhältnissen in Zusammenhang bringen.

Punkt 1: Wertgesetz. Wenn ich den Referenten richtig interpretiert habe, so implizieren seine Ausführungen ein Plädoyer für die Gültigkeit des Wertgesetzes. Die Gültigkeit des Wertgesetzes impliziert nach Marx Marktverhältnisse. Zwar wird das Wertgesetz gegenüber der Situation bei einem reinen Konkurrenzmechanismus durch Monopolmacht, Extraprofite modifiziert, es bleibt aber erhalten. Allerdings muß ich darauf hinweisen, es gibt da auch innerhalb der marxistischen Reihen Kontroversen, ob unter monopolkapitalistischen Verhältnissen das Wertgesetz noch gilt. Anderer Auffassung war beispielsweise der verstorbene Werner Hofmann.

Was die Gültigkeit des Wertgesetzes auch unter sozialistischen Bedingungen angeht - ich nenne in diesem Zusammenhang einen wichtigen Namen aus der DDR-Diskussion: Fritz Behrens -, so bedeutet sie gerade nicht, daß das Primat der Politik aufgehoben würde. Vielmehr sind die Anwendung oder die Durchsetzung des Wertgesetzes und die Strukturierung des Wirtschaftsapparats im Hinblick auf die mögliche Durchsetzung des Wertgesetzes eine Machtfrage. Die Durchsetzung des Wertgesetzes hat somit unter sozialistischen Bedingungen instrumentellen Charakter, während sie unter kapitalistischen Verhältnissen sozusagen einen dominierend gesellschaftlichen Charakter hat, d. h., daß unter kapitalistischen Verhältnissen eben das Tauschgesetz, die Tauschbeziehungen auch die Beziehungen zwischen den wirtschaftenden Personen bzw. zwischen den Klassen bestimmen. Also ein gravierender Unterschied bei der Durchsetzung des Wertgesetzes je nach Gesellschaftsformation und keine Außerkraftsetzung des Primats der Politik durch das Wertgesetz unter sozialistischen Bedingungen.

Bei Gültigkeit des Wertgesetzes sieht die Frage der Verteilung im Sozialismus natürlich anders aus, als wenn das Wertgesetz völlig ignoriert würde, weil mit der Etablierung oder Re-Etablierung des Wertgesetzes unter sozialistischen Bedingungen auch so etwas wie ökonomische Stimulanzien Eingang in den ökonomischen Apparat des Sozialismus gefunden haben. Und damit zeichnet sich auch die Gefahr einer durch den Markt bzw. durch das Wertgesetz hervorgerufenen Leistungsungleichheit ab.

Damit komme ich zum Punkt 2, der Kritik der sogenannten Neuen Linken — hier wurde Sweezy genannt; hinzuzufügen wären Baran und Bettelheim — an der Wertgesetz-Konzeption der jüngsten Zeit in den sozialistischen Ländern, China ausgenommen, nach der dem Wertgesetz wieder eine gewisse Bedeutung gegeben wird. Diese Kritik richtet sich eben gegen die Gefahr, daß sich durch eine Etablierung,

eine Re-Etablierung des Wertgesetzes und daraus resultierende Marktbeziehungen eine Dominanz der tauschwirtschaftlichen Vorgänge ergeben, daß diese tauschwirtschaftlichen Vorgänge zwischen Unternehmen unterschiedlicher Leistungsfähigkeit auch auf die Verteilung innerhalb der Unternehmen und damit auf die personelle Verteilung zwischen den Gesellschaftsmitgliedern zurückschlagen und daß daraus so etwas wie eine Rückkehr zum Kapitalismus folgen könnte.

Der wesentliche Punkt bei der Kritik speziell Bettelheims scheint mir darin zu liegen, daß er bzw. seine Adepten, ausgerichtet u. a. am chinesischen Modell, meinen, daß durch eine Verbesserung des orthodoxen planwirtschaftlichen Apparats auf Berücksichtigung des Wertgesetzes verzichtet werden könne, daß einfach durch eine Verbesserung der orthodoxen Art und Weise, in der Ökonomie das Primat der Politik durchzusetzen, ein Sprung in die kommunistische Zukunft möglich sei, ohne die Zwischenphase des sozialistischen Systems zu durchlaufen.

Soweit ich die Situation in China übersehe und gegen die im Comecon-Block abwäge, würde ich hier keine ausschließliche Alternative, sondern zwei mögliche Wege unterstellen. So kann ja heute wohl auch mit gutem Grund gesagt werden, daß verschiedene Wirtschaftsordnungen, beispielsweise interventionistische Marktwirtschaft und Planwirtschaft fortgeschrittenen Typus — Comecon-Länder —, keine Alternativen in dem Sinne bieten, daß die eine oder die andere Wirtschaftsordnung langfristig die bessere sein muß; vielmehr erreichen wahrscheinlich beide Wirtschaftsordnungen in Zukunft auf verschiedenen Wegen ihre Ziele, durch beide Wirtschaftsordnungen können also jeweils expressis verbis formulierte Wohlstandsfunktionen erreicht werden .

Dritter Punkt: Plan und Markt. Wenn ich den Referenten richtig verstanden habe, erhofft er sich durch eine stärkere Einbeziehung der Systemtheorie eine Art Integration von plan- und marktwirtschaftlichem Denken — also vielleicht in der Nähe der konvergenztheoretischen Hypothesen, obwohl das im Referat nicht ausgesprochen wurde.

Hier erscheint es mir wichtig, die Frage aufzuwerfen, welche Kräfte, welche Machtgruppen in den verschiedenen Gesellschaftsformationen sich der jeweils notwendigen Veränderung — ob das nun quantitativ oder qualitativ zu interpretieren ist, mag dahingestellt sein — zu einer anderen Wirtschaftsordnung entgegenstellen und welche für diese Veränderung sind. Die Situation scheint in den sozialistischen Ländern, was die Machtstruktur betrifft, sehr viel durchsichtiger zu sein, weil in ihnen eine ziemlich klare Hierarchie existiert. Wenn man von Erscheinungen wie den Streiks in Polen absieht — ob diese einen solchen Stellenwert haben, daß sie wirklich historische Veränderungen hervor-

rufen können, läßt sich noch nicht überschauen —, ist eine Veränderung der Wirtschaftsordnung in den Comecon-Ländern wohl nur von oben herab möglich.

In den Marktwirtschaften — ich beschränke mich hier auf die Marktwirtschaften, in denen auch eine parlamentarisch-politische Ordnung besteht — ist die Situation insofern anders, als es hier, wie ich meine, drei wesentliche Machtinstitutionen gibt:

Die erste ist die Besitzmacht oder das Kapital als gesellschaftlicher Begriff.

Ihr stehen zwei Hauptmächte gegenüber. Die eine ist die Tatsache, daß es Wahlrecht, daß es einen parlamentarischen Staat gibt. Selbst wenn Verformungen durch Transfer von ökonomischer in politische Macht stattfindet, sind Wahlrecht, Parteien usw. ein Faktum, und sie bilden eine Gegenmacht, und insofern kann man die Einführung des allgemeinen Wahlrechts als einen ganz deutlichen Einschnitt und als eine Beschränkung der Kapitalmacht ansehen.

Die zweite Gegenmacht ist die erlaubte Organisation von Gruppen. Die dominierende und wichtigste Gruppenmacht scheint die Organisation der Arbeit, also die Gewerkschaften, zu sein.

Die Frage Plan oder Markt — Veränderung der Wirtschaftsordnung im Westen — läuft also auf die Frage nach der Einstellung dieser drei Machtfaktoren zu einer veränderten Wirtschaftsordnung hinaus. Wenn man die jeweilige Einstellung analysiert hat, wäre zu fragen, welche Macht diese drei Gruppen, Komponenten bzw. Institutionen haben, um ihre Ziele hinsichtlich Stabilisierung oder Veränderung der gegebenen Wirtschaftsordnung durchzusetzen.

Vierter Punkt: Knappheit, Knappheitspreise. Allgemein von Knappheit zu sprechen, ist wohl unsinnig; denn es gibt zumindest zwei Ebenen der Knappheit:

Erstens die Ebene, die vielleicht mit Stolzmann "natürliche Kategorie" genannt werden könnte. Gemeint sind hier einmal die Knappheit an Zeit — jeder hat nur 24 Stunden am Tag —, also die Beschränkung im Bereich der Arbeitskraft, zweitens sämtliche natürlichen Knappheiten — Rohstoffe, Ressourcen — und drittens, so würde ich hinzufügen, die Knappheit an technischem Wissen bzw. an verwendbarer, an anwendbarer Technik. Das wäre sozusagen die Ebene der Güter n-ter Ordnung.

Und die zweite Ebene der Knappheit sind die Knappheiten, die der normale Verbraucher spürt, nämlich die Knappheiten an konkreten Gütern.

Nun ist bekannt, daß sich die Güter n-ter Ordnung in ganz verschiedene Güterbündel erster Ordnung umformen. Somit bedeutet, wenn

ich einmal die Bevölkerungszahl oder die Größe des Gesellschaftskörpers konstant nehme, die natürliche Begrenzung auf n-ter Güterstufe, absolute Knappheit, natürliche Knappheit, noch nicht eine Invarianz für Güterbündel oder Güter erster Ordnung.

Die Transformation von Gütern n-ter in Güter erster Stufe scheint mir nun ein wesentlich durch Machtkomponenten beeinflußter Vorgang zu sein. Ganz simpel: Wenn Sie in die Schweiz fahren, sind eben frei zugängliche Seeufer knapp — die gibt es dort halt kaum noch —; wenn Sie dagegen nach Schweden oder in sozialistische Länder fahren, sieht es in dieser Beziehung anders aus. Auch wenn Sie die absolute Knappheit, also etwa die Länge der Seeuferstrecke pro Kopf der Bevölkerung, ausrechneten, wäre es eben ein großer Unterschied, ob in der tatsächlichen Situation Zugang zu den Seeufern wäre oder nicht. Dasselbe gilt analog für viele andere Güter. Insofern würde ich also den Knappheitsbegriff relativieren.

Hierin liegt auch — und damit mache ich noch einmal einen Sprung zurück zu meinem zweiten Punkt — ein Hauptpunkt der Kritik der sogenannten Neuen Linken an der Verwendung der Güter n-ter Ordnung bei der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, d. h. der Umwandlung der Güter n-ter Ordnung in Güter erster Ordnung. Zur Analyse dieser Transformation müßte man nun wieder die drei von mir erwähnten Machtinstitutionen — Arbeit, Kapital und das, was aus dem parlamentarischen Spiel herauskommt — betrachten.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Ich habe wohl gerade die Zeit von zehn Minuten, die mir vorgeschrieben war, eingehalten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Stephan Koren (Wien):

Ich danke Herrn Zinn und drücke ihm meine Bewunderung für die exakte Einhaltung der ihm als erstem Diskussionsredner vorbehaltenen Zeit aus.

Bisher liegen mir noch keine Wortmeldungen vor. Ich fürchte fast, ich habe am Anfang zu "restriktiv" gesprochen. Darf ich Sie nun sehr ermuntern, die, ich glaube, doch nicht allgemein akzeptierten Thesen, die Sie heute vormittag und jetzt soeben gehört haben, zu diskutieren.

(Zuruf: Wäre es vielleicht möglich, daß Professor Nove zunächst auf die vier Punkte in dem Korreferat eingeht?)

— Vielleicht können wir zur Erleichterung der Situation so vorgehen und Herrn Nove bitten, zu der Intervention von Herrn Zinn Stellung zu nehmen. Diskussion: Referat Alec Nove

Alec Nove (Glasgow):

206

May I say some words in English

(Zustimmung.)

because I would otherwise find it difficult to express any complicated thought?

I thank the critic for the criticism. It raises a lot of very interesting questions. I can only touch on them very briefly.

I agree that one can talk a great deal about the validity of the law of value under socialism and just exactly what it means. In the criticisms made by people like Bettelheim and Sweezy it's clear that what they are talking about is the principle of production of goods for sale as distinct from the planned production of goods for use. This ist what they said. They admit, both Bettelheim and Sweezy, that in a transition period such production will occur because not everything can be planned. In his argument, if I understand it correctly, Bettelheim agrees that the separate existence of productive units must mean that some element of the law of value enters into the relations between them and between all of them and the planning organism.

My trouble arises when looking at the situation in Eastern Europe; today he and Sweezy attack the market socialism type of reform as fundamentally reactionary and leading to the restoration of capitalism because — and this is the point of our debate — if you have both scarcity, as I understand it (that is a large number of choices to make which are alternatives to each other) and the inevitable separation between the different productive units which cannot be all encompassed within a totally all-inclusive plan, then the attempt which is made in the Soviet model to encompass everything in the plan leads 1. to technical error, 2. to the bureaucratization of the economy — inevitably it must be bureaucratized in order to operate —, 3. to failure to meet consumer demand which cannot easily enter into this system, 4. to difficulties with incorporation of the results of scientific research and technical progress etc. etc.

In the short run, therefore, it would seem that the introduction of elements of market into the system represents a recognition of what in the present situation is the logical way of running that economy and would remain logical in my opinion until one reaches an unimaginable, that is to me unimaginable, degree of abundance. Anyway, this is how it seems to me.

Of course, I agree with you that the New Left criticism of market socialism correctly stresses the danger of excessive inequality. But one obvious point stands out. The Stalin model is a model of grossly excessive inequality, mostly of an administered privileged kind. Indeed, the Stalin model combines a high differentiation of incomes with limited access to scarce goods and services according to rank. This combination is the ultimate in non-parity, and, therefore, the substitution merely of an inequality of money for a combination of money and hierarchical inequality is a positive gain in terms even of socialist principles.

Thus it's no doubt bad if only those people who can afford it can go to a hotel on the sea (if you mention the sea); but now the ordinary Soviet citizen has not the slightest hope to get into a hotel unless he has influence and then it is cheap for him. A hotel costs only 2 or 3 rubles, but you can never get a room, never, unless you have influence.

Now, this business of influence exercises a mighty corrupting effect on society and associates the position of rank in the bureaucracy with access to the comforts of life and scarce goods. This cannot have anything to do with socialism, and the same Sweezy and the same Bettelheim denounce this as "new state capitalism" and "bureaucratic degeneration". Very well! But it is a consequence of an attempt to run a more or less marketless kind of centralized planning.

But the opposite danger exists also. Forgive me if I quote a Hungarian story which is perhaps known to you. It is said that after the reform Janos Kadar went to a factory and asked the manager: Have you had a bonus as a result of the economic reform? And the manager said: Yes. And Kadar said: What have you done with it? Answer: Well, I bought a house, and the rest I put in the savings-bank. Then Kadar spoke to the chief engineer: You have had a bonus? Answer: Yes. Kadar: What have you done with it? Answer: I have bought a car, and the rest I have put in the savings-bank. Then he asked the worker: Have you had a bonus after the economic reform? The worker said: Yes. Kadar: What have you done with it? The worker: I have bought a pair of shoes. Kadar: And the rest? Answer: Oh, the rest of the money I had to borrow from my mother in law.

(Heiterkeit.)

This danger exists. But if you are imagining, as Bettelheim is imagining, a worker's state capable of correcting deformations it can also correct this one and it seems to be much simpler than to expect it to run a highly complex system in a manner which as far as I can see can only be bureaucratic.

The business of plan and market is a very complicated one, and you do raise one question which is very relevant to Eastern Europe, which is an analysis which is highly desirable — but was not part of my paper —as to the sort of social and economic and political forces that favour

and those that oppose reforms of this kind. Similar analyses would be desirable, of course, in the West also.

And this would take me rather far. My only belief is that the social forces favouring reform are weak in the Soviet Union, and this is one reason, among many others, why the conservatism of the great political machine will probably for a long time succeed in preventing a reform unless major failures occur, in which case, of course, the top political leadership would push the reform through. The trouble is that among the masses of the people there is no understanding of the problem and thus strong opposition to any increase of any price.

When I was in the Soviet Union in 1970 the subsidy for live stock products had by then reached a world record of about 12 Milliard rubles (it's more than that now, it's enormous, unheard of), and meat at the fixed official prices is almost unobtainable in any but the largest first category cities. So I asked Soviet officials: Why don't you increase the retail price of meat? And they said: Politically impossible; economic rationality is unpopular. — I thought the Soviet official was wrong until Gomulca did raise the price of meat. And look what happened to him. There is a moral there that rational prices are popular with economists but not necessarily with ordinary people.

But it is very difficult to formulate the problem. I would like to put it this way. From certain points of view almost every marginal decision affects a lot of other people outside of those taking the decision. Almost every purchase and sale has some external effects. But if one attempts to measure all this and take all this into account one lands in a completely impossible position because it is unworkable. The cost of taking external effects into account is often too great. It is not that they don't exist, it is too costly to take them into account, and in all these cases it is perfectly reasonable to decentralize the decisions regarding the market, and even then we must remember that when we speak of decisions in relation to a market they are often taken by great corporations that within themselves do centralize decisions and do not decentralize to their own subunits very much. And it is interesting to study the criterion by which within the great western corporations it is decided whether to decentralize or whether to administer centrally. And sometimes one surprisingly finds that within these great western corporations they have similar problems to the Russians. Thus, for instance, the Shell Oil Company apparently cannot use profits as a guide to the efficiency of its own subunits because the price of crude oil is virtually meaningless economically being designed to minimize royalties to sheiks and tax liability at home. And in trying to find an alternative criterion they have run into some problems familiar to students of the Soviet economy. However, I must not go into that.

Lastly, before the chairman starts knocking not only the table but me on the head — quite rightly —:

(Heiterkeit.)

Scarcity of access to the sea and so on. If there is plenty of room the problem does not arise. Certainly in such a country as the Soviet Union access to the sea is very scarce, indeed, and very difficult for many people because there are not enough places to stay etc. But can I illustrate in just one minute the problem of scarcity with an example from Scotland which is part of the problem of market socialism. Suppose (and this is obvious) the number of rivers in which there are salmon (Lachs) is grossly insufficient compared with the number of Scotsmen who wish to catch salmon. And suppose that as a result the Duke of Argyll, who owns many salmon rivers, is able to charge ten pounds to anybody who wants to catch salmon in the rivers in the county of Argyll. Imagine that a socialist revolution has broken out and the Duke of Argyll has fled to California. As a result, the Argyll Soviet considers the question of rivers and salmon. It begins by abolishing money, and there is now an excessive demand, and therefore there is influence, the black market and other undesirable phenomena familiar within Russian experience. Eventually they decide to charge ten pounds as the simplest way out of the situation. This may, in fact, be not perfect, but the simplest way out of the situation, and they will not as a result have restored feudalism.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Stephan Koren (Wien):

Thank you, Mr. Nove. — Ich glaube, jetzt ist es aber an der Zeit, die Diskussion ins Publikum zu tragen. Ich darf also um Wortmeldungen bitten.

Friedrich Haffner (Berlin):

Wenn ich eine mehr beiläufig gemachte Bemerkung Herrn Professor Noves heute morgen richtig verstanden habe, so lautete sie etwa, daß die Marxsche Theorie wenig zu einer rationellen Faktor- und Ressourcenallokation im Sozialismus beigetragen hat. Mir scheint, daß man dieser Feststellung doch wohl widersprechen muß. Sowjetische Ökonomen behandeln diese Probleme innerhalb der marxistischen Theorie, und ich meine, daß gerade die Diskussion über das Wertgesetz und das Absterben oder Existieren der Ware-Geld-Beziehung im Sozialismus die Begriffe liefert, unter denen sehr detailliert — seit den 50er Jahren wieder — eine Knappheitsdiskussion innerhalb eines vorwiegend geplanten Systems stattfindet.

14 Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 74

Eine vielleicht weniger wichtige Richtung, in der das verwirklicht wird, ist der Versuch, getreu den Marxschen Anweisungen an einigen Stellen, unmittelbar die Arbeitszeit, die in Produkte gesteckt wird, zu messen. Es gibt eine umfassende Literatur über eine Arbeitszeitrechnung, die die Probleme der Reduktion unterschiedlicher Arbeitsqualitäten — eines der schwierigsten Probleme, das bisher immer über die bestehenden Lohntarife gelöst worden ist — angeht und auch das Problem des Gewinnaufschlages und der Zurechnung der Nichtarbeitsbestandteile innerhalb einer Arbeitszeitrechnung nach verschiedenen Modellen zu lösen versucht. Mir scheint diese vielleicht nicht einmal so sehr wichtige — weil zu komplizierte — Richtung unmittelbar auf den Marxschen und Engels'schen Anweisungen zu beruhen, Knappheiten innerhalb eines sozialistischen oder sogar kommunistischen Systems zu berechnen.

Das Wichtigere, Aktuellere und auch für die Planungspraxis Bedeutsamere ist wohl die gesamte Diskussion um die Geltung des Wertgesetzes im Sozialismus. Vielleicht gestatten Sie, daß ich eine ganz kurze Begriffsbestimmung gebe. Vielleicht könnte man den Begriff "Wertgesetz" in diesem Zusammenhang praktikabel mit dem bekannten Terminus "Geltung von Markt-Preis-Mechanismen" innerhalb des sozialistischen Systems übersetzen.

Es zeigt sich, daß schon unter Stalin, als das zentralplanerische System am stringentesten war, die Einrichtungen des sowjetischen Sozialismus gelegt worden sind, die auch heute noch als evidente Beweise für die Geltung der Ware-Geld-Beziehung angesehen werden — das Chozrasčot-Prinzip und das Prinzip der materiellen Interessiertheit.

Geltung des Wertgesetzes ist aber heute nicht nur — und hier darf ich der Ansicht des Korreferenten eine Gegenthese entgegensetzen, die sich auf sozialistische Autoren gründet — ein Instrument, sondern darüber hinaus eine auch im Sozialismus, in gewissem Umfang, beschränkt und verändert, aber immerhin spontan wirkende Gesetzmäßigkeit, die sich dann erst in zweiter Linie als ein Instrument für die Planung anbietet. Wertgesetz ist etwas, was für den sowjetischen Sozialismus heute nicht mehr zur Wahl steht, sondern vorhanden ist.

Ich sagte, in der Wertgesetzterminologie werden Knappheitsprobleme erörtert. Am deutlichsten wird das in der Preistheorie. Die ganze Wertgesetzdiskussion hat letztlich die Modelle geliefert, nach denen die Preisreformen in allen sozialistischen Staaten diskutiert und durchgeführt worden sind. Sie mögen unbefriedigend und aus manchen Gründen noch nicht vollkommen genug sein; aber immerhin ist von dort her und nicht etwa von westlichen preistheoretischen Vorstellungen her eine Reform dieses Systems auf diesem Gebiet bewirkt worden, die —

zusammen mit der Diskussion um die Investitionsauslese-Kriterien — auch dahin ging, daß man den Zins und Bodenrenten heute in anderen Vokabeln und in anderen Einrichtungen im Prinzip — wenn auch nicht in allen Einzelheiten — durchaus anzuerkennen bereit ist.

Die Geltung des Wertgesetzes ist also ein ordentlicher Bestandteil des sowjetischen Sozialismus. Man ist heute so frei, durchaus anzuerkennen — etwa auf einer Tagung im Jahre 1969 in Moskau —, daß man hier eben über die Voraussagen von Marx und Lenin hinausgegangen ist oder daß diese, wie man sagt, nicht alles voraussehen konnten.

Noch ein abschließender Satz: Geltung des Wertgesetzes heißt dann natürlich auch bewußte Anwendung und Ausnutzung des Wertgesetzes, was in die Theorie der ökonomischen Hebel und in die indirekte — zur Ergänzung der direkten — Planung einmündet.

(Beifall.)

Karl C. Thalheim (Berlin):

Ich möchte zu einem anderen Problem Stellung nehmen, nämlich zu dem Grundproblem unserer Tagung — Macht und ökonomisches Gesetz — und zu der Frage, welchen Einfluß ein Wirtschaftssystem wie das sowjetische auf dieses Problem hat, bezogen auf einige ganz bestimmte Spezialfragen.

Ich denke dabei vor allen Dingen an eine Frage, die im Thema des Referats von Professor Nove stand. Sie ist von ihm behandelt worden, man könnte zu ihr aber vielleicht doch noch etwas mehr sagen. Ich meine das Problem der Allokation und denke hier vornehmlich an die Frage der Investitionen. Hier scheint mir ein wesentlicher Unterschied zwischen parlamentarisch-demokratischen Staaten auf der einen Seite und auf der anderen Seite einem Staat wie der Sowjetunion mit einem Wirtschaftssystem, das weitgehend durch staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln und durch zentrale Planung gekennzeichnet ist, vorzuliegen.

Wenn wir — abgekürzt — Westen und Osten einander gegenüberstellen, sind zwei Dinge von entscheidender Bedeutung: erstens die Höhe der Investitionsquote und zweitens die Struktur der Investitionen. In beiden Fällen dokumentiert sich, glaube ich, das Problem Macht und ökonomisches Gesetz ziemlich deutlich.

Ihnen allen, meine Damen und Herren, ist sicherlich bekannt, daß die Tendenz aller nach dem sowjetischen Modell aufgebauten Volkswirtschaften dahin geht, eine möglichst hohe Investitionsquote zu erreichen. Das ist zwar aus vielleicht auch nicht unbekannten Gründen in der DDR nicht erreicht worden, wohl aber, soweit ich sehe, in allen anderen kommunistisch regierten Ländern. In diesen liegt die Investitionsquote,

wenn man mit vergleichbaren Preisen rechnet, in der Regel bei über 30 % des Volkseinkommens, also bei Werten, die in westlichen Volkswirtschaften — vielleicht mit Ausnahme Japans — nie erzielt worden sind.

Nun kann man sagen: Hier zeigt sich die Macht, hier zeigt sich die Konzentration der Macht, die einmal in der Tatsache begründet ist, daß der Staat über den weitaus größten Teil aller Produktionsmittel verfügt, und zum andern dadurch, daß der Staat auf dem Wege der zentralen Planung darüber bestimmen kann, wie diese Produktionsmittel ausgenutzt werden und auf welche Produkte die Produktion gerichtet wird.

Auf der anderen Seite kann man aber wohl gerade an diesem Beispiel sehen, daß die staatliche Macht selbst unter diesen Bedingungen nicht unbegrenzt ist. Es gibt zwei Grenzen, die ihr durch ökonomische Tatbestände gezogen sind.

Die eine Grenze: Eine Investitionsquote in dieser Höhe ist nur dann möglich, wenn eine gütermäßige Deckung vorhanden ist, d. h., wenn man entweder in entsprechendem Umfang Investitionsgüter im eigenen Lande herstellen kann oder wenn man in der Lage ist, durch Importe eine entsprechende Lücke auszufüllen. Dadurch sind also in jedem Falle Grenzen gezogen. Die jeweilige Struktur der Produktionskapazitäten bestimmt weitgehend auch die Möglichkeit der Investition.

Die zweite Grenze — das ist auch von Professor Nove schon berührt worden — liegt in der Tatsache, daß immer in einem gewissen Umfange Konsumbedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt werden müssen. Ganz offensichtlich ist mit wachsender Reife der Volkswirtschaften und der Gesellschaften der Zwang zu einer solchen Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung größer geworden. Das sehen wir deutlich an der Entwicklung der Fünfjahrespläne und der Jahrespläne, und das sehen wir deutlich an den von Ihnen, Herr Professor Nove, ja erwähnten Ereignissen in Polen im Dezember 1970, also vor etwa eineinhalb Jahren.

Insofern besteht also zwar die Möglichkeit, mit der politischen Macht des Staates ökonomische Tatbestände sehr stark zu beeinflussen, auf der anderen Seite ist es aber doch Tatsache, daß hier ökonomische Grenzen gezogen sind, über die sich auch die politische Macht des Staates nicht hinwegsetzen kann.

Die zweite Begrenzung will ich, um meine Zeit einzuhalten, nur kurz erwähnen: Es wird im Westen in der Regel nicht genügend beachtet, daß der Unterschied bei den Investitionen nicht nur in der Höhe der Investitionsquote, sondern auch in der Struktur der Investitionen liegt, und zwar in dem wesentlich höheren Anteil derjenigen Investitionen, die in die materielle Produktion und vor allen Dingen in die Industrie gehen. Wenn Sie daran denken, daß wir in der Bundesrepublik heute bei den Anlageinvestitionen einen Anteil der Industrie von etwa 30 % haben, daß aber der Anteil der Industrie an den Investitionen sowohl in der Sowjetunion wie in der DDR regelmäßig bei etwa 50 % liegt, so sehen Sie deutlich den Einfluß der politischen Macht.

Auch dabei allerdings sind Grenzen gezogen. Man kann die Investitionen in der materiellen Produktion nicht beliebig ausdehnen, wenn nicht die gütermäßigen Voraussetzungen gegeben sind. Auf der anderen Seite ergeben sich ökonomische Notwendigkeiten, in jedem Fall auch etwa den Dienstleistungssektor mit Investitionen zu berücksichtigen oder, was sich in den letzten Jahren ja gerade in der Sowjetunion gezeigt hat, die landwirtschaftlichen Investitionen entsprechend zu verstärken.

(Beifall.)

Karl Georg Zinn (Aachen):

Sie haben die Gültigkeit des Wertgesetzes im Sozialismus als Gegenthese bezeichnet. Ich halte es mehr für eine terminologische Frage, ob Sie die Gültigkeit des Wertgesetzes nicht nur als instrumentell, sondern sozusagen als ein dominierendes gesellschaftliches Gesetz ansehen. Das letztere würde ich doch bestreiten. Auch wenn man das jüngste Lehrbuch der politischen Ökonomie, 1970, also ein Jahr nach der von Ihnen erwähnten Tagung in Moskau erschienen, auf Wertgesetzdiskussion abklopft, wird deutlich, daß das Wertgesetz heute in der offiziellen Doktrin instrumentellen Charakter hat. Und das ist allerdings eine ultramarxistische Kritik an der sowjetischen Doktrin, die sagt: Ihr versteckt das ja; im Grunde ist bei euch das Wertgesetz sehr wohl gesellschaftlich-politökonomischer Natur und hat keinen instrumentellen Charakter. Also so verlaufen die Fronten heute. Ich würde sagen, das Wertgesetz hat doch instrumentellen Charakter; denn es dominiert ja nicht über einen Marktmechanismus analog den westlichen Systemen.

Doch nun zu den Ausführungen von Herrn Professor Thalheim! Er sagte, es bestehen ökonomische Grenzen für die Investitionsquote und für die Investitionsstruktur. Ich würde das eigentlich nicht als ökonomische Grenze ansehen. Es ist doch einfach eine natürliche Sache, daß ich die Leute, die arbeiten sollen, nicht verhungern lasse.

Wir wissen, daß die Reproduktionsaufwendungen für die Arbeit — dazu gehört beispielsweise auch der Bildungsaufwand usw. — mit dem technischen, bildungsmäßigen Fortschritt zunehmen, so daß ein großer Teil des sogenannten gehobenen Konsums objektiv Reproduktionsaufwand, d. h. notwendiger Aufwand ist.

In Amerika gehört beispielsweise für viele Familien, weil die öffentlichen Verkehrsmittel sehr schlecht sind, das Automobil zum notwendigen, d. h. zum objektiven existenzminimalen Aufwand. Insofern kann man das also nicht einfach als eine Leistung bezeichnen, die sozusagen aus dem Mehrprodukt gespeist würde. Vielmehr ist das eine zur Systemerhaltung notwendige Größe, die ich mehr als eine natürliche und nicht als eine ökonomische Kategorie ansehen würde. Aber vielleicht ist auch das mehr eine terminologische Frage.

Zur Investitionsstruktur! Da erscheint mir das, was Sie vorhin sagten, in der Tat wichtig: Die Marxsche Theorie zur Investitionsstruktur — höherer Investitionsanteil in der materiellen Produktion — resultiert unmittelbar aus den Marxschen Kategorien produktiver und unproduktiver Arbeit. Diese Kategorien sind in der westlichen Nationalökonomie unbekannt. Deshalb werden bei uns beispielsweise 20 Milliarden DM für Werbung verpulvert. Das gibt es in sozialistischen Ländern nicht, weil man dort die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit hat und einen großen Teil der investierbaren Mittel in der materiellen Produktion, d. h. in der produktiven Arbeit, verwenden will. Insofern würde ich also dem zustimmen, was Sie sagten — ja, Sie empfinden das als Beifall aus der falschen Ecke —,

(Heiterkeit.)

daß die Marxsche Theorie auch gerade für die Investitionspolitik eine ungeheure Rolle spielt.

(Beifall.)

Alec Nove (Glasgow):

Can I briefly reply now? — Can I first of all make the point about the influence of Marxian theory on investment allocation. I am not saying that the theory is unimportant, especially the Leninist variant about the priority of means of production which, I suppose, played some role in justifying the priority of means of production. But I do have trouble with the importance of the relation between productive and unproductive labour because, of course, on the formal Marxian definition the Communist party and bureaucratic machine itself and the army are both unproductive, and, of course, the police is unproductive.

(Heiterkeit.)

which is true.

The point, of course, is that they have spent a great deal on all these purposes. And therefore I do not think that their failure to spend money, let us say, on retail trade (which, as it happened, is "directed" in their definition) or on hairdressers or on holiday resorts is not really

due to Marxism at all. I think it is due to priorities of a much more general kind of which, of course, the priority of heavy industry is overwhelmingly important. This is at least my own point of view.

The other point is the one you made in your recent remarks. I agree: there is a very important distinction to be made between the law of value as an instrument and the law of value as, so to speak, a decisive factor.

As to the concept of the law of value as an instrument I have, in the micro-economic sphere, a lot of trouble with it for the following reason. Suppose, that the model would go like this. The planners know what ought to be done, and they know how best it should be done, and they then fix those prices which will encourage the management to do what the planners know should be done. But that is nonsense. If the planners know what ought to be done the simplest way is for them to order the managers to do it. The problem is that they do not. They neither know in detail what it is that needs doing or in detail how best to do it, except in certain cases; in the majority of cases they do not. Consequently this present Soviet reform fails to grapple with this problem because in essence the managers receive their premia of progress only if they do what they are told, and, of course, the material allocation system ensures that they can only use those means which the planners make available to them.

This is the old system. It retains the weaknesses of the old system, and it could be described as the use of the law of value as an instrument. But it is a very inefficient instrument. By that I don't mean the alternative is to abandon all planning and all control and go over to a perfect free market; of course not. But I try to draw the distinction (I think I did in the long version of my paper) between the kind of spheres of the economy where the priorities and information genuinely available and understood at the top ought to be decisive, and I give electricity as my example. The kind of information needed for a large scale electricity investment program is often, in the modern world, whether it is Britain or France or Russia, available at the centre because you need to estimate demand in five or six years time and future prices we totally lack. As for to-morrow's shadow prices you need to have this information to work them out. They won't tell you that either.

A completely different sphere would be women's hats, where none of these considerations apply and where the planners do not know which women's hats ought to be produced, there is no time for it. A decisive domination of the market in the field of women's hats is good, I would have thought, for the Soviet Union, for women and even for

men, if they like to admire hats. Nowadays no women wear hats, and so I ought to have chosen a better example.

The other point is about the "ökonomische Grenze" etc., the point raised by Professor Thalheim to which I will now briefly turn. It's quite right, of course: it's very interesting to study limits. This is also a matter of changing priorities. It seems to me unthinkable that the priorities of the thirties, the enormous investments of the thirties, the hunger of the thirties (and it was very hungry in difficult times for the population), and the fantastic rates of increase in investments (according to the official statistics, investments increased by 70 % in one year 1931) should have been possible without the Stalin terror which, if it did not fulfil a kind of an economic role, made possible the policies of the thirties.

Now there is no Stalin terror. This in itself ensures the necessity of a change in the priorities, and, of course, Professor Thalheim is quite right: agriculture, services, the quality of consumer's goods etc., all these things do genuinely worry the leadership, and it, of course, affects the priorities of investment and the volume of investment which is not increasing fast in recent years. And it certainly has all these important effects. There is no doubt about that.

The generally expected increases in consumption are regarded by the party leadership as terribly important, and a failure to meet them is regarded as a serious failure. And, furthermore, Brezhnev at the last party congress said about three times to the party officials: Look, this time we mean it; the change in priorities is real. — I am sure, those of you who have read the speech will note that he is telling the party comrades that the old priorities have changed; if you do not understand this you do not understand the present situation. Of course, Brezhnev does not want the kind of events that happened in Poland to happen in Russia. Of course, the risk is not the same, the political situation is different. But all the same, these considerations certainly play a role, and they affect economic reform too because the wider the spread of priorities, the more important consumer demand is, the less suitable the traditional centralized planning system is. That is why it is relevant to our present discussion, because we are not, of course, discussing the change in Soviet investment priorities for its own sake. It is a very different subject.

Anyway, this, I think, enables me to get quickly on to Dr. Haffner. I am sorry, I'll limit myself to three minutes only if I can. But Marx's theory really does not help. I think, I disagree with Haffner here. You see, the Marxian theory had two effects on the Soviet discussion, so it seems to me. Firstly it diverted their attention from the real problem

on to trying to adapt Marxian value theory to Soviet price fixing. The initial discussions — of 1956, 1957, 1958 about c plus v plus m and how you apply this to the Soviet economy — is irrelevant nonsense. They don't talk about it very much now. This is static of equilibrium and has nothing to do with reality.

Secondly, when they did get around to serious questions like Kantorovich's objectively determined valuations, the use of programmed prices from the computer, people like Kantorovich or his colleagues had to waste time dressing it up in Marxian clothes. Really they were not necessary. But they did dress them up in Marxian clothes.

I once met a nice Soviet mathematical economist who said to me: You know, if we devise a price system that works well this price system will conform to the Marxian theory of value.

(Heiterkeit.)

This is my own view.

I agree, of course, that the law of value entered Soviet discussions already in the forties when the famous article appeared in 1943 apparently inspired by Stalin. Certainly it appeared again in Stalin of 1952. But in all these cases and also in Bukharin and earlier cases the survival of the law of value is linked to the survival of different forms of property. Even Bettelheim recognizes this as wrong. It does not exist for that reason, and it could exist, and I think should exist at this stage, even if no private or cooperative ownership of the means of production exists.

I am sorry to have talked so long.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Stephan Koren (Wien):

Danke vielmals, Professor Nove! — Da wir selbst innerhalb unseres limitierten Fahrplans noch Zeit haben, darf ich vielleicht doch noch um eine Wortmeldung bitten. — Herr Zinn, haben Sie noch das Bedürfnis zu sprechen?

(Karl Georg Zinn: Wenn die Teilnehmer kein Bedürfnis haben, sehe ich die Diskussion eigentlich als überflüssig an!)

— Eine Diskussion auf dem Podium kann auch ganz interessant sein. Herr Professor Nove, wollen Sie noch abschließend etwas sagen?

(Alec Nove: No, I think I have said what I intended to say!)

Ich glaube, dann bleibt mir nur, Herrn Professor Nove, Herrn Zinn und allen übrigen Diskussionsteilnehmern — leider waren es nur wenige — sehr herzlich zu danken.

(Beifall.)

Diskussion: Referat Wilhelm Krelle

Diskussionsleitung: Bernhard Gahlen, Augsburg

Diskussionsleiter Bernhard Gahlen (Augsburg):

Meine Damen und Herren, wir wollen mit der Diskussion des Referats von Herrn Krelle beginnen. Ich möchte keine weiteren Vorbemerkungen machen, sondern Frau Pollak bitten, ihren einleitenden Diskussionsbeitrag zu geben.

Helga Pollak (Göttingen):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Krelle hat einen großen Teil seines Referates der prinzipiellen Frage nach dem Verhältnis von Macht und ökonomischem Gesetz im wirtschaftlichen Prozeß gewidmet. Da dieses Problem aber im Verlaufe dieser Tagung in den verschiedensten Arbeitskreisen ausführlich diskutiert werden wird, möchte ich mich hier auf einige Bemerkungen zu den Abschnitten seines Referates beschränken, in denen die Verteilung direkt im Mittelpunkt steht.

Da ich außerdem die Auffassung von Herrn Krelle teile, daß die überlieferten Verteilungstheorien jeweils einseitig nur einzelne Aspekte des Verteilungsphänomens hervorheben und daher nur umfassende gesamtwirtschaftliche Modelle einen ausreichenden Erklärungswert haben können, möchte ich vor allem an das von ihm verwendete Prognosemodell anknüpfen. Herr Krelle hat an Hand dieses Modells durch einen Simulationstest festzustellen versucht, ob und wie Änderungen in der Machtausübung, die sich als Parameteränderungen in diesem Modell manifestieren, die Einkommensverteilung — soweit sie sich in der Höhe der Lohnquote widerspiegelt — zu beeinflussen vermögen.

Bei einem genaueren Studium der erzielten Ergebnisse konnte mich die Interpretation, die Herr Krelle ihnen gibt, nicht ganz überzeugen. Deshalb möchte ich auf diesen Punkt hier eingehen.

Ich muß mich bei den Zuhörern dafür entschuldigen, daß ich bei meinen Überlegungen auf Zahlentabellen Bezug nehme, die einzusehen sie wohl nicht Gelegenheit hatten. Aber weil ich dieses Zahlenmaterial gesehen habe, möchte ich gerade diesen Punkt aufgreifen.

Als erstes untersucht Krelle den Fall einer wie auch immer zustande gekommenen Zunahme der gewerkschaftlichen Macht, aus der eine Erhöhung der autonomen jährlichen Geldlohnsteigerungsrate um 2,5 % resultiert. Seine Bemerkungen dazu sowie noch deutlicher die Ihnen heute morgen vorgeführte Graphik bringen zum Ausdruck, daß zwar in den unmittelbar auf die Parameteränderung folgenden Perioden eine geringfügige Erhöhung der Lohnquote eintrete, diese anschließend jedoch wieder auf ihr "Normalniveau", das heißt auf die Werte zurückfalle, die sich ohne diese Parameteränderung ergeben hätten.

Errechnet man nun an Hand der im Anhang beigefügten Zahlen im einzelnen die Differenz zwischen der Lohnquote mit Parameteränderung und der Lohnquote ohne Parameteränderung für alle ausgewiesenen Perioden, so erhält man folgende Reihe: 0,4; 0,6; 0,3; 0,1; 0,3; 0,2; 0,0; 0,2; 0,4 und 0,3. Eine eindeutige Konvergenz zu Null hin läßt sich aus dieser Zahlenreihe nicht ablesen. Deshalb wäre ich Herrn Krelle für einige ergänzende Erläuterungen seiner doch auf diese Zahlen gestützten These außerordentlich dankbar. — Dies betrifft den Fall der Parameteränderung im Zusammenhang mit einer aggressiveren Lohnpolitik.

Noch mehr überrascht hat mich die Kommentierung der bei einer dauernden autonomen Erhöhung der Staatsausgaben für Güter und Dienstleistungen um 5 Milliarden DM jährlich erzielten Ergebnisse. Herr Krelle konstatiert hier — wieder verbal und graphisch — eine Verschlechterung der Lohnquote in den ersten beiden Perioden um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte und dann wiederum eine anschließende Rückkehr auf das sogenannte "Normalniveau". Tatsächlich aber sieht die Reihe der Lohnquotenabweichungen folgendermaßen aus: -0.2; - 0,1; 0,0; 0,1; 0,3; 0,3; 0,4; 0,3; 0,2; 0,1. Das sind überwiegend positive Werte, das heißt, die Lohnquote liegt nach der Änderung des betreffenden Parameters meist über der "normalen" Lohnquote. Hält man die anfängliche Senkung der Lohnquote in den beiden ersten Perioden, die wohl auf die in den Modellgleichungen enthaltenen time-lags zurückzuführen ist, für bemerkenswert, so kann man eigentlich die spätere Zunahme, die quantitativ sogar etwas größer als die anfängliche Senkung ist, nicht als Rückkehr zum alten Niveau interpretieren.

Nun könnte man sich natürlich auf den Standpunkt stellen, daß Lohnquotenveränderungen der soeben geschilderten Größenordnung weder in ökonomischer, noch in gesellschaftspolitischer Hinsicht von irgendeiner praktischen Bedeutung sind. Dann aber müßten die aufgezeigten Ergebnisse insgesamt als ein Nachweis der Unabhängigkeit der funktionalen Einkommensverteilung von Machteinflüssen der hier unterstellten Art angesehen werden.

Ich würde es vorziehen, in diesen Ergebnissen sehr wohl einen Machteinfluß auf die Verteilung zu sehen, allerdings verbunden mit der Erkenntnis, daß es erheblich umfassenderer und eventuell auch kombinierter Änderungen der Machtstrukturen bedarf, als sie solchen isolierten Aktionen zugrunde liegen, um zu beeindruckenden Ergebnissen hinsichtlich der Verteilung zu kommen. Keinesfalls aber scheint sich mir durch die vorliegenden Zahlen die These bestätigen zu lassen, daß Machtfaktoren die Einkommensverteilung zwar ganz kurzfristig verändern können, daß aber auf längere Sicht die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten den alten Zustand wiederherstellen. Ich gehe also davon aus, daß Machtänderungen grundsätzlich Änderungen der Lohnquote oder der Quote des Arbeitseinkommens im weiteren Sinne hervorrufen können.

Daß solchen Änderungen in einem marktwirtschaftlichen System mit Privateigentum am Produktionsfaktor Kapital in Verbindung mit dem Ziel der Gewährleistung befriedigender Wachstumsraten Grenzen gesetzt sind, hat Herr Krelle meines Erachtens sehr überzeugend dargelegt. Natürlich lassen sich diese Grenzen ebenfalls in Machtkategorien begründen, da sie letzten Endes durch den Einsatz des staatlichen Machtinstrumentariums zur Aufrechterhaltung eben dieser Wirtschaftsordnung gezogen sind.

Nun richtet sich das Augenmerk der Verteilungstheorie und der Verteilungspolitik bekanntlich nicht nur auf die in der Lohnquote ausgedrückte funktionale, sondern auch — oder sogar vor allem — auf die personelle Einkommensverteilung. Veränderungen der Lohnquote signalisieren um so eher eine Veränderung der personellen Verteilung, je stärker die personelle Struktur der Kapitaleinkommen von derjenigen der Arbeitseinkommen abweicht. Je mehr diese beiden Strukturen sich annähern, um so mehr verliert die Höhe der Lohnquote an Bedeutung. In dem Grenzfall, daß alle individuellen Einkommen sich im Verhältnis der Lohnquote aus Arbeits- und Kapitaleinkommen zusammensetzen würden, wäre schließlich die Lohnquote für die personelle Verteilung völlig irrelevant. Wir müssen uns deshalb meines Erachtens auf die Faktoren konzentrieren, von denen die Struktur der Arbeits- und Kapitaleinkommen abhängt.

Herr Krelle hat bereits auf die Wichtigkeit der Vermögensverteilung und auf ihre weit stärkere Beeinflußbarkeit durch Machtausübung hingewiesen, als dies etwa für die Lohnquote zutrifft. Ähnliches gilt wohl auch für die Lohnstruktur; auch hier dürften sich Machteinflüsse stärker auswirken können als in bezug auf die Höhe des Lohnvolumens insgesamt.

Meine Frage an Herrn Krelle ist nun — wegen der Wichtigkeit struktureller Tatbestände —, welche Möglichkeiten er bei dem gegenwärtigen

Stand der Statistik und Ökonometrie für eine Einbeziehung solcher Strukturen in sein gesamtwirtschaftliches Modell sieht.

Als eine weitere Ergänzung darf ich noch darauf hinweisen, daß die bisher hier ausschließlich behandelte primäre Einkommensverteilung gemäß den in unserem interventionistischen Wirtschaftssystem verfolgten Zielsetzungen durch einen staatliche Macht repräsentierenden Steuer-Transfer-Mechanismus korrigiert werden soll. Ich glaube, daß insbesondere die Finanzwissenschaftler an den Ergebnissen interessiert wären, die ein Prognosemodell hinsichtlich der sekundären Einkommensverteilung bei Änderungen der Einkommens- und Gewinnbesteuerung liefert, da die Frage der Überwälzungsmöglichkeiten für die direkten Steuern — und damit die Frage nach der verteilungspolitischen Wirksamkeit dieses Instruments — keineswegs endgültig beantwortet ist.

Ich möchte meinen Beitrag mit der Hypothese schließen, daß das Verteilungsproblem die zentrale Rolle, die es in der historischen Auseinandersetzung über Macht und ökonomisches Gesetz gespielt hat, zunehmend einbüßen dürfte, und zwar nicht in erster Linie auf Grund des allgemein wachsenden materiellen Wohlstandes, sondern vor allem wegen der mehr und mehr ins öffentliche Bewußtsein tretenden Verschlechterung dessen, was wir heute mit dem Begriff der "Qualität des Lebens" umschreiben. Die uneingeschränkte Verursachung negativer externer Effekte und damit des Auseinanderklaffens privater und sozialer Kosten stellt meines Erachtens geradezu ein Paradebeispiel der Machtausübung dar, und diese Machtausübung dürfte die Masse der Bevölkerung weit härter treffen als ein gewisses Maß machtbedingter Einkommensungleichheit.

(Beifall.)

Wilhelm Krelle (Bonn):

Die Zeichnung, die heute morgen an die Tafel geworfen worden war, und mein gesprochener Text dazu waren insofern ungenau, als die drei Zeitreihen natürlich nach drei oder vier Perioden nicht zusammenfallen; sie bleiben immer schön auseinander. Wenn man ein elastisches System anstößt, dann wird es in Schwingungen versetzt, und dies System konvergiert zum Gleichgewichtwachstumspfad — so hätte ich mich genau ausdrücken sollen. Die Zeitreihen fallen jeweils außer vielleicht durch Zufall niemals genau zusammen.

Ohne Änderung der politischen oder der wirtschaftlichen Macht auf dem Gebiet der Lohnaushandlung haben wir gegenüber einer Zunahme dieser Macht für das reale Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 für die Jahre 1972 und 1973 folgende Zahlen: 428 gegen 425 Milliarden und 439 gegen 434 Milliarden. Für 1981 betragen die Zahlen: 562 gegen

555 Milliarden. Es ist schwer, das graphisch maßstabsgerecht zu zeichnen. Man sollte es vielleicht verzerren, damit es besser zum Ausdruck kommt.

Es ist interessant zu untersuchen, wie es mit den Schwingungen des Systems bei einem genügend langen Verlauf steht. Wie die Zahlen gezeigt haben, produziert das System — wie alle solche elastischen Systeme — endogene Schwingungen. Diese Schwingungen sind gedämpft. Alle Differentialgleichungssysteme, auf die man einen Schock ausübt, sind entweder stabil oder nicht. Sind sie stabil, dann verschwindet die Wirkung des Anstoßes wieder, und man kommt am Ende auf einen Gleichgewichtwachstumspfad. Sind sie instabil, dann schaukeln sich die Schwankungen auf.

Wenn man ein solches System linearisiert und die charakteristischen Wurzeln gerade eins sind, dann würden die Schwingungen überhaupt nicht verschwinden. Das System wurde einmal linearisiert und die charakteristischen Wurzeln ausgerechnet. Sie liegen knapp unter eins. Das System ist also stabil und kommt wieder auf den Gleichgewichtwachstumspfad zurück. Da sie allerdings nicht zu weit unter eins, sondern nur etwas darunter liegen, dauert es eine gewisse Zeit, bis diese Schwingungen, die durch einen wirtschaftspolitischen Eingriff ausgelöst sind, abklingen.

Helga Pollak (Göttingen):

Ich habe mich ausdrücklich nur auf die Werte bezogen, die die Lohnquote betreffen, nicht auf die absoluten Werte des Bruttosozialprodukts.

Wilhelm Krelle (Bonn):

Dann habe ich Sie im Augenblick falsch verstanden.

Helga Pollak (Göttingen):

Sie haben bei der Lohnquote — zugegebenermaßen absolut geringfügige — Änderungen in den beiden ersten Perioden für bemerkenswerte Wirkungen gehalten, dann aber gleich große oder sogar noch etwas größere Veränderungen in späteren Perioden als eine Rückkehr zum alten Niveau interpretiert.

Wilhelm Krelle (Bonn):

Entschuldigung, dann habe ich Sie falsch verstanden. Ich habe nur die Zahlen durchgesehen, die sich auf das reale Bruttoinlandsprodukt bezogen. Für die Lohnquote müßte ich das noch einmal machen. Da wird wahrscheinlich das gleiche Phänomen vorliegen, daß die Effekte mit der Zeit relativ abnehmen. Die absoluten Größen werden in der Tat dauernd beeinflußt, z. B. das Preisniveau. Sie gehen nie wieder auf das alte Niveau zurück.

Was die personelle Einkommensverteilung angeht, so ist sie in der Tat im System nicht enthalten. Wir sind dabei, ein etwas differenzierteres Modell aufzubauen, bei dem wir auch das einbauen können. Dieses Modell ist allerdings noch nicht fertig; seine Fertigstellung wird vielleicht noch zwei, drei Jahre dauern.

Das verfügbare Einkommen ist ausgerechnet; aber es ist nicht ausgedruckt. Diese Frage könnten wir also beantworten.

Negative externe Effekte sind ein anderes Problem. Die wären nur zu erfassen, wenn wir unsere volkswirtschaftliche Gesamtrechnung durch Einführung der Input-Output-Rechnung umstellten, wofür es Vorschläge gibt. Man müßte dann von negativen Preisen für die Produktion unerwünschter Produkte ausgehen, nämlich den Kosten ihrer Beseitigung. Es gibt hier einige theoretische Vorstellungen, aber keine praktischen Berechnungen.

Manfred Neumann (Lauf):

Herr Krelle sprach davon, daß es eventuell möglich sei, den Zinssatz abzusenken, und welche Verteilungswirkungen das möglicherweise habe. Hier ist das Problem aufgetaucht, ob wir diesen Freiheitsgrad — Absenkung des Zinssatzes und damit impliziert der Veränderung der Einkommensverteilung — überhaupt besitzen oder ob die Einkommensverteilung nicht möglicherweise durch die Präferenzen — insbesondere die intertemporären — bereits vorgegeben ist, so daß sich aus der Präferenz die Einkommensverteilung ergibt und wir da keinen Freiheitsspielraum mehr haben, die Einkommensverteilung noch als selbständiges Ziel einzuführen.

Damit sind wir bei dem Problem der Machteinflüsse hinsichtlich der Präferenzveränderung. Das wird selbstverständlich bei dem einzelnen Modell, das zugrunde liegen mag, unterschiedlich sein. Die Modelle, die ich kenne, sind alle so beschaffen, daß sich die Einkommensverteilung aus den Präferenzen, aus den Sparfunktionen ergibt und nicht ein selbständiges Ziel neben der Präferenz ist. Hier ergeben sich also möglicherweise logische Widersprüche.

Wilhelm Krelle (Bonn):

Das ist natürlich richtig. Vorausgesetzt ist dabei, daß sich die Präferenzen ändern und somit die Verhaltensfunktionen — etwa die Investitionsfunktion.

Sie haben auch die Wachstumstheorie angesprochen. Sie stimmt allerdings nur unter der Voraussetzung vollständiger Konkurrenz auf allen Märkten, vollständiger Voraussicht, keiner Unsicherheit, um nur einiges zu nennen. In Wirklichkeit haben wir die Unsicherheit und wird der Zinssatz im wesentlichen auch durch die Risikoempfindlichkeit der Anleger bestimmt. Wenn sich also die Risikoempfindlichkeit der Anleger und damit die Investitionsfunktion ändert, ist das möglich.

Hanns-Joachim Rüstow (Allmannshausen):

Herr Krelle ging von der These Tugan-Baranowskis aus, wonach Lohn, Zins und Verteilung kein ökonomisches, sondern ein Machtproblem seien. Er versuchte darzulegen, daß Lohn, Zins und Verteilung in unserem System so zwangsläufig determiniert seien, daß nur ganz geringe Spielräume für ihre Veränderung verbleiben, daß also die Thesen von Tugan-Baranowski falsch seien.

Mir liegt sehr daran, uns vor Augen zu führen, daß wir genau genommen nicht sagen können, die Thesen von Tugan-Baranowski seien falsch und stimmten nicht; wir können nur sagen, daß sie nicht mehr stimmen. Wir haben nämlich seit Beginn der Industrialisierung Anfang des vorigen Jahrhunderts eine Entwicklung unserer Strukturen durchgemacht, auf Grund deren tatsächlich diese Thesen, die zu Anfang der industriellen Entwicklung noch stimmten, heute falsch sind.

Diese Entwicklung ist folgendermaßen gekennzeichnet. Am Anfang der Industrialisierung bildeten in den wenigen Fabriken, die es zunächst nur gab, die dort beschäftigten Arbeitnehmer eine ganz geringe Minderheit gegenüber dem Gros der Erwerbstätigen, die selbständige Erwerbstätige, nämlich selbständige Bauern, Handwerker, Handeltreibende usw. waren. In dieser Situation war es tatschlich möglich, daß die Arbeitgeber, die Kapitalisten, von ihrer Monopolsituation — denn die Arbeitnehmer waren darauf angewiesen, bei ihnen beschäftigt zu werden, um überhaupt leben zu können — Gebrauch machten und den Lohn auf dem Existenzminimum fixierten, bei dem die Arbeitskräfte gerade noch arbeitsfähig blieben; daß sie den Mehrwert (durch ständige Steigerung der Leistung) sich einverleibten, ihren Lebensstandard und ihren Verbrauch auf Kosten der Arbeitnehmer ständig erhöhten, während die Arbeitnehmer auf dem Existenzminimum fixiert blieben.

In dieser Situation war es geradezu eine Tat von historischer Bedeutung, daß sich die Arbeitnehmer in den Gewerkschaften ebenfalls zu einem Monopol zusammenschlossen, das dem Monopol der Arbeitgeber gegenübergestellt wurde. So verhinderten sie im vorigen Jahrhundert die Fixierung des Lohnes auf dem Existenzminimum.

Inzwischen haben wir eine Entwicklung durchgemacht, bei der umgekehrt die Arbeitnehmer das Gros der Erwerbstätigen bilden und die Arbeitgeber, die Kapitalbesitzer nur noch einen ganz kleinen Bruchteil der Erwerbstätigen ausmachen. Sie wissen, daß es in der Industrie nur 15 000 Betriebe gibt, die 100 und mehr Beschäftigte haben. Der Konsum der Unternehmer bildet gegenüber dem Konsum von mehr als 22 Millionen Arbeitnehmern einen so geringen Bruchteil des Sozialproduktes, daß die Arbeitgeber, die Kapitalisten, gar nicht mehr in der Lage sind, von ihrer Monopolstellung den Gebrauch zu machen, durch ständige Erhöhung ihres Lebensstandards die Arbeitnehmer auf einem Existenzminimum zu fixieren. Der Konsum der Arbeitgeber insgesamt ist so gering, daß dadurch nur ein kleiner Bruchteil des Sozialproduktes absorbiert wird. Die Arbeitgeber, die Unternehmer, können heute die Einkommensverteilung zu ihren Gunsten nur noch aufrechterhalten, wenn sie investieren und dadurch einen entsprechenden Teil des Sozialprodukts dem Konsum der Arbeitnehmer vorenthalten.

Nun ist es aber so, daß die Investitionen ihrerseits nicht etwa willkürlich manipulierbar sind. Wir brauchen eine ganz bestimmte Investitionsquote aus zwei verschiedenen Gründen: einerseits, weil mit den Investitionen neue Kapazitäten und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die für die Vollbeschäftigung notwendig sind, und andererseits weil die Investitionen die Hauptquelle der makroökonomischen Gewinnbildung sind.

Diese Gewinne haben aber nicht nur die Bedeutung, die Krelle hervorgehoben hat, nämlich daß sie die Höhe haben müssen, bei der das Risiko der Kapitalinvestierung durch die Höhe des Gewinns kompensiert wird, sondern sie haben auch noch eine ganz andere Bedeutung: Wir müssen davon ausgehen, daß wir in Wirklichkeit nicht eine - theoretisch im allgemeinen unterstellte — nivellierte Kostenstruktur haben, sondern daß in Wirklichkeit eine gestufte Kostenstruktur vorliegt. Vom Grenzarbeitsplatz bis zum Spitzenarbeitsplatz haben wir eine ganz verschiedene Leistungsfähigkeit und damit ganz verschiedene spezifische Produktionskosten. Zur Erzielung von Vollbeschäftigung muß jeweils ein Erlös entstehen, der die Grenzkosten der leistungsschwächsten Produktionsanlagen und Arbeitsplätze, deren Aufrechterhaltung für Vollbeschäftigung notwendig ist, deckt. Bei einem solchen Produktionserlös müssen alle anderen intramarginalen Arbeitsplätze einen Differentialgewinn erzielen, dessen Höhe sich nach der Differenz ihrer spezifischen Kosten gegenüber den spezifischen Kosten der Grenzarbeitsplätze bemißt.

Wir brauchen also eine ganz bestimmte Höhe des makroökonomischen Differentialgewinns, und die Investitionen als Hauptquelle des Gewinns müssen dafür sorgen, daß die für Vollbeschäftigung erforderliche Gewinnquote zustande kommt. Das heißt also: Die Investitionen, die die einzige Möglichkeit für die heutigen Arbeitgeber bilden, den Arbeitnehmern einen (ins Gewicht fallenden) Teil des Sozialproduktes vorzuenthalten, sind doppelt determiniert: einerseits durch ihre materielle Funktion, neue Arbeitsplätze zu bilden, andererseits durch den Einkommenseffekt, der dafür sorgt, daß eine Gewinnbildung zustande kommt, bei der nicht die Durchschnittskosten sondern die makroökonomischen Grenzkosten gedeckt sind. Diese doppelte Determinierung der Investitionsquote bedeutet, daß die funktionale Einkommensverteilung noch viel stärker zwangsläufig determiniert ist, als es sich nach den Berechnungen von Krelle ergibt, daß daher noch viel kleinere Korrekturen nur möglich sind, und daß ein viel kleinerer Spielraum — er ist fast gleich Null - gegeben ist. Hieraus folgt allerdings, daß der nachträglichen Korrektur der funktionalen Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten einer anderen personellen Verteilung eine um so höhere Bedeutung zukommt.

(Beifall.)

Wilhelm Krelle (Bonn):

Was den ersten Punkt angeht, so ist es richtig, daß dann, wenn wir ein vollständig starres Arbeitsangebot annehmen, die These von Tugan-Baranowski vernünftig wird. Ich habe Tugan-Baranowski noch einmal im Original nachgelesen. Es ist in der Tat so, daß er von den landwirtschaftlichen Verhältnissen in Rußland vor 1914 ausgeht, bei denen der Bauer mehr oder weniger Bestandteil des Bodens war und nicht wegkonnte. Der Grundbesitzer konnte ihm — mehr oder weniger — so viel auszahlen, wie er wollte. Dann ist das Lohnverhältnis in der Tat ein Machtverhältnis. Der Lohn wird allein durch das Machtverhältnis bestimmt, der Bauer ist rechtlos und machtlos. Der Bauer muß nehmen, was ihm der Grundbesitzer zubilligt.

Von diesen Verhältnissen geht Tugan-Baranowski aus. Das sind aber Verhältnisse, die, glaube ich, schon für das Rußland vor 1914 nicht mehr absolut typisch waren. Aber darauf will ich nicht eingehen. Das mögen Wirtschaftshistoriker entscheiden.

Wir würden theoretisch sagen, Tugan-Baranowski geht davon aus, daß die Arbeitsmenge nicht als Argument in die Nutzenfunktion eingeht. Andernfalls stimmt alles das, was ich gesagt habe: Das Arbeitsangebot ist dann vielleicht ziemlich starr, aber nicht vollständig. Je nachdem, wie die Arbeit entlohnt wird, wird das Arbeitsangebot mehr oder weniger groß sein.

Der zweite Punkt war die Frage der Deckung der Grenzkosten. Wenn man eine verschiedene Kostenverteilung für verschiedene Firmen annimmt und nicht von einer repräsentativen Firma ausgeht, dann müssen, wenn man Vollbeschäftigung unterstellt, die Grenzkosten des am schlechtesten arbeitenden Betriebes gedeckt werden. Dann würde eine Reduzierung des durchschnittlichen Gewinniveaus automatisch einen Konkurs der Grenzunternehmen bedeuten. Daß ist das, worauf Hanns-Joachim Rüstow, wie ich meine, mit Recht hingewiesen hat.

Geht man von der Vorstellung der repräsentativen Firma aus, so wird das gleiche Phänomen durch den Rückgang der optimalen Produktion bei Rückgang der Nachfrage beschrieben.

Erich Streissler (Wien):

Herr Krelle, ich habe mir bei Ihrem Referat überlegt, was wir Theoretiker uns noch vorzuwerfen haben. Ich glaube, ein Problem hätte in einer Diskussion über die Machteinflüsse vielleicht noch erwähnt werden können, das Ihnen sowohl von links wie von rechts entgegengehalten werden könnte.

Sie gingen bei Ihren Annahmen im wesentlichen davon aus, daß die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion festliege. Nun war es historisch schon im Liberalismus eine Idee, daß durch Änderungen der Sozialstruktur, Machteinflüsse und Gesetzesveränderungen man das Sozialprodukt verändern könne. Ich glaube, es würden Ihnen sehr viele Studenten andererseits heute sagen: Herr Krelle, wenn wir eine sozialistische Wirtschaft hätten, dann würden das Sozialprodukt sprunghaft auf das Doppelte steigen.

(Heiterkeit.)

Ich würde recht bescheiden sein und würde persönlich meinen, wir müssen uns klar sein, daß Produktionsfunktionen doch einen gewissen, durch die Veränderung der Sozialstruktur und der Machtstruktur variierbaren Spielraum haben. Zu den Grenzen, die es zu untersuchen gälte, würden auch die Grenzen dieser Veränderungen der Produktion mit gegebenen Produktionsfaktoren hinzukommen. Wir verengen uns vielleicht etwas zu sehr unseren Diskussionsbereich, wenn wir nur von einer Verteilung eines in einem gewissen Sinne gegebenen Sozialproduktes ausgehen und nicht auch berücksichtigen, daß durch Veränderungen der Sozialstruktur — wobei hier nach den Grenzen zu fragen ist, die es zu berücksichtigen gilt — das zu verteilende Produkt selbst verändert werden kann.

Hans Willgerodt (Köln):

Ich habe eine Frage zum Verständnis. Herr Krelle, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, daß verschiedene Preissysteme unter sonst gleichen Bedingungen möglich sind. Gleichzeitig haben Sie

gesagt, daß die Verteilung doch sehr weitgehend determiniert sei, daß also der Spielraum, innerhalb dessen die Verteilung variabel sei, verhältnismäßig gering sei.

Daran schließt sich die Frage an — weil nämlich das Preissystem über die Verteilung entscheidet —, ob zwischen beidem nicht ein Widerspruch besteht oder ob man von der zweiten These, daß die Verteilung ziemlich definiert sei, schließen kann, daß die Preisstruktur oder das Preissystem doch ziemlich definiert sein müssen.

Daran anschließend eine wirtschaftspolitische Frage: Ich nehme einmal an, daß das Preissystem ceteris paribus in verschiedenen Ausprägungen möglich ist. Würden Sie eine wirtschaftspolitische Schlußfolgerung für zulässig halten, daß hier ein staatlicher Eingriff in das Preissystem in dem Sinne zugelassen wird, daß konsumentenfreundlich die Preise niedriger gehalten werden, als das sonst der Fall wäre?

Eine weitere Frage: Läßt sich schon aus dem Gleichgewichtsmodell der modernen Preistheorie schließen, daß ein wirtschaftspolitischer Eingriff gerechtfertigt werden kann? Das Preissystem hat ja eine lenkende Funktion, es ist insofern ein Ungleichgewichtssystem, als höhere Preise die Signalfunktion haben, daß die Produktion ausgedehnt werden soll, während niedrigere Preise das Signal zur relativen Einschränkung der Produktion geben sollen. Ist also das, was Sie für den ersten Teil Ihrer Preisanalyse gesagt haben, sofort auf die Wirtschaftspolitik übertragbar?

Kurt Schmidt (Mainz):

Ich habe einige Fragen an Herrn Krelle. Zunächst geht es mir darum, wie jene 5 Milliarden, die Sie alternativ für die Staatsausgaben durchgespielt haben, finanziert werden. Sie haben unter anderem darauf hingewiesen, daß das Steuerrecht gleich bleibt, woraus ich schließe, daß ein Teil dieser 5 Milliarden nicht steuerlich finanziert wird. Nun würde mich interessieren — weil Sie im Anschluß an die 5 Milliarden von Inflation geredet haben —, ob die Voraussetzung einfach die ist, daß diese 5 Milliarden inflationär durch die Notenbank finanziert werden oder ob eine langfristige Finanzierung aus echten Ersparnissen angenommen wird — was wahrscheinlich zu einer Erhöhung des Zinssatzes führen würde, die ihrerseits die privaten Investitionen beeinflussen könnte.

Die zweite Frage hat ebenfalls mit diesen zusätzlichen Staatsausgaben zu tun. Sie kommen zu dem für mich überraschenden Ergebnis, daß bei einer Ausdehnung der Staatsausgaben für Dienste und Güter um 5 Milliarden die Lohnquote zunächst einmal zurückgeht. Das kann ich mir — mangels detaillierter Kenntnis des Modells — nur so erklären,

daß diese Ausgaben für Dienste und Güter entweder gar keinen Nutzen für die Lohnempfänger stiften, oder daß eine ganz spezifische Verteilungshypothese zugrunde liegt, wem und in welchem Maße diese Dienste und Güter des Staates zufließen.

Drittens: Es geht — wie Sie am Schluß Ihrer Ausführungen heute früh gesagt haben — natürlich auch und insbesondere um die personelle Einkommensverteilung. Da liegt es nahe — besonders deswegen, da Sie der Operation, Optima zu errechnen, nicht gar zu ferne stehen —, daß man diese Frage unter dem Aspekt aufgreift, was denn sozusagen die optimale Ungleichheit der Einkommens- (und Vermögens)verteilung ist, um ein bestimmtes erwünschtes Wachstum zu produzieren. Daß das nicht bei Gleichheit geht, ist ziemlich wahrscheinlich. Daß man aber dazu auch nicht das Maß an Ungleichheit braucht, das wir heute in der Vermögensverteilung haben, ist ebenfalls ziemlich sicher. Es würde mir schon genügen, wenn Grenzen abgesteckt würden und man so gewisse Bereiche der Ungleichheit ausschließen könnte. Ähnlich wie De Viti de Marco in anderem Zusammenhang ausführt, könnte man dann auch hier sagen, daß Abweichungen von einem solchen Optimum den Einfluß von politischer Macht anzeigt.

Letzter Punkt: Wenn wir eine gleichmäßigere personelle Vermögensverteilung erreichen, dann würde das Problem der Einschränkung der sog. Besitzeinkommen entschärft werden. Bei früheren Tagungen des Vereins für Socialpolitik hat man in diesem Zusammenhang von einem "Ausdrücken der Gewinnzitrone" gesprochen. Wenn die Vermögensverteilung gleichmäßiger wäre, würde man mit diesem wirtschaftspolitischen Vorschlag wohl nicht mehr so einfach Eindruck machen können.

Wilhelm Krelle (Bonn):

Herr Streissler, wir haben die gesamtwirtschaftliche Produktiosfunktion im System, allerdings in der Form von Funktionen für die Arbeitskoeffizienten für Beamte, Angestellte und Arbeiter sowie für den Kapitalkoeffizienten.

Nun sagen Sie mit Recht, es könnte sich durch institutionelle, soziale Änderungen die Produktivität der Arbeit innerhalb der Betriebe verändert, so daß sich damit die Produktionsfunktion ändert. Das ist richtig. Wir haben das ökonometrisch nicht untersucht.

Ich habe vier Kategorien von Machteinflüssen unterschieden, die vierte ist die Macht durch Beeinflussung der Technologie. Das habe ich vorgetragen, wenn auch relativ kurz. Durch institutionelle Veränderungen innerhalb von Firmen kann die Produktivität erheblich sinken. Nehmen wir einmal an, die Mitbestimmung würde zu einem Extrem getrieben, bei dem die Arbeitsteilung kaum mehr möglich ist, weil

jeder macht, was er will. Das wäre also ein solcher Machteinfluß durch Beeinflussung der technischen Organisation.

Herr Willgerodt, der Verteilungsspielraum ist in der Tat relativ gering. Sie sprechen von dem Gleichgewichtspunkt — vom Standpunkt der Gleichgewichtstheorie aus —, auf dem wir uns jetzt befinden. Ich verstehe die Situation so, daß wir uns bei wirtschaftspolitischen Veränderungen mit ihm fortbewegen. Man könnte natürlich auch zu einem ganz anderen Gleichgewichtspunkt übergehen. Nehmen wir an, es würde ein großer wirtschaftspolitischer Eingriff vorgenommen, es passierte eine Naturkatastrophe, ein militärischer Einmarsch, das Wirtschaftssystem würde geändert.

(Hans Willgerodt: Das ist aber nötig!)

Weil das Wirtschaftssystem lokal stabil ist, muß man ihm erst einmal einen richtigen Ruck geben. Nehmen wir an, das würde passieren, dann würde sich ein neues Gleichgewicht herausbilden, das dann wieder stabil ist.

Staatliche Eingriffe in das Preissystem: Die haben wir partiell laufend auf dem Agrarsektor. Die anderen Preise passen sich dementsprechend an, solange eine gewisse Grenze nicht überschritten wird. Die Kaufkraft wird dann auf andere Gebiete gelenkt oder von ihnen abgezogen.

Ihre letzte Frage war, wie man wirtschaftspolitische Eingriffe vom Standpunkt der allgemeinen Gleichgewichtstheorie aus rechtfertigen könnte. Das weiß ich nicht. Die allgemeine Gleichgewichtstheorie kennt kein soziales Optimum, sondern nur individuelle Optima, die simultan erfüllt sein müssen.

Herr Schmidt, die Finanzierung ist in dem hier vorgelegten System nicht explizit erfaßt. Implizit ist angenommen, daß das Geldangebot durch das Banksystem voll elastisch ist, so daß jede Geldmenge, die benötigt wird, zur Verfügung gestellt wird. Das ist sicher eine Übertreibung. Wir haben jetzt ein ziemlich umfangreiches Modell für das Geld- und Kreditsystem in der Bundesrepublik entwickelt, das wir dann in das reale Modell einbauen werden. Wenn wir das fertig haben, könnten wir zeigen, wie sich die finanziellen Schwierigkeiten auswirken würden.

Ich würde meinen, daß unsere Annahme, das Banksystem sei voll elastisch, im Gegensatz zu der anderen extremen Annahme, daß es überhaupt nicht elastisch ist, besser ist. Im großen und ganzen ist das Banksystem bisher in den meisten ökonometrischen Theorien ziemlich rudimentär behandelt worden, aber nicht in allen; es gibt z. B. in Kanada und Amerika einige, bei denen das nicht zutrifft.

(Kurt Schmidt: Wer profitiert von den öffentlichen Diensten und Gütern, die aus den 5 Milliarden finanziert werden?)

— Diesen Punkt habe ich als nächsten aufgeschrieben, ich werde gleich darauf eingehen.

Daß die Lohnquote zunächst zurückgeht, ist ein Effekt, der aus der Zeitverzögerung zwischen Vereinnahmung und Verausgabung des Einkommens zustande kommt. Wir haben versucht, die Zeitverzögerung zwischen der Vereinnahmung durch den Staat und der Verausgabung dieser Einnahmen durch die öffentlichen Hände zu schätzen. Eine solche Verzögerung läßt sich ökonometrisch zeigen. So haben wir bei Erhöhung der Ausgaben solche anfänglich negativen Effekte auf die Lohnquote dann, wenn bei gleichen Lohnzahlungen durch Ausgaben, die durch zusätzliches Geld finanziert werden, die Preise und dadurch die Gewinne nach oben gehen.

Die optimale Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung kann man erst errechnen, wenn man eine soziale Präferenzfunktion hat. Wenn Sie uns eine geben, dann setzen wir sie als Zielfunktion ein. Dann kann man auch die optimale Ungleichheit der Einkommensverteilung berechnen.

Bisher war unsere Vorstellung aber die: Wir lösen das System auf Grund verschiedener Annahmen über die Wirtschaftspolitik und zeigen, was das Ergebnis ist.

Damit lassen wir dem Politiker die Wahl zwischen einer beschränkten Anzahl von Alternativen. Damit kommt man nicht auf das globale Optimum, sondern auf ein Teiloptimum aus den gegebenen Alternativen. Aber man kommt um die Notwendigkeit herum, die soziale Präferenzfunktion tatsächlich zu spezifizieren.

Lord Balogh (Oxford):

Ich möchte mich für mein Deutsch entschuldigen. Ich werde sehr einfach sein. Wenn man sich kurzfassen muß, muß man natürlich sehr einfach sein.

Das Referat von Professor Krelle hat mir alle die Schwierigkeiten gezeigt, die hier vorliegen. Er hat hier zwei Modelle behandelt, die miteinander nicht sehr viel zu tun haben. Das eine war das Gleichgewichtsmodell von Pareto, das statisch ist und bei dem Änderungen des Geschmacks ausgeschlossen sind. Hier wird natürlich auch mit einer allgemeinen steigenden Kostenstruktur zu rechnen sein.

Ich muß sagen, daß ich sehr erstaunt darüber war, daß man so viel von dem Pareto-Optimum der Vermögensverteilung und der Einkommensverteilung gesprochen hat. Wenn man ein Pareto-Optimum herausfischt, dann heißt das, daß man eine politische Wahl getroffen hat. Wahrscheinlich wird man natürlich leugnen, daß man eine wichtige politische Wahl getroffen hat.

Abgesehen von dem Pareto-Optimum muß ich sagen, daß ich noch viel mehr über diese Zeichnungen erstaunt war, die wir gesehen haben, diese abstrakten, futuristischen Zeichnungen.

(Heiterkeit.)

Besonders schwer wiegt, daß man das prinzipiell Unmeßbare in solche Kurven hineinschmuggelt, z.B. den technischen Fortschritt in Relation zur Arbeit usw.

Dann war ich sehr erstaunt darüber, daß man in dieses statische System einen historischen Prozeß hineingeschmuggelt hat.

(Heiterkeit.)

Es ist möglich, daß in Deutschland zwischen 1914 und der Gegenwart nichts passiert ist. Bei uns in England ist manches passiert. Das hat natürlich auch das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ein wenig betroffen. Ich glaube, daß auch in Deutschland solche Sachen passiert sind: zwei Inflationen, um nicht über schwerere Sachen zu reden.

Dann haben wir gehört, daß man 60 Gleichungen hat. Wenn man 60 Gleichungen hat, wird man sehr viele große Schwierigkeiten haben. Die Koinzidenz dieser Relationen in der Zeit wird sich verändern. Auf der anderen Seite hat man nicht die Daten, wenn sich das System nicht geändert hat. Es ist so, wie bei einem Gas, wo die Moleküle aneinander stoßen. Wenn sehr viele Moleküle da sind, werden sehr viele Zusammenstöße passieren. Man hat dann ein Gesetz der großen Zahl. Hier hat man aber kein Gesetz der großen Zahl. Ich muß sagen: Ich wünsche dem Herrn Krelle sehr viel Glück.

(Heiterkeit.)

Unsere kleinen Modelle mit 20 und 25 Gleichungen haben sich auch schon als ganz unmöglich erwiesen, alles andere als die Vergangenheit zu prognostizieren.

(Heiterkeit.)

Wenn dann die Frage kommt: Was nun?, dann ist man in sehr großen Schwierigkeiten.

(Beifall.)

Alois Oberhauser (Freiburg):

Ich möchte noch einmal auf die erste Frage von Herrn Schmidt zurückkommen, weil mir Ihre Antwort, Herr Krelle, nicht genügt. Sie haben zwar gesagt, daß Sie für die Finanzierung unterstellen, daß eine völlige Elastizität des Geldsystems gegeben sei. Aber trotzdem muß man sich fragen, ob es unter dieser Voraussetzung wirklich sein kann, daß eine Erhöhung der Staatsausgaben um weniger als 1% des Sozialproduktes zu einer Erhöhung der Wachstumsrate — wenn auch nur kurzfristig — um ½ % führt, da sich die Erhöhung der Staatsausgaben gar nicht unmittelbar im Sozialprodukt niederschlägt. Selbst wenn man unterstellt, daß staatliche Investitionen getätigt werden — Sie haben keine Unterstellung gemacht, wofür man das Geld verwendet —, taucht die Frage auf, ob durch diese Erhöhung der staatlichen Investitionen soviel private Investitionen hervorgelockt werden, daß sie in der ersten Periode zu einer Steigerung des Sozialproduktes um ein halbes Prozent führen. Ich glaube, daß das kaum möglich ist.

Eine zweite Frage richtet sich auf Ihre Beziehung des Besitzeinkommens auf das Bruttoanlagevermögen. Ich komme, wie Sie wissen, im Ergebnis zu ähnlichen Schlußfolgerungen bezüglich der Änderung der Verteilungsrelationen wie Sie, aber mit einer anderen Begründung. Mir scheint, daß es nicht adäquat ist, an dem Bruttoanlagevermögen anzuknüpfen, bei dem die Abschreibungen nicht abgezogen sind. Zumindest würden doch die Vermögensbesitzer oder die Unternehmen die Verzinsung auf das Nettoanlagevermögen beziehen. Des weiteren ist aber die Frage: Sind davon überhaupt die Investitionen — und damit das Wachstum — abhängig, oder haben wir nicht ganz andere Investitionsfunktionen vorliegen, die dann letztlich für das Wachstum relevant sind?

Bei der dritten Frage möchte ich an das anschließen, was Lord Balogh gesagt hat. Wie ist es, wenn wir kein allgemeines Gleichgewicht haben? Befinden wir uns nicht stets in Ungleichgewichtssituationen? Sie zeigen in Ihrem Modell, daß man relativ große Schwankungen bekommt, die irgendwann nach dem Jahre 2000 einmal auslaufen, wenn wir eine Größe jetzt verändern. Man kann aber auch unterstellen, daß man bei verschiedenen Größen im Ungleichgewicht ist, und man kann berücksichtigen, daß sich eine wachsende Wirtschaft höchstens jeweils auf ein Gleichgewicht hinbewegen kann, daß dieses Gleichgewicht aber wegen des Wachstums sich von Periode zu Periode verändert. Muß man dann nicht versuchen, die Erklärung der Verteilung gerade auch für die Ungleichgewichtssituation vorzunehmen, und kommen dabei nicht Faktoren mit ins Spiel, die relativ stark durch Machtphänomene bestimmt sind?

Martin Pfaff (Augsburg / Detroit):

Glauben Sie nicht, Herr Krelle, daß bei einer Tagung, bei der die Interaktionen zwischen den wirtschaftlichen und politischen Variablen im Blickpunkt aller stehen, wo also gerade die personelle und sekundäre Einkommensverteilung von ganz besonderer Bedeutung ist, die Wirkungen der Transfers, die durch jeden Machteingriff des Staates entstehen, etwas stärker betont werden sollten? In diesem Rahmen könnte man doch über die hier vorliegende Problematik am besten sprechen.

Jetzt zu den technischen Aspekten Ihres Beitrages. Sie haben Theorien erwähnt, nach denen jedes Gleichgewicht pareto-optimal ist. Sollte man hier nicht auch die Theorien anführen, nach denen die Allokationseffizienz von der Einkommensverteilung abhängt, das heißt nach denen nicht in jeder Einkommensverteilung ein zentrales Optimum zu finden ist? Könnte man hier nicht zu den Schlußfolgerungen von Samuelson kommen und dann explizite eine soziale Wohlfahrtsfunktion postulieren?

Zu dem weiteren formalen Aspekt möchte ich sagen, daß unter der Annahme der Independenz oder der Unabhängigkeit der Nutzenfunktion ein Optimum der Marktwirtschaft als solches nur theoretisch — also von der Wirklichkeit wegblickend — postuliert werden könnte. Wenn man also den "Nichtmarktsektor" betrachtet, würde das Pareto-Optimum nur ein Suboptimum, also das Optimum eines Subsystems, was ja das Suboptimum des Gesamtsystems bedeutet, darstellen.

Schließlich wäre auch noch auf die Frage der Legitimität der Machtausübung hinzuweisen. Macht wird praktisch durch Legitimität auf das Wirtschaftsgeschehen tätig. Hier sollte man vielleicht abschließend auf die Chancen der realen Einkommensumverteilung zu sprechen kommen. Mir scheint, daß die Wohlfahrtsgewinne der Einkommensverteilung weniger eine Funktion der absoluten, als der relativen Einkommensumverteilung oder der Struktur der Einkommen darstellen. Dadurch ist faktisch das Problem der Einkommensverteilung in einer stärker durch den Markt koordinierten Gesellschaft auch ein Problem der Veränderung der relativen Einkommensstruktur.

Karl-Ernst Schenk (Münster):

Herr Krelle, Sie haben heute morgen alle diejenigen, die mit der Entwicklung und der Relevanz unserer mikroökonomischen Theorie unzufrieden sind, zu beruhigen versucht. Ich muß ganz offen sagen, daß ich mit Ihrer Form, die Sie zur Beruhigung gefunden haben, nicht ganz einverstanden bin. Sie haben behauptet: Macht wird in der mikroökonomischen Theorie berücksichtigt.

Ich meine — ich darf es einmal spitz formulieren, um Zeit zu sparen —, daß Sie Ihre eigene Aussage dadurch widerlegt haben, daß Sie gezeigt haben: Macht wird durch Beherrschung des Informations-

systems ausgeübt. Sie haben gesagt, daß Macht die Daten verändert. Dann haben Sie selber eine Ad-hoc-Erklärung eingeführt — meines Erachtens ist es eine Ad-hoc-Erklärung —, indem Sie sagten, durch bestimmte Annahmen über die Präferenzen von Personen könne gezeigt werden, daß diese Personen Einfluß auf das Informationssystem ausübten. Ich glaube, Sie müssen zugeben, daß dies tatsächlich eine Adhoc-Erklärung der Macht ist. Diese Macht, über das Informationssystem ausgeübt, wird hier zwar von Ihnen, aber ansonsten in der ökonomischen Theorie nicht oder zumindest sehr ungenügend berücksichtigt. Es wird nicht einmal die Macht berücksichtigt, die über den Markt als Informationssystem ausgeübt wird.

Eugen Dick (Göttingen):

Ich habe das Gefühl, daß das Konzept, mit dem Sie heute an das Problem "Macht und ökonomisches Gesetz in der Verteilung" herangegangen sind, an sich für eine Tagung zum hundertjährigen Bestehen des Vereins für Socialpolitik nicht ganz angemessen war, wenn auf dieser Tagung auch versucht werden soll, sozusagen eine Antwort auf gesellschaftliche Probleme von heute — auf die soziale Frage von heute, würde ich sagen — zu finden. Das liegt konkret an dem hohen Abstraktionsgrad, bei dem Sie nur Arbeit und Kapital berücksichtigt haben, und es liegt auch daran, daß Sie Vermögensgewinne nicht explizit berücksichtigt haben.

Was das Kapital angeht, so scheint mir, daß sich unter der derzeitigen niedrigen Verzinsung sehr unterschiedliche Verzinsungen für unterschiedliche Arten von Kapital verbergen. Mich würde interessieren, wie sich die Information, die man normalerweise über die Rentabilität von industriellen Investitionen hat, von denen man sagt, daß sie 13 bis 15 % bringen, mit den Durchschnittszahlen verträgt, die Sie genannt haben.

Das große Problem scheint mir persönlich zur Zeit in Marktwirtschaften zu sein, wie man auf dem Grundbesitzsektor in einer inflationären Wirtschaft, in einer Wirtschaft, in der es starke regionale Konzentrationen gibt, vernünftige Verhältnisse schafft.

Zum Lohnsektor ist schon häufig darauf hingewiesen worden, daß es da sehr starke Einkommensunterschiede gibt. Diese Einkommensunterschiede sind in erster Linie durch die Art des Ausbildungssystems verursacht. Dieses Ausbildungssystem wird durch den Staat und über den Staat durch gesellschaftliche Gruppen gesteuert. Hier scheint mir der Einfluß von Macht auf die Einkommensverteilung offensichtlich zu sein.

Außerdem spielt für die Lohnstruktur sicherlich auch der Informationsstand bei der Berufssuche eine Rolle. Auch hier ist sicher, daß Berufsgruppen einen ganz erheblichen lenkenden Einfluß gehabt haben, um die alte Lohnstruktur aufrechtzuerhalten.

Zum Schluß möchte ich auf eine Bemerkung zurückkommen, die gestern von Ihnen gemacht worden ist. Da wurde gesagt: Die Theoretiker haben das richtige Konzept und die richtigen Erklärungen gebracht, aber die Kathedersozialisten haben gute Vorschläge gemacht. Könnte es nicht daran liegen, daß damals wie auch jetzt wieder eine zu hoch angesetzte Theorie benutzt wird, die die wahren Probleme übersieht?

(Beifall.)

Wilfried Schulz (Freiburg):

Der Schwerpunkt des Vortrags von Herrn Krelle lag auf *Macht und Einkommensverteilung*; jedoch wurde auch auf die Bedeutung der Vermögensverteilung hingewiesen. Deshalb zwei Bemerkungen, die auf den Einfluß der Vermögen auf die Einkommensverteilung hinweisen sollen.

- 1. Zumindest kurzfristig ist die personelle Einkommensverteilung wesentlich durch die Vermögensverteilung mitbestimmt. Hier besteht keine Meinungsdifferenz.
- 2. Wenig beachtet hingegen, im Zeichen der Wertsteigerungs- und Spekulationsgewinne jedoch um so aktueller, ist das Problem der statistischen Erfassung der Variationen der Vermögensbewertung. Niedere Einheitswerte und andere Unterbewertungen oder übervorsichtige Risikorückstellungen bewirken, daß uns in den Statistiken die Werte anders entgegentreten, als sie sich auf dem Markt darstellen würden. Weder werden diese nicht erfaßten Vermögenszuwächse ermittelt, noch wenigstens als Schätzung periodisiert denjenigen zugerechnet, denen sie zufallen.

Würden wir diese — realisierten oder nicht realisierten — Zuwächse in die Einkommensverteilung mit einbeziehen, so müßten auch Herrn Krelles Daten korrigiert werden. Ich nehme vereinfachend an, daß nur das Einkommen der Selbständigen von diesen Zuwächsen tangiert wird. Dadurch würde das Bild, das uns Herr Krelle von der Einkommensverteilung zeichnet, für die Bezieher von Arbeitseinkommen nicht mehr so günstig aussehen.

Nun wird aber des weiteren niemand behaupten, daß die durch Erbschaft — unter Berücksichtigung der Zahl der Erben — oder die durch Heirat erworbenen Vermögen etwa durch "Preisphänomene" determiniert sind. Berücksichtigen wir dies, so erscheint uns auch heute noch

die These Stolzmanns und Tugan-Baranowskis, daß Lohn, Zins und Verteilung keine Preisphänomene sind, sondern allein durch die sozialen Machtverhältnisse bestimmt werden, unter einem anderen Licht. Ich würde nicht mit Herrn Krelle einiggehen, diese These uneingeschränkt als falsch zu bezeichnen.

(Beifall.)

Oskar Morgenstern (New York):

Ich bin froh, daß Lord Balogh ein Thema aufgebracht hat, zu dem ich auch sprechen wollte. Da kann ich mich also sehr kurz fassen. Es handelt sich um die Frage, wie gut die Daten sind, die hier und überhaupt in der Ökonomie in alle diese genauen Berechnungen eingehen. In Deutschland hat kein geringerer als Gauß vor der "maßlosen Schärfe im Zahlenrechnen" gewarnt. Das sind seine Worte; ich will die anderen Worte, die dazu gehören, nicht weiter erwähnen.

Kann man wirklich sagen, daß sich die Differenzen zwischen diesen Zeitreihen auf 1/10 % messen lassen? Wie gut sind die Angaben dafür? Soweit ich Daten kenne — ich habe mich ziemlich ausführlich und lange damit beschäftigt -, sind solche Messungen überhaupt unzulässig. Natürlich wird behauptet, wenn bei den Daten Fehlerquellen vorhanden seien, gingen die Fehler in dieselbe Richtung. Ich warte immer noch auf den Beweis, daß die Fehler tatsächlich in dieselbe Richtung gehen. Wenn das nämlich nicht der Fall ist, hat man die größten Schwierigkeiten. Kuznets hat gezeigt, daß in den amerikanischen Statistiken für das Nationaleinkommen drei Klassen vorhanden sind. Die kleinste davon hat einen Fehlersatz von 5 bis 10 %; die anderen gehen in noch viel größere Stufen. Natürlich spielt das keine Rolle bei dem, was tatsächlich vor sich geht. Die Leute beziehen sich auf diese Messungen und Beobachtungen überhaupt nicht. Man rechnet die Variation von einem Quartal zum anderen, und dabei werden die ursprünglich gegebenen Zahlen korrigiert. Ich kann Ihnen nachweisen, daß es oft zehn Jahre dauert, bis dann das Amt zu der letzten Zahl kommt. Die kann natürlich auch nicht fehlerfrei sein. Die Frage ist also, wie man die Fehler, die da sind, in die Rechnung einstellt. Das müßte wirklich eingeführt werden, das müßte sich durchsetzen.

Ich möchte mit einer kleinen Geschichte schließen, die tatsächlich wahr ist. Ein Freund von mir war vor einigen Jahren in Algier bei einer Zusammenkunft, wo auch der chinesische Ministerpräsident Tschou En-lai anwesend war. Ein Journalist ging auf Tschou En-lai zu und sagte: Bitte, Herr Premierminister, wie groß ist die Zahl der Einwohner von China heute? Die letzte Zahl, die wir hier haben, lautet 735 Millionen. — Daraufhin rief Tschou En-lai einen Mitarbeiter herbei

und sagte: Schreiben Sie das auf, wir wollten schon lange wissen, wieviel Menschen in China leben.

(Heiterkeit und Beifall.)

Winfried Vogt (Regensburg):

Ich bin sicher, daß ich nicht der einzige bin, der beim Referat und bei der Diskussion den Eindruck hatte, daß das Thema über große Strecken auch ohne den Begriff "Macht" ausgekommen wäre. Ich habe das Gefühl, daß Macht mehr bedeutet, als man einfangen kann, wenn man als Ausgangspunkt die Gleichgewichtstheorie wählt. Das kann ich im einzelnen nicht ausführen, aber ich möchte zwei Punkte nennen, die mir die Gleichgewichtstheorie als Ausgangspunkt für eine solche Diskussion ungeeignet erscheinen lassen.

Man sollte unter Umständen nicht, wie Herr Krelle das im Referat getan hat, Macht und Machteinflüsse trennen nach Daten und endogenen Variablen. In bezug auf Macht — so kommt es mir jedenfalls vor — bestehen zwischen den Daten und den endogenen Variablen solche funktionalen Interdependenzen, daß es analytisch nicht mehr hinreichend plausibel erscheint, warum man da einen Trennungsstrich ziehen soll.

Aber nehmen wir an, wir würden das tun und würden von bestimmten Daten ausgehen und fragen, wie sich Macht innerhalb dieser Daten äußert. Wenn ich Herrn Krelle recht verstanden habe, ist seine Vorstellung die, daß Macht deshalb zustande kommen könnte — im Prinzip jedenfalls —, weil die Gleichgewichtszustände nicht eindeutig sind. Es gibt also mehrere Gleichgewichtszustände, und welcher erreicht wird, könnte mit der Macht zusammenhängen. Das ist formal richtig, besagt aber inhaltlich sehr wenig, weil diese unterschiedlichen Gleichgewichtszustände auch aus allen möglichen anderen Gründen realisiert werden können, z.B. durch Zufall. Was bedeutet Macht auf diesem Hintergrund?

Ferner setzt dieser Ansatzpunkt voraus — was Herr Krelle mehrfach betont hat —, daß diese Gleichgewichtszustände doch wenigstens lokal stabil sind. Nun scheint aber doch die Stabilitätstheorie auf Grund der jüngeren Analysen vor allem im Anschluß an Arbeiten von Clower und Leijonhufvud zu zeigen, daß man im Gegenteil davon auszugehen hätte, daß die Gleichgewichtszustände, welche man feststellen kann, eigentlich unstabil sind. Wenn man Macht überhaupt in diesen inneren Bereich bei gegebenen Daten hereinbringen will, hätte sie hier viel eher einen Platz in einem Ungleichgewichtssystem, d. h. losgelöst von diesem Gleichgewicht.

Diskussionsleiter Bernhard Gahlen (Augsburg):

Damit ist die Liste der Diskussionsredner erschöpft. Ich darf nun Herrn Krelle um das Schlußwort bitten.

Wilhelm Krelle (Bonn):

Meine Damen und Herren, verzeihen Sie, wenn ich nicht auf alles eingehe, was hier gesagt worden ist. Aber wenn ich in einer einigermaßen akzeptablen Zeit fertig werden soll, ist das nicht möglich.

Frau Pollak, ich bin nicht sicher, daß ich alles das wirklich verstanden habe, was Sie vorgetragen haben. Daß das allgemeine Gleichgewichtssystem statisch ist, ist richtig. Wir werden aber immer sowohl mit statischen wie mit dynamischen Systemen arbeiten müssen.

Nun zu dem, was hier zu den "surrealistischen Zeichnungen" gesagt worden ist. Ich habe solche Zeichnungen bei mir zu Hause. Die graphische Analyse ist nicht von mir erfunden, sie wird auch von englischen Nationalökonomen verwendet. Ich habe diese vereinfachende Darstellung nur zur Illustration mehrdimensionaler Vorgänge verwendet. In Wirklichkeit handelt es sich um Vektoren.

(Lord Balogh: Prinzipiell unmeßbar!)

Ich würde das bestreiten. Sie sagen, das Kapital sei prinzipiell unmeßbar. Ich glaube, die ganze Diskussion über die Meßbarkeit des Kapitals brauchen wir hier nicht zu wiederholen.

Was die allgemeine Gleichgewichtstheorie angeht, so ist Kapital ein Vektor aus verschiedenen Gütermengen: aus Maschinen, Gebäuden, Geräten usw. Es ist vollkommen unbestreitbar, daß es das gibt und daß diese Größen meßbar sind; nur ist ihre Feststellung ein bißchen schwierig. Auf der anderen Seite hat man die Kapitalwerte; auch das ist unbestreitbar. Sie brauchen nur in die Statistik zu schauen um zu sehen, wie hoch das Bruttoanlagevermögen in der Bundesrepublik ist.

(Lord Balogh: Nicht in dem Sinne!)

— In dem Sinne ist Kapital meßbar!

Lord Balogh (Oxford):

Das können Sie nicht für diese Sachen verwenden, wie Sie wollen. Ihr makroökonomisches Bild mag schon ganz gut sein, da kann man approximieren. Aber bei dem Zusammenhang, den Sie zwischen der Gleichgewichtstheorie und einem gewissen politischen Fall geben, bei

dem dynamischen System, da kann man es nicht so anwenden. Das heißt, Sie können bei dem dynamischen System nicht solche Werte annehmen wie bei dem statischen System.

Wilhelm Krelle (Bonn):

Ich meine auch — wenn ich Sie richtig verstanden habe —, daß es bisher nicht gelungen ist, zwischen der Mikroökonomie und der Makroökonomie einen wirklichen Übergang zu finden. Das ist schwierig, vielleicht auch unmöglich. Wenn Sie das meinen, würde ich Ihnen zustimmen.

Ich habe für die praktische Anwendung immer nur die Makroökonomie im Auge. Da ist meines Erachtens das Problem der Meßbarkeit relativ unproblematisch.

Sie haben die großen ökonometrischen Modelle kritisiert. Jim Ball in London hat ein Modell mit etwa 180 Gleichungen für Großbritannien aufgestellt. Das funktioniert sehr gut. Er publiziert laufend die Prognosen für die Exporte und Importe für Großbritannien.

(Lord Balogh: Aber ganz furchtbar! Wir hatten die größten Schwierigkeiten! — Heiterkeit.)

— Ich werde ihm Ihre Meinung schreiben. Er wird sich vielleicht dann mit Ihnen auseinandersetzen. Er und andere Kollegen sind anderer Ansicht. Ich selber will da gar kein Urteil aussprechen, weil ich die Prognoseergebnisse persönlich nicht untersucht habe. Daß jeder Autor sein System schätzt, ist verständlich. Aber andere englische und amerikanische Nationalökonomen sind der Ansicht, daß dieses Modell zu sehr guten Ergebnissen führt.

Herr Oberhauser, Sie sprachen die volle Elastizität des Geldsystemes an. Wir haben Güter und Dienstleistungen unterschieden. Die erwähnten Ausgaben sind Ausgaben für Güter und Leistungen des Staates. Die Transferausgaben haben wir extra behandelt. Wir haben das in dem Anlagenband zum Referat nicht alles ausgedruckt, sonst wäre der Band viel zu umfangreich geworden. Der Multiplikator und die Elastizitäten sind berechnet. Ich habe die Werte nicht hier; sie werden in anderem Zusammenhang veröffentlicht. Die Größenordnungen sind meines Erachtens vollkommen in Ordnung.

Die Investitionsfunktion, die wir hier im Modell benutzen, macht die Bruttoanlageinvestition abhängig von den Nettogewinnen der Vorperiode, von der Kapazitätsausnutzung und von den Ausgaben des Staates in der Periode vorher. Sie hat statistisch gute Eigenschaften, funktioniert ganz vernünftig und läßt sich theoretisch ableiten.

Sie fragten dann, was sei, wenn kein Gleichgewicht bestehe. Ob tatsächlich Gleichgewicht im Sinne der allgemeinen Gleichgewichtstheorie besteht, ist meines Erachtens eine nicht beantwortbare Frage. Wir haben Beobachtungen, und diese Beobachtungen legen wir dem Prognosemodell zugrunde. Ob das Gleichgewichtszustände oder Nicht-Gleichgewichtszustände im Sinne der allgemeinen Gleichgewichtstheorie sind, weiß ich nicht. Das kann man so einfach nicht sagen. Wir haben kein statisches System. Das allgemeine Gleichgewichtssystem ist eine Abstraktion davon. Ich würde vermuten: Normalerweise handelt es sich nicht um Gleichgewichtszustände in diesem Sinn. Nur wenn man von den tatsächlichen Beobachtungen auf das idealisierte Modell zurückgeht, kann man die wirklichen Bewegungen als Tendenz zu einem Gleichgewicht, was nie wirklich erreicht wird, auffassen.

Herr Pfaff, ich sagte schon, die Transferzahlungen sind im System enthalten. Wir haben das Nettoeinkommen aus Transferzahlungen des Staates berücksichtigt, ich habe das nur nicht hier vorgetragen.

Dann sagten Sie, die soziale Wohlfahrtsfunktion sollte eingebaut werden. Rechentechnisch macht das keine Schwierigkeiten. Wenn Sie mir eine solche Funktion geben, baue ich sie gerne ein.

Daß das Pareto-Optimum ein Suboptimum sein soll, kann ich nicht verstehen. Die Wirtschaft besteht aus natürlichen Personen, aus niemand anders. Auch Institutionen bestehen aus natürlichen Personen. Diese natürlichen Personen haben eine Präferenzordnung. Wenn man niemand besserstellen kann, ohne mindestens einen anderen schlechter zu stellen, sind wir auf einem Pareto-Optimum. Wieso da irgend ein Zustand für alle besser sein sollte, kann ich nicht verstehen. Jedes soziale Optimum muß ein Pareto-Optimum sein.

(Martin Pfaff: Da nehmen Sie Unabhängigkeit der Nutzenfunktion an!)

— Die gegenseitige Abhängigkeit der Nutzenfunktion würde dann stören, wenn man den auf die Gegenwart diskontierten Gesamtnutzen für eine zukünftige Periode maximieren wollte. Ich meine aber, daß man auch dann noch ein Ergebnis erhalten könnte.

(Lord Balogh: Nutzen sind auch meßbar!)

— Ich sage ja: Wir haben in unserem System keine Nutzenfunktion darin. Wenn Herr Pfaff mir die richtige soziale Präferenzfunktion gibt, bin ich gern bereit, sie unter der Nebenbedingung der Geltung des Systems zu maximieren. Ich glaube aber nicht, daß er das machen kann. Wenn er sie mir aber nicht gibt, dann bin ich nicht bereit, irgendeine erfundene Nutzenfunktion einzusetzen. Dafür sind auch die Nutzenfunktionen nicht da. Sie dienen anderen Zwecken, als sie in ökonometrische Prognosesysteme einzusetzen.

16 Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 74

Dadurch, daß man Interdependenzen zwischen den individuellen Nutzen einführt, wird im Zusammenhang mit Prognosesystemen nichts Wesentliches verändert. Ich habe mich auch nicht selbst dadurch widerlegt, daß ich in anderem Zusammenhang ein statisches Nutzenkonzept dynamisiert habe. Das Prognosesystem wird von Periode zu Periode gelöst. In der nächsten Periode gibt es wieder eine andere Präferenzordnung für jedes Individuum. So kann man Periode für Periode vorgehen. In jeder Periode hat man dann eine sehr wohl bestimmte Präferenzordnung, nur ist sie jeweils nicht die gleiche. Das macht keine besonderen Schwierigkeiten.

Herr Dick, Sie haben den zu hohen Abstraktionsgrad kritisiert. Ich meine, daß auf Sie genau das zutrifft, was Schumpeter in seinem von mir zitierten Aufsatz gesagt hat: Sie wollen im vollen Leben wühlen. Dem steht ja nichts entgegen. Wühlen Sie, bringen Sie alles zusammen von der Unterdrückung über die Ausbeutung bis zur Repression. Mischen Sie es gut durcheinander, dann haben Sie etwas, was Ihnen vielleicht emotional Freude macht, was aber mit Theorie und Wissenschaft nichts mehr zu tun hat. Die Wissenschaft ist abstrakt. Anders kann man keine Wissenschaft treiben. Wenn Sie das Abstraktionsniveau als zu hoch empfinden, dann gehen Sie meinetwegen damit herunter. Gehen Sie von dem gesamten Sozialprodukt herunter zur Landwirtschaft, zum Kohlebergbau, zur Stahlindustrie usw. Wenn Ihnen auch das noch zu hoch ist, dann gehen Sie eben noch weiter. Aber irgendwann werden Sie Schluß machen müssen, wenn Sie nicht bei einem allgemeinen Gleichgewichtssystem landen wollen. Das wollen Sie wahrscheinlich auch nicht, weil Ihnen das auf der anderen Seite wieder zu abstrakt ist.

Sie fragten dann, was ich zum Grundbesitz für Vorschläge zu machen habe. Ich bin zu solchen Vorschlägen gern bereit, ich weiß aber nicht, ob ich Ihre Zeit dafür jetzt in Anspruch nehmen kann. Nur soviel möchte ich kurz sagen. Ich meine, daß man die Rechtsordnung bezüglich des Grund und Bodens in Ballungsgebieten sowie die Steuergesetze für den Grundbesitz ändern müßte. Es bestehen auf dem Grundstücksmarkt schwere Mißstände, besonders in Ballungsgebieten. Aber das ist ein Problem, mit dem ich mich hier nicht auseinanderzusetzen habe.

Die Einkommensunterschiede innerhalb des Lohnsektors sind in der Tat recht erheblich. Zwischen dem Einkommen eines Vorstandsvorsitzenden und dem eines Hilfsarbeiters gibt es einen Riesenunterschied. Das alles ist Arbeitseinkommen. Das führt dann zu Macht, ausgedrückt in der Lohnstruktur. Ich habe das in der schriftlichen Fassung meines Vortrages als Macht durch Verfügung über technisches und organisatorisches Wissen bezeichnet.

Herr Schulz, die niedrigen Einheitswerte bei der Vermögensbewertung sind ärgerlich. Es ist sicher schlecht, daß wir keine Statistik der Marktwerte von Grund und Boden haben.

(Fritz Neumark: Warum haben wir die nicht?)

— Das frage ich mich auch. Das Statistische Bundesamt müßte sie erheben. Dazu müßte ein Gesetz bestehen; das Statistische Bundesamt kann ja nicht ohne Gesetz tätig werden. Also muß man die politischen Parteien fragen, warum sie kein Gesetz machen, um diese Daten erheben zu lassen. Ich fordere das schon lange. Freunde von mir, die im Beirat des Statistischen Bundesamtes sind, fordern es ebenfalls. Eine solche Erhebung würde vielleicht 5 bis 6 Millionen DM kosten. Ganz billig ist das nicht, aber auch nicht sehr teuer. Aber die Politiker halten offensichtlich andere Dinge für notwendiger.

Doch in unserem Zusammenhang, Herr Schulz, geht der Schuß mit den niedrigen Einheitswerten nach hinten los. Bei höheren Bodenwerten bekommt man rechnerisch eine niedrigere Kapitalverzinsung. Das Besitzeinkommen liegt nämlich fest. Nur der Nenner, auf den man es bezieht, nämlich das Kapital, wird größer. Infolgedessen kommt man statt zu einer Verzinsung von 4 bis 6 % zu einer niedrigeren Zahl.

Herr Morgenstern, Sie fragten, wie gut die Daten seien. Nun, das ist auch eine Sache, wegen der ich mich wie viele andere Kollegen über die veröffentlichten Sozialproduktszahlen ärgere. Das Statistische Bundesamt gibt keine Fehlerberechnungen an. In der amtlichen Statistik fehlt die Fehlerspalte. Man verteilt die statistischen Fehler. Wie das genau gemacht wird und wie hoch sie absolut sind, ist ein Geheimnis.

Ich habe einmal in meinem Buch "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" eine input-output-Tabelle aufgenommen, die eine Fehlerspalte enthält. Ich kam dabei auf Fehler, die mit der Masse zwischen 1 und 10 % liegen. Ich glaube, daß das wohl so die Größenordnung ist. Die großen Aggregate kennt man natürlich prozentual sehr viel sicherer als die kleinen.

Für die Modelle, die wir bauen, werden sich aus den absoluten Fehlern keine wesentlichen Nachteile ergeben, wenn das Statistische Bundesamt und wir die Berechnungsmethode gleichhalten.

Zu sagen, daß die Zahlen insgesamt so schlecht seien, daß man damit überhaupt nichts machen könne, scheint mir übertrieben. Nach meiner Überzeugung haben wir in der Bundesrepublik so ziemlich die beste Preisstatistik, die es auf der ganzen Welt gibt. Die Amerikaner benutzen unsere deutsche Außenhandelspreisstatistik, weil sie besser ist als ihre eigene. Wir haben — dank der Besatzungsmächte — sehr gute Produktionstatistiken; sie sind im Hinblick auf die Genauigkeit ziemlich

einzigartig. Ich würde meinen, daß wir im internationalen Vergleich nicht schlecht dastehen und sehr viel mehr machen können als andere, die weniger oder ungenauere Statistiken haben.

Ich sehe, wenn man nicht überhaupt resignieren will, keine andere Möglichkeit, als die statistischen Daten laufend zu verbessern. Die Daten zu verbessern, kostet aber Geld. Die Politiker halten die Statistik manchmal für ein Hobby von ein paar Leuten, für das man nicht so viel Geld auszugeben braucht. So muß man politischen Einfluß ausüben, damit wir bessere Statistiken bekommen.

Ich habe aus Zeitgründen nicht alle Fragen beantworten können. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Bernhard Gahlen (Augsburg):

Ich danke Herrn Krelle für das Schlußwort und danke auch allen Diskussionsteilnehmern.

Damit darf ich die Veranstaltung dieses Diskussionskreises schließen.

Diskussion: Referat Hans Albert

Diskussionsleitung: Heidi Schelbert-Syfrig, Zürich

Diskussionsleiterin Heidi Schelbert-Syfrig (Zürich):

Ich möchte vorschlagen, daß wir uns, nachdem der erste Redner sein Votum vorgetragen hat, an gewisse Problemkreise halten, damit die Diskussion nicht ganz wild hin- und herspringt. Ich habe mir gestattet, vereinfacht vier Problemkreise herauszugreifen. Es ist aber auch möglich, daß Sie darüber hinausgehen.

Der erste Punkt im Referat von Herrn Albert betraf das Problem der Gesetzmäßigkeit in der ökonomischen Analyse, die Frage, ob es um normative oder nomologische Aussagen geht. Das wäre ein möglicher Diskussionspunkt.

Ein zweiter möglicher Diskussionspunkt könnte die Problematik des Methodenstreits und die Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie sein. Hier ließe sich auch die Frage der Quasigesetze und ihrer Relativierung anhängen.

Ein dritter Punkt könnte die "gemäßigte Breitseite" auf die Konsumtheorie sein, die unter dem Stichwort "methodologischer Individualismus und das Verhältnis von Nationalökonomie und Soziologie" vorgebracht wurde.

Die Anwendung der Ökonomie auf andere Gebiete ist im Referat sehr kurz besprochen worden, so daß es sich wahrscheinlich weniger lohnen wird, darüber zu sprechen. Hingegen ließe sich als vierten Problemkreis noch die Frage behandeln, inwieweit der Machtbegriff bereits im ökonomischen Instrumentarium steckt. Herr Albert hat in diesem Zusammenhang auf die Knappheit und auf die Transformation hingewiesen.

Ich würde vorschlagen, daß Sie sich in etwa an diese Problemkreise halten, möchte aber zunächst Herrn Meißner, als erstem Diskussionsredner, das Wort geben.

Werner Meißner (Frankfurt):

Wer von Hans Albert heute vormittag eine eindrucksvolle Darlegung seines wichtigen und umfassenden Themas erwartet hatte, ist nicht enttäuscht worden. Es war eine eindrucksvolle Manifestation der Schwierigkeiten, in der sich das Erkenntnisprogramm des kritischen Rationalismus in seiner Anwendung auf die Wirtschaftswissenschaft befindet. Das war einmal anders. Viele von uns erinnern sich noch an den Elan, mit dem gerade dieser methodologische Ansatz die reine Ökonomie vom Sockel stürzte, den Modellplatonismus entzauberte und zur Konstruktion von Theorien aufrief, die sowohl empirisch gehaltvoll als auch von möglichst genereller Gültigkeit zu sein hätten — Ausgangspunkt für die Lösung des sogenannten Überbrückungsproblems zwischen Theorie und Politik nach der linearen Kurzformel: Theorie / Prognose / Programm; oder, wie Albert es einmal gesagt hat: Nichts ist praktischer als eine gute Theorie. Nicht nur die Logik, sondern auch die Realität als Prüfinstanz. Die Geschichte blieb suspendiert.

Es ist gut, daß Albert bei der Diskussion über das Verhältnis von Theorie und Geschichte auf den Methodenstreit Menger - Schmoller zurückgreift. Es ist ja hier, wo die verschiedenen Auffassungen über die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaft voll aufeinander treffen. Einerseits werden Wirtschaftsgesetze als induktiv gewonnene Regelmäßigkeiten angesehen, ohne daß ihnen Notwendigkeit zugeschrieben wird; andererseits wird Gesetzmäßigkeit als eine abstrakt begriffliche Relation gefaßt, unter die die Realitätserscheinungen subsumiert werden können — ein rein logisches Problem der Subsumtion des Individuellen unter einen allgemeinen Begriff.

Das Bemerkenswerte nun an Alberts Darlegung scheint mir zu sein, daß er, zumindest für die hier unternommene Analyse, anregt, den Lösungsvorschlag Max Webers, nämlich den Gedanken der Naturgesetzlichkeit der wirtschaftlichen Erscheinungen, in das Problem der Rationalität des wirtschaftlichen Handelns umzudeuten — Albert nannte es: nicht Gesetze des Wirtschaftslebens, sondern Gesetze der Wirtschaftlichkeit zu etablieren —, zu ersetzen durch die Deutung ökonomischer Aussagen als Idealisierungen im theoretischen Sinne. Eine derartige ideologiekritische Askese muß auffallen bei einem Denker, der seit fast zwanzig Jahren — Alberts Habilitationsschrift erschien 1954 — in so hervorragender Weise zur entsprechenden Sensibilisierung der Wirtschaftswissenschaftler beigetragen hat und der Ideologiekritik längst nicht mehr als bloßes Sprachreinigungsunternehmen auffaßt. Woran liegt das?

Ich behaupte, es liegt am mangelnden Erfolg des ursprünglich konzipierten Wissenschaftsprogramms, am Auseinanderfallen von hohem Anspruch und mäßigem Ergebnis einer ökonomischen Forschungsrichtung, welche die Modelle von Walras bis Solow als empirisch leer abtun mußte und doch gezwungen war, damit zu arbeiten, wollte sie nicht der Aufforderung Folge leisten, durch die Anlage von Kleingruppenexperimenten empirisch gehaltvolle Mikroelemente für das große Puzzlespiel "Konstruktion einer ökonomischen Theorie" zu gewinnen. Dies hat sich nicht als sonderlich attraktiv erwiesen. Die Forderung des methodologischen Individualismus nach (womöglich experimenteller) Klärung des Verhältnisses von Ökonomie und Psychologie scheint hingegen immer noch so gewichtig zu sein, daß Albert, seine Ausführungen abschließend, es nicht für aussichtslos hält, "mit den Mitteln dieser (das ist: der ökonomischen) Denktradition auch diese Problematik (das ist die Problematik sozialer Prozesse) in Angriff zu nehmen, wenn man sich nicht scheut, ihre grundlegenden Verhaltensannahmen einer Revision zu unterziehen, die ihre Interpretation im Sinne einer Logik der Wahl unmöglich macht".

Ich frage, liegt es nur an dem schmeichelhaften Flirt einiger Nachbardisziplinen mit Modellansätzen aus der Ökonomie, die der methodologische Hammer schon längst zertrümmert hatte - Albert nennt es jetzt: der ökonomische Ansatz als soziologisches Paradigma —? Liegt es daran, daß in unserer Wissenschaft die Bereitschaft wieder zunimmt zugegeben nach einigen behaviouristischen Korrekturen -, den sogenannten ökonomischen Ansatz, etwa das Modell der vollkommenen Konkurrenz, zu reaktivieren? Oder hat es damit zu tun, daß die an Knappheitsprinzip und Tauschprozeß orientierte bürgerliche Ökonomie wegen der Herausforderung durch eine eher von der gesellschaftlichen Organisation des Produktionsprozesses her argumentierende politische Ökonomie neuerliche Ermunterung erhält? Daß gerade hier die Möglichkeit nahe liegt, gegebene Grundlagen einer bestimmten Wirtschaftsorganisation als dem Begriff der Wirtschaft wesenhaft zu hypostasieren, dürfte man kaum bestreiten können, besonders dann nicht, wenn die ideologiekritische Kontrolle vorübergehend stillgelegt wird.

Ich bin nicht sicher, ob die hier vorgeschlagene Strategie des theoretischen Fortschritts für die Analyse sozialökonomischer Tatbestände vielversprechend ist. Ich will mich daher den Passagen des Albertschen Referats zuwenden, die ich für die interessantesten halte: seine Ausführungen über die Problematik der Quasigesetze.

Bereits 1957 ist dieser Ausdruck gefallen. Seitdem ist, wenn ich es richtig sehe, die methodologische Arbeit auf diesem Gebiet nicht so recht vorangekommen. Das wiegt um so schwerer, weil sich die wirtschaftswissenschaftliche Forschungsfront gerade in dieser Richtung nach vorne geschoben hat. Die Ökonomen, die heute mit Verfahren der Ökonometrie oder der Simulation arbeiten, erhalten wenig klärende Unterstützung von den professionellen Methodologen. Unter dem großen Schirmdach der Formel "Quasigesetze" waren sie vielmehr gezwungen, eine eigenproduzierte methodologische Basis unterzulegen. Da ist allenfalls noch der Vorschlag, zwischen historischer und struktureller Relativierung zu unterscheiden. Ich sehe da Schwierigkeiten. Was tut die

Ökonometrie? Relativiert sie raum-zeitlich oder strukturell? Was ist, wenn wir über Gesetzmäßigkeiten bestimmter Gesellschaftsformationen sprechen? Solche Gesellschaftsformationen sind zwar strukturell definiert, aber historisch wandelbar.

Mir scheint, daß die Formel von den Quasigesetzen, die entstanden ist, weil die bürgerliche Ökonomie mit dem methodologischen Ansatzpunkt der Aufstellung von Gesetzmäßigkeiten mit Allgemeinheitscharakter überfordert wurde, sich nun auch dem Tatbestand der Historizität sozialer Gesetze nicht mehr verweigern kann. Sicher, Marx spricht von Naturgesetzen; aber er spricht von den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion, und er versucht, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen — das ist: der kapitalistischen — Gesellschaft zu enthüllen. Der Marxist wird nichts dagegen einwenden, wenn die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion als Quasigesetze bezeichnet werden, historisch oder strukturell relativiert. Quasigesetze also für eine bestimmte Gesellschaftsformation, deren Entstehen und Vergehen durch den Rekurs auf allgemeine Gesetze des historischen Materialismus, etwa auf das Gesetz der Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, erklärt werden müssen.

Für einen solchen marxistischen und, wie ich anzudeuten versuchte, auch methodologisch sanktionierten Ansatz ist die Frage "Macht oder ökonomisches Gesetz" oder kürzer "Macht oder Markt" nicht von zentraler Bedeutung. Selbst unter den Bedingungen eines vollkommenen Marktes, der vollkommenen Konkurrenz also, hat Marx in den ersten Kapiteln des "Kapitals" das Wirken des Ausbeutungsmechanismus, d. h. die Existenz von Macht, theoretisch nachgewiesen. Das war allerdings nur möglich, weil sich seine ökonomische Analyse nicht beschränkte auf die Untersuchung von Tauschverhältnissen, sondern Zirkulations- und Produktionssphäre verknüpfte und auf den historischen und klassendefinierenden Charakter der Produktionsverhältnisse hinwies. Statt der Frage "Macht oder Markt" rückt dann der Gegensatz von Kapital und Arbeit in den Mittelpunkt. Dann muß es heißen: "das ökonomische Gesetz als Macht des Kapitals".

Hans Albert hat, so meine ich, mit seinem Referat einen weiteren bedeutenden Beitrag für eine offenere wissenschaftstheoretische Diskussion der ökonomischen Quasigesetze des Kapitalismus geleistet.

(Beifall.)

Lothar F. Neumann (Köln):

Wer das Schrifttum von Hans Albert in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, der wird heute — Herr Wittmann deutete das schon an — etwas überrascht gewesen sein. Ich würde sagen, Herr Albert, Sie haben eine Wendung von 100 Grad — also nicht von 100 % — gemacht. Ich erinnere mich, daß Ihre Kritik der Neoklassik eigentlich darin gipfelte — möglicherweise habe ich Sie mißverstanden —, daß das neoklassische Erkenntnisprogramm wie überhaupt die neoklassische Methodologie und damit die klassische Nationalökonomie gescheitert sei. Heute habe ich Ihren Worten entnommen, daß so etwas möglich ist wie eine — so hat es Stegmüller einmal formuliert — rationale Nachkonstruktion. Ich glaube, das wäre schon ein Problemkreis, der uns beschäftigen könnte: Ist eine rationale Nachkonstruktion der klassischen Nationalökonomie möglich oder nicht? In der heutigen Vortragsveranstaltung ebenso wie in der gestrigen äußerte sich meiner Ansicht nach der allgemeine Ideologieverdacht einer rationalen Nachkonstruktion der klassischen oder neoklassischen Nationalökonomie, weil diese — zufällig oder nicht — irgendwie mit dem Neoliberalismus zusammenzugehen scheint. Das ist eine Vermutung, über die man diskutieren müßte.

Andererseits möchte ich daran erinnern, daß die Linie, die Sie heute methodologisch in der Würdigung und Beurteilung der klassischen und neoklassischen Nationalökonomie gezogen haben, fast die Linie ist, die Hans Peter in seinem Werk in den 50er Jahren verfolgt hat. Hans Peter hat ja auch — mindestens implizite, wohl nicht explizite — die ceteris-paribus-Formel kritisiert, und dies ist eine Kritik, die Sie natürlich heute aufrechterhalten.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen will ich mich jetzt in etwa an die Reihenfolge der hier skizzierten Problemkreise halten.

Das Problem der Gesetzmäßigkeit: normative Aussagen — nomologische Hypothesen: Mir scheint tatsächlich — wenn Albert das auch scharf zu trennen versteht — im Gebäude der klassischen Nationalökonomie das unbewußte normative Element zu überwiegen, weshalb ich auch hier der klassischen Nationalökonomie und ebenso der Neoklassik nach wie vor sehr ideologiekritisch gegenübertrete.

Der Methodenstreit: Ich glaube, in der Beurteilung des Methodenstreits zwischen Schmoller und Menger oder auch des Streits mit Stolzmann kann man verschiedener Meinung sein. Wir haben ja gerade in jüngster Zeit eine sehr interessante Diskussion dazu bekommen. Ich neige — allerdings Revision bei näherer Lektüre vorbehalten — eigentlich dazu, in Menger einen frühen Modellplatonisten par excellence zu erblicken. Ich finde bei der historischen Schule — bei Schmoller etwa —, wenn man an sie im Sinne einer rationalen Nachkonstruktion herangeht, außerordentlich viel empirisch wertvolle Hinweise, bei Stolzmann ohnehin.

Zur Konsumtheorie habe ich eigentlich nichts Näheres auszuführen. Ich glaube, da ist eine Verbindung zur Soziologie und Sozialpsychologie nötig. Ob das allerdings befruchtend auf die Neoklassik wirkt, müßte freilich abgewartet werden.

Zum vierten Punkt, der Anwendung der ökonomischen Theorie auf andere Gebiete: Wenn die klassische Nationalökonomie diese methodologischen Schwierigkeiten hat, dann sollte man meines Erachtens sehr vorsichtig sein mit der Anwendung auf andere Gebiete. Aber was mich heute wiederum außerordentlich überrascht hat — auch bei anderen Referenten —, das ist die Behauptung, daß der Machtbegriff in der Nationalökonomie irgendwie impliziert sein könne. Das wird er wohl sein; wenn man eine sehr subtile Analyse vornimmt, dann wird man wohl auch in der klassischen Nationalökonomie irgendwo auf Machtphänomene stoßen. Jedoch scheint mir hier — bei aller gebotenen Kritik an der marxistischen Methodologie - der Marxismus der klassischen Nationalökonomie überlegen zu sein. Denn Marx hat uns doch zumindest in seiner Zeitanalyse den Blick für das Machtphänomen geschärft. Ich stimme völlig mit der Ansicht überein, daß mit dem Sprachsymbol "Macht" noch nichts oder, vorsichtiger ausgedrückt, zu wenig erklärt ist. Das, was etwa Stolzmann mit seinen Erklärungen unternahm, waren Erklärungsskizzen. Das Instrumentarium der Sozialpsychologie und der Soziologie war damals auch noch nicht so weit, daß man eine sehr differenzierte Machtanalyse hätte vornehmen können. Wenn man behauptet, daß in der ökonomischen Theorie das Machtphänomen voll berücksichtigt sei, dann kommt es zu so absurden Konsequenzen wie der, die ich z.B. im Referat von Herrn Mestmäcker entdeckt habe; das geht so weit, daß eine politische Kontrolle über wirtschaftliche Macht ad absurdum geführt werden soll. Wer hier einigermaßen marxistischen Scharfblick hat — und ich bin nun in der Gesellschaftsanalyse und von der Methodologie her wirklich nicht Marxist ---, der kann über diese Verstiegenheiten nur lächeln. Das, Herr Albert, sind die Konsequenzen der Restauration der Methodologie der klassischen Nationalökonomie. Darüber sollten wir uns immer klar sein.

(Beifall.)

Diskussionsleiterin Heidi Schelbert-Syfrig (Zürich):

Herr Albert hat den Wunsch, auf diese beiden Voten sofort zu antworten. Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung.)

Hans Albert (Mannheim):

Daß ich meine Auffassung teilweise gewandelt habe, ist klar. Die Frage ist, worauf das zurückzuführen ist. Nun, das ist darauf zurückzu-

führen, daß es eine interne wissenschaftstheoretische Entwicklung gibt, die gezeigt hat, daß manche Thesen, die ich früher aufgestellt habe, nicht haltbar sind, und zwar nicht etwa speziell für die Ökonomie, sondern z. B. nicht einmal für die Physik. Ich bin immer noch der Ansicht, daß man gehaltvolle Theorien haben sollte, aber ich bin jetzt vorsichtiger darin, zu behaupten, daß eine Theorie, die sehr abstrakt ist, unüberprüfbar und deshalb gehaltlos sei, nur weil es noch nicht gelungen ist, die Verbindung zu bestimmten Beobachtungssituationen herzustellen. Wenn sich z. B. Galilei auf diesen Standpunkt gestellt hätte, dann hätte er nie Astronomie betreiben können, denn ihm fehlte die optische Theorie für die Funktion seiner Instrumente. Das heißt, die Verbindung einer abstrakten Theorie mit konkreten Prüfungssituationen ist immer ein schweres Problem, auch in der Physik, und sie ist in der Nationalökonomie bestimmt nicht leichter. Ich würde z.B. gewisse Fassungen des Nachfragegesetzes nicht mehr einfach deshalb leer nennen, weil es schwierig ist, Änderungen von Bedürfnisstrukturen festzustellen. Früher neigte ich dazu, sie tautologisch zu nennen. Das ist gänzlich falsch gewesen, weil eine tautologische Aussage aus logischen Gründen richtig, also beweisbar sein muß. Gewisse Formulierungen des Nachfragegesetzes, z.B. bei Weintraub, sind tautologisch; da kann man zeigen, daß der Dann-Satz aus dem Wenn-Satz folgt. Das halte ich aufrecht. Gewisse andere Formulierungen sind einfach nur schwer testbar, weil z. B. die Konstanz der Bedürfnisstrukturen vorausgesetzt wird. Aber eine schwer testbare Theorie kann trotzdem informativ und heuristisch interessant sein. Und da wir wissen, daß es selbst im naturwissenschaftlichen Bereich derartige Theorien gibt, die letzten Endes doch mit Erfolg angewendet werden, ist es falsch, Theorien der Nationalökonomie schärfer zu beurteilen als solche der Physik. Das heißt, gewisse wirtschaftstheoretische Entwicklungen, die dazu geführt haben, diese Probleme anders zu beurteilen, haben mich veranlaßt, "milder" zu sein, wie heute gesagt wurde. Das beruht also keineswegs darauf, daß ich etwa glaubte, man müßte die Neoklassik retten, weil sie mit dem Liberalismus verbunden sei. Das hat gar nichts damit zu tun. Was das mit dem kritischen Rationalismus speziell zu tun haben soll, weiß ich überhaupt nicht.

Quasigesetze: Herr Meißner, ich habe das Gefühl, Sie erkennen sie irgendwie an und glauben, daß sie im Marxismus gewissermaßen drinstecken.

(Zuruf.)

— Sie erkennen jedenfalls an, daß es so etwas geben kann, und meine Behandlungsweise erkennen Sie wohl teilweise auch an. Ich hatte ja zu zeigen versucht, daß das mit gewissen marxistischen Anschauungen vereinbar ist: mit Marx selbst, mit Bucharin, mit Lange. Ich könnte in diesem Zusammenhang auch Lenin nennen; sein Buch "Materialismus und Empiriokritizismus" ist ja ein sehr realistisches Werk, das die Idee einer Approximation an die Wahrheit enthält, ebenso wie das bei Popper der Fall ist.

Ich weiß nicht, ob Sie methodologische Schwierigkeiten in dieser Frage haben, ob Sie meinen, daß der Marxist gewissermaßen Quasigesetze nicht anerkennen könne oder sie anders behandeln müsse.

Werner Meißner (Frankfurt):

Herr Albert, Ihre Behandlung der Quasigesetze ist für mich aus folgendem Grund interessant. Die Auseinandersetzung des kritischen Rationalismus mit dem Marxismus ist von den Rationalisten in erster Linie auf methodologischem Feld geführt worden. Wie könnte es anders sein! Sie sagten eben, Sie sind milder geworden.

Hans Albert (Mannheim):

Das sagten andere über mich!

Werner Meißner (Frankfurt):

Ich akzeptiere das. Sie sind deswegen milder geworden, weil sich die methodologische — wenn Sie so wollen — Arroganz bei der praktischen Arbeit etwas abgeschliffen hat, ganz besonders in der Nationalökonomie. Ich erwähnte die Beispiele der Ökonometrie und der Simulation, wo uns die Methodologen allein gelassen haben. Milder geworden bedeutet dann aber auch, daß Sie die scharfen Angriffe gegen das methodologische Vorgehen der Marxisten heute morgen zu den Akten gelegt haben. Das war zumindest mein Eindruck, und mit diesem Eindruck wollte ich Sie hier konfrontieren.

Hans Albert (Mannheim):

Ich habe ja die Marxisten früher methodologisch überhaupt nicht angegriffen, weil ich sie gar nicht beachtet hatte.

(Heiterkeit.)

Natürlich habe ich auch vorher schon Marxisten gelesen. Aber nun, nachdem die Marxisten gewissermaßen eigentlich erst aufgetaucht sind, habe ich mal bei gewissen Vertretern des Marxismus, die ich für lesbar halte, näher nachgesehen, nämlich einmal bei Marx selber — der ja immer lesbar ist — sowie bei Bucharin und Lange, die auch sehr klar sind, um festzustellen, was sie eigentlich methodologisch sagen.

(Zuruf: Aber Lange war Neoklassiker!)

— Ja, aber er nennt sich dann einen Marxisten. Ich würde sagen, das war eigentlich der beste Marxist.

(Heiterkeit.)

Dort habe ich also festgestellt, daß diese Herren in bezug auf Gesetzmäßigkeiten großenteils eine Konzeption vertreten, die weitgehend identisch ist mit derjenigen, die andere auch vertreten, d. h., daß ihre Konzeption insoweit gar nicht spezifisch marxistisch ist. Wenn sie sagen, die Gesetze seien historisch, dann meinen sie, daß bestimmte Bedingungen für die Anwendung der Gesetze nur in gewissen Epochen realisiert sind. So etwas gilt natürlich immer. Ich hatte ja schon auf die Genetik hingewiesen: In einem Bereich, wo es keine Lebewesen gibt, kann man die Genetik nicht anwenden. So einfach ist das! Wenn Sie genau lesen, was jene Autoren schreiben, dann finden Sie, daß das dort zum Ausdruck kommt. Nur das Wort "historisch" führt manche oberflächlichen Leser in die Irre. Wenn Sie genau lesen, finden Sie die Aussage, daß die Anwendung der Gesetze nicht möglich sei, wenn die Bedingungen nicht realisiert sind. Tatsächlich glauben sie an die Allgemeinheit solcher Gesetze, nur nennen sie sie historisch. Dieser verbale Unterschied führt zu Verwirrung, weil Marx und seine Anhänger weder von Marxisten noch von anderen genau gelesen werden.

In einem Punkt allerdings glaubte ich auch Lange angreifen zu müssen, nämlich insoweit, als er sich gewissermaßen auf eine strukturelle Relativierung von Gesetzen beschränkt. Sie werden dann im normalen Sinne verallgemeinert, aber er bestreitet geradezu, daß es tiefergehende Theorien geben könnte, die selbst diese Gesetze noch erklären, Theorien, die sich auf verschiedene Sozialsysteme beziehen. Dafür gibt es überhaupt kein Argument, bei keinem Marxisten! Das wird hingestellt und soll einfach akzeptiert werden. Das sehe ich nicht ein, und darum habe ich es angegriffen. Im übrigen gibt es bei Lange einen Passus, der implizite zeigt, daß er das gar nicht will. Das heißt, er gibt implizite in seiner Theorie zu — entgegen seiner wissenschaftstheoretischen Auffassung —, daß man so etwas machen könne. Seine inhaltlichen Ausführungen gehen also über seine etwas beschränkten wissenschaftstheoretischen Darlegungen hinaus.

Mit Ökonometrie habe ich mich in der Tat wenig befaßt, das stimmt. Sie sagen, ich hätte Sie dort allein gelassen. Da war ich ja nie dabei!

(Große Heiterkeit.)

Der Mensch kann sich nicht um alles kümmern. Sie meinten wohl auch nicht speziell mich, sondern möglicherweise etwa Herrn Kade, der damals auf meiner Seite war.

(Heiterkeit und Beifall.)

Wahrscheinlich meinten Sie die Methodologen insgesamt. Das sind ja nun ganz verschiedene Leute. Die treiben sich mal auf diesem Gebiet, mal auf jenem herum, und keiner ist mit dem anderen identisch. Das ist fast ein Satz der Logik.

Zum Methodenstreit Menger - Schmoller: Darüber habe ich früher aus einer etwas oberflächlichen Kenntnis der beiden Autoren geurteilt. Dann habe ich mir das alles einmal genau durchgelesen, die gesammelten Werke von Menger und einiges von Schmoller, und dabei ist mir aufgefallen, daß Schmoller gewissermaßen ein Kuddelmuddel von methodologischen Aussagen macht. Da kommt alles irgendwie mal vor -Deduktion, Induktion, Statistik, Geschichte —, aber kein einziger systematischer Gedanke. Ich bestreite nicht die Qualitäten von Schmoller das wäre vermessen -, aber auf diesem Gebiet war er eben schwach. Bei Menger habe ich ebenfalls an gewissen Stellen Bedenken; es ist nicht so, daß ich da alles unterschreiben würde. Aber Menger hat doch den Wert abstrakter theoretischer Arbeit besser einschätzen können. Er hat gewisse Passagen geschrieben, die man als sehr fragwürdig ansehen kann, aber in dem einen Punkt — Primat des theoretischen Denkens ist er meines Erachtens Schmoller überlegen. Er macht die Unterscheidung zwischen exakter und empirisch-realistischer Theorie, und diese Unterscheidung entspricht irgendwie verschiedenen Forschungsinteressen. Man vergleiche etwa das, was Schwab und Engel statistisch untersucht haben, mit einer Theorie, wie sie z.B. von Hicks entwickelt worden ist. Das ist ein Unterschied, den man ungefähr schon so bezeichnen kann, wie Menger das getan hat. Nur machte Menger daraus eine grundsätzliche Unterscheidung, so daß das nicht zusammenkommen kann, und er neigte dabei dazu, die exakte Forschungsrichtung zumindest an manchen Stellen gewissermaßen apriorisch zu interpretieren. Das würde ich durchaus als Modellplatonismus angreifen. Aber insoweit ist Menger Gott sei Dank nicht konsistent. Konsistent ist in dem Punkt Ludwig von Mises; er ist strikter Apriorist, und ihn kann man deshalb in diesem Punkt auch angreifen.

Ich würde das Wort "Modellplatonismus" heute nicht mehr so freigiebig verwenden wie früher. Aber das beruht nicht darauf, daß ich andere politische Anschauungen hätte oder daß ich mich irgendwie gegen den Marxismus verteidigen wollte, sondern es bedeutet nur die Einsicht, daß ich dieses Wort eben früher etwas zu unbedenklich verwendet habe. Wenn man das nämlich so verwendet, ist schließlich Newton auch ein Modellplatonist. Da sieht man dann, daß eine solche Interpretation absurd ist.

Zur Anwendung des ökonomischen Ansatzes auf andere Gebiete: Man muß hier vergleichend vorgehen. Man muß sich die übrige Soziologie und Politologie einmal richtig ansehen und dann vergleichen, was

Downs, Olson, Homans usw. getan haben. Nur bei vergleichender Betrachtung kommt man darauf, daß bei den einen entweder Ad-hoc-Theorien oder gänzlich atheoretisches Vorgehen vorliegt oder aber wie bei Parsons - immense Begriffssysteme scholastischer Natur aufgebaut werden, in denen überhaupt keine inhaltlichen Thesen mehr zu finden sind. Aber Parsons würden Sie ja auch nicht vertreten. Die Frage ist, mit wem Sie Downs vergleichen. Downs hat praktisch die Schumpetersche Demokratie-Theorie etwas ausgearbeitet und interessante Konsequenzen daraus gezogen. Meines Erachtens erklärt dieses System von Downs einiges, das bisher nicht erklärt wurde. Wenn man sonst in der Politologie nachsieht, findet man fast überhaupt keine Theorien. Das Wort Theorie kommt vielleicht hin und wieder vor, aber ein System von Aussagen, das konsequent auf bestimmte idealtypische Konstellationen - darum handelt es sich zugegebenermaßen - angewendet wird, findet man nicht. Natürlich, die Demokratie-Theorie von Downs ist keine historisch-realistische Theorie, die das Funktionieren einer ganz bestimmten Demokratie, z.B. Englands, erklärte. Ich habe meinen Vortrag aus Zeitgründen in diesem Punkt etwas gekürzt; im Manuskript steht etwas über idealtypische Erklärungsskizzen. Ich bin überzeugt, man kann dieses System so deuten, daß er die normalen Verhaltensannahmen der ökonomischen Theorie, die zugegebenermaßen abstrakt sind, auf eine idealtypische Konstellation angewandt hat, die in etwa die typische Verfassung moderner Demokratien nachzeichnet.

Diskussionsleiterin Frau Heidi Schelbert-Syfrig (Zürich):

Ich muß Sie bitten, sich etwas kürzer zu halten.

Hans Albert (Mannheim):

Das ist gut. Dann mache ich jetzt Schluß.

(Heiterkeit.)

Manfred Teschner (Berlin):

Herr Albert, ich glaube, Sie machen es sich ein bißchen zu einfach, wenn Sie die marxistischen Vorwürfe, die von Herrn Meißner kommen, kritisieren und sagen: Die Marxisten haben ja auch den Gesetzesbegriff verwendet, den wir verwenden, was ist denn da für ein Unterschied?! Sie bringen dazu Marx-Zitate. Marx ist ja nun sehr vielfältig, es gibt den frühen Marx, den späten Marx, und es gibt darüber hinaus Neomarxisten. In Marx steckt also ein bißchen mehr drin. Sie haben heute in ihrem Vortrag schon darauf hingewiesen — die Marxsche Dialektik ist etwas anderes als die Hegelsche.

Ich habe in Ihrem Vortrag etwas vermißt: Sie sind überhaupt nicht auf Konflikte eingegangen. Sie haben diese Frage doch in der Literatur sehr ausführlich behandelt, und ich habe darauf gewartet, was Sie jetzt dazu sagen. Denn das Thema "Macht und ökonomisches Gesetz" — —

Hans Albert (Mannheim):

Ich habe hier ja nicht das Thema "Macht und Gesetz" behandelt, sondern ich habe mich mit dem Gesetzesbegriff auseinandergesetzt. Das andere Problem ist mir durchaus auch aufgestoßen.

Manfred Teschner (Berlin):

Es liegt aber doch hier sehr nahe dabei. Sie haben ja auch über Macht gesprochen, und zwar haben Sie den Machtbegriff abqualifiziert, indem Sie in etwa gesagt haben: Das ist ein schwammiger Begriff; was kann man denn damit erklären? Wir haben die Definition des Machtbegriffs von Max Weber gehört, eine Definition, die sehr scharf und sauber ist, genauso sauber wie der Gesetzesbegriff. Dazu hätte also etwas gesagt werden müssen.

Wenn man Konflikte mit in die Betrachtung einbezieht, dann stellt sich doch unmittelbar die Frage, wie sich denn Konflikte entscheiden. Entscheiden sie sich etwa, weil es "ökonomische Naturgesetze" gibt, oder entscheiden sie sich, weil die einzelnen handelnden Subjekte Strategien verfolgen, mit denen sie an ihr Ziel kommen wollen, mit denen sie Machtpositionen erwerben und diese Machtpositionen institutionell absichern? Das fehlt alles bei Ihnen! Sie können doch nicht den Machtbegriff einfach abservieren und dieses wichtige Problem beiseite schieben!

Hans Albert (Mannheim):

Was Sie soeben inhaltlich gesagt haben, würde ich durchaus unterschreiben. Es gibt Konflikte, die einzelnen Subjekte haben Strategien usw. Trotzdem glaube ich, daß man Gesetzmäßigkeiten bezüglich der Wahl von Strategien bei Konflikten finden kann. Ob Sie das Naturgesetze nennen oder anders, ist irrelevant.

Manfred Teschner (Berlin):

Aber da gibt es doch nicht ganz eindeutige Gesetze! Das menschliche Hirn ist ja entwicklungsfähig und kann sich eine neue Strategie ausdenken, wie man andere übertölpeln und daraus Vorteile ziehen kann. Das ist doch grundsätzlich offen! Auch bei Popper erscheint das Wort "offene Gesellschaft". Das sind doch nicht streng determinierende Gesetze, die den Ablauf exakt festlegen, da gibt es doch Freiheiten!

Hans Albert (Mannheim):

Das Hirn entwickelt sich, und da braucht man Entwicklungsgesetze. Daß sich etwas entwickelt, bedeutet doch nicht, daß die betreffenden Vorgänge gesetzlos sind! Das glaubt selbst Marx nicht.

Manfred Teschner (Berlin):

Da gibt es doch jene Stelle bei Popper: Wie hat sich denn das Gehirn bei Bach entwickelt, als er die Matthäuspassion geschrieben hat?

(Heiterkeit.)

Hans Albert (Mannheim):

Ein solches Gesetz suche ich nicht, also ein Gesetz, das zwischen Gehirnstrukturen und Matthäuspassion einen Zusammenhang herstellt.

Peter Bernholz (Basel):

Man kann natürlich Strategien sehr wohl mit Gesetzmäßigkeiten beschreiben. Aber wenn sich die Strategien entwickeln, taucht das Problem auf, das bereits Popper skizziert hat. Da wir nicht voraussagen können, was Menschen alles in der Zukunft erfinden, können wir nicht die ganze Zukunft voraussehen. Das hat Popper ja gegenüber dem Historismus vorgebracht. Ich glaube, insoweit ist der Einwand durchaus berechtigt.

Hans Albert (Mannheim):

Daß man die Zukunft der Geschichte eindeutig determinieren kann, glaube ich auch nicht. Das verbindet uns gewissermaßen.

Manfred Teschner (Berlin):

Ich meine, das müßten Sie können, wenn Sie strenge Gesetze behaupten.

Hans Albert (Mannheim):

Aber nein! Denken Sie an die Meteorologie: Da können Sie sämtliche Gesetze kennen, und trotzdem können Sie keine sichere Vorhersage treffen, weil die Datenkonstellation sich zu schnell wandelt und weil Sie diese Änderung nicht schnell genug erfassen können.

17 Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 74

Diskussion: Referat Hans Albert

Manfred Teschner (Berlin):

258

Aber geht das nach Gesetzen?

Hans Albert (Mannheim):

Es geht hier rein um die Erfassung einer konkreten Datensituation. Wenn Sie sämtliche Gesetze kennen und die Datenkonstellation, die Sie zur Anwendung der Gesetze benötigen, nicht kennen, dann nützt Ihnen das gar nichts.

Manfred Teschner (Berlin):

Dann schieben Sie doch die Probleme in den Datenkranz!

Hans Albert (Mannheim):

Mit Recht!

Peter Bernholz (Basel):

Da muß ich doch einen Einwand geltend machen, der bereits anklang. Ich meine, wenn wir z. B. nicht voraussagen können, wie sich das Verhalten der verschiedenen Personen und Gruppen ändert, weil sie neue Einsichten in den Prozeß gewinnen oder Erfindungen machen, dann ist es uns erst recht nicht möglich, eine strukturelle Theorie, wie Sie es nennen, aufzustellen, die uns von vornherein die Gesamtentwicklung, die dieses Verhalten berücksichtigt, voraussagt. Daß wir den Unwissenheitsbereich einengen können, darin würde ich Ihnen folgen. Aber der prinzipielle Einwand bleibt doch bestehen.

Hans Albert (Mannheim):

Wer hat von einer strukturellen Theorie geredet, die uns das Ganze voraussagen läßt? An eine solche Theorie glaube ich auch nicht. Davon steht kein Wort in meinem Referat.

Walter Huppert (Bad Homburg):

Gerade zu diesem Begriff der Gesetzmäßigkeit, der Wiederholbarkeit und Voraussehbarkeit wäre etwas zu bemerken. Obwohl das Wort Gesetzmäßigkeit im Titel des Referats stand, ist es nicht erläutert worden. Für den Wissenschaftler versteht sich das mehr oder minder von selbst. Das ist eben die Gleichmäßigkeit, die Wiederholung eines bestimmten Ablaufs unter gegebenen gleichen Bedingungen. Nun gibt es aber, um Gesetzmäßigkeiten festzustellen, zwei Wege. Der eine ist der induktive;

ein Beispiel: Es ist festzustellen, daß sich in jeweils zehn Jahren, mit einer fast unheimlichen Gleichmäßigkeit, der Verbrauch an Erdöl und an Elektrizität verdoppelt. Hierzu sind in der Praxis schon allerlei entsprechende Prognosen gemacht worden. Man fragt jedoch: Wie kann man darauf aufbauen, wie kann man das erklären? Ich habe auf solche Fragen gesagt, erklären kann ich es nicht; ich glaube auch nicht, daß man es erklären kann, aber die Praxis bestätigt es immer wieder, wie ein Gesetz. - Der andere ist die deduktive Methode, daß bestimmte Faktoren angenommen und daraus Gesetzmäßigkeiten abgeleitet werden, z.B. in bezug auf die Preisbildung aus Angebot und Nachfrage. Dieses Theorem wird dann immer weiter differenziert, und schließlich kommt man damit einem praktischen Fall nahe. Ich glaube, das ist in den bisherigen Erörterungen über das Verhältnis von Gesetzmäßigkeit bzw. ökonomischem Gesetz und Macht etwas zu kurz gekommen. Wir wissen, daß die Wissenschaft praktische Situationen nicht vollständig erklären kann. Sie liefert gewisse analytische und entscheidungskritische Instrumente dafür. Deshalb habe ich auch immer gesagt: Was der Sachverständigenrat in den Konjunkturdiagnosen äußert, ist keine reine Wissenschaft. Er arbeitet zwar mit ganz guten Prinzipien und Instrumenten, aber sein Ergebnis ist deshalb noch keine objektive Wissenschaft, Ebenso hatte Herr Schiller zwar viel Wissenschaft in seiner Politik, aber er konnte sie in der praktischen Durchführung nicht überzeugend zur Geltung bringen.

Es wurde hier gesagt, die historische Bedingtheit, also die Relativität aller Theorien, auch der Marxschen, gebiete, daß man davon absehe, für die Dauer gültige Gesetze anzunehmen. So kann man auch von den jeweiligen Situationen unterstellen, daß sie gar nicht voll in den wissenschaftlich-methodischen Erklärungsprozeß aufgenommen werden können.

(Beifall.)

Manfred Teschner (Berlin):

Ich hätte von Ihnen, Herr Albert, eigentlich gern eine Antwort auf meinen Einwurf von vorhin gehört. Ich habe gesagt, Sie schieben die Probleme in den Datenkranz. Sie sagen, er ändert sich. Aber wie ändert er sich? Da sollte es ja auch eine Erklärung geben. Ich habe vorhin den Fall angedeutet, daß Konflikte zwischen Vielen bestehen. Die Marxisten bezeichnen das als Widerspruch zwischen den angestrebten Größen. Das ist ein Unterschied in der Terminologie, aber nicht in der Sache. Dann werden verschiedene Strategien ausgedacht, die zum Sieg der einen oder der anderen Partei führen. Das geht natürlich nur, indem man Machtpositionen erringt und diese Machtpositionen institutionell absichert. Da kommt der Machtbegriff herein, und der leistet

dann etwas zur Erklärung, wofür Sie keine Erklärung mehr parat haben. Sie sprechen da von einer Veränderung des Datenkranzes.

Hans Albert (Mannheim):

So ist es nicht. Beim Datenkranz ging es um die langfristige Vorhersage unter komplexen Konstellationen. Da habe ich das Beispiel der Meteorologie angeführt. Dort ist die Situation so, daß man die grundlegenden physikalischen Gesetze kennt, daß aber die Datenkonstellation so komplex ist und so viele Faktoren enthält, daß es faktisch unmöglich ist, alle Daten simultan zu erfassen, so daß es nicht möglich ist, langfristige Vorhersagen zu machen. Das ist nicht dasselbe Problem. Sie sprachen vom Konfliktproblem. Ich bestreite nicht, daß der Machtbegriff und auch der Konfliktbegriff, wenn er in einem theoretischen System wesentlich erscheint, durchaus etwas leisten kann. Dagegen habe ich gar nichts. Aber wenn man auf Machtverhältnisse ad hoc hinweist — das ist in der früheren Diskussion immer wieder geschehen; ich verweise etwa auf Stolzmann —, auf soziale Regelungen, auf die soziale Kategorie, praktisch immer dann, wenn eine Lücke der Erklärung besteht, so leistet das natürlich nichts. Wenn Sie den Machtbegriff an irgendeiner Stelle in Ihre Theorie eingebaut haben, möglicherweise auch unter anderem Namen, so ist die Sache völlig in Ordnung, d. h., dann kann dieser Begriff etwas leisten.

Diskussionsleiterin Heidi Schelbert-Syfrig (Zürich):

Ich möchte die Diskussion zwischen Ihnen nicht abschneiden, aber ich möchte auch den anderen Gelegenheit geben einzugreifen.

Hermann Scherl (Nürnberg):

Sie glauben, der Machtbegriff allein würde vor allem bei Konfliktproblemen etwas leisten. Das bezweifle ich. Sofern man Macht im Sinne von Max Weber definiert als die Chance, seinen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, impliziert ja das Merkmal "auch gegen Widerstreben" das Konfliktproblem. Wenn man anschließend feststellt, der Konflikt ist so und so gelöst worden, weil hier Macht vorlag, dann tut man nichts anderes, als die Definition, die man vorher geprägt hat, anzuwenden. Man kann in anderer Weise vorgehen: Man definiert zunächst die Macht nicht und arbeitet mit einer Ad-hoc-Erklärung, wie Herr Albert das kurz angedeutet hat. Dann wäre die weitere Aufgabe die, diese Erklärung zu einer richtigen Erklärung zu machen, nämlich aufzuzeigen, wie Macht ex ante — d. h. bevor der Konflikt gelöst worden ist — festzustellen ist. Dazu brauchen Sie eine Theorie, genauer gesagt eine Verhaltenstheorie, denn Macht wird ja üblicherweise definiert als die Chance der Verhaltensbeeinflussung.

Hier kann man vielleicht weiter fragen: Gibt es schon solche Theorien? Ich glaube, es gibt Ansätze dazu, und zwar auch im Bereich der neoklassischen Nationalökonomie, die ja bewußt immer auch das Verhalten gesteuert sah durch Veränderungen von Nutzenfunktionen. Schon Schumpeter z. B. hat gesagt, Macht liegt im Besitz knapper Güter. Oder wenn man den berühmten Aufsatz von Böhm-Bawerk nachliest, dann stellt man fest, daß da implizite auch eine Machttheorie drinsteckt.

Man kann weitergehen und etwa, wie Herr Albert verschiedentlich angeregt hat, in der Sozialpsychologie und in der Soziologie nachsehen, was dort an machttheoretischen Ansätzen entwickelt worden ist, verknüpfte etwa mit Namen wie Homans, Thibaut und Kelly. Tut man dies, so stellt man fest, daß das nichts anderes ist als eine neue Anwendung des theoretischen Instrumentariums, das schon von der neoklassischen Ökonomie in Angriff genommen worden ist, nur mit einer gewaltigen Ausdehnung der Konzepte, indem z.B. der Begriff des Gutes nicht mehr nur auf materielle Dinge bezogen wird, sondern auch auf soziale Phänomene wie Anerkennung und ähnliches.

Kurzum, ich glaube, in dem Erkenntnisprogramm, das man vielleicht beschreiben kann als "neoklassische Ökonomik verbunden mit methodologischem Individualismus", ist die Machtproblematik immer schon angegangen worden. Ich sehe vorerst keine Alternative. Ich glaube, die vorhandenen Ansätze sind einigermaßen erfolgversprechend, wenngleich ich da weitere Probleme sehe. Man kann meines Erachtens nicht den Einwand erheben, daß dieses große Forschungsprogramm, das man nun allerdings erst rekonstruieren muß — wie Herr Albert dies angeregt hat —, für Konfliktprobleme nichts abgibt.

Hans Albert (Mannheim):

Ich möchte nur noch etwas zu dem Max Weberschen Begriff der Macht etwas sagen, den ja offenbar alle anerkennen,

(Zuruf.)

— die Möglichkeit, etwas auch gegen Widerstreben durchzusetzen. Das klingt sehr gut, und Max Weber hat sich sicher etwas dabei gedacht. Aber die wichtigsten Machtphänomene, die wir kennen, werden damit überhaupt nicht getroffen, nämlich z.B. Phänomene der finanziellen Macht. Da ist eventuell gar kein Widerstreben vorhanden. Wenn jemand sich eine Arbeitsleistung kauft, taucht ein Widerstreben gar nicht auf. Gegen das Widerstreben der Betreffenden könnte der Arbeitgeber niemanden einstellen. Vielmehr hat er dadurch, daß er über Geld verfügt, die Macht, etwas zu erwerben, ohne daß überhaupt der Gesichtspunkt des Widerstrebens in Betracht kommt. Ich finde also den

Begriff von Max Weber zu eng, weil er viele, und zwar insbesondere gerade wirtschaftliche Machtphänomene nicht umfaßt.

Hermann Scherl (Nürnberg):

Bei Max Weber heißt es: *auch* gegen Widerstreben. Das heißt, er schließt auch die Fälle ein, wo der Betreffende seinen Willen durchsetzt, ohne daß er auf Widerstreben stößt.

Hans Albert (Mannheim):

Aber es gibt Mächtige, die nicht gegen Widerstreben ihren Willen durchsetzen, aber dennoch Macht ausüben können.

Hermann Scherl (Nürnberg):

Es heißt: auch gegen Widerstreben, nicht einfach: gegen Widerstreben.

Hans Albert (Mannheim):

Das bedeutet aber, daß danach jeder, der Macht hat, etwas auch gegen Widerstreben durchsetzen können muß. Tatsächlich gibt es jedoch Mächtige, die gegen Widerstreben nichts durchsetzen können und trotzdem sehr viel erreichen können, weil sie über die Möglichkeit von Belohnungen — nicht von Strafen — verfügen.

Manfred Teschner (Berlin):

Sie hatten vorhin in Ihrer Antwort gesagt, bei den Problemen, die Sie in den Datenkranz schieben, handle es sich um langfristige Probleme, und diese langfristigen Probleme seien deswegen schwer zu lösen, weil die zugrunde liegenden Konstellationen in bezug auf den Datenkranz und die einzelnen Gesetze schwer zu überschauen seien. Ich möchte dazu eine Frage stellen: Meinen Sie denn, daß mit einer Betrachtung, die vornehmlich Gesetzmäßigkeiten im Auge hat, die Entwicklungsprozesse des Datenkranzes hinreichend zu erklären sind, oder bedürfen Sie nicht noch anderer Dinge, um diese Entwicklung zu erklären?

Hans Albert (Mannheim):

Wenn man das so formuliert, sieht es aus, als gäbe es auf der einen Seite ein Ding "Datenkranz" und auf der anderen Seite Gesetzmäßigkeit. In bezug auf jede Gesetzmäßigkeit gibt es Daten! Eine Gesetzmäßigkeit ist ja eine Wenn-Dann-Beziehung: Immer und überall, wenn das und das unter den und den Umständen geschieht, passiert das und

das. Wenn Sie eine solche Gesetzmäßigkeit anwenden, wenden Sie sie auf Daten an. Wenn etwas geschieht unter Bedingungen, die die Anwendung eines bestimmten Gesetzes gestatten, dann kann man folgern, was sich daraus ergibt. Sie können also Gesetzmäßigkeiten immer nur auf Daten anwenden. Es gibt keine Anwendung von Gesetzmäßigkeiten auf etwas, was nicht im Datenkranz ist.

Dieter Hockel (Köln):

Herr Albert, ich habe bei Ihnen gelernt, daß wir Daten nicht ohne Theorie erkennen können. Jetzt sagen Sie zum Problem der Vorhersage, es gebe so viele Daten, daß die Vorhersage nicht möglich sei. Wie verhält es sich da hinsichtlich der Beziehung zur Theorie?

Ein zweites Argument. Herr Bernholz hat unter anderem Bezug genommen auf das Poppersche Vorwort zum Historizismus. Als ich das gelesen habe, ist mir nicht klar geworden, was Popper meint. Ist das ein empirisch-theoretisches Argument oder ist das etwas Methodologisches? Es wird nämlich gesagt, daß es methodologisch gelungen sei. Ich habe in der Literatur sieben Statements dazu gefunden. Natürlich gibt es da Duplizitäten; keiner weiß vom anderen. Es ist niemals wirklich so klar beantwortet worden.

Hans Albert (Mannheim):

Zu dem ersten Punkt: Ich habe ja gerade gesagt, daß die Theorien bekannt sind, und wir wissen auch, welche Art von Daten in Frage kommen. Das sind nämlich Daten in bezug auf genau diese Theorien. Trotzdem ist die Datenkonstellation so komplex — weil es eine Unzahl von Faktoren gibt —, daß wir diese Daten nicht alle gleichzeitig erfassen können. Das sind also nicht irgendwelche Daten, die mit der Theorie nichts zu tun haben, sondern es handelt sich genau um solche Daten, die in bezug auf die Theorien relevant sind, die für eine Vorhersage in Betracht kommen könnten. Nur ist, wie gesagt, die Datenkonstellation sehr komplex. Das ist also nicht atheoretisch.

Was den zweiten Punkt betrifft, so glaube ich, daß Popper das als empirisch-theoretisches Argument meint. Ob er das klar genug sagt, weiß ich nicht. Die Idee ist wohl einfach die: Da die Entwicklung der Geschichte zumindest zum Teil vom Wachstum unseres Wissens abhängt — das können wir wohl alle akzeptieren —, und wir das Wachstum unseres Wissens nicht vorhersagen können — sonst wüßten wir nämlich heute schon das, was wir später erst herausbekommen —, können wir die Geschichte im Grunde nicht vorhersagen. Das ist für mich immer noch überzeugend. Das ist teilweise empirisch-theoretisch.

Daß die geschichtliche Entwicklung vom Wachstum unseres Wissens abhängt, ist sicherlich eine theoretische Behauptung.

Manfred Teschner (Berlin):

Eine Zusatzfrage: Warum ist die Entwicklung des Wissens nicht voraussagbar? Weil sie nicht gesetzmäßigen Abläufen folgt?

Hans Albert (Mannheim):

Nein! Sie können die Inhalte zukünftiger Theorien nicht kennen. Denn wenn Sie sie kennten, dann hätten Sie sie jetzt schon. Aber trotzdem kann ja die Entwicklung von Theorien Gesetzmäßigkeiten folgen. Warum nicht?

Manfred Teschner (Berlin):

Aber die kennen Sie doch nicht!

Hans Albert (Mannheim):

Die meisten Gesetze kennen wir ohnehin nicht, natürlich! Das gilt gerade für die Gesetze, die die Änderung menschlicher Überzeugungen betreffen. Theorien werden ja von den Menschen auf Grund ihrer Überzeugungen akzeptiert oder nicht. Diese Gesetzmäßigkeiten werden natürlich in der Psychologie untersucht, aber allzu weit ist man dabei bisher wohl noch nicht gekommen.

R. Porstmann (Göttingen):

Als jemand, der sich sehr lange und intensiv mit Alberts Veröffentlichungen beschäftigt hat, könnte man — wie der erste Diskussionsredner schon gesagt hat — sehr enttäuscht darüber sein, daß plötzlich all das, womit man sich ernsthaft auseinandersetzen zu können glaubte, wie ein Kartenhaus zusammenfällt. Aber ich glaube, die Vergangenheit ist hier nicht wichtig, sondern der Aspekt, was in Zukunft geschehen soll, ist das Wesentliche.

Ich beschränke mich hier auf das Teilgebiet der Nutzentheorie, der Handlungstheorie. Da scheint mir jetzt noch mehr als vorhin ein Widerspruch in den Ausführungen von Herrn Albert erkennbar zu sein. Falls ich das jetzt richtig verstanden habe, würde das bedeuten, daß er den Anspruch an allgemeinere Theorien nicht aufgeben will. Andererseits wird dies durch die Bemerkung — betreffend das Verbannen gewisser Tatbestände in den Datenkranz — sehr in Frage gestellt; denn das könnte bedeuten, daß man auf eine allgemeinere Theorie auf speziellen oder auch größeren Gebieten verzichtet.

(Hans Albert: Das muß ein Mißverständnis sein!)

— Gut.

Auf der anderen Seite würde ich mich der Meinung anschließen, daß die bisherige nationalökonomische Nutzentheorie einen zu engen Ansatz hat. Erweiterungen sind bereits in Angriff genommen. Sie haben aber auch ganz deutlich gesagt, daß die anderen Sozialwissenschaften für unsere Zwecke relativ wenig - besser gesagt: gar nichts - anzubieten haben. Wenn Sie allerdings sagen, daß es möglich sei, allgemeine Verhaltenshypothesen zu finden, und daß diese Aufgabe insbesondere von der Sozialpsychologie bzw. der Verhaltensforschung gelöst werden könnte, so würde ich diesen Optimismus nicht teilen. Wenn man das aber nicht tut - und Ihre Skepsis in bezug auf generelle Prognostizierbarkeit unterstützt wohl diesen Gedankengang -, dann dürfte man konsequenterweise diesen Ansatz nicht mehr verfolgen - Verhaltenshypothesen substantieller, materieller Art —, sondern müßte in Zukunft die ökonomische Theorie ganz formal betreiben. Dann hätte man nur noch zu versuchen, herauszubekommen, was die Leute wollten, und daraufhin formal-rational zu untersuchen, ob sie ihr Ziel erreicht haben oder ob sie sich in bezug auf ihre Ziele irrational verhalten haben.

Hans Albert (Mannheim):

Ich habe das, was Sie bezüglich formaler Theorien gesagt haben, nicht ganz verstanden. Zunächst hatten Sie gesagt, daß Sie pessimistisch in bezug auf die Findung allgemeiner Verhaltensgesetzmäßigkeiten seien, und als Alternative haben Sie dann empfohlen, mehr formale Theorie zu betreiben.

R. Porstmann (Göttingen):

Ich habe gesagt, man könne, wenn man so negativ urteilt wie ich, logischerweise nur noch ganz formale Theorie betreiben, indem man formal-rational analysiert, ob sich der Betreffende in bezug auf seine Postulate richtig verhalten hat oder nicht.

Hans Albert (Mannheim):

Das bedeutet praktisch die Frage: Hat er seine Normen befolgt? Das ist im nachhinein feststellbar, aber das ist kein Ersatz für eine Theorie.

Nun zu der Sache mit dem "Kartenhaus". Man könnte sagen, daß durch die Newtonsche Theorie die Keplersche Theorie wie ein Kartenhaus zusammengefallen ist. In Wirklichkeit aber ist die Keplersche Theorie als Grenzfall in der Newtonschen Theorie enthalten. So ist es ja nicht, daß alles zusammengefallen ist! Es sind gewisse Korrekturen

angebracht worden, und zwar weil es Argumente gibt, die zeigen, daß der ursprüngliche Ansatz nicht ganz funktionierte.

Diskussionsleiterin Heidi Schelbert-Syfrig (Zürich):

Möchten Sie in diesem Augenblick noch etwas zur Konsumtheorie sagen, Herr Albert?

Hans Albert (Mannheim):

Nein, ich habe kein Bedürfnis.

(Heiterkeit.)

Wilfried Bolles (Hamburg):

Der Vorredner hat die sehr pessimistische These aufgestellt, daß die Verhaltenstheorie und die anderen Sozialwissenschaften, insbesondere die Sozialpsychologie und die Soziologie, wohl kaum der Ökonomie etwas bieten könnten. Demgegenüber möchte ich einen kritischen Einwand erheben, und zwar auf Grund meiner — zwar relativ beschränkten — Kenntnisse über neuere experimentelle Untersuchungen, die gerade von Ökonomen — nämlich Spieltheoretikern, die sich früher sehr abstinent bezüglich realistischer Verhaltenshypothesen zeigten — angestellt worden sind. Angesichts solcher neueren Untersuchungen, die mit empirisch testbaren und getesteten Verhaltenshypothesen arbeiten, meine ich, daß die Sozialpsychologie und die Soziologie — etwa im Sinne von Homans — der Ökonomie einiges zu bieten haben, allerdings mehr der Mikroökonomie als der Makroökonomie.

In diesem generellen Zusammenhang habe ich eine Frage an Sie. Das Problem des Datenkranzes scheint mir eng gekoppelt zu sein mit der doch wohl stark vorherrschenden Vorstellung, daß eine Symmetrie zwischen Erklärung und Prognose besteht. Es kommt nämlich sehr oft, sobald wir eine Theorie haben, die Vorstellung auf - zumindest ist dies der Inhalt der bis vor etwa ein / zwei Jahren allgemein anerkannten Annahme einer Symmetrie von Theorie und Prognose -, daß man damit gleichzeitig auch prognostizieren könne. Inzwischen ist methodologisch und auch logisch nachgewiesen, daß eine Lücke zwischen Erklärung und Prognose besteht. Wir können also nicht mit einer Theorie, die etwas erklärt, automatisch — auf Grund einer strukturellen Symmetrieannahme - auch angeben, wie sich in einem gegebenen zukünftigen Zeitpunkt z.B. ein Unternehmer oder ein Kollektiv verhalten wird. Da scheinen mir einige Schwierigkeiten zu bestehen. Meine konkrete Frage: Akzeptieren Sie diese, inzwischen von wissenschaftstheoretischen Ansätzen her erarbeitete Erkenntnis, daß es eine solche generelle strukturelle Symmetrie nicht gibt?

Peter Bernholz (Basel):

Ich habe nur eine Frage an meinen Vorredner, die der Klärung dienen soll. Sie erwähnten den Ansatz von Homans. Wenn ich es richtig sehe, wird von Homans gerade der Versuch gemacht, mit Hilfe der Grenznutzentheorie eine Theorie aufzustellen, um die Ergebnisse der gesamten empirischen Kleingruppenforschung zu erklären. Gleichzeitig zeigt er, daß die psychologische Motivationstheorie nichts anderes ist als die Grenznutzentheorie. Ich weise hier auch auf die Theorie von Skinner hin. Aber es kommt nicht auf die zeitliche Priorität an.

Wilfried Bolles (Hamburg):

Auf Homans habe ich mehr oder weniger nur am Rande hingewiesen. Immerhin taucht hier das generelle Problem auf, daß wir sehr unterschiedliche lerntheoretische Ansätze haben. Die Spieltheoretiker, auf die ich verwiesen habe — Shubik-Schule, Howard, Emshoff und andere —, haben in einigen neueren Arbeiten Untersuchungen darüber angestellt.

Zu Homans und der Grenznutzentheorie: Wenn Sie versuchen, sozialpsychologische Hypothesen, die experimentell — wenn auch überwiegend in Laboruntersuchungen, aber auch in Felduntersuchungen — getestet worden sind, aus dem alten Parsonsschen Begriffsapparat herauszunehmen, und dann die Parallelen zur Ökonomie betrachten, wie Sie sie bei Homans immer wieder finden, dann können Sie nicht sagen, daß dort auf der generellen Grundlage der Grenznutzentheorie oder der ökonomischen Ansätze der Gleichgewichtsvorstellungen diskutiert wird. Wenn Sie bei Homans nachsehen, so finden Sie dort zwar überwiegend die gleichen Termini, aber sie haben doch einen sehr stark abweichenden Inhalt.

Peter Bernholz (Basel):

Was Homans benutzt, ist eindeutig die Grenznutzentheorie. Sie können das auch die Motivationstheorie von Skinner nennen; die läuft auf das gleiche hinaus.

Wilfried Bolles (Hamburg):

Das sind experimentell überprüfte Hypothesen. Man arbeitet nicht mit Differentialanalysen und Differenzengleichungen.

Peter Bernholz (Basel):

Entschuldigen Sie, die Homanssche Theorie läßt sich nach meiner Ansicht formalisieren, und ich glaube sogar, daß sich gewisse Schwierigkeiten bei Homans zeigen werden, wenn man die Theorie formalisiert. Ich könnte mir denken, daß bei ihm Probleme wie der Einkommenseffekt, die wir in der Ökonomie lange kennen, sichtbar werden. Richtig ist, daß er diese Dinge ausdehnt — wie hier schon gesagt wurde — auf Austauschphänomene nicht nur für das, was wir Güter nennen, sondern auch auf Güter im weiteren Sinne, Prestige, Einfluß usw. Aber der theoretische Ansatz, der verwendet wird, ist genau der gleiche. Es wird angenommen, daß auch bei den Gütern im weiteren Sinne die zusätzlichen Einheiten dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens unterliegen. Er versucht damit natürlich nur, die empirischen Ergebnisse der Kleingruppenforschung theoretisch aus allgemeinen Prinzipien abzuleiten.

Hans Albert (Mannheim):

Ich würde noch nicht einmal sagen, daß Homans den Begriffsapparat erweitert. Man muß hier einmal auf die Definition des Güterbegriffs zurückgreifen. Eine Hilfeleistung z.B. ist ja eine Dienstleistung. Hier liegt also nicht einmal eine Erweiterung vor, sondern er hat sich genau an den ökonomischen Güterbegriff gehalten. Er hat nur gesehen, daß gewisse Dinge darunterfallen, die die Ökonomen normalerweise nicht behandelt haben.

Erich Hödl (Darmstadt):

Wir haben bisher im wesentlichen über die Theorienbildung und in diesem Zusammenhang insbesondere über die Funktion von Methodologie, von kritischem Rationalismus gesprochen und haben dann eine Brücke zu Marx und zur Frage der Quasitheorien geschlagen. Nun, Marx kann man sicher auch wissenschaftstheoretisch interpretieren und es ist vielleicht wichtig, auch diesen Zusammenhang etwas zu klären —, aber andererseits ist gerade bei Marx die Frage, inwieweit Theorie allein eine wichtige oder die wichtigste Funktion in bezug auf sozialen Fortschritt oder ähnliche Ziele haben kann; das heißt, die Funktion der Theorie selbst ist hier in Frage zu stellen. Wenn man nun dieses Verhältnis von Theorie und Praxis einmal auf das Machtproblem überträgt — und ich glaube fest, daß das Machtproblem eben nicht nur ein theoretisches Problem ist -, dann kommt man einerseits weg vom Problem der Definitionen. Was Max Weber zum Machtproblem gesagt hat, insbesondere seine Definition der Macht, hatte fortan die ganze Machtdiskussion bestimmt, und über seine Definition ist man nicht hinausgekommen. Wissenschaftliches Arbeiten ist aber gerade nicht definiert. Insofern ist die Machtdiskussion eben in der Definition

steckengeblieben, und wir werden es nicht leisten, darüber hinauszukommen, wenn wir wieder bei Definitionen beginnen.

Das führt gleichzeitig zu dem Problem, inwiefern man Theorien von der Problematik der Daten oder von der immanenten Theorienbildung allein her aufrollen kann. Daß das Problem der Daten und der Theorienbildung über Datengewinnung besteht, ist nicht zu bestreiten. Aber das zeigt genau die Nahtstelle, wo das Verhältnis von Theorie und Praxis relevant wird. Wenn es um ganz konkrete Macht geht, nicht um ein theoretisches Gebilde, dann muß man sich fragen, inwieweit man diesen Sprung von der Theorie zur Praxis nicht explizit — auch in der Methodologie — machen muß. Das würde auch dazu führen, daß man Marx bei genauer Prüfung seiner Schriften eben nicht nur wissenschaftsheoretisch oder wissenschaftslogisch interpretiert, sondern daraufhin, was er für die Praxis intendiert hat.

Man kann dazu stehen wie man will, es besteht jedenfalls das Problem, daß das Verhältnis von Theorie und Praxis explizit zu machen ist. In bezug auf Macht lassen sich einige Dinge bereits in diesem Sinne formulieren. Ich nenne hier nur drei Punkte, die u. a. auch Rothschild 1946 in seinem Aufsatz über das Oligopol entwickelt hat und die in der Spieltheorie in einer speziellen, formalisierten Form dargestellt sind. Inwieweit das weiterentwickelbar ist, wird Herr Morgenstern sicherlich morgen selbst vortragen. Diese drei Punkte sind: erstens die Frage der Instrumentalisierung, zweitens die Frage der Ausweichstrategien und drittens die Kampfsituation. Macht ist gerade dadurch bestimmt, daß sie unter diesen drei Aspekten — vielleicht könnte man noch andere nennen — auch in der Theorie selbst zu betrachten ist. Es würde mich sehr interessieren, inwieweit der kritische Rationalismus in seinem sehr entwickelten Stadium dazu etwas sagen kann.

Werner Meißner (Frankfurt):

Herr Albert, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gefällt es Ihnen nicht, daß Marxisten die von Ihnen angebotenen Quasigesetze als historische Gesetze bezeichnen.

Hans Albert (Mannheim):

Nein, das ist ein Mißverständnis. Die Quasigesetze würde ich selber so nennen. Aber daß sie sogar Gesetze, von denen sie durch den verbalen Kontext zeigen, daß sie sie für allgemein halten, historische Gesetze nennen, halte ich nicht für richtig. Die Marxisten sagen, unter den und den Bedingungen geschieht allgemein das und das. Hinterher sagen sie lediglich, diese Bedingungen seien nur dann und dann realisiert. Das gilt aber von allen Gesetzen.

Werner Meißner (Frankfurt):

Mich stört das überhaupt nicht. Ich glaube, daß Ihr Unbehagen aus der für mich nicht sehr einsichtigen Unterscheidung zwischen historischer und struktureller Relativierung herrührt. Ob solche Quasigesetze strukturell oder historisch relativiert sind, ist nicht so erheblich. Ich habe die Vermutung, daß die Bezeichnung als historische Gesetze bei den Marxisten daher rührt, daß Marxisten sich nicht zufrieden geben mit der Aufstellung solcher Quasigesetze für bestimmte Gesellschaftsformationen, sondern darüber hinaus auch die Frage stellen nach dem Entstehen — und auch nach dem Vergehen — solcher Gesellschaftsformationen, und daß sie diese Gesetze mit einiger Berechtigung — eher als bei Quasigesetzen — als historische bezeichnen.

Aber noch etwas zu den Quasigesetzen und zu dem, was ich heute morgen von Ihnen gehört habe, Herr Albert. Sie sagen, Sie haben Quasigesetze entdeckt, als Sie den Marxismus einmal wissenschaftstheoretisch untersucht haben. Sie haben sie negiert, aber Sie haben sie existent gefunden.

Hans Albert (Mannheim):

Nein, die habe ich ganz woanders entdeckt; da habe ich an Marxismus überhaupt nicht gedacht. Aber das ist ja egal.

(Heiterkeit.)

Werner Meißner (Frankfurt):

Sie haben sich also mit dem Marxismus wissenschaftstheoretisch beschäftigt und festgestellt, daß die Differenz gar nicht so groß ist.

(Hans Albert: In mancher Beziehung!)

— Damit ist die Frage für einen milden Methodologen eigentlich schon abgeschlossen. Was allerdings dann noch bleibt, ist die Auseinandersetzung mit den Inhalten dieser Gesetze. Nun, der Methodologe mag sagen, das interessiere ihn nicht so sehr.

(Hans Albert: Aber mich interessiert das!)

— Jedenfalls, wenn der Methodologe so argumentiert, würde ich allerdings sagen, ein solcherart gemilderter Methodologe ist von wenig Interesse für die Beschäftigung mit inhaltlichen Quasigesetzen des Kapitalismus.

Hans Albert (Mannheim):

Zunächst habe ich festgestellt, daß die Marxisten, wenn sie von historischen Gesetzen sprechen, eigentlich allgemeine Gesetze meinen, und das sind der Struktur nach ganz vernünftige Gesetze. Dann habe ich allerdings festgestellt, daß manche Marxisten jedenfalls den Eindruck erwecken, daß es keine tiefergehenden Gesetzmäßigkeiten geben könne, mit denen man diese erklären könnte, Gesetze, die sich auf verschiedene Gesellschaftsformationen beziehen. Lange ist der, der am meisten Zugeständnisse in meiner Richtung macht, aber er ist charakteristischerweise ein Mann, der von der Neoklassik kommt.

Zum Inhaltlichen: Wir könnten z.B. auf die Arbeitswertlehre eingehen. Ich halte sie für eine Theorie, die nichts erklärt, die ausgesprochenen Ideologiecharakter hat, die kryptonormativ ist und die praktisch nur dazu dient, den Ausbeutungs- und Mehrwertbegriff zu definieren und die Brücke zur marxistischen Politologie zu schlagen. Sie erklärt nichts. Es handelt sich bei ihr um eine extreme Dogmatisierung der klassischen Tradition. Deswegen sagen ja Historiker der Nationalökonomie mit Recht, daß Marx einer der größten Ricardianer war. Aber gerade in diesem Punkt hat er praktisch nur dogmatisiert. Dies ist nur ein Punkt, aber ein wichtiger Punkt, denn diese Arbeitswertlehre lassen die Marxisten ungern wegfallen, weil damit das Band ihres gesamten Systems verlorengeht und das System auseinanderbricht. Das ist ganz kurz und grob meine Meinung dazu, und ich sage dies, weil Sie meinten, ich sollte mich nicht nur methodologisch äußern.

Werner Meißner (Frankfurt):

Mir fällt es schwer, zu sehen, Herr Albert, an wen Sie denken, wenn Sie von Marxisten sprechen, die die Existenz solch allgemeiner Gesetze oder historischer Gesetze leugnen.

Hans Albert (Mannheim):

Nein, die haben ja allgemeine Gesetze. Sie leugnen nur z.B. in bezug auf die Gesetze der kapitalistischen Gesellschaftsformationen, daß es tieferliegende Gesetzmäßigkeiten gebe, mit denen man auch jene noch erklären könnte. Das steht explizit bei Oskar Lange. Bei Marx findet man kaum Äußerungen darüber.

Werner Meißner (Frankfurt):

Es geht hier doch wohl darum, die historische Form des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu erklären, und Sie werden mit mir wohl übereinstimmen, Herr Albert, daß die Gesetze des historischen Materialismus allgemeine und tieferliegende Gesetze sind, die nicht nur für den Kapitalismus gelten. Mir fällt es einfach schwer, mir Marxisten vorzustellen, die diesen Zusammenhang leugnen.

Hans Albert (Mannheim):

Die Gesetze des historischen Materialismus halte ich für pure Metaphysik. Tut mir furchtbar leid! Metaphysik muß sein, aber so lange es bei der Metaphysik bleibt, ist nicht viel gewonnen. Sie kann bestenfalls ein Erkenntnisprogramm liefern.

Ist noch eine Frage offen?

(Zuruf: Theorie und Praxis!)

— Ein sehr wichtiges Problem! Was wollten Sie darüber wissen?

(Große Heiterkeit.)

Sie meinen, der kritische Rationalismus sei eine Art Person, er müsse alle Probleme irgendwann einmal angepackt haben. Tatsächlich besteht diese Richtung aus ganz wenigen Leuten, von denen jeder wenig Zeit hat und sich infolgedessen auf die Probleme wirft, die ihn gerade interessieren. Das heißt, zu vielen Problemen gibt es da Lücken. Welches Problem meinen Sie denn? "Theorie und Praxis" ist ja ein abendfüllendes Thema.

Erich Hödl (Darmstadt):

Ich meine die ganz generelle Position zum Verhältnis von Theorie und Praxis.

Hans Albert (Mannheim):

Sie meinen das als methodologisches Problem? Dieses methodologische Problem habe ich ja auch behandelt. Theorie kann man in Technologie transformieren und auf diesem Weg praktisch anwenden.

Erich Hödl (Darmstadt):

Was passiert in der Zwischenzeit, wenn die Theorie noch nicht fertig ist?

Hans Albert (Mannheim):

Theorien gibt es immer, bessere oder schlechtere.

(Heiterkeit.)

Das ist wie mit dem Ei und der Henne. Solange man keine guten Theorien hat, muß man schlechtere verwenden. Ich würde sagen, der Mensch ist ein theoretisches Tier. Das heißt, er hat dauernd Theorien, entweder mehr unbewußt oder mehr bewußt, und die Wissenschaft dient eigentlich nur dazu, den common sense laufend zu korrigieren. Also, Mangel

an Theorien besteht nie, höchstens ein Mangel an gut funktionierenden Theorien, und so lange Sie keine besseren haben, müssen Sie die alten verwenden.

Hermann Scherl (Nürnberg):

Im Mittelpunkt der heutigen Diskussion stand die Tatsache, daß Hans Albert im Laufe seines Wirkens, vor allem jetzt deutlich sichtbar, einige seiner Urteile revidiert hat, und zwar, wie er selber verkündet hat, deswegen, weil sich in der Methodologie des kritischen Rationalismus einige Probleme ergeben haben, die vorher nicht so deutlich zu sehen waren und die ihn jetzt dazu veranlassen, in bezug auf die neoklassische Ökonomie ein milderes Urteil abzugeben. Vielleicht ist es sinnvoll, die Hauptprobleme zu akzentuieren.

Der kritische Rationalismus hat meines Wissens in den 50er Jahren und zumindest noch bis zur zweiten Hälfte der 60er Jahre zwei eindeutige Kriterien geliefert, nach denen Theorien zu beurteilen sind. Einmal müssen sie Informations- oder empirischen Gehalt haben, und darüber hinaus dürfen sie nicht falsifiziert sein. Wenn diese Voraussetzungen vorliegen, ist es eine gute Theorie. Das hat sich inzwischen als etwas problematisch erwiesen, denn fast alle bekannten und auch als gut eingeschätzten Theorien, die Informationsgehalt haben, müßten eigentlich als falsifiziert betrachtet werden, weil es immer irgendwelche vorderhand konträren Fälle gibt, die nur mittels hilfsweiser theoretischer Interpretationen bewältigt werden können. Deswegen wurde dieses Kriterium etwas verlassen. Zum zweiten hat die Wissenschaftsgeschichte an sich gezeigt, daß auch Theorien, die vorerst keinen Informationsgehalt hatten, im Laufe der Zeit durchaus beachtliche Entwicklungen erfahren haben und schließlich die theoretische Reife erreicht haben, die durch Informationsgehalt ausgewiesen wird. Deswegen wurde auch dieses Kriterium fallengelassen. Daraus resultiert jetzt die mildere Einschätzung der theoretischen Ökonomie.

In Verbindung damit steht noch eine weitere wichtige Folgerung: daß es im Lichte der neueren methodologischen Forschungen nicht so sehr darauf ankommt, daß die Theorie unbedingt einen mehr oder weniger großen Informationsgehalt hat und nicht falsifiziert ist, sondern darauf, welchen heuristischen Wert die Theorie hat, und dieser heuristische Wert wird gemessen vor allem an dem aus der Theorie resultierenden Programm für die theoretische Interpretation von Phänomenen der bekannten Welt. Einen solchen heuristischen Wert hat die neoklassische Ökonomie sicherlich, da es sich bei ihr, wie oft genug gesagt, um ein großes theoretisches System handelt, das dazu geeignet ist, vielerlei Phänomene zu erklären — in Kontrast etwa zu vielen Hypothesen der

Sozialpsychologie, die auf niedrigstem Level nur Erscheinungen erklären sollen, die durch irgendwelche mehr oder weniger obskuren Tests zutage gefördert worden sind.

Hier wäre die erste Inkonsistenz. Sie plädieren nämlich immer noch dafür, die Nationalökonomie durch Erkenntnisse der Psychologie und der Soziologie zu unterbauen. Meines Wissens sind die Erkenntnisse der Psychologie und der Soziologie immer noch größtenteils auf dem niedrigsten Hypothesenlevel. Sie mögen zwar Informationsgehalt haben — es sind durchaus testbare Hypothesen —; nur, heuristischen Wert haben sie nicht. Dieses Urteil müßte also wohl revidiert werden.

Die zweite ergibt sich bei der Auseinandersetzung mit Herrn Meißner. Sie haben sich sofort gegen die Arbeitswertlehre gewandt. Ich finde, wenn man die neoklassische Ökonomie als Forschungsprogramm mit zwar großem heuristischen Wert, aber vorerst geringem Informationsgehalt milde beurteilt, dann müßte man dieses gleiche Urteil auch der marxistischen Ökonomie als dem alternativen, rivalisierenden großen Forschungsprogramm zuteil werden lassen und hier ebenfalls etwas milder urteilen.

Vielleicht ist abschließend noch auf eine Inkonsistenz hinzuweisen, die auch bei Popper festzustellen ist. Popper hat die marxistische Ökonomie einmal als falsch, als falsifiziert charakterisiert, andererseits hat er ihr vorgeworfen, sie habe keinen Informationsgehalt. Beides läßt sich schlecht in Einklang bringen. Ich glaube, die Lösung wäre Poppers revidierte Methodologie, die der marxistischen Ökonomie ebenfalls einen heuristischen Wert zuspricht und auch ihr die gemilderte Beurteilung zukommen läßt.

Manfred Teschner (Berlin):

Herr Albert, ich bin doch etwas traurig über Ihre letzten Äußerungen zum Marxismus. Sie sind da wieder in Ihr altes Vorurteil gegenüber dem Marxismus zurückgefallen. Sie haben gesagt, die Dialektik sei Metaphysik.

Hans Albert (Mannheim):

Nicht die Dialektik, die Arbeitswertlehre! Bei der Dialektik kommt es darauf an, was Sie darunter verstehen.

Manfred Teschner (Berlin):

Dann habe ich Sie in dem einen Punkt falsch verstanden. Aber auch hinsichtlich der Arbeitswertlehre muß man vorsichtig sein. Wenn man Böhm-Bawerk und Schumpeter heranzieht, kommt man leicht zu der Auffassung, daß auch diese beiden neoklassischen Theoretiker Kapital auf Arbeit zurückführen. Das nur nebenbei bemerkt.

Ich möchte aber noch etwas zur Dialektik sagen. Sie haben doch gewisse Vorurteile, und mein Anliegen war es, darauf hinzuweisen, daß mit der Realdialektik, wie sie von Marx formuliert worden ist — also: Widerspruchsprinzip, Konflikt (das ist vielleicht methodologisch weniger anrüchig) —, ein Prinzip zur Erklärung sozialer Prozesse angeboten wird: Widerspruch in der Zielsetzung; es kann nicht verwirklicht werden, was widersprüchlich ist; verwirklicht werden kann nur, was konsistent ist; es werden Machtpositionen aufgebaut, Strategien verfolgt, die zu diesen Machtpositionen führen; dann wird etwas realisiert, wobei die einen besser abschneiden als die anderen; es gibt weiterhin Konflikte in den Zielsetzungen, und das treibt den Prozeß weiter. Das ist doch ein toller Ansatz, den Marx hier anbietet! Ihn kann man nicht so einfach beiseite schieben und sagen: Ich operiere mit Gesetzen und lasse diesen wichtigen Bereich, der von Marx erhellt worden ist, außer Betracht!

Hans Albert (Mannheim):

Zunächst einmal: Ich würde nicht so vorgehen, daß ich keinen Informationsgehalt mehr fordere, sondern ich würde lediglich nicht mehr die strikte Koppelung des Informationsgehalts an die empirische Prüfbarkeit verlangen. Das scheint mir das Problem zu sein. Es gibt theoretische Gesetze, die nur unter großen Schwierigkeiten mit Prüfungssituationen in bezug zu bringen sind, ohne daß man weitere Theorien verwendet. Das ist auch in der Physik so. Deswegen wird das auch mit der Arbeitswertlehre nicht besser. Denn in dem Sinne hat die Grenznutzenlehre Informationsgehalt, nur ist sie schwer prüfbar, während die Arbeitswertlehre keinen Informationsgehalt hat und nie etwas erklärt hat. Wenn in dem Marxschen Programm etwas heuristisch Interessantes ist, dann liegt es vielleicht in der Richtung, die Sie angesprochen haben: daß Konflikte betont werden, und es liegt vielleicht in der Art, wie Marx die Wirtschaftsdynamik zu behandeln versucht. Das sind aber alles Ansätze. Jedenfalls liegt es nicht in der Arbeitswertlehre.

Zur Dialektik würde ich sagen: Je nach dem, was man darunter versteht, akzeptiere ich das oder nicht. Wenn Sie Dialektik nennen, daß es Konflikte gibt und daß Konflikte die Entwicklung vorantreiben, dann ist das zwar richtig, aber trivial. Auf jeden Fall ist es keine Theorie. Die Frage ist, ob die marxistische Theorie das enthält, was Marx Dialektik nennt; ich habe das ja zitiert. Das ist etwas ganz anderes gewesen: Er hat im Vorwort zur zweiten Auflage dem Rezensenten zugestimmt, der geschrieben hatte. daß in verschiedenen Gesellschafts-

formationen verschiende Gesetze gelten — und das nennt er dialektische Methode. Er nennt das eben manchmal so, manchmal so. Deswegen ist die Sache so schwierig.

Manfred Teschner (Berlin):

Verstehen Sie unter Theorien nur solche, die Gesetzmäßigkeiten enthalten?

Hans Albert (Mannheim):

Ja.

Manfred Teschner (Berlin):

Dann haben Sie das Problem allerdings heraus.

Hans Albert (Mannheim):

Gar nicht! Suchen Sie doch Gesetzmäßigkeiten über Konflikte! Glauben Sie, die sind gesetzlos?

Das war gleichzeitig auch mein Schlußwort.

(Beifall.)

Diskussion: Referat Louis J. Zimmerman

Diskussionsleitung: Gottfried Bombach, Basel

Diskussionsleiter Gottfried Bombach (Basel):

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Diskussion zu dem Referat von Herrn Zimmerman, zu welchem Herr van Meerhaege das offizielle Korreferat übernommen hat. Ich schlage vor, daß wir erst das Korreferat hören und ich danach Vorschläge für den Gang der Diskussion mache.

M. A. G. van Meerhaeghe (Gent):

Auf Grund des Titels des Referats von Herrn Prof. Zimmerman hatte ich einen Überblick über die Theorien erwartet, die bislang über die wirtschaftliche Macht entwickelt worden sind. Da der Autor sich dafür entschieden hat, die Beziehungen zwischen wirtschaftlicher Macht und Einkommensverteilung unter Ausschluß anderer Beziehungen — wie etwa des internationalen Handels — zu behandeln, werde ich ihm auf dieses Gebiet folgen.

Ohne einen terminologischen Streit beginnen zu wollen — es ist übrigens sehr schwierig, die Begriffe "Macht" und "wirtschaftliche Macht" zu definieren —, bin ich der Ansicht, daß Macht nicht notwendigerweise unter den vom Autor beschriebenen Umständen ausgeübt werden kann (Ende des Abschnitts 1). So verbürgt z. B. der Besitz von mehr Gütern nicht unbedingt größere Macht; man denke etwa an unverkäufliche Agrarüberschüsse.

Bei seiner Analyse stützt sich der Referent auf Begriffe, die entweder nicht oder nicht notwendigerweise angewendet werden oder die nicht meßbar sind. So schreibt er, daß die Substitutionsmöglichkeiten von entscheidender Bedeutung sind. Aber neun Seiten weiter muß der Autor ein Fragezeichen unter die Annahme einer allzu großen Substituierbarkeit setzen. In der Praxis gibt es weder eine vollständige Substituierbarkeit noch ein konstantes Verhältnis zwischen Produktionsfaktoren.

Da der Autor seine Ausführungen auf die entwickelten Länder beschränkt, kann man sich in diesem Zusammenhang fragen, ob der Lohn bei einem relativen Überschuß von Arbeit sinken wird und ob der Begriff "natürlicher Preis" hier sehr sinnvoll ist. Machtausübung bedeutet nach Professor Zimmerman — ich zitiere —, daß "der knappe Faktor mit mehr und der relativ überzählige Faktor mit weniger als dem Wert der Grenzprodukte bezahlt wird". Aber der Autor muß später einräumen, daß der Wert des Grenzprodukts der Arbeit und demgemäß auch die Machtausübung nicht direkt zu messen sind. Eine Feststellung, die übrigens schon wiederholt getroffen wurde.

Die Beschränkung auf zwei oder drei Produktionsfaktoren scheint mir eine kaum zulässige Vereinfachung. Der Autor weist übrigens am Schluß seiner Ausführungen auf die Notwendigkeit einer Aufgliederung hin. Denn sowohl die geschulte wie die ungeschulte Arbeit muß in zahllose Unterabteilungen untergliedert werden. Auch die Kapitalgüter nehmen viele unterschiedliche Formen an. Bodenschätze sind verschiedener Art und sehr ungleichmäßig verteilt. Schließlich übersieht der Autor, daß z.B. stabile politische und soziale Verhältnisse eine conditio sine qua non sind für die Produktion.

Insoweit man die neoklassische Verteilungstheorie heranzieht — ich glaube nicht daran —, kann sie nur in den Fällen gültig sein, in denen der Input von Arbeit einheitlicher Qualität unmittelbar mit dem physischen Produkt verbunden ist. Vorausgesetzt werden hierbei vollständige technische Kenntnisse und das Fehlen von Ungewißheiten. Mit anderen Worten: Die Grenzprodukttheorie kann nicht gelten für leitendes Personal, für Dienstleistungsberufe, für Eigentümer und Leiter von landwirtschaftlichen Betrieben, für Vorarbeiter usw. usw. oder für die große Mehrheit der Arbeitskräfte.

Die Hauptthese des Autors, die vor ihm schon formuliert wurde, besteht darin, daß der Arbeitsanteil am Volkseinkommen zunimmt, wenn der reale Lohn schneller steigt als die Arbeitsproduktivität. Man darf aber die Entwicklung dieses Anteils nicht überbewerten, da sie kein Maßstab für den Wohlstand der betreffenden Bevölkerungsgruppe ist. Die Zahl der Einkommensbezieher kann schwanken. Gleichzeitig muß etwaigen Änderungen der Arbeitszeit Rechnung getragen werden. Wenn man allein den Reallohn und die Arbeitsproduktivität berücksichtigt, werden zahlreiche Faktoren übersehen. So wird z. B. angenommen, daß von den Export- und Importpreisen kein Einfluß ausgeht. Wenn sich z. B. ein Rückgang der Einfuhrpreise nicht vollständig in den Preisen niederschlägt, steigen die Gewinne und wird die Verteilung des Volkseinkommens beeinflußt.

Bei der Interpretation von Schwankungen der Arbeitsproduktivität muß man überdies vorsichtig verfahren, weil die Produktivität stets das Ergebnis aller Faktoren ist. Die physische Produktivität ist übrigens sehr schwer zu ermitteln. Obgleich man erwartet, daß die Frage, inwieweit die Gewerkschaften den Arbeitsanteil am Volkseinkommen beeinflussen, durch den Autor negativ beantwortet wird, nimmt er hierzu keine Stellung.

Ich stimme weder der stufentheoretischen Bemerkung von Professor Zimmerman im Zusammenhang mit den Entwicklungsländern zu noch bin ich mit seinen Schlußbemerkungen einverstanden. Die Entwicklungsländer würden — ich zitiere — "mit einer Kapitalknappheit und mit einer Knappheit an Kenntnissen kämpfen. Unter diesen Verhältnissen sind sie das herrlichste Jagdgebiet für kapitalistische Betriebe". Im allgemeinen ist das Kapital nicht der bremsende Faktor für das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer. Dies wurde wiederholt von den verschiedenen Präsidenten der Weltbank betont.

Im Vergleich zu früheren Jahrhunderten können die Entwicklungsländer leicht auf westliche Fachleute und moderne Ausrüstungsgüter zurückgreifen und auf diese Weise Fehlinvestitionen völlig vermeiden. Daß die Zahl eigener Fachleute in diesen Ländern in ungenügendem Maße zunimmt, liegt daran, daß diese Experten nach ihrer Ausbildung in westlichen Ländern sich dort niederlassen und wenig Lust verspüren, ins eigene Land zurückzugehen. Nur ein Beispiel: In den Vereinigten Staaten bleiben ungefähr 90 % der asiatischen Studenten. Man ist sich im allgemeinen darüber einig, daß die Ausbildung in den Entwicklungsländern selbst erfolgen sollte. Aber in dieser Hinsicht ist bis heute noch nicht viel geschehen.

Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer scheint in erster Linie von institutionellen und politischen Umständen abzuhängen. Gleichwohl sind Verallgemeinerungen schwierig, weil das, was für bestimmte Gruppen von Ländern gilt, nicht notwendigerweise auch für andere Ländergruppen zutrifft. Ohne eine restriktive Bevölkerungspolitik wird in einigen Entwicklungsländern niemals Vollbeschäftigung erreicht werden. Die Lösung aller Probleme von der Erhöhung des Kapitalstocks zu erwarten, wie dies Prof. Zimmerman tut, scheint mir wenig realistisch.

Der Verfasser äußert sich wenig enthusiastisch hinsichtlich der Tätigkeit kapitalistischer Betriebe in Entwicklungsländern. Ich selbst habe kein Interesse an kapitalistischen Betrieben, aber ich frage mich, was man an deren Stelle setzen kann — stets unter der Voraussetzung, daß man Wachstum will. Diese Einstellung läßt mich an die Politik der meisten westeuropäischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg denken, die möglichst viele amerikanische Investitionen anziehen wollten und die später von der "amerikanischen Herausforderung" sprachen.

Wie von mir erwartet wurde, habe ich mich mit diesen Anmerkungen — la critique est aisée — bemüht, eine Diskussion in Gang zu bringen.

Diese Kritik ändert nichts an meiner Meinung, daß das Referat von Professor Zimmerman ein sehr interessanter Beitrag ist. Vielen Thesen des Referenten stimme ich übrigens zu, zum Beispiel, wenn er im Anschluß an die Untersuchungen von Machtverschiebungen feststellt, daß Machtverschiebungen im Grunde nur interdisziplinär analysiert werden können. Vielen Dank!

(Beifall.)

Diskussionsleiter Gottfried Bombach (Basel):

Ich danke Herrn van Meerhaeghe für sein Korreferat, das uns gute Anknüpfungspunkte für die Diskussion bieten wird. Ich schlage vor, daß wir uns zunächst auf die allgemeinen Probleme und erst in einer zweiten Phase auf Spezialfragen konzentrieren.

Herr Zimmerman hat in die Mitte seines Referates die These gestellt, daß sich Macht auf die Knappheit eines Produktionsfaktors stütze, mit dem Bemerken allerdings, man solle sich davor hüten, Macht unbesehen mit "Herrschen" und "Ausbeuten" gleichzusetzen. Bis ins 19. Jahrhundert ist Boden der knappe Faktor gewesen, der Macht begründet hat. Danach kommt das Zeitalter des Kapitals, das Marx beschreibt. Heute wachsen wir in das Zeitalter der knappen Arbeitskraft hinein. Herr Zimmerman stützt sich theoretisch in erster Linie auf die Grenzproduktivitätstheorie, und man mag fragen, ob dies nützlich ist, wo gerade diese Lehre heute so sehr kritisiert wird.

Bei Spezialproblemen denke ich insbesondere an die speziellen Gegebenheiten in den Entwicklungsländern, auf die der Korreferent zu sprechen gekommen ist. Sie mögen vorerst zurückgestellt bleiben.

Hans-Günther Schlotter (Göttingen):

Wirtschaftliche Macht, so sagte der Referent, haben die Inhaber desjenigen Produktionsfaktors, der knapper als andere ist. In diesen Zusammenhang wurde die Unterbezahlung der weniger knappen Faktoren gebracht und, konkret auf das 19. und den Beginn des 20. Jahrhunderts bezogen, wurde gesagt: Der Lohn unterschritt das Wertgrenzprodukt. Andererseits wurde diese Diskrepanz zwischen Faktorpreis und Wertgrenzprodukt auch mit der Marktform in Zusammenhang gebracht. Auf der einen Seite bei den Kapitalisten gleich Arbeitgebern ein Kollektivmonopol — der Ausdruck fiel zwar nicht, aber ich glaube, ich darf ihn verwenden — und auf der anderen Seite die atomistische Konkurrenz der Arbeitnehmer. Demnach hätten wir zwei Faktoren, die diese Diskrepanz verursacht haben. Wenn beide Faktoren voneinander unabhängig sind, entsteht ein Zurechnungsproblem: In welchem Maße ist diese Diskrepanz auf den einen Faktor und in welchem Maße

auf den anderen Faktor zurückzuführen? Über dieses Zurechnungsproblem haben wir, so meine ich, nichts gehört. Ich möchte mir daher an den Referenten die Bitte um ergänzende Bemerkungen erlauben. Diese Ergänzung müßte noch eine Definition einschließen. Denn wenn, entsprechend der These des Referenten, die unterschiedliche Knappheit der Produktionsfaktoren "Macht" konstituiert, ist zu fragen: Wie wird der Unterschied in der Knappheit, die relative Knappheit, definiert? Konkret: Welchem Zinssatz entspricht bei gleicher Knappheit welcher Lohn?

Diskussionsleiter Gottfried Bombach (Basel):

Es sind hier ein paar ganz konkrete Fragen gestellt worden, und ich würde Herrn Zimmerman bitten, gleich darauf zu antworten.

Louis J. Zimmerman (Amsterdam):

Ich muß beginnen mit einer gewissen oratio pro domo. Ich wurde vor etwa einem Jahr gefragt, ob ich einen einführenden Vortrag halten möchte über den Begriff "wirtschaftliche Macht" in der ökonomischen Theorie, einen historischen Überblick. Das war eigentlich das, was man als erstes gefragt hat. Dies könnte zurückgeführt werden auf die Tatsache, daß ich vor langer, langer Zeit einmal ein Buch — einige von Ihnen kennen es vielleicht - über die Geschichte der Volkswirtschaftslehre geschrieben habe. Als ich dann aber damit anfing, passierte etwas für mich selbst vollkommen Unerwartetes: Ich kam dazu, eine gewisse - sagen wir es ganz bescheiden - eigene Theorie über diese Materie zu entwickeln. Und dann habe ich auch die Erlaubnis bekommen, etwas mehr über das Thema zu sprechen, über das ich eigentlich meinte, etwas Neues sagen zu können, statt das alles noch einmal zu wiederholen, was schließlich schon in allen Textbüchern zu finden ist. Ich glaube, man muß mitunter versuchen, etwas Neues zu bringen, auch wenn man weiß, daß das natürlich sofort auseinandergenommen werden und in zehn Jahren auch wieder altmodisch sein wird. Ich habe also versucht, etwas Neues zu bringen: Dabei habe ich — ich bitte um Verzeihung - nur einige Aspekte des Problems behandeln können. Dazu kommt noch, daß meine Zeit mit 45 Minuten sehr beschränkt war. Wir haben sogar noch gesagt bekommen, daß unsere Texte nicht viel länger sein dürften als diese 45 Minuten. Mein Text machte ursprünglich 65 Minuten aus; ich habe sogar noch manches daraus streichen müssen.

Zunächst die Frage, die Herr Kollege Bombach gestellt hat: Warum habe ich diese wirtschaftliche Macht so eng auf diese Theorie der Grenzproduktivität bezogen? — Erstens habe ich das getan, weil wir den

Aufsatz von Böhm-Bawerk zentral über unsere ganze Diskussion gestellt haben und in diesem von dem Gedanken der Grenzproduktivität ausgegangen worden ist. Weiter habe ich es getan — das will ich Ihnen ganz offen und ehrlich sagen —, weil ich glaube, daß es die klarste Weise ist, um Macht zu definieren. Wenn man nämlich sagt: Gehen wir davon aus, daß die Produktionsfaktoren entlohnt werden nach dem Wert der Arbeitsproduktivität, dann kann ich Macht operationell — so kann man, glaube ich, sogar sagen — definieren, indem ich sage: Wenn jemand mehr bekommt als den Wert des Grenzprodukts, dann ist von Macht die Rede, und das bedeutet, daß der andere weniger bekommt. Das gilt an und für sich auch, wenn man sich mit Problemen monopolistischer Konkurrenz beschäftigt. Aber wir können das eventuell später noch einmal in einer zweiten Runde weiterverfolgen.

Dazu habe ich dann die Bemerkung gemacht, daß ich den Gedanken der Substitutionen der Produktionsfaktoren in den Vordergrund stelle und sage — und da sehe ich keinen Widerspruch —: Wenn man ausgeht von einem sehr großen Substitutionskoeffizienten zwischen Arbeit und Kapital, so verschwindet damit die Machtproblematik.

Ich bin dann einen Schritt weitergegangen und habe gesagt: Wenn ich über Macht überhaupt sprechen kann — in der reinen Theorie —, dann muß ich annehmen, daß es keine vollständige Substitution gibt. Sofern es vollständige Substitution gibt, verschwindet die ganze Machtproblematik. Dazu habe ich dann bemerkt: Diese Substitution zwischen Arbeit und Kapital kann aber nicht immer weitergehen. Man kommt ja an einen Punkt — ich gebe zu, daß man ihn nicht exakt feststellen kann —, wo der Lohn niedriger sein würde als das berühmte Existenzminimum. Dann aber kommt man mit der Substitution nicht weiter.

Über die Entwicklungsländer möchte ich eigentlich nur folgendes sagen. Ich stimme nicht überein mit einem Direktor der Internationalen Bank, der sagt: Liebe Kinder, ihr könnt doch immer Geld bekommen, wenn ihr ein gutes Projekt habt. Ich habe das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital in diesem Augenblick in den Entwicklungsländern verglichen mit dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in Westeuropa. Ich glaube, Herr Kollege van Meerhaeghe wird einverstanden sein, daß es da eine grundsätzliche Differenz gibt. Sie brauchen nur die Arbeitslosigkeit — offen oder nicht offen —, die Sie in den Entwicklungsländern finden, zu vergleichen mit der Lage, wie sie jetzt in Westeuropa ist.

Über das Thema der kapitalistischen Betriebe ließe sich sehr lange diskutieren. Ich will gerne auch behaupten, daß diese Betriebe in Entwicklungsländern verschiedene positive Aspekte haben: Sie können daran mitarbeiten, daß es eine größere Beschäftigung gibt, sie können daran mitarbeiten, daß es auch eine bessere Erziehungsmöglichkeit von Arbeitern gibt. Wenn ich aber sehe, wie viele Profite aus den Entwicklungsländern herausfliegen, wenn ich weiß, daß die Dividende und die Rückzahlungen auf private Anleihen genauso viel ausmachen wie der gesamte Kapitalstrom in die Entwicklungsländer, dann bin ich persönlich etwas weniger enthusiastisch hinsichtlich der Wirkung dieser Betriebe in den Entwicklungsländern.

Ich möchte nun auf die Frage zurückkommen, wie ich die Knappheit der Faktoren definiere. Ich habe eine Produktionsfunktion von Cobb / Douglas — Sie können aber auch eine andere nehmen — einem Modell gegenübergestellt — das einfachste ist eine Harrod / Domar-Wachstumstheorie oder eine Produktionsfunktion à la Leontief.

Nun habe ich meine These, die sich zum Teil auf Erfahrungen in Entwicklungsländern stützt, auf die folgende Basis gestellt. Ich gehe aus von einer Komplementarität. Wenn Sie aber von einer Komplementarität der Produktionsfaktoren ausgehen, können Sie immer behaupten: Der eine Faktor ist im Minimum und der andere Faktor im Maximum. Aber "im Maximum" heißt, daß etwas davon nicht angewendet werden kann. Im vorigen Jahrhundert - und darum habe ich soeben diesen historischen Exkurs über die Relation zwischen Landarbeit und Industriearbeit gemacht - hatten wir nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa die Möglichkeit, Arbeit vom Lande anzuziehen. Wir haben gesehen, daß in dieser Periode, die ich erwähnte, etwa 24 Millionen Landarbeiter vom Lande in die Städte abgewandert sind. Das ist nicht nur in Deutschland der Fall gewesen; Sie finden das in England und in Frankreich genau in der gleichen Weise. Daraus habe ich dann den Schluß gezogen, daß eben die Arbeit, wenn Sie diese große Angebotselastizität mit der Arbeit haben gegenüber einer konstanten Zunahme des Kapitals, in der schwächeren Position war.

Das gleiche kann man heutzutage feststellen, wenn man — das habe ich auch erwähnt — in Deutschland oder in ganz Westeuropa über ungelernte, ungeschulte Arbeit spricht, von der man sagen kann: Man hat hier eine ganz hohe Angebotselastizität. Das heißt: Immer, wenn man dieser Arbeit bedarf, ist sie sofort da, während wir bei geschulter Arbeit und insbesondere bei dem Manager von einer ausgesprochenen Arbeitsknappheit reden können.

Wenn jemand fragt: Kann man diese Begriffe genau messen? — einige von Ihnen wissen, daß ich mich gern mit ökonometrischen Untersuchungen beschäftige —, dann ist meine Antwort nein. Aber man sollte sich davor hüten zu sagen, daß meine These falsch ist, weil man das nicht genau messen kann. Wenn man über diese Problematik spricht, kann man sich nicht nur mit den Sachen beschäftigen, die man

genau messen kann; denn dann ist es nicht ausgeschlossen, daß man die weit wichtigsten Elemente in der Analyse einfach beiseite schieben muß, weil sie nicht meßbar sind.

Zusammenfassend darf ich sagen: Ich bin ein großer Freund des Messens der Korrelationsrechnung und was man sich nur denken kann, aber ich bin zu dem Schluß gekommen, daß ich in diesem Fall mit Sachen arbeiten muß, die ich zwar umschreiben, aber leider nicht genau messen kann. Das will nicht heißen, daß es nicht möglich sein wird, in nächster Zukunft mehr auf diesem Gebiet zu messen. Wenn mir aber jemand vorwirft: Sie haben das nicht in eine operationelle, d. h. meßbare Form gegossen, dann muß ich sagen: Ich bin damit vollkommen einverstanden, aber ich konnte es in diesem Augenblick leider nicht anders tun.

M. A. G. van Meerhaeghe (Gent):

Ich habe hier schon gesprochen, und ich will vermeiden, daß es zu einem Dialog kommt. Aber ich darf doch abschließend zu diesem Thema sagen: Kollege Zimmerman gibt also zu, daß man nicht sagen kann, ob es Macht gibt. Man kann es nicht sagen, man kann es nicht messen.

Sie haben gesagt, die Macht wird bestimmt durch die Knappheit. Aber man kann nicht wissen, was knapp ist. Was ist denn der Nutzen dieser Theorie?

Meine Hauptkritik richtet sich gegen die Grenzproduktivitätstheorie, die meines Erachtens nicht gebraucht werden kann, weil man dafür einfach homogene Einheiten haben muß. Das würde aber nur für maximal 5 oder 10 % der Arbeitskräfte gelten. Das ist meine Hauptkritik. Meine Nebenkritik: Sie können es nicht messen, es ist nicht operationell.

Was die internationalen Unternehmen betrifft, wiederhole ich: Ich habe keine Interesse an diesen Unternehmen. Ich will hier nur zur Diskussion beitragen und, wie man im Französischen sagt, l'avocat du diable spielen. Ich glaube, der Saldo ist schließlich positiv. Ich weiß, es gibt viele Nachteile: die Profite, die ins Ausland gehen, usw., aber dafür muß doch eine gewisse Kontrolle vorhanden sein. Der Staat muß z. B. sagen: So und soviel Prozent der Profite können ins Ausland gehen. Wenn man sagt: Weg mit den internationalen Unternehmen, so bin ich damit einverstanden, aber dann muß man es selbst machen. In diesem Augenblick sehe ich aber nicht, wie die Entwicklungsländer das selbst machen können. Das kann man bedauern; aber die Entwicklungsländer haben nicht die wissenschaftlichen Kräfte, die Entwicklungsländer haben nicht die Unternehmer, um das zu tun. Es ist leicht gesagt "das Jagdgebiet", aber was soll man tun?

Entschuldigen Sie, daß ich wieder das Wort genommen habe, aber ich mußte doch sagen, daß meine Hauptbemerkung die Grenzproduktionstheorie betraf und meine Nebenbemerkung war, daß man es nicht messen kann, daß es nicht operationell ist.

Louis J. Zimmerman (Amsterdam):

Ich möchte gern eine kurze Bemerkung machen. Herr Kollege, nehmen Sie es nicht übel: Was Sie sagen, ist nicht richtig, wenigstens nicht in einem Punkt. Über den anderen können wir später reden. Sie sagen, ich behaupte, Knappheit kann man nicht messen und Knappheit braucht man zur Macht. Sie sagen, deshalb könne ich überhaupt nicht über Macht reden. Das ist nicht richtig. Bevor das Thermometer erfunden wurde, konnte man die Temperatur nicht messen; man konnte aber wohl sagen, ob es kalt war oder warm.

(Heiterkeit.)

M. A. G. van Meerhaeghe (Gent):

... aber man konnte keinen intertemporalen oder interregionalen Vergleich ziehen. Es fehlte ein gemeinsames Maß. Ich bin also mit dem, was Sie sagen, nicht einverstanden.

Herbert Biermann (Münster):

Der von Professor Zimmerman gebrauchte Begriff der Entropie ist im organisationstheoretischen Sinne nichts anderes als ein Maß für fehlende Organisiertheit, und dieses Maß für die fehlende Organisiertheit ist gleichzeitig ein Indiz für die Größe (Latenz bzw. Instabilität) einer Gruppe, von der insbesondere kollektive Güter bereitgestellt werden (sollen), bzw. ob Macht gegenüber der Umwelt durchgesetzt werden kann, ob eine Dominanzrelation zwischen latenten Gruppen, zwischen Mengen von Akteuren vorliegt. Sie hatten nun von der Nichtorganisiertheit des Kapitals gesprochen, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Man kann das bekräftigen, wenn man Aktiengesellschaften in Betracht zieht, z. B. das Volkswagenwerk, oder, was noch anschaulicher ist, Konsumgenossenschaften. Die Hausfrau, die einen (Geschäfts-)Anteil von 50 oder 100 DM gezeichnet hat, wird sich vielleicht nach ein oder zwei Jahren nicht mehr daran erinnern. Insofern stellen diese Anteile — jetzt wieder auf die Aktiengesellschaft übertragen — auch im gesamten keinen Machtfaktor dar. Damit könnte man über die Organisiertheit und die Bewußtheit bei den einzelnen Subjekten ein Maß für die Macht des Managements gegenüber dem Kapital ableiten.

Betrachtet man andererseits die Möglichkeiten der Kontrolle des Managements durch die Arbeitnehmer im Betrieb, so stellt man schnell die Kontrollgrenzen fest, die etwa in den Schranken der Informationsverarbeitung z. B. beim Arbeitsdirektor liegen. Demgemäß wird eine Kontrolle des Managements nicht bzw. nur implizit über den Markt zu verzeichnen sein. D. h. einer relativ kleinen (aber gemeinhin nicht organisierten) Gruppe von leitenden Angestellten steht eine große Gruppe von Arbeitnehmern und von Kapitaleignern gegenüber. Jetzt erhebt sich die Frage: Wann können sich diese leitenden Angestellten organisieren und nach vorgenanntem einen Machtfaktor darstellen? Hinweise dazu können der Theorie großer Gruppen entnommen werden.

Die Erfahrungen mit dem Arbeitsdirektor haben gezeigt, daß die betriebliche Mitbestimmung so nicht funktioniert. Der Arbeitsdirektor wird quasi vom Management integriert, eine Spaltung des Managements ist nicht zu beobachten. Man kann also drei große Gruppen — die leitenden Angestellten als latente Gruppe verstanden — einander gegenüberstellen. Wenn man dann in der Lage ist, diese drei Gruppen durch ihre Organisiertheit zu interpretieren und die jeweiligen Strategienmengen anzugeben, kann man für diese Konstellation die Stabilität der Gruppen und ein Machtmaß entwickeln, somit den temporal wirklich knappsten Faktor bestimmen.

Hossein Attar (Bern):

Ich möchte zunächst Herrn Professor Zimmerman für seine anregenden Ausführungen danken. Gestatten Sie, daß ich daran noch einige Bemerkungen und Fragen knüpfe.

Die Zentralthese des Vortrages lautete, Macht sei eine Folge der relativen Knappheit der Produktionsfaktoren. Diese Formulierung befriedigt mich insofern nicht ganz, weil meines Erachtens auch im Falle einer Nichtknappheit Macht entstehen kann, beispielsweise durch Organisation. So braucht bei monopolartigen Organisationen nicht unbedingt Knappheit vorhanden zu sein.

Aber auch mit dieser Einschränkung ist Macht nach meinem Dafürhalten nicht umfassend erklärt. Man denke beispielsweise nur an politische Macht. Ich wäre sehr dankbar, wenn Herr Professor Zimmerman noch einige Erläuterungen hierzu geben könnte.

In diesem Zusammenhang scheint mir, daß bei dieser Tagung ganz allgemein ein so bekannter Wissenschaftler wie Max Weber viel zu kurz gekommen ist, der doch gerade über Probleme wie Macht, Herrschaft usw. Grundlegendes ausgesagt hat. Gestern habe ich hier einen Japaner getroffen, der heute nicht anwesend ist. Er hat von seiner Regierung — und das finde ich sehr interessant — ein Stipendium erhalten, um sich ein Jahr lang hier in Deutschland mit Max Weber zu befassen und sein Werk zu studieren. Damit möchte ich nur sagen, daß

man im Ausland offenbar Max Weber eine größere Bedeutung beimißt, als es bei dieser Tagung und bei dem Referat von Herrn Professor Zimmerman zum Ausdruck gekommen ist.

Ferner möchte ich noch eine Bemerkung in bezug auf die Entwicklungsländer machen. Es ist üblich, die Renditen, die ausländische Investoren in den Entwicklungsländern erzielen, mit den Renditen zu vergleichen, die sie in den Industriestaaten erzielen würden. Soweit ich sehe, ist ein solcher Vergleich nicht ganz zutreffend. Denn die Hauptthese ist doch gerade, daß infolge des relativen Kapitalreichtums die Rendite der Investitionen in den Industrieländern sinkt. Demnach muß eben die Rendite in den Entwicklungsländern höher sein, damit dort überhaupt solche Investitionen durchgeführt werden. Im übrigen ist diese, wenn Sie so wollen, "zu hohe" Rendite in den Entwicklungsländern mindestens teilweise darauf zurückzuführen, daß die dortigen politischen Verhältnisse in mancher Hinsicht zu wünschen übrig lassen. Wäre dem nicht so, könnte ich mir ohne weiteres vorstellen, daß die Bereitschaft des Auslandes, in diesen Entwicklungsländern in höherem Maße zu investieren, größer wäre. Dann würde sich auch diese "zu hohe" Rendite tendenziell einigermaßen ausgleichen. Mit dieser Ergänzung möchte ich die Notwendigkeit von Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern durchaus unterstreichen, die auch Herr Professor Zimmerman hervorgehoben hat.

Diskussionsleiter Gottfried Bombach (Basel):

Ich möchte nochmals an meine Bitte erinnern, die besondere Problematik der Entwicklungsländer vorerst noch beiseite zu lassen. Bleiben wir bei der Kernfrage, der Begründung von Macht durch die Knappheit von Produktionsfaktoren und der Nützlichkeit der Grenzproduktivitätstheorie.

Wolfram Fischer (Berlin):

Ich möchte noch einmal an die Behauptung, die dem Referat von Herrn Zimmerman zugrunde liegt, anknüpfen, daß Macht auf die relative Knappheit einzelner Faktoren im Verhältnis zu anderen komplementären Faktoren zurückzuführen ist, und an die Stufentheorie, die er daraus entwickelt, die Theorie nämlich, daß zunächst der Boden knapp war, dann das Kapital und heute die Arbeit. Nun bin ich Wirtschaftshistoriker, und diese Theorie scheint mir unvereinbar mit einigen in der Wirtschaftsgeschichte akzeptierten Befunden zu sein, wenngleich konsistent mit anderen. Hier habe ich einige Fragen.

Zunächst würde ich meinen: Das Faktum, daß in der ersten Periode der Boden ein relativ knapper Produktionsfaktor war, kann doch kausal nur so erklärt werden, daß Macht über die Verfügung von Boden ausgeübt wurde, nicht umgekehrt. Denn an sich, relativ zur Bevölkerung etwa, war der Boden weniger knapp. Wenn man etwa die Steigerung der Bodenpreise von heute vergleicht mit den Preissteigerungsraten in den Gegenden des vorindustriellen Europas, wo die Bodenbesitzer freies Verfügungsrecht über ihren Boden hatten, so muß man schließen, daß der Boden heute knapper ist als im achtzehnten Jahrhundert. Und wenn wir den Überseebereich einbeziehen: Dort war der Boden im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert sowenig knapp, daß er verschenkt worden ist. Ich würde also hier mindestens die Einschränkung machen, daß ich das Kausalverhältnis umgekehrt sehe.

Nun zur relativen Knappheit des Kapitals im neunzehnten Jahrhundert. Dieser These stimme ich im Prinzip zu. Trotzdem habe ich eine Frage: Wie erklären Sie es sich, wenn das zutrifft, daß der Kapitalzins im neunzehnten und auch schon im achtzehnten Jahrhundert so relativ niedrig war, wiederum verglichen mit heute? Man kann natürlich sagen, heute sei die Inflationsrate höher. Ich weiß allerdings nicht, ob diese Erklärung genügt; dazu bin ich zuwenig Theoretiker. Die Tatsache aber ist unbestritten — und Ashton hat in seiner "Geschichte der industriellen Revolution" großen Wert darauf gelegt —, daß das Sinken des Kapitalzinses im Verlauf des achtzehnten Jahrhunderts die industrielle Revolution mindestens erleichtert, wenn nicht überhaupt erst ermöglicht hat.

Wenn Sie davon ausgehen — Sie haben hier Hoffmann, Grumbach, Hesse zitiert —, daß der Lohn von 1870/73 bis 1914 hinter dem Wert des Grenzprodukts der Arbeit zurückblieb und damit der Arbeitsanteil am Volkseinkommen zurückging — ich nehme an, daß das richtig ist; ich habe es jetzt nicht im Kopf —, wie läßt sich das dann vereinbaren mit der Tatsache, daß zumindest in dem Teil dieser Periode, die die "große Depression" genannt wird, nämlich von 1873 bis zur Mitte der neunziger Jahre der Reallohn wahrscheinlich gestiegen ist? Das könnte doch meines Erachtens nur zu erklären sein, wenn der Anteil der Unselbständigen in der Volkswirtschaft sank, was mir aber wiederum aus Hoffmann, Grumbach, Hesse nicht geläufig ist und was, wie ich glaube, auch nicht der Fall gewesen sein kann. Die Zahl der Unselbständigen ist doch relativ gestiegen. Hier hätte ich gern eine Erklärung. Möglicherweise habe ich auch nicht alle Fakten genau im Kopf.

Am einleuchtendsten scheint mir noch der letzte Teil Ihrer Stufentheorie zu sein — obwohl ich Stufentheorien generell skeptisch gegenüberstehe —, daß heute der Produktionsfaktor Arbeit besonders knapp ist. Sie haben in diesem Zusammenhang aber eine Bemerkung gemacht, die mir falsch zu sein scheint, nämlich daß deshalb die Selbstfinanzie-

rungsquote heute höher sei als früher. Nun weiß ich nicht, was Sie mit "früher" gemeint haben, ob Sie etwa 1970 mit 1950 verglichen haben. Wenn Sie die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg etwa mit dem neunzehnten Jahrhundert vergleichen, müssen Sie feststellen, daß die Selbstfinanzierungsquote früher deutlich höher war als jetzt. Denn die industrielle Revolution ist ja ganz wesentlich durch Selbstfinanzierung zustande gekommen, sei es auch nur deshalb, weil die finanziellen Institutionen noch nicht zur Verfügung standen, oder aber, weil die Kapitalbesitzer ein Mißtrauen gegenüber den industriellen Unternehmen hatten und ihre Kapitalien lieber dem Staat zur Verfügung stellten.

Aus Ihrer Schlußbemerkung in der Diskussion schien mir hervorzugehen, daß Sie glauben, der Lohn könne nie unter das Existenzminimum sinken. Auch das ist natürlich empirisch-historisch nicht richtig. Lohn befand sich für Jahrhunderte unter dem Existenzminimum. Viele Familien konnten nur existieren, weil sie außer dem Lohn des Mannes noch andere Löhne oder andere Arten des Einkommens hatten. Lohn lag bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts für große Teile der Bevölkerung generell unter dem Existenzminimum.

Diskussionsleiter Gottfried Bombach (Basel):

Meine Monopolstellung als Diskussionsleiter möchte ich für einen Moment mißbrauchen und den Bemerkungen von Herrn Fischer einige Fragen hinzufügen. Vielleicht kann ich damit dort klärend wirken, wo Herr Fischer Widersprüche sieht.

Die Übereinstimmung mit Herrn Fischer besteht in folgendem. Herr Zimmermann geht davon aus, daß Kapital heute nicht mehr der knappe Faktor sei. Nehmen wir den einfachsten Fall einer Produktionsfunktion der neoklassischen Wachstumstheorie mit konstanten Skalenerträgen und neutralem technischen Fortschritt. Die Symbole Y, K, A und T bezeichnen reales Sozialprodukt, Kapital, Arbeit und Stand der Technik. Werden mit W die Zuwachsraten der Variablen angegeben, so lautet die Wachstumsrate des Sozialproduktes

$$W_y = nW_K + (1 - n) W_A + W_T,$$

mit n als der partiellen Produktionselastizität des Kapitals. Wenn sich die Sparquote der Volkswirtschaft über sehr lange Zeit nicht wesentlich ändert — und dies ist eine Annahme, die die Realität wiedergibt —, so wächst schließlich der Kapitalapparat genau so schnell wie das Sozialprodukt; anders ausgedrückt: Der Kapitalkoeffizient bleibt, annähernd konstant. Im Extremfall gilt $W_K = W_y$. Setzt man diese Beziehung in

die Ausgangsgleichung ein, so fällt die Variable K heraus, und es gilt einfach

$$W_y = W_A + \frac{1}{1-n} W_T.$$

Die Wachstumsrate des Sozialproduktes ist also nur noch abhängig von der Zunahme der Arbeitsbevölkerung und vom technischen Fortschritt. Wegen $W_K = W_y$ ist aber die Zuwachsrate des Kapitalstocks stets größer als diejenige der Arbeitskraft, und zwar wegen $W_T > O$. Arbeit wird also zunehmend der knappe Faktor, ständig findet eine Substitution statt. Dies gilt wohlbemerkt für jede Rate der Bevölkerungsvermehrung: Durch die Annahme der konstanten Sparquote alimentiert sich jede beliebige Wachstumsrate der Bevölkerung von selbst. Lassen wir hier die Problematik der "Golden Age"-Betrachtungen beiseite.

Würde man zur Klassik zurückkehren und Boden wieder in die Produktionsfunktion einführen, so wäre seine Zuwachsrate gleich Null. Boden wäre also der absolut knappste Faktor; nach Zimmermann müßte er Macht im Extremen begründen. Bei ihm ist Boden aber gerade dann machtbegründend, als er in der Welt noch weit und breit zum Preise Null zu haben war. Bei dieser Kritik stimme ich mit Herrn Fischer überein. Für Arbeit und Kapital akzeptiere ich die zentrale These Zimmermanns. Allerdings könnte man, wenn man nach neoklassischer Manier die Technologie als "Dritten Produktionsfaktor" einführt, auch fragen, ob sich dann Macht nicht auch durch Knappheit eben dieses Faktors begründen ließe.

Jetzt zur Frage der Grenzproduktivitätstheorie. Es wird Bezug auf die Periode 1870 bis 1914 genommen. Nach allem, was wir heute wissen, hat in diesem Zeitraum die Lohnquote abgenommen. Die Zunahme des Reallohnes in der Periode der Großen Depression des 19. Jahrhunderts, Herr Fischer, scheint eine statistische Täuschung zu sein, wahrscheinlich bedingt durch die Anwendung falscher Preisindices. Offenbar sind im Index der Lebenshaltungskosten die damals sinkenden Agrarpreise — bedingt durch das Angebot des amerikanischen Weizens auf dem Weltmarkt nach dem Eisenbahnbau — zu stark gewichtet worden.

Müssen wir die Grenzproduktivitätstheorie bemühen, um die sinkenden Lohnquoten und möglicherweise sinkenden Reallöhne zu erklären? Ich meine: nein. Ich würde eher auf Keynes und Kaldor vertrauen. In der genannten Epoche bis 1914 hat die Investitionsquote deutlich zugenommen. Schumpeter spricht von einer Aufschwungsphase im Kondratieff-Zyklus, bedingt durch Elektrifizierung und Entwicklung der Großchemie. Ersparnisse jenseits des Unternehmerbereichs hat es keine wesentlichen gegeben: nicht bei den Haushalten der Unselbständigen, nicht in den öffentlichen Haushalten, deren Manövriermasse ja noch

viel zu klein war, um kreislaufwirksam zu sein. Nimmt die Investitionsquote zu, ohne daß auch Haushaltsersparnisse sich entwickeln, so muß die Gewinnquote zu- und die Lohnquote abnehmen. Dies ist reine "Saldenmechanik", und wir brauchen keine Grenzproduktivitätstheorie zu bemühen.

In neuerer Zeit steigt die Lohnquote, zumindest die unbereinigte. Weshalb? Die Investitionsquoten in verschiedenen europäischen Ländern sind eher leicht zurückgegangen, während sich große Sparquellen jenseits des Unternehmerbereichs auftun. Ein Drittel der Ersparnisse sind heute Überschüsse öffentlicher Haushalte in laufender Rechnung, und es gibt stattliche private Ersparnisse. Somit geht die Gewinnquote zurück, die Lohnquote wächst. Dies ist eine völlig andere Erklärung des gleichen Phänomens.

Ich frage mich selbst, ob man die Keynes-Kaldorsche Theorie als Machttheorie interpretieren darf. Ich glaube, man kann es, und ich sehe auch keinen Widerspruch zur Knappheitstheorie Zimmermans. Es handelt sich nur um eine andere, viel einfachere, Interpretation des gleichen Phänomens, bei der sich der Konflikt nicht stellt, ob Kapital meßbar ist oder nicht.

Sind noch weitere Fragen zur "Knappheitstheorie" und zur Grenzproduktivitätstheorie anzumelden?

Ulrich Fehl (Marburg):

Wir haben auf dieser Tagung ständig von Böhm-Bawerk gesprochen, aber meist nur im Hinblick auf seinen Aufsatz "Macht oder ökonomisches Gesetz". Es sei mir jedoch erlaubt, einmal auf ein anderes von Böhm-Bawerk behandeltes Gebiet überzugehen, das in engem Zusammenhang mit dem soeben betrachteten Problem zu stehen scheint: Ich meine seine Theorie der durchschnittlichen Produktionsperiode und seine Unterscheidung der Faktoren in originäre und abgeleitete.

Mir scheint, daß in Ihrer These begrifflich nicht scharf genug herausgekommen ist, daß wir Kapital eben nicht als einen dem Boden völlig analogen Faktor betrachten können, sondern daß Kapital — wenn man die Beteiligung des Bodens vernachlässigt — in der strengsten Formulierung als "vorgetane Arbeit" aufgefaßt werden muß, so daß eine Interdependenz zwischen dem Kapitalstock und dem Arbeitspotential besteht. Deshalb sollte man konsequenterweise auch zwischen der Substitution von Arbeit durch Kapital und der "Vertiefung des Kapitalstocks" unterscheiden. Ich erinnere hier an die bekannte Diskussion, die mit Shoves Besprechung von Hicks' "The Theory of Wages" entstand und — wenn man an den amerikanischen Raum denkt — mit den

"Nichtsubstituierbarkeitstheoremen" von Samuelson und verwandten Theoretikern weitergeführt wurde.

In diesem Sinne — und in der von Professor Bombach aufgeführten Formel kommt dies klar zum Ausdruck - betrifft die Konstanz der Sparquote nur die Frage der Kapitalakkumulation, nicht die der Substitution. Die Substitution ist, wenn wir streng argumentieren, bei konstantem Zinssatz nicht möglich. Gehen wir der Einfachheit halber von einem homogenen Faktor Arbeit aus, so regelt der Zinssatz ihren direkten oder indirekten Einsatz, d. h. er mißt die Differenz der Wertgrenzprodukte bei direktem bzw. indirektem Einsatz der Arbeit, eine Feststellung, die Oskar Lange im Anschluß an Wicksell schon in den dreißiger Jahren getroffen hat. Eine Substitution von Arbeit durch Kapital (Erhöhung der indirekt eingesetzten Arbeit) ist deshalb bei konstantem Zinssatz nicht möglich. Man kann also den Faktor Kapital nicht einfach wie den Faktor Boden behandeln. Während bei letzterem die Substitution technisch und ökonomisch möglich ist, gibt es im Bereich des Kapitals zwar die technische Möglichkeit der Substitution, aber sie kommt ökonomisch nicht zum Zuge, eben weil Kapital vorgetane Arbeit darstellt. Wenn aber der Faktor Kapital in dieser Weise vom Faktor Arbeit abhängig ist, stellt sich die Frage, ob die Knappheitsverhältnisse beider Faktoren sich völlig unabhängig voneinander entwickeln können und ob gegebenenfalls nicht auch die Aussagen über die Machtbeziehungen unter diesem Gesichtspunkt relativiert werden müssen.

Mit Herrn Professor Bombach bin ich einer Meinung, daß der Boden heutzutage die knappste Kategorie darstellt. Nur stellt sich die Frage: Hat er heute noch diese durchschlagene existentielle Bedeutung für den Menschen, wie er es in früheren Jahrhunderten hatte? Ich weiß im Augenblick nicht, wie hoch der Anteil des Bodens am Volkseinkommen ist; er liegt aber sicherlich unter 5 %. Aus diesem Grunde folge ich eher der Argumentation von Herrn Professor Zimmerman, daß der Boden bis zum achtzehnten oder neunzehnten Jahrhundert die dominierende Position hatte, während heute Kapital und Arbeit im Vordergrund stehen.

H. Triefel (Köln):

Herr Professor Zimmerman hat Macht aus dem Widerspruch von Knappheit und Überfluß definiert. Das bedeutet, daß Macht nicht absolut meßbar ist, sondern nur in dieser genannten Relation. Aber wie mir scheint, kann es auch nicht darauf ankommen, Macht abzumessen, sondern darauf, sie entweder zu beseitigen oder sie irgendwie zu steuern.

Marx hat die kapitalistische Produktionsweise bestimmt als das Chaos, das bei inhärenter Rationalität in seiner Ganzheit jedoch irrational sei. Da Chaos definiert ist als Anarchismus, also Herrschaftslosigkeit, muß gefragt werden, wie in diese Herrschaftslosigkeit denn Macht eindringen könne, wie nämlich das Chaos plötzlich beherrschbar wird. Die Frage kommt damit zu ihrem Anfang zurück; der Zirkel ist perfekt. Gelöst werden kann er nur, wenn nicht nach Macht als Macht gefragt wird — wie sie zu definieren sei oder ähnliches —, sondern der Zirkel ist nur dann zu sprengen, wenn anders gefragt wird, z. B. nach Interessen, die hinter Macht stehen. Welches Interesse ist es, das Macht zu seiner Durchführung für sich beansprucht?

Louis J. Zimmerman (Amsterdam):

Bei der Antwort auf die letzte Frage kann ich zugleich zu dem Punkt kommen, den Sie erwähnt haben, als Sie etwas zur politischen Macht fragten. Sie erinnern sich vielleicht, daß ich in meinem Vortrag erwähnt habe, daß wirtschaftliche Macht ohne weiteres eine gute Basis für politische Macht bilden kann und höchstwahrscheinlich auch bilden wird. Wenn ich jetzt eine politische Stufentheorie — ich benutze diesen Ausdruck einmal — aufstellen müßte, wäre diese ganz einfach: In der Periode, in der Boden der herrschende Faktor war, herrschte die frugale Art. Später war es das Kapital. Ich kann mir vorstellen — manche werden sagen, das sei schrecklich reaktionär, andere werden sagen, es sei schrecklich revolutionär, wieder andere werden sagen, es sei utopistisch —, daß in Zukunft dann tatsächlich der knappe Faktor Arbeit, aufgegliedert in Management und geschulter Arbeit, die Macht übernehmen wird.

Was nun den Boden anbelangt, so habe ich gesagt — ich nehme niemandem übel, wenn er das vergessen hat —: "Die Menschen werden mit Unterschieden in Kraft, Gesundheit, Intellekt, Gewandtheit und Ausdauer geboren. Ursprünglich waren es die körperlich Stärksten, die den Boden okkupierten." Dazu darf ich nun hier auch die Fußnote verlesen:

"Vgl. hierzu das folgende Lehrgespräch bei J. W. Goethe:

Lehrer: Bedenk, o Kind, woher sind diese Gaben? Du kannst nichts

von dir selber haben.

Kind: Ei, alles hab' ich vom Papa. Lehrer: Und der, woher hat's der?

Kind: Vom Großpapa.

Lehrer: Nicht doch. Woher hat's denn der Großpapa bekommen?

Kind: Der hat's genommen."

Da haben Sie die ganz einfache Geschichte mit dem Boden: Die haben ihn genommen, und dadurch wurde er knapp. Nehmen Sie z.B. ein Land wie Brasilien, das eine Unmenge Boden hat. Aber dieser Boden ist genommen, und auf Grund der einfachen Tatsache, daß die Grundbesitzer es den Landarbeitern nicht erlauben, auf diesem Boden zu arbeiten, ist er knapp.

Nun haben Sie recht, wenn Sie sagen, daß hier Macht vorausgegangen ist, weil diese Macht den Boden okkupiert hat. Das hätte ich vielleicht etwas stärker betonen müssen, als ich es getan habe. Aber immerhin habe ich schon im Anfang gesagt: Dieser Boden wurde der knappe Faktor, weil diejenigen, die ihn besaßen, die Möglichkeit und das Recht hatten, mit ihm zu tun, was sie wollten.

Nun aber zurück zu der Geschichte der Selbstfinanzierung. Da gibt es höchstwahrscheinlich einen Kurzschluß, wenn ich so sagen darf. Wenn ich hier über Selbstfinanzierung gesprochen habe, dann meinte ich die Aktiengesellschaften. Bei den Aktiengesellschaften war es früher, vor dem zweiten Weltkrieg, verhältnismäßig natürlich, daß man den größten Teil der Gewinne ausschüttete und an den Kapitalmarkt ging, um das Kapital aufzustocken. Heutzutage wird — jedenfalls soviel ich weiß — ein viel größerer Teil von Aktiengesellschaften aus nicht ausgeschütteten Gewinnen in Betrieb gehalten und reinvestiert.

Weiterhin ging es um den Reallohn im vorigen Jahrhundert. Das einzige, was ich behauptet habe, war, daß Hoffmann, Grumbach und Hesse fanden, daß die Arbeitsproduktivität um 1 % stieg, während der Reallohn um 0,93 % anstieg. Die Arbeitsproduktivität stieg aber trendmäßig in dieser Periode bedeutend stärker als um 1 %, folglich ist also auch der Reallohn trendmäßig in dieser Periode tatsächlich gestiegen.

Jetzt zum Zinsfuß! Er war im vorigen Jahrhundert tatsächlich niedrig. Er blieb, wenn wir von einer einzigen Periode absehen, verhältnismäßig konstant. Ich glaube aber, daß man dann, wenn man über die außerordentliche Höhe des Zinsfußes von heute redet, die Preissteigerung — das habe ich auch ausgeführt — in Betracht ziehen muß. Wenn Sie eine Korrektur hinsichtlich der Preissteigerung vornehmen, kommen Sie auch heutzutage im großen und ganzen gar nicht zu so sehr hohen Zinsfüßen. Wenn in einem Land das Preisniveau pro Jahr um 4,5 % steigt, müssen Sie diese 4,5 % vom Zinsfuß abziehen, um den Realzinsfuß zu bekommen.

Mit dem, was Sie sagten, Herr Vorsitzender, bin ich einverstanden: Man kann es auf verschiedene Art und Weise betrachten.

Nun zu der Frage der Substitution und der Komplementarität: Ich hoffe, daß wir später vielleicht noch eine Möglichkeit haben, etwas weiter darüber zu diskutieren; das machen wir aber vielleicht besser in einem etwas kleineren Kreise, als wir ihn hier haben, weil es dann verhältnismäßig schnell sehr technisch wird. Ich habe dabei besonders an diesen Aufsatz von Johansen — ich habe ihn auch zitiert — gedacht,

in dem er sagt, daß die Substitution zwar ex ante möglich ist, nicht aber ex post. Weil nun der weit größte Teil des Kapitals schon vorhanden ist, haben Sie nur mit einem Bruchteil, vielleicht nur mit 4,5 % des gesamten vorhandenen Kapitalstocks, die Möglichkeit, das Problem der Substitution überhaupt erst einmal anzuschneiden. Denn bei allem, was von früher stammt, ist diese Möglichkeit nicht vorhanden.

Eines möchte ich noch fragen. Vielleicht können wir nachher noch darüber weiter reden. Wenn Sie über die Konstanz des Zinsfußes sprechen: Ich habe über die Substitutionselastizität gesprochen. Dabei handelt es sich immer um die Relation zwischen Zinsfuß und Lohn. Wenn beide, Lohn und Zinsfuß, konstant bleiben, ändert sich eigentlich überhaupt nichts mehr, und die ganze Diskussion, ob es zu Machtverschiebungen kommt, hört auf.

Ich sehe ein, daß ich nicht alles vollständig beantwortet habe. Vielleicht ist es möglich, wenn ich die gesamten Texte bekomme, noch etwas hinzuzufügen. Wahrscheinlich habe ich einige Fragen nicht beantwortet, aber ich habe in der kurzen Zeitspanne, die mir zur Verfügung stand, mein Äußerstes getan.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Gottfried Bombach (Basel):

Meine Damen und Herren, wir wollen jetzt das Thema unter Einbeziehung internationaler Wirtschaftsbeziehungen im allgemeinen und der Entwicklungsländer im besonderen diskutieren.

Heinz Rudolph (Düsseldorf):

Sie hatten zum Schluß die Entwicklungsländer angesprochen. Ich möchte einige Anmerkungen dazu machen, weil das, was Sie ausführten, mißverstanden werden kann. Der Austausch zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern könnte dadurch gefährlich belastet werden.

Es erscheint mir fraglich, ob man die Volkswirtschaften beider Regionen ohne weiteres in Vergleich setzen kann, so wie Sie es unternommen haben. Ich spreche aus der Praxis: Als deutscher Betriebswirt war ich drei Jahre in einer hohen Amtsstellung im Entwicklungsland Malaysia tätig — etwa im Range eines Staatssekretärs. Wir dürfen nicht übersehen, daß sich die Entwicklungsländer zu einem erheblichen Teil noch im Zustand der Selbstversorgung befinden und die Marktwirtschaft nur zum Teil existent ist.

Zweite Anmerkung: Die Miseren und die entsetzlichen Zustände in den Entwicklungsländern hängen nicht mit der vom Referenten behaupteten angeblichen Ausbeutung durch die Kolonialherren zusammen, es liegen ganz andere Gründe vor. Sie hängen vor allem mit dem Dualismus zwischen Arm und Reich zusammen, der schon vor der Kolonialzeit vorhanden war, von den Kolonialmächten allerdings auch nicht beseitigt worden ist. Die Diskrepanz zwischen Arm und Reich ist eine Folge der "Verkrustung" der Gesellschaftsordnung.

Dritte Anmerkung: Nach Berechnungen der UN müssen bis etwa 1985 650 Millionen neue, zusätzliche Arbeitsplätze in der Dritten Welt geschaffen werden, nur um den jetzigen, gewiß miserablen Zustand zu erhalten. Erst wenn mehr als 650 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, kann man die Hoffnung auf eine Besserung der Lage haben. Die Schaffung von Arbeitsplätzen in dieser Größenordnung in 13 Jahren ist aber kaum denkbar, und deshalb werden in den vor uns liegenden Jahren und Jahrzehnten Katastrophen wohl unvermeidbar sein, für die die westliche Welt nicht die Verantwortung übernehmen kann. Die Wiegen sind schneller als der Pflug oder der Webstuhl. Dennoch muß alles Erdenkliche getan werden, damit der Strom von Know-How, Erfahrungen und Kapital in die Entwicklungsländer fließen kann. Dabei müssen sich allerdings die Entwicklungsländer vieles einfallen lassen, damit sie anziehend bleiben. Es wird keine Weltregierung geben, die Kapital und Know-How in die Entwicklungsländer dirigieren könnte.

Die Entwicklungsländer gewähren Vergünstigungen aller Art an die Investoren, damit Know-How und Kapital in ihr Land kommt.

Letzte Anmerkung: Die Renditen der Investoren aus kapitalistischen aber auch aus kommunistischen Ländern scheinen zu hoch — so wurde hier gesagt. Das mag zutreffen, jedoch muß die Abgeltung für erhebliche Risiken mit in Betracht gezogen werden. Die Risikenabgeltung ist in der Rendite mit enthalten. Viele Privatunternehmer, aber ebenso auch staatliche Investoren sind besorgt um die Absicherung, denn die Gefährdungen sind in der Dritten Welt entschieden höher als in den entwickelten Ländern. Mit meinen Anmerkungen wollte ich den Gedankengang korrigieren, wonach die Kolonialherren angeblich die Schuld an der Misere in den Entwicklungsländern tragen. Man darf heute gewiß nicht von einem "modernen Ausbeutertum" sprechen, so wie es geschehen ist.

Willi F. L. Engel (Kelkheim):

Herr Professor Zimmerman hat für mich eigentlich das Wichtigste am Schluß seiner Ausführungen erwähnt, nämlich eine neue Ausrichtung dieses hundertjährigen Vereins auf eine Aufgabe, die wohl etwas zu kurz gekommen ist: auf die Fragen der Entwicklungsländer und der Entwicklungshilfe. Ich glaube, hier liegt wirklich eine echte Aufgabe.

Für mich war es besonders interessant zu sehen, wie die Problematik zum Teil falsch verstanden, falsch interpretiert oder an Tagesmeinungen ausgerichtet dargestellt wurde. Lassen Sie mich als Praktiker dieses Feldes Entwicklungshilfe einmal versuchen, es in die Thematik des heutigen Tages hineinzustellen! Für mich stellt sich das, was Sie als den Machteinfluß über Investitionen der Industrieländer darstellen, in zwei Aspekten dar.

Sie sprachen von Knappheit von Kapital und Know-How als Macht; Macht in den Händen der Industrieländer. Wie wird diese Macht übertragen? — In zwei Formen. Im Zuge der Entwicklungshilfe wird die Macht übergeben, d. h., es werden diese knappen Faktoren den im Entwicklungsland an der politischen Macht Befindlichen zur Verfügung gestellt und ein- und untergeordnet. Das geschieht ohne alle diese negativen Hintergedanken, die Sie, Herr Professor Zimmermann, ein bißchen darin sahen. Es wird, ich möchte fast sagen "idealistisch", d. h. mit dem ganzen verfügbaren Instrumentarium ausgewogen, über Costbenefit-Analysen gecheckt, über sozioökonomische Studien geprüft und mit den sonstigen wissenschaftlichen Methoden aufbereitet, dann so dargeboten, daß eigentlich alles ideal aufgehen müßte. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite wird die Macht nicht abgegeben; und das gleiche geschieht. Ich nenne als Beispiele Brasilien und Singapur, Länder, bei denen der Investor aus dem Industrieland die Macht behält, bei denen er die Kapitalmehrheit behält, bei denen er das Management behält, wo die Macht nicht abgegeben wird, wo die Macht höchstens ein klein wenig verteilt wird.

Und nun kommt die Frage an die Wissenschaft: Welche Methode ist besser? Ich weiß es nicht. Als Politiker eines Entwicklungslandes würde ich vielleicht sagen: Selbstverständlich die zweite — lachen Sie nicht —, denn die zweite Methode ist ja die einfachere. Ich brauche ja, wenn alles eines Tages stimmt, nur zu nationalisieren, und dann habe ich alles. Die erste Methode ist mir im Ansatz zu idealistisch; ihre Ergebnisse werden durch demokratische Elemente, durch verwaltungsmäßige Akte usw. gehandikapt; es wirkt nicht die Brachialgewalt des Kapitalismus. Ich würde also, wenn ich ein kalt rechnender Politiker wäre, die Antwort geben: Die zweite Methode ist besser. Aber bitte, dieses wäre eine Frage, die einer Institution, wie wir sie hier repräsentieren, zu stellen wäre.

Ich nenne Ihnen eine zweite Frage, die mich beschäftigt: Was sollen wir denn den Entwicklungsländern in bezug auf eine Machtstruktur spezifischer Art verkaufen? Ich denke an die Betriebsgrößen, die für mich Machtstrukturen verkörpern. Soll ich weiter mein Rezept verkau-

fen, die kleinere und mittlere Industrie zu fördern, damit wir einen gesunden Mittelstand erhalten, der stabilisierend ins Politische hineinwirkt, oder sollen wir den Größentendenzen der industrialisierten Länder folgen? Ich frage dann wieder die Wissenschaft: Kann ich denn das jetzt beantworten aus dem Historischen heraus oder aus theoretischen Konzeptionen, wenn ich versuche, das, was die Industrienationen in hundert Jahren erreicht haben, in zehn Jahren zu erreichen? Verstehen Sie: Ich möchte ganz bewußt Zweifel in dieses Denken setzen und irgendwo etwas herauslocken, damit auch in dieser Richtung einmal etwas geschieht.

Im übrigen darf ich sagen: Ich habe heute durch die Diskussion viel gelernt. Herr Professor Zimmerman, Sie haben Ihre Definition an die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital angehängt. Das wurde in der Diskussion um das Know-How erweitert. Wenn man sich nun die Frage stellt: Was ist Macht?, kommt man aus der Diskussion heraus eigentlich zu der Antwort: Macht ist Verfügbarkeit über relativ Knappes. Der Ökonom ist viel zu leicht geneigt, am ökonomischen Bereich zu kleben. Er denkt eben an Produktionsfaktoren. Aber ist nicht Intelligenz auch Macht? Oder Überredungskunst? Denken Sie an den Markt, an die Reklame! Ich glaube, durch die Diskussion, die sich automatisch um einzelne Komponenten erweitert hat, sind wir einer generellen Antwort nähergekommen. Dabei stellt sich mir als Praktiker wieder die Frage: Wie ist es eigentlich, wenn man hier eine generalisierte Antwort hat: Ist man der Wahrheit dann wirklich ein Stück nähergekommen?

Diskussionsleiter Gottfried Bombach (Basel):

Jetzt hat zunächst Herr Kollege van Meerhaeghe die Gelegenheit zu einem Schlußwort.

M. A. G. van Meerhaeghe (Gent):

Die Bücherbesprechungen in amerikanischen und französischen Zeitschriften sind sehr unterschiedlich. In französischen Bücherbesprechungen gibt man im allgemeinen ein Resümee über das Buch. Man spendet viel Lob, und man hofft, daß der Kollege dasselbe tun wird, wenn man einmal ebenfalls ein Buch schreibt. In amerikanischen und auch englischen Zeitungen ist das Gegenteil der Fall. Dort ist man ziemlich hart. Man kann dasselbe sagen von Diskussionen und Korreferaten. Es wäre viel leichter gewesen, hier etwas Generelles zu sagen und darzulegen: Ja, ich bin einverstanden mit a, b und c. Aber für eine Diskussion ist es, glaube ich — ich sage nicht, daß ich recht habe — besser, anzugreifen, ein wenig Kritik zu üben. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um zu sagen, daß ich das Referat von Herrn Kollegen Zimmerman hoch schätze und daß die Kritik, die ich geübt habe, nichts zu tun hat mit der

Qualität dieses Referats. Ich wollte auch noch einmal meinen Dank dafür aussprechen, daß er uns so viel Neues gezeigt hat. Er hat uns hier in großen Strichen etwas vorgestellt. Es ist immer sehr schwierig, so etwas zu generalisieren. Man vergißt dann sehr viele Faktoren, die ebenfalls Einfluß haben. Mehr wollte ich nicht sagen.

Louis J. Zimmerman (Amsterdam):

Herr Kollege, jetzt fange ich fast an zu zweifeln. Wenn Sie es so oft wiederholen, dann glaube ich es nicht mehr.

(Heiterkeit.)

Eines muß ich erwähnen: Mein Text, der etwa 25 Seiten umfaßt, enthält vielleicht nur eine halbe Seite — das sind also 2 bis 3 % des ganzen Textes —, wo ich mich mit der Entwicklungsproblematik auseinandergesetzt habe. Das Interessante ist, daß so viele Herren auf diese zwei, drei Sätze eingegangen sind. Ich habe da vielleicht auch etwas Unangenehmes gesagt. Ich habe aber auch an anderen Stellen Unangenehmes gesagt. Das aber ist vielleicht nicht so ganz durchgedrungen. Hier aber habe ich etwas über das "Mäntelchen der Entwicklungshilfe" und über das "Jagdgebiet" gesagt. Na schön, ich möchte noch einiges dazusagen.

Erstens: Ich glaube selber, daß der knappste Faktor in den Entwicklungsländern nicht das Kapital, sondern das Know-How ist, und ich vertrete immer leidenschaftlich die These, daß das, was die Entwicklungsländer in erster Linie brauchen, technische Hilfe ist. Das klingt sehr oft nicht angenehm, denn — wir können ganz offen und ehrlich sein — ein nicht geringer Teil dessen, was man Kapitalhilfe nennt, ist einfach nichts anderes als Exportpromotion. Ich finde das nicht schlimm, aber man muß verstehen, daß es eine Differenz gibt zwischen Hilfe und Exportpromotion. Daß aber die Entwicklungsländer besonders unsere technische Hilfe, unser Know-How, brauchen, das habe ich nie geleugnet. Ich halte das für eine unbedingte Notwendigkeit.

Es hat mich sehr gefreut, daß wir zum Schluß auf diese Problematik gekommen sind. Ich hoffe, daraus ableiten zu dürfen, daß man, obwohl man vielleicht mit dem, was ich gesagt habe, nicht ganz einverstanden ist, doch damit einverstanden ist, daß es einen grundsätzlichen Gegensatz gibt zwischen der Art und Weise, wie man Politik im Inland betreibt, und der Art und Weise, wie man internationale Politik betreibt. Wir brauchen bloß einen Augenblick an das zu denken, was in Santiago de Chile geschehen ist. Wir alle wissen doch, daß die reicheren Länder konstant und ununterbrochen nein gesagt haben zu allem, was auf den Tisch kam. Ich darf hier meinen letzten Satz noch einmal lesen: "Die Aufgabe des nächsten Jahrhunderts wird es sein, ähnliche Fortschritte,

wie wir sie im letzten Jahrhundert auf nationaler Ebene bei der Politik erreicht haben, auch auf internationaler Ebene zu erreichen."

(Beifall.)

Diskussionsleiter Gottfried Bombach (Basel):

Meine Damen und Herren, es war nicht zu erwarten, daß wir Herrn Kollegen Zimmerman in Verlegenheit bringen würden, als wir auf das Problem der Entwicklungsländer abschweiften. Das ist heute sein Spezialgebiet, das er an der Universität lehrt.

Ich möchte kein eigentliches Schlußwort formulieren, sondern lediglich feststellen, daß wir eine sachliche und sehr disziplinierte Diskussion gehabt und daß alle Redner wirklich zum Problem gesprochen haben, was in der hundertjährigen Geschichte des Vereins nicht immer der Fall gewesen ist. Mir fiel, als ich meine Machtstellung als Diskussionsleiter für einen Moment mißbrauchte, zum Thema unserer Tagung ein Ausspruch ein, der von Bankier Fürstenberg stammen könnte: "Was nützt mir Macht, wenn ich sie nicht mißbrauchen kann?"

(Heiterkeit.)

Wir alle haben dem Referenten und dem Korreferenten zu danken. Ich möchte Ihnen allen für die disziplinierte Diskussion danken.

(Beifall.)

Diskussion: Referat Ernst-Joachim Mestmäcker

Diskussionsleitung: Hans Möller, München

Diskussionsleiter Hans Möller (München):

Meine Damen und Herren! Ich habe die Aufgabe übertragen bekommen, die Diskussion zu leiten. Wir haben heute morgen ein in meinen Augen glänzendes Referat gehört, das so viele Aspekte aufgeworfen und beleuchtet hat, daß wir uns vielleicht etwas schwer tun werden, eine einigermaßen systematische Diskussion zustandezubringen. Aber ich habe keinen Vorschlag, wie wir diese Diskussion systematisch organisieren könnten und habe eigentlich aufgrund meiner Erfahrung auch keine Hoffnung, daß es uns gelingen würde, ein solches Schema durchzuhalten. Es sind ja genügend Themen angeschnitten worden, auch solche, die der Herr Referent wegen der Zeitnot, in der er sich bei seinem Vortrag befand, nicht im einzelnen ausführen konnte. Wenn sich Gelegenheit dazu ergibt, würde ich ihn bitten, daß er die zwei Punkte, zu denen er ausdrücklich bemerkt hat, daß er auf weitere Ausführungen im Vortrag verzichtet, hier vielleicht noch nachträgt.

Herr Kollege Brunner, würden Sie so freundlich sein, mit Ihren Ausführungen zu beginnen.

Georg Brunner (Würzburg):

Herr Mestmäcker hat in eindrucksvoller Weise auf die Bedeutung der Gewaltenteilung in der Wirtschaftsverfassung hingewiesen, das Prinzip der funktionalen Differenzierung zu gewährleisten. Mir hat nun die Gewalt der Tagungsleitung die Funktion zugewiesen, zu dem behandelten Thema einige Worte in erster Linie aus der Sicht des Ostwissenschaftlers zu sprechen; ob sie dabei sachgerecht differenziert hat, weiß ich nicht. Damit wird der Bogen des möglichen Rahmens natürlich noch etwas größer.

Mir scheint, abgesehen vom Ostrechtlichen, zunächst eine Differenzierung nötig zu sein — eine Differenzierung zwischen den drei Erscheinungsformen der Macht, mit denen wir es hier in erster Linie zu tun haben: die rechtliche, die wirtschaftliche und die politische Macht.

Wir wissen, daß die Macht ein universales Phänomen ist, daß sie in den verschiedensten Bereichen des menschlichen Lebens auftaucht.

Wir wissen auch des weiteren, daß schon eine ganze Reihe von klugen und dicken Büchern über das Phänomen "Macht" geschrieben worden ist, ohne daß es im Grunde genommen gelungen wäre, das Wesen dieses Phänomens zu ergründen. Ohne den Anspruch zu erheben, hier das Licht einer Aufklärung zu verbreiten, möchte ich zur Klärung vielleicht einmal folgenden Ansatz zur Diskussion stellen: Es scheint mir genauso wie Herrn Mestmäcker, daß die rechtliche Macht in erster Linie eine normative Macht ist.

Wenn man auf Max Weber rekurriert, so könnte man sagen, daß die rechtliche Macht eine von der Rechtsordnung eingeräumte Chance ist, den eigenen Willen durchzusetzen, indem der Machtunterworfene verpflichtet ist, sein Verhalten diesem Willen anzupassen. Nun ist aber, glaube ich, die rechtliche Macht nicht nur ein normatives Phänomen, sie kann auch ein reales Phänomen werden, und zwar insofern, als es gelingt, die Normativität in Normalität umzusetzen, d. h., wenn derjenige, der rechtliche Macht für sich in Anspruch nimmt, zugleich mit Erfolg darauf verweisen kann, daß hinter dieser rechtlichen Macht ein staatlicher Justiz- und Erzwingungsapparat steht, der dafür sorgt, daß diese Macht realiter zur Geltung kommt. Die wirtschaftliche und die politische Macht hingegen sind von vornherein reale Erscheinungen. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Macht hat Herr Zimmermann eine Konzeption vorgetragen, nach der sie in der Knappheit eines Wirtschaftsfaktors im Verhältnis zu den komplementären Wirtschaftsfaktoren bestehen würde. Ich weiß nicht, wie sich die Ökonomen zu dieser Definition stellen. Darüber wird sicherlich noch zu diskutieren sein. Auf der anderen Seite hat Herr Krelle eine wesentlich feinere Differenzierung, im Grunde genommen keine Definition der wirtschaftlichen Macht vorgetragen.

Politisch relevant wird diese wirtschaftliche Macht in dem Augenblick, wo sie im Bereich des Politischen ausgeübt wird. Es kommt also darauf an, was man unter Politik versteht, und hier differieren die einzelnen Autoren wiederum sehr stark in ihren Ansichten. Nach dem liberalen Verfassungsmodell war es relativ einfach, indem damals das Politische weitgehend mit dem Staat identifiziert wurde; man konnte also den Umschlagspunkt von wirtschaftlicher und politischer Macht dort ansetzen, wo wirtschaftliche Macht benutzt wurde, um auf den Entscheidungsprozeß in den staatlichen Institutionen Einfluß auszu-üben.

Mit der Ausdehnung des Politischen vom staatlichen auf den gesellschaftlichen Bereich ist nun die Abgrenzung wesentlich schwieriger geworden. Es kann sein, daß eine Machtausübung in herkömmlicher Weise in einem wirtschaftlichen Bereich schon eo ipso politische Machtausübung ist. Herrbert Krüger hat in seiner "Allgemeinen Staatslehre"

das Unternehmen von öffentlicher Bedeutung als ein Machtgebilde in die Staatslehre aufgenommen, was anzeigt, daß ein Unternehmen an sich schon ein politischer Machtfaktor sein kann. In der Tat ist es so, daß kaum jemand behaupten könnte, daß etwa ein Beschluß der Hauptversammlung der Bayer AG, das Unternehmen aufzulösen und die Belegschaftsmitglieder zu entlassen, eine politische irrelevante Entscheidung wäre.

Betrachtet man nun die Zusammenhänge zwischen Recht, Wirtschaft und Politik in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und in einem kommunistischen Einparteistaat, so scheint mir der Hauptunterschied im folgenden zu liegen: Im Rechtsstaat soll der Primat dem Recht zukommen, während in einem kommunistischen System die Politik dominiert. Im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat soll wirtschaftliche und politische Machtausübung nur im Rahmen der verfassungsrechtlichen Ordnung möglich sein, wobei das Recht darauf angelegt ist, einerseits das Streben nach wirtschaftlicher Macht zu schützen und andererseits die Ausübung der wirtschaftlichen Macht zu binden. Das wirtschaftsverfassungsrechtliche Instrumentarium stützt sich hierbei in erster Linie auf die Grundrechte, auf das Wettbewerbsrecht, auf das Institut des Privateigentums und auf das sozialstaatliche Prinzip. Problematisch bleibt allerdings nach wie vor der Bereich, in dem wirtschaftliche Macht sich in politische Macht verwandelt. Es geht hierbei in erster Linie um das Problem des Pluralismus, um das Verhältnis von Gemeinwohl und Gruppeninteresse, um das Ausmaß und das Verfahren der Beeinflussung des staatlichen Entscheidungsprozesses durch Interessenverbände. Um es an einem Beispiel kurz zu verdeutlichen: Verfassungspolitisch stellt sich etwa die Frage, ob es vertretbar ist, daß 269 Abgeordnete des gegenwärtigen 6. Bundestages, d. h. 52 % aller Abgeordneten Gewerkschaftler sind.

Im kommunistischen Einparteistaat werden Recht und Ökonomie der Politik untergeordnet. Die richtige Politik wird von der kommunistischen Partei verkörpert, die aus ihrem ideologisch begründeten Erkenntnismonopol, das auch die Erkenntnis der ökonomischen Gesetze umfaßt, das uneingeschränkte Führungsmonopol ableitet. Uneingeschränkt heißt dabei, daß die führende Rolle der Partei auch nicht durch das Recht begrenzt wird. Diesen Umstand erkennen übrigens die neueren osteuropäischen Verfassungen, die in den 60er Jahren verabschiedet worden sind, ausdrücklich an, indem hier die führende Rolle der Partei gegenüber Staat und Gesellschaft expressis verbis normiert wird. Daraus folgt, daß hier dem Recht ein wesentlich anderer Stellenwert zukommt als in einem Rechtsstaat. Es soll nicht die Macht binden, es soll ein Instrument in den Händen der Partei zur Durchsetzung ihrer jeweiligen politischen Zielvorstellungen sein. Dementsprechend sind die

wichtigsten Bestandteile der Wirtschaftsverfassung das verbindliche und von der Partei jeweils zu konkretisierende Leitbild der sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die zentrale Planung und Leitung der Volkswirtschaft, das sozialistische Eigentum und die Abwesenheit ökonomischer Freiheitsrechte. Entspricht dem Selbstverständnis eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaates die Gewaltenteilung, und zwar nicht nur im herkömmlichen juristischen Sinn, so entspricht dem Selbstverständnis eines kommunistischen Einparteistaates das Prinzip der Gewaltenkonzentration.

Es fragt sich nun, inwiefern das Prinzip der Gewaltenkonzentration durch die Wirtschaftsreformen der 60er Jahre in Frage gestellt worden ist. Ein echtes Problem stellt sich m. E. nur dort, wo die Wirtschaftsreformen zu einer echten Dezentralisierung fortgeschritten sind und sich nicht mehr mit einer bloßen und jederzeit rücknehmbaren Dekonzentration der Entscheidungskompetenzen begnügen.

Ich darf die einzelnen kritischen Punkte nur kurz andeuten:

- 1. Wird den Betrieben ein unantastbarer Kompetenzbereich autonomer Entscheidungen zugestanden, so wird eine vertikale Gewaltenteilung bewirkt. Der Volkswirtschaftsplan ist für die Betriebe nicht mehr bindend. Er stellt allgemeine Orientierunggrößen dar und verpflichtet in erster Linie die Wirtschaftsverwaltungsorgane zu einer entsprechenden Wirtschaftspolitik.
- 2. Diese Wirtschaftspolitik kann nur im Rahmen des geltenden Wirtschaftsrechtes durchgesetzt werden, womit das Recht die Politik begrenzt.
- 3. Das sozialistische Eigentum, zumindest in der Form des staatlichen Eigentums oder Volkseigentums, des gesamtgesellschaftlichen Eigentums, wie es auch in den einzelnen Ländern verschieden heißt, diese Institution wird ausgehöhlt. Denn der Eigentümer, der Staat, kann nur von einem Bruchteil seiner eigentlichen Eigentümerkompetenzen Gebrauch machen, während der größte Teil aller Nutzungs- und Verfügungsbefugnisse von den Betrieben autonom ausgeübt wird. Mit einer umfassenden Sachherrschaft hat dieses staatliche Eigentum nichts mehr zu tun. Die Eigentumsdiskussion in Jugoslawien und Ungarn widerspiegelt diese theoretische Problematik.
- 4. Das Bedürfnis nach einem Wettbewerbsrecht taucht auf, und das gleiche gilt in Bezug auf ein Konkursrecht.

Wird im Bereich der Wirtschaftsverfassung eine Gewaltenteilung eingeführt, so stellt sich die zweite Frage nach den Auswirkungen auf die politische Macht. Diese Frage ist vom politologischen Standpunkt aus besonders interessant, da die zentrale Überwachung und Lenkung der Volkswirtschaft nach dem bekannten Modell von Friedrich und Brzezinski ein Wesensmerkmal des Totalitarismus darstellt. Diese Frage taucht meines Erachtens auf drei Ebenen auf: Einmal hat man sich die Frage zu stellen: Ist die wirtschaftliche Macht eine so wichtige Quelle der politischen Macht, daß ohne sie der Primat der Politik nicht mehr behauptet werden kann? Oder anders ausgedrückt: Reichen die nicht ökonomischen Instrumente der Herrschaftssicherung für sich allein aus? Die zweite Frage: Bewirkt die wirtschaftliche Gewaltenteilung Veränderungen in der politischen Kultur, die der politischen Gewaltenkonzentration abträglich sind? Einfacher ausgedrückt: Hat eine wirtschaftliche Liberalisierung zwangsläufig die politische Liberalisierung zu Folge? Drittens: Werden ökonomische Gruppeninteressen erzeugt, die bestrebt sind, auf die politischen Entscheidungsprozesse in der Parteispitze über Gebühr Einfluß zu nehmen? Was hier mit angesprochen wird, das ist das Problem einer möglichen Pluralisierung und eine Transformation von wirtschaftlicher in politische Macht.

Ich kann diese Fragen nur aufwerfen, aber nicht beantworten. Ich glaube nebenbei, daß sie auch nicht generell zu beantworten sind, sondern nach den besonderen Verhältnissen in den einzelnen osteuropäischen Ländern eine unterschiedliche Antwort erfordern. Immerhin mag es zu denken geben, daß den tschechoslowakischen Reformern 1968 von seiten der sowjetischen Interventionsmacht neben der Unterhöhlung der politischen Führungsrolle der Partei zugleich auch die Wirtschaftsreform zum Vorwurf gemacht worden ist. Es ist als Tatsache festzustellen, daß seit 1968 die Wirtschaftsreformen in den meisten sozialistischen Ländern eine rückläufige Tendenz aufweisen; Ausnahmen sind hier nur Jugoslawien und Ungarn, aber ich glaube, daß in diesen beiden Ländern besondere Gründe einer Erklärung vorliegen. Damit möchte ich meinen Diskussionsbeitrag beenden und die Fragen mehr aufgeworfen haben als beantwortet wissen.

(Beifall.)

Reinhard Blum (Augsburg):

Das Interessante an Ihrem Referat, Herr Mestmäcker, scheint mir in der Gegenüberstellung von Macht versus Gesetz zu liegen. Der Alternative "Macht oder ökonomisches Gesetz" des Tagungsthemas stellen Sie die Alternative Macht versus Recht gegenüber. Das sind zwei ganz unterschiedliche Blickwinkel. Sie lassen ökonomische Vorgänge und gerade das Phänomen der wirtschaftlichen Macht, das wir in der letzten Zeit insbesondere auch im Zusammenhang mit den multinationalen Unternehmen diskutieren, in einem ganz anderen Licht erscheinen. Ich würde hier nämlich die Hypothese aufstellen, daß die Version oder die Alternative Macht versus Recht einen viel breiteren Rahmen des sozialen Handelns umfaßt, den ökonomischen Bereich einbezieht in den

sozialwissenschaftlichen Bereich und ihn der Kontrolle durch Recht unterwirft, während die Alternative Macht versus ökonomisches Gesetz zumindest zunächst den Eindruck erweckt, als sei der ökonomische Bereich durch besondere Naturgesetze herausgehoben und auch das Recht könne sich letztlich — genauso wie wirtschaftspolitische Maßnahmen — nicht über diese naturgesetzlichen Gegebenheiten hinwegsetzen. Die Rechtsnormen würden sich dann als nicht wirksam erweisen.

Nun scheint mir die Wirtschaftsverfassung allerdings, wie wir sie hier diskutieren, dieser ökonomische Bereich, der zunächst der rechtlichen Kontrolle unterworfen wird, eine gewisse Autonomie zu verschaffen, indem man ihn in einen bestimmten Datenkranz einbettet. Innerhalb dieses Datenkranzes ist dann dem ökonomischen Bereich wieder eine gewisse Autonomie gegeben. Eucken sprach einmal von der "Rechtsordnung innerhalb der Rechtsordnung". Es taucht die Frage auf, was es rechtfertigt, diesem ökonomischen Bereich eine solche Sonderposition zu geben. Warum z.B. haben wir keine besondere Kulturverfassung? Warum ist gerade die Wirtschaftsverfassung für uns ein so großes Problem? Ich würde meinen, daß durch die Tatsache, daß wir durch die Wirtschaftsverfassung dem ökonomischen Bereich wieder eine Autonomie geben, die jener ähnelt, die er durch die Behauptung ökonomischer Gesetze erhält, auch das Problem der wirtschaftlichen Macht wieder in den Blickwinkel rückt, weil durch die Wirtschaftsverfassung zunächst der ökonomische Bereich herausgehoben wird aus der ständigen Kontrolle durch die Rechtsaufsicht und man hier spezifischen Bedingungen des ökonomischen Bereichs, spricht Markt oder Wettbewerb, die Kontrolle überläßt allerdings an die Art und Weise und die Wirkungsweise dieses Wettbewerbs ganz bestimmte Bedingungen knüpft, wie wir sie in der ökonomischen Theorie mit der vollständigen Konkurrenz verbinden. An der Definition des Wettbewerbs erweist sich, ob sie dem Kontroll- oder Autonomieanspruch dient.

Ich würde die Frage aufwerfen, ob dieser Autonomieanspruch des ökonomischen Bereichs, wie er eventuell in der Behauptung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten zum Ausdruck kommt, die eventuell auch über rechtliche Maßnahmen erhaben sind, heute noch gerechtfertigt ist. Das ist eine sehr weite Problemstellung. Vielleicht ist es zunächst einmal realistischer zu fragen, ob dieser Autonomieanspruch heute noch gewährleistet ist, wenn wir an Globalsteuerung und konzertierte Aktion denken.

Ulrich Karpen (Köln):

Ich möchte an den Gedankengang meines Vorredners anknüpfen. Er hat über die Ausführungen Professor Mestmäckers zur Wirtschaftsverfassung gesprochen und eine Dichotomie vorgenommen zwischen der Wirtschaftsordnung, die im Grundgesetz eine klare Ausprägung gefunden habe, und anderen Bereichen unserer gesellschaftlichen Ordnung, für die das nicht zutreffe. Ich glaube, hier ist Professor Mestmäcker überscharf interpretiert worden.

Auf der einen Seite ist festzustellen, daß das Grundgesetz keine Wirtschaftsverfassung als ein umfassend ausgeformtes Normensystem kennt: Was wir als "Wirtschaftsverfassung" bezeichnen, sind einzelne Vorschriften, die — gleichsam wie Scheinwerfer — einige wichtige Elemente der Wirtschaftsordnung beleuchten. Da ist — um nur diese zu nennen — der Artikel 2, der mit der "freien Entfaltung der Persönlichkeit" zweifellos auch die Wettbewerbsfreiheit gewährleistet; ferner die Eigentumsgarantie des Artikel 14 GG, auf die Professor Brunner schon hingewiesen hat; schließlich lassen sich dem Sozialstaatspostulat des Artikel 20 GG Maßstäbe für die Wirtschaftsordnung entnehmen.

Dasselbe gilt aber — und das ist der zweite Punkt, den ich aufgreifen möchte — auch für andere Bereiche unserer gesellschaftlichen Ordnung, etwa für den von meinem Vorredner behandelten Bereich der Kultur: Wie von einer "Wirtschaftsverfassung" könnte man mit gleichem Recht auch von einer "Kulturverfassung" sprechen. Wieder lassen sich Vorschriften auffinden, die - eher pointillistisch - Ordnungsgesichtspunkte für Bildung, Wissenschaft und Kunst enthalten. So ist der erwähnte Artikel 2 GG — die "freie Entfaltung der Persönlichkeit" zweifellos ein Grundpfeiler der Kulturverfassung, wenn Sie nur an Schule und Hochschule, aber auch an die Kunst denken. Soweit es den Artikel 3 GG (das Gleichheitsgebot) angeht, brauche ich nur das Stichwort "Chancengleichheit" im Bildungs- und Ausbildungswesen zu geben. Artikel 5 Absatz 3 GG garantiert die Freiheit von Forschung und Lehre und enthält eine institutionelle Garantie der autonomen Hochschule. Artikel 12 GG beinhaltet die freie Berufswahl und -ausübung und umschließt zugleich - wie das Bundesverfassungsgericht gerade jetzt im Numerus-clausus-Urteil hervorgehoben hat — das Recht jedes Deutschen, einen seiner Begabung und seiner Motivation entsprechenden Bildungsweg einschlagen zu können. Letztlich wird man auch aus dem Sozialstaatsgebot die Verpflichtung des Staates ableiten können, ausreichende Bildungseinrichtungen bereitzustellen, insbesondere um nur einen Aspekt besonders herauszugreifen - in dezentral gelegenen und wirtschaftlich wie sozial nicht so gut entwickelten Gebieten.

Ich meine also — um zusammenzufassen —, man dürfe den Begriff der Wirtschaftsverfassung genausowenig hypostasieren wie den der Kulturverfassung und vom Grundgesetz nicht mehr erwarten, als es zu geben vermag.

Detlev Karsten (Stuttgart):

Auch ich habe nur zwei ganz kurze Bemerkungen respektive Fragen an die beiden Referenten. Die erste Frage knüpft an das an, was soeben gesagt worden ist, nämlich an den Begriff der Wirtschaftsverfassung. Es scheint mir eine Übertreibung zu sein, hier von einer ganz bewußten Gestaltung einer Wirtschaftsverfassung auszugehen. Das wäre zu einfach. Es scheint sich eher so zu ergeben, daß es eben mehr akzidentell aus einer Reihe von verschiedenen Vorschriften erschlossen werden muß, was an Vorstellungen wohl dahinter gestanden haben mag; dies um so mehr, als der Referent ja auch von einer Wirtschaftsverfassung der EWG sprach, und dabei betonte, daß hier ein Bekenntnis zum Wettbewerbsprinzip vorliege. Ich glaube, es war Borchardt, der dargelegt hat, daß dies keineswegs der Fall ist. Sondern diese Konstituierung des Wettbewerbsprinzips in den Römischen Verträgen ist mehr das Resultat eines Unvermögens, sich zu einigen. Es ist sozusagen der kleinste gemeinsame Nenner. Daraus jetzt ein positives Bekenntnis ableiten zu wollen, daß hier bewußt der Wettbewerb in all seiner ordnenden Funktion, wie es dem neoliberalen System entspricht, dahintergestanden habe, scheint wohl überinterpretiert zu sein.

Daran schließt sich eine andere Frage an, die sowohl beim Referenten als auch beim Korreferenten anklang. Herr Professor Mestmäcker sagte, es sei die Frage, ob die Unternehmen möglicherweise nur noch politisch beherrschbar seien, nicht mehr ökonomisch und rechtlich regelbar. Meine Frage: Wie wirkt denn die Politik regelnd, wenn nicht durch das Recht? Ich verstehe einfach die Alternative nicht so recht, und würde das gern erläutert haben.

Christian Joerges (Frankfurt):

Herr Mestmäcker hat es unternommen, den Gedanken einer Wirtschaftsverfassung aus seiner nationalen Beschränkung zu lösen und internationalrechtlich nutzbar zu machen. An diesen Aspekt seines Vortrags möchte ich eine Frage anschließen.

Es geht um einen in meinen Augen neuen und wichtigen, mir jedenfalls in einer so ausgearbeiteten Form nicht bekannten Versuch, die ordoliberale Rechtstheorie fortzuentwickeln. Dieser Versuch knüpft an Kant, vor allem aber an Adam Smith an, dessen Theorie der internationalen Beziehungen in der Lehre vom Freihandel als erste den Wettbewerb als ein zwischenstaatliches Ordnungsprinzip verstanden hatte. Herr Mestmäcker hat nun, wie mir scheint, diejenige Umformung, die der klassische Wettbewerbsgedanke durch die ordoliberale Schule im nationalen Rahmen erfahren hat, auf den internationalen Bereich ausgeweitet. Ich kann die Problematik dieses Ansatzes überhaupt nicht aus

dem Stegreif beurteilen, geschweige denn angreifen. Mir will allerdings scheinen, daß nach dem Zerfall der klassischen politischen Ökonomie, der sich ja bis in die Theorien über internationale Beziehungen hinein ausgewirkt hat, eine solche Rekonstruktion nicht mehr möglich ist.

All dies kann ich jetzt nicht darstellen. Ich möchte Herrn Mestmäcker nur fragen, ob und wie seine Vorstellung einer internationalen Wirtschaftsordnung da gültig sein kann, wo Möglichkeiten zu einer institutionellen Absicherung dieser Ordnung nicht in Sicht sind. Dies ist z. B. im Verhältnis zu den Ländern außerhalb der EWG weitgehend der Fall. Gibt es hier eine alternative Konzeption?

Diskussionsleiter Hans Möller (München):

Die Fragen waren ziemlich zusammenhängend, und ich würde Herrn Mestmäcker bitten, da sie als ausdrückliche Fragen formuliert waren, das Wort zur Beantwortung zu nehmen.

Ernst-Joachim Mestmäcker (Bielefeld):

Ich möchte mit den letzten Fragen beginnen, mit meinem sogenannten "Bekenntnis zum Wettbewerb". Der EWG-Vertrag gilt jetzt beinahe 15 Jahre, er normiert ein System unverfälschten Wettbewerbs und seine Normen haben nach der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften und nach der Rechtsprechung des Deutschen Bundesverfassungsgerichts Vorrang vor dem deutschen Recht. Die Konsequenzen in den verschiedensten Bereichen des wirtschaftlichen Lebens sind außerordentlich weitreichend. Ich nenne die gewerblichen Schutzrechte und die Aufhebung des Territorialitätsprinzips, einer der traditionellen Grundlagen internationaler Kartellierung, ich nenne die staatlichen Handelsmonopole oder die kürzliche Entflechtungsentscheidung der Kommission gegen einen internationalen Zusammenschluß nach Art. 86. Wenn jemand zur Auslegung eines solchen Vertrages, den ich juristisch ernst nehme, sagt, das war ein Bekenntnis zum Wettbewerb, dann bitte ich um Verständnis für eine gewisse Ungeduld. Sie betrifft die Unterstellung, man zelebriere subjektive Überzeugungen, wenn man vom Wettbewerb spreche. Der EWG-Vertrag bezeichnet es aber in Art. 3 f. als Aufgabe der Gemeinschaft, ein System zu errichten, das den Wettbewerb im Gemeinsamen Markt vor Verfälschungen schützt. Die Aufgabe des Juristen besteht darin, sich Gedanken darüber zu machen, wie dieser Grundsatz und die ihn konkretisierenden Normen auszulegen sind. Der Europäische Gerichtshof hat eine Fülle von Entscheidungen zu diesen Vorschriften erlassen. Wenn ich versuche, die dieser Rechtsprechung zugrunde liegenden Prinzipien nachzuvollziehen und in ein gedankliches System einzufügen, dann läßt sich als Beweis gegen eine solche Möglichkeit schwerlich anführen, daß ein ähnliches System in einem anderen Zusammenhang schon einmal

entworfen worden ist. Ich sehe darin im Gegenteil — und das möchte ich in Anwesenheit von Herrn Böhm nachdrücklich wiederholen — einen außerordentlich eindrucksvollen und wichtigen Beweis für die Möglichkeit, die Regeln des Wettbewerbs institutionell und normativ auch im internationalen Wirtschaftsverkehr zu entfalten.

Damit ist die andere politisch sehr berechtigte Frage nach dem Verhältnis der EWG zu Drittstaaten nicht beantwortet. Wenn es zum ersten Mal in der Geschichte gelungen ist, souveräne Staaten zu veranlassen, sich Regeln des Rechts zu unterwerfen, welche sie sich selbst gegeben haben, dann sollte man das Ereignis einer solchen Regelung mit derselben Ernsthaftigkeit zur Kenntnis nehmen, wie man nationale Verfassungen zur Kenntnis nimmt. Die Tatsache, daß so etwas bisher nur in der EWG und nicht in Drittstaaten möglich war, scheint mir kein Argument gegen den EWG-Vertrag und das von ihm normierte Wettbewerbssystem zu sein.

Ich bin nicht sicher, ob die Frage auf den eben genannten Punkt gezielt hat: auf die Möglichkeit eines Weltwirtschaftssystems, das sich an rational nachvollziehbaren Kriterien orientiert und nicht an dem reinen Prinzip der Überwältigungsstrategien. Diese Möglichkeit hängt nicht zuletzt davon ab, daß es Organisationen von der Größenordnung und dem wirtschaftlichen Gewicht des Gemeinsamen Marktes gibt, so daß diese Organisation auch im Vergleich zu Amerika oder zu Japan den Charakter von internationalen Daten bekommt. Das ist doch eine der gar nicht hoch genug zu schätzenden Wirkungen, daß die EWG nicht nur in sich ein Wirtschaftssystem konstituiert, sondern daß sie zugleich nach außen auf den internationalen Wirtschaftsverkehr einwirkt. Aber die institutionelle Struktur der Gemeinschaft und ihre Normen gelten selbstverständlich "nur" innerhalb der EWG. Über die Frage, wie sich die internationalen Beziehungen auf dieser Grundlage weiter entwickeln, läßt sich wirtschaftspolitisch und politisch manches sagen. Anhand der Problematik der Weiterentwicklung des internationalen Wirtschaftssystems läßt sich indessen nichts gegen die Möglichkeit des normierten Wettbewerbssystems der EWG einwenden.

Herr Karsten hat im Anschluß an meine Bemerkungen zu der politischen Beherrschbarkeit von Unternehmen gefragt, welcher Unterschied denn darin bestehe — ich bitte mich zu korrigieren, wenn ich die Frage nicht richtig wiedergebe —, ob ich sage: Unternehmen sind nur noch politisch beherrschbar oder ob ich sage: sie sind ökonomisch und rechtlich regelbar. Jedem Recht liegt die Antinomie zugrunde, daß es zwingen muß, um Freiheit zu ermöglichen. In diesem Sinne ist selbstverständlich auch die Gesetzgebung und die Anwendung von Recht Ausübung von Herrschaft. Aber die Frage, nach welchen Kriterien diese Herrschaft ausgeübt wird und wie nach den Regeln des Rechts

zu handeln ist, unterscheidet sich prinzipiell vom politischen Voluntarismus. Der sagt: ich demokratisiere die Unternehmen, indem ich "politisch" zusammengesetzte Unternehmensorgane installiere, denen die nicht näher umschriebene Aufgabe übertragen ist, diese Unternehmen als eine Art politische Körperschaft im öffentlichen Interesse zu leiten. Diesen Unterschied habe ich versucht, deutlich zu machen.

Die Frage, die Herr Blum am Anfang gestellt hat, ist, wie ich glaube, zu einem Teil von Herrn Karpen ganz richtig beantwortet worden; ich kann darauf zu einem wesentlichen Teil verweisen.

Die letzte Frage nach der Präzisierung des Begriffs der Wirtschaftsverfassung möchte ich in einer historischen und einer systematischen Perspektive beantworten. Es ist höchst bemerkenswert, daß bei Herrn Blum anhand des Begriffes der Wirtschaftsverfassung das Bedenken auftaucht, hier werde der Wirtschaft ein Bereich der Autonomie überantwortet, der sie dem Recht und der Verfassung wieder entziehen könne. Meine Damen und Herren, historisch werden Herr Böhm und Herr von der Groeben - einer der Autoren des EWG-Vertrages, der hier unter uns ist - bestätigen können: Die ganze Grundlage des Nachdenkens über Wirtschaftsverfassung bestand darin, wie man das Ökonomische trotz der bis dahin behaupteten Eigengesetzlichkeit, Nichtregelbarkeit und Zwangsläufigkeit den allgemeinen Regeln des Rechts und der Verfassung unterwerfen könne. Dies ist der Zweck und der Inhalt der Wirtschaftsverfassung, dies ist, wenn Sie so wollen, das maßgebliche Erkenntnisinteresse. Nun umgekehrt zu sagen: Wenn man einen solchen Versuch entfalte, werde damit der Wirtschaft wieder eine Sonderstellung gegeben, so kann darin - nun ins Systematische gekehrt — nur ein Mißverständnis liegen. Das Mißverständnis nämlich, hier werde der Anspruch auf eine Regelung erhoben, der sich von allen anderen Gebieten der Gesellschaft prinzipiell unterscheide.

Nun hat schon Herr Karpen darauf hingewiesen, daß dies mit Sicherheit nicht gemeint sei. Die Parallele zur sog. Kulturverfassung, zur Rechtsstellung der Universitäten, vor allem die Frage der Autonomie, zeigen das ganz deutlich. Aber ich glaube doch, daß in der Wirtschaftsverfassung ein besonderes Problem formuliert ist. Wir haben es im Ökonomischen mit einem sozialen Prozeß zu tun, bei dem allein wir bisher in der Lage sind, annähernde Aussagen über Zusammenhänge des Handelns von Individuen in einem System zu machen. Die Besonderheiten des juristischen Nachdenkens über den Bereich der Wirtschaft besteht meines Erachtens darin, daß die Rechtswissenschaft diesen von den Wirtschaftswissenschaften in 200 Jahren unendlicher Einzelarbeit aufbereiteten Rationalitätsmöglichkeiten gerecht werden muß. Die Assoziation des Namens von Adam Smith mit dem Glauben an die prästabilierte Harmonie und die Vorstellung, es könne sich nur um den

Anspruch universaler Erklärungen alles Gesellschaftlichen handeln, scheint fast unausrottbar zu sein. Ich habe das die Faszination des sog. Gesetzes natürlicher Freiheit in meinem Referat genannt. Die unsichtbare Hand aber habe ich in meinem Referat stillschweigend an Marx weitergegeben.

Bei dem Versuch einer prinzipiellen Klärung möchte ich nicht der Versuchung erliegen, die Fragen polemisch zu beantworten. Der Hinweis von Marx im Kapital, daß er die Gesetze des Kapitalismus so nachvollziehe wie Kopernikus die Bahn der Sterne gedacht habe, ist der Einleitung zur Kritik der reinen Vernunft von Kant entnommen. Kant sagt da: Wenn wir versuchen, die Natur zu erkennen, dann müssen wir sie nötigen, auf die Fragen der Vernunft zu antworten, "zwar um von ihr belehrt zu werden, aber nicht in der Qualität eines Schülers, der sich alles vorsagen läßt, was der Lehrer will, sondern eines bestallten Richters, der die Zeugen nötigt, auf die Fragen zu antworten, die er ihnen vorlegt"*. Seither spricht man von der kopernikanischen Wende. Demgemäß entscheidet die wissenschaftliche Fragestellung darüber, unter welchen Perspektiven ich die Wirklichkeit betrachte und welchen Ausschnitt von ihr ich erkennen kann. Ob die der Fragestellung zugrunde liegenden Annahmen richtig oder falsch sind, darüber entscheidet ihre Verifizierbarkeit oder Falsifizierbarkeit in der Erfahrung. Das ist eine ganz andere Betrachtungsweise als die daraus häufig abgeleitete Vorstellung: Wenn ein Jurist Fragen stelle, welche sich auf die Ökonomie beziehen und in ähnlicher Weise Gegenstand der Wirtschaftswissenschaften sind, daß er dann glaube, ein reines Naturgesetz entdeckt zu haben. Der Jurist stellt ebenso seine besonderen Fragen an die wirtschaftliche Wirklichkeit wie der Ökonom, der Soziologe oder der Politologe. Die besondere Frage des Juristen zielt auf die Möglichkeiten von Regelungen, welche mit der "Natur" vereinbar sind. Ich möchte hier noch einmal wiederholen, daß für Kant, der übrigens Adam Smith sehr genau gekannt hat, Gesellschaft immer auch Natur ist; sie ist jedoch dadurch ausgezeichnet, daß in ihr außerdem Freiheit möglich ist. Aber das Handeln aufgrund von Freiheit und die Kausalität der Natur sind keine sich ausschließenden Gegensätze; vielmehr können wir die Möglichkeiten freien Handelns nur erkennen, wenn wir auch die "Natur" darauf befragen, wieviel Freiheit sie uns gewährt. Wir fragen als Juristen und als Ökonomen, wie unter Berücksichtigung der Bedürfnisnatur des Menschen Freiheit möglich sei. Wenn ich feststelle, daß unter bestimmten Bedingungen aufgrund bestimmter Motivationen in bestimmter Weise wirtschaftlich gehandelt wird, so daß ich darüber eine der Wirklichkeit nahe kommende Hypothese aufstellen und juristisch in Bezug nehmen kann, dann handelt es sich nicht um den Glauben an irgendwelche unsichtbaren Hände. Es sind vielmehr Fragen, wie sie jeder andere Sozialwissenschaftler an die Wirklichkeit stellt, um zu ermitteln, welche Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge erkennbar sind. Das Spezifische der rechtlichen Fragestellung besteht darin, daß sie auch nach den Möglichkeiten der Veränderung fragt, und zwar - zunächst ganz allgemein - nach der Optimierung der miteinander zu vereinbarenden Möglichkeiten freien Handelns. Zu erkennen sind die auf Grund des Prinzips der gleichen Freiheit gleich geschützten Erwartungen aller Bürger in einem solchen System. Die Komplexität dieser Frage wird uns im ökonomischen System wie in keinem anderen sozialen Zusammenhang rational erfaßbar. Das begründet die Möglichkeit der Aussagen über Wirtschaftsverfassung. Das ist kein Glaube, sondern es ist die Parallelität und das Aufeinanderbezogensein zweier verschiedener Erkenntnis- und Handlungsweisen im Blick auf die soziale Wirklichkeit. Eucken hat das die Interdependenz der Ordnungen genannt, die in den jeweils spezifischen Fragen, einmal des Ökonomischen, dann des Juristischen, in Bezug genommen werden. Die Möglichkeiten sinnvoll korrigierenden Handelns will die Theorie der Wirtschaftsverfassung mit Hilfe der Ökonomie ermitteln. Ich meine, sie sollte das weiter tun.

(Beifall.)

Werner Gebauer (Hamburg):

Ich war Assistent von Alexander Rüstow in den 50er Jahren (Beifall). Es wird sich zeigen, ob ich den Beifall verdiene (Heiterkeit). Ich habe ebenso wie Sie die Vorträge verfolgt, auch die Diskussion von heute, und habe den Eindruck gewonnen, daß alle Versuche, sich an das Phänomen Macht heranzuarbeiten, immer im letzten Augenblick gescheitert sind. Irgendwo verschwindet, was man Macht nennt, im Ungewissen. Das ist auch in einigen Fällen sehr klar gesagt worden. Aber als Herr Professor Mestmäcker sprach, hatte ich das Gefühl, jetzt kommen wir aus den abstrakten akademischen Erörterungen in die Wirklichkeit unserer augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Situation. Deshalb bin ich auch zu dieser Diskussion gegangen, obwohl ich zunächst in eine andere, zu Professor Krelle, wollte.

Es wurde hier gefragt: Was ist das Politische? Dazu ein kleines Beispiel: Es ist viel über das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen gesagt worden. Herr Professor Böhm weiß noch besser als ich, unter welch ungeheueren Schwierigkeiten dieses Gesetz entstanden ist. Es ist nicht so geworden, wie es sich Professor Böhm und auch Alexander Rüstow und auch Professor Erhard gedacht haben. Warum nicht? Es hat sich das nicht durchsetzen lassen, weil Macht es verhindert hat. Wo zeigte sich diese Macht? Sie zeigte sich ganz klar im Parlament, im Bundestag. Sie zeigte sich sogar in der Partei selbst, in der der erste Entwurf des Gesetzes entstanden war, in der aber dann auch das Ge-

setz in seiner vollkommenen Ausformung verhindert wurde. Das ist zweifellos Macht, die sich im Parlament dokumentiert. Das heißt also: Im Parlament ist politische Macht vorhanden. Nehmen wir an, das Gesetz wäre strenger ausgefallen, und es würden sich Großunternehmungen erlaubt haben, gegen das Gesetz zu verstoßen. Dann würde genug politische Macht bestanden haben, diese Macht des Ökonomischen zu brechen. Ich glaube nicht, daß ein Unternehmer sich weigern könnte, einen offensichtlichen Bruch des Gesetzes etwa gegen den Willen der eingesetzten Staatsmacht zu verhindern. Wir haben also gegeneinander zwei Machtblöcke stehen: Die wirtschaftliche Macht und die Macht des Staates.

Nun haben sich die Dinge in den letzten Jahren sehr stark verändert. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen sollte ja jetzt eine Verschärfung erfahren, hervorgerufen durch die immer stärkere Entwicklung der Konzentration der ökonomischen Macht der Großunternehmungen. Es ist wiederum im Parlament nicht möglich gewesen, diese Entwicklung abzubremsen. Das heißt, das Parlament hat nicht genug Macht gehabt, sich gegen die Macht der ökonomischen Apparate durchzusetzen. Ich glaube, wenn wir von Macht sprechen, dann ganz konkret: Es zeigt sich immer wieder bei uns im Parlament, daß der Versuch, ökonomische Macht in Schranken zu halten, durch Gegenmacht, die sich im Parlament selbst etabliert und konstituiert, verhindert wird. In diesem Zustand sind wir jetzt. Die Frage ist, wie es weitergehen wird. Ich finde den Ansatz von Mestmäcker mit vielen Andeutungen im Augenblick sehr wichtig, und ich habe den Eindruck, daß die Tatsache, daß das Referat von Mestmäcker in diesem Verein möglich war, ein Zeichen dafür ist, daß die Kräfte, die wirtschaftliche Macht begrenzen wollen, sagen wir es ganz offen: ein artneuer Neoliberalismus, offenbar wieder an Kraft zunimmt. Ich will nicht parteipolitisch argumentieren, obwohl ich sagen muß, daß die heutige Koalition in unserem Parlament die Mission des Neoliberalismus übernommen hat, sie von einer Partei weggenommen hat, die diesen Neoliberalismus einfach ins Leere hat fallen lassen. Entschuldigen Sie diesen unmittelbaren konkreten Bezug.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Hans Möller (München):

Herr Dr. Gebauer, Sie haben, glaube ich, das Grundproblem von Herrn Mestmäcker deutlich aufgezeigt. Ich meine, daß dieses Problem nicht in dem Sinne lösbar ist, daß man irgendwann eine endgültige Lösung als solche hinstellen und sagen kann, jetzt sind wir damit fertig geworden. Das Problem ist vielmehr derart, daß es sich immer wieder neu stellt. Ich möchte jetzt dieses Problem nochmals sehr vereinfacht formulieren, mit der Bitte an den Referenten, mich gegebenenfalls zu korrigieren.

Ich habe sein Grundproblem so verstanden: Die individuellen Freiheiten überhaupt, und insbesondere im Bereich der Wirtschaft, sind vor 200 - 300 Jahren postuliert und verwirklicht worden, um politische und gesellschaftliche Machtbeziehungen und Machtpositionen des Feudalismus und anderer gesellschaftlicher Ordnungen zu beseitigen. Diese Freiheiten implizieren aber ihrerseits ständige Konflikte mit der Tendenz, die Freiheiten in neuen individuellen Machtpositionen und Machtbeziehungen zu ersticken. Dies wiederum macht die Institutionalisierung einer anderen Art von Macht zur Begrenzung und Lösung solcher Konflikte notwendig, oder, wie es der Referent ausgedrückt hat, die Bindung dieser individuellen Freiheiten wird erforderlich. Die Institutionalisierung von Macht zur Bindung individueller Freiheiten (und damit auch Macht) vollzieht sich im Rahmen der politischen Verfassung mittels staatlich gesicherter Rechtsordnungen. Dies aber, und das war m. E. der Hinweis von Herrn Dr. Gebauer, eröffnet neue Chancen, die zur Konfliktlösung institutionalisierten neuen Machtpositionen zu usurpieren, auszuhöhlen und umzufunktionieren, so daß die individuellen Freiheiten wieder eingeschränkt oder aufgehoben werden. Was Sie, Herr Dr. Gebauer, soeben dargestellt haben, war der Versuch, eine Usurpation zu vollziehen.

Aber wir haben noch eine andere Ausweichmöglichkeit, die der Referent in seinem Vortrag behandelt hat. Die in Freiheit handelnden Akteure können sich dem Rechtssystem, das geschaffen wurde, um ihre Macht zu binden, dadurch entziehen, daß sie außerhalb desselben neue individuelle Machtpositionen aufbauen oder ihm überhaupt in die internationale Sphäre ausweichen. In diesem Zusammenhang bekommen die Ausführungen von Herrn Mestmäcker über die Europäische Wirtschaftsordnung besonderes Gewicht.

Das scheint mir das Grundproblem zu sein, so wie ich es aus dem Referat entnommen habe. Alle weiteren Ausführungen des Referenten bezogen sich auf die verschiedenen Zeitströmungen in der Interpretation dieses Problems und der zu dessen Lösung vorgeschlagenen Wege.

Manfred Nitsch (Ebenhausen - München):

Ich möchte eigentlich meinem Unbehagen an einigen Stellen des Referats Ausdruck verleihen und vielleicht doch die eine oder andere Klarstellung dadurch erreichen. Vielleicht ist es auch anderen Ökonomen so ergangen, daß die etwas ungewohnte Sprache und das nicht schriftlich vorliegende Referat einige Schwierigkeiten hervorgerufen haben. Unbehagen insbesondere an dem Axiom, daß eine Antinomie

zwischen Macht und Freiheit besteht. Wer den Kampf der Neoliberalen nicht mehr persönlich so verfolgt hat wie beispielsweise wohl Herr Dr. Gebauer, für den ist diese Antinomie doch recht zweifelhaft. Insofern ist es vielleicht auch ein gewisses Generationenproblem.

Aus diesem Axiom der Antinomie von Macht und Freiheit wird abgeleitet, daß die Bindung von Macht die wichtigste Aufgabe des Rechts sei, also nicht die Durchsetzung von Macht als Aufgabe des Rechts, was einerseits konservativ verstanden werden kann, indem erkannt wird, daß mit dem staatlichen Recht bestimmte Interessen durchgesetzt werden, häufig dann noch mit der Weihe der Verfassung qua "Wirtschaftsverfassung" versehen, was andererseits progressiv in dem Sinne verstanden werden kann, daß die Durchsetzung von Freiheit durch Recht für diejenigen, die diese Freiheiten noch nicht genießen, Aufgabe der Rechts- und Wirtschaftspolitik ist. Dadurch daß dies nicht gesehen wird, sondern Bindung von Macht nach wie vor als wichtigste Aufgabe betrachtet wird, erscheint die Vorstellung, den Staat als neutralen Walter des Rechts zu definieren und so seine Aufgaben nicht gerade abschließend, aber doch vorwiegend zu definieren, geradezu als Rückkehr zum Nachtwächterstaat und wirklich bis zu einem gewissen Grade naiv. Albert kommt da mit seinen methodologischen Vorstellungen weiter, z.B. mit Downs' Vorstellungen über das Verhalten des handelnden Staates.

Die politischen Konsequenzen kommen auch wieder aus diesem Antinomie-Axiom — eben nicht Mitbestimmung, eben nicht entsprechende Pressepolitik, auch keine entsprechenden Eingriffe in die Wirtschaft und in die Großunternehmen zu gestatten, was wiederum die für eine gewisse Generation mit einem gewissen politischen Vorurteil typische Richtung darstellt und zeigt, wohin es eigentlich führt, wenn man in dieser Position verharrt.

Zur Lösung des Verständnisproblems zwischen Ökonomen und Juristen vielleicht folgendes: Wir haben gerade von Herrn Albert vorhin wieder vorgeführt bekommen, wie Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaft zwei getrennte Bereiche sind: Als Wirtschaftswissenschaftler beobachtet man die Wirtschaft, ähnlich wie ein Naturwissenschaftler das kopernikanische System, einen geologischen Aufschluß oder etwas ähnliches. Die Vereinigung von Sozial- und Naturwissenschaft unter dem Begriff Realwissenschaft zeigt, daß man versucht zu erkennen, was sich in der realen Wirtschaft tut. Das ist eben etwas ganz anderes als das, was Ihr Anliegen offensichtlich oder meiner Interpretation nach ist. Was häufig wohl auch dem Juristen nachgesagt wird, ist, daß er weniger das Recht zum Gegenstand seiner Wissenschaft macht und die Frage, wie das Recht wirkt, wie es zustandekommt und was bewirkt wird, als vielmehr darin die Aufgaben der Rechtswissenschaft sieht,

einerseits, ähnlich wie die Philologie, eine genaue Exegese zu leisten, andererseits Möglichkeiten der Regelung eines noch nicht rechtlich geregelten Zustandes durch Rückgriff auf Axiome zu erfinden. Vielleicht könnten Sie zu diesem Problem Stellung nehmen: Ist diese Antinomie Macht contra Freiheit wirklich so ein Axiom, wie ich es vielleicht allein in Ihren ganzen Ausführungen verstanden habe? Und zu dem methodologischen Problem, das auch Herr Albert heute morgen wieder angesprochen hat. Wenn Sie darauf mit einem Wort eingehen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Erhard Kantzenbach (Frankfurt):

Ich möchte noch auf eine Bemerkung eingehen, Herr Mestmäcker, die Sie in Ihrem Referat gemacht haben und dazu etwas Kritisches anmerken. Sie haben von der theoretischen und politischen Bedeutung der Unternehmen, insbesondere von den Großunternehmen im Spätkapitalismus gesprochen, und wenn ich Sie recht verstanden habe, haben Sie sich dagegen ausgesprochen, Großunternehmen unter eine Art Sonderrecht zu stellen. Ich möchte mich ausdrücklich für ein Sonderrecht für Großunternehmen aussprechen, und zwar aus folgenden Gründen:

Mir scheint, daß die Wettbewerbsverfassung unter zwei Prämissen in dieser Form verteidigt werden kann, nämlich einmal unter der Prämisse, daß das einzelne Unternehmen selbst keine gesamtwirtschaftlich relevanten Wirkungen ausübt, und die zweite Prämisse, daß das Schicksal des einzelnen Unternehmens an das Schicksal eines klar zu beschreibenden Personenkreises gebunden ist, im Idealfall an das Schicksal einer Einzelperson oder eines einzelnen Haushalts. Die erste Prämisse macht es möglich, in der Wettbewerbsordnung das einzelne Unternehmen durch den Staat unbeeinflußt zu lassen. Die zweite Prämisse, nämlich die Koppelung der individuellen Sphäre an die Unternehmensphäre, macht es erforderlich, individuelle Grundrechte wie individuelle Freiheit, Gerechtigkeit der Einkommensverteilung und ähnliches auch auf Unternehmen zu beziehen.

Diese beiden Prämissen scheinen mir aber bei Großunternehmen nicht gegeben zu sein. Ich glaube, hier besteht tatsächlich ein Unterschied zwischen dem Eisverkäufer an der Ecke und General Motors, wie es heute morgen in einem Referat schon angeklungen ist. Wenn wir ein internationales Großunternehmen wie General Motors betrachten, dann ist dieses Unternehmen sehr wohl in der Lage, auf einzelnen Märkten erhebliche und auch gesamtwirtschaftliche Wirkungen zu erzeugen. Es scheint mir aus diesem Grunde sinnvoll zu sein, es rechtlich anders zu behandeln wie ein kleines Unternehmen, das diese Wirkungen nicht erzeugen kann. Es scheint mir notwendig zu sein, im

Sinne der Erhaltung der Wettbewerbsordnung, es scheint mir aber auch möglich zu sein, ohne individuelle Grundrechte zu verletzen, weil typischerweise bei derartigen Großunternehmen eine Trennung von der persönlichen Sphäre und der Unternehmenssphäre eingetreten ist.

Der Handlungsspielraum eines Großunternehmens ist meiner Auffassung nach gerade unter normativen Gesichtspunkten etwas anderes als die persönliche Freiheit des Einzelnen. Auch die Erträge eines Großunternehmens sind meines Erachtens anders zu beurteilen als das individuelle Einkommen des Einzelnen. Ich würde mich deshalb dafür aussprechen, die Behandlung von Großunternehmen tatsächlich unter das Opportunitätsprinzip zu stellen, wobei als Kriterium der Opportunität wiederum individuelle Rechte maßgebend sind, also sagen wir die individuelle Freiheit etwa der Kunden des Großunternehmens, aber auch der Mitarbeiter dieses Großunternehmens, ebenfalls die Löhne und Einkommen, die von diesem Großunternehmen ausgezahlt werden. Ich würde mich dafür aussprechen, solche Großunternehmen unter ein Sonderrecht etwa der Mitbestimmung und der Fusionskontrolle zu stellen, die m. E. ausschließlich unter wirtschaftspolitischen Opportunitätsgesichtspunkten gestaltet werden können. Wenn ich es etwas überspitzt ausdrücken darf, würde ich sagen: Die Schaffung eines Sonderrechts für Großunternehmen scheint mir sogar eine Existenzfrage unserer Wirtschaftsverfassung zu sein angesichts des gegenwärtigen Konzentrationsprozesses, den wir in unserer Wirtschaft erleben. Ich möchte die Wirtschaftsverfassung in diesem Zusammenhang nicht als eine stationäre Ordnung aufgefaßt wissen wollen, sondern als einen Entwicklungsprozeß, der nach den Kriterien der liberalen, aber individuell interpretierten Grundrechte gestaltet werden sollte.

(Beifall.)

Wolfram Engels (Frankfurt):

Meine Herren, ich wollte ein Thema aufgreifen, das in den beiden letzten Diskussionsbeiträgen herausgekommen ist, nämlich das Verhältnis von zwingendem Recht zu disponiblem Recht. Eigentlich kann man zumindest einen Teil des Verhältnisses von Freiheit und Macht oder Freiheit und Herrschaft operational durch das Verhältnis beschreiben, indem es zwingendes Recht und disponibles Recht gibt. Wir erleben es ja in den letzten Jahren oder überhaupt in allen Ländern der Welt in den letzten Jahrzehnten, daß das zwingende Recht immer weiter vordringt und das disponible Recht immer weiter zurückdrängt. Wenn man vom Wissenssoziologischen herkommt, würde ich schon glauben, daß an der Frage, die Herr Kantzenbach angeschnitten hat, nämlich die Frage der juristischen Person, des Großunternehmens speziell, die Juristen nicht ganz unschuldig sind, weil man nicht recht ein-

zusehen vermag, warum denn einer juristischen Person, also einer Rechtskonstruktion, irgendwelche bürgerlichen Freiheiten zukommen sollen. Denn diese juristische Person als juristische Hilfskonstruktion leidet ja nicht und freut sich nicht und genießt nicht wie ein Mensch. Infolgedessen kann ich auch Herrn Kantzenbachs Beitrag gut verstehen, wenngleich ich seine Meinung nicht teile. Wissenssoziologisch hat es sicher viel dazu beigetragen, daß eine ursprünglich verhältnismäßig sehr klare Theorie dessen, was durch zwingendes Recht und was durch nachgiebiges Recht geregelt werden soll, in den letzten Jahrzehnten sehr stark aufgeweicht worden ist. Etwa die Frage der Mitbestimmung einfach durch zwingendes Recht regeln zu wollen, wie die meisten meinen, halte ich schlicht für eine Folgerung unklaren Denkens.

(Heiterkeit.)

Was uns eigentlich fehlt, das ist eine ökonomische Analyse von Rechtsfiguren, und ich glaube, daß die meisten, die hier gesprochen haben, eigentlich eher Juristen waren. Wir als Ökonomen haben es gerade in den letzten Jahrzehnten sehr stark versäumt, Rechtsfiguren, Gesetze, ökonomisch zu analysieren, etwa unter dem hier angesprochenen Gesichtspunkt: Ist zwingendes oder disponibles Recht angemessen? Ein paar Beispiele: Für Verkehrsregelung ist selbstverständlich zwingendes Recht erforderlich. Es ist ganz gleichgültig, ob rechts vor links oder links vor rechts gefahren wird, aber irgend jemand muß es regeln. Das ist eine klare Ordnungsfrage. Das Schulrecht ist auch ökonomisch sehr interessant. Es ist ein Anwendungsfall der externen Effekte. Der Vater muß die Schule zahlen, und der Sohn erhält die Ausbildung. Wenn die Väter nicht wohlwollend sind, wie man es ihnen normalerweise vorwirft, und sie ihre Kinder ausbeuten, müssen wir die Kinder vor der Ausbeutung durch die Väter schützen. Das können wir ökonomisch mit den uns zur Verfügung stehenden Instrumenten ohne weiteres analysieren. Ohne weiteres können wir auch das Aktienrecht analysieren. Man ist frei, die Form der Aktiengesellschaft zu wählen, aber wenn man sie wählt, unterliegt man einem bestimmten zwingenden Aktienrecht. Das ist nötig, damit ein Gütestempel geschaffen wird. Nach außen haben wir sichtbar "AG", es wird der Gläubiger und der Anleger geschützt; das ist ein reines Markenzeichen ähnlich wie Harry Steward zum Beispiel, was ein privates Markenzeichen ist. Die Aktiengesellschaft ist ein öffentlich verliehenes Warenzeichen.

Jetzt kommen aber die Fälle, von denen ich glaube, daß wir einfach einer gewissen Verwirrung unterliegen, daß wir sie ökonomisch völlig unzureichend bis heute analysiert haben. Ich hänge es nicht am Beispiel der Mitbestimmung auf, sondern am Fall der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Dies ist nun einfach eine staatliche Normierung eines Vertrages. Die Frage ist, warum sollte der Arbeitsvertrag hier normiert

werden und was hat der eine oder andere davon? Nach meiner Ansicht können wir eine solche Frage heute mit unseren Instrumenten nur schlecht analysieren. Wenn wir etwa daran denken, an diese Frage mit der Theorie des bilateralen Monopols heranzugehen: auf der einen Seite Lohnfortzahlung, auf der anderen Seite die Löhne, wird man vermutlich feststellen, daß durch die gesetzliche Normierung irgendeines Vertragsbestandsteiles, die Lohnfortzahlung, vermutlich die Kontraktkurve verfehlt wird. Das Optimum zwischen den beiden oder die Verbindungslinie aller Optima zwischen den beiden Vertragspartnern wird verfehlt. Ich bin der Ansicht, daß man in dieser Weise eine ganze Fülle von Dingen analysieren kann, die bei uns zum zwingenden Recht gehören, etwa die Genehmigungspflicht von Geldwertsicherungsklauseln, aber auch die Mitbestimmung, und daß wir Ökonomen in dieser Frage eigentlich bisher fast so gut wie nichts getan haben. Ich glaube, daß hier eine Aufgabe zwischen Ökonomen und Juristen liegt, in der es noch sehr viel Raum für zukünftige Forschung gibt.

Alfred Lang (Bonn):

Ich möchte zu dem vorletzten und drittletzten Diskussionsbeitrag doch noch einige kurze Anmerkungen machen, weil ich meine, daß die genannten Diskussionsbeiträge ein bißchen im Zusammenhang mit der Frage stehen, die Herr Professor Brunner aufgeworfen hat. Er hat sie ungefähr so formuliert: Ist der Primat der Politik denkbar ohne bzw. bei Verzicht auf wirtschaftliche Macht? Sie werden sagen: Mitbestimmung hat mit dieser Frage nichts zu tun. Ich will versuchen, aus meiner Perspektive Ihnen zu sagen, wie ich hier einen Zusammenhang sehe. Wenn die Forderung ist, Großunternehmen der staatlichen Kontrolle, der Mitbestimmung zu unterwerfen, so meine ich — — —.

Diskussionsleiter Hans Möller (München):

Es war hier unklar: Sie haben etwas von staatlicher Kontrolle und Mitbestimmung gesagt. Wollen Sie das gleichsetzen?

Alfred Lang (Bonn):

— Ich möchte diese Begriffe zunächst einmal nebeneinandersetzen, um sogleich dann zu differenzieren. Ich meine, diese Begriffe stehen für mich weltanschaulich durchaus nebeneinander. Wenn wir in die Ostblockpraktiken sehen, so haben wir dort Verstaatlichung verwirklicht, Überführung in das kollektive Eigentum zunächst einmal der Großunternehmen, und wir wissen, daß bis auf einige Reste privater handwerklicher Betriebe dieses System gegolten hat. Die Folge war, daß nunmehr auch in den letzten Wochen in der DDR auch die letzten handwerkli-

chen Betriebe in kollektives Eigentum überführt wurden. Ich meine, wenn der Vorwurf auftauchte, daß der Frage der Mitbestimmung ein unklares Denken zugrundeliegt, so möchte ich aus meiner Perspektive diesen Vorwurf etwa wie folgt formulieren: Ich habe den Eindruck, daß, wenn wir nun vor die Situation gestellt sind, Großunternehmen durch Mitbestimmung zu kontrollieren, wir damit eine Situation schaffen, die aus meiner Sicht ähnlich ist wie die Situation, die an manchen Universitäten herrscht. Dieses hat nach meinem Empfinden nichts mit Demokratisierung zu tun, nichts mit demokratischer Kontrolle, sondern hat ausschließlich etwas mit der Errichtung eines Staates im Staate zu tun, d. h. Zurückdrängung der Demokratie. Wenn wir etwas zu demokratisieren haben, so sollten wir dieses im Rahmen unserer Verfassung tun. Ich möchte Ihnen sagen, weshalb ich der Meinung bin, daß eine Demokratisierung, eine Kontrolle der Großunternehmen durch Mitbestimmung eine derartige Folge hat.

Nehmen Sie ein großes Unternehmen, z.B. General Motors oder VW bei uns. Es würde dort kräftig mitbestimmt. Nehmen Sie ferner einmal an, dieses Automobilunternehmen oder die Automobilbranche kämen in Schwierigkeiten wie z.B. schon jetzt die Textilindustrie mit anderer sektoraler Problematik. Wie meinen Sie, daß diese Kontrolle durch Mitbestimmung in dem in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen aussehen würde? Doch nicht anders, als daß hier im Vollzuge dieser Mitbestimmung Druck ausgeübt würde, von staatlicher Seite her alles zu tun, um dieses Unternehmen zu schützen, wobei alle ökonomischen Gesetze und Zusammenhänge in den Hintergrund geschoben würden. Das heißt also erstens Schutz vor der bösen Auslandskonkurrenz, als zweites Subventionierung dieses Unternehmens. Es könnte aber, und das ist meine Befürchtung, weshalb ich einen Zusammenhang mit der Frage sehe, die Herr Professor Brunner gestellt hat, sehr wohl so sein, daß dann von dieser Stelle aus der nächste Schritt der sein würde: Wenn schon die Verantwortung dem Staate zugeschoben wird, warum halten wir dann eigentlich noch an der Fiktion der Mitbestimmung durch Private fest? Wer sind diese Privaten? Sind das die Unternehmer, sind es organisierte Gewerkschaften oder sind es andere organisierte Gruppen? Es wird dann, wie ich fürchte, auch diese Fiktion aufgegeben werden, und es wird auf dem Wege über die Zwischenstufe der Mitbestimmung unser ökonomisches System der Sozialen Marktwirtschaft in ein System ganz anderer Qualität transformiert.

Ich möchte gleich an Herrn Professor Mestmäcker noch einige Fragen stellen, die sich aus seinem Referat ergeben haben. Sie sprachen davon, daß das Problem darin bestehe, wie man die Wirtschaft und die Konjunkturpolitik des Staates justiziabel machen könne. Wir haben ein Stabilitätsgesetz. Ich bin in der Tat der Auffassung, daß unser Wirtschaft

schaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft im Grundgesetz quasi nicht abgesichert ist, daß dies ein Konsensus ist, den wir in der Öffentlichkeit als politischer Corpus gefunden haben und der sich bewährt hat. Das ist die Basis, auf der wir im Grunde weiterarbeiten können. Die Frage lautet: Wie läßt sich nunmehr diese Soziale Marktwirtschaft als Verpflichtung des Staates justiziabel machen? Ich bin der Auffassung: Dazu reicht kein Gesetz, dazu reicht keine Bindung durch ein Gesetz aus. Ich meine, wenn in dieser Richtung etwas justiziabel sein sollte, so könnte sich das ausschließlich daraus ergeben, daß sich die jeweilige verantwortliche Regierung sozusagen einer Selbstbindung, einer Selbstverpflichtung unterwirft, aber keineswegs daraus, daß man eine Rechtsgrundlage dafür schafft.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Hans Möller (München):

Wenn Sie einverstanden sind, würde ich jetzt Herrn Mestmäcker bitten, die gestellten Fragen zu beantworten, weil es ein beschränkter Nachmittag ist.

Ernst-Joachim Mestmäcker (Bielefeld):

Für mich ist es ein ganz neues Diskussionserlebnis, darüber sprechen zu müssen, daß ich Großunternehmen zu gut behandle.

(Heiterkeit.)

Ich möchte mit der Frage von Herrn Nitsch beginnen, die, wenn ich das einmal so allgemein sagen darf, offenbar von dem Unbehagen bestimmt ist, nicht recht zu wissen, wohin meine Ausführungen politisch eigentlich gehören; ob im Hintergrund nicht doch eine durch ungewohnte Formulierungen verdeckte Rechtfertigung des status quo steht. Ich glaube, daß ich mich hierzu nicht theoretisch, sondern nun einmal empirisch äußern sollte. Das war bei einem Thema, wie es mir gestellt war, in 45 Minuten beim besten Willen nicht möglich.

Sie haben als ein Beispiel genannt, daß ich offenbar gegen Pressepolitik sei. Wenn Sie die gegenwärtige rechtliche Institutionalisierung
unserer Kommunikationsmärkte ansehen, haben Sie auf der einen
Seite die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, kontrolliert von
den — in anderen Zusammenhängen viel genannten — gesellschaftlichrelevanten Kräften. Begründung: Die Einflußmöglichkeiten der Rundfunkanstalten sind zu groß, um sie privatisieren zu dürfen; die Rundfunkanstalten sollten deshalb vom Gewinnprinzip unabhängig gestellt
sein. Ich vermute, daß Ihre Erwartungen in der Zeitungspolitik in eine
ähnliche Richtung gehen. Die empirischen Untersuchungen über das
Verhalten der Rundfunkanstalten in den letzten 10 Jahren lassen sich

im wesentlichen dahin zusammenfassen, daß sie beides mit vollen Händen tun: nämlich die öffentlich-rechtlichen Privilegien ausüben und sich privatwirtschaftlich so zu betätigen — vielleicht noch etwas ungehemmter zu betätigen -, wie es private Rundfunkanstalten tun würden. Private Rundfunkanstalten stünden noch unter dem Druck, daß ihnen die Konzession wieder entzogen werden könnte, Konzession deshalb, weil die Sende-Frequenzen nicht beliebig vermehrbar sind. Der Versuch, innerhalb eines am Gewinnprinzip orientierten Wirtschaftssystems wirtschaftlich neutrale, rein politisch kontrollierte, direkt auf das öffentliche Interesse bezogene Wirtschaftseinheiten zu schaffen, kommt der Quadratur des Zirkels nahe. Die Verflechtung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten - ich bin gern bereit, Ihnen konkrete Unternehmensverflechtungen zwischen Rundfunkanstalten und Verlagen oder im Werbegeschäft vorzutragen - sind schon heute so ausgedehnt, daß man sich fragen muß, ob das Bundeskartellamt solche Verhaltensweisen hingenommen hätte, wenn es sich um private Unternehmen handelte. Ich bin ziemlich sicher, daß dies nicht der Fall ist. Die Enthaltsamkeit der staatlichen Behörden gegenüber öffentlichrechtlichen Organisationen läßt sich organisationssoziologisch und politisch aus vielen Gründen erklären. Aber ich meine, es spricht eine Wahrscheinlichkeit dafür, daß diese Wirkung eintritt und gerade sie halte ich auf diesem Gebiet für besonders gefährlich.

Nehmen Sie nun die Fragen der Pressepolitik; die Frage der Mitbestimmung von innen durch Redaktionskomitees oder der Vorschlag. öffentliche Anstalten nach dem Vorbild der Rundfunkanstalten auf dem Zeitungsmarkt zu schaffen. Ein Teil der Probleme habe ich bereits bei den Rundfunkanstalten erwähnt. In Amerika hat man versucht, Stiftungszeitungen zu gründen, um sie aus dem kommerziellen Zusammenhang des Anzeigengeschäftes herauszunehmen. Keine dieser Zeitungen ist in der Lage gewesen, längere Jahre und ohne großes Defizit zu wirtschaften. Wenn Sie eine Presse organisieren wollen, welche die Voraussetzungen für ihre redaktionelle Arbeit nicht kommerziell schafft, dann müssen Sie eine Organisationsform angeben, die in der Lage ist, genau das Problem zu lösen, um das es Ihnen geht: eine unabhängige Presse, jetzt nicht im Verhältnis zu den Anzeigenkunden, sondern im Verhältnis zu denjenigen, welche die Presse politisch organisieren und die diese Presse zugleich kontrollieren sollen. Ich würde die Vermutung wagen, daß die Organisation von Zeitungen in öffentlichen Anstalten die Kontrollfunktion der Presse gegenüber dem politischen Prozeß ganz schnell in die Nähe von Null bringt. Die Tendenz die Sie nicht nur an dem von allen Seiten heftig diskutierten bayerischen Rundfunkgesetz ablesen können ---, Zugang zur öffentlichen Meinung denjenigen Privilegierten zu verschaffen, die über politische Macht verfügen, ist in dieser Gesellschaft fast unwiderstehlich. Wenn Sie dieser politischen Macht außerdem noch die Aufgabe übertragen, die Zeitungen zu organisieren und zu kontrollieren, dann möchte ich den sehen, der solcher Versuchung widersteht.

(Beifall.)

Nun zur anderen Frage — gleichzeitig in Richtung von Herrn Kantzenbach -, daß ich offenbar etwas gegen Mitbestimmung hätte. Ich habe mich in meinem Referat auf die paritätische Mitbestimmung und die Kombination der paritätischen Mitbestimmung mit der Tarifautonomie und den Vermögensbildungsplänen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bildung zentraler Vermögensfonds bezogen. Ich bitte Sie, einen kleinen Moment zu überlegen, welche Organisation von Wirtschaft Sie haben, wenn diese Pläne, wie sie auf dem Tisch liegen, verwirklicht sind. Sie haben 50 Prozent Beteiligung im Aufsichtsrat, das ist pari, also noch keine Herrschaft. Sie brauchen - jeder Paketkäufer erzählt es Ihnen - plus 1 %, um diese Aktiengesellschaften zu kontrollieren. Jeder zentrale Vermögensfonds, der den Gewerkschaften, die an der überbetrieblichen Mitbestimmung beteiligt sind, zusätzlich, wie sie es fordern, die Verfügung über diese Fonds gibt und die Verfügung ihrer Mitglieder ausschließt (was ich besonders fein finde), macht eine Kontrolle von Unternehmen gegen die Gewerkschaften unmöglich. Es ist eine Organisation, die nur ein Traum eines jeden Bankiers sein kann, der einen Konzern aufbauen will. Wir haben praktische Erfahrungen mit der paritätischen Mitbestimmung in der Montanunion. Im Mitbestimmungsbericht steht als ein Ergebnis, das von niemand, auch nicht von den gewerkschaftlichen Beratern der Kommission im Lichte der Anhörungen, noch die Meinung vertreten wurde, die Mitbestimmung sei geeignet, wirtschaftliche Macht zu kontrollieren. Die Gewerkschaften haben von dieser Aussage keine Notiz genommen. Sie können nach wie vor in jeder Verlautbarung über die Mitbestimmung als erste Begründung lesen, sie diene der Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Meine Damen und Herren, sie tut es nicht, sondern sie dient der Beteiligung der Gewerkschaften an der Unternehmensmacht. Das Verhalten der Gewerkschaftsvertreter unterscheidet sich im Grundsatz nicht von dem der Bankenvertreter im Aufsichtsrat. Das gilt mit einer ganz wichtigen Einschränkung. Die Betriebsangehörigen orientieren sich am Eigeninteresse "ihres" Unternehmens. Die einzigen Vertreter im Unternehmen, die sich des Unternehmensinteresses nach Art des Eigentümerinteresses unmittelbar annehmen, sind die betriebsangehörigen Arbeitnehmer. Die Übertragung der paritätischen Mitbestimmung mit zentralen Vermögensfonds auf die Gesamtheit der Wirtschaft würde die Möglichkeit der Kontrolle wirtschaftlicher Macht nach diesen Erfahrungen weitgehend unmöglich machen. Die Organisationen der

Arbeitnehmer sind unerläßlich — um auch nicht den Schatten eines Zweifels aufkommen zu lassen — zur wirtschaftlichen und politischen Selbstbehauptung der Arbeiter. Die Strategie der Kontrolle von Unternehmen ohne wesentlichen Kapitalaufwand — ich habe darauf schon kurz hingewiesen — gehört jedoch zu den offenbarsten Mißbräuchen in der Entwicklung der Aktiengesellschaften und der Konzernierung. Ich habe den Eindruck, daß wir auf dem Wege sind, die Strukturprobleme, welche der dauernde Gegenstand der Aktienrechtsreform waren, im Namen der paritätischen Mitbestimmung und der zentralen Vermögensbeteiligung neu zu schaffen.

Der letzte Punkt. Herr Kantzenbach, dies ist eine Diskussion, die wir schon im Bundestagsausschuß für Wirtschaft bei der Anhörung zur Konzentrationsnovelle geführt haben. Die Frage der Notwendigkeit und Nützlichkeit einer Fusionskontrolle ist zwischen uns nicht streitig. Wie weit die Fusionskontrolle gehen sollte, brauchen wir hier nicht zu diskutieren, sie gehört nicht unmittelbar in diesen Zusammenhang. Wir werden auch in dieser Beziehung kaum zu wesentlich verschiedenen Ergebnissen kommen. Wohl aber unterscheiden wir uns in der Einschätzung der Möglichkeit, Großunternehmen — ich lasse Ihre rechtstheoretische Begründung beiseite — dadurch zu kontrollieren, daß man sie einem Sonderrecht unterstellt. Über die Mitbestimmung habe ich schon gesprochen. Wenn Sie sich das andere große Experiment der unmittelbaren Kontrolle oder auch der Verstaatlichung und Vergesellschaftung von Produktionseinheiten ansehen, dann gibt es dazu drei wichtige Erfahrungen.

Eine ganz wichtige Vorstellung, die man in Deutschland in den 20er Jahren gehabt hat, sowie in England und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg, war es, daß es in einer parlamentarischen Demokratie möglich sein müsse, die Unternehmen parlamentarisch zu kontrollieren, so wie man die Regierungen parlamentarisch kontrolliert. Alle Erfahrungen, und wir können uns darauf verlassen, daß darunter Völker mit langer demokratischer Tradition sind, zeigen, daß

- 1. das Parlament strukturell außerstande ist, Unternehmen zu kontrollieren:
- 2. die Leiter der Unternehmen vor jeder parlamentarischen Debatte über ihre Unternehmungsführung mitteilen, sie würden mit Sicherheit in die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommen, wenn sie gezwungen seien, die Interna des Unternehmens vor dem Parlament offenzulegen. Die Konsequenz war allenthalben die Freistellung der Unternehmen und Unternehmensleiter vom Fragerecht des Parlaments. Wenn Sie an diesem Punkt angekommen sind, dann haben Sie die öffentlichen Unternehmen genauso verselbständigt, wie die Aktienge-

sellschaft durch die viel zitierte Trennung von ownership and control verselbständigt ist. Es gibt einen ganz großen Unterschied, den Herr Böhm in seinem Seminar immer so bezeichnet hat: Die öffentlichen Unternehmen haben außerdem ein gutes Gewissen, weil sie doch parlamentarisch "kontrolliert" sind*. Der politische Einfluß der verstaatlichten und vergesellschafteten Unternehmen in Frankreich und Italien ist bis heute so groß, daß sie von den Staaten nicht zureichend kontrolliert werden. Lesen Sie die Geschichte der Atomrüstung Frankreichs, die ein englischer Autor vor etwa einem Jahr veröffentlicht hat, Sie können daraus ablesen, welche Konsequenzen es hat, wenn Sie versuchen, die Großunternehmen zu verstaatlichen und die technische Entwicklung staatlich zu kontrollieren. Die Entscheidung über die französische Atomrüstung war keine de Gaulle-Entscheidung. Wenn Sie sich die industrielle Struktur Italiens ansehen, dann gibt es unter Beobachtern ernsthafte Meinungsverschiedenheiten darüber, wer der Staat ist: Enel und Iri oder das gewählte Parlament und die Regierung. Auch hier stand am Anfang das Ziel, die Unternehmensmacht zu kontrollieren. Der Umschwung ist in denjenigen Ländern immer erfolgt, in denen Politiker gewohnt sind, politische Macht human auszuüben. Sie haben in dem Referat von Herrn Nove heute morgen das andere Extrem gehört, nämlich die Ersetzung ökonomischer Rationalität durch politischen Brutalwillen im Stalinismus. In den hier von uns diskutierten westlichen Industriestaaten liegt offenbar die andere Konsequenz sehr viel näher, nämlich die Usurpation von Staatsfunktionen durch die verstaatlichten Unternehmen. Wenn Sie die Geschichte der Planwirtschaft von Ota Šik in der Tschechoslowakei lesen, können Sie einen anderen Prozeß in reiner Form nachvollziehen. Niemand, der politische Macht hat, ist bereit, sich ökonomische Fehler öffentlich vorrechnen zu lassen.

Zur letzten Frage von Herrn Nitsch, die, wie ich hoffe, mit den Äußerungen zu den empirischen Problemen beantwortet ist. Was hat es mit der eigenartigen Antinomie von Macht und Freiheit auf sich? So, wie die Menschen gemacht sind, haben wir noch nie eine Gesellschaft erlebt, in der sich das Gemeinwesen darum sorgen mußte, Leute zu finden, die bereit sind, Macht auszuüben. Das ist offenbar die Sorge, von der sich Carl Schmitt im wesentlichen hat bestimmen lassen. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß es genügend Menschen gibt, welche überzeugt sind, daß sie und nur sie allein in der Lage sind, zu entscheiden, was gut ist, nicht nur für sich, auch für andere.

(Beifall.)

Weil das so ist, wird das Recht nicht in die Verlegenheit kommen, von der Aufgabe entbunden zu sein, den einzelnen in die Lage zu versetzen,

^{*} Das Zitat wurde ergänzt (E.-J. M.).

soweit das unter so unvollkommenen Bedingungen möglich ist, wie wir sie in historischen Gesellschaften vorfinden, in Freiheit darüber zu entscheiden, was für ihn selbst gut ist.

(Lebhafter Beifall.)

Diskussionsleiter Hans Möller (München):

Meine Damen und Herren, wir müssen wohl feststellen, daß das, was Herr Mestmäcker soeben vorgetragen hat, eine Art Schlußwort war

(Beifall.)

und daß es wohl nicht angebracht ist, ihn nun weiter einem Hearing auszusetzen, das er zwar mit viel Eleganz und sehr viel Erfolg bewältigte, das ihn aber physisch auch erheblich angestrengt hat. Ich glaube, wir sollten die Diskussion nicht noch einmal aufnehmen. Wir können ja sicher sein, daß in den vielen Arbeitskreisen, die ab morgen bis Donnerstagmittag zusammentreten, ein Teil der Probleme oder alle Probleme nochmals auftauchen und daß diejenigen, die an speziellen Problemen interessiert sind, in diesen Arbeitskreisen die Möglichkeit haben, sich noch weiter zu betätigen.

Ich darf also unsere Diskussion mit einem Dank an alle, die zur Diskussion beigetragen hatten, aber insbesondere mit einem Dank an Herrn Mestmäcker, abschließen,

(Beifall.)

der uns im kleineren Kreis nochmals den Genuß mehrerer Referate verschafft hat.

1. Arbeitskreis

Der Gesetzes- und Machtbegriff in den Wirtschaftswissenschaften

Leitung: Walter Hamm, Marburg

Universität Bonn, Mittwoch, 6. Sept. 1972, 9.00 - 17.00 Uhr Donnerstag, 7. Sept. 1972, 9.00 - 13.00 Uhr

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Verhandlungen im 1. Arbeitskreis, die dem Thema "Der Gesetzes- und Machtbegriff in den Wirtschaftswissenschaften" gewidmet sind.

An erster Stelle finden Sie im gedruckten Programm einen Vortrag von Herrn Professor Gerschenkron. Leider hat er kurzfristig absagen müssen. Die schriftliche Fassung seines Referats liegt aber vor, und der Vorstand unserer Gesellschaft hat den Leiter der wissenschaftlichen Tagung, Herrn Kollege Watrin, darum gebeten, das Referat zu verlesen. Es hat sich dabei allerdings folgende Schwierigkeit ergeben: Das schriftliche Referat von Herrn Professor Gerschenkron umfaßt mehr als 50 Seiten. Es mußte deshalb ganz radikal etwa auf die Hälfte gekürzt werden, und zwar ohne Mitwirkung des Referenten.

Der Leiter der wissenschaftlichen Tagung hat vier Hauptfragenkreise herausgegriffen. Es geht um folgende Punkte, die vielleicht auch ein gewisses Gliederungsprinzip für die nachfolgende Diskussion bilden könnten. Einmal behandelt Herr Professor Gerschenkron die Gründe des Versagens der materialistischen Geschichtsauffassung. Zweitens wendet er sich den Grenzen der Anwendung dieser Methode zu. An dritter Stelle wird eine Kritik der marxistischen Staatstheorie folgen. Diese Kritik wird dann viertens belegt werden durch eine Konfrontation mit der geschichtlichen Realität, und zwar einmal mit der Realität im Rußland des 17. und 18. Jahrhunderts, also zur Zeit des russischen Absolutismus, und in einem zweiten Punkt wird dann die Lage unter der modernen Diktatur nach 1917/18 behandelt. Ich könnte mir vorstellen, daß diese Gliederung es auch erleichtert, den folgenden Ausführungen zu folgen.

Falls es sich als notwendig erweisen sollte, könnte in der Diskussion zur Erklärung einzelner Punkte noch auf weitere Teile des Referats, die nicht verlesen worden sind, zurückgegriffen werden.

Darf ich dann Sie, Herr Kollege Watrin, bitten, das Wort zu ergreifen.

Christian Watrin (Köln):

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich im Auftrage des Vorstandes der Gesellschaft folgendes bekanntzugeben: Im Anschluß an das in Auszügen zu verlesende Referat Gerschenkron wird im Gedenken an die Münchener Attentatsopfer die Verhandlung durch eine Gedenkminute unterbrochen. Die Münchener Trauerfeierlichkeiten beginnen um 10 Uhr. Die Sitzung des Arbeitskreises soll deswegen zu dieser Zeit unterbrochen werden. Der angekündigte Gesellschaftsball wird abgesagt. Das Bankett findet in dem Rahmen, der sich heute anbietet, statt. —

Zur Vorgehensweise bei der Behandlung des schriftlich vorliegenden Referates von Herrn Gerschenkron darf ich mir noch eine Bemerkung erlauben. Es ist mehrmals in der Geschichte des Vereins vorgekommen, daß ein Referent aus dringenden persönlichen Gründen absagen mußte. Es entspricht der Tradition des Vereins, daß in diesem Fall das Referat verlesen wird, die Voten entgegengenommen werden — sie werden mitstenografiert —, und der Referent dann ein schriftliches Nachwort zu dieser Diskussion einreicht. Dieses wird dann im Verhandlungsband abgedruckt.

Ich komme damit zum Thema und darf Sie bitten, für alle Unvollständigkeiten meines Vortrags Verständnis zu haben. Ich habe ohne vorher zurückfragen zu können, zwei große Kürzungen vorgenommen, eine von sieben Seiten und eine von sechzehn Manuskriptseiten. Ich werde aber an den betreffenden Stellen kurz in Stichworten versuchen die Grundidee, die dort abgehandelt wird, zu berichten. Das Referat ist in der Ich-Form geschrieben. Ich habe diese nicht geändert; denn das hätte dazu geführt, daß ich dem Manuskript weiteren Zwang hätte antun müssen.

[Anmerkung der Herausgeber: Das Referat ist in der kompletten ursprünglichen Fassung im folgenden abgedruckt. Es hat sich nach Ansicht der Herausgeber nicht als notwendig erwiesen, die im Vortrag nicht wiedergegebenen Stellen besonders zu kennzeichnen.]

Macht oder ökonomisches Gesetz aus der Sicht der materialistischen Geschichtsauffassung

Von Alexander Gerschenkron, Cambridge/USA

I.

Die umfangreiche Literatur, die sich mit der materialistischen Geschichtsauffassung befaßt, spendet dieser entweder großen Beifall oder übt an ihr scharfe Kritik. Veröffentlichungen, die zwischen diesen beiden Extremen liegen, findet man selten. Wenn also dieser Vortrag einen Beitrag zu leisten vermag, so muß er in dem ungern betretenen Bereich zwischen diesen beiden Extremen liegen. Gestatten Sie mir schon jetzt darauf hinzuweisen, daß ich die materialistische Geschichtsauffassung, so schwerfällig und gar ungeeignet der Name sein mag, der ihr von ihren Schöpfern gegeben worden ist, für eine der interessantesten historischen Generalisierungen halte, die für immer in das wissenschaftliche Denken eingegangen sind. In das wissenschaftliche Denken! Das ist das Problem. Der wissenschaftliche Wert einer Interpretation der Geschichte hängt von ihrer Fruchtbarkeit für die Forschung ab. Der wissenschaftliche Charakter einer Geschichtsinterpretation hängt davon ab, wie sie aufgefaßt wird. In dieser Hinsicht ist es der materialistischen Geschichtsauffassung weit weniger glücklich ergangen.

Grundsätzlich ist es nicht falsch, den Wunsch, die Welt zu interpretieren, mit dem Drang zu verbinden, sie zu verändern. Politische Leidenschaft schafft selten das günstigste Klima für wissenschaftliche Objektivität; aber dies muß nicht unbedingt so sein. Ernstzunehmender war die Einführung des Begriffes der Notwendigkeit in den dynamischen Teil der materialistischen Geschichtsinterpretation. Sie führte zu der typischen Schwierigkeit, eine Erklärung dafür zu finden, warum Massenenergien mit gewaltigen Anstrengungen mobilisiert werden sollten, um eine Entwicklung hervorzurufen, die "notwendig" und daher ohnehin unumgänglich war. Bei der Behandlung dieses Problems wurde von den Gegnern viel Spott und von den Anhängern der materialistischen Geschichtsauffassung viel Scharfsinn aufgewandt. Es kann hier dahingestellt bleiben, daß der Mensch, wie er aus der Geschichte bekannt ist, bereit war, hart für die Vollendung dessen zu kämpfen, was er als zwangsläufig erkannte, sei es als Ausfluß des Willen Gottes oder als Wirken eines ehernen Gesetzes historischer Notwendigkeit. Auch spielt es hier keine Rolle, daß es im 19. Jahrhundert anscheinend höchst erstrebenswert war, die Sozialwissenschaften auf das Niveau der Naturwissenschaften zu heben, indem man auf den Begriff der Notwendigkeit zurückgriff, der als den letzteren immanent betrachtet wurde. Es war außerdem ebenso verlockend, ihn als ein Mittel zu verwenden, um in der Auffassung der Menschen den Wahrheitsgehalt der Lehre zu erhöhen, die ihn hervorgebracht hatte. Aber unser Problem ist weder die Psyche der Massenbewegungen noch die Psychologie der Sozialwissenschafter. Das Problem ist weniger der Wissenschafter als vielmehr die Wissenschaft. Soweit die Wissenschaft geht, läßt sich sagen und das ist der springende Punkt -, daß Notwendigkeit in einem logischen Syllogismus durchaus sinnvoll ist, wie in der Tat in jedem definitorischen System, aber daß sie in einer Geschichtsinterpretation völlig non-operational und deshalb sinnleer ist. Sie kann weder verifiziert noch falsifiziert werden. Man hätte die Zusammenhänge, die die materialistische Geschichtsauffassung behauptet, wohl in der Sprache der Wahrscheinlichkeitsrechnung ausdrücken können. Dies hätte zwar erhebliche Probleme der Meßbarkeit und Vergleichbarkeit der relevanten Faktoren hervorgerufen, der Vorgang wäre aber wenigstens grundsätzlich operational gewesen. Statt dessen war der Begriff der Notwendigkeit sowohl in den Mechanismus der Veränderung eines sozio-ökonomischen Systems in ein anderes, als auch in die stipulierten Beziehungen zwischen Unterbau und Überbau eingebaut worden. Dies trug mehr als alles andere dazu bei - ganz abgesehen von allen politischen Impulsen — der materialistischen Geschichtsauffassung den Charakter einer dogmatischen Offenbarung zu geben.

Die vier Briefe, die Friedrich Engels in seinen siebziger Jahren zwischen 1890 und 1894 schrieb, bleiben mit Recht ein eindrucksvolles Zeugnis für sein wissenschaftliches Gewissen. Er vermied in ihnen zwar den Begriff der Notwendigkeit nicht ganz, jedoch ist dessen Gebrauch auf wenige, etwas indirekte Hinweise beschränkt. Aber der Rückzug von der in einer Richtung verlaufenden Wirkung des Unterbaues auf den Überbau war von entscheidender Bedeutung, weil er das Wesen der Theorie veränderte. Durch das Zugeständnis der Möglichkeit von Wechselwirkungen zwischen Unterbau und Überbau und durch die Vermeidung der Einführung des Begriffes der Notwendigkeit in die Rückwirkungen, wurde die materialistische Geschichtsauffassung ihres dogmatischen Charakters entkleidet. Wirkungen wurden dann Ursachen in einem kontinuierlichen Prozeß, den Engels sich bemüßigt fühlte, Dialektik zu nennen. Aus der Linie wurde ein Kreis oder, besser gesagt, ein System von Kreisen, von ineinandergreifenden Rädern, die durch die Zeit rollten und vermutlich sehr komplizierte topologische Pfade beschrieben. Von einem Mechanismus, der in seiner Funktionsweise so umgebildet worden ist, kann man schwerlich aussagen, wie es Engels

wiederholt in diesen Briefen tut, daß "in der letzten Instanz" der ökonomische Faktor sich doch entscheidend durchsetzen wird. Denn dies ist unvereinbar mit der neuen Vorstellung von zirkularen Wirkungen im historischen Prozeß. Ein Kreis ist ein Kreis. Er hat weder Anfang noch Ende. Was dann mit dem ständigen Beharren auf dem Satz, der ökonomische Faktor sei der wichtigste, das heißt, der die Ereignisfolge entscheidend bestimmende, gemeint ist, kann nur eine spezifische Annahme oder Erwartung sein; nämlich, daß der größte Erfolg in der historischen Forschung, d. h. in dem Versuch, den Lauf der Geschichte zu verstehen, dadurch erzielt wird, daß der Historiker in den Kreis an der Stelle einbricht, wo der ökonomische Faktor sich befindet. Die Bedeutung dieser Umformung kann nicht überbetont werden. Was als ein "Gesetz", als ein bewiesener Lehrsatz oder eher als eine axiomatische Aussage verkündet wurde, ist eine Hypothese geworden, ein methodologischer Vorschlag, dessen Tragfähigkeit im Forschungsprozeß ergründet werden muß1.

Alle Geschichtsinterpretation beruht in der Tat auf der Formulierung hypothetischer Sätze, unabhängig davon, ob sie es verdienen, in den Rang der Theorien erhoben zu werden oder nicht. Aber man sollte sich über den Charakter dieser Sätze im klaren sein. Historiker können keine allgemeinen oder universellen Sätze aufstellen, welche nur falsifiziert und niemals verifiziert werden können. Wir stellen singuläre oder existentielle Sätze auf. Es ist nur eine Halbwahrheit von solchen Sätzen zu sagen, sie könnten nur verifiziert, aber nicht falsifiziert werden. Geschichtsforschung ist eine ungeheuer komplexe Angelegenheit. In der Regel entspringt eine Hypothese aus begrenztem empirischem Material, wobei die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß sie hinsichtlich ihrer sehr schmalen Basis "wahr" ist. Das Problem ist jedoch das Ausmaß, in dem eine Hypothese erweitert, d. h. über Zeit und Raum generalisiert werden kann. In diesem Prozeß werden sowohl Verifizierungen als auch Falsifizierungen vorkommen.

¹ Marx - Engels, Über historischen Materialismus, (Ein Quellenbuch) Teil I, Hermann Duncker, Berlin 1930, S. 138 - 156. Es war ein seltsames Zusammentreffen von großer Tragweite in der Geistesgeschichte der materialistischen Geschichtsauffassung, daß in denselben Jahren, in denen Engels den Versuch unternahm, den Charakter der Lehre als eine Hypothese zu betonen, der junge Lenin (1894) die entgegengesetzte Ansicht vertrat. Die materialistische Geschichtsauffassung, so argumentierte er, ist wirklich eine Hypothese gewesen, als sie zum ersten Mal verkündet wurde. Aber dies änderte sich durch die Veröffentlichung des Kapital in der Zwischenzeit. "Nun, seit dem Erscheinen des Kapital ist die materialistische Geschichtsauffassung keine Hypothese mehr, sondern ein wissenschaftlich bewiesener Satz ..., die einzige wissenschaftliche Auffassung der Geschichte." Vgl. W. I. Lenin, Polnoe sobranie sočinenij, 5. Aufl., Moskau 1968, Bd. I, S. 136, 139 - 140. Diese Ansicht blieb der Leitgedanke in der Behandlung der materialistischen Geschichtsauffassung in der Sowjetunion unter der Ägis und dem wachsamen Auge der sowjetischen Regierung.

Eine Hypothese besteht aus einer Anzahl von Erwartungen, die auf empirisches Material angewendet werden, auf dem die Hypothese ursprünglich nicht beruhte. Wenn im Laufe einer solchen Anwendung die Erwartungen erfüllt werden, wenn die erwartete Ereignisfolge festgestellt ist und die Beziehungen zwischen den relevanten Faktoren entdeckt sind, welche mit denen übereinstimmen, die durch die Hypothese festgelegt worden sind, dann ist es sinnvoll zu sagen, daß pro tanto die Hypothese verifiziert worden ist. Solche pro tanto Verifizierungen sind die Seele der Geschichtsforschung, das Material, aus dem sie besteht. Sie stellen die Erfolge der Forschung dar. Auf diese Weise wächst der Bestand unseres empirischen Wissens und unser Verständnis der historischen Prozesse wird vertieft. Aber was geschieht, wenn wir feststellen, daß die Erwartungen nicht erfüllt oder nur teilweise erfüllt worden sind? Wenn wir nach den Gründen unseres Fehlschlages suchen, prüfen wir noch einmal die Abweichungen von unseren Erwartungen. Vielleicht ist es uns möglich, die Abweichungen zu systematisieren, indem wir die zusätzlichen Elemente und Beziehungen unter einer weiteren Erklärung zusammenfassen, die wir eventuell in die ursprüngliche Hypothese einbauen können. Auf diese Art und Weise können wir sie erweitern und gehaltvoller machen. Mit neuen Hypothesen ausgerüstet, können wir unsere Reise in noch andere Regionen und Perioden fortsetzen.

Aber vielleicht ist unseren Bemühungen kein Glück beschieden worden. Unsere Erwartungen können vollkommen enttäuscht worden sein. Die Kluft zwischen der Hypothese und dem neuen empirischen Wissen mag sich als unüberbrückbar erweisen. Eine erfolgreiche Erweiterung erscheint aussichtslos. Wenn unsere Hypothese tatsächlich gescheitert ist, dann müssen wir zugeben, daß wir die Grenze oder eine der Grenzen der Anwendbarkeit unserer Hypothese erreicht haben, eine Grenze, jenseits welcher Erklärungen von verschiedenen Hypothesen her kommen müssen, die unterschiedliche Erwartungen beinhalten. Die mißglückte Erklärung bedeutet keine absolute Widerlegung des ursprünglichen Erklärungssystems. Es bleibt weiterhin für Räume und Perioden gültig, für die es unseren Sinn für das Vernunftmäßige zu befriedigen imstande war. Aber die Grenzen der Anwendung stellen ein entscheidendes Problem dar, das klar und direkt richtungsgebend für das Hauptthema dieser Abhandlung ist. Denn eine Geschichtshypothese, jede Geschichtshypothese, verlangt eben nach jenem "Über-sich-selbst-Hinausgehen". Und das bedeutet mehr als einfach die Notwendigkeit, jene Grenzen zu systematisieren und zu generalisieren, d. h. eine zusätzliche Hypothese zu formulieren, die jene Grenzen erklären und so eine unentbehrliche Ergänzung der ursprünglichen Hypothese würde.

Ich glaube, daß dies das Problem ist, an dem die Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung sehr zum Schaden des wissenschaft-

lichen Wertes ihrer Hypothese gescheitert sind. Im folgenden möchte ich einige der Gründe skizzieren, die zu diesem Versagen geführt haben und dann dazu übergehen, einige Grenzen aufzuzeigen, wo die materialistische Geschichtsauffassung auf unüberwindbare oder nur sehr schwer überwindbare Anwendungsschwierigkeiten stößt. Dies erfordert ein Erklärungssystem, das seinem Wesen nach nur hypothetisch sein kann. Vielleicht sollte ich auch als Richtigstellung oder als weitere Ausführung des vorangegangenen Abschnitts hinzufügen, daß es eine große Zahl möglicher Ergänzungshypothesen geben kann und aller Wahrscheinlichkeit nach gibt. Aber ich werde hier jene Grenzen der Marxschen Hypothese behandeln, die sich auf das Hauptthema dieser Tagung beziehen, also auf das Problem Macht oder ökonomisches Gesetz. Ich muß mich daher sowohl im Umfang des Erklärungssystems, als auch hinsichtlich der Anzahl der Hypothesen, die in ihm enthalten sind, beschränken.

Was die Gründe für das spezielle Versagen der materialistischen Geschichtsauffassung betrifft, welche im vorangegangenen Abschnitt behandelt wurden, so glaube ich, daß diese Gründe mindestens drei Wurzeln haben. Sie sind zunächst auf die Art zurückzuführen, wie die Theorie ursprünglich vorgebracht wurde, deren etwas verspätete Reinterpretationen und Modifikationen durch Engels zwar interessant, aber nicht hinreichend waren. Zweitens, die materialistische Geschichtsauffassung wurde sehr bald, vielleicht zu früh, ein integrierter Bestandteil der Ideologie einer großen Massenbewegung. Und drittens war der Umstand — und das war vielleicht das Fatalste —, daß sie von der offiziellen Ideologie eines mächtigen totalitären Staates absorbiert wurde. Das ist eine ziemlich paradoxe Situation insofern, als dieser Staat als soziales Phänomen am wenigsten im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung erklärt und verstanden werden kann. In Wirklichkeit ist gerade seine Geschichte ein Paradebeispiel für die Grenzen der Gültigkeit der Theorie — ein Thema, auf das ich noch ausführlich zu sprechen komme.

Die Schuld oder der Fehler ihrer Schöpfer sollte in der richtigen Perspektive gesehen werden. Denn es ist für jede neue Theorie durchaus natürlich, zunächst mit monopolistischen Ansprüchen vorgetragen zu werden, wobei ihr Wahrheitsgehalt erheblich übertrieben wird. Behauptungen ihrer zeitlich und räumlich unbegrenzten Anwendbarkeit sind zu verlockend, als daß sie vermieden werden könnten. Und die materialistische Geschichtsauffassung war "neu". Sicherlich gab es Vorgänger, und Engels erwähnt selbst ausdrücklich "Thierry, Mignet, Guizot, die sämtlichen englischen Geschichtschreiber bis 1850². Er hätte einige andere erwähnen und sich ebenfalls auf verwandte Be-

² Marx - Engels, op. cit., S. 152.

²² Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 74

standteile in Theorien und besonders in Ideologien des ökonomischen Liberalismus beziehen können. Im ökonomischen Liberalismus erhöhte sich im Lauf der Zeit immer mehr der Nachdruck auf die Unwirksamkeit von Staatseingriffen, während die Bedeutung der beiden anderen Elemente des Dreigestirns — die Überflüssigkeit und die Schädlichkeit der Staatseingriffe — sich relativ verringerte. Der ökonomische Faktor wird sich behaupten und politische Eingriffe wirkungslos machen. Und was noch mehr bedeutet, die Verfolgung einer "guten" Wirtschaftspolitik, so meinte man, würde auch zu "guten" politischen Ergebnissen führen, so daß Freihandel gleichzeitig dazu diene, den Frieden zu sichern. Unter diesen Umständen wurde der Cobden-Chevalier-Vertrag geschlossen, der sowohl ein berühmtes historisches Beispiel für diese Auffassung wurde, als auch nach Meinung der Zeitgenossen ein Beweis für ihre Richtigkeit war.

So baut Marx nicht nur wesentliche Bestandteile der Ricardianischen Theorien in sein analytisches System ein. Auch die materialistische Geschichtsauffassung stammt u. a. von der Weltanschauung des ökonomischen Liberalismus ab, d. h. noch allgemeiner, sie stammt von der geistigen Atmosphäre der Periode ab, in der gewaltige wirtschaftliche Veränderungen den wirtschaftlichen Faktor mit einer neuen Bedeutung ausgestattet haben, die ihm vorher nicht mit derselben Glaubwürdigkeit hätte zuerkannt werden können. Ohne viel Widerspruch befürchten zu müssen, glaube ich, kann man sagen, daß auch Böhm-Bawerks berühmter Aufsatz vom Geist des ökonomischen Determinismus des 19. Jahrhunderts beeinflußt worden ist. Daß Tugan-Baranowskiy, der stark von Marx beeinflußt war, zusammen mit Stolzmann eine Meinung vertrat, die der des Marx-Kritikers Böhm-Bawerk entgegengesetzt war, zeigt lediglich, daß die Wege der Geistesgeschichte, wenn nicht undurchschaubar, so doch wenigstens weit verschlungener sind, als man gewöhnlich denkt oder träumt.

Und dennoch war die materialistische Geschichtsauffassung in mehreren wichtigen Aspekten vollkommen neu. Neu war die Annahme von Zusammenspiel von Produktionsweise, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen; neu war, daß eine enorme analytische Struktur in eine großartige Geschichtshypothese einbezogen wurde; neu war die schärfste Betonung der ökonomischen Klassen und des Klasseninteresses als der treibenden Kraft, die die sozialen Phänomene weit über den ökonomischen Bereich hinaus formt und gleichzeitig die Wirtschaftsprozesse und den sozialen Wandel determiniert³; neu war darum

³ Es stimmt, daß Marx selbst in dieser historischen Hinsicht jeden Anspruch auf Originalität zurückwies und seine Entdeckung auf das Erkennen der Klassengesellschaft als eines zeitlich begrenzten, historischen Phänomens beschränkte. "Was ich neu tat war erstens, nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produk-

die ganzheitliche Sicht, die die Statik und Dynamik des gesellschaftlichen Lebens erklärt und so wenigstens in Ziel und Streben vielleicht zur umfassendsten Soziologie der Geschichte wird. Neu war schließlich nicht zuletzt der höchst anregende und zugleich höchst riskante bildliche Ausdruck des Unter- und Überbaues. Ob die materialistische Geschichtsauffassung mit dem analytischen Aufbau des Marxschen Kapitals steht und fällt, ist eine Frage, die beliebig beantwortet werden kann. Es besteht aber kein Zweifel daran, daß die Betonung des ökonomischen Gesetzes die eigentliche Grundlage der marxistischen Soziologie und daher das wahre Wesen der Hypothese ist. Es überrascht nicht, daß die einzigartige Weite dieser Schau sowohl Hoffnungen erweckte, die weit über die Möglichkeiten vollkommener Erfüllung hinausgingen, als auch Ansprüche hervorrief, die die Möglichkeit vollständiger Befriedigung weit übertrafen und erfolgreich jedem Gedanken der Selbstbeschränkung und Selbstbegrenzung entgegenwirkten. Dies geschah völlig unabhängig von allen Hinweisen auf Notwendigkeiten und unwandelbare Entwicklungsgesetze. Wenn auch weder der Inhalt noch die Form der Darbietung es nahelegte, die Theorie im Sinne des Relativismus zu akzeptieren, so gab es doch andere mehr oder weniger gute Gründe für ihre Annahme als das "letzte" (und gewiß nicht das vorletzte) "Wort der Wissenschaft".

Ich erwähnte vorher in Verbindung mit diesem Thema die Ideologie der marxistischen Arbeiterbewegungen. Das messianische Versprechen, welches so fest in die Struktur der materialistischen Geschichtsauffassung verwoben ist, entspricht aufs genaueste den Bedürfnissen einer Bewegung, die von Menschen unterstützt wurde, die von unzähligen Nöten bedrängt waren, Menschen, für die die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ein tiefes seelisches Bedürfnis war. Was sie erhielten, war mehr als Hoffnung; es war Zuversicht. Außerdem schien die bloße Existenz einer Bewegung, die die Verwandlung "einer Klasse an sich" in eine "Klasse für sich" darstellte, ein klarer Beweis für die Richtigkeit der Theorie zu sein. Relativismus und sorgfältige Vorbehalte sind nicht gerade der Stoff, aus dem die Ideologien der Massenbewegungen gemacht sind. Vereinfachungen und Hypostasierungen (den letzteren ist die schöpferische Kraft der deutschen Sprache besonders geneigt) sind etwas anderes. Es war wiederum im Jahre 1890, als Engels sich

tion gebunden ist." Vgl. Brief an Weydemeyer (1852), Marx - Engels, Ausgewählte Schriften. Bd. II, S. 425, Berlin 1955. Aber es ist schwer zu leugnen, daß Klassen und Klassenkämpfe als integrierter Bestandteil einer umfassenden Theorie eine Neuheit waren. Engels zögerte nicht, Marx als den Entdecker des großen historischen Bewegungsgesetzes voll anzuerkennen, wobei er sich in voller Klarheit auf die Klassenkämpfe, deren Ursache in der Wirtschaft und deren Wirkung auf verschiedene Bereiche des Überbaues bezog. Vgl. Marx - Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. I, S. 225 (Vorwort zur dritten Auflage: Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon).

veranlaßt sah, eine besondere Warnung gegenüber einem Mitglied des radikalen Flügels (die Jüngeren) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszusprechen. Er schrieb: "Die materialistische Geschichtsauffassung schlage ins Gegenteil um, wenn sie nicht als Leitfaden beim historischen Studium behandelt werde, sondern als fertige Schablone, wonach man sich die historischen Tatsachen zurechtschneidet⁴." Die Warnung war sehr wohl am Platz, hat sich aber, trotz mancher offensichtlicher Ausnahme, langfristig als nutzlos erwiesen — wie wir besonders heute, nachdem eine sehr lange Frist verstrichen ist, wohl mit Recht sagen können. Absolute Wahrheit, vorgeformte Schemata, Dogmen und Simplifizierungen — von alledem ist nichts mit der Suche nach Schranken und Grenzen und deren Anerkennung vereinbar.

Doch gab es einen Bereich, in dem es stillschweigende Anerkennung von Grenzen gab. Der Versuch — und gewiß kein nutzloser —, Ideologien auf die zugrunde liegenden ökonomischen Bedingungen und das Klasseninteresse zu reduzieren, das jenen Bedingungen immanent war, wurde eifrig und beharrlich fortgeführt. Außerdem rühmten sich die Marxisten ihres offenen Eingeständnisses, daß die Ideologie ihrer Bewegung dem Klasseninteresse der Industriearbeiter entstammte. Von den Gegnern behauptete man, daß sie es als notwendig erachteten, diesen Zusammenhang zu verhüllen und zu leugnen. So verschaffte man sich ein weites Gebiet, das mit den Werkzeugen, die die materialistische Geschichtsauffassung zur Verfügung gestellt hatte, bearbeitet wurde. So weit so gut. Aber die ökonomischen Bedingungen verändern sich und Klasseninteressen und Klassenideologien mutantur cum illis. Die marxistische Bewegung konnte von diesem Wandlungsprozeß nicht unberührt bleiben. Aber es fehlte durchaus die Bereitschaft, auf dieses Faktum einzugehen und die marxistische Analyse auf den Marxismus selbst anzuwenden. Dieser Umstand war der Anlaß zu Max Webers weithin bekannter Metaphrase von Schopenhauers Aussage über die Kausalität: "Der Marxismus", sagte er, "war keine Droschke, von der die Marxisten nach Belieben auf- und absteigen können."

Dies mag von mehr als einem Standpunkt aus seltsam erscheinen. Ein scharfer Sinn für Wandlungen war jedoch tief im Marxismus verwurzelt. Man darf füglich sagen, daß die einzige klare und pragmatische Belehrung, die Historiker all dem Diskurs über Dialektik entnehmen können, gerade diese Betonung des Wandels und die Warnung ist, daß im Wandlungsprozeß die Beziehungen zwischen den einzelnen historischen Faktoren tendieren mögen, sich in ihr Gegenteil umzukehren. Aber man sucht vergebens nach der marxistischen Anwendung dieser

⁴ Brief an *Paul Ernst*, erstmals veröffentlicht in: Berliner Volksblatt, 5. Oktober 1890. Vgl. *Gustav Mayer*, Friedrich Engels, Eine Biographie, Den Haag, 1934, Bd. II, S. 479.

nützlichen Einsichten — denn dies sind sie wirklich — auf ihre eigene Bewegung und ihr eigenes Gedankengebäude. Auch ist es gerade so verwunderlich, daß diese konservative Haltung sich in einer Bewegung herausgebildet hat, die sich dem Ziel der revolutionären Erhebung gewidmet hat. Noch weit seltsamer und überraschender ist der Fall der Sowjetunion, wo trotz radikalster revolutionärer Umwandlungen — die tatsächlich vollzogen wurden — der Marxismus sich als der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht erhalten hat. Über diese Seite des Problems wird später mehr zu sagen sein.

Um aber zu dem zurückzukehren, was vorher erwähnt wurde, möge gesagt werden, daß es in der Annahme der materialistischen Geschichtsauffassung um mehr ging als um den paradoxen Zusammenhang zwischen dem messianischen Versprechen der Wandlung und dem Glauben an ein ewig gültiges Gedankengebäude. Denn es gab manche Ereignisse und Folgewirkungen in der Geschichte, besonders in der Geschichte des 19. Jahrhunderts, die sinnvoll und erfolgreich im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung interpretiert werden konnten. Es war nur natürlich, daß das Jahrhundert, in dem der ökonomische Determinismus entstand, auch die einleuchtendsten Beispiele und überzeugendsten Bestätigungen für ihn lieferte. Mehr stand auf dem Spiel als die eben erwähnten ökonomischen Wandlungen und die Wirkungen der industriellen Revolution auf die Wirtschaft und die allgemeine Gesellschaftsstruktur. Der Durchschnittsmensch ging in einem Maße in die Geschichte ein, wie es bisher noch nie der Fall gewesen war. Durch den Prozeß der Säkularisierung verlor die Religion als Weltanschauung und die Kirche als Institution einen großen Teil ihrer vorherigen Unabhängigkeit. Mit den Fortschritten des Parlamentarismus rückte der Staat - von einigen wichtigen Ausnahmen abgesehen - der Gesellschaft näher und wurde so in gewisser Hinsicht geschwächt. Durch die verminderte Macht des Staates wurde sein Handeln einschließlich seiner gesetzgeberischen Tätigkeit tatsächlich durch Gruppeninteressen, Gruppenverhalten und Gruppenmacht erklärbar.

Nur wenige würden leugnen, daß die Abschaffung der Korngesetze in England, die gewiß eine tiefgreifende Umwälzung darstellte, ihre natürliche und weitreichende Erklärung in dem Interessenkonflikt sozialer Klassen findet, die das Korngesetz befürworteten oder ablehnten. Tatsächlich kann die Zollgeschichte großer Teile des europäischen Kontinents sehr fruchtbar als Geschichte von Klassenkonflikten geschrieben werden, was natürlich auch Allianzen von Gruppen oder von Klassen und Teilgruppen innerhalb von Klassen (Solidaritätsblöcken!) einschließt. In derselben Weise können auch große Teile der Sozialgesetzgebung dieses Jahrhunderts behandelt werden, wie auch viele Maßnahmen, deren Zweck es war, die Gesetzbücher von den

Resten oder Überbleibseln des vorindustriellen Zeitalters zu reinigen. Die fortdauernde Existenz derartiger Überbleibsel verursachte einige Erklärungsschwierigkeiten vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung. Aber sie konnten in dem Konzept der materialistischen Geschichtsauffassung mit Hilfe des Marxschen lags bei der Anpassung des Oberbaues an den Unterbau untergebracht werden. Die Anpassung, so sagt Marx, erfolgt "langsamer oder rascher", eine Wendung, von der Bernstein einmal sagte, daß "in ihr allerdings sehr viel liegt"⁵.

Tatsächlich baute Schumpeter auf der Basis eines solchen *lags* seine Imperialismustheorie auf, welche inhaltlich (materialiter) anti-Marxschen Charakter hat, aber in der Methode (formaliter) gänzlich der Marxschen entspricht⁶. So fanden die marxistischen Interpretationen, solange sie sich auf einen gegebenen historischen Bereich bezogen, ein ziemlich weites Feld, in dem sie angewandt werden konnten, ohne an die Schranken der Hypothese anzuprallen. Solche tatsächlich erzielten Erfolge konnten die Schranken nicht aus der Welt schaffen, aber sie genügten, den Blick von ihnen abzulenken und die Suche nach ihnen hintanzuhalten.

Wohl stimmt es, daß Eduard Bernstein in seinem frontalen Angriff auf das marxistische System, seine Kritik zum Teil auch der materialistischen Geschichtsauffassung widmete. Er begann mit den Engelschen Reformulierungen und sprach klar von Einschränkungen der "ehernen Notwendigkeit der Geschichte". Die Erkenntnis, daß die ökonomische Kausalität bloß "letzten Endes" wirke und die Anerkennung einer langen Reihe mittelbarer, "mitwirkender" Ursachen seien geeignet, sagte Bernstein, die "bestimmende Kraft der letzten Ursache" abzuschwächen, von der Bernstein immer noch glaubte, daß sie die "entscheidende Kraft" sei und "den Angelpunkt" in der steten Wiederkehr "großer Bewegungen in der Geschichte" bilde⁷. Der Wunsch, die materialistische Geschichtsauffassung ihrer "absolutistischen Interpretation" zu berauben, war wohl unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Aber das Hauptziel seiner Argumentation war besonders gegen die einzelnen Bestandteile der ökonomischen Theorie von Marx gerichtet -Konzentration des Kapitals, zunehmende Verelendung der Arbeitermassen, Wiederholung mit zunehmender Schärfe wirtschaftlicher Krisen usw. Was die materialistische Geschichtsauffassung betrifft, so

⁵ Vgl. Karl Marx, Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, in: Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften, Berlin 1955, Bd. I, S. 338; und Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus, Hannover 1921 und 1964, S. 34.

⁶ J. A. Schumpeter, Imperialism and Social Classes, New York, 1955, S. 3 - 99.

⁷ E. Bernstein, op. cit., S. 33 - 44, besonders S. 35, 42 - 44.

zweifelte er zwar am Notwendigkeitsbegriff, unterließ es aber, diesen Begriff als wissenschaftlich sinnleer völlig zu verwerfen. Er beschränkte die Erörterung dieses Themas auf allgemeine Bemerkungen, ohne auf konkrete historische Beispiele hinzuweisen, die die Grenzen der Hypothese aufzeigten⁸.

Es gab jedoch einen wichtigen und komplizierten Fall, in dem das Bestehen der Schranken nicht übersehen werden konnte und ein Versuch unternommen wurde, der zwar nicht darauf abzielte, sie wirklich zu durchbrechen, sondern eher darauf hinauslief, sie weiter hinauszuschieben. Mit welchem Erfolg muß dahingestellt bleiben. Ich meine das Problem des Nationalismus und seine Behandlung durch jene Schule des Marxismus, die sich im Laufe der Zeit herauskristallisierte und unter dem Namen des Austro-Marxismus bekannt wurde. Was auch immer Adam Smith zugunsten der nationalen Verteidigung gesagt hatte, wie wichtig auch Ricardo's Voraussetzung der Faktorimmobilität über Landesgrenzen für seine Theorie des Außenhandels gewesen sein mag, so gibt es doch kaum Zweifel, daß der Geist des ökonomischen Liberalismus ein kosmopolitischer war. Auch in dieser Hinsicht stammte der Marxsimus von der großen geistigen Bewegung ab, die ihm vorangegangen war. Aber der marxistische Kosmopolitismus ging weiter und tiefer. Mehr war im Spiel als bloß politische und ideologische Gründe: der Aufruf an die Proletarier aller Länder, sich zu vereinigen und die Behauptung, die Arbeiter hätten kein Vaterland. Die Schwierigkeit lag im Wesen der Lehre. Die Betonung des ökonomischen Faktors, des Klasseninteresses und des Klassenkampfes war nicht leicht vereinbar mit der Idee der Gemeinsamkeit nationaler Interessen. Nationalismus gehörte eindeutig zum abgeleiteten Überbau, leugnete aber seine Abkunft. Nationalismus sollte, wenn überhaupt, höchstens als sublimiertes ökonomisches Interesse der herrschenden Klasse verstanden werden. Das Kommunistische Manifest sah daher ausdrücklich die allmähliche Beseitigung nationaler Unterschiede voraus, während Konflikte zwischen den Nationen als das natürliche Resultat der Verbreitung der kapitalistischen Produktionsweise über immer größere Bereiche der Welt verstanden wurden⁹.

Unter diesen Umständen war es ganz natürlich, daß ein Faktor vernachlässigt wurde, der nicht in das Erklärungsschema paßte und dessen Bedeutung im Laufe der Geschichte zwangsläufig abnehmen mußte. Das Wachstum der Weltwirtschaft, der Vormarsch der industriellen

⁹ Karl Marx - Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. I, Berlin 1955, S. 27 und 40.

⁸ Bernstein hat seine Meinung, daß die Bedeutung des ökonomischen Faktors im Laufe des 19. Jahrhunderts eher ab- als zunahm, nicht weiter begründet. Sie ist kaum überzeugend. Vgl. op. cit., S. 40. Die "großen Bewegungen" waren außerdem in keiner Weise spezifiziert.

Revolution von Land zu Land gingen Hand in Hand mit der wachsenden Bedeutung der Sozialistischen Internationale. Sie enthüllten den Nationalismus als das, was er im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung war — als "falsche" Ideologie im zweifachen Marxschen Sinn des Wortes: als selbsttrügerisches "falsches Bewußtsein", welches das eigene Klasseninteresse leugnete und als trügerische Ideologie, die darauf angelegt war, Klassenharmonie in einer Gesellschaft vorzutäuschen, die durch unversöhnliche Klassengegensätze gekennzeichnet war. Das tragische Jahr 1914, jener furchtbare Bruch in der europäischen Geschichte, ja in der Geschichte der Welt, der so vieles zerstörte, zerstörte auch den naiven Glauben an die materialistische Geschichtsauffassung mit ihrer Leugnung des Nationalismus als eines entscheidenden geschichtlichen Faktors. Es enthüllte mit größter Klarheit eine Grenze der Hypothese.

Aber der wissenschaftliche Marxismus brauchte nicht bis 1914 zu warten, um das Problem zu erkennen. In Anbetracht der besonderen Umstände der Österreichisch-Ungarischen Monarchie um die Jahrhundertwende konnte der Nationalismus nicht mit ein paar allgemeinen Postulaten abgetan werden. Die Herausforderung dieser Postulate erfolgte unter dem Druck eines rohen historischen Empirismus. Seit 1890 und besonders seit 1897 trat der Streit zwischen den Nationalitäten der Monarchie und besonders zwischen Deutschen und Tschechen in den Vordergrund des öffentlichen Lebens, wobei er eine bis dahin nicht gekannte Herrschaft, wenn nicht Vorherrschaft erlangte. In dem bitteren Streit lähmte die wilde Obstruktion die parlamentarische Arbeit. Sie machte die gesetzgeberische Tätigkeit entweder ganz unmöglich oder zwang die Gesetzgebung, hinter dem Notparagraphen der Verfassung unsichere Zuflucht zu suchen. Von Wien und Budapest breitete sich die lähmende Wirkung auf die Landtage aus. Jeder Sinn für Maß, das Wesen jeder Politik, schien verloren zu sein. Kein Problem schien gering genug, um nicht in die nationalistische Debatte geworfen zu werden. Die Regierung einer Großmacht konnte durch die Entscheidung gestürzt werden, ob ein slowenisches Gymnasium in einer kleinen südsteirischen Stadt gebaut werden sollte, die jetzt in Slowenien liegt. Die zügellose Heftigkeit der Handlungen und die Wucht der Gefühlsausbrüche schienen den Fortbestand des Staates zu bedrohen. Gewiß gab es wirtschaftliche Probleme. Gewiß gab es die soziale Frage und Klassengegensätze: Der große Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht war noch nicht ausgefochten. Jedoch war das Kriegsgeschrei anderer Kräfte im öffentlichen Leben ebenso laut, wenn nicht lauter.

Die Österreichische Sozialdemokratische Partei war eine marxistische Partei. Aber unter der nüchternen Führung von Viktor Adler gelang es ihr zu vermeiden, in die große revisionistische Auseinandersetzung verwickelt zu werden, die in Deutschland tobte. Wenigstens der äußeren Erscheinung nach blieb sie dem orthodoxen Marxismus verpflichtet. Aber die Streitigkeiten der Nationalitäten konnten nicht ignoriert werden, und so geschah es, daß 1899 ein Parteitag (in Brünn) ein besonderes Programm annahm, in dem die Umwandlung der Monarchie in einen föderalistischen Staat, aus autonomen Nationen zusammengesetzt, gefordert wurde. Die praktischen Maßnahmen wurden gleichzeitig durch theoretische Arbeiten ergänzt. Sowohl Karl Renner als auch Otto Bauer leisteten bedeutsame Beiträge. Karl Renner trug mit seiner unvergleichlichen Kenntnis des administrativen und legislativen Apparates der Monarchie zum Problem bei und ging über das Brünner Programm hinaus, indem er das "Persönlichkeitsprinzip" im Unterschied zum "Territorialprinzip" im Hinblick auf die nationale Autonomie vertrat. Marxistische Gedanken gingen in seine Studien ein, als er das Problem der Stabilität und der Aufrechterhaltung der Monarchie als eine Frage ökonomischer Interessen einzelner Klassen in den einzelnen Landschaften behandelte. Er zog daraus die Schlußfolgerung: Wenn einmal ökonomische Interessen voll verstanden werden und besonders wenn die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes es dem ökonomischen Interesse der Industriearbeiter erlauben wird, ihr eigenes Gewicht in die Waagschale zu werfen, dann werden die Vorteile eines großen, einheitlichen Wirtschaftsgebietes so überwältigend und zwingend erscheinen, daß schließlich die zentrifugalen nationalen Interessen in den Hintergrund treten, wenn nicht völlig unterdrückt, werden¹⁰.

Zwar arbeitete Renner mit marxistischen Begriffen, aber in diesem Zusammenhang galt sein Hauptinteresse nicht der Theorie des Marxismus. Sein erfinderischer Geist war mehr an der Suche nach pragmatischen Lösungen interessiert, als daran, das Problem des Nationalismus als ein Problem der materialistischen Geschichtsauffassung aufzufassen. Anders war es dagegen mit seinem jüngeren Freund Otto Bauer, der Renners Gegenspieler innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in den Jahren der ersten Österreichischen Republik wurde, besonders nach 1927. Bauer faßte sein äußerst bemerkenswertes Buch über dieses Thema als eine Ausarbeitung und Erweiterung der marxistischen Theorie auf. Er war sich bewußt, daß er damit als Marxist unbekannte Pfade betrat. Vielfach war, was Marx und Engels über Nationalismus schrieben, mehr von praktischen als von analytischen Erwägungen geleitet. So wurde z.B. der Deutsch-Französische Krieg und seine Konsequenzen primär im Licht der Erwartung gesehen, daß ein vereinigtes Deutschland weit bessere Möglichkeiten für die Entwicklung einer großen marxistischen Arbeiterbewegung böte als Frankreich. Aber Bauers

¹⁰ Vgl. Renners zahlreiche Schriften, vor allem: Rudolf Springer (Karl Renner), Grundlagen und Entwicklungsziele der Österreichischen Ungarischen Monarchie, Wien und Leipzig 1906.

Gedanken waren tiefgründiger. Nachdem er die Nation als eine Gemeinschaft definiert hatte, die sich durch historisches Schicksal, durch Kultur und nationalen Charakter (d. h. durch weit mehr als nur gemeinsame Sprache) geformt ist, unternahm er den Versuch, die Entstehung einer Nation und die Entstehung der individuellen Komponenten dieses Phänomens als durch die geschichtlichen Veränderungen der ökonomischen Situation, der Interessen, der Lebensweise, der sozialen Gewohnheiten und der Ideologie der herrschenden Klasse bestimmt zu erklären. Im Gegensatz zur traditionellen marxistischen Position betrachtete Bauer den modernen Kapitalismus als einen Faktor, der nationale Unterschiede weder verwischt noch verlöscht, sondern sie im Gegenteil verstärkt und verschärft. Industriekapitalismus bedeutete wachsende Bildung für die Massen und deren erhöhte Teilnahme an der nationalen Kultur, die im trägen Strom der Geschichte nur kleinen privilegierten Gruppen zugänglich gewesen war. Vom Sozialismus, der dem Kapitalismus folgt, erwartete Bauer deshalb, daß er zu einer noch stärkeren Differenzierung der nationalen Kulturen führen werde. So gesehen, wurden nationale Revolutionen untrennbar mit sozialen Umwälzungen verbunden und die ersteren als ebenso unausweichlich betrachtet wie die letzteren.

Was nun die österreichische Monarchie anlangte, so war Bauer zwar bereit, Renners praktische Reformvorschläge zu akzeptieren, betrachtete sie aber nur als vorläufige Abhilfe. Auf lange Sicht war die Monarchie dem Untergang geweiht¹¹. Wie Renner untersuchte auch Bauer das Problem der Vorteile eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes. Seine Analyse war jedoch differenzierter als die Renners und betonte die Ablehnung eines gemeinsamen Wirtschaftsgebietes (oder das mangelnde Interesse daran) von seiten einiger Klassen und gleichzeitig dessen Befürwortung durch andere. Dieser Standpunkt paßte sehr gut zu der negativen Einschätzung der Zukunft der Monarchie, ließ gleichzeitig mehr Raum für Klassengegensatz und stimmte insofern mit der traditionellen marxistischen Analyse überein. Bauer war durchweg viel mehr an den Grundzügen des marxistischen Systems interessiert. Er suchte zu modifizieren und zu verfeinern. Als er z.B. die Ideologie der ungarischen Aristokratie und des Landadels (gentry) diskutierte. schilderte er, daß diese Ideologie sich ursprünglich von dem Klasseninteresse dieser Gruppe herleitete und dann lange unverändert blieb, obwohl das Klasseninteresse sich mit den wandelnden ökonomischen Bedingungen verändert hatte und nicht mehr der Ideologie als Grundlage diente. Die Anpassung der Ideologie an das Klasseninteresse, so

¹¹ Vgl. zum Vorstehenden hauptsächlich: Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907; Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923, S. 52; Otto Bauer, Eine Auswahl aus seinem Lebenswerk, Wien 1961, S. 17 - 18, 143 - 155.

nahm Bauer an, würde zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden¹². Konkrete Fälle dieser Art sind vermutlich gedeckt durch das vorher erwähnte Zugeständnis der Möglichkeit eines lags in Marxens klassischer Darstellung der Beziehung zwischen Unter- und Überbau. Sie näher untersucht zu haben, zeugt zwar von der Bereitschaft, die materialistische Geschichtsauffassung in flexibler und undogmatischer Weise anzuwenden, beinhaltet aber nicht unbedingt eine ernsthafte Suche nach ihren Schranken — den Grenzen ihrer Anwendbarkeit. Die Entdeckung eines "lags" in entgegengesetzter Richtung würde wohl etwas anderes und mehr bedeuten. Aber darüber ist im folgenden mehr zu sagen.

Vom Hauptproblem dieses Vortrages her gesehen, kann man sagen, daß Bauer sich kaum bewußt war, eine Grenze überschritten zu haben und auf ein Gebiet vorgedrungen zu sein, in dem die Anwendbarkeit der materialistischen Geschichtsauffassung begrenzt, wenn nicht völlig unmöglich war. Im Gegenteil, er verwandte seine erstaunliche Gelehrsamkeit und seine große analytische Gabe dazu, ein bedeutendes und lange mißachtetes Phänomen in die Grundstruktur des marxistischen Systems einzuverleiben. Bauer blieb sein Leben lang ein treuer und gewandter Adept der materialistischen Geschichtsauffassung. Die stürmische Geschichte der ersten Österreichischen Republik förderte zweifellos den Nachdruck auf Klasseninteresse und Klassenkonflikt: und es ist möglich, daß Bauers eigene politische Tätigkeit als Führer der Sozialdemokratischen Partei dazu beitrug, die Realität dieser Zeit in der Weise zu formen, daß sie in marxistischen Begriffen faßbar wurde. Das peinliche Nationalitätenproblem der österreichisch-ungarischen Monarchie war natürlich als solches mit ihrem Zusammenbruch verschwunden.

Trotzdem ist es nicht überraschend, daß Bauers grundlegendes Werk— gewiß der interessanteste und originellste Beitrag zur marxistischen Literatur seit Marx und Engels— und vor allem seine weitgezogene Definition der Nation "im Lager der Marxschen Schule auf starken Widerstand gestoßen" ist, wie Bauer selbst in dem Vorwort zur 2. Auflage seines Buches sagte, welches nach dem ersten Weltkrieg veröffentlicht wurde¹³. Karl Kautsky weigerte sich, im Begriff der Nation mehr als gemeinsame Sprache zu sehen¹⁴. Tatsächlich war für Marx und Engels, im Sinne der französischen und englischen lexikalischen Nuancen, die Nation weder ein ethnischer noch ein linguistischer oder territorialer, sondern wesentlich ein politischer Begriff, der mit dem des Staates identisch war. Trotz des kühnen Versuches von Bauer blieb der Nationalismus ein Fremdkörper im Organismus der marxistischen

¹² Nationalitätenfrage . . ., op. cit., S. 410 - 411.

¹³ Wieder abgedruckt in *Otto Bauer*, Eine Auswahl aus seinem Lebenswerk, S. 143.

¹⁴ Ibid., S. 149.

Theorie. Wenige Jahre nach dem Erscheinen von Bauers magnum opus sprengten die Kräfte des Nationalismus die einheitliche Organisation der Österreichischen Sozialdemokratischen Partei und der österreichischen Gewerkschaften. Dies geschah trotz des Brünner Programms, trotz des verzweifelten Drängens Viktor Adlers und trotz der ernsten Mahnungen von seiten der Sozialistischen Internationale. Sowohl die Partei als auch die Gewerkschaften waren von nun an nach nationalen Gesichtspunkten organisiert. Eigentlich ging der Konflikt von den Gewerkschaften aus, von denen man am ehesten annehmen sollte, daß sie vor allem durch das ökonomische Klasseninteresse der Arbeiterschaft gelenkt waren. So war das Ereignis ein Schlag, der nicht nur gegen die Arbeiterbewegung, sondern zugleich auch gegen die materialistische Geschichtsauffassung geführt war.

Viele Jahre später, am Ende der 20er Jahre entwarf Otto Bauer das Porträt von Viktor Adler mit der österreichischen Geschichte in den letzten Jahrzehnten der Monarchie als Hintergrund. Er warf Adler vor, daß er den Nationalismus unterschätzt, ihn lediglich als eine "Störung" betrachtet und die Unvermeidbarkeit der bevorstehenden Auflösung der Monarchie nicht erkannt hatte. Er kritisierte besonders, was er als Adlers irrige Auffassung ansah, nämlich daß das Vordringen der Demokratie die Monarchie reformieren, modernisieren und erhalten würde, während es in Wirklichkeit sie sprengen mußte¹⁵.

Daß das allgemeine Wahlrecht, dessen Einführung (1907) die Sozialdemokratie zu der stärksten Partei im Parlament machte, dem Klasseninteresse zum Sieg über die nationalistischen Interessen verhelfen würde, war eine Erwartung, die sich ganz von selbst aus dem allgemeinen marxistischen Gedankengut ergab. Bauers Einführung des Begriffes der historischen Unvermeidbarkeit in diesem besonderen Zusammenhang verdunkelte den ungewöhnlichen Gehalt seiner Stellungnahme. Im Nationalismus fand die materialistische Geschichtsauffassung in der Tat eine ihrer Grenzen. Es gibt jedoch noch einen anderen Bereich, der den Erklärungsansprüchen der marxistischen Theorie noch viel weniger zugänglich ist. Das ist der Staat oder, genauer gesagt, gewisse Staatsformen. Damit nähern wir uns dem Hauptthema dieses Vortrages, das darin besteht, die materialistische Geschichtsauffassung mit ihrer Betonung wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten mit dem Phänomen der Macht zu konfrontieren¹⁶.

¹⁵ Vgl. Otto Bauer, "Victor Adler, der Parteimann", Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, Einleitung, Bd. VI, Wien 1929, S. XXIV, XXVII, XXIX.

¹⁶ Es würde über den Rahmen dieses Vortrages und auch über den dieser Tagung hinausgehen, hier Gebiete wie Religion, Kunst, Wissenschaft und dergleichen im Hinblick auf ihre Bedeutung vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung zu berühren.

II.

Die marxistische Staatstheorie ist in ihrer einfachen und allgemein akzeptierten Form la pièce de résistance der materialistischen Geschichtsauffassung. Hier tritt die Beziehung zwischen Unterbau und Überbau mit größter Klarheit hervor. Der Staat ist "in der Regel der Staat der mächtigsten ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse"¹⁷.

Weiter heißt es: "In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts anderes als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere¹8." Der Gedankengang führt dann über die "Produktionsweise" und "Produktionsverhältnisse" zur Bourgeoisie als Klasse, zu ihrem Klasseninteresse und zu ihrer Herrschaft über den Staat im Dienst ihres Interesses. Der soeben zitierte Satz wurde 1891 geschrieben, in dem Lustrum der oben erwähnten vier Briefe, und wurde später weder modifiziert noch eingeschränkt. Ganz im Gegenteil, die Aussage wird ausdrücklich als eine allgemein gültige aufgefaßt, also als unabhängig von der Regierungsform und sowohl auf Demokratien wie auf Monarchien anwendbar. Sie wiederholt, was Engels 15 Jahre früher geschrieben hatte: "Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten . . . "¹9."

Und doch besteht kein Zweifel daran, daß Engels weiter gedacht hatte, als es seine eigenen apodiktischen Formulierungen oder der naive Sinn, in dem sie noch immer aufgenommen werden, vermuten ließen. Denn in Wirklichkeit machte er Einschränkungen und widersprach sich selbst, was einem forschenden Geist mehr zur Ehre als zur Schande gereichen mag. Der Staat nur ein Staat der Bourgeoisie? "Es scheint ein Gesetz der historischen Entwicklung zu sein, daß die Bourgeoisie in keinem europäischen Land die politische Macht — wenigstens nicht für längere Zeit — in derselben ausschließlichen Weise erobern kann, wie die Feudalaristokratie sie während des Mittelalters sich bewahrte²⁰."

¹⁷ Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: Karl Marx - Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften, Berlin 1955, Bd. II, S. 297 - 298.

¹⁸ Friedrich Engels, Einleitung zu Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, op. cit., Bd. I, S. 457.

¹⁹ Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, op. cit., Bd. II, S. 137.

²⁰ Friedrich Engels, ibid., S. 101. Das wurde 1892 geschrieben. Tatsächlich hatte schon 1866 Engels an Marx geschrieben: "Es wird mir immer klarer, daß die Bourgeoisie nicht das Zeug hat, selbst direkt zu herrschen und daß daher ... eine bonapartistische Halbdiktatur die normale Form ist; die großen materiellen Interessen der Bourgeoisie führt sie durch selbst gegen die Bourgeoisie, läßt ihr aber keinen Teil an der Herrschaft selbst." Vgl. Karl Marx - Friedrich Engels, Briefwechsel, Berlin 1950, Bd. III, S. 390.

Engels macht dann eine Ausnahme für die Vereinigten Staaten. Früher einmal erwähnte er mit Bezug auf die Vereinigten Staaten, daß der Reichtum seine Macht indirekt ausübe durch Beamtenkorruption und durch "Allianz von Regierung und Börse"²¹.

Engels sprach vom Staat als "Organen", die ursprünglich von der Gesellschaft durch "einfache Arbeitsteilung" geschaffen worden waren und die sich dann selbst "im Laufe der Zeit im Dienste ihrer eigenen Sonderinteressen aus Dienern der Gesellschaft zu ihren Herren verwandeln". Engels fährt dann fort noch immer mit Bezug auf Amerika von "Politikern" und "zwei großen Banden politischer Spekulanten" zu sprechen und erwähnt vor allem in diesem Zusammenhang die Verselbständigung der Staatsmacht gegenüber der Gesellschaft. Selbständig oder unabhängig bedeutet hier Unabhängigkeit von den Interessen der ökonomischen Gruppen, d. h. vom Klasseninteresse der Bourgeoisie²².

Trotz äußerlicher Ähnlichkeit ist dies eine ganz andere Art der Verselbständigung als der Sinn, in dem Engels den Ausdruck anderswo verwendete²³. Dort argumentierte er, daß der Staat — ein Organ geschaffen, dem Gemeinwohl zu dienen, sich gegenüber der Gesellschaft verselbständigt, und "zwar um so mehr, je mehr es Organ einer bestimmten Klasse wird und die Herrschaft dieser Klasse direkt zur Geltung bringt". In jedem der genannten Fälle bezieht sich die Rede vom Gemeinwohl oder von der Arbeitsteilung sozusagen auf die Vorgeschichte, d. h. auf eine Zeit, die ein witziger Held eines sowjetischen Schelmenromans einmal die Periode "vor dem historischen Materialismus" nannte. Die zuletzt zitierte Stelle enthält nichts mehr als die übliche Formulierung der Staatstheorie. Selbständigkeit oder Unabhängigkeit bedeutet hier eigentlich, obwohl dies unklar ausgedrückt ist, Abhängigkeit des Staates von der Bourgeoisie. Dagegen, im vorhergehenden Fall deutet "Unabhängigkeit" Befreiung des Überbaues vom Unterbau an, was vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung gewiß problematisch ist. Es ist deshalb nicht überraschend, daß es Hans Kelsen leicht fiel, den Widerspruch festzustellen, der zwischen der Behauptung liegt, die staatlichen Organe seien Herren der Gesellschaft und der Ansicht, der Staat sei ein Organ oder Werkzeug der ausbeutenden Gesellschaftsklasse²⁴.

Auch abgesehen von den Zweideutigkeiten, stellt der Begriff der staatlichen Unabhängigkeit in der Tat ein Problem dar. Selbst wenn schon die Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert zumindest für kurze Zeit als ein unabhängiger "Staat von Politikern" betrachtet werden

²¹ Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie . . ., op. cit., S. 298.

²² op. cit., Bd. I, S. 455 - 456.

²³ Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach . . ., op. cit., Bd. II, S. 370.

²⁴ Hans Kelsen, Sozialismus und Staat, 2. Auflage, Leipzig 1923, S. 75 - 76.

könnten, so tritt die Schwierigkeit in ungeahnt vergrößertem Ausmaß wieder auf, wenn es zur Erklärung der absoluten Monarchie und dann gar der modernen Diktatur kommt. Es ist das Verdienst Engels', daß er das Problem eben als eine die fundamentale Hypothese der materialistischen Geschichtsauffassung bedrohende Schranke erkannte. Er verstand wohl, daß es zur Beseitigung dieser Schranke einer neuen Konstruktion bedurfte, die in die Hypothese einzubauen war. Der Gedanke vom Gleichgewicht der Klassenkräfte war dazu bestimmt, diese Funktion zu übernehmen. In dem unendlich oft zitierten Abschnitt sagte er²⁵: "Ausnahmsweise indes kommen Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht halten, daß die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält. So die absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, die Adel und Bürgertum gegeneinander balanciert; so der Bonapartismus des ersten und namentlich des zweiten französischen Kaiserreichs, der das Proletariat gegen die Bourgeoisie und die Bourgeoisie gegen das Proletariat ausspielte." Engels' Buch wurde zum ersten Mal 1884 veröffentlicht. Diese Charakterisierung der absoluten Monarchie geht auf eine Bemerkung des jungen Marx zurück, in der allerdings der Begriff "Gleichgewicht" noch nicht verwendet wurde²⁶. Es scheint, daß Engels den Begriff des Gleichgewichtes in diesem Zusammenhang zum ersten Mal im Jahre 1870 in seinen polemischen Artikeln über die Wohnungsfrage verwendete, wo er vom Gleichgewicht zwischen dem Grundadel und der Bourgeoisie als der Grundbedingung der alten absoluten Monarchie sprach, während das Gleichgewicht zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat die "Grundbedingung" des modernen Bonapartismus sei. Auf diese Weise war die absolute Monarchie in ihrem Ursprung beruhigenderweise auf den Konflikt zwischen ökonomischen Gruppen und Klasseninteressen zurückgeführt, und so wurde der Überbau mit dem Unterbau verbunden.

Bezeichnenderweise fügte Engels hinzu, daß sowohl in der alten absoluten Monarchie als auch in der modernen bonapartistischen Monarchie die tatsächliche Regierungsmacht in den Händen einer besonderen Offiziers- und Beamtenkaste liege²⁷. Dann folgt die endgültige Aufhellung: "Die Selbständigkeit dieser Kaste, die außerhalb der Gesellschaft und sozusagen über der Gesellschaft zu stehen scheint, verleiht dem Staat den Schein der Selbständigkeit gegenüber der Gesellschaft²⁸." Die Wörter "scheint", "scheinbar" und "Schein" kommen des

²⁵ Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie . . ., op. cit., Bd. II, S. 298.

²⁶ Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Berlin 1859, Bd. 4, S. 346, "Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral."

²⁷ Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, in: Marx - Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. I, S. 574.

²⁸ Ibid.

öfteren in dem eben zitierten Abschnitt vor. Aber es gibt keine Aussage darüber, welche Realität sich hinter dem *Schein* der absoluten Monarchie verbirgt. Nur in bezug auf das zeitgenössische Preußen spricht Engels wiederum von der Bestechlichkeit der Bürokratie, ihrer wie des Adels Verwicklung in Börsenspekulationen und ihrem Erwerb von Sitzen in Vorständen "aller soliden und unsoliden" Aktiengesellschaften²⁹.

Wir müssen zu Engels' Versuch zurückkehren, seine Staatstheorie von den Schäden zu heilen, die sie in den Begegnungen mit der widerspenstigen geschichtlichen Realität erlitten hat. Vielleicht ist es am besten, sich die Sache mit den Augen marxistischer Wissenschafter in der heutigen Sowjetunion anzusehen, die sich von dem Problem aus Gründen angezogen fühlen, die tiefer liegen mögen als des Historikers Streben, vergangene Ereignisse zu verstehen. Das dritte Treffen zwischen italienischen und sowjetischen Historikern (Moskau 1968) lieferte viel aufschlußreiches Material zu dieser Frage. Ich werde mich deshalb im folgenden vorwiegend auf meine Besprechung des Buches stützen, das die Protokolle dieser Tagung enthält³⁰.

Der größte Teil der Diskussion behandelte die Probleme der absoluten Monarchie, besonders die der absoluten Monarchie in Rußland. Der Hauptvortrag, der auf dieser Tagung gehalten wurde, war diesem Thema gewidmet. Er folgte sowohl in der Form als auch dem Inhalt nach den Richtlinien der sowjetischen Orthodoxie und ließ nicht die überraschenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den sowjetischen Historikern vorausahnen, die sich später in der Diskussion offenbarten. Dem festgelegten Ritual folgend, begann der Verfasser des Vortrags mit Zitaten von Engels und Marx. Der Begriff der "ausnahmsweisen Situation" und der des "Klassengleichgewichts" wurden bemüht und in der sonst sehr guten offiziellen russischen Übersetzung zitiert. Lediglich Engels' leichtherzig hingeworfenes "momentan", das Zustände beschreiben sollte, deren Dauer in Jahrhunderten zu messen war, war offenbar ein Brocken, den die Übersetzer trotz aller sowjetischen Verehrung für die Worte der Meister doch nicht herunterwürgen konnten. Und so fälschten sie Engels' "momentan", indem sie es mit "na vremja" übersetzten, was "vorübergehend" oder "für einige Zeit" bedeutet. Aber selbst mit dieser unredlichen Korrektur erwies sich das Klassengleich-

²⁹ Ibid., S. 575.

³⁰ Vgl. Alexander Gerschenkron, "Soviet Marxism and Absolutism", Slavic Review, Band 30, 4, Dezember 1972. Der Titel des Buches ist folgender: Dokumenty sovetsko-ital'janskoj konferencii istorikov, April 8-10, 1968; Absoljutizm v Zapadnoj Evrope i Rossii; Russko-ital'janskie svjazi vo vtoroj polovine XIX veka (Protokolle der Sowjet-Italienischen Tagung der Geschichtswissenschafter; Absolutismus in Westeuropa und Rußland. Die russisch-italienischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts) Moskau 1970. Im folgenden zitiert als "Dokumenty..., op. cit.".

gewicht als eine Pflanze, die nur schwer in dem harten Klima der weiten russischen Tiefebene gehegt werden konnte. Getrieben von Gewohnheit und Trägheit, stellte der Referent zunächst fröhlich fest, daß die Ursprünge der absoluten Monarchie in Rußland "denselben Gesetzen [folgten], wie sie für westeuropäische Länder galten"⁸¹.

Aber diese gewagte Behauptung zwingt zum schnellen Rückzug oder gar zur Flucht. Gleichgewicht sei tatsächlich der entscheidende Begriff; aber "der Ausdruck 'Gleichgewicht' darf natürlich nicht mechanisch angewandt werden...". — "Gleichgewicht darf nicht als Gleichgewicht auf einer Waage oder im Sinne der mathematischen Gleichheit verstanden werden." — "Es gab in Rußland kein Gleichgewicht zwischen Landadel und Bourgeoisie im Sinne einer Gleichheit ihrer Macht, eines gleichen Ausmaßes ihres spezifischen Einflusses... Der Landadel war die regierende Klasse, aber in der Gesamtbilanz der Regierungspolitik wurde den Bestrebungen der bürgerlichen Elemente Rechnung getragen." Und schließlich: "Natürlich läßt sich im 17. oder 18. Jahrhundert nicht von irgendeinem Gleichgewicht zwischen Landadel und Bourgeoisie sprechen³²."

Die Erklärung für diesen Zickzack inkonsistenter Behauptungen ist offenbar. Dahinter steht die Unfähigkeit, sich von einer schülerhaften Auffassung des Marxismus zu befreien. Marx und Engels hatten das allgemeine Entwicklungsgesetz entdeckt. Die materialistische Geschichtsauffassung ist der Passepartout, der Tor und Tür zu allen geschichtlichen Perioden auf jedem Punkt der Erdkugel aufsperrt. Was für den Westen gilt, muß darum auch für Rußland gelten. Es gab eine absolute Monarchie im Westen, und es gab eine absolute Monarchie in

³¹ Der Begriff "Gesetze" bedarf einer Erläuterung. Das russische Wort für Gesetz ist zakon. Aber in historischen und allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhängen hat sich eine andere Bezeichnung durchgesetzt. Sie lautet zakonomernost'. Sie kann nicht ins Englische übersetzt werden und ist eine Lehnübersetzung des deutschen Wortes Gesetzmäßigkeit. Besonders in der Form des Adjektivs ist die Bezeichnung mit einer ganzen Reihe von Begriffsinhalten ausgestattet, die von "gesetzmäßig" über "regelmäßig" und "pattern-like" bis hinunter zu "normal" und "natürlich" reichen. Aber das Substantiv hat noch die ursprüngliche Bedeutung von Gesetz. Die terminologische Veränderung ist jedoch nicht ohne allgemeines Interesse. Zakon (Gesetz, tout court) ist ein starres Wort, das gerade wegen seiner Starrheit leicht angreifbar ist. Der Wandel im Sprachgebrauch mag sehr wohl das Ergebnis eines langen Prozesses gewesen sein, in dessen Verlauf mit marxistischen Lehrsätzen auf spitzfindige und verstohlene Art manipuliert wurde, um sie an die sich wandelnden Bedürfnisse der offiziellen Ideologie anzupassen. Wohl klingt zakonomernost', als ob es das gleiche wäre wie zakon; es behält genug vom marxistischen Tonfall und von marxistischer Würze, aber in einer stark abgeschwächten Form. Daher rührt die ungeheuere Popularität des Ausdrucks. Man fragt sich, wie heutzutage ein sowjetübertragen würde.

³² Dokumenty, op. cit., S. 13, 16, 48, 161.

Rußland. Daran ist nicht zu zweifeln. Die dogmatische Folgerung ist unausweichlich. Wenn Engels die Ansicht vertritt, daß die wachsende Stärke der Bourgeoisie, die auf der Entwicklung des Kapitalismus beruht, die absolute Monarchie im Westen "verursacht" habe, so muß der Absolutismus in Rußland auf dieselbe Weise erklärt werden. Aber gab es einen "Kapitalismus" im Rußland des 17. und 18. Jahrhunderts? Der Verfasser des Referats (ein gewisser Cherepnin) spürt, daß es ratsam ist, behutsam vorzugehen. Es gab, so sagt er, Keime (rostki) oder Embryonen (zarodyshi) oder Ansätze (zachatki) des Kapitalismus. Gleichzeitig war der Absolutismus eine "feudale Monarchie" und der Feudalismus hatte "seine großen Kraftreserven noch nicht erschöpft"33.

Die Keime und die Embryonen in Verbindung mit der feudalen Monarchie reichen kaum aus, um aus ihnen ein Analogon zu Engels' Theorie der absoluten Monarchie zusammenzukleistern. Etwas anderes mußte dem Bild beigefügt werden, dessen Farben im raschen Verbleichen waren und vollends zu entschwinden drohten. Und tatsächlich gab es noch etwas anderes. Zu diesem Behufe wurde die Behauptung ins Feld geführt, daß der Klassenkampf in Rußland zu jener Zeit eine bis dahin unbekannte Intensität erreicht hatte. Zum Beweis muß die Zahl der Bauernaufstände (die im Sowjetjargon Bauernkriege genannt werden) im Rußland des 17. und 18. Jahrhunderts herhalten.

Es ist wohl ungeschickt, daß die Bauern in der Engelschen Gleichgewichtstheorie überhaupt nicht vorkommen. Aber Klassenkampf ist guter Marxismus, außer daß es jetzt behauptet wird, daß die Furcht vor Bauernaufständen "für Kaufleute und industrielle Unternehmer einen großen Anreiz darstellte, sich dem Landadel anzunähern und mit der Autokratie zu verbünden"34. So wird Engels' "Gleichgewicht zwischen den kämpfenden Klassen" glücklich beseitigt und durch friedliche Beziehungen zwischen ihnen ersetzt. Übrig bleibt der Widerstand der Bauern gegen ihre Unterdrückung und Ausbeutung durch die Politik der absoluten Monarchie. Dieser Widerstand war in der Tat eine Wirkung der absoluten Monarchie, aber keinesfalls ihre Ursache.

Der klaffende Widerspruch im Referat zwischen dem theoretischen System und der historischen Wirklichkeit, die das System erklären sollte, führte zu einem seltsamen Ergebnis. Die Regel des korrekten Benehmens für sowjetrussische Wissenschafter verlangte, daß sie bei ihren Treffen mit Ausländern als eine dicht geschlossene Gruppe auftreten, und in der Tat benutzte jeder ihrer Sprecher stets den Plural, wenn nicht den pluralis majestatis, so doch wenigstens den pluralis conformitatis (angenommen, daß es einen solchen Ausdruck, wenn nicht im klassischen Latein, so doch wenigstens im Spätlatein gab). Diesmal

³³ Dokumenty, op. cit., S. 30 und 32.

³⁴ Dokumenty, op. cit., S. 34 - 35, 43.

wurde diese Regel jedoch durch eine heftige Auseinandersetzung zwischen den sowjetischen Mitgliedern der Gruppe rüde durchbrochen, was die italienischen Gäste schnell in die Rolle interessierter, aber recht schweigsamer Beobachter drängte. In der Diskussion verfuhr eine Reihe der Sowjethistoriker recht streng mit Cherepnins Referat und holte in ihrer Kritik sehr weit aus. Die Frage, die sie im Zug der Debatte stellten, war nicht nur, ob Engels' Interpretationen der absoluten Monarchie auf den russischen Absolutismus anwendbar ist, sondern viel allgemeiner noch, ob die materialistische Geschichtsauffassung überhaupt zur Erklärung des Phänomens geeignet ist.

Cherepnins Spiel mit dem Gleichgewichtsbegriff bot kritischen Zweiflern an der Orthodoxie eine gute Zielscheibe, welche sie denn auch mit viel Lust und Eifer beschossen. Einer von ihnen folgerte: "Der Gleichgewichtsbegriff besteht für sich (sama po sebe) und auch die Tatsachen bestehen ,für sich' (sami po sebe)35." Ein anderer Redner erinnerte den Verfasser des Referates daran, daß "Gleichgewicht nicht irgendein undefinierbares Verhältnis ist; vielmehr ist es ein bestimmtes quantitatives Verhältnis. Wenn ein solches Verhältnis nicht gegeben ist, sind Worte über das Gleichgewicht sinnloses Gerede"36. Doch die Debatte bot viel mehr als bloß Proteste gegen begriffliche Leere und Berufung auf historische Tatsachen. Es wurde, wiewohl mit geziemender Zaghaftigkeit und Zurückhaltung eine noch viel tiefgründigere Frage aufgeworfen. Einer der Redner sagte: "Obwohl letzten Endes die Entwicklung der absoluten Monarchie mit der Ausbreitung des Kapitalismus verbunden ist, wäre es falsch anzunehmen, daß der Kapitalismus die absolute Monarchie allein hervorgebracht und geformt habe." Das hört sich recht harmlos an. Der Ausdruck "letzten Endes", welcher aus dem Vokabular von Engels stammt, sollte ausreichenden Schutz vor Angriffen bieten. Aber nach der vorsichtigen Zurückhaltung kommt der Sprung nach vorn: "Es scheint, als ob Rußland eben den interessanten Fall darstellt, in dem die Staatsmacht sozusagen der Wirtschaft etwas vorauseilte und grundlegende organisatorische und administrative Maßnahmen ergriff, die das Aufkommen neuer kapitalistischer Verhältnisse ermöglichten oder jedenfalls viel zu diesen Verhältnissen beitrugen⁸⁷."

Der springende Punkt ist nicht so sehr der offenkundige Widerspruch, in den der Redner sich verwickelt. Nachdem gesagt wurde, der Absolutismus sei nicht allein durch Kapitalismus verursacht, wird erklärt, daß der Kapitalismus als Ursache des Absolutismus überhaupt nicht in Frage kommt. Der springende Punkt ist vielmehr der Gedanke, daß die

³⁵ Dokumenty, op. cit., S. 181 - 182.

³⁶ Dokumenty, op. cit., S. 220.

³⁷ Dokumenty, op. cit., S. 175. Hervorhebung vom Verfasser.

Staatsgewalt der Wirtschaft "vorauseilt". Dieses Thema wurde von mehreren anderen Sprechern aufgegriffen und weiter ausgeführt. So wurde erklärt, daß "der Absolutismus in Rußland lange vor dem Kapitalismus aufgekommen und eine der wichtigsten Voraussetzungen des Kapitalismus gewesen wäre". Der Redner fand eine überzeugende Begründung für seine ketzerische Ansicht: "Der entscheidende Grund für dieses Vorauseilen (opereženie) war die Notwendigkeit für Rußland, sich gegen die entwickelten westeuropäischen Länder zu behaupten³8. Wieder ein anderer Redner behauptete nach mancherlei Anlauf und Rücklauf, daß "Beispiele eines solchen Vorauseilens (opereženie) in der Geschichte im allgemeinen nicht selten sind".

Die häufigen frommen Reverenzen vor Marxismus-Leninismus dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Ausführungen an den Grundfesten des ideologischen Gebäudes rüttelten. Freilich — wie schon vorhin erwähnt — sprach Marx von einer verzögerten Anpassung des Oberbaues an den Unterbau. Doch was hier vorgeschlagen wird, ist ein lag in entgegengesetzter Richtung. Ein lag dieser Art ist mit der Theorie nicht vereinbar und stellt sie auf den Kopf. Man kann die entrüstete Reaktion einer orthodoxen sowjetischen Historikerin (Nechkina, ein Mitglied der Akademie) sehr gut verstehen, die die Männer der "neuen Richtung" (denn so bezeichneten sich die abtrünnigen Kritiker selber) bitter anklagte, "am Problem vorbeigegangen zu sein". Denn "das Problem" war nichts anderes als die materialistische Geschichtsauffassung selbst. Wo, fragte sie, indem sie sich an Cherepnins Gegner wandte, ist bei ihnen der Unterbau ihres Überbaues geblieben? In ihrer Darlegung, so warf sie den Kritikern vor, hängt der Absolutismus in der Luft. Durch welche Klassen wurde er denn unterstützt, wenn nicht durch den Landadel und die Bourgeoisie³⁹? Die zornige Dame hatte nicht ganz Unrecht. In ihren Augen war die materialistische Geschichtsauffassung ein absolutes Dogma, das sie unter allen Umständen verteidigt hätte. Aber die Kritiker von der "neuen Richtung" hatten es ihr möglich gemacht, sie der Inkonsequenz zu zeihen. Denn auch sie behaupteten immer wieder, daß der Satz "der Staat ist ein Produkt des Klassenkampfes" ein Axiom sei, also etwas, was keines Beweises bedarf40.

Behauptungen dieser Art stellten sie selbst dann auf, wenn sie daran waren, durch die Einführung des Begriffs des opereženie ein Dogma offenkundig in eine Hypothese umzuwandeln. Vieles was sie vorbrachten war tatsächlich — um den Titel eines berühmten kritischen Aufsatzes aus dem Rußland des 19. Jahrhunderts zu zitieren — "ein Licht-

³⁸ Dokumenty, op. cit., S. 222.

³⁹ Dokumenty, op. cit., S. 252 - 255.

⁴⁰ Dokumenty, op. cit., S. 182 und 195.

strahl im Reich der Finsternis". Aber es war ein schwacher Lichtstrahl. Es gelang ihnen nicht, sich klar und eindeutig auf die geschichtliche Natur des russischen Absolutismus zu beziehen, wie er sich in der Regierung Peter des Großen am Ende des 17. Jahrhunderts und zu Beginn des 18. Jahrhunderts manifestierte. Es wäre nun natürlich gewesen, wenn sich die Kritiker auf diese Periode konzentriert hätten. Sie hätten darüber folgendes sagen können: Peter der Große, der Industrieunternehmen aus dem Boden stampfte, der sich nicht scheute, Unternehmer durch sein Fiat zu kreieren, "ob sie dazu gewillt waren oder nicht"; der Bauernmassen gewaltsam über das weite Land versetzte und sie zur Arbeit in Schächten und Fabriken, zum Bau von Kanälen und Schiffen, von Häfen und Städten zwang; der Untertanen in den Rang des Landadels erhob und gleichzeitig den Landadel in den Zwangsdienst des Staates stellte; der die Leibeigenschaft der Bauern durch mancherlei polizeiliche und fiskalische Maßnahme erst wirksam gemacht und die geknechtete Bauernschaft als einen integrierten Bestandteil des allumfassenden Systems des Dienststaates in seine Politik der wirtschaftlichen Entwicklung einfügte; dieser Peter der Große war der Demiurg, der Schöpfer der Wirtschaft im Interesse des Staates, und der Staat war weder der Staat des Landadels noch der Staat der Bourgeoisie; er war der Staat des Staates. Was Peter der Große marxistisch gesprochen hervorbrachte, waren sowohl Produktivkräfte wie Produktionsverhältnisse. Wenn die rebellierenden Kritiker diesen einleuchtenden Sachverhalt vorgebracht hätten, wäre es Nechkina nicht so leicht gefallen, sie nach dem Unterbau zu fragen, auf dem der Überbau ruhte. Hätten sie eine offenere Sprache geführt, dann wäre es völlig klar geworden, daß ihrer Meinung nach im Lauf der russischen Geschichte das traditionelle marxistische Begriffspaar die Plätze gewechselt hatte, so daß der Überbau zum Unterbau und der Unterbau zum Überbau geworden waren. So aber blieb Nechkina dem Bann eines bildlichen Ausdruckes verhaftet. Die Schwierigkeit mit Metaphern in den Sozialwissenschaften besteht darin, daß sie dazu neigen sich selbständig zu machen und ein Eigenleben zu führen. Wenn einmal der Staat zum Überbau der Wirtschaft erklärt worden ist, muß es einen Unterbau geben. Wie kann man sich ein Dachgeschoß ohne Stockwerke darunter vorstellen? Was zur Illustration einer Aussage dienen sollte, wird nachgerade zu einem Beweis für die Aussage.

Auch Engels' Begriff des Gleichgewichts der Klassenmacht leidet unter denselben Unzulänglichkeiten. Die Kritiker des Referates von Cherepnin beschränkten sich darauf, die Gültigkeit des Gleichgewichtsbegriffs für die absolute Monarchie in Rußland zu diskutieren. Nur eine sehr indirekte Kritik an Engels ist in der Aussage eines der Kritiker in einem späteren Zeitschriftenartikel erkennbar oder wenigstens aus ihm ableitbar, und zwar, daß die traditionelle Auffassung "die

Frage nach dem Wesen des Absolutismus durch die Frage nach den Ursprüngen des Absolutismus ersetzt"⁴¹. Dies wäre in der Tat ein zutreffendes Argument gegen Engels. Denn selbst wenn es richtig wäre, daß die absolute Monarchie aus der gegenseitigen Neutralisierung der Klassen hervorginge, so müßte sie doch, einmal entstanden, eine Macht werden, die von den Klassen, die sich gegenseitig lahmgelegt und entmachtet haben, unabhängig ist und im Laufe der Zeit Sonderinteressen entwickelt. Diese Sonderinteressen mögen denen der einzelnen Gesellschaftsklassen völlig fremd sein. Die Erklärungskraft der Engelschen Formulierung ist gewiß geschmälert, wenn ihre Geltung sich nur auf das Aufkommen des Absolutismus beschränkt und nicht auf seine weitere Entwicklung ausgedehnt werden kann. Wie immer dem sei, die Verfechter der neuen Richtung schienen damit zufrieden, Engels' Interpretation für Westeuropa zu akzeptieren.

Und doch ist auch Engels Gleichgewichtsbegriff kaum mehr als eine wohl einprägsame, aber oberflächliche Metapher. Vermutlich übernahm Engels den Begriff aus der Außenpolitik und kehrte ihn ins Innenpolitische um⁴². Aber was bedeutet eigentlich das Gleichgewicht der Klassenkräfte? Quantitative Begriffe müssen quantifizierbar sein. Das Gleichgewicht der Klassenkräfte läßt sich jedoch nicht quantifizieren, außer vielleicht unter besonderen Bedingungen des modernen Parlamentarismus⁴³.

Klassenmacht ist ein sehr komplexer Begriff, der sich aus vielen verschiedenartigen Elementen zusammensetzt. Um die Klassenmacht als eine Totalität zu bestimmen, wäre es notwendig, jedem Element addierbare Koeffizienten beizugeben. Die Schwierigkeit besteht nicht allein darin, daß es sich um ein äußerst ungewisses und vielleicht kaum ausführbares Unterfangen handelt. Vielmehr besteht sie darin, daß die Wissenschafter, die willens sind, ungehemmt vom Gleichgewicht der Klassenkräfte zu sprechen, sich niemals die Frage vorlegen, wie ein solcher Ausdruck wenigstens im Prinzip operational gemacht werden

⁴¹ A. Ya. Avrekh, "Russkij absoljutizm i ego rol' v utverždenij kapitalizma v Rossii (Der russische Absolutismus und seine Bedeutung für den Aufbau des Kapitalismus in Rußland) Istorija SSSR. (Geschichte der UdSSR), 1968, 1, S. 83.

⁴² Über die Bedeutung des Gleichgewichtsbegriffes in der Außenpolitik vergleiche Fritz Wagner, Europa im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung, in: Theodor Schieder, Herausgeber, Handbuch der Europäischen Geschichte, Bd. IV, Stuttgart 1968, passim. Wagner vertritt den Standpunkt, daß der Gleichgewichtsbegriff die Verfassungstheorie beeinflußt und sogar Einfluß auf den Gedanken der prästabilierten Harmonie in der National-ökonomie genommen habe. Vgl. op. cit., S. 109.

⁴³ Aus diesem Grund war Otto Bauers Anwendung des "Gleichgewichts der Klassenkräfte" auf die ersten Jahre der österreichischen Republik nach dem ersten Weltkrieg wenigstens ein diskutierbarer Begriff, wiewohl selbst in diesem Fall der Meßbarkeitsaspekt nur einen Teil des Problems umfaßte. Vgl. Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923, S. 243 ff.

kann. Es ist denkbar, daß ein Historiker nach einem gründlichen Studium der Klassenstruktur in einer gegebenen Gesellschaft sich berechtigt halten mag, ein intuitives Urteil über die ungefähre Gleichheit der Macht zweier Klassen zu fällen. Aber Gleichheit an sich ist noch zu wenig. Der Geschichtsforscher müßte noch den Schritt von der "Gleichheit" zum "Gleichgewicht" vollziehen. Und "Gleichgewicht" ist ein weit schwierigerer Begriff, da in ihm Fluktuationen in der Zeit enthalten sind und damit die Frage nach neuen Kriterien der Operationalisierbarkeit aufgeworfen wird. Es sei nebenbei erwähnt, daß man dem Gleichgewichtsbegriff in der modernen Soziologie hin und wieder dort begegnet, wo selbst der Begriff der "Gleichheit" in Dunkel gehüllt ist und die betreffenden Verfasser nicht imstande sind, auf die sehr berechtigte, einfache und doch verblüffende Frage zu antworten, welche Größen denn in ihren Konstruktionen einander gleich sind. Unter solchen Umständen kann nur dem vorher erwähnten sowietischen Kritiker zugestimmt werden, der solche Konstruktionen als "sinnloses Gerede" oder "leeren Schall" bezeichnete. Jedenfalls kümmerten sich weder Marx noch Engels jemals darum, den operationalen Inhalt solcher Begriffe in bezug auf die absoluten Monarchien zu demonstrieren. Wie schon gesagt, glaubte Engels, daß der Gleichgewichtsbegriff mit der absoluten Monarchie auch den Bonarpartismus erkläre. Es ist deshalb bemerkenswert, daß Marx in seiner brillanten Broschüre Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon (von der Engels behauptete, sie sei Marxens "Probe auf sein Gesetz", nämlich die materialistische Geschichtsauffassung, gewesen) kein einziges Mal den Gleichgewichtsbegriff erwähnte. Es wäre auch schwer gewesen, dies nach der Niederlage der Arbeiter im Juni 1848 zu tun. Marx mußte sich bei der Behandlung des bonapartistischen Staates, der "schien, sich völlig verselbständigt zu haben" mit Hilfe einer "künstlichen Kaste", die neben den "wirklichen Klassen der Gesellschaft" geschaffen worden war, behelfen und sich auf eine dritte Macht, die Bauern, und nicht auf die Bourgeoisie oder das Proletariat, berufen, um behaupten zu können, daß die Staatsmacht "dennoch nicht in der Luft schwebt"44.

Daß es im newtonschen und postnewtonschen Zeitalter⁴⁵ recht verführerisch war, Begriffe der Mechanik in den Bereich sozialer Phänomene zu übertragen, ist verständlich; aber das sollte nicht den metaphorischen Charakter der Ergebnisse solcher Übertragungen verdecken⁴⁶.

⁴⁴ Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon, in: Marx-Engels, Ausgewählte Schriften, Berlin 1955, Bd. I, S. 225, 308, 313.

⁴⁵ Der erste Gebrauch des Ausdrucks balance of power im allgemeinen und in bezug auf das Gleichgewicht in der Außenpolitik scheint in der englischen Sprache 1677 vorgekommen zu sein. The Oxford English Dictionary, Bd. I, S. 631.

⁴⁶ Es sei erwähnt, daß selbst Fritz Wagner, nachdem er den Gleichgewichtsbegriff in seiner Studie des europäischen Absolutismus mit großer Unbe-

Aber es wäre gewiß zuviel, von den Verfechtern der "neuen Richtung" zu erwarten, daß sie öffentlich über derartige Dinge Überlegungen anstellen. Sie mußten mit großer Behutsamkeit vorgehen. Wann immer sie sich zu weit vorgewagt hatten, zogen sie sich zurück, um wieder zum Angriff zurückzukehren, und immer wieder flohen sie unter das schützende Dach irgendeines obiter dictum aus den Werken Lenins. Aber was die Kritiker zuwege brachten, sollte man denn doch nicht unterschätzen. Sie zögerten nicht, den Begriff des Klassengleichgewichts zu zerpflücken und in seiner Anwendung auf Rußland zu verwerfen, obwohl sie dadurch den eingefleischten Glauben an die universelle Anwendbarkeit der materialistischen Geschichtsauffassung in Zweifel zogen. Wie einer von ihnen sagte, "müssen die Tatsachen dem Schema vorangehen, wie verführerisch das Schema auch immer sein mag"47. Es war offenkundig, daß mit der Bezeichnung "Schema" etwas ganz Bestimmtes gemeint war⁴⁸.

Die Italiener, die nur selten zur Diskussion beitrugen, konnten sich mehr Freimütigkeit erlauben. Einer von ihnen (Paolo Alatri) forderte die Russen auf, "schematische Generalisierungen und versteinerte, unveränderte Formeln aufzugeben, die gewiß bequem sind, aber nur weil sie der Denkfaulheit entspringen"49. Ein anderer Italiener (Ernesto Ragionieri) wehrte sich gegen den Gebrauch von Gesetzmäßigkeit, ein "Ausdruck, der Zweifel und Unbehagen hervorrufe, weil sein Gebrauch in der marxistischen Geschichtsschreibung viel zu sehr überhand genommen hat, und daher allzu häufig und leichtfertig nicht nur verdeckte historische Grundtendenzen als gesetzmäßig deklariert werden, sondern auch einzelne politische Handlungen, deren 'Gesetzmäßigkeit' erst zu beweisen ist und nicht einfach postuliert werden darf"50. Es möge hier hinzugefügt werden, daß sowohl Alatri und Ragionieri in dem Vorwort zu dem Bericht als Marxisten vorgestellt

kümmertheit immer und immer wieder verwandte, an einem Punkte innehielt, um sich zu fragen, wie ein solcher Begriff zahlenmäßig erfaßt werden kann. Fritz Wagner, op. cit., S. 69.

Dokumenty..., op. cit., S. 224.
 Die "äsopische" Verwendung des Ausdrucks "Schema" in sowjetischen Die "asopische" Verwendung des Ausdrucks "Schema" in sowjetischen Diskussionen ist nicht selten, und sein wirklicher Sinn ist kaum ein Geheimnis. Vgl. den folgenden Satz aus einer späteren Veröffentlichung, die sich auf eine Diskussion im Jahre 1966 bezieht: "Die marxistische Theorie ist wenigstens hier laut und deutlich beim Name genannt, ohne sie durch die Bezeichnung "Schema" zu verschleiern." E. I. Zaozerskaja, "Marksistsko-Leningkog, utenie eh ehterstellen." E. I. Zaozerskaja, "Marksistsko-Leningkog, utenie eh ehterstellen." Leninskoe učenie ob občšestvenno-ekonomičeskich formacijach i diskussii 1920-ch i 1960-ch godov" (Die marxistisch-leninistische Lehre von sozio-ökonomischen Gebilden und die Diskussionen der zwanziger und sechziger Jahre), in: Aktual'nye problemy istorii Rossii epochi feodalizma (Aktuelle Probleme der russischen Geschichte in der Zeit des Feudalismus), Moskau 1970. Das Buch wird im folgenden zitiert als "Problemy . . ., op. cit.".

⁴⁹ Dokumenty . . ., op. cit., S. 361.

⁵⁰ Dokumenty . . ., op. cit., S. 358 - 359.

werden⁵¹. Italienische marxistische Wissenschafter unterliegen natürlich nicht den spezifischen Beschränkungen, denen die Arbeit sowjetischer Historiker unterworfen ist. Man muß daher um so mehr den intellektuellen Mut und das wissenschaftliche Gewissen jener sowjetischen Gelehrten schätzen, die den Begriff des opereženie (Vorauseilen) eingeführt haben, in dem zweifellos die Anerkennung von Grenzen der materialistischen Geschichtsauffassung enthalten ist.

Eine andere Frage ist es, welche Tiefen- und Breitenwirkung diese Anerkennung auf sowjetische Wissenschafter hatte. Das vorher erwähnte Symposion, welches zwei Jahre nach der großen Diskussion von 1968 veröffentlicht wurde, enthält einen Artikel von S. M. Troitzki "W. I. Lenin über die absolute Monarchie in Rußland"⁵².

Aber der Verfasser dieses Beitrags kehrt zu der traditionellen Ansicht des lags zurück: Die absolute Monarchie paßte sich sehr langsam an die Wandlungen in der ökonomischen Basis an. Nirgends wird angedeutet, daß der lag wenigstens in früheren Zeiten in umgekehrter Richtung funktioniert haben mag. Troitzki sagt wohl, daß es in der frühen Entstehungsgeschichte der absoluten Monarchie in Rußland "kein relatives (?) Gleichgewicht zwischen Landadel und Bourgeoisie gab und geben konnte". Aber er fügte hinzu, daß ein solches Gleichgewicht viel später auftrat und daß "Gleichgewichtsperioden" in der Geschichte des Absolutismus in Rußland und in anderen Ländern nicht die Regel, sondern die Ausnahme waren - eine seltsame Behauptung, die Ausnahmen von Engels' Ausnahmen von seiner Regel statuiert58. Im übrigen hatte sich wenig geändert, und die Rechtgläubigkeit wurde Schritt für Schritt und Satz für Satz durch Zitate aus der unfehlbaren Quelle von Lenin's Gesammelten Werken bekräftigt. Die Quelle ist auch unerschöpflich, weil die zitierenden Wissenschafter keinen Anstoß daran nehmen, immer wieder dieselben Stellen ad nauseam abzudrucken. Aber es ist unwahrscheinlich, daß die Sache damit ihr Bewenden haben soll.

Das Phänomen der absoluten Monarchie in Rußland, welches sich nur mit größter Mühe in die Zwangsjacke der materialistischen Geschichtsauffassung stecken läßt, lastet zu schwer auf der Seele der sowjetrussischen Historiker. Das ist so aus recht augenfälligen Gründen. B. F. Poršnev gehörte nicht zu den Männern der "neuen Richtung". Und trotzdem war er es, der in seinem Beitrag zur Debatte sagte, daß jeder Staat die Aufgabe habe, die herrschende Ordnung aufrecht zu erhalten, und daß er dazu die Mittel der physischen Unterdrückung und

⁵¹ Dokumenty . . ., op. cit., S. 9.

⁵² W. I. Lenin ob absolutnoj monarchii v Rossii", Problemy ..., op. cit., S. 294 - 311.

⁵³ Problemy . . ., op. cit., S. 296.

des psychologischen Druckes verwende, daß aber der Absolutismus diese beiden Werkzeuge mit bis dahin nicht gekannter Intensität benutzte. Poršnev erläuterte seinen Gedanken: Was er konkret im Sinne hat ist einerseits das Monopol des Staates, dessen ausschließliches Recht, zu töten und in Kerker zu werfen, zu enteignen und zu besteuern und andererseits "die ungeheure Macht des moralischen Druckes". Es wäre nur natürlich, an diesem Punkt vom "Ideologie-Monopol" des absolutistischen Staates zu sprechen, aber Poršnev bricht die offenkundige Parallele ab, ohne sie zu vervollständigen⁵⁴. Ein anderer russischer Wissenschafter veröffentlichte kurze Zeit nach der russischitalienischen Tagung einen Aufsatz in der noch fortdauernden Diskussion des Absolutismus und fügte ein weiteres Element hinzu, das in Poršnev's Bild fehlte. Er sprach von "der Vergöttlichung des absoluten Monarchen", aber auch er hütete sich wohl, die sakrale Formel "Kult der Persönlichkeit" (kul't ličnosti) zu gebrauchen. Er überließ es seinen Lesern, die sich von selbst aufdrängende Substitution vorzunehmen⁵⁵.

Es bestehen kaum Zweifel, daß die Existenz der sowjetischen Diktatur ihren Riesenschatten auf die Studien des Absolutismus in Rußland wirft. Sie regt das intellektuelle Interesse am Absolutismus sehr stark an. Zur selben Zeit muß die Regierung gerade wegen der so deutlichen Parallelen besorgt sein, daß die Diskussion über den Absolutismus, wenn nicht eingedämmt, über die historischen Grenzen hinaus in eine Analyse des zeitgenössischen diktatorischen Regimes überfließen mag. Denn dieses Regime ist selbst eines der klarsten Beispiele für die Grenzen der Anwendbarkeit der materialistischen Geschichtsauffassung. Gewiß sind die Ähnlichkeiten in den Methoden der Repression und in der Art der Machtausübung in dieser Hinsicht von Bedeutung. Vor allem läßt sich der Begriff des opereženie (des Vorauseilens), der in den vorherbeschriebenen Diskussionen entwickelt wurde, mit derselben, ja noch mit größerer Schlagkraft auf die Geschichte der sowjetischen Diktatur anwenden.

Trotz aller Ähnlichkeiten gibt es einen beträchtlichen Unterschied zwischen den absoluten Monarchien der Vergangenheit und den modernen Diktaturen, einschließlich der Sowjetrußlands. Jede Regierung muß ihre Existenz rechtfertigen. Das ist das Um und Auf von 25 Jahrhunderten politischer Theorie. Absolute Monarchen konnten sich auf ihr gesalbtes Gottesgnadentum berufen und ihren Herrschaftsanspruch

⁵⁴ Dokumenty ..., op. cit., S. 202. Vgl. ähnliche Aussagen von Poršnev in seinem letzten Buch: Francija, anglijskaja revoljucija i evropejskaja politika v sredine XVII veka (Frankreich, die englische Revolution und die europäische Politik in der Mitte des 17. Jahrhunderts), Moskau 1970, S. 19 - 20.

⁵⁵ A. L. Šapiro, "Ob absoljutisme v Rossii" (Über den Absolutismus in Rußland), Istorija SSSR, 1968, 5, S. 70.

durch uralte Tradition bekräftigen. Eine moderne Regierung muß ihre Rechtfertigung in der Zustimmung der Regierten suchen und finden. Eine diktatorische Regierung, der ihrem Wesen nach diese spezifisch moderne Quelle der Rechtfertigung fehlt, muß nach anderen Mitteln greifen. Ich habe einmal diesen Prozeß als das Bemühen der diktatorischen Regierungen um die Schaffung von Stabilitätsbedingungen für ihre eigene Machtausübung bezeichnet und diese Bedingungen wie folgt zusammengefaßt.

- Aufrechterhaltung einer permanenten Atmosphäre von Druck und Spannung
 - a) durch die Existenz oder Schaffung sowohl innerer als auch äußerer Feinde und
 - b) dadurch, daß dem Volk gewaltige Aufgaben auferlegt werden, die den Standard seines Wohlstandes unter starken Druck setzen oder zumindest die Verbesserung des Wohlstandes beträchtlich verzögern.
- 2. Unablässige Ausübung diktatorischer Macht.
- Schaffung eines Idealbildes des Diktators als des Inbegriffes höchster Weisheit und unbezähmbarer Willenskraft.
- 4. Berufung auf ein angeblich unverändertes und unwandelbares Wertsystem, durch das die Handlungen der Diktatur gerechtfertigt werden.
- 5. Ächtung aller abweichenden Wertungen und Meinungen, verbunden mit Drohungen und Unterdrückungsmaßnahmen⁵⁶.

Den Zweck, den ich mit der Darstellung dieser "Stabilitätsbedingungen" verfolgte, die in ihrer reinsten Form in den langen Jahren der stalinistischen Herrschaft sozusagen in corpore auftraten, war es aufzuzeigen, in welchem Ausmaße diese Bausteine der Diktatur in anderen modernen Diktaturen zu finden waren — ein Versuch, der, wie ich glaube, durchaus positive Ergebnisse gezeitigt hat. Gewiß haben die Wehen der Erbfolgekrise in Rußland den Charakter und die Intensität dieser Stabilitätsbedingungen verändert. Insbesondere ist das Bild des mit höchster Weisheit ausgestatteten Diktators auf Lenin übertragen worden; ein Umstand, der im Lauf der vorerwähnten russisch-italienischen Tagung durch den nie versiegenden Fluß von zumeist ganz trivialen Lenin-Zitaten eine kaum nötige Bestätigung erhielt. Auch das unaufhörliche Sich-Berufen auf Marx und Engels und auf Marxens Methodologie ist auf dieselbe Bindung an das angeblich unveränderte

⁵⁶ Vgl. Alexander Gerschenkron, Continuity in History and Other Essays, Cambridge, Mass. 1968, S. 315.

Wertsystem zurückzuführen, das im Vorstehenden als eine der Stabilitätsbedingungen angeführt wurde. Die Schicksale der russischen Geschichtsschreibung und die Fesseln, in denen sie gehalten wird, sind bloß ein geringer Teil des umfassenden Problems, das hier zur Diskussion steht. Worum es sich hier primär handelt ist der Umstand, daß die gewaltige Aufgabe der ökonomischen Entwicklung, wie sie in Sowjetrußland durchgeführt wurde, ganz und gar durch den diktatorischen Staat begonnen, gestaltet und gelenkt wurde. Der Staat schuf eine neue Volkswirtschaft. Allen unhaltbaren Behauptungen zum Trotz. war dieser unermüdliche, stets allgegenwärtige Staat nicht ein Staat der Arbeiter und der Bauern. Es war nicht der Staat dieser oder jener oder überhaupt irgendeiner Klasse. Es war wiederum der Staat des Staates. Die Wirtschaftspolitik des Staates war im wesentlichen bestimmt durch die Erfordernisse seines Machtinteresses, deren Epitome in den vorerwähnten Stabilitätsbedingungen dargeboten wurde. Daß der Sowjetstaat jetzt den Anspruch erhebt, nicht im Namen gewisser Klassen, sondern im Namen des ganzen Volkes zu sprechen und zu handeln und sich selbst als obščenarodnoe gosudarstvo (ein pandemotischer Staat) vorstellt, stellt eine Methode der Meinungsbeeinflussung und eine Beherrschungstechnik dar, die seit jeher allen Diktaturen eigen war. Solche Ansprüche ändern daher nicht ein Jota am Wesen der Diktatur.

Die Situation ist recht seltsam. Nicht nur die kritischen Perioden in der Geschichte Rußlands, sondern auch seine jüngste Vergangenheit liefern eine höchst überzeugende Widerlegung der materialistischen Geschichtsauffassung, d. h. ein anschauliches Beispiel für die Schranken, denen die großartige Geschichtshypothese von Marx und Engels unterworfen ist. Es ist gewiß paradox, daß eine solche Widerlegung der Geschichte eines Landes entstammt, in dem die materialistische Geschichtsauffassung als unverrückbares Dogma der offiziellen Ideologie einverleibt wurde und so eine der tragenden Säulen des Staates darstellt.

Sowjetrußland stellt den klarsten Fall dar, in dem der Primat des ökonomischen Faktors durch den Primat des politischen Faktors vertuscht und verdrängt worden ist. Das Problem Macht oder ökonomisches Gesetz ist zweifellos zugunsten der Macht gelöst worden. In Sowjetrußland pflegten Staatsmänner und Fachgelehrte von einem Gesetz des ökonomischen Wachstums zu sprechen, das ein schnelleres Wachstum der Produktion von Kapitalgütern als der von Gebrauchsgütern erforderte. Als allgemeiner Satz war das "Gesetz" sinnleer, weil ein gewisses Maß an Wachstum bei jeder Wachstumsrate der Erzeugung von Kapitalgütern möglich ist (einschließlich einer Nullrate oder gar einer negativen Wachstumsrate). Aber das ist nicht das Problem. Denn

das angebliche Gesetz, obgleich ökonomisch sinnlos, ergibt recht guten Sinn, wenn es im Rahmen der vorher erwähnten Stabilitätsbedingungen diktatorischer Machtausübung gesehen wird. Die jüngere sowjetische Praxis scheint keine Schwierigkeit zu haben, dieses Gesetz zu brechen. Das geschieht vermutlich wegen der vorgefallenen Veränderungen in der Eigenart und der Gewichtung der einzelnen Stabilitätsbedingungen.

Faßt man die ökonomischen Gesetze im weiteren Sinne auf, so lassen sie sich als Sätze von Regeln verstehen, die den Prozeß spezifisch rationaler Entscheidungen dirigieren. Man könnte z.B., wenn man den Begriff ausdehnt, die Anwendung von Zinssätzen in der Wahl zwischen alternativen Investitionsprojekten als ökonomisches Gesetz bezeichnen. Ein solches "Gesetz" steht jetzt (nach einer langen Periode des trial and error) in der Sowjetunion tatsächlich in Gebrauch. Es wird jedoch deshalb benutzt, weil die Machthaber die Vergeudung knapper Kapitalgüter zu vermindern wünschen. Es gibt eine Unzahl solcher bedingter Normen des rationalen (d. h. zweckgebundenen) Verhaltens. Aber ob tatsächliches Handeln mit den Normen übereinstimmen wird, hängt von der relativen Erwünschtheit seiner Ergebnisse ab im Vergleich zu Ergebnissen von Handlungsweisen, die diese Normen unbeachtet lassen. Die Bedingung bedeutet aber eben Erwünschtheit vom Standpunkt der Diktatur. Die Macht entscheidet darüber, ob ein bestimmtes "ökonomisches Gesetz" angewandt wird oder nicht. Abgesehen von der Unterscheidung zwischen logischer und pragmatischer Gültigkeit eines "ökonomischen Gesetzes" liegt das Problem im Begriff des ökonomischen Gesetzes als einer entscheidenden Determinante des gesellschaftlichen Handelns. In diesem Sinne ist das ganze Problem der Alternative zwischen ökonomischem Gesetz und der Macht, das Böhm-Bawerk, Stolzmann und Tugan-Baranowsky hinsichtlich der Verteilung des Sozialproduktes so viel zu schaffen machte, für Sowjetrußland beiseite geschoben, und damit ist auch etwas anderes aus der Welt geschafft worden, nämlich das ökonomische Gesetz im Marxschen Sinne, das als eine gewaltige geschichtliche Kraft gedacht war, die sich in der Sphäre der Wirtschaft durchsetzt und von dort ausstrahlt, um alle Lebensäußerungen des Sozialkörpers zu beeinflussen.

Es ist wohl wahr, daß diese Wandlung in Sowjetrußland mit allem Nachdruck in stets sich wiederholenden offiziellen Erklärungen, von feierlichen hochpolitischen Äußerungen der Diktatoren angefangen bis hinunter zu der alltäglichen Phraseologie in der Presse, in Aufsätzen und Büchern geleugnet wurde und wird. Hier ist ein Beispiel aus einem kürzlich erschienenen Lehrbuch der Partei: "Mit der marxistisch-leninistischen Methodologie ausgerüstet, d. h. mit der Kenntnis von Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung, entwirft die Partei die allgemeinen Richtlinien der Außen- und Innenpolitik, deren Verwirklichung

die fundamentale strategische Aufgabe darstellt, die dem Land und Volk gestellt ist⁵⁷."

In Wirklichkeit zeigt die ganze Geschichte der sowjetischen Regierung in überzeugender Weise, daß marxistische Gesetze oder marxistische Ideologie weder die großen Meilensteine — d. h. Wandlungen fundamentaler Natur — in der Geschichte der Sowjetunion gesetzt und bestimmt haben, noch daß durch sie (von geringfügigen Ausnahmen abgesehen) die Lösung unzähliger kleiner organisatorischer und institutioneller Fragen merkbar beeinflußt worden ist, die im Laufe des Aufbaues der Planwirtschaft zur Befriedigung der Machtbedürfnisse der Diktatur gelöst werden mußten. Es war und ist die Funktion der marxistischen Theorie und Ideologie in Sowjetrußland, Handlungen der Regierung, die aus Gründen vorgenommen werden, die weder mit der Theorie noch mit der Ideologie etwas zu tun hatten, mehr oder weniger logisch und glaubwürdig zu rechtfertigen.

Man kann von sowjetischen Wissenschaftern nicht erwarten, daß sie diese Probleme behandeln, gerade weil sie an die Stabilitätsbedingungen eines diktatorischen Regimes rühren. Aber die Diskussion über den Absolutismus als ein historisches Problem mag wohl fortgeführt werden. Trotz aller Vorbehalte und aller Zaghaftigkeit zeitigte die "große Debatte" eindeutig positive Ergebnisse. In ihrem Verlauf wurde die Universalität der materialistischen Geschichtsauffassung und ihre Anwendbarkeit auf kritische Perioden der russischen Geschichte ernsthaft in Frage gestellt. Doch das kann erst der Anfang sein. Manche eingewurzelten Vorstellungen müssen revidiert werden. Auch die Anhänger der "neuen Richtung" müssen sich von dem albernen und hanebüchenen Glauben an angebliche "Axiome" befreien und aufhören. Klassen und Klasseninteressen ungeprüft als den Hauptfaktor des sozialen Wandels für historische Perioden anzusehen, für die eine solche Betrachtung völlig unzutreffend ist. Was not tut, ist eine undogmatische allgemeine Theorie der Staatsgewalt, in der die Eigengesetzlichkeit dieser Gewalt nicht mehr geringschätzig als "falsches Bewußtsein" oder höchstens widerwillig und etwas undurchsichtig als eine "epistemologische Form des Bewußtseins" behandelt wird58.

Das Problem besteht darin, offen zu bekennen, daß die Interessen des Staates etwas sui generis sind, und daß sie in gewissen Perioden unendlich wichtiger sind als Klasseninteresen. Was auf dem Spiel steht, ist das Erkennen eines entscheidenden soziologischen Phänomens, das für das Verständnis schicksalhafter historischer Ereignisse und Prozesse unentbehrlich ist. Ein unabhängiges Studium der Staats-

⁵⁷ Dialektičeskij i istoričeskij materializm, dlja sistemy partijnoj uceby (Dialektischer und historischer Materialismus. Für den politischen Unterricht), Moskau 1970, S. 270. Hervorhebung vom Verfasser.

⁵⁸ Vgl. Max Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus, Wien 1922, S. 33.

gewalt, frei von altvererbten dogmatischen Vorurteilen und begrifflichen Erstarrungen, die schon längst zu Unsinn und Plage geworden sind, würde auch eine ernsthafte Analyse der Staatsmaschine zur Folge haben. Es ist daher vielversprechend, in einem jüngst erschienenen (oben zitierten) Sowjetaufsatz zu lesen, daß "das eingehende Studium konkreter Einzelheiten der Entstehung der Bürokratie und ihres Standortes unter den politischen Institutionen des russischen Absolutismus eine Aufgabe ist, die schon seit längerer Zeit der Behandlung harrte". Der Verfasser dieses Aufsatzes bezeichnet die Bürokratie als ein besonders privilegiertes substratum (proslojka, welches eigentlich "interstratum" bedeutet) der Gesellschaft⁵⁹. Sollten solche Studien tatsächlich durchgeführt werden, so würden sie die Grenzen der materialistischen Geschichtsauffassung in noch weit stärkerem Licht aufzeigen und damit zu einem besseren Verständnis der Beziehungen zwischen Macht und ökonomischem Gesetz beitragen.

(Beifall.)

⁵⁹ Problemy ..., op. cit. (Troitski), S. 310.

Diskussionsleitung: Walter Hamm, Marburg

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren, ich danke Herrn Kollegen Watrin dafür, daß er uns die wesentlichen Teile des Referats von Herrn Professor Gerschenkron in so guter Weise nahegebracht hat.

Darf ich Sie jetzt bitten, sich zu Ehren der Opfer der schrecklichen Entführung israelischer Sportler aus dem Olympischen Dorf in München zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 10.30 Uhr.

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit der Diskussion des Referats von Herrn Professor Gerschenkron. Wir haben nur noch begrenzt Zeit. Ich bitte deshalb alle Diskussionsteilnehmer, sich möglichst knapp und präzise zu äußern.

Als erster Diskussionsredner ist in dem Programm Herr Blaug ausgedruckt. Auch er hat leider im letzten Moment seine Zusage zurückziehen müssen. Deswegen wird an seiner Stelle als erster Redner Herr Professor Winkel aus Aachen zu uns sprechen.

Harald Winkel (Aachen):

Ich muß Sie dafür um Entschuldigung bitten, daß meine kurzen Ausführungen keineswegs dem sonst üblichen einleitenden Diskussionsbeitrag entsprechen. Sie können höchstens eine Eröffnung und Einführung dieser Diskussion sein. Das liegt daran, daß ich kurzfristig auf Bitte von Herrn Watrin für Herrn Blaug, der den ersten vorbereiteten Beitrag hier hätte liefern sollen, eingesprungen bin und das Referat, das Sie soeben in Auszügen gehört haben, auch erst vorgestern im Wortlaut zum erstenmal gesehen habe. Erwarten Sie daher nicht, daß ich nun eine ausführliche Kritik oder Bestätigung dessen, was den Inhalt dieses Referats ausmacht, hier vortragen könnte, wobei ich allerdings zugestehen muß, daß mir eine Bestätigung leichter fiele.

Die Abwesenheit des Autors verbietet wohl auch, direkte Fragen zu stellen, weil weder Herr Watrin noch sonst jemand hier die Antwort des Autors geben könnte, wir also stets nur eigene Interpretationen liefern würden, so etwa zu fragen: — das fiel mir gerade auf — wenn am Ende des Referats von der Aufbauleistung des Sowjetstaates die Rede ist und es dort heißt — wenn ich mich recht erinnere —: "Es war nicht der Staat dieser oder jener oder überhaupt irgendeiner Klasse, es war der Staat des Staates", wer war es denn nun wirklich?

Es wird auch am Ende des Referats mehrfach von dem ökonomischen Gesetz gesprochen, das ökonomische Gesetz zitiert. Auch hier müßte man im einzelnen einmal nachforschen, was gemeint ist.

Mir scheinen recht instruktiv und für den, der es lesen konnte, auch faszinierend geschrieben, die einleitende methodologische Auseinandersetzung, die Darstellung der materialistischen Geschichtsauffassung als Offenbarung, als, nach Lenin, einzig wissenschaftliche Auffassung der Geschichte und der Versuch Engels', darin doch eher eine Hypothese zu sehen. Hypothesen in der Interpretation der Geschichte aufzustellen heißt aber auch, das Problem der Verallgemeinerung solcher Hypothesen über Zeit und Raum zu erkennen, oder anders formuliert: die Grenzen ihrer Anwendbarkeit zu erkennen und die Bereitschaft, solche Hypothesen zu ergänzen oder zu erweitern. Diese Einsicht war der materialistischen Geschichtsauffassung offenbar nicht gegeben oder kam, wie am Beispiel Engels von Gerschenkron gezeigt wurde, zu einem Zeitpunkt, da die Theorie bereits fester Bestandteil einer Ideologie geworden war und gravierende Veränderungen ohne Gefährdung der Ideologie nicht mehr geduldet werden konnten. Nach Übernahme dieser Ideologie durch einen totalitären Staat, gewissermaßen als oberstes Grundgesetz, war ohnehin an eine Veränderung so schnell nicht zu denken.

Was Gerschenkron zur Wirkung, zur Neuheit, zum Durchsetzungsvermögen der marxistischen Theorie und der materialistischen Geschichtsauffassung zu ihrer Zeit sagt, kann von der Wirtschaftsgeschichte her nur unterstrichen werden. Der Dogmatismus, die Simplifizierung, die Darstellung des vorgeformten Weges waren es ja gerade, die den Massen, den durch den Pauperismus gezeichneten Menschen, damals einleuchteten und die sie hier die neue Heilslehre erwarten ließen. Beweise für ihre Richtigkeit brachte das 19. Jahrhundert in Hülle und Fülle. Es gab die Ausbeutung von Arbeitskräften, es gab Interessenkonflikte, soziale Klassen, Klassenkämpfe. Gerschenkron verweist an einer Stelle auf die Zollgeschichte, die von der Auseinandersetzung in England um die englischen Kornzölle bis hin zu der Auseinandersetzung Schutzzoll kontra Freihandel in Deutschland in den 70er Jahren Beispiele genug dafür lieferte. Offen gestanden, muß

man bei der Betrachtung der Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts zugeben, daß Grenzen oder Schranken, die eine uneingeschränkte zeitliche und räumliche Gültigkeit materialistischer Geschichtsauffassung und marxistischer Theorie hätten in Frage stellen können, nicht oder doch nicht leicht zu erkennen waren. Wenn ich noch einmal Gerschenkron zitieren darf:

"So fanden marxistische Interpretationen, solange sie sich auf einen gegebenen historischen Bereich bezogen, ein ziemlich weites Feld, in dem sie angewendet werden konnten, ohne an irgendeine Schranke zu stoßen."

Das ist ein Satz, der deutlich macht, wieso eine doch schon früh einsetzende Kritik an Marx ziemlich wirkungslos blieb.

Eine erste von Gerschenkron fixierte bestehende Schranke für die Brauchbarkeit der Hypothese ist das Problem des Nationalismus und seine Behandlung durch den "Austro-Marxismus". Das wurde hier nicht im einzelnen vorgetragen. Vielleicht nur noch soviel dazu, daß Gerschenkron hier, wie ich glaube, sehr schön schildert, wie dieser Nationalismus zum Fremdkörper im Organismus der marxistischen Theorie wird und wie sich seine Kraft — gezeigt am Beispiel Österreichs und auch anderer europäischer Staaten — wesentlich stärker erweist als die Kraft irgendeines ökonomischen Klasseninteresses. Die Vereinigung aller Proletarier, etwa gegen die kriegstreibenden Kräfte 1914, findet nicht statt.

Eine zweite Schranke, die Gerschenkron dann herausstellt, ist der Versuch, die absolute Monarchie im Rußland des 17. Jahrhundert mit denselben Ursachen zu erklären, die für den westlichen Absolutismus angeführt werden. Ich glaube, es ehrt jene sowjetischen Wissenschaftler, die 1968, sich über ein Dogma hinwegsetzend, auf der erwähnten Historikertagung ganz berechtigte Fragezeichen anbrachten, Fragezeichen, die dann zu der Feststellung führten, daß die Staatsmacht hier etwas vorauseilte, daß es also durchaus Beispiele gegeben hat — und warum sollte es sie nicht auch noch mehr und weiter geben? —, in denen die Dominanz staatlicher Macht über den ökonomischen Faktor deutlich sichtbar wird und damit die Verhältnisse umgekehrt werden. Gerschenkron führt das Beispiel Peters des Großen an. Es liegt sicher nahe, die Frage auch einmal für das Staat-Werden anderer, modernerer Staaten — denken Sie etwa an die Länder der Dritten Welt, an die ehemaligen Kolonialgebiete — in dieser Richtung zu stellen.

Ein nicht zu übersehender Faktor in diesem Zusammenhang ist schließlich auch die Geschichte der Sowjetunion selbst. Ich möchte hier zustimmend sagen, daß Gerschenkron sehr richtig herausgestellt hat, wie der sowjetische Staat die ökonomische Entwicklung vorangetrieben

hat, wie das Machtinteresse, das Interesse an der Macht zu bleiben, und die Macht für die eigenen politischen Ziele einzusetzen, gerade auch die ökonomischen Entscheidungen des Staates bestimmt hat. Man vergleiche dazu etwa nur Lenins neue Politik Anfang der 20er Jahre. Das "Vorauseilen" des Staates, hier also des staatlichen Machtapparates, scheint mir evident.

Die Zeit, die wir haben, ist sehr begrenzt. Wir müssen fragen, welche Schwerpunkte wir vielleicht in einer Diskussion setzen könnten. Da ist natürlich einmal der erste Bereich materialistischer Geschichtsauffassung, Hypothese und Engels'sche Reinterpretation, d. h. die Darlegungen im ersten Teil des Referates. Es sind dann Gerschenkrons Beispiele für Grenzen und Schranken, die vielleicht einmal um weitere Fälle, in denen die Staatsmacht der Wirtschaft vorauseilt, zu erweitern und im einzelnen zu untersuchen wären. Das alles wäre möglich.

Aber ich glaube, wir haben auch genügend Experten im Raum. Es würde mich persönlich sehr freuen, hier nun als ersten Diskussionsredner jemanden zu sehen, der nicht, wie ich, in großen Teilen mit Gerschenkron übereinstimmt, sondern eine genau entgegengesetzte Position einnimmt.

Wulff Dietrich Rehfus (Eßlingen und Köln):

Wenn ich es richtig verstanden habe, war die Hauptthese des Referats, daß in den kommunistischen Ländern die Politik gegenüber der ökonomischen Gesetzlichkeit sich verselbständigt hätte. Dieses Primat der Politik vernichte die Ausgangsposition der historisch materialistischen Wissenschaft. Die historische Entwicklung mithin, die Praxis, so wird behauptet, widerlege die Theorie, den Ausgangspunkt. Die Theorie also sei schon gut, schlecht sei nur die daraus resultierende Praxis; diese sei mithin gegenüber der Theorie pervertiert. Die Theorie wird von der Praxis desavouiert. Praxis wird Wahrheitskriterium der Theorie.

Wenn man das als Hypothese annimmt, muß man die Voraussetzung mitmachen, daß entweder die Theorie mit der Praxis in keinerlei Verbindung stünde oder aber daß die Theorie von Marx in der Praxis der sozialistischen Länder wie z.B. in der Sowjetunion verfälscht worden sei. In beiden Fällen ist es deshalb notwendig, die marxistische Theorie zu befragen. Hierbei zeigen sich, so meine ich, einige Mißverständnisse des Referenten. Es kann nicht darauf ankommen, die Praxis des Marxismus zu untersuchen und damit den Marxismus zu widerlegen, sondern es muß gefragt werden, ob in der Theorie des Marxismus irgendwelche Kriterien vorhanden sind, die eine Pervertierung des Marxismus zuließen.

Ich möchte jetzt zu einigen Mißverständnissen des Autors über den Marxismus kommen. Zunächst einmal wurde behauptet, daß der Marxismus eine Heilslehre sei. Es hieß genau: "mit messianischem Anspruch", wenn ich mich richtig entsinne. Ich glaube, das ist ein Mißverständnis, weil es im Marxismus nicht darum geht, eine Heilslehre, ein von außen kommendes Heil in eine Gesellschaft hineinzutragen. Der Marxismus begreift sich vielmehr in seinem Selbstverständnis als eine sozio-ökonomische Wissenschaft, die nicht von irgendeinem moralischen Impetus ihren Anfang nimmt, sondern die aus einer materialistischen Analyse der Gesellschaftsordnung, d. h. deren Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, den sie als Grund-Widerspruch aufgezeigt hat, zu einem Ergebnis kommt, welche das Proletariat ausweist als den künftigen Garanten möglicher Freiheit. Das wird historisch belegt insofern, als festgestellt wird, daß sämtliche bisherigen Gesellschaftsordnungen (nicht nur die kapitalistische, auch die feudale Gesellschaft und die antiken Gesellschaften) geprägt gewesen seien vom Widerspruch von Herrschenden und Beherrschten. In diesem Widerspruch, so sagte Marx weiter, kann es nicht darum gehen, daß eine Erlösung, wie ich vorhin schon sagte, von außen gesucht wird, sondern die Beherrschten müssen selbst die Kraft finden, sich gegen ihre Unterdrückung zu wehren. Das sind Hypothesen, die im Gegensatz zu dem stehen, was vorhin ausgeführt worden ist, was Marxismus sei.

Es kann also nicht um eine Erlösung gehen, die von außen kommen müßte, sondern die Erlösung ist nur möglich, indem die Unterdrückten sich selbständig von ihren Beherrschern befreien. Dies zeigt ein Zitat aus dem Kommunistischen Manifest, wonach der Kapitalismus zwar die eigenen Totengräber, nämlich das Proletariat, erzeuge, wonach es aber keine notwendige Entwicklung sei, daß das erzeugte Proletariat auch automatisch an die Macht kommen müsse, sondern: Zu der historischen Tendenz muß die Tat des Proletariats hinzukommen, sprich: die Revolution. Der Beherrschte muß sich also mit der Welt, die nicht die seine ist, sondern die der Besitzer von Produktionsmitteln, oder wie das bei Marx auch heißt: der Kapitalisten, selbst aus eigener Kraft versöhnen, und zwar gegen die Herrschenden.

Der Referent rügte, daß im Marxismus ein Wandlungsprozeß der Ideologie nicht möglich sein könne. Das ist nur richtig, solange innerhalb des Klassenkampfes argumentiert wird. Solange das Proletariat im Klassenkampf steht, mithin die ökonomischen Grundbedingungen noch nicht geändert sind, besteht für das Proletariat überhaupt kein Anlaß, seine Ideologie zu ändern. Wenn tatsächlich die Ideologie ein Reflex der ökonomischen Basis ist, wird sich die Ideologie auch nur dann ändern, wenn die ökonomische Basis geändert ist. Das bedeutet, die Änderung wird erst dann stattfinden, wenn auch die Änderung der

Basis, nämlich eine Revolution, stattgefunden hat. Es ist falsch, zu behaupten, daß prinzipiell die Ideologie des Marxismus immer konstant sei, sondern man muß sehen (wenn man marxistisch argumentiert), daß die Ideologie nur ein Reflex dieser Basis ist und die Basis die Ideologie verändert.

Das wären die Hauptpunkte. Ich hätte noch kleinere Anmerkungen zu machen. Sinngemäß — ich weiß die Worte nicht mehr genau — ging es darum, daß eine Gleichmacherei behauptet wurde, nämlich eine Institutionalisierung des Durchschnitts im Kommunismus. Es kann aber doch im Kommunismus nicht darum gehen, daß die Intelligenz auf ein Mittelmaß zurückgeschraubt wird, sondern es geht um die Abschaffung von Herrschaft. Abschaffung von Herrschaft bedeutet Abschaffung der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, weil durch die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel auch die Macht eines Menschen über einen anderen institutionalisiert ist. Ich glaube, daß hinter dieser These von der Gleichmacherei ein gewisses elitäres Bewußtsein steckt (wie man sich heute ausdrückt), daß nämlich die kleinbürgerlichen Intellektuellen allein - man muß hier Professoren, Studenten, Ärzte etc. mit einbeziehen (ökonomisch gesehen) - den Fortschritt garantierten. Ich glaube, das ist eine Überschätzung des kleinbürgerlichen Intellektuellen gegenüber dem Proletariat.

Ebenso falsch ist die Interpretation der sogenannten Heimatlosigkeit des Proletariats durch den Referenten. Das Proletariat, muß man sehen, ist durch den Kapitalismus erzeugt. Es ist also die Antithesis zur Thesis des Kapitals. Da das Kapital als Ziel den Profit hat und da der Profit nun einmal nicht national beschränkt ist, sondern die nationalen Grenzen übersteigt, wie heute sehr deutlich ist, muß automatisch der Proletarier auch international sein. Das bedeutet also, daß Nationalismus — darauf wurde vorhin angespielt — nicht von Marx geleugnet wird, sondern er wird auf einen historischen Zeitpunkt eingeschränkt, und zwar auf den Zeitpunkt, wo es das inländische Kapital nötig hat, sich vom ausländischen Kapital abzugrenzen, z.B. Zollschranken zu errichten, um seine Profite steigern zu können.

Wer, wie der Referent, den Primat der Ökonomie vor der Politik fordert, muß automatisch bei "Eigengesetzlichkeiten" landen, bei einem "Staat an sich", der, losgelöst von der postulierten Ökonomie, im Abstrakten sich bewegt. Was ist denn ein "Staat des Staates"? Tautologien verschweigen nur die Interessen, denen sie gehorchen.

Wer den Primat der Ökonomie vor die Politik setzt, verzichtet auf die ethische Fundierung der ökonomischen Praxis, degradiert den Menschen zum Anhängsel einer unbeeinflußbaren Gesetzmäßigkeit. Indem dadurch eine historische, sozio-ökonomische Gesetzlichkeit ontologisiert,

als ewiges gleichbleibendes Wesen ausgegeben wird, liefert man das Subjekt einem blinden Walten aus. Der Mensch wird erniedrigt zum willenlosen Objekt ewiger Gesetze: Er verzichtet auf seine mögliche Selbstkonstituierung. In der Preisgabe des Subjekts und der ethischen Fundierung der Praxis ist das Wahrheitskriterium menschlichen Handelns nur noch die Faktizität des Erfolges. Nietzsche triumphiert: Die faktische Macht des Stärkeren wird Recht und Gesetz. Die These vom Primat der Ökonomie vor der Politik bedeutet die Enthumanisierung der Welt. Das ökonomische Gesetz verselbständigt sich gegenüber dem Menschen, der Mensch wird vom Gesetz liquidiert.

Christian Watrin (Köln):

Ich möchte zwei Bemerkungen machen. Die erste zu meinem Vorredner, Herrn Rehfus. Ich sehe immer noch nicht, wie man aus der Analyse von Tatsachen, also aus der Realität, normative Sätze ableiten kann. Dieser naturalistische Fehlschluß scheint mir seiner Kritik an Gerschenkron zugrunde zu liegen.

Zweitens möchte ich eine methodologische Frage stellen. Meine Bedenken richten sich gegen die ambivalente Formulierungsweise, in der Gerschenkron die materialistische Geschichtsauffassung darstellt. Er spricht einmal von einer "Hypothese", einer "Geschichtshypothese", dann ist die Rede von einer "Interpretation". Nehmen wir die Redeweise von der Hypothese ernst, dann müßte sich jene irgendwie in eine Wenndann-Aussage umgießen lassen, die eine Beziehung zwischen technologischen Faktoren und bestimmten politischen Erscheinungsformen behauptet. Aber so präzise ist die Überbau-Unterbau-Theorie — ich verwende den Ausdruck "Theorie" jetzt metaphorisch — nie formuliert worden. Gerschenkron geht - wenn ich ihn richtig verstehe - nicht so weit, daß er eine echte Hypothese, wie wir das heute wissenschaftstheoretisch gewöhnt sind, formuliert. Wenn das zutrifft, dann muß man die Frage stellen: Ist das, was Gerschenkron eine "Interpretation" nennt, wirklich ein Versuch, die Realität zu erklären oder handelt es sich hier um eine metaphysische Spekulation, wenn ich es einmal überspitzt ausdrücken darf? Das heißt: Ist die ganze Diskussion, ob der Staat (bzw. die Politik) der Wirtschaft oder umgekehrt ob die Wirtschaft dem Staat voraneilt, nicht in Wirklichkeit eine nicht-falsifizierbare Spekulation, zu der wir mit Mitteln der Wissenschaft nichts sagen können? Ich möchte für eine positive Antwort plädieren und bedauere es natürlich außerordentlich, daß jetzt nicht durch klärende Fragen an Herrn Gerschenkron festgestellt werden kann, wie er das meint. Ich halte solche Formulierungen wie die, daß die Politik der Ökonomie voraneile oder umgekehrt für zu ungenau, um sie einer empirischen Überprüfung unterwerfen zu können.

Daraus folgt dann: Ob man das Verhältnis von Staat und Wirtschaft marxistisch oder antimarxistisch deutet, ist irrelevant. Nach meiner Ansicht handelt es sich bei den inhaltlichen Problemen um eine unendliche Fülle sehr komplexer historischer Ereignisse. In diese Menge von sich tagtäglich vollziehenden historischen Vorkommnissen ein Schema in der einen oder anderen Richtung hineinzulegen, scheint mir in einer empirischen Wissenschaft nicht möglich zu sein, wenn letztere sich dem Diktat der Kontrolle anhand der Realität unterwirft.

Wolfram Fischer (Berlin):

Ich möchte an die methodologischen Ausführungen von Watrin anknüpfen und Gerschenkron etwas interpretieren, da ich einer der Privilegierten bin, die sein Referat schon seit mehr als einer Woche in der Hand und es ganz gelesen haben. Ich würde es so verstehen, daß er eigentlich zwei Referate in eines zusammengefaßt hat: Das eine ist seine eigene Auffassung, die er ziemlich deutlich macht. Das andere ist der Bericht über die Diskussion gegenwärtiger Auffassungen innerhalb der Sowjetunion. In diesem zweiten Zusammenhang hat er die Formulierung von dem Vorauseilen des Staates gegenüber der Wirtschaft, die Sie kritisieren, gebraucht. Er hat damit eigentlich nur wiedergegeben, was innerhalb der marxistischen Diskussion gesagt wird. Das ist ihm nicht anzulasten.

Das Problem seines Referats scheint mir aber die Uminterpretation des Charakters des Marxismus zu sein. Er faßt den Marxismus, der ganz anders gemeint ist, so auf, wie Sie Wissenschaft auffassen, nämlich als einen Satz von Hypothesen, die sich empirisch überprüfen lassen. Er sagt außerdem noch: Das hat im Grunde Engels schon gemacht. Gerschenkron zitiert vier Briefe des alten Engels. Ich habe sie leider nicht nachprüfen können und bin nicht ganz sicher, ob er Engels hier nicht überinterpretiert. Jedenfalls macht Gerschenkron etwas, was dem Marxismus seinen Charakter nimmt. Er nimmt ihm die Immunität gegenüber empirischer Nachprüfung. Er formt ihn um in hypothetische Sätze und falsifiziert ihn dann mindestens in seinem generellen Anspruch, indem er an zwei oder drei Beispielen sagt: Hier kann man die Geschichte jedenfalls nicht marxistisch interpretieren. Ich würde meinen, daß die Kritik eines Marxisten dort ansetzen müßte, obwohl ich mit Gerschenkron völlig einverstanden bin. Aber der Marxismus bekommt bei Gerschenkron den Charakter einer, ich würde sagen: echten Wissenschaft. Dadurch wird er in seiner Aussagekraft sehr viel begrenzter. Das Interessante an Gerschenkrons Referat scheint mir also zu sein die Uminterpretation marxistischer Sätze in hypothetische Sätze, die empirisch nachprüfbar sind. Sie sind allerdings nur insofern nachprüfbar, wie das in der Geschichte überhaupt möglich ist: daß sie

höchstens Plausibilitätscharakter bekommen. Ich glaube, mehr kann man nicht verlangen. Aber das ist schon allerhand.

Gerhard Mensch (Berlin):

Im Grunde genommen ist die Richtung, in der mein Diskussionsbeitrag gedacht war, von Herrn Fischer schon eingeschlagen worden. Ich möchet aber einen Punkt hervorheben. In der Diskussion ist den beiden Vorrednern meines Erachtens ein Mißverständnis unterlaufen: das hat auch Herr Fischer erwähnt. Einmal hat der vorvorletzte Diskussionsbeitrag im Grunde genommen die Anspruchsfähigkeit des Marxismus überschätzt. In der Erwiderung haben Sie, Herr Kollege Watrin, meines Erachtens die Stärke des Popperschen Konzepts ebenfalls überschätzt. Wenn Sie, wie ich und verschiedene andere Kollegen, derart in der Wühlarbeit der Datenhuberei und der empirischen Konzeption zur Testung von solchen Satzgefügen verwickelt sind, dann stellen Sie fest, daß im Grunde genommen der Poppersche Anspruch für diese empirischen Arbeiten zu stark fesselt. Es gibt sozialwissenschaftliche Konzepte, die sich beim Stande des Wissens nicht in der rigorosen Form anpacken lassen, daß man das ganze Ideengebäude streng naturwissenschaftlich wie physikalische Sätze formuliert. Wenn man die ganze Phantasie und die ganze Erklärungsfähigkeit, die trotzdem darin stekken, mit dieser überrigorosen Einschneidefähigkeit von physikalischen Sätzen und ihrer Testbarkeit ad acta legen wollte, würde das der Phantasie und der Kraft dieser Aussage nicht entsprechen.

Jetzt steht z. B. Gerschenkrons These zur Frage: Der Staat sui generis bewirkt als Teil des Überbaus, daß er den Unterbau verändert. Man kann sich natürlich fragen, wie man diese These operationalisieren und derart konkret fassen kann, daß man sie empirisch testen kann. Dann wird man sicherlich nicht zu solchen hübschen Ergebnissen kommen, daß das ganze Gedankengefüge gesichert ist, wie wenn es eine naturwissenschaftliche These wäre.

Über die Industrialisierung Preußens und über die Industrialisierung von Brünn — auf dem Gebiet habe ich selbst einiges geleistet — liegen Daten vor, die einmal den Time-lag zwischen Impuls und Wirkung betrachten. Wenn man sich fragt, von wo die Wirkung ausgeht, dann ist es in den Fällen Preußen und Brünn anders als bei der Industrialisierung in Manchester. Letztere ist der Punkt, wo der Lerneffekt des Marxismus eingesetzt hat. In den Fällen Preußen und Brünn ist die These von Gerschenkron hundertprozentig bestätigt worden, und zwar an Hand von empirischem Material, das wir in reichlicher Fülle besitzen und ausgewertet haben, und zwar in einer rigorosen Art und Weise, die dem Popperschen Anspruch gerecht wird.

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Es scheint sich insofern eine Änderung anzubahnen, als in anderen Hörsälen beschlossen worden ist, bis 11.25 Uhr zu diskutieren und erst dann eine Unterbrechung von fünf Minuten einzulegen und die Zeit, die heute morgen für die Diskussion des ersten Referats verlorengegangen ist, zwischen den beiden heute morgen abzuhaltenden Diskussionen aufzuteilen.

Gerhard Lüpkes (Göttingen):

Ich darf mich als Schüler von Franz Oppenheimer bezeichnen, ebenso wie ich Neumark gehört habe. Oppenheimer hatte auch eine besondere Staatstheorie. Danach ist der Staat eine Einrichtung der Unternehmerklassen zur Unterdrückung, und zwar auf Grund von Bodeneigentum, das sich die unterdrückende Schicht angeeignet hat. Er unterschied zwei Stadien, ein Bärenstadium, in dem die unterlegene Schicht einfach gewaltsam ausgebeutet wird, und ein Imkerstadium, in dem sie geschont, aber doch auch ausgebeutet wird. Dazu konnte ich ihm später ein Zitat von Goethe (Hermann und Dorothea, Sechster Gesang) übermitteln, das wie folgt lautet:

Denn der Sieger ist groß und gut; zum wenigsten scheint er's, Und er schonet den Mann, den besiegten, als wär' er der seine, Wenn er ihm täglich nützt und mit dem Gütern ihm dienet.

Das wäre in Goethes Worten das Imkerstadium.

Oppenheimer bedauerte, daß Thünen so wie Smith angenommen habe, daß es eine ursprüngliche Akkumulation gegeben habe, daß also der Boden sich nach und nach besiedelt habe. Das sei, so meint Oppenheimer, durchaus nicht der Fall, und er bedauert, daß Thünen die Auffassung vertreten habe, der Boden sei nach und nach besiedelt worden. In einer sehr späten Veröffentlichung durch Walter Braeuer 1951 im Westkultur Verlag — das Werk heißt "Johann Heinrich von Thünen — Ausgewählte Texte" - hat Braeuer auch Dinge gebracht, die früher nie veröffentlicht worden waren, auch von Schumacher nicht, weil Schumacher sich nicht traute, seinen Kollegen gegenüber so revolutionäre Thesen zu äußern. Ich darf hier auf die Stelle verweisen - in der Textauswahl S. 207, Erhöhung des Arbeitslohnes auf Kosten des Kapitalisten —, wo Thünen durchaus als ein "Interpret" Oppenheimers gelten kann, eben auch im Sinne einer Bodensperre, und zwar besser begründet. Oppenheimer nahm an, der Boden werde spekulativ gesperrt, damit die herrschende Macht die Unterlegenen in der Hand habe. Es ist, glaube ich, schwer denkbar, daß eine große Gruppe von Latifundienbesitzern den Boden spekulativ sperrt, um Arbeiter in der Hand zu haben. Die Begründung von Thünen ist sehr viel besser.

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Wir danken Herrn Lüpkes sehr, daß er diese Bemerkungen über Franz Oppenheimer noch in die Diskussion eingebracht hat. Aber wir sind heute sehr bedrängt mit der Zeit. Einige Diskussionsgruppen haben offensichtlich schon Schluß gemacht. Man sieht es auch daran, daß sich der Saal inzwischen weiter gefüllt hat. Wir machen jetzt drei Minuten Pause. Dann wird sofort Herr Professor Morgenstern mit seinem Referat beginnen.

(Kurze Unterbrechung.)

Postscriptum von

Alexander Gerschenkron, (Harvard):

Let me first express my deep regret at my inability to attend the Session at Bonn. My wife's illness precluded altogether my departure from the United States at that time. I am very grateful to Walter Hamm for his understanding and helpful introduction to my paper whose structure he summarized so tersely and so lucidly. And I am almost embarrassingly indebted to Christian Watrin who so graciously performed my own role of reading the paper at the meeting. Naturally, I should have loved to try to answer at once some of the direct questions that were asked in the discussion and to clarify some misunderstandings. The loss no doubt is mine, and I must attempt to recoup it at least partly in the following remarks.

Harald Winkel wondered about my statement: "This was not the State of this or that class. It was the State's State", and asked for an elucidation of the meaning both of the quoted sentence and of the term "economic law", as I used it toward the end of my paper. With regard to the former the reference was simply to the compulsory machinery (Zwangsapparat) placed in the service of a group of leaders disposing of a bureaucratic body. The point was that the group pursued their own interests, first and foremost the maintenance and increase of its power; these interests, moreover, were not derivable from the interests of any economic and social group that was subject to the power of the State. As far as "economic law" is concerned, I felt that for the purposes of this paper I had to use the term within the context of the materialistic conception of history and therefore to mean by it the claim that the economic interests of a given social group or groups (classes) do dominate the State and that accordingly the activities of the State can be made intelligible in terms of those interests. In this sense the historical cases of the "State's State" constitute limits upon the hypothesis which operates with the concept of "economic law" within the meaning just specified.

For the rest, the approving tenor of Harald Winkel's contribution to the discussion makes it possible for me to confine my reply to the preceeding two points. On the other hand, the critique by Wulf Dietrich Rehfus calls for several remarks. He said with regard to the Soviet Union that the problem is not ,, to investigate the practice of Marxism, but to ask whether Marxism contains any criteria that admit of its being perverted". I am afraid that this point has little to do with what I have tried to argue in my paper. The assumption that I regard the policies pursued by the Soviet government as "Marxian practice" or "Marxism in practice" is altogether unwarranted. In my view, the Marxian ideology in Soviet Russia did not at all determine the policies of the Soviet State. Rather, something that goes under that name has served to justify whatever is being done by reference to a hybrid ideological complex which is filled precisely with the actions of the government and which actions are flatly declared to be "Marxian" by arbitrary pronouncements of dictatorial rulers. The question why the Soviet government persists in preserving the fiction of ideological continuity is an interesting historical problem, but it has nothing to do with the limits on the interpretative power of the hypothesis called materialistic conception of history. It is the essence of the dictatorship and the policies it pursues that constitute the limitation on the hypothesis, and the selfsame limitation would exist even if the Soviet government had abandoned all claims of being "Marxian"; just as the same limitation could be easily discovered in the history of other modern dictatorships who had never raised any claims of this kind.

W. D. Rehfus proceeds to criticize my references to the messianic elements in Marxism. It is, of course, quite true that the materialistic conception of history was presented as a general sociological insight into the course of economic and social evolution. But to confine oneself to this obvious statement clearly does not do justice to the complexity of the problem. First of all, no one will deny that Marx and Engels derived great moral satisfaction from the recognition that "history was on their side". In fact, a perceptive writer once suggested that Marx's stress on necessities and inevitabilities (Naturnotwendigkeiten) in the historical process derived from his anxiety (angoisse) to predict the demise of what he considered an unjust society1. And second, one cannot neglect the spirit in which the Marxian message was received by mass movements, particularly by the German labor movement. Here the syncretic mingling of the analytical with the normative created indeed a perennial and thorny intellectual problem, but it did not, for long periods, create an ideological problem. For in the ideology of the

¹ Simone Weil, Oppression et liberté, Paris 1955, p. 227: "A son angoisse il fallait une certitude".

labor movement the iron law of development merged only too well with the messianic yearning for the advent of a good and just society. To overlook, as W. D. Rehfus does, that Marxian ideology was changing considerably in the subsequent stages of the development is to overlook essential changes in the history of labor movements. Such neglect is an integral part of the traditional Marxian inability to apply Marxism to Marxism.

What W. D. Rehfus has to say about egalitarian tendencies in communism and "elitist consciousness" has no reference to what I said in my paper. I assume that somebody else must have said something that annoyed him so much that he could not suppress speaking about it, although it had no relevance at all for a discussion of my paper.

Finally, the problem of nationalism in relation both to Marxism and Marxian labor movements (which I did discuss) is surely infinitely more complex than can emerge from the use of the jejune jargon about capitalist thesis and proletarian antithesis which allegedly "automatically" makes (in fact or ought to make?) "the proletariat internationally minded". In the light of the history of our century, talk of this sort is too superficial for words. As to his reference in this connection to "Lenin's theory of imperialism", one may wonder whether one really can dignify the popular pamphlet, the substance of which Lenin had cribbed from Hobson and Hilferding by the name of theory. The pamphlet was written by Lenin the politician, while Lenin the theoretician had argued strenuously against the Populists with reference to the schemes in Volume II of Das Kapital that capitalism was developing its own internal market and in no way was dependent on foreign markets. For this reason, Lenin remained lastingly antagonistic to Rosa Luxemburg's theory. Thus, I am unable to take W. D. Rehfus' remarks on this subject too seriously.

I must confess that I have some difficulty in understanding the meaning of Christian Watrin's methodological observations. I do not believe that I can accept the concluding sentences of his contribution: "The way I see things, what we have are very complex historical events, an infinite fullness. To insert such a scheme into this fullness of historical events which happen day in and day out, be it in whatsoever direction, seems to me to be an impossible undertaking for an empirical science."

This is a very strong formulation of a view of historical study that happens to run counter to my basic methodological position. I believe on the contrary that without abstraction and generalization no understanding whatsoever of historical events and sequences of events is possible. At all times, the questions remain as to the choice of the appropriate level of abstraction. But we do abstract and generalize at

any level, and I hold with Goethe's wonderful insight: "Das Höchste wäre zu verstehen, daß alles Faktische schon eine Theorie ist²."

Nor do I quite grasp the distinction between genuine (echte) and not genuine hypotheses. To be sure there are good and bad hypotheses, that is to say, hypotheses that are fruitful and those which are not. That a historical hypothesis can be put into the form of a "Wenn-dann-Aussage" which Professor Watrin mentions, is for me indubitable. If I may illustrate this by reference to my own work. I may be allowed to mention my hypothesis regarding the relation of the course of industrial development to the degree of economic backwardness. I have argued that if (wenn) a certain degree of economic backwardness was given, then (dann) a set of expectations with respect to certain specified traits of the subsequent industrial development did follow (Aussage). There is nothing "metaphysical" at all about such a hypothesis. The question rather is whether the concepts that enter into the hypothesis are operational or not. I have tried to show that the degree of economic backwardness is an operational concept which helps us explain precisely the "fullness of historical things"; without a hypothetical construct that is based on operational concepts the immense variety of things would remain so confusing as to defy understanding. At the same time. I believe, it does not matter much whether such a hypothesis also should or should not be called "theory", be the term used "metaphorically", as Watrin suggests or not. I see little useful difference between the two concepts. Such differences as there may be are likely to be quite relative and probably refer to larger or smaller body of research that has been marshalled to support a given construct and to larger or smaller area of its applicability. For the rest, I am somehow reminded of Frege's basic statement that the difference between categoric and hypothetical propositions (Urteile) has "nur grammatische Bedeutung"3.

I am glad to admit that Marxian concepts of infrastructure and superstructure contain metaphorical elements and as such carry in themselves the danger that is ever present in all such metaphors, namely the temptation to make inferences not from the substance of the object, but from its metaphorical form which in this way may develop a life of its own.

But the problem whether the economic development in Russia of the 18th century proceeded in such a way that the absolutist State acted in obedience to the economic class interest of the bourgeoisie; or whether the economic policies pursued by the absolutist State were carried out

² Johann Wolfgang von Goethe, Maximen und Reflektionen, Schriften zur Naturwissenschaft, Teil 1 Jubiläumsausgabe, Bd. XXXIX, p. 72.

in the interest of the State and in the process creating the bourgeoisie by a fiat of the State need not be confused by metaphors and is by no means a metaphysical problem. It is a reasonable historical question to be addressed to the policies under Peter the Great and can be answered by empirical research in a fashion that satisfies our sense of reasoned adequacy. It seems to me that to say that such a question is no more than "metaphysical speculation" to which scholarship can make no contribution comes close to a denial of all interpretative historical research⁴.

Whether "rigorous proofs" of such historical hypotheses are possible I consider a question that cannot be usefully raised in the present context⁵. Wolfram Fischer spoke very rightly of plausibility, and this is indeed the key word in this connection. Some results of our research will be more plausible than others. At times, they will appear entirely implausible, and this is what we have in mind inter alia when we speak of limits of applicability of a hypothesis, that is to say, of areas within which the plausibility of the hypothesis has been greatly reduced or altogether destroyed. It is only if historical hypotheses can be conceived in this fashion that I can attribute meaning to Troeltsch' statement that "Der Marxismus bedeutete einen außerordentlich wirksamen Vorstoß des historischen Denkens in die konkrete Wirklichkeit"⁶.

My general agreement with Wolfram Fischer's position should not prevent me from taking exception to his assertion that in my essay two papers are rolled into one. I went to some length in dealing with the debate among the Soviet historians on the subject of absolutist monarchy, precisely because the dissidents in that debate cast much light on the limits of applicability of the materialistic conception of history. Coming from scholars who are held to hew to the line of the official ideology such admissions were particularly valuable and bore directly on the main thesis of my paper. I do not believe, therefore, that my

⁴ This is not do deny, of course, that there are metaphysical elements in Marx's system. This is true, for instance, of Marx's derivation of the labor theory of value by abstracting from all other properties of the commodities very much in the same way in which Descartes derived extension as the essence of objects by abstracting successively from all other properties. And, more significantly, metaphysical quiddities were doubtless imported into the materialistic conception of history under the influence of Hegel, which influence I tend to regard as a fateful accident in Marx' biography. But the problem is whether the materialistic conception of history can be purged of such elements and turned into a set of scholarly hypotheses. It seems indubitable to me that an affirmative answer to this question is altogether possible and, in fact, quite reasonable.

⁶ I might refer instead to the illuminating article by *Fritz Machlup*: "Are the Social Sciences Really Inferior?" Southern Economic Journal, Vol. XXVII: 3 (January 1961).

⁶ Ernst Troeltsch, Der Historismus und seine Probleme, Tübingen 1922, p. 371. Italics supplied.

treatment of that debate encroached in any way upon the unity of my essay.

I am a little bit confused by Friedrich Lüpkes' reference to Franz Oppenheimer, a scholar whom I hold in affectionate and respectful memory. I realize that Mr. Lüpkes, like everybody else in the discussion, was handicapped by the time limit. Otherwise, I suppose, Professor Lüpkes would have proceeded to elaborate Oppenheimer's relation to the materialistic conception of history in general and to the Marxian theory of state in particular. In this respect both similarities and differences are interesting. Since Oppenheimer owed so much to Gumplowicz, his views on the origin of the State differed from those of Engels. The latter stressed the economic differentiation within the society while Gumplowicz emphasized — in the sharpest possible form — the conquest by a "fremder Stamm" or by "fremde Stämme"7. On the other hand, in much of what Oppenheimer had to say about the absolutist monarchy he was rather close to the Marxian view in exploring the relation of the absolutist State to both nobility and bourgeoisie, although he never used the concept of equilibrium of class forces. He said expressly, that "also the absolutist state is a class state"8. But this did not prevent Oppenheimer from regarding the Marxian concept of economic infrastructure as an "Unbegriff schlimmster Art"9. This sharp stricture is relevant to the thesis of my paper inasmuch as what Oppenheimer had in mind related to activities of the State that derived from general rather than class interest and were neutral as to class struggle¹⁰, and as such can be regarded as limits upon the applicability of the general hypothesis. I must say that I have been always somewhat astonished that Oppenheimer did not derive from his basic distinction between politisches Mittel and ökonomisches Mittel sharper inferences for the independence of the absolutist State. Despite what he said about such State being a class State, he does at one point argue that in such a State "nichts mehr gilt als das Interesse der regierenden Familien" and proceeds then to stress the absolutist monarch's interest in his standard of living and in his dynastic family interests¹¹. But this does not go nearly far enough. What is lacking in Oppenheimer's treatment of the subject is the stress on power as an independent aim of the State. Without such a stress Oppenheimer's approach to the materialistic conception of history and to the Marxian theory of state remains partly incon-

⁷ "Never and nowhere did states originate in any other way than by subjection ...". Cf. *Ludwig Gumplowicz*, Grundriß der Soziologie, Vienna 1905, p. 195.

⁸ Franz Oppenheimer, System der Soziologie, Vol. II, Der Staat, Jena 1926, p. 612.

⁹ Op. cit. p. 166.

¹⁰ Op. cit. p. 180.

¹¹ Op. cit. p. 613 and p. 319/320.

sistent and partly inadequate to cast into sufficiently strong relief the limitations upon Marxian hypothesis. I can only surmise that the reluctance to move too closely to writers like Treitschke — the "power school" — held him back from taking a position toward which he well might have felt pushed by his strong sense of historical reality. Thus I believe that on the whole Oppenheimer's work sheds less light on the thesis of my paper than could have been expected. Nevertheless, I am happy that Friedrich Lüpkes threw Oppenheimer's name into the discussion. It would have been pleasant indeed, had I been able to have a personal exchange of views with Lüpkes on the subject. I am sure I should have greatly profited from such an exchange.

It remains for me to reiterate my sincere thanks to those who took upon themselves the task of communicating may paper to the meeting as well as to those who were willing to discuss it, be it in the mood of approval or in that of criticism.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren, die Analyse von Machtphänomenen ist mit verschiedenen Theorieansätzen möglich. Wir haben im Verlauf der Tagung schon mehrfach Hinweise auf die Spieltheorie gehört. Ich glaube, es ist für uns alle eine besondere Freude, daß sich Herr Professor Morgenstern bereit erklärt hat, über das Thema "Spieltheorie als allgemeine Theorie des Machtkonflikts" zu referieren. Darf ich Sie, Herr Professor Morgenstern, bitten, zu uns zu sprechen.

Spieltheorie als allgemeine Theorie des Machtkonfliktes

Von Oskar Morgenstern, New York

Ich habe das letzte Mal — es ist schon unendlich lange her — vor dem Verein für Socialpolitik in Dresden gesprochen. Das ist mir jetzt erst wieder bewußt geworden. Es war, glaube ich, 1932, ist also 40 Jahre her. Damals war das Thema "Das Problem des Wertes", und ich hielt einen Vortrag über "Die drei Grundtypen der Wertlehre" und verglich — das war meine Aufgabe — die Wiener Schule, die Lausanne-Schule, und was Jevons getan hat. Ich komme darauf noch zurück.

Es gibt eine Geschichte von einem sehr erfolgreichen Negerprediger in den Südstaaten in Amerika. Den hat man gefragt: "Wie kommt es, daß Sie so erfolgreich sind?" Darauf hat er gesagt: "Das ist sehr einfach. Zunächst sage ich den Leuten, was ich sagen werde. Dann sage ich es, und dann sage ich ihnen, was ich gesagt habe."

(Heiterkeit)

Nach diesem Prinzip will ich Ihnen zunächst sagen, was ich sagen werde. Ich werde einiges über undefinierte Grundbegriffe sagen und über die Frage der Beschreibung dessen, von dem man glaubt, daß es das vorgegebene Problem ist. Ich werde dann einen Abriß der Ziele, der Methoden und der Ergebnisse der Spieltheorie geben. Das ist natürlich sehr schwierig und wird sehr zusammengedrängt sein. Ich werde dann Gelegenheit nehmen, einiges über die Aspekte der Macht zu sagen. Damit wird sich mein Thema erschöpfen. Ich werde nicht wiederholen, was ich gesagt habe. Das zusammenzufassen überlasse ich Ihnen.

Der Titel wurde von den Veranstaltern gewählt. Die Spieltheorie ist nicht im wesentlichen ausgezogen, um das Problem der Macht zu untersuchen. Wenn die Macht irgendwie in Erscheinung tritt, wird sie wahrscheinlich mit analysiert werden. Aber sie ist nicht das Hauptthema dessen, was man sich vorgenommen hat. Immerhin ist es klar, daß man etwas über Macht sagen wird. Aber für jemanden, der aus Wien kommt, wie ich ursprünglich, ist es nicht erstaunlich, daß man bei der Entwicklung der Spieltheorie diesem Punkte Beachtung geschenkt hat. Denn wir haben nicht nur von Böhm-Bawerk gehört, dessen Arbeit hier erwähnt worden ist, sondern auch F. v. Wieser hat im Jahre 1910 schon ein Buch über Recht und Macht geschrieben, und sein letztes

großes Werk hieß "Das Gesetz der Macht", ein Buch, das leider wenig beachtet worden ist. Sie sehen also, daß wir in Wien in einer Atmosphäre aufgewachsen sind, in der Machtprobleme großes Interesse fanden. Außerdem waren wir uns natürlich immer bewußt, daß die Fragen der Macht von den Ökonomen gelegentlich behandelt worden sind. Man braucht nur an die Merkantilisten zu denken, nicht nur an Marx, der hier so ausführlich erwähnt wurde. Fragen der Ausbeutung sind immer Fragen gewesen, die uns beschäftigt haben.

Ich werde Ihnen nun eine Idee von der Spieltheorie geben. Die Spieltheorie ist leider äußerst kompliziert. Es gibt das Wort von Wittgenstein, der gesagt hat: "Alles, was sich sagen läßt, läßt sich einfach sagen." Das ist eine sehr anspruchsvolle Behauptung. Man kann nicht immer sicher sein, daß man Erfolg hat. Andererseits hat mir vor kurzem mein Freund Kurt Gödel, der große Logiker, gesagt: "Wenn du einfach sprichst, dann kann es dir passieren, daß die Leute das für trivial halten; und besonders Philosophen muß man alles, was man sagt, kompliziert vorsetzen, sonst beschäftigen sie sich nicht damit und halten es nicht für tief." Das ist also auch zu beachten. Aber ich nehme an, daß ich hier doch so einfach wie irgend möglich sein darf.

Nun zu den Grundbegriffen. Jede Wissenschaft fängt mit einigen undefinierten Grundbegriffen an. Anders kann man nicht anfangen. Mit der Zeit jedoch muß man versuchen, diese Grundbegriffe schärfer zu fassen. Um etwas genau zu beschreiben, braucht man präzise Begriffe. Aber sie sind gewöhnlich sehr schwer in die Hand zu bekommen.

Denken wir an einen Grundbegriff, den man in der Spieltheorie in einem gewissen Sinne braucht, den Begriff des Nutzens oder des Vorteils oder, wie man auf englisch sagt, des "pay-off", also dessen, was erzielt wird. Man hätte sich bei der Theorie darauf beschränken können, einfach anzunehmen, daß ein Spiel beendet wird, indem gewisse Zahlungen in Geld gemacht werden. Das wäre eine Möglichkeit. Aber es wäre nicht gut, sich diese Beschränkung aufzuerlegen. So haben wir versucht, uns mit dem Begriff des Nutzens zu befassen, von dem der Geldausdruck nur einer der möglichen Ausdrücke ist. Das liegt nahe; denn Nutzen ist schließlich, wenn man ökonomische Phänomene betrachtet, das Grundphänomen der Ökonomie. Aber bedenken Sie bitte: Es hat mehr als 200 Jahre gedauert, von Bernoulli an über alle möglichen Variationen von Interpretationen dessen, was Nutzen und Wert ist, bis man endlich zu einer axiomatischen Formulierung eines Nutzenbegriffes gekommen ist. Das ist dieser Begriff, den von Neumann und ich vorgeschlagen haben. Es war die Idee, daß man den Nutzen numerisch machen muß, daß man einen numerischen Ausdruck für Nutzen haben soll, statt nur Präferenzen miteinander vergleichen zu können, wie es die ganze vorherige Annahme war.

Die erste naive Idee war, daß der Nutzen schon eine Zahl sei. Angefangen hat es damit, der Wert sei eine Zahl. Dann hat man bemerkt, daß das gar nicht so einfach ist. Man hat es dann abgelehnt und hat gesagt: Wir können nur ordnen. Wir können nur sehen: Ein Nutzen ist größer als ein anderer, und der zweite ist größer als der dritte. Der erste ist daher größer als der dritte. Mit anderen Worten: Transitivität. Dann hat man Indifferenzkurven und dergleichen mehr konstruiert. Aber das gibt nicht die Art von Zahl, die man haben will.

Bei der Frage der Messung braucht man wiederum scharfe Begriffe. Die Theorie läuft der Messung voraus. Man muß zuerst eine Theorie aufstellen, dann folgt die Messung. Die Messung ist nicht von sich aus gegeben.

Ich will nicht auf die Axiome eingehen, die hier benützt werden. Es genügt wahrscheinlich, zu sagen, daß man einen erwarteten Nutzen hat, der in mancher Hinsicht auf der ersten grundlegenden Arbeit beruht, die Bernoulli im Jahre 1734 gemacht hat und die nun mit gewissen Modifikationen akzeptiert werden kann. Die Axiomatisierung ist ein später Schritt. Das sieht man aus dem ganzen Ablauf der Entwicklung jeder Theorie. Die Idee ist, zum Schluß zu einer axiomatischen Formulierung aller Theorien zu kommen als derjenigen Methode, die uns heute die moderne Logik als die beste liefert, um theoretische Aussagen richtig und komprehensiv zu formulieren.

Es ist merkwürdig, daß man heute wiederum von Nutzen spricht, wenn man bedenkt, daß in den 30er Jahren und vorher — z. B. in Dresden — Gustav Cassel z. B., der die Diskussion der Theorie speziell in Deutschland dominierte, die Idee hatte, alle Begriffe und Ideen des Wertes auszuschalten und sich nur mit einem Begriff der Knappheit, der nicht klar formuliert werden konnte und worden ist, zu begnügen.

Ich setze also nun einfach voraus, daß wir einen numerischen Nutzen haben, mit Hilfe dessen wir die Auszahlung oder den Gewinn in Spielsituationen ausdrücken können. Wir haben einen festen Begriff.

Es hat sich nun sehr schnell herausgestellt — das ist sehr wichtig für das, was ich gleich über das Problem der Macht sagen werde —, daß die ganze Idee des Nutzens möglicherweise viel komplizierter ist als selbst die axiomatische Formulierung, die wir diesem Begriff gegeben haben. Denn man sieht nun, daß es Situationen gibt, in denen möglicherweise statt einer numerischen Wahrscheinlichkeit eine nicht numerische angenommen werden muß, um den Erwartungswert auszudrücken. Die empirische Wirklichkeit ist vielleicht sogar so, daß die Leute gar nicht immer sagen können, daß sie einen Nutzen einem anderen oder ein Ding einem anderen vorziehen. Möglicherweise muß man sagen, daß Situationen miteinander unvergleichbar sind, nicht, daß sie gleich sind, nicht, daß sie indifferent sind, sondern daß sie unvergleich-

bar sind, d. h. mit anderen Worten, daß statt eines vollständig geordneten Systems man eine unvollständige Ordnung, eine teilweise Ordnung hat, in der das eben der Fall ist. Wenn man darauf beharrt, den Nutzen nicht numerisch zu behandeln, wie es heute in der Theorie im allgemeinen noch der Fall ist und wie es sich in den Indifferenzkurven ausdrückt, und wenn man gleichzeitig der großen und entscheidenden Tatsache Rechnung tragen will, daß alles, was man tut, Erwartung enthält, d. h. daß man es immer mit einem erwarteten Nutzen zu tun hat, kann man diese Verbindung erreichen. Aber man zahlt einen hohen Preis dafür: Die Ordnung, die dann entsteht, ist zwar eine vollständige Ordnung, ihr fehlt aber leider die sogenannte archimedische Eigenschaft, d. h. es ist nicht möglich, durch eine Summierung von kleineren Nutzen jeden größeren Nutzen zu erreichen. Mit anderen Worten, die Nutzenunterschiede sind unendlich. Wenn das der Fall ist, gibt es keine Indifferenzkurven, und damit beißt sich sozusagen die Katze in den Schwanz.

Es sind noch andere Schwierigkeiten aufgetaucht. Es ist ein sehr interessantes, aber nicht unerwartetes Phänomen, daß man, wenn man ein Problem in einem engeren Bereich löst, neue Probleme schafft, die man vorher überhaupt nie gehabt hat und von deren Existenz man nichts wissen konnte, bevor man nicht in einem gewissen Sinne eine feste Theorie hatte.

Wie steht es mit dem Wort "Macht"? Ich bin hier in vielen Vorlesungen gewesen und habe viele Reden über Macht gehört. Aber ich weiß noch immer nicht, was Macht ist. Professor Krelle hat gestern bereits angedeutet, daß es möglicherweise mehrere Arten von Macht gibt. Ich glaube, da hat er sehr recht. Ich würde das unterschreiben. Macht ist für die politische Wissenschaft noch genau so undefiniert, wie es der Begriff des Nutzens für die Ökonomie war. Ich nehme an, wir wissen etwas mehr über Nutzen oder Wert, als wir über Macht wissen. Wir haben natürlich eine Intuition darüber. Aber das genügt nicht, um die Theorie wirklich weiterzutreiben und in ein hohes Stadium zu bringen.

Man ersetzt oft das Wort "Macht", indem man sagt: Eine Gruppe hat einen "Einfluß" auf eine andere Gruppe. Man weiß aber nicht, was Einfluß ist. In diesem Sinne geht das weiter. Man ersetzt einen undefinierten Terminus durch einen anderen.

Was ist Wille? Ist Macht nur physisch? Ist Macht etwas Psychisches? Es gibt vielerlei Arten von Macht. Die Macht, die die Eltern über die Kinder ausüben, ist vielleicht mehr psychischer Natur als die physische Bedrohung, die sie ihnen auferlegen können. War die Maginot-Linie, die die Franzosen hatten, ein Ausdruck von Macht? Das hängt davon ab, wie man einen physischen Gegenstand benutzen will. Das Phänomen der Macht ist also etwas mehr abstrakt, ein Willensphänomen. Ich

will auf alles das nicht eingehen. Ich sage nur, daß für die politische Wissenschaft Macht der grundlegende, aber immer noch unklare und obskure Begriff ist, mit dem sie arbeiten muß. Solange wir da nicht weitergekommen sind, werden wir auch in der Analyse des Machtphänomens keinen großen Fortschritt machen.

Es ist übrigens interessant, daß ein großes Buch über das Problem der Macht hier überhaupt nicht erwähnt worden ist. Kein Mensch hat das große Werk von de Jouvenel über das Problem der Macht erwähnt. Das ist sehr merkwürdig. Ich muß natürlich hinzufügen, daß es, obwohl sehr viel interessantes Historisches darin steht, uns auch nicht sagt, wie man Macht in eine politische Theorie oder eine Theorie der Politikwissenschaft einbauen kann. Aber das nur nebenbei.

Nun gehen wir zu der Frage der Beschreibung über. Was ist eigentlich das Phänomen, das uns vorliegt und das in diesem Falle für die Spieltheorie in Betracht kommt? Einstein hat einmal gesagt, es sei charakteristisch, daß die meisten Wissenschaftler sich einbildeten, sie wüßten, was sie beschreiben sollen und wie sie es messen sollen. Das ist ein sehr wichtiger Satz. Er ist von ganz grundlegender Bedeutung, glaube ich. Ich finde überhaupt, daß man mehr über Methodologie lernt, wenn man anschaut, wie Leute, die wirklich in der Wissenschaft etwas geleistet haben, die eine Wissenschaft entschieden vorwärtsgetrieben haben, es gemacht haben, als wenn man nur die abstrakte Methodologie als philosophisches Problem untersucht.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die bloße Tatsache, daß man gewisse physische Dinge besitzt, nicht ein Ausdruck der Macht allein ist. Etwas anderes gehört noch dazu. Wenn ich einen Moment als Ökonom sprechen darf: Auch die Beschreibung der Ökonomie ist wahrscheinlich unvollständig, wenn wir uns darauf beschränken, zu sagen: Ein Land hat so viel Stahl, so viele Arbeiter und so viel Gold, und was immer es sei. Denn die Entscheidungen, die über diese Dinge getroffen werden, stellen erst dar, welche Prozesse in die Wege geleitet werden, und die Prozesse - eine Verbindung von Physischem und Psychischem oder Ätherischem, wie Sie wollen - machen das Ökonomische und daher auch im Politischen das Politische aus. Die bloße Existenz von Militär besagt gar nichts, sondern nur, was man mit dem Militär unter Umständen machen wird. Sie haben gesehen, was es bedeutet, daß man eine Drohung ausspricht und man nicht weiß, ob die Drohung ernst gemeint ist, was eine Drohung denen, die drohen, und denen, die bedroht werden, kostet. Das sind alles abstrakte Vorgänge. Ob die Leute nun einen gewöhnlichen Revolver oder eine Maschinenpistole in der Hand haben, ist ein weniger wichtiger Aspekt der ganzen Sache.

Nun gehe ich auf die Spieltheorie ein. Ich werde sie lediglich in Worten beschreiben — d. h. ich werde es versuchen —, obwohl die Theorie

natürlich eine mathematische Angelegenheit von hoher Komplikation ist. Man muß unterscheiden zwischen Komplikation und Unklarheit. Sie ist wirklich einfach kompliziert. Die Theorie ist in starker Entwicklung begriffen. Sie geht zurück auf von Neumann, der im Jahre 1928 als ganz junger Mann von 25 Jahren einen grundlegenden Aufsatz in den Mathematischen Annalen publiziert hat, in dem das Haupttheorem, das sogenannte Minimax-Theorem, bereits entwickelt wurde. Die Theorie geht auf ihn zurück und hat wenig Vorläufer. Einer der Vorläufer war ein deutscher Mathematiker, Zermelo, der auch eine Theorie des Schachspiels entwickelt hat. Es gibt auch noch frühere Spuren. Ich schreibe momentan eine Studie über die Vorgeschichte. Sie wird dann publiziert; es gibt bereits eine Zeitschrift über Spieltheorie. Sie sehen daraus die Entwicklung. Eine Bibliographie, die jemand in Wien bis zum Jahre 1970 gemacht hat, zeigt eine Liste von mehr als 6000 Publikationen, zum Teil hochmathematischer, komplizierter Art. Das gibt Ihnen eine Vorstellung, daß es unmöglich ist, hier in ein paar Minuten mehr als eine Skizze der Theorie zu entwickeln.

Auch in Deutschland hat man sich mit der Theorie beschäftigt. Es gibt das hervorragende Buch von Professor Burger, einem Mathematiker in Frankfurt und Köln. Es gibt eine sehr schöne Einführung von Professor Rosenmüller in Karlsruhe und eine Reihe anderer. Auch Professor Krelle hat die Spieltheorie anzuwenden versucht. Ich brauche auf das alles nicht einzugehen.

Die Theorie ist im Anspruch sehr bescheiden. Es ist eine gute wissenschaftliche Tradition, auf die allereinfachsten Fälle loszugehen und zu versuchen, sie zu verstehen, und dann daraus weiteres zu entwickeln. Wir haben uns nie vorgestellt, daß man alle Probleme gleichzeitig behandeln könnte. Davon ist gar keine Rede. Aber man kann sich ihnen allmählich nähern. Es ist so ähnlich - ich will da keinen Anspruch auf einen Vergleich erheben -, wie man sich, als man das mechanische Problem vor sich sah, darauf beschieden hat, zu sagen - Galilei hat das getan -: Ich versuche zu verstehen, was bei dem freien Fall passiert. Damit fängt es an, auf der einen Seite im Theoretischen, auf der anderen Seite im Beschreibenden: Man hätte nie zu Newton kommen können, ohne daß Tycho de Brahe seine phantastischen, genauen und umfassenden Messungen und Beobachtungen gemacht hätte. Newton ist undenkbar ohne Tycho de Brahe, genauso wie er undenkbar ist ohne Galilei. Hier ist man weder bei Galilei noch bei Newton, sondern sicher in einem Vorstadium, aber vielleicht am Weg in diese Richtung. Es ist an den jungen Leuten, diese Sachen zu entwickeln.

Bei den Spielen glaubt man ein Modell für die soziale Wirklichkeit konstruieren zu können. Lassen Sie mich sagen, was man unter einem Modell versteht. Welche Ansprüche stellt man an ein Modell? Ein Modell muß der Wirklichkeit ähnlich sein. Das ist die fundamentale Anforderung. Die Ähnlichkeit ist natürlich zum Teil eine intuitive Angelegenheit, ein Urteil. Aber darüber kann man nicht hinweg.

Das Modell muß genügend einfach sein, d.h. man muß weglassen, was man nicht bewältigen kann und was der Ähnlichkeit keinen zu großen Abbruch tut.

Es muß jedoch genügend kompliziert sein, damit es wissenschaftlich interessant ist, um die intellektuelle Anstrengung zu rechtfertigen.

Es darf nicht zu kompliziert sein, sonst kann man mit ihm nicht fertigwerden. Das hängt von dem Stadium der anderen Wissenschaften, die man benützen muß, insbesondere der Logik und der Mathematik, mit ab.

Wahrscheinlich muß man gleichzeitig mit der Aufstellung des Modells in vieler Hinsicht die entsprechenden mathematischen Methoden mit entwickeln. Man kann im allgemeinen nicht einfach erwarten, daß andere Leute uns schon den Gefallen getan haben, alle mathematischen Hilfsmittel vorzubereiten, die wir dann einfach benützen können. So ist es auch in der Physik gewesen: Die Differentialrechnung ist gleichzeitig mit der Mechanik entstanden. Das ist eine bedeutsame Angelegenheit. Man darf sagen, daß die Sozialwissenschaften - damit meine ich sowohl die Ökonomie als auch die Politikwissenschaften -- keineswegs damit vorwärtskommen werden, daß sie einfach die Mathematik der Naturwissenschaften hernehmen und benützen, was sie aber bisher getan haben. Sie haben sich im allgemeinen auf die Differentialrechnung, die Variationsrechnung und alle möglichen anderen Sachen beschränkt. Es ist aber überhaupt zweifelhaft, ob sie auf das vorgegebene Phänomen passen. Ich komme noch darauf zurück. Das sind die Anforderungen an das Modell.

Es handelt sich bei der Spieltheorie nicht um Zufallsspiele, sondern um sogenannte Gesellschaftsspiele, d. h. Spiele, bei denen es mehrere Teilnehmer gibt, die alle einen gewissen Einfluß auf das Ergebnis haben, von denen aber keiner den ausschließlichen Einfluß hat. Darum ist es, wenn Sie wollen, ein Machtproblem. Wir behaupten, daß diese Spiele das, was in der Wirklichkeit im Ökonomischen und im Politischen geschieht, widerspiegeln oder ein Bild davon geben und daher ein Modell sind. Auf einem Markte hat niemand ausschließliche Kontrolle. Es muß immer ein Partner da sein, bei einem Tausch oder bei einem Kauf oder Verkauf. Der Einfluß kann verschieden groß sein. Das kann man alles präzisieren. Ich möchte bemerken, daß, wenn ich jetzt Worte gebrauche, dies nur Worte sind. Hinter dem steht ein mathematischer Begriff. Und wenn ich einen Satz sage, dann steht dahinter ein mathematisches Theorem. Aber ich schreibe die Formel nicht auf, weil das nichts weiter hinzufügt.

Was sehen wir in der Wirklichkeit? Wir sehen, daß Parteien miteinander kämpfen, daß Unternehmen miteinander kämpfen oder miteinander in Konflikt stehen und daß gelegentlich zusammengearbeitet wird. Daher wird die Spieltheorie eine Theorie des Konfliktes sowie der Zusammenarbeit sein, und sie will untersuchen, in welchen Fällen Zusammenarbeit wichtig ist und wie das, was durch die Zusammenarbeit erzielt wird, in einer stabilen Weise auf alle verteilt wird, die kooperiert haben. Nachdem sie nämlich kooperiert haben, treten die Spieler in einen gewissen Gegensatz zueinander, weil sie ja von dem Gesamtergebnis ihren Anteil haben wollen. Sie wollen den richtigen Anteil finden, und man glaubt, daß man eine Lösung finden muß oder etwas als Lösung charakterisieren muß, wo diese Verteilung irgendwie "gerecht" oder zumindest "stabil" ist. Man kann, was stabil ist, vielleicht als gerecht bezeichnen. Das ist auch vielleicht wieder so eine Angelegenheit hinter der noch tiefere Fragen stehen.

Spiele haben Regeln, und die Regeln sind fest gegeben. Wenn Sie Schach spielen, dürfen Sie nicht plötzlich den Turm diagonal über das Schachbrett bewegen. Dann spielen Sie nicht mehr Schach. Man kann vielleicht ein Spiel erfinden, in dem das möglich ist. Aber das ist jedenfalls nicht das, was wir heute Schach nennen. Die Regeln sind also fest gegeben.

Wir nehmen ferner an, daß jeder Teilnehmer gewinnen will. Er will aus seiner Situation das Maximum herausziehen. Es soll am Ende des Spiels eine Auszahlung erfolgen. Das Spiel muß zu einem Ende kommen, und man muß dann imstande sein, zu entscheiden, in welche Richtung eine Auszahlung geht. Die Auszahlung kann z.B. in Geld, in etwas anderem oder in Nutzen erfolgen. Deswegen habe ich diesen Begriff kurz behandelt.

Wie ist die logisch-mathematische Situation dahinter? Das Fundamentale ist — damit setzt sich die Spieltheorie in einen wesentlichen Gegensatz zu der herrschenden ökonomischen Theorie —, daß man es nicht mit einem gewöhnlichen Maximumproblem zu tun hat. Ein Maximumproblem existiert nur dann, wenn man volle Kontrolle über alle Variablen hat, von denen der Ausgang, was immer es sei, abhängt. Nur dann gibt es ein Maximum. Das ist undiskutierbar. Da gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Das ist einfach eine logisch-mathematische Angelegenheit. Man muß Kontrolle über alle Variablen ausüben können.

Im Gegensatz dazu sehen wir in der Wirklichkeit, wie schon erwähnt, daß wir nicht volle Kontrolle über alle Variablen haben. Wir haben z.B. keine Kontrolle über das Wetter. Das Wetter hat sicherlich einen Einfluß auf die Ernte. Aber das Wetter können wir doch kontrollieren,

nämlich statistisch. Denn wir wissen, daß es im allgemeinen manchmal nasse und manchmal trockene Sommer gibt. Wir können daher durch die Art, wie wir anpflanzen, das Wetter kontrollieren.

Außerdem nehmen wir an, daß die Natur uns nicht böse gesinnt ist, uns nicht mit Entschluß zu schaden versucht. Das kann man übrigens nicht beweisen. Das ist nur eine Annahme. Aber bisher scheint diese Annahme zu funktionieren. Ich habe jedoch gewisse Zweifel. Das ist mit anderen Worten die Frage, ob der Teufel existiert. Wenn Sie Schach spielen, ist es ganz klar, daß Sie über das Verhalten des anderen keine statistische Annahme machen können. Dann würden Sie todsicher verlieren. Mit anderen Worten: Im allgemeinen kann man über die Operationen des anderen Spielers nichts Statistisches aussagen, sondern muß annehmen, daß er mit derselben Zielsetzung wie ich spielt und daher mir entgegengerichtet ist, wenn er mein Gegenspieler ist, oder mit mir zusammenarbeitet, wenn er mit mir kooperiert. Wir müssen daher aufeinander abgestimmt sein. Wir gehen parallel oder irgendwie in einem Einklang vor.

Die Theorie des allgemeinen Gleichgewichts in der Ökonomie ist aber aufgestellt unter der Annahme, daß man es überall mit einem Maximumproblem zu tun hat. Jedes Individuum, jede Firma maximiert. Es ist völlig unklar, wie das sein kann, da es Variablen gibt, von denen das Gesamtergebnis abhängt, ja entschieden mitbestimmt ist, die nicht von mir, nicht von der Firma kontrolliert werden. Ich kann nicht maximieren, wenn ich als großes Unternehmen einkaufe. Ich kann vielleicht maximieren, wenn ich ein ganz kleiner Käufer bin und ein Festpreis existiert. Aber in dem Moment, wo ich anfange, mir ein Auto oder ein Haus zu kaufen, werde ich sehr wohl handeln. Es wird daher von beiden Teilen abhängen, wo der wirkliche Preis festgesetzt wird. Das ist also der Kontrast zur Theorie des allgemeinen Gleichgewichts, für die es keine Macht gibt, keine Ausbeutung, keine Diskriminierung und dergleichen mehr. Es ist übrigens höchst langweilig, daß die Unternehmen nichts anderes tun müssen, als festzustellen, wo die Grenzkosten liegen und wo der Grenzgewinn ist. Das schauen sie nach und vergleichen die beiden, und dort ist ihr Preis. Ich möchte wissen, wo in aller Welt das passiert. Ich habe genug auch mit Unternehmungen zu tun gehabt, um zu wissen, daß das nicht so ist.

Man kann natürlich sagen: Aber da gibt es ja lineares Programmieren. Diese Theorie ist übrigens aus der Spieltheorie herausgekommen. Schon daraus können Sie schließen, daß sie nicht in Widerspruch zu ihr steht. Das lineare Programmieren ist aber — trotz des Dualprinzips mit zwei Personen Spielen von Summe Null — eine ganz andere Sache. Denn es handelt sich zunächst darum, was ich und wieviel ich produzieren soll. Dann erst fange ich an, zu programmieren, wie ich es am besten

mache. Dann habe ich die feste Kontrolle im eigenen Unternehmen Aber darüber hinaus geht das nicht.

In Spielen wie in der Wirklichkeit gibt es manchmal die Möglichkeit, volle Information zu haben. Es kann auch unvollständige Information existieren. Es mag sein, daß Drohungen ausgesprochen werden. Es mag sein, daß man bluffen muß. Es läßt sich übrigens rein mathematisch zeigen, daß man, um wirksam zu bluffen, von Zeit zu Zeit einen Bluff aufdecken lassen muß. Sonst kann der Gegenspieler nicht merken, daß ein Bluff möglicherweise involviert ist. Es läßt sich ferner zeigen, daß das Bluffen nicht eine aggressive, sondern eine defensive Operation ist. Da haben Sie einen Satz, den Sie akzeptieren müssen. Ich kann Ihnen jetzt nicht den Beweis vorführen. Das würde eine halbe Stunde dauern.

Das sind also die Situationen. Man kann sagen, man hat eine Menge von Variablen. Jeder Spieler kontrolliert einige Variablen. Aber nur die Gesamtmenge der Variablen mit den Werten, die den eigenen Variablen seitens der einzelnen Spieler gegeben werden, bestimmt das Ergebnis des gesamten Prozesses. Das scheint eine sehr realistische Interpretation oder ein Modell dessen zu sein, was man in der ökonomischen oder politischen Wirklichkeit vorfindet.

Es schaut so aus, als ob man darüber gar nichts Vernünftiges aussagen könnte. Es ist natürlich klar, daß man das gesehen hat. Jemand, der das bemerkt hat, ist Ragmar Frisch gewesen, der in den 20er Jahren einen berühmten Aufsatz über Monopole und Polypole geschrieben hat. Dort findet sich die Idee: Man muß "conjectural" Annahmen machen, Vermutungsstrategien einführen usw., d. h. Vermutungen, wie die anderen gehen, und die anderen machen Gegenvermutungen. Aber er ist nicht zu einer Lösung gekommen. Die Kurven, die in den Büchern über Oligopole usw. gezeichnet werden, sind in keiner Weise befriedigend und können dem Problem nicht gerecht werden.

Man hat also das Problem: Gibt es ein Theorem, das ein optimales Verhalten in diesen Situationen, in denen man es nicht mit einem Maximumproblem zu tun hat, beschreibt? Das erforderte Theorem ist das sogenannte Minimax-Theorem von von Neumann. Man versucht, Information darüber zu schaffen, was für jedes Verhalten, das man wählen kann, einem an Schlechtem passieren kann. Dann minimisiert man das Schlechteste, das einem passieren kann, unter der Annahme, daß der andere immer das gegenteilige Ziel anstrebt.

Darüber ist ein Theorem entstanden, das, wie gesagt, keineswegs auf Differentialrechnung und Variationsrechnung und andere dieser Kalküle zurückgeht, sondern das ein Novum in der Mathematik darstellt. Von Neumanns Theorem von 1928 — das kann man ohne weiteres sagen — ist eines der wirklich fundamentalen neuen mathematischen

Theoreme, die in diesem Jahrhundert aufgestellt worden sind. Er ist, wie Sie wohl wissen, einer der großen Mathematiker unseres Zeitalters gewesen, und es ist ein ewiger Jammer, daß er in verhältnismäßig jungen Jahren bereits im Jahre 1957 gestorben ist. Er könnte heute hier stehen, da wir desselben Alters waren.

Aus diesem Theorem folgt, daß man Verhaltensweisen formulieren kann, die garantieren, daß man das Beste aus jeder Situation herausziehen kann, gleichgültig, was der Gegner tut und ohne Vermutungen über den anderen anzustellen. Das ist das fundamentale Theorem.

Es gibt zwei verschiedene Arten. Es gibt sogenannte reine Strategien, die man wählen kann, wenn das Spiel vollständig determiniert ist, und es gibt die sogenannten gemischten Strategien, d. h. man wählt seine Strategie nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit, um zu verhüten, daß entdeckt werden kann, was man selbst tun wird; denn wenn dies entdeckt würde, würde es zum Vorteil des anderen führen. Sie sehen daraus wiederum die Tatsache, daß man nicht alleine in der Kontrolle der Variablen ist, von denen alles abhängt.

Man sieht daraus auch, daß es eine Frage der Information ist, des Verhütens des Fließens von Information von einem auf den anderen und dergleichen mehr. Das ist, wie gesagt, eine Situation, die auch in der Mathematik neu war. Ich will darauf aber nicht weiter eingehen.

Man unterscheidet, wenn ich weiter klassifizieren soll, Spiele, je nachdem, ob sie eine Summe Null haben oder eine Summe, die ungleich Null ist. Summe Null heißt, daß, was ich verliere, der andere gewinnt. Die Summe der beiden Beträge ist Null. Die Summe kann ungleich Null sein, wenn wir beide gewinnen, z.B. wenn wir zusammen gegen die Natur spielen. Sagen wir, Kapital und Arbeit zusammen pflanzen auf einem Boden an. Die Natur wird ausgebeutet. Dann ist die Summe nicht Null.

Es gibt Spiele von 1, 2, 3, 4 und n Personen. Eine-Person-Spiele haben kein Interesse. Da geschieht nichts. Zwei-Personen-Spiele sind, wenn sie die Summe Null haben, soziale Spiele. Wenn die Summe nicht Null ist, ist es z. B. ein Tausch zwischen zwei Leuten, von denen jeder gewinnt, außer in dem Falle, daß ein äußerer Druck da ist; es ist ja verboten, daß ich einen Revolver ziehe, auf den anderen ziele und sage: "Du mußt mir das für den halben Preis hergeben." Es wird vielmehr gehandelt. Niemand gibt sein Geld aus, wenn er nicht die Ware höher schätzte als das Geld, das er hergibt, und der andere würde die Ware nicht hergeben, wenn er nicht das Geld höher schätzte, das er in dem gegebenen konkreten Umstand bekommt. Darauf will ich nicht weiter eingehen. Die Zeit ist viel zu knapp, und ich habe ohnedies gesagt: Die Theorie ist lang und kompliziert.

Gehen wir kurz auf das n-Personen-Spiel ein, weil da neue Phänomene auftauchen, die von grundlegender Bedeutung sind und vielleicht ein gewisses Licht auf das Problem der Macht werfen. In der Politik und vielleicht auch in der Anwendung auf die Ökonomie hat man im allgemeinen die Idee, daß man, wenn man symmetrische Situationen schafft, eine Garantie für Gerechtigkeit hat. Jedermann ist in der gleichen Lage. Was kann man besseres wünschen? Aber es ist nicht so einfach.

Nehmen Sie an, Sie haben ein Drei-Personen-Spiel mit den Spielern 1, 2 und 3. Das Spiel wird entschieden, wenn zwei sich gegen den dritten kombinieren. Nun ist ganz klar, daß 1 mit 2, 1 mit 3 oder 2 mit 3 kombinieren können. Einer ist immer ausgeschaltet. Es ist ein Spiel von Summe Null. Nehmen wir den allereinfachsten Fall an. Tatsache ist, daß, obwohl es absolut symmetrisch ist, dieses Majoritätsspiel dazu führt, daß einer ausgequetscht wird. Darin liegt die Macht derer, die kooperieren, gegenüber dem, den sie ausschalten. Aber jeder ist in genau derselben Situation. Das können Sie für größere Zahlen verallgemeinern. Sie kommen zu demselben Ergebnis, natürlich komplizierterer Art.

Man sieht daraus, daß die Idee des laisser faire — es ist ein komplettes laisser faire, alle sind gleich — absolut nicht "fair" ist. — Das war ein Wortspiel, das ich gar nicht beabsichtigt hatte.

(Heiterkeit)

Aber ich meine genau, was ich gesagt habe. Es ist nicht fair im englischen Sinne, es ist ungerecht. Eine Ungerechtigkeit liegt in etwas, von dem man glaubt, daß man es in absolut gerechter Weise konstruiert hat, nämlich in der Operation. Die Operation ist notwendig, um überhaupt einen Prozeß in Gang zu setzen. Das ist von großem Interesse. Das bedeutet, daß die Asymmetrie des Verhaltens die Symmetrie der Organisation zerstört. Wenn Sie wollen, ist das ein Machtphänomen. Das ist ein Wort, das mich nicht interessiert. Mich interessiert nur die exakte Beschreibung des Phänomens. Das war also ein Majoritätsspiel.

Wenn Kooperation von Vorteil ist, nennen wir das ein "wesentliches" Spiel. Das ist nur ein Wort. Die anderen Spiele, wo Kooperation nichts bringt, wo man sich einfach nicht zusammenschließt, nennen wir unwesentlich. Nun ist es interessant, daß die ökonomische Theorie heute im allgemeinen als ein unwesentliches Spiel aufgezogen ist. Dabei starrt einem die Kooperation ins Gesicht, wenn man sich die Wirtschaft oder die Politik anschaut. Es ist daher nicht zu begreifen, wieso die Theorie des allgemeinen Gleichgewichts eine solche überragende Rolle gewonnen hat. Natürlich — aber vielleicht sollte ich es nicht sagen —, sie ist halt einfach¹. (Heiterkeit)

¹ Zu diesem und verwandten Problemen siehe meinen Aufsatz: Thirteen Critical Points in Contemporary Economic Theory, Journal of Econ. Literature, Dez. 1972, Bd. X, S. 1163 - 1189.

Man kann sie sehr schön mathematisch entwickeln. Die mathematischen Untersuchungen in letzter Zeit, die in der Richtung von Debreu und all diesen Leuten gehen, die gestern von Professor Krelle erwähnt wurden, sind sehr kompliziert, aber sie sind logisch einfach. Sie behandeln eben ein gewöhnliches Maximumproblem unter komplizierten Bedingungen. Aber keine Art von noch so vielen Seitenbedingungen für die Maximierung kommt der Tatsache gleich, daß, wenn man das Problem richtig aufzäumt, man es eben nicht mit einem Maximumproblem zu tun hat. Dafür war auch keine Mathematik da. Das ist der fundamentale Unterschied.

Nun schauen wir uns einmal vier Personen an. Ich will das nur skizzieren. Da kann man klarerweise eine Reihe von Koalitionen bilden: 1, 2, 3 gegen 4; 2, 3, 4 gegen 1 usw. Nun nehmen Sie an, Sie haben einen Spieler, der privilegiert ist. Nehmen wir an, der Spieler 1 gewinnt, wenn er sich nur mit einem verbündet, gegen die übrigen zwei. Dann gewinnen 1, 2; 1, 3; 1, 4. Aber 2, 3, 4 können den ersten schlagen. Sie sehen, daß das eine andere Konstellation ist.

Nun stellt sich heraus: Wenn in gewissen Spielen der privilegierte Spieler auf seinem Privileg beharrt, kann es passieren, daß er nie zum Zuge kommt. Er kann zwar die Regeln nicht brechen, aber er kann etwas anderes tun: Er kann eine Kompensation anbieten dafür, daß er doch berücksichtigt wird in einer Kombination, von der er sonst ausgeschaltet würde.

Ein weiterer Punkt ist, daß es eine Diskrimination gibt. Gehen wir z. B. wieder auf das Drei-Personen-Spiel zurück. Es ist denkbar, daß zwei Spieler niemals mit dem Dritten spielen werden, z. B. weil sie Vorurteile haben. Nehmen wir an, der dritte Spieler gehört einer anderen Nation oder Religion an, hat eine andere Körperfarbe oder irgend so etwas. So schließen sie ihn aus. Bedeutet dies dasselbe, wie wenn er ein gleichwertiger Partner wäre, aber verlieren würde, wenn er nicht der gewinnenden Kombination angehört? Man kann zeigen, daß das nicht der Fall ist. Dem diskriminierten Spieler wird lediglich ein gewisser Betrag des Gewinns zugewiesen. Er wird teilweise ausgebeutet, aber nicht völlig. Es ist unbequem und nachteilig, auf der diskriminierten Seite zu stehen. Aber es ist nicht so nachteilig, als wenn man gleich wäre, aber verlöre.

Das sind interessante Phänomene, die man rein mathematisch erhält, und es ist nicht schwierig, empirische Beispiele zu finden. Obwohl das ein ganz einfaches Beispiel ist, enthält es schon viel Fundamentales. Von dort aus kann man zu viel komplizierteren Situationen weiterschreiten. Das Phänomen der Diskrimination existiert sicherlich. Aber so, wie wir es direkt vor uns sehen, ist es zu kompliziert, als daß wir es direkt und unmittelbar angehen könnten. Hier sehen Sie also die

Anwendung dessen, was ich vorhin sagte: Ein Modell muß am Anfang sehr bescheiden sein, und man darf nicht zuviel auf einmal verlangen.

Wenn Sie wollen, liegt Macht in Regeln. Ich habe gesagt: Die Regeln können nicht durchbrochen werden. Nun kann es natürlich sein, daß sich ein gewisses Spiel, ich möchte fast sagen: Vorspiel ergibt, in dem darüber gespielt wird, in was für ein Spiel man überhaupt eintreten soll. Das ist aber auch ein Spiel. Sie sehen, daß das zu komplizierten, interessanten Ideen weiterführt.

Wie teilt man auf, was erzielt worden ist? Wenn eine Kooperation zustande gekommen ist, dann gibt es eine Auszahlung. Jetzt soll diese Auszahlung verteilt werden unter denen, die kooperiert haben. Wie ich schon erwähnte, sind sie jetzt zum Teil im Konflikt miteinander. Man sieht also: Zum Beispiel ein Drei-Personen-Spiel bricht in ein Spiel zusammen, das zwei gegen einen in Opposition bringt und dann wieder die beiden gegeneinander in Opposition bringt. Man soll natürlich eine Auszahlung finden, die man wirklich als Lösung bezeichnen könnte, von der man sagt, daß sie stabil und gerecht ist, daß sie sich durchsetzen kann.

Hier kommen eine Menge neuer Begriffe zum Vorschein. Es würde zu weit führen, darauf einzugehen. Man kann zeigen, daß diese Lösung dadurch charakterisiert ist, daß alternative Zahlungen existieren müssen, die eine sehr schwache Ordnung haben. Die Menge dieser Zahlungen ist, technisch gesprochen, nicht einmal teilweise geordnet. Sie ist dadurch charakterisiert, daß keine der alternativen Auszahlungen für jeden der Gewinnenden besser ist als eine andere. Sie sind streng alternativ zueinander. Das ist ein ganz anderer Begriff davon, was als Lösung herauskommt, als wenn es darum geht, nur einen einzigen Wert zu finden, der besser ist als alle anderen. Sie sehen daher, daß z.B. auch die Frage, was das Pareto-Optimum ist, von dem so viel gesprochen wird, viel zu trivial ist gegenüber der Realität. Bei Pareto gibt es nur ein Optimum. Das ist ein Wert, und das ist einfach so. Das kommt aber nur aus der alten Idee, die ich eben kritisiert habe, daß alles nur ein Maximumproblem ist. Jeder sitzt für sich und löst sein Maximumproblem. So ist die Welt aber nicht. Hier sieht man, daß es völlig anders ist. In diesem gegenseitigen Nicht-Dominieren von alternativen Auszahlungen liegt die Abwesenheit von Macht. Darin liegt auch eine gewisse Zirkularität. Das ist es, was für die Lösung der Spiele eine Rolle spielt.

Ich habe das Tabu erwähnt, und ich habe gezeigt, daß das Tabu, d. h. die Abneigung, sich mit jemand in Verbindung zu setzen, eine gewisse Art Lösung bringt. Es gibt auch eine Diskriminierung, die nicht in Vorurteilen besteht, sondern die in der objektiven Situation liegt. Sie ist

durch die sogenannte charakteristische Funktion gewisser n-Personen-Spiele beschrieben.

Es gibt andere Ergebnisse, die von Interesse sind und die ich hier nur erwähnen kann. Wenn es z. B. zwei n-Personen-Gruppen gibt und eine Gruppe Zahlungen an die andere in das Spiel hinein leistet, und wenn man eine n-Personen-Gruppe als eine Gesellschaftsordnung ansieht, kann man die Gesellschaftsordnung dadurch zerstören, daß man Zahlungen an sie leistet, die zu groß sind, d. h. zu groß in dem Sinne, daß sich keine Koalitionen bilden können, die imstande wären, diese Zahlungen auszuschöpfen. Alles das läßt sich mathematisch angeben. Man kann genau feststellen, was "zu groß" bedeutet usw. Sie müssen mir glauben, daß das möglich ist. Das bedeutet, daß man eine ganze Gesellschaft zerstören kann, indem man ihr z. B. zuviel Auslandshilfe gibt. Die ganze soziale Ordnung bricht zusammen, die bisher vielleicht mit bescheidenen Zuschüssen funktioniert hat. Sicherlich gibt es historische Beispiel dafür.

Die Theorie beschäftigt sich eingehend mit dem Problem des Bargaining oder des Feilschens. Bargaining heißt aushandeln, z.B. den Lohn zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Man geht da auf Ideen zurück, die schon bei Menger und Wieser und insbesondere bei Edgeworth vorhanden sind. Aber die Theorie ist viel, viel tiefer entwickelt worden. Die Zeit drängt jedoch, und es hat keinen Wert, darauf im Detail einzugehen. Wenn ich einige Namen nennen darf: Es sind Arbeiten von Cross, Harsanyi, de Menil, Shubik usw. In dieser großen Liste von Publikationen gibt es bereits sehr viel Wertvolles darüber.

Besonders interessant ist eine gewisse Interpretation, die man schon in den Beispielen von Menger finden kann. Nehmen Sie an, Sie haben einen Markt von einem Verkäufer und zwei Käufern, und es ist nur eine Einheit da: ein Pferd. Man macht sich in der Literatur immer lustig über die österreichischen Pferde. Aber das ist ganz ungerechtfertigt. Die Engländer wollten immer alles teilbar haben, und die Pferde sind, solange sie leben, nicht teilbar. Das ist besser, um die wirklichen Probleme herauszubringen.

Es ist also nur ein Pferd da, aber zwei Leute wollen es kaufen. Ein Käufer ist stärker, hat mehr "Macht" als der andere: Er kann einen höheren Preis bieten. Es ist ganz klar, daß der stärkere Käufer das Pferd bekommen wird. An diesem Phänomen ist aber etwas interessant. Damit komme ich auf das zurück, was ich am Anfang gesagt habe in bezug auf die nicht-materialistischen Phänomene, die mehr psychischen oder ätherischen Elemente in der Situation. Es ist klar, daß der Preis, was immer er sei, höher sein muß als der höchste Preis, den der zweite bieten könnte. Wenn der zweite höchstens 5 und der erste bis 10 bieten

kann, so muß der Preis über 5 sein. Sonst würde ein Pferd an zwei Leute gehen. Sie wollen es aber jeder separat haben.

Was bedeutet das? Es bedeutet, daß jemand, der am Markt ist und nichts erzielt, einen Einfluß auf den Preis hat. Dabei ist die Theorie stehengeblieben. Was macht die Spieltheorie in dieser Situation? Sie sagt, daß der Käufer zu dem zweiten Käufer sagen kann: "Schau, du kriegst das Pferd unter keinen Umständen, du bist ja viel zu schwach, ich habe mehr Geld; du bist aber dadurch, daß du hier bist, eine Last für mich, du treibst den Preis hinauf. Geh weg! Ich zahle dir etwas, damit du weggehst. Dann habe ich den größeren Spielraum." — Es kann jetzt auch der Verkäufer sagen: "Bleibe, ich zahle dir etwas." — Sie haben also eine Drei-Personen-Situation. Der Preis hat einen ganz anderen Spielraum, als er ohne die Kooperation hätte. Die Situation ist viel komplizierter zu behandeln. Sie haben die Frage von Seitenzahlungen und dergleichen darin, mit anderen Worten: eine genaue Spielsituation.

Nun ein Wort über die Frage: Was ist der Wert? Man kann den Wert eines Spiels für jeden Teilnehmer beschreiben. Bei einem Zwei-Personen-Spiel ist das ganz klar. Es ist der Wert des Sattelpunktes des Zwei-Personen-Spiels.

Wie man den Wert für einen Spieler bestimmen kann, der an einer großen Anzahl von Spielen teilnimmt, haben Shapley und Shubik untersucht. Sie haben es auf die Frage angewendet, die auch praktisch, ökonomisch und politisch interessant ist: Was ist die Macht im Parlament? Man hat untersucht, was die Macht eines Mitglieds des amerikanischen Kongresses - eines Mitglieds des Senats gegenüber einem Mitglied des House of Representatives — und des Präsidenten ist. Alle drei sind in der Gesetzgebung involviert, und bei allen müssen gewisse Abstimmungsmajoritäten da sein. Der Präsident hat ein Veto gegen das Gesetz, wenn es ihm nicht paßt. Das Veto kann aber durch eine qualifizierte Majorität des Kongresses überwunden werden. Es ist untersucht worden, was die politische Macht oder der politische Wert jedes der einzelnen Teilnehmer ist. Ich kann Sie auf diese sehr schöne Arbeit von Shapley und Shubik über diesen Punkt hinweisen, die sehr bekannt geworden ist2. Man kann genaue Zahlen feststellen, die den Wert jedes einzelnen Mitglieds des Repräsentantenhauses usw. ausdrücken. Das ist sehr interessant. Das könnte man auch für andere Parlamente und andere Situationen machen.

² L. S. Shapley u. M. Shubik: A method for evaluating the Distribution of Power in a Committee System, Am. Polit. Science Rev. vol. 48 (1954) 787 - 792, sowie William H. Riker: Some Ambiguities in the Notion of Power, dieselbe Zeitschrift, 1964, S. 341 - 349 und die dort angeführte Literatur.

Dann kommt gleich etwas heraus, was eigentlich nur im Geheimen gesagt werden sollte: Wieviel soll man einem zahlen, damit er in unserem Sinne stimmt?

(Heiterkeit)

Wenn die Parlamentarier bestechlich sind, so muß man ihnen zwar genug zahlen, aber braucht ihnen nicht zuviel zu zahlen. Hier kann man feststellen, was die richtige Zahl ist. — Sie lachen, weil das für die Politik natürlich unanständig ist. Aber es geschieht täglich im Geschäftsleben, und zwar geschieht es auf völlig legale Art. Denn man kauft ja die nötige Anzahl von Stimmen, indem man so und so viele Aktien kauft. Man kann genau zeigen, wie viele Aktien man haben muß, um einen Einfluß bestimmter Art zu haben. Das läßt sich alles spieltheoretisch beweisen und analysieren.

Wenn Sie wollen, sind das Machtprobleme, Machtphänomene. Aber wie gesagt, ich habe das Wort "Macht" nicht gerne, weil es so allgemein und vage ist. Es ist viel besser, man beschreibt ein Phänomen und überläßt es den anderen, ein Namensschild daran zu hängen. Das ist also die Frage der Macht in Parlamenten und dergleichen mehr. Die Untersuchung befindet sich hier in einem hohen Stadium.

Eines der Ergebnisse der Theorie ist auch, daß die Demokratie nur funktionieren wird, wenn es eine gewisse Mindestanzahl von Leuten gibt. Man kann das auch beweisen. Das ist eine ziemlich esoterische Sache. Aber sie zeigt sich bereits in ziemlich kleinen Fällen. Das hängt damit zusammen, daß es sich hier um Spiele von Majoritäten handelt, und daß es bei Majoritätsbildungen immer nur auf die minimal gewinnenden Koalitionen ankommt. Jemand, der seine Stimme zu einer Koalition hinzufügt, die schon minimal gewinnt, tut offenbar nichts, was von Bedeutung ist, obwohl er mit der Majorität geht. Andererseits muß man wissen, wie viele solche Stimmen man haben muß.

Es gibt weiter die Unterscheidung zwischen neutralen Spielen und Machtspielen. Ich will das kurz skizzieren. Bei Schach spielt es keine Rolle, ob ich ein reicher Mann bin und der Gegner ein armer Mann ist. Wir haben genau die gleichen Strategien. Aber in der Wirklichkeit spielt es eine Rolle, ob der eine mehr Strategien hat als der andere. Die Zahl der Strategien ist sicherlich eine Funktion von Reichtum, Besitz, vielleicht auch Intelligenz; diese wollen wir aber ausschalten, weil wir annehmen, daß die beiden Spieler vollständig informiert sind und die Theorie und alles völlig beherrschen. In diesem Sinne würde die Zahl der Strategien nur ein Ausdruck des Reichtums sein.

Man hat nun die Frage untersucht: Was geschieht, wenn ein Spiel häufig wiederholt wird? Dann kann man das Gesamte als Superspiel betrachten, als ein Spiel, das aus vielen Partien besteht. Das geht, wenn es sich um ein neutrales Spiel handelt.

Die Sache ist viel komplizierter, wenn es ein "Power-game" ist, wo die Ungleichheit der Strategien sich dadurch ausdrückt, daß der eine mehr Kolonnen in seiner Matrix hat als der andere Zeilen. Wenn eine Partie vorbei ist, verschieben sich diese Anteile, weil Ressourcen von einem auf den anderen übergehen. Dieses Super-game ist viel komplizierter. Das ist eine Art, mit einem anderen Aspekt von Macht allmählich zu Rande zu kommen. Untersuchungen darüber sind im Augenblick im Gange. Ich möchte darauf nur hinweisen³.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch einmal ganz klarmachen, daß die Theorie sehr bescheidene Ziele hat. Sie ist im gegenwärtigen Zustand weiß Gott keine Antwort auf alle Fragen der Ökonomie oder der Politikwissenschaft usw. Sie hat aber dort, wo man dazu imstande war, scharfe Begriffe zu formulieren, eine exakte Methode in die Wissenschaft eingeführt. Sie hat dazu geführt, daß man neue Probleme sieht, wie ich das auch über den Nutzen sagte, von deren Existenz man nichts wußte und die man nicht formulieren konnte. So ist es erklärlich, daß sich eine exakte Theorie entwickelt, daß man wegkommt von großen Worten und Fragen, daß man jetzt auch die Beschreibung verbessern kann. Wie ich sagte, braucht man, um gut zu beschreiben, scharfe Begriffe. Jetzt hat man einige scharfe Begriffe. Jetzt soll man auf die Realität zurückgehen und schauen, wie man sie beschreiben soll. Zuerst hat man sie mehr intuitiv beschrieben. Das ist immer ungenügend. Natürlich ist es der erste Schritt. Aber man soll nicht dabei stehenbleiben. So ist die Theorie jetzt in einer lebhaften Entwicklung. Ich hoffe, daß sie eventuell wirkliche Beiträge zu dem großen Problem der Definierung der Macht wird leisten können.

(Beifall.)

³ O. Morgenstern: Strategic Allocation and Integral Games, Abstrakt eines Vortrages an der 2. Sowjet-Russ. Konferenz über Spieltheorie, Vilna, Juli 1971, in Working Paper No 4, Department of Econ. New York Univ., 1972.

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Herr Professor Morgenstern, ich glaube, die gespannte Aufmerksamkeit, mit der das Auditorium Ihren Darlegungen gefolgt ist, hat Ihnen gezeigt, wie sehr wir von Ihrem Vortrag profitiert haben. Wir haben Ihnen sehr dafür zu danken, daß Sie höchst komplizierte Zusammenhänge in so anschaulicher Form vorgetragen haben. Ich hoffe in aller Namen zu sprechen, wenn ich sage, daß die Spieltheorie offensichtlich ein fruchtbarer und vor allem realistischer Ansatz und ein einleuchtender Zugang zur Erklärung von Machtphänomenen ist. Wichtig ist wohl für den Gesamtablauf der Tagung, daß Sie auf die Strategien der Machtanwendung so prononciert hingewiesen haben. Für die folgende Diskussion war es reizvoll, daß Sie sich so deutlich von anderen theoretischen Ansätzen abgegrenzt haben. Ich könnte mir vorstellen, daß sich dadurch der eine oder andere Zuhörer herausgefordert fühlt und versucht, seinen theoretischen Ansatz zu verteidigen oder in einem anderen Licht darzustellen. Ich danke Ihnen nochmals für dieses Referat, das wohl ein ganz wesentlicher Punkt unserer Gesamttagung gewesen ist.

Ich darf dann Herrn Watrin bitten, zu uns zu sprechen.

Christian Watrin (Köln):

Auf der einen Seite ist es gewiß ein glückliche Fügung, daß wir heute Herrn Kollegen Morgenstern unter uns haben. Wer von uns möchte nicht eine bescheidene Hypothese finden, oder gar der Schöpfer einer Theorie sein, die sich in der literarischen Produktion ähnlich fruchtbar erweisen würde wie die seine? Auf der anderen Seite bin ich allerdings in einer mißlichen Rolle. Sie werden wahrscheinlich schon das Geheimnis der Kongreßleitung entdeckt haben: Dort, wo jemand ausfällt, taucht immer dieselbe Person auf, wenn sich kein Ersatzmann auftreiben läßt. Nun konnte ich eben, in Vertretung von Gerschenkron, sein Manuskript vorlesen. Aber jetzt bin ich nicht in der glücklichen Lage, die Kritik, die Herr Kollege Beckmann — er hatte zugesagt, die Diskussion zu eröffnen — möglicherweise an Herrn Morgenstern geübt hätte, Ihnen zur Kenntnis geben zu können. Herr Beckmann hat sich entschuldigt. Er konnte aber sein Diskussionsvotum nicht schriftlich einreichen,

da das Referat von Herrn Morgenstern vorher nicht vorgelegen hat. Ich bin daher jetzt in der bedauerlichen Situation, zu einer Theorie etwas bemerken zu sollen, von der — ich beeile mich natürlich das jetzt zu betonen — ich nichts verstehe. Ich kann daher eigentlich nur das Vortragsthema "Spieltheorie als allgemeine Theorie des Machtkonfliktes", das ich zu verantworten habe, verteidigen.

Herr Morgenstern, Sie haben das gemacht, worauf gestern Hans Albert besonders hingewiesen hat. Sie haben die Spieltheorie hier präsentiert als einen konkurrierenden theoretischen Entwurf zum ökonomischen Denken, zur klassisch-neoklassischen Tradition. Wenn alles das, was wir in diesen Tagen im Hinblick auf die Kritik an der Neoklassik zu hören bekommen, stimmt, und wenn der Vorwurf zutrifft, daß die Neoklassik Machtphänomene absichtlich oder unabsichtlich vernachlässigt hat, dann richtet sich natürlich an die Spieltheorie die Frage, ob sie eine der klassisch-neoklassischen Konzeption überlegene Alternative ist? Sie haben uns aber die Beantwortung dieser Frage schwer gemacht, indem Sie gesagt haben: Der Machtbegriff paßt hier nicht. Es kommt zwar bei Ihnen ein "power-game" vor, aber im übrigen haben Sie sehr klar immer wieder Ihre Vorbehalte gegenüber dem Machtbegriff geäußert. Sicherlich ist das Wort "Macht" ambivalent. Man verwendet es in der Alltagssprache. Ich habe mit Aufmerksamkeit verfolgt, daß Sie es gelegentlich auch benutzt haben, und zwar nicht nur in ablehnender Weise, sondern um die Spieltheorie zu erläutern. Aber jetzt stellt sich einfach die Frage: Gilt nicht all das, was an der traditionellen ökonomischen Theorie kritisiert wird, auch im Hinblick auf die Spieltheorie? Geht sie ebenfalls am sogenannten Machtphänomen vorbei? Läßt sie dort ebenfalls eine "Lücke", um auf das Referat Rothschilds anzuspielen?

Wenn ich hier einige Einwände vortragen darf, so lassen Sie mich damit beginnen, daß ich zunächst behaupte, daß die "Produktdifferenzierung", die Sie zweifellos zu Recht als einer der Väter der Spieltheorie hier vorgenommen haben, möglicherweise im Hinblick auf die klassisch-neoklassische Theorie etwas zu weit geht. Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ausgeführt, die klassisch-neoklassische Theorie behandle eigentlich nur Maximumprobleme; aber man könne natürlich in der Realität nicht alles maximisieren.

Ich möchte an dieser Stelle für die klassisch-neoklassische Theorie plädieren. Mir scheint Ihre Kritik nicht in allen Punkten ganz zutreffend zu sein. Ich möchte nur das einfache Beispiel des Zweipersonentausches erwähnen. Diese Theorie läßt sich ja universell anwenden, z. B. um Beziehungen zwischen Unternehmen aber auch zwischen Staaten darzustellen. Jeder einzelne Tauschpartner versucht, so behauptet die Theorie, seine Position zu maximieren. Aber gleichzeitig gibt es

eine Zone der Unbestimmtheit, von der u. a. Böhm-Bawerk gesagt hat, daß sich hier irgendwo zwischen der oberen und der unteren Tauschgrenze der Preis bildet. So gesehen, kann man der ökonomischen Theorie nicht vorwerfen, sie habe nur Maximierungsprobleme zum Gegenstand. Sie versucht durchaus Interaktionsprobleme zu lösen.

An dieser Stelle könnte nun möglicherweise die Spieltheorie fruchtbar eingesetzt werden, wenn — das wäre jetzt die Frage — sie vielleicht folgende Konzeption übernähme. In den Referaten, die dieser Tagung zugrunde liegen, machen sich eine ganze Reihe von Referenten Gedanken darüber, was man denn eigentlich unter Macht verstehen könne. Der eine Vorschlag zur Definition von Macht ist der, daß man Macht in Verbindung bringt mit der Dominationsbeziehung. Das ist sicherlich ein möglicher Weg. Er wird später im Referat von Frau Dr. Rödding noch behandelt. Der zweite Ansatz, der in einer ganzen Reihe von anderen Arbeiten zu finden ist, definiert Macht als die Menge von Handlungsalternativen, die ein einzelner Entscheidungsträger hat. Hier wird Macht sehr eng mit dem Freiheitsbegriff gekoppelt.

Wenn man nun von der Figur des Optionsfixierers ausgeht, dann kann man eine Skala — natürlich zunächst mehr intuitiv — der Art aufbauen, daß jemand, der nur über die Alternative des Unterwerfens verfügt, machtlos ist. Mit wachsender Zahl der Handlungsalternativen werden die Menschen freier. (Das kann man auch wirtschaftshistorisch exemplifizieren. Marx hat gesagt, daß die Menschen im Vergleich zum Feudalstatus freier werden, wenn sie sich ihren Arbeitsplatz selbst wählen können.) So gesehen, läßt sich "Macht" ganz allgemein als Menge von Entscheidungsalternativen auffassen.

Jetzt stelle ich an Sie, Herr Morgenstern, die Frage: Läßt sich diese Konzeption nicht mit der Spieltheorie verbinden, und zwar mit dem Strategiebegriff der Spieltheorie? Wie gesagt, ich verstehe zuwenig von der Sache. Aber der Strategiebegriff schiene mir ein geeigneter Ansatzpunkt zu sein. Entschuldigen Sie bitte, wenn meine Deutung völlig falsch sein sollte. Eine Möglichkeit der Interpretation von Macht oder der Definition von Macht schiene mir darin zu bestehen, daß man sagt: Die Macht eines Akteurs läßt sich daran ablesen, wie viele Handlungsalternativen, sprich: Strategien oder strategische Alternativen, er zur Verfügung hat. Falls Sie hier zustimmen können, dürfte Ihre allgemeine Abneigung gegen den Machtbegriff, die Sie zum Ausdruck gebracht haben, nicht ganz berechtigt sein. Ich bin mir natürlich darüber im klaren: Wenn man unter Macht die Menge der Entscheidungsalternativen versteht, dann ist das natürlich nur ein definitorischer Vorschlag.

Gestatten Sie bitte noch eine Frage: Wenn man Macht mit Hilfe des Strategiebegriffs definiert, dann wäre zu prüfen, ob die Spieltheorie

mehr über "Macht" aussagt als die herkömmliche ökonomische Theorie. Sie haben nur ein einziges Beispiel gebracht, und zwar daß ein Gemeinwesen durch zuviel Subventionen korrumpiert werden kann. Das mag ein Problem für die sog. Überflußgesellschaft sein, in der wir uns sicherlich nicht befinden. Es geht aber jetzt darum, ob die Erklärungskraft der Spieltheorie weiter reicht als die der herkömmlichen klassischneoklassischen Theorie.

(Beifall.)

Oskar Morgenstern (New York):

Ich bin Herrn Kollegen Watrin sehr dankbar für die Bemerkungen, die er gemacht hat. Ich möchte noch einmal betonen: Die Spieltheorie behauptet nicht, schon alles gelöst zu haben.

Ich stimme damit überein — das habe ich gerade zum Schluß zu sagen versucht —, daß sich die Macht, wenn man das Macht nennen soll, oder mit anderen Worten die größere Aktionsfähigkeit darin ausdrückt, daß z.B. in einem Zweipersonenspiel einer einen größeren Strategieraum hat als der andere. Das hat empirische Gründe aller möglichen Art, z.B. daß er mehr Geld hat und mehr alternative Verwendungen für das Geld finden kann; oder daß er auch gewisse psychische Eigenschaften hat, die es ihm gestatten, sich in einer Weise zu verhalten, die dem anderen abgeht usw. Aber das ist nur die äußere Beschreibung des Ganzen. Es kommt dann darauf an, zu zeigen: Was ist die optimale Art, sich zu verhalten, immer unter der Voraussetzung, daß der andere entgegengesetzt ist? Ich glaube, es liegt kein tiefer Gegensatz zwischen uns vor.

Ich habe Böhm-Bawerk und das Dreipersonenspiel erwähnt, den Tausch des Pferdes, von dem ich gesprochen habe. Es ist kein Zufall, daß von Neumann und ich in unserem Buch im vorletzten Kapitel, wo wir die Elemente der Preistheorie entwickelt haben, Böhm-Bawerk und dieses Beispiel zitiert haben. Wir wollten zeigen, daß hier ein Zusammenhang mit der klassischen, wenn Sie wollen: der herrschenden Theorie existiert.

Meine Einwendung gegen die Theorie ist folgende: Menger, Böhm-Bawerk und andere haben ein Phänomen richtig gesehen. Aber die Gleichgewichtstheorie, die dann zu einem allgemeinen Gleichgewicht übergeht, läßt es nicht zu, daß die Leute kooperieren. Sie verbietet es stillschweigend; das ist nicht ausgesprochen. Daher kommt sie zu dem einfachen Ergebnis, daß ein einziger Preis existiert und daß der Preis immer präziser wird, je größer die Anzahl der Marktteilnehmer auf beiden Seiten wird. Das ist, wie man Englisch sagt, "begging the question": Man schließt etwas stillschweigend aus, was aber in der

Wirklichkeit gegeben ist. Man tut es, um die Theorie möglich zu machen. Das ist als erster Schritt legitim. Aber wenn man behauptet, daß man dort stehenbleiben muß, dann bin ich dagegen.

Im Dezember 1972 erscheint ein Aufsatz von mir im Journal of Economic Literature, mit dem ich das tue, was man auf Englisch so sagt: I'm sticking my neck out, d. h., ich halte meinen Hals hin, damit man ihn abschneiden kann. Der Aufsatz heißt: "13 Critical Points of Contemporary Economic Theory". Die "13" ist eine Unglückszahl; wir werden sehen. Die obige Frage ist einer der Punkte, die ich da als strittig behandle. Am Anfang dieses Aufsatzes habe ich gesagt, daß der große deutsche Mathematiker Hilbert im Jahre 1900 auf dem Pariser Kongreß der Mathematiker eine Rede gehalten hat und darin eine große Liste von ungelösten Problemen der Mathematik aufgestellt hat. Dann haben viele Mathematiker sich damit beschäftigt, und die meisten dieser Probleme sind heute gelöst.

Ich bin kein David Hilbert. Aber ich habe hier 13 Probleme angeführt, von denen ich glaube, daß bei jedem einzelnen irgend etwas nicht in Ordnung ist. Einer der Punkte ist der, über den wir jetzt gerade diskutiert haben. Den soll man lösen. In gewissen Fällen gibt es ein Maximumproblem, aber in den meisten Fällen nicht und besonders nicht in den Fällen, wo es sich wirklich um Entscheidungen vis-à-vis anderen handelt.

Die Ford Motor Gesellschaft hat einmal ein Auto produziert, das Edsel hieß; das war der Vorname von Henry Fords Sohn. Dieses Auto war eine Katastrophe, und Ford hat Hunderte von Millionen Dollar verloren. Die Entscheidung, ob man den Edsel einführen sollte oder nicht, wurde im Hinblick dazu gemacht, was gleichzeitig General Motors, Chrysler und American Motors taten. Wieviele Edsel man dann produzieren soll und wie man das machen soll, ist eine gewöhnliche Sache mit linearem Programmieren. Die Grundentscheidung ist ein Spielproblem, kein Maximumproblem. Da kann man nicht maximisieren, sondern man muß eine Strategie wählen im Hinblick auf die gleichzeitig zu wählenden Strategien der anderen, die natürlich genau wußten, daß die Fordgesellschaft mit etwas neuem herauskommen würde. Leider hat der Herausgeber an meinem früher erwähnten Aufsatz etwas unterdrückt: Ich hatte in einer Fußnote geschrieben: Die Entscheidung, den Edsel einzuführen, hat Mr. McNamara getroffen, einer der Hauptarchitekten des Vietnam-Krieges und jetzt Präsident der Weltbank.

(Heiterkeit und Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank für diese temperamentvolle Replik.

Lothar F. Neumann (Junkersdorf):

Zu Beginn unserer Tagung hatten wir den Eindruck einer Renaissance der Klassik oder Neoklassik, einen Eindruck, der jetzt durch die Ausführungen von Herrn Morgenstern sehr in Frage gestellt ist. Ich neige unter dem Eindruck dieses Vortrags sehr stark dazu, der Neoklassik im Bereich der Entscheidungslogik die sehr viel größere Rolle zuzugestehen. Sie ist dann normative Theorie. Wenn Sie die Einflüsse der Neoklassik etwa auf betriebswirtschaftliche Investitionstheorien sehen, wo alles zu einem Maximumproblem gemacht wird, dann ist das einwandfrei im entscheidungslogischen Bereich anzusiedeln. Die tatsächlichen Investitionsentscheidungen werden nicht so getroffen. Wenn die Investitionstheorie trotzdem von einem Maximumproblem ausgeht, ist das mehr oder weniger eine normative Theorie. Über die politischen Konsequenzen will ich mich dabei nicht auslassen.

Herr Morgenstern, Sie haben gesagt und in etwa gedeckt, daß die Spieltheorie solche Sachverhalte empirisch erfaßt. Es geht hier um das Isomorphieproblem, das in der Spieltheorie, wenigstens vom Ansatz her, sehr viel besser gelöst ist als in der klassischen Nationalökonomie. Aber ich könnte mir auch vorstellen, daß es in der Empirie Spielsituationen gibt — ich weiß gar nicht, ob sie den Namen "Spielsituationen" verdienen —, wo Spieler auftreten, die gar nicht gewinnen wollen. Frage an Sie: Sind diese Phänomene mit der Spieltheorie erklärbar — vielleicht löst man das über den Nutzenbegriff —, oder sind sie nicht erklärbar?

Artur Rommel (Hamburg):

Herr Professor Watrin hat vorhin die Frage gestellt, ob nicht auch in der Spieltheorie eine Lücke bei der Erklärung von Machtphänomenen bestehe. Ich weiß nicht, ob ich eine Lücke entdeckt habe. Aber ich möchte etwas unterstreichen, was meines Erachtens in dem Referat von Herrn Professor Morgenstern zwar angeklungen ist, aber vielleicht nicht ganz klar und deutlich herausgekommen ist. Der Referent erwähnte, daß Macht nicht nur der Besitz physischer Macht sei. Ich glaube, darüber sind wir uns einig. Ich möchte als Beispiel hierfür anführen, daß auch die Information eine Macht ist, besser gesagt: daß der Besitz von Information, die Möglichkeit, Information zu geben oder sie zu verweigern, eine Macht sein kann. Wenn wir nun ein Spiel betrachten, so verfügt - das sagte auch der Referent - jeder Beteiligte oder besser Gegner des Spiels über Information und versucht, die Information seines Gegners oder seines Mitspielers zu erfahren. Gerade hier möchte ich ansetzen. Ist nicht auch die Möglichkeit, über Information zu verfügen oder sie beim andern zu bekommen, eine Frage der Macht?

Ich meine also, daß das Machtphänomen in der Spieltheorie nicht nur im Bereich der Strategien, der Entscheidung, zu suchen ist, sondern auch in der Basis der Spieltheorie, nämlich in der Information. Meine Frage an den Referenten: Wenn wir dies berücksichtigen, muß dann der Ansatz in der Spieltheorie irgendwie geändert werden?

Ich meine, daß Machtphänomene in der Spieltheorie nicht nur im Bereich der Strategien vorkommen, sondern daß die Macht auch darin liegt, daß einer der Spieler über Information verfügt und der andere nicht darüber verfügt oder aber daß einer in der Lage ist, Information zu geben oder sie vorzuenthalten. Die Frage der Information ist meines Erachtens eine Grundlage der Strategien. Jetzt die Frage an Sie: Muß der Ansatz der Spieltheorie geändert werden, wenn man das berücksichtigt?

Christian Watrin (Köln):

Da die Zeit noch nicht abgelaufen ist, ergibt sich die Möglichkeit, noch eine Frage an Herrn Morgenstern zu stellen. Sie lautet: Was ist an der Spieltheorie neu? Geht sie nicht genau so wie das ökonomische Paradigma vor: Es stehen bestimmte Strategien — die Ökonomen würden sagen: bestimmte Handlungsalternativen — zur Verfügung. Im ökonomischen Kalkül traditioneller Prägung sucht jeder zunächst den Punkt auf, zu dem er allenfalls noch bereit wäre zu tauschen. Von da aus bestimmt sich die Menge seiner günstigen Tauschpunkte. In der Spieltheorie ist der Ansatz genauso — Sie haben es eben so formuliert —, denn es wird nach optimalen Verhaltensweisen gesucht. Ich möchte also behaupten: Wenn man zu Vergleichszwecken der Einfachheit halber einmal vom Zweipersonentausch und vom Zweipersonenspiel ausgeht, dann übernimmt im Grunde genommen die Spieltheorie das ökonomische Paradigma.

Arndt Seifert (Bonn):

Ist etwas über die eigenen Spiele bekannt, die jeder mit sich selbst spielt?

Oskar Morgenstern (Princeton):

Eine Patience meinen Sie?

(Heiterkeit.)

Arndt Seifert (Bonn):

Nein. Es gibt z.B. einen eigenen Tausch. Ich tausche z.B. meinen Lohnsatz, den ich haben könnte, wenn ich Freizeit verbringe (Opportunity Cost). Dann tausche ich mit mir selbst. Kann man das in die Spieltheorie integrieren?

Oskar Morgenstern (New York):

Ich glaube, das ist ganz uninteressant. Die Spieltheorie beschäftigt sich nicht damit.

Das Wort "normative Theorie" ist gefallen. Das hängt auch mit der Frage der Information zusammen. Eine Theorie kann man sowohl als deskriptiv als auch als normativ betrachten. Ich will gar nicht darauf eingehen. Ich darf wieder auf einen Aufsatz von mir verweisen, der in den nächsten Wochen in "Kyklos" erscheint. Er heißt "Descriptive, Predictive and Normative Theory". Das Problem ist, daß eine Theorie, die sich mit Verhaltensfragen beschäftigt, wenn sie absolut überzeugend wirkt, normativ wird. Das ist ja auch bei den klassischen Theorien der Fall. Mit anderen Worten: Wenn die Theorie einmal zeigt, was für ein Verhalten unter gewissen Bedingungen optimal ist, und wenn diese Theorie absolut überzeugend ist, dann wird sie für mich normativ. Denn wenn ich mich optimal verhalten will, dann muß ich mich so verhalten, wie die Theorie es mir vorschreibt. Das ist auch einer der Grundgedanken, wie man an die Spieltheorie herankommen kann.

In bezug auf Information liegt folgendes vor. Wie ich gesagt habe, ist die Spieltheorie zunächst unter einfachsten Bedingungen aufgestellt worden. Wenn wir zwei Spieler betrachten, ist die einfachste Voraussetzung, daß jeder über die Auszahlungsmatrize völlig informiert ist. Dann hat es nicht lange gedauert, bis man sich damit beschäftigt hat, zu fragen: Was ist, wenn nur der eine sie kennt und der andere sie nicht kennt, wenn es Fälle gibt, in denen nur stochastische Informationen über die Auszahlungsmatrize existieren und dergleichen mehr? Man hat das ganze Informationsproblem dieser Art in durchgehender Weise analysiert.

Was das Verhalten und die Informationssituation zwischen den Spielern selbst und nicht nur über die Matrize anlangt, so ist auch das behandelt. Das ist einer der wesentlichen Punkte der ganzen Theorie. Ich habe ja gesagt: Wenn man imstande ist, herauszufinden, was für den anderen optimal ist, dann muß man sich darauf einstellen. Es gibt zwei Kategorien von Spielen, sogenannte Spiele mit vollständiger Information und Spiele mit unvollständiger Information. In Spielen mit vollständiger Information kann man reine Strategien benützen, d. h., ich kann meinem Gegner sogar ansagen, was ich tun werde, und er kann seine Situation nicht verbessern. Das ist der einfache Fall. Das tue ich beim Schach. Ich sage ihm genau: Ich mache diesen Zug. Er weiß genau, was ich mache und gemacht habe, und dasselbe gilt für mich betreffs seiner Züge. Aber es gibt Spiele, in denen das nicht der Fall ist. Das sind die komplizierteren Spiele. Das Hauptziel ist dabei, nicht herausfinden zu lassen, was man tun will, zu verhüten, daß

der andere herausfindet, was ich tun will. Das Ziel ist, sich selbst zu schützen, statt den andern aufzudecken. Die Antwort darauf kann man sehr paradox, aber völlig korrekt formulieren: Die beste Art, keine Information an den andern weiterzugeben, ist, keine Information zu haben. Diese Situation schafft man, indem man die Strategien, die einem zur Verfügung stehen, nicht direkt auswertet, sondern einen Wahrscheinlichkeitsapparat zwischen sich und die Strategien derart einschaltet, daß die einzelnen Strategien nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit aufgesucht werden. Auf diese Weise habe ich keine Information, die ich zu meinem Nachteil an den andern abgeben kann. Der andere tut dasselbe. Das Wesentliche des von Neumannschen Fundamentalbeweises ist, daß unter diesen Umständen ein Sattelpunkt der Auszahlungsfunktion existiert. Das ist der Witz der Sache für zwei. Das ist kompliziert.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Sie kennen das Spiel "Kopf und Adler". Wenn zwei spielen und die Münze hinlegen, dann gewinne ich, wenn entweder beide Kopf oder beide Adler haben. Ist es anders, dann gewinnen Sie. Was machen wir nun? Wenn ich meine Münze mit Kopf hinlege, so legen Sie Adler hin, und ich muß zahlen. Tun Sie es zuerst, so lege ich die hin, die paßt, und dann gewinne ich. Es ist ganz klar, daß man nicht so spielt. Intuitiv haben die Leute, die die Spieltheorie in vieler Hinsicht erraten haben — das ist zum Teil die Antwort an Sie, Herr Watrin —, entdeckt, daß die einzig richtige Art, zu spielen, die ist, daß beide gleichzeitig die Münze in die Luft werfen und den Zufall entscheiden lassen, ob Kopf und Adler gleichzeitig oder nicht gleichzeitig auftauchen.

Das schaut aus, als ob es ein Zufallsspiel wäre. Es ist aber kein Zufallsspiel, sondern es ist ein strategisches Spiel, wo man den Wahrscheinlichkeitsmechanismus, dargestellt durch die Münze, die nur zwei Alternativen hat, wirksam werden läßt. Meine strategische Entscheidung ist, daß ich jede Seite mit der Wahrscheinlichkeit von ½ wähle. Das ist die korrekte Art zu spielen.

Ich will Ihnen gleich zeigen, daß die Sache nicht trivial ist, so wie sie ausschaut. Nehmen wir an, auf "Kopf und Kopf" wird eine Prämie gezahlt, die höher ist als die Prämie für "Adler und Adler". Dann ist es falsch, wenn ich derjenige bin, der zu zahlen hat, die Wahrscheinlichkeit ¹/₂ und ¹/₂ zu wählen; denn die eine Kombination hat ja eine Prämie, ich will dem keinen Vorrang geben. Dann muß ich auf Grund der gesamten Theorie ausrechnen, was die richtige Wahrscheinlichkeit ist, mit der ich die Münzen zeige. Dann kann ich die Münzen selber nicht mehr als den Mechanismus und das Vehikel benützen, das die richtigen Wahrscheinlichkeiten repräsentiert. Ich muß irgendeine andere Methode wählen. Ich muß z. B. würfeln, damit ich imstande bin, die rich-

tigen Wahrscheinlichkeiten, die z.B. ¹/₄ und ³/₄ sind, durch Zahlen darzustellen. Sie sehen, das ist alles in der Theorie entwickelt und vollständig durchgeackert. Das Zweipersonenspiel kennt man, das kann ich Ihnen versichern.

Ich wiederhole noch einmal: Wir behaupten gar nicht, alles zu beantworten. Die Theorie ist nicht eine Antwort auf alle Fragen der Welt, sie ist weit entfernt davon. Sie ist ein Versuch, ein kompliziertes soziales Phänomen schrittweise zu analysieren und es in einer Weise zu tun, die den Ansprüchen einer richtigen Mathematisierung und Axiomatisierung genügt.

Es hat sich wieder einmal gezeigt — nicht nur in den Arbeiten von von Neumann, sondern in vielen Arbeiten, die nachher gekommen sind, in Hunderten und Hunderten von Arbeiten -, daß die Mathematik selbst vorwärtsgetrieben wird durch den Kontakt mit einem vorgegebenen empirischen Problem. Das ist wissenschaftsgeschichtlich und wissenschaftsphilosophisch, glaube ich, von wirklicher Bedeutung. Ich glaube, in weiß Gott wie vielen Jahren wird irgend jemand ein Kalkül erfinden — vielleicht sitzt er hier unter diesen Herrschaften —, das den sozialwissenschaftlichen Problemen so angepaßt ist wie die Differential- und Integralrechnung den Problemen der Physik. Momentan bewegt man sich in einem Bereich von kombinatorischen mengentheoretischen Argumenten, die natürlich von absoluter, fundamentaler Gewichtigkeit sind, die aber umständlich, in vieler Hinsicht unerfreulich und schwerfällig sind. Es wird wahrscheinlich einmal einen Trick geben — aber ich weiß nicht, wo er ist, vorläufig ist nichts zu sehen —, der das alles so vereinfachen wird, wie Leibnitz und Newton aus den klassischen Differenzenrechnungen, die sich in den alten Vorgängern der Physik finden, die Differentialrechnung entwickelt haben. Das ist etwas für die Zukunft.

(Beifall.)

Wilfried Bolles (Hamburg):

Herr Watrin hat eine Frage gestellt, und die letzten Aussagen von Professor Morgenstern haben mich noch zu dieser Informationsfrage angeregt. Im Hinblick auf das ökonomische Paradigma, Ihre Kritik an der allgemeinen Gleichgewichtstheorie und daher auch im Hinblick auf die meines Erachtens etwas zu positive Einstellung zur Spieltheorie, habe ich einige Fragen. Auch ich war von der Spieltheorie fasziniert. Ich habe mich mit Bargaining-Problemen beschäftigt, die ja elementar gerade auch das Problem von Konflikt und Macht behandeln, und wurde dann doch ein wenig enttäuscht, nicht weil ich meine, daß die Spieltheoretiker beabsichtigt haben, alles zu lösen. Sie haben ja immer wieder deutlich gesagt, daß das nicht der Fall sei. Aber sie hat

sehr stark — das haben Sie immer wieder betont — auf Entscheidungsund Verhandlungssituationen hingewiesen.

Ich habe eine Frage nach den Prämissen, die in diesem Aktionssystem stecken. Wenn Sie von unvollständiger Information ausgehen - Spieltheoretiker argumentieren dann mit der Bekanntheit der Wahrscheinlichkeitsverteilung über die möglichen Ereignisse —, dann ist es das generelle Problem — obwohl es einige Ansätze dynamischer Art gibt —, daß der statische Charakter der Spieltheorie und die Informationsannahmen, die in dem spieltheoretischen Aktionssystem stecken, sich wesentlich ändern müssen. Ich bin skeptisch, ob das System dann noch so geschlossen bestehenbleiben kann, wenn wir dynamische Verhandlungs- und Entscheidungssituationen annehmen, in denen man davon ausgehen muß, daß eine ständige Umwertung, eine Transformation von Information in Nutzenvorstellungen, durch gegenseitige Beeinflussung, also das Interdependenzproblem, auftritt. Mit diesen stringenten Annahmen gerade bezüglich der Information und bezüglich der dadurch vorgegebenen Lösungswege kann dann die Spieltheorie in der jetzigen Form wohl kaum überzeugende Lösungen anbieten, die weit über das hinausgehen, was in der allgemeinen Gleichgewichtstheorie gemacht wird.

Darf ich vielleicht, um das verständlich zu machen, zu der Frage von Professor Watrin sagen, daß die Spieltheorie sicherlich etwas Neues bringt, und zwar das, was unser Thema ist. Sie weist ganz deutlich auf Konflikte hin. Sie weist deutlich auf die Bedeutung der Strategien des anderen hin. Wir finden in dieser "Konflikttheorie" Informationen über eines der wesentlichen Elemente, über die Strategien des andern. Dieses Kriterium gab es in der klassischen Theorie nicht, weil man da Informationen annahm, die generell alles umfaßten; weil man vollständige Information unterstellte. Den Ansatz hat Herr Professor Morgenstern immer deutlich gemacht, indem er gesagt hat: Die Spieltheorie ist eine Theorie, die auf Verhaltensweisen abstellt. Sie unterstellt aber Verhaltensannahmen, die bei Ablauf in der Zeit und der daraus resultierenden Interdependenz meines Erachtens nicht weniger irreal sind als die Vielzahl der Verhaltensannahmen, die in der Preistheorie gemacht werden.

Nur ein Beispiel: Sie haben auf Cross und Harsanyi hingewiesen. Sie kennen die Arbeiten sicherlich viel besser als ich. Wenn Sie sich die neueren Arbeiten ansehen, auch die, die in der Wharton School gemacht worden sind, gerade die Versuche von Emshoff u. Ackoff mit experimentellen Spielansätzen, so zeigt sich, daß gerade die spieltheoretische Rationalität, bezogen auf das Minimaxprinzip, also die Vorstellung, daß man eine pessimistische Erwartungseinstellung bezüglich des Verhal-

tens des andern haben müsse, sich bei Abläufen in der Zeit nicht nachweisen läßt.

Meine Frage geht dahin: Wenn ich jetzt die Übertragung auf die Realität vornehme, soll die Spieltheorie der Realität ähnlich sein? Sie haben auf die Bedeutung der Spieltheorie als Modellsituation für Verhaltensweisen und Erwartungsveränderungen hingewiesen. Darin liegt eine Problematik. Isomorphie soll es ja wohl nicht sein. Strukturelle Ähnlichkeit kann höchstens bezüglich der Konfliktsituation gegeben sein, aber nicht unbedingt bezüglich der Informationsannahme und der Verhaltenserwartungen. Daher sehe ich bei der Übertragung auf reale dynamische Entscheidungs- und Verhandlungsprozesse keinen großen Fortschritt gegenüber der traditionellen Theorie.

Oskar Morgenstern (New York):

Das sind natürlich interessante Fragen, die hier aufgeworfen wurden. Wir sagen in der Theorie ausdrücklich und spezifisch und wiederholt: Wir haben eine statische Theorie und nicht eine dynamische Theorie. Der Unterschied zwischen statisch und dynamisch hat einen klaren Sinn in der Mechanik, aber nicht unbedingt einen klaren Sinn in den sozialen Vorgängen. Man hat zwei Stufen der Theorie in dem Sinne, daß man sie als extensive Form und — streng äquivalent — als normalisierte Form aufstellt. Ich hatte nur von der normalisierten Form gesprochen, d. h., ich habe eine Strategie, das ist ein großer, fester Plan. Aber ich kann den Plan auch zerlegen, und ich kann analysieren, wie im Wege der Zerlegung gewisse Einflüsse sich geltend machen, Informationen neu kommen und dergleichen mehr. Das gibt den sogenannten game-tree oder den Baum. Alle diese Dinge sind zum Teil in der Literatur behandelt, zum Teil aber auch noch in starker Entwicklung.

Erinnern Sie sich an das, was ich in bezug auf den Nutzen gesagt habe. Am Anfang hat man eine Idee in bezug auf den Nutzen gehabt. Jetzt weiß man, daß es viel komplizierter ist. Es gibt wahrscheinlich große Variationen. Das sind aber Fragen, die erst aufgetaucht sind und formuliert werden konnten, nachdem man den ersten wirklichen Grundbegriff fest in den Händen hatte und eine feste Basis hatte. Genau so kommen diese Fragen erst jetzt zum Vorschein, nachdem man weiß, wovon man redet. Warum hat man diese Fragen nicht vorher aufgeworfen? Die allgemeine ökonomische Theorie existiert ja seit mehr als hundert Jahren. Es war Zeit genug. Es ist niemandem eingefallen, aber jetzt fällt es Ihnen ein. Warum fällt es Ihnen ein? Weil man jetzt genau mit dem Finger darauf zeigen kann. Das ist der Witz der Sache.

Ich habe vergessen, dem einen Herrn zu antworten, der gefragt hat, was mit der Theorie geschieht, wenn die Leute nicht gewinnen wollen.

Das ist vielleicht ein Grenzfall. Natürlich möchte man ein Modell haben, das der Welt ähnlich ist. Das geht zum Teil auch auf die eben besprochenen Referenten zurück. Die Ähnlichkeit nimmt zu, je mehr man ins Detail geht. Je mehr man diese Informationsfragen usw. stellt, um so komplizierter wird die Theorie. Irgendwo muß man aber anfangen, und dann macht man die Sache allmählich ähnlicher und ähnlicher. Ich kann natürlich sagen: Die Theorie ist nicht ähnlich, wenn ich ihr die volle Realität gegenüberhalte. Aber das hat keinen Sinn. Die Realität ist unendlich kompliziert, und es hat gar keinen Sinn, in dieser Weise den Wert einer Theorie zu messen. Das gilt auch für den freien Fall. Der freie Fall ist abhängig von allen möglichen aerodynamischen Vorgängen, die die Theorie im Moment nicht in Rechnung stellt. Im Zusammenhang mit dieser Frage der Ähnlichkeit steht die Frage, ob man z. B. spielen würde, ohne gewinnen zu wollen. Das weiß ich nicht. Die Majorität der Spiele ist nicht dieser Art. Warum soll ich mich um den Grenzfall bemühen, den jemand sich ausdenkt, in dem das Gegenteil der Fall ist? Warum soll die Theorie, wenn sie sich hauptsächlich mit einem Vorwurf beschäftigt, gleichzeitig auch diesen in Betracht ziehen?

Aber man kann trotzdem eine Antwort geben. Es ist z. B. auch behauptet worden, daß es in der klassischen Präferenztheorie eine Tautologie sei, anzunehmen, daß die Leute immer das am meisten vorziehen, was sie am liebsten haben, daß sie das tun werden, was ihnen am liebsten ist. Schlick, der Philosoph in Wien, hat aber gezeigt, daß es möglich ist, sich eine Welt vorzustellen, in der die Leute immer das Gegenteil dessen tun, was ihnen am meisten zusagt. Das beweist, daß das erste keine Tautologie ist, sondern eine empirische Feststellung. In demselben Sinne würde ich sagen: Warum soll ich mich mit der Frage abgeben?

Übrigens, ich kann das, was der Herr gesagt hat, noch übertreffen. Es gibt ein Spiel — es ist gespielt worden, ich glaube, unter den Inkas; ich habe das unter meinen Notizen —, da wird der Gewinnende hingerichtet. Bitte schön!

(Heiterkeit und Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Vormittagsverhandlung. Die Sitzung des Arbeitskreises wird pünktlich um 15 Uhr fortgesetzt.

Ich schließe mit nochmaligem herzlichen Dank an Herrn Professor Morgenstern.

(Mittagspause.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren, heute nachmittag wird zunächst Herr Professor Hoselitz, Chicago, über das Thema "Entwicklungsgesetze der Wirtschaft versus Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung" referieren. Herr Professor Hoselitz, darf ich Sie gleich bitten, zu uns zu sprechen.

Entwicklungsgesetze der Wirtschaft versus Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung

Von Bert F. Hoselitz, Chicago

Im vergangenen Jahrzehnt sind sich die Sozialwissenschaftler zunehmend der Notwendigkeit bewußt geworden, das Problem der Unterentwicklung unter einem breiteren Aspekt als dem nur ökonomischen zu betrachten. Während man in den 50er Jahren wirtschaftliches Wachstum für eine Voraussetzung sozialen Fortschritts hielt, wobei man glaubte, daß das eine dem andern mehr oder weniger automatisch folge, wurde in den 60er Jahren dieser Glaube durch die Feststellung erschüttert, daß sogar in den wenigen Ländern, die ein schnelles wirtschaftliches Wachstum erfahren haben, der Lebensstandard für die Mehrheit der Bevölkerung entweder konstant blieb oder sogar sank.

Die Aufmerksamkeit richtete sich nun auf die "sozialen" Sektoren und auf ihre funktionale Beziehung zu den "ökonomischen" Sektoren und zur Gesellschaft insgesamt: Verbesserungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen z. B. lernte man nicht nur als Folge, sondern auch als Voraussetzung wirtschaftlichen Wachstums zu betrachten. Man begann Institutionen, Werte, soziales Verhalten und andere "soziale" Charakteristika unterentwickelter Länder zu studieren, die sich als Haupthindernis für den Entwicklungsprozeß erwiesen.

Eine solche Feststellung setzt natürlich die allgemeine Annahme voraus, daß wirtschaftliche Entwicklung ein wünschenswertes Ziel sei. Wie wir später noch sehen werden, wurde schon von der klassischen Schule (z. B. Ricardo und Mill) die Frage gestellt, was beim wirtschaftlichen Wachstum letztlich geschieht. Wir werden weiter sehen, daß später auch die Fortentwicklung der Wirtschaft selbst zum Forschungsproblem wurde, besonders bei den Deutschen. Ein entscheidender Punkt in der Entwicklung der deutschen Theorie war vielleicht der Disput zwischen Eugen von Böhm-Bawerk und Rudolf Stolzmann, der die wirtschaftliche Entwicklung in Abhängigkeit von der Sozialordnung sah und nicht etwa isoliert als Folge quantitativer Veränderungen im Verhältnis von Arbeit und Kapital¹.

¹ Die Auseinandersetzung zwischen Böhm-Bawerk und Stolzmann über sozial- oder individualorientierte Wirtschaftstheorie ist enthalten in: Eugen von Böhm-Bawerk, Geschichte und Kritik der Capitalzins-Theorien, 2. Aufl., Innsbruck 1900, S. 647 - 663, Böhm-Bawerks letzter Beitrag zu diesem Thema

In diesem Vortrag soll versucht werden, drei wichtige Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Entwicklung zur Diskussion zu stellen: 1. sollen die klassischen Theorien etwas näher betrachtet werden; 2. wollen wir uns fragen, worum es eigentlich jenen Wissenschaftlern ging, die in ihren fruchtbarsten Jahren die Theorie des Kapitalismus aufstellten. Schließlich soll an der gegenwärtigen, von Simon Kuznets und Colin Clark entwickelten Theorie gezeigt werden, in welchem Maße die moderne ökonomische Theorie von der sozialen Theorie abhängig ist.

I. Die Entwicklungstheorie der klassischen Nationalökonomie

Wollte man die Wachstumstheorie der klassischen Schule in ihrer Entwicklung darstellen, so hätte man mit Richard Cantillon² und seinen noch recht einfachen Gedankengängen zu beginnen, um dann über die Physiokraten, Smith und die französische Schule, hier besonders Say, zum Hauptvertreter der klassischen Nationalökonomie, David Ricardo (und nach ihm J. Stuart Mill) zu kommen.

Es ist in der Tat bezeichnend, daß eine Synthese der klassischen Wachstumsvorstellungen ("classical dynamics") den Anschein erweckt, als handele es sich hier um die Theorie Ricardos. Seine Argumentation beruht auf der Malthusianischen Bevölkerungstheorie sowie dem Gesetz vom abnehmenden Ertrag und läßt sich kurz folgendermaßen darstellen: Im Frühstadium der klassischen Wirtschaft ist die Bevölkerungszahl niedrig im Vergleich zu den natürlichen Ressourcen; folglich sind Gewinne, Akkumulationsraten und Löhne relativ hoch. Die hohe Akkumulationsrate dient zur Steigerung der Produktion, sie hält aber gleichzeitig die Nachfrage nach Arbeitskräften aufrecht. Also sind die Löhne hoch, Dies wiederum führt zu einem Bevölkerungszuwachs. Da angenommen wird, daß der Boden nicht vermehrbar ist, nehmen die Durchschnittserträge beim Einsatz zusätzlicher Arbeitskraft in der Produktion ab. Mit wachsender Bevölkerung werden die Löhne folglich immer mehr von den Enderträgen nach Abzug der Grundrente aufzehren und dadurch den für Gewinne gedachten Betrag reduzieren. Die Investitionsbereitschaft wird nachlassen und die Nachfrage nach Arbeitskräften geringer werden. Die Löhne werden in Richtung Subsistenzniveau gedrängt, und die Gewinne werden wieder eine steigende Tendenz bekommen. Solange die Enderträge nach Abzug der Grundrente größer sind als das gesamte Lohnaufkommen, wird es Gewinne

war "Macht oder ökonomisches Gesetz"?, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 23. Bd. 1914. Siehe auch Stolzmanns beide Hauptwerke, vor allem das erste: Die soziale Kategorie in der Volkswirtschaftslehre, Berlin 1896; aber auch das zweite: Der Zweck in der Volkswirtschaft, Berlin 1909.

² Essai sur la Nature du Commerce en General, Paris 1755.

geben. Gewinne aber bedeuten Kapital-Akkumulation, steigende Löhne und wachsende Bevölkerung: Eine neue Runde im Wachstumsprozeß beginnt. Hat die Zahl der arbeitenden Bevölkerung aber erst einmal den Punkt erreicht, an dem die Summe der Löhne gleich der Summe der Enderträge nach Abzug der Grundrente ist, dann wird es keine Gewinne mehr geben, selbst wenn sich die Löhne auf dem "Subsistenz-Niveau" bewegen. Die Akkumulation wird aufhören, ein stationäres Stadium erreicht sein. Das "jüngste Gericht", der Tag der Abrechnung ist gekommen und selbst eine Steigerung der Produktivität durch Erfindungen und Entdeckungen, so wird abschließend gefolgert, kann ihn nur noch verzögern, nicht mehr verhindern.

Dieses allgemein anerkannte Modell der "Ricardianischen Ökonomie" entspricht zwar weiten Passagen seiner Schriften, die interessantesten Aspekte seiner Wachstumsvorstellungen aber, so scheint mir, liegen nicht im Modell selbst, sondern in der Art, in der er die Ergebnisse seiner allgemeinen Analyse anwendet.

Die wirklich wichtigten langfristigen Probleme Großbritanniens waren laut Ricardo Organisation und Effizienz: Wie ließ sich eine wachsende Volkswirtschaft mit einer wachsenden Bevölkerung reorganisieren, in der die Schlüssel-Sektoren, nämlich verarbeitendes Gewerbe und Landwirtschaft, sich mit ganz unterschiedlichen Wachstumsraten der Produktivität entwickelten? Er stellte eine zeitlose Frage: Welche Rate der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes ist kompatibel mit seinen Ressourcen, seiner Technologie und seinen Institutionen zu einem gegebenen Zeitpunkt seiner Geschichte?Ricardo bemühte sich zu zeigen, daß die britische Volkswirtschaft sich nur dann zufriedenstellend weiterentwickeln konnte, wenn sie effizient organisiert und unter wesentlichen Reformen - an die vorhandenen Möglichkeiten angepaßt würde; sollte sie darin versagen, würde der Niedergang unvermeidlich sein. Die verbreitete Ansicht, daß Ricardo ein Pessimist war, ist entweder irrelevant oder nicht korrekt. Man könnte eher sagen, daß er zu optimistisch war, was die langfristigen Aussichten der englischen Arbeiter betraf, vorausgesetzt, daß bestimmte Bedingungen erfüllt wurden³.

Immer wieder kommt Ricardo auf sein Hauptthema zurück: Wirtschaftliches Wachstum ist von Kapitalbildung abhängig. Diese wiederum hängt in erster Linie von der Produktivität der Arbeit ab. Die Arbeitsproduktivität ist generell größer bei einem Überangebot an fruchtbarem Land. Mit der Zunahme des Kapitals wächst die Nachfrage nach Arbeit; die Löhne steigen und die Gewinne sinken. Aber permanente Lohnsteigerungen hängen von der Entwicklung der Produkt-

³ Siehe Works and Correspondence of David Ricardo, hrsg. v. Piero Sraffa und M. Dobbs, Cambridge 1951, I, S. 98 - 99, 391 - 92.

preise ab und diese wiederum vom absoluten Wachstum im Verhältnis zur Fruchtbarkeit des Bodens⁴.

Ricardo unterstellt, daß in jüngeren Ländern mit einem Überangebot an fruchtbarem Boden der sogenannte Bevölkerungsüberschuß eher das Ergebnis als die Ursache von Rückständigkeit und Armut ist. Wenn nämlich Ignoranz und Indolenz reduziert würden, würde die Produktivität in der Landwirtschaft steigen und, wie Smith gezeigt hat, wirtschaftlicher Fortschritt den Anteil der Erwerbsbevölkerung im Agrarsektor sinken und im gewerblichen Sektor wachsen lassen. Andererseits können Bevölkerungsüberschüsse in älteren Ländern, in denen die Landwirtschaft abnehmende Gewinne verzeichnet, die Ursache von Rückständigkeit und Armut sein. Denn unter solchen Bedingungen kann es zu einem Mangel an produktiven Beschäftigungsmöglichkeiten kommen. Im Falle der jüngeren Länder:

...rührt das Übel von einer schlechten Regierung, von der Unsicherheit des Eigentums und von einem Erziehungsmangel in allen Schichten des Volkes her. Um glücklicher zu werden, brauchen sie nur besser regiert und erzogen zu werden, denn die Vermehrung des Kapitals über die Zunahme der Bevölkerung hinaus würde die unvermeidliche Folge davon sein. Kein Zuwachs der Bevölkerung kann jemals zu groß werden, da die Produktivkräfte noch größer sind⁵.

Im Falle der älteren Länder jedoch:

... nimmt die Bevölkerung schneller zu als die für ihre Existenz erforderlichen Mittel. Jede Anwendung von Fleiß wird, sofern sie nicht mit einer verminderten Zuwachsrate der Bevölkerung Hand in Hand geht, das Übel nur noch vermehren, denn die Produktion kann nicht damit Schritt halten.

Da Großbritannien kein großes Land mit einem Überfluß an fruchtbarem Boden war, nahm Ricardo an, daß immer mehr Land von minderwertiger Qualität in Kultur genommen werden müßte und ceteris paribus der effektive Preis der Agrarprodukte steigen, während der effektive Preis für verarbeitete Güter fallen würde. Bei relativ fruchtbaren Böden würden Grundrente pro Arbeits- und Kapitaleinheit und Geldlöhne steigen. Die Gewinne würden folglich sinken. England wäre also nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen und gleichzeitig Gewinne in einem Ausmaß zu erzielen, um die für wirtschaftliches Wachstum notwendige Kapitalbildung sicherzustellen.

⁴ Siehe Works and Correspondence of David Ricardo, I, spez. Kap. 5 und 6, und IV, S. 10 - 41.

⁵ Works and Correspondence of David Ricardo, I, S. 99, hier zitiert nach der Übersetzung von Heinrich Waentig (Hrsg.). *David Ricardo*, Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung, Jena 1923, S. 87 f. (Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, V), Hervorhebungen vom Verfasser.

⁶ Ebd.

Es könne keine Akkumulation ohne Motiv geben, schrieb Ricardo. Der Bauer und der Industrielle könnten ebensowenig ohne Gewinn leben wie der Arbeiter ohne Lohn. Ihr Motiv zur Akkumulation werde mit jeder Verringerung des Gewinns schwächer, und es müsse gänzlich schwinden, wenn ihre Gewinne so niedrig würden, daß sie keinen Ausgleich mehr für "Mühe" und "Risiko" böten, die die produktive Verwendung des Kapitals mit sich bringt⁷.

Ricardo betonte, daß die Akkumulationseffekte in den einzelnen Ländern unterschiedlich sein können:

Wie groß auch immer ein Land, wo der Boden von geringer Qualität und der Import von Nahrungsmitteln verboten ist, sein mag, so werden doch die bescheidensten Ansammlungen des Kapitals von bedeutenden Rückgängen der Profitrate und einem schnellen Steigen der Rente begleitet werden. Dagegen kann ein kleines aber fruchtbares Land, besonders wenn es die Einfuhr von Nahrungsmitteln frei erlaubt, ein großes Kapital ohne irgendwelche erhebliche Verringerung der Profitrate oder ein bedeutendes Steigen der Grundrente anhäufen⁸.

Das, so glaube ich, waren die grundsätzlichen Thesen in Ricardos Überlegungen zum künftigen Wirtschaftswachstum Großbritanniens; sie liegen im wesentlichen allen seinen theoretischen Ausführungen und politischen Erklärungen zugrunde. Es war äußerst wichtig, die Volkswirtschaft Großbritanniens so zu reorganisieren, daß der Zins pro Arbeits- und Kapitaleinheit nicht steigen und der Gewinn nicht sinken konnte. Das Gesetz der komparativen Kostenvorteile lieferte das Prinzip, um diese Ziele zu erreichen. Es zeigte nämlich, wie eine Volkswirtschaft ihre Ressourcen auf die effektivste Weise in Industrien mit unterschiedlichen Wachstumsraten der Produktivität einsetzen konnte.

Nach dem Grundsatz der komparativen Kosten würde der Übergang zum Freihandel die Preise für landwirtschaftliche Produkte ebenso senken wie Geldlöhne und Grundrenten; Reallöhne und Gewinne würden steigen und zu größeren Investitionen in der fortschrittlichen verarbeitenden Industrie führen. Auch Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Produktion können eintreten. Ein Land wie England könnte somit einen allmählichen, die Zunahme der Bevölkerung überwiegenden Kapitalzuwachs erfahren und sich eines stetig wachsenden Realeinkommens erfreuen. Voraussetzung war für Ricardo allerdings, daß die Einkommensverteilung zwischen Grundbesitzern, Arbeitern und Kapitalisten sich zugunsten des Kapitals entwickelte. Nur dann würden die Ersparnisse aus steigenden Profiten als Investitionskapital in die verarbeitende Industrie fließen.

⁷ Works and Correspondence of David Ricardo, I, S. 122,

⁸ Ebd., I, S. 126, zitiert nach Waentig, a.a.O., S. 117.

Folglich bekämpfte Ricardo Steuern auf Kapital, Löhne, Rohstoffe und Verbrauchsgüter und kritisierte die Armen-Gesetzgebung. Er glaubte, daß alle diese Steuern zu höheren Geldlöhnen und niedrigeren Gewinnen und damit zu einer Einkommensverteilung führen würden, die den Konsum auf Kosten der Kapitalakkumulation begünstigte, die Wachstumsrate senkte und so letztlich die Lebensbedingungen für Arm und Reich verschlechterte.

Da Ricardo andererseits darauf vertraute, daß die Investitionsmöglichkeiten in der englischen verarbeitenden Industrie langfristig unbegrenzt seien, konnte es auch keine Höchstgrenze für die in der Konsumgüterproduktion für den einheimischen Bedarf investierte Kapitalmenge geben, mit der Ausnahme, daß ein Teil des Kapitals in der Fähigkeit des Landes zur Erhaltung der produktionsnotwendigen Arbeitskräfte "gebunden" blieb. Er widersprach sogar Smith, der angesichts der erforderlichen Investitionen auf den Außenhandel zur Erweiterung der Absatzmärkte hingewiesen hatte¹⁰. Unter der Voraussetzung, daß nicht gehortet würde, schrieb er:

... daß der Nachfrage keine Schranken gesetzt sind, keine Schranken der Kapitalverwendung, solange dieses noch einen Profit abwirft, und daß es, wie reichlich auch das Kapital werden mag, keinen angemessenen Grund für ein Sinken des Profits gibt, als ein Steigen des Lohnes...¹¹.

Offensichtlich glaubte er, daß kontinuierlicher technischer Fortschritt ein langfristiges Absinken der Kapitalproduktivität als Folge eines steigenden Kapitalangebots verhindern würde. Nichtsdestoweniger wuchs seine Befürchtung, daß die arbeitsparenden Effekte von Kapitalinvestitionen zu kurzfristiger Arbeitslosigkeit führen würden. Da Ricardo jedoch eine langfristige Arbeitslosigkeit aus technologischen Gründen für unwahrscheinlich hielt, interpretiere ich ihn so, daß auf lange Sicht der zunehmende Bedarf an Kapital den Bedarf an Arbeitskräften (und zwar zur Kapitalbildung wie zur Kapitalnutzung) so erhöhen würde, daß die kombinierte Wirkung dieser Kräfte der Tendenz langfristiger technologisch bedingter Arbeitslosigkeit entgegenwirken würde¹².

Ricardo gehörte zu den wenigen, die erkannt hatten, daß sich die Probleme, mit denen eine Nation konfrontiert ist, ständig ändern. Er wußte, daß grundlegende Reformen und Neuorientierungen nötig waren, wenn die britische Volkswirtschaft ihr Potential nutzen wollte, Reformen in Richtung Freihandel, Mobilität der Ressourcen, Wettbewerbsfreiheit und Geldstabilität. Er sah nicht nur, daß die Grundvor-

Works and Correspondence of David Ricardo, I, S. 106 - 109 und 150 - 55.

¹⁰ Ebd., I, S. 294 - 95.

¹¹ Ebd., I, S. 296, zitiert nach Waentig, a.a.O., S. 301.

¹² Works and Correspondence of David Ricardo, I, S. 386 - 97.

aussetzung für wirtschaftliches Wachstum ein hohes Maß an Kapitalbildung war, er mahnte auch, daß wenn die Gewinne hieraus ständig für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen verwendet würden, man deren quantitative Entwicklung unter strenger Kontrolle halten müsse. Immer wieder wies er darauf hin, daß die Arbeiterklasse oder die sie betreffende Gesetzgebung große Anstrengungen machen müsse, wenn diese Kontrolle erreicht werden sollte¹³.

Die These Ricardos, daß in Zukunft die landwirtschaftliche Produktionsrate stagnieren und die Volkswirtschaft damit zu einem Stillstand kommen würde, wurde von anderen Autoren seiner Zeit allgemein akzeptiert. Ein gutes Beispiel ist John Stuart Mill. Auch er glaubte, daß die sich weiterentwickelnde Landwirtschaft und Industrie irgendwann in der Zukunft einen Punkt erreichen würden, an dem man bei der Betrachtung einer jeglichen in ihrer Natur nicht unbegrenzten progressiven Bewegung nicht damit zufrieden ist, "daß man nur die Gesetze der Bewegung aufzeichnet; man muß sich auch die weitere Frage stellen: Wozu führt dies alles, welchem Endpunkt strebt die Gesellschaft mit ihren Fortschritten im gewerblichen Leben zu? Was müssen wir erwarten, wenn einmal der Fortschritt aufhört — in welcher Lage wird sich dann die Menschheit befinden"¹⁴?

In einem Kapitel von sechs Seiten entwickelt er seine Vorstellung vom stationären Zustand der Wirtschaft. Es ist keineswegs eine schreckliche Situation; der Lebensstandard der ärmsten Klassen ist gestiegen, die Bevölkerung glücklicher und wohlhabender als zu Mills eigener Zeit. Ich glaube, Mill und Ricardo waren überzeugt, daß dieser stationäre Zustand kommen würde, wenn sie auch nicht wußten, wann. Darum war es wichtig, einen möglichst hohen Lebensstandard vor diesem Endzustand zu erreichen. Alles, was dazu beitragen konnte, die Bevölkerung glücklicher zu machen (d. h. besser zu versorgen), war eine vordringliche Aufgabe der Volkswirtschaft.

Weder Böhm-Bawerk noch Stolzmann äußern sich in irgendeiner Weise über den stationären Zustand. Böhm-Bawerk hatte eine abweichende Wert- und Preistheorie; deswegen paßten Ricardos Vorstellungen nicht in sein logisches System. Auch für den Arbeitstheoretiker Stolzmann war Ricardos Theorie nicht brauchbar, weil Stolzmann Arbeit und Kapital gleich stark bewertete.

In den 50 Jahren, die seit der ersten Ausgabe von Mills Werk und dem 1909 erschienenen Buch Stolzmanns vergangen sind, haben sich alle wichtigen Autoren von der arbeitsorientierten Theorie der Wirt-

¹⁸ Ebd., I, S. 106 - 107.

¹⁴ J. S. Mill, Principles of Political Economy, hrsg. von Sir W. J. Ashley, London Juli 1940, S. 746, hier zitiert nach der Übersetzung von Wilhelm Gehrig: J. S. Mill: Grundsätze der politischen Ökonomie, Jena 1921, Bd. 2, S. 388 (Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, XVIII).

schaft abgewandt, sogar jene, die wie Stolzmann behaupteten, daß sich die Arbeitstheorie zur Kapitaltheorie gewandelt habe, um nicht zur Voraussage eines stationären Zustandes gezwungen zu sein.

Wir sehen also, daß der stationäre Zustand, wie ihn sich die Klassiker der politischen Ökonomie vorstellten, von späteren Wissenschaftlern nicht akzeptiert werden konnte. Die klassische Theorie war sicherlich falsch, aber sie war doch für das ökonomische Denken ein wichtiger Schritt nach vorn. Als Versuch, die gesamte Wirtschaftsgeschichte der Menschheit, von frühesten primitiven Wirtschaftsformen über den zeitgenössischen Kapitalismus bis hin zur Zukunft eines stationären Zustands zu erklären, war sie eine eindrucksvolle Leistung.

II. Die deutsche Theorie vom Kapitalismus

Wenn wir uns nun den deutschen Ökonomen zuwenden, die die Theorie der Wirtschaftsstufen entwickelt haben, müßten wir eigentlich mit List beginnen, um dann zu Bücher und Schmoller zu kommen. Ihre Theorien waren denen der klassischen Schule insofern überlegen, als sie die Gesellschaftsformen Europas, die den kapitalistischen Gesellschaftsformen ihrer eigenen Zeit vorausgingen, nicht nur aus ökonomischer, sondern auch aus historischer Sicht betrachteten. Wenn auch ihre ökonomischen Anschauungen weniger umfassend waren als die von Ricardo und Smith, ließ sie ihre akkurate Beziehung zum Historismus doch schärfer auf die soziale Entwicklung achten, die Europa zu durchlaufen hatte. Als einen Repräsentanten ihrer Schule greife ich Werner Sombart heraus.

Sombart war ein Schüler von Bücher und Schmoller. Er befaßte sich sein Leben lang intensiv mit den ökonomischen Grundlagen von Staaten, in denen Kapitalismus entstand, mit der Entwicklung des Kapitalismus in seiner Zeit und in der Zukunft. Er versuchte, den Boden für einen neuen Ansatz zu bereiten, indem er zwischen Wirtschaftsstufen, Wirtschaftssystemen und Wirtschaftsprinzipien unterschied. Aber anstatt nach spezifischen Kategorisierungsprinzipien zu klassifizieren, kombinierte er die drei Kategorien und wies bestimmte Wirtschaftssysteme bestimmten Wirtschaftsstufen wie auch bestimmten Wirtschaftsprinzipien zu. Schon die oberflächliche Betrachtung zeigt jedoch, daß Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsprinzipien nicht völlig übereinstimmen, so daß Sombarts Klassifizierung eine gewisse Unklarheit aufweist¹⁵.

¹⁵ Siehe Sombart, "Die gewerbliche Arbeit und ihre Organisation", Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, XIV, 1899, S. 402. Ausführungen über die "Wirtschaftsstufen" finden sich ebd. S. 390 - 93 und über die "Wirtschaftsprinzipien" ebd. S. 395 - 96.

Wir wollen, um dieses Problem zu lösen, zunächst Sombarts Klassifizierungsprinzipien folgen. Um ein principium divisionis zu finden, sucht er ein Phänomen mit folgenden Eigenschaften: Es muß a) ein soziales Phänomen sein, das b) den Vergleich verschiedener Formen ökonomischer Organisation erlaubt, aber gleichzeitig c) eng verwandt ist mit dem wichtigsten Faktor wirtschaftlichen Lebens, mit der Entwicklung der Produktivität, und schließlich d) der tatsächlichen historischen Entwicklung des Wirtschaftslebens möglichst nahekommt. Sombart findet solche Kriterien im Grade der Vergesellschaftung und schließt daraus, daß es - je nach dem Grad der Vergesellschaftung drei Wirtschaftsstufen gibt: die Individualwirtschaft, die Übergangswirtschaft und die Gesellschaftswirtschaft. Die erste ähnelt stark dem Konzept Büchers von der geschlossenen Hauswirtschaft. Wie Sombart erklärt, ist dies eine Stufe, auf der Vergesellschaftung primär innerhalb eines Haushalts existiert und auf der es nur geringe Kontakte, aber noch keine echte Interaktion mit anderen wirtschaftlich tätigen Einheiten gibt. Auf der Übergangsstufe werden die gesamten Bedürfnisse einer Gesellschaft durch die Zusammenarbeit aller Mitglieder dieser Gesellschaft gedeckt; der Grad ihrer Differenzierung und Interaktion ist jedoch noch immer begrenzt. Mit anderen Worten: Die Übergangsgesellschaft ist eine Misch-Stufe, auf welcher die Bedürfnisse teilweise durch individuelle Produktion jeder Einheit selbst, teilweise durch Austausch mit anderen befriedigt werden. Auf der Stufe der Gesellschaftswirtschaft schließlich werden alle Bedürfnisse durch Interaktion mit anderen gedeckt. Mit anderen Worten: Auf der ersten Stufe, in der Individualwirtschaft, ist das Hauptprinzip die Selbstversorgung jedes Haushalts oder einer entsprechenden Einheit. In der Übergangswirtschaft gibt es bereits einen gewissen Austausch, doch wird ein beträchtlicher Teil der Haushaltsbedürfnisse noch durch eigene Produktion gedeckt. In der Gesellschaftswirtschaft schließlich ist die Arbeitsteilung in einem solchen Maße fortgeschritten, daß im Grunde jede Verbrauchsund jede Produktionseinheit von ihrer Integration in die Gesamtgesellschaft abhängig ist.

Die Wirtschaftssysteme, die Sombart aufzählt, sind lediglich Beispiele konkreter institutioneller Ausformungen, die jeder dieser drei Stufen entsprechen. Für die Stufe der Individualwirtschaft führt Sombart z. B. Stammeswirtschaften an, Wirtschaften der Großfamilien und sogenannte erweiterte Eigenwirtschaften, von welchen der oikos das beste Beispiel ist. Für die Übergangswirtschaft nennt Sombart die mittelalterliche Gutswirtschaft, die Dorfwirtschaft und die Stadtwirtschaft. Zur dritten Stufe, der Gesellschaftswirtschaft, zählt er die Sklavenwirtschaft der Antike und der modernen Kolonialreiche, die kapitalistische und die sozialistische Wirtschaft. Aus diesen Beispielen ist ersichtlich, daß Sombarts Wirtschaftsstufen keine einheitliche historische Entwick-

lungslinie aufzeigen sollten. Die antike Sklavenwirtschaft findet sich auf der dritten Stufe, das mittelalterliche Gut und die Stadtwirtschaft auf der zweiten. Überdies scheint es keine völlig entsprechenden zweiten Stufen für den Übergang von der oikos-Wirtschaft (auf Stufe 1) zur antiken Sklavenwirtschaft (auf Stufe 3) zu geben. Durch Einbeziehung der antiken Sklavenwirtschaft in die Wirtschaftsformen der dritten Stufe hat Sombart allerdings die Schranke überwunden, die Bücher in Gegensatz zu Meyer und anderen Historikern über die Natur des ökonomischen Systems der Antike und den Grad seiner "Modernität" gebracht hatte.

Obwohl Sombarts Klassifikation der Wirtschaftsstufen einige Schwierigkeiten früherer Systeme zu vermeiden scheint, bringt sie doch keinen großen Erkenntnisfortschritt. Ein zentrales Problem ist der Erklärungswert des Konzepts der Vergesellschaftung. Inwieweit ist es richtig, daß das wirtschaftliche Leben eines primitiven Stammes auf weniger Vergesellschaftung beruht als das einer modernen kapitalistischen Gesellschaft? Gewiß ist die Zahl der Individuen, die im Kapitalismus am Interaktionsprozeß teilnehmen, viel größer als im primitiven Stamm, sie gehen auch stärker differenzierten Beschäftigungen nach. Andererseits haben die Primitiven in ihrer produktiven Tätigkeit gewöhnlich eine viel engere Bindung zu anderen Mitgliedern ihrer Gesellschaft als die wirtschaftlich Tätigen in der relativ anonymen kapitalistischen Wirtschaft, obwohl sich diese Bindung eher durch magisch und zeremoniell als durch rationell bedingte Arbeitsteilung auswirkt. Der Grad der Vergesellschaftung ist demnach als Unterscheidungskriterium entweder nicht anwendbar oder er wird zum Indikator für den Grad wirtschaftlicher Spezialisierung, der Kommerzialisierung und der Arbeitsteilung. So gesehen führte Sombarts Theorie nicht über Bücher hinaus, wenn auch einige spezifische Unterscheidungsmerkmale klarer ausgedrückt und einige charakteristische Variable genauer definiert sind.

Aber Sombart kompliziert sein Bild der Wirtschaftsstufen durch seine Differenzierung nach Wirtschaftsprinzipien. Er unterscheidet zwei Prinzipien, die in seinen späteren Arbeiten wieder auftauchen. Diese Prinzipien, die Sombart einmal mit dem Leitmotiv einer Wirtschaft verglichen hat, kennzeichnen die Zielsetzung der Wirtschaftstätigkeit. Man kann Produktion betreiben mit dem Ziel der Bedarfsbefriedigung; man kann aber auch produzieren, nur um Gewinn zu erzielen, wobei Gewinn ein Ziel an sich ist¹⁶. Sombart unterscheidet daher zwischen dem Subsistenz- (Idee der Nahrung) und dem Erwerbsprinzip. Das Subsistenzprinzip charakterisiert die ersten beiden Wirtschaftsstufen, d. h. die Individual- und die Übergangswirtschaft. Die Stufe der Gesell-

¹⁶ Vgl. Sombart, "Gewerbliche Arbeit", a.a.O., S. 394 - 95. Siehe auch Sombart, Der moderne Kapitalismus, I, 5. Aufl. München 1922, passim, spez. S. 14, 31 ff., 320, 327 - 30.

schaftswirtschaft wird mit einer Ausnahme — der sozialistischen Wirtschaft — vom Erwerbsprinzip beherrscht. Obwohl die sozialistische Wirtschaft bei vollentwickelter Vergesellschaftung eindeutig zum Typus der dritten Stufe gehört, ist ihr Leitprinzip nicht der Erwerb, sondern die Bedarfsbefriedigung.

Wenn wir diesen Aspekt der Theorie auch nicht eingehend behandeln können, so wird doch klar, daß Sombarts Theorie zwei Argumentationsstränge historisch-wirtschaftlicher und evolutionärer Provenienz miteinander verbindet. Der eine läßt sich auf die deutsche historische Schule, der andere auf den Marxismus zurückführen. Ich habe schon gezeigt, daß Sombarts drei Stufen im wesentlichen Wiederholungen der Bücherschen sind. Während Bücher jedoch seine Systematik auf der Interaktion zwischen Verbraucher und Produzent aufbaute, versuchte Sombart dieses Kategorisierungsprinzip zu "generalisieren", indem er es durch den Grad der Vergesellschaftung ersetzte. Diese Substitution eines allgemeinen Prinzips weist an sich schon auf den Einfluß von Marx hin. Die Verbindung von Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsprinzipien in Sombarts Schema mündet jedoch in eine dialektische Folge, die — wenn nicht im Inhalt, so doch sicher dem Geist nach — aus Marx abgeleitet ist. Marx betrachtete bekanntlich die Entwicklungsgeschichte der menschlichen Gesellschaft als einen großen dialektischen Prozeß. Für ihn gab es drei Weltzeitalter. Ursprünglich herrschte ein primitiver Kommunismus, in dem der Produzent auch die Produktionsmittel besaß und in dem es wegen des niedrigen Grades technologischer Entwicklung keine Ausbeutung von Menschen durch Menschen gab; wo kein Mehrwert verfügbar ist, kann niemand ausgebeutet werden. Auf der nächsten Stufe, der Klassengesellschaft, wird der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in verschiedenen Formen ausgebeutet (z. B. in der Antike als Sklave, im Mittelalter als Leibeigener und im modernen Kapitalismus als entlohnter freier Proletarier). Die dritte Stufe ist die zukünftige sozialistische Gesellschaft, in der die im Kapitalismus ermöglichte hochentwickelte Produktivität wieder mit der gesellschaftlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel verbunden ist. Das Ende der Ausbeutung bedeutet auch das Ende der gesellschaftlichen Klassen¹⁷.

Vergleichen Sie dieses Schema mit dem von Sombart. Die erste Stufe ist die Individualwirtschaft mit dem Subsistenzprinzip. Mit zunehmender Veränderung wird sie durch die Übergangswirtschaft ersetzt, wobei aber das Subsistenzsystem noch immer erhalten bleibt. Das letzte "Wirtschaftssystem" im Übergangsstadium ist die Stadtwirtschaft, in

¹⁷ Eine gute Zusammenfassung seines Systems hat *Sombart* selbst gegeben. Vgl. "Gewerbliche Arbeit", a.a.O., S. 379 – 82, spez. S. 380. Siehe aber auch *J. L. Gray*, "Karl Marx and Social Philosophy", in: The Social and Political Ideas of Some Representative Thinkers of the Victorian Age, hrsg. von F. J. C. Hearnshaw, London 1933, S. 116 – 50, spez. S. 135 – 38.

der sich bereits mannigfaltige Formen des Erwerbsprinzips zu manifestieren beginnen. Darauf folgt schließlich als dritte Stufe der Kapitalismus, eine Gesellschaftswirtschaft mit dem Erwerbsprinzip. Sie führt letztlich zu einer völlig sozialisierten Wirtschaft nach dem Subsistenzprinzip (oder besser nach dem Prinzip der Bedarfsbefriedigung); und das alles ist Sozialismus. Die evolutionären Prozesse verlaufen parallel, nur daß Sombart — etwas weniger schematisch als Marx — eine Übergangsstufe einschiebt, die in etwa den vorkapitalistischen Formen von Klassengesellschaften bei Marx entspricht.

Sombarts Klassifizierung ist letztlich auch ein großes evolutionäres Schema sozio-ökonomischer Organisationsformen und sein Anspruch, daß er eher vergleichbare Typen darstelle als eine historische Abfolge von Wirtschaftsstufen, wird mehr durch die Art als durch den Inhalt seiner Ausführungen belegt. Immerhin hat seine Theorie zwei Aspekte, die eine Neuerung bedeuten und die, alles in allem, von Sombarts Kritikern und Interpreten übersehen worden sind. Der eine Aspekt ist sein Beharren auf dem Prinzip der Vergesellschaftung; der andere ist die Einführung des Konzepts der Motivation wirtschaftlicher Aktivität als Hauptprinzip einer Wirtschaftsstufe oder eines Wirtschaftssystems. Auf diese Art hob Sombart die Diskussion der Wirtschaftsstufen aus dem Bereich rein wirtschaftlicher — ja sogar wirtschaftshistorischer — Analyse heraus und setzte sie in einen soziologischen und sozioökonomischen Rahmen. Wenn er sich auch, wie ich gezeigt zu haben glaube, des Prinzips der Vergesellschaftung ohne großen Nutzen bedient hat, so enthält es doch trotz seiner schwierigen Anwendbarkeit einen wichtigen Kern. Sombart erkannte, daß jede signifikante Erklärung wirtschaftlicher Entwicklung mit Wirtschaftsstufen diese nicht nur als Formen wirtschaftlicher Organisation, sondern auch als Formen sozialer Organisation mit verschiedenen wirtschaftlichen Facetten betrachten muß. Eine Wirtschaftsstufe ist signifikant, nicht, weil sie unterschiedliche Formen wirtschaftlichen Verhaltens beschreibt, sondern weil sie diese Verhaltensformen zu unterschiedlichen sozialen Strukturen und sozial relevanten Motivationen in Beziehung setzt. So hat Sombart den Erklärungswert der Wirtschaftsstufen beträchtlich erweitert; aber die Implikationen dieser Erweiterung sind kaum erkannt worden, ehe sich in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit auf diesen Aspekt der Theorie richtete18.

¹⁸ Siehe z. B. Mary Jean Bowman und C. Arnold Anderson, "Wirtschaftstypen", Schmollers Jahrbuch, LXXV, 1955, und meine Beiträge "Social Structure and Economic Growth", Economia Internazionale, VI, 1953, S. 42 - 72, und "Sociological Approach to Economic Development", Atti del Congresso Internazionale di Studio sul Problema della Aree Arretrate, Mailand 1955, II, S. 755 - 78. Deutsche Übersetzung beider Aufsätze in: Bert F. Hoselitz, Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Wandel, Berlin: Duncker und Humblot 1969, S. 11 - 31, 32 - 53.

Nachdem wir Sombarts System der Wirtschaftsstufen soweit analysiert haben, ist es nicht mehr schwer abzuleiten, wie er sich den Mechanismus des Übergangs von einer zur anderen Stufe vorstellte. In seinem Aufsatz von 1899 widmete er diesem Problem wenig Aufmerksamkeit. Aber er erörterte es ausführlich in seiner späteren Arbeit über die Entwicklung des Kapitalismus. Wir werden sehen, daß die Anwendung dieser Analyse auf sein Schema von Wirtschaftsstufen und ihre Kombination mit Wirtschaftssystemen und Wirtschaftsprinzipien zu Schwierigkeiten führt, die auf die grundsätzliche Schwäche des Sombartschen Schemas hinweisen. Wir können sagen, daß Sombarts Konstruktion eines angeblich universellen Systems von Stufen eine tour de force war, die er ohne Notwendigkeit unternahm, während er an seinem Buch über den Kapitalismus arbeitete. Ihm kam es darauf an, die Entstehung des Kapitalismus zu erklären, und seine Analyse des Transformationsprozesses von einer Stufe zur nächsten erklärt zwingend auch nur den Übergang von der vornehmlich subsistenzorientierten Stadtwirtschaft zur erwerbsorientierten kapitalistischen Wirtschaft. Die Schwierigkeit für Sombarts allgemeines System von 1899 entsteht, weil dieses Schema einen analogen Übergang in der Antike verlangt, und zwar von der subsistenzorientierten oikos-Wirtschaft zur erwerbsorientierten Sklavenwirtschaft. Während Sombart den Ursprung des Kapitalismus ausführlich diskutiert, fehlt jede weitergehende Erörterung des parallelen Prozesses in der Antike. Das läßt verschiedene Interpretationsmöglichkeiten zu: Entweder hat er sein ursprüngliches System der Wirtschaftsstufen aufgegeben, oder er wollte das Erwerbsprinzip für die antike Sklavenwirtschaft nicht mehr aufrecht erhalten. Aber was auch Sombarts Ansicht gewesen sein mag, da er sich später nie wieder ernsthaft mit dem Problem der Wirtschaftsstufen und den Wirtschaftsbedingungen der Antike befaßt hat, sondern fast ausschließlich den Kapitalismus und seine Ursprünge analysierte, dürfen wir wohl mit Recht annehmen, daß für ihn wie für List und die meisten anderen Wirtschaftstheoretiker das Konzept der Wirtschaftsstufen den einen Hauptzweck hatte, die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zu erklären und zu zeigen, weshalb sie sich von allen früheren Formen wirtschaftlicher Aktivität unterschied.

So gestellt, läßt sich die Frage nach den Kräften, die den Übergang von der mittelalterlichen Stadtwirtschaft zur modernen kapitalistischen Wirtschaft bewirkten, leicht beantworten. Da das frühere Wirtschaftssystem vom Subsistenz- und das spätere vom Erwerbsprinzip bestimmt wurde, war die treibende Kraft bei der Entwicklung der neuen Wirtschaftsstufe eine Veränderung der ökonomischen Motivation. Sombart selbst bestätigt das:

Aus dem tiefen Grunde der europäischen Seele ist der Kapitalismus erwachsen. Derselbe Geist, aus dem der neue Staat und die neue Religion, die neue Wissenschaft und die neue Technik geboren werden: er schafft auch das neue Wirtschaftsleben ... Dieser selbe Geist beginnt nun auch das Wirtschaftsleben zu beherrschen. Er durchbricht die Schranken der auf geruhsamer Genügsamkeit aufgebauten, sich selbst im Gleichgewicht haltenden, statischen, feudal-handwerksmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft und treibt die Menschen in die Wirbel der Erwerbswirtschaft hinein¹9.

An anderer Stelle schreibt er zusammenfassend über die Entwicklung dieser neuen Wirtschaftsgesinnung: "Die aus Unternehmungsgeist und Bürgergeist zu einem einheitlichen Ganzen verwobene Seelenstimmung nennen wir dann den kapitalistischen Geist. Er hat den Kapitalismus geschaffen²⁰." Sombart hat erkannt, daß eine solch kategorische Feststellung nach einer zweifachen Erklärung verlangt. Sie erfordert 1. eine detaillierte Ableitung des kapitalistischen Geistes aus einem früheren "Geist" oder einer früheren Wirtschaftsethik; sie verlangt 2. eine Klarstellung, ob die Form ökonomischer Organisation von einer Wirtschaftsideologie bestimmt wird oder umgekehrt. Sombart war sich bewußt. daß er sich in diametralen Gegensatz zum historischen Materialismus begab, wenn er behauptete, daß die Entwicklung des kapitalistischen Geistes der letztlich bestimmende Faktor für die Entwicklung des Kapitalismus sei. Seiner Genese der kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung und der Begründung, weshalb diese die "materiellen Produktionsbedingungen" bestimme, ging es daher wohl weniger um die Erklärung des sozialen Prozesses selbst als um die Polemik gegen den Marximus, und zwar insbesondere gegen die marxistische Geschichtsauffassung.

Es würde uns zu weit vom Kern dieses Vortrags wegführen, wenn wir Sombarts Exkurs in das Gebiet der Geschichtsphilosophie folgen würden. Seine treffendsten Bemerkungen sind in einem Buch zusammengefaßt, das er der soziologischen und historischen Analyse des kapitalistischen Geistes und der wirtschaftlichen Motivation in einer Erwerbswirtschaft im Gegensatz zur Subsistenzwirtschaft gewidmet hat²¹. Schon die Tatsache, daß Sombarts Theorie der historischen Entwicklung kein großes Echo fand, ist ein Zeugnis dafür, daß man sie als das Produkt einer Zeitströmung ansehen kann. Schumpeter hat das sehr gut charakterisiert, wenn er urteilte: "Sombarts 'methodologische' Äußerungen waren viel zu zeitgebunden, um uns zu interessieren²²."

Im Kontext dieses Vortrags ist für uns wichtiger, daß Sombarts Erklärung für den Übergang von einer Stufe zur nächsten auf das Ein-

¹⁹ Sombart, Der moderne Kapitalismus, I, S. 327 - 28.

²⁰ Ebd., S. 329.

²¹ Werner Sombart, Der Bourgeois, München 1913.

²² Schumpeter, History of Economic Analysis, New York: Oxford University Press 1954, S. 815. Zitiert nach der deutschen Übersetzung: Geschichte der ökonomischen Analyse (Grundriß der Sozialwissenschaften Bd. 6, Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 1965), Bd. 2, S. 999, dort auch Schumpeters Gesamturteil über Sombarts Beitrag zur Theorie des Kapitalismus.

greifen eines deus ex machina angewiesen ist, und zwar in diesem Fall auf die Veränderung der Wirtschaftsideologie. Aber da die Beziehungen zwischen Wirtschaftsethik und realer Erscheinungsform ökonomischer Organisation auf einer gegebenen Wirtschaftsstufe recht eng sind, die Interdependenz von Veränderungen in beiden aber fast völlig unerklärt bleibt, liegt die Nützlichkeit des Sombartschen Beitrags weder in seiner inhaltlichen Aussage, noch gar in seiner Methode. Wie List, Bücher und sogar Schmoller — wenn auch weniger entschieden und überzeugend - vor ihm, bestand auch Sombart auf dem Konzept der Wirtschaftsstufen als Erkenntnishilfe für das Studium wirtschaftlicher Entwicklung, weil es die Formen ökonomischer Organisation mit anderen korrespondierenden sozio-strukturellen und politischen Faktoren, vielleicht auch vorherrschenden Tendenzen ökonomischer Motivation in Beziehung setzt. In dieser Verbindung liegt ihre große Bedeutung. Eine fertige soziale Theorie, die die Art der Interdependenz erhellt, fehlt allerdings noch.

In Sombarts Theorie ist vor allem das Konzept des Unternehmertums vernachlässigt. Die Theorie des Unternehmertums geht auf die Mitte des 18. Jahrhunderts zurück. Sie hatte unterschiedliche Vertreter gefunden, die wiederum sehr unterschiedliche Konzepte des Unternehmertums entwickelt hatten. Sombart selbst schrieb in der 1932 veröffentlichten Studie über "Die Zukunft des Kapitalismus":

Die dem Kapitalismus eigentümliche Wirtschaftsgesinnung sind wir gewohnt als kapitalistischen Geist zu bezeichnen. Dieser nun hat in den letzten Jahrzehnten ganz erhebliche Wandlungen erfahren, die sein Wesen zu verändern geeignet sind. Dieses Wesen lag in der Spannung zwischen Rationalismus und Irrationalismus, zwischen Spekulation und Kalkulation, zwischen Bürger- und Räubergeist, zwischen Wägen und Wagen. Diese Spannung aber hat sich verringert: das rationale Moment hat stark zugenommen und es hat gleichsam eine Durchrationalisierung auch des Unternehmertums stattgefunden. Ein vollrationalisierter Geist ist aber kein echter kapitalistischer Geist mehr. Wir können diese Wandlung im einzelnen verfolgen. Wir sehen, wie sich die Bedeutung des spezifisch Unternehmerhaften, der Intuition, das Fingerspitzengefühl verringert: die Zahl der wißbaren, auch voraus wißbaren Umstände wird immer größer und die Geneigtheit des Unternehmers wächst, seine Unternehmung auf einem System von Wissen aufzubauen. Die Unternehmungen bekommen damit den Charakter der Verwaltung, ihre Leiter den Charakter von Beamten, wozu die Riesenhaftigkeit des Apparates das Ihrige beiträgt. Gleichzeitig verringert sich das Gewinnstreben und in noch stärkerem Maße die Verlustbereitschaft: Sicherheit und Stetigkeit vielmehr werden erstrebt23.

Die Vorstellung, daß das Unternehmertum letztlich auf der visionären Überzeugung einzelner Mitglieder der Gesellschaft beruhe und daß jeder, der eine erfolgsträchtige "Vision" hatte, Unternehmer werden konnte, war eine in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg allgemein ak-

²³ Werner Sombart, Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin 1932, S. 8 - 9.

zeptierte Theorie. Nach dem Krieg zweifelte man daran, daß unternehmerischer Erfolg mit Intuition hinreichend erklärt werden konnte, und das Ansehen der Geschäftsleute, die Unternehmerpositionen erreichten, weil sie diese Vision hatten, nahm ab²⁴.

Ein amerikanischer Autor, Thorstein Veblen, hatte diese Ansicht schon vor dem ersten Weltkrieg vertreten. Nach dem Krieg und vor allem während der großen Depression wurde sie in den Schriften von Sombart und Joseph Schumpeter immer überzeugender formuliert. Das folgende Zitat bietet Beispiele für das neue Konzept des Unternehmers oder das Verschwinden des alten:

Die Auswirkungen dieser Entwicklung waren zweifach: Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Finanzierung von Aktiengesellschaften in ihrer besten und gesündesten Form Gegenstand umfassender und standardisierter bürokratischer Routine geworden ist, die notwendigerweise die gegenseitigen Beziehungen zwischen verschiedenen körperschaftlichen Unternehmen umfaßt; sie wird am besten überwacht durch einen Angestelltenstab ausgebildeter Buchhalter. Dieselbe Erfahrung hat die Geldinstitute in direkte Berührung mit dem technischen Führungsstab des Industriesystems gebracht, dessen Überwachung für die Führung eines gewinnträchtigen Unternehmens in der Industrie in zunehmendem Maße dringend notwendig geworden ist. Es hat sich ebenfalls gezeigt, daß der traditionelle Bankier der Kapitalgesellschaften des 19. Jahrhunderts für die Finanzierung von Aktiengesellschaften nicht mehr von entscheidender Bedeutung ist. In Wirklichkeit ist er nicht mehr als ein Rädchen im Wirtschaftsmechanismus, dazu bestimmt, ein wenig Schmierstoff aufzunehmen²⁵.

Diese Zeilen wurden zwar erst 1921 geschrieben, aber die grundlegende Unterscheidung zwischen Unternehmern als Gründern und als Rationalisierern findet sich schon in "The Theory of Business Enterprise" von 1904. Wer die Entwicklung seiner Theorie kennenlernen möchte, sollte das dritte Kapitel dieses Buches lesen²⁶.

Werner Sombart vertrat dieselbe Richtung. Er schrieb 1930 folgendes über die "Rationalisierer":

Die ökonomische Lehre hat kürzlich materielle Veränderungen erfahren und wird sich in der Zukunft weiter verändern. Der kapitalistische Geist war auf seinem Höhepunkt gekennzeichnet durch psychologische Spannungen von besonderer Intensität, die hervorgegangen waren aus den Widersprüchen zwischen Irrationalität und Rationalität, zwischen der Mentalität des wagemutigen Unternehmers und der des schwer arbeitenden, gesetzten Bourgeois. Zur Zeit lassen diese Spannungen nach. Der Rationalismus durchdringt

²⁴ Zur Gliederung unterschiedlicher Unternehmertheorien vgl. meinen Aufsatz "The Early History of Entrepreneurial Theory", in: *Joseph J. Spengler* und *William R. Allen*, Essays in Economic Thought: Aristotle to Marshall, Chicago: Rand McNally & Company 1960, S. 234 - 257.

²⁵ Veblen, Thorstein, The Engineers and the Price System, New York: The Viking Press 1921.

²⁶ Veblen, Thorstein, The Theory of Business Enterprise, New York: Charles Scribner and Sons 1904, S. 20 - 65.

völlig den kapitalistischen Geist, und eine durch Rationalisierung geprägte Mentalität ist in ihren charakteristischen Merkmalen keine kapitalistische Mentalität mehr²⁷.

Die Unterscheidung zwischen "gründenden" und "rationalisierenden" Unternehmertypen hat es m. E. nicht immer gegeben. So finden wir bei den frühen Autoren über Unternehmertum, z.B. bei Cantillon und Sav. nichts über den rationalisierenden Unternehmer, sondern begegnen dort nur dem Mann, der Risiken auf sich nimmt, aber nicht rationalisiert. Die Rationalisierungsfunktion des Unternehmers taucht erst am Ende des 19. Jahrhunderts auf. Das hat seine Gründe: Die Unternehmer, die Wirtschaftsimperien aufbauen konnten, wurden immer seltener. Für die Großunternehmen wurde das Kapital wichtiger als der Faktor Arbeit. Entsprechend änderte sich auch ihre Verwaltung. Der Typ des rationalisierenden Unternehmers begann den Gründer-Unternehmer zu verdrängen. Den besten Beweis hierfür liefert vielleicht Joseph Schumpeter. Als er die "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" (1. Aufl. 1911) schrieb, behandelte er die Unternehmer ausschließlich als Gründer. Noch in der englischen Ausgabe des Buches, die zuerst im Jahre 1932 erschien, sind seine Unternehmer vornehmlich in neuen Strategien des Aufbaus von Wirtschafts-Imperien engagiert. Die Rationalisierung der bereits existierenden Industrie spielt dagegen kaum eine Rolle. Schumpeter schreibt zwar, unternehmerisches Handeln sei

die Neuorganisation einer Industrie ebenso wie die Schaffung (z. B. durch Trustbildung) oder das Aufbrechen einer Monopolstellung²⁸.

Aber diese Passage drückt sicherlich nicht aus, daß die Rationalisierung des Großbetriebs der wichtigste Aspekt des Unternehmertums sei. Aber Schumpeter erlebte die 20er und 30er Jahre, und in dieser Zeit änderte sich seine Meinung über den Gründer-Unternehmer. In seinem 1942 erschienenen Buch "Capitalism, Socialism and Democracy" behauptete er, daß der Kapitalismus zum Untergang verurteilt sei, weil der einst so wichtige Unternehmer seine Gründer-Qualitäten verloren habe. An einer besonders weitsichtigen Stelle sagt er:

Rationalisierte und spezialisierte Büroarbeit wird am Ende die Persönlichkeit, das berechenbare Ergebnis die "Vision" verdrängen. Der Führende hat heutzutage keine Gelegenheit mehr, sich selbst in den Kampf zu stürzen. Er wird zu einem Büroarbeiter mehr, zu einem, den zu ersetzen nur selten noch schwerhalten wird²⁹.

²⁷ Sombart, Werner, "Capitalism", Encyclopedia of the Social Sciences, New York: Macmillan 1932, Bd. III, S. 207.

²⁸ Schumpeter, Joseph, A Theory of Economic Development, New York: Oxford University Press 1961, S. 152.

²⁹ Schumpeter, Joseph, Capitalism, Socialism and Democracy, New York: Harper and Bros. 1942, S. 133, zitiert nach der deutschen Ausgabe: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl. Bern: A. Francke Verlag 1950, S. 216.

Ich bin nicht sicher, ob diese Analyse des Kapitalismus richtig ist. Wir wollen nicht leugnen, daß es in vielen sozialen Demokratien der westlichen Welt (z. B. England und Schweden) Kapitalismus gibt. Wir wollen auch nicht leugnen, daß dieser Kapitalismus in seinen institutionellen Formen dem Sozialismus viel näher ist, als er es z. B. 1850 war. Es ist in anderen Worten sehr wohl möglich, daß das Schicksal des Kapitalismus der Vorhersage Schumpeters entspricht — d. h., daß sich der Kapitalismus unter Umständen zum Sozialismus hin entwikkelt — aber die z. Z. existierenden Institutionen sind, obwohl sie die Form des Kapitalismus beibehalten, in Wirklichkeit Bürokratien, in denen die freie Entfaltung des Kapitalismus auf die Wertpapierbörse und private Zusammenkünfte von Generaldirektoren beschränkt ist.

Ich komme daher zu dem Schluß, daß eine vom Unternehmertum geprägte Gesellschaft, wie sie in Europa und Amerika seit 1750 existiert hat, nicht wiederkehren kann. Diese beiden Kontinente sind die bisher einzigen historischen Beispiele in der Geschichte für die Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus. Ob wir aus diesen Beispielen Hinweise auf die Möglichkeit gewinnen können, dem Kapitalismus in anderen Gesellschaften zum Durchbruch zu verhelfen, ist strittig.

Ich habe in diesem und im ersten Teil meines Vortrags den Schwerpunkt auf die Entwicklungstheorien der wichtigsten Autoren gelegt. Wir haben gesehen, daß die erste Theorie, die langfristig eine Stagnation annahm, ersetzt worden ist. Spätere Entwicklungstheoretiker waren fest vom Erfolg des Unternehmertums überzeugt. Auch diese Überzeugung schwand und machte dem Glauben an einen rationaleren Kapitalismus Platz, der sich weniger auf die Kraft der Vision als auf das Wachstum rational geführter Monopole und Oligopole stützte. Und diese Theorie wurde schließlich durch die modernen Stufentheorien ersetzt.

Ich habe Marx hier nicht erwähnt, einmal weil die Erläuterung seiner Theorie zu viel Zeit erfordern würde, zum anderen weil der Marxismus insgesamt mehr von revolutionären als von rein ökonomischen Entwicklungen handelt. Diesem Vortrag aber geht es vorrangig um die Ergebnisse der ökonomischen und weniger der politischen Argumentation.

III. Moderne Theorien des wirtschaftlichen Wachstums

Viele moderne Entwicklungstheoretiker betrachten die entscheidende Phase der wirtschaftlichen Entwicklung als einen "explosiven Prozeß". Dies führt zu einer Reihe wichtiger Überlegungen. Zunächst zwingt uns das, zwischen zwei, vielleicht drei verschiedenen Stufen im Wachstumsprozeß zu unterscheiden: der Stufe der Unterentwicklung (under-

development), der Stufe des Übergangswachstums (transitional growth) und der Stufe des Fortschritts (advancement). Die meisten Wirtschaftswissenschaftler gehen in der Forschung über wirtschaftliche Entwicklung von gesicherten Erfahrungen oder Annahmen über entwickelte Gesellschaften aus. Wenn wir nun verschiedene Wachstumsstufen unterscheiden, müssen wir auch verschiedene Grade der Anwendbarkeit unterschiedlicher ökonomischer Lehrmeinungen unterscheiden. So ist z. B. die These, daß ceteris paribus Kapitalakkumulation notwendig ist, um den Output zu erhöhen, auf alle Wachstumsstufen anwendbar. Andererseits mögen die Thesen, daß die Entwicklung neuer Fertigkeiten völlig oder überwiegend private Leistungen sind, z. B. daß die Investition in "Humankapital" völlig von privaten Entscheidungen abhängig ist, oder daß eine bestimmte Investitionsrate auch auf der Grundlage rein privater Entscheidungen erreicht werden kann, Lehrmeinungen sein, die sich nicht auf alle Stufen des Wachstumsprozesses anwenden lassen. Das ist nicht auf ihre begrenzte ökonomische Aussagefähigkeit zurückzuführen, sondern darauf, daß sie ganz oder teilweise unvereinbar sind mit Gesellschaftsstrukturen auf bestimmten weniger entwickelten Stufen wirtschaftlichen Wachstums.

Eine zweite Überlegung ist die, daß uns bei der Beurteilung der Natur des Übergangsprozesses das übliche Maß der durchschnittlichen Produktion im Stich lassen könnte. In der Geschichte sind ökonomische "Revolutionen", die mit den "explosiven" Übergangsstufen zusammenfielen, auch Perioden schnellen Bevölkerungswachstums gewesen, obwohl es keine innere Notwendigkeit dafür zu geben scheint. Dies bedeutet, daß die Zuwachsrate des Sozialprodukts gewöhnlich schneller wächst als die des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung. Nach den Daten, die Colin Clark³⁰ veröffentlicht hat, hat sich z.B. das Sozialprodukt Japans in den 27 Jahren von 1887 bis 1914 mehr als verdoppelt, während das Sozialprodukt pro Kopf in derselben Zeit nur um 61 % zunahm. Von 1914 - 1924 hat sich das Sozialprodukt wieder mehr als verdoppelt, während es pro Kopf der Bevölkerung um knapp 100 % zunahm. Das Sozialprodukt hat sich in den nächsten 13 Jahren, von 1924 - 1937, wiederum mehr als verdoppelt, während es pro Kopf nur um 80 % zunahm. Hätten wir die Zunahme des Sozialprodukts mit Daten über effektives pro-Kopf-Einkommen anstatt über Sozialprodukt pro Kopf verglichen, wären die Unterschiede der Wachstumsraten noch größer gewesen.

Das Wachstum der entwickelten Nationen Europas, der Vereinigten Staaten, Kanadas, Australiens und Japans ist mindestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts und in einigen Fällen (vor allem in Großbritannien

³⁰ Colin Clark, The Conditions of Economic Progress, 2. Aufl., London: Macmillan & Co. 1951, S. 136 - 37.

436

und den Vereinigten Staaten) sogar länger verfolgt worden. Für alle diese Länder ist ermittelt worden, daß das Bruttosozialprodukt sich pro Jahrhundert wenigstens verzehnfachte. In derselben Periode erhöhte sich nicht nur das Nationalprodukt, sondern vermehrte sich auch die Bevölkerung mit einem Multiplikator von 1,9 - 8,7. Das Sozialprodukt pro Kopf nahm daher um 3 - 12 mal zu. Die genauen Zahlen für diesen Zuwachs während der letzten 100 Jahre werden von Kuznets gegeben³¹.

Die Übergangsperiode ist eher durch ein schnelles Wachstum des Sozialprodukts als des durchschnittlichen effektiven Einkommens gekennzeichnet. Die Früchte der wirtschaftlichen Entwicklung in Form verbesserter Lebensbedingungen für die breite Bevölkerung können erst wachsen, wenn der Übergangsprozeß in voller Bewegung ist, oder, in extremen Fällen, wenn dieses Stadium bereits zu Ende gegangen ist. Wie läßt sich nun der Transformationsprozeß von der Stufe der Unterentwicklung zu der des Fortschritts unterscheiden von einem Prozeß gradueller, langsamer Zunahme des Volkseinkommens, die neben anderen Gründen auch einfach durch Bevölkerungswachstum verursacht worden sein kann? Dies ist eine unbequeme Frage, denn wie Professor Viner gezeigt hat³², ist wirtschaftliches Wachstum möglicherweise nur "das Ergebnis des Wachstums einer Bevölkerung, die furchtbar arm, schlecht ernährt, schlecht behaust, schlecht regiert, ungewaschen, ungeführt und krank war und bleiben wird".

Es ist klar, daß die rein ökonomischen Maßstäbe in einem solchen Fall nicht ausreichen. Selbst die sogenannten nicht-monetären Indikatoren, wie z.B. die Zahl der Hospitalbetten pro 100 Personen, die Analphabetenrate oder Verbrauch von qm Tuch pro Person und Jahr helfen nicht weiter. Das einzige Kriterium dafür, ob wir es mit wirtschaftlicher Entwicklung zu tun haben oder nicht, ist das Ausmaß der Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur. Der Innovationsprozeß, den Ökonomen gewöhnlich nur zur Erklärung ökonomischer Variablen annehmen, kann auch soziale Innovationen hervorbringen. Nur wenn die ökonomischen Innovationen so groß oder schwerwiegend sind, daß sie die Struktur der gesamten Gesellschaft berühren, können wir von genuiner wirtschaftlicher Entwicklung sprechen.

Die dritte allgemeine Überlegung über die Natur des Übergangsprozesses steht noch aus. Bis hierhin hat sich die Diskussion, zumindest in ihren theoretischen Teilen, auf einer so allgemeinen Ebene bewegt, daß der Eindruck entstanden sein kann, der Entwicklungsprozeß, und insbesondere die Übergangsstufe, folge einem ziemlich strengen Muster.

³¹ Simon Kuznets, Modern Economic Growth: Rate, Structure, and Spread, New Haven: Yale University Press 1966, S. 64 - 65.

³² Siehe auch Jacob Viner, International Trade and Economic Development, Glencoe, Illinois: The Free Press 1952.

Das ist natürlich nicht der Fall. Ich habe schon ausgeführt, daß der Prozeß des Wirtschaftswachstums wesentlicher Teil der Geschichte einer Gesellschaft ist und daß man in die Natur des Wachstumsprozesses aus historischer Sicht tiefere Einblicke bekommt, als durch jede Generalisierung hypothetischer Situationen; denn diese führt zu widersprüchlichen Annahmen, die für die Analyse der Übergangsstufe in den Wirtschaftswissenschaften charakteristisch sind. Historische Studien können auch tiefere Einsichten vermitteln als die stillschweigende oder explicite Annahme, daß zur Zeit unterentwickelte Länder nur in ganz grundlegenden sozio-kulturellen Aspekten die Abbilder früherer historischer Stufen von gegenwärtig entwickelten Ländern sind. Aber auch wenn das Studium des wirtschaftlichen Wachstums durch Konzentration auf historische Entwicklungsmuster entscheidend vorangetrieben werden kann, müssen wir uns davor hüten, in das andere Extrem zu verfallen, jeden Prozeß wirtschaftlichen Wachstums als so einzigartig anzusehen, daß sein Studium nicht zur Erkenntnis von allgemein anwendbaren Faktoren führen kann.

Ein Versuch, aus historischen Studien allgemein anwendbare Lehrsätze abzuleiten, ist von Professor Simon Kuznets³³ unternommen worden. Kuznets hebt aus den Thesen, die er aus seiner Studie über historische Entwicklungsmuster — insbesondere in den Ländern, die heute die höchsten pro-Kopf-Einkommen haben — abgeleitet hat, und die er für allgemein gültig hält, die folgenden vier hervor:

- 1. Die größten Steigerungen des effektiven Einkommens wurden in den letzten 150 bis 200 Jahren erreicht. Das würde bedeuten, daß die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Welt vor mehr als 200 Jahren oder wenn wir eine mehr oder weniger lange Entstehungsperiode annehmen vor mehr als 300 Jahren, für unser Problem von geringer Bedeutung wäre.
- 2. Die wesentlichen Fortschritte wurden in Verbindung mit der Industrialisierung gemacht, d. h. der "breiten Anwendung von empirisch begründetem Wissen auf das Problem wirtschaftlicher und sozialer Technologie".
- 3. Der Beginn einer so charakterisierten Wirtschaft erfordert ein "kulturelles Milieu, dessen Wertsystem aufgeschlossene Ansichten über die Natur, eine leidenschaftslose Betrachtung empirischer Ergebnisse und den festen Wunsch, das materielle Wohlergehen der Menschheit zu mehren, nicht verhindert".

Die beiden letzten Thesen sind weithin akzeptiert; man stimmt ihnen allgemein als Bedingungen und/oder Ergebnis wirtschaftlichen Fort-

³³ Simon Kuznets, Six Lectures on Economic Growth, Glencoe, Illinois: The Free Press 1959, S. 109 ff.

schritts zu. In der Tat richten sich die Bemühungen der meisten Entwicklungsländer heute auf den Aufbau größerer Industriesektoren. Eines der Haupthindernisse für dieses Bemühen ist die Hartnäckigkeit der traditionellen, sogenannten "irrationalen" Wertvorstellungen bei vielen Menschen in wirtschaftlich wenig entwickelten Gesellschaften. Die gemeinsamen Bemühungen der Vereinten Nationen, der Weltbank, der FAO und anderer Organisationen sind daher auf die Bereitstellung moderner Technologien gerichtet, während die komplementären Bemühungen der UNESCO sich auf die simultane Beseitigung des Analphabetentums und die Bereitstellung besser angepaßter Erziehungs- und Forschungseinrichtungen konzentrieren, um damit eine Basis für kulturellen Wandel zu schaffen.

4. Die letzte allgemeine Schlußfolgerung von Kuznets ist die These, daß der Beginn der Industrialisierung offensichtlich privates Unternehmertum als Hauptform wirtschaftlicher Ordnung und Demokratie (im westlichen Sinne) als die bestimmende Form politischer Ordnung voraussetzt. Zusammengefaßt gipfeln Kuznets' Thesen darin, daß der moderne westliche freie Unternehmer-Kapitalismus bisher die einzige Gesellschaftsform gewesen ist, die ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt hat, die Produktivkräfte der Wirtschaft so weit zu entwickeln, daß ein bemerkenswerter Zuwachs des Real-Einkommens erzielt wird.

Es bleibt noch zu entscheiden, ob die vier von Kuznets herausgestellten Faktoren in irgendeiner Weise untereinander in Beziehung stehen, oder ob sie nachweisbar von einer anderen Variablen abhängig sind, die er nicht besonders behandelt hat.

Kuznets' Theorie wird schon dadurch eingeschränkt, daß er nur historische Wachstumsprozesse von Ländern untersucht, die — auf der Basis eines Sektorenquerschnitts — die höchsten pro-Kopf-Einkommen aufweisen. Wenn es auch einsichtig ist, daß die am weitesten entwickelten Länder für das Studium des Wachstumsprozesses einen besonders hohen Erkenntniswert haben, hätte eine Analyse der vorherrschenden sozialen Beziehungen in diesen Ländern gezeigt, daß sie gleiche politische und sozio-ökonomische Fundamente haben. Außerdem hätte eine Generalisierung unserer Erkenntnisse über den Entwicklungsprozeß Vergleiche mit Ländern gefordert, die zwar schon deutlich wirtschaftliches Wachstum aufweisen, aber noch nicht in die Gruppe der etwa 15 Länder mit dem höchsten pro-Kopf-Einkommen eingestuft werden können.

Wo solche vergleichenden Studien gemacht worden sind, haben sie gewöhnlich die implicite Annahme gestützt, daß zukünftige Wachstumschancen in den Gesellschaften am günstigsten sind, die auch schon in der Vergangenheit den schnellsten und größten Fortschritt erzielt haben. Wir wollen uns daran erinnern, daß die erste von uns zitierte

Kuznets-These sich darauf bezog, daß der Wachstumsprozeß in den fortgeschrittenen Ländern relativ jung ist. Das verweist auf seine enge Verbindung mit dem Industrialisierungsprozeß und darüber hinaus mit der Anwendung einer Technologie, die der besonderen Ausstattung der Industrieländer mit Ressourcen entspricht. Mit anderen Worten: Auf der Grundlage von Rohstoffen, die in den entwickelten Ländern überreichlich vorhanden waren, wurde eine Technologie entwickelt, die für die industrielle und damit die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder besonders geeignet war. Geht man von dieser Technologie aus. so sind die weniger entwickelten Länder in einer benachteiligten Lage in Bezug auf ihre Chancen, den Entwicklungsstand der am meisten begünstigten Gesellschaften zu erreichen; sie werden sie vielleicht nie einholen. Mehr noch: Wie die entwickelten Länder im Zuge der Industrialisierung durch Anwendung einer auf ihre Ressourcen abgestimmten Technologie die ärmeren Länder in den letzten 150 oder 200 Jahren überflügeln konnten, so erlaubt ihnen die fortgesetzte Wirkung der grundsätzlich gleichen Technologie, die ärmeren Länder mit der Zeit noch weiter hinter sich zu lassen. Trotz der spezifischen Aufteilung der natürlichen Rohstoffvorkommen auf entwickelte und unterentwickelte Länder kann in den ärmeren Ländern natürlich wirtschaftliches Wachstum durch Industrialisierung und die Einführung westlicher Technologien entstehen. Die Rohstoffverteilung kann aber den möglichen Entwicklungsgrad und die Schnelligkeit limitieren, mit der diese Länder signifikante Produktionssteigerungen erreichen können. Dabei wird allerdings unterstellt, daß diese Technologie, vor allem der Kohle-Öl-Stahl-Komplex, die Grundlage industriellen Wachstums bleibt. Wenn Kohle und Öl durch andere Energiequellen, z. B. durch spaltbares Material. und wenn Eisen und seine Derivate durch andere Grundstoffe, die, wie z.B. Aluminium, in den ärmeren Ländern leichter verfügbar sind. ersetzt werden könnten, wäre eine technische Revolution denkbar, die die relativen Chancen wirtschaftlichen Fortschritts durch die Industrialisierung der ärmeren Länder langfristig verbessert.

Solange wir davon ausgehen, daß eine industrielle Technologie auf der Grundlage von Kohle, Öl und Eisen als Hauptrohstoffen überwiegt, müssen wir auch annehmen, daß wirtschaftliches Wachstum zwar in allen Gesellschaften möglich ist, nicht aber alle in die Lage versetzt, denselben Fortschrittsgrad (ausgedrückt als Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung) zu erreichen. So können wir auch erklären, warum die Sowjetunion bessere Aussichten hat, den Abstand aufzuholen und vielleicht sogar einige westeuropäische Länder zu überflügeln, als Japan, Indien oder die südostasiatischen Länder. Auch der spektakuläre Aufschwung der Vereinigten Staaten und der etwas weniger spektakuläre Deutschlands kann ähnlich analysiert werden. Da es unmöglich ist, innerhalb tolerierbarer Fehlergrenzen vorauszusagen, wie die eventu-

ellen Entwicklungsaussichten der verschiedenen Länder wären, wenn sich die technologischen Rahmenbedingungen der Industrialisierung radikal veränderten, gehen alle alternativen Wachstumsmodelle von der heutigen westlichen Technologie aus.

Wenn man die Technologie als gegeben voraussetzt, gibt es zwei weitere Variablen, die einen wesentlichen Einfluß auf das Wachstumsmodell haben. Die erste wird oft mit der Mensch/Boden-Rate in Verbindung gebracht bzw. der Bevölkerungsdichte pro Rohstoffeinheit zu Beginn des Wachstums. Die zweite bezieht sich auf den Grad an Autonomie und Spontaneität, mit dem der Wachstumsprozeß in Gang gesetzt wird34. Die erste Gruppe von Variablen legt also fest, ob der Wachstumsprozeß primär nach innen gerichtet ist, d. h. ob er überwiegend eine Intensivierung wirtschaftlicher Aktivität in einem vorgegebenen geographischen Raum ist, oder ob er primär nach außen gerichtet ist, d. h. überwiegend in einer Ausdehnung der wirtschaftlichen "Grenze" und einer allmählichen räumlichen Expansion des Gebiets mit einer fortschrittlicheren Technologie und Wirtschaftsordnung besteht. Der kapitalistische Entwicklungsprozeß in der westlichen Welt zeigt, global betrachtet, sowohl das nach innen als auch das nach außen gerichtete Wachstumsmuster. Ich glaube, daß es das Hauptverdienst von W. W. Rostows Buch "The Stages of Economic Growth"35 gewesen ist, nicht nur die Existenz dieser beiden Wachstumsmuster aufgezeigt, sondern sie auch mit Schwankungen anderer wichtiger wirtschaftlicher Variablen, wie z. B. den Preisen usw. in Verbindung gebracht zu haben. Der Wachstumsprozeß des westlichen Kapitalismus mag zwar insgesamt sowohl nach innen als auch nach außen gerichtete Züge haben, er zeigt aber in verschiedenen Ländern der westlichen Welt eine große Variationsbreite. So sind in einigen von ihnen, z.B. in Deutschland und in der Schweiz, intensive Wachstumsmuster viel wichtiger als in anderen Ländern, wie z.B. in den Vereinigten Staaten oder Australien, in denen eine Ausdehnung der Siedlungsgrenze ein deutliches Charakteristikum des Entwicklungsprozesses ist.

Es wäre natürlich falsch anzunehmen, daß jedes Land oder jede Region, deren Wirtschaftsgeschichte bekannt ist, entweder ein intensives oder ein expansionistisches Wachstumsmuster in reiner Form zeigt. Der Fall Großbritannien ist ein Beispiel für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen intensiver und expansionistischer Entwicklung. Obwohl in den älteren industriellen Zentren — z. B. in London, Bristol,

^{34 &}quot;Formen wirtschaftlichen Wachstums", in: Bert F. Hoselitz, Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Wandel, Berlin: Duncker & Humblot 1969, S. 54 - 74.

³⁵ W. W. Rostow, The Stages of Economic Growth, 2. Aufl., Cambridge University Press 1971. Die zweite Auflage enthält Rostows Entgegnungen auf seine Kritiker; obwohl es mehreren seiner intelligentesten Kritiker gelungen ist, seine These zu widerlegen, erhält er sie voll aufrecht.

Sheffield, Birmingham — intensive Wachstumsmuster überwogen, lassen sich deutlich mehrere expansionistische Episoden unterscheiden: Das Trockenlegen der Sümpfe kann als ein Prozeß der Binnenkolonisation betrachtet werden; und auch die wachsende Kohlen- und Eisenproduktion in Süd-Wales, im Nordosten von England und Schottland sowie die Entwicklung der Textil- und anderer Industrien, etwa im neuen Industriezentrum Lancashire, die eine umfangreiche Binnenwanderung in Gang setzten, müssen als Ausdehnung der internen geographischen Grenzen betrachtet werden. Schließlich brachten im 19. Jahrhundert die Zunahme der Auslandsinvestitionen und die Auswirkung der rückfließenden Gewinne aus diesen Investitionen wichtige Impulse für das weitere britische Wirtschaftswachstum.

Die Schweiz und Deutschland, die skandinavischen Länder und Belgien, aber auch Frankreich und sogar Japan weisen überwiegend nach innen gerichtete Wachstumsmuster auf. Einige Länder, wie Belgien, Dänemark und die Schweiz hatten nur begrenzte Möglichkeiten einer "Binnenkolonisation". Aber selbst einige der größeren Länder, wie etwa Frankreich, hatten vor Beginn der industriellen Revolution eine so ausgeglichene Struktur, daß im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung relativ wenig "neue" Gebiete innerhalb der Landesgrenzen erschlossen wurden. Auslandsinvestitionen und koloniale Expansion spielten zwar eine Rolle, waren aber insgesamt viel beschränkter als in Großbritannien. Für Japan waren der Erwerb Koreas und Taiwans sowie die spätere Beherrschung der Mandschurei sicher wichtige Ereignisse, die die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Kernlandes stark beeinflußten. Der Wachstumsprozeß war jedoch im wesentlichen auf das Mutterland konzentriert. Mit Ausnahme von Hokkaido, dessen neues Ackerland im letzten Jahrhundert von landhungrigen Bauern in Besitz genommen wurde, war Japans gesamte landwirtschaftliche Anbaufläche schon seit Jahrhunderten genutzt worden; das Wachstum der Industrie überlagerte den ursprünglichen bodenständigen Handel und das Handwerk in Städten wie Tokio, Osaka, Kyoto und anderen, die bereits vor dem Ende der Schogunen-Herrschaft etwa eine Million Einwohner hatten.

Von diesen Ländern unterscheidet sich das Wachstumsmuster der Vereinigten Staaten, Kanadas und Australiens grundlegend. Es erübrigt sich, an dieser Stelle die Geschichte der Besiedlung Nordamerikas oder Australiens detailliert wiederzugeben, aber man gewinnt
einen Begriff vom Ausmaß der Bevölkerungsbewegung und der damit
verbundenen Siedlungsexpansion, wenn man sich ins Gedächtnis zurückruft, daß 1860, am Vorabend des ungeheuren industriellen Aufschwungs in den Vereinigten Staaten, Chicago knapp 100 000 Einwohner hatte, Minneapolis, Cleveland und Detroit kaum mehr als Dörfer

und Los Angeles, Denver und Seattle nur Punkte auf der Landkarte waren. Die Bedeutung dieses Wachstumsmusters für unsere Zwecke liegt nicht so sehr darin, daß riesige Flächen dem ökonomisch effektiven Gebiet eines Landes hinzugefügt wurden oder daß Heroismus und Romantik des Zuges nach Westen neue Inspirationen brachten. Seine Bedeutung liegt vielmehr darin, daß es vom Erscheinen eines einzigartigen Massenphänomens abhängig war: von der Bereitschaft, ja sogar dem Eifer ganzer Personengruppen, die Sicherheit der vertrauten Umgebung aufzugeben und sich in der Wildnis oder Beinahe-Wildnis niederzulassen.

Der Zug nach Westen kann nicht einfach durch den Bevölkerungsdruck oder gar durch rein ökonomische Motive erklärt werden, wie etwa niedrige Löhne oder geringe landwirtschaftliche Erträge. Freilich hatte dieser Zug sowohl ökonomische Auswirkungen für die, die an ihm teilnahmen, als auch für die, die zurückblieben. Das Siedeln im Westen schien nämlich vielen, die zumindest rudimentäre landwirtschaftliche Kenntnisse hatten, eine Chance zu bieten. Obwohl die Mehrheit der Siedler Bauern oder Bauernsöhne waren, profitierten die Arbeiter in den Städten darum nicht weniger von deren Zug nach Westen, da ohne diese Bewegung die breite Masse des städtischen Proletariats weiter angeschwollen wäre. Auf diese Weise trug die Ausdehnung der Siedlungsgrenze dazu bei, in den älteren Siedlungszentren den Druck von den Löhnen zu nehmen und die Vorstellung zu fördern, daß die Siedler zwar ihr Glück versuchten, dabei aber auch die echte Chance hatten, eine neue Welt zu gewinnen; gleichzeitig übte sie einen starken und festigenden Einfluß auf die alte amerikanische Doktrin von der Gleichheit der Chancen aus.

Aber die Interaktion zwischen dem Prinzip der Chancengleichheit einer der ideologischen Grundlagen der amerikanischen Gesellschaft und den Motiven, die die Menschen in den unbekannten Westen trieben, war viel komplexer. Das Einverständnis über die Möglichkeiten jedes fleißigen, ehrlichen und sparsamen Menschen, seine wirtschaftliche Lage langfristig zu verbessern, war so allgemein, daß man die Doktrin von der Chancengleichheit als Kern des expansionistischen Wachstumsmusters der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung bezeichnen kann. Mehr als ein Jahrhundert lang verließen Amerikaner, die ihr Leben recht bequem im vertrauten Kreis ihrer Freunde und langjährigen Bekannten hätten verbringen können, ihre Städte und Dörfer und gingen in die neuen unwirtlichen Gebiete des Westens, wo sie oft isoliert lebten und ständig im harten Kampf mit der Natur, Indianern und Plünderern lagen. Man muß bedenken, daß die Entscheidung, westwärts zu ziehen, fast immer - zumindest für einige Zeit - Mühe und Entbehrungen mit sich brachte und daß Gewinne, wenn sie überhaupt erzielt wurden, nur höchst selten für die Siedler selbst, sondern erst für deren Kinder oder Enkel erwuchsen. Hier kann man ein deutsches Sprichwort über die Auswanderer anführen: Der erste hat den Tod, der zweite hat die Not, der dritte hat das Brot.

Rein ökonomisch gesehen, handelten viele der Siedler also sehr irrational, als sie nach Westen zogen. Einige taten es offensichtlich, weil sie der Meinung waren, ihre wirtschaftliche Lage in der Heimat sei hoffnungslos. Andere versuchten, ihrer Familie oder anderen persönlichen Bindungen zu entfliehen, mit denen sie nicht zurechtkamen. Einige flüchteten von einem Ort, an dem sie in ein Verbrechen oder eine andere unehrenhafte Tat verwickelt waren; wieder andere waren religiöse Fanatiker oder reine Abenteurer, die ein freies und gefahrvolles Leben suchten. Bei vielen, vielleicht bei allen Siedlern, spielten starke persönliche Motive eine Rolle. Aber alle diese unterschiedlichen Motive ließen sich in extern analoge Aktionen umsetzen durch einen Faktor, nämlich die Macht einer egalitären Ideologie, die ihre Wurzeln im sozialen Gedankengut aus der Zeit vor und während der amerikanischen Revolution hatte. In ihrer allgemeinsten Form bestand sie aus Teilen der alten puritanischen Doktrin und neueren Gedanken aus dem Kreis um Thomas Jefferson. In ihrer spezifischeren Form führte sie zur Besiedlung des Westens, zur Suche nach Glück und Erfolg in jenen weiten leeren Gebieten, zu denen die Amerikaner sich schicksalhaft hingezogen fühlten.

Auf lange Sicht erfüllte sich schließlich diese Erfolgserwartung. Die allmähliche Besiedlung des amerikanischen Westens trug nicht nur dazu bei, die bereits angehobenen Real-Einkommen der Zurückgebliebenen zu erhalten und zu verbessern, langfristig führte sie auch zum Wohlstand derer, die selbst nach Westen gezogen waren. Viele erlebten diesen Wohlstand nicht mehr selber, aber ihre Kinder und Enkel profitierten von der Beharrlichkeit der ersten Siedler und wurden so zum lebendigen Beweis dafür, daß Ausdauer und Entbehrungen sich gelohnt hatten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Zug nach Westen viel von seiner früheren Romantik verloren, aber auch die schlimmsten Risiken und Härten gab es nicht mehr. Dafür begannen Getreide und Fleisch des Westens, seine Minerale und seine Früchte den Weltmarkt zu erobern.

Ich kann nicht ebenso ausführlich auf den parallelen Entwicklungsprozeß in Kanada und Australien eingehen, aber eine Untersuchung der Besiedlung des britischen Teils von Nordamerika und des australischen Kontinents würde die Existenz ähnlicher Faktoren wie in den Vereinigten Staaten zeigen. Sogar die frühen Phasen des Vorstoßes nach Sibirien im 18. und 19. Jahrhundert scheinen von einer egalitären und freiheitlichen Ideologie getragen worden zu sein, die in völligem Gegen-

satz zum offiziellen Zarismus und heutigen Bolschewismus stand. Die Hauptexpansion in das russische Asien fand jedoch während der letzten zwanzig Jahre unter bolschewistischer Herrschaft statt. Nur stand sie jetzt nicht mehr im Zeichen einer Ideologie der Freiheit und der Suche nach dem Glück, sie wurde vielmehr durch staatliche Machtmittel erzwungen.

Nun ist die Tatsache, daß die Sowjetunion wirtschaftliches Wachstum nach dem expansionistischen und Japan nach dem intensiven Muster erfahren hat, ein Beweis dafür, daß das erste nicht unbedingt an eine Ideologie gebunden sein muß, wie sie das Amerika des 19. Jahrhunderts prägte, und daß das zweite nicht notwendig die Evolution einer kapitalistischen Geisteshaltung voraussetzt. In allen Fällen "autonomen" Wachstums haben Ideologien einen tiefgreifenden Einfluß gehabt. Es gibt jedoch auch "induzierte" Entwicklung. Das bedeutet, daß man sich weniger auf die ungeplante, mehr zufällige Kombination von Faktoren zu einem System von entwicklungsfördernden sozialen Werten verläßt, sondern vielmehr alle Kräfte und Fähigkeiten einer Gesellschaft auf das Ziel wirtschaftlichen Fortschritts hin bewußt organisiert und ordnet.

Wir erhalten folglich vier Grundmuster wirtschaftlichen Wachstums, je nachdem, ob es autonom oder induziert, intensiv oder expansionistisch ist. Großbritannien und die westeuropäischen Länder repräsentieren den autonomen intensiven Entwicklungstyp, die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien den autonomen expansionistischen Typ, Japan den induzierten intensiven und die Sowjetunion den induzierten expansionistischen Typ. Wir können nur höchst ungenau voraussagen, nach welchem Muster sich die verschiedenen zur Zeit unterentwickelten Länder weiterentwickeln werden. Sieht man aber die relativ dichte Besiedlung vieler unterentwickelter Länder und die zunehmend wichtige Rolle, die eine bewußte Entwicklungsplanung in ihnen spielt, dann kann man damit rechnen, daß der induzierte intensive Entwicklungstyp überwiegt. Das bedeutet, daß die Erfahrungen Japans vor denen aller anderen Länder Modellfunktion für die Entwicklungsstrategien der zur Zeit unterentwickelten Länder haben werden.

Wir haben sorgfältig drei Stufen in der Entwicklung von Wachstumstheorien untersucht. Zuerst haben wir das klassische Modell betrachtet, das in der wirtschaftlichen Stagnation endet. Wir haben dann die kapitalistische Schule untersucht, die offenbar mit einer rationalistischen Wirtschaft endet, die den visionären Elan der frühen Unternehmer verloren und durch rationale Geschäftsmethoden ersetzt hat. Wir haben uns drittens mit der modernen Theorie von Kuznets befaßt, vor allem mit der geläufigsten seiner Grundthesen, daß man Entwicklung nicht

nur mit Hilfe der ökonomischen Theorie verstehen kann, sondern auch die wirtschaftliche Praxis berücksichtigen muß.

Kuznets' Theorie hat sich von der Stolzmanns entfernt, so wie Stolzmann sich seinerzeit von den Klassikern entfernt hat. Wir sehen also, daß die Entwicklungstheorie in ihrer über 150jährigen Geschichte große Veränderungen erfahren hat. Obwohl einige der älteren Theorien auch heute noch für uns verständlich sind, haben sie keinen Bezug mehr zur wirtschaftlichen Realität. So wie Böhm-Bawerk und Stolzmann um die Jahrhundertwende vorauszusagen versuchten, in welche Richtung sich die Theorien entwickeln würden, habe ich gezeigt, daß in den Vereinigten Staaten (und ich glaube auch in anderen Ländern) die Theorie weit über Böhm-Bawerk und Stolzmann hinausgegangen ist. Wir müssen wieder 50 Jahre warten, um zu sehen, ob dann die Theorien von heute Bausteine eines neuen und verbesserten theoretischen Verständnisses der Entwicklung der Welt geworden sind.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren, wir haben Herrn Professor Hoselitz sehr dafür zu danken, daß er uns in so anschaulicher Weise und in einem großen Wurf die Entwicklungstheorien vornehmlich der letzten beiden Jahrhunderte vorgeführt hat. Das Referat bildet eine recht gute Basis für die kommende Diskussion. Ich danke Ihnen nochmals sehr für Ihr Referat, wenn der deutsche Vortrag für Sie verständlicherweise auch einige Sprachschwierigkeiten mit sich gebracht hat.

Wir haben als ersten Diskussionsbeitrag eine Stellungnahme von Herrn Fischer.

Wolfram Fischer (Berlin):

Herr Hoselitz hat das Thema seines Vortrags über die Natur der wirtschaftlichen Entwicklung im wesentlichen dogmengeschichtlich angefaßt. Er vergleicht drei Gruppen von Lehrmeinungen: die klassische Theorie — besonders Ricardo und Mill —, die Stufentheoretiker — bei ihm im wesentlichen repräsentiert durch Sombart — und die modernen Wachstumstheorien — besonders Kuznets —, in die er seine eigenen Vorstellungen einbringt — diesen Teil hat er in seinem Referat weggelassen —; sie sind wesentlich von soziologischen Denkern wie Talcott - Parsons beeinflußt.

Eine Kritik dieses Vorgehens könnte ebenso dogmengeschichtlich ansetzen, etwa bei der Auswahl der Repräsentanten der drei Richtungen oder bei der Interpretation, die diese Repräsentanten durch ihn erfahren haben. Man könnte etwa darauf hinweisen, daß Adam Smith als Entwicklungstheoretiker wichtiger war als Ricardo und daß sicherlich Marx, vielleicht auch Bücher als Stufentheoretiker bedeutender waren als der Epigone Sombart oder daß vielleicht auch Max Weber in diesem Zusammenhang wichtiger gewesen wäre. Man könnte auch sagen, daß Kuznets zwar der führende Repräsentant der empirischen Wachstumsforschung, wohl aber nicht der führende moderne Wachstumstheoretiker sei. Ich möchte diese mögliche Art von Kritik hier nur andeuten, nicht aber ausführen.

Eine zweite Art des Vorgehens wäre, die Annahmen, die Hoselitz besonders im letzten Teil des papers macht und mit denen er sich am

stärksten identifiziert — diesen Teil hat er hier allerdings nicht vorgetragen —, inhaltlich zu prüfen und zu fragen, ob die vier Grundmuster wirtschaftlichen Wachstums, die er in dem von ihm erwähnten Buch "Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Wandel", einer Aufsatzsammlung, entwickelt hat — das autonome, das induzierte, das intensive und das expansionistische Wachstum —, zufriedenstellende Erklärungen des Entwicklungsprozesses der Wirtschaft zu geben vermögen. Auch diesen Weg, der sehr interessant und besonders natürlich für den Wirtschaftshistoriker verlockend ist, möchte ich hier nicht gehen, da er wohl zu sehr ins Detail führt.

Ich will meinen Diskussionsbeitrag vielmehr auf die mehr methodologische Frage konzentrieren, welchen Typus von Erklärungen Hoselitz uns hier vorgeführt hat, auf welche Weise die von Hoselitz behandelten Wissenschaftler das Phänomen der wirtschaftlichen Entwicklung zu begreifen versuchen und wohin uns verschiedene Arten des Vorgehens führen. Wenn ich die Intention der Veranstalter dieses Kongresses richtig verstehe, so geht es ihnen in diesem Arbeitskreis vor allem um die Klärung der Frage, ob die Wirtschaft ein autonomer Bereich menschlichen Handelns ist, dem bestimmte Gesetze inhärent sind, die die Wissenschaft lediglich zu entdecken hat, um eine genügende Erklärung des Wirtschaftsprozesses zu liefern, oder ob Wirtschaft in umfangreichere soziale und politische Zusammenhänge eingebettet ist, die auf die wirtschaftliche Entwicklung einwirken und sie möglicherweise stärker bestimmen als solche Faktoren, die man als ökonomisch in engerem Sinne isolieren kann. Wenn ich den Titel dieses Vortrages richtig verstanden habe, geht es darüber hinaus aber noch um mehr, nämlich um die Frage, ob es der Wissenschaft gelingen kann, objektive, von ihr selbst nicht beeinflußbare Gesetze zu finden, die in ihrem Objekt sozusagen vorgegeben sind, oder ob sie Theorien, d. h. logisch konsistente Erklärungssysteme entwickeln soll, die sie an eine diffuse, selbst nicht sprechende oder sich enthüllende Wirklichkeit, in diesem Fall wirtschaftliche Entwicklung genannt, anlegt, um zu überprüfen, ob sie dem Verifikations- oder Falsifikationsprozeß standhalten und wie weit ihr Erklärungswert reicht.

Im Grunde handelt es sich dabei um ein uraltes erkenntnistheoretisches Problem. Alexander Gerschenkron ist in dem ersten Teil seines Referates, das heute früh hier verlesen wurde, ebenfalls darauf eingegangen und hat betont, daß uns dieses Problem seit 25 Jahrhunderten, nämlich seit Platon und Aristoteles, beschäftigt. Im Spätmittelalter fochten die Philosophen unter dem Stichwort "Realismus versus Nominalismus" um die richtigen Prinzipien der Erkenntnis, im 17. und 18. Jahrhundert die Empirizisten gegen die Rationalisten, im 19. Jahrhundert die Dialektiker, aber auch die auf der historischen Verstehens-

lehre gründenden Geisteswissenschaftler gegen die Positivisten. Heute ist der Streit, hauptsächlich freilich — das muß man wohl betonen — im deutschen Sprachgebiet, wiederaufgelebt, wobei auf der einen Seite neben den Vertretern des dialektischen Materialismus auch die Ganzheitstheoretiker und Hermeneutiker, auf der anderen Seite die kritischen Rationalisten à la Popper stehen.

Diese grundsätzliche Verschiedenheit der Auffassungen über die Bedingungen der Möglichkeit von Erkenntnis scheint mir nun in Professor Hoselitz' Referat nicht genügend herausgearbeitet zu sein, wohl aber immer wieder durchzuklingen, jedenfalls für mich, der ich den Vorzug hatte, das Referat im ganzen zu lesen. Wenn ich ihn richtig interpretiere, so scheint er die erste und die dritte seiner drei Gruppen, also die Klassiker und die modernen Wachstumstheoretiker, eher der Partei des kritischen Rationalismus zuzuordnen, die zweite hingegen also Sombart und in gewissem Sinne Marx, über den er einige Bemerkungen ebenfalls hat wegfallen lassen — der Gruppe der Essentialisten, Holisten oder wie immer man die Vertreter der Auffassung nennen kann, daß die Wirtschaft sich in klar voneinander abgegrenzten Stufen nach festzustellenden objektiven Prinzipien entwickelt, die der Wissenschaftler nur zu enthüllen braucht, weil sie im Objekt selbst vorgegeben sind. Hoselitz bemerkt von dem Repräsentanten dieser Gruppe, Sombart, mit Recht - ich zitiere ihn hier, weil er es selbst in seinem Vortrag weggelassen hat —, daß er, um den Übergang von einer Stufe zur nächsten zu erklären, auf das Eingreifen eines deus ex machina angewiesen ist, und zwar in diesem Fall auf die Veränderung der Wirtschaftsideologie, und daß die Nützlichkeit des Sombartschen Beitrages weder in seiner inhaltlichen Aussage noch gar in seiner Methode liegt. Er sieht jedoch die große Bedeutung der Stufentheoretiker wie Sombart darin, daß ihr Konzept der Wirtschaftsstufen und - ich zitiere hier wieder Hoselitz - "die Formen ökonomischer Organisation mit anderen korrespondierenden sozio-strukturellen und politischen Faktoren, vielleicht auch vorherrschenden Tendenzen ökonomischer Motivationen" in Beziehung setzt. Nur die fertige soziale Theorie, die die Art der Interdependenz erhält, fehlte Sombart und anderen noch.

Meine Frage an den Referenten ist nun, ob er glaubt, daß wirklich nur Stufentheorien oder Theorien vom gleichen logischen Typus, wie sie Bücher, Marx, Sombart oder auch Rostow entwickelt haben, die Voraussetzung für eine zufriedenstellende Erklärung der Interdependenz von sogenannten ökonomischen mit sogenannten nichtökonomischen Faktoren bilden können, ob wir uns also nach seiner Meinung, wenn wir eine solche umfassendere Erklärung sozialer Wirklichkeit anstreben, notwendigerweise auf Theorien eines Typs einlassen müssen, die nach seiner eigenen Meinung weder inhaltlich noch methodisch

zufriedenstellend sind, sondern im deus ex machina die Offenbarung einer letzten, alles verursachenden Ursache brauchen. Schließt eine nominalistische Theorie, die sich mit Hypothesen bescheidet, die sie jeweils an der diffusen Wirklichkeit überprüft und nur schrittweise fortzuentwickeln hoffen kann, die Formulierung von Interdependenz zwischen ökonomischen und nichtökonomischen Faktoren wirklich aus? Meiner Meinung nach ist das nicht der Fall.

Nach meiner wissenschaftstheoretischen Auffassung sind solche konventionellen Unterscheidungen wie die von ökonomischen und nichtökonomischen Faktoren ohnehin nur vorläufiger und hypothetischer
Natur, um die Arbeit des Forschers zu erleichtern, um die diffuse Wirklichkeit zunächst einmal zu klassifizieren. Wenn sie sich als ein Hindernis für den Fortschritt der Erkenntnis erweisen sollten — das ist, wie
ich glaube, heute der Fall —, können wir sie ohne weiteres fallenlassen
und nach anderen Unterscheidungskriterien suchen. Eine allgemeine
Theorie menschlichen Verhaltens, die den homo oeconomicus ebenso
einbezieht wie den homo sociologicus und den homo politicus, die auf
psychologischen ebenso wie auf biologischen Erkenntnissen beruht,
steht meines Erachtens nicht im Widerspruch zu Erfordernissen, die
dem Historiker besonders am Herzen liegen: Er muß ja in der Lage
sein, die ständigen Veränderungen zu erklären, denen der Mensch als
soziales Wesen und die von ihm geschaffenen Gebilde unterliegen.

Ich berühre mich hier sehr eng mit den Thesen 5 bis 7, die gestern Albert vorgetragen hat. Ich weise noch einmal darauf hin, daß auch er der Meinung ist, daß eine Verbesserung der sozialwissenschaftlichen Theorie offenbar vor allen Dingen durch eine Erweiterung allgemeiner Verhaltenstheorien möglich sein könnte. Zwar ist nicht zu erwarten, daß eine solche Theorie über Nacht geschaffen werden kann, aber Bausteine dazu liegen in den verschiedensten Wissenschaften bereit. Oskar Morgenstern hat in seinem Referat heute früh ja gezeigt, wie eine streng mathematisch formulierte Theorie der Spiele schrittweise mindestens einige ökonomische Phänomene und auch einige politische Phänomene erklären kann. Eine solche Art des Vorgehens führt meines Erachtens zwar zu kleineren, aber gesicherteren Erkenntnisfortschritten, weil jeder Schritt überprüfbar bleibt und einzelne Elemente der Theorie fallengelassen, ausgetauscht werden können, wenn sie sich an bestimmten Ausschnitten der Wirklichkeit nicht bewähren. Die Entwürfe eines totalen historischen Entwicklungsprozesses, wie sie der dialektische Materialismus, die meisten Stufentheorien oder geschichtsphilosophische und theologische Eschatologien anstreben, können hingegen nur als Ganzes geglaubt oder nicht geglaubt werden. Sie befriedigen zwar das menschliche Bedürfnis nach einer letzten Erklärung der Welt, lassen sich aber leider weder beweisen noch widerlegen und ge-

nügen daher nicht den Kriterien rationaler, kritischer Wissenschaft. In diese Gruppe würde ich doch auch weithin — in vielen Details allerdings nicht — Sombart einordnen.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank, Herr Fischer! Ich glaube, das war eine wichtige Ergänzung.

Wer möchte sich zu Wort melden? — Es ist wahrscheinlich, wie immer, recht schwierig, das Eis zu brechen. Meine Damen und Herren, ich nehme an, Sie sind einverstanden, daß Herr Professor Hoselitz auf englisch antwortet.

Bert F. Hoselitz (Chicago):

I could talk German, but it would be very difficult.

I want to say only two things. I want to say something about the origin of the study. When Mr. Watrin wrote me and asked me if I wanted to do the study, I thought I would go to the physiocrats and classical economists and list Bucher, Sombart and Marx and write, within the framework of the times, what they did. I found that I already had written articles on all of this.

So what shall I do? I didn't say very much about Sombart, and I didn't say anything about the contradiction which I clearly find in his writings before 1930 and after 1930. After 1930 he presents a rationalistic, before 1930 a visionalistic economy. I wrote this in the historical sense. If you want to know what is in my papers on the other thoughts, I'll send you a list of papers from Chicago. I don't have as many as all of you might want.

The great question was the question of the representatives of development in the modern countries. I have a library of, I guess, 600 books on them. They begin in 1941 and go up to now. I was asking myself: How should I take someone or many people who really built up a theory of underdeveloped countries in such a way that they were serious about underdeveloped countries and at the same time asked at least a distribution of power in the countries which were developed. I must truly say that I didn't know how to do this.

So I wrote the theory of one man. I think that it is right that Kuznets is primarily a factual man. But I don't think he is quite as factual a man as Mr. Fischer said. He certainly is not quite as factual a man if you see him privately, and I have seen Kuznets quite a few times privately. Combine Kuznets' opinions with something I have taken

from them, including the expansionist countries which Mr. Fischer mentioned. I especially mentioned this combination because another good friend of mine, Mr. Smelser, a sociologist at California, has written about and also orally made use of my expansionist countries. That is why I wrote them.

Now, what did I find? I found that the state and therefore also its influence among the classical economists — I'd say among Ricardo, Mill and many of their contemporaries; all the English economists from 1800 to 1860/67 — were not important, at least in their description. As I said, when you read the six or seven pages in Mill's book, pretty much in the back of the book, you find that the country with all wants stabilized is not unfortunate. You don't find that this exists because of the brutality of the state which forces individuals into a lower class. At least in Ricardo you don't find it. In Ricardo you find no opinion on the state. Therefore there was no influence whether the state was more or less powerful.

Sombart and especially Schumpeter knew the state, and they wrote about the state, and therefore the state, of course, was an all powerful object. In Kuznets the state again was not to be considered as far as its boundaries reach and where you had a national income of 2000 against a national income of 500 dollars.

(Beifall.)

Karl-Ernst Schenk (Münster):

Ich bin leider nicht in der glücklichen Lage, das Manuskript des Referats gelesen zu haben. Insofern kann ich vielleicht nicht ganz beurteilen, inwieweit meine Frage, die ich stellen möchte, in der ungekürzten Fassung des Referats schon beantwortet ist. Wenn ich mir Beispiele für die wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahrhundert und in diesem Jahrhundert betrachte — das Rußland des vorigen Jahrhunderts, die Sowjetunion dieses Jahrhunderts, das Deutschland des vorigen Jahrhunderts usw. —, dann scheint mir jedenfalls klar zu sein, daß wirtschaftliche Entwicklungen immer mit einem sehr hohen Grade von Macht verbunden gewesen sind, sei es nun mit der Macht einer Klasse — wie beispielsweise in England — oder mit der Macht des Staates. Ich habe in dem Referat und in der Diskussion, wenn ich einmal von Ihren letzten Bemerkungen, in denen Sie auf den Staat und auf die Rolle des Staates zu sprechen kamen, absehe, diesen Bezug eigentlich vermißt.

Bei Marx ist es ganz klar, daß die Macht einer Klasse, der Kapitalistenklasse, die Voraussetzung für die Akkumulation ist. Man könnte andere historische Beispiele bringen. Man könnte an die Debatte von

heute morgen, an den Absolutismus Peters des Großen anknüpfen. Man könnte an die Entwicklung der russischen Industrie gegen Ende des letzten Jahrhunderts anknüpfen. Jedesmal ist der Staat, jedesmal also Macht involviert.

Meine Frage lautet: Haben Sie bei Ihrer Auswahl von Repräsentanten der Entwicklungstheorie nicht eine sehr einseitige Auswahl getroffen, nämlich eine Auswahl von Leuten, die die Entwicklung als einen deterministischen Prozeß im Sinne der liberalen Auffassung verstehen und uns darstellen? Haben Sie nicht gerade diejenigen vergessen, bei denen die Macht eine besondere Rolle spielt, z. B. Marx?

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank, Herr Professor Schenk! Wünscht des weiteren jemand in der Diskussion das Wort? — Das scheint im Augenblick nicht der Fall zu sein.

Möchten Sie noch darauf antworten, Herr Professor Hoselitz? — Bitte schön!

Bert F. Hoselitz (Chicago):

Let us look at the annual social increase of different European states and also, if you permit me, of Japan. Fou find that die English annual growth rate is approximately $3\,^{0}/_{0}$ to $3^{1}/_{2}\,^{0}/_{0}$ from 1800 on, that the French growth rate from 1820 on is perhaps also $3\,^{0}/_{0}$ to $3^{1}/_{2}\,^{0}/_{0}$, that the German growth rate from 1850 on is $4^{1}/_{2}\,^{0}/_{0}$, that Russia did $7\,^{0}/_{0}$ or $8\,^{0}/_{0}$ from 1870 on. I really don't know how to bring Peter I here; let's talk about the industrial foundation approximately after 1861. The Japanese rate since 1920 is $10\,^{0}/_{0}$ and in these days $11\,^{0}/_{0}$. We have at present in Korea and Brazil a period when the rate was about $10\,^{0}/_{0}$ to $12\,^{0}/_{0}$.

The later a country developed the faster it grows. That may be all wrong, but I say that. Now I'm talking to you not in proof of my paper but in proof of my opinion. Whether Brazil, whether Korea, whether Taiwan, whether Hongkong, whether Singapore will reach the developed state I don't know. But if they go on with 10 % and 12 % per year they will reach the state of development in 20 or 25 years.

Now, who has reached the 3% rate in England, the $3^{1/2}\%$ rate in France, the $4^{1/2}\%$ or 5% rate in Germany, the $7^{1/2}\%$ rate in Russia — even if you take out the rate from 1929 or 1931 to 1940 which is very high you still get that rate — and the 10% rate since 1910 or 1920 in Japan? Weren't the people who gained not all the same people? I do not mean the population at large but the entrepreneur. Wasn't in all

countries very high profit which really — of course not entirely — protected the high investment for the next year and therefore the high rate for the next year? Take for example England. Mr. Fischer ought to know what I say now because he published a book on the "arbeitende Klasse in England". In this book he published the articles from three or four experts, from Ashton, Hobsbawm and so on. It is quite clear that the English living rate, the standard of living in England from 1800 to 1820 went, if anything, down. From 1820 to 1845 it went up perhaps by 10% or 20%. Who made the immense profits in this period in England? Not the workers — the capitalists! They made it in England, they made it in Russia, they made it in Japan, they made it in France, in Germany — everywhere!

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Wird in der Diskussion weiterhin das Wort gewünscht? — Bitte sehr!

Gerhard Lüpkes (Göttingen):

Es ist ja immer etwas bedenklich, Stufentheorien aufzustellen. Es kommt darauf an, welches Prinzip man ihnen zugrunde legt: etwa — so bei Bücher — die Länge des Weges, den die Ware zu durchmessen hat, oder die Art, wie die Ware umgesetzt wird — geldlose Wirtschaft, Geldwirtschaft, Kreditwirtschaft —.

Nun zu der Frage, ob das Prinzip bei Sombart richtig ist, daß im Mittelalter bei den Handwerkern das Nahrungsprinzip herrschte und neuerdings das Erwerbsprinzip herrscht. War das Nahrungsprinzip bei den Handwerkern nicht mehr ein erzwungenes Nahrungsprinzip, weil die Zünfte dahinterstanden, die eine Art Kontingentierungskartell waren? Dem Handwerker wurde nur eine bestimmte Anzahl von Gesellen zugestanden. Der Handwerker muß, wenn er einen Auftrag übernimmt, immer überlegen, ob er die damit verbundene Arbeit schafft. Er muß dann vielleicht länger arbeiten und hat mehrere Tage mit diesem Auftrag zu tun.

Der Kaufmann hingegen braucht nur einen Auftrag zu geben. Er bestellt eine Maschine, die bei ihm in Auftrag gegeben worden ist. Das ist für ihn vielleicht nur eine Sache eines Telefongesprächs. Ich möchte hier nur fragen: Sind das wirklich verschiedene Prinzipien? Möchte nicht auch der Handwerker gern so viel verdienen, wie er könnte, wenn nicht die Arbeit, die er zu leisten hat, hinter jedem Auftrag stünde? Der Kaufmann braucht ja nur eine Bestellung aufzunehmen und diese weiterzugeben.

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank, Herr Dr. Lüpkes.

Daniel Vaslet (Anderten):

Ich möchte an Herrn Professor Hoselitz eine ganz bestimmte Frage stellen. Ich weiß allerdings nicht, ob sich meine Frage nicht von selbst beantwortet hätte, wenn ich den vollständigen Text des Referates gelesen hätte. Herr Hoselitz, warum haben Sie Rostow gar nicht erwähnt?

Bert F. Hoselitz (Chicago):

I have! I didn't mention him in what I said here but I mentioned him.

Daniel Vaslet (Anderten):

Meines Erachtens versuchte Rostow wenigstens, eine moderne Antwort auf den Historismus zu geben. Man könnte ihn sogar als Neuhistoristen bezeichnen.

Bert F. Hoselitz (Chicago):

I didn't read to you eight or nine pages of the third chapter, the third part of my study. On these pages I mentioned Rostow and his place. I do not know whether Professor Vaslet knows the latest book of Rostow. Do you know it? I have a bad memory for titles. Eight years ago I remembered every title to the last word, and now I don't remember any.

(Wolfram Fischer, Berlin: "Politics and the Stages of Economic Growth"!)

This book is very, very disappointing to me. I don't know whether any of you have read it. It came out only $1^{1/2}$ or two years ago.

I think, as far as his real history is concerned — this however, may be my mistake — Rostow is pretty much wrong. I was not at the Konstanz conference, but I read every paper about it. I don't know whether you read this book, *The Economics of Take-off into Sustained Growth* (1963, edited by Rostow). Rostow's reply is primarily to Kuznets, but it is not only Kuznets who talks against him. There are about seven economists and seven historians, and about half of them are against him and half of them are for him. I believe those who are against him are also right.

Take the last book of his. Especially this book — I'm sorry to say this, but it is so — contains nothing but a great seven years' "hurrah" for the

United States. He doesn't say anything about Vietnam, although it is particularly important in this type of book. So I'm not very peaceful with Rostow.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß wir am Ende unserer Diskussion stehen.

Ich darf nochmals meinen Dank, aber auch den Dank des Auditoriums an Sie, Herr Professor Hoselitz, für Ihr Referat und ganz besonders auch für Ihre vielen Diskussionsbeiträge, in denen Sie so eingehend auf die Fragen geantwortet haben, aussprechen.

Ich schließe die Nachmittagsveranstaltung.

(Beifall.)

(Ende der Veranstaltung am 6. September 1972, 17.00 Uhr; Fortsetzung des Arbeitskreises am 7. September 1972, 9.00 Uhr)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren, wir hatten bereits in mehreren Vortragsveranstaltungen und Diskussionen über den Machtbegriff gesprochen. Ich erinnere insbesondere an das, was gestern Herr Morgenstern hierzu ausgeführt hat und was dann in der Diskussion zu diesem Referat gesagt worden ist. Offensichtlich ist aber ein allseits befriedigender Ansatz zur operationalen Auslegung des Machtphänomens noch nicht gefunden. Wir dürfen deshalb wohl gespannt sein auf das Referat von Frau Dr. Rödding, die sich mit der Präzisierung und Meßbarkeit des Machtphänomens befassen wird. — Darf ich Sie, Frau Rödding, bitten.

Macht: Präzisierung und Meßbarkeit

Von Walburga Rödding, Köln

Das Bedürfnis nach Präzisierung und Quantifizierung des Machtbegriffs hat sich in der Literatur in einer Reihe von Ansätzen unterschiedlichen Abstraktionsniveaus niedergeschlagen. Die Erklärung Max Webers auf der einen und der Shapley-Wert der Spieltheorie auf der anderen Seite skizzieren die Spannweite dieser Versuche. Keiner von ihnen ist ohne Nachteile: Verbale Ansätze wie etwa der Webersche entbehren der Quantifizierungsmöglichkeit, quantifizierende wie der Shapleysche einer uneingeschränkten Verallgemeinerungsfähigkeit. Es soll im folgenden nicht darüber berichtet werden, welche weiteren Präzisierungsversuche in der Literatur unternommen worden sind. Bekanntlich sind sie mit den Namen Shubik, Harsanyi, Simon, March, Dahl u. a. verknüpft. Die Tatsache, daß sie den Machtbegriff nicht ausschöpfen, möge die Absicht legitimieren, einen weiteren Versuch zur Diskussion zu stellen.

Es soll hier ein Ansatz zur Erfassung des Machtbegriffs entwickelt werden, von dem man hoffen darf, daß seine Präzision und Operationalisierbarkeit auf der einen einer zufriedenstellenden Breite seines Anwendungsbereichs auf der anderen Seite nicht im Wege stehen. Die Darstellung dieses Ansatzes induziert eine Dreiteilung der Überlegungen:

- im ersten Teil wird der Machtbegriff wegen seiner mangelnden Operationalität durch einen Dominanzbegriff ersetzt,
- im zweiten Teil wird dieser Dominanzbegriff im Rahmen einer sog.
 Netzwerktheorie von Automaten formalisiert,
- im dritten Teil wird die Operationalisierbarkeit dieser Präzisierung nachgewiesen.

Letztere eröffnet prinzipiell die Möglichkeit, Machtpotentiale effektiv zu diagnostizieren: Das ist der wesentliche Gesichtspunkt dieser Ausführungen.

Wenn sich auch hinsichtlich dieses Ansatzes Situationen finden lassen, in denen "Macht" im intuitiven Sinne des Wortes auftritt, ohne daß ihre Erscheinungsform von der vorgestellten Präzisierung erfaßt wird, so wird in der Regel eine Variante des hier präzisierten Dominanzbegriffs zu einer netzwerktheoretischen Formalisierung auch dieser Interpreta-

tionen des Machtbegriffs führen können. Die eventuelle Unfähigkeit dieses Ansatzes, jeden Kontext zu beschreiben, in dem "Macht" im umgangssprachlichen Verständnis des Wortes vorkommt, ist nicht als Argument gegen den Präzisierungsvorschlag zu werten. Da der übliche Sprachgebrauch denselben Terminus mit variierenden Interpretationen zu versehen pflegt, wird eine wissenschaftliche Analyse, die nicht mit vieldeutigen Termini arbeiten kann, nicht in der Lage sein, alle umgangssprachlichen Verwendungen des Wortes "Macht" durch eine einzige Präzisierung zu erfassen.

Am Beginn steht die Einführung des Dominanzbegriffs: Wir gehen davon aus, daß Macht als eine Beziehung unter Individuen sichtbar wird, und verwenden hier den Begriff des Individuums in demjenigen verallgemeinerten Sinne, in dem im ökonomischen Bereich vom Begriff der Wirtschaftseinheit Gebrauch gemacht wird. Im Einklang mit der umgangssprachlichen Bedeutung des Machtbegriffs setzen wir voraus, daß die Macht eines Individuums erkennbar wird in der Beeinflussung der Denk- und Handlungsweise anderer Individuen. Diese Beeinflussung besteht darin, Individuen zur Annahme einer bestimmten Aktionsweise zu veranlassen oder an der Annahme "unerwünschter" Aktionsweisen zu hindern. Dabei verstehen wir unter der Aktionsweise eines Individuums diejenige Art und Weise, in der es durch innere und/oder äußere Reaktionen auf von ihm wahrgenommene Aktivitäten der Umwelt antwortet1. Wenn Macht eines Individuums sich in einer Veränderung der Aktionsweise anderer Individuen realisiert, so bedeutet das, daß Macht an speziellen Interdependenzen unter den Aktionsweisen von Individuen erkennbar sein muß: Solchen Interdependenzen gehört folglich unsere Aufmerksamkeit. Um den Machtbegriff zugunsten eines Dominanzbegriffs aus der Untersuchung zu eliminieren, definieren wir im Einklang mit unserem oben umrissenen Verständnis der Realisierung von Macht den Dominanzbegriff wie folgt:

Ein Individuum A dominiert ein Individuum B genau dann, wenn A in der Lage ist, jederzeit² den Eintritt einer wohlbestimmten Aktionsweise von B zu erzwingen.

Diese Erklärung von Dominanz und alle weiteren Ausführungen beruhen auf folgenden heuristischen Vorstellungen:

¹ Ebenso wie die Wahrnehmung einer äußeren Aktivität durch Aufnahme von Information erfolgt, so hat die Durchführung einer Aktivität den Charakter einer Informationsabgabe des handelnden Individuums: Diesen Kommunikationscharakter der wechselseitigen Beziehungen der Individuen untereinander nehmen wir zum Anlaß, uns von der Unterscheidung zwischen Aktivitäten und den sie beschreibenden Nachrichten zu dispensieren.

² Hinter der in dem Wort "jederzeit" zum Ausdruck kommenden Wiederholbarkeitsforderung steht die Idee einer in beliebiger Ausgangslage anwendbaren Strategie des Dominierenden mit dem in der Definition genannten Ziel.

Die Aktionsweise repräsentiert die Art und Weise der Informationsverarbeitung durch das betreffende Individuum, nämlich die Prinzipien, nach denen ein Individuum in Reaktion auf von ihm wahrgenommene Informationen aus der Außenwelt über den Bereich seiner weiteren Denk- und Handlungsmöglichkeiten entscheidet. Diese Entscheidungen fallen in Abhängigkeit von dem, was das Individuum als seine persönlichen Ausgangsbedingungen in die Entscheidungssituation einbringt. Auch dominierte Individuen verfügen noch über eine beschränkte Willensfreiheit, da sie — im allgemeinen — nicht zu einer eindeutig bestimmten Reaktion, sondern zur Beschränkung auf einen Bereich möglicher Reaktionen gezwungen werden, aus dem auch sie noch auswählen können. Nicht jede Änderung der Aktionsweise ist ein Zeichen von Dominanz. Diese liegt nur dann vor, wenn die Änderung der Aktionsweise von einem anderen Individuum hervorgerufen worden ist und jederzeit wieder von ihm durch geeignete Aktionen herbeigeführt werden kann. Diese Wiederholbarkeitsforderung bedeutet, daß, wann immer das dominierende Individuum die ihm oktroyierte Aktionsweise ablegt, es durch geeignete Informationsabgaben des dominierenden Individuums wieder zur Annahme desselben veranlaßt werden kann. Hier stellt sich die Frage, wie sich die Tatsache, daß Macht auch irreversible Folgen haben kann, mit dieser Definition von Dominanz verträgt: Das ist in der Tat der Fall³. Wir erklären also — und befinden uns damit weitgehend im Einklang mit früheren Definitionen - Dominanz durch die Fähigkeit zur wiederholten Herbeiführung einer bestimmten Aktionsweise bei einem anderen Individuum.

Methodisches Neuland beginnt erst mit dem zweiten Teil, der Formalisierung des Dominanzbegriffs.

Natürlich gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, einen Begriff wie diesen zu formalisieren. Eine Auswahl unter ihnen erfordert die Berücksichtigung von Kriterien, nach denen der Wert einer Formalisierung beurteilt werden muß. Er ist abzuwägen

- erstens an dem Grad der Übereinstimmung des von der Formalisierung erfaßten und des intendierten Objekts sowie
- zweitens an dem Grad ihrer Operationalisierbarkeit.

Die weiteren Ausführungen werden von selbst deutlich machen, inwieweit der beschrittene Weg zu einer Erfüllung dieser Forderungen führt.

³ Unternimmt nämlich das dominierte Individuum — aus welchen Gründen auch immer — nichts, um sich der oktroyierten Aktionsweise zu entledigen, so fällt sein Verhalten a fortiori unter die gegebene Dominanzdefinition. Wann immer das dominierende das dominierte Individuum zur Annahme dieser Aktionsweise zu veranlassen wünschte, fände es sie bei diesem bereits vor.

Eine Formalisierung des Dominanzbegriffs ist jedenfalls dann operational, wenn sie Grundlage eines allgemein anwendbaren Verfahrens sein kann, das von jedem vorgelegten System interdependenter Individuen — letztere im Sinne des hier eingeführten Sprachgebrauchs — zu entscheiden gestattet, welche Dominanzbeziehungen in ihm bestehen. Die Suche nach einer in diesem Sinne geeigneten theoretischen Basis führt auf eine Theorie, die die begrifflichen Hilfsmittel der sog. Netzwerktheorie benutzt und sich in den Rahmen der Automatentheorie einordnet, die jedoch einen im Vergleich zum klassischen mehrfach veränderten Automatenbegriff zugrundelegt. Diese Änderungen seien vorwegnehmend bereits hier zusammengestellt:

- Durch eine Analyse des sog. Übergangsbegriffs der Automatentheorie unterscheidet man innerhalb der Theorie zwischen den Ausgangsbedingungen und den Handlungskriterien, also der Aktionsweise, des handelnden Individuums, also zwischen den Tatbeständen, die seinen Handlungen zugrundeliegen, seiner base of power im Sinne von Dahl, und seinen Verarbeitungsmechanismen, zwischen seiner hardware und seiner software, um ein der Situation angemessenes analoges Begriffspaar zu nennen,
- durch Einbettung der Automaten in Netzwerke bildet man das Wirkungsgefüge ab, in dem die Individuen stehen und in dem sich gegebenenfalls Dominanzeffekte realisieren,
- durch eine Abkehr von der deterministischen Auffassung des Automatenbegriffs ohne gleichzeitigen Rückgriff auf stochastische Methoden wird dem indeterminierten Charakter individueller menschlicher Entscheidungen Rechnung getragen.

Wir beginnen die Formalisierung

- im ersten Schritt mit der Einführung eines geeigneten Automatenbegriffs, der als Konzept eines theoretischen Individuums der Nachbildung realer Individuen im Sinne unseres verallgemeinerten Verständnisses dient, führen
- im zweiten Schritt das Konzept einer Komposition von Automaten in Form des Netzwerkbegriffs ein und definieren
- im dritten Schritt, was es heißt, daß ein Automat einen anderen dominiert in Analogie zur Dominanz unter Individuen.

Beginnen wir also mit der Einführung eines für unsere Zwecke geeigneten Automatenbegriffs:

Da wir von den zu simulierenden Individuen nur berücksichtigen, welche Informationen sie aufnehmen, wie sie intern auf diese reagieren und welche Informationen sie abgeben, ist es naheliegend, einen Automaten zu charakterisieren durch die Menge X seiner Inputs, die Menge Z seiner Innenzustände und die Menge Y seiner Outputs sowie durch

Funktionen, die Beziehungen zwischen diesen drei Mengen stiften und die jeweilige Aktionsweise des Automaten resp. Individuums repräsentieren.

Wir führen drei derartige Funktionen α , β , γ ein, die wir Übergangsfunktionen nennen, dies deshalb, weil sie, zusammengenommen, den
Übergang von der Wahrnehmung zur Reaktion, von der Inputaufnahme
zur Inputabgabe beschreiben. Sie werden im folgenden der Reihe nach
erklärt, beginnend mit der

Funktion a:

Wenn ein Automat einen Input, also eine Information aus seiner Umwelt erhält, nimmt er einen neuen Innenzustand an. Der neue Innenzustand entstammt einem Bereich von Innenzuständen, die alle in der betreffenden Situation eintreten können und von denen der Automat genau einen auswählt. Dieser Bereich möglicher Folgezustände wird durch die Funktion α bestimmt in Abhängigkeit vom eintreffenden Input und dem Innenzustand, in dem dieser Input den Automaten vorfindet. α ordnet also jedem Paar aus einer Information und dem Innenzustand, in dem diese das aufnehmende Individuum antrifft, eine wohlbestimmte Teilmenge der Menge Z aller Innenzustände zu, also ein Element aus der Potenzmenge von Z:

$$\alpha: (UX_i) \times Z \to \mathfrak{P}(Z) \ .$$
 $1 \leq i \leq m$

Dabei ist m gleich der Anzahl der Inputkanäle des Automaten, also gleich der Anzahl der Informationsquellen des betreffenden Individuums.

Funktion β :

Die Funktion β trägt der Möglichkeit eines Individuums resp. Automaten Rechnung, seinen Innenzustand spontan zu verändern. Dazu kann es beispielsweise dann Veranlassung haben, wenn es die im Gefolge einer Inputwahrnehmung eingetretene Zustandsänderung rückgängig machen will, — etwa weil es die erhaltene Information bewußt ablehnt, verdrängt oder vergißt, was natürlich nicht der einzig mögliche Anlaß für eine autonome Zustandsänderung ist. Der neue Zustand ist auch hier, wie im Fall der Funktion α , nicht eindeutig bestimmt, — das eben bedeutet Indeterminiertheit —, sondern er entstammt wiederum einem Bereich möglicher Innenzustände, aus dem der Automat genau einen auswählt. Diesen Bereich möglicher Folgezustände bestimmt die Funktion β in Abhängigkeit vom vorhergehenden Zustand. Sie ordnet also jedem Innenzustand eine Teilmenge der Menge aller Innenzu-

stände des Automaten zu, d. h. sie ist eine Funktion aus seiner Zustandsmenge in ihre Potenzmenge:

$$\beta: Z \to \mathfrak{P}(Z)$$
.

Funktion γ:

Die Funktion γ regelt die Informationsabgaben des Automaten an seine Außenwelt: Wenn einem Automaten sein vorliegender Innenzustand Anlaß ist, eine Information an seine Umwelt abzugeben, so geschieht dies in der Regel unter Veränderung seines Innenzustands. Das Paar aus Folgezustand und Output ist ebenfalls nicht eindeutig bestimmt. Es entstammt einem Bereich möglicher Paare, der von der Funktion γ in Abhängigkeit vom vorliegenden Innenzustand festgelegt wird. γ ordnet also jedem Innenzustand eine Menge von Paaren zu, die jeweils aus Output und Folgezustand bestehen. Jede Menge solcher Paare ist eine Teilmenge der Menge aller so beschaffenen Paare, d. h. γ ist eine Funktion aus der Zustandsmenge in die Potenzmenge der gesamten Paarmenge:

$$\gamma: Z \to \mathfrak{P}(UY_i \times Z)$$
.

Dabei ist n die Anzahl der Outputkanäle des Automaten, d. h. die Anzahl der Adressen, an die das betreffende Individuum Informationen abgeben kann.

Die Aktionsweise des Individuums korrespondiert dem Tripel α , β , γ von Übergangsfunktionen des simulierenden Automaten.

Automaten, deren Übergangsfunktionen wie die obigen α , β , γ nicht jeweils auf einen wohlbestimmten Innenzustand bzw. ein wohlbestimmtes Paar aus Innenzustand und Output führen, sondern auf Mengen von solchen, aus denen der Automat auswählt, heißen indeterminiert. Wir verwenden zur Simulation der Individuen indeterminierte Automaten, um — wie früher bereits erwähnt — zu berücksichtigen, daß Individuen sich im allgemeinen nicht determiniert verhalten und selbst dominierte Individuen noch über eine beschränkte Willensfreiheit bei der Auswahl ihrer Aktionen verfügen: Gerade im ökonomischen Bereich erzwingt Macht in der Regel nicht eindeutige Maßnahmen, sondern sie grenzt den Freiheitsspielraum der unterlegenen Wirtschaftseinheit ab.

Sollen Interdependenzen unter Individuen durch Interdependenzen unter Automaten simuliert werden, so bedarf es der Möglichkeit einer Wechselwirkung unter den Automaten. Damit kommen wir zum zweiten Formalisierungsschritt, in dem wir das Konzept einer Komposition von Automaten, den Netzwerkbegriff, einführen.

Ein Netzwerk ist gegeben

- durch die Gesamtheit der in ihm auftretenden Automaten und
- durch die Angaben über die zwischen diesen Automaten bestehenden Verbindungen.

Eine Verbindung zwischen zwei Automaten besteht in der Identifikation eines Outputkanals des einen mit einem Inputkanal des anderen Automaten. Der Innenzustand eines Netzwerks ist zu jedem Zeitpunkt gegeben durch die Innenzustände seiner Automaten und die Angaben, welche Kanäle zum gegebenen Zeitpunkt Träger welcher Nachrichten sind. Ohne Beschränkung der Allgemeinheit darf man annehmen, daß jeder Kanal zu jedem Zeitpunkt höchstens eine Nachricht trägt. Nach außen hin verhält sich ein solches Netzwerk wieder wie ein Automat⁴, also wie ein Individuum im Verständnis unseres Sprachgebrauchs, also wie eine Wirtschaftseinheit im üblichen Sinne.

Der Aggregation von Individuen resp. Wirtschaftseinheiten zu Wirkungsgefügen korrespondiert die Aggregation von Automaten zu Netzwerken. Die Dominanz von Individuen realisiert sich in Wirkungsgefügen, diejenige von Automaten in Netzwerken.

Wir kommen nun zum dritten Formalisierungsschritt, der Einführung einer *Dominanzrelation* unter Automaten. In Analogie zur Definition der Dominanz unter Individuen erklären wir:

Ein Automat A dominiert einen Automaten B genau dann, wenn A in der Lage ist, jederzeit durch entsprechende Outputabgaben die Anwendung eines wohlbestimmten Übergangsfunktionentripels durch B zu erzwingen.

Bei B finden also Änderungen der Aktionsweise statt⁵. Das begriffliche Werkzeug, über das wir bisher verfügen, erlaubt es uns noch nicht, neben dem Konzept der Aktionsweise auch dasjenige einer Änderung der Aktionsweise automatentheoretisch zu erfassen. Wir haben keine Möglichkeit, mit unseren bisherigen automatentheoretischen Mitteln darzustellen, wie ein Automat bei einem anderen Automaten des Netzwerks eine Änderung seiner Übergangsfunktionen hervorrufen kann.

⁴ Diese für die Simulation von Wirtschaftseinheiten wichtige Behauptung ist ein mathematischer Satz, der exakt bewiesen werden kann.

Schon früher haben wir darauf hingewiesen, daß wir mit dem Bezug des Dominanzbegriffs auf die Aktionsweisen resp. die Übergangsfunktionen der Tatsache Rechnung tragen wollen, daß sich die Dominanz eines Individuums über ein anderes in der Regel nicht darin äußert, daß das dominierende Individuum bei dem dominierten nur eine einzige lokale Entscheidung erzwingt. Vielmehr konkretisiert sie sich im allgemeinen in einer Veränderung seiner Art und Weise, Informationen zu verwerten. Diese kann in einer Reihe von Einzelentscheidungen sichtbar werden, ist aber auch dann, wenn sie nicht durch einen Input aktiviert wird, stets vorhanden als die potentielle Bereitschaft, auf eine Informationseingabe in der oktroyierten Weise zu reagieren.

Eine solche Veränderung stellt einen Eingriff in die innere Organisation des Automaten dar, so wie die Veränderung der Aktionsweise, also der Handlungskriterien, eines Individuums einem Eingriff in seine innere Struktur gleichkommt. Es ist daher äußerst naheliegend, bei der Formalisierung des Dominanzbegriffs an den Innenzuständen anzusetzen als den inneren Ursachen dessen, was in Form von Input-Output-Kombinationen von der Außenwelt wahrgenommen wird. Diese Vorstellung führt zu der Idee, das jeweils gerade gültige Tripel von Übergangsfunktionen eines Automaten, also die gegenwärtige Aktionsweise eines Individuums, als einen Bestandteil seines Innenzustands zu betrachten: In dieser Modifikation des Zustandsbegriffs liegt der Schlüssel zur netzwerktheoretischen Dominanzdefinition. Formal bringen wir dieses modifizierte Verständnis des Zustandsbegriffs wie folgt zum Ausdruck: Wir fügen dem, was wir bisher als Innenzustand bezeichnet haben, nämlich den persönlichen Ausgangsbedingungen des handelnden Individuums, seine Aktionsweise, also seine Übergangsfunktionen vom α -, β -, γ -Typ, als weitere Komponente hinzu. Ein Innenzustand in diesem modifizierten Sinne ist also ein geordnetes Quadrupel aus einem sogenannten Mikrozustand und den drei Übergangsfunktionen. Wann immer wir im folgenden von Innenzuständen sprechen, meinen wir Quadrupel dieser Art und bezeichnen sie zur Unterscheidung von Mikrozuständen auch als Makrozustände.

Mit der Aufnahme der Aktionsweise in den Innenzustand ist eine Möglichkeit für die Darstellung von Änderungen der Aktionsweise geschaffen, denn die Änderung von Innenzuständen sieht unsere Theorie vor, und zwar in Reaktion auf Inputs, spontan und bei Abgabe von Outputs. Da wir nun die Handlungskriterien, also die Aktionsweise des Individuums, theorieintern als Bestandteil seines Innenzustands betrachten, können wir die Änderung der Aktionsweise nunmehr theorieintern behandeln, insbesondere also auch ihre Änderung unter dem Einfluß von Dominanzbeziehungen. Nun stellt sich natürlich sofort die Frage, wodurch die Änderungen der Aktionsweise reguliert werden sollen, wenn nicht ihrerseits wieder durch Übergangsfunktionen? Unsere Analyse ist also noch nicht vollständig; wir müssen klären, in welcher Weise die beiden Arten von Funktionen miteinander zusammenhängen:

Diejenigen Übergangsfunktionen, die die Aktionsweise des simulierten Individuums repräsentieren und die Teil seines Innenzustands sind, arbeiten über den Mengen der Inputs, Outputs und Mikrozustände des Automaten; diejenigen Übergangsfunktionen, die die Änderung der Aktionsweisen regulieren, arbeiten über den Mengen der Inputs, Outputs und Makrozustände desselben Automaten. Solange die Aktionsweise des Individuums unverändert bleibt, es also die Kriterien seines

Handelns beibehält, agiert der simulierende Automat allein durch Inputaufnahmen, Veränderungen seines Mikrozustands und Outputabgaben nach Maßgabe seiner internen Übergangsfunktionen, wie wir diese im Innenzustand (= Makrozustand) enthaltenen Übergangsfunktionen in Zukunft nennen wollen. Diese internen Übergangsfunktionen selbst ändern sich nicht. Anders verhält es sich, wenn die Aktionsweise des Individuums nicht unverändert bleibt, sei es, weil es Dominanzwirkungen unterliegt oder autonom seine Handlungskriterien modifiziert. Eine solche Änderung der internen Übergangsfunktionen findet statt nach Maßgabe der "globalen" Übergangsfunktionen, wie diese über Makrozuständen arbeitenden Übergangsfunktionen aus Deutlichkeitsgründen heißen sollen. Jeder neue Mikrozustand entsteht durch Anwendung einer internen, jeder neue Makrozustand durch Anwendung einer globalen Übergangsfunktion auf seinen Vorgänger. Der Bezug auf die Mikrozustände im einen und die Makrozustände im anderen Fall ist der einzige Unterschied zwischen den beiden Arten von Übergangsfunktionen, wie aus den folgenden Formeln hervorgeht:

Man betrachte zwei Automaten A_0 und A mit

$$A_0 = (\mathfrak{X}_0, \mathfrak{D}_0, \mathfrak{Z}_0, \alpha_0, \beta_0, \gamma_0)$$

$$A = (\mathfrak{X}, \mathfrak{D}, \mathfrak{Z}, \alpha, \beta, \gamma);$$

zwischen A_0 und A mögen folgende Zusammenhänge bestehen:

$$egin{aligned} \mathfrak{X} &= \mathfrak{X}_0 \ \mathfrak{Y} &= \mathfrak{Y}_0 \ \mathfrak{Z} &= \mathfrak{Z}_0 imes \mathfrak{D} \end{aligned} ,$$

wobei $\mathfrak D$ eine Menge von Tripeln möglicher α_0 , β_0 , γ_0 für A_0 ist. Diese Konstruktion der Zustandsmenge $\mathfrak Z$ ist, wie früher bereits erwähnt, die Grundlage der Formalisierung des Dominanzbegriffs. Zwischen den Übergangsfunktionen von A und A_0 bestehen folgende Zusammenhänge:

Ist

$$z=(z_0,\alpha_0,\beta_0,\gamma_0)$$

ein Makrozustand von A und

$$z'=(z_0',\alpha_0',\beta_0',\gamma_0')$$

sein Folgezustand, so gilt:

$$\begin{split} z' \in \alpha \ (z,x) > \ z'_0 \in \alpha_0 \ (z_0,x) \\ z' \in \beta \ (z) > \ z'_0 \in \beta_0 \ (z_0) \\ (z',y) \in \gamma \ (z) > (z'_0,y) \in \gamma_0 \ (z_0) \end{split} \ .$$

30 Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 74

Damit verfügen wir über eine formale Basis für die bereits erwähnte Definition der Dominanzrelation unter Automaten. Dominanz eines Automaten A über einen Automaten B haben wir erklärt durch die Fähigkeit von A, jederzeit durch geeignete Outputabgaben — in eventuell mehreren Schritten — B zur Annahme eines bestimmten Tripels interner Übergangsfunktionen zu zwingen. Diese Version der Dominanzdefinition ist noch nicht operational in dem Sinne, daß sie Grundlage eines effektiven Verfahrens zur Feststellung von Dominanzbeziehungen werden könnte.

Somit kommen wir zum dritten Teil unserer Formalisierung, dem Operationalisierbarkeitsnachweis. Er macht zugleich deutlich, daß hier nicht ein Formalismus um seiner selbst willen eingeführt worden ist, daß vielmehr der Formalismus das Vehikel der Operationalität darstellt. Wir gehen hypothetisch von der Aufgabe aus, ein beliebiges vorgegebenes System auf Dominanzbeziehungen hin zu analysieren.

Die Lösung dieser Aufgabe erfordert als ersten und in der praktischen Durchführung wohl mühsamsten Schritt, Automaten anzugeben, die diese Individuen simulieren. Dazu bedarf es der Ausnutzung aller Kenntnisse — soweit sie vorhanden sind oder eingeholt werden können — über die Individuen selbst und ihre Beziehungen zur Umwelt. Hier liegt also ein hartes empirisches Problem. Unter Simulation verstehen wir das Nachbilden der Individuen in ihrem diskretisierten und indeterminierten Verhalten. Die Analyse geht also zurück auf das, was frühestens in seinen aggregierten Auswirkungen die Anwendung numerischer Funktionen erlaubt. Es soll hier gerade eine Vorgangsanalyse durchgeführt werden, die nicht mit problemfremden und nur durch die spezifische Analysemethode bedingten Restriktionen belastet ist. Bei dieser Simulation kennzeichnen wir jedes an dem System beteiligte Individuum durch die Informationen, die es aus bestimmten Richtungen entgegennehmen kann (Inputs), seine individuelle Ausgangssituation, so wie es selbst sie sieht, denn nur dies ist seine Verhaltensgrundlage -(Mikrozustand), seine Aktionsweise (Übergangsfunktionentripel) und die Informationen, die es an bestimmte Adressen abgeben kann (Outputs).

Ist durch Nachbildung der Informationsverbindungen, die unter den Individuen bestehen, die Konstruktion eines Netzwerks erfolgt, das das betreffende System simuliert, werden zum Zwecke der Analyse Fragen an das Netzwerk gestellt.

Im Rahmen dieses Vortrags und dieser Tagung interessieren wir uns ausschließlich für die Frage nach dem Bestehen von Dominanzbeziehungen. Diese Beschränkung ist eine Folge des Themas, nicht eine Folge der Methode. Wir haben für je zwei Automaten A und B an das vorgelegte Netzwerk die Frage zu richten, ob der Automat A den Automaten

B dominiert oder nicht. Gemäß unserer bisherigen Erklärung von Dominanz müssen wir das Netzwerk fragen, ob A den B durch entsprechende Outputabgabe stets zur Anwendung einer wohlbestimmten Aktionsweise, also eines wohlbestimmten Übergangsfunktionentripels, zwingen kann. Nun sind aber antropomorphe Redewendungen wie der Terminus "zwingen" für die Kommunikation mit einem Netzwerk nicht geeignet. Für das angestrebte Ziel, von jedem vorgelegten Netzwerk N feststellen zu können, welche Dominanzbeziehungen es enthält, geht unsere Analyse also noch immer nicht weit genug: Wir müssen den Begriff "zwingen" aus der Dominanzdefinition eliminieren. Zu diesem Zweck definieren wir rekursiv eine Folge von Klassen E_0 , E_1 , ... von Netzwerkzuständen:

N ist in einem Zustand aus E_0 genau dann, wenn jedes hinreichend lange Experiment an N, das mit diesem Zustand beginnt und ohne Benutzung von A abläuft, ein Anfangsstück enthält, an dessen Ende B im gewünschten Zustand ist.

N ist in einem Zustand aus E_{n+1} , wenn jedes hinreichend lange Experiment an N, das mit einer Veränderung an A beginnt und danach A nicht mehr benutzt, ein Anfangsstück enthält, an dessen Ende sich N in einem Zustand aus E_n befindet.

(Die erwähnten Experimente bestehen dabei aus Inputs, α -, β -, γ - Übergängen und Outputs).

Auf dieser Basis stellt sich die Definition der Dominanz wie folgt dar:

N ist in einem Zustand, in welchem der Automat A den Automaten B dominiert genau dann, wenn jedes hinreichend lange Experiment an N, das mit diesem Zustand beginnt und A nicht mehr benutzt, ein Anfangstück enthält, welches N in einen Zustand aus E_n überführt.

Die Operationalität dieser Dominanzdefinition steht außer Frage: Ob ein Experiment an N ein Anfangsstück mit der gewünschten Eigenschaft enthält, kann effektiv und eindeutig festgestellt werden, desgleichen, ob dies für jedes Experiment der Fall ist, denn es gibt nur endlich viele solcher Experimente, weil Input-, Output- und Zustandsmengen sämtlich endlich sind.

Die Leistungsfähigkeit dieses Präzisierungsansatzes wird unterstrichen durch seine Fähigkeit, auch indirekte Dominanzbeziehungen aufzudecken, die zunächst nicht erkennbar sind. Zum Beispiel kann mit diesen Ausdrucksmitteln eine Dominanzbeziehung formalisiert und festgestellt werden, wie sie in einem Netzwerk



besteht, dessen Pfeile die Richtung des Informationsflusses angeben und für dessen Automaten Folgendes gilt:

> A dominiert weder B noch C; weder B noch C dominieren D; aber A dominiert D.

Der Anhang enthält ein Beispiel für Automaten A, B, C, D, unter denen diese Zusammenhänge bestehen.

Gehen wir nun noch auf einige technische Gesichtspunkte der Dominanzfeststellung ein: Wir haben im Interesse der Realitätsnähe unserer Überlegungen den Automaten auch im Fall einer oktroyierten Aktionsweise noch eine gewisse Willensfreiheit bei der Auswahl ihrer Handlungen zugestanden. Die Zulassung einer solchen Willensfreiheit, d. h. die Verwendung indeterminierter Automaten, erfordert erheblichen kombinatorischen Aufwand, wenn die Frage nach dem Vorliegen von Dominanzbeziehungen beantwortet werden soll: Man hat gemäß der operationalen Dominanzdefinition zu prüfen, ob "jedes hinreichend lange Experiment" ein wohlbestimmtes Ergebnis hat, — die Zahl unterschiedlicher Experimente ist aber um so größer, je mehr Wahlfreiheit die Automaten besitzen. Operationalität der Dominanzdefinition im Sinne eines faktisch anwendbaren allgemeinen Verfahrens zur Feststellung von Dominanzbeziehungen in jedem beliebigen vorgelegten System liegt erst vor, wenn es gelingt, diese praktische Schwierigkeit kombinatorischer Vielfalt zu lösen. Naheliegenderweise bietet sich als erstes die Zuhilfenahme eines Computers an: Das Netzwerk ist im Kernspeicher nachzubilden, wobei die Verbindungen unter den Automaten durch Adressen im Kernspeicher realisiert werden. Der Simulation des vorgelegten Systems durch ein Netzwerk muß sich also die Simulation des Netzwerks durch eine Rechenanlage anschließen. Es existiert ein in der Programmiersprache PL/I abgefaßtes Computerprogramm⁶ zur Simulation von Netzwerken, das zwar den Details der Dominanzfrage noch anzupassen ist; eine prinzipielle Schwierigkeit liegt hier jedoch nicht vor: Für jedes En sind einzelne Programme aufzustellen in der Form, daß das Programm für E_{n+1} das Programm für E_n als Unterprogramm enthält.

Nun wird aber auch die Computerkapazität bei kombinatorisch anspruchsvollen Fragestellungen leicht überfordert. In diesen Fällen muß man pragmatisch sinnvolle Auswege suchen: In erster Linie bietet sich an, die Genauigkeitsansprüche bei der Analyse herabzusetzen. Reduzierte Genauigkeitsansprüche würden es zulassen, die

⁶ Dieses Programm ist von Herrn Dipl.-Math. Walter Bosse vom Rechenzentrum der Universität Münster entwickelt worden.

Dauer der Experimente durch Angabe einer Höchstschrittzahl⁷ und/oder die

Zahl der Experimente mit Hilfe von Zufallsauswahlen zu beschränken. In diesem Sinne führt dann das Durchlaufen der Schritte

System

Simulation des Systems durch ein Netzwerk

Simulation des Netzwerks durch einen Computer

Dominanzfrage

für jedes beliebige vorgelegte System zu einer Beantwortung der Frage, welche Dominanzbeziehungen in ihm enthalten sind.

Die Präzisierung des Machtbegriffs ist damit abgeschlossen. Wir wenden uns nun noch kurz der Frage der Meßbarkeit von Macht zu:

Es ist beim gegenwärtigen Stand der Wissenschaft fragwürdig, einen solchen Begriff quantitativ erfassen zu wollen. Hier soll nur diskutiert werden, inwieweit die angegebene Dominanzdefinition Ansatzpunkte für die Messung von Macht enthält. Sie führt auf zwei Indikatoren für die Stärke von Macht:

Der erste Indikator ergibt sich aus der Forderung "hinreichend langer Experimente", und zwar in folgendem Sinne: Bedarf es langer Experimente, bis B im gewünschten Zustand ist, so zeigt das, daß A den B nicht schnell zur Annahme der gewünschten Aktionsweise veranlassen kann. Relativ zu einer Situation, in der B schnell in erwünschter Weise reagiert, wird man die lange Experimentdauer als Zeichen einer geringen, die kurze Experimentdauer im zweiten Fall als Zeichen einer erheblichen Macht des A deuten. Die Länge der Experimente zur Feststellung einer Dominanzbeziehung stellt also einen Indikator für ihre Stärke dar, und zwar ist diese um so größer, je kürzer, um so geringer, je länger die Experimente sind. Diese Tatsache führt unmittelbar auf einen Gesichtspunkt, der in Fällen von Überforderung der Computerkapazität relevant wird: Langen und somit aufwendigen Experimenten korrespondieren schwache Dominanzbeziehungen. Führt man eine Höchstschrittzahl n ein, nach der man die Experimente abbricht und Nicht-Dominanz konstatiert, wenn B nicht genügend oft im gewünschten Zustand ist, so bleiben bei hinreichend großem n nur schwache Dominanzbeziehungen unentdeckt. Dieser Zusammenhang erleichtert es, die Konsequenzen einer eventuell fest vorgegebenen Höchstschrittzahl in Kauf zu nehmen.

⁷ Ein "Schritt" ist ein α -, β - oder γ -Übergang.

Der zweite Indikator für die Stärke von Macht resultiert aus dem Umstand, daß die angegebene Dominanzdefinition auf Änderungen der Aktionsweise von A im Verlauf seiner Machtausübung nicht eingeht, sie insbesondere nicht ausschließt. Gelingt es dem A, die erwünschte Aktionsweise des B unter Beibehaltung seiner eigenen Aktionsweise herbeizuführen, so wird seine Macht größer sein als in einem Fall, in dem die Machtausübung über B Änderungen der eigenen Aktionsweise zwingend erfordert. Im Rahmen der obigen Dominanzdefinition kommt die Nicht-Berücksichtigung von Änderungen der Aktionsweise des A dadurch zum Ausdruck, daß keinerlei einschränkende Forderung über den Bereich zugelassener Makrozustände des A erhoben wird. Je kleiner der kleinste Bereich von Makrozuständen des A mit unterschiedlichen internen Übergangsfunktionen, den A durchlaufen muß, um Dominanz über B ausüben zu können, um so größer ist die Macht des A; je größer dieser Bereich ist, um so schwächer ist die Macht des A. Der Umfang des Bereichs der Makrozustände mit unterschiedlichen internen Übergangsfunktionen, der mindestens von A durchlaufen werden muß, wenn dieser seine Dominanz über B realisieren will, ist also ein weiterer Indikator für die Stärke seiner Macht.

Die Entwicklung einer Meßskala auf dieser Grundlage setzt Erfahrungen mit der Arbeit an Netzwerken voraus, die erst noch gesammelt werden müssen. Differenziertere Feststellungen zur Frage der Meßbarkeit von Macht mit diesen Mitteln werden erst unter Bezug auf eine solche empirische Grundlage getroffen werden können.

In Anbetracht der Tatsache, daß man von der hier am Beispiel der Dominanzfeststellung dargestellten Methode breitere Anwendungsfähigkeit erwarten darf, seien abschließend einige Bemerkungen zu ihrer Eigenart und ihrer Leistungsfähigkeit angefügt:

Dieser netzwerktheoretische Ansatz ist ein Versuch, anstelle einer mechanistischen Repräsentation sozialen Geschehens konzeptuell — über die Innenzustände der Automaten — auch die Motivationen ökonomischen (und natürlich nicht ausschließlich ökonomischen) Handelns zu erfassen, das sich auf der Basis einer individuellen Handlungsfreiheit vollzieht. Man darf von der Netzwerktheorie in der hier dargestellten Form annehmen, daß ihre Flexibilität sie für die Rolle eines Analyseinstruments interdependenter Vorgänge prädestiniert — und dies, ohne daß man gezwungen wäre, diesen Vorgängen eine eindeutig determinierte Ursache-Wirkungs-Kette zu unterstellen oder aber auf stochastische Überlegungen zurückzugreifen. Der Anpassungsfähigkeit der Methode an die jeweilige analysebedürftige Situation und demzufolge ihrem Vermögen, diese zu simulieren, sind keine prinzipiellen Grenzen gesetzt. Nur die praktische Auswertung des simulierenden Netzwerks kann aus computer-technischen Gründen eine Konzentration

auf die nach pragmatischen Kriterien auszusondernden wesentlichen Handlungsträger, Motivationen oder Handlungen oder aber eine Herabsetzung der Genauigkeitsansprüche in dem bereits erwähnten Sinne erfordern. Nicht zuletzt darf man vermuten, daß sich hier — etwa durch eine vielleicht realisierbare Kombination von Netzwerk- und Regelungstheorie — eine Möglichkeit zur theoretischen Synthese individueller Handlungsmotivationen und objektiver Gesetzmäßigkeiten andeutet, gegebenenfalls also auch eine Möglichkeit zur Synthese von "Macht" und "ökonomischem Gesetz".

Wann immer eine determinierte numerische Betrachtung der Komplexität des sozialen — etwa ökonomischen — Geschehens nicht gerecht wird, empfiehlt sich der netzwerktheoretische Ansatz als Alternative zum Oktroi von mit großen Informationsverlusten verbundenen Gleichungen und als eindeutig determiniert postulierten Kausalketten. Spezifische Vorzüge dieses Ansatzes treten insbesondere dann in Erscheinung, wenn ohne oberflächliche Durchschnittsbildungen Wirkungszusammenhänge unter aggregierten Objekten berücksichtigt und Informationen über ihre Struktur genutzt werden sollen.

Zwei Schwächen des netzwerktheoretischen Ansatzes seien hier genannt: Zum ersten scheinen die Bewertungen, die ein Individuum vornimmt, im Rahmen der Übergangsfunktionen bisher nur rudimentär erfaßt zu sein; zum zweiten ist es noch nicht gelungen, das Phänomen "Handlungszwang", also das Verbot eines Abwartens der Automaten mit ihrer Reaktion, konzeptuell in die Theorie zu integrieren. Beide Probleme sind offen. Wenn es gelingt, sie zu lösen — und es gibt keinen Hinweis darauf, daß dies nicht erwartet werden dürfte — und wenn diese hier nur im Entwurf gekennzeichnete Methode sich bewährt, gewinnt die Ökonomie ein wenig vom Charakter einer experimentellen Wissenschaft.

(Beifall.)

Anhang

Auf S. 467 ist behauptet worden, daß der vorgestellte Präzisierungsansatz in der Lage sei, auch indirekte Dominanzbeziehungen zu erfassen. Zum Beweis dieser Behauptung werden Automaten A, B, C, D angegeben, unter denen die auf S. 468 angegebenen Beziehungen bestehen. Da die Konstruktion dieser Automaten ausschließlich Beweiszwecken dient, erübrigt sich der Versuch einer anschaulichen Interpretation.

Jeder der vier Automaten ist anzugeben durch die Menge seiner Übergangsvorschriften. Wir notieren links von den Klammern den Input, rechts von ihnen den Output, in den Klammern Mikrozustand und Übergangsfunktion.

Automat A:

[Sinngemäß für 2_B , 3_B , 1_C , 2_C , 3_C]

Automat B:

Automat C: analog zu B

Automat D:

Die "Aktionsweisen" von D sind Paare

$$\begin{array}{lll} (I_D, I_D); \ (I_D, II_D); \ (II_D, I_D); \ (II_D, II_D); \ (II_D, II_D). \\ 1_{B_*}(1, (I_D, I_D)) & \rightarrow & (2, (I_D, I_D)) \\ & (2, (I_D, I_D)) & \rightarrow & (I_D, I_D), 1 \\ 1_{B_*}(1, (I_D, II_D)) & \rightarrow & (2, (I_D, II_D)) \\ & (2, (I_D, II_D)) & \rightarrow & (I_D, II_D), 1 \\ 1_{B_*}(1, (II_D, I_D)) & \rightarrow & (2, (I_D, I_D)) & ! \\ 1_{B_*}(1, (II_D, II_D)) & \rightarrow & (2, (I_D, II_D)) & ! \end{array}$$

[Sinngemäß für 2_B , 1_C , 2_C , derart, daß sich bei Impulsen aus Richtung B die linke, bei Impulsen aus Richtung C die rechte Komponente der "Aktionsweise" ändert.]

$$3_B, (1, (I_D, II_D)) \rightarrow (2, (I_D, II_D))$$

[Sinngemäß für 4_B , 3_C , 4_C].

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Frau Dr. Rödding, ich glaube, wir haben Ihnen sehr zu danken, daß Sie uns Ihre Gedanken in so bestechend klarer Form vorgetragen haben. Ich habe auch den Eindruck, daß eine ganze Reihe hochinteressanter Anregungen in Ihrem Referat enthalten sind. Nun könnte es freilich sein, daß die abgekürzte Darstellungsweise, die ja durch die Zeitvorgabe mitbestimmt ist, doch die eine oder andere zusätzliche Auskunft erfordern wird. Möglicherweise sind auch einige anwesende Experten nicht so von der Stringenz Ihrer Überlegungen überzeugt wie ich. Wir dürfen also, glaube ich, gespannt sein auf die Diskussion, die sich an Ihr Referat anschließen wird.

Ich darf nun Herrn Dr. Nachtkamp als erstem Diskussionsredner das Wort erteilen.

Hans Heinrich Nachtkamp (Münster):

Zunächst bitte ich Sie, damit einverstanden zu sein, daß ich in diesem Beitrag lediglich die von Frau Dr. Rödding vorgelegte Präzisierung des Machtbegriffs diskutiere. Um ganz ehrlich zu sein: Ich bin mit Frau Rödding einer Meinung, daß die Frage der Meßbarkeit im Augenblick noch gar nicht recht angegangen werden kann. Daher bin ich persönlich daran auch nicht sonderlich interessiert. Aber möglicherweise habe ich im Verlauf dieser Runde auch noch Gelegenheit, des näheren darauf einzugehen. Ich möchte jetzt versuchen, erstens den Standort des Röddingschen Dominanzbegriffs in der Landschaft der heute gängigen Redeweisen über Macht, Einfluß, Manipulation, Kontrolle zu bestimmen, zweitens den automatentheoretischen Ansatz inhaltlich zu deuten, ich möchte mich also bemühen — soweit das überhaupt noch notwendig ist —, eine gewisse Verständnishilfe zu geben, um dann, darauf fußend, drittens Grenzen des Dominanzbegriffs aufzuzeigen.

1. Zunächst also zur Standortfrage. Es fällt sofort auf, daß Begriffe von Macht als Fähigkeit, nach eigenem Willen — auch gegen den Widerstand anderer — zu handeln, über den Dominanzbegriff hinausgehen. Macht im ersteren Sinne — so hat es Max Weber definiert — hat ja der, der nicht dominiert wird. Der Dominierende dagegen kann andere zu einer bestimmten Aktionsweise veranlassen. Aber erinnern wir uns:

Weder bedeutet das Vorliegen von Dominanz, daß "Dominanzstrategien" in jedem Falle ausgespielt werden - der Dominierende hat sie nur zur Verfügung -, noch ziehen ihre Anwendung und die daraus folgende Änderung der Aktionsweise bei dem oder den Dominierten stets eine Änderung dessen oder deren faktischer Handlungen nach sich. Somit läßt sich unschwer diese Begriffshierarchie erkennen: 1. Dominanz als Möglichkeit, die Aktionsweise anderer zu ändern (in der Literatur spricht man von potential power oder einfach von Macht), 2. das Ausspielen von "Dominanzstrategien" mit der Folge, daß einzelne Komponenten der das Verhalten eines Individuums bestimmenden Kräfte, nicht jedoch notwendig sein tatsächliches Verhalten, geändert werden (in der Literatur heißt das: Macht, Einfluß, gelegentlich auch: Manipulation), 3. Änderung der faktischen Handlungen (dann spricht man von Macht, Einfluß, Manipulation oder Kontrolle). Aus dieser Standortbestimmung wird übrigens deutlich, daß die auf Einflußnahme zielende Absicht des Dominierenden kein konstitutives Element des Dominanzbegriffs sein kann. Andererseits bezieht er sich nur auf solche Einflüsse, die in einer bestimmten Weise wiederholbar sind.

Nun ist es nicht so, daß das Phänomen potential power nur einen neuen Namen erhält. Es wird ein operationaler Begriff vorgelegt: Man kann Dominanz empirisch feststellen. Die Tatsache, daß ein Instrument der Frühdiagnose zur Verfügung steht — ein Umstand, an den sich Nationalökonomen gegebenenfalls erst noch gewöhnen müßten —, fasziniert mich bei allem Respekt vor den praktischen Schwierigkeiten und erweist die politische Relevanz des Ansatzes. Einfluß als besondere Ausprägung von Kausalität — March und Simon sprechen davon — wird in einem Netzwerk von Automaten präzise darstellbar.

2. Lassen Sie mich nunmehr zur inhaltlichen Deutung des Rödding-Ansatzes übergehen. Sie soll es erleichtern, Machtphänomene umschreibende Terminologien mit dem Automatenkonzept zu verbinden. Ich kann natürlich nicht dafür garantieren, daß Frau Rödding meine Sicht akzeptiert.

Ein Automat ist offensichtlich als Modell eines Individuums, der Prozeß, den er durchläuft, als Abbildung dessen Lebens anzusehen. Betrachtet man das Leben eines Individuums als zeitliche Folge von Situationen, die es durchläuft, wobei der Übergang von einer Situation zur nächsten durch eigenes oder fremdes Handeln bewerkstelligt wird, so ist zunächst zu klären, was man unter einer Situation zu verstehen hat. Man könnte eine Situationsbeschreibung mit einem Katalog von Aussagen der Art beginnen: Das Individuum A hat diese und jene Vorräte, es hat diese und jene Forderungen und Verpflichtungen, es hat diese und jene Kenntnisse und Fähigkeiten usw. Ein solcher Katalog

wird im Mikrozustand des das Individuum simulierenden Automaten modelliert. Ferner wären jene Kataloge dieser Art aufzuführen, die zur Beschreibung der möglichen Folgesituationen gehören. Exakt handelt es sich bei den Mikroperspektiven - so möchte ich diese Kataloge nennen - um die Menge der Mikrozustände, die als Nachfolger eines gegebenen Mikrozustands möglich sind. Schließlich müßte man jene Mikrozustände -- oder besser: die durch sie abgebildeten Kataloge -aufzählen, die das Individuum als Folgezustände eines gegebenen Mikrozustands entweder in Erwägung zieht, weil ein Übergang auf sie seine Situation verbessert, oder als unvermeidlich hinnehmen muß. Ich möchte für diese Kataloge die Bezeichnung "Mikrointeressen" benutzen, obwohl das zu Mißverständnissen führen könnte; mir ist indes kein besserer Name eingefallen. Man stelle sich vor, daß sowohl die perspektivischen wie auch die interessanten Übergänge von Mikrozustand zu Mikrozuständen durch Vorschriften geregelt werden, die den internen Übergangsfunktionen α_0 , β_0 , γ_0 , ähnlich sind. Die Deutung der Aktionsweise, die durch diese internen Übergangsfunktionen gekennzeichnet wird, ergibt sich dann fast zwangsläufig. Es handelt sich um die Menge solcher Übergänge, die bei jeweils gegebenem Anfangszustand möglich und zugleich interessant in dem soeben angedeuteten Sinne sind. Über dieser Menge trifft das Individuum seine Entscheidung, sofern es überhaupt Wahlmöglichkeiten hat.

Vorliegen von Dominanz heißt nach dieser Deutung, daß es einem Individuum A möglich ist, jederzeit Perspektiven oder Interessen eines anderen Individuums B in einer bestimmten Weise festzulegen. Die in der Literatur häufig anzutreffende Redeweise "Macht des A über B äußert sich darin, daß eine Aktion des A eine Änderung 'in some state' des B hervorruft", dürfte damit formal und in gewissem Sinne auch inhaltlich präzisiert sein.

Ebenso natürlich folgt die Interpretation von *Makrozustand* und *globalen* Übergangsfunktionen. Ein Makrozustand enthält als Zusammenfassung von Mikrozustand und Aktionsweise unsere gesamte Situationsbeschreibung, wenn man von den nicht realisierbaren interessanten und den uninteressanten realisierbaren lokalen Übergängen absieht. Ein globaler Übergang bedeutet damit unter Umständen auch eine Änderung der Aktionsweise. Änderungen des Makrozustands nach Maßgabe der globalen Übergangsfunktionen α , β , γ , kann man nun wiederum als aus der Menge der sowohl möglichen als auch interessanten globalen Übergänge stammend ansehen. Entsprechend wären Makroperspektiven und Makrointeressen zu definieren. Die Konstruktion des Automaten trägt also u. a. dem Umstand Rechnung, daß auch Interessen und Perspektiven einem Auswahlräsonnement unterliegen, daß also z. B. Zielsetzungen dem Individuum nicht ein für allemal etwa

durch ein höheres Wesen eingepflanzt sind, sondern daß das Individuum selbst darüber befindet.

3. Wir sind jetzt in der Lage zu prüfen, inwieweit man den Röddingschen Ansatz auf vorliegende Beschreibungen von Macht beziehen kann. Ich kann dabei natürlich nicht vollständig sein angesichts der Fülle der vorhandenen Literatur.

Beginnen wir bei denen, die Macht ausüben! Ihre Machtgrundlagen, d. h. die Ressourcen, die sie zur Machtausübung einsetzen können, lassen sich Mikrozuständen der entsprechenden Automaten zuordnen. Die Möglichkeiten, sie für Machtausübung zu aktivieren, drücken sich in ihren Perspektiven und damit ihren Aktionsweisen aus. Hier sehe ich keine Schwierigkeiten. Anders geht es mir zum Teil bei der Betrachtung eines Individuums, welches der Macht eines anderen unterworfen ist. Freilich wird sich Einfluß durch Überredung oder Überzeugung über eine Änderung seiner Interessen, Einfluß durch ökologische Kontrolle im allgemeinen über eine Änderung seiner Perspektiven in seiner Aktionsweise niederschlagen. Wie ist es aber mit jener Art von Einfluß, der durch Manipulation von Informationen erreicht wird, also dadurch, daß dem Beeinflußten Informationsquellen verstopft oder eröffnet werden? Bei dem Automaten würde das doch bedeuten, daß seine Inputalphabete und damit die Definitionsbereiche der Übergangsfunktionen α und αo geändert würden. Für das betroffene Individuum ergäben sich etwa andere Perspektiven, ohne daß dies unbedingt in seiner Aktionsweise, also in den Funktionsgesetzen α_0 , β_0 , γ_0 , sichtbar würde. Dominanz in Ihrem Sinne, Frau Rödding, läge dann nicht vor, wohl aber im Sinne meiner Interpretation. Und nun frage ich mich, ob meine Deutung Ihres Modells falsch oder unvollständig ist oder ob Ihr Modell einer gewissen Anpassung bedarf; denn ich meine, daß Dominanz, wie Sie sie definieren, und Möglichkeiten der Verhaltensbeeinflussung durch Fehlinformationen sachlich zusammengehören.

Dagegen scheint mir ein wesentlicher Unterschied zwischen Dominanz und einer Klasse von Fällen zu bestehen, für die ich als Beispielden dynamischen Unternehmer in seinem Verhältnis zu seinen Nachahmern anführe. Würde der dynamische Unternehmer die Übernahme von Innovationen durch andere verhindern können, müßte man wohl sagen, daß er Dominanz über die Nachahmungswilligen ausübt. Ist er dazu nicht in der Lage, so existiert keine Dominanzbeziehung. Wenn man allerdings Machttypisierungen benutzt, die auf Motivbasen bei den Beeinflußten abstellen, wie das French und Raven, Cartwright z. B. tun, so würde man dem dynamischen Unternehmer Expertenmacht oder vielleicht auch Identifikationsmacht zuordnen. Freilich fallen Expertenund Identifikationsmacht nicht völlig aus dem Dominanzbegriff heraus, nämlich dann nicht, wenn es zu ihrer Ausübung ganz bestimmter Ak-

tionen bedarf. Soweit es sich aber um eine Art von charismatischen Einflüssen handelt, haben sie mit Dominanz nichts zu tun. Und ich muß sagen, daß mir die Abgrenzung von Dominanz gegenüber Charisma vernünftig erscheint. — Ich danke Ihnen.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank, Herr Dr. Nachtkamp. Ich darf nun zuerst Professor Mensch bitten, als Diskussionsredner zu uns zu sprechen.

Gerhard Mensch (Berlin):

Ich vermute, ich habe nur eine kleine Anregung für die Ausdeutung Ihres Systemansatzes als Netzwerk. Sie kennen vielleicht Herrn Mesarovic, der auch solche Systeme als Netzwerke in der gleichen Mathematik darstellt und in der letzten Zeit mit mehreren Büchern herausgekommen ist. Er hat durch seine Definition von "supremal unit" — das ist die übergeordnete Einheit — und "infernal unit" — die untergeordnete — derartige Beziehungen auch durchkonzipiert. Von praktischen Anwendungen weiß ich allerdings nichts.

(Zuruf.)

— So, die gibt es? — Deshalb ist also dieses Simulationsmodell, das Sie uns vorführen, meines Erachtens — ich wußte nicht, daß die Empirie offenbar doch schon da ist — ein sehr hübscher Schritt vorwärts.

Ich würde allerdings auf die Dualität hinweisen, die zwischen Netzwerken besteht, bei denen man das Hauptaugenmerk auf die Knoten legt, gegenüber Netzwerken, bei denen man das Hauptaugenmerk auf die Pfeile, also die Verbindungen zwischen Knoten, legt. Denn die Interpretation beider Varianten ist ja die folgende: Wenn Sie Ihr Hauptaugenmerk auf Knoten richten, simulieren Sie über System-Zustände, während Sie, wenn Sie Ihr Hauptaugenmerk auf die Verbindungen legen, die Reaktions-Prozesse simulieren. Die Dualität manifestiert — das wissen wir — zwei verschiedene Seiten der gleichen Medaille. Wenn Sie z. B. diese Übergangsfunktion β betrachten, die ja die Menge der Zustände in die Menge der Reaktionen abbildet, dann haben Sie genau diese Verknüpfung, diese Dualität. Es ist meines Erachtens nicht zwingend notwendig, auf die Zustände abzustellen. Man kann genauso von den Reaktionsweisen ausgehen. Man würde dann nur in das duale System überwechseln. Das wäre die andere Seite der gleichen Medaille.

Die Beschreibung solcher Übergangsfunktionen, die Stabilitätsmerkmale, findet man in einem Buch von Thomas Windeknecht: "General Dynamical Processes", 1971.

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank, Herr Professor Mensch. — Ich darf Sie, Herr Professor Morgenstern, bitten, Ihr Diskussionsvotum abzugeben.

Oskar Morgenstern (New York):

Ich habe nur ein paar kleine Bemerkungen.

Ich möchte zunächst sagen, daß es mir ein großes Vergnügen war, einen so schönen Vortrag zu hören, in dem in einer beispielhaften Weise eine so klare Theorie entwickelt wurde. Natürlich liegt es für mich nahe, ein paar Punkte aufzuzeigen, die vielleicht Beziehungen zu der Spieltheorie herstellen, weil auch dort der Dominanzbegriff auftaucht. Ich glaube, es ist mehr als nur die Identität des Wortes; es liegen da gewisse Beziehungen vor. Wie Sie vielleicht wissen, spricht man davon, daß eine Zurechnung eine andere Zurechnung dominiert. Eine Zurechnung ist dadurch repräsentiert, daß eine gewisse Auszahlung an eine gewisse Gruppe von Spielern, von Teilnehmern an einem Spiel, besser ist als eine andere Auszahlung für dieselbe Gruppe und daß daher diese Gruppe oder diese Koalition "effektiv" ist für diese betreffende Menge. Da liegt also etwas Ähnliches vor. Das wirft die Frage auf — das ist mir nicht klargeworden —, was die Automaten oder die, die sich gegenseitig dominieren oder dominiert werden, eigentlich für ein Ziel haben. Muß nicht eine gewisse Zielfunktion eingeführt werden? Ich habe keine Antwort auf diese Frage; vielleicht ist sie auch nicht ganz vernünftig.

Ein zweiter Punkt: Gleich auf der ersten Seite wird gesagt, daß diese Quantifizierungen, z.B. durch Shapley, sich auf kleine Gruppen beziehen.

(Walburga Rödding: Das habe ich nicht mehr gesagt — aus gutem Grund! Das gilt als gestrichen!)

— Na schön. Wenn man nämlich den Shapley Value auf den Kongreß anwendet, so sind das schon sehr große Brocken; man kann sie auch auf die ozeanischen Spiele anwenden, dann hat man überhaupt beliebig große Zahlen. — Also gut, lassen wir das weg! Um so besser, wenn man sieht, daß man sich sehr schnell verständigen kann, wenn man genaue Begriffe hat. Das war soeben ein gutes Beispiel dafür.

Ich möchte ferner wissen, wieso man sagen kann, daß eine Domination darin besteht, daß ein Automat einen anderen jederzeit — das Wort "jederzeit" störte mich etwas — veranlassen kann, während andererseits ein stochastisches oder indeterministisches Element in der Konstruktion folgt. Es wäre vielleicht interessant, das aufzuklären. Das letzte, was ich noch sagen möchte, ist: Es wäre schön, wenn man sehen

könnte, auf welches Theorem Frau Dr. Rödding hinauskommen kann. Bisher ist das eine sehr schöne definitorische Arbeit, die verifiziert, was man unter Messung verstehen kann. Wir sehen hier wieder ein Beispiel, daß Messung erst aus einer Theorie herauskommt und nicht von vornherein gegeben ist; es hängt davon ab, welche Bedingungen man an den Begriff der Messung stellt. Ich hoffe, Frau Rödding wird weiterhin in dieser Richtung arbeiten; denn es wäre schön, wenn wir ein Theorem bekommen könnten, das dann die Frage, was Macht bedeutet und wie man mit dem Begriff Macht operieren kann, aufklären würde.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank, Herr Professor Morgenstern. — Herr Beinsen hatte um das Wort gebeten.

Lutz Beinsen (Wien):

Wenn ich den Vortrag richtig verstanden habe, haben wir es hier mit einem Problem zu tun, das dem Identifikationsproblem in der Ökonometrie sehr ähnelt. In der Ökonometrie können wir eigentlich nie richtig feststellen, in welcher Richtung eine Kausalbeziehung verläuft, und die kausale Deutung ist immer so stark wie die Theorie, die dahintersteht. Nun kommt es mir so vor, als hätten wir, wenn wir die Dominanz feststellen könnten, damit unter Umständen das Identifikationsproblem in der Ökonometrie zugleich gelöst. Da setzen bei mir gewisse Zweifel ein, weil ich eben meine, daß es doch auch hier auf die Stärke der dahinterstehenden Theorien ankommt. Das Problem ist mir nicht ganz klar.

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Darf ich Herrn Dr. Biermann aus Münster bitten.

Herbert Biermann (Münster):

Mit meinen Ausführungen ist intendiert, den durch Frau Rödding definierten Dominanzbegriff zu durchleuchten und Ihnen zugleich einen ergänzenden Gedanken zur Lösung des Meßbarkeitsproblems zu geben. Erkennt man eine Machtbeziehung zwischen zwei Akteuren realiter in statischer Sicht als die asymetrische Lösung eines Interessenkonflikts, bei dem nur der Bedrohte seine Leistung erbringt, somit ein Akteur den Wünschen des weiteren entspricht, so bedeutet Macht zugleich eine Steuerungsfunktion, die zur Sicherstellung ihrer Wirksamkeit Informationen voraussetzt und m. E. vornehmlich auf die Verhinderung von

Zuständen, Verhaltensweisen, isolierten Planungen und ähnlichem abstellt und nicht diese präjudizieren sollte und kann.

Macht unterscheidet sich damit von Einfluß, Manipulation und auch Gewalt. Liegen für eine Steuerungsfunktion die notwendigen Informationen vor, so kann mit dem Konzept des indeterminierten wie auch des stochastischen Automaten gearbeitet werden. Das heißt: Man kann Macht im Sinne der Dominanz automatentheoretisch bei indeterminierter Rekursion präzisieren. Allerdings ist damit — Frau Rödding betonte dies — keine Meßvorschrift der Dominanz schlechthin bzw. der Dominanz zwischen den Akteuren gegeben.

Frau Rödding versucht nun, das Meßbarkeitsproblem auf ein Erkennungsproblem der Dominanz zwischen Automaten zurückzuführen. Dieses besteht letztlich darin, daß sich einerseits die die Machtrelation widerspiegelnden Akteure und andererseits der die Dominanzrelation analysierende Akteur in einem Spiel gegenüberstehen. Wie Ihnen sicherlich erinnerlich ist, war die Beurteilung der einzelnen Situationen durch die verschiedenen Experten bei dem Schach-Meisterschaftskampf Fischer — Spassky selten einheitlich, obwohl offensichtlich (für alle Beteiligten) eine vollständige Information vorlag. Dabei spielte in das jeweilige Urteil der Experten ihre Erfahrungswelt, die dieser zugrunde liegenden Normen, die sozialen Spielregeln und die Phantasie hinein. Soziale Spielregeln sind allgemein für eine Beurteilung im Sinne einer Komplexitätsreduktion notwendig.

Mit einem zusätzlichen, die zwischen zwei Automaten bestehende Dominanzrelation erkennenden Automaten könnte man die Dominanz in einer nichttrivialen Spielsituation eines Schachspiels Fischer-Spassky im Zeitraum einiger tausend Jahre mittels eines Computers ermitteln. Damit wäre für eine Frage in einer Entscheidungssituation, bei der im allgemeinen nicht quantifizierbare Drohungen ausgesprochen werden, nichts gewonnen. Die Messung der Macht auf ein Erkennungsproblem zurückzuführen erscheint insofern nicht praktikabel, vor allem dann nicht, wenn wechselseitige Dominanzen zwischen den Akteuren auf Teilgebieten ihres Aktivitätsspielraumes bestehen, die zudem nicht unabhängig sind. Frau Rödding definiert zwar Dominanz, sie schließt aber nicht aus, da von einer wohlbestimmten Aktionsweise gesprochen wird, daß nicht nur Akteur A den Akteur B, sondern auch der Akteur B den Akteur A dominiert - wenn auch auf anderem Gebiet. Denn eine Dominanzrelation kann sich meines Erachtens nicht sie sollte es auch nicht — auf alle Lebensbereiche des machtbetroffenen Akteurs ausschließlich erstrecken.

Ist ein solcher Sachverhalt gegeben, so muß zumindest von einem Dominanzpaar gesprochen werden, und die Präzisierung verlangt die

Konzeption einander konkurrierender Automaten, wobei nicht nur die Eingabe- und Ausgabealphabete, sondern auch die Relationen sich beeinflussen können. Läßt man nun diese Automaten über dem gleichen Betätigungsfeld operieren, Ergebnisse bei der Umwelt induzieren (etwa Nachfragen befriedigen), wobei die Automaten für die Besetzung bzw. die Einnahme des gleichen Ergebnisfeldes durch den anderen Automaten Barrieren aufzubauen in der Lage sind, also durch einen Eingriff in die gegnerischen rekursiven Beziehungen Outputs verhindern — wobei die Eingriffe Sanktionen bzw. Bestrafungen ausdrücken —, so ist Macht im Vergleich von Sanktionen über dem gleichen Ergebnisfeld zu verstehen. Dabei ist die Sanktion so zu bemessen, daß sie stets nur eine glaubhafte Drohung darstellt; zudem ist darauf zu verweisen, daß eine jede Dominanz nicht auf Drohung verzichten kann.

Mit anderen Worten: Interpretiert man die Sanktion als nicht realisierte negative Belohnung, welche übertragen die durch eine Belohnung initiierte Verhaltensweise gemeinhin zu verhindern sucht, so kann durch Vergleich der Sanktionen und deren Realisierungswahrscheinlichkeit ein Machtindex entwickelt werden. Dieses Maß berücksichtigt nicht nur die Dominanz, es enthält auch implizit soziale Verhaltensweisen, die eine Komplexitätsreduktion des Handelnden zum Zwecke einer Dominanz ermöglichen. Die Verhinderung der Einnahme von Zuständen bzw. Verhaltensweisen soll dabei induzieren - ich betone das ---, daß, wenn Macht, wie eingangs dargelegt, positiv definiert ist, das machtbetroffene Subjekt unter Einsatz seiner Phantasie zu der der erwünschten Verhaltensweise benachbarten übergeht, um darüber seinerseits der Sanktion zu entgehen, andererseits seiner eigenen Zielvorstellung zu entsprechen und seinen Stabilitätsbereich, der der Aktivierung von Phantasiereserven entspricht, zu erhöhen. Darüber wäre dann zugleich die Machtgrundlage ausgehöhlt.

Mit anderen Worten: Auch bei einer Dominanzrelation, will sie als Machtrelation verstanden werden, sind die Aktivierungsmöglichkeiten von Reserven der Wirtschaftssubjekte gebührend zu berücksichtigen. Andernfalls kann m. E. über sie kein sinnvolles Machtmaß definiert werden.

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank, Herr Dr. Biermann. — Wir hatten noch eine Wortmeldung. Darf ich Sie bitten!

Artur Rommel (Hamburg):

Nachdem ich mich selbst beruflich ein wenig mit Computern und Automaten beschäftigen mußte, war es für mich ganz interessant zu

31 Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 74

erfahren, daß man auch dieses Macht- oder Dominanzphänomen auf einem Automaten durchspielen kann. Ich bin allerdings etwas im Zweifel, ob man mit diesem Verfahren und mit diesem Begriff der Dominanz der Realität immer ganz gerecht wird. Ich möchte hier also gewisse Zweifel anmelden. Sie beziehen sich darauf, daß in diesem Dominanzbegriff das Wort "Individuum" verwandt wird, sowohl für den A als auch für den B und C usw. Es gibt doch in der Realität Fälle, wo der A gar kein Individuum mehr ist. Ich denke da z. B. an institutionalisierte oder bürokratisierte Macht. Es ist doch interessant, daß dieser formalisierte Dominanzbegriff oder dieses Formalverfahren meines Erachtens gerade dann nicht mehr ganz anwendbar ist, wenn es sich um eine formalisierte Dominanz handelt, nämlich eben um diese bürokratische oder sonstwie institutionalisierte Macht. Wir kennen ja alle das Phänomen, daß irgendwelche Vorschriften, Regelungen oder sonstige Institutionen ein gewisses Eigenleben führen in dem Augenblick, wo sie von den Individuen geschaffen worden sind, und die Individuen, die gerade diese Reglements erlassen haben, dann selbst dominiert werden. Wir können die Dominanz, die dann auftritt, gar nicht mehr exakt erfassen, weil einfach kein Individuum mehr dahintersteht. Es führt also praktisch dazu, daß das Individuum B sich über eine einmal erlassene Vorschrift selbst dominiert, indem es an die Vorschrift glaubt oder sich ihr freiwillig unterwirft. In den Fällen, meine ich, tritt dann auch das im Referat genannte irreversible Verhalten der Individuen auf. Es wäre ganz interessant zu erfahren, ob die Aussage, daß irreversibles Verhalten mit dem Dominanzbegriff verträglich sei, auch unter diesen Bedingungen aufrecht erhalten werden kann.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank, Herr Dr. Rommel. Das war, glaube ich, ein interessanter Aspekt, den Sie beigesteuert haben. — Ich darf dann vielleicht vorschlagen, wenn im Augenblick keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, daß wir Sie, Frau Dr. Rödding, zunächst einmal darum bitten, eine kleine Zwischenbilanz zu ziehen. Vielleicht ist es dann auch schon das Schlußwort.

Walburga Rödding (Köln):

Ich darf, bitte, der Reihe nach zu den einzelnen Diskussionsbeiträgen Stellung nehmen.

Zunächst zur Frage von Herrn Dr. Nachtkamp, ob dieser Begriff die Dominanz durch Informationsmanipulation subsumiert: Meiner Meinung nach ist das der Fall, wenn auch nicht ganz so anschaulich, wie es

in der Deutung von Herrn Dr. Nachtkamp erwähnt worden ist. Er sagte, Informationsmanipulation bedeute Variation der Input-Alphabete, also der Inputmengen. Man kann das natürlich so auffassen, es würde aber in diesem Begriffsrahmen dazu führen, daß man einen weiteren Begriff braucht, nämlich einen solchen, der in irgendeiner Weise die Änderung der Inputmengen erfaßt. Deshalb würde ich einer zwar weniger anschaulichen Deutung den Vorzug geben, die aber den Vorzug hat, im Rahmen dieser Terminologie zu bleiben. Dazu muß man sich vor Augen führen, daß die Automaten gegenüber den Individuen gewisse Vorteile haben: Wenn man einem Individuum eine Information gibt und dieses in gar keiner Weise auf diese Information reagiert — weder durch Änderung eines Innenzustandes noch durch eine Output-Abgabe —, dann ist es genauso, als hätte es diese Information überhaupt nicht bekommen.

Nun sind die Individuen aber nicht so beschaffen, daß sie dazu fähig wären, die Automaten jedoch können es. Denn über eine Veränderung der Übergangsfunktionen — diesen Begriff haben wir ja zur Hand — kann man erreichen, daß ein Automat eine Information, die er bekommt, auf der Stelle vergißt, was bedeutet, daß er in seinem vorhergehenden Zustand verbleibt. Das stellt aber gar nichts anderes als eine Änderung der Übergangsfunktionen dar, wenn dies vielleicht auch nicht ganz so anschaulich ist wie eine Variation der Inputmengen.

Die zweite Frage war, ob hier Identifikationsmacht erfaßt wird. In der Definition, die ich gegeben habe, ist sie nicht erfaßt. Ich wollte ja auch einen Dominanzbegriff angeben, hatte aber schon zu Anfang gesagt, daß sich auch Varianten desselben netzwerktheoretisch analysieren lassen. Wenn man in der Definition, die ich hier dargestellt habe, die Veränderung an A wegläßt und statt der gewünschten Verhaltensweise von B einsetzt "dieselbe Verhaltensweise wie A" oder eine "ähnliche" — das müßte man genauer präzisieren —, dann hätte man auch so etwas wie Identifikationsmacht formalisiert.

Dann zu der Literatur, die hier erwähnt worden ist: Ich muß gestehen, daß ich diese Bücher nicht kenne, aber ich habe mich über den Stand des MIT durch jemanden, der an Ort und Stelle gewesen ist, orientieren lassen. Der Forschungsstand des MIT ist nach meiner Kenntnis repräsentativ für den Stand der Automatentheorie. Die Informationen waren folgende: Es wird dort die reine — mathematische — Automatentheorie angewandt auf betriebswirtschaftliche Zusammenhänge, aber auch dies erst in Ansätzen und nicht publiziert, vielmehr nur in Form von Blaudrucken zugänglich. Es handelt sich dabei immer um Warenflüsse, hier jedoch um Informationsflüsse.

(Zuruf: Waren- und Geldflüsse!)

— Ich meine das jetzt nur im Gegensatz zu Informationsflüssen. Nun ist jeder Warenfluß, auch ein Geldfluß, ein Informationsfluß, aber das Umgekehrte gilt nicht. Jedenfalls ist es so, daß volkswirtschaftliche Zusammenhänge nach meiner Kenntnis dort bisher nicht untersucht worden sind.

Die Ausführungen über Dualität sind mir nicht völlig klargeworden. Ich möchte zu diesem Punkt nur sagen: Modifikationen der Übergangsfunktionen sind natürlich in jeder Weise möglich. Man könnte sogar auf die β -Funktion verzichten und nur zwei Übergangsfunktionen zulassen. Hier hat man also noch einige Variationsmöglichkeiten.

Dann zu der Frage von Professor Morgenstern, welches Ziel die Automaten haben: Ich hatte schon am Ende meines Referats gesagt, daß die Frage, wie hier Bewertungen vorgenommen werden, mir nur ganz rudimentär gelöst erscheint. Wenn dies irgendwo steckt, dann in den Übergangsfunktionen. Aber wie man in der Verhaltensbeschreibung das Ziel unterbringen soll, kann ich im Augenblick noch nicht beantworten. Ich hoffe nur, daß es im Prinzip möglich ist.

Das "jederzeit" stört auch mich wegen der Indeterminiertheit. Mir ist jedoch bisher noch nichts Besseres eingefallen. Verzichten möchte ich auf diese intuitive Vorstellung nun auch wieder nicht, denn es liegt mir sehr an der Wiederholbarkeitsforderung. Wenn man diese nämlich nicht hat, dann wird die Macht eines Menschen miterfaßt, der auf sich selbst überhaupt keine Rücksicht nimmt, der auch sein Leben einsetzt, um irgend etwas zu erreichen, der natürlich in diesem Sinne auch Macht hat — aber diese Macht hat jeder. Und ich möchte nicht einen Begriff einführen, unter den alles fällt.

Die Frage, auf welches Theorem man hinauskommen kann, kann ich natürlich im Moment nicht beantworten; ich beschäftige mich auch noch nicht lange damit.

Dann zum Identifikationsproblem der Ökonometrie: Ich bin in der Tat der Ansicht, daß man noch sehr viele Probleme mehr als die Definition von Dominanz mit einem solchen Ansatz lösen, jedenfalls einer Lösung näherbringen könnte. Es kommt mir gar nicht so sehr unwahrscheinlich vor, daß vielleicht auch das Identifikationsproblem der Ökonometrie damit angefaßt werden könnte, aber ich kann Ihnen hier nichts Definitives dazu sagen: Man muß es ausprobieren.

Sie sagten sodann, daß dies nur auf der Basis einer dahinterstehenden Theorie erfolgen könnte. Nun ist es ja so: Wenn hier überhaupt Theorie steckt, dann ist sie — wie auch die Ziele — in den Übergangsfunktionen enthalten. Es kann natürlich sein, daß man durch die Zusammenhänge zwischen den Übergangsfunktionen verschiedener Automaten, die ja zusammen ein Netzwerk und damit die Grundlage einer

Theorie bilden, theoretische Aussagen unterbringen oder vielleicht auch erst entdecken kann, aber das alles sind im Augenblick Hypothesen, für die ich in keiner Weise einen Beweis antreten kann.

Nun zu dem Beitrag von Herrn Biermann, bei dem mir manches unklar geblieben ist. Ich kann das vielleicht bei einer anderen Gelegenheit noch näher klären. Hier möchte ich auf einige Punkte eingehen.

Zunächst einmal das Schachspiel Fischer — Spasski: Sie haben gesagt, dort habe man als Grundlage für die Beratung vollständige Information. Die Beratung bei diesem Schachspiel erfolgt doch durch Extrapolation auf die Zukunft — darauf, wie dieses Spiel weitergehen wird: Da aber gibt es eine ungeheure Menge von Möglichkeiten. Wenn man nun einen Rat gibt, sondert man ja in irgendeiner Weise diejenigen Möglichkeiten aus, die man für voraussichtlich eintretend hält. Eine vollständige Information über alle weiteren Möglichkeiten ist natürlich in gar keiner Weise gegeben.

Dann sagten Sie etwas von dem Zeitraum einiger tausend Jahre hinsichtlich der Rechenzeit. Dazu kann ich genauere Angaben machen: Bei einer Menge von Automaten in der Größenordnung 101 und einer Menge von Innenzuständen in der Größenordnung von 101 ergibt sich eine Rechenzeit in der Größenordnung von Stunden. Das ist natürlich für die praktische Anwendung immer noch zuviel, auch wenn es nicht einige tausend Jahre sind. Ich sagte ja schon, daß man durch Zufallsauswahlen oder Beschränkung der Experimentenlänge zunächst in dem Exaktheitsanspruch etwas zurückstecken muß, um praktische Anwendbarkeit zu erzielen. Nun habe ich in der allerneuesten Zeit — das ist aber in keiner Weise eine wissenschaftliche Aussage - gelesen, daß die Programme der Schachspiele, die bekanntlich an genau denselben Schwierigkeiten leiden, vielleicht gänzlich umgestaltet werden mit der Methode der pattern recognition, daß also die Computer Bilder von Schachstellungen aussondern, die in guten Schachspielen aufgetreten sind, und damit eine große Menge irrelevanter Fälle nicht durchzurechnen haben, die ja gerade zu der kombinatorischen Schwierigkeit führen.

Zu dem Meßvorschlag habe ich insofern noch Bedenken, als dort ein Wort wie "glaubhaft" aufgetreten ist. Ich sehe jedenfalls im Augenblick nicht, wie man dies formalisieren könnte. Vielleicht ist es möglich. Wie es zur Messung benutzt werden kann, kann ich im Augenblick auch nicht sehen. Ich möchte also hier Zweifel anmelden.

Dann gab es noch einen letzten Diskussionsbeitrag, in dem es um meinen Terminus "Individuen" ging. Ich habe zu Eingang meines Referats gesagt, daß wir hier den Begriff "Individuum" in demselben verallgemeinernden Sinne verwenden wie den Begriff der Wirtschaftseinheit. Das heißt: Es kommen als Individuen nicht nur persönliche Indivi-

duen in Betracht, sondern auch Mengen von solchen, Unternehmungen, Mengen von Unternehmungen, Behörden, was immer Sie wollen. Jedes Netz aus Automaten ist in meiner Terminologie ein Individuum, auch jeder einzelne Automat. Gerade, was die Zweifel an der Anwendung dieses Begriffs in der Bürokratie betrifft: Ich wage zu vermuten, daß bürokratische Dominanzzusammenhänge durch Vorschriften usw. ein vielleicht gar nicht so tiefsinniger, aber jedenfalls auf der Hand liegender Anwendungsfall für die Entdeckung von Dominanzbeziehungen sind, sofern diese eben nicht schon expressis verbis aus den Vorschriften erkennbar sind.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Ich weiß nicht, ob sich weitere Fragen aus der Antwort von Frau Dr. Rödding ergeben haben. Bitte schön!

Heidi Schelbert-Syfrig (Zürich):

Ich möchte zunächst sagen, daß ich den Apparat, den Frau Rödding aufgebaut hat, zur Präzisierung des ganzen Problems sehr gut finde. Aber ich habe doch den Eindruck, daß eigentlich bis jetzt erst die leeren Schachteln bereitgestellt werden, in die man dann die Messung hineinstecken kann. Ich frage mich, ob für den Praktiker das Hauptproblem nicht weiter bestehen bleibt. Ist es nicht ganz ähnlich wie in der Ökonometrie: Man kann wohl makroökonomische Modelle simulieren — das wäre jetzt Ihr Problem hier —, aber zuerst muß man die Parameter kennen und ökonometrisch geschätzt haben. Das gleiche Problem haben wir hier. Wir bräuchten die Übergangsfunktionen, wie sie wären ohne Einfluß der dominierenden Individuen. Erst dann können wir die Dominanz simulieren. Ich frage mich, wie nun dieses ganz konkrete empirische Problem angepackt werden könnte. Denn solange wir nur den Simulationsapparat ohne die empirischen Funktionen haben, können wir für die praktische Messung der Macht eigentlich noch nichts erreichen.

(Beifall.)

Walburga Rödding (Köln):

Ich habe schon gesagt, daß die Bestimmung der Übergangsfunktionen α , β , γ ein sehr mühsames, schwieriges empirisches Problem ist. Die Tatsache, daß ich es gesagt habe, zeigt schon, daß ich dies in keiner Weise bestreite. Für die Praktiker zeigt sich hier jedoch vielleicht, was sie empirisch erfassen müssen, nämlich das Verhalten der von ihnen

beobachteten Individuen in einem wie hoch aggregierten oder disaggregierten Sinne auch immer.

Ich möchte aber noch ein Mißverständnis ausräumen: Die Daten, um die es sich hier handelt, müssen nicht notwendigerweise Zahlen sein.

Weiter, glaube ich, muß ich hier noch einmal die Ausführungen von Herrn Professor Morgenstern von gestern zitieren, der sagte, man solle mit einfachen Problemen anfangen, nicht gleich mit komplizierten. Ich glaube, das ist an dieser Stelle sehr berechtigt, und ich könnte mir vorstellen, daß dieses Verfahren zunächst praktisch angewandt wird in sehr simplen und übersehbaren Problemen. Wenn man sogleich schwierig beginnt, eventuell noch mit einem großen und möglicherweise auf diesen Ansatz nicht passenden Datenmaterial, ist es möglich, daß keine Erkenntnisse gewonnen werden können. Deshalb, noch einmal, auch hier zunächst ein bescheidener Anspruch: es zu erproben an übersehbaren Fällen. Ich selbst würde da die Untersuchung der Zusammenhänge unter ministeriellen, unter staatlichen Entscheidungsinstanzen vorschlagen, weil diese mir vergleichsweise am ehesten übersehbar erscheinen.

(Beifall.)

Oskar Morgenstern (New York):

Ich habe noch eine kleine Frage: Kann man den Grad der Dominanz irgendwie beschreiben? Ist es nicht denkbar, daß von seiten des Dominierenden von einem Automaten zuviel verlangt wird und daß daher an einem bestimmten Punkt ein Zusammenbruch entsteht? Schließlich gibt es auch Revolutionen. Wenn wir rein mechanisch denken: Wir bauen ja Sicherungen ein, damit keine Überladung eintritt. Ich glaube, das hängt mit der Frage der Zielfunktion zusammen, die ich vorhin aufgeworfen habe. Das ist aber nur eine Frage. Ich stimme Ihnen völlig zu, daß man nicht alles auf einmal behandeln kann. Aber die Frage ist eben: Wie weit muß man in der ersten Beschreibung gehen? Ob das notwendig ist oder nicht, kann ich im Moment nicht entscheiden. Ich frage nur, ob Sie sich diesen Punkt auch schon überlegt haben.

Gert von Kortzfleisch (Mannheim):

Wenn wir uns mit Systemtheorie beschäftigen, haben wir immer die Schwierigkeit, daß sehr häufig von der Struktur unserer Systeme — also so, wie wir die Systeme konstruieren, d. h. in Ihrem Fall so, wie wir die Netzwerke konstruieren — erheblicher Einfluß auf die Ergebnisse ausgeht. D. h., das Verhalten eines solchen Systems wird viel mehr eigentlich von der Struktur des Systems bedingt als von den Übergangsfunktionen.

Ein Weiteres: Zu den Arbeiten am MIT, die soeben erwähnt worden sind, kann ich vielleicht sagen: Es sind gewisse Machtprobleme auch mit Hilfe dieser Systemanalyse untersucht worden, etwa Machtprobleme, wie sie im Bereich der Kriminalität der ostamerikanischen Großstädte auftauchen: Kriminalität im Zusammenhang mit dem Rauschgiftproblem hat Roberts untersucht. Also auch diese systemtheoretischen Ansätze sind geeignet: Sie ersehen, daß man hier ebenfalls gewisse Machtstrukturen, Machtverhältnisse untersuchen kann. Aber, wie gesagt, das Ergebnis hängt im wesentlichen davon ab, wie man das Netzwerk in Ihrer Terminologie — bei uns die Systemstruktur — festlegt.

Walburga Rödding (Köln):

Ich darf zunächst zu der Frage von Professor Morgenstern Stellung nehmen. Die Frage, ob ein Automat immer dominiert wird oder ob sich dies auch ändern kann, hatte ich mir gestellt. Ich habe hier einen Dominanzbegriff vorgeführt, bei dem ich aus Gründen der Vereinfachung dies zunächst nicht berücksichtigt habe. Es ist nur angeklungen bei dem Messungsvorschlag durch den Bereich derjenigen Makrozustände des Dominierenden, die dieser mindestens durchlaufen muß, um Dominanz auszuüben, und zwar in folgendem Sinne: Es kann sein, daß jemand, der Dominanz ausübt, zu solchen Veränderungen seiner eigenen Verhaltensweise gezwungen wird, die zur Beseitigung seiner Dominanz führen. Aber dies liegt jetzt wieder in unmittelbarer Nähe der Dominanz von Leuten, die beliebige Kosten der Macht in Kauf nehmen. Und da dieser Begriff etwas allgemein erschien, hatte ich ihn nicht formalisiert. Im Prinzip scheint mir aber auch das erfaßbar zu sein.

Zu dem zweiten Beitrag: Ich glaube, daß man eben mit sehr großer Sorgfalt die Informationsverbindungen unter den einzelnen Automaten feststellen und simulieren muß, daß aber, wenn dies sichergestellt ist, die Struktur des Netzwerks selbst das Ergebnis nicht mehr beeinflussen kann. Es soll ja gerade ein Abbild der Realität sein. Man würde dann ausdrücken, die Realität beeinflusse sich selbst. Das ist in gewisser Weise selbstverständlich. Je besser also die Simulation, um so geringer der Einfluß des konstruierten Netzwerkes auf die erzielten Ergebnisse.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren, besteht weiter der Wunsch zu Diskussionsvoten? — Das scheint nicht der Fall zu sein.

Die lebhafte Diskussion hat wohl gezeigt, daß die Gedanken, die uns Frau Dr. Rödding vorgetragen hat, sehr anregend gewesen sind. Wir haben nicht nur Anlaß, Ihnen, Frau Dr. Rödding, sehr zu danken, sondern ich glaube, auch in der Diskussion sind wichtige Beiträge zur weiteren Entwicklung dieser Gedankengänge geleistet worden. Ich danke nochmals Frau Dr. Rödding und den Diskussionsrednern und schließe damit den ersten Teil.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, es war genügend Übergangszeit zwischen den verschiedenen Diskussionsgruppen.

Wir kommen zu dem letzten Vortrag, der in unserer Arbeitsgruppe auf dem Programm steht. Es ist der Vortrag von Herrn Professor Boettcher aus Münster über "Ökonomische Gesetze und Wirtschaftsplanung — die Bedeutung der Industrialisierungsdebatte in der UdSSR". Bitte, Herr Boettcher.

Okonomische Gesetze und Wirtschaftsplanung die Bedeutung der Industrialisierungsdebatte in der UdSSR

Von Erik Boettcher, Münster

I. Vorbemerkungen zum Problem

In seinem Roman "Die Auferstehung" läßt Leo Tolstoi seine Heldin an einer zentralen Stelle im Gang der Handlung diese schlichten Worte sprechen: "Ich meine, das einfache Volk wird beleidigt und gedemütigt, es wird schon arg gedemütigt, das einfache Volk!" Sie sagt es mitten hinein in eine zwischen Intellektuellen, nach Sibirien verbannten politischen Gefangenen, hitzig geführte Diskussion. Sie selbst aber war nur ein einfaches Mädchen, das zu einer Prostituierten geworden war. Dann kam sie in den Verdacht, an einem Mord beteiligt gewesen zu sein, wurde verurteilt und verschickt, obwohl schließlich niemand, auch die Richter nicht mehr, an ihrer Unschuld zweifelten. Aber nach der damaligen Rechtsordnung war ein einmal ergangenes Urteil praktisch nicht mehr revidierbar. Nach Tolstois Meinung war es nur darum nicht revidierbar, weil die damals Herrschenden am Schicksal des einfachen Volkes keinen ausreichenden Anteil nahmen. So erlebte es fortgesetzt Demütigungen, die Tolstoi anschaulich schildert und an dem Schicksal seiner Heldin und ihrer Mitgefangenen demonstriert.

Was aber war den Revolutionären, die auch schon im vorigen Jahrhundert in Rußland eine immer fühlbarer werdende Rolle spielten, das Schicksal des Volkes wert?

Auf den hier vorangestellten Einwurf seiner Heldin demonstriert Tolstoi knapp, bei welcher Frage das Lager der "Politischen" gespalten ist; in Volksrevolutionäre und in Marxisten.

Der eine:

"Ja, das ist wahr, es ist wahr, stark gedemütigt ist das Volk. Es darf nicht noch mehr gedemütigt werden. Das ist der Kern aller unserer Bestrebungen."

Der andere:

"Das ist ja eine seltsame Vorstellung von den Aufgaben der Revolution." Woraufhin er sich zornig von den anderen abwendet, auf deren

Vorstellungen es nach seiner Ansicht kein weiteres Wort mehr zu verschwenden lohnt. Dessen marxistische Vorstellung hatte Tolstoi schon zuvor erläutert. Nachdem der "Volksrevolutionär" bewegte Klage geführt hatte, daß es schrecklich sei, weil das Volk sie nicht unterstützte, hatte sein marxistischer Gegenspieler erwidert, er könne darin wirklich nichts Schreckliches sehen, denn: "Die Massen beten immer nur die Macht an. Die Regierung hat die Macht, und so beten sie diese an und mögen uns nicht. Morgen aber werden wir an der Macht sein — dann werden sie uns vergöttern." Dieser seiner künftigen Macht ist er völlig sicher: "Ich sage nur, daß ich die Richtung kenne, in die das Volk gehen muß und daß ich diese Richtung zeigen kann. . . . Wenn sich andere in der "Vergangenheit" verirrten, so beweist das nicht, daß auch ich mich verirren muß. Und zudem, es besteht ein großer Unterschied zwischen dem Fieberwahn von Ideologen und den Gegebenheiten der exakten ökonomischen Wissenschaft."

Lange bevor diese kontroversen Positionen in der russischen Geschichte durchschlugen und ohne daß er die Menschen gekannt hätte, die die Vorgänge in den beiden Revolutionen von 1917 trugen, hatte Tolstoi den gedanklichen Kristallisationspunkt künftigen Geschehens erkannt.

Der Marxist meint, keinen Anlaß zu haben, auch nicht den geringsten, an seinem ökonomischen Gesetz zweifeln zu sollen. Es ist ihm Richtschnur für sein politisches Handeln, denn es gestattet ihm nach seiner Meinung nicht nur, die künftige Entwicklung exakt zu prognostizieren, um vorauszusagen, wer morgen die Macht haben wird, es berechtigt ihn gleichzeitig dazu, mit allen Mitteln auf seine eigene künftige Macht hinzuarbeiten. Damit will Tolstoi zugleich diesen fundamentalen Gegensatz in der jüngsten russischen Gesichte demonstrieren: Dem "Volksrevolutionär" geht es um die Rechte des Volkes, dem "Marxisten" jedoch um die Ergreifung der Macht. Was so den Volksrevolutionären als Ausdruck verabscheuungswürdiger despotischer Gesinnung erscheint, stellt der Marxist als nüchtern zu erkennende Notwendigkeit dar: "Alles für die Massen des Volkes zu tun, aber nichts von ihnen erwarten; die Massen sind nur Objekt unserer Aktivität, sie können uns so lange nicht helfen, wie sie träge in Lethargie verharren, was zur Zeit der Fall ist1."

Der Gegensatz ist schlechterdings total. Denn die Volksrevolutionäre erwarten vom einfachen Volk, gerade so wie es ist, von seinem natürlichen Rechtsempfinden und seiner unverfälschten Moralität eine Besserung der Gesellschaft. Die Marxisten jedoch wollen die Welt im Sinne einer Änderung der Machtverhältnisse verändern und mit ihr auch das

¹ Eigene Übersetzung nach der russischen Ausgabe und eigene Hervorhebungen.

Volk verändern. Dieser Gegensatz spaltete damals das gesamte geistige Rußland².

Seit dem vorigen Jahrhundert, der Blüte russischen Geistes mit Leistungen auf allen Gebieten von Kunst und Wissenschaft, deren Einfluß auf die Entwicklung der gesamten übrigen Menschheit nicht mehr wegzudenken ist, hatte ein anderer Gegensatz zunächst im Vordergrund gestanden. Die Kontroverse entzündete sich bei der Frage, wo die Ursachen spezifisch russischer Geistigkeit zu suchen seien. Die einen sahen den Anstoß allein beim Westen und so strebten sie die Verschmelzung in die Einheit westlicher Kultur an. Die anderen aber betonten den Ursprung im eigenen Volkstum, in seiner Natürlichkeit und in der Religiosität des einfachen Volkes, bei seiner orthodoxen Kirche. So waren sich die sog. "Westler" auf der einen und die sog. "Slavophilen" auf der anderen Seite auf praktisch allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens in einem sich immer mehr verschärfenden Gegensatz gegenübergetreten. Und eben diesen selben Gegensatz finden wir dann auch unter den Revolutionären, zwischen den westlerischen Marxisten auf der einen und den slavophilen Volksrevolutionären auf der anderen Seite.

Vorgänge solcher Art sind für sich genommen sicherlich noch nichts besonderes, sie sind ein wesentliches Merkmal der Ausbildung des nationalstaatlichen Bewußtseins dieser unserer Zeit. Wenn die Anstöße dazu von außen ausgingen oder ganz einfach schon deshalb, weil in einer sich immer mehr vervollkomnenden Weltdomestikation fremde Einflüsse nicht mehr isolierbar sind, gehört zum nationalen Bewußtsein mehr als nur das Verbindende der gemeinsamen Sprache. Man muß das Eigene als etwas Spezifisches erkennen lernen und dieser Weg hat immer wieder zum eigenen Volkstum zurückgeführt, seit Herder auf das Sammeln und Erhalten von Liedern, Erzählungen und Bräuchen der einfachen Menschen verwiesen hatte. Für die Russen jedoch lag auf diesem Wege die Erkenntnis ihrer Besonderheit, die sie von allen anderen Völkern unterschied in der Entdeckung der revolutionären Situation in ihrer Geschichte in einer über Jahrhunderte sich bis an die Schwelle der Neuzeit hinziehenden Dominanz. Man konnte sie als per-

² Es ist das zentrale Thema der russischen Literatur jener Jahrzehnte vor dem für Rußland unglücklichen Ausgang des ersten Weltkrieges, soweit sich deren Autoren sozialen Problemen zuwandten. Ich habe Tolstoi nur ausgewählt, weil er einen Ausdruck besonders abstrakter Akzentuierung gefunden hatte, um diesen beherrschenden Gegensatz zu demonstrieren. Er spaltete auch die russische Sozialdemokratie. Zu dieser Spaltung hat auch Marx seinen Anteil hinzugefügt. Auf die Anfrage der Sozialrevolutionärin Vera Zasulitsch an ihn im Jahre 1881, ob eine vermittelnde Position möglich sei, antwortet er kühl und distanzierend, indem er auf den stringenten Zusammenhang zwischen Ablaufgesetzlichkeit der Geschichte und der Revolution verweist. Siehe den Wortlaut des Briefwechsels in: Karl Marx, Politische Schriften, 2. Band, Hrsg. H.-J. Lieber, Darmstadt 1960, S. 1039 - 1060 und S. 1134.

manente Sehnsucht nach Freiheit und Ungebundenheit interpretieren, die auch die Weite des Raumes nicht vollständig befriedigt hatte und nie gestillt worden war. Der Ursprung ist mit dem Beginn und dem Aufstieg des moskoviter Reiches verbunden. Wir müssen das als ein in Jahrhunderten sich im Bewußtsein des Menschen verfestigte Gegebenheit ihrer Existenz beachten, weil wir sonst auch die Erscheinungen um Rußlands beide Revolutionen des Jahres 1917 und die folgenden Probleme nicht verstehen würden. Sicherlich finden wir in der revolutionären Grundstimmung auch die Erklärung dafür, daß in kaum einem Volk so wenig Widerspruch gegen die These erhoben wurde, die Geschichte der Menschheit sei eine Geschichte von Klassenkämpfen. In Rußland war sie es.

Schließlich wurde auch den neuen sowjetischen Machthabern der zwanziger Jahre bewußt, daß zwar die alten revolutionären Bedingungen Rußlands sie an die Macht gebracht hatten, ihre Revolution für sich genommen aber offensichtlich nicht ausgereicht hatte, um die soziale Situation Rußlands soweit zu verändern, daß Revolution als bleibende Möglichkeit getilgt gewesen wäre. Im Gegenteil, sie trat, nachdem sich die Verhältnisse soeben angefangen hatten zu normalisieren, wie ein Gespenst aus den Kulissen der Geschichte wieder auf die Bühne des politischen Geschehens. In etwas verändertem Gewand zwar, aber nicht minder gefährlich, spaltete polares Denken erneut die Intellektuellen und mit ihnen auch die Kommunistische Partei der Bolschewiki.

Schließlich erschien nur die rasche und erfolgreiche Industrialisierung das geeigente Instrument zu sein, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren und die Macht der Kommunistischen Partei zu befestigen. Aber in die Diskussion um die geeignete Methode der Industrialisierung schlich sich eben die gleiche Polarisierung ein. Es tat sich, wie immer dann, wenn das Denken das Abenteuer polarer Möglichkeiten wagt, eine Scheidewegsituation auf. Schließlich wurde in Rußland der eine der beiden lebhaft und leidenschaftlich diskutierten Wege beschritten. Das vollzog sich unbemerkt von der übrigen Welt, die damals nicht entfernt zu ahnen vermochte, welcher Einfluß davon für die späteren Jahrzehnte der eigenen Entwicklung ausgehen würde.

II. Die Vorgeschichte

Auf die vorhin angedeutete spezifische Situation Rußlands ist jetzt noch etwas genauer einzugehen. Sie bedeutet, daß es fortwährend eine revolutionäre Bedrohung einer jeden Regierung von Seiten dessen gegeben hat, was man so landläufig als "Volk" bezeichnet. Um zu verstehen, durch welche Umstände das hatte zu einer Dauersituation werden können, muß man schon recht weit zurückgehen. Man muß bis zu

jener russischen Katastrophe zurückgehen, die im Winter 1237/38 als Folge des Mongolensturms eintrat. Dabei braucht nicht so sehr dieses Faktum zu interessieren, als vielmehr jene sozialen Verhältnisse, durch die es ermöglicht worden war, daß nämlich die Mongolen Stück für Stück ein russisches Teilfürstentum nach den anderen zu erobern vermochten, ohne daß es auch nur zu einem Versuch einer gemeinsamen Aktion gegen sie kam. Spätere Generationen erst haben daraus ihre Lehren gezogen und haben die sozialen Verhältnisse soweit geändert, damit sich eine solche Katastrophe nicht mehr wiederholen konnte. Der zentralisierte und uns in diesem Sinne heute schon sehr modern erscheinende moskoviter Staat konnte dann auch in der Tat nicht nur das Tatarenjoch abschütteln und damit die Wiederbegründung des russischen Reiches leisten, er steht so am Beginn jenes durch die Jahrhunderte erfolgten Ausbaus des russischen Imperiums und der russischen Großmacht.

Dieses aber ist nur die eine, wenn auch häufiger gezeichnete Seite jener Folge der Änderung der sozialen Verhältnisse. Sie ermöglichte zwar den Aufstieg des Großfürstentums Moskau zur russischen Großmacht, bescherte ihr aber auch jene permanente revolutionäre Situation, die schließlich 1917 zum Sturz der Zaren führte und mit der Begründung der Sowjetmacht zunächst noch keineswegs aus der Welt geschafft war.

Rußland war bis zum Einfall der Mongolen als Folge einer durch Jahrhunderte geübten Erbteilung in ein Gewirr von autonomen und halbautonomen Herrschaftsräumen zerfallen. Endlose und immer erneut ausbrechende Erbauseinandersetzungen in Onkel-Neffen-Kriegen lassen uns das Land als in einem Zustand permanenter interner Agressionen und interner Agressionsbereitschaft erscheinen. Dabei hatten die kleinsten dieser Fürstentümer bereits die Größenordnung von späteren Gütern mit nur einigen wenigen Dörfern erreicht. Dem unerwartet hervorbrechenden starken, disziplinierten und auf Eroberungen ausgehenden Gegner, wie es die Mongolen damals eben waren, ist das ganze Land dann auch insgesamt wie eine reife Frucht in die Hände gefallen. Sie haben es dabei eben Stück für Stück erobern können, ohne daß auch nur der Ansatz einer wirksamen gemeinsamen Gegenaktion unternommen worden wäre. Und sie konnten danach ihre Macht über das eroberte Land durch Jahrhunderte erhalten, solange diese Ordnung, die auf fortgesetzter Erbteilung beruhte, nicht geändert wurde. Sie sicherten sich nur die Oberherrschaft über die russischen Teilfürstentümer, die sie sich lediglich tributpflichtig machten, indem sie sorgsam die Gegensätze pflegten, um sie so unter Kontrolle zu behalten. Je nach Einschätzung der jeweiligen Lage haben sie die Konflikte teils schiedsrichterlich gedämpft, teils haben sie aber auch, wenn sie das für erforderlich hielten, die Konflikte geschürt, gelegentlich auch durch Parteinahme selbst eingegriffen. So blieb Rußland in innerem Streit zerfallen und gelähmt.

Schließlich jedoch wurde die tatarische Fremdherrschaft, d. h. die in Rußland unter mongolischem Oberbefehl stehende, sich aber aus Turkovölkern rekrutierende Staats- und Militärorganisation, von Moskau ausgehend durch eine Sozialreform überwunden. Diese begann im 14. Jahrhundert mit den Landkäufen des Großfürsten Iwan I. Kalita. Der Beiname "Kalita" heißt im Russischen der "Geldbeutel". Dieser hatte nämlich das Geschäft des Tributinkassos bei den anderen russischen Teilfürsten für die Tataren übernommen und war dabei selbst stets seltsam gut bei Kasse. Die erworbenen Ländereien wurden von ihm zur Krone hin zentralisiert, mit der Dienstverpflichtung der übernommenen Adeligen, im Heer des Großfürsten und ihrer Versorgung aus dem zur Nutzung vergebenen Grundbesitz. Was so begann, wurde dann in der Reformperiode Iwans IV., der mit dem Beinamen eines "Schrecklichen"⁸ in die Geschichte eingegangen ist, im 16. Jahrhundert vollendet. Kern seiner Reform ist die schon ausdrückliche Ausbildung von "Dienstgütern" und die radikale Umwandlung aller Erbgüter in diese Konstruktion. Damit verbunden war eine "Verordnung über den Dienst" (Uloženie o službe), durch die ein stehendes, dem Zaren unmittelbar unterstehendes Herr geschaffen wurde, wobei die Inhaber von Dienstgütern zum Dienst in diesem Heer verpflichtet wurden. Auf diese Weise wurde die Macht der moskoviter Zaren begründet, konnten sie ihre Herrschaft schließlich über ganz Rußland ausdehnen.

Das aber war eben nur die eine Folge der Reform. Ihre andere Folge war die zunehmende Unfreiheit des russischen Bauern. Denn aus ihrer Arbeit wurde ja der bei Hofe oder im Heer stehende Dienstadel versorgt, wurde somit auch der interne Bedarf für die Selbstherrschaft der Zaren und für deren expansive Politik gedeckt. Von Anfang an hat es dabei eine Überforderung der Bauern gegeben, eben jene "Demütigung des Volkes", von der nicht nur Tolstoi gesprochen hat, die die russische Literatur des vorigen Jahrhunderts allgemein durchzieht.

Nicht jeder Bauer ist aber von Anfang an bereit gewesen, diese Demütigungen nur so hinzunehmen. Sie entzogen sich ihnen vielmehr in Massen durch Flucht in den Süden, in die Steppe, um als Kazaken — was im Turkmenischen einfacher Soldat heißt — ein geändertes Leben zu führen. Dort übernahmen sie von den Tataren und Turkmenen, auf die sie in der Steppe stießen, deren Kampfesweise und bildeten eigene demokratisch verfaßte Gemeinwesen. Man könnte sie Wehrbauern nen-

³ Der russische Beiname "grozny" hat jedoch den Klang einer besonderen Mischung zwischen Großartigkeit und Grausamkeit, ohne daß man genau angeben könnte, wohin stärker der Akzent zu legen wäre.

nen, weil sie einerseits Landwirtschaft betrieben, andererseits ständig zum Krieg bereit waren, zur Abwehr feindlicher Einfälle, aber genau so gut auch jederzeit zu eigenen räuberischen Einfällen in fremdes Land.

Den Zaren Moskaus bot diese Entwicklung sowohl Vorteile als auch Nachteile. Durch die Dienstverpflichtung des Adels erreichten sie jene Zentralisierung des Staates, durch die Moskau seine Rolle in der Geschichte spielen konnte. Durch die Entstehung des Kosakentums wiederum erwuchs ihnen so etwas wie ein zweites Heer, das ihre Grenzen dort schützte, wo es durch räuberische Einfälle permanent gefährdet war, das sie aber auch erfolgreich für ihre Politik der wandernden Grenze durch die Jahrhunderte hindurch zu nutzen gewußt haben. Es stand ihnen auch immer dann zur Verfügung, wenn Rußland von außen angegriffen wurde, von den Angriffen Polen-Litauens im Mittelalter bis in den ersten Weltkrieg, sobald also die Etablierung einer Fremdherrschaft drohte⁴.

Aber die Kosaken vergaßen andererseits nicht, daß sie Nachkommen entlaufener Bauern waren und dieses Wissen ist ihnen auch über die Jahrhunderte hinweg nicht abhanden gekommen. Brachen im Staat soziale Unruhen aus, so pflegten sie sich notorisch mit den Aufständischen zu solidarisieren und gegen die Moskauer Zentralgewalt Partei zu ergreifen. Dieser Vorgang wiederholt sich regelmäßig praktisch in einem jeden Jahrhundert. Hier wurde ein ungebändigter Freiheitsdrang erhalten und ein unbändiges Freiheitsbewußtsein in Liedern, Märchen und Sagen durch Generationen bis zur Gegenwart vererbt und kultiviert.

Wir müssen Rußland von Anbeginn des Moskauer Staates in dieser Doppelgeschichtlichkeit sehen, wenn wir es richtig sehen wollen. Schaut man auf seine Zentralisierung, so trägt es früh die Züge eines modernen Staates, dessen Kennzeichen europäische Historiker immer wieder an Frankreich herausgestrichen haben, um es dem in mittelalterlichen Feudalbeziehungen verharrenden Deutschen Reiche gegenüberzustellen: Rußland war im gleichen Sinne schon früher ein moderner Staat. Man darf aber auch jene Menschen aus der Steppe nicht übersehen und vergessen. Sie haben Rußland nicht minder stark ihren Stempel aufgedrückt, in ihrer ständig latent agressiven Haltung gegen jedwede Despotie und Unterdrückung, mit ungezügeltem Freiheitsdrang, in ständiger Bereitschaft, an Kriegen mitzuwirken, aber auch sich gegen alle jene aufzulehnen, die sie oder andere zu unterdrücken versuchten.

⁴ Dabei ist insbesondere auf die instruktive Darstellung bei Günther Stöckl, Russische Geschichte, Stuttgart 1962, zu verweisen. Der Wert dieser Arbeit besteht darin, daß hier die Sozialgeschichte Rußlands herausgearbeitet wird. Über die Hinzufügung und Integrierung der Geschichte des Kosakentums in die russische Geschichte hatte Stöckl unter dem Titel "Die Entstehung des Kosakentums" 1953 berichtet.

Rußland hat immer diese beiden Gesichter gehabt und daran hatte sich bis zum ersten Weltkrieg prinzipiell nichts geändert. Wenn sich aber dann die gegebene geschichtlich-revolutionäre Dauersituation 1917 in einer solchen beispiellosen Heftigkeit, in einer Orgie von Grausamkeit und Brutalität der Revolution entlud, so kam das daher, daß noch weitere Voraussetzungen hinzutraten, die die Spannungen verschärften. Dabei ist auf zweierlei zu verweisen:

1. Da waren der schon erwähnte kulturelle Aufschwung und die Blüte Rußlands im 19. Jahrhundert. Die russischen Truppen, die Napoleon verfolgt hatten, waren bis nach Frankreich gekommen. Von dort hatten insbesondere junge Offiziere die Idee der Freiheit nach Rußland gebracht, die sich dann im Dekrabristenaufstand entlud. Zwar schlug ihn Nikolaus I. blutig nieder, aber die Idee konnte nicht mehr getilgt werden. Intellektuelle und Künstler trugen sie weiter und propagierten sie als Aufforderung zum Widerstand gegen Despotie und die Parteinahme für die Freiheit. Wenn man das nicht gebührend beachtet, bleibt alles unverständlich, was sich bis in die Revolution und über diese hinaus in Rußland abgespielt hat. Die Idee der Revolution wurde vergeistigt, jedermann sprach über sie, jedermann philosophierte über sie. Man hat das später als die typische Geisteshaltung der russischen "Intelligencija" bezeichnet und beschrieben⁵.

Aber woher kam der Drang nach Freiheit? War er aus dem Westen nur importiert oder gehörte er zum Wesen des Russischen? Auf der Suche nach einer Antwort führte der Weg in die Steppe und dieser Geist der Steppe beeinflußte die Grundhaltung breitester Bildungsschichten mit politischen Folgen ungeahnten Ausmaßes, die schließlich nach Europa und über Europa hinaus greifen sollten.

2. Dazu aber kommt noch, daß Rußland 1861 eine verfehlte Bauernbefreiung durchgeführt hatte. Die Bauern wurden zwar aus der Leibeigenschaft entlassen, das Obereigentum an Grund und Boden aber blieb bei den Gemeinden. Diese teilten das Land periodisch auf die gerade vorhandenen Familien auf. Überwiegend in fünfjährigem Rhythmus, und zwar einerseits je nach Familienzahl (d. h. jede neue gegründete Familie konnte Anspruch auf Land erheben) und sodann auch noch variabel nach Familiengröße (d. h. ein jedes zusätzliche Kind bedeutete Anspruch auf mehr Land). Die unmittelbare Folge dessen war, daß sich der Landhunger der russischen Bauern unmittelbar in

⁵ Siehe neuerdings: Richard Pipes, Die russische Intelligentsia, Stuttgart 1962, und S. V. Utechin, Geschichte der politischen Ideen in Rußland, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1966.

⁶ Die Literatur, in der dieser Zusammenhang beschrieben wird, ist äußerst zahlreich. Ich greife nur eine Arbeit heraus, die von Nicholas V. Riasanovsky, Rußland und der Westen — die Lehre der Slawophilen — Studie über eine romantische Ideologie, München 1954.

Fruchtbarkeit umsetzte. Aber da Land insgesamt nicht vermehrbar war, sanken die Landanteile pro Familie kontinuierlich. So trat Rußland in eine Periode bis dahin ungekannter Bevölkerungsvermehrung ein, die die Verelendung des russischen Bauern über die Grenze des Erträglichen verschärfte. Der Aufruhr breitester Bevölkerungsmassen lag damit greifbar in der Luft⁷.

3. Hinzu aber kommt noch, daß neben der gleichmacherischen Tendenz des Mir dennoch stets auch eine Alternative bestanden hat. Bei Übernahme größerer Lasten konnten einzelne Bauern auch größere Landanteile zu individueller Dauernutzung vererblich erwerben. Davon haben offensichtlich die aktiveren Elemente im russischen Dorf Gebrauch gemacht. Durch Verbesserung der Produktionsmethoden konnten sie Produktivitätssteigerungen erreichen, die ihnen eine relativ leichte Ablösung der auferlegten Lasten gestattete. So erwuchs neben der fortschreitenden Verelendung der Masse der Bauern auch eine Wohlstandsschicht auf dem russischen Dorfe heran. In den 20er Jahren wurden sie als Kulaken bezeichnet, vom russischen Wort Kulak, die Faust, abgeleitet, also die Faust im Nacken des Kleinbauern.

III. Die Situation der 20er Jahre

Auf diesem Hintergrund erst wird die Revolution verständlich. Man wird sie im Auge behalten müssen, will man die Probleme im ersten Jahrzehnt des jungen Sowjetstaates richtig beurteilen. Denn aus ihnen erst ergeben sich die sozialen Tatbestände, denen sich die Sowjetregierung der 20er Jahre konfrontiert sieht: Wir können sie wie folgt darstellen:

1. Die Revolution war zur Angelegenheit breitester Schichten der Bevölkerung geworden. Sie hatte sich — wie schon so oft in der russischen Geschichte — gegen die Zentralgewalt und jene Schichten, die sie trugen, Adel und Offizierskorps, gerichtet. Aus diesen Schichten hatte sich dann auch im wesentlichen die Emigration rekrutiert, sehr viel weniger aus der Intelligencija. Auch wenn mit den Bolschewiki der radikale Flügel der an sich breiten revolutionären Bewegung schließlich obsiegt hatte, so kam nach dem Ende des Bürgerkrieges dennoch wieder eine sehr viel breitere politische Ideenpalette zum Zuge. Das erklärt schließlich die Lebhaftigkeit der Diskussion und

⁷ Auch hierzu liegt eine breite Literatur vor, die ich nicht annähernd vollständig zu erfassen vermag. Siehe insbesondere: Carsten Goehrke, Die Theorien über Entstehung und Entwicklung des Mir, Wiesbaden 1964. Aber auch Gerhard Mackenroth, Bevölkerungslehre, Berlin - Göttingen - Heidelberg 1953, Kapitel Rußland, S. 136 ff.

- die Vielfalt der Argumente und Vorschläge für den Neuaufbau von Staat und Gesellschaft in dieser ersten Periode.
- 2. Die Revolution aber hatten die Bauern getragen. Hierin unterscheidet sich diese letzte russische Revolution also nicht prinzipiell von ihren zahlreichen Vorgängern der russischen Geschichte. Wieder einmal hatte das Aufbegehren der Steppe gegen die Moskauer Zentralgewalt angebrandet und hatte schließlich Erfolg gehabt. Dieses Mal war ihm Erfolg beschieden gewesen, weil der Aufstand auf eine breite Bereitschaft zur Mittäterschaft bürgerlicher Kreise getroffen war.

Auf diesem Hintergrund sind die Erwartungen zu beurteilen, die die Bevölkerung nun beseelten. Das Bild, das vornehmlich Emigranten gezeichnet hatten, wonach Rußland von einer kleinen, aber militanten Gruppe überrumpelt worden wäre, ist sicherlich falsch. Man hüte sich auch vor dem Eindruck, daß radikale Gruppen jemals ohne Bereitschaft zu Mittäterschaft und Mitläuferschaft großer Teile der Bevölkerung etwas ausrichten könnten. Lenin hatte recht gehabt und recht behalten, für seinen Sieg brauchte er schon die Massen, auch wenn er sie schließlich benutzte, um ihnen die Herrschaft jener Gruppe aufzuzwingen, die er vertrat. Aber die Massen meldeten sich wieder. Nachdem nämlich die Leiden und Entbehrungen von Krieg und Bürgerkrieg beendet waren - und das war 1921 endlich der Fall - sollte nach seinen Erwartungen das jahrhundertealte Sehnen des russischen Volkes nach Freiheit nun endlich erfüllt werden. In diesem Zusammenhang ist auch Lenins schließlicher Erfolg über die erste, aus der Februarrevolution von 1917 hervorgegangene sog. "Provisorische Regierung" zu sehen und zu beurteilen. Er brachte die Bauernmassen auf seine Seite, weil er ihnen versprach, wozu die "Provisorische Regierung" sich nicht hatte durchringen können, nämlich Frieden und Land. Und das Bürgertum, die Intelligencija, wollte alle ihre Ideen aktiv einbringen, über die sie im vorigen Jahrhundert nur hatte diskutieren können.

Sehen wir uns nun aber nüchtern allein die Fakten an, die einem solchen Höhenflug von Ideen auf der anderen Seite nach 1921 gegen- überstanden. Sie sahen so aus: Rußland war vor allem nach wie vor ein Agrarland mit über 80 % Analphabeten. Zwar war der Adel aus seinen Rechten vertrieben, sein Land und das der Krone an die Bauern verteilt, beides aber war ohne fühlbaren Einfluß auf die Situation der Bauern geblieben. Denn deren Landanteile waren nicht merklich angestiegen, weil man die Menge des zur Verteilung geeigneten Landes erheblich überschätzt hatte und nachdem auch noch erhebliche Teile der Stadtbevölkerung, so der Industriearbeiterschaft, die oft nur Saisonpendler in die Städte gewesen waren, nun auf das Land zurückström-

ten. Dort machten sie, die ihre Bindungen zu den heimischen Dörfern und den dort fest ansässigen Familien nicht aufgegeben hatten, nun ihre Ansprüche bei der Landzuteilung geltend. Hinzu kam, daß unmittelbar nach erfolgter Stabilisierung der Verhältnisse wieder die starke Bevölkerungsvermehrung ungehemmt einsetzte. Und schließlich trat auch noch die bestehende Ungleichheit der Landverteilung nun in besonderer Kraßheit hervor. Vor dem Kriege war der 1861 zwar befreite. ökonomisch aber immer mehr verelendende Bauer darauf angewiesen gewesen, sich in abhängige Beschäftigung vor allem bei der Gutsherrschaft verdingen zu müssen. Damit geriet er in eine womöglich noch drückendere Abhängigkeit, als sie für ihn unter den Bedingungen der Leibeigenschaft bestanden hatte, in der die Gutsherrschaft wenigstens durch die Fürsorgeverpflichtung gebunden war. Nun aber mußte er sich nach vollzogener Revolution unter der Herrschaft der Bolschewiki bei den neuen Großbauern verdingen. Damit hatte er zwar den Herrn gewechselt, einen Herrn jedoch hatte er behalten und die soziale Lage, in der er leben mußte, war so für ihn prinzipiell gleich geblieben. Damit drohte das Gespenst der Revolution urplötzlich wieder aufzutreten, nachdem sich die Verhältnisse für jene, die die Revolution in erster Linie getragen hatten, nämlich für die Masse der Bauern, grundlegend nicht geändert hatten. Wurde hier nicht bald etwas getan, dann drohten sich neue Aktionen nun gegen die neuen Machthaber zu wenden. Unruhen flackerten unter den Bauern auch allüberall auf und man mochte nur wieder an die Kontinuität solcher Vorgänge in der russischen Geschichte denken, um zu wissen, daß es nur eine Frage der Zeit sein könnte, wann wieder der große Aufstand da war. Zunächst aber kam es darauf an, wie sich die Intelligencija verhalten würde. Die einzigen freien Wahlen zu einer Volksvertretung, die in Rußland je durchgeführt wurden, hatten den Kommunisten nicht die Mehrheit gebracht. Lenin hatte dieses Parlament dann sofort wieder auflösen lassen.

In dieser Schärfe des erneut drohenden Gegensatzes sind die Verhältnisse der 20er Jahre zu zeichnen, zu dem wir nun nur noch das Konzept der Marxisten hinzuzufügen haben. Dabei gelangt man unmittelbar zu einem bemerkenswerten Ergebnis. Lenin hatte es zunächst einige Mühe bereitet, nachdem er in Petrograd eingeschleust worden war, seine dort schon anwesenden Kampfgefährten unmittelbar zu der zweiten, der Kommunistischen Revolution, zu überreden. Waren jene doch noch voll auf die Abfolge der einzelnen Schritte nach der marxistischen Interpretation des Geschichtsprozesses eingeschworen, wonach dem Feudalsystem erst der Kapitalismus zu folgen habe, aus dessen hohen Wachstumsraten erst sich die Bedingungen des Sozialismus ergeben könnten. Die Sozialisten in Rußland könnten insofern zum gegebenen Zeitpunkt nur die Position einer Art Feuerwehr einnehmen,

durch die die Bourgeoisie notfalls gezwungen werden sollte, ihre Revolution bis zur letzten erforderlichen Konsequenz durchzuziehen, damit durch sie die Bedingungen des Sozialismus produziert würden⁸.

Dagegen setzte Lenin seine Überzeugung, daß die kapitalistische Entwicklung mittlerweile in ein neues Stadium getreten sei, das eine geänderte Eigengesetzlichkeit aufweise und den geänderten Einsatz politischer Instrumente erfordere. Dieses neue Stadium nannte er Imperialismus. Kennzeichen des Imperialismus seien rückläufige Wachstumsraten in den hochentwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften. Diese würden die Kapitalisten zur Expansion, zur Erschließung neuer Märkte zwingen. Die Folge seien das Entstehen auch von Halbkolonien, und auch Rußland stelle sich in diesem Sinne als von den Kapitalisten Westeuropas ökonomisch bereits unterworfen dar. Diese seien stark genug, um eine Industrialisierung Rußlands, wie auch aller anderen Rückstandsgebiete der Welt zu verhindern, um sich diese als Abnehmer der eigenen Industrieprodukte und als Lieferanten billiger Rohstoffe zu erhalten. Es gelte, die Welt aus dieser Umklammerung zu befreien, und das könne nur die sozialistische Revolution leisten. Die imperialistische Kette werde dann an ihrem schwächsten Glied brechen und dieses schwächste Glied könnte durchaus das agrarische Rückstandsgebiet Rußland sein. Von der Revolution in Rußland würde eine revolutionäre Kettenreaktion in die hochentwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften ausgehen. Nach in Rußland vollzogener Revolution gelte es dann, das eigene Land mit neuen Instrumenten der Planwirtschaft zu industrialisieren. Im Hinblick auf diese Instrumente gibt sich Lenin optimistisch: Eisenbahn und Post würden, im Kapitalismus seit jeher nichtkapitalistisch entwickelt, das Vorbild abgeben, nach dem man auch die anderen Wirtschaftsbereiche organisieren, aufbauen und weiterentwickeln könnte. Der Weltkrieg sei zudem überall, vorwiegend aber in Deutschland, mit Instrumenten der Planwirtschaft geführt worden. Die Erfahrungen dieser Kriegswirtschaft sollte man sich zunutze machen, um sie auf die Friedensplanung zu übertragen und nutzbringend anzuwenden. Und schließlich seien die kapitalistischen Großbetriebe, die Aktiengesellschaften, ja schon insofern weitgehend sozialisiert, als dort nicht mehr die Eigentümer, sondern angestellte Vorstände das Entscheidungsrecht hätten. Die Aktiengesellschaften würden also nur noch kapitalistisch kontrolliert, eine Kontrolle durch Sozialisten würde ihren sozialistischen Kern offenbaren. Insofern könnten die dort neu entwickelten Leitungstechniken unmittelbar in den Sozialismus übernommen und dort weiter entwickelt werden.

⁸ Diese Position hatte Lenin selbst noch in seinen frühen Veröffentlichungen eingenommen.

Mit dieser neuen ökonomischen Konzeption hatte Lenin in die Revolution eingegriffen. Mit ihr wurde dann nach dem bolschewistischen Sieg der Aufbau einer Planwirtschaft versucht. Aber schon nach etwas mehr als drei Jahren befand sich die Wirtschaft des Landes am Rande faktisch des ökonomischen Ruins. Sicherlich wird auch der Bürgerkrieg ein arges Hindernis gewesen sein, seine Folgen waren verheerend und solange wie er herrschte gab es keine ernsthafte Chance für Erholung und Aufbau. Warum aber gaben die Bolschewiki die Planwirtschaftskonzeption genau zu jenem Zeitpunkt auf, als der Bürgerkrieg beendet war? Hätten sie noch an die Leistungsfähigkeit der Planwirtschaft geglaubt, dann hätten sie doch jetzt - nachdem Frieden eingetreten war - Gelegenheit gehabt, mit neuen Ideen und Kräften den Aufbau durch Planwirtschaft zu versuchen. Statt dessen schaffte man sie im großen und ganzen wieder ab, um die Marktwirtschaft des NEP zu etablieren. Das zeigt überdeutlich, daß man sich in dieser Beziehung nach 1921 am Ende des Lateins gefühlt haben muß.

Zwar bewirkte der Übergang zur Marktwirtschaft sehr bald eine Erholung und eine Rückkehr zum Produktionsstand der Vorkriegsjahre, aber er enthüllte zugleich, wie wenig so mit der Revolution praktisch erreicht worden war. Denn die ganze Rückständigkeit Rußlands — wir wiesen vorhin schon darauf hin — war mit einem Schlage wieder offenbar geworden. Alle alten Probleme, um derentwillen der Bürgerkrieg geführt worden war, schälten sich wieder heraus, in etwas geändertem Gewande zwar, aber ansonsten grundsätzlich unverändert. Nur die Herren hatten gewechselt, die alten waren gegangen, an deren Stelle waren aber neue getreten, unter denen nicht sehr viel anders — mindestens für die Masse der russischen Bauern — gelebt werden mußte.

IV. Die ideologische Kontroverse

Für diese Situation ist es daher nicht weiter verwunderlich, wenn immer unüberhörbarer an die Adresse der Bolschewiki, aber auch unter ihnen selbst, die Frage gestellt wurde, ob ihre Revolution wirklich gerechtfertigt gewesen sei. Hatte man von der marxistischen Ablaufautomatik "Feudalismus — Kapitalismus — Sozialismus" wirklich abweichen dürfen? Man hatte den Sozialismus unter Überspringen des Kapitalismus erreichen wollen, um jetzt ernüchtert erkennen zu müssen, daß sich die Verhältnisse dabei kaum hatten ändern lassen. Man war in Verhältnissen steckengeblieben, die sich von denen des Feudalismus äußerlich nicht unterschieden, und mit der Rückkehr zur Marktwirtschaft hatte man frühkapitalistische Ansätze hinnehmen müssen.

Erinnern wir uns zudem daran, daß die Diskussion in der russischen Intelligencija sehr breit und in verschiedenen Verästelungen geführt worden war. Das konnte nicht mit einem Schlage vergessen worden sein. Diese Intelligencija — und insbesondere die Wissenschaftler, nachdem sie wieder an ihre alte Beschäftigung zurückgekehrt waren, forderten einerseits Unabhängigkeit der Fachkompetenz im eigenen Sachbereich, andererseits das Recht, die alte gesellschaftspolitische Diskussion wieder fortsetzen zu dürfen.

Das alles fing zunächst ganz harmlos an. Da ist zunächst die eine wichtige Strömung der sogenannten Mechanisten zu nennen. Diese verstanden sich durchaus als Marxisten, wollten aber einen Marxismus, der mit den methodischen Grundlagen insbesondere der experimentellen und empirischen Naturwissenschaften in Einklang zu bringen war. Ihr bekanntester Exponent, S. Mitin, wollte sichergestellt haben, daß Naturgesetze durch empirische Forschung ermittelt würden und wollte sie nicht von der Philosophie vorgegeben erhalten⁹. Die Mechanisten gingen vom Begriff der Kraft aus und meinten, daß aus einer jeden Bewegung auf die Existenz einer Kraft geschlossen werden müsse, die als von außen angesetzt anzunehmen sei. Griffen aber zwei gleiche Kräfte in entgegengesetzter Richtung an, so verbleibe ein Körper im Gleichgewicht. Da diese Zusammenhänge so elementar seien, daß niemand ihre Gültigkeit bezweifeln könne, meinten die Mechanisten, würden auch ihre weiteren Folgerungen und Ableitungen von niemandem in Zweifel gezogen werden können. Entsprechend faßten sie dann auch ihren weiterführenden Begriff der "Reaktion" auf und definierten ihn als "Angleichung" und "Anpassung". Entsprechend dachte auch Bucharin, der der einzige gelernte Nationalökonom in der Parteispitze war, wenn er schrieb: "Wir können von einem System sagen, daß es sich im Gleichgewicht befindet, wenn es aus sich selbst, ohne das Wirken äußerer Energie, seinen Zustand nicht ändern kann¹⁰." Dieser Satz mag so ganz harmlos klingen, er war aber voller Brisanz in jener Situation Rußlands der 20er Jahre nach der vollzogenen Revolution ohne wirklich durchgreifende Ergebnisse. Marxisten lieben es, die Welt vom Blickpunkt "geschichtlicher Notwendigkeiten" aus zu betrachten. War diese Revolution dann eine solche Notwendigkeit gewesen, wenn Rußlands Revolution ihren Zustand nicht hatte ändern können?

⁹ Mitin war sogar so weit gegangen, zu fordern, die Philosophie solle mitsamt der Religion über Bord geworfen werden, und hatte damit viel Anklang gefunden. Siehe dazu die anschauliche Darstellung bei Raymond A. Bauer, Der neue Mensch in der sowjetischen Psychologie, Bad Nauheim 1955, daselbst Kapitel 2: Zweierlei Marxismus, S. 25 ff.

¹⁰ N. Bucharin, Teorija istoritscheskowo materialisma, zitiert bei Bauer, ebd., S. 34.

Aber bleiben wir zunächst noch bei den Mechanisten. Einer ihrer weiteren Begriffe ist der des Systems. Sie fassen es analog auf, indem sie das Ganze als Summe seiner Teile begreifen, so daß sich die Gesetze des Ganzen stets auf dessen Teile zurückführen lassen. Dann sind also falsche Prognosen stets nur auf die Unvollständigkeit unseres Wissens über die Wirklichkeit zurückzuführen. Entsprechend sei der Zufall nur ein Produkt unserer Unwissenheit und darum ein ausschließlich subjektives Phänomen.

Was sie erreichen wollten, lag klar auf der Hand. Die Mechanisten wollten nur die Ergebnisse der exakten Wissenschaften gelten lassen, insbesondere sollte das naturwissenschaftliche Denken in die Philosophie hineingetragen werden, und diese sollte nur mit denselben Methoden weiterentwickelt werden dürfen, mit denen Fortschritte in den empirischen Wissenschaften sichergestellt zu werden pflegten. Sie wollten also die Unabhängigkeit der Wissenschaft vom Diktat der Philosophie und von der Bevormundung durch die Politik.

Der Politiker mußte das alles aber anders interpretieren. Sagte man ihm doch expressis verbis, daß er Revolution nur auf Grund unvollständigen Wissens gemacht hatte. Sie war demnach also nur ein Produkt seiner Unwissenheit. Nicht zufällig hatte er so wenig erreicht, sondern einfach nur deshalb, weil die Voraussetzungen für eine duchgreifende Wandlung noch gar nicht herangereift waren. Man mußte die Erwartung der Reife einfach auf einen späteren historischen Zeitpunkt verschieben und diese der autonomen Eigenentwicklung der sozialen Verhältnisse überlassen. Der Kapitalismus ließe sich eben offensichtlich nicht einfach nur so überspringen, mußte sich die Partei also sagen lassen. Mußte sie das wirklich? Ließ sie es aber zu und nahm sie das hin, dann akzeptierte sie andererseits, daß der ganze kommunistische Herrschaftsanspruch gegebenenfalls illegitim war.

So wurde der Widerspruch herausgefordert und ließ schließlich nicht lange auf sich warten.

Die Gegenposition entwickelten die sogenannten Dialektiker, zu deren wichtigstem Sprecher A. M. Deborin wurde. Materie — so argumentierten sie — könne nicht einfach nur so und ausschließlich mit Hilfe des Begriffs einer von außen gesetzten Kraft erklärt werden. Jedermann, der so zu argumentieren versuche, werde bald einsehen müssen, daß er auf die Dauer nicht ohne einen irgendwie gearteten Gottesbegriff auskommen werde. Dagegen müsse darauf beharrt werden, daß die Bewegungsgesetze der Materie dieser vielmehr immanent seien. Genauso sei auch der mechanistische Systembegriff unhaltbar, weil er mit dem dialektischen Gesetz des Umschlags von Quantität in Qualität unvereinbar sei. Und schließlich sei auch der Begriff der Kausalität

anders zu fassen. Eine jede Analyse könne nicht alle Faktoren erfassen, sondern müsse sich an die wichtigsten halten. Dabei könne natürlich der Fall eintreten, daß sich Faktoren auswirken, die man zu den weniger wichtigen gerechnet und insofern nicht berücksichtigt hatte, wodurch z. B. sich dann eine Prognose als falsch erweisen würde. Das allein aber berührt noch nicht die Gültigkeit der wichtigen Faktoren, denn durch eine sich als falsch erweisende Prognose werden diese ihrerseits noch keineswegs falsch. In diesem Falle könnte eben nur gesagt werden, daß sich neben den wichtigen auch weniger wichtige Faktoren ausgewirkt hätten, wodurch das Ergebnis modifiziert worden sei. Das aber habe mit der Unvollkommenheit unseres Wissens nicht direkt etwas zu tun. Nur der würde richtig argumentieren und vor allem würde nur der auch richtig handeln, der sich von den wichtigen Faktoren her orientiert. Wirkten sich daneben aber auch unwichtige Faktoren aus, so sollte man deren Auswirkung als zufällig bezeichnen. Zufall sei also nicht ein Produkt unserer Unwissenheit, wie es die Mechanisten weismachen wollten, sondern vielmehr die Auswirkung nebensächlicher Faktoren. Das, was die Dialektiker meinten, kann an dem folgenden Beispiel leicht erklärt werden:

Eine auf der Grundlage von Naturgesetzen konstruierte Maschine funktioniert nach diesen. Dennoch könnten auch andere Faktoren hinzutreten, wie es z. B. immer wieder möglich sei, daß ein fahrendes Auto unter den Einfluß von Seitenwind gerate. Solle man aber schon deshalb, weil Seitenwind gefährlich werden kann, aufhören, Fahrzeuge zu bauen, Kraftfahrzeuge oder Flugzeuge? Diesen insofern nebensächlichen Faktor kann man doch nur als Ansporn werten, Fahrzeuge möglichst so zu bauen, daß sich zufällige Seitenwinde auf sie nicht mehr bedrohlich auswirken können. Ein Zufall liege also immer dann vor, wenn sich Faktoren dennoch auswirkten, die mit der inneren Gesetzlichkeit eines Phänomens in keinem direkten Zusammenhang stehen.

Auch hier also war die Absicht, die mit dieser philosophischen Gegenposition verbunden war, deutlich zu erkennen. Die Dialektiker wollten das marxistische Denken, das sonst zu versanden drohte, erneut aktivieren. Ihr Ansatz hatte aber auch seine spezielle Bedeutung für jene spezielle Situation Rußlands in jenen Jahren. Denn was manche die geschichtliche Determination Rußlands nannten, auf die hin eine anpassende Reaktion geboten sei, konnte nun in einem ganz anderen Licht gezeigt werden. Die Konsequenz mechanistischen Denkens wäre die Restauration des Kapitalismus gewesen, auf die hin anpassend im NEP schon die Marktwirtschaft wieder eingeführt worden war. Hatte man da aber nicht unnütz auf Faktoren gesetzt, die in Wahrheit nebensächliche Faktoren waren? Galt es nicht, diese als bloßen Zufall zu entlarven? Gültig wäre nach wie vor allein die Marx'sche Entwicklungs-

theorie, die die allgemeinen geschichtlichen Notwendigkeiten und nicht die zufälligen Faktoren berücksichtigt, die sich zur Zeit in Rußland auswirkten.

Die Wendung war damit um 180° vollzogen und man hat danach auf der politischen Ebene so argumentiert: Die vollzogene Revolution habe neue Faktoren geschaffen, die es jetzt in das Kalkül einzubeziehen gelte. Der Gegensatz zwischen Mechanisten und Dialektikern erweist sich demnach schließlich so, wie ihn die Ökonomen später als Gegensatz zwischen der ex-post- und der ex-ante-Analyse gefaßt haben. Der Vergleich wurde seinerzeit zwar nicht so begründet, da es auch diese ökonomische Betrachtung damals ja noch gar nicht gab, aber wir können uns das hier analog verdeutlichen. Beim Rückblick könne man einen bereits eingetretenen Tatbestand deterministisch erklären, indem alle Faktoren erfaßt würden, die den Eintritt eines Ereignisses zu erklären vermögen. Warum aber sollen für den Vorblick nur jene Faktoren berücksichtigt werden dürfen, die ein bereits eingetretenes Ereignis verursacht haben? Für den Vorblick müssen nicht die "zufälligen", es müssen die "notwendigen" Faktoren berücksichtigt werden. Oder, wie es dann seinerzeit einmal ausgedrückt wurde: "Wenn Zufall und Notwendigkeit vermengt und alle Phänomene als Notwendigkeiten betrachtet werden, ist der Weg für die Verdrehung des dialektischen Materialismus frei. Ein solcher theoretischer Brei ist ein fruchtbarer Boden für den Opportunismus¹¹." Dann aber ist auch die Partei frei und berechtigt, alle jene Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, damit das von Marx geweissagte Ergebnis des Geschichtsprozesses auch wirklich eintritt. Damit war auch der gedankliche Zweifel der Legitimation kommunistischer Herrschaft beseitigt und Stalin hat es dann in jener Periode Rußlands zu nutzen gewußt, die den zwanziger Jahren der Besinnung und des Nachdenkens folgten. Der Boden wurde so dem Stalinismus bereitet.

V. Die Industrialisierungsdebatte

Auf diesem philosophischen Hintergrund ist auch die Industrialisierungsdebatte der 20er Jahre zu sehen und zu beurteilen. Wir müssen auch hier wieder von eben diesen beiden Fakten ausgehen, die damals das Denken überschatteten und beeinflußten: einerseits vom Scheitern des ersten Planungsversuchs Lenins und andererseits von dem Offenkundigwerden der unveränderten Rückständigkeit Rußlands. Wir müssen in diesem Zusammenhang vor allem wieder die Bauernfrage und den Autonomieanspruch der russischen Intelligencija sehen. Die Bol-

¹¹ Nach Bauer, ebd., S. 37.

schewiki hatten da nicht viel Zeit, in der sie sich etwas einfallen lassen mußten, wollten sie ihre Herrschaft auf die Dauer sichern.

Aber zunächst: Das Scheitern des ersten Planungsversuchs mußte so interpretiert werden, daß die politische Analyse eben nicht ausgereicht hatte, um die erforderlichen Planungstechniken zu entwickeln. Aus dem GOELRO, der Zentralen Elektrifizierungsbehörde, war noch zu Lebzeiten Lenins der GOSPLAN, die oberste staatliche Planungsbehörde hervorgegangen. Es hatten keine Schwierigkeiten bestanden, dorthin gute Theoretiker zu berufen. Man braucht stellvertretend für viele nur an den Namen Kondratieffs zu erinnern, der wohl auch heute noch einem jeden mit Konjunkturproblemen befaßten Nationalökonomen geläufig sein dürfte. Er wurde seinerzeit zu einem der führenden Köpfe des GOSPLAN. Aber alle Mitarbeiter im GOSPLAN mußten sich wohl sehr bald darüber klar geworden sein, daß die Aufgabe, die man ihnen stellte, sie in Neuland führte. Sie haben das sicherlich nicht gleich von Anfang an so gesehen, auch nicht, eine wie gefährliche Aufgabe ihnen da gestellt wurde; ein Teil von ihnen hat noch emigrieren können, ein anderer hat für seine Ideen mit dem Leben bezahlen müssen und nur eine kleine Gruppe — unter ihnen vor allem Strumilin — hatte sich im ausbrechenden Widerstreit von Ideen und Vorschlägen behaupten können. Insgesamt ergaben sich drei Aufgaben¹²:

- 1. Um wirksam zentral planen zu können, brauchte man in der Planungsbehörde wenigstens ein bestimmtes Mindestmaß an Informationen über wirtschaftliche Größen und ihre Veränderungen, Produktion, Beschäftigung, Verteilung, Produktivität u. a. Eine einigermaßen brauchbare Wirtschaftsstatistik war aber nicht einmal in den Ansätzen vorhanden. Also machte man sich daran, sie zu erstellen. Im Jahre 1925 erschien der erste Band dieser Wirtschaftsstatistik unter dem etwas merkwürdig anmutenden Titel "Kontrollziffern der Volkswirtschaft für 1925/26". Von da ab wurde die Wirtschaftsstatistik immer weiter ausgebaut und verbessert.
- 2. Unmittelbar damit verbunden versuchte man die statistischen Informationen in Verflechtungsbilanzen zu verbinden. Leontiefs späteren Input-Output-Analysen gehen auf diese Versuche zurück, an denen er als junger Mann hatte teilnehmen können, bevor er zur Emigration gezwungen wurde. Man nannte diese Versuche in der Sowjetunion die Bilanzmethode.

¹² Einen immer noch guten Einblick, weil vom unmittelbaren Eindruck geprägt, mit vielen eindrucksvollen Beispielen und Hinweisen vermittelt Friedrich Pollock: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917 - 1927, Leipzig 1929. Ferner ist unentbehrlich das Buch von Alexander Ehrlich, The Soviet Industrialization Debate 1924 - 1928, Cambridge, Massachusetts 1960, deutsche Ausgabe bei der Europäischen Verlangsanstalt Frankfurt und dem Europa-Verlag Wien 1971.

3. Und schließlich waren Konjunkturprognosen zu erstellen.

Aus manchen Klagen wissen wir, daß die Ökonomen sich sehr viel lieber der Ausarbeitung von Planungsmethoden gewidmet hätten, die Tagesarbeit von Konjunkturprognosen sie aber immer wieder daran gehindert hat. Schließlich war die Sowjetunion wieder eine Marktwirtschaft, im wesentlichen war die damals noch relativ kleine Schwerindustrie nicht verstaatlich worden, und die Regierung brauchte Informationen und Orientierungsdaten für ihre Wirtschaftspolitik, insbesondere über die Entwicklung der Preise.

Dennoch kam man auch mit der Entwicklung einer Planungstheorie voran. Sie führte aber in die Herausbildung zweier kontroverser Konzeptionen, mit eben denselben methodischen Gegenpositionen, wie wir sie hier schon zwischen Mechanisten und Dialektikern kennengelernt haben.

Der Anfang liegt bei der sogenannten "Methode der statischen und dynamischen Koeffizienten". Hinter diesem Namen verbirgt sich nicht mehr und nicht weniger als die Vorstellung, daß es doch möglich sein müßte, aus der bloßen Betrachtung langfristiger Konjunkturreihen oder Trends, also induktiv, Gesetze langfristiger Wirtschaftsentwicklung zu ermitteln. Im Abschwung würden einzelne Wirtschaftssektoren unterschiedlich betroffen, wie im Aufschwung sich die einzelnen Sektoren unterschiedlich entwickelten. Gelänge es, diese beobachtbaren Entwicklungsvorgänge in Beziehungsgesetze zu fassen, könnte man sie als Koeffizienten quantifizieren, bekäme die Planung damit ein geeignetes Instrument in die Hand. Disproportionen würden vermieden, die Planung könnte einem "Gleichgewichtspfad" folgen, um wieder einen später anderweitig geprägten Begriff für die gleiche Absicht zu verwenden.

Aber der Eindruck des Modernen ist nicht gerechtfertigt. Man will durch Anschauung zu Gesetzen kommen und man hat — wen will das heute wundern — kein solches Gesetz gefunden. Dennoch wurde, solange es ging, an dem einmal eingeschlagenen Weg festgehalten. Seine Vertreter sprachen von "Genetik" und meinten Planung auf der Basis von Prognosen. Aber die Prognosen wurden auf der Grundlage nur von Trendextrapolationen erstellt; was deren entscheidende Schwäche blieb.

Die Gegner formierten sich unter dem, was sie "Teleologie" nannten. Teleologische Planung sei Planung durch Anweisung. Dafür, meinten manche, eigneten sich einzelne Wirtschaftsbereiche in unterschiedlichem Maße: die Schwerindustrie, in der der Staat die unmittelbare Entscheidungsbefugnis habe, besser als die Landwirtschaft, wo der einzelne Bauer autonome Entscheidungskompetenz über die Belange seiner Wirtschaft habe.

Man hat so im GOSPLAN lange über genetische und teleologische Planung diskutiert und wir sind über die seinerzeitigen Argumente recht gut informiert. Allerdings können sie uns für unsere eigenen Probleme kaum weiterhelfen. Die Diskussion ist höchstens nur noch historisch interessant, denn wir hätten zu registrieren, daß die sowjetischen Ökonomen früher mit Problemen und Problemlösungen konfrontiert wurden, die bei uns erst nach der Weltwirtschaftskrise gefragt wurden. Aber wir sind heute weiter, wir brauchen nicht bei ihnen nachzuschlagen, um für unsere Belange zu lernen.

Wenn jene alte Diskussion auch im Grundsätzlichen noch interessant ist, so nur unter dem einen Aspekt ihres politischen Stellenwertes. Die Fachdiskussion mag unter Fachkollegen normal in dem Sinne verlaufen sein, daß man sich wie üblich den Kollegen anhört und ihm entweder zustimmt oder eine Gegenposition einnimmt. Aber in der politischen Öffentlichkeit hatte sie eine ganz andere Wirkung. Und ich brauche nicht noch einmal zu betonen, daß diese Öffentlichkeit keine Zeit mehr hatte, lange warten zu können, bis die Ökonomen sich untereinander geeinigt hatten. Für die stellte sich dann der Gegensatz so dar:

Auf der einen Seite die Genetiker. Sie erklärten, daß man kurzfristig sich nur an den herrschenden Trend anpassen könne. Ein Vorpreschen auf nur einem Sektor, etwa der Schwerindustrie, würde Reaktionen der Marktteilnehmer zur Folge haben, die den Erfolg in Frage stellten. In einem Gutachten des GOSPLAN wurde empfohlen, die Schwerindustrie in nur abnehmenden Zuwachsraten zu entwickeln. So sollte man vorsichtig die Wirtschaftsentwicklung steuern und würde langfristig dann die höchstmöglichen Erfolge erzielen. Es scheine so, als könnte man unmittelbar kurzfristig viel tun, aber das meiste werde die langfristige Entwicklung wieder zunichte machen.

Auf der anderen Seite die Teleologen. Als deren Sprecher hatte sich immer stärker Strumilin herauskristallisiert. Er empfahl genau entgegengesetzt langfristige Pläne auf Grund von Projektierungen: Die Möglichkeiten, freie, schöpferisch konstruktive Ideen zu entwickeln, seien für einen genialen Organisator im Generalplan besonders groß, im Fünfjahresplan geringer, in den Jahresplänen gleich null.

Beides in die Tagessprache des ungeduldigen Politikers übersetzt mußte heißen: Also kann man durch langfristige Planung das meiste erreichen, wenn den einzelnen Wirtschaftssubjekten die Möglichkeit zur autonomen Reaktion möglichst genommen wurde.

Auch hier also beim Sieg der Teleologen die gleiche Konsequenz. Sie gaben den Start für die Einführung der Fünfjahrespläne, und diese wurden begleitet von Stalins Machtantritt im Staat und von dessen totaler Sozialisierung und Kollektivierung der Wirtschaft.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie haben diesen Vortrag ähnlich empfunden wie ich, nämlich als eine wichtige Ergänzung und eine gute Abrundung der bisherigen Vorträge, und zwar insofern, als auf die faktischen, institutionellen und sozialen Grenzen der Machtausübung in vielen Nuancierungen hingewiesen worden ist. Herr Boettcher, Sie haben einen großen gedanklichen Bogen gespannt, der von den historischen Hintergründen und Zusammenhängen der revolutionären Dauersituation und der Revolution von 1917 bis in die Gegenwart reicht. Diese Vorgänge haben Sie uns in, für mich jedenfalls, faszinierender Form nahegebracht. Sie haben aus diesen Überlegungen dann die ideologische Kontroverse in der Industrialisierungsdebatte abgeleitet bis hin zu der Frage des politischen Stellenwertes der Industrialisierungsdebatte. Ich könnte mir vorstellen, daß manche These vielleicht zur Stellungnahme herausfordert. Ehe die allgemeine Diskussion beginnen kann, möchte ich aber unseren ersten Diskussionsredner bitten, hierherzukommen. Im ausgedruckten Programm finden Sie den Namen von Herrn Dr. Klinkmüller. Herr Dr. Klinkmüller hat ganz kurzfristig absagen müssen, und für ihn ist dann dankenswerterweise mit entsprechend kurzer Vorbereitungszeit - was ausdrücklich gesagt werden sollte — Herr Dr. Haffner (Berlin) eingesprungen. Ich darf Sie, Herr Dr. Haffner, bitten.

Friedrich Haffner (Berlin):

Meine Damen und Herren, ich stand ebenfalls vor der Schwierigkeit, das Referat erst vorgestern erhalten zu haben. Mein Diskussionsbeitrag soll aus drei Teilen bestehen, einer kritischen Bemerkung, einer notwendigen Ergänzung und vielleicht einer sinnvollen Erweiterung.

Mein erster Zweifel betrifft die Zentralthese des ersten Teils, daß nämlich in Rußland eine permanente revolutionäre Situation bestanden habe. Es ist sicher, daß die russische Geschichte durch eine Großzahl von Bauernaufständen und anderen Arten von aufrührerischen Bewegungen gegen die Zentralgewalt gekennzeichnet ist. War das aber das, was man unter einer revolutionären Situation versteht? Sicher gehörte dazu die Unzufriedenheit der Bauern — ich darf mich zunächst auf diese beschränken — mit ihrer sozialen Lage im weitesten Sinne des

Wortes, die zu verschiedenen Zeiten so weit gediehen war, daß sie überkochte und sich in Unruhen bemerkbar machte. Ich meine, das ist noch keine revolutionäre Situation. Es fehlten politische Ziele, es fehlte auch irgendeine Organisation, die dieses Brodeln in politische Kanäle hätte leiten können. Ich glaube, es ist richtig, davon auszugehen, daß das Volk, insbesondere die russischen Bauern, in politischer Lethargie immer mehr versanken und vor allen Dingen im neunzehnten Jahrhundert versunken gewesen sind. Das hat nicht zuletzt Lenin erkannt, der ja seine Revolution nicht mit der aktiven Unterstützung der Bauern durchgeführt hat, sondern sich auf die Intelligenz, eine relativ kleine Gruppe, die nichts mit Bürgertum unserer Vorstellung, mit freiheitlichem Bürgertum, zu tun hat, sondern die eine ganz andere soziale Schicht war, gestützt hat. Von einer breiten Bildungsschicht in der Sowjetunion konnte bei den genannten 80 % Analphabeten nicht die Rede sein, wenn man noch hinzunimmt, daß ein Teil der Bildungsschicht notwendigerweise mit dem zaristischen System auf das engste verbunden war. Ich meine also, eine revolutionäre Situation hat selbst zur Zeit Lenins und seiner Revolution in breitem Lande unter den Bauern nicht bestanden. Es ist richtig, daß seine Friedens- und Bodenparolen eine passive Unterstützung der Bauern hervorgerufen haben. Sie waren nicht gegen ihn. Aber das ist etwas anderes, als wenn man davon spricht, daß die Revolution von den Massen getragen worden wäre.

Wie war die Situation in den zwanziger Jahren? - Wir hörten, daß sich hier diese revolutionäre Situation fortgesetzt habe und daß wieder die Ausbeutung der Dorfarmut - nun nicht mehr von den Grundherren, sondern von den Kulaken - der Grund für diese revolutionäre Situation gewesen sei. Ich sehe die Situation der zwanziger Jahre etwas anders. Dank der Neuen Ökonomischen Politik und der Wiedereinführung kleinkapitalistischer Elemente ist es allmählich gelungen, insbesondere die Landwirtschaft in etwa wieder auf ihren Vorkriegsstand zu bringen. Das ist nicht in gleicher Weise bei der Industrie geglückt; es ergab sich daraus zweimal in den zwanziger Jahren die ökonomisch äußerst prekäre Situation der sogenannten Scheren, der Preisscheren. Die terms of trade haben sich zu ungunsten der Landwirtschaft enorm verschlechtert. Wer wurde davon am meisten in Mitleidenschaft gezogen? - Nicht so sehr die Dorfarmut, nicht die Bednjaken. Die lebten zum größten Teil von dem, was sie auf dem ihnen durch die Leninsche Landverteilung zugefallenen Lande selbst erzeugten. Vor allen Dingen waren die Kulaken, also die Großbauern, von dieser Scherenentwicklung betroffen.

Ich bezweifle, daß es eine konterrevolutionäre Situation im politischen Sinne in den zwanziger Jahren gegeben hat. Sicher bestand

wiederum die Gefahr von Bauernunruhen. Es waren aber die reichen Bauern und nicht die Dorfarmut, die hier das aufrührerische Element waren. Ich möchte a fortiori argumentieren. Als Stalin seine Kollektivierung durchführte — in sehr viel härterem Maße als das, was in den vorhergehenden Jahren passiert war —, bildeten die Gruppe des Dorfes, gegen die er sich am heftigsten wenden mußte, die potentiell am aufrührerischsten war, eben die Kulaken. Sie wurden in die Verbannung geschickt, aus der sie nicht mehr zurückkehrten. (Wir wissen auch, daß die Kollektivierung nur mit Hilfe der Roten Armee durchgesetzt werden konnte.) Ich meine also, die Situation der zwanziger Jahre war zwar auch potentiell von Bauernaufruhr bedroht. Aber es war eine ganz andere soziale Situation als das, was in früheren Bauernaufständen passiert ist. Die Unruhen gingen eher von den reichen als von den armen Bauern aus.

Mein zweiter Beitrag betrifft etwas, was Herr Professor Boettcher zunächst aus seinem Vortrag und aus der Diskussion ausgeschlossen hat. Ich selbst würde hier andere Schwerpunkte setzen und die Problematik etwas anders sehen, nämlich die Problematik der Industrialisierungsdebatte. Die philosophische Auseinandersetzung war dabei vielleicht nur ein allgemeiner Hintergrund, und die Auseinandersetzung zwischen Genetikern und Teleologen betraf mehr die Begründung der Planung und nicht das Industrialisierungskonzept. Dieses Industrialisierungskonzept und die Diskussion um dieses Konzept sind von Alexander Erlich in einem auch ins Deutsche übersetzten Buch dargestellt worden. An dieser Diskussion nahmen neben Bucharin auch Preobraženskij, Bazarov, Sokolnikov, Žanin und viele andere Ökonomen und Politiker teil, auch Stalin selbst.

Diese Diskussion sah sich folgender Situation gegenübergestellt. Der durch Krieg, Revolution und Konterrevolution entstandene Wirtschaftsrückgang war erst Mitte der zwanziger Jahre wieder aufgeholt. Die Sowjetunion war also Mitte der zwanziger Jahre in etwa gerade wieder auf dem Niveau von 1913 angelangt. Mit all dem, was dazugehörte: den niedrigen Löhnen in Stadt und Land, also einer Verelendungslage, wenn wir es in einem Wort nennen wollen, mit einem sehr rückständigen Kapitalstock, der die ganzen letzten zehn bis fünfzehn Jahre nicht ersetzt worden war, mit großer Arbeitslosigkeit, mit sinkenden Wachstumsraten ab 1925 etwa. Das war eine Situation, in der sich zum erstenmal für die Sowjets überhaupt die Frage einer Industrialisierung stellte. Vorher war sie auf Grund des zurückgebliebenen Zustandes die Produktion war 1919 und 1920 in einigen Zweigen auf 5 bis 10 % der Vorkriegsproduktion gesunken - gar nicht angreifbar. Erst Mitte der zwanziger Jahre stellte sich politisch die Frage der Industrialisierung. Sie mußte auch aus ideologischen Gründen auf sozialistische

Weise das nachvollziehen, was in Rußland nicht vorvollzogen war, nämlich die kapitalistische Entwicklung der Industrie. Lenins berühmtes Wort, daß Kommunismus etwas mit Elektrifizierung zu tun habe, bedeutet nichts anderes, als daß die Industrialisierung als eine der Hauptaufgaben vor der Sowjetmacht stand.

In dieser Diskussion — das wurde gesagt — wurden Argumente entwickelt, die dogmengeschichtlich als Vorläufer der Wachstumstheorie gelten können, ohne daß sie vom Westen eingehend beachtet worden sind. Es gab zwei Hauptpositionen. Die eine wurde von Bucharin und Rykov vertreten, die andere vor allen Dingen von Preobraženskij. Bucharin meinte: Industrialisierung können wir nur erreichen, indem wir den Bauern empfehlen — das war das anstößige Wort, das er vulgär gebrauchte —: "Bereichert euch"! Er meinte, die Grenzproduktivität des Kapitals wäre in der Landwirtschaft am größten, und über die Landwirtschaft könnte man am kürzesten und schnellsten einen Nachfragestoß auf die Industrie ausüben und dadurch indirekt die Industrie entwickeln. Von den Gegnern wurde dem entgegengehalten: Wie kann diese Industrie einem solchen Nachfrageschub Waren entgegensetzen? Sie müßte erst einmal Gewinne machen. Die sollten ihr nach Bucharins Konzept durch Preissenkungen sogar zunächst genommen werden, um auf diese Weise eine Umsatzsteigerung zu erreichen. Bucharins Konzept zeigte, daß allein über die Landwirtschaft eine Industrialisierung nicht möglich war.

Die entgegengesetzte Konzeption von Preobraženskij war folgende — sie mutet bekannt an —: Alle Investitionen in die Industrie stecken und die Landwirtschaft von Investitionen frei halten, zu diesem Zweck die Industriepreise erhöhen! Aber Preiserhöhungen mußten notwendigerweise in einer in den letzten zehn, fünfzehn Jahren oftmals sehr hart herangenommenen Bauernschaft zu Produktionsrückgängen führen. Sie mußten notwendigerweise diesem Entwicklungskonzept ebenfalls zuwiderlaufen.

Preobraženskijs Theorie wurde, ohne daß er im einzelnen zeigte, was er damit meinte, durch die These ergänzt, daß man genauso wie im Kapitalismus zuerst die Sozialstruktur verändern müsse. So deutlich sagte er es nicht, er sagte nur, man müsse das gleiche tun, was im Kapitalismus durch die ursprüngliche Akkumulation erreicht wurde, man müsse sie auf sozialistische Weise vollziehen.

Das Ergebnis dieser Diskussion, die andauerte, zeigte eines mit Deutlichkeit: Die Marxistische Theorie war in dieser Diskussion relativ unbedeutend. Und soweit sie von Bedeutung gewesen ist, hat sie das schon damals gezeigt, was wir heute wieder feststellen: daß man marxistisch denkend zu sehr unterschiedlichen konkreten Aussagen über eine Ent-

wicklungsstrategie oder zur Lösung anderer Probleme kommen kann. Die Annäherung der Standpunkte im Verlauf der Diskussion — hier ist insbesondere das Verdienst von Bazarov hervorzuheben — führte schließlich zu dem von den Theoretikern mehr oder minder akzeptierten Mittelweg zwischen diesen beiden Konzeptionen.

Ich bin auf die Zeit aufmerksam gemacht worden; ich verzichte daher zunächst auf meinen dritten Teil.

Die für das Generalthema wichtige Frage scheint mir zu sein: In welchem Verhältnis steht diese theoretische Diskussion zu dem, was unter Stalin tatsächlich passiert ist? Ich glaube, sie zeigte am deutlichsten erstens die Ohnmacht der Theoretiker, die Möglichkeiten der Macht auszuschöpfen. Das, was Stalin getan hat, ging, obwohl Anklänge an Preobraženskij da sind, weit über das hinaus, was einer der Theoretiker vorgeschlagen hatte. Das betrifft die Höhe der Akkumulation, die Schwerpunktsinvestitionen, die sozialen Inkaufnahmen und einige andere Dinge. Die Ohnmacht der Theoretiker zeigte sich auch darin, daß die Politik nicht alles zur Diskussion zu stellen braucht, was sie tun will. Es gibt meines Wissens — Professor Nove hat mich noch einmal darin bestätigt - keine Diskussion über die Kollektivierung, die ein wesentlicher Bestandteil dieses Industrialisierungskonzeptes gewesen ist. Daß die Theoretiker im nachhinein durch das, was unter Stalin an Disproportionen, an Unterversorgung und an Lebensstandardsenkungen entstanden ist, indirekt bestätigt worden sind, könnte ihnen, wenn sie noch am Leben wären, Befriedigung verschaffen. — Vielleicht sollte ich damit schließen. Vielen Dank!

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Meine Damen und Herren, wir haben glaube ich, Herrn Dr. Haffner sehr zu danken. Ich habe Sie nur deswegen auf die vorgerückte Zeit aufmerksam gemacht, weil möglicherweise noch andere Diskussionswünsche vorhanden sind. Falls etwas Wichtiges ausgelassen werden mußte, dürfen wir eventuell noch einmal auf Sie zurückkommen, Herr Dr. Haffner. Sind Sie damit einverstanden?

Ich darf zunächst fragen, ob aus Ihrem Kreise der Wunsch zur Diskussion besteht. — Bitte, Herr Professor Thalheim!

Karl C. Thalheim (Berlin):

Herr Vorsitzender, ich möchte eigentlich weniger zu dem Stellung nehmen, was Professor Boettcher ausgeführt hat, als, daran anknüpfend, Ergänzungen geben, die mir im Sinne des Gesamtthemas unserer Tagung wesentlich zu sein scheinen, insbesondere — damit hat Herr

Haffner in seinem dritten Punkt auch schon begonnen — im Hinblick auf das Problem der Macht, Macht speziell bezogen auf eine Wirtschaft der zentralen Planung. Soweit ich die Referate dieser Tagung gehört habe, bezogen sie sich im wesentlichen — mit einer Ausnahme — auf eine im Grundsatz marktwirtschaftliche Ordnung mit überwiegendem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das Problem stellt sich aber anders unter der Voraussetzung einer zentralen Planung.

Ich möchte nur zwei Punkte hervorheben, bei denen das Problem der Macht ganz unmittelbar sichtbar wird, einmal der Einfluß der politischen Macht auf die Wirtschaftsentwicklung und zum anderen auf die Durchsetzung wirtschaftlicher Ziele.

Es geht zunächst um die Festsetzung der Ziele, auf die eine Planung ausgerichtet sein soll. Wenn man plant, kann man das nur auf ganz bestimmte Ziele hin tun. Infolgedessen entsteht also die Frage, wer die Ziele festsetzt, auf die die Planung ausgerichtet sein soll. Es ist klar, daß in allen Ländern, die nach dem zweiten Weltkrieg das sowjetische Wirtschaftssystem, wie es in der Stalin-Zeit herausgebildet worden war, übernommen hatten, die Festsetzung dieser Ziele zunächst einmal durch die politische Macht erfolgte, nämlich durch die den Staat führende jeweilige kommunistische Partei oder, noch richtiger gesagt, durch die jeweilige Führung dieser kommunistischen Partei. Es geht also um die Frage: Besitzt diese Parteiführung genügend Macht, um die Ziele festsetzen zu können? Die Betrachtung der Realität wird ohne weiteres zu einer Bejahung dieser Frage führen müssen.

Ganz anders stellt sich das Problem dann, wenn man - wie in Jugoslawien - versucht, zu einer sozialistischen Marktwirtschaft überzugehen. Dann entsteht ein großes Problem, nämlich die Frage des Verhältnisses der Entscheidungen der Konsumenten über die Verausgabung ihres Einkommens, der Entscheidungen, die dezentralisiert in den Unternehmungen getroffen werden, und der Aufrechterhaltung eines Rahmenplanes oder Strukturplanes für die Entwicklung der Volkswirtschaft. Denn auch der jugoslawische Kommunismus will ja nicht völlig von der Planung weg. Er will nicht eine Marktwirtschaft mit völliger Spontaneität der Entscheidungen. Genausowenig wollten das etwa die tschechischen Reformer vor der militärischen Intervention. Diese Frage, wie weit unter der Voraussetzung einer solchen Dezentralisierung von Entscheidungen trotzdem noch die Aufrechterhaltung eines Rahmenplans möglich ist und welche Voraussetzungen dafür gegeben sein müssen, scheint mir bisher weder theoretisch noch praktisch ausdiskutiert zu sein.

Zweitens: Es geht nicht nur um die Festsetzung der Ziele, sondern, wenn diese Ziele im Rahmen eines Systems, wie es in der Sowjetunion

entwickelt worden war, festgelegt sind, geht es um die Macht, die Durchsetzung dieser Ziele zu erzwingen. Hier zeigt sich nun auf der anderen Seite sehr deutlich auch der Zusammenhang mit - sagen wir es mit aller Vorsicht — ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Ziele, die unrealistisch sind, bei denen die vorhandenen Ressourcen, die vorhandenen Kapazitäten, die bestehenden Interdependenzen nicht berücksichtigt werden, lassen sich unter keinen Umständen durchsetzen. Aber die Erfahrungen, die mit diesem Wirtschaftssystem gemacht worden sind, zeigen auch, daß sehr wohl auch an sich realistische Ziele nicht durchgesetzt werden können, weil sich dagegen ein aktiver oder passiver Widerstand auf den mittleren oder unteren Ebenen der Wirtschaft ergibt. Die Tatsache, daß ein Plan aufgestellt ist, bedeutet ja noch keineswegs, daß die Realisierung dieses Plans sichergestellt worden ist. Ich glaube, man wird sogar sagen können: Es hat noch niemals in einem der kommunistischen Länder einen langfristigen Perspektivplan gegeben, der in allen wesentlichen Punkten genauso erfüllt worden wäre, wie er zu Anfang aufgestellt worden ist. Hier stellt sich also auch das Problem der Abhängigkeit von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, von ökonomischen Tatbeständen, auf die der Planer sowohl bei der Aufstellung der Ziele Rücksicht nehmen muß als auch bei der Durchsetzung dieser Ziele im tatsächlichen Wirtschaftsablauf.

Eine kurze Bemerkung noch zu einem Punkt, der mir wichtig zu sein scheint und der auch in dem, was Herr Haffner gesagt hat, aufschien: Wie weit ist die wirtschaftliche Entwicklung an einen zwangsläufigen Ablauf gebunden, und inwieweit gibt es Alternativen? Man könnte diese Frage, Herr Kollege Boettcher, durchaus auch schon für das vorrevolutionäre Rußland stellen. Denn immerhin war die industrielle Entwicklung Rußlands etwa in der Zeit von 1890 bis 1913 --wenn auch durch Phasen konjunktureller Erschöpfung unterbrochen im ganzen doch eine erstaunlich starke. Rußland stand 1913 immerhin an fünfter Stelle unter den Industrieländern der Erde. Und wenn man die Wirkungen der Stolypinschen Agrarreform betrachtet, wird man feststellen können, daß in der sehr kurzen Zeit, in der sie sich auswirken konnte, doch nicht unerhebliche Fortschritte in der Richtung auf eine Gesundung der Agrarstruktur gemacht worden sind. Eine andere Alternative ist von Herrn Haffner sehr klar geschildert worden, die Alternative zwischen dem Weg Preobraženskijs und dem Weg Bucharins. Beide Wege wären sicherlich möglich gewesen.

Heute stehen alle von kommunistischen Parteien bestimmten Länder auch vor der Frage solcher Alternativen, wobei mir drei Alternativen als in der Realität wesentlich erscheinen.

Erstens ist das der Versuch, eine straff zentralistische Planung durch die Einschaltung der elektronischen Datenverarbeitung und durch die

Entwicklung mathematischer Optimierungsmodelle effizienter zu gestalten.

Zweitens ist es der Weg, der in der DDR und in beschränktem Maße auch in der Sowjetunion, ferner in den meisten anderen kommunistischen Ländern beschritten worden ist, nämlich eine Aufrechterhaltung zentraler Planung bei Einschaltung quasi marktwirtschaftlicher Elemente, also eine partielle Dezentralisierung von Entscheidungen.

Drittens ist es der Weg einer sozialistischen Marktwirtschaft.

Heute kann, glaube ich, noch niemand sagen, welche dieser drei Alternativen sich auf die Dauer durchsetzen wird.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank, Herr Professor Thalheim. Ich glaube, das war eine sehr gute und wichtige Ergänzung, die das Gesamtthema unserer Tagung aufscheinen ließ und die Zusammenhänge deutlich machte. — Bitte sehr!

Werner Clement (Hamburg):

Ich hätte gern zu diesem Thema, im Gesamtkonzept, bei dem es um Macht geht, noch einige Fragen gestellt. Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion hat ja schon etwa 1923 eingesetzt. Hier würde ich bei Herrn Haffner eine Korrektur ansetzen, der meinte, daß das Industrialisierungsproblem erst ab 1925 aufgetaucht sei. Ich glaube, daß schon die Ansätze im Goelro-Plan eine gewisse Fragestellung für die Industrialisierung aufwerfen.

Nun hätte ich gern noch den Verbund gehabt zu der gesamten Machtauseinandersetzung in der Sowjetunion. Wie wurde die Auseinandersetzung zwischen dem rechten und linken Flügel, zwischen Bucharin und Trotzkij von den einzelnen Gruppen getragen? Wie war hier der Verbund zu den ökonomischen Auseinandersetzungen, diese ganzen Kombinationen?

Dann wäre es, glaube ich, günstig, wenn uns noch folgendes gezeigt werden könnte. Bezüglich der Teleologen haben wir ja bei Herrn Professor Thalheim gehört, daß es notwendig ist, eine eindeutige Zielfunktion zu haben und einen klaren Weg aufgezeigt zu bekommen, wie das Ziel erreicht werden soll. Das dritte wäre dann die notwendige Macht, um dieses durchzusetzen. Je weiter die Zielfunktion und die Methode von den Marktgesetzen abweichen, die man zunächst einmal als normalen Verlauf unterstellen kann, um so größer wird die Machteinwirkung sein müssen. Wie wurde nun die Macht transformiert? War

es in der Sowjetunion möglich, eine solche organisatorische Macht zu haben? Gab es gewisse Grenzen, das Konzept, das theoretisch abgeleitet wurde, durchzusetzen, oder war die zentrale Macht so groß, daß man darüber hinweggehen konnte, wie es eventuell bei Stalin am Ende der Fall war?

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank, Herr Clement. — Herr Professor Fleischmann!

Gerd Fleischmann (Frankfurt):

Ich habe die Industrialisierungsdebatte selbst nicht verfolgt. Ich habe nur eine Frage. Herr Winfried Vogt hat uns gestern gezeigt, daß Macht sich für Marx im Gesetz auswirkt und daß eines der zentralen Anliegen der Revolution die Aufhebung der Entfremdung war, d. h. die Ablösung von der Herrschaft durch ein Gesetz, ein soziales Gesetz, und den Übergang zu einer Planung, die auf dem gemeinsamen Willen aller Bürger beruht. Eine der größten Enttäuschungen der Revolution war offenbar, daß diese Aufhebung der Entfremdung nicht eintrat. Man hat es oft so dargestellt, daß der Übergang zum NEP eigentlich nur eine kluge Tat war. Man könnte natürlich auch fragen, ob es nicht die Verzweiflung war über die Erkenntnis, daß die Aufhebung der Entfremdung eben nicht durchsetzbar ist, daß man also, wenn man plant und in Gesetzmäßigkeiten des Planungsprozesses hineinkommt, nur eine Alternative zum Marktgesetz bringt, aber nicht die Aufhebung des Gesetzes. Meine Frage ist: Welche Bedeutung hat das für die anschließende Debatte gehabt? Oder wurde diese Frage hinterher einfach unterdrückt?

Hannsjörg Buck (Bonn):

Ich möchte zu den Streitpunkten, die in der Industrialisierungsdebatte in Sowjetrußland eine große Bedeutung erlangt haben, noch einige Ergänzungen machen. Herr Professor Boettcher, Sie sind in Ihrem Vortrag nicht darauf eingegangen, wie durchschlagkräftig in der innenpolitischen Auseinandersetzung die von Stalin propagierte Verheißung von der Realisierbarkeit des "Sozialismus in einem Lande" gewesen ist. Darum drehte sich doch in der Hauptsache die heftige Kontroverse zwischen Trotzki und seinen Anhängern auf der einen und Stalin auf der anderen Seite. Trotzki hielt die Verwirklichung des Sozialismus in einem derart rückständigen Lande, wie es Rußland in den 20er Jahren nun einmal war, für unmöglich. Auf der anderen Seite glaubten Stalin und seine Parteigänger, die man nach ihrer Definition zu den "Teleologen" rechnen könnte, daran, daß dieses Ziel auch isoliert

in einem Lande ohne die Hilfe siegreicher kommunistischer Parteien in den hochindustrialisierten Ländern erreichbar sei. Die Verwirklichung des "Sozialismus in einem Lande" war, auch von der Marxschen Zielsetzung der Schaffung einer Überflußgesellschaft als Voraussetzung für den Vollkommunismus her gesehen, unmittelbar mit einer erfolgreichen Industrialisierung verbunden. Eine Überflußgesellschaft, die auf Dauer eine vollständige Bedarfsdeckung bei Konsumgütern zu gewährleisten vermag, setzt doch einfach voraus, daß zunächst die Wirtschaft so industrialisiert wird, daß ein Überfluß an Produktionsmitteln erzeugt werden kann.

Unter den von Stalin vorgebrachten Argumenten zur Begründung der Notwendigkeit der mit rigorosen Mitteln vorangetriebenen Industrialisierung spielt auch die Beschwörung einer immer drohender werdenden "kapitalistischen Einkreisung" eine eminent wichtige Rolle. Stalin befürchtete wohl tatsächlich, die kapitalistischen Staaten könnten eines Tages versuchen, den "einzigen Hort des Sozialismus" in der Welt, Sowjetrußland, zu beseitigen. Auch diese Begründung mußte in der Industrialisierungsdebatte und danach dazu herhalten, die eigenen Genossen von der Notwendigkeit eines rigorosen industriellen Aufbaus zu überzeugen. Daß diese Einkreisungsfurcht von der sowjetischen Führung nicht nur vordergründig zur Durchsetzung ihrer Aufbauziele geschürt wurde, läßt sich deutlich daran ablesen, daß schon in den 30er Jahren die Standorte einiger Industrien in die rohstoffreichen Gebiete des Ural, Westsibiriens und Kasachstans verlagert wurden, was dann später von außerordentlichem Vorteil während des Krieges gegen Deutschland war.

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Vielen Dank, Herr Buck. Sonst noch ein Diskussionsvotum? — Das scheint nicht der Fall zu sein.

Herr Dr. Haffner ist in einem Fall direkt angesprochen worden.

Friedrich Haffner (Berlin):

Ansätze in der Industrialisierungsdebatte schon 1923? — Ich weiß das im Augenblick nicht, ich halte es für möglich. Der von mir genannte Zeitpunkt 1925 war anders begründet, nämlich damit, daß erst dann das Niveau erreicht war, von dem aus in der Realität eine Industrialisierung möglich gewesen ist. 1923 war noch das Jahr der Inflationen oder der gerade erfolgten Stabilisierung. Hier war das Vorkriegsniveau ganz sicher noch nicht erreicht.

Nun zur Auseinandersetzung der Industrialisierungsdebatte mit der Politik. — Im wesentlichen ist es das Verhältnis von Stalin zu diesen Diskussionen. Stalin hat hier selbst eingegriffen und hat sich anfangs ausdrücklich auf die Seite Bucharins gestellt und dessen Konzeption akzeptiert. Es ist unklar, ob er das aus taktischen Gründen getan hat, um Trotzkij und Preobraženskij politisch auszuschalten, oder ob er damals wirklich der Meinung war, das wäre eine mögliche Konzeption gewesen. Ich neige eher der Auffassung zu, daß er taktiert hat; seine Argumente, soweit ich sie in Erinnerung habe, sind ausgesprochen flach und sagen eigentlich wenig zur Sache selbst. Als die Frage dann aktuell war, hat er sich eindeutig mehr dem Konzept Preobraženskijs zugewandt, obwohl er weit — ich sagte es schon — über dessen Vorstellungen hinausgeschossen ist. Preobraženskij kann nicht als der Begründer des Stalinismus und der Kollektivierung angesehen werden.

Eine mich immer fesselnde Frage ist die des Verhältnisses der sowjetischen Marxisten zur Entfremdungsproblematik. Ich möchte annehmen, daß sie die Lösung des Entfremdungsproblems genauso wie andere Marxisten als eine der zentralen Aufgaben angesehen haben. Nur, in dem Augenblick, wo es darum ging, diese letztlich sehr humane Zielsetzung zu verwirklichen, mußte dazu die materiell-technische Basis geschaffen sein. Die materiell-technische Basis der Aufhebung der Entfremdung aber ist, wenn ich Marx richtig verstehe -, ein gewisser Grad an Überfluß. Der hat aber zu dieser Zeit nicht bestanden, und so wurden die Marxisten - selbst wenn sie nicht von der Gewalt auch fasziniert gewesen wären - gezwungen, zu Methoden zu greifen, von denen sie annahmen, daß sie zunächst die Entfremdung nicht aufheben würden. Dazu gehörte die Akzeptierung des Marktes in den zwanziger Jahren und die rigorose Arbeitsdisziplinierung der Stalin-Aera mit der Einführung von Akkordsystemen usw. Ich meine also, es wäre zuviel verlangt, in den zwanziger und dreißiger Jahren von den Marxisten die Realisierung der Aufhebung der Entfremdung zu fordern. Dafür waren die Voraussetzungen nicht gegeben. Ich meine aber, daß sie das, was sie unternommen haben, letztlich doch wohl mit dieser Zielsetzung getan haben. Ich will dabei nicht ausschließen, daß auch Marxisten für Macht in einem sehr negativen Sinne anfällig sind und daß diese Linie durchaus auch mit einfließt. Aber für die Theoretiker möchte ich eigentlich eher die erstgenannte Position akzeptieren.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Ich bedanke mich, Herr Dr. Haffner. Ich darf Sie, Herr Boettcher, nun um das Schlußwort bitten.

Erik Boettcher (Münster):

Herr Dr. Haffner hat mir in ziemlich rigoroser Weise widersprochen. Ich werde mich anheischig machen, dagegen meine Position wieder zu vertreten, obwohl mir dabei naturgemäß ein wenig beklommen ist, weil es sich hierbei einfach um bestimmte Geschichtskenntnisse oder Forschungen der zünftigen Historie handelt und ich selber kein Historiker bin. Manche mögen ja meinen: Womit beschäftigt er sich eigentlich, wo er doch veranlaßt ist, ganz normale volkswirtschaftliche Vorlesungen zu halten? Es ist ja auch nicht immer üblich, daß man jemanden in einen wissenschaftlichen Kongreß holt mit der Aufforderung, über sein Stekkenpferd zu berichten. Nun, die Freizeit gibt einem gewisse Möglichkeiten, und es mag auch gerechtfertigt sein, daß ich mich in der Vergangenheit auch hauptamtlich diesen Dingen zugewandt habe.

Zu der historischen These wäre einfach zu sagen: Sie stammt natürlich nicht von mir. Genauso, wie moderne historische Forschung — Gerschenkron hat das ja gezeigt — die Dominanz des zentralen russischen Staates erwiesen hat, ist es auch die moderne Forschung, die diese völlig anders als in anderen Ländern geartete Situation des Bauerntums aufklärt, die ich hier als eine permanente revolutionäre Dauersituation bezeichnet hatte. Man sollte nicht immer nur die konventionellen Geschichtsbücher lesen. Man sollte auch nicht immer nur die sowjetischen Darstellungen glauben. Es ist vielleicht auch zweckmäßig, die anderen zu lesen und sie mit den sowjetischen zu vergleichen. Ich nehme an, daß das ein Substrat ist.

Die konventionelle Geschichtsschreibung Rußlands war ja die Geschichtsschreibung der Romanows. Es war der Hintergrund des Kaiserreichs, vor dem einfach, von der Zentralgewalt her, auch der Geschichtsprozeß dargestellt worden ist. Dabei ist der Aspekt dessen, was wir als Wirtschafts- oder Sozialgeschichte Rußlands bezeichnen, einfach unterdrückt worden, und man hat diesen Aspekt der Bedeutung und auch des Zusammenhangs mit der kulturellen Entwicklung Rußlands nicht aufgezeigt. Es ist dies die konventionelle Vorstellung, die schließlich auch mit der Vorstellung der Marxisten zusammenläuft: Sie wären die ersten gewesen, die in Rußland Revolution gemacht haben; alles andere mögen gewisse Bauernunruhen gewesen sein, aber nicht mehr.

Man vergleiche einmal die russische Geschichte mit der amerikanischen. Sie sind in einer Position außerordentlich ähnlich. Beides ist die Geschichte von großen Landmächten. Dennoch ist ihre Geschichte auch wieder völlig verschieden verlaufen. Die amerikanische Wanderung nach Westen erfolgte ja durch Quäker und sonstige Leute, die aus Europa emigriert waren — unter ganz anderen Aspekten —, weil sie dort unterdrückt waren. Sie wollten mit ihrer Wanderung und mit ihrem Staat,

der sich dann gegen England auch durchgesetzt hat, eine bessere Welt bauen. Die Siedler haben sich bis nach Kalifornien hinein immer in Übereinstimmung mit der Zentralgewalt befunden, die zugleich eine demokratische war. Die russische Geschichte ist in diesem Sinne ganz anders verlaufen, weil die Expansion auch eine Folge der Auflehnung gegen die Zentralgewalt war. Ebenso wie die Situation Amerikas Einfluß auf seine Philosophie und seine Literatur gehabt hat, sind auch die ganz anders geartete Literatur und Philosophie sowie der Diskussionsgegenstand Rußlands ganz einfach aus der historischen Situation erklärbar.

Ich gebe natürlich zu: Das ist eine Hypothese; es ist eine neue Deutung der russischen Geschichte, wie sie von den Historikern heute vorbereitet worden ist. Man sollte sie nicht unter Hinweis auf konventionelle Vorstellungen zurückweisen.

Vielleicht noch eine Ergänzung: Ich halte auch diese These, das russische Bauerntum habe sich zu der Zeit in Lethargie befunden, für falsch. Das russische Bauerntum hat sich in seiner ganzen Geschichte nicht in Lethargie befunden, sondern ständig im Dauerzustand der latenten Auflehnung. Die Kosaken, die einen nicht unerheblichen Einfluß in der russischen Geschichte gerade im ständigen Hin und Her hatten, waren demokratisch organisiert. Man sollte sich nicht von konventionellen Lehrbüchern einreden lassen, daß das russische Volk von vornherein zentralistisch organisiert gewesen sei und sich gern untergeordnet hätte. Denken Sie an die demokratische Geschichte von Nowgorod, das von Moskau aus stark unterdrückt worden war und eine demokratische Stadtverfassung noch längst vor der Hanse hatte! Die Kosaken wählten frei ihren Ataman. Sie wählten ihn so frei, daß sie ihn jederzeit auch wieder ablösen konnten. Und wenn er abgelöst war, trat er wieder zurück in das Volk. Es gibt eine lange Tradition der Gleichmacherei, des Freiheitsbewußtseins und des Freiheitsdrangs des Volkes, und ich kann mir die russische Revolution eben nicht ohne diesen Hintergrund vorstellen, bei dem eben dann die russischen Bauern die entscheidende Rolle gespielt haben. Sie haben auch großartige Führerfiguren gerade auf kommunistischer Seite gefunden - unmittelbar, wie immer in der russischen Geschichte.

Nun aber zur Situation der zwanziger Jahre! Mein Auftrag hatte ja gelautet, die Industrialisierungsdebatte der zwanziger Jahre darzustellen. Hier möchte ich in einer Position in der Tat ganz scharf — in diesem Fall vielleicht noch schärfer — Herrn Haffner widersprechen. Herr Haffner hat natürlich recht, wenn er sagt, daß sich erst nach 1925 die zünftigen Nationalökonomen zur Debatte gemeldet haben. Für einen zünftigen Nationalökonomen mag es dann auch interessant sein, nur diese Leute zu lesen, weil sie gelernte Nationalökonomen sind und weil

nur gelernte Nationalökonomen dem Sachkenner etwas Vernünftiges zu sagen wissen. Wenn man die Industrialisierungsdebatte nur als eine Debatte der Nationalökonomen definiert, hat Herr Haffner recht; dann hat diese Debatte erst 1925 begonnen. Wenn man aber die Industrialisierungsdebatte insgesamt nimmt, hat sie genau mit der Revolution begonnen.

Die herausragende Figur war hier der frühere Menschewik Larin, der, nachdem er zu den Bolschewikis übergegangen war, unmittelbar ein solches Industrialisierungskonzept entwickelt hat, das konform war mit den Lenin'schen Vorstellungen, die ich Ihnen vorgeführt habe. Es gibt diese frühe Industrialisierungsdebatte auch über die Instrumente und den Aufbau der Planung. Es war - ich hatte es Ihnen gesagt die Überzeugung, Post und Eisenbahn, also faktisch Staatsbetriebe, gebe es schon im Kapitalismus, und man könne insofern alle ökonomischen Betriebe staatskapitalistisch aufbauen, die Instrumente der kapitalistischen Kriegsplanung. Hinzu kam die Überzeugung — sie konnten es deutlicher sagen, so hat es Lenin nie gesagt, aber expressis verbis stand es dahinter —: Die Betriebswirtschaftslehre ist ein Indiz dafür, daß wir die Betriebe sozialistisch planen können; die Betriebswirtschaftslehre ist in diesem Sinne ein sozialistisches Instrument, weil es in Aktiengesellschaften entwickelt worden ist, die nur im Hinblick auf die Börsenabhängigkeit kapitalistisch zu nennen sind, nicht aber in ihrer Struktur. Um diese Konzeption herum hat es eine solche frühe Diskussion und Planung gegeben, die dann nachher 1921 durch die Wiedereinführung der Marktwirtschaft abgebogen worden ist. Damit fand auch unmittelbar durch Berufung von Nationalökonomen in den GOSPLAN die interne Diskussion der Nationalökonomen statt.

Worauf ich hier insbesondere verweisen wollte: Die Nationalökonomen mögen sich dort, wie sie es immer noch in aller Welt tun, gedacht haben, daß sie dann auch die Ziele bestimmen können, wenn sie nur die Methoden gefunden haben. Sie haben nicht beachtet, daß sie mit der Feststellung der Ziele und der Ableitung von Methoden einfach nur aus der ökonomischen Ratio den Politikern zumuteten, diese ihre Ziele zu übernehmen. Das sind Vorgänge, wie sie sich politisch immer wieder abspielen; wir können uns auch heute immer wieder darüber ärgern, daß uns die bösen Politiker den Schiller, der einer der unsrigen ist, weggeschossen haben. Es gibt keine von politischen Zielen unabhängige Zielfindung und damit auch keine unabhängige Methode. Insofern hat es eine permanente Beziehung zu der Diskussion zwischen den Ökonomen und den Politikern gegeben.

Wenn Sie Bucharin nennen: Er hat in Wien studiert, aber er gehörte in diesem Sinne nicht zu den Nationalökonomen des GOSPLAN, sondern war Politiker, und er hat dabei auch unmittelbar — ich betonte es schon

in meinem Referat — eine politische Position eingenommen, in einem bestimmten Aspekt dieser Diskussion. Herr Clement und auch Buck haben festgestellt, daß ich diesen Aspekt nicht oder nicht deutlich genug bezeichnet habe. Ich will versuchen, es nun zu tun.

Die Position Trotzkijs war, ganz kurz umrissen, die: Wir können in Rußland mit der russischen Revolution sowieso nichts ändern, denn nach der marxistischen Ablaufautomatik ist die Revolution ohnehin reif — in der Möglichkeit, die Verhältnisse wirksam zu ändern — in jenen kapitalistischen Staaten, die schon eine hohe Reife erreicht haben; insofern sollten wir mit der Revolution in Rußland das Potential Rußlands nur ausschöpfen, um die Revolution in die anderen hochkapitalistischen Staaten hineinzutragen. Er nahm also diese internationalisierende Position ein.

Auf der anderen Seite kristallisierte sich dann Bucharin heraus. Ich würde auf die Frage von Herrn Fleischmann in der Tat sagen: Hier haben wir dann diese brennende Frage, die sich vielen Kommunisten und Marxisten in Rußland zu dem Zeitpunkt einfach aufdrängen mußte. Ich glaubte, auch deutlich die vielfältige revolutionäre Situation bezeichnet zu haben. Wenn sie in Rußland in den zwanziger Jahren wiedererstand, mußten auch diese Leute mit subsumiert werden.

Wir wissen aus den Erfahrungen der Nachkriegszeit, daß sich nun der sowjetische stalinistische Marxismus über Osteuropa ausgebreitet hat und welche Rolle gerade dort eine Reihe von Marxisten bei den Aufständen z. B. in Polen und in Ungarn gespielt hat. Wer die Entwicklung in Ungarn ein wenig verfolgt hat, weiß, daß der ungarische Aufstand ja nicht von Westlern gemacht worden ist, die den Kapitalismus wiedereinführen wollten, sondern daß an der Spitze des ungarischen Aufstandes Kommunisten gestanden haben. Es war ein Aufstand von Kommunisten gegen Kommunisten. Auch wenn man an die Tauwetterperiode in Prag denkt, muß man sehen, daß dort keineswegs irgendwelche Kapitalisten oder sonstige Leute — auch wenn man es nachher so darstellt — die Anführer der Reformbewegung gewesen sind, sondern wiederum Kommunisten. Immer, wenn dort Kommunisten die Entfremdung ernst nehmen, wenden sie sich ja gegen Staatsgewalt und Planung.

Ich habe es nur schnell zu subsumieren versucht. Ich hätte sie insgesamt alle zur russischen Intelligencija hinzugerechnet, die sich aus der Diskussion der Vorkriegsjahre, die ja alle kannten, die nur wir nicht kennen, wenn wir das nicht nachlesen, entwickelt hat. Man hat doch den Eindruck, daß latent in der Intelligenz eine solche Gegenbewegung entstehen konnte und praktisch auch vorhanden war.

Auch hinsichtlich der Bauern möchte ich Herrn Haffner sagen: ein bißchen nachlesen! Wenn man es natürlich nur von der Konjunktur-

schere abliest, sind Konjunkturentwicklungen mit Einwirkungen auf die Großbauern abzuleiten. Aber gerade Bucharin hat sich mit der Situation der kleinen Bauern beschäftigt, wieder genau mit dieser spezifischen Situation der Kleinbauern. Wenn Sie vielleicht aus der "schnellen" Literatur eine Quelle in die Hand nehmen wollen, wo das sehr anschaulich beschrieben ist und die ganz unverdächtig ist: Scholochows "Neuland unter dem Pflug", in dem er die Situation so beschreibt, wie wir sie auch beschreiben würden: als den Versuch, den Kleinbauern klarzumachen, daß es Großbauerninteressen sind, derentwegen sie unruhig sind. Ich könnte mir auch gar nicht vorstellen, wieso eben diese Unruhe der Kleinbauern plötzlich mit einem Schlage verschwunden gewesen sein sollte. Fallen Sie doch nicht auf das herein, was Ihnen hinterher kommunistische Historiker einzureden versuchen! Man stand eben faktisch wieder vor der drängenden Frage: Was haben wir eigentlich mit der Revolution erreicht? Diese Frage aber mündet dann auch in den politischen Konflikt ein. Es ist dann schließlich genau die Frage, die Stalin Trotzkij stellte. So steht es auch expressis verbis bei Stalin: Wir hätten, wenn wir der Argumentation Trotzkijs folgen, die Revolution nicht machen sollen, wir hätten sie nicht machen sollen, wenn wir nicht die Chance haben, in Rußland etwas zu ändern.

Wenn wir die Rolle Stalins ganz schnell nachzeichnen wollen: Er ist zu einem frühen Zeitpunkt Sekretär und nachher Generalsekretär der Partei geworden. Die Umstände, die ihn dazu gemacht haben, kann man vielleicht so umschreiben: Die Philosophen, die die Revolution gemacht hatten, hatten keine große Lust, sich mit Personalfragen zu beschäftigen. Sie überließen darum dem Mann mit dem geringsten Intelligenzgrad und dem geringsten theoretischen Anspruchsniveau dieses Amt. Er hat das ausgenutzt, wie man es im modernen Sinne ausnutzt: Er hat mit den von ihm abhängigen Parteigängern Schritt für Schritt die wesentlichen und entscheidenden Parteipositionen besetzt. Trotzkij hat völlig hilflos vor dieser Situation gestanden und es immer nur hingenommen, daß er, der Mann, der ja ein faszinierender Redner war, der Mann, der den besten Stil unter den Bolschewiki jener Jahre geschrieben hat, der Mann, der sich zugleich als ein hervorragender Feldherr erwiesen hat, gegen Stalin von Abstimmung zu Abstimmung unterlag - mit irgendwelchen idiotischen Gegenargumenten. Dieses hatte Stalin gelernt: daß, wenn man in einem Apparat schließlich Macht durchsetzen will, man diese Macht nur mit Menschen durchsetzen kann, die von einem abhängig sind. Das hat er als erster — heute machen es ja alle Apparate in diesem Sinne durchgesetzt. In dieser Form sind dann schließlich diese Ökonomen in ihrer Diskussion von den Ereignissen überrollt worden.

Stalin hat dann eben, sich zunächst auf die Position Bucharins stellend, seinen gefährlichsten Gegner, Trotzkij, ausgeschaltet. Trotzkij be-

fand sich in der bösen Situation, daß man immer glaubte, er werde der Napoleon Rußlands werden. Er hat sich ständig darum bemüht, zu zeigen, daß er keine Absichten hatte, ein solcher Napoleon zu werden — bis er schließlich draußen war.

Sinowjew und Kamenew waren phantasielos genug, nur die Trotzkijschen Argumente zu wiederholen, und konnten deshalb schnell von Stalin abgeschossen werden. Danach wandte er sich gleich gegen Bucharin, aber nur in der einen Position, in der Überzeugung nämlich, auf die die Frage von Herrn Fleischmann zielte, daß man mit einer Veränderung in Rußland auch die Entfremdung und die Situation des einzelnen Menschen verbessern könne. Bucharin wollte nicht nur — wie es Herr Haffner hier bezeichnet hat — bei der Landwirtschaft ansetzen, sondern er wollte die Landwirtschaft in Genossenschaften organisieren. Sein Konzept war das Genossenschaftskonzept. Die Bauern selbst sollten über ihre eigenen Angelegenheiten entscheiden können, sie sollten Ersparnisse aufbringen, um Verarbeitungsindustrien aufzubauen, um Industrien aufzubauen, die ihnen auch die Maschinen lieferten. So würde in einer solchen Welle langsam, schrittweise die Industrialisierung durchgeführt werden, bei der die einzelnen, die Bauern - um diese ging es ja im wesentlichen auch -, die Entscheidungskompetenz bezüglich der Industrialisierung in der Hand behalten sollten. Es sollte ein Industrialisierungsprozeß aufgebaut werden, der den Menschen nicht entgleitet. Das war die entscheidende politische Komponente.

Gegen diese wandte sich nun Stalin, indem er sie einerseits wieder mit Trotzkij kombinierte: zentrale Planung für das eigene Land, Planung in dem einen Lande, aber zentrale Planung.

Herr Buck hat völlig recht: Auch in diesen Zusammenhang spielt die Stalin'sche Theorie der Wellenbewegung eine Rolle. Das ist eine etwas seltsame, ad hoc formulierte Hypothese, revolutionäre Bewegungen würden sich in Wellenbewegungen durchsetzen, weil man gerade in einem Tal sei, sei man in einer Gefährdungssituation und dürfe keine politischen Experimente machen. Damit hängt ja auch die Tatsache zusammen, daß er Mao Tse-tung gerade in dem Moment seiner größten Gefährdung im Stich ließ — was ja von Mao Tse-tung nie vergessen worden ist — und Tschiang Kai-schek unterstützt hat. Er hat dann eher Verbindung zu kapitalistischen Staaten aufgenommen, mit ihnen Handel getrieben usw. und in dieser Situation lieber dann eine isolierte und beschleunigte Industrialisierung möglichst ohne Expansion — wie sie Trotzkij verlangt hatte — durchgesetzt. Wahrscheinlich stand dann auch der Hitler-Stalin-Pakt in einem logischen Zusammenhang mit dieser seiner Auffassung.

Nur noch einen letzten Satz zu Herrn Haffner. Auch die These, daß die Ökonomen keinen Anteil an Stalins Industrialisierung hatten, halte

ich für falsch. Von wem ist denn der Fünf-Jahresplan, wie er nachher von Stalin durchgeführt wurde, konzipiert worden? Nicht von Stalin, sondern er lag fix und fertig im GOSPLAN auf dem Tisch; er war von den Ökonomen im GOSPLAN um Preobraženskij und Strumilin ausgearbeitet worden. Er brauchte von Stalin nur aufgegriffen zu werden. Und bitte sehr: Die Durchführungsmöglichkeit dieses Plans war um so größer, je mehr man kollektivierte. Diese Logik lag einfach nahe, sie war nicht zu umgehen.

Ich habe nun Herrn Thalheim noch nichts weiter gesagt, aber hier drängt die Zeit. Ich kann höchstens noch den Satz anfügen: Ich hatte ja spezifisch hier die Situation der zwanziger Jahre zu behandeln und mich der Weiterentwicklung enthalten. Aber Sie haben völlig recht: Die Problematik, die Frage, inwieweit Plan und Markt mischbar sind, ist natürlich geblieben. Sie ist auch in der finstersten Stalin-Zeit nicht vom Tisch gefegt gewesen. Denn auch da war die Wirtschaft nur zu einem Teil Planwirtschaft, zu einem erheblichen Teil funktionierte sie nur durch graue oder schwarze Märkte. In der Reform-Aera ist das natürlich in besonderem Maße herausgekommen. Dabei stellt sich heute das neue Problem, über das hier auf der Tagung mehrfach diskutiert worden ist: Inwieweit kann man Markt und Plan mischen und dabei das kommunistische Konzept nicht verfälschen?

(Beifall.)

Diskussionsleiter Walter Hamm (Marburg):

Ich habe nur deswegen etwas auf die Uhr geschaut, weil schon um 14.30 Uhr unsere Verhandlungen weitergehen. Ich bitte zu entschuldigen, daß ich mich hier als Diktator betätigt habe.

Wir haben Herrn Professor Boettcher sehr dafür zu danken, daß er uns in dieser Tiefe und Umfassendheit eine Vielfalt von Überlegungen — auch andere Disziplinen berücksichtigend — zur Industrialisierungsdebatte deutlich gemacht hat.

Ich schließe mich einem nochmaligen Dank an Herrn Boettcher, aber auch an unseren ersten Diskussionsredner, der trotz der sehr knappen Zeit, die ihm zur Verfügung stand — ich glaube, das darf ich noch einmal betonen, auch im Interesse von Herrn Haffner —, doch wohl sehr zur Belebung der Diskussion beigetragen hat. Ich schließe in diesen Dank alle anderen Diskussionsredner ein.

2. Arbeitskreis

Formen und Wirkungen der Marktmacht

Leitung: Artur Woll, Gießen

Universität Bonn,
Mittwoch, 6. Sept. 1972, 9.00 - 17.00 Uhr
Donnerstag, 7. Sept. 1972, 9.00 - 13.00 Uhr

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Ich eröffne die Sitzung des 2. Arbeitskreises.

Ich darf Herrn Kollegen Gutowski bitten, mit seinen Ausführungen zu beginnen.

Theoretische Ansätze zu einem Konzept von Anbietermacht

Von Armin Gutowski, Frankfurt

Einführung

Wettbewerbspolitik bleibt Flickwerk, wenn ihr nicht ein Konzept wirtschaftlicher Macht zugrunde liegt, mit dessen Hilfe die zur Diskussion stehenden Mittel beurteilt werden können. Denn Wettbewerbspolitik ist nichts anderes als der Versuch, das Entstehen wirtschaftlicher Macht zu verhindern und oder entstehende und bestehende Macht unter Kontrolle zu bringen. Es nimmt deshalb nicht Wunder, daß man sich immer wieder an der Aufstellung solcher Konzepte der wirtschaftlichen Macht versucht hat. Sicher kann man diesen Bemühungen nicht mit wenigen Sätzen gerecht werden. Sehr pauschal gesagt, ist mit vielen Konzepten deshalb wenig anzufangen, weil sie ausdrücklich oder implizit als Maßstab die Marktform der vollständigen Konkurrenz wählen, also die Marktform, die schon wegen der begrenzten Teilbarkeit der Produktionsfaktoren kaum vorkommt und auch nicht ohne erhebliche Effizienzverluste hergestellt werden kann. Scharf abgrenzbar ist nach diesen Konzepten, gleichgültig ob die Abweichung von Grenzkosten und Preis oder Kriterien der Elastizität zugrunde gelegt werden, zudem immer nur die Extremsituation, in der die Bedingungen der vollständigen Konkurrenz erfüllt sind, von allen übrigen Situationen. Jede andere Grenzziehung bleibt unbefriedigend, solange man unterstellt, daß sich die für die Volkswirtschaft besten Resultate nur unter den Bedingungen der vollständigen Konkurrenz ergeben. Konzepte funktionsfähiger Konkurrenz führen auch nicht weiter, wenn sie nicht mehr beinhalten als eine Apologie dafür, daß man sich mit weniger als den Bedingungen vollständiger Konkurrenz zufriedengibt. Gleiches gilt auch für jene Konzepte, die Macht ganz pragmatisch erst von einem bestimmten Konzentrationsgrad an aufwärts unterstellen, solange man die Antwort darauf schuldig bleibt, warum geringere Konzentrationsgrade unschädlich oder gar nützlich sein sollen. Werden dagegen die dynamischen Wettbewerbsfunktionen in den Vordergrund gestellt, und wird Macht als Möglichkeit zur Beeinträchtigung der Dynamik des Wettbewerbs definiert, so genügt es nicht, einfach zu postulieren, daß der Wettbewerb in bestimmten Marktformen, etwa dem weiten Oligopol. besonders dynamisch ist, wenn nicht genauso eindeutig begründet werden kann, daß Dynamik des Wettbewerbs schlechthin mit der Erfüllung der gesamtwirtschaftlichen Ziele gleichzusetzen ist, wie es im statischen Modell nachzuweisen gelingt, daß vollständige Konkurrenz auf allen Märkten zur bestmöglichen Allokation der Ressourcen und damit zur Maximierung des Sozialprodukts führt.

Schließlich gibt es eine Reihe von Konzepten, die das Vorhandensein von Macht an die Fähigkeit knüpfen, anderen seinen Willen aufzuzwingen oder die Wahlfreiheit anderer einzuschränken, die aber ohne Konkretisierung kaum in wettbewerbspolitische Maßnahmen umgemünzt werden können.

Die bisherigen Versuche, Machtkonzepte zu entwickeln, werden von mir nicht gering eingeschätzt. Sinn dieses Beitrages ist jedoch nicht die kritische Auseinandersetzung mit der kaum überschaubaren Literatur, die sich, wenn auch oft auf sehr scharfsinnige Weise, meiner Meinung nach in eine Sackgasse verrannt hat; vielmehr soll hier ein neuer Anlauf genommen werden, Ansätze zu einer Theorie der Anbietermacht zu liefern, die als Grundlage einer konsistenten Wettbewerbspolitik in einer marktwirtschaftlichen Ordnung dienen können¹.

Mit der herkömmlichen Preistheorie ist dabei, insofern stimme ich mit deren Kritikern überein, nicht viel anzufangen. Sie wird deshalb jedoch nicht über Bord geworfen. Vielmehr soll gezeigt werden, daß sie, sinnvoll interpretiert und mit der Theorie der Investitionsentscheidungen unter Unsicherheit und einer Nutzentheorie kombiniert, durchaus das Rüstzeug für ein Konzept der Anbietermacht liefert, das zumindest der gängigen Kritik an der Preistheorie standhält, wenn auch zuzugestehen ist, daß es andere, besonders die auf den politischen und damit auch gesetzgeberischen Entscheidungsprozeß einwirkenden Machtfaktoren gibt, die in dem darzulegenden Konzept nicht berücksichtigt werden. Hier geht es um ein Konzept der Anbietermacht von Unternehmen. Bis zu einer integrierten allgemeinen Machttheorie ist es sicher noch weit. Aber auch eine solche umfassende Machttheorie dürfte die Überlegungen, die hier angestellt werden, nicht außer acht lassen, wenn sie nicht an der Wirklichkeit vorbeigehen will.

I. Wirtschaftspolitische Ziele als Bezugsgrößen einer Definition von Anbietermacht

Wenn es darum geht, eine wirtschaftspolitisch brauchbare Definition von Anbietermacht zu entwickeln, so nützt es nichts, Anbietermacht

¹ Die Beschränkung auf Anbietermacht soll nicht besagen, daß Nachfragermacht weniger bedeutsam wäre. Mit einer Bemerkung der Art, die Nachfrageseite ließe sich analog erörtern, würde ich zwar einer Tradition in der preistheoretischen Literatur folgen; ich halte einen solchen Hinweis ohne nähere Prüfung jedoch für zu gewagt.

wertneutral zu definieren, weil man anschließend zwischen "guter" und "böser" Macht zu unterscheiden und damit das Problem nur auf eine andere Ebene verlagert hätte. Es sei deshalb von vorneherein postuliert, daß Anbietermacht etwas ist, was entweder gar nicht entstehen oder, wenn es schon entstanden ist, wieder beseitigt werden oder, wenn es unvermeidbar ist, unter Kontrolle gehalten werden sollte. Wenn Anbietermacht demnach dem allgemeinen, wenn auch nicht unbedingt dem wissenschaftlichen Sprachgebrauch folgend, als negativ zu beurteilendes Phänomen definiert werden soll, so muß der Besitz solcher Macht oder zumindest ihre Ausnutzung durch diejenigen, die sie besitzen, schädlich sein. Woran aber soll man den Schaden messen?

Schaden kann sowohl einem einzelnen als auch der Allgemeinheit zugefügt werden, wobei das eine nicht gleichzeitig auch das andere bedeuten muß. Denn inwieweit Schäden, die einzelnen zugefügt werden, auch das Gesamtwohl mindern, hängt von der Definition des Gesamtwohls ab, auf die man sich einigt. Hier stehen nur solche Handlungen zur Debatte, die das allgemeine Wohl beeinträchtigen. Das Gesamtwohl, das allgemeine Wohl, die soziale Wohlfahrt, der Volkswohlstand, oder wie immer man den aus dem Englischen stammenden terminus technicus "social welfare" übersetzen mag, ist aber nichts anderes als "ein Ausdruck für die Gesamtheit der erstrebten Ziele".

Soll das allgemeine Wohl maximiert werden, so genügt es freilich nicht, das Zielbündel genau zu bestimmen; es muß auch die relative Bedeutung der einzelnen Ziele für jede mögliche Situation festgelegt werden. Eine Funktion, die diese Bedingungen erfüllt, nennt man soziale Wohlfahrtsfunktion³.

Man kann nun ganz allgemein definieren: Über Anbietermacht verfügt ein Unternehmen immer dann, wenn es in seiner Entscheidungsgewalt liegt, den eigenen Wohlstand auf Kosten des sozialen zu maximieren, das heißt, wenn es dazu in der Lage ist, durch Manipulation seines Angebots ein Mehr an Nutzen für sich zu gewinnen, indem es gleichzeitig das erreichbare Maximum an sozialem Wohlstand mindert. Zwar ist es auch denkbar, daß ein Unternehmen das Gesamtwohl schä-

² Herbert Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik — Grundlagen —, Wiesbaden 1960. S. 97.

³ Auf eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen Kriterien und Funktionen der Wohlfahrtstheorie muß hier verzichtet werden, zumal da in den wohlfahrtstheoretischen Abhandlungen selbst immer wieder betont wird, daß die praktische Wirtschaftspolitik mit ihnen nur wenig anfangen kann. Die folgenden Ausführungen knüpfen zwar an einige Grunderkenntnisse der neueren Wohlfahrtstheorie an. Die Überlegungen werden aber schließlich dadurch radikal vereinfacht, daß nur wenige bestimmte Ziele und ein grundsätzliches Urteil über das wichtigste Mittel zum Erreichen dieser Ziele als gegeben unterstellt werden. Diese Vereinfachung erlaubt es, zu konkreten Aussagen zu kommen.

digt, indem es den eigenen Nutzen verringert; soweit dies jedoch bewußt geschehen sollte, sei es hier als pathologisches Verhalten außer acht gelassen.

Die soeben gegebene Definition hat den Vorteil, daß sie für alle möglichen sozialen Wohlfahrtsfunktionen gilt, wenn man mit ihr praktisch auch kaum etwas anfangen kann. Sie gilt für die streng diktatorische Wohlfahrtsfunktion, in der ein einzelner bestimmt, was allen frommt. Sie gilt aber auch für streng individualistische Wohlfahrtsfunktionen, deren Kriterium es ist, daß das allgemeine Wohl nur dann als verbessert angesehen wird, wenn die Mitglieder der Gesellschaft ausnahmslos der Veränderung zustimmen, eine Wohlfahrtsfunktion, die dem Zustand des status quo ein erdrückendes Übergewicht verleiht. Interessant sind freilich weniger diese Extreme, als die gemischt diktatorisch-individualistischen Wohlfahrtsfunktionen, und hier vor allem derjenige Typ, bei dem die wirtschaftlichen Ziele aus demokratisch zustande gekommenen Mehrheitsbeschlüssen der gewählten Volksvertretung direkt oder indirekt ersichtlich sind, soweit sie nicht sogar einen Bestandteil der Verfassung bilden4. Auf den anspruchsvollen Ausdruck der sozialen Wohlfahrtsfunktion kann man gerade bei diesem Typ verzichten, da er möglicherweise eine Präzision der Vorstellungen vorspiegelt, die überhaupt nicht vorhanden ist. Es genügt zu wissen, daß es, wenn hier vom allgemeinen Wohl die Rede ist, um die Erreichung wirtschaftlicher Ziele geht, wie sie in der Verfassung, den Gesetzen und sonstigen Beschlüssen des Parlaments zum Ausdruck kommen.

Nun ist allerdings auch eine Definition der Anbietermacht von Unternehmen, die auf Verstöße einzelner Unternehmen gegen die gesamtwirtschaftlichen Ziele zu ihrem eigenen Nutzen abstellt, keineswegs befriedigend oder gar eindeutig, allein schon wegen der nicht wenigen Widersprüche, die zwischen den zahlreichen Zielen bestehen⁵. Eine brauchbare Definition muß sich demzufolge auf ein oder mehrere konkrete Ziele beziehen, deren Rangordnung, soweit die Ziele miteinander kollidieren, eindeutig festzulegen wäre. Drei Ziele sollen im folgenden in den Vordergrund gerückt werden⁶:

⁴ Daß auch demokratische Entscheidungsprozesse nicht notwendigerweise zur besten Lösung führen, weil inkonsistente Ergebnisse möglich sind, zeigt K. J. Arrow in seinem Buch Social Choice and Individual Values, New York, London 1957.

⁶ Zur Frage der Zielkollision vergleiche zum Beispiel W. A. Jöhr und H. W. Singer, Die Nationalökonomie im Dienste der Wirtschaftspolitik, 2. erw. Aufl., Göttingen 1964, insbesondere S. 152 ff.

⁶ Damit wird hier der von Reimut Jochimsen vorgeschlagene Weg verfolgt, von einer "ökonomischen Minimum-Wohlstandsfunktion" auszugehen, über die weitgehende Übereinstimmung besteht. Entwickelt wird dann eine "spezifische Wohlstandsökonomik" (Jochimsen), die sich allein auf die Wohlstandswirkungen der Anbietermacht beschränkt. Ein solches Vorgehen hat

- 1. Mit den zur Verfügung stehenden knappen Mitteln soll ein möglichst großes reales Sozialprodukt bezogen auf eine überschaubare Periode, zum Beispiel auf ein Jahr erzielt werden, das heißt, die knappen Produktionsfaktoren sollen so auf die Produktion der innerhalb dieser Periode zu erzeugenden einzelnen Güter verteilt werden, daß deren gesamter sozialer Wert ein Maximum erreicht; dieses Ziel wird häufig vereinfachend als "Maximierung des Sozialprodukts" bezeichnet.
- Das reale Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung soll kontinuierlich wachsen, und zwar von Jahr zu Jahr um einen bestimmten, im Rahmen des maximal Möglichen liegenden Prozentsatz. Wie hoch dieser Prozentsatz sein soll, ist eine politische Entscheidung.
- 3. Es soll auch auf lange Sicht eine den allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellungen entsprechende Einkommens- und Vermögensverteilung angestrebt werden.

Die drei oben näher umrissenen Ziele, maximales Sozialprodukt bei gegebener Verteilungsnorm, eine bestimmte Wachstumsrate des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung und langfristige Verteilungsgerechtigkeit⁷, können nicht unabhängig voneinander verfolgt werden, da zwischen ihnen Kollisionen bestehen. Sowohl das Wachstumsziel als auch das Ziel einer gerechten Einkommensverteilung mögen nur auf Kosten der Höhe des Sozialprodukts erreicht werden können. Deshalb ist es notwendig, eine Rangordnung der drei genannten Ziele festzulegen und die Ziele innerhalb dieser Rangordnung zu interpretieren.

Wenn hier, einem weitverbreiteten Brauch folgend, von Maximierung des Sozialprodukts gesprochen wird und damit die Maximierung des sozialen Wertes der erzeugten Güter gemeint ist, so muß sogleich

seine Gefahren, erlaubt jedoch zu konkreten Aussagen für einen überschaubaren Bereich von Problemen zu kommen. Vergleiche hierzu Reimut Jochimsen, Grundlagen, Grenzen und Entwicklungsmöglichkeiten der Welfare Economics, in: Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Band 29, Berlin 1963, S. 129 ff., insbesondere S. 137 ff., sowie Ansatzpunkte der Wohlstandsökonomik, Tübingen - Basel 1962, vom gleichen Verfasser.

7 Eine bestimmte Zusammensetzung des Sozialprodukts kann daneben

⁷ Eine bestimmte Zusammensetzung des Sozialprodukts kann daneben nicht als gesondertes Ziel aufgestellt werden, da sich bei gegebener Verteilungsnorm die im Sinne der Wünsche der Nachfragenden optimale Zusammensetzung von selbst einstellt, wenn eine atomistische Nachfragestruktur unterstellt wird und außerdem dafür gesorgt ist, daß ein maximales Sozialprodukt im Rahmen der durch das Wachstumsziel gegebenen Einschränkung erreicht wird.

Neben den drei genannten Zielen gibt es noch viele Ziele, an ihrer Spitze die Ziele der Stabilität und der Vollbeschäftigung. Sofern Unternehmen auch die Macht haben, das Erreichen dieser weiteren Ziele zu verhindern und daraus für sich Nutzen zu ziehen, soll diese — ohne Zweifel auch wirtschaftliche — Macht nicht unter den hier verwendeten Begriff der Anbietermacht von Unternehmen fallen. Daß auch gegen sie etwas unternommen werden sollte, wird deshalb keineswegs in Frage gestellt.

hinzugefügt werden, daß es viele maximale reale Sozialprodukte gibt, nämlich alle jene bei gegebener Faktorausstattung und bei gegebenen technischen Kenntnissen herstellbaren Bündel von Produkten aller Art, die nicht mehr vergrößert werden können, indem eine Einheit eines beliebigen Produkts zusätzlich hergestellt wird, ohne daß sich die Menge der übrigen Produkte vermindert (Produktionstransformationsfunktion). Erst wenn auch eine bestimmte Verteilungsnorm, etwa in Form von Steuer- und Sozialgesetzen, festgelegt ist, kann etwas darüber gesagt werden, welches der zahlreichen Güterbündel als das relevante maximale reale Sozialprodukt anzusehen ist. Solange keine sonstigen einschränkenden Bedingungen gelten, ist es dasjenige, das sich bei gegebener Verteilungsnorm aus dem Produktionsprozeß ergibt, wenn alle marginalen und totalen Bedingungen des sozialökonomischen Optimums erfüllt sind. Diese sind beispielsweise dann erfüllt, wenn sowohl auf den Faktor- als auf den Produktmärkten beiderseitige vollständige Konkurrenz besteht und keine externen Wirkungen auftreten. Das so bestimmte maximale reale Sozialprodukt verkörpert nur dann auch den maximalen sozialen Wert der erzeugten Güter, wenn die gewählte Verteilungsnorm den allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellungen entspricht. Diese werden, da interpersonelle Nutzenvergleiche objektiv unmöglich sind, in demokratischen Ländern vom Parlament im Wege des Ausgleichs widerstreitender und der Feststellung gemeinsamer Interessen entwickelt.

Auch das so definierte maximale reale Sozialprodukt muß nicht demjenigen entsprechen, das hier als Ziel gemeint ist, weil bislang noch das Wachstumsziel außer acht gelassen wurde. Denn das Sozialprodukt einer bestimmten Periode wird möglicherweise höher sein, wenn keine Rücksicht auf seine weitere Entwicklung genommen zu werden braucht, als wenn gleichzeitig auch sein Wachstum als Ziel aufgestellt wird.

Angenommen, das Sozialprodukt erreiche in der ersten Periode in dem Sinne ein Maximum, daß es — bei gegebener Verteilungsnorm — das größtmögliche ist, von dem aus die gewünschte Zuwachsrate für die nächste und die folgenden Perioden erzielt werden kann. Die mit dem neuen Güterbündel verbundene Verteilung wird dann möglicherweise nicht mehr ganz den allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellungen entsprechen, obwohl sie sich aus der für die vorangegangene Periode aufgestellten Verteilungsnorm ergeben hat. Wollte man für jede Periode genau den unter Berücksichtigung des fortbestehenden Wachstumsziels erreichbaren maximalen sozialen Wert der erzeugten Güter erhalten, bedürfte es einer ständigen Korrektur der Verteilungsnorm. Da aber so kurzfristig weder der Bestand an Produktionsfaktoren noch die technischen Produktionsverfahren, noch die Präferenzen der einzelnen Individuen erheblichen Veränderungen unterworfen sind, und da die

Verteilungsnorm, beispielsweise durch die Progression im Einkommensteuertarif, bereits Korrekturmechanismen für die individuellen Einkommensveränderungen enthält, kann unterstellt werden, daß einige Perioden lang die Abweichung von der angestrebten Verteilung so geringfügig ist, daß sie unter der Schwelle der Fühlbarkeit bleibt. Unter dieser Annahme kann auch das um den gewünschten Prozentsatz gestiegene Sozialprodukt ohne Veränderung der Verteilungsnorm als maximal angesehen werden. Das Ziel der Verteilungsgerechtigkeit soll sich also lediglich auf die Änderungen der Verteilungsnorm beziehen, die in größeren Abständen notwendig werden, nämlich immer dann, wenn die Schwelle der Fühlbarkeit der Abweichung von der den Gerechtigkeitsvorstellungen entsprechenden Verteilung — nach wie vor unter Berücksichtigung des Wachstumsziels — überschritten ist.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich für die Rangfolge der Ziele, daß — unter sonst gleichen Bedingungen, also etwa bei gegebener Staatsquote und Ausgabenstruktur des Staates — mit der Festlegung einer bestimmten Wachstumsrate gleichzeitig bestimmt ist, inwieweit die beiden anderen Ziele verfolgt werden können⁸. Auch diese beiden Ziele können miteinander kollidieren. Davon sei jedoch zunächst noch abgesehen. Die gesuchte Definition der Anbietermacht erhält nun folgende Form: Ein Unternehmen verfügt dann über Anbietermacht, wenn es in der Lage ist, den eigenen Nutzen zu maximieren, indem es die sein Angebot bestimmenden Aktionsparameter abweichend von denjenigen Werten festsetzt, die zur Erlangung einer bestimmten Wachstumsrate unter bestmöglicher Beachtung der beiden anderen Ziele notwendig wären.

Aber auch mit dieser konkretisierten Definition ist noch nicht allzu viel gewonnen. Denn bisher ist noch nichts darüber gesagt worden, wie, also auf welchen Wegen oder mit welchen Mitteln die genannten Ziele am besten erreicht werden können. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, daß genau diese Ziele, die in einer marktwirtschaftlichen Ordnung eine entscheidende Rolle spielen, auch von einer Zentralverwaltungswirtschaft oder von einer Wirtschaft mit irgendeiner anderen Ordnung verfolgt werden. Die gravierenden Unterschiede, die zwischen diesen Wirtschaftsordnungen bestehen, liegen dann nicht in den unterschiedlichen Zielsetzungen begründet. Vielmehr sind sie in den unterschiedlichen Vorstellungen davon, wie diese Ziele am besten erreicht werden

⁸ Zur Frage der Koordination der Ziele Wachstum und interpersonaler Einkommensausgleich vergleiche Elisabeth Liefmann-Keil, Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin - Göttingen - Heidelberg 1961, S. 80 ff. Kenneth E. Boulding äußert sich an verschiedenen Stellen seines Buches Principles of Economic Policy (Englewood Cliffs, N. J., 1958), insbesondere im 2, 4. und 6. Kapitel, über die Konflikte zwischen den drei oben genannten Zielen.

können, zu suchen. Es sind deshalb auch einige grundlegende Entscheidungen über Mittel und Wege notwendig, bevor der Tatbestand der Anbietermacht von Unternehmen konkret bestimmt werden kann.

II. Wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung über die Wege zu den gesteckten Zielen als Definitionsvoraussetzung

Herrscht in einem Lande die Überzeugung, die Ziele Wachstum, hohes Sozialprodukt und Verteilungsgerechtigkeit ließen sich am besten unter Zuhilfenahme eines zentral aufgestellten Produktionsplanes erreichen, so besäße ein "Unternehmen" nach der oben gegebenen Definition dann wirtschaftliche Macht, wenn es vom zentralen Plan zum Nutzen der Leiter, Angestellten oder Arbeiter dieses Unternehmens oder anderer auf die Planerfüllung Einfluß nehmender Personen oder Personengruppen abweichen oder, was auf dasselbe Ergebnis hinausläuft, den Plan bei seiner Aufstellung derart beeinflussen kann, daß ein solcher von der Zentrale nicht gewünschter Nutzen einzelnen Personen oder Personengruppen im Zuge der Planerfüllung zuwächst. Denn es wird als im voraus geklärt unterstellt, daß ein Abweichen vom Plan oder eine von der Zentrale nicht gewünschte Einflußnahme auf die Planerstellung auch ein Zurückbleiben hinter den gesteckten Zielen bedeutet.

Sicher wäre es interessant, einmal dem Phänomen der wirtschaftlichen Macht von Unternehmen in einer Zentralverwaltungswirtschaft nachzugehen. Hier sollte mit diesem extremen Beispiel einer total zentral geleiteten Wirtschaft lediglich gezeigt werden, daß Einigkeit über die Ziele noch keineswegs etwas über die Wege zu sagen braucht, die man einschlägt, um diese Ziele zu erreichen.

Auch in demokratischen Ländern ist man durchaus nicht einhellig der Meinung, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung das am besten geeignete Mittel ist, die anvisierten drei Ziele zu erreichen, wie das Beispiel Frankreichs mit seinen mehr oder weniger von einer Wettbewerbsordnung abweichenden und zur Kooperation der Unternehmen tendierenden Versuchen der Planifikation lehrt. In der Bundesrepublik Deutschland ist man — ähnlich wie in den Vereinigten Staaten von Amerika — jedenfalls gegenwärtig noch in der glücklichen Lage, daß sich die großen Parteien nicht nur über die Ziele weitgehend einig sind, sondern auch darin übereinstimmen, daß zumindest die Ziele Wachstum und hohes Sozialprodukt am besten mit dem Mittel eines auf Privatinitiative gegründeten Wettbewerbs erreicht werden kön-

⁹ Diese unterschiedlichen Vorstellungen wiederum beruhen zum Teil auf unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen, die den genannten wirtschaftlichen Zielen übergeordnet sind.

nen¹⁰. Dem Wettbewerb soll soweit wie möglich zum Durchbruch verholfen werden. Diese grundsätzliche Übereinstimmung soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß Meinungsverschiedenheiten über die geeigneten Mittel zur Förderung des Wettbewerbs und zur Bekämpfung wirtschaftlicher Macht, die den Wettbewerb verzerrt oder beseitigt, bestehen.

Die im Grundsatz vorhandene Übereinstimmung darüber, daß die Ziele Wachstum und hohes Sozialprodukt soweit wie möglich mit dem Mittel des Wettbewerbs erreicht werden sollen, rechtfertigt es, die weiteren Erörterungen auf diesen Fall zu beschränken, das Mittel des Wettbewerbs also neben den drei Zielen als zusätzliches Datum aufzunehmen und nicht erst lange und vermutlich ohne den schon längst dafür und dagegen vorgebrachten Argumenten etwas Neues hinzufügen zu können, zu diskutieren, ob der auf Privatinitiative gegründete Wettbewerb auch wirklich ein geeignetes Mittel zur Erreichung der gesetzten Ziele darstellt.

Vor allem kann nicht davon ausgegangen werden, daß allein durch den Wettbewerbsprozeß auch die Verteilungsprobleme den Gerechtigkeitsvorstellungen entsprechend gelöst werden. Wie noch näher zu begründen sein wird, ist mit der Wahl des Mittels Wettbewerb bereits eine gewisse Vorentscheidung über die Verteilung zugunsten derer getroffen, die bei gegebener Risikoscheu das Risiko von Investitionen mit unsicheren Zukunftserwartungen zu tragen gewillt sind. Der Umverteilung von Einkommen und Vermögen durch Steuern, Abgaben, Ausgleichszahlungen, Subventionen und Prämien sowohl interpersonell als auch zwischen Gegenwart und Zukunft sind deshalb Grenzen gesetzt. Für die folgenden Ausführungen ist von Bedeutung, daß der Umverteilungsprozeß nicht durch direkten Eingriff in den Vorgang der freien Preisbildung bewerkstelligt wird. Da ein bestimmtes Wachstumsziel vorgegeben ist, muß zudem der Einsatz von Mitteln zur gerechteren Verteilung von Einkommen und Vermögen auf ein Maß beschränkt bleiben, das die Wirksamkeit des Wettbewerbs in bezug auf das Ziel einer bestimmten Wachstumsrate des Sozialprodukts nicht beeinträchtigt11.

¹⁰ Vergleiche hierzu Die Düsseldorfer Leitsätze von 1949 (CDU und CSU) und das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1959 — Das Godesberger Programm, beide abgedruckt in: Die deutschen Parteiprogramme und das Bundeswahlgesetz, herausgegeben von Otto Bezold, München 1965. Das Bekenntnis des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Wettbewerb ist weniger eindeutig. Vergleiche das Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom November 1963 und meine Kritik in dem Aufsatz Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des DGB in neoliberaler Sicht, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Juni 1966, S. 331 ff.

¹¹ Soweit eine Politik der Förderung des Wettbewerbs und der Bekämpfung von Anbietermacht auch zur Verbesserung der Verteilung beiträgt, ist dies eine angenehme Nebenwirkung.

Auch die bestmögliche Allokation der Ressourcen im Rahmen der gesteckten Ziele läßt sich nicht vollständig mit Hilfe des Wettbewerbs, mag er noch so ideal veranstaltet werden, erreichen. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, daß bei der Entscheidung der Haushalte und Unternehmen, was und wieviel sie von den einzelnen Gütern verbrauchen oder produzieren wollen, stets nur die privaten Kosten mit den privaten Nutzen und Erträgen verglichen werden. Für die Maximierung des Gesamtwohlstandes kommt es aber auf den Vergleich der gesamtwirtschaftlichen Kosten und Nutzen oder Erträge an. Ohne auf die Diskussion der externen Effekte näher eingehen zu wollen, wird daher im folgenden unterstellt, daß die Wirtschaftspolitik den externen Wirkungen nicht durch direkte Eingriffe in den Preisbildungs- und Wettbewerbsprozeß Rechnung trägt, sondern den Ausgleich durch allgemeine Auflagen, Steuern, Abgaben, Ausgleichszahlungen und Subventionen so gut es ohne den Wettbewerb zu schädigen geht — herbeizuführen sucht.

Bisher wurde noch nicht geklärt, was mit dem recht vagen Begriff des Wettbewerbs gemeint sein soll. Wie schon einleitend gesagt, zeigt die statische Wohlfahrtsökonomik, daß unter gewissen Bedingungen das Sozialprodukt sein Maximum erreicht, wenn vollständige Konkurrenz auf allen Güter- und Faktormärkten herrscht. Dem Versuch, die Marktform des homogenen Polypols auf allen Märkten durchzusetzen. stehen jedoch unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Sorgt man durch staatliche Eingriffe dafür, daß überall dort, wo sich die Ergebnisse der vollständigen Konkurrenz nicht von selbst einstellen, die Unternehmen nach der Regel "Grenzkosten gleich Preis" handeln, so garantiert dieser "Als-ob-Wettbewerb" keineswegs, daß die genannten Ziele erreicht werden. Denn mit dieser Regel werden auch manche Anreize dazu beseitigt, einen Vorsprung vor den Konkurrenten zu erzielen, in einen Markt einzutreten oder gar neue Produkte zu entwickeln. Wenn also auch das Ziel des Sozialproduktwachstums mit dem Mittel des Wettbewerbs angestrebt werden soll, kann unter Wettbewerb weder die Marktform der vollständigen Konkurrenz noch ein Verhalten. als ob diese Marktform bestünde, verstanden werden.

Ein Wachsen des realen Sozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung ist über dasjenige Maß hinaus, das sich bei einer positiven Sparrate allein aus der Kapitalakkumulation ergibt, nur dann möglich, wenn mit der gleichen Menge von Produktionsfaktoren mehr Güter als bisher und/oder bessere Güter als bisher hergestellt werden und/oder die Vielfalt der erzeugten Güter vergrößert wird. Soll dieses Ergebnis soweit wie möglich durch die Initiative der am Wirtschaftsprozeß beteiligten Unternehmen erreicht werden, so bedarf es dazu des Gewinnanreizes und des Konkurrenzdruckes. Gewinnanreiz und Konkurrenz-

druck machen das aus, was man gemeinhin als den dynamischen Prozeß des Wettbewerbs bezeichnet. Nur dieser Prozeß kann gemeint sein, wenn postuliert wird, daß die genannten Ziele, insbesondere Wachstum und hohes Sozialprodukt, mit dem Mittel des Wettbewerbs erreicht werden sollen.

III. Die Rolle von Konkurrenzdruck und Gewinnanreiz für das Angebot eines Unternehmens

Die Entscheidung, daß die beiden genannten Ziele mit dem Mittel des Wettbewerbs erreicht werden sollen, wobei unter Wettbewerb ein dynamischer Prozeß, hervorgerufen durch Gewinnanreiz und Konkurrenzdruck, gemeint ist, erlaubt eine weitere Konkretisierung der Definition von Anbietermacht: Über wirtschaftliche Macht beim Angebot von Produkten verfügt ein Unternehmen nur dann, wenn der Konkurrenzdruck, der von allen anderen Unternehmen ausgeht, nicht stark genug ist, um zu erreichen, daß das betrachtete Unternehmen mit den von seinem Gewinnstreben bestimmten Handlungen auch gleichzeitig den größtmöglichen Beitrag zu den beiden Zielen Wachstum und hohes Sozialprodukt leistet, dessen es fähig ist. Die Wettbewerbspolitik hätte dann im Idealfall die Rahmenbedingungen für den Prozeß des Wettbewerbs so zu setzen, daß die Unternehmen keine Anbietermacht haben, sondern dazu gezwungen sind, diesen Maximalbeitrag zu leisten, und daß die Summe dieser Beiträge gerade dem entspricht, was gesamtwirtschaftlich angestrebt wird.

Damit ist jedoch noch kein Patentrezept für konkrete Maßnahmen der Wettbewerbspolitik geliefert. Zunächst ist es notwendig, mehr darüber zu erfahren, a) wodurch der Konkurrenzdruck bestimmt ist und b) welcher Gewinnanreiz nötig ist, damit jedes Unternehmen auch tatsächlich aus freier Initiative gerade den Beitrag leistet, der zusammen mit den Beiträgen der übrigen Unternehmen die Erfüllung der gesamtwirtschaftlichen Ziele garantiert.

1. Die relevanten Konkurrenzbeziehungen eines Unternehmens

Der Angebotsspielraum eines Unternehmens für ein Produkt wird durch die Nachfragefunktion (Preis-Absatz-Funktion) bestimmt, der es sich gegenübersieht. Ein Unternehmen, das langfristige Gewinnmaximierung betreibt, kann sich freilich nicht an einer Nachfragekurve orientieren, die — wie es in Lehrbüchern üblich ist — wesentliche Konkurrenzbeziehungen durch die ceteris paribus-Bedingung ausschließt. Nur wenn viele Anbieter des gleichen Gutes vorhanden sind, also im Falle vollständiger Konkurrenz, können andere Konkurrenzbeziehungen außer Betracht bleiben. Die Nachfragekurve ist vollkommen elastisch. Schon wenn wir es mit einem heterogenen Polypol zu tun haben,

ist Vorsicht bei der Verwendung der herkömmlichen doppelt geknickten Nachfragekurve am Platz, jedenfalls wenn sie so interpretiert wird, daß die Nachfrager verstärkt zu Anbietern von Substitutionsgütern bestimmter Art und Qualität abwandern, sobald ein bestimmter Preis überschritten wird. Zumindest muß geprüft werden, ob es Unternehmen gibt, die ihre Qualität anpassen können. Ist dies der Fall, dann mag eine Preiserhöhung eine Linksverschiebung der ursprünglich angenommenen Nachfragekurve zur Folge haben. Preispolitisch relevant ist jedoch nur die Menge, die tatsächlich bei dem gewählten Preis abgesetzt werden kann, so daß die preispolitisch relevante Nachfragekurve möglicherweise viel flacher verläuft als die ursprünglich angenommene. Auch wenn Unternehmen existieren, die in der Lage sind, ihr Angebot auf das gleiche Produkt wie das des betrachteten Unternehmens oder ein Substitutionsgut ohne ins Gewicht fallende Investitionen umzustellen, und die diese Umstellung vom Preis abhängig machen, den das betrachtete Unternehmen fordert, wird die preispolitisch relevante Nachfragekurve flacher verlaufen als die ursprüngliche. da von dieser das Angebot der Konkurrenten bei alternativen Preisen abgezogen werden muß. Selbst Unternehmen, die nur mit ins Gewicht fallenden Investitionen ihr Angebot auf das fragliche Gut umzustellen vermögen, oder ganz neue Anbieter, die ihren Markteintritt am herrschenden Preis orientieren, können unter bestimmten Bedingungen die preispolitisch relevante Nachfragekurve mitbestimmen.

Ohne auf weitere Einzelheiten der möglichen Konstruktion einer solchen preispolitisch relevanten Nachfragefunktion einzugehen, sei festgehalten, daß unter Berücksichtigung aller hier genannten Konkurrenzbeziehungen einer Unternehmung die Elastizität dieser Nachfrage größer und der monopolistische Bereich von polypolistisch oder oligopolistisch konkurrierenden Wettbewerbern kleiner ist als man bei der ausschließlichen Berücksichtigung von aktuellen Konkurrenten annehmen könnte. Die Wirkungen der Existenz von Konkurrenten, die zu verschiedenen Gruppen gehören, kumulieren sich außerdem, so daß die relevante Nachfragekurve um so stärker abgeflacht ist, je mehr Gruppen von potentiellen Konkurrenten im weiteren Sinne in Betracht gezogen werden müssen.

Dieser Tatbestand ist allein schon deshalb wichtig, weil er zeigt, daß es viel mehr Konkurrenz gibt, als die Lehrbücher der Preis- und Wettbewerbstheorie vermuten lassen¹². Für die weiteren Überlegungen spielt er vor allem deshalb eine große Rolle, weil die Möglichkeiten,

¹² Zur Bedeutung der potentiellen Konkurrenz im hier gebrauchten weiteren Sinne vgl. auch meinen Aufsatz Wettbewerb in Theorie und Praxis, Die Bedeutung des potentiellen Wettbewerbs und ihre Konsequenzen für die Wettbewerbspolitik, insbesondere die Fusionskontrolle, in: Die Aussprache, 20. Jg. (1970), S. 110 ff.

das Angebot gewinnbringend zu beschränken, bei gegebenen Kosten um so geringer sind, je elastischer die preispolitisch relevante Nachfrage ist.

Was hier für die Nachfragefunktion vom einzelnen Anbieter gesagt wurde, gilt freilich genauso für die gemeinsame Nachfragekurve einer kleinen Gruppe von Anbietern (Oligopol).

Der Konkurrenzdruck, dem ein Anbieter ausgesetzt ist, braucht nicht nur von solchen Unternehmen zu stammen, die ihr Angebot vom jeweils bestehenden Preis abhängig machen¹³. Insbesondere auf oligopolistischen Märkten mit bedeutenden economies of scale droht Wettbewerb auch von solchen Anbietern, die ihrerseits nur mit erheblichen Anteilen am Gesamtangebot in den Markt eintreten können. Sie machen ihren Markteintritt davon abhängig, wie hoch der Preis nach dem Markteintritt im Verhältnis zu ihren Kosten für die Dauer der Bindung ihres Kapitals vermutlich sein wird. Der Konkurrenzdruck, dem oligopolistische und monopolistische Anbieter ausgesetzt sind, wird leicht unterschätzt, wenn man diese Art der potentiellen Konkurrenz außer Betracht läßt und lediglich auf die Preispolitik der bisherigen Anbieter schaut.

2. Gewinne und Opportunitätskosten bei Unsicherheit

Ob ein Unternehmen das Angebot eines Produkts langfristig aufgibt, aufrechterhält oder gar erweitert, hängt entscheidend von dem soeben erörterten Konkurrenzdruck ab, dem es ausgesetzt ist. Dieser Konkurrenzdruck kann jedoch nicht losgelöst von der anderen Komponente des dynamischen Wettbewerbs, nämlich dem Gewinnanreiz, betrachtet werden, der mit der Verwirklichung dieser Strategien verbunden ist. Das gleiche gilt für Unternehmen, die erwägen, in einen Markt einzutreten.

Die Wahl der besten Strategie wäre kein unlösbares Problem, wenn die Zukunftserwartungen sicher wären, man also etwa wüßte, wie sich Nachfrage und Kosten entwickeln, aber auch wann und unter welchen Bedingungen Konkurrenten in den Markt eintreten und welche Strategie diese dann verfolgen. Langfristige Gewinnmaximierung als Ziel der Unternehmen unterstellt¹⁴, gälte es dann jene Strategie auszuwäh-

¹⁸ Vgl. hierzu meinen Aufsatz Bemerkungen zur Theorie des eintrittsverhindernden Preises im Oligopol, in: Wirtschaft und Wettbewerb, Heft 11/12 (1971), S. 819 ff.

¹⁴ Dabei muß man sich freilich über die Skrupel hinwegsetzen, die jeden beschleichen, der die ausgedehnte Diskussion über unternehmerische Zielsetzungen in der betriebswirtschaftlichen Literatur ein wenig kennt. Vgl. hierzu z. B. Edmund Heinen, Das Zielsystem der Unternehmung, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, Bd. I der Schriftenreihe Die Betriebswirtschaft in Forschung und Praxis, hrsg. v. Edmund Heinen, Wiesbaden 1966, und die dort angegebene Literatur.

len, bei der die Summe der diskontierten zukünftigen Einnahmen nach Abzug der diskontierten zukünftigen Ausgaben ein Maximum erreicht. Anders ausgedrückt kann man sagen, daß der erwartete Gegenwartswert des Eigenkapitals der Unternehmung maximiert wird, da ja Gewinne das Eigenkapital vermehren, Verluste es vermindern¹⁵.

Der erwartete Wert des Eigenkapitals ist eine geplante, also eine ex-ante-Größe. Sind die Erwartungen objektiv sicher, so stimmt er mit dem ex-post-Wert des Eigenkapitals überein. Sind die Erwartungen nur subjektiv sicher, so können ex-ante-und ex-post-Werte voneinander abweichen. Entscheidend für die Wahl einer Strategie ist in jedem Fall der erwartete Wert, also der Wert des Eigenkapitals ex ante.

In Wirklichkeit ist die Zukunft jedoch nicht sicher vorauszusehen. Investitionen können erfolgreich sein, sie können aber auch fehlschlagen. Das Ergebnis hängt unter anderem von der zukünftigen Nachfrage, von der Entwicklung anderer Produkte, vom Markteintritt potentieller Anbieter und deren Verhalten sowie von den Reaktionen schon im Markt befindlicher Konkurrenten ab. Bei der Vornahme einer Investition, und sei es nur einer Reinvestition zur Aufrechterhaltung des Angebots, erst recht freilich einer Investition auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung oder zur Herstellung eines neuen Produkts oder zu dessen Einführung auf dem Markt, muß demnach mit mehreren möglichen Ergebnissen gerechnet werden.

Damit stellt sich das Problem, wie Strategien mit mehreren möglichen Ergebnissen verglichen werden können. Hier soll als Kriterium für solche Entscheidungen unter Unsicherheit die Maximierung des Neumann - Morgensternschen Nutzens gewählt werden, da nur die Verwendung von Nutzengrößen im Sinne v. Neumanns und Morgensterns eine adäquate Berücksichtigung der individuellen Risikoneigung des Entscheidenden bei der Wahl der optimalen Unternehmensstrategie gewährleistet¹⁶. Jeder Strategie kann theoretisch mit Hilfe der von v. Neumann und Morgenstern vorgeschlagenen Konstruktion eine Nutzenzahl zugeordnet werden, die allein durch die Nutzen der einzelnen möglichen Erfolge und die subjektiven Wahrscheinlichkeiten¹⁷, mit denen diese Erfolge erwartet werden, bestimmt ist. Nutzenmaximierung bedeutet dann die Wahl derjenigen Strategie, die die höchste Nutzenzahl aufweist.

¹⁵ Von den Fragen, die mit Rückzahlung und Neuaufnahme von Eigenkapital verbunden sind, sei hier abgesehen.

¹⁶ Vgl. etwa *Dieter Schneider*, Investition und Finanzierung, Lehrbuch der Investitions-, Finanzierungs- und Ungewißheitstheorie, Köln und Opladen 1970, S. 83 ff., und die dort angegebene Literatur.

¹⁷ Zum Terminus der subjektiven Wahrscheinlichkeiten vgl. *Hans Schnee-wei*β, Entscheidungskriterien bei Risiko, Berlin, Heidelberg, New York 1967, S. 28 ff.

Da für jede Strategie mit unsicheren Erwartungen eine Nutzenzahl ermittelt und jeder Nutzenzahl wiederum auch ein bestimmtes, mit Sicherheit zu erwartendes Eigenkapital zugeordnet werden kann, existiert für jede Strategie ein bestimmter Eigenkapitalwert, der dieser Strategie bei Unsicherheit des Eintreffens der Ergebnisse äquivalent ist. Dieser jeder Strategie so zuzuordnende sichere Eigenkapitalwert soll daher dessen Sicherheitsäquivalenzwert genannt werden. Geht man davon aus, daß ein höheres Eigenkapital auch stets einen höheren Nutzen stiftet, nimmt man also eine steigende Nutzenfunktion des Eigenkapitals an, so hat eine Strategie mit dem höchsten Nutzen auch gleichzeitig den höchsten Sicherheitsäquivalenzwert des Eigenkapitals. Gewinnmaximierung, die bei sicheren Zukunftserwartungen als die Maximierung des Eigenkapitalwertes interpretiert worden ist, kann also bei Unsicherheit ganz analog als Maximierung des Neumann-Morgenstern-Nutzens oder als Maximierung des Sicherheitsäquivalenzwertes des Eigenkapitals verstanden werden. Als Ziel der Unternehmung sei deshalb im folgenden die Maximierung des Sicherheitsäquivalenzwertes des Eigenkapitals angenommen, von der die Gewinnmaximierung bei sicheren Erwartungen nur ein Spezialfall ist.

Ob ein Unternehmen im konkreten Fall die Strategie der Aufrechterhaltung seines Angebots — Reinvestitionsstrategie — oder der Angebotserweiterung oder des Markteintritts anderen Strategien vorzieht, hängt also einzig und allein vom Vergleich der Sicherheitsäquivalenzwerte aller relevanten Strategien ab. Eine Strategie muß, soll sie gewählt werden, mindestens einen nicht negativen Gewinn erwarten lassen. Mit anderen Worten, soll ein Unternehmen investieren, muß es mindestens erwarten, auf seine Kosten zu kommen. Da wir es mit unsicheren Zukunftserwartungen zu tun haben, ist freilich auch der Kostenbegriff entsprechend zu interpretieren.

Kosten sollen, wie heute in der Volkswirtschaftslehre weitgehend akzeptiert, als Opportunitätskosten verstanden werden. Opportunitätskosten sind, auf eine kurze Formel gebracht, entgangener Gewinn. Bei unsicheren Zukunftserwartungen ist aber oft auch das, was einem Unternehmen entgeht, unsicher. Der entgangene Gewinn einer Strategie mit unsicheren Ergebnissen kann deshalb nur als entgangener Sicherheitsäquivalenzwert des Eigenkapitals einer Alternativstrategie mit unsicheren Ergebnissen, im Grenzfall als der Eigenkapitalwert einer sicheren Anlage des Investitionsbetrages verstanden werden. Die Kosten der Strategie der Aufrechterhaltung des Angebots eines Produkts durch Reinvestition für die Dauer der erneuten Kapitalbindung zum Beispiel wären dann durch den höchsten der Sicherheitsäquivalenzwerte aller jener Alternativstrategien bestimmt, bei denen die Investitionssumme zu anderen Zwecken als der Fortsetzung des Angebots

dieses Produktes verwendet wird. Diese Kosten seien Opportunitätskosten bei Unsicherheit genannt.

Der maximale Gewinn bei Aufrechterhaltung des Angebotes eines Produktes ist dann — analog — derjenige Betrag, der sich als Differenz zwischen dem Sicherheitsäquivalenzwert des Eigenkapitals dieser Strategie und den Opportunitätskosten bei Unsicherheit ergibt.

Alle Größen, um die es hier geht, sind ex-ante-, also Erwartungsgrößen. Sie sind zudem subjektiv, da sie von der Nutzenfunktion des Eigenkapitals jedes einzelnen Unternehmens abhängen, die dessen individuelle Risikoneigung zum Ausdruck bringt¹⁸. Der ex-ante-Gewinn aus einer Strategie kann also beispielsweise Null sein, obwohl der mathematische Erwartungswert des Eigenkapitals einen positiven Betrag ergibt, wenn das Unternehmen risikoscheu ist. Das Unternehmen erwartet dann bei der Wahl dieser Strategie, gerade auf seine Kosten im Sinne subjektiver Opportunitätskosten bei Unsicherheit zu kommen. Die ex-post-Gewinne, die bei risikoscheuen Unternehmen über längere Zeiträume hinweg anfallen, oder die ex-post-Gewinne, die sich in einer Volkswirtschaft ergeben, wenn die Unternehmen überwiegend risikoscheu sind, haben - da sich die Nutzenfunktion des Eigenkapitals dadurch nicht ändert - keinen Einfluß auf die zukünftigen Investitionsentscheidungen. Wenn also private Investitionen, und zwar auch Nettoinvestitionen, vorgenommen werden sollen, damit das angestrebte Wachstumsziel erreicht werden kann, darf der Konkurrenzdruck nicht so groß werden, daß der Gewinnanreiz beseitigt wird. Gewinnanreiz besteht jedoch nur so lange, wie die Unternehmen in ihrer ex-ante-Rechnung bei diesen Investitionen mindestens auf ihre subjektiven Opportunitätskosten zu kommen erwarten. Die resultierenden ex-post-Gewinne müssen dabei in Kauf genommen werden, da sich ihre Beschneidung nachteilig auf die Bereitschaft zur Übernahme von Risiken und damit auf das Wachstum auswirken würde.

IV. Die Möglichkeit zur Angebotsbeschränkung als notwendige Bedingung für Anbietermacht

Über wirtschaftliche Macht beim Angebot von Produkten — so lautet die zuletzt gegebene Definition — verfügt ein Unternehmen nur dann, wenn der Konkurrenzdruck, der von allen anderen Unternehmen ausgeht, nicht stark genug ist, um zu erreichen, daß das betrachtete Unternehmen mit den von seinem Gewinnstreben bestimmten Handlungen auch gleichzeitig den größtmöglichen Beitrag zu den beiden Zielen Wachstum und hohes Sozialprodukt leistet, dessen es fähig ist. Dabei

¹⁸ Auch die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit ist subjektiv und beeinflußt das Ergebnis. Sie kann aber durch Lernen verbessert werden.

ist, wie im vorigen Abschnitt dargelegt, zu berücksichtigen, daß das Unternehmen, sofern sein Angebot zum Erreichen der beiden Ziele im Wege des Wettbewerbs erforderlich ist, damit rechnen können muß, daß es bei diesem Angebot auf seine Kosten im Sinne von Opportunitätskosten bei Unsicherheit kommt.

Der Konkurrenzdruck kann also nur dann zu klein im Sinne der obigen Machtdefinition sein, wenn das Unternehmen ex ante-Gewinne, also Überschüsse über die Opportunitätskosten bei Unsicherheit, erwartet. Daraus folgt, daß das betrachtete Unternehmen, wäre der Konkurrenzdruck genügend stark, entweder mehr von dem fraglichen Produkt oder verbesserte Produkte anböte oder sogar anderen Anbietern wiche. Das tatsächliche Angebot ist also niedriger als es bei ausreichendem Konkurrenzdruck sein könnte, oder anders ausgedrückt, die vom betrachteten Unternehmen ausgehende Angebotsbeschränkung ist stärker als nötig, damit eine optimale Marktversorgung ohne Beeinträchtigung des Wachstumszieles erreicht wird. Notwendige Voraussetzung wirtschaftlicher Macht ist also stets die Möglichkeit, das Angebot auf irgendeine Weise zu beschränken.

1. Die drei Arten der Angebotsbeschränkung

Die folgenden drei Arten der Beschränkung des Angebotes eines bestimmten Produktes sind zu unterscheiden:

- a) Angebotsbeschränkung bei gegebener Kapazität: Ein Unternehmen bietet eine kleinere Menge als diejenige an, die sich bei einem Preis ergibt, der den kurzfristigen Grenzkosten bei gegebener Kapazität entspricht. Diese Art der Angebotsbeschränkung setzt eine vor dem Schnittpunkt mit den Grenzkosten (eventuell Kapazitätsgrenze) fallende preispolitisch relevante Nachfragekurve voraus. Das gleiche, was hier für ein Unternehmen gesagt wurde, kann auch für eine kleine Gruppe von Unternehmen gemeinsam gelten. Entscheidend sowohl für das einzelne als auch für die kleine Gruppe von Unternehmen ist die preispolitisch relevante Nachfragekurve, deren Verlauf nicht nur von der Zahl der Anbieter gleicher Produkte, sondern auch vom Vorhandensein solcher Konkurrenten abhängt, die ihr Angebot vom Preis des betrachteten Unternehmens abhängig machen.
- b) Angebotsbeschränkung durch zu geringe Kapazität: Ein Unternehmen entscheidet sich im Zeitpunkt der Erst- oder Reinvestition für eine Angebotskapazität, die unter derjenigen liegt, bei der der Preis den langfristigen Grenzkosten im herkömmlichen Sinne entspricht. Stehen nur einige bestimmte Kapazitäten zur Wahl, ist also nur eine diskrete Kapazitätsvariation möglich, so soll die Wahl einer bestimmten Kapazität immer dann als Angebotsbeschränkung gel-

ten, wenn eine größere Kapazität möglich wäre, bei der das betrachtete Unternehmen im Schnittpunkt von preispolitisch relevanter Nachfragekurve und der zu dieser Kapazität gehörenden kurzfristigen Grenzkostenkurve (Kapazitätsgrenze) noch seine Kosten — im herkömmlichen Sinne — deckte. Das gleiche gilt wieder für die Gesamtkapazität einer kleinen Gruppe von Anbietern.

Voraussetzung dieser zweiten Art der Angebotsbeschränkung ist, a) daß entweder keine potentiellen Konkurrenten vorhanden sind, die ihr Angebot des fraglichen Produkts vom bisher geforderten Preis abhängig machen, oder nur solche, die dabei höhere Kosten hätten als das betrachtete Unternehmen und b) daß entweder keine potentiellen Konkurrenten existieren, die mit Hilfe von Investitionen mit ins Gewicht fallenden Kapazitäten in den Markt eintreten können, oder nur solche, die beim Markteintritt nicht auf ihre Opportunitätskosten bei Unsicherheit zu kommen erwarten.

Wenn solche potentiellen Konkurrenten vorhanden sind, die mit Hilfe von Investitionen mit einem erheblichen Marktanteil in den Markt eintreten können, so ist die Möglichkeit des betrachteten Unternehmens, sein Angebot durch die Wahl einer kleineren Kapazität zu beschränken, allerdings begrenzt. Denn je kleiner die gewählte Kapazität ist, desto eher werden die potentiellen Konkurrenten ceteris paribus beim Markteintritt auf ihre Opportunitätskosten bei Unsicherheit zu kommen erwarten.

Die erste und die zweite Art der Angebotsbeschränkung können sowohl jede für sich als auch gemeinsam möglich sein.

c) Angebotsbeschränkung durch Verhinderung des Markteintritts infolge strategischer Verbindung mehrerer Absatzmärkte: Ein Unternehmen ist in der Lage, sein Angebot aufrechtzuerhalten und solche potentielle Konkurrenten vom Markteintritt auszuschließen, die investieren und mit einer ins Gewicht fallenden Kapazität in den Markt eintreten würden, wenn sie damit rechnen könnten, daß das betrachtete Unternehmen sein Angebot nur so lange aufrechterhielte, wie es nötig wäre, um mit dem geringsten auf das fragliche Produkt bezogenen Verlust aus dem Angebot auszuscheiden. Die potentiellen Konkurrenten treten also deshalb nicht in den Markt ein, weil das betrachtete Unternehmen ein Mehrproduktunternehmen ist, und sie somit für den Fall ihres Markteintritts befürchten müssen, daß das betrachtete Unternehmen wegen der nachteiligen Wirkungen, die ein Ausscheiden aus dem fraglichen Markt - oder auch nur eine Kapazitätsverkleinerung — auf seine strategische Position auf den übrigen von ihm belieferten Märkten hätte, sein Angebot ohne Rücksicht darauf aufrechterhalten wird, ob es die dabei entstehenden Verluste je wieder mit dem Verkauf des fraglichen Produktes

hereinzuholen erwarten kann oder nicht¹⁹. Die Angebotsbeschränkung läge dann darin, daß das betrachtete Unternehmen die bessere Marktversorgung durch den Eintritt von potentiellen Konkurrenten mit Mitteln verhindern kann, deren Wirksamkeit aus Quellen stammt, die nicht allein das in Frage stehende Produkt betreffen. Voraussetzung dieser Art der Angebotsbeschränkung ist, daß es sich bei dem betrachteten Unternehmen um ein Mehrproduktunternehmen handelt, dessen strategische Positionen auf den verschiedenen von ihm belieferten Märkten miteinander verknüpft sind²⁰. — Wieder gilt das, was hier für den betrachteten alleinigen Anbieter eines Produktes gesagt wurde, auch für eine kleine Gruppe von Mehrproduktunternehmen, die das fragliche Produkt anbieten.

Die unter 3. genannte Form der Angebotsbeschränkung kann sowohl für sich allein als auch in Verbindung mit den unter 1. und 2. genannten Arten der Angebotsbeschränkung möglich sein.

2. Die hinreichenden Bedingungen für das Vorhandensein von Anbietermacht

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Unternehmen ihr Angebot nur dann aufrechterhalten oder nur dann in einen Markt eintreten, wenn sie dabei auf ihre Opportunitätskosten bei Unsicherheit zu kommen erwarten, lassen sich jetzt die Bedingungen für das Vorhandensein von Anbietermacht ableiten. Ein Unternehmen verfügt beim Angebot eines bestimmten Produktes über wirtschaftliche Macht, wenn es sich in einer der beiden folgenden Situationen befindet:

a) Eine Angebotsbeschränkung der unter 3. genannten Art ist nicht möglich, dafür aber eine solche der unter 1. und / oder 2. aufgeführten Arten. Der bei Verfolgung des Zieles der Gewinnmaximierung zu wählende Grad der Angebotsbeschränkung ist größer als notwendig, damit das betrachtete Unternehmen gerade auf seine Opportunitätskosten bei Unsicherheit zu kommen erwartet. Die Markt-

²⁰ Eine ausführlichere Diskussion dieser Zusammenhänge findet man in meinem Aufsatz Konglomerate Unternehmensgröße und wirtschaftliche Macht, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Nr. 31, Tübingen 1971, insbesondere S. 16 ff.

¹⁹ Ähnlich gelagert sind Fälle, in denen das betrachtete Unternehmen zwar nicht die Auswirkungen auf andere von ihm belieferte Märkte in Rechnung stellt, sich dafür aber wegen enger finanzieller Bindungen an andere Unternehmen, mag es sich dabei um Konzernverflechtungen oder auch nur um enge Bindungen über einen gemeinsamen Mehrheitsaktionär oder Eigentümer handeln, veranlaßt sieht, auf die von diesen Unternehmen belieferten Märkte Rücksicht zu nehmen. Voraussetzung der Abschreckung des potentiellen Konkurrenten ist dann allerdings, daß dieser die hinter dem betrachteten Unternehmen stehende "Finanzmacht" kennt und zutreffend einschätzt.
²⁰ Eine ausführlichere Diskussion dieser Zusammenhänge findet man in

versorgung mit dem fraglichen Produkt könnte also besser sein, ohne daß das betrachtete Unternehmen das Angebot aufgäbe.

Da in dieser Situation der Konkurrenzdruck niedriger als nötig ist, damit die gesamtwirtschaftlichen Ziele im Wege des Wettbewerbs so gut wie möglich erreicht werden, könnte es auch sein, daß das Gewinnstreben erlahmt, das betrachtete Unternehmen also auf seinen Lorbeeren ausruht, mit höheren Kosten als nötig arbeitet und so doch nur auf seine Opportunitätskosten bei Unsicherheit zu kommen erwartet. Auch dann liegt Anbietermacht vor, denn in dieser Situation wäre das Unternehmen zu besseren Leistungen fähig, wenn der Konkurrenzdruck zunähme.

Die Möglichkeit eines Unternehmens, sein Angebot auf die erste und/oder zweite Art zu beschränken, bildet also nur im Zusammenhang mit der Feststellung, daß dieses Unternehmen einen ex ante-Gewinn erwartet (oder daß es mit höheren Kosten als nötig anbietet), eine hinreichende Bedingung für das Vorhandensein von Anbietermacht.

b) Das betrachtete Unternehmen hat die Möglichkeit, das Angebot auf die unter 3. genannte Art zu beschränken. Es ist also in der Lage, andere vom Angebot auszuschließen, weil es infolge der Verflechtung mehrerer Märkte über Strategien verfügt, die für einen potentiellen Konkurrenten wie eine glaubhafte Drohung wirken²¹. Dabei ist es nicht entscheidend, ob diese Art der Angebotsbeschränkung mit den unter 1. und 2. genannten Arten der Angebotsbeschränkung zusammentrifft oder nicht. In jedem Fall besitzt das betrachtete Unternehmen Anbietermacht. Die Möglichkeit eines Unternehmens, das Angebot auf die dritte Art zu beschränken, ist also immer eine hinreichende Bedingung für das Vorhandensein von Anbietermacht.

Die durch die strategische Verflechtung mehrerer Märkte entstandene Anbietermacht kann sich auch als Markteintrittsmacht auswirken. Aus den gleichen Gründen, aus denen ein konglomerates Unternehmen potentielle Konkurrenten, die kostengünstiger anbieten könnten, am Markteintritt hindern kann, kann es auch selbst mit Gewinn in den Markt eines Produktes eindringen, dessen bisherige Anbieter zum Teil

²¹ Vgl. hierzu meine Schrift Konglomerate Unternehmensgröße und wirtschaftliche Macht, a.a.O., S. 16 ff. Eine Drohung ist im Sinne der Theorie der strategischen Spiele dann glaubhaft, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind. Die erste Bedingung besteht darin, daß der Schaden, den der Drohende dem Bedrohten zufügen kann, größer ist als der Nutzen, den der Bedrohte aus der Nichtbeachtung der Drohung ziehen kann. Die zweite Bedingung ist die, daß es dem Drohenden gelingen muß, glaubhaft zu machen, er würde eher einen zusätzlichen Schaden hinnehmen, als die Nichtbeachtung der Drohung zu dulden. Vgl. Thomas C. Schelling, The Strategy of Conflict, New York 1963. S. 123.

niedrigere Kosten haben, sofern diese bisherigen Anbieter nicht selbst über die gleiche Anbietermacht verfügen.

Damit sind die beiden möglichen Formen der Anbietermacht eines Unternehmens beschrieben, die sich aus den theoretischen Überlegungen zur Entwicklung eines Machtkonzeptes als Grundlage für eine konsistente Wettbewerbspolitik ableiten lassen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Das Bestehen mindestens einer der drei Arten von Angebotsbeschränkungen für ein bestimmtes Produkt ist eine notwendige Bedingung für das Vorhandensein von Anbietermacht. Nur wenn die dritte Möglichkeit zur Angebotsbeschränkung besteht, handelt es sich um eine hinreichende Bedingung für Anbietermacht, auch in Form der Markteintrittsmacht: Die Marktversorgung könnte sowohl dann besser sein, wenn die potentielle Konkurrenz nicht ausgeschlossen wäre, als auch dann, wenn der Eintritt in einem Markt unterbliebe, dessen bisherige Anbieter zum Teil niedrigere Kosten haben, selbst aber nicht über die gleiche Macht verfügen. Das betrachtete Unternehmen ist also in der Lage, durch Beibehaltung des Angebots oder durch Markteintritt seinen Nutzen auf Kosten des Gesamtwohlstandes (im Sinne der Erfüllung der gesteckten Ziele) zu maximieren. Kann das Angebot nicht auf die dritte Art beschränkt werden, so ist das Vorhandensein der Möglichkeit, das Angebot auf die erste und/oder zweite Art zu beschränken, eine notwendige, immer aber noch nicht eine hinreichende Bedingung. Erst wenn gesagt werden kann, daß das Unternehmen durch Angebotsbeschränkung der ersten beiden Arten auf mehr als seine Opportunitätskosten bei Unsicherheit zu kommen, also einen ex-ante-Gewinn zu erzielen erwartet, verfügt es über wirtschaftliche Macht beim Angebot eines Produktes, weil es dann zu einem höheren Gesamtwohlstand im Sinne der gesteckten Ziele beitragen und trotzdem auf seine Opportunitätskosten bei Unsicherheit kommen könnte²².

²² In zwei Fällen verfügt also ein Unternehmen über keine Anbietermacht: Erstens, wenn es das Angebot auf keine der drei Arten beschränken kann; diese Situation besteht nicht nur im homogenen Polypol, sondern auch überall dort, wo das Vorhandensein anderer Gruppen von Wettbewerbern in einer preispolitisch relevanten Nachfragefunktion zum Ausdruck kommt, die keine Angebotsbeschränkung zuläßt, also im Schnittpunkt von Nachfragekurve und langfristiger Grenzkostenkurve in Richtung auf kleinere Mengen horizontal verläuft. Zweitens, wenn die dritte Art der Angebotsbeschränkung nicht möglich ist und die 1. und/oder 2. Art der Angebotsbeschränkung dem Unternehmen maximal erlaubt, gerade auf seine Opportunitätskosten bei Unsicherheit zu kommen, etwa weil es damit rechnet, daß vor Ablauf der Zeit bis zu seinem ökonomischen Horizont andere Anbieter hinzukommen, durch deren Auftreten es in die Verlustzone gerät, oder weil es glaubt, eine erhebliche Summe in die Weiterentwicklung seiner Produkte investieren zu müssen, damit es mit genügend großer Wahrscheinlichkeit gerade den Vorsprung halten kann, durch den das Auftreten neuer Anbieter verhindert wird, um nur zwei Beispiele aus den zahlreichen Möglichkeiten zu nennen. —

V. Vorzüge und Nachteile der hier gegebenen Definition von Anbietermacht

Ein Vergleich mit anderen Konzepten der Anbietermacht zeigt die Vor- und Nachteile der hier gegebenen Definition. Wird etwa Anbietermacht mit der Möglichkeit monopolistischen Verhaltens im weitesten Sinne gleichgesetzt, dann hätte jedes Unternehmen Macht, das sein Angebot auf die 1. oder 2. Art beschränken, also einen Preis fordern kann, der über den Grenzkosten liegt, und zwar nicht nur über den kurzfristigen, sondern auch über den langfristigen. Macht hätte somit auch jedes Unternehmen, das durch Abweichung vom Grenzkostenpreis lediglich das Entstehen von Verlusten im herkömmlichen Sinne vermeiden könnte, was der Fall wäre, wenn die individuelle Nachfragekurve die Durchschnittskostenkurve gerade tangiert.

Eine rigorose Bekämpfung jeglicher Anbietermacht, die unter diese Definition fällt, würde den Prozeß des dynamischen Wettbewerbs in weiten Bereichen der Wirtschaft ausschalten. Das aber wäre mit den gesetzten Zielen nicht in Einklang zu bringen, wenn man sich — wie unterstellt wurde — darüber einig ist, daß diese Ziele am besten mit dem Mittel des Wettbewerbs erreicht werden können.

Beschränkte man deshalb den Einsatz wirtschaftspolitischer Mittel auf die Bekämpfung der Macht, deren Ausnutzung zu Gewinnen im herkömmlichen Sinne führt, so hätte auch das noch unerwünschte Konsequenzen, weil es sich hier um ex-post-Gewinne relativ kurzer Perioden handelt und die Kosten kein Entgelt für die mit der Dauer der Kapitalbindung eingegangenen Risiken bei unsicheren Erfolgserwartungen enthalten. Verpflichtete man Unternehmen, deren Nachfragekurve die Grenzkostenkurve unterhalb der Durchschnittskostenkurve, also vor deren Minimum, schneidet, Preise zu fordern, die höchstens den Durchschnittskosten entsprechen, so würden diese nicht mehr reinvestieren, sofern sie es für möglich hielten, daß der Preis in Zukunft einmal unter ihre Kosten fallen könnte und sie dann notwendigerweise für einige Zeit Verluste erleiden müßten. Dem Staat bliebe nichts anderes übrig, als Kostendeckungsgarantien zu geben, wollte er das Ausscheiden dieser Unternehmen verhindern. Auch damit wäre freilich der Wettbewerbsprozeß weitgehend eingeschränkt.

In den Fällen, in denen Unternehmen aus den dargelegten Gründen über keine Anbietermacht verfügen, bewirkt der Wettbewerb, daß diese Unternehmen den größtmöglichen Beitrag zu den gesamtwirtschaftlichen Zielen leisten, dessen sie fähig sind. Es ist deshalb zweckmäßig, diese Situationen als wirksamen Wettbewerb zu bezeichnen. Wirksamer Wettbewerb ist dann von Anbietermacht analytisch genauso präzise abgegrenzt, wie in der Preistheorie die Marktform der vollständigen Konkurrenz von allen übrigen Marktformen.

Wollte man den Tatbestand der Anbietermacht nur bei den Unternehmen als gegeben ansehen, die über längere Zeiträume hinweg außergewöhnlich hohe Gewinne im herkömmlichen Sinne erzielen, so mangelte dieser Definition zunächst einmal die Präzision, die die oben genannten Definitionen auszeichnet. Davon abgesehen, können ex-post-Gewinne zwar das Zeichen von Anbietermacht auch im Sinne des hier entwickelten Konzepts sein, sie müssen es jedoch nicht. Die Gewinne können ihre Ursache auch darin haben, daß an der Spitze des Unternehmens ein besonders "dynamischer" Unternehmer steht, der große Risiken eingeht, dabei aber Erfolg hat. Tüchtigkeit, gepaart mit Glück und Fingerspitzengefühl, lassen ihn sein Unternehmen an den Fehlschlägen vorbeisteuern, die an sich möglich gewesen wären. Die Gewinne, die von dem Unternehmen erzielt werden, sind dann notwendige ex-post-Gewinne in dem Sinne, daß ihr Entstehen möglich sein muß, wenn der erhoffte Erfolg und nicht der auch mögliche Mißerfolg eintritt. Würden sie im Erfolgsfalle weggesteuert oder müßten die Preise so niedrig gehalten werden, daß keine außergewöhnlichen Gewinne entstehen können, so wäre der Unternehmer nicht bereit, derartige Risiken einzugehen. Der technische Fortschritt würde geschmälert und der Konkurrenzdruck, der von dem betrachteten Unternehmen ausgeht, ließe nach. Es wäre durchaus denkbar, daß eine Wirtschaftspolitik, die sich bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Macht allein auf das Kriterium anhaltend hoher Gewinne stützt, mehr Schaden als Nutzen stiftete²³. Außerdem kann es durchaus sein, daß sich Anbietermacht eines Unternehmens gar nicht in hohen Gewinnen manifestiert, weil es im Hinblick auf die vom Staat verfolgte Wirtschaftspolitik seine Gewinnmöglichkeiten nicht voll ausschöpft. Seine Macht, obwohl nicht ganz genutzt, mag trotzdem, wenn auch für die Außenwelt kaum sichtbar, darin zum Ausdruck kommen, daß der Markteintritt anderer behindert

Schließlich sei noch die relative Preisentwicklung im zeitlichen Verlauf als Kriterium für das Vorhandensein von Anbietermacht genannt. Es genügen aber wohl wenige Hinweise zur Disqualifizierung dieses Kriteriums. Auch ein Monopolist kommt zu sinkenden Preisen, wenn er seine Kosten, zumindest die variablen, unter Umständen aber auch die fixen, soweit diese die langfristigen Grenzkosten entsprechend beeinflussen, senken kann. Ist die Nachfrage nach seinem Produkt relativ wenig elastisch, so mögen sich seine Preissenkungen sogar neben denen von anderen Unternehmen recht ansehnlich ausnehmen. Überdies sind

²³ Ähnlich argumentiert zum Beispiel auch *Theodor Wessels* in dem Aufsatz Bemerkungen zum Begriff des Monopolmißbrauchs (in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 115. Band (1959), S. 526 ff., insbesondere S. 533). Er betont, daß es bei der Beurteilung ganz entscheidend auf die "Art des Monopolgewinns" ankomme.

nicht überall gleiche Möglichkeiten für technischen Fortschritt und Rationalisierung vorhanden, so daß allein schon deshalb effektive Preissenkungen einen schlechten Maßstab für Macht liefern.

Alle Nachteile der zum Vergleich herangezogenen Definitionen, die soeben aufgezählt wurden, hat die in diesem Beitrag entwickelte Definition der Anbietermacht von Unternehmen nicht. Das ist ihr großer Vorzug. Diesem steht allerdings ein nicht zu unterschätzender Nachteil gegenüber, durch den die wirtschaftspolitische Bekämpfung von Anbietermacht nicht gerade leicht gemacht wird.

Dieser Nachteil besteht darin, daß die Antwort auf die Frage, ob ein Unternehmen nach der hier gegebenen Definition über Anbietermacht verfügt oder nicht, weitgehend von dessen subjektiver Einschätzung der zukünftigen Angebots- und Nachfragesituation und von seiner Risikoneigung, die ebenfalls eine rein subjektive Größe ist, abhängt. Die Aussage, daß ein Unternehmen gerade auf seine Opportunitätskosten bei Unsicherheit zu kommen glaubt, setzt einen Kostenbegriff voraus, der Bestandteile enthält, die objektiv nicht bestimmbar sind.

Außenstehende, also auch die für die Wirtschaftspolitik zuständigen Instanzen, sind nicht in der Lage, objektiv festzustellen, ob ein Unternehmen Macht besitzt oder nicht. Der Grund dafür ist einfach darin zu sehen, daß die Wertsysteme der betrachteten Unternehmen und die der Außenstehenden in der Regel voneinander verschieden sind.

Da die Definition der Macht auf rein subjektiven Größen basiert, die Werturteile der Unternehmen also für das Urteil darüber, ob sie Anbietermacht besitzen oder nicht, ausschlaggebend sein müßten, kann der Staat den Unternehmen objektiv weder ex ante nachweisen, daß ein bestimmtes Maß an Angebotsbeschränkung zum Ausgleich des mit der langfristigen Bindung von Kapital verbundenen Risikos unnötig ist, noch kann er ohne weiteres ex post feststellen, daß die Unternehmen mindestens die in der Vergangenheit effektiv angebotenen Mengen auch bei niedrigeren als den tatsächlich anfallenden Gewinnen auf den Markt gebracht hätten.

Im Falle der Anbietermacht aufgrund strategischer Verflechtung mehrerer Märkte ist die Beurteilung insofern etwas leichter, als es weniger darauf ankommt, für wie groß das betrachtete Unternehmen seine Macht hält, als vielmehr darauf, ob sich potentielle Konkurrenten abgeschreckt fühlen, weil sie glauben, die bisherigen Anbieter verfügten über diese Art der wirtschaftlichen Macht und würden sie deshalb auch im Falle eines Markteintritts anwenden.

Alles in allem scheint die hier gegebene Definition von Anbietermacht wegen der subjektiven Elemente, die sie enthält, für praktische Zwecke recht unbefriedigend zu sein. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die unternehmerischen Entscheidungen auf Werturteilen beruhen und solche Werturteile wegen der Unsicherheit der Zukunft unumgänglich sind. Alle Objektivierungsversuche müssen deshalb zu einer Pseudoobjektivität führen. Eine Wirtschaftspolitik, die sich an ihnen ausrichtete, könnte unangenehme Überraschungen zur Folge haben. Man müßte unter Umständen feststellen, daß eine von einer solchen pseudoobjektiven Definition abgeleitete Wettbewerbsordnung in der wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht die Unternehmer fände, die das Risiko des auf Privatinitiative gegründeten Wettbewerbs im Rahmen dieser Ordnung auf sich nähmen.

Der erste Schritt zu einer sinnvollen Bekämpfung von Anbietermacht muß deshalb in der Erkenntnis bestehen, daß ihr Vorhandensein in nicht allzu vielen Fällen mit hinreichender Genauigkeit bewiesen werden kann. Es gibt jedoch auch Fälle, in denen die Macht so offensichtlich ist, daß es eines Beweises kaum bedarf, etwa dann, wenn ein Blick auf die Struktur der Konkurrenzbeziehungen eines Anbieters oder einer kleinen Gruppe von Anbietern zeigt, daß das Angebot selbst bei Unterstellung einer extrem hohen Risikoscheu stärker als notwendig beschränkt wird. Stets müssen jedoch neben allen Konkurrenzbeziehungen auch Höhe und Dauer der Kapitalbindung, der Grad der Unsicherheit über die Zukunftserfolge, das Ausmaß der Risikoscheu und die Zahl der angebotenen Güter mit in Betracht gezogen werden, wenn man sich vor Fehlurteilen über die Existenz und den Umfang der Anbietermacht einzelner Unternehmen schützen will.

VI. Einige Hinweise zu den wettbewerbspolitischen Konsequenzen

Da objektiv nicht feststellbar ist, ob ein Unternehmen über Anbietermacht verfügt oder nicht, stehen auch die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen bei ihren Überlegungen über die Gestaltung von Gesetzen zur Bekämpfung der Anbietermacht vor subjektiven Entscheidungsproblemen unter Unsicherheit. Zur Lösung dieser Probleme habe ich mich schon verschiedentlich geäußert²⁴. Vor allem hat der Sachverständigenrat in seinem von mir mitverfaßten letzten Jahresgutachten ausführlich zur Frage einer konsequenten Wettbewerbspolitik Stellung genommen und sich dabei auch auf die hier vorgetragene Theorie ge-

²⁴ Vgl. meine Aufsätze Wettbewerb in Theorie und Praxis, a.a.O., S. 112 ff., Konglomerate Unternehmensgröße und wirtschaftliche Macht, a.a.O., S. 31 ff., Die Marktwirtschaft — eine Wirtschaftsordnung mit Zukunft?, in: 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Konzeption und Wirklichkeit, herausgegeben von D. Cassel, G. Gutmann, H. J. Thieme, Stuttgart 1972, S. 399 ff.

stützt²⁵. Im einzelnen sei deshalb auf diese Quellen verwiesen; hier müssen einige Hinweise genügen.

Darüber, daß Anbietermacht besteht und immer wieder neu entsteht, gibt es keinen Zweifel. Die vorgetragene Theorie kann dem Wirtschaftspolitiker zwar nicht objektiv nachprüfbare Maßstäbe zur Erkennung von Anbietermacht liefern, sie kann jedoch erklären, wie Anbietermacht entsteht: Unter sonst gleichen Umständen können Unternehmen um so eher erwarten, auf ihre Opportunitätskosten bei Unsicherheit zu kommen, je weniger wahrscheinlich der Markteintritt potentieller Anbieter ist. Diese Wahrscheinlichkeit des Markteintritts ist um so geringer, je weniger Unternehmen es gibt, die ihr Angebot auf das in Frage stehende Produkt umstellen können, je geringer die Aussicht ist, daß diese potentiellen Anbieter aufgrund technischen und organisatorischen Fortschritts mit niedrigeren als den Kosten auf dem Markt erscheinen, die die bisherigen Anbieter zu diesem Zeitpunkt haben, und je größer die Marktanteile sind, die die potentiellen Konkurrenten mit minimalen Kosten anbieten können. Der zuletzt genannte Faktor, die minimale optimale Eintrittsgröße, hängt ganz entscheidend von der horizontalen, vertikalen und konglomeraten Größe der bisherigen Anbieter ab. Horizontale Konzentration der bestehenden Anbieter spielt freilich nur insoweit eine Rolle, wie damit auch economies of scale verbunden sind. Vertikale Konzentration kann potentiellen Konkurrenten den Markteintritt dadurch erschweren, daß ihnen der Zugang zu vorund/oder nachgelagerten Stufen verwehrt ist und sie deshalb auch in diese Märkte eintreten müßten, um überhaupt Aussicht auf Erfolg zu haben. Konglomerate Konzentration schließlich kann wegen der strategischen Verflechtung mehrerer Märkte der bisherigen Anbieter den Eintritt in jeden dieser Märkte dadurch schwierig machen, daß ein weit größerer Kostenvorsprung der potentiellen Anbieter nötig wird als in dem Falle, in dem die bisherigen Anbieter keine Konglomerate sind²⁶. Horizontale, vor allem aber vertikale und konglomerate Konzentration sind also wesentliche Ursachen der Anbietermacht.

Sofern sich die Konzentration im Wege externen Unternehmenswachstums²⁷ vollzieht, bietet sich die Fusionskontrolle als geeignetes Mittel an, diesem Prozeß Einhalt zu gebieten und damit zu verhindern, daß die minimale optimale Eintrittskapazität zu groß wird. Da objektiv

²⁵ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —, Jahresgutachten 1971/72, Viertes Kapitel: Für eine konsequente Wettbewerbspolitik, Ziff. 377 ff.

²⁶ Ebenda, Ziff. 382 ff.

²⁷ Auch durch internes Wachstum kann selbstverständlich Anbietermacht entstehen. Diese Art des Unternehmenswachstums könnte eventuell durch steuerliche Maßnahmen in Grenzen gehalten werden. Ein Verbot internen Wachstums stößt auf erhebliche Bedenken.

nicht bestimmt werden kann, welche Unternehmen Anbietermacht haben oder durch Zusammenschlüsse erlangen, auch wenn die Ursachen des Entstehens von Anbietermacht bekannt sind, kann die Wissenschaft auch nicht eine unanfechtbare Grenze benennen, von der ab Fusionen verboten werden sollten. Dies ist und bleibt - auch bei vorgegebenen gesamtwirtschaftlichen Zielen — ein politisches Entscheidungsproblem unter Unsicherheit²⁸. Setzt man die Grenze, gemessen an Umsatz, Kapital oder Beschäftigten, zu tief, kann es sein, daß die für das Wachstumsziel erforderlichen Investitionen nicht in vollem Umfang vorgenommen werden, weil Ausmaß und voraussichtliche Dauer der möglichen Angebotsbeschränkung nicht ausreichen, die Investitionsrisiken abzudecken. Wird sie zu hoch angesetzt, mögen zu viele Unternehmen Anbietermacht erlangen, so daß die Zielerfüllung dadurch gefährdet wird. Je weniger es gelingt, das Entstehen von Anbietermacht von den Ursachen her zu verhindern, desto mehr wird es nötig, bestehende Anbietermacht zu kontrollieren. Eine solche Mißbrauchsaufsicht ist jedoch der Kontrolle des Entstehens von Anbietermacht insofern unterlegen, als sie nicht die Bedingungen des dynamischen Wettbewerbs herstellen kann, die bestünden, wenn die Unternehmen erst gar keine Anbietermacht erlangt hätten.

Mit diesen wenigen Bemerkungen ist angedeutet, in welcher Richtung wettbewerbspolitische Konsequenzen aus den vorgetragenen theoretischen Ansätzen gezogen werden können. Deutlich sollte dabei geworden sein, daß es eine Patentlösung für die Wettbewerbspolitik nicht gibt und — wegen der Bedeutung subjektiver Faktoren für die Feststellung von Anbietermacht einzelner Unternehmen in einer Wirtschaftsordnung, in der gesamtwirtschaftliche Ziele mit Hilfe des dynamischen Wettbewerbs erreicht werden sollen — auch nicht geben kann.

"... es liegt auf der Hand", so hat von Böhm-Bawerk in seinem berühmt gewordenen Aufsatz "Macht oder ökonomisches Gesetz?" gesagt, "daß ein künstliches Eingreifen in die volkswirtschaftlichen Prozesse von vornherein nur dann einen Sinn hat, wenn man die Vorfrage, ob die Macht gegenüber den 'natürlichen Gesetzen' des ökonomischen Geschehens überhaupt etwas vermag, bejahend zu beantworten imstande ist"²⁹. So wie Anbietermacht im vorliegenden Beitrag definiert wurde, steht sie nicht im Gegensatz zu den "natürlichen Gesetzen des ökonomi-

²⁸ Statt für eine mehr oder weniger willkürliche Grenze zu plädieren, von der ab Fusionen nicht mehr oder nur noch unter bestimmten Bedingungen erlaubt sind, könnte man auch dafür eintreten, daß jeder einzelne Fusionsfall untersucht wird. Das machte jedoch einen riesigen bürokratischen Apparat notwendig, der zudem durch die Art der Entscheidungen, die ihm abverlangt würden, überfordert wäre.

²⁰ Eugen von Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz?, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. XXIII (1914), S. 214.

schen Geschehens", sofern man unter diesen versteht, daß zukünftige Erfolge von Investitionen unsicher sind, daß Wirtschaftssubjekte nur investieren, wenn sie mindestens auf ihre Opportunitätskosten bei Unsicherheit zu kommen erwarten, und daß diese Wirtschaftssubjekte überwiegend risikoscheu sind, der Sicherheitsäquivalenzwert ihrer Investitionen also niedriger ist als deren mathematischer Erwartungswert. Anbietermacht, wie sie hier verstanden wird, entsteht im Rahmen dieser "Gesetze"; die Ausnutzung von Anbietermacht bedeutet also nicht deren Durchbrechung. Dies dürfte auch von Böhm-Bawerk mit dem Satz gemeint haben: "... in den Preis- und Verteilungsfragen wirkt die "Macht' offenbar nicht außerhalb oder gegen, sondern innerhalb und durch Erfüllung der ökonomischen Preisgesetze"30.

Aufgabe einer Wettbewerbspolitik, die den dynamischen Wettbewerbsprozeß zur Erreichung der gesamtwirtschaftlichen Ziele in dem eingangs definierten Sinne nutzen will, ist es dann, den Spielraum, den die "natürlich-ökonomischen" Gesetze dem privaten Handeln lassen, durch solche gesetzlichen Regelungen einzuengen, die das Entstehen von Anbietermacht verhindern, und — hilfsweise — die Ausnutzung solcher Macht, soweit sie trotzdem entsteht, zu unterbinden. Je besser die Wettbewerbspolitik dieser Aufgabe gerecht wird, desto mehr wirken die "natürlichen Gesetze des ökonomischen Geschehens" über das Handeln der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten auf die Erfüllung der gesamtwirtschaftlichen Ziele hin. Es wäre für die Marktwirtschaft fatal, würde man auf eine solche Wettbewerbspolitik verzichten, nur weil man Anbietermacht in einem für die Marktwirtschaft relevanten Sinne objektiv nicht eindeutig feststellen kann.

(Beifall.)

⁸⁰ Ebd., S. 215.

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Ich danke Herrn Gutowski für seine Ausführungen. Ich unterbreche die Sitzung dieses Arbeitskreises aus folgendem Anlaß: Soweit Sie heute morgen die Nachrichten gehört haben, sind Sie über das schreckliche Massaker in München unterrichtet, dem inzwischen 11 Israeli und ein Deutscher zum Opfer gefallen sind. Ich bitte Sie, sich zum Zeichen Ihrer Anteilnahme von den Plätzen zu erheben. —

(Die Teilnehmer erheben sich)

Ich danke Ihnen. Der engere Vorstand des Vereins ist heute morgen vor Beginn der Sitzung zu einer Sondersitzung zusammengetreten und hat beschlossen, wegen der Trauerfeier, die um 10 Uhr in München stattfindet, die Sitzung der Arbeitskreise von 10 Uhr bis 10.30 Uhr zu unterbrechen. Wir wollen in der Weise verfahren, daß wir um 10.30 Uhr in diesem Raum mit der Diskussion beginnen. Herr Hauser wird die Diskussion eröffnen. Das Referat soll wie vorgesehen diskutiert werden, denn die Referenten haben die berechtigten Erwartungen, daß ihre Arbeiten im Rahmen der vorgesehenen Zeiten zur Diskussion stehen. Wir müßten im einzelnen bei den folgenden Referaten überlegen, inwieweit wir die Zeit anders als ursprünglich vorgesehen verteilen. Es sollte nur daran festgehalten werden — auch im Hinblick auf die Wünsche nach einem Wechsel des Arbeitskreises —, daß wir um 11 Uhr mit dem nächsten Referat beginnen.

(Unterbrechung der Sitzung von 10.00 - 10.30 Uhr)

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Meine Damen und Herren! Ich eröffne damit die Diskussion zur Ergänzung und darf Herrn Kollegen Hauser das Wort erteilen.

Gerold Hauser (Zürich):

In seinem Referat über theoretische Ansätze zu einem Konzept von Anbietermacht versucht Herr Gutowski, die Wesenszüge eines für die Wettbewerbspolitik sinnvollen und brauchbaren Begriffes der Anbietermacht theoretisch auszuarbeiten. Herr Gutowski beschränkt sich

dabei auf die Anbietermacht der Unternehmen, also unter Ausschluß des Arbeitsmarktes. Gestatten Sie mir, hier zu einigen Punkten in seinen Ausführungen Stellung zu nehmen.

Ohne hier nochmals die einzelnen notwendigen und hinreichenden Bedingungen für das Vorliegen von Anbietermacht bei einem einzelnen Unternehmen oder bei einer Unternehmensgruppe aufzurollen, möchte ich zunächst einige Unterschiede zwischen dem hier dargelegten Konzept von Anbietermacht und anderen ausgewählten Begriffen, die im wesentlichen einem ähnlichen Zweck wie dem vorliegenden dienen sollten, erwähnen.

Das vorliegende Konzept ist definitorisch mit der Idee der allgemeinen Wohlfahrt verknüpft. Damit wird der Begriff für die Wettbewerbspolitik relevant und bei Unterstellung der verschiedensten Wohlfahrtsfunktionen brauchbar. Im Gegensatz dazu stellt sich z.B. der Monopolindex von Lerner, der in einer ganz bestimmten Art und Weise die Differenz zwischen dem tatsächlichen Zustand und dem Zustand der vollständigen Konkurrenz auf dem Absatzmarkt eines Unternehmens angibt und so den vollständigen Wettbewerb als Bezugsgröße nimmt. Obwohl an verschiedenen Stellen des Referats, insbesondere in Verbindung mit der Angebotsbeschränkung der ersten und zweiten Art, vermutlich aufgrund des volkswirtschaftlichen Effizienzzieles die Lerneridee bei Herrn Gutowski durchschimmert und das Wechselspiel zwischen den wohlfahrtsrelevanten volkswirtschaftlichen Zielen Wachstum. Sozialprodukt und Einkommens- und Vermögensverteilung zeitweilig in den Hintergrund tritt, orientiert sich der Begriff von Herrn Gutowski grundsätzlich an der allgemeinen Wohlfahrtsfunktion. Die Anbietermacht ist etwas, das vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus inhärent nur schädlich sein kann.

Die Verknüpfung der Anbietermacht eines Unternehmens mit der makroökonomischen Wohlfahrtsfunktion setzt implicite gewisse Verhaltensformen der anderen am wirtschaftlichen Prozeß Beteiligten voraus. So könnte eine Angebotsbeschränkung, die in Verbindung mit den anderen im Referat spezifizierten Eigenschaften eine Anbietermacht begründen, bei Berücksichtigung der Nah-, Fern- und Rückwirkungen in anderen Wirtschaftsbereichen eine verstärkte, schwächere oder gar eine positive Wirkung auf den Wohlstandsindex ausüben. Dieser Möglichkeit kann im Rahmen einer Partialanalyse nicht gebührend Rechnung getragen werden, und die Schwierigkeiten bei einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung sind groß und unübersehbar. Obwohl für die praktische Wettbewerbspolitik heute nur eine Partialanalyse der vielfältigen Wettbewerbsbeziehungen Erfolg verspricht, wird das Problem der gesamtwirtschaftlichen Beurteilung nicht aus der Welt geschafft und es ist hier begriffswesentlich.

Als zweites Merkmal der Anbietermacht von Herrn Gutowski tritt die Verbindung seines Begriffes mit dem ex-ante-Gewinn bei unsicheren Erwartungen. Damit unterscheidet sich das Konzept von demjenigen, das Bain entwickelt hat und das in ex-post-Gewinnzahlen, die nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gesäubert werden, zum Ausdruck kommt. Der Nachweis von Anbietermacht wird durch das Abstellen auf Erwartungsgrößen sehr schwierig, wenn nicht unmöglich. So ist, wie es Herr Gutwoski dargestellt hat, ein ex-ante-Gewinn von Null erstens wegen der zukünftigen Unsicherheit und zweitens wegen der subjektiven Neigung des Unternehmens gegenüber dem Risiko konsistent mit länger andauernden positiven ex-post-Gewinnen des Unternehmens. Das heißt, Teile des ex-post-Gewinnes erhalten dann Rentencharakter. Die Unabhängigkeit zwischen ex-post- und ex-ante-Zahlen, die scheinbar über weite Strecken vorliegt und nur über den Lernprozeß durchbrochen wird, öffnet in der Tat jeder wettbewerbspolitischen Interpretation von ex-post-Zahlen Tür und Tor. Es würde sich m. E. die Untersuchung lohnen, ob der Lern- und möglicherweise auch andere Prozesse mit der Zeit nicht doch eine stärkere Bindung zwischen den beiden Größen in einem Unternehmen herbeiführt.

Ein weiteres Merkmal der Anbietermacht von Herrn Gutwoski liegt, soweit ich zu übersehen vermag, darin, daß die Anbietermacht nicht als eine negative Anbieterschwäche, die immer wünschbar wäre, interpretiert werden kann. Diese Feststellung dürfte in dem Zusammenhang von Bedeutung sein, wo die Wettbewerbspolitik den Konkurrenzdruck nicht erhöhen, sondern im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt schwächen sollte.

Eine notwendige Bedingung für das Vorliegen von Anbietermacht ist die effektive Angebotsbeschränkung eines Unternehmens oder zumindest die Möglichkeit dazu. Die Macht eines Unternehmens z.B. mittels Werbung oder Drohung, die Nachfrage und so gegebenenfalls das Angebot zu erhöhen, fällt somit nicht unter die Anbietermacht. Wohl hat diese Macht nicht direkt mit dem Angebot als Aktionsparameter eines Unternehmens zu tun; doch ist sie eng mit dem Anbieter verbunden. Wenn Unternehmen ihre Werbung unterließen, dann könnten mancherorts Wohlstandssteigerung auf Kosten der Unternehmen erreicht werden. Die Werbung ist so einer Angebotsbeschränkung ähnlich. Die Macht des Anbieters, das Angebot zu beschränken und seinen Gewinn zu mehren, ist hier eine Macht, die die Werbungsmacht ergänzt. Die Anbietermacht von Herrn Gutowski erfaßt nur einen Teil der Macht, die der Anbieter auf dem Absatzmarkt einsetzen kann. Der Ausdruck verspricht deshalb mehr, als er in der Lage ist, zu halten. Zudem wirft diese Bemerkung einige allgemeine Fragen an die theoretische Fundierung der Anbietermacht von Herrn Gutowski auf; zum Beispiel: Wie

wird die preispolitisch relevante Nachfrage definiert? Mit oder ohne Werbung? Was soll zu den Kosten gerechnet werden? Kann von einer Angebotsbeschränkung die Rede sein, wenn ein Unternehmen vorübergehend sein Angebot mit dem Ziel erhöht, seine Konkurrenten auszuschalten und später sein Angebot gewinnbringend zu reduzieren? Gegenüber welcher Situation soll die Angebotsbeschränkung gemessen werden? Gegenüber dem Zustand, in dem Preis = Grenzkosten, Preis = Durchschnittskosten gilt, die Durchschnittskosten minimal sind oder gegenüber irgendeiner anderen wohlfahrtsrelevanten Situation?

Der Konkurrenzdruck, der die Gefahr von Nachfrageverlusten ausdrückt, ist beim Vorliegen von Anbietermacht nach der Analyse von Herrn Gutowski zu tief. Wenn wir von der Schwierigkeit einmal absehen, daß die Anbietermacht nicht objektiv feststellbar ist, dann liegt eine Hauptaufgabe der staatlichen Wettbewerbspolitik darin, die machtbesitzenden Unternehmen durch erhöhten Konkurrenzdruck dazu zu veranlassen, ihr Angebot kurz- oder langfristig auf einen wohlfahrtsoptimaleren Umfang zu erweitern. Ich frage mich, inwiefern eine Verstärkung des Konkurrenzdruckes, wie dies praktisch nun auch immer geschehen soll, das Angebot immer vergrößern wird. Wenn erwartet wird, daß der dynamische Wettbewerb unter den Unternehmen zunimmt, dann werden vermutlich die ex-ante-Gewinne der Investitionen z.B. für ein Unternehmen, das sich risikoneutral verhält, kleiner. Entweder verschwindet die Anbietermacht, weil die Definitionsbedingung eines positiven ex-ante-Gewinns nicht mehr erfüllt ist, und das Angebot bleibt gleich oder das Investitionsprogramm wird gekürzt und das Angebot gesenkt. Diese Überlegung, die unter anderem in den Diskussionen über die Patentgesetze eine zentrale Rolle spielt, würde im Interesse des Gesamtwohls eher für eine Schwächung des Konkurrenzdruckes sprechen. Hat sich die anfänglich festgestellte Anbietermacht in ihr Gegenteil verwandelt?

Abschließend möchte ich Herrn Gutowski für seinen Beitrag und für seinen neuen Anlauf, eindeutige Kriterien für das Vorliegen von Anbietermacht theoretisch abzuleiten, danken. Der eingeschlagene Weg verspricht Erfolg, und sei es schlimmstenfalls vielleicht auch nur in dem Sinne, daß er uns zeigt, was für die Erfassung der Anbietermacht irrelevant ist.

(Beifall.)

Erich Hoppmann (Freiburg):

Von dem, was ich sagen wollte, hat der erste Diskussionsredner bereits vieles vorweggenommen. Dennoch möchte ich von meiner Wortmeldung nicht Abstand nehmen, denn Herr Kollege Gutowski sagte zu Beginn seines Referats, daß er einen "neuen Anlauf" nehmen möchte.

Wenn auch der Anlauf nicht neu ist (denn der Referent hatte seine Thesen bereits vor sechs Jahren ausführlich in seiner Habilitationsschrift "Wirksame Konkurrenz und wirtschaftliche Macht" entwickelt), so gab es doch seither keine Möglichkeit zu einer öffentlichen wissenschaftlichen Diskussion darüber (die Arbeit wurde leider bis heute nicht veröffentlicht)¹. Deshalb möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, um einige Worte zu diesem "neuen Anlauf" zu sagen. Dabei muß ich im Rahmen dieser 2. Arbeitsgruppe meine kritischen Bemerkungen vor allem auf die wettbewerbspolitischen Fragen beschränken.

I. Der verfehlte Ansatzpunkt

Der Referent geht aus von der Aufgabe der Wettbewerbspolitik. Er hat sie mehrfach in der Weise beschrieben, daß "Macht zu verhindern oder unter Kontrolle zu bringen" sei. Hier ist bereits zu Beginn ein Fragezeichen anzubringen, denn dieser Ansatzpunkt scheint sehr verfehlt zu sein: Machtlose Marktprozesse gibt es nur in der Statik bei vollkommener Konkurrenz. Da auch der Referent es selbst ablehnt, vollkommene Konkurrenz als Ziel der Wettbewerbspolitik anzusehen, ergibt sich ein Widerspruch im Konzept.

Die wettbewerbspolitische Konsequenz dieser Bestimmung der Aufgabe der Wettbewerbspolitik wäre es, daß — sozusagen permanent — direkte staatliche Interventionen in sämtliche Märkte notwendig werden, um die Machtbildungsprozesse, wie sie in einem wettbewerblichen System fortlaufend vorkommen, zu verhindern. Was durch derartige direkte Interventionen entsteht, ist aber genau das Gegenteil von dem, was wir gemeinhin unter einem marktwirtschaftlichen System verstehen.

II. Die vom Referenten verwendeten Konzeptionen

Diese Kennzeichnung der Wettbewerbspolitik ist jedoch in der Konzeption des Referenten kein Fremdkörper. An zwei Begriffen bzw. Konzeptionen möchte ich das verdeutlichen:

1. Die Gemeinwohlkonzeption

Die Gemeinwohlkonzeption (auch der erste Diskussionsredner hat ja schon darauf hingewiesen) wird von Herrn Gutowski in Anlehnung an

¹ Da der Referent in seinem Schlußwort sagte, daß die von mir hier aufgeworfenen Fragen intern längst ausdiskutiert seien, könnten Mißverständnisse entstehen. Zwar hatte ich vor mehr als fünf Jahren — einem an mich herangetragenen Wunsche folgend — dem Referenten zu seiner Schrift eine umfangreiche Stellungnahme zugesandt (29. 3. 67). Außer seiner Ankündigung (1. 4. 67), daß eine Auseinandersetzung mit meinen Einwänden erfolgen würde, ist mir jedoch seither nichts zugegangen. Es hat also bisher keine, d. h. weder eine öffentliche noch eine interne wissenschaftliche Diskussion stattgefunden.

H. Giersch etwa so gefaßt, daß das Gemeinwohl "nichts anderes als ein Ausdruck für die Gesamtheit der erstrebten Ziele" sei.

Wenn man nun die konkreten Ziele von den Werten unterscheidet — der konkrete Wille richtet sich auf die Verwirklichung von Zielen und die Überzeugungen richten sich auf die Werte —, dann handelt es sich bei der Konzeption von Herrn Gutowski um eine "teleokratische Gemeinwohlkonzeption" (zum Unterschied von einer "nomokratischen"), und daraus ergeben sich natürlich Konsequenzen für alles, was beim Referenten dann später kommt.

Vor allem ist dann die "wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung" über die Wege zu den gesteckten Zielen (über die der Referent dann ausführlich reflektiert) nicht mehr offen, sondern bereits von ihm vorweggenommen. Denn er hat sich ja bereits entschieden, nämlich keine "nomokratische Gemeinwohlkonzeption" mehr zuzulassen. Das heißt ferner, daß eine Grundsatzentscheidung für Wettbewerb im Sinne eines aus allgemeinen Regeln herauswachsenden Marktprozesses, wie ihn H.-J. Mestmäcker gestern auf dieser Tagung so eindringlich geschildert hat, per definitionem vom Referenten nicht mehr zugelassen wird. Zugelassen als Weg zu den gesteckten Zielen wird nur ein Wettbewerb im Sinne eines staatlichen, im Einzelfall einzusetzenden Instruments, das jeweils konkret zu definierenden Zielen dient.

Vielleicht ist es kein Zufall, daß der Referent in diesem Zusammenhang nur von "demokratischen Ländern" spricht: Eine "nomokratische" Gemeinwohlkonzeption entspricht einer "freiheitlich-rechtsstaatlichen" Demokratie, aber nicht jedes demokratische Land ist ein freiheitlicher Rechtsstaat. Eine teleokratische Gemeinwohlkonzeption — wie die des Referenten — muß zwar nicht mit demokratischen, aber sie muß mit freiheitlich-rechtsstaatlichen Prinzipien in Konflikt geraten. Diese Interdependenz zwischen Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnung scheint mir im Referat übersehen worden zu sein.

2. Die Definition der Macht

Auch dazu hat der erste Diskussionsredner schon einiges wesentliche gesagt: Der Referent versucht, das Problem der Anbietermacht mit einem entscheidungslogischen Kalkülmodell zu lösen. Entscheidungslogische Modelle beschreiben die Unternehmerplanungen, aber sie abstrahieren von den daraus entstehenden marktwirtschaftlichen Prozessen, und damit von allen Prozessen der Machtbildung und der Machterosion in Marktabläufen, die aber doch gerade der Gegenstand der Untersuchung sein sollten. Damit abstrahiert der Referent vom Marktmachtproblem schlechthin. Zur Erläuterung: Der Begriff der Angebotsbeschränkung, mit dem der Referent die Marktmacht faßbar machen will — der erste Diskussionsredner hat auch dazu einiges

gesagt —, bezieht sich auf "konjekturale" (vorgestellte, erwartete) Kurven und nicht auf Kurven, die am Markt objektiv vorgegeben sind. Die Gewinnmaximierung, wie sie Herr Gutowski vorführt, basiert auf derartigen konjekturalen Funktionen und ist deshalb ein rein entscheidungslogisches Kalkül. Das heißt, es wird von der unerläßlichen Frage abstrahiert, warum ein Unternehmen im Marktablauf fähiger ist, größere Gewinne zu maximieren als ein anderes (Fähigkeit bezieht sich sowohl auf die kognitive als auch auf die motivationale Kompetenz der Unternehmung). Der Referent bemerkt auch selbst, daß er sich bei diesem Ansatz "über Skrupel hinwegsetzen" müsse; diese Skrupel hindern ihn aber nicht daran, sein verfehltes Konzept weiterzuführen.

Aus diesem Ansatz, Marktmacht zu erfassen, ergeben sich zwei bedeutsame Konsequenzen:

- a) Zur Diagnose von Marktmacht: Beim Referenten ergibt sich kein Kriterium, das dem außenstehenden Beobachter eine Diagnose von Marktmacht ermöglichen würde: Marktmacht ist bei ihm etwas, was nur aufgrund der Vorstellungen und Erwartungen derjenigen Unternehmen feststellbar ist, die von sich glauben, daß sie selbst über Marktmacht verfügen. Daraus folgt, daß die (willkürliche) Festlegung dessen, wer Macht hat und wieviel Macht der einzelne hat, in den Händen derjenigen Person liegt, die die Ziele der Wohlfahrtsfunktion im einzelnen konkreten Fall operational definiert, und das kann nie der Gesetzgeber sein, sondern das ist immer ein Verwaltungsbeamter.
- b) Das Phänomen "innovativer" Macht: Aus dem theoretischen Ansatz des Referenten ergibt sich als zweiter Sachverhalt, daß das Phänomen der "innovativen Macht" übersehen wird. Auch das hat der erste Diskussionsredner bereits angedeutet. Das heißt, der Referent übersieht das Phänomen jener Macht, die aus höherer Leistungsfähigkeit entsteht. Wenn beispielsweise ein Anbieter schneller und kostengünstiger wächst als andere Anbieter, dann steigert er seinen Aktionsspielraum auf Kosten der anderen, d. h. er gewinnt Macht; im Grenzfall haben wir sogar die Verdrängung der Grenzbetriebe, und auch das ist ein Machtphänomen. Vom Referenten wird aber ausdrücklich gesagt, "notwendige Voraussetzung ist ... stets die Möglichkeit, das Angebot zu beschränken". Bei innovativer Macht verhält es sich jedoch genau umgekehrt; sie ist expansive Macht und zeigt sich in einer Erhöhung des Angebots.
- c) Ergebnis: Die Machtdefinition von Herrn Gutowski scheint mir weder eindeutig zu sein (weil die Ziele nicht eindeutig definiert sind), noch ist sie adäquat (innovative Macht bleibt unberücksichtigt). Die Definition ist auch nicht justitiabel (es wird nämlich im Ermessen eines

Beamten der Aufsichtsbehörde liegen zu bestimmen, wer Macht hat und wieviel Macht er hat), und außerdem ist sie nicht praktikabel (denn sie liefert keine operationalen Kriterien, da sie mit Hilfe von konjekturalen Sachverhalten, d. h. mit Sachverhalten, die die betroffenen Unternehmer sich vorstellen oder erwarten, definiert ist).

III. Abschließende Beurteilung

Der Referent zieht nun am Schluß seines Referates seinen eigenen theoretischen Ansatz in Zweifel, jedoch führt ihn das nicht zur kritischen Reflexion, ob es nicht vielleicht sein eigener "neuer Anlauf" war, der ihn ins Leere geführt hat. Statt dessen legt er sein Konzept, nachdem er es ausführlich erarbeitet hat, einfach zur Seite, sobald es um die Frage der wirtschaftspolitischen Anwendung geht. In dem Augenblick, in dem es anzuwenden wäre, d. h. in dem das Konzept sich bewähren könnte und müßte, sagt der Referent sinngemäß: Mein Konzept funktioniert nicht, deshalb fordere ich in jedem konkreten Einzelfall eine Entscheidung darüber, ob Marktmacht vorliegt — ohne aber demjenigen, der diese Entscheidung nun treffen soll, irgendwelche Kriterien, an denen er sich orientieren könnte, an die Hand zu geben.

Bei dem Konzept des Referenten handelt es sich also um den Versuch, mit entscheidungslogischen Mitteln soziale Interaktionsprozesse zu analysieren. Es handelt sich bekanntlich um eine untaugliche Methode, die keine theoretischen, d. h. empirisch gehaltvollen, falsifizierbaren Aussagen liefert. Der Versuch des Referenten scheint mir deshalb untauglich zu sein, um Prozesse der Entstehung und der Auflösung von Anbietermacht vorauszusagen.

Aber: Ein solches Konzept ist geeignet, eine Pseudo-Rechtfertigung für direkte staatliche Markteingriffe im Einzelfall zu liefern. Damit liefert es zugleich eine Pseudo-Begründung für die Schaffung und Expansion staatlicher Marktmacht, d.h. für eine Einschränkung des marktwirtschaftlichen Systems.

(Beifall.)

Hans-Jürgen Ewers (Münster):

Anknüpfend an die Bemerkungen von Professor Hoppmann möchte auch ich die Frage der Praktikabilität dieses Konzepts aufwerfen. Der Maßstab, den Herr Professor Gutowski zur Beurteilung von Anbietermacht vorschlägt, ist ja der optimale Beitrag eines Unternehmens zum Wirtschaftswachstum. Dieser Beitrag ist nicht ermittelbar, zumindest sind keine Ansatzpunkte für seine Ermittlung erkennbar. Ein zweites Argument gegen dieses Konzept: Ich glaube, eine so instrumentale

Sicht des Wettbewerbs, wie Sie, Herr Professor Gutowski, sie uns vorgeführt haben, ist bislang einmalig. Es ist doch so, daß kaum einer, der bisher in die Wettbewerbsdiskussion eingegriffen hat, das Freiheitsziel überhaupt nicht genannt hat. Sie haben als Ziele der Wettbewerbspolitik reine wachstums- bzw. verteilungsorientierte Zielsetzungen dargestellt und das Freiheitsziel in keiner Weise erwähnt. Dann müßten Sie aber konsequent sein und zumindest für den Wettbewerb eine Ziel-Mittel-Adäquanzprobe durchführen, d. h. untersuchen, ob der Wettbewerb tatsächlich ein geeignetes Instrument ist, die von Ihnen gesetzten Ziele zu verwirklichen, oder ob es nicht bessere Koordinationsinstrumente gibt. Das einzige Argument, mit dem man diese Prüfung unterlassen kann, ist, glaube ich, das Freiheitsziel, insofern Wettbewerb ja Marktprozesse sind, in denen sich in der Formulierung von Professor Hoppmann "Freiheit manifestiert". Wenn Sie dieses Freiheitsziel nicht akzeptieren, müssen Sie die Ziel-Mittel-Adäquanzprobe durchführen.

Einleitend in das Referat heißt es, Wettbewerbspolitik sei nichts anderes als der Versuch, das Entstehen wirtschaftlicher Macht zu verhindern oder entstehende bzw. bestehende Macht unter Kontrolle zu bringen. Wo bleibt in dieser Definition das Phänomen der langfristigen ruinösen Konkurrenz, die durch Preise gekennzeichnet ist, die unter den Kosten liegen, wobei ein Austreten der überschüssigen Anbieter aus dem Markt eben nicht bewirkt wird. In diesem Fall ist das Problem nicht ein Zuviel an Macht, sondern ein Zuwenig an Macht. Die Wettbewerbspolitik im Sinne einer Wettbewerbsförderungspolitik hätte also die Aufgabe, die Marktstruktur dahin zu bereinigen, daß mehr Marktmacht entsteht. Dieses Phänomen wurde offenbar bei Ihrer Definition der Wettbewerbspolitik nicht einbezogen.

Lothar F. Neumann (Junkersdorf):

Ich kann mich sehr kurz fassen, weil einige Kritikpunkte an dem Referat von Herrn Gutowski schon meine Vorredner ausgedrückt haben, insbesondere Herr Hoppmann offensichtlich aufgrund der besseren Kenntnis auch des Manuskriptes. Uns stand nur die Kurzfassung des Referates zur Verfügung, was ich in diesem Zusammenhang etwas bedauere, weil man doch nicht dem Referenten so ganz gerecht werden kann. — Ich würde nicht so weit gehen und sagen, daß Herr Gutowski einen entscheidungslogischen Ansatz geliefert hat. Aber es war natürlich keine Theorie, mit der sich empirisch bereits arbeiten läßt. Es war mehr oder weniger ein definitorisches Gerüst, und Herr Gutowski hat ja selbst Skrupel gehabt zu sagen, daß es praktikabel ist. Es ist eben leider nicht praktikabel, weil man nämlich das, was hier zielgebunden ist, von außen nicht erkennen kann. Ich möchte deshalb grundsätzlich

bezweifeln, ob man mit diesen Maximumvorstellungen überhaupt empirisch weiterkommt. Auch das, was zu den Investitionsentscheidungen gesagt wurde, erscheint mir empirisch geradezu irrelevant zu sein.

Aber das Sympathische daran ist, daß Sie, Herr Gutowski, eigentlich Konsequenzen für die Wettbewerbspolitik gezogen haben, mit denen ich völlig übereinstimmen kann. Nur folgen die nicht aus Ihrer Theorie. Da möchte ich mich wiederum etwas kritisch abgrenzen gegenüber dem Vorredner. Ich sehe nicht ein, warum der Staat nicht Mittel haben soll, in den Wirtschaftsprozeß einzugreifen und um Wettbewerbsverhältnisse herzustellen; wobei die Frage ganz offensichtlich gar nicht nur darum gehen kann, wo Wettbewerbsverhältnisse herzustellen sind. Gibt es nicht durchaus in der modernen Industriegesellschaft Fälle, wo Marktmacht sogar vom Staat geschaffen werden muß? Ich habe fast den Eindruck, daß bei den beiden Vorrednern eine Vorstellung mitschwingt, daß der Staat immer in jedem Fall der Freiheitsräuber ist. Das ist in einem demokratischen Staat per definitionem wohl nicht der Fall. Wenn ich einen anderen Ansatz sehe, würde ich ihn darin sehen, daß man zu einigermaßen plausiblen, mehr kann man wohl nicht erreichen, externen Kriterien von Marktmacht kommt. Was Marktmacht ist, werden Ihnen die Verbraucher sehr schnell sagen können, wenn auch nur mit Plausibilitätskriterien, und daß von daher der Staat Möglichkeiten haben muß, früh genug einzugreifen.

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Meine Damen und Herren, wie abgesprochen müssen wir nun hier die Diskussion für einige Minuten unterbrechen, damit Sie Gelegenheit haben, den Arbeitskreis zu wechseln. Ich darf Sie bitten, spätestens 5 Minuten nach 11 Uhr wieder hier zu sein, um das Referat von Herrn Scherhorn zu hören.

(Unterbrechung der Sitzung von 11.00 bis 11.05 Uhr)

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Meine Damen und Herren, wir wollen gleich mit der Diskussion fortfahren. Es liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Im Hinblick auf den Sachzusammenhang erscheint es zweckmäßig, diese Beiträge noch vor dem Referat von Herrn Scherhorn vortragen zu lassen, falls Sie damit einverstanden sind.

(Beifall.)

Ich erteile dann Herrn Sölter, Köln, das Wort.

Arno Sölter (Köln):

Da ich nicht aus der wissenschaftlichen Welt komme, darf ich Ihnen kurz meinen Standort mitteilen: Ich bin Leiter der Abteilung Wettbewerbsordnung im Bundesverband der Deutschen Industrie, der Instanz also, die sich im Bereich der Industrie mit Grundsatz- und Einzelfragen des Wettbewerbs, seiner Ordnung oder seiner "Beschränkung", mit Kooperations- und Konzentrationsfragen sowie auch mit dem Machtkomplex befaßt. Mein wichtigstes Tätigkeitsfeld ist das eines "Marktwirtes", d. h. eines Beraters und Betreuers von Märkten; der Marktwirt steht demnach zwischen dem Betriebswirt und dem Volkswirt.

Eine Veranstaltung über "Wettbewerb und Macht" müßte m. E. ganz besonderen Wert darauf legen, einen fairen Meinungswettbewerb aller relevanten Kräfte zu organisieren. Wenn ich mich an die Ausführungen von Herrn Professor Hans Karl Schneider recht erinnere, so hat er in der Eröffnungsveranstaltung festgestellt, der Verein für Socialpolitik sei gegründet worden, um die Diskussion mit allen Gruppen der Gesellschaft, vor allem auch mit der Praxis, sicherzustellen. Dieser Grundsatz scheint mir aber bei der Anlage dieser Tagung zu kurz gekommen zu sein. Das heißt: Von dem Dialog mit der wirtschaftlichen Praxis, also mit denjenigen Männern, von denen vermutet wird, daß sie Träger von Macht sind, hätte ich mir eine fruchtbare Belebung dieser Veranstaltung versprochen. Da man mich mutmaßlich als einen Befürworter oder gar Verfechter ökonomischer Macht ansieht, würde ich mich gern ausführlich mit diesem Phänomen auseinandersetzen. Ich kann aber unmöglich in 5 Minuten zu diesem Komplex Stellung nehmen und möchte daher nur einige Fragen aufwerfen.

Herr Professor Gutowski, Sie sagten in Ihrem Referat, Ihr Thema sei Ihnen nicht von den Veranstaltern gestellt, sondern es sei von Ihnen "beeinflußt" worden. Dazu darf ich Ihnen ein nettes Wort von Arthur F. Corey vorlesen: "Macht ist ein emotional aufgeladenes Wort. Wenn wir sie besitzen, nennen wir sie Einfluß, wenn sie aber ein anderer besitzt, belassen wir es beim häßlichen Wort Macht." Sie haben also bei der Festlegung des Themas "Macht" ausgeübt; die Gegenseite, nämlich die, welche die Macht angeblich oder tatsächlich besitzt, ist aber nicht einmal mit einem zugeteilten Referat zu Gehör gekommen.

Nun zur Sache selbst: Ich halte es aus meiner praktischen Sicht für sehr problematisch, daß man losgelöst vom Markt nur über Anbietermacht spricht. Stellen Sie sich vor, Sie kämen nach Hause zu Ihrer verehrten Gattin, bringen ihr einen wunderschönen Schuh mit, der ihr fabelhaft paßt und sie fragt dann, wo denn der zweite Schuh sei, worauf Sie antworten: Ich habe Dir zunächst nur einmal mit diesem einen Schuh Freude bereiten wollen, den anderen erhältst Du zum

Geburtstag. Meine These ist somit: Beide Marktseiten sind zusammengehörende Hälften, denn der Markt besteht bekanntlich aus Angebot und Nachfrage. Jedwede Behandlung von Anbieterproblemen erfordert zugleich die Behandlung der korrespondierenden Nachfrageprobleme. Der Wettbewerb und seine Implikationen können ohne Untersuchung beider Marktseiten nicht sachgerecht beurteilt werden! Die Problematik der Nachfragemacht ist bisher leider noch viel zu wenig in der Machtdebatte berücksichtigt worden — nur Professor Helmut Arndt aus Berlin hat sich m. W. mit diesem Phänomen befaßt. Tatsache ist jedenfalls, daß sich das Markt- und damit Machtübergewicht in großen Teilen unserer Wirtschaft in den vergangenen 10-20 Jahren von der Angebotsseite auf die Nachfrageseite verlagert hat. Alle machtbezogenen Überlegungen, welche die Nachfrageseite als Neutrum behandeln und das Phänomen der übermäßigen Marktmacht der Nachfrageseite nicht in Betracht ziehen, sind daher unrealistisch. Ich müßte ein längeres Referat halten, um Ihnen darzulegen, daß Nachfragemacht selbst bei kleinsten Nachfrageanteilen viel stärker sein kann als Anbietermacht bei gleichen Prozentsätzen.

Im übrigen bin ich Ihnen, Herr Professor Gutowski, sehr dankbar dafür, daß Sie so abgewogen und zögernd über den "Wettbewerb" gesprochen haben, vor allem, daß Sie gesagt haben, der Wettbewerb sei ein sehr vielschichtiges Phänomen. Ich darf — wiederum als Marktwirt — unterstreichen: Die Mengen- und Preisparameter als Wettbewerbselemente sind längst von vielfältigsten modernen Wettbewerbsformen überlagert worden. Der Unternehmer Bölkow hat kürzlich gesagt: Heute spielt sich der eigentliche Wettbewerb am Schreibtisch und am Reißbrett ab. Wir nennen das den "Geistwettbewerb". Zugleich hat der Individualwettbewerb heute seine absolute Gültigkeit verloren. Der Wettbewerb vollzieht sich heute in vielen Bereichen als "Gruppenwettbewerb". Der gleiche Herr Bölkow hat festgestellt, daß 60 % seines Umsatzes im vergangenen Jahr in Kooperation mit anderen Firmen erstellt worden seien.

Wenn über Macht gesprochen wird, hätte m. E. auch unbedingt die Problematik des Arbeitsmarktes behandelt werden müssen. Heute sind 25 % der durchschnittlichen Stückkosten Lohnkosten, die Lohnquote beträgt etwa 70 %. Der Arbeitsmarkt ist also der bedeutendste aller Märkte. Diese Marktmacht wird teilweise — von meinem Standpunkt aus gesehen — mißbräuchlich ausgenutzt, z. B. dann, wenn selbst bei rezessiver Wirtschaftsentwicklung Lohnerhöhungen durchgesetzt werden. Bei dieser Sachlage kann man das Machtphänomen Arbeitskartelle bei einer solchen Veranstaltung unmöglich ausklammern. Weiterhin ist nach meiner Auffassung die Oligopoltheorie sehr problematisch geworden. In sehr vielen Bereichen oligopolistisch strukturierter Märk-

te sind heute rote Zahlen festzustellen. Wie Sie aus der Presse entnehmen können, zahlen 500 Aktiengesellschaften für 1971 keine Dividende, weil der Anbieterwettbewerb infolge des internationalen Wettbewerbs sowie der Währungsschwierigkeiten, vor allem aber infolge des neuartigen "Wettbewerbsdrucks von unten", d. h. des Lohndrucks auf die Gewinnspanne, überaus hart ist. Kann man bei dieser Sachlage von "vermachteten" Märkten sprechen? Wer Marktmacht hat, sorgt doch — theoriegerecht! — zunächst einmal dafür, daß er auskömmliche Erlöse erzielt! Schließlich hätte m. E. das Problem "Staat als Machtfaktor" in Rede und Widerrede ausführlich auf dieser Tagung behandelt werden müssen.

Wolfram Engels (Bad Homburg):

Speziell als Betriebswirt einige Worte zur Praktikabilität des von Herrn Gutowski vorgeschlagenen Maßes zur Messung von Monopolisierungsgraden! Wir haben bis jetzt das Lerner-Maß, und haben jetzt auch das neue Gutowski-Maß. Das Lerner-Maß "Grenzkosten = Preis" ist ja schon deshalb unbestimmt, weil Grenzkosten je nach Planungszeitraum, den man zugrundelegt, verschieden sind. Wir haben also unendlich viele Grenzkostenkurven; für jeden Planungshorizont eine andere Grenzkostenkurve, und beim Lerner-Maß ist immer offen geblieben, welche dieser Grenzkostenkurven nun eigentlich die relevante Kurve sei, um den Monopolisierungsgrad zu messen. Wir haben nunmehr das Gutowski-Maß, man könnte sagen, die angemessene Rendite. Nun war Herr Gutowski sehr vorsichtig und skeptisch, und auch einige Diskussionsteilnehmer in Bezug auf die Praktikabilität dieses Maßes, d. h., ob man das überhaupt beurteilen könne, ob unter Berücksichtigung des Risikos und der subjektiven Risikoabneigung der Leute eine solche Sache überhaupt beobachtbar, damit praktikabel und damit auch iustitiabel werden würde.

Die Betriebswirte beschäftigen sich eigentlich mit dieser Frage seit verhältnismäßig langer Zeit. Die Opportunitätskosten, die Herr Gutowski anführte, nennen wir Eigenkapitalkosten, und mit der Messung dieser Eigenkapitalkosten beschäftigen wir uns seit längerer Zeit. Es gibt eine ganze Reihe von Messungen von Eigenkapitalkosten, die Chase-Manhattan-Bank etwa veröffentlicht regelmäßig Eigenkapitalkosten sehr vieler amerikanischer Unternehmungen, Eigenkapitalkosten in diesem Sinne verstanden als diejenige Rendite, die man einem Anleger, der Eigenkapital geben soll, bieten muß, um dieses Eigenkapital zu bekommen. Sobald wir es mit Aktiengesellschaften zu tun haben, sind wir nämlich nicht mehr darauf angewiesen, auf die subjektiven Risikoabneigungen des Managements zu rekurieren, sondern wir kön-

nen auf die Risikoabneigungen der Anleger bauen, und diese Risikoabneigungen drücken sich aus in den Aktienkursen. Es ist technisch etwas kompliziert, etwa in sog. Preisgewinnraten, die wir am Markt für Aktien beobachten. Insofern bin ich eigentlich wesentlich optimistischer als Herr Gutowski in Bezug auf die Anwendbarkeit dieses Maßes. Ja, ich würde sogar glauben, daß wesentliche Voraussetzungen für die Anwendbarkeit dieses Maßes bereits geschaffen worden sind, daß die Kapitalkosten vieler Unternehmen speziell in Amerika laufend von den Banken bereits verfolgt werden, die Renditen kann man ebenfalls verfolgen und die Differenz von Renditen und Kapitalkosten wäre dann das Gutowski-Monopolisierungsmaß.

Noch eine Bemerkung zur Verbindung von Lerner-Maß und Gutowski-Maß: Mir scheint, als ob das Gutowski-Maß ein spezielles Lerner-Maß sei, oder genauer gesagt, ein konkretes Lerner-Maß. Das Lerner-Maß ist, wie ich schon sagte, unbestimmt, weil man nicht weiß, welche Grenzkosten eigentlich die relevanten sind. Gutowski würde in diesem Falle sagen, wenn Sie es mir gestatten, ihn zu interpretieren, das sind langfristige Grenzkosten einschließlich der Eigenkapitalkosten. Dann haben wir das Gutowski-Maß als ein ganz spezielles Lerner-Maß, und zwar als ein Lerner-Maß, das sich nebenbei viel leichter beobachten ließe als andere Ausprägungen des Lerner-Maßes. Etwa die Grenzkosten auf drei Monate sind sehr viel schwieriger zu messen, weil nur in den internen Unterlagen der Unternehmer zugänglich, als die Eigenkapitalkosten im eben genannten Sinn, die man bereits aus Monatskursen ableiten kann. Infolgedessen glaube ich nicht nur, daß dieses Maß bestimmter ist als das Lerner-Maß, sondern ich meine auch, daß dieses Maß praktikabler ist als ein allgemeiner definiertes Lerner-Maß. Ich glaube, wir haben damit einen wirklich neuen und besseren Ansatz an die Frage der Monopolisierungsgrade gewonnen, als wir bisher hatten. (Beifall.)

Heinz Grossekettler (Mainz):

Ich habe drei Fragen, die zum Teil mehr grundsätzlicher Natur sind, zum Teil in Ihr Maß passen.

Die erste Frage betrifft die Gültigkeit ("validity") des Maßes: Wollen wir denn wirklich das ermitteln, was Sie gefragt haben? Wollen wir in Wirklichkeit nicht eine mehr dynamische Sicht der Dinge? Wollen wir nicht fragen: Wie können wir es erreichen, daß sich die Produktionsstruktur flexibel an die Nachfragestruktur anpaßt, die sich in der monetären Nachfrage zeigt? Oder: Wie können wir die Unternehmer motivieren, daß sie mehr Forschung und Entwicklung treiben? Oder: Wie können wir erreichen, daß die Politiker frei sind, die Einkommens-

verteilung zu korrigieren, daß also keine wirtschaftlichen Machtpositionen entstehen, die in den politischen Bereich hineinreichen und dies verhindern? Das sind Fragen, die empirischer Natur sind und die sich auf direkt beobachtbare Phänomene beziehen. Man könnte daran anschließen und fragen: Bei welcher Marktstruktur, bei welchem Zusammenspiel oder bei welcher Konstellation von Faktoren werden diese Zielsetzungen erreicht? Ob sie alle unter den gleichen Umständen erreicht werden, weiß man nicht. Aber das ließe sich beispielsweise durch Parallelgruppenuntersuchungen empirisch ermitteln.

Zweite Frage: Vorhin wurde angedeutet, es gebe den Fall, daß sehr viele Anbieter in einem Markt sind, die nicht heraus wollen, und daß deshalb neue Anbieter, die an und für sich zu einem niedrigeren Preis anbieten könnten, gar nicht erst in diesen Markt hineingehen. Meine Frage: Ist das nicht ein Spezialfall blockierten Marktaustritts, und ist der zweite Spezialfall blockierten Marktaustrittes nicht der, den Sie als durch strategische Überlegungen verhinderten Marktaustritt bezeichnet haben? Haben wir hier nicht einfach nur zwei Unterfälle einer Obergruppe "blockierter Marktaustritt" vorliegen?

Meine dritte Frage: Ist jetzt nicht eine Fragestellung zu kurz gekommen, nämlich die nach der Informationsstruktur? Ich kann mir vorstellen, daß es eine Reihe von Märkten gibt, auf denen die insider blendend verdienen, auf denen sie nach allen Kriterien, die wir so haben, Monopolgewinne machen, weil es überhaupt nicht auffällt, weil sie "Informationsbarrieren" errichtet haben. Möglicherweise gibt es auch Informationsbarrieren, die unternehmensinterner Art sind. Beispiel: Investitionsentscheidungen der Unternehmer werden von Leuten vorbereitet, die dem Management zuarbeiten. Diese Leute haben bestimmte Präferenzen und bestimmte eigene Vorstellungen. Sie lesen z. B. auch nur bestimmte Fachzeitschriften, d. h. sie informieren sich einseitig. Unter Umständen erfolgt da eine Lenkung der Investitionsüberlegungen potentieller Konkurrenten, die schon vor der Investitionsrechnung liegt, so daß die Investitionsrechnung gar nicht mehr die relevanten Alternativen sichtbar macht. Hierfür gibt es nach amerikanischen Untersuchungen gewisse Anhaltspunkte.

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Ich darf Herrn Gutowski Gelegenheit geben, sein Schlußwort zu halten!

Armin Gutowski (Frankfurt):

Sie werden sicher Verständnis dafür haben, daß es nicht voll gelingen kann, in dieser kurzen Zeit zu den vielen kritischen Anmerkungen Stellung zu nehmen.

Zunächst einmal zu Herrn Hauser, der der nach dem Programm vorgesehene Diskutant war. Ich bin Ihnen, Herr Hauser, für die Ansatzpunkte sehr dankbar. Ich werde über diese wie über alle anderen Anregungen natürlich nachdenken. Nur ein paar Bemerkungen unmittelbar dazu: In der Frage der klaffenden Lücke zwischen der partialanalytischen Betrachtung und der makroökonomischen Anwendung auf den Fall der Wirtschaftspolitik bin ich nicht so skeptisch wie Sie. Auch in der herkömmlichen Theorie, etwa unter der Annahme, überall herrsche vollständige Konkurrenz, wird partialanalytisch vorgegangen und dann werden makroökonomische Folgerungen gezogen. Ich glaube nicht, daß in meinem Konzept die Partialanalyse in dem Sinne falsch angewendet worden ist, daß relevante Wirkungen der Vorgänge auf einem Markt unberücksichtigt geblieben wären. Ich sprach nicht einmal von Märkten, weil das schon eine partialanalytisch unzulässige Abgrenzung wäre. Vielmehr stelle ich ein Unternehmen in den Mittelpunkt und beziehe alle relevanten Konkurrenzbeziehungen einschließlich der Umstellungskonkurrenz usw. mit in die Betrachtung ein: wenn das richtig gemacht wird, dann können nicht gesamtwirtschaftlich relevante Auswirkungen existieren, die hier unberücksichtigt geblieben wären.

Ich habe eben ein bißchen darüber nachgedacht, ob ex-post-Gewinne in meinem Sinn wirklich Rentencharakter haben. Meines Erachtens haben sie das nicht. Meine ex-post-Gewinne entstehen auch dann, wenn die Unternehmen ex ante nur auf ihre Opportunitätskosten bei Unsicherheit kommen. Im ex-ante-Konzept entstehen dann keine Gewinne. Die Investitionen unterblieben, wenn die Kosten nicht gedeckt würden. Dann gäbe es natürlich auch keine ex-post-Gewinne, die schwinden könnten, und insofern haben die ex-post-Gewinne, glaube ich, auch keinen Rentencharakter. Aber sie haben natürlich enorme verteilungspolitische Bedeutung; das ist die andere Seite. Es könnte sein, sagten Sie, daß der Wettbewerbsdruck auch in einzelnen Fällen geschwächt werden müßte, wenn wir ein Optimum erreichen wollen. Das ist durchaus möglich, und es ist ja auch in dem wettbewerbspolitischen Konzept, das ich aus der von mir vorgetragenen Theorie ableite, durchaus enthalten. Wenn man etwa Normen für Fusionskontrollen und dergleichen richtig setzt, dann sind die Unternehmen nach dem geltenden Recht in der Lage, so zu fusionieren, daß sie gerade den Grad an Angebotsbeschränkung verwirklichen können, der nötig ist, damit sie die für das Wachstumsziel gewünschte gesamtwirtschaftlichen Investitionen vornehmen und dabei auch auf ihre Opportunitätskosten bei Unsicherheit kommen. Der Wettbewerbsdruck kann aber auch zu stark sein, nämlich dann, wenn solche Unternehmen, die eigentlich auf diese Opportunitätskosten zu kommen in der Lage sein sollten, die gesamtwirtschaftlich erwünschten Investitionen nicht vornehmen, da

aufgrund des Wettbewerbsdrucks ihre Möglichkeit, das Angebot zu beschränken, zu gering ist. Die Wettbewerbsgesetzgebung wäre dann zu streng.

Was die Werbung anlangt, so habe ich sie im vorgetragenen Manuskript, und ich glaube auch in dem etwas umfangreicheren eingereichten, vernachlässigt. Ich betrachte aber beispielsweise die sogenannte nationale Werbung als einen Faktor vertikaler Integration, und vertikale Integration ist eine der Ursachen, durch die Anbietermacht in meinem Sinne entsteht, vertikal insofern, als man die Werbung ähnlich wie ein Vordringen in die Absatzstufe betrachten kann. Zwar ist nicht der vollständige Verbund mit der der nächsten oder gar übernächsten Absatzstufe hergestellt, aber eine wesentliche Funktion des Absatzes auf den folgenden Stufen wird von dem anbietenden Produzenten an sich gezogen, und damit wird eine Wirkung erzielt, als wäre er vertikal mit der Absatzstufe verflochten. Mein Konzept der preispolitisch relevanten Nachfragekurve berücksichtigt durchaus auch die eigene und fremde Werbung. Mehr dazu zu sagen, erlaubt die Zeit nicht.

Dann zu Ihrer kritischen Bemerkung, daß von mir nicht präzise genug gesagt sei, was die Kosten sind. Sind es Grenzkosten, sind es Durchschnittskosten? Mein Ansatz ist grundsätzlich ein Konzept der Investitionstheorie; die Preistheorie wird in die Investitionstheorie integriert. In der kurzfristigen Betrachtung wird vorausgesetzt, daß jedes Unternehmen Gewinnmaximierung nach den Regeln der Preistheorie für kurze Perioden verfolgt. Das heißt also, wenn es sich um heterogene Güter handelt und der Wettbewerb groß genug ist, bekommen wir möglicherweise Tangentenlösungen. Es kann aber durchaus sein - und deshalb glaube ich, daß man nur ein investitionstheoretisches Konzept sinnvoll anwenden kann, und die ganze Preistheorie hierfür im Grunde unbrauchbar ist -, daß ein Unternehmen während der Dauer der Kapitalbindung zunächst Gewinne im herkömmlichen Sinne erzielt, diese nachher abfallen, möglicherweise in der Schlußphase sogar zu Verlusten werden; und dieses Unternehmen über die gesamte Zeit mit seiner Investitionsstrategie gerade auf seine Opportunitätskosten bei Unsicherheit kommt, so daß also die Betrachtung für einzelne Teilperioden wenig Sinn hat. Langfristige Kosten- und Nachfragekurven haben erst recht keinen Sinn, weil wegen der Unteilbarkeit der Faktoren und der Dauer der Kapitalbindung eine Aussage über Stück-, Grenzkosten oder Nachfragemengen pro Zeiteinheit nicht gemacht werden können, es sei denn, Preise und Kosten blieben für die gesamte Dauer der Kapitalbindung gleich, und das ist in der Regel nicht der Fall.

Daß die Erhöhung des Konkurrenzdruckes das Angebot bestimmter Produkte vermindern kann, ist, wie ich schon eingangs gesagt habe,

sicher richtig. Wenn es der Wettbewerbspolitik gelänge, das zu erreichen, was ich hier darzulegen versucht habe, dann würde zweifellos, weil ja alle Unternehmungen um die Produktionsfaktoren konkurrieren, auch manches Angebot vermindert werden. Aber das wäre dann allokationspolitisch und auch in bezug auf die anderen Ziele erwünscht. Denn wenn denjenigen, die Anbietermacht in meinem Sinne haben, diese genommen wird, werden sie ihr Angebot ausdehnen, bei gegebenem Bestand an Faktoren würde das Angebot von anderen Unternehmen verringert. Folge wirtschaftlicher Macht einzelner Unternehmen ist ja nicht nur, daß diese im Hinblick auf das Zielbündel zu wenig anbieten, sondern daß andere Unternehmen demzufolge zuviel anbieten. Ich bin Ihnen, Herr Hauser, sicher nicht voll gerecht geworden, aber auf diese Bemerkungen muß ich mich zunächst einmal beschränken.

Nun zu Herrn Hoppmann! Dazu müßte ich entweder drei Stunden sprechen oder ich sollte vielleicht gar nichts sagen. Herr Hoppmann hat Ihnen erzählt, aber das wollte ich auch keineswegs verschweigen, daß ich eine 500seitige Habilitationsschrift zu dem Thema meines Referats verfaßt habe. Ich darf als zusätzliche Information beisteuern, daß Herr Hoppmann gelegentlich nur die 20 Seiten dazu an mich geschrieben hat, ich ihm entsprechend darauf geantwortet habe, er mich nicht überzeugen konnte, ich ihn nicht überzeugen konnte, und er zu meiner Überraschung — obwohl nicht bestellter Diskussionsredner — ein vorbereitetes Diskussionspapier vorgetragen hat. Es hätte der Diskussion gedient, wenn ich diesen Beitrag vorher gehabt hätte, gerade auch nach unseren bisherigen Diskussionen*. Es ist sehr schwer, so kurz etwas dazu zu sagen. Vor allem aber: Ich habe kein wettbewerbspolitisches Referat gehalten. Es war ein rein theoretisches Referat. Vieles von dem also, was Herr Hoppmann sagte, betrifft Streitpunkte, die wir, wie gesagt, im Kern schon mehrfach diskutiert haben, die aber nicht zu meinem Thema gehören. Ich habe hier ein theoretisches Konzept der Anbietermacht entwickelt, das ich zur Diskussion stellen wollte.

Zweitens hat Herr Hoppmann mit seiner ersten Bemerkung eigentlich das weitere gegenstandslos gemacht, denn er hat implicite einen Machtbegriff verwendet, der nicht der meine ist. Denn wenn er sagt, machtlose Prozesse gibt es nur in der Statik bei vollkommener Konkurrenz, muß jeder Macht besitzen, der nicht in vollkommener Konkurrenz anbietet. Daß das kein sinnvoller Ausgangspunkt für eine Theorie der

^{*} Ich hatte Herrn Hoppmann vorgeschlagen, für die Drucklegung die persönlichen Passagen, die mit der Sache nichts zu tun haben, wegzulassen. Statt dessen hat er seine persönlichen Bemerkungen um eine gleichfalls sachlich unerhebliche Fußnote ergänzt. Ich verspüre keine Neigung, nun meinerseits darzulegen, wann und wo wir bereits über die hier angeschnittenen Fragen diskutiert haben. Von mir aus mag er in diesem wichtigen Punkt für die Nachwelt recht behalten.

Anbietermacht sein kann, habe ich in meinen Ausführungen darzulegen versucht. Geht man von Herrn Hoppmanns Machtbegriff aus, kann es freilich nur Mißverständnisse geben.

Nun zur Frage des Gemeinwohls. Ich habe die Diskussion darüber, ob Wettbewerb als Ziel oder als Mittel verstanden werden sollte, hier ausgelassen, aber keineswegs deshalb, weil ich etwa das Ziel der individuellen Freiheit nicht für wichtig hielte. Ich halte es sogar für vorrangig. Nur eines sollte man nicht übersehen, wenn ich das hier einmal sagen darf: Wenn tatsächlich die Verwirklichung des Ziels der individuellen Freiheit einen Grad von Wettbewerb verlangte, der dazu führte, daß wir Wachstumsraten von beispielsweise 0 oder nur 1 % herausbekämen, dann würde das Unterziel Wettbewerb wohl schnell über Bord geworfen werden. Fassen Sie das aber nicht als mein Werturteil über Freiheit auf. Ich würde manches politisch dafür unternehmen, um das Ziel der individuellen Freiheit, auch im Sinne von Wahlfreiheit, durchzusetzen. Ich habe mich gelegentlich auch schon dazu geäußert. Es geht mir nur um folgendes: Ich habe gesagt: Gott sei Dank ist man sich in unserer Wirtschaftsordnung darüber einig, in den politischen Parteien, in den Parlamenten und in den Gesetzen, daß die gesamtwirtschaftlichen Ziele im Wege des Wettbewerbs erreicht werden sollen. Ich habe es mir geschenkt, Ausführungen zu machen über das, was selbstverständlich dahinter steckt. Dahinter steckt selbstverständlich nicht nur die instrumentale Seite des Wettbewerbs, sondern auch grundsätzlich der Gesichtspunkt, daß man Freiheit verwirklicht haben will. Ich gehe einen Schritt weiter und sage: Gott sei Dank haben wir, da der Wettbewerb auch als Instrument zur Erreichung der anderen Ziele einsetzbar ist, diesen Konflikt zwischen Freiheitsziel und den anderen Zielen nicht, jedenfalls nicht prinzipiell. Ich wüßte nicht, wie er ausginge, wenn er wirklich ernsthaft bestünde. Da der Konflikt aber meines Erachtens nicht ernsthaft besteht, habe ich diese Seite des Wettbewerbsproblems nicht erwähnt, zumal sie auch schon sehr ausführlich zwischen Herrn Hoppmann und Herrn Kantzenbach schriftlich diskutiert worden ist. Ich glaubte, das ganze brauchte nicht wieder aufgewärmt zu werden.

Zur Frage der konjekturalen Kurven: Was die konjekturalen Kurven anlangt, so weiß ich, daß mein ganzes Konzept konjektural ist. Denn wenn wir von ex-ante-Größen und der Unsicherheit reden, kann es nicht anders als konjektural sein. Das wurde auch in meinem Referat nicht bestritten. Ich habe mich nur zu zeigen bemüht, daß es möglich ist, ein sinnvolles objektives Machtkonzept zu entwickeln. Ich will mich jedoch nicht weiter wiederholen.

Was Macht und BDI anlangt, so hat ja Herr Sölter hier darüber gesprochen. Ich sehe wohl, wenn man subjektive Größen in ein Konzept

wie das meine einführt, daß dieses Konzept auch mißbraucht werden kann. Nur weil dem so ist, darf man jedoch nicht unterlassen, die Theorie vorzutragen. Allerdings hat der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten sich für eine konsequente Wettbewerbspolitik eingesetzt; dort ist auch die Theorie in aller Kürze dargelegt. Sie können sozusagen das einschlägige Kapitel des Gutachtens als eine allerdings von einem Kollektiv verfaßte wettbewerbspolitische Konsequenz dieses theoretischen Referats verstehen, womit ich übrigens, das sei für das Protokoll hier festgehalten, nicht behaupten möchte, daß meine Kollegen aus dem Sachverständigenrat nun voll und ganz hinter dem hier vorgetragenen theoretischen Konzept stehen.

Wie einer der Diskussionsredner gesagt hat, kann man die gleichen wettbewerbspolitischen Konsequenzen aus allen möglichen Konzepten ziehen. Nur meine ich, daß diese Konzepte nicht stichhaltig genug sind, als daß sie diese wettbewerbspolitischen Konsequenzen ausreichend begründen könnten. Das meine ist freilich, wie Sie sehen, auch umstritten.

Die innovative Macht, Herr Hoppmann, habe ich nicht übersehen, aber es war, wie gesagt, kein wettbewerbspolitisches, sondern ein theoretisches Referat, und ich habe in sehr allgemeinen Kategorien gesprochen, nämlich von Investitionen. Und da Innovationen auch Ergebnisse von Investitionen sind, sind Innovationsstrategien auch Investitionsstrategien und infolgedessen ohne Schwierigkeiten in meinem Konzept unterzubringen. Es ist selbstverständlich, daß Angebotsbeschränkung nicht immer Verringerung des Angebots bedeuten muß, insbesondere auf expandierenden Märkten, gerade wenn Innovationen gemacht werden. Angebotsbeschränkung muß man in einer dynamischen Wirtschaft immer so verstehen, daß je nach dem, in welcher Phase sich der Markt befindet, Angebotsbeschränkung auch langsameres Wachstum des Angebots, als es optimal wäre, bedeuten kann. Das ist aber, glaube ich, auch allgemein so üblich.

Über Justitiabilität und über den Oberregierungsrat, der die Entscheidungen trifft, möchte ich mich nicht näher äußern, weil es eben kein wettbewerbspolitisches Referat war. Eine wesentliche Konsequenz aus meinem Konzept ist jedenfalls ein Fusionsverbot, und zwar gerade deshalb mit gewissen objektiven Normen für bestimmte, wenn auch willkürlich gesetzte Grenzen, weil der Oberregierungsrat eben nicht entscheiden soll und weil eine Kontrolle wirtschaftlicher Macht durch ein Preiskommissariat ziemlich sinnlos ist, abgesehen davon, daß dadurch Fehlallokationen von Produktionsfaktoren entstünden.

Herr Ewers, was die Praktikabilität des Konzepts anlangt, ist einzuräumen, daß es subjektiv ist. Die wettbewerbspolitischen Konsequen-

zen habe ich hier nicht ausführlich vorgetragen. Da Anbietermacht nicht objektiv feststellbar ist, muß die Wettbewerbspolitik selber unter Unsicherheit entscheiden und versuchen, Normen aufzustellen, bei denen sie nicht darauf angewiesen ist, diese subjektiven Momente nachzuweisen, da sie das nicht kann. Deshalb kann man nicht sagen, das Konzept sei nicht praktikabel. Man kann nur sagen: Man kann Macht objektiv nicht messen, weil für jede Macht subjektive Faktoren eine Rolle spielen, und deshalb muß die Wirtschaftspolitik auch daraus die Konsequenz ziehen und Kriterien aufstellen, die nachprüfbar sind, obwohl damit nicht nachgewiesen ist, daß im Einzelfall tatsächlich Macht vorliegt, eben weil subjektiv begründet ist.

Zur instrumentalen Bedeutung des Wettbewerbs und zum Freiheitsziel habe ich schon Stellung genommen. Die Forderung, die Ziel-Mittel-Adäquanz müsse geprüft werden, gehört zum gleichen Argument. Was den ruinösen Wettbewerb anlangt, so hängt diese Frage mit der schon behandelten sehr eng zusammen, ob unter Umständen auch ein schwächerer Konkurrenzdruck erwünscht sein kann. Im übrigen glaube ich, gibt es den ruinösen Wettbewerb nicht so furchtbar oft.

Herr Neumann sprach auch davon, daß mein Ansatz nicht praktikabel sei. Ich glaube, das habe ich schon mitbehandelt.

Nur noch ein paar Worte zu Herrn Sölter: Herr Sölter, meine Macht in bezug auf den Einfluß auf das Thema bestand lediglich darin, daß ich eine Aufforderung, zu einem etwas anders formulierten Thema Stellung zu nehmen, bekommen und die Information geliefert habe, daß ich selber eine Theorie entwickelt habe, die ich, statt eine Literaturübersicht zu geben, gerne vortragen würde. Im übrigen habe ich an dem Programm nicht mitgewirkt. Ich gehöre weder dem Vorstand noch dem Programmausschuß noch sonst irgendeinem Gremium mit Ausnahme des Ausschusses für Entwicklungsländer im Verein für Socialpolitik an.

Daß man die Nachfragermacht genauso berücksichtigen muß wie die Anbietermacht, ist mir klar. Im vollständigen Manuskript ist dazu eine längere Fußnote angebracht. Ich weiß, daß auch in Ihrem Institut Arbeiten darüber angefertigt worden sind.

Über die vielfältige Erscheinung des Wettbewerbs brauche ich, glaube ich, nicht zu sprechen, und daß ich den Arbeitsmarkt und den Staat hier ausgeklammert habe, liegt darin begründet, daß man das Thema "Macht" nicht in 50 Minuten vollständig behandeln kann.

Zu Herrn Engels kann ich nicht viel sagen, außer daß ich mich bei ihm für die Hinweise zu bedanken habe. Ich will jetzt nicht gleich vol-

len Herzens zustimmen, daß solche Messungen gelingen. Mir geht es aber noch um etwas anderes: Ich habe die Neumann-Morgensternsche Nutzentheorie in Verbindung mit der Entscheidungstheorie verwandt, aber nicht im Sinne des Betriebswirtes, so daß es sozusagen ein normatives Konzept wäre, sondern schlicht und einfach als ein Erklärungsansatz, ohne daß ich dabei unterstelle, alle Unternehmen hätten Entscheidungsmatrizen und würden ihre Nutzenfunktionen kennen. Das ist natürlich ein schwieriges methodologisches Problem. Mein Konzept ist nichts anderes als ein Erklärungsansatz und nicht normativ, sonst könnte ich nicht so großzügig mit diesen Dingen verfahren. Trotzdem wäre es natürlich schön, wenn Macht in dem von mir gemeinten Sinne auch noch meßbar wäre.

Schließlich noch ein paar Worte zu Herrn Grossekettler: Er fragte: Was wollen wir ermitteln? Wie können wir die dynamische Anpassung des Angebots an die Nachfrage fordern, wie Unternehmen zur Forschung und Entwicklung motivieren, um den Wohlstand in irgendeiner Form zu mehren? Ob man den Wohlstand am Sozialprodukt messen kann, ist eine umstrittene Frage; sie wurde von mir ausgeklammert, würde aber das Konzept nicht beeinträchtigen. Selbstverständlich sind das sehr wichtige Fragen, sie sind aber in der Entscheidung über die Ziele enthalten, also etwa darin, was für ein Wachstumsziel man anstrebt. Dieses ist nur zu erreichen, wenn Innovationen da sind und wenn geforscht und entwickelt wird. Gerade deshalb müssen wir eben ex-post-Gewinne in Kauf nehmen, damit die Unternehmen risikoreiche Investitionen vornehmen.

Zur Frage des blockierten Marktaustritts müßte ich noch einmal nachdenken. Markteintritt und Marktaustritt hängen gedanklich ja eng zusammen. Ich könnte mir vorstellen, daß es zwei Seiten einer Medaille sind. Die Informationsstruktur habe ich in meinem Konzept insofern nicht vernachlässigt, als ich von einer subjektiv bestimmten Zahl von Strategien ausgehe. Informationsbarrieren sind sicher vorhanden. Es gibt ein Optimum zwischen dem Erlös aus zusätzlichen Informationen und den entsprechenden Informationskosten, wie das etwa Stigler gezeigt hat. Aber für mein Konzept hat es insofern keine Bedeutung, als es subjektiv ist und die möglichen Entscheidungen, die alternativ zur Diskussion stehen, selbstverständlich nur die sind, die dem Unternehmen bekannt sind. Daß es noch andere relevante Strategien gäbe, wenn das Unternehmen besser informiert wäre, ist durchaus möglich. Dann hat es eventuell das Optimum, zwischen der Beschaffung von Informationen, die verfügbar wären, einerseits, und den Informationskosten andererseits nicht erreicht.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Besten Dank, Herr Gutowski, für Ihren Beitrag. Ich möchte noch eine Bemerkung anfügen zu den Ausführungen von Herrn Gutowski über das Referat, das Herrn Hoppmann zur Verfügung stand. Herr Hoppmann machte mich darauf aufmerksam, daß der wissenschaftliche Leiter der Veranstaltung, Herr Watrin, alle Referenten und bestellten Diskussionsteilnehmer eines Arbeitskreises gebeten hat, sich bei sämtlichen Vorträgen des jeweiligen Arbeitskreises an der Diskussion zu beteiligen. Soweit Referate vorlagen, sind sie jedem bestellten Teilnehmer des Arbeitskreises zugegangen.

(Professor Gutowski: Ich hätte es auch jedermann auf Anfrage zur Verfügung gestellt!)

— Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, wie die Verfahrensweise bei der Referatsverteilung gewesen ist.

Meine Damen und Herren, wir konnten die Diskussion sachlich zwar nicht abschließen, müssen sie aber aus zeitlichen Gründen beendigen.

Ich darf nun Herrn Scherhorn bitten, sein Referat über Marktinformation und Marktmacht zu halten.

Marktinformation und Marktmacht*

Von Gerhard Scherhorn, Hamburg

I. Marktmacht und Marktfreiheit

In diesem Referat wird eine operationale Konzeption von Marktmacht verwendet, die sich in mehreren Schritten darlegen will. Als erstes möchte ich zeigen, daß es zweckmäßig ist, zwischen der Marktmacht im Austausch- und der im Parallelprozeß zu unterscheiden¹. Die Unterscheidung ist zugleich nützlich, um den Zusammenhang mit dem vorangegangenen Referat herzustellen: Armin Gutowski hat sich auf die Marktmacht bezogen, die im Parallelprozeß erworben wird, ich will mich auf die Quellen der Marktmacht konzentrieren, die im Austauschprozeß liegen.

Macht bedeutet nach Max Weber jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht². Die Definition Webers enthält eine Regel, mit der man der Vielfalt der Machterscheinungen beikommen kann. Sie schreibt für die systematische Unterscheidung der konkreten Erscheinungsformen von Macht zwei differentia specifica vor: die Art der sozialen Beziehung, innerhalb deren die Machtchance gegeben ist, und die Art der Faktoren, auf denen die Chance beruht.

Weber selbst hat ein Beispiel dafür gegeben, wie man seinen Machtbegriff spezifiziert. Er hat eine konkrete Erscheinungsform der Macht genauer untersucht: die Befehlsgewalt. Sie unterscheidet sich von anderen Erscheinungsformen der Macht wie folgt:

^{*} In Diskussionen über frühere Fassungen des Manuskripts habe ich von mehreren Kollegen Kritik und Anregungen erhalten, von denen ich Dr. J. Daviter, Dipl. Soz. G. Eichler, Dipl. Psych. Dipl. Volksw. H. Imkamp, Dipl. Volksw. H. Schumacher und Dipl. Volksw. K. Wieken besonders erwähnen möchte. Die vorgelegte Fassung gibt den Wortlaut des Referats wieder.

¹ Die Unterscheidung ist, wie jede andere, nur für bestimmte analytische Zwecke geeignet, für andere nicht. Sie ist vor allem dazu geeignet, zwischen verschiedenen Quellen der Marktmacht zu differenzieren. In der Analyse der Wirkungen von Marktmacht dagegen müssen die beiden Marktprozesse zusammengesehen werden: Marktmacht, die im Austauschprozeß erworben wurde, wirkt sich auch im Parallelprozeß aus und umgekehrt.

² Die Definition schließt die verschiedensten Arten und Formen der Macht ein: "Alle denkbaren Qualitäten eines Menschen und alle denkbaren Konstellationen können jemand in die Lage versetzen, seinen Willen in einer gegebenen Situation durchzusetzen" (Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 5. rev. Aufl., Tübingen 1972, S. 28 f.).

- 1. Sie tritt innerhalb einer spezifischen sozialen Beziehung auf, nämlich der Überordnung des Führenden über den Geführten, der hierarchischen oder Herrschaftsbeziehung zwischen ihnen, und wird deshalb auch als Herrschaft bezeichnet3.
- 2. Sie ist auf spezifische Faktoren gegründet, wie beispielsweise auf den Glauben an die Legalität einer gesetzten Ordnung, auf die Befolgung einer Tradition oder auf das Vertrauen in das Charisma einer Person4.

Mit dem Begriff der Marktmacht ist nicht Herrschaft gemeint, sondern die "Macht kraft Interessenkonstellation", von der Weber meinte, daß sie der "Macht kraft Befehlsgewalt" gerade entgegengesetzt sei⁵. Die sozialen Beziehungen zwischen den Anbietern und Nachfragern eines Marktes sind mit dem Begriff der Herrschaft nicht adaequat zu erfassen.

Um sie genauer zu beschreiben, ist die Unterscheidung der zwei grundlegenden Marktprozesse von Nutzen, die Hoppmann als Parallelund als Austauschprozeß bezeichnet hat6. Der Begriff des Austauschprozesses erfaßt die Vorgänge zwischen den gegenüberliegenden Marktseiten, der des Parallelprozesses das Nebeneinander auf einer Marktseite. Die Unterscheidung läßt erkennen, daß wir es auf dem Markt mit zwei verschiedenen sozialen Beziehungen der Marktpartner zu tun haben:

- zum einen den Tauschbeziehungen zwischen den Mitgliedern gegenüberliegender Marktseiten, also zwischen Anbietern und Nachfragern. Auf sie ist der Begriff des Austauschprozesses bezogen. Der Begriff des Parallelprozesses dagegen gilt
- den Konkurrenz- oder Kooperationsbeziehungen zwischen den Mitgliedern einer Marktseite, also zwischen Anbietern und Anbietern oder Nachfragern und Nachfragern.

Im Parallelprozeß muß daher ein anderer Marktmachtbegriff gelten als im Austauschprozeß. Die Marktmacht im Austauschprozeß, mit der ich mich im folgenden beschäftigen will, ist der Form nach als die Chance charakterisierbar, innerhalb einer Tauschbeziehung auch gegen das Widerstreben und zum Nachteil des Tauschpartners bei der Aus-

³ Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, a.a.O., S. 541 ff.

Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, a.a.O., S. 124.
 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, a.a.O., S. 544. Der Markt ist zwar nicht frei von Herrschaftsbeziehungen, aber die bestehen nicht zwischen den Anbietern und Nachfragern, sondern zwischen ihnen und marktregulierenden Instanzen. Sie werden im Referat nicht behandelt.

⁶ Erich Hoppmann, Zum Problem einer wirtschaftspolitisch praktikablen Definition des Wettbewerbs. In: Schneider (Hrsg.), Grundlagen der Wettbewerbspolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 58, Berlin 1968, S. 39.

handlung der Tauschbedingungen die eigenen Interessen durchzusetzen⁷.

Als nächstes ist zu fragen, worauf diese Chance beruht. Sie ist in dem Ausmaß gegeben, in dem durch Marktstruktur und/oder Marktverhalten dem betreffenden Marktpartner die Möglichkeit vorenthalten wird, auf Handlungsalternativen auszuweichen⁸. Marktmacht im Austauschprozeß ist daher gleichbedeutend mit der Abwesenheit von Marktfreiheit auf der anderen Marktseite; bei der Analyse des Austauschprozesses⁹ sind die Begriffe Marktmacht und Marktfreiheit alternativ verwendbar¹⁰, wenn auch nicht identisch. Als Marktfreiheit soll die Chance der Mitglieder einer Marktseite betrachtet werden, ihre Tauschpartner, Tauschobjekte und andere Bedingungen des Tausches selber zu bestimmen.

Wird das akzeptiert, so hat man sich zugleich dafür entschieden, die Marktmacht einer Marktseite an einem ganz bestimmten Maßstab abzulesen:

- nicht an der Überlegenheit ihrer wirtschaftlichen *Mittel*, wie eine verbreitete Definition der wirtschaftlichen Macht es nahelegt¹¹.
- nicht an der Relation zwischen der Intensität der Nachfrage und der Intensität des Angebots, die Gäfgen als Maß der Marktlage vorgeschlagen hat¹²,
- sondern an den Einschränkungen der Marktfreiheit der anderen Marktseite oder, wie Ernst Heuß es vor kurzem formuliert hat, am Entzug ausreichender Ausweichmöglichkeiten¹³.

Bei der Suche nach den Ursachen überlegener Marktmacht im Austauschprozeß kann ich mich daher auf die Faktoren konzentrieren, die die Marktfreiheit der unterlegenen Marktseite beeinträchtigen. Ich be-

⁷ Eine engere Definition formuliert *Gerard Gäfgen* (Die Marktmacht sozialer Gruppen, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jahr, Tübingen 1967, S. 46); er charakterisiert Marktmacht als "die Chance, innerhalb einer Tauschbeziehung das eigene Realeinkommen auch auf Kosten des Realeinkommens des Tauschpartners erhöhen zu können".

⁸ Ernst Heuss, Macht oder ökonomisches Gesetz, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 128, 1972, S. 187.

⁹ Bei der Analyse des Parallelprozesses ebenfalls, aber mit entsprechender Verschiebung des Blickwinkels: Hier ist die (kollektive) Marktmacht einer Marktseite um so größer, je geringer die (individuelle) Marktfreiheit ihrer Mitglieder.

¹⁰ Vgl. u. a. *Hoppmann*, Zum Problem einer Definition des Wettbewerbs, a.a.O., S. 16. Die alternative Verwendbarkeit der beiden Begriffe setzt voraus, daß Marktfreiheit nicht im Sinne einer formalen Handlungsfreiheit aufgefaßt wird, wie noch bei *Max Weber* (Wirtschaft und Gesellschaft, a.a.O., S. 43, 384, 543), sondern die Entschließungsfreiheit mitumfaßt. Vgl. Anm. 14.

¹¹ Gert von Eynern, Art. "Marktmacht" in: Wilhelm Bernsdorf (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, 2. Aufl. Stuttgart 1969, S. 662.

¹² Gäfgen, a.a.O. (vgl. Anm. 7), S. 59 f.

¹³ Heuß, a.a.O. (vgl. Anm. 8).

haupte, daß unter diesen Faktoren die Manipulation von Marktinformationen eine bedeutende Rolle spielen kann. Sehr deutlich ist das auf Konsumgütermärkten zu beobachten, auf die die folgende Analyse beschränkt werden soll.

II. Handlungsfreiheit und Entschließungsfreiheit

Auf Konsumgütermärkten sind die Anbieter in einer überlegenen Position. Die Marktmacht im Austauschprozeß erwächst hier aus der Beeinträchtigung der Marktfreiheit der Nachfrager — der Konsumfreiheit. Ich möchte im folgenden zeigen, daß Konsumfreiheit im Sinne der Marktfreiheit der Nachfrager auf Konsumgütermärkten sowohl durch Verringerung der äußeren Handlungsalternativen als auch durch Einwirkung auf die inneren Beweggründe des Handelns beeinträchtigt werden kann, also nicht nur durch Beschränkung der Handlungsfreiheit, sondern auch durch Beeinträchtigung der Entschließungsfreiheit¹⁴.

Die Handlungsfreiheit der Konsumenten wird schon durch die Struktur der Konsumgütermärkte eingeschränkt. Denn in aller Regel sind auf den Konsumgütermärkten in entwickelten Volkswirtschaften die Anbieter die aktiven und die Nachfrager die reaktiven Tauschpartner: Das Tauschobjekt (und oftmals auch die weiteren Tauschbedingungen) wird nicht zwischen Anbieter und Nachfrager ausgehandelt, sondern vom Anbieter vorgelegt, so daß der Nachfrager darauf beschränkt ist, es anzunehmen oder abzulehnen. Die Formulierung eigener Bedingungen (etwa im Sinne eines Auftrags an einen Künstler oder Handwerker) gehört gemeinhin nicht zu den Möglichkeiten der Nachfrager auf Konsumgütermärkten. Die Handlungsfreiheit der Konsumenten ist da-

¹⁴ Die Terminologie der Handlungs- und Entschließungsfreiheit folgt Hoppmann (Zum Problem einer Definition des Wettbewerbs, a.a.O., S. 33 f.); die Auffassung, daß Konsumfreiheit nicht nur Handlungs-, sondern auch Entschließungsfreiheit bedeuten muß, folgt Peter Meyer-Dohm (Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit, Freiburg 1965, S. 27 ff.), der freilich in Anlehnung an Dahrendorf von "problematischer" und "assertorischer" Freiheit spricht. "Je stärker die subtilen Beeinflussungsmöglichkeiten des Konsumentenverhaltens ins Bewußtsein der Öffentlichkeit dringen, desto mehr treten die groben Machtmittel der Marktschließung, der monopolistischen Ausbeutung und der äußeren Beschränkung der Wahlfreiheit in den Hintergrund, beziehungsweise erscheinen nur unterstützend zu den obengenannten Methoden als Machtstellungen, die Bedarfsformungen und Verhaltensmanipulierungen ermöglichen. Die assertorische Freiheit (Entschließungsfreiheit, G. S.) allgemein wird zum Problem einer Generation, die sich mit sozialdarwinistischen Ideen extremer Ausprägung auseinanderzusetzen und zum Beispiel das Phänomen der Bewußtseinsänderung unter Diktaturen miterlebt hat. Der Glaube an die Widerstandskraft des Individuums ist nicht mehr so stark und vom Fortschrittsoptimismus getragen wie im 19. Jahrhundert" (Meyer-Dohm, S. 33).

her auf zwei reaktive Verhaltensweisen beschränkt¹⁵. Die erste dieser Reaktionsweisen soll zur schnelleren Verständigung

- als Bedarfseinschränkung bezeichnet werden. Sie besteht darin, daß Nachfrager geringere Mengen von einem Produkt kaufen (oder sich des Kaufs gänzlich enthalten), sei es, um eine Preiserhöhung desselben Produkts aufzufangen, sei es, um das Produkt oder ein Äquivalent selber herzustellen, sei es, um statt des betroffenen Produkts eines zu kaufen, das zur Deckung eines ganz anderen Bedarfs dient (also nicht unmittelbar substituierbar ist), sei es, um Vermögen zu bilden oder um im Interesse der Vermehrung öffentlicher Güter höhere Steuern oder Beiträge zu zahlen¹6. Die zweite reaktive Verhaltensweise der Nachfrager soll im folgenden
- als Kaufverlagerung bezeichnet werden. Sie vollzieht sich innerhalb des Marktes¹⁷ und besteht darin, daß Nachfrager eine Produktvariante durch eine andere substituieren, die zur Deckung des betreffenden Bedarfs ebenfalls geeignet ist, und dabei in der Regel von einem Anbieter zu einem anderen überwechseln.

Die Handlungsfreiheit der Nachfrager auf einem bestimmten Konsumgütermarkt ist also zum einen darauf angewiesen, daß auf diesem Markt¹⁸ befriedigende Substitutionsgüter angeboten werden, denn von diesen Substitutionsmöglichkeiten hängt die Freiheit zur Kaufverlage-

¹⁵ Der hier verwendete Begriff der Konsumfreiheit schließt die "Sparfreiheit" (die Freiheit zum Konsumverzicht) ein, setzt aber nicht Konsumentensouveränität voraus, wie das beispielsweise bei Haefliger der Fall ist (*Jean-Claude Haefliger*, Die Konsumfreiheit, Zürich und St. Gallen 1966, S. 85 f.). Vgl. unten Anm. 38.

¹⁶ Bedarf sei auf Konsumgütermärkten die Absicht der Nachfrager, ein angebbares Konsumgut zu erwerben. Er kommt in der Interaktion von Angebot und Nachfrage zustande. Das Konsumgut, das das Objekt des Bedarfs bildet, muß nicht unbedingt als konkretes, singuläres Gut definiert sein. Der Bedarf kann sich auch ganz allgemein auf eine Produktgruppe wie z. B. Sitzmöbel oder Kraftwagen richten, er kann spezieller auf ein bestimmtes Produkt aus dieser Gruppe gerichtet sein, z. B. auf Schreibtischsessel oder Pkw, er kann bereits auf eine spezielle Produktklasse (d. h. eine Klasse des Produkts) eingeschränkt sein, etwa auf einen Drehsessel oder einen Mittelklassewagen, und er kann sich schließlich auf eine konkrete Produktvariante (d. h. eine Variante des Produkts) beziehen, z. B. auf ein bestimmtes Drehsesselmodell oder auf ein bestimmtes Automodell.

¹⁷ Zur Abgrenzung des Marktes wird hier der Bedarf der Nachfrager herangezogen. Im einfachsten Falle ist der Bedarf auf ein Produkt gerichtet, so daß die Kaufentscheidung darin besteht, zwischen konkurrierenden Varianten des Produkts zu wählen. Läßt man die Abgrenzung des Marktes von Merkmalen der Angebotsseite wie z. B. der technologischen Basis des Produkts (mit)bestimmt sein, so kann die Kaufentscheidung auch darin bestehen, zwischen konkurrierenden Produkten zu wählen, die auf verschiedenen Märkten angeboten werden. In diesem Falle erfolgt auch die "Kaufverlagerung" von einem Markt (Kohle) zu einem anderen (Heizöl) und nicht wie im ersten Falle innerhalb des Marktes. Im Referat wird durchgängig die erste dieser beiden Marktabgrenzungen verwendet, doch geschieht das lediglich aus Gründen der Vereinfachung und Veranschaulichung.

rung ab; zum anderen ist die Handlungsfreiheit der Nachfrager auf einem bestimmten Konsumgütermarkt aber auch darauf angewiesen, daß außerhalb des Marktes¹⁸ befriedigende Möglichkeiten alternativer Geldverwendung bzw. alternativer Zeitverwendung bestehen, denn von diesen Substitutions- bzw. Kompensationsmöglichkeiten hängt die Freiheit zur Bedarfseinschränkung ab.

Mit einem Wort: Die Handlungsfreiheit der Konsumenten ist von vornherein nur Freiheit zur Reaktion, nicht zur Aktion. Verglichen damit ist die strukturell gegebene Handlungsfreiheit der Anbieterseite auf Konsumgütermärkten zweifellos größer, da sie auch die Freiheit zur aktiven Gestaltung der Angebotsbedingungen und zur Information darüber einschließt.

Diese durch die Marktstruktur bedingte Überlegenheit der Anbieter kann durch das Marktverhalten kompensiert, ebensogut aber auch weiter verstärkt werden. Sie wird durch Marktverhalten kompensiert,

- wenn die Anbieter aus dem breiten Spektrum ihrer Handlungsmöglichkeiten nur die des Leistungswettbewerbs realisieren, wodurch sie den Nachfragern eine relativ große Freiheit zur Kaufverlagerung gewähren,
- und wenn die Nachfrager den gegebenen Spielraum zu Kaufverlagerung und Bedarfseinschränkung (bzw. zur Drohung mit solcher Reaktion) in informierter und beweglicher Weise ausschöpfen.

Umgekehrt wird die strukturell vorgegebene Überlegenheit der Anbieter im Austauschprozeß durch Marktverhalten weiter verstärkt,

- wenn die Anbieter die Handlungsfreiheit der Konsumenten gering halten, indem sie ihnen innerhalb des Marktes nur wenige oder im Extremfall gar keine Substitutionsmöglichkeiten einräumen,
- wenn die Nachfrager den gegebenen Spielraum zu Kaufverlagerung und Bedarfseinschränkung nicht ausschöpfen, d. h. sich über die objektiv vorhandenen Handlungsalternativen nicht zutreffend und hinreichend informieren, sondern ihre Entscheidung aufgrund von Vorurteilen, Vermutungen und unreflektierten Einflüssen treffen, so daß ihre Entschließungsfreiheit geringer ist als ihre Handlungsfreiheit,
- und wenn darüber hinaus die Anbieter die Entschließungsfreiheit der Nachfrager noch weiter einengen, indem sie durch Manipulation der von ihnen ausgesandten Informationen über das Angebot dahin wirken, daß die Nachfrager objektiv vorhandene Möglichkeiten zur Kaufverlagerung, aber auch zur Bedarfseinschränkung nicht als solche wahrnehmen.

¹⁸ Vgl. Anm. 17.

Alle drei Verhaltensweisen, die die Überlegenheit der Angebotsseite verstärken, sind empirisch nachweisbar, und zwei davon bestehen in bewußten Strategien der Anbieter zur Beschränkung der Konsumfreiheit: die Wettbewerbsbeschränkung, die die Handlungsfreiheit der Konsumenten beschneidet, und die manipulierte Marktinformation, die die Bedarfe und Präferenzen der Nachfrager zugunsten der Anbieter beeinflußt und die Entschließungsfreiheit der Konsumenten beeinträchtigt. Ich will im folgenden zunächst auf die Beeinflussung der Präferenzen eingehen. Der Begriff der Präferenz soll die Vorliebe eines Nachfragers für einen der Anbieter bzw. für eine der Produktvarianten bezeichnen, die um die Deckung seines Bedarfs konkurrieren.

III. Die Beeinflussung der Präferenzen

Der Wettbewerb auf Märkten mit Produktdifferenzierung wäre vollkommen oder "unbegrenzt", wie Abbott sagt, wenn die um einen Bedarf konkurrierenden Produktvarianten gleichmäßig und kontinuierlich über die gesamte Breite der Qualitätsskala verteilt wären, so daß für jede Variante eng benachbarte Substitute existierten; auf den unvollkommenen Märkten der Wirklichkeit dagegen klaffen zwischen den Gliedern in der Kette der angebotenen Substitute bedeutende Lücken, die dem Nachfrager das Ausweichen auf die nächstgelegene Variante beträchtlich erschweren, weil diese von seinen Bedarfsvorstellungen schon sehr weit entfernt ist¹⁹.

Diese Diskontinuität ist natürlich nicht nur bei der Produktqualität gegeben, sondern auch bei den übrigen Angebotsbedingungen wie Standort, Kundendienst u. dgl., und die ungleichmäßige Verteilung der verschiedenen Angebotsbedingungen gleicht sich im Regelfalle nicht aus, sondern summiert sich zu dem "akquisitorischen Potential" des einzelnen Anbieters (Gutenberg), das diesem einen monopolistischen Spielraum verschafft.

Man kann das Maß, in dem sich das Angebot eines Anbieters von dem seines nächsten Konkurrenten unterscheidet, und in dem folglich den Nachfragern die Kaufverlagerung erschwert ist, an den Präferenzen der Nachfrager ablesen. Die Präferenz eines Nachfragers für das Angebot eines Anbieters kommt aber in der Verarbeitung von Informationen zustande, sei es, daß das Produkt selber dem Nachfrager als Information gegenübertritt, sei es, daß Hersteller, Verkäufer, Journalisten, Nachbarn o. a. in Wort oder Schrift, über Funk oder Fernsehen, Prospekte oder Plakate irgendwelche Äußerungen über das Produkt verbreiten.

¹⁹ Lawrence Abbott, Qualität und Wettbewerb, München 1958 (New York 1955), S. 218 ff.

Ich beschäftige mich im folgenden nur mit Informationen über die Bedingungen des Angebots, die von den Anbietern im Austauschprozeß ausgehen, und bezeichne sie als Marktinformationen; daß der Begriff der Marktinformation in der Analyse des Parallelprozesses ganz andersgeartete Informationen umfaßt, ist für die folgende, auf den Austauschprozeß konzentrierte Betrachtung nicht relevant²⁰. Dagegen ist es von großer Bedeutung, in den Begriff der Marktinformation nicht nur Mitteilungen einzubeziehen, die den Nachfrager losgelöst vom konkreten Angebot erreichen, sondern auch Informationen, die vom Angebot selber ausgehen, beispielsweise von der Verpackung oder Beschriftung des Produkts, soweit sie nicht selber Bestandteil des Angebots sind. Als Marktinformation der Anbieter im Austauschprozeß sollen alle an die Nachfrager gerichteten Mitteilungen über die Bedingungen des Angebots aufgefaßt werden, deren Aussage sich von dem Angebot selber trennen und objektiv überprüfen läßt. Die Form einer Blumenvase ist in diesem Sinne keine Marktinformation über die Angebotsbedingungen, sondern ein Qualitätsmerkmal und somit selber Angebotsbedingung²¹.

Ruft die Information des Anbieters im Nachfrager einen Eindruck von überlegener Marktleistung hervor, und wird dieser Eindruck nicht durch andere Informationen korrigiert, so wird der Nachfrager eine Präferenz für den Anbieter bzw. sein Produkt entwickeln, die dem Abstand des bevorzugten Angebots zur zweitbesten Alternative entspricht und in diesem Umfang dem Anbieter einen Machtspielraum verschafft, innerhalb dessen er diejenigen Angebotsbedingungen, auf denen die Präferenz nicht beruht, nach dem Prinzip der Optionsfixierung festsetzen kann.

Entspricht die Information den Tatsachen, so liegt die Quelle der Anbietermacht im *Parallelprozeß*: in der Tatsache nämlich, daß ein besser auf die Bedarfsvorstellungen des Nachfragers zugeschnittenes Angebot nicht auf dem Markt ist. Das kann auf eine Wettbewerbsbeschränkung zurückgehen oder auch nicht — beide Fälle will ich hier nicht weiter verfolgen.

Entspricht die Information dagegen nicht den Tatsachen, so liegt die Quelle der Anbietermacht im Austauschprozeß, nämlich im Versuch des Anbieters, eine Nachfragerpräferenz durch Vortäuschung einer überlegenen Marktleistung zu erschleichen. Gelingt dieser Versuch, so kann

²⁰ Für die behandelte Themenstellung ebensowenig relevant sind diejenigen Informationen im Austauschprozeß, die von den *Nachfragern* ausgehen; auch sie bleiben außer Betracht.

²¹ Die Unterscheidung zwischen dem Angebot einerseits und der Information über das Angebot andererseits impliziert, daß das Image eines Produkts, soweit es von den objektiv nachprüfbaren Merkmalen des Produkts und den weiteren Bedingungen, unter denen es angeboten wird, signifikant abweicht, nicht zu den Bestandteilen des Angebots zu rechnen ist.

man sicherlich von einer Verringerung der Konsumfreiheit (im Sinne der Entschließungsfreiheit) sprechen, denn er verringert die Chance des Nachfragers, unter den vorhandenen Tauschpartnern, Tauschobjekten und Tauschbedingungen diejenige Wahl zu treffen, die seinen Interessen am besten entspricht. Konkret besteht die Einschränkung der Entschließungsfreiheit etwa darin, daß im Nachfrager der Eindruck erweckt wird, das von einem Anbieter angebotene Produkt (Ware, Dienstleistung) oder Sortiment von Produkten

- hebe sich in bestimmten Eigenschaften vorteilhaft von dem Konkurrenzangebot ab, obwohl diese Vorzüge in Wirklichkeit nicht existieren;
- sei im Hinblick auf bestimmte Eigenschaften ebensogut oder besser als das Konkurrenzangebot, obwohl es in Wirklichkeit schlechter ist;
- sei im Hinblick auf wichtige Eigenschaften eine beträchtlich verbesserte Version des Produkts, das der Anbieter bisher vertrieben hat, obwohl es sich von dem vorigen nur in unwesentlichen Merkmalen unterscheidet;
- besitze bestimmte Eigenschaften, obwohl es sie tatsächlich nicht besitzt; oder es besitze bestimmte Eigenschaften nicht, obwohl es sie in Wahrheit besitzt.

Beim Nachfrager erfüllt dieser Eindruck den Tatbestand der Täuschung; die vom Anbieter ausgesandten Informationen wird man bei genauerer Untersuchung danach unterscheiden, ob sie diesen Tatbestand durch nachweislich falsche Angaben hervorrufen oder ob sie ihn durch Erschwerung des Vergleichs (unterschiedliche Packungsgröße, fehlende Mengenangaben u. dgl.) begünstigen oder ob sie ihm dadurch Vorschub leisten, daß sie an sich zwar weder unzutreffend noch verschleiernd sind, aber im aufnehmenden Nachfrager irreführende Konnotationen mitschwingen lassen, die in ihm einen Vorgang des Sich-Täuschens in Gang setzen bzw. ihn in der Selbsttäuschung bestärken. Diese drei Strategien können in sehr unterschiedlichen Formen auftreten, je nachdem

- ob sie zum Aufbau einer noch nicht vorhandenen oder zur Verstärkung einer bereits bestehenden Präferenz eingesetzt werden;
- ob sie den Kauf vorbereiten, ob sie ihn auslösen oder ob sie ihn nachträglich rechtfertigen sollen;
- ob sie mit Angaben über Eigenschaften des Produkts operieren oder mit dem Produkt selbst, seiner Gestalt und seiner Verpackung, oder mit der Präsentation des Produkts bzw. seines Abbilds — also mit dem Zusammenhang, in den es gestellt wird, sei es in einer Konsumoder in einer Verkaufssituation.

In jedem Falle aber haben wir es mit Machtstrategien der Anbieter im Austauschprozeß zu tun, die dem Nachfrager die Kaufverlagerung erschweren sollen, indem sie ihm vorspiegeln, daß innerhalb des Marktes halbwegs befriedigende Substitutionsmöglichkeiten, auf die er zur Deckung des Bedarfs ausweichen könnte, nicht vorhanden bzw. nicht erreichbar sind.

IV. Die Beeinflussung der Bedarfe

Auch die Bedarfseinschränkung kann durch Marktinformation erschwert oder verhindert werden, wenn die Information die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Bedarfs selber erhöht und diesen unabweisbar macht.

Wichtigkeit und Dringlichkeit von Bedarfen sind nur zum Teil von zwingenden sozialen Normen oder physiologischen Mangelzuständen bestimmt; vielfach entstehen sie in individuellen, von den Normen und Werthaltungen der Gesellschaft nur wenig strukturierten Freiräumen oder in den Interaktionen kleiner Gruppen, in denen das Individuum maßgeblich mitwirkt und deren normierender Kraft es sich zu einem gewissen Grade auch entziehen kann, so daß der Bedarf temporär oder auch dauernd einschränkbar wird²².

Für den Konsumenten gibt es eine mit wachsendem Wohlstand zunehmende Zahl von Bedarfen, bei denen ihm die Bedarfseinschränkung
relativ leicht fällt, wenn andere Geld- und/oder Zeitverwendungen
das Motiv dafür bieten. Allerdings müssen dann zwei Bedingungen gegeben sein, damit es zu Konsumeinschränkungen kommen kann: erstens
die Verfügbarkeit und Kenntnis der alternativen Geld- und Zeitverwendungen und zweitens die rationale Reflexion der Gewohnheiten,
Normen und Werthaltungen, aus denen die Wichtigkeit und Dringlichkeit der einzuschränkenden Bedarfe resultiert.

Anbietern, die Konsumenten die Bedarfseinschränkung mit den Mitteln der Marktinformation im Austauschprozeß erschweren wollen, muß daher daran gelegen sein, ihnen die besondere Wichtigkeit und

²² Der Bedarf des Individuums oder Haushalts an Konsumgütern und konsumtiven Tätigkeiten, so wie er sich im Geldbudget und im Zeitbudget niederschlägt, ist entweder "Dauerbedarf", wenn er regelmäßig in jeder Wirtschaftsperiode wiederkehrt (Nahrungsmittel, Waschmittel, Miete) oder "Einzelbedarf", wenn er nur einmal oder selten im Budget auftaucht (Anschaffungen, Reisen). Dauerbedarfe können mit gewissen Ausnahmen (Rauchen) zwar eingeschränkt aber nicht ganz eingestellt werden; sie sind der Art und dem Termin nach unabweisbar, nicht dagegen der Höhe nach. Einzelbedarfe sind vielfach weder der Art noch dem Termin noch der Höhe nach unabweisbar: Man kann auf eine Anschaffung oder eine Reise ganz verzichten, man kann sie aufschieben, man kann auch die Ausgabe dafür verringern.

Dringlichkeit des zu verteidigenden bzw. aufzubauenden Bedarfs sowie die Gültigkeit und zwingende Kraft der dem Bedarf zugrundeliegenden Konsumgewohnheiten und -normen vor Augen zu führen. Die Entschließungsfreiheit der Konsumenten kann durch solche Informationen eingeschränkt werden, wenn diese die Unabweisbarkeit des Bedarfs nicht bloß referieren, sondern verstärken oder erzeugen. Die Freiheitseinschränkung resultiert dann beispielsweise daraus, daß

- die Deckung eines Bedarfs mit der Erwartung einer sozialen Belohnung (Ansehen, Aufstiegschance, Zugehörigkeit zu einer besonderen Gruppe, jugendliches oder männliches Image) verknüpft wird, obwohl diese Belohnung nicht signifikant häufig mit der Bedarfsdekkung verbunden ist, oder daß
- die Deckung eines Bedarfs in Unkenntnis nachteiliger Nebenwirkungen (etwa für Gesundheit oder Umwelt) erfolgt, obwohl diese Nebenwirkungen signifikant häufig mit der Bedarfsdeckung verbunden sind.

Man erkennt leicht, daß die Bedarfsbeeinflussung sich in Ziel und Methode nicht wesentlich von der Beeinflussung der Präferenzen unterscheidet. Der einzige Unterschied besteht im Gegenstand: Im Falle der Präferenzbeeinflussung soll unter den auf einem Markt konkurrierenden Möglichkeiten zur Deckung eines Bedarfs eine besonders hervorgehoben werden, im Falle der Bedarfsbeeinflussung soll ein Bedarf vor anderen Geld- und Zeitverwendungen Vorrang erhalten.

In beiden Fällen besteht das Ziel der Beeinflussung darin, den Aufforderungscharakter des Angebots bzw. des Bedarfs so zu verstärken, daß der Abstand zu den vorhandenen Substitutionsmöglichkeiten ein Ausweichen nicht diskutabel erscheinen läßt; in beiden Fällen besteht die Methode in der Aussendung von teils falschen, teils irreführenden und teils verschleiernden — kurz: von manipulierten Marktinformationen²³, die im Nachfrager eine Täuschung über den tatsächlichen Rang des Angebots bzw. des Bedarfs hervorrufen, ihn am rationalen Abwägen der Vor- und Nachteile hindern und auf diese Weise bewirken

²³ Die Ähnlichkeit der Ziele und Methoden legt die Vermutung nahe, daß die Bedarfsbeeinflussung vielfach als gewollter oder auch ungewollter Nebeneffekt der Präferenzbeeinflussung auftritt. Zwar besteht ein Unterschied zwischen der Entscheidung, einen gegebenen Bedarf mit diesem oder mit jenem Gut zu decken, und der Entscheidung, den Bedarf ganz oder teilweise oder gar nicht zu decken. Aber andererseits unterscheiden sich die Argumente, die für die Deckung eines Bedarfs sprechen, nicht prinzipiell von denen, die dafür sprechen, ihn durch den Kauf eines bestimmten Gutes zu decken. Nur in besonderen Fällen wird eine eigene Bedarfsbeeinflussung durch "Gemeinschaftswerbung" für erforderlich gehalten; im allgemeinen genügt die Beeinflussung der Präferenzen, um auch die subjektive Wichtigkeit und Dringlichkeit des Bedarfs zu erhöhen.

sollen, daß sich in den Wertungen und Umwertungen²⁴, die seinen jeweiligen Bedarfen und Präferenzen zugrundeliegen, die Interessenlage der beteiligten Anbieter stärker durchsetzt als seine eigene.

V. Die Wirkung der Gegeninformation

Die Chance der Anbieter, in der skizzierten Weise die Bedarfe und Präferenzen von Nachfragern zu ihren Gunsten zu beeinflussen, setzt die Beherrschung des Informationssystems voraus, von der Wilhelm Krelle in seinem Referat gesprochen hat²⁵. Am Beispiel der Beeinflussung der *Präferenzen* soll nun gezeigt werden, daß die behauptete Einschränkung der Konsumfreiheit in nennenswertem Umfange tatsächlich eintritt, und daß sie tatsächlich an das Vorliegen dieser Voraussetzung gebunden ist.

Das erfordert nicht weniger als den Nachweis einer Diskrepanz zwischen den aktuellen und den "wahren" Bedürfnissen von Nachfragern²6. Ich gehe davon aus, daß "wahre" Bedürfnisse von Nachfragern von niemandem definiert werden können als von den Nachfragern selbst; die nachzuweisende Diskrepanz muß also von ihnen selber aufgedeckt werden. Anders ausgedrückt: Der Nachweis der Freiheitsbeschränkung kann nur mit einer Methode geführt werden, die die Konzeption der individuellen Konsumfreiheit auch gegen sich selber gelten läßt.

Diese Bedingung erfüllt die Methode des sukzessiven Informations-experiments, in dem Nachfrager planmäßig mit zutreffenden Markt-informationen versehen werden — beispielsweise mit Informationen darüber, daß billigere Produktvarianten, die die Verbraucher unter dem Einfluß der Anbieterwerbung für qualitativ schlechter halten als die teureren Marken, in Wirklichkeit den teuren gleichwertig sind²⁷.

²⁴ Zum Begriff der Umwertung vgl. Helmut Arndt, Mikroökonomische Theorie, Tübingen 1966, Band I, S. 208 ff., Band II passim. Der Begriff setzt voraus, daß eine Wertung bereits vorhanden war, wird also den Fällen, in denen Präferenzen bzw. Bedarfe schon bei ihrer Bildung (Krelle: bei der "Anfangsbewertung") den skizzierten Einflüssen unterliegen, nicht gerecht. Aus diesem Grunde wird im Referat der allgemeinere Begriff "Beeinflussung" verwendet.

 $^{^{25}}$ Wilhelm Krelle, Macht und ökonomisches Gesetz in der Verteilung, s. o., S. 85 ff.

²⁶ Wie sich aus dem Kontext ergibt, ist mit dem Begriff des "wahren" Bedürfnisses hier nicht etwa gemeint, daß es autonom und unbeeinflußt von Anbieterinformationen zustandegekommen sein muß, sondern bei voller Entschließungsfreiheit, also in der Verfügung über ausreichende Informationen aus konkurrierenden Informationsquellen.

²⁷ Nur wenn sich eine Präferenz im Laufe dieser Verbesserung der Markttransparenz ändert, und eine Reihe von weiteren Voraussetzungen erfüllt ist, darf man darauf schließen, daß sie vorher nicht auf tatsächlichen sondern auf bloß vermeintlichen Marktleistungen des Anbieters beruhte. Bei der Untersuchung der Bedarfsbeeinflussung ist analog zu verfahren. In beiden

Um zu prüfen, ob eine korrigierende Marktinformation dieser Art die Präferenzen der Verbraucher verändern kann, habe ich mit Mitarbeitern des Instituts für angewandte Verbraucherforschung eine empirische Studie auf zwei westdeutschen Konsumgütermärkten durchgeführt: dem Markt für Kraftfahrzeugbenzin und dem Markt für Vollwaschmittel²⁸. Beiden ist gemeinsam:

- Marken mit großem Marktanteil und weithin bekanntem Image,
- Handelsmarken und markenfreie Produktvarianten mit geringerem Marktanteil und meist nur regionaler oder lokaler Verbreitung,
- beträchtliche Preisunterschiede zwischen den beiden Gruppen,
- qualitative Homogenität aller angebotenen Produktvarianten.

Qualitative Homogenität bedeutet natürlich nicht, daß auf diesen Märkten alle angebotenen Produktvarianten in Bezug auf alle relevanten Qualitätsmerkmale absolut gleich wären; gemeint ist vielmehr, daß sie alle Anforderungen, die vom Auto bzw. von der Wäsche normalerweise an das Produkt gestellt werden, gleich gut erfüllen. Es lagen zu Beginn der Untersuchung genügend viele unabhängige vergleichende Warentests vor, aufgrund deren sowohl für die Kraftfahrzeugbenzine als auch für die Vollwaschmittel behauptet werden konnte, sie seien in diesem Sinne qualitativ homogen.

Die Preise dagegen wiesen zum Zeitpunkt der Untersuchung beträchtliche Unterschiede auf. In 12 Orten der Bundesrepublik betrug die durchschnittliche Abweichung des niedrigsten vom höchsten lokalen Preis bei Normal-Benzin über 8 und bei Super-Benzin über 7%. Bei Vollwaschmitteln lagen die billigsten Angebote um durchschnittlich 57% unter den lokalen Höchstpreisen.

Nach vorbereitenden Repräsentativerhebungen konzentrierten wir uns auf zwei lokale Teilmärkte und befragten je eine Flächenstichprobe von 180 Autofahrern und 165 Hausfrauen nach ihren marktrelevanten Verhaltensweisen, Präferenzen und Informationen. Diejenigen befragten Verbraucher, die dabei die Überzeugung äußerten, es gebe nennenswerte Qualitätsunterschiede zwischen den teureren und den billigeren Benzin- bzw. Vollwaschmittelmarken, erhielten dann wenige Wochen

Fällen müssen sorgfältige Vorkehrungen getroffen werden, um eine exakte Identifikation derjenigen im Laufe des Sukzessivexperiments eintretenden Präferenz- bzw. Bedarfsänderungen sicherzustellen, die Rückschlüsse auf die Wirkungen von manipulierten Marktinformationen erlauben. Die im Text referierte Studie stellt in dieser Beziehung einen ersten und noch sehr unvollkommenen Versuch dar.

²⁸ Gerhard Scherhorn und Klaus Wieken, On the Effect of Counter Information on Consumers. In: Human Behavior in Economic Affairs, Essays in Honor of George Katona, Amsterdam 1972. Eine Buchveröffentlichung erscheint voraussichtlich noch 1973 unter dem Titel "Gegen-Werbung. Untersuchungen über den Einfluß richtigstellender Marktinformation auf das Verbraucherverhalten".

nach der Befragung einen Informationsbrief des Instituts, dem im Abstand von einem Monat ein weiterer Informationsbrief folgte. In diesen Informationsbriefen wurde in sachlicher Art über zwei Punkte informiert:

- über die qualitative Homogenität des Benzins bzw. der Vollwaschmittel und
- über das Ausmaß der lokalen Preisunterschiede und der dadurch gegebenen Einsparungsmöglichkeiten.

Vier Wochen nach Erhalt des zweiten Informationsbriefes wurden die Adressaten ein zweitesmal befragt; zu diesem Zeitpunkt lag die erste Befragung drei Monate zurück.

Die Ergebnisse der Studie zeigen zunächst einmal ein beträchtliches Ausmaß der Präferenzenbeeinflussung. Nur ein Viertel der westdeutschen Autofahrer hat keine Präferenzen für bestimmte Benzinmarken oder für Markenbenzin schlechthin, die übrigen drei Viertel tanken teures Benzin, und zwar überwiegend aufgrund von Präferenzen, die auf irreführender Qualitätsinformation beruhen. Nur ein Achtel der westdeutschen Hausfrauen haben keine Präferenzen für bestimmte Vollwaschmittelmarken oder für Markenwaschmittel schlechthin, die übrigen sieben Achtel kaufen teure Vollwaschmittel, und zwar meist aufgrund von Präferenzen, die auf irreführender Qualitätsinformation beruhen²⁹

Sowohl von den Benzin- als auch von den Waschmittelkäufern waren weniger als 30 % zutreffend darüber informiert, daß zwischen den verschiedenen Benzin- bzw. Waschmittelmarken keine nennenswerten Qualitätsunterschiede bestehen. Wenn die Qualitätstransparenz, gemessen als Bekanntheitsgrad der qualitativen Homogenität des Produkts, derart gering ist, so kann die Kenntnis der Preisunterschiede kein preisbewußtes Verhalten bewirken. Die Preistransparenz war nämlich recht hoch: Fast alle Autofahrer und immerhin 60 Prozent der Waschmittelkäufer zeigten sich darüber informiert, daß es in erreichbarer Nähe billigeres Benzin bzw. billigere Vollwaschmittel zu kaufen gab als die, die sie selber gekauft hatten.

²⁰ Das Verhalten der Kraftfahrer, die teurere Markenbenzine kaufen, ist zum Teil auch dadurch bedingt, daß sie Wert auf den Service einer bestimmten Tankstelle legen: Mehr als ein Viertel derjenigen Kraftfahrer, die bestimmte Benzinmarken bevorzugen, nennen als Grund dafür den guten Kundendienst an den Stationen dieser Marke. Die meisten aber bevorzugen ihre gewohnte Marke, weil sie sie für qualitativ besser halten als die übrigen oder weil sie an sie gewöhnt sind. Beim Kauf teurer Markenwaschmittel spielt die Präferenz für bestimmte Händler nur eine untergeordnete Rolle, weil die meisten Geschäfte sowohl teurere als auch billigere Vollwaschmittel führen; hier stehen der Glaube an die überlegene Qualität der teuren Marken und die eigene lange Gewohnheit noch eindeutiger im Vordergrund.

Was nun das Informationsexperiment selber betrifft, so hat die korrigierende Marktinformation in beträchtlichem Umfang sowohl die Qualitätstransparenz verbessert als auch bei vielen Nachfragern zu einer Änderung ihrer Präferenzen und ihres Verhaltens geführt.

- Qualitätstransparenz: Von den Benzinkäufern, die vor der Gegeninformation überzeugt gewesen waren, daß die teureren Marken im allgemeinen auch von besserer Qualität seien, hatten nach der Lektüre der Informationsbriefe nur 27 % ihre Meinung nicht geändert. Von den Waschmittelkäufern wurden 45 % durch die Informationsbriefe nicht dazu veranlaßt, ihren Glauben an die qualitative Überlegenheit der bekannten und teuren Marken zu revidieren.
- Markenpräferenzen: Fast die Hälfte der Autofahrer, die vor der Gegeninformation teurere Benzinmarken bevorzugt hatten, äußerten nach der Gegeninformation die Absicht, in Zukunft öfter billigeres Benzin zu tanken. 55 % der Autofahrer des Tests dagegen hatten nach der Gegeninformation ihre Präferenzen nicht geändert. Zwei Fünftel von ihnen waren weiterhin von der schlechteren Qualität des billigeren Benzins überzeugt, den übrigen waren der Service und die günstige Lage der Stammtankstelle den höheren Preis wert. Bei den Waschmittelkäufern äußerte ein Drittel nach der Gegeninformation die Absicht, künftig das jeweils billigste Vollwaschmittel zu kaufen, weitere 25 % wollten das jeweils billigste Angebot unter den bekannten Marken wählen, der Rest wollte bei seiner Marke bleiben.
- Kaufverhalten: Nach der Gegeninformation gab mehr als ein Viertel der Autofahrer an, jetzt häufiger zu freien Stationen zu fahren, und ebenfalls rund ein Viertel der Waschmittelkonsumenten hatten bereits ein billigeres Waschmittel gekauft. Berücksichtigt man, von welch geringer Intensität die verwendete Gegeninformation war weder Fernsehfilme noch bebilderte Schriften noch mündliche Unterrichtung, sondern lediglich zwei nüchterne Informationsbriefe wurden verwandt so ist das sicherlich ein bemerkenswertes Ergebnis.

Das Experiment beweist die potentielle Wirksamkeit einer korrigierenden Gegeninformation und zeigt damit, daß die Konsumfreiheit auf die Verfügbarkeit konkurrierender, einander korrigierender Marktinformationen angewiesen ist. Es beweist dagegen nicht, daß an der Täuschung der Nachfrager allein die Informationsstrategien der Anbieter schuld sind. Denn in vielen Fällen wäre es Nachfragern durchaus möglich, sich auch aus anderen Quellen Informationen zu verschaffen, um die Marktinformation der Anbieter zu ergänzen und zu korrigieren. Das Informationsverhalten der Nachfrager weicht in vielem von der

Rolle des voll informierten, rational entscheidenden Konsumenten ab, die die Theorie der Marktwirtschaft ihnen zugedacht hat³⁰. Selbst wenn die Nachfrager sich strikt an die Regeln der rationalen, den Prinzipien der Kosten-Nutzen-Analyse folgenden Informationssuche hielten, würden sie vielfach nicht zu einer für marktgerechtes Verhalten ausreichenden Marktübersicht gelangen, weil deren Kosten zu hoch sind³¹.

VI. Markttransparenz und Wettbewerb

Wenn das so ist, so kann die Konsumfreiheit nur dadurch hergestellt werden, daß man die Informationskosten senkt. Dazu müßten marktpolitische Instrumente eingesetzt werden, die bisher ganz am Rande liegen:

- das Verbot von falschen, irreführenden und verschleiernden Marktinformationen, das naturgemäß nur insoweit in Betracht kommen kann, als die inkriminierten Informationsstrategien justiziable Tatbestände enthalten, beispielsweise nachweislich falsche Aussagen oder Verstöße gegen Kennzeichnungsvorschriften³²;
- die Schulung der Verbraucher, von denen ein großer Teil derzeit gar nicht in der Lage ist, die Funktionsweise des Marktes zu verstehen, die Strategien der Anbieter zu durchschauen, die Qualität von Produkten zu beurteilen, sich vor dem Kauf ausreichende Marktübersicht zu verschaffen, kurz: ein marktgerechtes Verhalten zu entwickeln;
- die Information der Verbraucher vermittels eines effizienten Beratungs- und Benachrichtigungssystems, das zwei Arten von aktuellen Informationen bereitstellen und verbreiten müßte, um die Verbraucher in die Lage zu versetzen, das in der Grundausbildung erworbene Denk- und Handlungsschema auf aktuelle Gegebenheiten anzuwenden: zum einen Zusatzinformationen, die die Marktinforma-

³⁰ Gerhard Scherhorn unter Mitarbeit von Rose Marie Hansen, Heiner Imkamp und Claus Henning Werner, Möglichkeiten und Wege zu einer effektiveren Verbraucheraufklärung und -erziehung. Gutachten zur Frage der Errichtung eines Lehr- und Forschungszentrums (Verbraucher-Akademie), erstattet im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Finanzen, 1971; eine Buchfassung erschien unter dem Titel "Gesucht: der mündige Verbraucher. Grundlagen eines verbraucherpolitischen Bildungsund Informationssystems, Düsseldorf 1973.

³¹ Eberhard Kuhlmann, Das Informationsverhalten der Konsumenten, Freiburg 1970, S. 94 ff., S. 114; vgl. auch Anthony Downs, Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968 (New York 1957), S. 202 ff.

³² In der Terminologie der Verbraucherpolitik ist das Verbot manipulierter Marktinformation ein Teil des *Verbraucherschutzes*. Dieser Begriff faßt alle Maßnahmen zusammen, die die Verbraucher durch Gesetze und Verordnungen vor Schaden bewahren sollen.

tionen der Anbieter ergänzen³³, und zum anderen Gegeninformationen, die die Marktinformationen der Anbieter korrigieren.

Denn vom Wettbewerb der Anbieter ist das Maß an Gegeninformation nicht zu erwarten, das erforderlich wäre, um den Konsumenten den Teil ihrer Entschließungsfreiheit wiederzugeben, der ihnen durch die manipulierten Marktinformationen der Anbieter im Austauschprozeß genommen ist.

Diese These ist näher zu begründen. Die Struktur der Konsumgütermärkte ist durch heterogene Angebotsbedingungen gekennzeichnet, die nicht gleichmäßig und dicht über ein Kontinuum variieren, sondern so verteilt sind, daß zwischen den konkurrierenden Angeboten mehr oder weniger breite Lücken klaffen, die den Nachfragern die Kaufverlagerung erschweren und jedem Anbieter ein begrenztes Monopol über den Teil der Nachfrager verleihen, deren Bedarfsvorstellungen sein Angebot am nächsten kommt. Gewiß findet Wettbewerb im Sinne vertikaler und innovatorischer Variation der Qualität und der Konditionen statt³⁴; aber konstitutiv ist für die Struktur des Marktes die Tatsache, daß der Wettbewerb im Sinne horizontaler Variation der Angebotsbedingungen begrenzt ist, so daß im Prinzip jeder Anbieter seine eigene Zielgruppe von Nachfragern anpeilt und die einzelnen Zielgruppen, wenn man sich das etwa im Spiegelschen Marktmodell verräumlicht vorstellt³⁵, einander nur im Grenzbereich überschneiden.

Bei dieser Marktstruktur kann kein etablierter Anbieter ein Interesse daran haben, die Angebotsbedingungen eines Konkurrenten zu kopieren, soweit er dann seine eigene Zielgruppe preisgeben müßte. Werden manipulierte Marktinformationen von einem Anbieter einge-

³³ Ein aktuelles Beispiel für ergänzende Informationen stellt die vom Bundeswirtschaftsministerium geförderte Veröffentlichung von Preisübersichten auf lokalen Märkten dar, die aufgrund von Erhebungen des Instituts für angewandte Verbraucherforschung von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher e. V. und den Verbraucherzentralen veröffentlicht werden und beträchtliche Preisunterschiede aufdecken; beispielsweise betrug im April 1972 in Stuttgart der niedrigste Preis eines bestimmten Tiefkühlschrankmodells 460 DM, der höchste 680 DM.

³⁴ Die Begriffe horizontal, vertikal und innovatorisch werden hier im Sinne Abbotts verwendet, der die "horizontale" Variation der Produktqualität im Sinne der Produktdifferenzierung und die "vertikale" Variation im Sinne der Qualitätsverbesserung definiert; die "innovatorische" Variation unterscheidet sich von der vertikalen dadurch, daß sie die bisherige Qualität verdrängt, während bei vertikaler Variation die bessere Qualität, da sie auch mehr kostet, neben die bisherige Ausführung treten kann (Abbott, Qualität und Wettbewerb, a.a.O., S. 149 f.). Es versteht sich, daß man diese Begriffe nicht nur auf die Produktqualität, sondern auch auf weitere Angebotsbedingungen wie Service, Vertriebssystem (Selbstbedienung, Versand usw.) u. dgl. anwenden kann, die im Text unter dem Sammelbegriff "Konditionen" zusammengefaßt sind.

³⁵ Bernt Spiegel, Die Struktur der Meinungsverteilung im sozialen Feld. Das psychologische Marktmodell, Bern und Stuttgart 1961.

setzt, um den Eindruck der horizontalen Angebotsvariation zu erwecken oder zu verstärken, so gilt analog, daß auch in diesem Falle ein Konkurrent kein Interesse daran haben kann, die Informationen richtigzustellen, solange sie nicht an seine eigene Zielgruppe gerichtet sind. Selbst wenn der Anbieter mit den Mitteln der Marktinformation fälschlich den Eindruck der vertikalen Angebotsvariation erweckt, braucht er nicht mit der Gegeninformation seiner Konkurrenten zu rechnen, solange er bei seiner eigenen Zielgruppe bleibt³⁶. Aus diesem

36 Um die Präferenzbeeinflussung durch manipulierte Marktinformation zu verhindern, also der Präferenz "Zur Deckung des Bedarfs A ist von allen konkurrierenden Angeboten des Marktes das Angebot a_i bei weitem am besten geeignet" entgegenzuwirken, müßten Gegeninformationen der folgenden Art gegeben werden: " a_1 deckt den Bedarf A nicht so gut wie der Anbieter behauptet" und a_2 deckt den Bedarf A besser als a_1 (oder genausogut)". Angesichts der skizzierten Marktstruktur können vom Wettbewerb der Anbieter solche korrigierenden Gegeninformationen im allgemeinen nicht erwartet werden, sondern lediglich ergänzende Marktinformationen von der Art "Es gibt auch a_2 , das wenigstens ebensogut ist wie andere Angebote". Hinzu kommt, daß der Qualitätswettbewerb, der zwischen den professionellen Werbetreibenden selber stattfindet, sehr stark in der vertikalen bzw. innovatorischen Dimension konzentriert ist, so daß nur wenige Anbieter umhin können, an den jeweils neuesten Errungenschaften der Werbebranche zu partizipieren; so werden sie durch ein gemeinsames Interesse vereint, die Glaubwürdigkeit ihrer Werbebotschaften nicht dadurch zu stören, daß sie aus ihren Glashäusern heraus einander Verschleierung, Irreführung oder gar Fälschung vorwerfen.

Erfolgreiche Präferenzbeeinflussung bedeutet (nach der in Anm. 17 problematisierten vereinfachten Betrachtungsweise) erschwerte Substitution innerhalb des Marktes, erfolgreiche Bedarfsbeeinflussung bedeutet erschwerte Substitution außerhalb des Marktes. Während an der Präferenzbeeinflussung nur der einzelne Anbieter interessiert ist, liegt die Bedarfsbeeinflussung im Interesse aller Anbieter des Marktes. Um die Bedarfsbeeinflussung durch manipulierte Marktinformation zu verhindern und der Vorstellung "Auf die Deckung des Bedarfs A kann man nicht verzichten" entgegenzuwirken, müßten u.a. Gegeninformationen folgender Art gegeben werden: "Der Bedarf A ist nicht so unabweisbar wie er von den Vertretern der Angebote a_1 bis a_n gemacht wird". Gegeninformation dieser Art kommt aber für die Vertreter der Angebote b₁ bis b_n schon deshalb nicht in Betracht, weil der Bedarf B nicht nur mit A, sondern auch noch mit einer schwer übersehbaren Anzahl weiterer Bedarfe konkurriert, so daß sie zwar an einer Bedarfsbeeinflussung zugunsten von B interessiert sein werden (mit Informationen von der Art "Der Bedarf B ist mindestens ebenso wichtig wie andere Bedarfe"), nicht aber an einer Gegeninformation, die sich auf eine sehr große Anzahl von Bedarfen beziehen müßte und einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern würde. Auch die Erwägung, daß Anbieter von Konsumgütermärkten in aller Regel an der Deckung mehrerer Bedarfe zugleich interessiert sind und zueinander in den vielfältigsten Reziprozitäts- und Solidaritätsbeziehungen stehen, läßt die Vorstellung, sie könnten Gegeninformationen dieser Art betreiben, als gegenstandslos erscheinen.

In der Verfolgung dieses Gedankens kann man zu dem Schluß kommen, daß die Beherrschung des Informationssystems durch die Anbieter auch dann bei den Nachfragern eine Bedarfsbeeinflussung bewirkt, wenn die von den Anbietern ausgesandten Informationen über das Angebot an sich weder falsch noch irreführend noch verschleiernd im Sinne der oben (S. 591) skizzierten Definition sind — wenn für konkurrierende Geld- und Zeitverwendungen ohne Bindung an auf Konsumgütermärkten angebotene Güter wenig

Grunde würde auch eine Aufhebung des Verbots der vergleichenden Werbung wohl keine entscheidende Zunahme der von den Anbietern ausgehenden Gegeninformation nach sich ziehen.

VII. Kontraktive und expansive Machtstrategie

Der Markt ist oft einseitig als Instrument sozialer Kontrolle der Nachfrager über die Anbieter gesehen worden. Ein Ausdruck dieser Vorstellung ist der Begriff der Konsumentensouveränität, der die Produzenten als Diener der Konsumenten sieht. Die Unterwerfung des Produzenteninteresses unter eine "Alleinherrschaft" des Konsumenteninteresses ist aber nicht durchsetzbar, weil weder die Struktur der Konsumgütermärkte noch das Verhalten der Marktparteien es den Konsumenten ermöglicht, die Entwicklung des Marktes autonom zu bestimmen. Sie ist nicht einmal wünschenswert, weil der Konsum nicht den alleinigen Zweck der Produktion darstellt; denn nicht nur durch Konsum, sondern auch in der Arbeit werden Bedürfnisse befriedigt³⁷.

Die Konsequenz dieser Erkenntnis besteht im Begriff der Konsumfreiheit, der die Gleichrangigkeit des Konsumenten- und des Produzenteninteresses impliziert. Er besagt, daß die Nachfrager auf Konsumgütermärkten den Anbietern als prinzipiell gleichberechtigte Tauschpartner gegenüberstehen sollten, so daß der Tausch selbst ein freier und freiwilliger Vorgang ist, bei dem keine der beiden Marktparteien der anderen die Bedingungen diktiert, und die Entwicklung des Marktes gleichermaßen von den Interessen beider Seiten bestimmt wird³⁸.

oder gar nicht geworben wird, für Konsumbedarfe aber sehr intensiv, so kann auch die nichtmanipulierte Marktinformation die Bedarfsentscheidung von Konsumenten zugunsten der beworbenen Konsumbedarfe beeinflussen (vgl. etwa Gertrud Lorz, Lerntheorien im Dienste der Bedürfnismanipulation, Wirtschaftswoche 1972, Nr. 7, S. 39 - 42). Ich habe diesen Fall im Referat nicht unter den Begriff der Bedarfsbeeinflussung subsumiert, weil mir die Frage, wieweit hier ein Entzug von Entschließungsfreiheit vorliegt, noch nicht hinreichend geklärt scheint.

³⁷ Vgl. Peter Meyer-Dohm, Konsumfreiheit, a.a.O., S. 70 ff. und die dort referierte Literatur; Gerhard Scherborn, Humanisierung der Arbeitsbedingungen als Herausforderung an die Wirtschaftstheorie, Referat gehalten auf der internationalen Tagung "Menschenwürde im Betrieb", veranstaltet von der Carl-Backhaus-Stiftung und der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg 1972.

38 Selbstverständlich drückt auch der Begriff Konsumfreiheit eine Normoder Zielvorstellung aus. Und man mag mit guten Gründen bezweifeln, daß dieses Ziel erreicht wird. Immerhin ist es im Unterschied zur Konsumentensouveränität prinzipiell erreichbar. Vor allem aber läuft der Begriff der Konsumfreiheit, wenn er im Rahmen einer Machttheorie des Marktes verwendet wird, nicht Gefahr, eine optimistisch-naive Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse zu liefern, die dem Bild der Produzentensouveränität manchmal verzweifelt nahekommen. Denn der Begriff Konsumfreiheit soll den Blick nicht von den Machtkonstellationen des Marktes ab-, sondern auf sie hinlenken, weil er den Ausgleich der Interessen nicht behauptet, sondern fordert — und diese Forderung ist an die Anbieter gerichtet.

Ich habe meinen Ausführungen daher eine Konzeption zugrundegelegt, die den Markt als Instrument der wechselseitigen sozialen Kontrolle sieht³⁹. Das Mittel dieser Kontrolle ist die Substitution. Wenn die Nachfrager frei sind, ein gegebenes Angebot gegen andere Angebote innerhalb und außerhalb des jeweiligen Marktes zu substituieren, und wenn sie diese Freiheit in hinreichendem Umfang zur Kaufverlagerung und Bedarfseinschränkung (bzw. zur Drohung mit solchen Reaktionen) nutzen, dann sind die Anbieter gezwungen, sich bei der Festsetzung der Angebotsbedingungen an den Interessen der Nachfrager zu orientieren, die im allgemeinen eher auf niedrigere als auf höhere Preise, eher auf bessere als auf schlechtere Qualität, eher auf zuvorkommenden als auf nachlässigen Service usw. gerichtet sind.

Umgekehrt verleiht die Möglichkeit, eine gegebene Nachfrage gegen andere zu substituieren, den Anbietern die Macht, auf die ständige Bemühung um niedrige Preise, bedarfsgerechte Qualität und günstige Konditionen zu verzichten und den Nachfragern ihre Bedingungen zu diktieren. Wo die Marktstruktur den Anbietern ohnehin die Rolle des aktiven, die Tauschbedingungen festsetzenden Tauschpartners zuweist, da ist eine Voraussetzung für das Diktat der Bedingungen bereits gegeben.

Denn die äußere Form des Bedingungsdiktats ist stets die Optionsfixierung, die dem Nachfrager nur die Wahl zwischen Kauf und Nichtkauf läßt; gleichgültig wie hoch die Mindestabgabemenge festgesetzt
wird bzw. wie groß die kleinste angebotene Einheit ist, es wird bei
einem relativ hohen Preis stets Nachfrager geben, die die Option freiwillig nicht akzeptieren würden⁴⁰.

Die zweite Voraussetzung für das Bedingungsdiktat ist dann, daß diesen Nachfragern das Ausweichen auf andere Alternativen innerhalb

³⁹ Vgl. Hans Albert, Der Marktmechanismus im sozialen Kräftefeld. In: Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Festschrift für Beckerath, Tübingen 1964, S. 90; Robert A. Dahl und Charles E. Lindblom, Politics, Economics, and Welfare, New York 1963, S. 175 ff.

⁴⁰ In diesem Sinne folgt auch die Preisstellung des Monopolisten nach Cournot dem Prinzip der Optionsfixierung. Der Begriff soll andeuten, daß der Monopolist dem Nachfrager "nicht nur den Preis, sondern auch die Menge" diktiert (Heuβ, Macht oder ökonomisches Gesetz, a.a.O., S. 188), d. h., daß die Mindestabgabemenge größer ist als die, die der Nachfrager zu dem festgesetzten Preis freiwillig abnehmen würde. Aber wenn diese Definition für alle Nachfrager des Monopolisten erfüllt sein soll, so ist der Begriff auf Konsumgütermärkten nicht anwendbar. Denn es wird stets Konsumenten geben, denen bei einem hoch angesetzten Preis eine ebenfalls hoch angesetzte Mindestabgabemenge nicht übertrieben scheint; und umgekehrt wird es Konsumenten geben, denen selbst bei einem mäßigen Preis eine geringe Mindestabgabemenge (Pfund Zucker) bzw. eine gering bemessene kleinste Einheit (Kühlschrank) zu groß ist. Es scheint mir angemessener, Optionsfixierung generell als die Festsetzung eines Mindestpaketes von Angebotsbedingungen aufzufassen, über das der Optionsfixierer nicht mit sich handeln läßt.

oder außerhalb des betreffenden Marktes soweit erschwert wird, daß sie zur Annahme der Option gezwungen sind.

Das Ausmaß, in dem diese zweite Voraussetzung gegeben ist oder herbeigeführt wird, entscheidet darüber, wie rigoros die Option fixiert werden kann und vor allem, ob sie mit kontraktiver oder mit expansiver Wirkung eingesetzt werden kann.

— Eine expansive Wirkung tritt ein, wenn die Freiheit der Nachfrager zu Kaufverlagerung und Bedarfseinschränkung so gering ist, daß sie zur "Umwertung" ihrer Nutzenvorstellungen bewogen werden können²⁵. Im Preis-Mengen-Diagramm läßt sich diese Expansion durch Verschiebung der Nachfragekurve nach rechts symbolisieren.

Die Beeinflussung der Bedarfe und Präferenzen durch manipulierte Marktinformation ist darauf gerichtet, die Marktfreiheit der Nachfrager soweit einzuschränken, daß für die Anbieter ein Spielraum zum expansiven Einsatz der Optionsfixierung entsteht. Auf Konsumgütermärkten in entwickelten Volkswirtschaften dürfte solche expansive Wirkung der Anbietermacht die Regel sein.

— Eine kontraktive Wirkung tritt ein, wenn die Anbieter den Nachfragern zwar die Kaufverlagerung erschweren können, nicht aber die Bedarfseinschränkung. In diesem Falle erlaubt die Marktmachtrelation ihnen lediglich, das Angebot auf die Nachfrager zu beschränken, deren Nutzenvorstellungen und finanzielle Mittel es ihnen ermöglichen, eine relativ hohe Option zu akzeptieren. Im Preis-Mengen-Diagramm läßt sich die Kontraktion des Angebots durch Verschiebung der Angebotskurve nach links symbolisieren.

Die Wettbewerbsbeschränkung gestattet den Anbietern im allgemeinen nur diese kontraktive Machtstrategie, da sie den Nachfragern nur die Kaufverlagerung, nicht aber die Bedarfseinschränkung erschwert. Wenn allerdings exogene Faktoren bewirken, daß auch die Bedarfseinschränkung erschwert ist, so kann die Wettbewerbsbeschränkung den Anbietern auch den expansiven Einsatz der Optionsfixierung ermöglichen.

Die Struktur der Konsumgütermärkte begünstigt die Anbieter dadurch, daß sie ihnen beide Machtstrategien erleichtert; denn die Angebotsbedingungen sind ungleichmäßig differenziert, die Anbieter üben die Rolle der aktiven Tauschpartner aus, die Anbieter sind an Zahl geringer als die Nachfrager und verfügen über größere wirtschaftliche Mittel. Ich habe meine These über die Beeinflussung der Präferenzen und Bedarfe daher am Fall der Anbieterübermacht erläutert; es gibt aber keinen Grund zu der Annahme, daß sie nicht auch auf den Fall der Nachfragerübermacht übertragbar wäre. Wenn die erforderlichen Bedingungen vorliegen, so wird es auch der Nachfrageseite möglich

sein, ihre Marktmacht nicht nur zur Kontraktion der Nachfrage, sondern auch zur Expansion des Angebots einzusetzen.

Wenn es aber generell der mächtigeren Marktseite möglich ist, durch Anwendung von Machtstrategien sowohl das Angebot als auch die Nachfrage im kontraktiven oder im expansiven Sinne zu beeinflussen, dann "ist offensichtlich, daß diese Art von Macht nicht als 'außerökonomisch' aufgefaßt werden kann, sondern daß sie durch Angebot und Nachfrage auf den Markt einwirkt und demnach in den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Marktablaufs . . . zum Ausdruck kommen muß"⁴¹.

Und noch eine andere Schlußfolgerung ist dann unausweichlich: Von Konsumgütermärkten, die durch eine ins Gewicht fallende Übermacht der Anbieterseite gekennzeichnet sind, kann nicht erwartet werden, daß ihre Ergebnisse den marktübergreifenden Interessen der Gesamtwirtschaft genügen. Denn auf solchen Märkten ist anzunehmen, daß ihre Entwicklung mehr von den Anbietern bestimmt wird als von den Nachfragern. Zwar wissen wir bis heute nichts darüber, welches Ausmaß die expansiven Wirkungen der Anbieterübermacht tatsächlich erreichen; aber es gibt wenig Anlaß, es gering zu schätzen⁴².

Betrachtet man Konsumgütermärkte in verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung⁴³, so drängt sich der Eindruck auf, daß die Tendenz zur Anwendung von Machtstrategien mit expansiver Wirkung um so stärker wird, je weiter der Markt in seiner Entwicklung fortschreitet und je näher er dem Stadium der Marktsättigung kommt. Trägt der Markt in seiner Experimentierungs- und Expansionsphase kräftig zur Wohlstandssteigerung bei, so scheint er in der Ausreifungs- und Stagnationsphase eher dazu zu neigen, die weitere Wohlstandsentwicklung, soweit sie auf das relative Zurücktreten der bisherigen und das Hervortreten neuer Bedarfe angewiesen ist, durch Bedarfsbeeinflussung zugunsten der bisherigen Bedarfe zu behindern.

(Beifall.)

⁴¹ Gäfgen, Die Marktmacht sozialer Gruppen, a.a.O., S. 47.

⁴² Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich hier noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich als expansive Machtstrategie die Beeinflussung der Präferenzen und Bedarfe mit den Mitteln der manipulierten, d. h. der falschen, irreführenden und verschleiernden Marktinformation bezeichnet habe; die expansiven Wirkungen des Angebots selber und der zutreffenden Marktinformation über das Angebot gehen auf das Konto der Konsumentenentscheidung, nicht auf das einer Machtstrategie der Anbieter. Man mag zwar darüber streiten, ob es eine freie Entscheidung der Konsumenten überhaupt gibt, wenn der Markt unausgewogen ist, und die Anbieter die Mittel der Präferenzen- und Bedarfsbeeinflussung einsetzen. Aber diese Frage läßt sich empirisch entscheiden, wenn man die Versuchsanordnung akzeptiert, die ich im 5. Abschnitt (S. 594) skizziert habe. Der referierte erste Versuch zeigt, daß die Konsumfreiheit auf den untersuchten Märkten zwar beträchtlich eingeschränkt, aber keineswegs aufgehoben ist (Vgl. auch Anm. 36).

⁴³ Ernst Heuβ, Allgemeine Markttheorie, Tübingen und Zürich 1965.

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Ich darf als Korreferenten Herrn Hoppmann das Wort erteilen!

Erich Hoppmann¹ (Freiburg):

Der Referent behandelt im wesentlichen:

die Manipulation von Verbraucherinformation durch Konsumgüterproduzenten.

Seine These:

Manipulation der Verbraucherinformation ist strukturell unausweichlich. Manipulierte Verbraucherinformation steigert die strukturell vorhandene Marktmacht der Anbieter.

Zum besseren Verständnis des Schlußwortes des Referenten sei nachfolgend aus meinem ursprünglichen (auf der Tagung verteilten) Diskussionsbeitrag die einführende Passage abgedruckt, die sich auf den "Entwurf" des Referats von Herrn Kollegen Scherhorn bezog:

"Das Referat beginnt mit einer normativen Aussage. Diese ist insofern wichtig, als sie die Problemstellung explizit macht, mit der es sich beschäftigen will, nämlich mit dem Interessenausgleich zwischen beiden Marktseiten. Wenn wir vom Referenten die Definition der Marktmacht übernehmen, folgt aus dieser normativen Festsetzung, daß die Frage der Differenz im Ausmaß der Marktmacht, und zwar zwischen den Marktseiten Gegenstand der Untersuchung sein soll.

Hier möchte ich eine erste kritische Anmerkung machen: Behandelt man lediglich die Frage nach dem $Ausma\beta$ der Marktmacht, dann verliert man das Problem des Wettbewerbs aus den Augen. Für Wettbewerbspolitik sind nicht alle Formen der Marktmacht mit einem Unwerturteil belegt, sondern nur jene, die antikompetitiv sind. Analytisch geht es deshalb um die Unterscheidung zwischen Marktmachthandlungen, die wettbewerblich sind, und solchen, die wettbewerbsbeschränkend sind. Der Referent, der lediglich die Frage nach dem $Ausma\beta$ der Marktmacht in das Zentrum seiner Untersuchung stellt, hat deshalb gleich zu Beginn die Weichen in eine Richtung gestellt, die es unmöglich macht, Fragen des Wettbewerbs und der Wettbewerbsbeschränkung zu analysieren."

¹ Bei dem hier abgedruckten Diskussionsbeitrag handelt es sich um eine auf der Tagung von mir vorgetragene Neufassung, die sich von der ursprünglichen Fassung, die als Umdruck an die Teilnehmer des 2. Arbeitskreises während der Tagung verteilt wurde, unterscheidet. Herrn Kollegen Scherhorn war nur die ursprüngliche (verteilte) Fassung bekannt, die vorgetragene Neufassung konnte ihm leider aus terminlichen Gründen nicht mehr rechtzeitig zugänglich gemacht werden.

Seine wirtschaftspolitische Folgerung:

Es ist erforderlich, Institutionen zu schaffen, die "Gegeninformationen" liefern (z. B. Verbraucherakademie).

Meine kritischen Einwände:

Vorweg sei gesagt: Von der Nützlichkeit einer Verbraucheraufklärung bin ich sehr überzeugt. Insbesondere waren insofern der Scharfsinn und die Bemühungen und empirischen Untersuchungen des Referenten nicht nur als solche nützlich, sondern auch hochinteressant. Dennoch sehe ich noch eine Anzahl von Problemen:

I. Zum analytischen Vorgehen des Referenten

Im Referat scheinen mir einige Zusammenhänge übersehen bzw. amputiert worden zu sein, so daß das Problem der Verbraucheraufklärung in der dargestellten Weise nicht adäquat oder vielleicht nicht umfassend genug behandelt werden konnte. Es wäre insofern ergänzungsfähig. Im einzelnen seien einige, nicht alle Punkte aufgezählt:

- 1. Der Referent geht von einem statischen, nicht-innovativen Markt aus, d. h. er abstrahiert von der Möglichkeit innovativer Prozesse (neue Produkte und Produktvarianten, neue Märkte und Marktnischen, neue Absatzwege und -methoden usw.). Damit abstrahiert er ausdrücklich von den Machtproblemen, die auftreten, wenn im Markt neue Tatsachen durch die Unternehmer kreiert werden und die Informationen diesen neuen Tatsachen entsprechen, und stillschweigend abstrahiert er darüber hinaus von der Möglichkeit, daß Informationen über diese Tatsachen unterdrückt werden und dadurch Machtbildungsprozesse entstehen.
- 2. Der Referent geht von Märkten aus, die als "gegeben" unterstellt werden und in denen darüber hinaus die Anbieter "strukturell überlegen" bzw. "mächtiger" seien. Er unterstellt also Märkte exogen gegebener Struktur, analysiert aber nicht, wie diese Strukturen zustande kommen und wieso sie erhalten bleiben. Die Unternehmen passen sich jedoch nicht nur an ihre Umwelt an, d. h. an einen exogen definierten Markt, sondern sie bauen sich ihre Umwelt den Markt auch selbst auf. Es vollzieht sich also eine Interaktion zwischen jenen organisatorischen Systemen, die wir Unternehmen nennen, und ihrer Umwelt. Bei dem Aufbau der Umwelt entstehen auch solche Prozesse der Machtbildung und der Machterosion, durch die Märkte und die Marktstrukturen (endogen) verändert werden. Von derartigen Prozessen der Machtbildung und -erosion abstrahierte der Referent, er setzte insofern etwas voraus, was ebenfalls zu erklären war.

- 3. Der Referent reduzierte das Informationsproblem auf Nachrichten über Qualitäten, Angebotsbedingungen eines Unternehmens, Preise usw. Unter Informationen versteht man jedoch genereller alle Nachrichten, durch die Unsicherheiten beseitigt werden. Deshalb muß, sobald man Waren mit Herstellerbezeichnung oder Markenartikel einbezieht, eine weitere Informationskategorie berücksichtigt werden, nämlich Nachrichten, durch die "Vertrauen" geschaffen wird. Durch Herstellerbezeichnungen, durch Markenartikel einschließlich der Erinnerungsreklame und ähnlicher Erscheinungen kann auch Vertrauen geschaffen werden, d. h. es entsteht dadurch bei den Verbrauchern ein Wissen, daß sie beim Kaufen des betreffenden Artikels ("gleichbleibende Qualität") keine unangenehmen Überraschungen erleben. Somit handelt es sich um vertrauenschaffende Information. "Vertrauen" ist aber — wie K. Luhmann bereits vor 4 Jahren in einer Monographie ausführlich dargelegt hat - ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, und die Reduktion sozialer Komplexität ist immer zugleich ein Informationsproblem. Die Hoffnung, das Markenartikelproblem adäquat analysieren zu können, dürfte trügerisch sein, solange man das Problem der vertrauenschaffenden Information aus der Analyse eliminiert.
- 4. Der Referent reduzierte das Qualitäts- und Preisproblem auf physisch-technische Eigenschaften, d. h. er abstrahierte von den Handelsfunktionen. Der Preis, den ein Verbraucher beim Kauf eines Konsumgutes bezahlt, umfaßt jedoch additiv auch ein Entgelt für eine Dienstleistung, nämlich für die Erfüllung der Handelsfunktionen. In beiden von dem Referenten genannten empirischen Untersuchungen, die als solche hochinteressant waren, wurde von ihm konstatiert, daß keine nennenswerten Qualitätsunterschiede bestünden. Ein Verbraucher kauft jedoch nicht einfach Benzin oder Waschmittel, sondern er kauft jeweils ein Aggregat aus "Ware plus Handelsleistungen". Die Handelsleistungen sind aber zeitlich, räumlich, sachlich und personell außerordentlich differenziert, also heterogen. Selbst wenn die physisch-technischen Eigenschaften eines bestimmten Erzeugnisses identisch sind, pflegen die Verbraucher dennoch qualitativ unterschiedliche Handelsleistungen zu kaufen, d. h., trotz identischer physisch-technischer Eigenschaften können die Güter im Einzelhandel sehr heterogen sein, ohne daß deshalb schon manipulierte Marktinformation vorliegen muß.

Zusammenfassend: Abstraktion von bestimmten innovativen Marktprozessen, Abstraktion von marktverändernden Machtbildungs- und Machterosionsprozessen, Abstraktion von der Möglichkeit vertrauenschaffender Wirkung der von Produzenten gelieferten Marktinformationen und Abstraktion von heterogenen Handelsfunktionen und kom-

plexen Handelsspannen ergeben ein Modell, das zur Analyse des Problems der Verbraucheraufklärung bei Konsumgütern nur sehr unvollkommen geeignet ist. Aber es ist sicherlich weiter ausbaufähig. Vielleicht können die vorgetragenen Punkte eine Anregung sein, es weiter auszubauen, vermutlich wird dann jedoch das Verdikt über den manipulativen Charakter der Marktinformation durch die Anbieter etwas eingeschränkt werden müssen. Es wird dazu jedoch eine Einbettung in die grundsätzliche Problematik notwendig sein, zu der ich deshalb noch einige Bemerkungen machen möchte.

II. Zum allgemeinen Problem "Marktmacht und Marktinformation"

Die Frage der Verbraucheraufklärung bei manipulierter Marktinformation scheint mir nur ein Randproblem zu sein, das Problem "Marktmacht und Marktinformation" ist viel umfassender.

- 1. Jedes Marktsystem setzt voraus, daß sich die Marktteilnehmer an allgemeine Verhaltensregeln bzw. Spielregeln halten. Diese Regeln begrenzen den Aktionsspielraum der einzelnen Marktteilnehmer; sie legen fest, daß gewisse Handlungen nicht vorgenommen werden dürfen. Zugleich reduzieren die Regeln für alle Marktteilnehmer die Unsicherheit, denn jeder weiß nun, was aufgrund dieser Regeln nicht eintreten kann, d. h. was er von anderen Unternehmen und vom Staat nicht zu erwarten hat. Die allgemeinen Regeln liefern also auch Marktinformation. Weil sie aber zugleich die Spielräume, in denen Marktmacht entstehen kann, determinieren, lassen sich die Möglichkeiten und Grenzen für die Entstehung von Marktmacht nicht analysieren, ohne daß man sich mit dem Inhalt dieser allgemeinen Regeln befaßt.
 - Es wird also bei dem Thema "Marktmacht und Marktinformation" eine Analyse des Systems von allgemeinen Regeln unausweichlich.
- 2. Das marktwirtschaftliche Interaktionssystem hat darüber hinaus zugleich informationsentdeckende und informationsübertragende Funktion, es ist selbst ein Informationsprozeß. Leistungsfähigkeit und evolutorisches Potential des Marktsystems werden durch die Kompetitivität des Systems bestimmt. Deshalb können Marktmacht und Marktmachthandlungen nicht undifferenziert lediglich im Hinblick auf ihr Ausmaß analysiert werden, sondern es müssen wettbewerbliche Marktmachthandlungen von wettbewerbsbeschränkenden unterschieden werden. Wettbewerbliche Macht entsteht durch innovative Prozesse, durch sie wird Information geschaffen. Durch wettbewerbsbeschränkende Marktmachthandlungen wird dagegen die Informationsleistung des Marktes vermindert. Deshalb ist nicht lediglich Marktinformation ein Bestimmungsfaktor für Marktmacht,

sondern Marktmacht bestimmt ihrerseits auch Art und Ausmaß der Marktinformation. (Folglich ist es beispielsweise verfehlt, wenn "Preismeldestellen" als Einrichtungen zur Lieferung von Marktinformationen gedeutet und als Marktinformationsverfahren bezeichnet werden, sie sind richtiger als Einrichtungen anzusehen, die durch wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen Marktinformationen unterdrücken.) Die Zusammenhänge zwischen Marktinformation und Marktmacht lassen sich nicht analysieren, wenn man nicht zwischen kompetitiver Marktmacht und wettbewerbsbeschränkender Marktmacht unterscheidet.

Eine adäquate Behandlung des Themas "Marktmacht und Marktinformation" ist also ohne eine unter kompetitiven Gesichtspunkten vorzunehmende Differenzierung des Marktmachtproblems nicht möglich.

Zusammenfassung: Probleme von "Marktmacht und Marktinformation" lassen sich nicht erfassen, ohne zu berücksichtigen, inwieweit Spielregeln einerseits wettbewerbsbeschränkende Marktmachthandlungen ermöglichen und wieweit sie andererseits kompetitive bzw. innovative Marktmachthandlungen induzieren.

Die Zusammenhänge zwischen Marktmacht und Marktinformation sind sehr viel fundamentaler, als sie der Referent vorgeführt hat. Sie lassen sich meines Erachtens nicht anhand eines preistheoretischen Reduktionsmodells bestimmter gegebener Märkte studieren, sondern das Marktsystem als komplexes Phänomen erfordert eine Analyse systemtheoretischer Art, die es zugleich ermöglicht, auch jene Probleme in die Analyse einzubeziehen, die sich aus der strukturellen Parallelität von Rechts- und Wirtschaftsordnung ergeben, die Herr Kollege Mestmäcker gestern so eindrucksvoll vorgeführt hat.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Ich darf Herrn Kollegen Scherhorn gleich Gelegenheit zu einer Erwiderung geben.

Gerhard Scherhorn (Hamburg):

Nur ein paar Sätze, weil die Gefahr entsteht, daß wir aneinander vorbeireden. Ich akzeptiere natürlich den Vorwurf, daß ich mich hier auf ein sehr spezielles Teilproblem beschränkt habe. Aber es gibt ein paar Punkte, von denen mir doch scheint, daß sie gleich richtiggestellt werden können.

Herr Hoppmann hat gesagt, ich hätte wesentliche Zusammenhänge außer acht gelassen; das trifft meiner Meinung nach bei einigen tatsäch-

lich nicht zu. Beispielsweise bei der Vermutung, ich hätte von Märkten mit exogen gegebener Struktur gesprochen. Das habe ich keineswegs getan, sondern zumindest implizit gesagt und gemeint, daß die Marktstruktur, die man zu einem gegebenen Zeitpunkt vorfindet, von den Anbietern (als den "aktiven" Marktpartnern) in ganz gravierendem Maße mitbestimmt wird, und ich glaube, ich habe das auch ein wenig ausgeführt. Meine Analyse ist auf die Momentaufnahme von Märkten konzentriert und nicht auf statische, nichtinnovative Märkte.

Dann weiter zu der Meinung, ich hätte von Nachrichten, durch die Vertrauen geschaffen wird, abstrahiert. Davon habe ich keineswegs abstrahiert. Ich bin natürlich nicht im einzelnen eingegangen auf die zahlreichen spezifischen Formen der Anbieterinformation, aber auf den untersuchten Märkten, die ich hier kurz dargestellt habe, konnte man deutlich erkennen, daß eine ganz bestimmte Reduktion der sozialen Komplexität stattgefunden hat, die sich als "Täuschung" von Nachfragern über die Qualität von Produkten auswirkt und selbstverständlich auch unter dem Eindruck solcher "vertrauenschaffender" Nachrichten entstanden sein kann.

Drittens zu der Meinung, ich könnte von den Handelsfunktionen abstrahiert haben. Das ist keineswegs der Fall. Ich habe bei der Darstellung unserer kleinen Untersuchung auch darauf hingewiesen, daß wir u. a. untersucht haben, wie weit die Präferenzen der Verbraucher sich auf Handelsleistungen richten. Es war dann herausgekommen, daß eine ganze Reihe von Nachfragern eben deshalb ihr Kaufverhalten nicht änderten, weil sie sagten, gut, ich gebe ja zu, daß die Qualität der billigeren Angebotsvarianten genau so gut ist, aber ich habe Präferenzen für eine bestimmte Handelsleistung, und deshalb bleibe ich beim teureren Produkt. Das ist ja ein absolut rationales Verhalten, das auch angesprochen worden ist, wenngleich, wie ich zugeben möchte, nur ganz kurz. — Diese drei Punkte wollte ich gern vorweg klären.

Christian Smekal (Innsbruck):

Der Vortrag hat bei mir den Eindruck einer pessimistischen Grundtendenz ausgelöst, weil Herr Scherhorn der Meinung ist, daß die Täuschung, oder, wir können es auch anders sagen, daß der Betrug als konstitutives Moment in die Austauschbeziehungen einzuführen sei, und, was entscheidend ist, daß der Wettbewerb nicht oder zu wenig dagegen vermöge. Wenn diese Grundkonzeption stimmt, dann bewegt er sich m. E. in der Richtung jener radikalen Ökonomisten, die unseren Wettbewerb zur Gänze für bankrott erklären.

Ich darf daher drei kurze Bemerkungen machen und einige Aussagen relativieren. Die erste Aussage ist: Können wir tatsächlich sagen, daß

eine strukturelle Überlegenheit der Anbieter über die Konsumenten vorhanden sei in dem Sinne, daß die eine Seite agiere, die andere Seite reagiere. Wenn Sie an die modernen Konzeptionen der Marktforschung denken, dann werden Sie vielleicht sehen, daß man nicht so ohne weiteres sagen kann, wer hier reagiert und wer agiert, ob nicht auch die Anbieterseite in vielen Fällen reagieren muß.

Eine zweite Bemerkung! Herr Scherhorn unterteilt in Parallelbeziehungen und Austauschbeziehungen, wobei er sich dann auf die Austauschbeziehungen beschränkt. Ich weiß nicht, ob das ganz zulässig ist im Hinblick auf das Untersuchungsobjekt, nämlich die Marktinformationen. Informationen sind, ob sie richtig, falsch oder unzulässig sind, in der Regel unteilbar, und jede falsche Information signalisiert natürlich auch den Parallelwettbewerber und wird bei ihm Reaktionen auslösen. Daher bin ich drittens auch nicht so pessimistisch, daß vom Markt oder vom Wettbewerb keine oder nur wenige Gegeninformationen zu erwarten sind, sondern der Meinung, daß gerade die Gegeninformation des Wettbewerbs jenes Element bildet, das Falschinformationen wieder ins richtige Lot bringen muß.

Arno Sölter (Köln):

Entschuldigen Sie, daß ich nochmals das Wort nehme. Ich sehe mich dazu veranlaßt, weil dieses Referat mich in der Auffassung bestärkt hat, daß bei solchen Themen ein Korreferat eines Mannes aus der Praxis unbedingt erforderlich gewesen wäre. In aller Kürze: Ich bin Vertreter einer derjenigen Gruppen, also der Anbietermacht, die den Konsumenten "manipulieren" oder seine wahren Bedürfnisse vernachlässigen. Dennoch sage ich als sogenannter Interessenvertreter, daß manches, was Herr Professor Scherhorn vorgetragen hat, im Ansatz meine Sympathie findet.

Es gab um 1900 nur einige tausend Güter; Investitionsgüter, Bauelemente, Halbfabrikate, Konsumgüter etc. Heute werden nach meiner persönlichen Schätzung etwa 10 Millionen Erzeugnisse angeboten. Z. B. führen Kaufhäuser zwischen 40 000 und 120 000 Waren. Wenn heute von Konsumfreiheit, von Wohlstand, von hohem Lebensstandard und Fortschritt gesprochen werden kann, so doch wegen dieser Produktfülle, die den Konsumenten aller Schichten wie niemals zuvor zur Verfügung steht! Mein unmittelbarer Vorredner hat schon gesagt, Produktschöpfung sei niemals ein einseitiger Vorgang; sie ist in der Tat fast immer eine wechselseitige Beeinflussung. Der verstorbene Professor Nordhoff (VW-Werk) hat einmal dem Sinne nach treffend gesagt: Ich bin nicht in der Lage, den Konsumenten ein Produkt allein nach meinen Vorstellungen aufzuzwingen. Andererseits kann der Konsument mir aber

auch nicht jeden Wunsch aufzwingen, denn ich muß unabdingbare produktionstechnische und betriebswirtschaftliche Imponderabilien berücksichtigen. Diese in aller Regel zutreffende Sicht bestätigt sich heute beim "Käfer". Ich muß also Herrn Professor Scherhorn sagen: Ihre These, daß der Konsument manipuliert oder gar ausgenutzt, daß er in seiner Entscheidungsfreiheit eingeengt wird, widerspricht in dieser Dezidiertheit der Wirklichkeit.

Nun drücke ich meine Sympathie für Ihre Thesen aus: Ich gebe zu, daß wir heute eine Produktinflation mit allen ihren Schattenseiten feststellen müssen. Des weiteren gebe ich zu, daß die Werbung sowohl nach der Aussage, also qualitativ, als auch nach der Quantität in der heutigen Zeit zu mancherlei Bedenken Anlaß bietet. Der Grund liegt aber nicht in der Schlechtigkeit des Unternehmers, sondern ganz einfach in einem Übermaß an Wettbewerb! Weil der Wettbewerb zwischen homogenen Produkten zwangsläufig ruinös wird, versuchen Hersteller verständlicherweise, ihre Produkte zu heterogenisieren, um sich von den Konkurrenten abzuheben, um den Mengenparameter gegenüber dem Preisparameter bevorzugt zum Zuge kommen zu lassen. Daraus entsteht wiederum zwangsläufig ein Übermaß an Produktdifferenzierung und Werbeimpulsen, die ich selbst nicht für gut halte. Trotz dieser Tatsachen möchte ich aber - nur um die Problematik auch des Konsumentenindividualismus wenigstens kurz anklingen zu lassen - darauf hinweisen, daß bestimmte Patienten unbedingt mit einer blauen, statt mit einer roten Pille gesund werden wollen, obwohl ihnen eindringlich erklärt wird, daß beide Pillen die völlig gleiche Wirkung haben. Der Weg, den Sie, Herr Professor Scherhorn, beschreiten wollen, führt nach meiner Auffassung zum Jedermann-Programm unseligen Angedenkens und das, so glaube ich, wäre nicht die richtige Lösung. Der Ausbau der Konsumentenberatung, des Informationswesens usw. ist gewiß begrüßenswert. Ich plädiere aber darüber hinaus seit Jahren dafür, daß die Hersteller sich zu Vereinbarungen zwecks Ordnung der Produktvielfalt, vor allem der Werbung, bereitfinden sollten. Unter Aufsicht des Kartellamtes sind hier schon einige Ansätze festzustellen.

Nochmals als Fazit: Es stellt sich hier, wie auf vielen anderen Gebieten unseres Daseins, nichts anderes als die Frage nach Maß und Mitte, und das Maß, Herr Professor Scherhorn, haben Sie m. E. in Richtung einer allzu negativen Beurteilung der Chancen des Konsumenten in der heutigen Wettbewerbswirtschaft überschritten.

Hans Jürgen Ewers (Münster):

Eine kurze Bemerkung zur Basis des Referates, und damit geht diese Frage zwangsläufig auch in gewissem Sinn an Professor Hoppmann:

Was nützt es, über die Ausübungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Macht im Wege der Information zu reden, wenn man nicht vorher definieren kann, was wirtschaftliche Macht ist und wie sie gemessen wird. Professor Scherhorn hat sich auf den Parallel- und Austauschprozeß bezogen, eine Gedankenkonfiguration, die bei Hoppmann ja in extenso ausgeführt ist. Konkret heißt das also, daß Marktmacht eines Anbieters dann besteht, wenn er in der Lage ist, die Konsumentenfreiheit zu beeinträchtigen. Einen gewissen Umfang an Marktmacht muß ja jeder Anbieter haben, um überhaupt am Wettbewerb teilnehmen zu können. Die Frage ist nur, wann die Konsumentenfreiheit soweit beeinträchtigt ist, daß man von unangemessener Macht spricht. Hier haben Sie sich nun, Herr Professor Scherhorn, etwas schnell aus der Affäre gezogen, indem Sie immer gesagt haben, es müssen genügend Wahlmöglichkeiten zur Verfügung stehen, ein hinreichender, befriedigender Kompensationsspielraum. Wie also soll Marktmacht nach diesem Konzept in concreto gemessen werden?

Und die zweite Frage: Welche Gründe sprechen dafür, daß man einen Unterschied macht zwischen Marktmacht im Austauschprozeß und Marktmacht im Parallelprozeß, wie Sie ihn gemacht haben? Ist das eine nicht genau dasselbe wie das andere? Ist nicht Marktmacht im Parallelprozeß Voraussetzung dafür, daß Marktmacht im Austauschprozeß besteht und umgekehrt? Ist nicht etwa die Nachfragebeweglichkeit, wie sie Krelle definiert und wie sie zur Charakterisierung von Marktmacht verwendet werden kann, Produkt sowohl von Reaktionen der Nachfrager als auch von Reaktionen der Konkurrenten?

Walter Huppert (Bad Homburg):

Die Diskussionsbeiträge haben mir schon einiges vorweggenommen. Deshalb nur noch ganz kurz und etwas zugespitzt: Ich glaube, daß der Begriff der Macht hier falsch angebracht ist. Macht hat immer nur der Käufer, weil er selbst entscheiden kann. Bei Macht des Verkäufers kann es sich höchstens um eine Beeinflussung seiner Motive handeln.

Zweitens, Information ist im Grunde genommen, da wir alle nach Markttransparenz rufen, etwas Positives, etwas Zusätzliches. Herr Professor Hoppmann hat auch den Wert der Innovation betont. Ein kurzes Beispiel: Als der deutsche Markt in Waschautomaten mit 70 % von Constructa beherrscht wurde, hat die AEG ein etwas besseres Modell entwickelt, und das entsprechende Vorstandsmitglied sagte vor dem Vorstand: Geben Sie mir 20 Millionen für die Werbung, dann erreiche ich, daß wir mindestens 30 % Marktanteil bekommen mit unserem "Lavamat". Das wurde auch mit Erfolg gemacht. Das ist positive Werbung. Was Herr Scherhorn gesagt hat, läuft schließlich darauf hinaus,

nach dem Effekt zu werten, den die Information hat; und dieser Effekt soll gut oder böse sein. Das zu beurteilen, ist meines Erachtens kein wirtschaftspolitisches Kriterium. Man kann höchstens von Macht im Zusammenhang von Werbung sprechen, wenn man nach der Macht der Kommunikations- und Informationsträger fragt, aber nicht dessen, der eine Werbung bestellt und bezahlt.

Gerhard Scherhorn (Hamburg):

Zunächst einige Bemerkungen zu Herrn Smekal. Sie haben mich doch wohl etwas überinterpretiert, wenn Sie sagten, daß sich aus meinen Ausführungen — das war Ihre Schlußfolgerung — eine "radikale" Tendenz ergeben müsse, weil aus ihnen eine pessimistische Grundeinstellung zur Leistungsfähigkeit des Wettbewerbs aufscheine. Nun, genau diese pessimistische Grundhaltung habe ich nicht, sonst würde ich mich nicht mit diesen Fragen beschäftigen. Ich sehe auch keinen Anlaß, aus dem Vorgetragenen "radikale" Folgerungen zu ziehen. Ich habe ja nicht dargelegt, daß der Markt etwa abgeschafft gehört, sondern daß der Markt in dem Bereich, den ich beschrieben habe, unvollkommen funktioniert, daß da Institutionen zur Verstärkung der Nachfragerposition teils fehlen, wie die Gegeninformation, teils nicht genügend ausgebaut sind.

Dann zu der Frage, ob nicht Marktinformation etwas Unteilbares sei, ob es nicht sehr willkürlich und unzweckmäßig wäre, sie aufzuteilen in Marktinformation im Austauschprozeß und Marktinformation im Parallelprozeß. Ich habe ja hier versucht, Marktinformation als Quelle von Anbietermacht zu untersuchen. Ein Grund dafür, daß ich mich dabei auf den Austauschprozeß spezialisiert habe, liegt auch darin, daß wir über die Wirkungen der Marktinformation im Parallelprozeß schon ziemlich gut Bescheid wissen. Ich erinnere an den Aufsatz von Woll in der Festschrift von Wessels. Wir wissen z. B., daß Marktinformation im Parallelprozeß von Anbietern mit wettbewerbsbeschränkender Wirkung eingesetzt werden kann, wenn durch Austausch von Informationen derjenige subjektive oder objektive Informationsvorsprung verhindert wird, der eine Voraussetzung des vorstoßenden Wettbewerbs ist oder wenn durch Monopolisierung von Informationen derjenige Informationsausgleich verhindert wird, der eine Voraussetzung des verfolgenden Wettbewerbs bildet. In beiden Fällen ist es das Kennzeichen von nichtkompetitiven Marktinformationen im Parallelprozeß, daß sie Anbieter, freiwillig oder unfreiwillig, von Wettbewerbshandlungen vorstoßender oder verfolgender Art abhält. Umgekehrt muß die kompetitive Marktinformation im Parallelprozeß so beschaffen sein, daß sie Wettbewerbshandlungen ermöglicht und fördert, und dazu muß sie u. a. in einer bestimmten Weise unvollständig sein.

Ich habe nun versucht, zu zeigen, daß Marktinformation im Austauschprozeß dann nichtkompetitiv ist, wenn sie die objektiv gegebenen Möglichkeiten der Nachfrage einschränkt, Anbieter gegeneinander auszuspielen, die Nachfrage auf dem betreffenden Markt zu verringern oder ganz aus dem Markt auszutreten, und das im wesentlichen durch Einschränkung ihrer Entschließungsfreiheit. Daraus kann man nun wieder einen Schluß darauf ziehen, wie kompetitive Marktinformation im Austauschprozeß beschaffen sein muß. Sie muß so beschaffen sein, daß sie die Nachfrager nicht an Kaufverlagerung und Bedarfseinschränkung hindert, und um dieser Bedingung zu genügen, muß sie im Unterschied zur Marktinformation im Parallelprozeß möglichst vollständig sein (zumindest im Sinne der "ausreichenden" Markttransparenz — ein Unterschied, auf den ich jetzt nicht eingehen will).

Ich glaube daher schon, daß es analytisch sinnvoll ist, diese Trennung zu machen. Auch wenn ich Herrn Ewers einräume, daß selbstverständlich die Dinge ineinanderspielen und daß selbstverständlich Wechselwirkungen bestehen. Wenn Herr Ewers sagte, daß Marktmacht im Parallelprozeß Voraussetzung von Marktmacht im Austauschprozeß sein kann und umgekehrt — das ist jederzeit zugegeben. Aber wenn wir versuchen, nun einmal genauer den Quellen von Marktmacht nachzuforschen, dann glaube ich nicht, daß wir anders vorankommen, als wenn wir zunächst einmal die Marktmacht selber sehr viel genauer bestimmen, um dann durch eine solche Isolierung unseres Erkenntnisobjektes, wie ich sie vorgenommen habe, die einzelnen Quellen der Marktmacht differenzierter erkennen zu können. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das hinterher wieder zusammengefaßt werden muß und daß sich bei dieser Zusammenfassung durchaus auch noch Modifikationen ergeben können.

Da ich Sie, Herr Ewers, gerade angesprochen habe, auch noch Ihre nächste Frage: Wann ist die Konsumfreiheit so weit beeinträchtigt, daß man von einer unangemessenen Marktmacht sprechen kann? Das ist natürlich eine ganz außerordentlich wichtige Frage, die, wie ich zugebe, ich nicht beantwortet habe, die ich auch zunächst einmal in einem ähnlichen Sinne beantworten würde wie Herr Gutowski. Letzten Endes ist hier ein Werturteil von marktregulierenden Instanzen erforderlich, genau so wie bei der Wettbewerbspolitik. Darum kommen wir nicht herum. Aber in meinem Fall habe ich es doch verhältnismäßig leicht. Denn wenn Sie meine Vorstellung akzeptieren, die ich hier vorgeführt habe, würde ich sagen, daß die Konsumfreiheit im Austauschprozeß, soweit wir jetzt nur den Komplex der Marktinformation im Austauschprozeß betrachten und soweit es zulässig ist, sich einmal einen Moment darauf zu beschränken, erst dann nicht gefährdet ist, wenn es für den Konsumenten tatsächlich die realistische Möglichkeit gibt, sich über die

Angebotsbedingungen im weitesten Sinne zutreffend zu informieren, wenn der Konsument Information und Gegeninformation hat, wenn er gewissermaßen Informationsfreiheit besitzt. Hier erinnere ich an das Wort von Herrn Krelle, der davon sprach, daß Macht aus der Beherrschung des Informationssystems resultieren kann. Genau das liegt hier vor. Beherrschung des Informationssystems, weil nicht genügend andere da sind, die Gegeninformation bilden. Das könnte man noch etwas weiter ausspinnen, aber ich glaube, wenigstens andeutungsweise die Frage schon einmal beantwortet zu haben.

Nun noch einmal zurück zu Herrn Smekal, der gesagt hat, er habe die Hoffnung, daß die nötige Gegeninformation durch den Wettbewerb der Anbieter selbst geliefert werde. Dazu würde ich einfach sagen, das müßte man beweisen können. Mir scheint, die Beweise laufen in die gegenteilige Richtung. Sie könnten sagen, das sei eben unvollständiger Wettbewerb, aber dann würde ich Ihnen vorschlagen, einmal in dem wirklich nach wie vor hochinteressanten Buch von Abbott über den Qualitätswettbewerb nachzusehen. Dann werden Sie schon feststellen, daß auf Märkten mit heterogenen Produkten — und das ist für die meisten Märkte tatsächlich ein Strukturmerkmal — der Wettbewerb die notwendige Gegeninformation nicht liefern wird; da ist vermutlich nicht viel zu machen.

Nun zu Herrn Sölter. Gewiß, die Vielzahl der Produkte spielt eine Rolle. Überhaupt sind an der geringen Marktübersicht der Nachfrager, ich habe das einmal ganz kurz angesprochen, nicht etwa die Anbieter die Alleinschuldigen; auch die Verbraucher sind ja nicht genügend darin geschult und darauf bedacht, sich marktgerecht zu verhalten und sich Marktübersicht zu verschaffen usw. Ohne weiteres zugestanden, daß auch die Vielzahl der Produkte dabei eine Rolle spielt. Ohne weiteres auch zugestanden, daß meine These einseitig in dem Sinne ist, daß ich mich von vornherein auf ein Teilgebiet beschränkt habe. Ich wollte mich ja nicht mit den Leistungen des Wettbewerbs befassen, ich wollte vielmehr auf Mängel des Marktes hinweisen, die man beseitigen müßte, um die Leistungsfähigkeit des Wettbewerbs zu erhalten.

Was Herrn Huppert zu sagen wäre, habe ich, glaube ich, durch den Hinweis auf Krelle eben schon beantwortet: Macht durch Beherrschung des Informationssystems. Darauf kommt es hier an; und nun nur noch eine kurze Schlußbemerkung zu Herrn Hoppmann, der in seiner Diskussionsstellungnahme sagte: Behandelt man lediglich die Frage nach dem Ausmaß der Marktmacht, dann verliert man das Problem des Wettbewerbs aus dem Auge. Ich bin nun der Meinung, daß dies nur zutrifft, wenn man Marktmacht doch mehr an der Intensitätsrelation mißt, also an der Marktlage, wie es Gäfgen genannt hat; denn dann ist im Grunde alles, was auf dem Markt passiert, weil es nämlich die In-

tensitätsrelation der beiden Seiten beeinflußt, Marktmacht. Da scheint mir Heuß ganz recht zu haben, wenn er in einem kürzlich erschienenen Aufsatz darauf hinweist, daß wir das Machtproblem sicherlich nur dann lösen, wenn wir es auf die auch von mir gewählte Konzeption einengen, so daß wir von Marktmacht dann sprechen, wenn Marktteilnehmer einzeln oder gemeinsam die Chance besitzen, anderen Marktteilnehmern, sei es im Parallel- oder im Austauschprozeß, die Alternativen ihres Handelns zu beschneiden.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Ich danke Ihnen für Ihr Schlußwort. Damit ist die Vormittagssitzung geschlossen.

Ich eröffne hiermit die Nachmittagssitzung und bitte Herrn Kaufer das Wort zu ergreifen.

Marktmacht und Innovation*

Von Erich Kaufer, Saarbrücken

I. Die Problemstellung

Schumpeter war es, der das analytische Interesse auf die ökonomische Bedeutung der Innovationen zurücklenkte. Seiner Meinung nach sind die Unternehmer nur dann bereit, die Risiken der Innovation zu tragen, wenn sie

- a) gegenwärtig über "monopolistische", d. h. überschüssige Gewinne verfügen,
- b) aus der Innovation solche Gewinne erwarten,
- c) aus der sicheren, auf Marktmacht gegründeten Position das sich sprunghaft bewegende und nur undeutlich auszumachende Ziel der Innovation anvisieren können.

Diese "Monopole" sind indessen nur transitorische Zustände in einem Prozeß "schöpferischer Zerstörung", im Wettbewerb also¹. Knüpft man an Böhm-Bawerks provozierenden Titel "Macht oder ökonomisches Gesetz" an, so zeigt sich insofern eine Verwandtschaft im Denken, als hier Macht nicht von Dauer ist, sondern von den ökonomischen Kräften des Wettbewerbs erodiert wird.

Spätere Theorien weichen erheblich hiervon ab. Man meinte, allein große, diversifizierte Unternehmen seien in der Lage, Forschung und Entwicklung (F & E) in dem von Effizienz- und Risikogesichtspunkten diktierten Umfang durchzuführen. Durch Zentralisation der F & E-Einsätze glichen sich Fehlschläge und Erfolge aus; ferner seien unerwartete Erfolge eher im weitverzweigten Produktionsprogramm zu verwerten². Glücklicherweise hatte inzwischen die jetzt als "gütige Vorsehung" apostrophierte "unsichtbare Hand" die meisten Märkte in große Oligopole verwandelt. Und seit "Bigness and Fewness" herrschen, fließt der

^{*} Meinem früheren Advisor F. M. Scherer verdanke ich mehr als in Fußnoten zum Ausdruck kommen kann.

¹ Vgl. J. A. Schumpeter, Capitalism, Socialism and Democracy, S. 84, 88 (New York 1960).

² Vgl. R. R. Nelson, The Simple Economics of Basic Scientific Research, The Journal of Political Economy 67 (1959), S. 267 - 306.

620 Erich Kaufer

Strom der Innovationen nahezu von selbst: "Technical development is a safe rather than a reciprocally destructive method by which any one firm can advance itself against its few powerful rivals³." "Creative destruction" wurde zur "safe method". Und was Schumpeter noch als Voraussetzung einer möglichen Verhaltensweise formulierte, wird jetzt zur eindeutigen Beziehung: Je höher Gewinne und Marktmacht sind, um so größer werden die Innovationsanstrengungen! Nicht "Macht oder ökonomisches Gesetz", sondern "Macht infolge ökonomischer Gesetze", das ist die Auffassung dieser Theorierichtung.

Im folgenden möchte ich begründen, daß beide Thesen verfehlt sind. Vielmehr ist "Macht ... eine ökonomische Größe, die innerhalb der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten wirksam wird"⁴.

II. Marktmacht und Innovation

1. Eine Fallstudie⁵

Es ist wohl bekannt, daß IBM die Einführung des Computers verschlafen hat. Zwar unterstützte IBM sowohl finanziell als auch personell die Entwicklung einer elektromechanischen Rechenanlage der Harvard Universität. Watson sen. sah in dieser Wirtschaftsförderung eine sinnvolle Verwendung eines Teils der hohen Kriegsgewinne. Als jedoch 1944 das Modell Mark I fertig war, schenkte es Watson sen. der Harvard Universität und stellte die weitere Mitarbeit IBMs ein. Allerdings ließ Watson jun. insgeheim die Entwicklungsarbeiten in kleinerem Umfang weiterlaufen.

Die US-Army unterstützte währenddessen an der University of Pennsylvania die Entwicklung einer elektronischen Rechenanlage (ENIAC), die 1946 abgeschlossen wurde. Bald darauf machten sich die "Hauptarchitekten" Eckert und Mauchly selbständig und begannen die Arbeit an der kommerziellen Version, der UNIVAC. 1950 wurde die Firma gleichen Namens von Remington Rand (RR) übernommen. 1951 kam der erste Computer auf den Markt. RR verkaufte einige Anlagen an die US-Regierung, wobei eine ganze Reihe von IBM-Lochkarten-

³ Vgl. J. K. Galbraith, American Capitalism. The Concept of Countervailing Power, Boston 1956, S. 86, 89 f.

⁴ So H. Arndt, Recht, Macht und Wirtschaft, Berlin 1968, S. 24; vgl. auch H. Arndt, Die wirtschaftliche Macht. Überlegungen anläßlich der 100jährigen Wiederkehr der Eisenacher Tagung, Schriften des (ehemaligen) Instituts für Volkswirtschaftslehre, Nr. 3, Berlin 1972; E. Heuss, Macht oder ökonomisches Gesetz, ZfgSt, Bd. 128 (1972), S. 185 - 195.

⁵ Die folgenden Angaben beruhen auf Forschungsergebnissen meines Doktoranden W. D. Hoffmann, der zur Zeit eine Dissertation über die Computerindustrie abschließt.

maschinen ersetzt wurden. Die heroisierende Geschichtsschreibung durch Watson jun. berichtet, IBM habe bis dahin fest geschlafen. Dann jedoch sei sie erwacht und der Herausforderung kühn und schnell begegnet⁶. 1952 kündigte IBM in der Tat die Serien 701 (Auslieferung 1953) sowie 650 (Auslieferung 1954) an. Mit Hilfe beider Serien gewann IBM etwa ab 1955 die Führung im Markt.

Zweifelsohne war IBM der berühmte "fast second", der den Innovator Univac schnell imitierte und sogar überholte. Indessen sind zwei Faktoren dafür mitverantwortlich, die Watson verschweigt. Erstens besaß IBM gerade wegen seiner Entscheidung, den Mark I insgeheim weiterzuentwickeln sowohl Team als auch Know-how für ihre schnelle Reaktion. Zweitens war Anfang der 50er Jahre der Konkurrent RR wegen personeller Differenzen aus der Übernahme von Univac sowie dem Zusammenschluß mit Sperry weitgehend paralysiert. Ferner ist zu ergänzen, daß fast keine der entscheidenden Erfindungen dieser Zeit von IBM stammen.

Anfang der 50er Jahre nimmt die Entwicklung der Transistortechnik ihren stürmischen Verlauf. Schon 1957 kommen die ersten Computer mit dieser Technik auf den Markt. Aber sie stammen nicht von IBM! Erst 1959 kündigt IBM ihre zweite Generation an: die Serie 1401. 1960 beginnt die Auslieferung. In diesem Jahr stellt IBM auch die Fortentwicklung eines Testmodells 8000 ein, das auf der Basis gedruckter Schaltungen arbeitet. Zur Begründung wird auf die gerade jetzt beginnende Entwicklung der integrierten Schaltkreise durch Fairchild hingewiesen. Sie gelte es erst abzuwarten.

Ob diese Begründung indessen zutrifft — oder für wie lange sie zutraf — muß bezweifelt werden. Noch 1961 schätzte IBM, der Produktionszyklus der 1401 laufe bis 1968. 1963 bringt IBM die 1460er Serie heraus, die technologisch jedoch im wesentlichen mit der 1401 identisch ist. Währenddessen wurde an der Technik der integrierten Schaltkreise sowie einer neuen System-Familie weitergearbeitet. Das sollte sich bald auszahlen. Honeywell stellte nämlich noch 1963 ihr Modell H 200 vor, das auf der Basis integrierter Schaltkreise arbeitete, um ein Vielfaches bessere technische Charakteristiken aufwies, mit den 1401/1460 Anlagen kompatibel war und um 30 % billiger als diese angeboten wurde. Dar-

⁶ "During these really earth-shaking developments ... IBM slept soundly ... Finally we awoke and began to act ... How did we come from behind? First, we had enough cash to carry the loads of engineering, research and production which were heavy. Second, we had a sales force which enabled us to tailor our machine very closely to the market. Finally, and most important, we had good company morals."

Th. J. Watson, jun., Meeting the Challenge of Growth, McKinsey Foundation Lecture, Nr. 2.

622 Erich Kaufer

aufhin brachen die Nettoverkäufe der 1460er Modelle zusammen und IBM war gezwungen, ein technologisch mindestens gleichwertiges Modell anzukündigen: die 360er Serie. Sie kam 1964 heraus. Wenn Honeywell 1963 das Modell H 200 anbietet und IBM ein Jahr später mit dem 360er nachzieht, so muß doch gefragt werden, wieso IBM noch 1963 ein Modell mit der Technologie von 1960 auf den Markt bringt. Dabei ist zusätzlich zu beachten, daß IBM schon 1960 ein Testmodell mit gedruckten Schaltungen fertig hatte. Die Antwort kann nur lauten, daß IBM die Produktzyklen ihrer Serien möglichst zu verlängern suchte und deshalb die Einführung abgeschlossener Eigenentwicklungen hinauszögerte.

1964 kündigte Control Data (CDC) für das Frühjahr 1965 die Auslieferung ihres Großcomputers 6600 an. Dieser wettbewerblichen Herausforderung begegnete IBM mit ihrem "berühmten" Papiercomputer 360/91. Es hieß, er solle in Kürze fertig und CDCs Modell ähnlich, wenn nicht gar überlegen sein. Zwar kam er nicht in Kürze und auch nicht in der Art, wie angekündigt, aber der Papiercomputer hatte Erfolg: Er bremste die Bestellungen für den CDC 6600! Der Verlust wird auf 50 Anlagen im Gesamtwert von \$ 300 Mill. geschätzt. Nur ganz wenige Anlagen des 360/91 wurden Jahre später ausgeliefert.

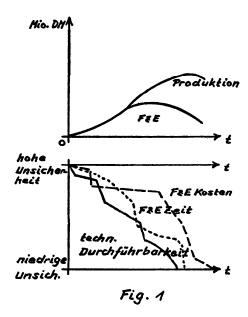
1970/71 kam IBM mit der sog. 4. Generation, der 370er Serie auf den Markt. Sie basiert auf der LSI-Technik (LSI = Large Scale Integrated Circuits sowie anstelle von Magnetspeichern Halbleiterspeicher). Hier sind jedoch zwei Punkte anzumerken. Erstens ist es fraglich, ob IBM bei LSI der Innovator war oder nicht z. B. Siemens solche Speicher vorher einsetzte. Zweitens ist zu bezweifeln, ob es sich tatsächlich um eine neue Generation handelt. Sie könnte auch als Erwiderung auf das durch die Antitrust Division erzwungene "Unbundling" herausgebracht worden sein. Mit einer "neuen" Modellserie war es leichter, die Preise für hardund soft-ware getrennt festzusetzen, ohne eine Anklage wegen "räuberischer Preisunterbietung" zu provozieren.

Dieser Fall zeigt deutlich, wie eine große, marktbeherrschende Firma, die überdies das Image der Progressivität pflegt, keinesfalls den technischen Fortschritt so kühn und wagemutig vorantreibt, wie es dem Image entspricht. Vielmehr muß sie von Computer-Generation zu Generation von den viel kleineren Rivalen auf Trab gebracht werden. IBM verhält sich als Imitator, der in einem Fall sogar nur über einen "Papier-Computer" verfügt. Natürlich ist das generalisierende Urteil, alle marktmächtigen Firmen seien reaktionsträge, nicht haltbar. Das Gegenteil kann jedoch ebenfalls nicht behauptet werden. Die Studie verlängert die Liste, in der Fälle aufgeführt werden, wie marktmächtige Firmen den technischen Fortschritt gehemmt haben. Um aber dem

Vorwurf zu entgehen, es würden stets nur Geschichten — und zwar vorzugsweise die altbekannten — in die Debatte geworfen⁷, möchte ich jetzt das Problem theoretisch untersuchen.

2. Ein Modell rivalisierender Forschung und Entwicklung⁸

Eine Innovation besteht in der Regel aus einer Vielzahl einzelner Schritte, die von der technischen Idee hin zur kommerziellen Verwendung führen. Während die Innovationskosten dabei typischerweise S-förmig ansteigen, sinken die Unsicherheiten über die Realisierbarkeit der einzelnen Projektparameter. Das entspricht der Tatsache, daß Forschung und Entwicklung ein Vorgang kumulativer Informationssammlung und sequentieller Entscheidung ist⁹.



Die Methoden der betrieblichen Projektauswahl gehen davon aus, daß die F & E-Vorhaben in den entscheidenden Parametern bereits um-

⁷ "Ich wäre nicht geneigt, aufgrund der beschriebenen Beispiele bereits ein Urteil zu fällen, nicht zuletzt, weil man immer auf die gleichen Beispiele trifft; ihre Zahl scheint beschränkt zu sein."

G. Bombach, Technischer Fortschritt und Konzentration, in: Notwendigkeit und Gefahr der wirtschaftlichen Konzentration, Zürich 1969, S. 64, S. 73.

⁸ Vgl. zum folgenden *E. Kaufer*, Patente, Wettbewerb und technischer Fortschritt, Bad Homburg 1970, S. 66 - 72.

⁹ Vgl. E. Kaufer, Patente . . ., a.a.O., S. 44 - 65.

624 Erich Kaufer

rissen werden können¹⁰. Selbst dann liegen indessen die Innovationskosten keineswegs fest, weil die Innovationszeit noch nicht feststeht. Zwischen F & E-Zeit und F & E-Kosten besteht nun der folgende Zusammenhang:

Soll die F & E-Zeit verkürzt werden, so müssen einige Projektphasen bereits in Angriff genommen werden, ehe aus den Vorphasen hinreichende Informationen bereitstehen. Damit taucht die Gefahr auf, daß man aufs falsche Pferd setzt oder die Lösbarkeit einiger Probleme fehleinschätzt. Hiergegen muß man sich durch parallele Teilprogramme absichern. Ex post betrachtet ist ein Teil der dafür gemachten Aufwendungen überflüssig. Insofern verursacht die Zeitverkürzung Kosten, die im nachhinein als Irrtumskosten erscheinen. Wird umgekehrt die Zeit verlängert, so werden jenseits eines Punktes mitnichten die F & E-Kosten weiter absinken, sondern wieder ansteigen, weil Skaleneffekte und geistige Verdichtungseffekte eingebüßt werden. Wer täglich eine halbe Stunde promoviert, wird nie fertig! Für ein bestimmtes Projekt existiert also eine konvexe trade-off-Funktion zwischen den Gegenwartswerten der gesamten F & E-Kosten und der F & E-Zeit¹¹ (vgl. Fig. 2).

Das Projekt verspricht einen zeitlichen Erlösstrom, der auf Null absinkt, weil die Innovation infolge exogener technischer Fortschritte zum Zeitpunkt H obsolet wird. Beginnt nun die Entwicklung zum Zeitpunkt t=o, so wird der Gegenwartswert V des Erlösstromes um so größer sein, je kürzer die Entwicklungszeit T ist. Es wird zunächst unterstellt, das Marktpotential werde sofort voll gewonnen. Neben der trade-off-Funktion existiert also auch eine Erlösfunktion V, die in Abhängigkeit von T die Gegenwartswerte der Totalerlöse angibt¹² (vgl. Fig. 2).

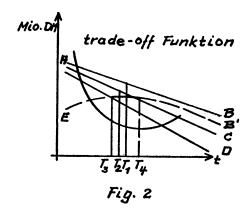
In welchem Jahr soll jetzt die Innovation beendet werden? Optimal ist diejenige Zeit, bei welcher der Zuwachs an F & E-Erlösen gleich dem Zuwachs an F & E-Kosten ist (d. i. T_1). Nach dieser Antwort können wir jetzt das Problem rivalisierender Forschung und Entwicklung an-

¹⁰ Vgl. N. R. Baker, W. H. Pound, R and D Project Selection: Where We Stand, IEEE-Transactions and Engineering Management, Vol. EM-11, Dec. 1964, S. 124 - 134.

¹¹ Vgl. R. R. Nelson, Uncertainty, Learning and the Economics of Parallel Research and Development Efforts, Review of Economics and Statistics, Vol. 43 (1961), S. 351 - 364; F. M. Scherer, Time-Cost Trade-offs in Uncertain Empirical Research Projects, Naval Logistics Research Quarterly, Vol. 13 (1966), S. 71 - 82; Th. K. Glennan, Issues in the Choice of Development Policies, RAND Study Nr. P-3153 (1965).

¹² Die Unsicherheit der F & E-Projekte ist keineswegs so groß, daß eine solche Kalkulation irreal ist. Vgl. E. Kaufer, Die Ökonomie von Forschung und Entwicklung, S. 438 - 444, und die dort angegebene Literatur, in: E. J. Mestmäcker, Hrsg., Wettbewerb als Aufgabe (1968), S. 401 - 488.

Der Einfachheit halber unterstelle ich, daß das Integral des von T abhängenden Erlösstromes (die Summe der Gegenwartswerte) eine Gerade ist.



gehen. Der Einfachheit halber sei angenommen, alle Firmen sähen sich der gleichen trade-off-Funktion gegenüber. Für den Innovator fällt jetzt die V-Funktion steiler als bisher ab, weil sie von Imitatoren geschmälert wird¹⁸. Wie wirkt sich das auf seine Zeit-Kosten-Entscheidung aus?

- a) Ist der Innovator im Vergleich zum Imitator klein, so fällt seine Erlöskurve steil von AB auf AD, weil eine große Firma infolge besser ausgebauter Absatzwege dem kleinen Innovator einen großen Teil des Markts wieder entreißt. Deshalb verkürzt der Innovator seine Entwicklungszeit von T_1 auf T_3 .
- b) Wenn der Innovator im Vergleich zum Imitator groß ist, wird sein Erlösstrom wenig geschmälert ($AB \rightarrow AC$), so daß auch der Anreiz zur Projektbeschleunigung absinkt.
- c) Sieht sich der Innovator vielen Imitatoren gegenüber, so fällt die Erlöskurve stark, und die Zeitverkürzung ist groß.
- d) Bei wenigen Imitatoren stellt sich das Problem der Reaktionsverbundenheit. Wegen der Geheimhaltung im F & E-Bereich folgen die Oligopolisten wahrscheinlich einer Cournot-Strategie. Dann wird die Entwicklungszeit des Innovators stark reduziert.
- e) Bisher wurde unterstellt, der Innovator realisiere mit der Einführung des Produktes sofort das volle Marktpotential. Märkte müssen jedoch erobert werden, so daß der Erlösstrom flacher als vorher beginnt (vgl. EC). Entsprechend verlängert sich die Entwicklungszeit. Da große Firmen i. d. R. über weiter ausgebaute Absatzwege verfügen als kleinere Firmen, sind unter diesem Aspekt die größeren Firmen die schnelleren Innovatoren.

¹⁸ Ich muß darauf verzichten, auf die Problematik des Patentschutzes einzugehen.

⁴⁰ Schriften d. Vereins f. Socialpolitik 74

626 Erich Kaufer

Halten wir fest: Auf kleine Innovatoren wirken cet. par. größere Anreize zu beschleunigter Abwicklung von F & E-Projekten als auf große Innovatoren. Dasselbe gilt für eine Marktstruktur mit vielen realtiv zu einer mit wenigen Imitatoren. Diese Aussagen gelten jedoch nur unter der Voraussetzung unverzögerter Markteindringung. Wird die Fähigkeit zur Markteindringung berücksichtigt, so können große Innovatoren stärkeren Anreizen zur Projektbeschleunigung unterliegen.

3. Grenzen und Modifikationen des Modells

Das Modell ist sehr einfach und in seiner Aussagekraft begrenzt. So wurden etwa die Erlöskurve und die Zeit-Kosten Funktion als gegeben unterstellt. Wie steht es jedoch, wenn sich die beiden Funktionen im Zeitablauf gegeneinander verschieben? Ferner wurde postuliert, Innovatoren und Imitatoren sähen sich den gleichen Funktionen gegenüber. Firmen unterscheiden sich in ihrer Risikoaversion; ihre F & E-Organisationen sind nicht gleich effizient und kreativ. Diese Fragen werden jetzt erörtert.

a) Wachstum der Wirtschaft und des technischen Wissens

Wie Jacob Schmookler empirisch nachwies¹⁴, wird die Inventionstätigkeit von der Realkapitalbildung stimuliert. Die Inventionen folgen den Investitionen mit einem time-lag nach. Das Modell ist leicht an diese Beobachtung anzupassen. In einer wachsenden Wirtschaft verschiebt sich die Erlösfunktion weiter vom Ursprung nach rechts oben. Das ist ein "Nachfragesog-Effekt". Andererseits sind mögliche Innovationen infolge wissenschaftlich-technischer Fortschritte gegenüber früheren Zeitpunkten billiger und schneller durchzuführen. Die Zeit-Kosten-Funktion rückt im Zeitablauf also auf den Ursprung vor. Das ist eine Art "Wissensdruck-Effekt". Die Erlösfunktion verschiebt sich i. d. R. kontinuierlich. Anders die trade-off-Funktion! Hier sind zwei Fälle zu erwarten.

- 1. Die Funktion verschiebt sich infolge stetig akkumulierten Wissens ebenfalls kontinuierlich.
- 2. Sie springt auf Grund bahnbrechender Erkenntnisse ruckweise vor.
- Zu 1. Bei kontinuierlicher Verschiebung ist ein Marktgrößen- und ein Marktstruktureffekt zu unterscheiden. Im größeren Markt passiert eine Innovation zuerst den Test positiver Gewinne. Das ist einer der Gründe, warum die USA den anderen Ländern gerade in den jungen

¹⁴ Vgl. J. Schmookler, Invention and Economic Growth (Boston 1966).

Technologien voraus sind. Diese Wirkung existiert unabhängig von der Marktstruktur!

Wie steht es aber um deren Einfluß? Bei kontinuierlicher Verschiebung wirft das F & E-Projekt zuerst nur für eine Firma hinreichende Gewinne ab und die Innovation wird zuerst bei monopolistischer Marktstruktur durchgeführt. Erst später wären die absoluten Gewinnmöglichkeiten durch weitere Verschiebung der Funktion so weit gestiegen, daß Raum für Konkurrenten ist.

Zu 2. Springt die trade-off-Funktion in Richtung Ursprungsort vor, so ist das Gewinnpotential wahrscheinlich sofort für mehrere Rivalen groß genug. Jetzt wird die Innovation bei Konkurrenz schneller durchgeführt.

Ob Innovationen folglich bei monopolistischer oder wettbewerblicher Marktstruktur schneller durchgeführt werden, hängt von der Art des Zusammenwirkens des Nachfragesog- und des Wissensdruck-Effektes ab. Allerdings sollte schon jetzt eine Einschränkung genannt werden. Die Ableitung zu (1) implizierte, daß der Monopolist unverzüglich auf eine sich bietende innovative Gewinnchance reagiert. Sind Monopolisten aber reaktionsträge (vgl. unsere Fallstudie), so liegt zwischen dem Auftreten einer profitablen Innovation und ihrer Durchführung ein so beträchtlicher time-lag, daß sie dennoch schneller bei wettbewerblicher Marktstruktur erfolgt.

b) Unternehmensgröße, Marktstruktur und Innovation

Wir wenden uns jetzt der Eingangsthese zu, die Innovationsanstrengungen stiegen mit dem Wachstum von Marktmacht und Gewinnen. Sicher ist diese Beziehung nicht umkehrbar eindeutig. Sonst müßte man aus der in den letzten Jahrzehnten um mehrere tausend Prozent gestiegenen industriellen F & E-Aktivität auf eine gigantische Zunahme der Marktkonzentration zurückschließen. Dennoch ist die Organisation der Industrie nicht unwichtig. Unter denjenigen Autoren, die hier empirisch arbeiten, herrscht in dieser Frage eine bemerkenswerte Übereinstimmung¹⁵. Danach ist der technische Fortschritt dort am schnellsten, wo absolute Firmengröße und Marktkonzentration einen Schwellenwert überschreiten. Jenseits dieser Schwelle läßt die Innovationsaktivität allerdings bald nach. Ferner variiert dieser Schwellenwert von Industrie zu Industrie. Und schließlich existieren je nach der Phase des Innovationsprozesses innerhalb einer Industrie unterschiedliche Schwellenwerte. Hierin zeigt sich eine innovatorische Arbeitsteilung zwischen

¹⁵ Vgl. hierzu *E. Kaufer*, Die Ökonomie..., a.a.O., S. 445 - 488 und die dort angegebene Literatur. Ebenso *F. M. Scherer*, Industrial Market Structure and Economic Performance, Chicago 1970, S. 352 - 364.

628 Erich Kaufer

großen und kleinen Firmen. Die kleinen konzentrieren sich auf die F & E-Bereiche mit hoher Unsicherheit bei relativ niedrigen Ausgaben. Hier wird individuelle Kreativität und Flexibilität verlangt. Die großen arbeiten in den Bereichen, wo zwar die Unsicherheiten geringer, aber die F & E-Kosten wesentlich höher sind.

Schließlich ist einzuwenden, ob der Versuch, den Innovationsvorgang von der Marktstruktur her zu determinieren, nicht einseitig ist. Sollte man nicht auch fragen, auf Grund welcher Anreize Firmen bestimmte Größen und Marktstrukturen zu realisieren trachten? Die Innovationsaktivität einer Firma wird dann nicht schon aus ihrer Größe oder der Marktstruktur abgeleitet. Vielmehr wird untersucht, warum Firmen innovativ sind oder nicht, und hieraus wird dann erklärt, warum sie groß und die Märkte konzentriert sind.

Bei dieser Überlegung ist davon auszugehen, daß eine Industrie nur in dem Ausmaß Forschung und Entwicklung treibt, wie es im Vergleich zu alternativen Investitionsvorhaben profitabel ist. Und das ist letztlich eine Frage des Zusammenwirkens zwischen dem Nachfragesog- und dem Wissensdruck-Effekt. Je nach der Intensität der beiden Effekte ist Forschung und Entwicklung ein wettbewerblich entscheidender oder unbedeutender Aktionsparameter. Insoweit wie die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung zufallsbedingt sind, wird von zwei anfänglich schwach konzentrierten Industrien nach einiger Zeit diejenige mit den stärkeren Sog- und Druck-Effekten stärker konzentriert sein; denn die profitableren F & E-Möglichkeiten spornen die Unternehmer nicht nur zu höherer F & E-Aktivität an, sie erhöhen zugleich auch die zufallsbedingte Variabilität des Unternehmenswachstums. Sie wiederum führt nach einer Variante des Gibratschen Gesetzes zur raschen Zunahme des Konzentrationsgrades. Da die vom Zufall begünstigten Unternehmen jenseits einer Mindestgröße mit Hilfe gegenseitiger Lizenzabkommen, Know-how-Vorteilen etc. ihre individuelle Wachstumsvariabilität senken, wird die Konzentrationsbewegung intensiviert. Einige Industrien sind demnach nicht progressiv, weil sie konzentriert sind, sondern allenfalls konzentriert, weil sie progressiv sind oder es früher waren¹⁶.

Andere Industrien (z. B. Sektoren der Elektronik- und Instrumenteindustrie) sind hingegen trotz intensiven F & E-Wettbewerbs nahezu atomistisch strukturiert. Das hat folgenden Grund: Die durchschnittlichen Projektkosten sind klein und die Innovationen lösen sich in so rascher Folge ab, daß die Unsicherheit und damit die Belastung durch Nicht-Routine-Entscheidungen derart zunimmt, daß die optimale Un-

¹⁶ Vgl. z. B. A. Phillips, Patents, Potential Competition, and Technical Progress, American Economic Review, Vol. 56 (1966), Papers and Proceedings, S. 304.

ternehmensgröße beträchtlich reduziert wird¹⁷. Firmen können folglich groß oder klein sein, Märkte schwach oder stark konzentriert sein, weil sie progressiv sind oder es früher waren.

Profitable Innovationsmöglichkeiten müssen jedoch erkannt und also Suchmittel eingesetzt werden. Die Firmen müssen eine "Forschungskonzeption" haben. Wie kommen sie dazu, und warum unterscheiden Industrien sich hierin? Die Unternehmerinitiative spielt eine entscheidende Rolle. Hier ein Beispiel: Im Gegensatz zur britischen und französischen tauchten in der schweizerischen und deutschen Chemieindustrie frühzeitig technisch initiative Unternehmer auf. Hierauf und nicht auf Unterschiede in der Faktorausstattung, wissenschaftlichem Niveau oder technologischen Möglichkeiten gründete sich deren anfängliche Überlegenheit. Sobald in einer Industrie die Innovation "Forschungskonzeption" auftaucht, verbreitet sie sich durch Imitation¹8. Warum jedoch zu einem Zeitpunkt der "technische Unternehmer" in dieser und nicht in jener Industrie auftaucht, ist ökonomisch gesehen weitgehend eine Frage des Zufalls.

A priori sprechen also wenig Gründe dafür, daß "Bigness and Fewness" Voraussetzung für Innovation sind. Erstens zeigen die empirischen Analysen, daß der Schwellenwert für Firmengröße und Marktkonzentration i. d. R. so niedrig liegt, daß auch das in der BRD bestehende Ausmaß der Marktkonzentration in weiten Bereichen nicht von dieser Seite her gerechtfertigt werden kann¹. Zweitens werden die beachtlichen Komplementaritäten übersehen, die gerade zwischen großen und kleinen Firmen bei der Innovation bestehen. Drittens gibt es eine Reihe weiterer Faktoren wie Größe des Marktes, Nachfragesog, Wissensdruck und Forschungskonzeption, die mitbestimmen, ob Firmen innovativ sind oder nicht. Ihre kausale Verknüpfung mit der Marktstruktur ist keinesfalls einseitig, sofern sie überhaupt besteht. Märkte können auch konzentriert sein, weil die Firmen innovativ sind oder es früher einmal waren.

c) Organizational Slack und Innovation

Bisher wurde allenfalls erwähnt, daß Firmen profitable Innovationsmöglichkeiten nicht erkennen, weil sie Suchmittel nicht oder nur rou-

¹⁷ Vgl. E. Kaufer, Patente ..., a.a.O.; D. Schwartzmann, Uncertainty and the Size of Firms, Econometrica, Vol. 30 (1963), S. 287 - 296.

¹⁸ Vgl. W. R. MacLaurin, Technological Progress in Some American Industries, American Economic Review, Vol. 44 (1954), Papers and Proceedings, S. 178 - 189; P. M. Hohenberg, Chemicals in Western Europe: 1850 - 1914, Chicago 1967, S. 67 - 84.

¹⁰ Da das Bundeswirtschaftsministerium die von ihm durch die "Konzentrationsbeobachtungsstelle" gesammelten Daten zur Konzentration in der BRD geheimhält, kann ich diese These jetzt nicht für andere nachprüfbar untermauern. Ich werde jedoch demnächst Daten zur Konzentration in der BRD veröffentlichen.

tinemäßig einsetzen. Firmen sind keineswegs "allwissend", sondern im Gegenteil mangelhaft über mögliche Alternativen und eigene Präferenzen informiert. Die Qualität der unternehmerischen Problemsuche ist also auch ein Problem. Sie bestimmt, welche Fragen eine Firma stellt, welche Lösungswege sie sucht, welche Folgen sie antizipiert und welche Leistung sie erbringt. Welche Faktoren wirken auf die Qualität der Problemsuche ein²0?

Ein wichtiger Bestimmungsfaktor hängt mit der Eigenschaft jeder Firma zusammen, eine Organisation zu sein. Eine Organisation verlangt gezielte Leistung der Mitglieder, also individuelle Wahl, Entscheidung und Motivation. Das Problem der Effizienz besteht daher nicht in der bloßen Kombination von Inputs, sondern vor allem in der unternehmerischen Fähigkeit, die motivationellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Mitglieder lernen, das nach der jeweiligen Sachlage Erforderliche selber festzustellen und dann zu leisten.

Die Schaffung dieses Anreizsystems wird durch firmeninterne Konflikte erschwert. Übereinstimmung herrscht i. d. R. nur über mehrdeutige Ziele. Solange die Firma in einer günstigen Umwelt arbeitet, besteht kein Zwang, divergierende Ziele in Übereinstimmung zu bringen. Es stehen genügend Mittel bereit, um widerstreitende Ansprüche, individuelle oder Gruppenziele zu befriedigen. Die Unternehmung bindet deshalb mehr Ressourcen als zur Aufrechterhaltung der Organisation notwendig sind; sie entwickelt "organizational slack" oder "Schlupf". Solange die Umwelt befriedigende Ergebnisse gestattet, lohnt es überdies nicht, traditionelle Entscheidungsregeln infrage zu stellen. Unter solchen Bedingungen nimmt folglich nicht nur der Slack zu, auch die Problemsuche wird routinemäßiger betrieben. Umgekehrt finden Unternehmen in widrigen Zeiten oftmals Wege der Kostensenkung und Innovation, die vorher für unerreichbar gegolten hatten, weil die Reduzierung des Slack dazu zwingt, die Zielvorstellungen der Gruppen straffer aufeinander abzustimmen, und weil zum ersten Mal intensiv nach neuen Wegen gesucht wird.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, die Umwelt sei am besten, die den organizational slack auf Null reduziert. Das ist unzutreffend; denn ist er Null, so kann eine Organisation sich nur noch iterativ verhalten, weil alle Ressourcen bereits für bestimmte Aufgaben festgelegt sind. In einer stationären, sicheren Welt ist das sinnvoll. Wie soll eine Unternehmung jedoch plötzliche Umweltveränderungen feststellen, wie darauf reagieren können, wenn sie keine überschüssigen Ressourcen hat? Slack ist also ein Puffer, der Ungewißheiten absorbiert. Wird eine

²⁰ Vgl. hierzu mit weiterführender Literatur E. Kaufer, Wettbewerbspolitik und Wirtschaftswachstum, in: E. Hoppmann, Hrsg., Konzertierte Aktion — Beiträge zu einem Experiment, Frankfurt 1971, S. 321 - 331.

Unternehmung etwa von der Innovation eines Konkurrenten überrascht, so hängt ihr Überleben u. U. davon ab, ob sie genug Ressourcen für ein "crash-program" zu mobilisieren vermag.

Hier taucht aber ein Problem auf. Ein F & E-Programm kann nicht ohne Änderung der F & E-Organisation beschleunigt werden. Steht viel Zeit zur Verfügung, so werden Spezialisten beschäftigt, die jeden Aspekt des F & E-Programms bis ins Detail untersuchen. Deren Tätigkeit ist dann umfänglich zu koordinieren. In einem Crash-Program hingegen benötigt man breit ausgebildete Wissenschaftler, die viele Phasen des Programms überblicken und in Angriff nehmen können. Die Kommunikationskanäle müssen kurz und die Entscheidungen schnell gefällt werden. Deshalb ist eine Firma oft nicht in der Lage, für jede Zeit-Kosten-Kombination eines Projektes die adäquate Organisation aufzubauen. Vielmehr bilden sich "Standardorganisationen", die sich nicht oder nur langsam an verschiedene Situationen adaptieren. Mehr noch! Solche Standardorganisationen sind nur noch zur Abwicklung "durchschnittlicher" F & E-Projekte einzusetzen. Sie "spezialisieren" sich darauf²¹. Sind sie über eine ganze Industrie verbreitet, so werden insgesamt nur noch die "üblichen" F & E-Aufgaben bewältigt. Je stabiler nun die Wettbewerbssituation ist, um so eher breiten sich Standardorganisationen über ganze Märkte aus, um so mehr wird der technische Fortschritt in seiner Richtung zementiert.

Bei Wettbewerb hingegen wird eine Unternehmung selten ungefordert an der Spitze des Erfolges bleiben. Konkurrenten dringen vor und zwingen die Firma zum Abbau des Slacks, weil die überschüssigen Ressourcen für die nun einsetzende Phase intensivierter Problemsuche mobilisiert werden müssen. Die Firma lernt im Wettbewerb, welchen Slack sie sich zweckmäßigerweise zur Absorption unsicherer Ereignisse zulegt; eine etwa aus Prestigegründen unterhaltene Abteilung für Grundlagenforschung macht sich bereits bezahlt, wenn sie den Spezialisten einige Probleme in einem dringenden F & E-Programm löst. Der Executive Jet hingegen kann in einer Krise allenfalls verkauft werden. Entscheidend ist also, daß sich die Firmen durch Wettbewerbsbeschränkungen dem Abbau des Slacks nicht entziehen können und somit das Entstehen von Standardorganisationen verhindert wird. Das ist dann der Fall, wenn der Innovationsvorgang ein Prozeß "schöpferischer Zerstörung" ist, in dem Marktmacht lediglich ein transitorisches Phänomen ist.

d) Firmengröße, Zone der Reaktionsträgheit und Innovation

Seiner hierarchischen Stellung entsprechend hat jeder Mitarbeiter einer Firma Spielraum, wo er selber entscheidet, wie die Situation zu

²¹ Für Belege siehe E. Kaufer, Patente . . ., a.a.O., S. 63 - 64.

632 Erich Kaufer

interpretieren und welche Reaktion notwendig ist. Jemand entdeckt eine Möglichkeit, die Situation zu verbessern. Wird er immer handeln? Ja, wenn seine Leistungsvariation ihm keine Kosten verursacht! Die individuelle Leistung ist aber selten kostenlos zu variieren. Kosten entstehen etwa dadurch, daß ihn die geänderte Tätigkeit aus seiner Routine wirft, ihn zwingt, Widerstände zu überwinden oder ihn in Konflikt mit anderen bringt. Was immer die Kosten sein mögen, er wird auf eine wahrgenommene Änderung der Situation erst reagieren, wenn der ihn erwartende Nutzen größer ist. Individuelle Kosten-Nutzenerwägungen markieren folglich eine Zone, wo Umweltveränderungen ignoriert oder nur mit Verzögerung beantwortet werden²².

Mit der Unternehmensgröße steigt in der Regel die Zahl der übergeordneten Managementebenen. Damit wachsen die Kosten der individuellen Leistungsvariation insbesondere für den Innovator. Er muß bereit sein, seine Idee gegen viele Neinsager zu verteidigen. Große Firmen sind oft nicht eigentlich träge, sondern intensiv beschäftigt: mit der Bekämpfung neuer Ideen. Donald Schon prägte dafür das treffende Paradoxon "dynamischer Konservatismus"23. Die Zone der individuellen Reaktionsträgheit nimmt deshalb mit der Unternehmensgröße zu. Public Relations schildert zwar die Atmosphäre in großen Firmen anders. Dort entwickeln die Erfinder in freudiger Emsigkeit immer neue Ideen, die von den allem Neuen aufgeschlossenen Vorgesetzten sofort aufgegriffen werden. In "Man and Superman" meint GBS hingegen: "The reasonable man adapts himself to the world; the unreasonable one persists in trying to adapt the world to himself. Therefore, all progress depends upon the unreasonable man" (p. 267). Und nach dem Clarkeschen Gesetz hat ein älterer Wissenschaftler fast immer recht, wenn er feststellt, etwas sei möglich. Hingegen irrt er fast immer, wenn er prophezeit, etwas sei unmöglich. Unglücklicherweise wird neuen Ideen sehr oft prophezeit, sie seien unmöglich zu realisieren. In Großunternehmen sind die Laboratorien nicht selten durch 10 Managementebenen von der Entscheidungsspitze entfernt²⁴. Je ingeniöser und revolutionärer eine Idee ist, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie irgendwo auf dem Weg nach oben verworfen wird. Als Evidenz könnte man auf die sich fortlaufend verlängernde Liste solcher Fälle hinweisen²⁵. Ich verzichte darauf. Daß die große F & E-Organisation von kreativen Erfindern nicht als fruchtbares Betätigungsfeld empfunden wird,

²² Vgl. H. Leibenstein, Entrepreneurship and Development, American Economic Review, Vol. 58 (1968), Papers and Proceedings, S. 72 - 83; ders., Organizational or Frictional Equilibria, X-Efficiency, and the Rate of Innovation, Quarterly Journal of Economics, Vol. 83 (1969), S. 600 - 623.

23 Vgl. sein Buch "Technology and Change" (1967).

24 Vgl. Research and Development, Forbes, Nov. 15, 1968, S. 35.

²⁵ Vgl. z.B. R. Stillerman, Resistance to Change, Journal of the Patent Office Society, Vol. 18 (1966), S. 484, 499.

zeigt sich auch daran, daß hunderte solcher Erfinder mit ihren Ideen die großen Universitäts- und Firmeninstitute in Boston verließen und überdurchschnittlich erfolgreiche neue Firmen gründeten²⁶. Um diese Abwanderung zu verhindern, gliedern Firmen wie die 3 M Co. neuerdings solche Erfinder aus ihren Laboratorien aus und gründen für sie kleinere Satellitenfirmen.

Man könnte nun einwenden, gerade in großen Firmen müßte der Widerstand gegen neue Ideen generell kleiner sein, weil sie sich doch gegen die Innovationsrisiken im Wege der Zentralisation der F & E-Einsätze versichern könnten. Die Zone der Reaktionsträgheit müßte dann mit wachsender Firmengröße kleiner werden. Dieses Argument sieht die Unternehmung als Entscheidungseinheit. Tatsächlich wird jedoch Erfolg und Mißerfolg bei einzelnen Projekten Prestige und Karriere jeweils unterschiedlicher Personen tangieren. Versicherung reizt zu Ineffizienz und Sorglosigkeit an ("moral hazard"). Daß sich per Saldo F & E-Erfolge und Mißerfolge intern ausgleichen können, darf also nicht verhindern, daß die einzelnen Menschen risikobewußt entscheiden. Gerade die große Unternehmung kann es sich nicht leisten, die individuelle Risikoaversion systematisch zu reduzieren: Im Gegenteil, große Unternehmen, wollen sie individuelle Verschwendung und Leichtfertigkeit verhindern, müssen interne Anreizsysteme entwickeln, die individuelle Risikoaversion begünstigen²⁷. Das Argument der Selbstversicherung sollte also nicht überschätzt werden.

III. Schlußfolgerungen

Aus Zeitgründen verzichte ich auf eine Zusammenfassung der Einzelergebnisse. Die Analyse hat gezeigt, daß die These "Macht infolge ökonomischer Gesetze" unzutreffend ist. Die Implikation, Innovation sei an Marktmacht gebunden, ist nicht sinnvoll, weil sie von einer verfehlten Fragestellung ausgeht. Zu fragen ist nicht: "Marktmacht — ja oder nein?", sondern: "Wieviel Marktmacht hier oder dort?" Marktmacht gibt es in unterschiedlichen Graden und sie wirkt sich je nach den Umständen in verschiedener Weise aus. Eben deshalb gibt es durchaus marktmächtige, innovative Unternehmen. Es gibt aber auch — wie die Fallstudie belegt — dominierende Firmen, die keineswegs die innovativen Tiger sind, für die sie die Legende hält.

²⁶ Vgl. A. H. Rubenstein, Problems of Financing New Research-Based Enterprises in New England, Boston Federal Reserve Bank 1958; E. B. Roberts, Entrepreneurship and Technology, Research Management, 1968, S. 249 - 266.

²⁷ Oder sie müssen ihre hierarchische Organisationsstruktur drastisch ändern! Vgl. hierzu J. Röpke, Innovation, Organisationsstruktur und wirtschaftliche Entwicklung: Zu den Ursachen des wirtschaftlichen Aufstieges von Japan, Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 21 (1970), S. 203 - 231.

Modelltheoretische Gründe sprechen dafür, daß einerseits die Firmen in schwach konzentrierten, andererseits die in hochkonzentrierten Märkten den stärksten Anreizen zur Innovation unterliegen. Das stimmt durchaus mit den empirischen Beobachtungen überein, wonach der Schwellenwert der die Innovation begünstigenden Konzentration von Industrie zu Industrie variiert. Damit wird das Augenmerk auf die "besonderen Umstände" gelenkt, die eben nicht durch generalisierende Urteile vorschnell beiseite geschoben werden dürfen. Insbesondere ist zu untersuchen, wie sich die ökonomische Macht in ihrer jeweiligen Ausprägung in die Interdependenz der ökonomischen Größen gleichsam einnistet und den Ablauf der Marktprozesse transformiert. So ist es z. B. nicht damit getan nachzuweisen, daß im Fall der kontinuierlichen Verschiebung der trade-off- und der V-Funktion die monopolistische Marktstruktur die Innovation am frühesten hervorbringt. Es muß auch untersucht werden, wie sich Marktmacht und Unternehmensgröße auf die Qualität der unternehmerischen Problemsuche und Reaktionsgeschwindigkeit auswirken. An dieser Stelle zeigt sich dann, daß zwar die "schöpferische Zerstörung" ein indispensables Element der Marktprozesse sein muß, daß sie jedoch mitnichten sich immer zur rechten Zeit einstellt. Gerade weil Innovationen auch Macht verschaffen können, sind sie ein Ansatzpunkt, über den Macht in die Marktbeziehungen eindringt, um dann weitere Innovationen zu verhindern.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Ich danke Herrn Kollegen Kaufer für seine Ausführungen und bitte Herrn Smekal um sein Korreferat.

Christian Smekal (Innsbruck):

Darf ich zunächst eine persönliche Bemerkung machen: Ich habe Herrn Kaufer leider vorher nicht sprechen und mich nicht mit ihm abstimmen können. Daher muß ich vorausschicken, daß ich meinen Diskussionsbeitrag so eingerichtet habe, daß ich nicht zu den Punkten spreche, in denen ich mit Herrn Kaufer übereinstimme — und das sind sehr viele —, sondern zu den Punkten, von denen ich glaube, daß man sie auch anders sehen kann.

Meine kritischen Bemerkungen möchte ich auf vier Fragestellungen konzentrieren: 1. auf die Aussagefähigkeit des vorliegenden empirischen Untersuchungsmaterials, 2. auf die Bestimmungsgründe der unternehmerischen Forschungsentscheidung — das betrifft das Modell der rivalisierenden Forschung, wie es Herr Kaufer vorgetragen hat —, 3. auf die Frage der Abgrenzungsproblematik von Marktmacht und Konzentration, 4. auf das Problem der staatlichen "Nachfragemacht" nach Forschung und Entwicklung.

Zum ersten Punkt: Die bisher vorliegenden empirischen Untersuchungen über die Forschungs- und Entwicklungseffizienz kleinerer, mittlerer und größerer Unternehmen gelangen keineswegs immer zu einheitlichen Ergebnissen. Zum einen sehe ich den Grund darin, daß diese Untersuchungen noch nicht auf jener breiten Basis durchgeführt werden, die allgemeine Aussagen erlauben würde. Das gilt meines Erachtens auch für die Fallstudie, die uns heute vorgetragen wurde. Zum anderen sehe ich das Problem darin, daß das theoretische Instrumentarium für die Interpretation empirischer Erhebungen noch zu unzulänglich ist, um eindeutige Ergebnisse abzuleiten. Die Bestimmung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F & E) und deren Zurechnung zu den Kategorien Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Entwicklungsforschung und Entwicklung - also die Bereiche, die Herr Kaufer hier angesprochen hat - ist noch unklar und erlaubt keine klaren Abgrenzungen. Noch größere Schwierigkeiten beinhalten die Ermittlung, Messung und der Vergleich von F & E-Erträgen. Eine Erfindung ist nicht gleich einer Erfindung, ein Patent ist nicht gleich einem Patent. Welche Erfindung ist z.B. höher zu bewerten, die des Penicillin oder die des Nylon?

Zum zweiten Punkt: Es ist daher Herrn Kaufer sehr zu danken, daß er im weiteren versucht, das Problem modelltheoretisch anzugehen, wobei er meines Erachtens ökonomisch-theoretische Ansätze mit organisationstheoretischen Ansätzen kombiniert. Die Auswahl eines Forschungs- bzw. Innovationsprojekts sieht er in Abhängigkeit von den F & E-Kosten und der F & E-Zeit einerseits — das ist seine trade-off-Funktion — und dem zeitlichen Erlösstrom andererseits. Unter Bedingungen des Wettbewerbs ist nun mit dem Abfallen der Erlöskurve zu rechnen — nämlich durch das Nachziehen der Imitatoren —, was den Innovator zu einer Verkürzung der F & E-Zeit, verbunden mit höheren F & E-Kosten und höherer Unsicherheit, veranlaßt.

Die Problematik dieses Modells besteht meines Erachtens darin, daß die Bestimmung der Erlös- und der trade-off-Funktion erst in dem Zeitpunkt möglich wird, in dem die Ergebnisse des Innovationsvorgangs bereits in groben Umrissen bekannt sind. Das expliziert Herr Kaufer auch im Referat. Damit wird aber ein wesentlicher Bestimmungsfaktor aller Forschungsinvestitionen und aller Forschungsprojekte, nämlich die Unsicherheit, weitgehend aus dem Modell eliminiert und die unternehmerische Entscheidung nicht an den Anfang, sondern an irgendeinen Punkt mitten im Entwicklungsprozeß gelegt. Da unternehmerische Forschung und Entwicklung von Herrn Kaufer als Vorgang kumulativer Informationssammlung und sequentieller Entscheidung definiert werden, erscheint dieser Vorgang nicht ganz folgerichtig.

Welche Faktoren bestimmen nun die Innovationsanstrengungen unter Bedingungen der Unsicherheit? Wird angenommen, daß weder die Kosten- noch die Erlösfunktion abschätzbar ist, so bleibt offen, ob Wettbewerbsdruck zu einer Zeit-Kosten-Substitution zu Lasten der Zeit führt oder zu einer so hohen Bewertung und Einschätzung von F & E-Kosten und F & E-Zeit, daß die entsprechende Innovation überhaupt unterbleibt. So gesehen kann Wettbewerb die F & E-Tätigkeit ebenso fördern wie auch hemmen.

Zum dritten Punkt: Bei der Behandlung des Problemkreises "Unternehmensgröße, Marktstruktur und Innovation" vermisse ich eine schärfere Unterscheidung der Begriffe Marktmacht und Konzentration. Ein Großteil der Argumente von Herrn Kaufer bezieht sich meines Erachtens auf Probleme der Firmengröße, nicht aber auf Probleme der Firmenmacht. Eine Identität beider Begriffe kann — ich erzähle Ihnen da nichts Neues —, muß aber nicht gegeben sein. Marktmacht bedeutet Absenz oder Reduktion von Wettbewerb, während Konzentration zunächst keine Aussage über das Ausmaß des Wettbewerbs auf einem relevanten Markt beinhaltet. Für eine Konzentrationsentscheidung sind mehrere Gründe denkbar; so z.B. Kostendegression, Schaffung funktionsfähiger Wettbewerbseinheiten — wobei ich auf die Diskussion

Europa / USA verweise —, und schließlich kann Konzentration natürlich auch Ausschaltung des Wettbewerbs zum Ziel haben.

Die von Kaufer beschriebenen Phänomene der Organisationsträgheit — des "organizational slack" — und der Reaktionsträgheit mit zunehmender Firmengröße sehe ich als Nachteile der Konzentration, die durch organisatorische Vorkehrungen, durch Managementverbesserungen und / oder auch durch Wettbewerbsdruck verringert werden können. Ihnen stehen aber wichtige Konzentrationsvorteile gegenüber, die nicht außer acht gelassen werden dürfen. Große Produktionsserien, breites Sortiment, weites Absatznetz führen zu Kostensenkungen allgemeiner Art, zu einer Verringerung des Forschungsrisikos im Hinblick auf Fehlschläge, zu einer Vergrößerung der Verwertungsbreite technischer Erfindungen, zu einer Verkürzung der Einführungszeit neuer Produkte auf dem Markt sowie zur Möglichkeit des Ausbaus der Grundlagenforschung infolge relativ sinkender Gemeinkosten.

Die Vorteile der kleineren Unternehmen dürften demgegenüber in der spezialisierten produktabhängigen Forschung liegen, deren Risiko absehbarer ist und deren Ergebnisse daher unter Umständen spektakulärer ausfallen als bei größeren Unternehmungen, was auch die empirischen Erhebungen beeinflussen dürfte.

Wird die F & E-Tätigkeit unter dem Gesichtspunkt der Marktmacht analysiert, so ist davon auszugehen, daß monopolistische Gewinne auftreten. Ob diese verwendet werden, um verstärkte Investitionen oder Investitionsanstrengungen zu finanzieren, oder ob die Monopolstellung ausgenützt wird, um ein einmal eingeführtes Produkt am Markt zu perpetuieren, ist meines Erachtens nicht eindeutig zu sagen. Einerseits liegt es nahe, die Einführung neuer Produkte so lange hintan zu halten, bis die Amortisation der alten Anlagen abgeschlossen ist. Andererseits muß bedacht werden, daß der latente Wettbewerb auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung äußerst stark sein dürfte, zumal sich nationale Marktbarrieren — Staatsgrenzen — und institutionelle Barrieren — Patente, Lizenzen — nur als beschränkt wirksam erweisen und zudem die unternehmerische Forschungs- und Entwicklungstätigkeit von seiten des Staates durch steuerliche Anreize immer mehr gefördert wird.

Damit komme ich zu meinem vierten Problemkreis: Angesichts der staatlichen Unterstützung unternehmerischer Forschungs- und Entwicklungstätigkeit im allgemeinen und der massiven Vergabe staatlicher Forschungsaufträge im speziellen erhebt sich die Frage, ob die Zusammenhänge von Innovation und Marktmacht ohne Einbeziehung der staatlichen Forschungspolitik hinreichend erklärt werden können. Die externen Erträge der Forschungstätigkeit werden offensichtlich so hoch

eingeschätzt, daß eine staatliche Subventionierung — sprich Risikoabgeltung — gerechtfertigt erscheint. Auch im Zuge der Vergabe staatlicher Forschungsaufträge — sei es auf dem Gebiet der Verteidigung, der Weltraumforschung, der Atomenergie, der Bildung oder der Gesundheit — wird mit starken externen Effekten auf die Zivilproduktion gerechnet. In Ermangelung einer Theorie des technischen Fortschritts sind wir heute nicht in der Lage, Bestimmungsgründe und Ausmaß externer Effekte der Forschungstätigkeit anzugeben. In der Praxis läßt sich allerdings beobachten, daß die staatliche Forschungsunterstützung um so größer ist, je mehr externe Effekte erwartet werden. Da der überragende Teil der staatlichen Forschungsaufträge an größere Unternehmungen gegeben wird, ist vielleicht der Umkehrschluß zulässig, daß Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Grundlagenforschung und externen Effekten effizienter in größeren Unternehmen erfolgen können.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Im Hinblick auf die Zahl der vorliegenden Wortmeldungen und auf die zur Verfügung stehende Zeit darf ich den dringenden Wunsch äußern, möglichst nicht mehr als drei, in keinem Falle aber mehr als fünf Minuten zu sprechen.

Wilfried Schulz (Freiburg):

Die anregenden Ausführungen von Herrn Kaufer und auch von Herrn Smekal animieren einen Modellbauer geradezu, das, was hier graphisch dargestellt ist, explizit analytisch zu behandeln.

Herr Kaufer definierte T als die Forschungs- und Entwicklungszeit. Ferner führte er einen weiteren Parameter ein, den er als Maß für die Zahl und Größe der Imitatoren bezeichnete; diesen Parameter nenne ich Z. Herr Kaufer legte dar, daß der Ertrag eine Funktion von T und Z sei:

$$E = E(T \mid Z)$$

Die Produktionskosten, die während der Produktionszeit laufend anfallen — ich bezeichne sie KoP —, sind eine Funktion der Zeit, nicht aber der Zahl und Größe der Konkurrenten:

$$KoP = KoP(T)$$

Dann gilt für den Gewinn G:

$$G(T \mid Z) = E(T \mid Z) - KoP(T)$$

Nun müßten wir — einer Anregung von Herrn Smekal folgend und im Anschluß an ein Albachsches Simulationsmodell — auch noch berücksichtigen, daß nicht jedes Forschungsvorhaben zur Produktionsreife führt, so daß wir wohl mit mathematischen Erwartungen arbeiten müssen. Ich schlage deshalb vor, daß wir sowohl die Ertragsfunktion als auch die Produktionskostenfunktion mit irgendeiner — subjektiven oder objektiven — mathematischen Erwartung versehen, so daß sich für den Gewinn ebenfalls eine mathematische Erwartung ergibt. Für den Zeitpunkt t gilt dann:

$$E[G(T \mid Z)_t] = E[E(T \mid Z)_t] - E[KoP(T)_t]$$

Diese Formel zeigt klar die Struktur des vorliegenden einfachen Modells.

Herr Kaufer definierte nun seine Totalerlösfunktion $V=V\left(T\left|Z\right.\right)$ hier besser Totalgewinnfunktion genannt — im Falle einer kontinuierlichen Betrachtung als Integral über die gesamte Produktionszeit bzw. bei diskontinuierlicher Betrachtung als Summe über die Zeitperioden, in denen Gewinne anfallen, und zwar jeweils unter Diskontierung der Gewinne auf den Gegenwartswert. Es gilt demnach im Falle der diskontinuierlichen Betrachtung, wenn wir die Diskontrate i als Funktion der Zeit annehmen:

$$E[V(T \mid Z)] = \sum_{t=T}^{H} \frac{1}{[1+i(t)]t} \cdot E[G(T \mid Z)_t]$$

Dabei bezeichnet H im Sinne der Kauferschen Darstellung den Zeitpunkt, in dem der Erlös — besser: der Gewinn — auf Null absinkt, weil die Innovation infolge exogener technischer Fortschritte obsolet wird.

Die (abdiskontierten) Gesamtforschungs- und Entwicklungskosten eines Projekts — ich bezeichne sie mit KoF — sind allein eine Funktion der Forschungs- und Entwicklungszeit:

$$KoF = KoF(T)$$

Es ist nun ohne weiteres möglich, folgende Maximierungsaufgabe zu stellen:

$$E[V(T \mid Z)] - KoF(T) = Max!$$
TIZ

Wenn wir diesen Ausdruck maximieren, würde sich vermutlich eine Drehung der Kurve AB je nach Anzahl der Konkurrenten um A nach unten ergeben, die Herr Kaufer in seiner Graphik 2 dargestellt hat.

Umgekehrt müßte sich bei Einführung der mathematischen Erwartung und Unsicherheit der Projekte eine Drehung der Kurve AB um

den unteren Schnittpunkt B der Kurve mit der Abszisse ergeben. Das heißt, die Verschiebungen auf Grund der Zahl der Imitatoren einerseits und auf Grund des Einflusses der Unsicherheit andererseits würden sich womöglich dergestalt kompensieren, daß eine Parallelverschiebung resultiert. Auf diese beiden gegenläufigen Effekte bei der Bestimmung der optimalen F & E-Zeit hinzuweisen war u. a. der Sinn meiner formalisierten Darstellung.

(Beifall.)

Gerold Hauser (Zürich):

Meine Frage geht in die gleiche Richtung wie die Frage des Vorredners. Ich möchte Herrn Kaufer fragen, welche Annahmen er seinem Modell zugrunde legt. Wenn wir z. B. den Punkt H in der Figur 2 mit dem Punkt T nach rechts wandern lassen, dann erhalten wir eine geradlinige Erlöskurve, deren Steigung vom Diskontierungssatz abhängig ist. Denn durch eine Verlängerung der Forschungs- und Entwicklungszeit um eine Zeiteinheit verschiebt sich der ganze Erlösstrom einfach um eine Zeitperiode nach vorn.

Die Veränderung in der Marktform zeigt sich nun darin, daß diese Erlöskurve parallel nach unten verschoben wird. Denn es ist nicht unbedingt anzunehmen, daß durch die Verstärkung der Konkurrenz die Struktur der zukünftigen Erlöse sich ändern wird. Wohl werden alle Erlöse gesenkt, aber es wird sich nicht notwendigerweise ihre zeitliche Zusammensetzung ändern. Es ergäbe sich also eine Verschiebung der Kurve parallel nach unten. Das würde aber wiederum bedeuten, daß die Forschungs- und Entwicklungszeit von der Marktstruktur unabhängig ist.

Das Modell gibt dann die Antwort auf die Frage: Wann wird geforscht und wann wird nicht geforscht. Es ergibt sich ein gewisser Schwellenwert für den zukünftigen Erlös, nämlich bei der Erlöskurve, die gerade noch die trade-off-Kurve tangiert. Ich frage mich, inwiefern dieser Schwellenwert Anlaß dazu gegeben hat, daß Autoren immer von einem gewissen Schwellenwert für ihre Investitionsrechnung sprechen.

(Beifall.)

Adolf Nußbaumer (Wien):

Ich komme nochmals auf das Modell zurück, nicht auf die praktischen Fragen; allerdings auf eine etwas andere Weise als die beiden Vor-

redner, weil ich die Frage stellen möchte, ob das von Herrn Kaufer konstruierte Modell überhaupt ein notwendiges und zweckmäßiges Modell zur Behandlung seiner Fragestellung ist. Hierzu habe ich drei Fragen:

Die erste Frage - die hier in der Kürze der Zeit nicht zu beantworten ist - lautet: Kann man ein Modell für Forschung und Entwicklung, für research and development bilden? Hat man die beiden Begriffe nicht gerade deshalb unterschieden, weil Forschung und Entwicklung zweierlei Dinge sind und vor allem in bezug auf die Firmen, die so etwas betreiben bzw. betreiben wollen, völlig verschiedenen Gesetzmäßigkeiten unterliegen? In der Praxis kann man ja häufig beobachten, daß kleine Firmen zwar recht tüchtig in der Herbeiführung von inventions sind, daß sie aber meistens niemals bis zum development kommen. Das heißt, sie erarbeiten mit relativ kleinen Aufwendungen neue Erfahrungen, bringen sie aber nicht bis zur Industriereife. Ich glaube also, wir sollten das Problem teilen und einerseits Forschung und andererseits Entwicklung behandeln. - So gesehen könnte man im Hinblick auf die dargestellte Fallstudie sagen, daß IBM zwar in der Entwicklung tüchtiger war, sich aber um die Forschung erst dann gekümmert hat, als offensichtlich wurde, daß eine Betätigung auf diesem Gebiet zwingend notwendig war, wenn nicht die eigenen Gewinnchancen durch neue Projekte anderer gefährdet werden sollten.

Ein zweites Problem betrifft das Modell spezifisch. Ist es zweckmäßig, von den jeweiligen Kosten in der Zeiteinheit und der jeweiligen Erhöhung der Erträge in der Zeiteinheit auszugehen, also mit Marginalgrößen (in bezug auf die Zeit) zu arbeiten? Wäre es nicht günstiger, mit Gesamtkosten für alternative Projekte und Gesamterträgen für alternative Projekte zu arbeiten? Man könnte ja eine Funktion der Kosten aufstellen, die bei der Entwicklung eines neuen Produkts oder eines neuen Verfahrens anfallen, in Abhängigkeit von der Gesamtzeit, die zur Verfügung steht, und nicht in Abhängigkeit von der Zeit, die vergeht, bis eine bestimmte Stufe in der Entwicklung dieses Projekts durchlaufen ist. Dieses andere Modell hat einiges für sich. Denn der Unternehmer, der sich mit einem neuen Projekt befaßt, wird ja nicht alle paar Monate überprüfen, ob die gewählte Entwicklungsmethode fortgeführt werden soll oder nicht. Vielmehr wird er sich wahrscheinlich zunächst einmal prinzipiell für eine bestimmte Kombination von Zeitaufwand und Entwicklungskosten entscheiden.

Wenn man ein solches Modell bildet, kommt man zu einer Darstellung, die äußerlich relativ ähnlich derjenigen ist, die wir hier vorgeführt bekommen haben, die aber, weil sie mit anderen Größen arbeitet, doch etwas anderes beinhaltet:

Was die Kostenfunktion in diesem anderen Modell betrifft, so wird sie unter Umständen einen degressiven Verlauf haben, was bedeutet, daß die Kosten für die Entwicklung des Projekts um so höher sind, je kürzer die dafür vorgesehene Zeit ist (vgl. Fig. 1 des Referates auf S. 623). Auf diese Annahme komme ich dann in meinem letzten Kritikpunkt zurück.

Andererseits nehmen die Kosten, die aus der Unsicherheit hinsichtlich des Erfolgs des betreffenden Projekts resultieren, mit zunehmender Länge der Entwicklungszeit zu (vgl. Fig. 1 des Referates).

Daraus folgt, daß sich eine trade-off-Funktion ergibt, deren Verlauf etwa die gleiche Gestalt hat wie die im Modell von Herrn Kaufer.

Dieser trade-off-Funktion kann ich nun eine Gesamterlösfunktion gegenüberstellen. Ich betrachte also auch hier nicht die auf die einzelnen Zeiteinheiten entfallenen Werte, sondern die Gesamtheit der Erlöse, die zu erwarten sind, wenn das Projekt in t Jahren industriereif wird. Diese Gesamterlöskurve hat im Zweifel einen abfallenden Verlauf. Die in dem ursprünglichen Modell gegebene Schwierigkeit, daß die Kurve unter Umständen zunächst ansteigt, weil die Produktion nicht mit der vollen Kapazität anlaufen kann, fällt hier weg.

Trägt man die trade-off-Funktion und die Gesamterlösfunktion zusammen in einer Figur ein (vgl. Fig. 2 des Referates auf S. 625), so erkennt man sofort, daß die optimale Entwicklungszeit keinesfalls diejenige ist, bei der die trade-off-Funktion ihr Minimum durchläuft. Vielmehr liegt die optimale Entwicklungszeit dort, wo die Änderung der trade-offs in Abhängigkeit von t zusammenfällt mit der Änderung der Gesamterlöse in Abhängigkeit von t.

Meine Frage ist also, ob es nicht zweckmäßiger wäre, mit dem von mir skizzierten Modell zu operieren.

Meine dritte Frage schließlich — und sie betrifft die bei der Konstruktion des Modells eingangs gemachte Annahme —: Ist es tatsächlich zulässig, Modelle zu konstruieren, die prinzipiell davon ausgehen, daß eine schnellere Entwicklung höhere Kosten verursacht? Ist das eine notwendige Annahme, oder ist es eher eine beliebige Annahme? Davon hängt nämlich die Aussagekraft des Modells ab.

Hier ergibt sich die weitere Frage: Sollte man nicht eine zusätzliche Variable einführen und das Modell so einrichten, daß ein Zusammenhang zwischen der Größe der Firma und der Möglichkeit, die Entwick-

lungszeit zu verkürzen, zur Geltung kommt, dergestalt nämlich, daß eine große Firma den Vorteil hat, eine Entwicklung schneller betreiben zu können als eine kleine, ohne daß sie andererseits einem Zwang in dieser Richtung unterliegt?

Sollte man schließlich nicht auch eine Variable einführen, die die Möglichkeit eines Steckenbleibens im Entwicklungsvorgang berücksichtigt? Hat die große Firma nicht die Chance, weil sie schneller entwickeln kann, später einzusteigen und trotzdem auf dem betreffenden Gebiet führend zu werden, weil sie im Entwicklungsprozeß überholt? Und hat sie nicht gegenüber der kleineren Firma den großen Vorteil, daß sie alle Entwicklung selbst machen kann, daß also alle Entwicklungsergebnisse in ihrem eigenen Bereich anfallen und verwertet werden können, während die kleine Firma zwar die inventions machen kann, aber meist nicht in der Lage ist — weder zeitlich noch finanziell noch machtmäßig —, die innovations durchzuführen? Ein Modell, das diese Umstände berücksichtigt, wäre wohl eher in der Lage, das IBM-Beispiel zu erklären, als die Theorie, die von dem Herrn Referenten vorgetragen worden ist.

Bernhard Griesbach (Berlin):

Ich bin mir durchaus bewußt, daß es sich hier um Modelle handelt. Aber mir ist nicht ganz klar, was in den Begriff "Struktur", der hier verwendet wird, alles einbezogen ist. Mir schien, daß Struktur lediglich die Größe bzw. die Kleinheit der Unternehmen sowie die Zahl der Unternehmen beinhaltet. Meine Frage wäre nun, ob der Begriff "Struktur" nicht auch Marktzutrittsschranken, Patentabsicherung usw. umfassen müßte und ob damit nicht all die Aussagen, die gemacht wurden — etwa auch im Hinblick auf die Entwicklungsphasen der Märkte im Sinne von Heuß — modifiziert oder relativiert werden müssen.

Gerhard Mensch (Berlin):

Meine Frage betrifft im Grunde genommen die Falsifizierbarkeit des Modells. Unglücklicherweise bin ich einige Minuten später gekommen und weiß daher nicht genau, ob die Fallstudie, die Sie, Herr Kaufer, vorgetragen haben, in irgendeiner Weise etwas mit dem Modell, das Sie vorgeführt haben, bzw. mit seiner Aussagefähigkeit zu tun hat. Was ich von dem Vortrag gehört habe, hat nicht erkennen lassen, daß die Fallstudie in irgendeiner Weise mit dem Modell verbunden ist,

außer zu motivieren, daß da natürlich ein Qualitätswettbewerb existiert.

Die Falsifizierbarkeit des Modells würde natürlich an die Frage anknüpfen, ob man es testen kann oder ob damit Antworten gewonnen werden können. Der Referent hat uns das ganze Repertoire an möglichen Hypothesen über innovatives Verhalten gezeigt, das man aus der deutschen, der amerikanischen und der OECD-Literatur kennt. Da kommt dann heraus: Bigness and fewness ist innovativ, ist aber auch nicht innovativ; smallness and newness ist nicht innovativ, ist aber auch sehr innovativ; Konzentration ist sehr gut für die Durchsetzung von innovations, ist aber auch hinderlich.

Bei einer solchen Vielfalt von Faktoren wie Marktmacht, Konzentrationsgrad — falls das etwas anderes ist —, Anzahl der Marktbeteiligten, smallness, bigness usw. müßte man doch angesichts eines derartigen Wirrwarrs von Antworten vermuten, daß, wenn hier eine testbare Aussage darüber getroffen werden soll, inwieweit diese Faktoren für innovatives Verhalten maßgebend sind, auch das innovative Verhalten aufgegliedert und klassifiziert werden muß. Man müßte Klassen bilden wie: smallness, bigness, fewness, wichtig, unwichtig, invention, innovation, letzteres wieder untergliedert z.B. in Prozeßinnovation und Produktinnovation. Ich selber habe in der Literatur über Basisinnovationen und Verbesserungsinnovationen geschrieben. Es sieht ja so aus, daß kleine, neue Unternehmungen qualitativ ganz andere Innovationen durchführen als große, die hauptsächlich Folgeinnovationen durchführen. Ford bringt z. B. jedes Jahr einen neuen Wagen heraus, und das ist eine Innovation, nämlich eine Folgeinnovation. Aber natürlich ist die Frage nach dem Qualitätswettbewerb, den ein neues Ford-Modell auslöst, nicht damit in den Griff zu bekommen, daß man sich Gedanken darüber macht, wie lang die optimale Zeit zwischen der neuen Idee und dem Auf-den-Markt-Bringen eines solchen neuen Modells ist.

Ich frage also: Gibt es denn unter Ihren empirischen Arbeiten auch solche, die zeigen, daß Ihr Modell die Vorgänge auf irgendeinem Markt erklärt, und gibt es vielleicht andere Studien, die das zeigen könnten?

Herbert Biermann (Münster):

Die vorgenannten Ausführungen von Herrn Mensch entsprechen auch meinen Vorstellungen. Ich habe daher nur eine ergänzende Frage, und zwar möchte ich nach dem Hintergrund der Überlegungen von Herrn

Kaufer fragen. Denn die Vorführung eines Modells läßt im allgemeinen nicht erkennen, welche Bemühungen zur Erklärung eines Phänomens unternommen bzw. welche Hypothesen zu Fall gebracht wurden. Ich hätte diesbezüglich gern gewußt: Warum werden (a) der organizational slack, (b) die Schiefe der Verteilung der Unternehmungen im Markt und (c) die unterschiedlichen Zielstrukturen bei den Unternehmen nicht als Determinanten in Modellen von Diffusionsprozessen der Inventionen und der Innovationen gesehen? Meines Erachtens bietet sich gerade der slack unter dem Gesichtspunkt der fehlenden Zielpolarisierung in Unternehmen als Erklärung für die Höhe der Übergangswahrscheinlichkeiten bei den Diffusionsprozessen an. Dieser slack scheint zudem, wenn ich die Arbeiten von Leibenstein richtig in Erinnerung habe, gesamtwirtschaftlich von besonderer Bedeutung zu sein.

Erich Hoppmann (Freiburg):

Zu meiner Wortmeldung bin ich durch die sehr breite Diskussion über das Modell des Referenten und auch durch die letzten Äußerungen zur Frage der Falsifizierbarkeit des Modells veranlaßt worden. Wenn ich recht sehe, handelt es sich bei den Variablen des Modells ausschließlich um Erwartungsgrößen. (Auch Herr Schulz hat ja versucht, das deutlich zu machen. Zwar hat er an einer Stelle ex-post-Kosten eingesetzt, ich glaube aber, daß er das Modell nicht richtig interpretiert hat; meines Erachtens handelt es sich ausschließlich um Erwartungsgrößen.)

Wenn es sich ausschließlich um Erwartungsgrößen, also um konjekturale Funktionen handelt, dann liegt ein rein entscheidungstheoretisches Problem vor. Entscheidungslogik ist reine Logik, und die Frage der Falsifizierbarkeit an ein entscheidungslogisches Modell zu stellen, ist wohl nicht adäquat. Insoweit habe ich die gleichen Bedenken, die ich heute vormittag gegenüber Herrn Gutowski geäußert habe: Wenn es nur konjekturale (vorgestellte, erwartete) Sachverhalte sind, sagt das Modell lediglich etwas darüber aus, was ein Unternehmen sich vorstellt und wie es plant, doch wissen wir damit noch nicht, was nachher geschieht, wenn es mit seinen Plänen (Vorstellungen) am Markt auftritt und der Marktprozeß dann abläuft. (In diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu dem Diskussionsbeitrag von Herrn Hauser bezüglich des Diskontsatzes: Auch der Diskontsatz ist ja ein erwarteter Wert, nämlich der, den die Unternehmen schätzen. Ebenso kann sich auch das Erlösprofil ändern.)

Das Modell von Herrn Kaufer enthält also ausschließlich ex-ante-Größen. Wenn dem so ist, dann wird das Problem verschoben, wenn

unsere Diskussion jetzt an dem Modell verharrt. Das Problem hier für uns ist es, die Verbindung zum Phänomen der Marktmacht zu schaffen. Wenden wir uns diesem zu, dann kommt aber folgender Gedankengang in Betracht: In der Unternehmung gibt es die im Modell von Herrn Kaufer beschriebenen Erwartungsstrukturen — wie sie zustande kommen, interessiere uns jetzt nicht -, und die Unternehmung kann dann entscheidungslogische Maximierungskalküle anwenden, d. h. sie erarbeitet Planungen. Aufgrund dieser Planungen beginnt sie, tätig zu werden. Im Zeitablauf zeigen sich dann aber viele Sachverhalte anders, als sie erwartet worden sind, d. h. die ex-post-Größen weichen von den ex-ante-Größen ab. Die Differenzen zeigen, daß und wie die Unternehmung sich geirrt hat: Sie erhält vom Markt die Information, daß sie falsche Erwartungen hatte. (Hier ist auch die Verbindung zum Problem des Referats von Herrn Scherhorn, nämlich daß der Markt ein Informationssystem ist.) An dieser Stelle - wenn die ex-post-Funktionen und die ex-ante-Funktionen voneinander abweichen - ist der Zusammenhang mit dem Machtproblem zu finden, nämlich in der Frage: Wie reagiert die Unternehmung auf die Information, daß sie falsch geplant hat?

Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Reaktion:

- (1) Die Unternehmung wird gezwungen, ihre Erwartungen und Handlungen an die Informationen, die sie vom Markt bekommen hat, anzupassen. Sie wird dann entweder (a) ihre eigene Leistungsfähigkeit steigern oder (b) wegen mangelnder Fähigkeit zurückfallen; in beiden Fällen hat sie meines Erachtens keine Macht.
- (2) Macht hat sie dann, wenn sie in der Lage ist, sozusagen die Tatsachen den eigenen Erwartungen anzupassen, also ihre Erwartungsgrößen im Markt durchzusetzen und ihren Willen anderen aufzuzwingen.

Hier liegt meines Erachtens das Marktmachtproblem, nicht bei der logischen Struktur dieses Modells, und ich möchte Herrn Kaufer fragen, ob er dem zustimmt.

(Beifall.)

Burkhardt Röper (Aachen):

Ich war im großen und ganzen sehr beeindruckt von Ihren Ausführungen, Herr Kaufer, und meine, daß die Probleme der Marktmacht

treffend herausgestellt worden sind. Meines Erachtens ist in der Diskussion jedoch zu sehr auf das Modell eingegangen worden und zuwenig auf die vielen wichtigen Bemerkungen, die Sie im übrigen gemacht haben.

Wir haben uns in Aachen mit einem speziellen Fall befaßt, nämlich mit dem Halbleitermarkt, genauer dem Markt für Halbleiterelemente. Für diesen Markt ist typisch, daß es sich früher um ein Produkt handelte, während es jetzt rund 70 000 Produkte gibt. Es besteht eine außerordentlich starke Segmentierung. Einige Unternehmen machen Riesengewinne, andere sind zum Aufgeben verurteilt worden. Die Marktmacht ist auf den einzelnen Sektoren völlig unterschiedlich. Die Erfinder waren Angestellte des größten Unternehmens in dem Bereich der Elektroindustrie und -versorgung, doch konnte es die Erfindung nicht ausnutzen und überließ das Kleinbetrieben.

Die Innovationsmacht der Großen hatte noch einen bisher nicht erwähnten Effekt: Spitzenkräfte sprangen ab und machten eigene Firmen auf. Insofern haben die großen Firmen indirekt einen erheblichen Beitrag zum technischen Fortschritt geleistet: weil sie derart in bestimmten Denkkategorien erstarrt waren, daß sie die Gedanken jener Leute nicht aufgenommen haben, konnten sich andere auf neuen Teilmärkten entwickeln. Diese Firmen wurden zum Teil auch wieder groß und hin und wieder auch etwas träge; dann sprangen wiederum Spitzenkräfte ab. Die Chance, sich selbständig zu machen, ist aber nur auf diesem Markt möglich gewesen, weil es sich hier um die Herstellung von einzelnen Teilen handelt, nicht um die Herstellung von integrierten Systemen. Man müßte - wie Herr Griesbach angedeutet hat - die Märkte der Wirklichkeit sehr genau differenzieren. Wir wissen noch sehr wenig über den Wettbewerb um die Märkte der Zukunft Bescheid und tasten weitgehend im Dunklen herum. Sonst hätten wir eine effizientere Forschungspolitik, sonst wüßten wir heute schon, ob sich das Abenteuer der Concorde rentieren wird oder nicht.

Zu IBM möchte ich bemerken: Es wird gesagt, dieses Unternehmen sei bei Innovationen immer der Zweite gewesen. Tatsächlich war dies bei der Anwendung der Elektronik für Computer der Fall. IBM hat spät die Grundlagenforschung aufgenommen. Aber ökonomisch ist IBM doch für manche erschreckend erfolgreich und hat eine Marktmacht entwickelt, die von der geballten Kraft der europäischen Forschungspolitik nicht gebrochen werden konnte. Woran liegt das? Zum Teil wohl daran, daß IBM trotz des Umstands, daß erwiesenermaßen gute Leute abgesprungen sind, immer noch über eine hervorragende und gut aufeinander eingespielte, wettbewerbsbewußte Mannschaft verfügt, und wohl auch recht gute Gehälter zahlt. Zum Teil liegt es auch daran, daß

IBM einen Teil der Monopolgewinne in Forschungstätigkeit reinvestiert und so seinen Know-how-Vorsprung in hard- and software wahren kann.

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Ich darf Herrn Kaufer die Gelegenheit zu einem Schlußwort geben.

Erich Kaufer (Saarbrücken):

Ich sehe eigentlich diese vielen Diskussionsbeiträge eher als eine Ergänzung des Referats an, das ja auf 45 Minuten festgelegt war und deshalb nach dem alten Stiglerschen Satz, daß es keinen "free lunch" gibt, mit Opportunitätserwägungen arbeiten mußte. So habe ich viele Dinge, die jetzt gesagt worden sind, weggelassen. Nachdem das jetzt vorgebracht worden ist, brauche ich auf diese Dinge nicht weiter einzugehen, eben weil es sich um hilfreiche Ergänzungen des Referats handelt. — Im übrigen gehe ich jetzt einfach der Reihe nach vor und versuche mich zu erinnern.

Herr Smekal schnitt als erstes die Frage der Aussagefähigkeit empirischer Untersuchungen an. Was ich hier vorgetragen habe, war eine komprimierte Kurzfassung einer umfangreichen Dissertation, die in Saarbrücken gerade abgeschlossen wird. Hier taucht ein Problem auf, dem man immer wieder begegnet, wenn man Fallstudien bringt. Ich erinnere mich an das, was Herr Bombach zur Frage des Zusammenhangs zwischen Forschung und Entwicklung und Konzentration geäußert hat: Da werden immer wieder die alten Geschichten erzählt. Zwar erzählte ich eine neue Geschichte, aber es heißt dann eben "die Geschichtenerzählerei".

Die umfangreichen statistischen Untersuchungen, die vorliegen — von Mansfield, Scherer, Comanor usw. — arbeiten natürlich mit sehr grobem Material. Meistens handelt es sich um Patente. Aber irgendwie muß man ja messen, wenn man empirisch arbeiten will. Man kann natürlich überhaupt auf Empirie verzichten und Theoreme in die Luft setzen, wie das Galbraith tut. Das ist wohl nicht sehr fruchtbar. Man sollte zumindest versuchen, auch empirisch vorzugehen. Da hat man also Patente, und nun kommt das Argument: Patente sind in der Qualität sehr unterschiedlich. Das sollte man nicht ganz ernst nehmen, denn Scherer und Comanor haben eine Korrelationsuntersuchung vorgenommen, in deren Verlauf sie sich in der pharmazeutischen Industrie der USA jedes einzelne Patent genau angesehen haben. Sie haben unter

Heranziehung von Hilfsassistenten eine immense Arbeit aufgewandt und haben versucht — das hat auch Schmookler gemacht —, festzustellen, was wichtige und was unwichtige Patente sind, auch unter Heranziehung der Fachwissenschaftler. Sie haben also alles getan, was man nur machen konnte, um die Erfindungen in wichtige und unwichtige zu teilen. Mit diesem Material haben sie gearbeitet. Man versucht also durchaus, zu einigermaßen aussagefähigen Ergebnissen zu kommen.

Eine andere Variable, die man heranzieht, ist der "input", nämlich wieviel Wissenschaftler beschäftigt werden. Aber das ist auch problematisch, denn die Anzahl der Ingenieure in einem Labor gibt natürlich nicht Aufschluß über die Qualität der Forschung des betreffenden Unternehmens. Aber andere Daten hat man nicht.

Mit diesen Daten ist immerhin einiges herausgekommen, z. B. dies, daß die von Galbraith formulierte These nicht aufrecht erhalten werden kann. Da möchte ich an meine Schlußworte erinnern — manches in dieser Richtung klang auch hier in der Diskussion an -; ich habe gesagt: "Damit" - nämlich mit dem, was ich vorgetragen habe - "wird das Augenmerk auf die 'besonderen Umstände' gelenkt, die eben nicht durch generalisierende Urteile vorschnell beiseite geschoben werden dürfen". Mein Plädoyer ist eben: Wenn irgendwo gesagt wird, man brauche Konzentration, dann möchte ich mir den Markt ganz konkret anschauen und sehen, was da los ist. Mein Plädoyer ist nicht, zu fragen: Marktmacht — ja oder nein?, sondern: Marktmacht — wieviel, und zwar jeweils in bezug auf diesen oder jenen Markt oder sogar worauf Herr Kollege Röper hinwies - in bezug auf den betreffenden Sektor. Es kann ja sein — und der Halbleitersektor ist dafür typisch —, daß große Firmen wie General Electric überhaupt nicht hereinkommen. Man muß also jeweils auf das relevante Segment abstellen.

Soviel zum Problem der Aussagefähigkeit der empirischen Untersuchungen. Man kann jedenfalls sagen, jeder, der auf diesem Gebiet empirisch arbeitet, kommt zu dem vorsichtig formulierten Schluß, daß es solche Schwellenwerte gibt, die aber von Industrie zu Industrie und zum Teil auch von Projekt zu Projekt variieren. Wenn immer angezweifelt wird, daß solche empirischen Untersuchungen etwas taugen, so möchte ich sagen, daß sie im Bereich der Makroökonomik auch nicht mehr taugen, weil die statistischen Daten dort genauso fehlerhaft sind.

Zur Frage der Grundlagenforschung: Ich habe mich ja auf unternehmerische Forschung und Entwicklung beschränkt. Die Untersuchungen

auf diesem Gebiet von Mansfield und Brandenburg, die sich mit der Frage befaßt haben, wieviel Risiko darin steckt, haben ergeben, daß es typischerweise solche Projekte sind, bei denen die Methoden der betrieblichen Projektauswahl angewandt werden können. Das sind also Projekte, die gar nicht so unsicher sind, wie getan wird. Es sind nicht Projekte, wo der Unternehmer etwa sagt: Ich weiß überhaupt nicht, was herauskommt, aber ich setze mal 10 Millionen Dollar dafür ein. Die Untersuchungen deuten daraufhin, daß der Unsicherheitsgrad der unternehmerisch betriebenen Projekte sehr niedrig ist. Also kann auch dieser Modellansatz gewählt werden. Denn wenn die Firmen die Methoden der betrieblichen Projektauswahl anwenden, müssen sie schon jene Parameter schätzen können. Andere Projekte werden in der Regel gar nicht durchgeführt. Zumindest gilt das für den ganz überwiegenden Teil der Projekte, und darauf würde sich mein Modell anwenden lassen.

Dies ist auch in bezug auf das andere Argument zu sagen, die Erlösfunktion werde zu spät bestimmt. Es werden eben nur bestimmte Projekte ausgewählt. Ich denke etwa an die Entwicklung des Nylons durch Dupont: Die Erfindung ist von außerhalb gekommen, so daß also über die technische Realisierbarkeit schon bestimmte Kenntnisse vorhanden sind, und jetzt wird entschieden, ob das weiterentwickelt werden soll. Die Erlösfunktion wird also nicht zu spät bestimmt, sondern die Firmen greifen typischerweise solche Projekte auf, wo es schon Erkenntnisse in dieser Richtung gibt.

Zur Frage der Konzentration und der Firmengröße: Daß große und diversifizierte Unternehmen Vorteile haben, dagegen habe ich nichts einzuwenden. Nur, wenn es um die Frage der Zulassung geht, möchte ich die Vorteile genau untersucht haben. Das läuft auf meine Frage hinaus: Wieviel Marktmacht in diesem konkreten Markt?

Daß die Märkte größer geworden sind — dieses Argument tauchte auch bei Herrn Smekal auf —, wird vielfach gesagt. Ich bin in dieser Hinsicht etwas skeptisch. Es scheint zwar, daß sie größer werden, aber es muß nicht sein. Man weiß ja auch, daß internationale Kartelle größten Umfangs existieren. Die Stahlindustrie Europas bzw. Japans praktiziert internationale Kartelle. Gerade Patente — das ganze Problem des Innovationsschutzes habe ich ausgeklammert — sind der Aufhänger für internationale Kartelle in weiten Bereichen. Da werden eben die Märkte einfach aufgeteilt, und dann sind es keine Weltmärkte mehr.

Zur Frage der staatlichen Forschungsaufträge: Es wird immer gesagt, gerade die Forschung des Department of Defense werfe so große Er-

träge ab. Tatsächlich hat sich jedoch gerade beim Department of Defense und bei der NASA gezeigt, daß der technologische Transfer aus dem militärischen in den zivilen Bereich außerordentlich schwierig ist. Es gibt Untersuchungen — die sowohl bei Patenten als auch anderweitig ansetzen —, die zeigen, daß der technologische Transfer vom militärischen Sektor und vom Sektor der NASA in den zivilen Bereich fast überhaupt nicht stattfindet. Da ist also nicht viel zu holen.

Zu dem Beitrag von Herrn Schulz kann ich nichts sagen. Das ist eine wunderschöne Formalisierung. Ich darf erwähnen, daß zu der von mir gegebenen graphischen Darstellung bereits eine Formalisierung existiert, und zwar hat Frederic M. Scherer, bei dem ich studiert habe und mit dem ich jetzt noch zusammenarbeite, dieses Modell mathematisch sehr schön ausgearbeitet (Scherer, F. M. "Research and Development: Resource Allocation under Rivalry", Quarterly Journal of Economics 81/3, August 1967). Ich habe mir nur diese graphische Darstellung dazu ausgedacht. Man konnte da den Marktstruktureffekt etwas besser herausbringen. Scherer hat also bereits eine formalisierte Fassung dieses Modells gegeben, und der Ansatz von Herrn Schulz scheint dieser ähnlich zu sein. Das Modell von Scherer ist dann später noch von Childs u. a. in einem Aufsatz im Southern Economic Journal weiterentwickelt worden, der das Problem des "fast second" zum Gegenstand hat. Ich glaube, es war Herr Kollege Nußbaumer, der gesagt hat, daß IBM mit ihrer größeren Organisation besser befähigt ist, schnell zu erfinden bzw. zu entwickeln. Das Problem des "fast second" betrifft diesen Fall, daß eine große Firma als Imitator einen Innovator überholt. Da gibt es also verschiedene Ansätze, die ich nicht alle hier behandeln konnte.

Herr Kollege Hauser fragte, welche Annahmen ich meinem Modell zugrunde gelegt habe, und bezog sich dabei u. a. auf den Wert H. Meine Annahme ist, daß im Zeitpunkt t=0 feststeht, daß nach Ablauf von soundso viel Perioden diese Innovation auf Grund exogener technischer Entwicklung obsolet wird. Man denke etwa daran, daß die Radioröhre auf Grund der Entwicklung integrierter Schaltkreise praktisch obsolet geworden ist. Mein Modellansatz, der eine vereinfachte Darstellung erlauben soll, ist der, daß im Zeitpunkt H die betreffende Innovation auf Grund exogener technischer Einwirkungen auf jeden Fall obsolet geworden ist.

(Gerald Hauser: Dann muß aber Ihre V-Kurve auf jeden Fall konvex nach oben sein, es kann keine Gerade sein!)

Das kann auch eine konvexe Kurve sein, und zwar auch nach unten.

(Gerald Hauser: Auf jeden Fall keine Gerade!)

 Ja, aber das kann ich nicht zeichnen, denn bei meinem Zeichentalent wird das dann konfus.

(Heiterkeit.)

Herr Nußbaumer sprach sich in seinem Beitrag dafür aus, Forschung und Entwicklung getrennt zu behandeln. Nun, es ist sehr problematisch, wie man das trennen soll. Natürlich befinden sich die Unternehmen dadurch, daß sie so wenig unsichere Projekte auswählen — wie ich angedeutet habe —, praktisch schon in der Entwicklungsphase, ohne daß eine Grundlagenforschung bei ihnen vorausgegangen ist. Aber trotzdem ziehe ich, dies vereinfachend, Forschung und Entwicklung zusammen, und zwar aus einem praktischen Grund: Es taucht typischerweise immer wieder Forschung in Entwicklungsprojekten auf, und zwar wenn man sich irgendwo vertan hat. Man schätzt etwa, daß irgendein Metall diese oder jene Toleranzbedingungen erfüllt, stellt aber im Zuge der Entwicklung fest, daß das nicht klappt. Dann muß man wieder zurückschalten und unter Umständen Grundlagenforschung treiben. Aus diesem Grunde möchte ich das zusammenfassen.

Daß kleine Firmen hauptsächlich im Inventionsbereich und große hauptsächlich im Innovationsbereich tätig sind, glaubte ich mit meinem Hinweis gesagt zu haben, daß hier eine Komplementarität besteht. Die kleinen Unternehmen arbeiten eben oft dort, wo die Unsicherheit sehr hoch ist und die durchschnittlichen Projektkosten sehr niedrig sind. Diese durchschnittlichen Projektkosten sind z.B. im Halbleitersektor unter Umständen gering. Scherer kennt jemanden, der in Harvard eine kleine Firma hat und der nachmittags oder abends in sein Labor geht und forscht, wobei er dann neue Ergebnisse auf dem Gebiet der Halbleitertechnik findet. So etwas gibt es natürlich bei Projekten wie der Concorde nicht. Hier spielt also die Frage eine Rolle, wie hoch die durchschnittlichen Projektkosten sind.

Was Sie, Herr Nußbaumer, bezüglich des Problems Marginalkosten versus Gesamtkosten gesagt haben, bekomme ich nicht mehr ganz zusammen. Ich habe aber den Eindruck, daß sich am Ende keine Widersprüche zwischen meinem Konzept und Ihrem ergeben haben.

Allerdings, daß die trade-off-Funktion den von mir unterstellten Verlauf hat, ist durch so viele empirische Untersuchungen bestätigt worden, daß man das wohl nicht mehr anfechten kann. Das Department

of Defense hat 500 Projekte untersucht, und in allen Fällen hat sich dieser typische Verlauf ergeben. Das ist auch durch die empirischen und theoretischen Untersuchungen von R. R. Nelson und F. M. Scherer untermauert worden.

(Adolf Nußbaumer: Ich habe die gleiche trade-off-Funktion wie Sie, aber das Modell ist anders!)

— Herr Griesbach hat eine Frage zur Marktstruktur gestellt. Ich habe das drastisch vereinfacht. Einen Produktmarkt gibt es bei mir nicht. Es handelt sich hier nur um Innovation, also praktisch um Wettbewerb im technischen Bereich. Wo da Marktgrenzen sind, ist schwer festzulegen, weil es etwas ganz Neues sein oder in Konkurrenz mit etwas Existierendem stehen kann. Deshalb sind die Annahmen bezüglich der Marktstruktur beschränkt auf Zahl der Anbieter und Größe der Firmen. Mehr ist nicht drin. Das Problem der Marktschranke, die ja auch zur Marktstruktur gehört, habe ich weggelassen; da käme die ganze Patentproblematik herein, und das kann ich nicht mehr behandeln.

Zum Zusammenhang von Modell, Fallstudie und Falsifizierbarkeit: Mein Anliegen war zunächst, eine Fallstudie zu bringen. Jene Bemerkung von Herrn Bombach, es würden stets nur Geschichten — und zwar vorzugsweise die alten - in die Debatte geworfen, hat mich zwar nicht menschlich, aber als Ökonom sehr getroffen. Ich habe mir gesagt, dann bringe ich eben eine neue Geschichte und verlängere auf diese Weise die Liste. Zweitens wollte ich mit einem sehr vereinfachten Modell zeigen, wie das Problem theoretisch angegangen werden kann, und dann wollte ich versuchen, dieses Modell, das ein entscheidungslogisches Kalkül ist, mit Umweltparametern zu verknüpfen: Marktstruktur, Unternehmensorganisation usw. Es sollte also versucht werden, durch Einführung einer Zone der Reaktionsträgheit und ähnliche Dinge dieses Modell gewissermaßen in der Empirie zu verankern, um zu zeigen, wie von hier aus diese Erwartungsgrößen beeinflußt werden, so daß das nicht nur ein reines Modell bleibt, sondern auch eine wettbewerbspolitische Anwendung möglich ist. Daß man das kann, glaube ich. So kann man etwa das Phänomen der Standardorganisation, das man im amerikanischen Verteidigungsministerium so oft angetroffen hat, hiermit erklären.

In der Frage von Herrn Biermann hinsichtlich des Konzepts des slack sehe ich eigentlich keinen Widerspruch. Ich wollte ja gerade zeigen, daß der slack eine etwas ambivalente Funktion hat: einerseits kann es Verschwendung sein, andererseits ist slack notwendig, um

Innovationsprozesse zu erklären. Um das näher auszuführen, müßte mehr Zeit zur Verfügung stehen.

Schließlich komme ich zu dem Beitrag von Herrn Hoppmann: Wie plant ein Unternehmen? Natürlich handelt es sich um ein Kalkül, das in den Köpfen der Leute existiert, aber die Leute, die entscheiden müssen, haben es zu tun mit bestimmten Märkten, bestimmten Strukturen, bestimmten Unternehmungen, bestimmten Organisationen. Da gibt es bestimmte motivationelle Prozesse, die auf die Entscheidenden einwirken. Mein Anliegen war es, zu zeigen, wie diese Prozesse auf das Entscheidungskalkül einwirken und es modifizieren können. Ich glaube, daß auf diese Weise gezeigt werden kann — im konkreten Fall, nicht nur a priori —, wie Marktmacht in vielfältigen Formen eindringen und sich auswirken kann. Man könnte etwa zum Problem des "fast second" ein Beispiel anführen, das zumindest mir vom Modell her verständlicher wird: Mitte der 50er Jahre hat die Firma Western Union angefangen, ein Verfahren zu entwickeln, mit dem Fernsehsendungen durch Radio-Relaisstationen über-tragen werden sollten. Bis dahin waren diese Sendungen über Kabel der gigantischen Firma American Telephone and Telegraph Comp. übertragen worden. Es war also abzusehen, daß, wenn die Western Union mit dieser Innovation auf den Markt kommen würde, ein wichtiger Geschäftszweig der AT & T verloren gehen würde. Was hat AT & T gemacht? Sie hat auf Grund ihrer enormen Organisation — die Bell Telephone Laboratories haben ja hervorragende Wissenschaftler - das Projekt aufgegriffen und derart beschleunigt, daß Western Union überhaupt nicht mehr mitkommen konnte und das Projekt gestoppt hat. Hier sieht man am konkreten Fall, wie Marktmacht sich auswirkt. Ohne diesen "vergeblichen" Innovator Western Union wäre AT & T nicht angespornt worden, das Projekt durchzuführen. Hier sind alle möglichen Varianten denkbar, denn die Realität ist ja sehr vielschichtig.

Deshalb mein Schlußplädoyer: Man sollte zur Frage der Marktmacht nicht sagen, wir brauchen soundso viel — in irgendwelchen Prozenten, sofern es solche Angaben überhaupt gibt —, sondern man sollte ganz genau im Markt untersuchen, ob sie gerechtfertigt ist oder nicht. Ich glaube, diese Leistung kann man vollbringen.

(Beifall.)

Ende der Veranstaltung am 6. Sept. 1972, 17 Uhr;

Fortsetzung des Arbeitskreises am 7. Sept. 1972, 9 Uhr.

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Ich möchte hiermit den 2. Arbeitskreis wieder eröffnen.

Damit wir keine Zeit verlieren, darf ich gleich zum ersten Thema "Die Macht nicht-hoheitlicher Kollektivvermögen" übergehen und Herrn Engels unmittelbar das Wort zu seinem Referat erteilen.

Die Macht nicht-hoheitlicher Kollektivvermögen

Von Wolfram Engels, Frankfurt

Der Bereich nicht-hoheitlicher Kollektivvermögen deckt sich weitgehend mit den "privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter" unserer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, also mit dem Vermögen der Idealvereine, Kirchen, Gewerkschaften. Interessant sind diese Vermögen in erster Linie insofern, als sie sich wirtschaftlich betätigen. So werden die meisten Vereins- und Verbandsvermögen, Dome oder Kindergärten aus der Betrachtung ausgeschlossen. Es bleiben insbesondere die gemeinnützigen oder "gemeinwirtschaftlichen" Unternehmen. Darüber gibt es eine sehr umfangreiche Literatur. Gerhard Weissers Schriften bilden einen gewissen Höhepunkt für ein Schrifttum, das eher idealistisch als theoretisch geprägt war¹. Theo Thiemeyer hat die Wendung zu größerer Nüchternheit vollzogen². Darüber hinaus ist der Initiative von Interessenten — besonders der Bank für Gemeinwirtschaft — eine neue Folge von Publikationen zu verdanken, unter denen die Arbeiten von Walter Hesselbach und Achim von Loesch³ herausragen. Unsere Analyse stützt sich weniger auf die angegebene Literatur, als auf — teilweise unveröffentlichte — Arbeiten von Wolfgang Stützel4.

¹ Aus seinen zahlreichen Schriften seien hier genannt: Form und Wesen der Einzelwirtschaften, Theorie und Politik ihrer Stile, 1. Auflage, Göttingen 1947; ders., Gemeinnützigkeit heute, Schriften des Seminars für Genossenschaftswesen der Universität zu Köln, Bd. 8, Göttingen 1963; ders., Die Lehre vom gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, in: Archiv für öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen, Bd. 1, 1954.

² Insbesondere *Theo Thiemeyer*, Gemeinwirtschaftlichkeit als Ordnungsprinzip, Grundlegung einer Theorie gemeinnütziger Unternehmen, Berlin 1970; ders., Grundsätze einer Theorie der Gemeinwirtschaft, Schriftenreihe Gemeinwirtschaft Nr. 3, Frankfurt 1971; ders., Zur Theorie der Gemeinwirtschaft in der Wirtschaftswissenschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 23. Jg., Heft 3, 1972, S. 129 - 141. Thiemeyers erstgenanntes Werk enthält einen vollständigen Literaturüberblick über die deutschsprachige und einen großen Teil der ausländischen Literatur auf neuem Stand.

³ Walter Hesselbach, Die Bedeutung der Gemeinwirtschaft in der deutschen Volkswirtschaft, Schriftenreihe Gemeinwirtschaft Nr. 1, Frankfurt 1970; Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, Schriftenreihe Gemeinwirtschaft Nr. 4, 2. Auflage, Frankfurt 1971; A. von Loesch, Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Funktionen gemeinwirtschaftlicher Unternehmen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 23. Jg., Heft 3, 1972, S. 141 - 152. Walter Hesselbach ist Vorstand, Dr. von Loesch Direktor der Bank für Gemeinwirtschaft, speziell zuständig für die Abteilung "Gemeinwirtschaft", unter deren Federführung die "Schriftenreihe Gemeinwirtschaft" erscheint.

⁴ Wohl kein lebender deutscher Autor hat sich mit den Fragen wirtschaft-

I. Macht der Eigentümer und Macht der Manager

1. Eigentum und Macht

Die Marktwirtschaft ist eine Organisation mit einem System dezentralisierter Entscheidungen. Wie in jeder dezentralen Organisation (nicht nur in der Wirtschaft), ergeben sich dabei insbesondere drei Probleme:

- Aus dem Oberziel der Organisation "Wirtschaft" müssen Unterziele abgeleitet werden, die für die jeweils Handelnden die Richtschnur ihres eigenen Handelns bilden. Das ist das sogenannte Suboptimierungsproblem.
- Es muß dafür gesorgt werden, daß die einzelnen Handelnden den jeweils ihnen vorgegebenen Unterzielen auch folgen. Das ist das Motivationsproblem.
- Die jeweils Handelnden müssen ihre Entscheidungen in ihrem Bereich durchsetzen können. Das ist die Frage der Kompetenz oder
 wenn man will — der Macht.

Der Zentralsatz der marktwirtschaftlichen Theorie besagt nun, daß die einzelnen gerade dann im allgemeinen Interesse handeln, wenn sie ihren eigenen egoistischen Interessen folgen, wenn sie also nach Gewinn streben. Die Theorie hat die Bedingungen herausgearbeitet, unter denen ein solches System gut funktioniert, unter denen also tatsächlich das Handeln des Einzelnen im eigenen Interesse gleichzeitig ein Handeln im Gesamtinteresse ist. Das sind insbesondere funktionsfähiger Wettbewerb und die Abwesenheit externer Effekte.

Wie in jeder Organisation, so muß auch in der Organisation "Wirtschaft" dafür gesorgt werden, daß sich Kompetenz und Verantwortung

licher Macht so sehr beschäftigt wie Wolfgang Stützel. Unglücklicherweise sind hier relevante Schriften unveröffentlicht. Es handelt sich um Wolfgang Stützel, Analytische Theorie des Verhältnisses der Wirtschaft zum Staat, maschinengeschriebene Dissertation, Tübingen 1952. Die Arbeit ist vor wenigen Wochen im Scientia-Verlag, Aalen unter dem Titel "Preis, Wert und Macht" (1972) erschienen. Ferner: Fallacies of Composition, maschinengeschriebenes Manuskript. Ein Teil dieses Manuskripts wurde unter dem Titel "Volkswirtschaftliche Saldenmechanik", Tübingen 1958 veröffentlicht; dieses Buch enthält aber nicht die hier wesentlichen Teile des Manuskripts. Ferner: Die Aufgaben der Banken in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik und die demgemäß anzustrebende Organisation des Bankapparates (im Folgenden: Bankgutachten), maschinengeschriebenes Manuskript, Saarbrükken 1964, S. 367 - 519. Eine verkürzte Fassung wurde dem Bundesminister für Wirtschaft als Gutachten erstattet und erschien im Druck unter dem Titel: Bankpolitik heute und morgen, 1. und 2. Auflage, Frankfurt 1964. Die hier interessierenden Teile finden sich — sehr stark verkürzt — auf den Seiten 122 - 174 des veröffentlichten Textes.

der jeweils Entscheidenden decken. Es kommt also darauf an, daß derjenige, der die wirtschaftlichen Entscheidungen fällt, auch die Folgen dieser Entscheidungen trägt. Die spezielle Kombination von Verfügungsmacht und Nutznießung trägt den Namen "Eigentum"⁵. Eigentum ist ein Organisationselement, das in dezentral organisierten Wirtschaften die Fehlerminimierung dadurch zu erreichen sucht, daß jeder für seine eigenen Fehler einstehen muß. Es ist von der organisatorischen (oder "sozialen") Funktion scharf von Kapital oder Vermögen zu trennen. Man braucht kein Kapital, um Eigentum zu haben (bei entsprechenden Schulden), und Vermögen braucht nicht in der Form von Eigentum gehalten zu werden. Wo das Kapital kein Risiko übernimmt, wo es also nicht in Abhängigkeit von Gesamterfolg entlohnt wird, da hat es auch keine Verfügungsmacht (Fremdkapital). Umgekehrt könnte man sich Unternehmen vorstellen, bei denen die Arbeitnehmer mit ihrer Arbeitskraft die Risiken übernehmen, also den jeweiligen Rest nach der Entlohnung aller anderen Produktionsfaktoren bekommen — in diesem Falle müßte selbstverständlich die Herrschaftsgewalt im Unternehmen von den Arbeitnehmern ausgehen.

Ordnungspolitisch kommt es darauf an, daß die Unternehmen eine möglichst hohe Wertschöpfung bei gegebenem Faktoreinsatz anstreben. Das ist dann gesichert, wenn die Entscheidungsträger den Rest erhalten, der nach Abzug aller kontraktbestimmten Kosten übrig bleibt. Wenn die Kapitalgeber (oder ein Teil der Kapitalgeber) entscheiden, dann nimmt das Streben nach maximaler Wertschöpfung die spezielle Form des Gewinn- oder Rentabilitätsstrebens an. Würden die Arbeitnehmer entscheiden, so nähme es die Form der Lohnmaximierung an. Notwendig für unsere Wirtschaftsordnung ist die Kopplung von Verfügungsmacht und Nutznießung der Entscheidungsfolgen, von Entscheidungs-

⁶ Vgl. hierzu besonders *Erich Streissler*, Privates Produktionseigentum — Stand und Entwicklungstrends der Auffassungen in kapitalistischen Ländern, in: Eigentum — Wirtschaft — Fortschritt; Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 12, Köln 1970, S. 76 - 133, hier besonders S. 94 - 103.

⁵ Unsere Eigentumsdiskussion trägt gelegentlich mystische und scholastische Züge. Man bewegt sich im Begrifflich-Definitorischen, gibt aber vor, Sachprobleme zu erörtern. So etwa ist die Fragestellung, warum die Verfügungsmacht ausgerechnet beim Eigentümer liegen solle, unsinnig gestellt. Derjenige, der die Verfügungsmacht hat, heißt eben "Eigentümer". Man kann ihm diese Verfügungsmacht nehmen — dann ist eben ein anderer "Eigentümer" und der erste ist enteignet. Ebensogut könnte man fragen, warum denn alle Häuser ausgerechnet den Hausbesitzern gehören und als "Problemlösung" vorschlagen, die "Hausbesitzer" anders zu benennen — so etwa wie man das Problem "fehlbelegter" Sozialwohnungen dadurch löste, daß man den Begriff "Fehlbelegung" umdefinierte. Der klassisch-scholastische Fall dieser Art ist die Frage, warum Flüssigkeiten in leere Räume eindringen. Antwort: Das macht der "horror vacui". Und als man herausfand, daß Wasser nur zehn Meter hoch in leere Röhren aufsteigt, fand man dafür die "Erklärung", der horror vacui sei eben nur zehn Meter hoch.
⁶ Vgl. hierzu besonders Erich Streissler, Privates Produktionseigentum —

gewalt und Risiko, von Kompetenz und Verantwortung. Nicht notwendig ist die Zuordnung der Entscheidungsmacht zu einem bestimmten Produktionsfaktor.

2. Vermögen und Macht

Die Entscheidungsbefugnis im Unternehmen läßt zumindest im Modell eines voll funktionsfähigen Wettbewerbs (der deshalb kein vollkommener Wettbewerb zu sein braucht) zunächst noch keine Macht entstehen. In einem Zustand, in dem beispielsweise der Eigenwert des Arbeitsvertrages für den Arbeitnehmer gerade ebenso groß ist wie der Lohn⁷, kann der Eigentümer sein Direktionsrecht nur mit der freiwilligen Zustimmung des jeweiligen Arbeitnehmers ausüben. Wenn der Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz wechseln kann, ohne daß er Einbußen erleidet, dann erwächst aus dem Direktionsrecht des Eigentümers keine Macht.

Stellt man die Interessenlagen von Eigentümer (= Arbeitgeber) und Arbeitnehmer im Modell des bilateralen Monopols dar, wobei man die Nutzen beider in Abhängigkeit von Lohnhöhe und Ausmaß des Direktionsrechts untersucht, so kann der Arbeitgeber eben mehr Lohn zahlen, wenn das Direktionsrecht bei ihm liegt, während für den Arbeitnehmer die Lohneinbuße, die er erlitte, wenn er sich der Direktion des Arbeitgebers nicht unterwirft, offenbar mehr wert ist als der so gewonnene Selbstbestimmungsspielraum. Liegen die Interessen anders, so entwickeln sich Entlohnungsformen, in denen die Lohnhöhe durch mehr oder weniger Selbstbestimmung des Arbeitnehmers kompensiert wird⁸. Das Problem der Verteilung des Direktions- bzw. Selbstbestimmungsrechtes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist also das Problem, die Kontraktkurve im bilateralen Monopol zu finden (also eine Lage,

Wir verwenden die Terminologie Stützels, vgl. Preis, Wert und Macht, a.a.O.

⁸ So erhalten Arbeitskräfte, die sich dem Direktionsrecht mehr als üblich unterwerfen, höhere Löhne: Arbeitnehmer, die auf Anforderung des Arbeitgebers auf verschiedenen Arbeitsplätzen eingesetzt werden — sog. Springer — sind besonders hoch bezahlt. Arbeitskräfte, die auf Anforderung des Betriebs länger als üblich arbeiten, erhalten Zuschläge (Überstundenzuschlag). Umgekehrt erhalten Arbeitskräfte, denen der Betrieb auf deren Anforderung Arbeit gibt (z. B. in Kunststopfereien) oder die in der Gestaltung ihrer Arbeitsleistung sehr frei sind ("freie Mitarbeiter" bei Verlagen u. a.) unter Berücksichtigung aller Sozialleistungen niedrigere Entgelte. Die Teilzeitvermittler leben gerade davon, daß den Unternehmen Arbeitskräfte, die sie bei Bedarf anfordern können, besonders viel wert sind, während umgekehrt Arbeitskräfte, die ihre Arbeitszeit nach eigenem Gusto wählen können, bereit sind, die gewonnenen Freiheitsspielräume mit Lohneinbußen zu erkaufen. Die Teilzeitvermittler haben durch die große Zahl der Vermittlungsfälle — also durch einen Versicherungseffekt — die Möglichkeit, den Wünschen beider Seiten Rechnung zu tragen und die Wertdifferenz zumindest teilweise zu kassieren.

die für mindestens einen, normalerweise aber beide, günstiger ist als Punkte außerhalb der Kontraktkurve). Macht entsteht erst, wenn der Eigenwert des Vertrages für den Arbeitnehmer größer ist als der Lohn. Man kann diese Zusammenhänge sehr gut an einem Beispiel erläutern, das von Friedman stammt9. Friedman untersucht die Frage, ob es in kapitalistischen Gesellschaften zur Diskriminierung einzelner Bevölkerungsschichten kommt, am Beispiel der Diskriminierung der Neger. Wenn die Neger diskriminiert werden, so muß sich das darin auswirken, daß ihr Lohn niedriger liegt als der eines gleichqualifizierten Weißen. Wer also diskriminieren will, der muß auf die billigere Arbeitskraft verzichten und dafür die teurere einstellen. Er erleidet eine Gewinnminderung in Höhe der Lohndifferenz. Anders ausgedrückt: Für das Privileg, Macht ausüben zu können, muß der Unternehmer zahlen. Dieses Beispiel läßt sich sehr weit verallgemeinern. Die Ausübung von wirtschaftlicher Macht in einer marktwirtschaftlichen Ordnung erfordert in jedem Fall den Verzicht auf Gewinn bzw. Einkommen. Macht entsteht aus der Nichtausschöpfung von Monopolisierungsgraden10.

Die Beispiele dafür sind praktisch fast beliebig vermehrbar. Das Unternehmen, das Preise verlangt, die, gemessen am Gleichgewichtspreis, zu niedrig sind, gewinnt Macht über seine Abnehmer. Das ist aus den Zeichen allgemeiner Bewirtschaftung noch in Erinnerung. Das konnte man aber auch zu Zeiten des Sollzinsabkommens am Kreditmarkt beobachten. Wenn die Sollzinsen tendenziell zu gering angesetzt waren, gewannen die Banken als Kreditgeber Macht über ihre Kunden; seit die Sollzinsregelung aufgehoben ist, konkurrieren die Banken um gute Kreditnehmer ebenso wie andere Unternehmen um gute Kunden konkurrieren. Das Machtverhältnis ist aufgehoben. In der Rezession läßt sich das gleiche am Arbeitsmarkt beobachten. Da die Löhne nach unten starr sind, so liegen sie in der Rezession über den Gleichgewichtslöhnen. Die Rezession findet ihren Ausdruck nicht in Lohnminderungen, sondern in Arbeitslosigkeit. In dieser Situation gewinnt der Arbeitgeber Macht über den Arbeitnehmer, die er in Zeiten der Hochkonjunktur nicht hat.

Das gilt auch umgekehrt: Überall da, wo der Wirtschaftende auf Reichtum oder Einkommen verzichtet oder verzichten muß, da wächst ihm — auch wenn er das nicht beabsichtigt — Macht zu. Wenn die Mietpreise gestoppt sind, dann gewinnt der Hausbesitzer Macht über den

⁹ M. Friedman, Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart 1971, S. 148 ff.

¹⁰ Wir werden sehen, daß das "Problem der ökonomischen Macht ... insoweit gerade verschwindet, als ein Monopolist seine Position durch Forderung des Monopolpreises ... voll ausnützt, seine Macht also durch die Preisforderung voll "verbraucht", W. Stützel, Preis, Wert und Macht, a.a.O., S. 6.

Mieter, dann muß der Student, der eine Bude bekommt, seiner Wirtin die Kohlen aus dem Keller holen.

An unserer Theorie der Gleichgewichtspreise kann irgendetwas nicht stimmen, wenn man beobachtet, daß praktisch jeder Anbieter bereit ist, zu dem von ihm geforderten Preis noch mehr zu liefern. Stützel hat dieses Phänomen damit erklärt, daß die Angebotspreise über den Gleichgewichtspreisen festgesetzt werden¹¹. Da erklärt die Asymmetrie, die wir praktisch an allen Märkten beobachten, die Asymmetrie, die darin liegt, daß praktisch immer der Lieferant in größerem Maße vom Kunden abhängig ist als umgekehrt der Kunde vom Lieferanten. Eine Asymmetrie in der Aufteilung des Gesamtgewinnes aus einem Vertrag erzeugt eine gleichartige Asymmetrie in der Machtverteilung zwischen Vertragspartnern: Derjenige, der finanziell das größere Interesse an dem Vertrag hat, der also den anderen "ausbeutet", gerät gleichzeitig in Abhängigkeit von ihm¹². Die Möglichkeit der Machtausübung geht also in einem marktwirtschaftlichen System so weit, wie das betreffende Wirtschaftssubjekt die Möglichkeit hat, auf Einkommen zu verzichten.

Da aber nun der diskontierte Wert zukünftiger Einkommensströme nichts anderes ist als das Vermögen bzw. der Reichtum¹³, so gibt der Reichtum eines Wirtschaftssubjekts seine Möglichkeit wider, Macht auszuüben. Bemerkenswert ist, daß die Ausübung von Macht Einkommen kostet und damit den Wert des Vermögens mindert. Je mehr wirtschaftliche Macht in einer Marktwirtschaft also ausgeübt wird, um so geringer werden die zukünftigen Möglichkeiten der Machtausübung. Dieser Zusammenhang gilt nun für die vollkommene Konkurrenz ganz ebenso wie für den unvollkommenen Wettbewerb. Auch bei vollkommener Konkurrenz ist Machtausübung möglich und der Umfang der

¹¹ W. Stützel, Preis, Wert und Macht, a.a.O., S. 299 f.

¹² W. Stützel, Preis, Wert und Macht, a.a.O., S. 6 u. a. Die verbreitete Auffassung, die Aufteilung des Gewinnes im bilateralen Monopol sei aus der "Verhandlungsmacht" zu erklären, gehört auch zu jenen Scheinerklärungen, von denen schon die Rede war. Das Wort "Macht" ist hier einfach eine Chiffre, die für einen unerklärten Rest steht, der aber im Leser den Eindruck einer Erklärung hinterlassen soll. Füllt man den Begriff "Macht" mit einem konkreten Inhalt (Abhängigkeitsverhältnis, bzw. Chance, seinen Willen durchzusetzen), so wird diese "Erklärung" der Aufteilung im bilateralen Monopol falsch. Nicht die Macht erklärt die Aufteilung, sondern die spezifische Aufteilung läßt eine spezifische Machtverteilung entstehen. Nicht derjenige, der den andern ausbeutet, hat Macht, sondern gerade umgekehrt der Ausgebeutete.

¹⁸ In der Terminologie der Betriebswirtschaftslehre bezeichnet "Vermögen" alles, was auf der Aktivseite der Bilanz steht. Die Bewertung dieses Vermögens nach den Grundsätzen der Bilanzierung (Einzelbewertung) ergibt das "Kapital". Kapital in diesem Sinne ist also bewertetes Vermögen, wobei die Bewertung unter dem Gesichtspunkt der Rekonstruktion des Vermögens erfolgt. Der Marktwert dieses Vermögens kann davon abweichen; er sei als "Reichtum" bezeichnet. Vgl. W. Engels, Reichtum, Rentabilität und Risiko, Tübingen 1969, S. 14 ff.

Machtausübung bemißt sich nach der Größe des Reinvermögens (also nach dem Marktwert des Eigenkapitals). Der Unterschied zwischen vollkommener und unvollkommener Konkurrenz liegt lediglich darin, daß bei vollkommener Konkurrenz jede Machtausübung das Machtpotential unweigerlich verbraucht, während bei unvollkommener Konkurrenz das Machtpotential erhalten bleiben kann. Konkret gesagt: Da in einem Zustand vollkommener Konkurrenz keine Gewinne auftreten, so vermindert jede Machtausübung die Substanz des Vermögens. Bei unvollkommener Konkurrenz dagegen ist Machtausübung bis zur Höhe des Gesamtgewinnes möglich, ohne daß die Vermögenssubstanz dabei schrumpft¹⁴. Für beide Formen aber gilt: Machtausübung muß bezahlt werden.

Davon gibt es eine Ausnahme: den Verdrängungswettbewerb. Die zukünftigen Mehrgewinne aus einer erhofften Monopolstellung werden normalerweise die Verluste aus dem Verdrängungswettbewerb selbst überkompensieren. Der Verdrängungswettbewerb wird gewählt, wenn der Barwert dieser Strategie subjektiv über Null liegt. Machtausübung geht mit Reichtumsmehrung einher; selbst die Drohung mit Verdrängungswettbewerb läßt sich in Gewinn ummünzen¹⁵.

¹⁴ Man ist an dieser Stelle versucht, die Problematik dessen, was "Konstanz des Vermögens" eigentlich heißen soll, zu philosophieren. Die Lehre von der Substanzerhaltung definiert hier ganz verschieden: Substanzerhaltung als Erhaltung des Wertes in Geld (nominelle Kapitalerhaltung bei Rieger) oder als Erhaltung des Realwertes (reale und substanzielle Kapitalerhaltung bei Schmalenbach und Schmidt) oder Erhaltung des relativen Anteils am Volksvermögen oder Volkseinkommen (bei Sommerfeld). Tatsächlich brächte uns das hier nicht weiter. Wir müssen vielmehr fragen, welche betriebswirtschaftliche Definition der Vermögenskonstanz angemessen wäre, um eine Machtkonstanz daraus abzuleiten. Das wäre für diesen Zweck der Sommerfeldsche Begriff. Wenn Macht in der Möglichkeit besteht, andere durch Einkommensverzichte zu bestechen, dann steigen die notwendigen Bestechungssummen für gleiche Machtausübung mit dem Volkseinkommen pro Kopf. Machtkonstanz liegt also dann vor, wenn Vermögenskonstanz im Sinne der relativen Kapitalerhaltung Sommerfelds gegeben ist. Da aber gleichzeitig in diesem Sinne die Summe der Unternehmensgewinne Null ist, wenn der Anteil der Gewinneinkommen am Volkseinkommen unverändert bleibt, so liegt Machtkonstanz in einer Marktwirtschaft dann vor, wenn keine Macht ausgeübt wird (bzw. wenn die Konstanz des Gewinnanteiles mit Machtausübung einhergeht), wenn das Maß an Machtausübung gleich bleibt.

¹⁵ Heute wird die Wettbewerbsdebatte vom Problem der Kartellbildung beherrscht; das GWB ist vornehmlich von diesem Gesichtspunkt geprägt. Dagegen spielte in den Anfängen der Wettbewerbsgesetzgebung die "ruinöse Konkurrenz" eine größere Rolle. In der Tat mag man daran zweifeln, ob ein gesetzliches Kartellverbot eine wirksame Waffe gegen die Kartellbildung sei, es mag wirkungsvollere Alternativen in der Förderung des freien Marktzutritts geben. Dagegen kann man gegen den Verdrängungswettbewerb sehr wohl mit gesetzlichen Mitteln angehen, und das ist um so notwendiger, als dadurch nicht nur Monopolstellungen entstehen, sondern überdies noch — durch die Drohung mit weiterem Verdrängungswettbewerb — gegen potentielle Konkurrenz abgeschirmt werden. Der Gedanke hat erst in jüngerer

Der Fall des Verdrängungswettbewerbs führt zu einer sowohl ökonomisch als auch sozial sehr bedeutsamen Unterscheidung. Ruinöse Konkurrenz kann mit Erfolg nur betrieben werden, wenn ein Wettbewerber wesentlich kapitalkräftiger ist als die anderen. Diese Möglichkeit der Machtausübung hängt also nicht von der absoluten Höhe des Vermögens oder von der Relation von Vermögen und Pro-Kopf-Einkommen, sondern vielmehr von der Differenz der Vermögen der Konkurrenten ab. Macht ist also nicht das Vermögen, sondern die Ungleichverteilung des Vermögens¹⁶. Wer immer Vermögen besitzt, hat damit die "Macht", sich ökonomischen Zwängen zu entziehen, die der Unvermögende entbehrt. Aber diese Macht nennt man üblicherweise "Freiheit".

Wir haben damit drei Begriffe gewonnen und durch Meßvorschriften konkretisiert. Der Umfang der Verfügungsbefugnis läßt sich am ehesten durch den Umfang des Eigentums (den Marktwert des betrieblichen Gesamtkapitals) messen. Die Macht im weiteren Sinne sowohl der Freiheit von ökonomischen Zwängen als auch der Beeinflussung anderer wird durch die Größe des Vermögens (Marktwert des betrieblichen Eigenkapitals), besser noch durch die Größe des Vermögens in Relation zum Pro-Kopf-Einkommen gemessen. Dabei wollen wir von "Zunahme der Freiheit" sprechen, wenn die Vermögensverteilung gleichmäßiger, von "Zunahme der Macht", wenn sie ungleichmäßiger wird¹⁷.

3. Mediates Eigentum und Intermediationsmacht

In der heutigen Wirtschaft sind die Entscheidungsträger normalerweise nicht mehr die Eigentümer, sondern Manager. Eigentum und Entscheidungsbefugnis sind getrennt. Das ändert dann nichts am Modell der Marktwirtschaft, in dem der Eigentümer selbst entscheidet, wenn der Manager in genau derselben Interessenlage wie der Eigentümer selbst ist. Normalerweise ist das nicht der Fall. Über mediates Eigentum wird in der Regel anders verfügt als über immediates. Das beginnt bereits im Verhältnis von Vormund und Mündel oder beim

Zeit wieder in Zusammenhang mit den Konglomeraten an Gewicht gewonnen. Bezeichnend für den unterschiedlichen Diskussionsstand im In- und Ausland war die überaus rasche Reaktion der Euro-Behörden auf den Verdrängungswettbewerb im Falle Korff.

¹⁶ Im Sinne dieses Begriffes haben die Sätze "Die Macht ist gleichverteilt" und "Es gibt keine Macht" denselben Inhalt. So etwa versteht Luhmann den Begriff der Macht, vgl. N. Luhmann, Klassische Theorie der Macht, Zeitschrift für Politik, Nr. 2, 1969, S. 150 - 170.

¹⁷ In diesem Sinne wäre folgender Satz richtig: "Obwohl wir eine Konzentration der Verfügungsbefugnisse (Konzentration des "Produktivvermögens"!) in den letzten Jahren erlebt haben, ist dadurch die Macht insgesamt nicht gewachsen (das Verhältnis von Volksvermögen und Volkseinkommen blieb konstant), ja, wir haben einen Rückgang der Macht und eine Zunahme der Freiheit erlebt (Dekonzentration des Gesamtvermögens!)."

Gemeinschaftseigentum. Wirtschaftlich bedeutender ist der Fall der Aktiengesellschaft. Richtet sich die Entlohnung des Managements nach dem Gewinn oder — noch schlimmer — nach der Dividende, so kommt es zu Interessenkonflikten zwischen Managern und Anteilseigner. Da der absolute Gewinn eines Unternehmens auch dann noch steigt, wenn einbehaltene Gewinne weit unter der Rendite investiert werden, die der Anleger außerhalb erzielen könnte, so ergibt sich bei der Entlohnung des Managers nach dem Gewinn eine Tendenz zur Überinvestition mit der Folge, daß das Einkommen des Managers steigt, während gleichzeitig der Reichtum des Anteilseigners zurückgeht (bzw. kleiner bleibt, als er bei optimaler Disposition sein könnte). Wir haben es hier mit derselben Macht-Reichtumstransformation zu tun, die schon im vorangegangenen Abschnitt angesprochen wurde. Der Unterschied liegt allerdings darin, daß der Eigentümer, der seiner Lust zur Machtausübung frönen will, dafür mit eigenem Geld bezahlen muß, während der Manager Machtgewinn auf Kosten anderer erlangt¹⁸. Ordnungspolitisch ergibt sich hieraus das Problem, daß das Aktienrecht durch zwingende Regelungen dafür sorgen müßte, daß die Interessen des Managements mit dem der Aktionäre gleichgerichtet werden. In amerikanischen Gesellschaften ist dieses noch weit mehr als in Deutschland der Fall, ist also die Technostruktur weit weniger unabhängig als hier, weil die Entlohnung des Managements häufig, wahrscheinlich sogar in der Regel, durch die treuhänderische Übereignung eines Aktienpaketes und die Nutznießung aus diesem Aktienpaket erfolgt.

Die Wohlstandseffekte der Mediatisierung des Eigentums, also die Verwandlung von Reichtum des Anteilseigners in Macht des Managements, lassen sich zahlreich beobachten. Am deutlichsten wird das bei den geschlossenen Investmentfonds, deren Marktwert praktisch immer hinter dem Wert der im Fonds enthaltenen Beteiligungen zurückbleibt. Diese geschlossenen Investmentfonds sind regelmäßig in der Absicht gegründet worden, Macht zu erlangen. Der Konzernaufbau Rockefellers bildet dafür wohl das historisch interessanteste Beispiel. Ähnliches stellt man fest, wenn man den Marktwert deutscher Großbanken mit dem Marktwert der Beteiligungen vergleicht, die diese Großbanken halten. Bewertet man die Beteiligungen und das übrig bleibende Bankgeschäft nach marktmäßigen Grundsätzen, so müßten diese Großbanken eigentlich sehr viel teurer sein. Dasselbe beobachtet man, wenn die Abfindungsangebote großer Unternehmen für Unternehmen, die sie

¹⁸ Es handelt sich um die von Galbraith so gefeierte Unabhängigkeit der Technostruktur von den Wünschen der Anteilseigner — u. E. eine ausgesprochene Entartungserscheinung des Eigentums. Es wird partiell seiner einzel- und gesamtwirtschaftlichen Funktion beraubt. Vgl. John Kenneth Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München und Zürich 1968, bes. S. 76 ff.

aufkaufen wollen, weit über den Preisen liegen, die sich für diese Unternehmen am offenen Markt erzielen ließen¹⁹. Sogenannte Paketzuschläge im Aktienhandel sind ein weiterer Fall der Macht-Reichtums-Transformation. In all diesen Fällen zeigt es sich, daß es den Managern gelingt, höhere Preise zu bezahlen, als es in ihren eigenen Aktienkursen zum Ausdruck kommt, so daß die Aktionäre sich besser gestanden hätten, wenn die betreffenden Summen ausgeschüttet worden wären. Wenn das aber möglich ist, dann ist es natürlich auch möglich, daß die Manager höhere Löhne bezahlen als es dem Marktpreis entspricht oder daß sie höhere Preise an die Vorlieferanten zahlen und daß sie damit selbstverständlich Abhängigkeitsverhältnisse schaffen.

Wo kann nun die Intermediationsmacht bleiben? Zunächst ist es natürlich möglich und auch wahrscheinlich, daß viele Manager die Interessen der Anteilseigner getreulich wahrnehmen, obgleich sie die Macht hätten, von diesem Verhalten abzuweichen.

Zum zweiten kann Intermediationsmacht einfach der Bequemlichkeit des Managements dienen: Macht wird zum Verzicht auf höchstmögliche Wirtschaftlichkeit benutzt, wird in Verschwendung übersetzt. Hier ist wohl die vieldiskutierte Bürokratisierung in Großunternehmen einzuordnen, aber auch die mangelnde Innovationsfreudigkeit vieler dieser Unternehmen. Im Kartell ist die Intermediationsmacht besonders groß, weil die Manager nicht nur vom Druck der Eigentümer, sondern auch vom Druck des Marktes befreit sind; hier kommt es oft zu vollkommener Erstarrung der Strukturen, zu einem Weiterwursteln im alten Trott, typische Formen des "Machtverbrauchs" durch interne Verschwendung.

Und schließlich kann Intermediationsmacht ihren Ausdruck in überhöhten Einkaufspreisen (einschl. Löhnen) oder niedrigen Verkaufspreisen finden. Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal liegt hier nicht darin, ob es sich um Einkaufs- oder um Verkaufspreise handelt, sondern ob die Güter an offenen Märkten ge- und verkauft werden oder

¹⁹ Aus der Fülle dieser Fälle hat vor allem die Übernahme des DEA durch die Texaco in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt. Der hohe Übernahmepreis wurde seinerzeit damit gerechtfertigt, daß die Texaco durch Angliederung der DEA besondere positive Verbundeffekte realisieren könne, daß also das Aggregat Texaco-DEA mehr wert sei als die Summe der Werte von Texaco und DEA je einzeln. Aber gerade das zeigt deutlich, daß es sich nur um einen Effekt der Mediatisierung gehandelt haben kann. Denn entweder traten solche Verbundeffekte nicht auf — dann haben die Texaco-Manager ihre Macht benutzt, um einen überhöhten Preis zu zahlen (also einen Preis, der über dem Zuwachs des Wertes der Texaco aus der Angliederung der DEA lag), oder aber die Anlagen der DEA waren im Verbund mit der Texaco mehr wert als der Marktwert der DEA — dann wäre es die Pflicht der DEA-Manager gewesen, ihre Anlagen so günstig wie möglich an die Texaco zu verkaufen. Dann würde das Unterlassen des Verkaufs seitens der DEA-Manager deren Intermediationsmacht nachweisen.

ob sie auf geschlossene Teilmärkte begrenzt sind²⁰. Unterstellen wir, daß auf einem bestimmten Markt Unternehmen tätig sind, deren Manager weder die Innen- noch die Außenfinanzierung kontrollieren, die also keine Intermediationsmacht haben, und ein weiteres Unternehmen, dessen Manager sowohl Außen- als auch Innenfinanzierungsmöglichkeiten kontrollieren²¹. Nutzt nun das Management der letztgenannten Unternehmen die Intermediationsmacht dazu aus, um auf diesem Markt die Produkte billiger anzubieten, so sehen sich die anderen Unternehmen gezwungen, in die betreffenden Preise einzutreten. Nun sinkt die Rentabilität aller Unternehmen an dem betreffenden Markt. Das würde in diesem Modell dazu führen, daß die Anteilseigner aller anderen Unternehmen so lange Kapital aus diesen zurückziehen, bis die Rendite wieder die Kapitalkosten deckt. Hat das preissenkende Unternehmen die Kontrolle über die Außenfinanzierungsmöglichkeiten, so kann es das ausfallende Angebot der anderen Unternehmen durch Ausdehnung der eigenen Kapazität ersetzen. Dieser Prozeß endet

²⁰ Vgl. W. Stützel, Bankgutachten, S. 470 ff.

²¹ Das Management deutscher Aktiengesellschaften kontrolliert weitgehend die Innenfinanzierung, also Ausschüttung und Einbehaltung von Gewinnen. Diese Kontrollmöglichkeit ist wenig wert, wenn das Unternehmen zusätzlich auf Eigenkapital-Außenfinanzierung angewiesen ist: Dann sieht sich das Management gezwungen, auf Innenfinanzierungsmöglichkeiten zu verzichten, um die Kreditwürdigkeit am Emissionsmarkt zu erhalten, insoweit ist die Intermediationsmacht begrenzt. Gemessen an einem Rationalmodell der Ausschüttungspolitik (Modigliani-Miller-Modell) und unter Berücksichtigung der wesentlich höheren Kosten einer "Schütt-aus-Hol-zurück"-Politik gegenüber der Einbehaltung von Gewinnen, schütten sowohl deutsche als auch amerikanische Aktiengesellschaften eher zuviel als zuwenig Dividende aus (was sich vermutlich aus der Dividendenabhängigkeit vieler Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge erklärt). Galbraith erklärt die Selbstfinanzierung allein aus dem Autonomiestreben des Managements. Dabei übersieht er beides: Daß Selbstfinanzierung die Autonomie nicht erhöht, sondern einschränkt, wenn die Notwendigkeit einer Eigenkapital-Außenfinanzierung besteht, und daß zum andern die Einbehaltung von Gewinnen auch im Interesse der Anteilseigner sinnvoller sein kann als die Ausschüttung (und es wahrscheinlich in der Mehrzahl der Fälle auch ist). Autonomie, also Intermediationsmacht, entsteht, wenn das Management die Innenfinanzierung kontrolliert und diese allein zur Finanzierung ausreicht, oder wenn das Management sowohl Innen- als auch Außenfinanzierung kontrolliert. Das letztere ist in der Bundesrepublik mehr als in den USA der Fall. Die deutsche Unsitte, junge Aktien weit unter dem Marktwert der Altaktien zu begeben, macht es unmöglich, daß eine Emission scheitert. Andererseits hat es das Management leicht, die Zustimmung zu solchen Emissionen zu bekommen. Für die Banken, die gleichzeitig überwiegend die Stimmrechte wahrnehmen, wird die Emission dadurch risikolos. Daß eine solche Politik — Begebung junger Aktien zu niedrigen Preisen — außerdem weithin als "aktionärsfreundlich" gepriesen wird, zeugt für eine gewisse Geistesverwirrung im Aktienwesen. Die deutsche Spezialität des gesetzlichen Bezugsrechts gleicht lediglich den unmittelbaren Nachteil für den Aktionär aus - nicht aber den Nachteil der Emanzipation des Managements von den Interessen der Anteilseigner. Vgl. hierzu J. K. Galbraith, a.a.O., S. 49 ff.

unter den angegebenen Bedingungen nicht eher, als bis die anderen Wettbewerber vom Markt verdrängt sind. In diesem Beispiel führt die Verwendung der Intermediationsmacht zur Senkung der Preise, zur vollständigen Verdrängung aller anderen Wettbewerber. Aber auch wenn die Bedingungen weniger scharf gefaßt werden, so führt dieses Verhalten doch zu überproportionalem Wachstum des Unternehmens mit mächtigem Management gegenüber den anderen. Es ist auf jeden Fall klar, daß diese Verdrängung gleichzeitig Kapitalfehlleitung bedeutet, denn die Kapitalkosten der konkurrierenden Unternehmen ergeben sich ja gerade aus den alternativen Anlagemöglichkeiten ihrer Anteilseigner.

Bietet das Unternehmen dagegen seine Leistungen oder Produkte auf geschlossenen Teilmärkten an, so gewinnt es - unabhängig davon, ob es das beabsichtigt oder nicht - Macht über diejenigen, die in solcher Weise durch niedrigere Verkaufspreise oder höhere Einkaufspreise favorisiert werden. Selbstverständlich bedeutet das keineswegs, daß die Mächtigen sich dieser Macht auch dazu bedienen, ein irgendwie gewünschtes Verhalten zu erzeugen. Die Wirtin, die dem Studenten das Zimmer unter Marktpreis vermietet, holt möglicherweise trotzdem ihre Kohlen selbst aus dem Keller. Auch bedeutet das nicht, daß Macht, wenn sie ausgeübt wird, unbedingt negativ zu beurteilen wäre. Der vielleicht interessanteste Fall dieser Art ist die Bundesbank. Sie hat das überaus lukrative Notenemissionsmonopol, teilt aber die Erträge aus diesem Monopol mit den Banken, indem sie diese zu günstigeren Konditionen refinanziert als das am offenen Markt möglich wäre. Dadurch gewinnt sie wirtschaftliche Macht über die Banken, und sie benutzt diese Macht dazu, um den Bankenapparat zu lenken. Der größte Teil aller Theoretiker würde diese Form der Machtausübung nicht nur für wünschenswert, sondern geradezu für unverzichtbar halten. Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften berichten durchaus mit Stolz, daß sie Wohnungen an Personenkreise vergeben, die am freien Markt nur sehr schwer eine Wohnung finden würden: ledige Mütter, entlassene Sträflinge u. a. Auch dies ist eine Form der Machtausübung, die sich ein privater Hausbesitzer nur dann leisten könnte, wenn er bereit wäre, auf Einkommen zu verzichten.

Mit den hier genannten Fällen erschöpft sich die Möglichkeit zur Verwertung von Intermediationsmacht:

- entweder der Intermediär verzichtet auf die Ausübung seiner Macht, dann verhält er sich genauso wie ein Eigentümer bzw. er leitet diese Macht an den Eigentümer weiter;
- oder er verwendet diese Macht, um sich ein bequemes Leben zu verschaffen; Macht wird in Verschwendung übersetzt;

- oder er setzt die Macht in einen Wettbewerbsvorteil um; dann verdrängt er die Mitbewerber oder aber er gewinnt größere Wachstumschancen, als er sie ohne die Intermediationsmacht hätte;
- oder aber er übersetzt die Intermediationsmacht in Begünstigungen für ganz bestimmte abgegrenzte Kreise; damit gewinnt er die Möglichkeit, das Verhalten der so Begünstigten zu beeinflussen.

In allen Fällen ist dabei Intermediationsmacht eine Folge der Trennung von Nutznießung und Verfügungsmacht, also eine Folge der Degeneration von Eigentum. Während der Eigentümer selbst die Möglichkeit der Machtausübung mit Vermögensverlust erkaufen muß, kann der Intermediär bzw. der Manager Macht ausüben auf Kosten anderer, also in diesem Fall der eigentlichen Eigentümer. Die Mediatisierung des Eigentums hat — wenn man so will — externe Effekte. Diese externen Effekte mache die Intermediationsmacht sowohl gesellschaftsals auch wirtschaftspolitisch um so viel mehr problematisch, als die Macht des eigentlichen Eigentümers bzw. des Vermögenden.

II. Die Macht der Kollektivvermögen

Wir haben nun nahezu alle Elemente beisammen, die benötigt werden, um die Macht von Kollektivvermögen beurteilen zu können. Ein Element allerdings fehlt noch: die Privilegierung der Gemeinnützigkeit. Die hier infrage kommenden Kollektivvermögen sind zum größten Teil gemeinnützig im Sinne der Steuergesetzgebung, sei es nach allgemeinen Prinzipien (Steueranpassungsgesetz in Verbindung mit der Gemeinnützigkeitsverordnung), sei es nach speziellen (Gesetz über die Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau). Soweit die betreffenden Unternehmen bisher steuerlich nicht als gemeinnützig anerkannt sind, so streben sie doch offenbar diese steuerliche Anerkennung an. Hier handelt es sich um verhältnismäßig wenige Unternehmen, z. B. die Bank für Gemeinwirtschaft. Die Kampagne dieser Bank zielt wahrscheinlich auf eine Anerkennung steuerlicher Gemeinnützigkeit ab in ähnlichem Sinne wie die im Wohnungsbau.

1. Kollektivvermögen mit steuerrechtlicher Gemeinnützigkeit

Notwendige Bedingung für die Anerkennung steuerlicher Gemeinnützigkeit ist es stets, daß die betreffenden Betriebe entweder auf Gewinn verzichten oder aber, daß sie zwar Gewinne erzielen, diese aber nicht oder nur begrenzt ausschütten. Umgekehrt gilt das nicht. Ein Unternehmen, das keinen Gewinn oder gar Verluste erwirtschaftet, ist deshalb noch keineswegs gemeinnützig. Sonst wäre die Ruhrkohle AG das gemeinnützigste deutsche Unternehmen. Auch gemein-

nützige Unternehmen sind demnach gehalten, wirtschaftlich zu arbeiten, sie sind also wie erwerbswirtschaftlich geführte Unternehmen gehalten, die Wertschöpfung zu maximieren. "Ein auf Gewinnerzielung verzichtender Betrieb, der gleichwohl wirtschaftlich arbeiten soll, läßt sich danach theoretisch sachgemäß begreifen als ein Betrieb, der genauso wie jedes erwerbswirtschaftliche Unternehmen sich daran orientiert, den Betriebsgewinn zu maximieren, der aber den so im Normalfall an sich erlangten Betriebsgewinn jeweils gleichzeitig auch schon wieder an bestimmte Dritte 'ausschüttet', wobei zu dieser Ausschüttung, die verschiedensten Formen gewählt werden, gewöhnlich aber die verdeckte Gewinnausschüttung, d. h. die Überwälzung oder Weiterleitung des erlangten Gewinns an Dritte. Verzicht auf Gewinnerzielung läßt sich theoretisch am bequemsten in der sonst auf erwerbswirtschaftlichem Verhalten aufgebauten System der Theorie der Preisbildung und der Marktentwicklung eingliedern, in dem man diesen ,Verzicht auf Gewinnerzielung' nicht als Verzicht auf Erzielung eines Betriebsgewinns, sondern als besondere Form der Verwendung des Betriebsgewinns betrachtet²²."

Die immer noch weithin akzeptierte Meinung, der Verzicht auf Gewinn sei an sich schon gemeinnützig, läßt sich nicht halten. "Gemeinnützige Leistungen im allgemeinen Sinn des Worts zu erbringen ist keine Sonderangelegenheit gewisser auf Gewinnerzielung verzichtender Betriebe. Den höheren sittlichen Rang, den eigenen Beruf nicht nur im eigenen Interesse ... sondern auch gleichzeitig im Interesse der Allgemeinheit auszuüben, können in einer geordneten Marktwirtschaft vielfach auch Unternehmer und Angestellte erwerbswirtschaftlich orientierter Betriebe in gleicher Weise für sich in Anspruch nehmen. Ja, es ist gerade dies sogar die einzige Grundlage zur moralischen Rechtfertigung unseres marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems: daß nämlich der Unternehmer gerade indem er sich bei seinen geschäftlichen Dispositionen vom Streben nach langfristig maximalem Unternehmensgewinn leiten läßt, damit zugleich den von ihm geschuldeten Dienst an der Allgemeinheit leistet. Er mag damit den von ihm erwirtschafteten Gewinn auch im Allgemeininteresse verwenden oder rücksichtslos egoistisch verbrauchen. Das steht auf einem anderen Blatt. In diesem Bereich, also nicht in der Art der Gewinnerzielung, sondern bei der Art der Gewinnverwendung ist es dann auch gerechtfertigt, auch Unternehmer in einer Marktwirtschaft nach ihrem moralischen Rang einzustufen²³."

Selbstverständlich kann nicht jede Gewinnverwendung als gemeinnützig gelten, auch nicht jede Gewinnverwendung, die — wie immer

²² W. Stützel, Bankgutachten, S. 397 f.

²³ W. Stützel, Bankgutachten, S. 399.

definierten — gemeinnützigen Zwecken zukommt, sondern lediglich die Gewinnverwendung für unrentierliche gemeinnützige Leistungen. Insofern ist die steuerrechtliche Privilegierung von vornherein falsch angesetzt. Der Verzicht, bzw. die Ermäßigung der Steuern vom Einkommen ist um so mehr wert, je höher die Gewinne des betreffenden Unternehmens sind, die Privilegierung also um so stärker, je mehr das betreffende Unternehmen seinen Zweck verfehlt. Sachlich angemessen wäre die Nichtbesteuerung von Gewinnen, die für unrentierliche gemeinnützige Leistungen verwandt werden — dann allerdings für jedermann. Die Privilegierung kann nur durch den Nachweis der Gewinnverwendung gerechtfertigt werden. Ebenso ist die Privilegierung im Wohnungsbau falsch angesetzt. Hier wird beliebige Gewinnerzielung zugelassen, nur eine Begrenzung der Gewinnausschüttung gefordert. Wenn man schon den überaus rentablen Wohnungsbau als gemeinnützig anerkennt, so würde das wieder allenfalls eine allgemeine Steuerbefreiung einbehaltener Gewinne im Wohnungsbau, nicht aber eine Förderung "gemeinnütziger" Gesellschaften rechtfertigen. Wenn man auf diese Weise Kapital in den Wohnungsbau lenken will, so wird das Ziel auf diese Weise gerade vereitelt. Eine allgemeine Privilegierung einbehaltener Gewinne von Wohnungsbaugesellschaften würde ungleich mehr Kapital in den Wohnungsbau ziehen, weil erwerbswirtschaftliche Unternehmen in diesem rentablen Geschäftszweig weit größere Außenfinanzierungsmittel mobilisieren könnten.

2. Kollektivvermögen in der Marktwirtschaft

Da man das Machtpotential durch den Marktwert des Vermögens messen kann unter der Voraussetzung optimaler Betriebsführung und des Verzichts auf Machtanwendung, so kann man ein Schema aufstellen, um Unternehmen verschiedener Art zu vergleichen. Dabei ist unser Referenzobjekt ein normal besteuertes und nicht privilegiertes Unternehmen²⁴.

Machtpotential (= Marktwert des Vermögens unter der Voraussetzung optimaler Betriebsführung und des Verzichts auf Machtanwendung)

- + Marktwert öffentlicher Privilegien (z. B. Gemeinnützigkeitsprivileg)
- = Gesamtes Machtpotential
- ./. Machtweiterleitung in Form der Erweiterung der Freiheitsspielräume Dritter (z. B. Aktionäre)
- = Intermediationsmacht (Macht des Managements)

²⁴ In Anlehnung an W. Stützel, Bankgutachten, S. 466.

- ./. Machtverbrauch in Form unrentierlicher gemeinnütziger Leistungen
- ./. Machtverbrauch durch Weiterleitung an geschlossenen Teilmärkten
- = Intermediationsmacht in Form eines Wettbewerbsvorteils
- ./. Machtverbrauch in Form interner Unwirtschaftlichkeit
- Intermediationsmacht als Marktmacht
- ./. Verbrauch von Marktmacht durch Gewinnerzielung
- Ausgenützte Marktmacht (Unterbietung etc.)

Diese Tabelle hat selbstverständlich keinen empirischen Gehalt; sie ist eine reine Checkliste. Das gesamte Machtpotential muß irgendwo verbleiben, und in der Liste sind lediglich die Möglichkeiten — und zwar erschöpfend — aufgezählt, die es zum Verbleib der Macht gibt.

Vergleicht man ein normales, gewinnmaximierendes Unternehmen mit einem im übrigen gleichen gemeinnützigen Unternehmen, so ist das Machtpotential des letzteren um den Wert der Privilegien höher. Besteht das Privileg im Verzicht des Staates auf alle Steuern vom Ertrag und dem Vermögen, so liegt das Machtpotential des privilegierten Unternehmens annähernd drei mal so hoch wie das des nichtprivilegierten (da wir in dieser Betrachtung die Steuern der Gesellschaft und die Steuern des Anteilseigners zusammenzählen müssen). Die Summe ergibt das gesamte Machtpotential.

Bei erwerbswirtschaftlichen Unternehmen wird zumindest der überwiegende Teil des Machtpotentials in Richtung der Anteilseigner und damit in Freiheitsspielräume Dritter übersetzt. Das ist bei den Kollektivvermögen nicht der Fall.

Diese Problematik wurde in jüngster Zeit des öfteren in Zusammenhang mit der Vermögenspolitik diskutiert. Die Frage war, ob es im Sinne des allgemeinen Wohles richtig sei, staatliches Vermögen zu privatisieren, ob es also für eine Gemeinschaft - in diesem Fall das Staatsvolk - vorteilhafter sei, daß die Gemeinschaft oder daß die Individuen je einzeln Vermögen bilden. Begründet wurde der Vorzug der privaten Vermögensbildung gelegentlich damit, daß der Staat, wenn er auf Vermögensbildung verzichtet, weniger Steuern zu erheben braucht, so daß den Privaten mehr Einkommen verbleibt. Diese Argumentation enthält allerdings einen Denkfehler. Wenn sich die Staatsaufgaben nicht vermindern, dann muß der Staat seine Einnahmen auf dem Wege über den Verkauf öffentlichen Vermögens oder der Kreditfinanzierung öffentlicher Haushalte beschaffen. In demselben Maße, wie er weniger Vermögenserträge hat, oder aber Zinsen und Tilgungen bezahlen muß, wird das zukünftige Einkommen aller Individuen mit mehr Steuern und Abgaben belastet. In der Einkommensposition der Privaten tritt also allenfalls eine zeitliche Verschiebung, nicht aber eine Verbesserung ein. Dagegen hat die Bildung von Privatvermögen gegenüber der Bildung von Staatsvermögen einen Versicherungseffekt: Der einzelne kann über sein Privatvermögen frei verfügen; sein Vermögen verschafft ihm Lebensgestaltungsmöglichkeiten, die bei gleichhoher staatlicher Vermögensbildung nicht auftreten. Der Private kann seinen ideellen Anteil am Staatsvermögen weder verkaufen noch beleihen noch in sonstiger Weise verfügbar machen. Da der Wohlstand jedes einzelnen und auch der Wohlstand der Gesamtheit nicht allein von der Höhe des Einkommens, sondern auch von der Sicherheitsposition abhängt, ist mit der privaten Vermögensbildung mehr Wohlstand verbunden als mit der kollektiven.

Für die privaten Kollektivvermögen gilt genau das gleiche. Das einzelne Gewerkschaftsmitglied kann über seinen ideellen Anteil an der Bank für Gemeinwirtschaft oder an der Neuen Heimat nicht verfügen, ebenso wenig wie das einzelne Kirchenmitglied über seinen ideellen Anteil an den Wäldern oder Weingütern der Kirche verfügen kann. Genau in diesem Sinne ist die Deutsche Bank gemeinnütziger als die Bank für Gemeinwirtschaft: Sie verschafft den von ihr Begünstigten, den Aktionären, Freiheitsspielräume, die die Begünstigten der Bank für Gemeinwirtschaft, die Gewerkschaftsmitglieder, nicht haben. Der Freiheitsgewinn des Aktionärs wird in Intermediationsmacht des Kollektivvermögens übersetzt.

Für den Machtverbrauch in Form unrentierlicher gemeinnütziger Leistungen gibt es viele Formen:

Eine gemeinnützige private Schule verwendet ihre Überschüsse für Stipendien an minderbemittelte Schüler; ein Fußballverein verwendet die Überschüsse der Vertragsspielerabteilung, um den Amateurfußball zu fördern; der ADAC verwendet seine Überschüsse aus Mitgliedsbeiträgen, um einen Pannendienst auf den Autobahnen einzurichten. Über diese Art des Machtverbrauchs geht die Macht nicht verloren: Die Schule hat Macht über den Schüler durch die Drohung mit dem Entzug des Stipendiums, der ADAC könnte Macht ausüben durch Beschränkung des Pannendienstes auf seine Mitglieder oder auf anders ausgewählte Kreise. Ebenso bleibt die Macht erhalten, wenn sie in Form niedrigerer Verkaufspreise oder höherer Einkaufspreise (einschließlich höherer Löhne) an geschlossenen Teilmärkten weitergeleitet wird: Der über Marktwert bezahlte Arbeitnehmer gerät in Abhängigkeit vom Arbeitgeber (vgl. das Beispiel der Unterbeschäftigung); der Mieter, dem eine Wohnung unter Marktwert überlassen wird, gerät in Abhängigkeit vom Vermieter. Für die hier betrachteten wirtschaftlich tätigen Kollektivvermögen dürften beide Formen — unrentierliche gemeinnützige

Leistungen, Weiterleitung an geschlossenen Teilmärkten - eine geringe Rolle spielen. Für die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, die überwiegend im sozialen Wohnungsbau tätig sind, könnte man darüber streiten. Da viel weniger Sozialwohnungen zur Verfügung stehen als gesucht werden, da der Kreis der potentiell Begünstigten viel größer ist als der Kreis der tatsächlich Begünstigten, so entsteht bei den Gesellschaften dadurch Macht, daß sie die Mieter wählen können. Indes erscheint dies weniger als der Verbrauch eines eigenen Machtpotentials als vielmehr der eines vom Staat verliehenen Machtpotentials, verliehen dadurch, daß er die Begünstigung des sozialen Wohnungsbaues auf dem Wege über Wohnungsbaugesellschaften an die Berechtigten weiterzuleiten beabsichtigt. Ein Machtverbrauch durch Weiterleitung an geschlossenen Teilmärkten läge nur dann vor, wenn die betreffenden Gesellschaften auf eigene Gewinne zugunsten der Berechtigten verzichten würden, was in der Tat untypisch zu sein scheint. Insofern kann man sagen, daß bei solchen Gesellschaften ein Maß an Intermediationsmacht entsteht, das weit über das eigene Machtpotential des Unternehmens hinausgeht.

Aber selbst wenn — was wir für wenig wahrscheinlich halten — das gesamte Machtpotential durch unrentierliche gemeinnützige Leistungen und durch Weiterleitung über die Preise an geschlossenen Teilmärkten verbraucht würde, so bleibt auch das ordnungspolitisch problematisch.

Gemeinnützige Zwecke sind Staatsaufgaben und die Privilegierung kann allenfalls damit gerechtfertigt werden, daß die betreffenden Betriebe unmittelbar Staatsaufgaben wahrnehmen. Wenn aber private Organisationen an der Stelle des Staates solche Aufgaben wahrnehmen, dann bleibt ihnen die Auswahl der Zwecke, und es bleiben ihnen die Personen der Begünstigten überlassen. Hier entsteht durch staatliche Privilegierung private Macht, hier wird also die immerhin demokratisch legitimierte Macht des Staates durch eine Macht ersetzt, die eben nicht legitimiert ist. Das mag man bei privaten Unternehmen noch hinnehmen. Immerhin müßten sie - auch wenn die betreffenden Zwecke steuerbegünstigt sind - die Hälfte der Zuwendungen aus der eigenen Tasche bezahlen. Bei Kollektivvermögen sieht das aber ganz anders aus. Da es keine Eigentümer gibt und da die Manager solcher Unternehmen nicht nach dem Gewinn bezahlt werden können, so wird die Entfaltung privater Macht nicht mit privaten Opfern erkauft. Am Beispiel der Parteispenden wird diese Problematik besonders deutlich. Man hat die Steuerfreiheit solcher Spenden nicht zu Unrecht auf den Betrag von 600 bzw. 1200 DM begrenzt, selbst bei denjenigen, für die die Spende ein persönliches Opfer bedeutet, und man fordert zu recht, daß Großspenden ab 20 000 DM veröffentlicht werden. Um so notwendiger erscheint es, die private Macht zu begrenzen, wo ihre Ausübung nicht mit Opfern für die Betreffenden verbunden ist.

Was nach jenen beiden Formen des Machtverbrauchs übrig bleibt, ist eine Intermediationsmacht in Form eines allgemeinen Wettbewerbsvorteils gegenüber anderen Unternehmen. Diese kann wiederum dadurch verbraucht werden, daß das Unternehmen nicht wirtschaftlich arbeitet, also die eingesetzten Produktionsfaktoren, gemessen an der Optimalverwendung, verschwendet. Nach Berücksichtigung der internen Unwirtschaftlichkeit verbleibt Intermediationsmacht in der Form reiner Marktmacht, wobei diese "Marktmacht" hier als Wettbewerbsvorsprung vor Konkurrenten zu verstehen ist. Diese Marktmacht kann dadurch verbraucht werden, daß das Unternehmen Gewinne erzielt, wobei - da die Marktmacht als Wettbewerbsvorsprung zu verstehen ist — dieser Gewinn auch als Überrendite gegenüber anderen Unternehmen zu verstehen ist. Entgegen allen gängigen Vorstellungen über "gemeinnützige" Unternehmen möchten wir vermuten, daß dieser Fall in der Praxis von Bedeutung ist. Bei der "Neuen Heimat" dürfte allein die Rendite, die — für den Außenstehenden unsichtbar — jährlich den stillen Reserven zugeführt wird, weit über die normale Rendite sonstiger deutscher Unternehmen hinausgehen. Nachprüfen kann man das allerdings schon deshalb nicht, weil die Publizität dieses Unternehmens völlig unzureichend ist. Soweit die Marktmacht nicht in Gewinn übersetzt wird, so bleibt nur noch die Möglichkeit, daß sie in der Konkurrenz eingesetzt wird. Die betreffenden Unternehmen unterbieten also ihre Wettbewerber und können sie dadurch unterbieten, daß sie einmal staatlich privilegiert werden und daß sie zum zweiten ihr Machtpotential nicht an Dritte weiterzuleiten haben.

Wir erhalten das Ergebnis, daß unter mehreren möglichen Formen des Machtverbrauchs nur zwei gerechtfertigt werden können: unrentierliche gemeinnützige Leistungen und Weiterleitung über die Preise an geschlossenen Teilmärkten. Auch diese beiden Machtverwendungen sind recht problematisch — alle anderen aber sind nicht gemeinnützig, sondern gemeinschädlich.

Es gibt kein betriebswirtschaftliches Rechenwerk, das eine auch nur einigermaßen zuverlässige Unterscheidung dieser "Gewinnverwendungsformen" ermöglicht²⁵. Die Managerunternehmungen, die gewinn-

²⁵ Die Deutsche Bundesbahn versucht beispielsweise die Kosten sozialer Lasten im Berufs- und Schülerverkehr dadurch zu ermitteln, daß sie die Differenz der Fahrpreise mit der Zahl der Personenkilometer multipliziert. Allerdings wären bei normalen Fahrpreisen ganz andere Nachfragestrukturen gegeben. Im innerstädtischen öffentlichen Nahverkehr hat man ständig versucht, durch Preiserhöhungen und Verkehrseinschränkungen die Verluste zu minimieren — mit dem Erfolg, daß die Nachfrage zurückging und die Verluste größer wurden. Diese Erfahrung spricht dafür, daß der Verbrauch von Mitteln für gemeinnützige Leistungen viel kleiner ist als die Bundes-

los arbeiten sollen, haben infolgedessen nicht nur keinen Anreiz zu wirtschaftlicher Betriebsführung; sie können sich nicht einmal selbst darüber orientieren, ob sie wirtschaftlich arbeiten, weil die Gewinnziffer fehlt, die bei erwerbswirtschaftlichen Unternehmen dazu dient, "den Betrieb seine Fahrtrichtung erkennen zu lassen und ihm so als Kompaß zu dienen"²⁶.

Erst die steuerliche Gemeinnützigkeit macht die privaten Kollektivvermögen jedoch ordnungspolitisch so problematisch. Natürlich würde für private Kollektivvermögen dasselbe gelten wie für alle anderen privaten Unternehmen auch, nämlich, daß ihr Machtpotential um so kleiner wird, je mehr Macht sie ausüben. Insofern bestünde der Unterschied zwischen privaten Kollektivvermögen und anderen Unternehmen eigentlich im wesentlichen darin, daß dem ersteren die Machtausübung leichter gemacht wird, weil die betreffenden Manager persönlich auf nichts zu verzichten brauchen, weil also ihre Intermediationsmacht insgesamt größer ist als die vergleichbarer privater Unternehmen. Intermediationsmacht würde sich trotzdem im Zeitablauf um so mehr verzehren, je stärker Macht ausgeübt wird. Sind solche Kollektivvermögen aber steuerlich privilegiert und halten sie damit einen Wettbewerbsvorsprung vor erwerbswirtschaftlich geführten Konkurrenten, so ist ihnen die Machtausübung möglich, ohne daß sich die Macht verzehrt. Wenn man sich alle Möglichkeiten der politischen und ökonomischen Machtanwendung vor Augen führt, dann erscheint die Verschwendung noch als die sympathischste Form des Machtverbrauchs.

Für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ergeben sich hier sicher ernste Probleme. Doch sind sie nicht so schwergewichtig, daß sie die Existenz dieser Ordnung überhaupt infrage stellen würden, zumal die steuerliche Gemeinnützigkeit in ihrer weitesten Form auf den Wohnungsbau beschränkt ist. Würde man aber die hier gegebenen steuerlichen Bedingungen auf andere Bereiche ausdehnen und den betreffenden Unternehmen zusätzlich Außenfinanzierungsmöglichkeiten eröffnen, dann wäre die Wirtschaftsordnung selbst in Gefahr. Das aber ist genau die Zielrichtung, die der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinen jüngsten Berliner Beschlüssen erkennen läßt. Hier wird auf der einen Seite eine Förderung des gemeinwirtschaftlichen Unternehmensbereichs gefordert, also gerade die Ausdehnung der im Wohnungsbau gegebenen Privilegien auf andere Bereiche. Zum zweiten-wird eine Gewinnabgabe der Unternehmen gefordert, die zum Zwecke der Vermögensbildung in nichtkonkurrierende (!) Fonds eingebracht werden

bahn angibt, daß er möglicherweise bei Null liegt. In diesem Fall wäre der Verlust der Bahn nicht durch gemeinnützige Leistungen, sondern durch Unwirtschaftlichkeit verursacht.

²⁶ Eugen Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 11. Aufl., Köln u. Opladen 1953, S. 6.

soll. Diese Fonds sollen unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften verwaltet werden. Sie geben ihrerseits Zertifikate an Arbeitnehmer aus, wobei für solche Zertifikate eine außerordentlich lange Sperrfrist vorgesehen ist und wobei überdies die Fonds vom "Zwang zur Rentabilität" befreit sein sollen. Das Modell wird damit deutlich: Der sogenannte gemeinwirtschaftliche Bereich soll durch steuerliche Privilegierung einen Wettbewerbsvorteil vor privatwirtschaftlichen Unternehmen erhalten, und die damit geschaffenen überproportionalen Wachstumschancen sollen durch die Außenfinanzierung über gewerkschaftlich kontrollierte Fonds auch genutzt werden. Die Sperrfrist der Zertifikate von vierzig Jahren ist dabei reichlich kalkuliert. Modellrechnungen mit plausiblen Annahmen ergeben, daß unter solchen Voraussetzungen der sogenannte gemeinwirtschaftliche Bereich den privatwirtschaftlichen im Laufe von zwanzig bis dreißig Jahren überrunden würde. Diese Systemüberwindung bedient sich subtilerer Methoden, als sie auf der äußersten Linken vertreten werden. Aber daß die Unternehmen auf dem Wege über eine Gewinnabgabe ihren eigenen Untergang finanzieren sollen, erinnert doch an das berühmte Leninsche Zitat von den Kapitalisten, die bereit seien, auch noch den Strick zu liefern, mit denen man sie aufhängt.

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Wir wollen nun in die Diskussion eintreten. Ich darf zunächst Herrn Thiemeyer das Wort zu einem Diskussionsbeitrag erteilen.

Theo Thiemeyer (Linz):

Ich muß gestehen, daß mir beim mündlichen Vortrag von Herrn Kollegen Engels — ich habe vorher die schriftliche Fassung seines Referates gesehen — aufgefallen ist, daß es doch einige Punkte gibt, denen ich zustimmen könnte. Im großen und ganzen habe ich aber manche Bedenken anzumelden.

Das Faszinierendste am Beitrag Engels' ist natürlich die — wir wollen gleich vorweg sagen: scheinbare — Umkehrung bisher vorherrschender verteilungstheoretischer Annahmen. "Die Ausübung von wirtschaftlicher Macht in einer marktwirtschaftlichen Ordnung" — heißt es da — "erfordert in jedem Fall Verzicht auf Gewinn bzw. Einkommen." Oder an anderer Stelle: "Macht entsteht aus der Nichtausschöpfung von Monopolisierungsgraden." Der Verzicht auf Monopolgewinn bedeutet also "Machtausübung". So kann Herr Engels zu dem — nun doch wohl ans Absurde grenzenden — Ergebnis kommen: "Nicht derjenige, der den anderen ausbeutet, hat Macht, sondern gerade umgekehrt der Ausgebeutete." — Macht verschwindet also dadurch, daß ein Monopolist seine Monopolistuation voll ausschöpft.

Die Frage ist nun: Soll man es bei der Freude an den absurden Konsequenzen eines sprachlichen Experimentes mit dem Wort "Macht" belassen, oder läßt sich der Ansatzpunkt nicht doch fruchtbar machen?

Die volle Ausnutzung einer monopolistischen Marktsituation als "Verzicht auf Ausübung von Macht" zu bezeichnen — dazu werde ich mich allerdings nicht überreden lassen. Die Ausübung von Monopolmacht über Preispolitik bleibt für mich ein wichtiger Fall von verteilungspolitisch relevanter Machtausübung.

Ein aus meiner Sicht fruchtbarer Gedanke ist der, daß der Verzicht auf die preispolitische Ausbeutung einer monopoloiden Situation nicht ohne weiteres Verzicht auf Machtausübung schlechthin bedeuten muß. Ich möchte also die von Herrn Engels im Anschluß an Stützel gebotene Machttheorie ins Fruchtbare wenden, indem ich sage: Man kann die

eine Form der Machtausübung — nämlich das Einheben von Monopolpreisen — durch die andere — nämlich Beeinflussung der Verhaltensweisen der Abnehmer — substituieren, ein Gedanke, der übrigens auch in dem Referat von Hans Albert anklang.

Um nun noch bei anderen sprachlichen Besonderheiten zu verbleiben: Man kann selbstverständlich den Bereich der gemeinwirtschaftlichen oder gemeinnützigen Unternehmen so weit fassen, daß auch die privatwirtschaftlich erwerbswirtschaftlichen Einzelwirtschaften mit einbezogen werden. Und umgekehrt: Man kann auch solche Unternehmen, die zu Kostenpreisen anbieten oder insgesamt nur Kostendeckung erzielen wollen oder gar defizitär anbieten, als erwerbswirtschaftliche Unternehmen betrachten, bei denen die verbilligte Darbietung der Leistung eine Art der Gewinnverwendung ist. Das erwerbswirtschaftliche Prinzip ist hier also identisch mit dem wirtschaftlichen Prinzip und ist kein Abgrenzungskriterium mehr für solche Unternehmen, deren Zweck es ist, Überschüsse zu erzielen. Logisch läßt sich gegen eine solche begriffliche Operation nichts sagen. Ob sie fruchtbar ist, bleibe dahingestellt.

Einspruch würde ich nur dann erheben, wenn allzu viele Betriebswirte aus dieser bloß terminologischen Wendung die Rechtfertigung dafür ableiten würden, sich auch in den nächsten Jahrzehnten nur mit den erwerbswirtschaftlichen Unternehmen im ursprünglichen Sinn als dem — wie man sagt — einheitlichen Erkenntnisobjekt der Betriebswirtschaftslehre zu beschäftigen und die Analyse der — beispielsweise — öffentlichen Unternehmen den Außenseitern zu überlassen. Mit bloßen Umbenennungen lassen sich jedenfalls die Sonderprobleme der gemeinnützigen bzw. kostendeckenden oder defizitären Unternehmen nicht beseitigen.

Nun zur "Intermediationsmacht" des Managements! Herr Kollege Engels hält die Rolle des Managements insofern für ordnungspolitisch bedenklich, als das Management "Macht" in dem eingeschränkten Sinne von Herrn Engels ausüben, das heißt auf Gewinn verzichten kann, ohne daß es selbst dafür durch Einkommensentgang oder Vermögensverlust bezahlen muß. Das heißt also, Dispositionsrechte und Nutznießung der Folgen aus der Disposition sind nicht in einer Hand. Herr Kollege Engels spricht von einer "Degeneration des Eigentums".

Ich meine, auch dieser These von Herrn Engels nicht ganz zustimmen zu sollen, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens: Ich kann mich nicht dazu bereit finden, jedes Abweichen des Managements von den Dividendeninteressen der Aktionäre als betriebswirtschaftlich oder — was hier mehr interessiert — gesamtwirtschaftlich nachteilig zu betrachten. Das bedeutet in keiner Weise, daß ich die alte Utopie von Walther Rathenau vom autonomen Unterneh-

men, vom Unternehmen an sich, das, den egoistischen Interessen der Aktionäre entwachsen, im Gesamtinteresse wirkt, akzeptiere. Und auch die moderne Version, die These von der "responsible corporation" in ihrer Verallgemeinerung akzeptiere ich nicht. Wie die Intermediationsmacht des Managements wirkt, ist im Einzelfall empirisch zu prüfen.

Zweitens: Selbst wenn man der These von der ordnungspolitischen Bedenklichkeit der Intermediationsmacht folgen würde, so scheint mir die Annahme, daß das Management, das unrentierliche oder wenig rentierliche Leistungen erstellt, keine Opfer trüge, aus Herrn Engels eigener Sicht nicht ganz konsequent zu sein. Ist die Annahme der Wirtschaftswissenschaft nämlich richtig, daß Macht und Prestige des Managements von der Kapitalmacht, dem Marktanteil usw. des Unternehmens abhängig sind und Marktanteile sich in der Regel langfristig nur bei permanenter Erweiterung der Eigenkapitalbasis sichern lassen, muß der Verzicht auf Gewinnerzielung und Vermögensmehrung aus Selbstfinanzierung auch und gerade beim Management als Einschränkung des Dispositionsspielraumes, oder kurz: als Opfer erscheinen.

Eben weil das Management durch gemeinnütziges Disponieren Opfer bringt, entsteht das Problem, daß Unternehmen, die gemäß Satzung oder Gesetz nur Kostendeckung erzielen sollen, durch verdeckte Selbstfinanzierung — nach dem Grundsatz: nur die Kosten, aber reichlich — ständig in der Gefahr sind, rein erwerbswirtschaftlich zu "entarten"; gewisse Hinweise und Beispiele haben Sie gegeben. Die Unternehmen "entarten" darum, weil das gemeinwirtschaftliche Disponieren dem Expansionsdrang, dem Macht- und Prestigestreben des Managements entgegensteht.

Nun zur Rolle der Kollektivvermögen in der Marktwirtschaft! Hier scheinen mir nun doch recht viele Werturteile und politische Urteile in die Formulierung des Referates eingeflossen zu sein. Jedenfalls halte ich es im Rahmen einer wissenschaftlichen Diskussion nicht für fruchtbar, die Anwesenden zu dem Bekenntnis eines entgegengesetzten Glaubensansatzes aufzurufen. Ob nun das Programm des DGB auf Systemüberwindung abzielt oder die Deutsche Bank gemeinnütziger ist als die Bank für Gemeinwirtschaft — lassen wir das! Nur im Hinblick auf die verallgemeinernde These, daß "mit der privaten Vermögensbildung mehr Wohlstand verbunden ist als mit der kollektiven", beschleichen mich angesichts der überbordenden Umweltdebatte Zweifel, die man kaum zu unterdrücken vermag.

Was die gewerkschaftlichen Vermögen betrifft, so müßte man sich mit der in der politischen Argumentation einflußreichen These auseinandersetzen, daß es sich bei den Gewerkschaften um eine breite Bevölkerungsschichten umfassende, demokratische Organisationen handelt, de-

ren Organe, da demokratisch gewählt, automatisch im Interesse dieser breiten Bevölkerungsschichten handeln. Ich habe zwar mit einer solchen Position gewisse Sympathien. Aber in unkritischer Verallgemeinerung wäre eine solche Hypothese ebenso banal, soziologiefern und der politischen Realität entrückt wie die Theorie der Konsumentensouveränität oder eben die These, daß in der gegebenen Wirtschaftsordnung die ausschließliche Orientierung an den Interessen der Aktionäre die Freiheitsspielräume erweitert. Allzu einfache Prinzipien sind betörend, aber irreführend.

Herr Kollege Engels hält den Fall, den ich als den klassischen Fall gemeinnützigen oder gemeinwirtschaftlichen Disponierens begreifen möchte, nämlich den Fall, "daß das gesamte Machtpotential durch unrentierliche gemeinnützige Leistungen und durch Weiterleitung über die Preise an geschlossene Teilmärkte verbraucht würde", für — wie er sagt — "ordnungspolitisch problematisch". Gerade diese Stelle ist allerdings von Herrn Engels im mündlichen Vortrag etwas freundlicher behandelt worden als in der schriftlichen Unterlage.

Man kann die ordnungspolitische Bedeutung solcher Kollektivvermögen auch anders sehen, nämlich aus der Tradition und der Perspektive der gemeinwirtschaftlichen Theorie, wie sie im frühen 19. Jahrhundert von der deutschen klassischen Schule, zumal von Friedrich von Hermann, dann aber später vor allem von Albert Schäffle, Adolph Wagner und auch Emil Sax konzipiert worden ist, eine Tradition, die ich, so wie sie mir von Gerhard Weisser, Gisbert Rittig und Hans Ritschl vermittelt wurde, in meinem Buch über Gemeinwirtschaftlichkeit fortzuführen versucht habe.

Der Gedanke ist der: staatliches Wirtschaften nur da und insofern, als privatwirtschaftliches nicht zu den politisch gewünschten Ergebnissen führt. Wo aber nichtstaatliche gesellschaftliche Kräfte — sei es auf Grund ihrer Struktur oder ihrer freien Entscheidung — von sich aus gemeinnützige oder gemeinwirtschaftliche Aufgaben übernehmen — Adolph Wagner spricht im Gegensatz von den staatlichen als den "zwangsgemeinwirtschaftlichen" hier von den "freigemeinwirtschaftlichen" Gebilden —, da sollen diese frei-gemeinnützigen Kräfte vor dem staatlichen Wirtschaften den Vortritt haben und Förderung genießen. — Ich habe mich aus diesem Grunde in der Diskussion um das Krankenhausfinanzierungsgesetz gegen die vom Gesetzgeber beabsichtigte brutale Reglementierung der frei-gemeinnützigen und karitativen Träger gewandt. Die karitativen Träger sind auch keine Engel, aber dennoch möchte ich an dem Prinzip festhalten.

Selbstverständlich: Nicht jede Einzelwirtschaft, die in ihrer Satzung die Gemeinnützigkeit beschwört oder sich in der Firma gemeinnützig

oder gemeinwirtschaftlich nennt, ist gemeinnützig im Sinne der gesellschaftlich jeweils vorherrschenden Kräfte. Alles, was sich gemeinnützig nennt, bedarf der kritischen Würdigung. Aber die Möglichkeit gemeinnützigen Disponierens nichtstaatlicher gesellschaftlicher Kräfte — also nichtstaatlicher Kollektivvermögen — sollte in einer freien Gesellschaft nicht von vornherein als ordnungspolitisch bedenklich abgelehnt werden.

(Beifall.)

Lothar F. Neumann (Junkersdorf):

Mir schien — was Herr Thiemeyer schon ausdrückte — in der Argumentation des Herrn Erstreferenten die argumentatio ad absurdum sehr stark zu überwiegen. So reizvoll das sein kann, aber es waren doch einige paradoxe Schlüsse da.

Ich weiß nicht, ob der Machtbegriff, die Machtvorstellung von Herrn Engels fruchtbar ist. Bekanntlich entscheidet über die Begriffsbildung nicht das Kriterium: "wahr" oder "falsch", sondern einfach das Kriterium der "Fruchtbarkeit".

Die Aussage: Vermögensunterschiede gleich Macht, scheint mir nicht zu reichen. Es kommt schließlich auf den Gebrauch der Macht an, wie Macht im einzelnen gebraucht wird. Das kann sehr unterschiedlich sein, obwohl in Ihrer Definition gleiche Machtkonstellationen vorhanden sind. Deshalb scheinen mir die ganzen Schlüsse, die daraus gezogen worden sind, von einem sehr hohen Begriffsrealismus zu zeugen.

Was die Gemeinwirtschaft angeht, so kann man natürlich Zweifel hegen, ob die steuerlichen Gemeinnützigkeitsvorschriften — sei es für die Wohnungswirtschaft oder für andere Bereiche, die Bankwirtschaft — sinnvoll und zweckmäßig sind. Aber weshalb soll man innerhalb eines marktwirtschaftlichen Systems irgendwelche Leute, die auf Gewinnausschüttung oder auf ein Wirtschaften im Sinne des ökonomischen Prinzips verzichten, aus der Marktwirtschaft eliminieren, oder weshalb soll man denen Beschränkungen auferlegen? Ich sehe das eigentlich nicht ein.

Mit dem Instrumentarium der Betriebswirtschaftslehre hinsichtlich Gewinnerzielung und Gewinnverwendung ist meines Erachtens die Gemeinwirtschaft überhaupt nicht zu beurteilen. Wir müssen das gesamte Verhalten der Gemeinwirtschaft beurteilen. Das können Sie eben nicht nur an der Bilanz ablesen. Die Betriebswirtschaftslehre hat sich um eine Erfolgswürdigung im großen Stile noch nicht gekümmert.

Keiner — auch niemand unter den Gemeinwirtschaftlern — wird wohl Entartungserscheinungen der Gemeinwirtschaft leugnen wollen. Aber was die gewerkschaftlichen Unternehmungen angeht, so sind sie

doch im Prinzip — und dadurch unterscheiden sie sich von vielen privatwirtschaftlichen Unternehmen — demokratisch legitimiert. Nun kann man sagen: Sie verhalten sich nicht demokratisch. Zugegeben, es kann auch hier solche Erscheinungen geben. Aber das Prinzip ist eigentlich realisiert, im Unterschied zu anderen privatwirtschaftlichen Gebilden. Ich glaube, das ist auch eine Freiheitschance in unserer Gesellschaft.

Erich Streißler (Wien):

Da auf dieser Tagung nicht nur über Macht, sondern auch über Gesetze gesprochen wird, möchte ich ein Gesetz von Gordon Tullock zitieren: "One of the most immutable laws of all the immutable laws of economics is that by and by every sentence of Adam Smith will become a book" — oder ein Vortrag beim Verein für Socialpolitik.

(Heiterkeit.)

Die absurde These, die Sie gebracht haben — oder genauer gesagt: ein gewogenes Mittel zwischen Engels und Thiemeyer — findet sich bei Adam Smith; es heißt da:

"Wealth, as Mr. Hobbes says, is power. . . . The power which . . . possession immediately and directly conveys . . . is the power of purchasing; a certain command over all the labour, or over all the produce of labour which is then in the market."

An derselben Stelle heißt es, daß, wer ein Vermögen erwerbe oder ererbe, nicht deshalb "gained necessarily political power, either civil or military — his fortune may, perhaps, afford him the means of acquiring both". Es wird also bei Smith in diesen Sätzen ausdrücklich die Austauschrelation zwischen ökonomischer Macht, politischer und militärischer Macht angesprochen.

Mir scheint aber hier noch ein wichtiges Problem zu sein, und deswegen wollte ich hier sprechen. In der Smith'schen und in der englischen Sicht kommt deswegen so wenig Macht heraus, weil Herr Engels die Smith'sche Preistheorie zugrunde gelegt hat. Er sprach davon, daß Macht die Nichtausnutzung von Monopolgraden ist, und hat ausdrücklich das Vorhandensein eines Gleichgewichtspreises vorausgesetzt. In dem Moment, wo Sie von dem Gedanken des Vorhandenseins eines Gleichgewichtspreises am Markt abgehen — oder ich würde sagen: statt der Smith'schen Preissicht die Menger'sche nehmen, der dies ausdrücklich angenommen hat —, kommen Sie zu sehr viel mehr Macht. Menger hat ausdrücklich davon gesprochen, daß es immer zwei Preise gibt: einen Angebotspreis und einen Nachfragepreis, die voneinander verschieden sind; er hat das daran zu beweisen versucht, daß Transaktionen nicht kostenfrei rückgängig gemacht werden können.

Sie, Herr Engels, haben erstens angenommen: Angebotspreis und Nachfragepreis fallen zusammen; zweitens: Die Preise sind auf einem Markt einheitlich und nicht gestreut; und drittens: Es besteht allgemeine vollständige Information darüber, daß es solche gleiche Preise gibt. In dem Moment, wo das nicht der Fall ist, tritt das gesamte Problem der Suchkosten, der Transaktionskosten, der Einstellungskosten von Arbeitern usw. auf, die hier, ohne daß Monopolgrade ausgeschöpft werden, zu Machtpositionen bei ökonomischen Transaktionen führen.

Wir kämen hier zu Überlegungen, die es uns ermöglichen würden, auch in einer von Ihnen postulierten reinen Marktwirtschaft Veränderungen des Machtgrades anzumelden. Bei einer Arbeitslosigkeit etwa ist die Macht der Arbeitgeber nicht nur darin gelegen, daß vielleicht die Löhne über dem Gleichgewichtspreis liegen, sondern daß die Suchkosten der Arbeiter nach neuen Stellen sehr hoch geworden sind. Wir haben hier eine Machtzunahme auf seiten der Unternehmer. Umgekehrt wäre es bei einer sehr vollbeschäftigten Wirtschaft mit hoher Kapitalintensität der Unternehmen. Meistens ist es so, daß die gesamte Macht hier zunimmt, weil die Einschulungskosten unter Umständen sehr hoch sind und die Arbeiter, wenn sie kündigen, den Unternehmern hohe Einstellungskosten aufbürden.

Es gibt eine Fülle von solchen Überlegungen auch auf den Märkten. Hier können wir davon ausgehen: Wenn die Märkte besser reguliert sind, wie Menger sagte, d. h. eher ein einheitlicher Preis auftritt, ist die Macht geringer. Wenn hingegen die Informationen über die vorhandenen Qualitäten der Waren schwinden — also das, was man in der heutigen Zeit bezüglich der Konsumenten behauptet, die nicht wüßten, was wirklich preisgünstige Angebote sind —, dann nimmt umgekehrt hier eine Macht in der Wirtschaft zu.

Ich möchte abschließend noch auf die Frage eingehen, ob man bei einer solchen Sicht von einer Macht des Eigentums sprechen kann, wie ich persönlich das tun würde. Ich glaube, man kann es schon. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß die Eigentümer anderen Wirtschaftssubjekten Transaktionskosten aufladen können. Wer in eine Eigentumsposition hinein will, muß meistens suchen, wo er das machen kann, und die beati possidentes sind diejenigen, die die Macht haben, die anderen zu zwingen, diese Transaktionskosten auf sich zu nehmen.

Reinhard Blum (Augsburg):

Herr Streißler hat es mir mit seinem Hinweis auf Adam Smith als Grundlage Ihres Ansatzes leicht gemacht, mich hier Herrn Thiemeyer anzuschließen. Ich halte diesen Ansatz durchaus für interessant genug, um daran einige Überlegungen zu knüpfen. Mir scheint jedoch — das

hat Herr Thiemeyer schon angedeutet, und ich möchte es durchaus noch prononcierter sagen —, daß Sie sich keinen Gefallen damit erweisen, wenn Sie den Eindruck erwecken, daß Sie den Ansatz nur benutzen, um die Bank für Gemeinwirtschaft und die Neue Heimat an den Pranger zu stellen. Ich glaube, das schadet dann den wissenschaftlichen Konsequenzen, die man daraus zieht.

Aber nun zu Ihrer Definition, die Sie uns — ich würde beinahe sagen: mit einem sehr geschickten Marketing — verkaufen wollten. Sie erwecken den Eindruck, als ob Macht so etwas sei wie ein schlafender Drache, der keinem etwas tut, solange er schläft und der dann, wenn er aufwacht und gefräßig wird, sich selber verzehrt. So etwa müßte man es in Ihrer bilderreichen Sprache ausdrücken.

Aber das ist doch nicht das Problem, das wir mit der Diskussion der wirtschaftlichen Macht verfolgen. Wenn das so wäre, dann hätten wir eine neue Bestätigung der unsichtbaren Hand von A. Smith. Dann brauchten wir jedoch keine Tagung des Vereins für Socialpolitik, die sich mit dem Machtphänomen befaßt. Ihren Fall gibt es vielleicht in der politischen Praxis: Wir haben es ja jetzt bei einigen Staatssekretären erlebt, daß sie sich bei Ausübung ihrer Macht selber verzehrt haben.

(Heiterkeit.)

Aber im ökonomischen Bereich ist das unrealistisch.

Mir scheint nur ein Fall wichtig zu sein, der unter Ihre Kategorie fällt, und genau er ist ein Beweis, daß Ihr Ansatz unbrauchbar ist: Die Kaufkraft definieren Sie offensichtlich auch als Macht. Aber gerade der Gebrauch der Kaufkraft, wenn Sie sich das genauer anschauen, erzeugt keine Macht. Derjenige, der die Kaufkraft ausübt, verzehrt sich in der Tat. Hier liegt eventuell der Grund, warum die Konsumenten und die breite Masse derjenigen, die nur konsumieren, machtlos bleiben. Das ist genau das, was uns dazu Anlaß gibt zu überlegen, wie wir der wirtschaftlichen Macht Herr werden und jener breiten Masse helfen, die dadurch, daß sie ständig ihre Macht — sprich: Kaufkraft — verzehrt, machtlos bleibt. Dieses Problem überspielen Sie völlig.

Ich würde Ihnen weiterhin zugestehen, daß die Definition der Gemeinnützigkeit unglücklich ist, weil sie aus einem anderen Koordinierungs-Modell stammt: Wir sind in der Marktwirtschaft gewohnt zu sagen: Der Markt ist das einzige "gemeinnützige" Instrument der gesamtwirtschaftlichen Koordinierung. Die Definition der Gemeinnützigkeit scheint aber von der genau entgegengesetzten Vermutung auszugehen, nämlich daß der Markt nicht gemeinnützig ist und wir deshalb etwas tun müssen, um gemeinnützig zu sein. Insofern würde ich diese Begriffsbildung für unglücklich halten.

Aber die Zielsetzung, die mit solchen gemeinnützigen Unternehmen verbunden wird, scheint mir in der Tat für alle jene Fälle, wo wir der Überzeugung sind, daß auch in einer marktwirtschaftlichen Ordnung gesteuert und gelenkt werden muß, nützlich zu sein. Ich würde sie als nichts anderes interpretieren als den Versuch einer Steuerung über steuerliche Privilegien. Dann ist es völlig egal, ob die Bank für Gemeinwirtschaft, irgendeine andere Gruppe oder große Unternehmen solche Privilegien erhalten. Die Zubilligung der Gemeinnützigkeit durch Privilegien ist nichts anderes als der Versuch, dem Gemeinwohl dienende Ziele mit Hilfe solcher Privilegien zu verfolgen. Das dürfte in jeder marktwirtschaftlichen Ordnung eine sehr sinnvolle Sache sein. In diesem Sinne muß ich als Makroökonom der Ruhrkohlen-A.G. eine Gemeinnützigkeit zusprechen; denn sonst wäre das ganze Unternehmen völlig sinnlos und unverantwortlich

(Lachen)

und nichts anderes als eine Sozialisierung der Verluste, die wir nicht wollen.

Genau besehen, erweist die Erfahrung, daß Macht sich — unkontrolliert — lawinenartig vergrößert, nicht zuletzt mit staatlicher Hilfe. Deshalb ist die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht ein zentrales Problem der marktwirtschaftlichen Ordnung. Das haben Sie durch Ihre Hypothese überspielt, daß Macht sich selber verzehrt. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Ihre ordnungspolitischen "Bedenklichkeiten", die Sie herausgestellt haben, erhalten Sie unter einem viel zu engen und einseitigen Blickwinkel. Bedenklich sind doch gerade steuerliche Privilegien, die nicht ausdrücklich im Interesse der Gemeinnützigkeit gewährt werden; bedenklich sind auch Privilegien im Wettbewerb (z. B. die Ausnahmen im GWB). Ich muß Ihnen ehrlich sagen: GmbH & Co. KG ist für mich viel gefährlicher als die Bank für Gemeinwirtschaft, die als Aktiengesellschaft demokratisch kontrolliert werden kann und außerdem noch durch einen demokratischen Entscheidungsprozeß innerhalb der Anteilseigner Kontrollmöglichkeiten bieten könnte. Es hat durchaus liberale Autoren gegeben — nehmen Sie Eucken und Böhm —, die diese Problematik viel weitreichender gesehen haben, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, sie wollten nur den Gewerkschaften und der Bank für Gemeinwirtschaft zu Leibe rücken.

Gerhard Himmelmann (Frankfurt):

Man müßte eigentlich noch einmal polemisch auf den Vorschlag eingehen, die Deutsche Bank als gemeinnützig zu erklären. Diese Äußerungen darf man eigentlich nicht so stehenlassen, wenn man ein biß-

chen von dem mitbekommen hat, was Macht bedeutet und was auch in der Literatur als Macht definiert wurde.

Ich würde dafür plädieren, daß Herr Engels am Schluß nochmals deutlich sagt, was er unter Macht versteht. Er hat einerseits Stützel zitiert, auf der anderen Seite Gutenberg. Das Problem der Macht, das doch soziologisch und politologisch ist, müßte in der Beziehung noch etwas abgedeckt werden. Darauf sollte der Referent noch einmal eingehen.

Ich möchte auch fragen, was der Referent unter gemeinnützig versteht. Kann nur der Staat gemeinnützig sein, können gemeinnützige Leistungen nicht auch von Privaten erbracht werden? Das eine korrespondiert doch mit dem anderen. Die formalisierte Macht geht bei dem Referenten über in einen Fetischismus des Staates: Nur der Staat kann gemeinnützig sein?

Achim von Loesch (Frankfurt):

Da ich angesprochen wurde, muß ich etliches richtigstellen. Ich muß zunächst feststellen, daß die Bank für Gemeinwirtschaft keine Kampagne macht, um in den Genuß von steuerlichen Gemeinnützigkeitsprivilegien zu kommen. Das ist das erste Mal — ich bin jetzt seit elf Jahren bei der Bank für Gemeinwirtschaft tätig —, daß ich das höre. — Das Ziel selbst wäre übrigens gar nicht schlecht. Mein Vorstand würde sagen: "Wenn wir das bekommen könnten, gern."

(Heiterkeit.)

Das ist in Wirklichkeit aber nicht unser Ziel. Bei unserer Informationsarbeit geht es vielmehr um folgendes: Wir gehören den Gewerkschaften. Den 6 Millionen Mitgliedern der Gewerkschaften gegenüber müssen wir unsere Unternehmenskonzeption rechtfertigen. Deshalb geben wir Publikationen heraus. Diese Tätigkeit ist für uns infolge unseres Aktionärskreises eine Notwendigkeit.

Dann zu der Frage der Gemeinwirtschaftlichkeit und der Gewinnverwendung. Ich habe diese Fragen so verstanden, daß die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der deutschen Gewerkschaften, die hier hauptsächlich angesprochen werden, mit Stiftungen verglichen werden können. Bei der "Neuen Heimat" ist das ganz deutlich. Da sind seinerzeit eine Anzahl Millionen gestiftet worden, um im Rahmen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes für den Wohnungsbau tätig zu werden.

Der Stiftungscharakter dieser Unternehmen zeigte sich auch daran, daß sie keine Sondervergünstigungen an bestimmte Personenkreise gewähren. Die Mitglieder der Gewerkschaften sagen: "Wir wollen Sondervorteile. Warum können wir nicht bei euch alles billiger bekom-

men?" Das ist eine naheliegende Einstellung, gegen die wir uns aber wehren müssen.

Sondervorteile an Gewerkschaftsmitglieder wären schon allein nicht möglich, da es sich hier um eine verdeckte Gewinnausschüttung handeln würde, die wir mit rd. 225 Prozent nachversteuern müßten. Das wäre schon allein wirtschaftlich nicht möglich. Wir wollen das Ziel aber auch nicht. Unser Ziel ist vielmehr eine Struktur-, Wettbewerbs- und Marktregulierung, soweit dies mit den Mitteln eines Unternehmens möglich ist.

Hier taucht nun die Frage auf, warum diese Ziele mit unternehmerischen Mitteln verfolgt werden. Hier muß nun darauf hingewiesen werden, daß die Wirtschaftspolitik, die mit unternehmerischen Mitteln betrieben wird, eigentlich älter ist als die Wirtschaftspolitik mit administrativen und mit fiskalischen Mitteln. Der Merkantilismus hat weitgehend mit solchen Institutionen gearbeitet, besonders im Bankwesen. Denken Sie an die Geschichte der Preußischen Seehandlung (Staatsbank) und an die anderen "Entwicklungs"-Banken dieser Art. Oder denken Sie an die Genossenschaftsbanken und an die Sparkassen; alles gemeinwirtschaftliche Bankinstitute. Die Hälfte aller Realkreditinstitute sind öffentlich-rechtlich. In vielen anderen Ländern, wie z.B. in Frankreich, sind die Großbanken verstaatlicht und damit unter gemeinwirtschaftliche Zielsetzung gestellt. Ich sehe nicht ein, warum eine Gesellschaft Wirtschaftspolitik allein mit administrativen und fiskalischen Mitteln betreiben muß, wenn sie die gleichen Ziele auch mit Hilfe gemeinwirtschaftlicher Unternehmen erreichen kann.

Amüsiert hat mich die Verbindung zwischen den Vermögens-Fonds des DGB und der Außenfinanzierung der Bank für Gemeinwirtschaft. Im Hause der BfG gibt es natürlich Herren, denen das Wasser im Munde zusammenläuft, wenn sie daran denken, welches Sparaufkommen in einem solchen Fonds eventuell zusammenkommt. Ich bin sicher, daß sich über die hier möglichen Entwicklungen auch in den privaten Banken Mitarbeiter Gedanken machen, und daß auch ihnen dabei "das Wasser im Munde zusammenläuft".

(Heiterkeit.)

Wenn hier etwas kommt, wird es mit Sicherheit so laufen wie beim 312-DM- bzw. beim 624-DM-Gesetz. Es muß ohnehin eine gesetzliche Regelung erfolgen. Daß eine gesetzliche Regelung zu Gunsten eines einzelnen Kreditinstituts erfolgen wird, halte ich für völlig ausgeschlossen. Das ist von der BfG auch nie beabsichtigt worden. Dann würde sie nämlich völlig ihren Charakter verändern. Auch diese Hinweise von Professor Engels halte ich für abwegig.

Gerd Fleischmann (Frankfurt):

Herr Engels, ich halte Ihre Theorie der relativen Harmlosigkeit der Macht nicht nur für paradox, sondern auch für falsch. Sie haben das zum Teil selber eingeräumt. Sie haben gesagt: Es gibt eine Ausnahme, man kann Macht zur Verdrängung einsetzen und kann dadurch mehr Macht erzielen, Macht durchaus in Ihrem Sinne gemessen an Vermögen; ich will es einmal ganz operational auch mit Ihnen definieren.

Ich möchte an Ihrem Beispiel und an einem anderen Beispiel darstellen, daß das falsch ist. Das Friedman'sche Beispiel ist nämlich irreführend. Hier ist es nicht so, daß Unternehmer darauf verzichten, Gewinne zu machen, indem sie nur Weiße beschäftigen und nicht die billigeren Schwarzen. Wenn es den Unternehmern — vor allem im Süden Amerikas — möglich ist, billigere Neger zu beschäftigen, tun sie das ohne Hemmungen; sie haben es in der Geschichte immer getan. — Nein, es ist so, daß die weißen Arbeitnehmer sich organisiert haben und hier nun eine neue Form der Macht da ist, die natürlich jetzt nicht eingefangen werden kann. Diese Form der Organisationsmacht müssen wir hinzunehmen, und diese Gewerkschaften zwingen dann die Unternehmer, keine Neger einzustellen. Das ist der springende Punkt. Hier handelt es sich keineswegs um einen freiwilligen Verzicht.

Natürlich gibt es so etwas, daß jemand auf Eigentum verzichtet, um Macht in einer anderen Form zu gewinnen. Das älteste Beispiel ist das indianische Potlatsch: Wer am meisten auf Eigentum verzichtet, gewinnt das höchste Ansehen. Das ist eine andere Form der Macht. Hier ist es allerdings sehr wahrscheinlich, daß es schwerfallen wird, diese Macht nun zurückzuübersetzen in Ihre Form der ökonomischen Macht. Aber normalerweise ist es in unserem Wirtschaftssystem ganz unwahrscheinlich, daß man nur diesen ersten Fall betrachtet.

Ihre Theorie ist zweitens deshalb falsch, weil Sie einen zu kurzen Planungshorizont berücksichtigt haben. Sicher verzichtet ein Unternehmer, wenn er eine Parteispende gibt, auf Eigentum, auf Vermögen; er vermindert dadurch zunächst seine Macht. Aber ich nehme an, daß er es gewöhnlich deswegen tut, weil er sich dadurch eine entsprechende Gesetzgebung erhofft, die ihm morgen oder im nächsten Jahr oder in zwei Jahren ein entsprechend höheres Einkommen verschafft. Langfristig wird hier Macht doch dazu eingesetzt, um Macht zu vermehren. Wir haben also nicht sozusagen die prästabilisierte Harmonie, daß Macht sich selbst verzehrt, wenn man sie einsetzt; wenn man sie nicht einsetzt, kann man sie eben nicht gebrauchen.

Sehr wesentlich sind Sie auf das Problem der Gemeinnützigkeit eingegangen. Sie haben gesagt, diese Privilegien für die heutigen gemeinnützigen Unternehmungen seien fragwürdig, weil man sinnvollerweise

die Gemeinnützigkeit nur an der Gewinnverwendung messen könne. Man müsse sagen, die Moralität dieser Verwendung sei entscheidend. — Nun kann natürlich auch ein erwerbswirtschaftliches Unternehmen, also ein nicht im heutigen Sinne gemeinnütziges Unternehmen, durchaus die Gewinne moralisch verwenden; also müßte man ihm entsprechende Privilegien einräumen. Ich bin mit Ihnen völlig der Meinung, daß die Argumentation, die von den gemeinnützigen Unternehmungen selber sehr stark vorgetragen wird - die Moralität ihrer Gewinnverwendung sei die Rechtfertigung für Privilegien —, irreführend ist. Ein sinnvolles Äquivalent für ein Privileg — auch das Machtprivileg der Deutschen Bank - kann immer nur sein, daß man zusätzliche Kontrollen einführt, weil die Kontrolle durch den Markt in aller Regel nicht zureicht. Als Ergänzung für ein solches Privileg muß man weitere Kontrollen einführen. Das schmeckt den gemeinnützigen Unternehmen viel weniger. Ich glaube, auf ihre Steuerprivilegien könnten sie leicht verzichten; sie würden aber nur sehr ungern zusätzliche Kontrollen hinnehmen.

Hans Willgerodt (Köln):

Es ist hier das Wort gefallen, daß eine ausschließliche Orientierung an den Interessen der Aktionäre möglich sei. Ich weiß nicht, ob ich das falsch verstanden habe; aber trotzdem zur Richtigstellung folgendes: Das Unternehmen kann sich in der Marktwirtschaft niemals ausschließlich an den Interessen der Aktionäre orientieren, sondern es muß selbstverständlich das Interessengeflecht, das über die Marktvorgänge und auch durch die Gesetzgebung signalisiert wird, in seine Rechnung einbeziehen. Nur das Ergebnis des Gewinns oder Verlustes, das nach Einkalkulierung all dieser sozialen Interessen, die sich über den Markt und andere Dinge äußern, herauskommt, könnte vielleicht für die Aktionäre oder in einer anderen Weise verwendet werden. Ich möchte bestreiten, daß die Aktionäre einen solchen Einfluß haben, wie er hier behauptet worden ist. Es ist einfach absurd, heute zu behaupten, daß die Aktiengesellschaft insofern ein einseitig orientiertes Gebilde sei. Entscheidend ist nur, wie und durch welchen Mechanismus die Interessen gegeneinander abgewogen werden sollen.

Definieren wir nun die gemeinwirtschaftlichen Interessen einmal so, daß die Aktionäre niemals gemeinwirtschaftlich sein können, wenn sie Gewinne beziehen; das scheint allgemeine — wenn auch problematische — Meinung zu sein. Wenn wir das so definieren, entsteht die Frage, wie die übrigen Interessen in das Entscheidungsgefüge der Aktiengesellschaft eingehen. Da gibt es nun verschiedene Möglichkeiten. Erstens kann man die Aktiengesellschaften — oder auch andere Unter-

nehmen — zahlreichen allgemeinen, indirekt wirksamen öffentlichen Regulierungen — durch Steuern, durch alle möglichen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, daß man die Umwelt nicht verschmutzen darf usw. — unterwerfen. Das Instrumentarium auf diesem Gebiete ist sehr vielgestaltig. Man kann aber zweitens auch direkt beim Verhalten der Unternehmen ansetzen. Der Streitpunkt ergibt sich wohl beim Verhalten der Unternehmungen.

Die Verfechter der gemeinwirtschaftlichen Verhaltensweise der Unternehmen möchten, daß das Unternehmen sich unabhängig von allgemeinen Rechtsregeln moralisch — in einem irgendwie definierten Sinne — verhält. Hier ergibt sich eine große Schwierigkeit, denn damit hat man einen Entscheidungsspielraum für die Unternehmensleitung, die alles, was das Unternehmen tut, natürlich gern als gemeinwirtschaftlich firmiert. Wer ist aber da gemeinwirtschaftlich? Nehmen wir einmal die Bundesbahn. Die Bundesbahnleitung wird immer sagen — vor allen Dingen, wenn sie Defizite hat —, daß sie gemeinwirtschaftlich gehandelt hat. Von den betreffenden Leitungen der Unternehmungen wird, wenn sie irgend etwas zu Lasten der Aktionäre tun, immer gesagt werden, daß das im Interesse der Allgemeinheit geschehe. Wer ist aber dabei die Allgemeinheit?

Derjenige, der die Verluste tragen muß, das ist z.B. der Aktionär, wenn er auf Gewinn verzichten muß. Wer ist das aber bei der Bank für Gemeinwirtschaft? Rechtlich stehen die Aktionäre der Bank für Gemeinwirtschaft fest. Aber wer steht dahinter? Das sind die Gewerkschaftsmitglieder, die die Beiträge aufbringen müssen. Sie sind diejenigen, die sich hier gemeinwirtschaftlich verhalten müssen, nicht aber die Firmenleitung. Ist es daher gerechtfertigt, der Firmenleitung das Attribut, gemeinwirtschaftlich zu handeln, zuzuerkennen? Wer handelt hier wirklich gemeinwirtschaftlich?

Nun könnte man sagen — ich stimme infolgedessen Herrn Engels zu —, daß das eigentlich diejenigen sind, denen das Eigentum am Gewinn und Einkommen sonst zustehen würde. Wir haben hier aber eine Verfügungsgewalt von Leuten, die selber gar nicht moralisch sind, über das, was anderen gehört. Denn ich habe noch nicht gehört — ich bin auch gar nicht dafür —, daß die Manager gemeinwirtschaftlicher Unternehmen unterbezahlt sind und infolgedessen als Einzelperson deswegen besondere Hochachtung verdienen. — Es sind die anderen, die hier zahlen. Wäre es dann nicht zweckmäßiger, die Unternehmen als solche erst einmal an das Gewinnprinzip zu binden und die Eigentlichen, denen der Gewinn im marktwirtschaftlichen Prozeß letztlich zuzurechnen ist, in einer bestimmten Weise zu beeinflussen, so daß sie zustimmen, daß der Gewinn gemeinwirtschaftlich verwendet wird?

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Ich darf nun Herrn Engels bitten, sein Schlußwort zu sprechen. Ich wäre dankbar, wenn Sie es wegen der fortgeschrittenen Zeit auf 10 bis 12 Minuten beschränken könnten.

Wolfram Engels (Frankfurt):

Das erspart mir, auf alle Angriffe einzugehen!

Nur zwei Bemerkungen zur Form. Der Verein für Socialpolitik hat mir sehr wenig Zeit gegeben, und die argumentatio ad absurdum ist eine Methode, die man dann verwendet, wenn man wenig Zeit hat. Wenn man mehr Zeit hat, nimmt man eine vornehmere Methode. Das gebe ich zu; ich entschuldige mich mit der Kürze der Zeit.

Das gleiche gilt für die Tatsache, daß ich unmittelbar die Bank für Gemeinwirtschaft und die Neue Heimat angesprochen habe. Ich meine nicht, daß der Vortrag dadurch an Wissenschaftlichkeit verliert; er gewinnt natürlich an Schärfe. Ich hätte die Bank für Gemeinwirtschaft und die Neue Heimat nicht anzusprechen brauchen. Ich habe das deshalb getan, weil von der Bank für Gemeinwirtschaft die Public-relations-Kampagne zugunsten gemeinwirtschaftlicher Unternehmen ausgeht.

Damit gleich zu einer Bemerkung von Herrn von Loesch. Wir haben es im Falle von Genossenschaften und Aktiengesellschaften erlebt, daß sich Ideologien in Steuerprivilegien übersetzen. Die Aktiengesellschaft war immer erwerbswirtschaftlich und hat keinen moralischen Anspruch gestellt. Die Genossenschaften haben es verstanden, sich Ideologien zu schaffen, die sich in Steuerprivilegien niederschlugen. Diesen Anfängen sollte man wehren. Ich glaube auch, daß Herr von Loesch persönlich — auch Herr Hesselbach oder der Vorstand — nicht anstrebt, Gemeinnützigkeitsprivilegien zu erhalten. Aber ich möchte doch das meine dazu beitragen, den Anfängen zu wehren, daß sich hier eine Ideologie des frei-gemeinwirtschaftlichen Bereiches entwickelt, die sich wie bei den Genossenschaften in Steuerprivilegien niederschlägt.

Damit gleich zu mehreren Diskussionsteilnehmern. Ich habe eigentlich weniger über die Gemeinwirtschaftlichkeit oder die Gemeinnützigkeit als solche, sondern ich habe über die steuerliche Privilegierung von etwas gesprochen, was man gemeinnützig nennt. Meine These ist: Die Privilegierung ist falsch angesetzt. Ich bestreite nicht, daß es Gemeinnützigkeit und Gemeinwirtschaftlichkeit gibt und daß die erstrebenswert sind; ganz im Gegenteil! Ich meine nur, daß die Förderung bei der Gewinnverwendung angesetzt werden muß: Wieviel Geld wird für welche Zwecke gegeben? Man darf nicht bei der Gewinnerzielung an-

setzen. Jemand, der sich als gemeinnützig bezeichnet, braucht keine Körperschaftsteuer zu zahlen. Das ist ein völlig falscher Ansatzpunkt. — Das war mein Argument. Ich wollte mich nicht allgemein dagegen wenden, daß Unternehmen gemeinnützig sein können.

Nun zu Herrn Thiemeyer! Ich habe die Formulierung, als ich sie niedergeschrieben habe, auch als etwas überraschend empfunden, daß Macht der Ausgebeutete hätte und nicht umgekehrt. Sie haben natürlich hoffentlich — wie ich — erkannt, daß es sich hier einfach um zwei verschiedene Wortgebrauche des Wortes "Ausbeutung" gehandelt hat. Wir haben in der Theorie des bilateralen Monopols den oberen und den unteren Ausbeutungspunkt. Insofern habe ich das Wort "Ausgebeutete" im Sinne der Theorie des bilateralen Monopols benutzt. Da würde ich allerdings glauben, daß der Satz richtig ist. Wenn Sie etwa den Hausbesitzer nehmen, dem eine Miete aufgezwungen wird, die nicht die Kosten der Reparaturen deckt - wie etwa in der DDR -, dann ist zweifellos er der Ausgebeutete, und nicht der Mieter. Wenn wir solche Stoppreise einsetzen, dann gerät derjenige, der den Schaden hat, in eine Machtposition gegenüber dem Mieter, wenn man sie ihm nicht auf andere Weise wieder nimmt, etwa mit Mieterschutzgesetzgebung. Insofern ist das nicht ganz so absurd, wie es aussieht. Ich habe einfach das Wort "Ausbeutung" im Sinne der Theorie des bilateralen Monopols benutzt.

Die Entartung der gemeinnützigen Unternehmen zu erwerbswirtschaftlichen Unternehmen ist in der Tat etwas, was wir allüberall — insbesondere bei Genossenschaften, aber auch bei Sparkassen — beobachten. Ich selbst würde das nicht als Entartung betrachten, sondern für eine überaus gesunde Entwicklung halten. Ich glaube, die Sparkassen haben ungemein dadurch gewonnen, daß sie jetzt ihre Gewinne maximieren, wenn sie das auch noch nicht so ganz offen sagen; im Hintergrund der Sparkassenorganisation rummelt es durchaus. Die neuen Diplomkaufleute, die da drinsitzen, sagen: Wir machen Gewinnmaximierung. — Es bekommt ihnen sehr gut, es ist eine sehr schöne Sache.

Zu Herrn Neumann und gleichzeitig zu einigen anderen Diskussionsrednern: Ich habe nicht den Anspruch erhoben, alle Machtphänomene zu erfassen. Insbesondere habe ich nicht ein sehr, sehr wichtiges Gebiet behandelt, nämlich die Wechselwirkung von politischer, militärischer und ökonomischer Macht. Ich glaube in der Tat, daß man möglicherweise zu anderen Ergebnissen kommt, wenn man dies analysiert. Ich habe den Versuch gemacht, die rein ökonomische Macht — falls es so etwas gibt — in den Griff zu bekommen. So stellten sich mir die rein ökonomischen Beziehungen dar.

Ich bin mit mehreren Diskussionsteilnehmern der Meinung, daß diese ökonomische Macht natürlich in vielen Fällen in politische Macht

übersetzt wird und daß diese politische Macht wieder in mehr Gewinne übersetzt wird. Wenn man daran denkt, wie gering die Summen sind, die man braucht, um Abgeordnete zu bestechen, dann ist das möglicherweise eine überaus lukrative Investition.

(Heiterkeit.)

Ich wollte das nicht grundsätzlich ablehnen, ich habe es nur nicht behandelt, weil ich darüber wenig weiß.

Dann die Frage, ob Gewerkschaftsunternehmen demokratisch legitimiert seien! Sie sind es in demselben Sinne wie Aktiengesellschaften. Bei der Aktiengesellschaft gibt es die Aktionärsdemokratie. Die Gewerkschaftsunternehmen haben eine sehr viel indirektere Demokratie. Aber dennoch sind sie in dem Sinne wie die Aktiengesellschaften demokratisch legitimiert. Auf der anderen Seite sind das die Aktiengesellschaften — nämlich durch die Hauptversammlungen — eben auch; sie sind es nicht durch allgemeine Wahlen. Das ist genau der Unterschied.

Zu Herrn Streißler wollte ich eigentlich gar nichts sagen. Ich kann das nur als Erweiterungen und Verbesserungen meiner Ausführungen akzeptieren. Ich hatte in meinem Originalmanuskript einzelne Andeutungen ähnlicher Art, aber nicht ganz so klar, wie Sie es formuliert haben. Ich glaube, das ist eine Sache, die das Modell wesentlich erweitert. Insbesondere die Suchkosten und Transaktionskosten müßte man, wenn man das Modell erweitert, unbedingt einbauen.

Dann zu Herrn Blum! Die breite Masse der Bevölkerung, die ihr Geld ausgibt, um Konsumgüter zu kaufen, bleibt machtlos, sagen Sie, und wer das nicht tut, der gewinnt Macht. — Das ist genau ein Sonderfall meines Falles. Ich wüßte nicht, warum das meinen Ausführungen widersprechen sollte. Auch der Unternehmer, der sein Geld ausgibt, um damit zu konsumieren, verzichtet auf Macht, er verliert Vermögen. Das ist ein ganz normaler, im Rahmen dieses Modells liegender Fall.

Zur Frage der Ruhrkohle! Sie sagten, dann müßte ich eigentlich die Regelung bei der Ruhrkohle als sinnlos und unverantwortlich bezeichnen. In der Tat, das tue ich: Ich glaube, daß die Ruhrkohle-Lösung sinnlos und unverantwortlich ist.

(Heiterkeit.)

Ich hörte eine Bemerkung — ich weiß nicht, woher sie kam —: Das ist ja eine seltsame konservative Grundstimmung. — In der Tat, bei Ihnen schimmert irgendwo Leibniz durch: Die Welt ist gut, so wie sie ist. — Aber für die Ruhrkohle würde ich das nicht akzeptieren.

Die GmbH & Co. KG ist auch ein Gebiet, bei dem ich mit Ihnen einig bin. Auch ich betrachte das nicht als eine sehr schöne und sympathische Erscheinung. Nur war es eben nicht mein Thema.

Dann zu Herrn Himmelmann! Ich bin der Meinung, daß das Entstehen jeder Intermediationsmacht problematisch ist, daß die Mediatisierung des Eigentums eine Reihe von Problemen bringt. Ich halte infolgedessen auch den Fall der Deutschen Bank für problematisch, ja für sehr problematisch. Bedenken Sie, daß die Großbanken untereinander siebzig Prozent der Stimmen in der Hauptversammlung mitbringen. Die Großbankenmanager sind also voneinander ein bißchen abhängig, aber nicht mehr von ihren Aktionären. Das halte ich in der Marktwirtschaft für eine bedenkliche Erscheinung. Ich hatte gehofft, das zum Ausdruck gebracht zu haben.

Der reine Fall der Intermediationsmacht ist Rathenau's "Unternehmen an sich", und dieses "Unternehmen an sich" treffen wir gerade im sogenannten gemeinnützigen oder gemeinwirtschaftlichen Bereich in besonderem Maße an. Die Zustände, die wir bei der Deutschen Bank mit Recht kritisieren, treten in viel schärferer Form bei solchen Unternehmen auf. Ich glaube in der Tat, daß hier für die Gesetzgebung noch mancher Raum ist; in diesen Raum gehören auch die Großbanken.

Ich habe nie behauptet, daß nur der Staat gemeinnützig sein könne; das ist, glaube ich, einfach ein Mißverständnis. Wenn dieser Eindruck entstanden ist, so möchte ich ausdrücklich dementieren.

Dann nochmals zu Herrn von Loesch! Bezüglich der Genossenschaften und der Aktiengesellschaften sagte ich schon: Ich will den Anfängen wehren, verhindern, daß hier nicht eine Ideologie entsteht, die sich in Steuerprivilegien niederschlägt. Auch die Stiftung, die sich privatwirtschaftlich in der Konkurrenz betätigt, würde ich für einen sehr problematischen Fall halten. Dagegen würden sich die gleichen Bedenken richten, die ich vorgetragen habe.

Sie sagten, eine gesetzliche Sparregelung würde die Bank für Gemeinwirtschaft nicht begünstigen. Auch ich hoffe das. Ich habe aber nur auf die Berliner Beschlüsse des DGB rekurriert. Wenn sie verwirklicht würden, würde die Bank für Gemeinwirtschaft begünstigt werden, zwar nicht in dem Sinne, wie Sie gesagt haben, daß die Arbeitnehmer ihre Spargelder zur BfG bringen würden, sondern in dem Sinne, daß die Gewerkschaften über ungeheure Geldmittel verfügen würden. Damit würde die BfG über Außenfinanzierungsmöglichkeiten verfügen, die sie heute bei weitem nicht hat. Ich vermute, daß sie sie auch nutzen würde.

Herr Fleischmann, Sie sprachen von dem Friedman'schen Neger. Ich war nur in den Nordstaaten der USA. Dort habe ich den von Ihnen geschilderten Fall, daß die weißen Arbeitskräfte sich gegen Neger wehren, nicht beobachten können. Das mag es aber geben. In Friedman's Erfahrungsbereich scheint das aber auch nicht zu liegen. Immerhin gibt

es Unternehmen, die unter diesem Zwang nicht stehen, etwa das Unternehmen, in dem ich gearbeitet habe. Wenn diese Unternehmen nur noch Neger einstellen, dann müßten sie die Konkurrenz wegen niedrigerer Personalkosten überflügeln. Ich glaube doch, daß sich der Friedman'sche Neger einigermaßen halten läßt. Ich habe, nebenbei bemerkt, meine Argumentation auch nicht allein auf den Friedman'schen Neger gestützt.

Ich sagte schon, daß die Parteispenden in den Bereich des Austausches wirtschaftlicher und politischer Macht gehören, den ich nicht zu behandeln habe und den ich auch für bedenklich halte.

Zu Herrn Willgerodt kann ich nur sagen, daß ich das alles akzeptiere. Das ist weitgehend das gleiche, was auch ich meine.

Sehr schön finde ich — um damit abzuschließen — die Formulierung von den Leuten, die moralisch mit dem Geld umgehen, das ihnen nicht gehört.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Besten Dank, Herr Engels, für Ihr Schlußwort. Damit ist der erste Teil unserer heutigen Veranstaltung abgeschlossen. Ich schlage vor, daß wir jetzt eine kurze Pause einlegen, um dann das zweite Referat zu hören.

Wir kommen zum zweiten Teil unseres Vormittagprogramms. Ich darf Herrn Würgler bitten, sein Referat zum Thema "Inflation als Machtproblem" zu halten.

Inflation als Machtproblem*

Von Hans Würgler, Zürich

Von der "Ohnmacht der Macht" zu sprechen, ist kein geistreiches Paradox mehr.

Hannah Arendt

I. Einleitung

Die berühmte Frage "Macht oder ökonomisches Gesetz?", um die sich die Auseinandersetzung zwischen Böhm-Bawerk und Stolzmann zu Beginn unseres Jahrhunderts drehte, hat durch den heutigen Vorstand der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften insofern eine Beantwortung erfahren, als mit der Ersetzung von "oder" durch "und" bei der Festlegung des aktuellen Tagungsthemas auch das Fragezeichen weggefallen ist¹. Soweit die alte Kontroverse einen in der Wirtschaftstheorie konstruierten Gegensatz betraf, war ihre Abschreibung überfällig². Soweit sie aber bezüglich der Polarität von "Naturgesetz" und "Menschenwerk" den Spielraum der Wirtschaftspolitik zum Gegenstand hatte, bedeutet die Formulierung "Macht und ökonomisches Gesetz" — ohne Fragezeichen — als Tagungsthema eine programmatische Integration von Prozeßpolitik und Ordnungspolitik³.

^{*} Ich danke den Kollegen Ernst Dürr, Bruno Frey, Christian Watrin und Artur Woll sowie meinen Mitarbeitern Manfred Flury, Angelo Rossi und Kurt Schiltknecht für ihre kritischen Bemerkungen zur vorläufigen Fassung des Referats.

¹ Vgl. zur damaligen Fragestellung H. A. Esser, Macht oder ökonomisches Gesetz. Zur wert- und verteilungstheoretischen Kontroverse zwischen Rudolf Stolzmann und Eugen von Böhm-Bawerk, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Untersuchungen 22, Köln 1971.

² Vgl. auch *E. Streissler*, Macht und ökonomisches Gesetz, in: Wirtschaftspolitische Blätter, 1967, S. 146.

⁸ Als Beispiel für die Positionen der Kontrahenten mag gelten: R. Stolzmann, Grundzüge einer Philosophie der Volkswirtschaft, Jena 1920, S. 65: "Wie kann man Theorie, wie kann man Sozialpolitik treiben, wenn man nicht zuvor weiß, was unabänderliches Naturgesetz und was Menschenwerk ist, was von Menschen geschaffen und auch von Menschen wieder geändert werden kann." — E. v. Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz? in: Gesammelte Schriften von Eugen von Böhm-Bawerk, herausgegeben von F. X. Weiss, Wien - Leipzig 1924, S. 239: "... ein künstliches Eingreifen in die volkswirtschaftlichen Prozesse von vornherein nur dann einen Sinn hat, wenn man die Vorfrage, ob die Macht gegenüber den "natürlichen Gesetzen" des ökonomischen Geschehens überhaupt etwas vermag, bejahend zu beantworten imstande ist; ...".

Aus dieser Sicht muß jedoch die Betrachtung der "Inflation als Machtproblem" das Thema des zweiten Arbeitskreises dieser Tagung, nämlich "Formen und Wirkungen der Marktmacht", unweigerlich sprengen. Einmal liegen die Aktivitäten des Staates teilweise außerhalb des Marktgeschehens. Ferner kann das Handeln der Notenbank nicht allein vom Geld- und Kapitalmarkt her begriffen werden. Beide, Staat und Zentralbank, bewegen sich auch unter ökonomischer Orientierung im breiten Spannungsfeld politischer Macht, und daß beide für das Inflationsproblem höchst relevant sind, ist so wahr wie die Inflation wirklich.

Die Neigung zur Empirie zwingt uns gleichzeitig, die Aussagen womöglich auf konkrete Volkswirtschaften unserer Zeit auszurichten. Es versteht sich, daß wir vornehmlich die Schweiz der Nachkriegsjahre ins Auge fassen. Insoweit unseren Ausführungen dadurch Sonderfall-Charakter zukommen wird, erhoffen wir von der Diskussion die notwendige Ausweitung der Problembehandlung⁴.

II. Verstehen von Inflation und Macht

Im Eintreten auf unser eigentliches Thema muß zunächst dargelegt werden, was wir unter den Begriffen Inflation und Macht verstehen wollen.

Inflation herrscht unseres Erachtens in einer Volkswirtschaft dann, wenn sich Güter und Dienstleistungen allgemein und fortgesetzt verteuern. Im Rahmen der Nationalen Buchhaltung zeigt sich die Inflation darin, daß der Deflator für das Bruttosozialprodukt immer größer wird. Wenn wir uns auf die Haushalte ausrichten, erscheint es im Falle eines Anstiegs des Niveaus der Konsumentenpreise oder Lebenskosten gegeben, von Inflation zu sprechen. Wir wissen, daß wir damit wichtige Probleme dahingestellt lassen, die da etwa sind: Periodenlänge, Indexierungsmethode, Rolle der Steuern, Veränderung der Güter- und Dienstleistungsqualität, Strukturwandel der Nachfrage, Angebotsverknappungen und staatliche Markteingriffe⁵. Zudem nehmen wir auf

⁴ Von besonderer Bedeutung ist das praktische Fehlen von Arbeitslosigkeit. Dieser Tatbestand muß auch Tobin aufgefallen sein, wenn er kürzlich auf die rhetorische Frage, ob monatliche Null-Arbeitslosigkeit das Ziel der Wirtschaftspolitik sein könne, antwortete: "That outcome is so inconceivable outside of Switzerland, that it is useless as a guide to policy." (*J. Tobin*, Inflation and Unemployment, in: American Economic Review, 1972, S. 1).

⁵ Aus diesen Gründen hält Phelps die wahre Inflationsrate für nicht meßbar (Vgl. E. S. Phelps, Inflation Policy and Unemployment Theory, London 1972, S. 222 f.). Oder die Rücksichtnahme auf diese Dinge führt Okun dazu, im Falle der USA erst von Inflation zu sprechen, wenn die maßgeblichen Preisindices um jährlich mehr als 2 % ansteigen (Vgl. A. M. Okun, H. H. Fowler, M. Gilbert, Inflation: The Problems it Creates and the Politics it Requires, New York / London 1970, S. 4 f.).

diese Weise vom Versuch einer kausalen Definition der Inflation Abstand⁶.

Bezüglich der *Macht* mögen uns anstelle einer knappen Definition einige Reflexionen zum Begriffsverständnis verhelfen⁷.

Macht besteht — in Anlehnung an Max Weber — in der Fähigkeit, Interessen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zielstrebig zu verfolgen, und zwar allenfalls in Überwindung entgegenstehender Interessen. Ausgeübt wird die Macht durch Personen oder Gruppen, die wirtschaftliche oder politische Entscheidungen treffen. Was sind nun aber die Attribute oder die Quellen der Macht? Friedrich Schiller läßt im "Wilhelm Tell" Stauffacher die Meinung äußern: "Verbunden werden auch die Schwachen mächtig", aber Tell darauf antworten: "Der Starke ist am mächtigsten allein⁸." In diesen zwei Ansichten tritt neben den Begriff der Macht jener der Stärke⁹. Einerseits ist also Macht abhängig von der Zahl der Personen, die ein gemeinsames Interesse verbindet. Anderseits kann auch ein Einzelner Macht besitzen, wenn er über Stärke im Vergleich zu andern verfügt. Eine unterscheidbare dritte Machtform, jene der legitimen Herrschaft, setzt die beiden andern Wege zur Macht voraus¹⁰.

Wenn wir einen Blick auf die Preistheorie einblenden, dann ist festzuhalten, daß das Machtproblem mit der Abweichung der Marktformen vom Idealtypus der vollkommenen Konkurrenz auftritt¹¹. Im Bereiche der Verteilungstheorie tritt die Verfügungsgewalt über Ressourcen als Machtelement in den Vordergrund¹². Mit Streissler kann man generell

⁶ So z. B. in Anlehnung an *H. G. Johnson*, Essays in Monetary Economics, London 1967, S. 107: "Causal definitions of inflation tend to impede thought rather than facilitate it, and should accordingly be avoided as far as possible and used only with great care."

⁷ Vgl. etwa A. Gehlen wie G. Rittig, Artikel "Macht" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 7. Band, Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1961, S. 77 ff.; H. Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik — Grundlagen —, Wiesbaden 1961, S. 195 ff.; H.-J. Seraphim, Theorie der Allgemeinen Wirtschaftspolitik, Göttingen 1963, S. 64 ff.

⁸ F. Schiller, Wilhelm Tell, Schauspiel, 1. Aufzug, 3. Szene.

⁹ Vgl. H. Arendt, Macht und Gewalt, Serie Piper, Nr. 1, München 1970, S. 45.

¹⁰ Vgl. H. Popitz, Prozesse der Machtbildung, Recht und Staat, Heft 362/3, 2. Aufl., Tübingen 1969, S. 39 ff.

¹¹ Vgl. K. W. Rothschild (editor), Power in Economics, Harmondsworth 1971, S. 8 f.; H. Bartling, Wirtschaftliche Macht unter wettbewerbspolitischem Aspekt, Berlin 1971, S. 28 ff. — Vielfach wird die gleichmäßige Verteilung der Macht, repräsentiert durch Besitz, als konstitutives Element der Marktwirtschaft verstanden; vgl. etwa R. A. Solo, Economic Organizations and Social Systems, Indianapolis / New York / Kansas City 1967, S. 6.

12 J. K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München / Zürich 1968, S. 72: "Die Macht verbindet sich stets mit dem Faktor, der am schwerten werden und dem understellichsten ist. Consumer, ausgegehöllsch. Die

¹² J. K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1968, S. 72: "Die Macht verbindet sich stets mit dem Faktor, der am schwersten zu bekommen und am unersetzlichsten ist. Genauer ausgedrückt: Die Macht fällt dem Faktor zu, dessen Angebotsspielraum am wenigsten elastisch ist." Bemerkenswert ist auch die Aussage Wiesers: "Das Geheimnis

sagen, daß "die realökonomische Basis der Macht eine Knappheitssituation ist"¹³, wobei unseres Erachtens allerdings die Möglichkeit nicht übersehen werden darf, Knappheit und damit Macht zu organisieren¹⁴.

Weil wir ein besonderes Augenmerk auf Staat und Zentralbank zu richten haben, sei noch ein Wort zur herrschaftlichen Macht gesagt. Unter der Staatsform der Demokratie liegt die formale Macht bei der Mehrheit des Souveräns, bilde diesen nun im einzelnen das Volk oder ein Parlament, das vom Volk gewählt wird. Die reale Macht kann indessen von starken Interessengruppen ausgeübt werden, die in der parlamentarischen Demokratie die Wahlen und in der Referendumsdemokratie die Abstimmungen zu beeinflussen vermögen¹⁵.

Aus der Verbindung des geschilderten Verstehens von Inflation und Macht ergibt sich in der Folge unser eingehend zu entwickelnder Ansatz für das Erfassen der Inflation als Machtproblem. Der Anstieg des Preisniveaus muß mit der Interessenverfolgung über Macht verfügender Einzelner oder Gruppen in kausale Beziehungen gebracht werden. Oder anders ausgedrückt: Die im Preisbildungsprozeß für Güter und Dienste Interessen wahrnehmenden Entscheidungsträger müssen identifiziert und deren Verhalten auf die Wirksamkeit relativer Machtpositionen hin analysiert werden. Und da das Geschehen auf den Ressourcenmärkten wie auf den Geldmärkten dafür mitbestimmend ist, sind die dort handelnden Wirtschaftseinheiten in die Untersuchung analog einzubeziehen.

Wenn wir uns bewußt werden, daß die Machtstrukturen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat durch ihre vielgestaltigen Beziehungen nicht minder komplex sind als die Verflechtungen der Preisbildungsprozesse, dann sehen wir die Gewinnung einer realistischen Inflationstheorie zu einer so gewaltigen Aufgabe für die empirische Wirtschaftsforschung anwachsen, daß man an deren Lösbarkeit kaum zu glauben wagt. Eine maßgebliche Hoffnung knüpfen wir in diesem Zusammenhang an die Technik ökonometrischer Makromodelle, die allerdings in ihrer mikroökonomischen Fundierung und institutionellen Verknüpfung weiterentwickelt werden müssen. Besondere Beachtung verdienen

der Macht des Kapitals ist seine Fähigkeit, sich stets in diejenige Gestalt zu verwandeln, in der es nach der Lage der Dinge die stärkste Wirkung haben kann." (F. Wieser, Das Gesetz der Macht, Wien 1926, S. 499).

kann." (F. Wieser, Das Gesetz der Macht, Wien 1926, S. 499).

13 E. Streissler, Macht und ökonomisches Gesetz, in: Wirtschaftspolitische Blätter, 1967, S. 146.

¹⁴ Wir denken als Beispiel an die Kontrahenten auf dem Arbeitsmarkt oder an Rohwarenabkommen, dann aber auch an die monetäre Restriktion der Zentralbank.

¹⁵ Vgl. für diese Zusammenhänge insbesondere M. Olson, Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968, A. Downs, Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968, und K. v. Beyme, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969.

daher die — gemäß Bruno Frey — erstmaligen Versuche von Rothenberg einerseits und Shubik anderseits, in einem Gesamtmodell das ökonomische System mit dem politischen System zu verknüpfen¹⁶.

III. Allgemeine Ansichten zum Inflationsproblem

Welches sind nun zunächst die wichtigsten Meinungen über das Inflationsproblem, die man getrost als herrschende internationale Doktrin bezeichnen kann? Es sind aus meiner Sicht ihrer drei, die wegen ihrer Banalität verblüffen mögen, aber verdienen, ernst genommen zu werden¹⁷.

Die erste allgemeine Erkenntnis läßt sich etwa so formulieren: Inflation gibt es heute, es hat sie aber schon immer gegeben, und wahrscheinlich wird es sie auch in Zukunft geben; dabei stellt sich nun allerdings die Frage, ob man anfügen darf: weil es sie geben muß¹⁸.

Das Phänomen des säkularen oder chronischen Anstiegs des Preisniveaus wirft im Lichte der Stolzmann/Böhm-Bawerk'schen Kontroverse die Frage auf, inwieweit die Inflation in die Nähe einer "unabänderlichen Naturgesetzlichkeit" gerückt werden kann. Ohne Zweifel steht die Inflation mit dem Wirtschaftswachstum und den Anstrengungen zur Auslastung des Produktionspotentials in einem engen Zusammenhang. Bislang hat sich die Forschung vornehmlich mit der Bedeutung der Inflation für das Wachstum befaßt¹⁹. Es drängt sich auf, hier das Interesse dem umgekehrten Zusammenhang zuzuwenden.

In Analogie zum "natürlichen" Zinssatz von Wicksell und dem an diesen angelehnten "natürlichen" Arbeitslosigkeitsgrad von Friedman bringen wir das Konzept einer "natürlichen" Inflationsrate in Vorschlag²⁰. Wie in den beiden anderen Fällen hat auch die Idee der Ausscheidung einer natürlichen aus der beobachteten Inflationsrate etwas

¹⁶ Vgl. J. Rothenberg, A Model of Economic and Political Decision Making, in: J. Margolis (editor), The Public Economy of Urban Communities, Washington D. C. and Baltimore 1965, und M. Shubik, A Two Party System, General Equilibrium and the Voters' Paradox, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 1968, S. 341 - 354, knapp dargestellt bei B. S. Frey, Die ökonomische Theorie der Politik oder die neue politische Ökonomie: Eine Übersicht, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1970, S. 17 ff.

¹⁷ Die entsprechende Anregung entstammt vor allem G. L. Bach, Inflation, A Study in Economics, Ethics and Politics, Providence 1958.

¹⁸ Zum langfristigen Verlauf der Inflation vgl. etwa G. Bombach, Trend, Zyklus und Entwicklung des Preisniveaus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1970. S. 256 - 276.

¹⁹ Vgl. etwa H. C. Wallich, H. Giersch, O. Pfleiderer, Wirtschaftswachstum durch Geldwertschwund?, Heidelberg 1971.

²⁰ Vgl. *M. Friedman*, Die optimale Geldmenge und andere Essays, München 1970, S. 144 f. (Hinweis bei *J. Tobin*, Inflation and Unemployment, in: American Economic Review, 1972, S. 5).

zu tun mit der analytischen Aufspaltung der Wirtschaft in einen realen und einen monetären Bereich. Gemäß unserem Inflationsverständnis fallen stochastische Anstiege des Preisniveaus wegen einer Angebotsverknappung etwa durch Mißernten, Streiks oder politische Wirren außer Betracht. In der "natürlichen" Inflationsrate möchten wir vielmehr das Spiegelbild der sich vergrößernden relativen Knappheit an Ressourcen oder Umwelt als Folge des Bevölkerungswachstums und dem, was daran hängt, sehen. Solange das volkswirtschaftliche Rechnungswesen den Ressourcenverzehr nicht einbezieht, hält es allerdings schwer, dieses Konzept in den Griff zu bekommen.

Unsere Idee einer "natürlichen" Inflationsrate darf zunächst nicht mit dem bereits erwähnten meßtechnisch bedingten, permanenten Anstieg im Niveau der Konsumentenpreise verwechselt werden²¹. Sie ist aber auch nicht verwandt mit der Vorstellung einer gewissen Inflationsrate, die als Preis für die Erreichung anderer wirtschaftspolitischer Ziele als jener der Geldwertstabilität in Kauf zu nehmen ist; auf dieses Problem werden wir sofort zurückkommen.

Die zweite herrschende Meinung zur Inflation lautet etwa so: Die Inflation fällt nicht vom Himmel, sondern wird von den Menschen veranstaltet; ob es Inflation gibt, hängt von der Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation ab. Die Inflation erscheint somit als vermeidbar.

Diese Auffassung teilen wir dem Grundsatz nach, jedoch eingedenk der Besonderheiten eines "natürlichen" und eines "statistischen" Inflationsanteils. Als "veränderbares Menschenwerk" ist die Inflation einer bedingten Wahl unterworfen, die von Gutheißung bis Ablehnung reichen kann.

Aus dem Kreise der im magischen Vier- oder Fünfeck der Stabilisierungspolitik steckenden Zielkonflikte — also zwischen den Zielen stetiges Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, stabiles Preisniveau, ausgeglichene Zahlungsbilanz und eventuell gerechte oder optimale Einkommensverteilung — hat das trade-off zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation bislang am meisten Beachtung gefunden²².

Die ursprüngliche Phillips-Kurve verbirgt als zweidimensionale Darstellung in ihrer Gestalt alle übrigen für die Beurteilung der wirt-

²¹ Vgl. S. 4; ferner vgl. W. Fellner and others, The Problem of Ricing Prices, OEEC, Paris 1961, S. 25 ff. und S. 91 ff.

²² Vgl. als jüngsten souveränen Beitrag die Präsidialadresse von J. Tobin, anläßlich der Jahrestagung 1971 der American Economic Association: Inflation and Unemployment, in: American Economic Review, 1972, S. 1 - 18. Vgl. ferner aus der reichen Literatur etwa: H. J. Ramser, Inflation und Beschäftigung: Der Beitrag der Phillips-Kurve, in: Kyklos, 1970, S. 473 - 500; S. Borner, Das Beschäftigungs-Inflationsdilemma: Eine theoretische Analyse der wirtschaftspolitischen Relevanz der Phillips-Kurve, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Juni 1971, S. 399 - 444.

schaftlichen Lage eines Landes relevanten Kriterien außer der Beschäftigungs- und Lohn / Preissituation. Von Klein und Bodkin ist der Versuch unternommen worden, die trade-offs unter drei Zielen — nämlich Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Wachstum — empirisch in den Griff zu bekommen²³. Aus europäischer Sicht muß jedoch gesagt werden, daß die Konsequenzen unterschiedlicher Beschäftigungs-Preisniveau-Konstellationen für den Stand der Zahlungsbilanz nicht minder wichtig sind. Für unser Thema ist schließlich die Verknüpfung alternativer Inflationsraten mit der vielgestaltigen Wohlstandsverteilung von vorrangiger Bedeutung²⁴.

Die dritte und letzte der generellen Ansichten zur säkularen Teuerung umreißt diese als äußerst komplexes, und zwar nicht nur wirtschaftliches, sondern auch soziales und politisches Phänomen²⁵.

Die Komplexität besteht einmal darin, daß die Inflation raum- und zeitgebunden ist. Dazu kommt, was wissenschaftlich schwieriger zu bewältigen ist, die kausale Verhaftung der Inflation in sozialen und politischen Strukturen, in welchen sich, wie in den ökonomischen Faktoren, die Macht manifestiert.

IV. Inflationshypothesen im weiteren Sinn

Für die Erklärung der als komplexes Menschenwerk zu etikettierenden säkularen Inflation möchten wir im folgenden zunächst fünf Hypothesen im weiteren Sinn zur Diskussion stellen, wie sie sich von der Praxis stabilisierungspolitischer Intervention her ergeben. Dabei wollen wir unser Augenmerk auf die Verbindung zu möglichen Machteinflüssen richten. In einem nächsten Schritt soll dann in den engeren Bereich der eigentlichen Inflationstheorie eingedrungen werden.

²³ Vgl. L. R. Klein and R. G. Bodkin, Empirical Aspects of the Trade-Offs among three Goals: High Level Employment, Price Stability, and Economic Growth, in: Inflation, Growth, and Employment, edited by the Commission on Money and Credit, Englewood Cliffs 1964, S. 367 ff. In ähnliche Richtung geht im gleichen Band die Studie von T. and A. Scitovsky, Inflation versus Unemployment: An Examination of their Effects, S. 429 ff. Vgl. ferner noch weitergehend A. E. Ott, Magische Vielecke, in: Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung, herausgegeben von A. E. Ott, Tübingen 1967, S. 93 ff.

²⁴ Es ist gerechtfertigt hier beizufügen, daß Joan Robinson vor kurzem das Fehlen einer Verteilungstheorie nach dem seinerzeitigen Fehlen einer Beschäftigungstheorie als zweite Krise der Wirtschaftstheorie in unserem Jahrhundert geißelte, wobei sie unter Verteilung richtigerweise auch den Allokationsmechanismus versteht. (Vgl. J. Robinson, The second Crisis of Economic Theory, in: American Economic Review, Papers and Proceedings, 1972, insbesondere S. 8 f.).

²⁵ So etwa schon A. J. Brown, The Great Inflation, 1939 - 1951, London 1955, S. 17: "Though it may be possible to give a generally valid formal description of what constitutes inflation, the causal mechanisms by which it happens are various and their roots may go deep into the market institutions and the social and political structures of the communities concerned."

Als erste Inflationshypothese im weiteren Sinn drängt sich jene einer unzulänglichen und stabilisierungspolitisch irreführenden Inflationstheorie auf. Trifft es noch heute zu, was Meade 1948 schrieb? Nämlich: "Unsere Hausaufgabe über die Deflation haben wir in den 30er Jahren erledigt, aber unglücklicherweise haben wir unsere Lektion über die Inflation noch nicht gelernt²⁶."

Jede Inflation weist historisch einmalige Elemente auf, da die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen dem Wandel unterworfen sind²⁷. Monistische Erklärungen halten wir aus diesem Grund mit Ackley als prinzipiell zum Scheitern verurteilt²⁸. Die empirische Wirtschaftsforschung muß deshalb in allen Ländern die Inflationstheorie immer wieder neu gewinnen. In der Schweiz ist die Inflationsforschung durch unzureichende Wirtschaftsinformation einerseits wie mangelnde finanzielle und personelle Ressourcen anderseits behindert. Daß beide Faktoren im Kontext politischer Macht verhaftet sind, darf nicht übersehen werden.

Die zweite Hypothese vermutet den Grund für das Anhalten von Inflation in einer mangelhaften Stabilisierungspolitik. "Inflationen sind und bleiben ein Zeichen für ein Versagen der Wirtschaftspolitik", meint etwa Scherf²⁹. Auch wenn der Wille zur Inflationsverhütung vorhanden ist und Instrumente bereitstehen, können entsprechende Maßnahmen in zeitlicher, qualitativer und quantitativer Hinsicht fehlerhaft konzipiert werden. Daß der Weg von der theoretischen zur praktischen Stabilisierungspolitik ein Kernstück der Machtproblematik um die Inflation darstellt, bedarf wohl keiner weiteren Begründung.

Es wäre natürlich vermessen, bei dieser Hypothese die Schwierigkeiten außer acht zu lassen, die sich mit der Prognose der Konjunkturentwicklung und der Simulation der Politik verbinden. Die darüber unter dem Schlagworttitel "rules versus authorities" geführte Kontro-

²⁶ J. E. Meade, Planung und Preismechanismus. Die liberal-soziale Lösung, (Übersetzung von G. Bombach), Bern und Tübingen 1951, S. 13.

²⁷ Die Inflationstheorie muß eine solche Flexibilität aufweisen, daß sie die wechselnde Konstellation der das Preisniveau bestimmenden Faktoren zu erfassen und herauszustellen vermag. Die Theorie, welche für den jüngsten Inflationsschub in den USA gültig ist, vermag nicht ohne weiteres auch für die aktuelle Teuerungswelle in der Schweiz die wahre Erklärung zu bieten. Und die zutreffende Inflationstheorie für die Schweiz in den fünfziger Jahren dürfte dafür ebenfalls unzulänglich sein. — Als Beispiel für eine gravierende institutionelle Änderung in der Schweiz kann der "Fremdarbeiterstop" ab 1963/64 genannt werden.

²⁸ Vgl. G. Ackley, Stemming World Inflation, Paris 1971, S. 56: "..., each inflation may embody the elements of a unique historical experience". — "... simple monistic theories of the causation of inflations — ... — are wrong or seriously incomplete".

²⁹ H. Scherf, Wer ist für die Inflation verantwortlich?, in: Evangelische Kommentare, 1971, S. 696.

verse ist keineswegs abgeschlossen³⁰. Auch geht die Auseinandersetzung zwischen Fiskalisten und Monetaristen weiter, um so mehr als sich vornehmlich in Europa erfreulicherweise die "Wechselkursisten" in die Diskussion einschalten³¹. Für alle diese Probleme liefern auf die Bundesrepublik bezogen die Jahresgutachten des Sachverständigenrates reiches Anschauungsmaterial³².

In Ausrichtung auf die von uns favorisierte Gruppenkampf-Theorie der Inflation bietet sich eine dritte Hypothese an, allerdings in zwei Varianten. Zunächst ist die Frage aufzuwerfen, ob die Inflation dadurch zustande kommt, daß jene Gruppen, die eine allgemeine Preissteigerung wegen erwarteten Vorteilen anstreben, über mehr Macht verfügen als jene Gruppen, die in Befürchtung von Nachteilen die Geldentwertung vermeiden wollen³³. Dann kann die Inflation aber auch als schicksalhaftes Ergebnis eines bestimmten Zusammenwirkens von Einzelnen und Gruppen aufgefaßt werden, wobei diese in ihren Aktivitäten in Wirtschaft und Politik zwar die Inflation als Ziel nicht direkt verfolgen, die Summierung ihres Verhaltens aber Inflation bewirkt³⁴. Diese beiden Hypothesen-Varianten können in der Konstellation vereinigt gesehen werden, die man gemeinhin als "Inflationsmentalität" bezeichnet³⁵. In der Theorie geht es dabei um die Probleme der Preisantizipation und der Geldillusion.

Die Einführung von mehr oder weniger automatischen Mechanismen der Einkommens- und Vermögensanpassung an die Geldentwertung

³⁰ Vgl. etwa H. R. Williams and H. W. Woudenberg (editors), Money, Banking and Monetary Policy, New York/London 1970. Ferner A. M. Okun, Fiscal-Monetary Activism: Some Analytical Issues, in: Brookings Papers on Economic Activity, 1972, S. 123 ff., mit den zugehörigen Diskussionsbeiträgen; wichtig erscheint daraus die Bemerkung von D. I. Fand, (S. 164/5: "Ultimately the implementation strategies associated with monetarism and fiscalism will, I believe, tend to converge more and more, so that a monetarist-fiscalist substantive dichotomy will coincide less and less with an activist-guideline tactical dichotomy."

³¹ Vgl. etwa M. Friedman and W. W. Heller, Monetary vs. Fiscal Policy, New York 1969; H. Sieber, Inflationsbekämpfung und Wechselkurspolitik, in: Wirtschaft und Recht, 1965, S. 251 - 267; N. Kloten, Internationale Stabilität und nationales Wirtschaftswachstum, in: Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung, herausgegeben von A. E. Ott, Tübingen 1967, S. 72 ff.

³² Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1964/65 ff., Stuttgart und Mainz 1965 ff.

³³ Hayek meint: "Die Gefahr, daß die Inflation fortdauern wird, liegt nicht so sehr an der Stärke ihrer Befürworter, als an der Schwäche ihrer Gegner." (F. A. v. Hayek, Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971, S. 423/4).

³⁴ Zu dieser komplexen Problematik verdanken wir Christian Watrin den Hinweis auf: J. W. N. Watkins, Entscheidung und Überzeugung, in: Werturteilsstreit, herausgegeben von H. Albert und E. Topitsch, Darmstadt 1971, S. 305 - 333.

 $^{^{35}}$ Vgl. etwa *R. V. Roosa*, Controlling Inflation and the Inflationary Mentality, in: Journal of Finance, 1970, S. 233 - 241.

verändert die Bilanz der Inflationsinteressen³⁶. Vor einigen Jahren hat Jöhr mit der Vision, das Inflationsproblem könnte mit der zunehmenden Verwendung von Preisindexklauseln von der Traktandenliste der Wirtschaftspolitik verschwinden, Aufsehen erregt³⁷.

Aus der Literatur zum Inflationsproblem sticht als vierte noch eine Hypothese heraus, die Elemente der dargelegten zweiten und dritten vereinigt. Hayek behauptet kurzerhand: "Überall und zu allen Zeiten waren die Regierungen die Hauptursache der Geldentwertung³⁸." Nicht minder prägnant hat Röpke die "Leiter der Währungspolitik —...—d. h. in unserer Zeit die verantwortlichen Männer der Regierungen und Zentralbanken" für die Inflation als schuldig erklärt³⁹. Die modernen Monetaristen pflegen die Verantwortung für den Geldwert noch eindeutiger bei den Notenbankleitungen zu sehen, und gelegentlich wird sogar das Zentralbanksystem der USA zum Alleinschuldigen an der weltweiten Inflation gestempelt⁴⁰.

Die Schuldvermutung bei den Regierungen orientiert sich nicht nur an deren geld- und währungspolitischen Verantwortung, sondern auch an deren Handhabung der Finanzpolitik; in dieser Hinsicht sind jedoch die Parlamente als Bewahrer oder Zerstörer des Geldwertes mitangesprochen⁴¹.

Die fünfte und letzte Inflationshypothese im weiteren Sinn gehört in den Bereich der Ordnungspolitik. Sie besteht in der Ansicht, die Inflation sei das Ergebnis von Konstruktionsfehlern im Wirtschaftssystem. Auf die Schweiz bezogen können diese vor allem in der rechtlich weitgehend unbeschränkten Zulässigkeit von Vereinbarungen zur Bildung kollektiver Macht oder von Handlungen zum Aufbau individueller

³⁶ In der Schweiz bestehen solche Regelungen für die Landwirte, die Rentner der Sozialversicherung, das Staatspersonal und andere Teile der Unselbständigerwerbenden.

³⁷ Vgl. W. A. Jöhr, Gedanken über die Wirtschaft in hundert Jahren, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1964, S. 396. — Vgl. zur Kontroverse H. Sieber, Lösung des Inflationsproblems durch Indexierung?, in: Wirtschaft und Recht, 1966, S. 137 - 158.

³⁸ F. A. v. Hayek, Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971, S. 413.

³⁹ W. Röpke, Der Kampf gegen die Inflation unserer Zeit, in: Inflation und Weltwährungsordnung, herausgegeben von A. Hunold, Erlenbach - Zürich 1963, S. 21.

⁴⁰ Vgl. S. Brittan, What's Really Wrong with Rising Prices, in: Financial Times, 17. August 1972, S. 19. — Vgl. ferner zu dieser Diskussion im allgemeinen M. W. Holtrop, The Relative Responsibilities of Governments and Central Banks in Controlling Aggregate Demand, in: Inflation, edited by D. C. Hague, London 1962, S. 198 - 217.

⁴¹ Bezüglich der Bundesrepublik ist in diesem Zusammenhang auf die Kontroverse zwischen Marxisten und Liberalen zu verweisen. Vgl. *H. Hinz*, Konjunktur und Herrschaft, Zur politisch-ökonomischen Analyse des Stabilitätsgesetzes, in: Konjunkturpolitik, 1967, S. 288 - 330, und W. *Meyer*, Personen und Institutionen zur Analyse der ökonomischen Krisenerscheinungen in der Bundesrepublik, in: ORDO, 1968, S. 99 - 157.

Marktstärke gesehen werden. Dazu kommen inflationsrelevante Systemfehler in der Geldverfassung. Diese ordnungspolitische Hypothese wird durch die gegenwärtigen Anstrengungen der schweizerischen Regierung, die Verfassungsgrundlage für eine Stabilitätsgesetzgebung zu schaffen, indirekt bestätigt. Ob die Interessen- und Machtkonstellation von heute und morgen die Erhaltung des Geldwertes tatsächlich erlauben wird, ist eine offene Frage⁴².

Im Rückblick auf alle diese fünf vorgetragenen Inflationshypothesen im weiteren Sinn ist generell noch zu bemerken, daß sie mehr oder weniger intensiv miteinander verflochten sind und nur unter gewissen Restriktionen formal getrennt behandelt werden können. Dies gilt es auch zu beachten, wenn wir uns nun den Inflationshypothesen im engeren Sinn zuwenden, nämlich den Varianten im Bereich der eigentlichen Inflationstheorie.

V. Inflationshypothesen im engeren Sinn

Es mag zum guten Ton gehören, vorweg die Unmöglichkeit zu beklagen, im folgenden das gewaltige internationale Schrifttum zum Inflationsproblem völlig einzufangen⁴³. Um aus der Not eine Tugend zu machen, greifen wir aus dem großen Angebot an Inflationstheorien vornehmlich jene heraus, die wir zur Formung unserer eigenen Inflationshypothese brauchen. Diese wird eine durch den Filter der schweizerischen Realität gepreßte Theorienmischung darstellen.

Die herrschende Gliederung der Inflationsformen folgt dem Kriterium des Inflationsimpulses. Entsprechend werden die kursierenden Inflationstheorien im allgemeinen folgenden drei Haupttypen zugewiesen: Nachfragesog-, Kostendruck- und Geldvermehrungshypothese⁴⁴.

⁴² Im sogenannten Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf eines neuen Verfassungsartikels für die Konjunkturpolitik sind im Frühjahr 1972 die Stellungnahmen der Kantone, Wirtschaftsverbände und politischen Parteien einverlangt worden. Vgl. Mitteilungsblatt des Delegierten für Konjunkturfragen, Sonderheft, Juni 1972.

⁴³ Vgl. an neueren allgemeinen Übersichten zur Inflationstheorie: P. Biacabe, Analyses contemporaines de l'inflation, Paris 1962; A. J. Hagger, The Theory of Inflation. A Review, London / New York 1964; M. Bronfenbrenner and F. D. Holzman, A Survey of Inflation Theory, in: Surveys of Economic Theory, Vol. I, London 1965, S. 46 - 107; K. K. F. Zawadzki, The Economics of Inflationary Processes, London 1965; H. G. Johnson, Essays in Monetary Economics, London 1967, S. 104 - 142 (A Survey of Theories of Inflation); H. Scherf, Untersuchungen zur Theorie der Inflation, Tübingen 1967; R. J. Ball and P. Doyle, (editors), Inflation, Selected Readings, London 1969; vgl. ferner für die Literatur von 1968 - 1971: OCDE, Bibliographie spécialisée analytique, L'inflation, Vol. I, Paris 1972.

⁴⁴ Die Eigenständigkeit der Geldvermehrungshypothese wird teilweise bestritten. So verbindet sie Woll mit der Nachfragesoghypothese und stellt den entsprechenden monetären die nichtmonetären Inflationstheorien gegen-

Feinere Unterscheidungen führen zu diesen drei Arten zurück; so kann etwa der für die Schweiz wichtige Fall der importierten Inflation in Varianten jedem Haupttyp entsprechen^{45, 46}.

Wir meinen nun, daß im schweizerischen Wirtschaftssystem mit bedeutender staatlicher Aktivität und hoher Auslandverflechtung alle drei Grundhypothesen ihre Bedeutung haben, ihnen aber zur Erklärung der säkularen Inflation sich laufend änderndes Gewicht zukommt. Wir bevorzugen deshalb einen allgemeineren Ansatz für die Inflationserklärung, der zugleich dem Machtproblem deutlich zugewandt ist.

1. Unsere Präferenzhypothese: Gruppenkampf um die Wohlstandsverteilung

Die Inflation bildet für uns — wie bereits angedeutet — das Ergebnis eines differenzierten Kampfes von Personen und Gruppen um die Wohlstandsverteilung. Wir lehnen uns damit an Zawadzki's Darstellung des Inflationsprozesses an, die auf die Inflationsdefinition Turvey's von 1951 abgestützt ist, wonach allgemeine Preissteigerung aus dem Versuch entsteht, das reale Gesamteinkommen und die reale Gesamtausgabe auf einem Niveau zu halten, das physisch unmöglich ist47. Zawadzki fügt aber bei, daß dieser Versuch sich in der Auseinandersetzung zwischen sozialen Gruppen oder wirtschaftlichen Einheiten vollziehe, die Machtausübung bedinge⁴⁸. Er hat dabei die Vorstellungen von Duesenberry über die Inflationsmechanik wie die These von Holzman mitberücksichtigt, wonach der Inflationsprozeß sein dynamisches

⁴⁵ Wir sehen folgende Varianten: a) Leistungsbilanzüberschuß bedeutet tendenziell Nachfragesog, b) Kostendruck entsteht aus direktem Preiszusammenhang, c) Devisenzustrom führt zur Geldvermehrung.

über. Vgl. A. Woll, Inflationstheoretische Begründung der konzertierten Einkommenspolitik, in: Konzertierte Aktion, Kritische Beiträge zu einem Experiment, herausgegeben von E. Hoppmann, Frankfurt 1971, S. 123 f.

⁴⁶ Dennoch kann man sich Streissler anschließen, der in seinem Vorwort zu den ökonometrischen Untersuchungen von Richter festgehalten hat, "daß die makroökonomische Trias der Inflationserklärungen ... noch keineswegs hinreichend zur Erkenntnis der Ursachen von Preisniveauveränderungen ist". Vgl. P. Richter, Ökonometrische Untersuchungen zum Inflationsproblem unter besonderer Berücksichtigung von Deutschland und Österreich, Stuttgart 1967, S. V f.

⁴⁷ Vgl. K. K. F. Zawadzki, The Economics of Inflationary Processes, London 1965, S. 20 ff., und R. Turvey, Some Aspects of the Theory of Inflation in a Closed Economy, in: Economic Journal, 1951, S. 534/5: "Hence we can say that inflation is the process resulting from competition in attempting to maintain total real income, total real expenditure and/or total output at a level which has become physically impossible or in attempting to increase any of them to a level which is physically impossible."

48 Vgl. K. F. Zawadzki, The Economics of Inflationary Processes, Lon-

don 1965, S. 24.

Element aus dem Widerstand von Gruppen gegen eine Verminderung ihres Realeinkommens erhalte⁴⁹.

Die Gruppenkampf-Idee hat aber neben dem angelsächsischen noch einen französischen und einen skandinavischen Ursprung. Im Jahre 1950 hat Aujac unabhängig praktisch dieselbe Inflationshypothese wie Holzman aufgebracht, wobei er allerdings — was im Rückblick auf die Böhm-Bawerk / Stolzmann'sche Kontroverse interessant ist — den monetären Aspekt der Inflation als die Folge des sozialen Aspekts begriff; zudem sah Aujac die Gruppeneffizienz in Abhängigkeit von wirtschaftlicher, rechtlicher oder politischer Macht⁵⁰. Bereits 1951 präsentierte Nyblén in Kenntnis der Arbeiten von Aujac wie Holzman den Versuch einer "soziologischen" Theorie der Inflation, und zwar in der Form des Modells eines Gruppenkampfes um die Einkommensverteilung zwischen Arbeitern, Unternehmern, Bauern und Rentnern⁵¹.

Die Formulierung einer Gruppenkampfhypothese zur Erklärung der Inflation dürfte Ende der vierziger Jahre in der Luft gelegen haben, nachdem einerseits das Partialproblem des Lohn-Preis-Zusammenhangs im Blick auf die Gewerkschaften und anderseits die Praxis der Preisfestsetzung durch Oligopolisten schon viele Bearbeiter gefunden hatte⁵².

Einen weiteren Beitrag zur Gruppenkampf-Hypothese hat 1960 Åkerman geliefert, indem er ein einfaches Makromodell auf die institutionellen Entscheidungseinheiten des Wirtschaftsprozesses ausrichtete; wichtig erscheint uns dabei, daß er den Staat in den Komponenten Finanzdepartement einerseits und Zentralbank anderseits herausstellte⁵³.

⁴⁹ Vgl. *J. Duesenberry*, The Mechanics of Inflation, in: Review of Economics and Statistics, 1950, S. 144 - 149; *F. D. Holzman*, Income Determination in Open Inflation, in: Review of Economics and Statistics, 1950, S. 150.

⁵⁰ Vgl. H. Aujac, Une hypothèse de travail: L'Inflation, conséquence monétaire du comportement des groupes sociaux, in: Economie appliquée, 1950, S. 280 - 300; in englischer Übersetzung erschien der Aufsatz von H. Aujac, unter dem Titel "Inflation as the Monetary Consequence of the Behaviour of Social Groups: A Working Hypothesis, in: International Economic Papers, No. 4, 1954, S. 109 - 123.

⁵¹ Vgl. G. Nyblén, The Problem of Summation in Economic Science, Lund 1951, S. 191: "The core of inflationary phenomena is in our view a distribution struggle between the big social groups within a country and/or between several countries, consisting of attemps by one or more units to increase their relative shares of the total income, i. e. to improve their relative income position, followed by reactions of other units, and with a result as to the distribution of income depending on the power of the various units."

⁵² Vgl. etwa die Gesamtdarstellungen von W. G. Bowen, The Wage-Price Issue, A Theoretical Analysis, Princeton 1960, und R. G. Bodkin, The Wage-Price-Productivity Nexus, Philadelphia 1966; ferner A. D. Smith (editor), The Labour Market Inflation, New York 1968.

⁵⁸ Vgl. J. Åkerman, An Institutional Approach to the Problem of Inflation, in: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft, herausgegeben von G. Bombach, Tübingen 1960, S. 1 - 16.

Das gleichzeitige Auftreten wachsender Arbeitslosigkeit und zunehmender Teuerung in den Vereinigten Staaten wie auch in Großbritannien hat der Diskussion um den Kampf- und Machtansatz in den letzten Jahren neuen Auftrieb gegeben. Spezielle Wortschöpfungen wie "Neue Inflation" oder "Stagflation" wollen diese Situation kennzeichnen⁵⁴.

Wenn wir vom Gruppenkampf um die Wohlstandsverteilung sprechen, dann wollen damit verschiedene Strukturen des Wohlstands gemeint sein. Im Vordergrund stehen die Einkommensverteilung und die zugehörige Vermögensverteilung. Nicht minder wichtig ist aber die Produkte- oder die Wertschöpfungsstruktur, wobei sich das Verhältnis von individuellen zu kollektiven Gütern als besonderes Problem ausnimmt. Im weiteren geht es um die räumliche Verteilung des Wohlstands, und zwar einerseits um die interregionale wie anderseits um die internationale.

Zu beachten ist ferner der Tatbestand, daß im privaten Sektor der Wirtschaft sich der Verteilungskampf über Märkte, im öffentlichen Sektor jedoch über Abstimmungen im Volk oder Parlament vollzieht. Im außenwirtschaftlichen Bereich werden schließlich noch Entscheidungen supranationaler Institutionen wirksam.

Zur Inflation führt nun der vielgestaltige Kampf um die Wohlstandsverteilung sich teilweise überlagernder Interessengruppen, wenn die sich aus der relativen Ressourcenknappheit zwingend ergebenden Konflikte real nicht ausgetragen werden müssen, sondern durch Geld- und Kreditalimentierung überspielt werden können⁵⁵. Die Erhöhung der Geldmenge oder Verminderung der Kassahaltung erlaubt, die Lösung des realen Konflikts scheinbar lediglich mit Zinskosten belastet zu vertagen. Im Grunde genommen wird damit aber die Schlichtung des Konflikts dem mehr oder weniger anonymen Inflationsprozeß überantwortet, und auch die Zinslast wird real letztlich über den Inflationsmechanismus verteilt⁵⁶.

⁵⁴ Vgl. z. B. G. Burck, Union Power and the New Inflation, in: Fortune, February 1971, S. 65 ff.; H.-J. Schmahl, Stagflation — Ursachen und Konsequenzen, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1972.

⁵⁵ Dieser Gedanke findet sich auch bei K. Mackscheidt, Zur Bewertung der Ziele "Preisniveaustabilität" und "Vollbeschäftigung" im Rahmen der Tradeoff-Analyse, in: Wirtschaftspolitische Chronik, 1972, S. 46 in folgendem Schlußsatz: "Zu den Kosten der Geldentwertung zählt … auch eine qualitative Komponente: die notwendigerweise trügerische Hoffnung der gesellschaftlichen Gruppen, einen Konflikt ausgetragen zu haben, der in Wirklichkeit nicht ausgetragen ist."

⁵⁶ Zum Problem der Inflationsantizipierung in Verbindung mit der Zinssatzfrage vgl. etwa *M. Friedman*, Die optimale Geldmenge und andere Essays, München 1970, S. 68; *G. Bombach*, Zins und wirtschaftliches Wachstum, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1966, S. 224; *J. Niehans*, Die Anpassung des Darlehenszinses an die Inflation in einer wachsenden Wirtschaft, in: Kyklos, 1970, S. 58 - 63.

Der differenzierte, zu einem Anstieg des Preisniveaus führende Prozeß der Verteuerung von Gütern und Dienstleistungen bringt die Gruppenpläne der Wohlstandsverteilung in Übereinstimmung mit den gesamten realen Möglichkeiten⁵⁷. Deshalb bezeichnet Bronfenbrenner die Inflation als "social mollifier", d. h. als Besänftiger von Klassen- oder Gruppenkonflikten im marktwirtschaftlichen System⁵⁸. Die Korrekturen übersetzter Ansprüche an das Sozialprodukt durch Preissteigerungen erscheinen als Zwangssparen oder Besteuerung; Giersch spricht von einer Entmachtung der Konsumenten, und analog wäre von der Entmachtung der Unternehmer oder der Parlamente zu reden⁵⁹.

Die Pointe dieses Prozesses muß notwendigerweise in der Funktion des Geldes gesehen werden, das in seinen heutigen Formen, was seine Schaffung anbetrifft, praktisch keine Ressourcen bindet. Die Einführung der Sonderziehungsrechte durch den Internationalen Währungsfonds akzentuiert diesen Tatbestand in die einzelnen Volkswirtschaften übergreifender Weise. Das Geld ist unter dem Inflationsaspekt jene wunderbare Erfindung des Menschen, die ihm erlaubt, reale Zuteilungs- und Verteilungsentscheidungen scheinbar zu vertagen. Dieser Kollektivbetrug geht für gewisse Gruppen erfolgreich aus, während er sich für andere Gruppen als Selbstbetrug entpuppt. Die Betonung des Gruppenkampfes darf aber nicht über die kaum minder wichtigen Probleme der Wohlstandsverteilung innerhalb der Gruppen hinwegtäuschen.

2. Herrschende Inflationserklärungen im Lichte des Machtansatzes

Unsere grundsätzliche Interpretation der Inflation soll nun noch anhand der erwähnten Trias der Inflationserklärungen skizzenhaft konkretisiert werden.

Wir beginnen mit der Nachfragesog-Hypothese. Für die Schweiz verdient gemäß den Nachkriegserfahrungen vor allem die Exportnachfrage Beachtung⁶⁰. Der Konflikt zwischen Ausland- und Inlandnachfrage wurde von der Regierung unter dem Druck der Export- und Fremdenverkehrsindustrie sowie der Banken zur Beilegung dem Me-

⁵⁷ Vgl. K. K. F. Zawadzki, The Economics of Inflationary Processes, London 1965, S. 40 und 79 ff.

⁵⁸ Vgl. *M. Bronfenbrenner*, Some Neglected Implications of Secular Inflation, in: Post-Keynesian Economics, edited by K. K. Kurihara, London 1955, S. 35.

⁵⁹ Vgl. H. Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik — Grundlagen —, Wiesbaden 1961, S. 196.

⁶⁰ Vgl. M. Flury und K. Schiltknecht, Die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft, in: Arbeitgeberpolitik in der Nachkriegszeit, 1948 - 1967, herausgegeben vom Zentralverband der schweizerischen Arbeitgeber-Organisationen, Zürich 1968, S. 39 - 78.

chanismus der Anpassungsinflation überlassen. Erst im Mai 1971 kam es zu einer leichten Aufwertung des Schweizerfrankens, wobei eher die damalige internationale Währungskrise als der Einfluß von Interessengruppen der Binnenwirtschaft dazu den Anlaß gegeben hat⁶¹.

Deutlich sichtbar ist die Konfliktverdrängung auch bei den öffentlichen Haushalten. Die Kantone und Gemeinden tendieren, ihre Ausgabenexpansion zwecks Niedrighaltung der Steuerbelastung durch Mehrverschuldung zu finanzieren. Einerseits wollen sie damit das Steuersubstrat oder die abwanderungsfähigen Steuerzahler schonen, und anderseits beabsichtigen sie, die Infrastrukturkosten teilweise auf die kommenden Generationen zu verlagern. Da die Beteiligung künftiger Generationen am gegenwärtigen Aufwand der öffentlichen Hand nur monetär möglich ist, bedeutet dies unter der Bedingung eines Gesamtnachfrageüberhangs, daß mit der Kreditfinanzierung die Verteilung der Reallast dem anonymen Inflationsmechanismus überlassen bleibt⁶².

Im Bereiche der privaten Investitionen liefert die schweizerische Bauwirtschaft ein Beispiel für den Einfluß von Machtpositionen auf die Wertschöpfungsstruktur, indem bei zyklischen Kapitalverknappungen die geplanten Industriebauten ausgeführt, Wohnbauten dagegen zurückgestellt werden⁶³. Unter dem politischen Druck der Mieter mußten in den letzten Jahren Maßnahmen zur kapitalmäßigen Sicherstellung des Wohnungsbaus getroffen werden⁶⁴.

Neben Ausfuhr, Staatsausgaben und Investitionen bildet der private Verbrauch die noch verbleibende, aber zugleich größte Komponente der Gesamtnachfrage. Erfahrungsgemäß treten die Konsumenten als Gruppe kaum auf den Gütermärkten in Aktion — von sporadischen Demonstrationsstreiks abgesehen —, sondern verfolgen ihre Interessen eher mit dem Widerstand gegen Steuererhöhungen.

⁶¹ Daß bei Anstieg des weltwirtschaftlichen Preisniveaus Aufwertung und Inflation teilweise Substitute sind, dürfte heute von den Inflationisten nur noch an die Adresse der Öffentlichkeit geleugnet werden, hat uns doch ein Unternehmer kürzlich mitgeteilt, die Inflation habe immerhin den Vorteil, der Schweiz eine weitere Aufwertung des Frankens zu ersparen.

⁶² Vgl. J. M. Ferguson (editor), Public Debt and Future Generations, Chapel Hill 1964; *H. Würgler*, Steuererhöhung oder Verschuldung, in: Berichte der Konjunkturforschungsstelle, Sonderbericht Nr. 119, Juni 1967.

⁶³ Vgl. K. Schiltknecht und P. Stopper, Die kurzfristigen Bestimmungsgründe der Wohnbautätigkeit, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1972, S. 21 - 31.

schaft und Statistik, 1972, S. 21 – 31.

64 Vgl. Wohnungsmarkt und Wohnungsmarktpolitik, Bericht der Eidg. Wohnbaukommission, Sonderheft 72 der "Volkswirtschaft", Bern 1963, S. 45 f., und Bundesgesetz über Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues, vom 19. März 1965. — In der Volksabstimmung vom 5. März 1972 wurde eine entsprechende Ergänzung der Bundesverfassung (Art. 34 sexies BV) gutgeheißen.

Das angestammte Gebiet der Machtdiskussion um die Inflation betreten wir, wenn wir uns nun den Kostendrucktheorien zuwenden. Hier beherrscht ohne Zweifel die Lohndruck-Hypothese die Szene, teilweise in Konkurrenz mit der Gewinn- und Zinsdruck-Hypothese, wogegen dem internationalen Preiszusammenhang über die Importe⁶⁵ und besonders dem Grundrenteneffekt eine Statistenrolle zukommt.

Im Gefolge der im Jahre 1970 in den USA wie in Großbritannien aufgetretenen Stagflation mit der Gleichzeitigkeit von Tariflohnerhöhungen und Arbeiterentlassungen hat sich die Neigung verstärkt, die Schuld für die Inflation den Gewerkschaften anzulasten^{66, 67}. Es muß beeindrucken, wie liberale Ökonomen der älteren Generation — es seien Haberler, Lutz und Robbins genannt — sich heute von der bislang verfochtenen Nachfragesog-Theorie lösen und zur Akzeptierung der Lohndruck-Hypothese bereitfinden⁶⁸. Auch die in letzter Zeit vor allem im Kreise der Brookings Institution in den USA geführte Diskussion um die Frage, ob sich die Phillips-Kurve in dem Sinne verschoben habe, daß für weniger Arbeitslosigkeit noch mehr Inflation in Kauf genommen werden müsse, ist mit der Vermutung sich durchsetzender Gewerkschaftsmacht verknüpft⁶⁹. Es bleibt abzuwarten, ob die empirische Forschung für die "neue" Inflation die Lohndruck-Hypothese wird zu

⁶⁵ Vgl. W. Stützel, Ist die schleichende Inflation durch monetäre Maßnahmen zu beeinflussen? Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 7, 1960, S. 10 - 41. Für die Diskussion über die Theorie des direkten internationalen Preiszusammenhangs vgl. etwa: H. Adebahr, Der direkte internationale Preiszusammenhang, Rückblick auf eine deutsche Diskussion, Zeitschrift für Wirtschaftsund Sozialwissenschaften, 6. Heft, 1972, S. 657 - 674.

⁶⁶ Wenn Löhne, Preise und Arbeitslosigkeit gleichzeitig steigen, nimmt Holzman an, daß die Löhne stärker hinaufgedrückt werden, als die Nachfrage zunimmt; damit ist für ihn ein Überwiegen des Kostendruck-Effekts gegeben. (Vgl. F. D. Holzman, Inflation: Cost-Push and Demand-Pull, in: American Economic Review, 1960, S. 21). Zu beachten bleibt dabei der axiomatische Charakter dieser makroökonomischen Modellsicht.

⁶⁷ Vgl. G. Burck, Union power and the New Inflation, in: Fortune, February 1971, S. 65 ff. Der Untertitel lautet: "What's new is that labor in the Western industrial nations goes right on pushing up costs even in slack economies. The solution will require a big change in public attitudes."

⁶⁸ Vgl. G. Haberler, Incomes Policy and Inflation: Some Further Reflections, in: American Economic Review, 1972, S. 238 f.; F. A. Lutz, Dilemma-situationen nationaler Antiinflationspolitik, in: 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Konzeption und Wirklichkeit, Stuttgart 1972, S. 275 ff.; L. Robbins, The Fall in the Value of Money, in: Financial Times, June 20, 1972.

⁶⁹ Vgl. Aufsätze und Diskussionsbeiträge in den ab 1970 erscheinenden "Brookings Papers on Economic Activity"; insbesondere R. J. Gordon, Inflation in Recession and Recovery, 1971, S. 105 - 158, und A. M. Okun, The Mirage of Steady Inflation, 1971, S. 485 - 498. Vgl. ferner G. Terborgh, The Inflation Dilemma, Washington D. C. 1969. Für die Situation in Großbritannien ist zu verweisen auf: H. G. Johnson and A. R. Nobay (editors), The Current Inflation. London 1971.

verifizieren vermögen⁷⁰. Jedenfalls meint Burton, daß sich trotz der jüngsten Untersuchungen von Holt und von Phelps noch keine reine Lohninflationstheorie abzeichne⁷¹.

Die schweizerische starke Inflation der siebziger Jahre ist von einem raschen Anstieg der Löhne begleitet worden, der nebst dem Teuerungsausgleich eine Reallohnverbesserung enthält, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgeht. Wenn uns nun Unternehmungsleiter gestehen, daß sie die schwersten Auseinandersetzungen um die Löhne nicht mit den Gewerkschaftsfunktionären, sondern mit ihren Personalchefs hätten, dann dürfte damit die Situation der nachfragebedingten "wage drift" gekennzeichnet sein. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch das scheinbar paradoxe Ergebnis einer Simulationsstudie von Jöhr und Huber einerseits sowie einer ökonometrischen Untersuchung von Rossi und Schiltknecht anderseits, wonach der immense Fremdarbeiterzuzug den Lohnauftrieb nicht gebremst hat⁷².

Auf die Gewinn- und Zinsdruckhypothese möchten wir unter deren Interpretation als Theorie der administrierten Preise zu sprechen kommen. Nun hat zwar diese Theorie viele Gesichter, aber für uns ist sie mit der Frage verbunden, inwieweit die über Marktmacht verfügenden Unternehmungen oder Unternehmungsgruppen ihre Produktepreise unter einer gewissen Kosten-plus-Gewinn-Regel autonom festlegen und zudem durch deren planmäßiges Hinaufsetzen Inflation bewirken.

Die von Means 1935 aufgebrachte und in den fünfziger Jahren stark diskutierte Hypothese der preisadministrierten Inflation hat in jüngster Zeit wieder zu neuen Kontroversen geführt⁷³. Belebend hat Gal-

⁷⁰ Nach Külp haben bislang empirische Untersuchungen keine eindeutigen Ergebnisse bezüglich des Einflusses der Gewerkschaften auf die Tariflöhne gezeitigt. (Vgl. *J. Werner*, *B. Külp*, Wachstumspolitik / Verteilungspolitik, Stuttgart 1971, S. 151).

⁷¹ Vgl. J. Burton, Wage Inflation, London 1972, S. 67.

⁷² Vgl. W. A. Jöhr und R. Huber, Die konjunkturellen Auswirkungen der Beanspruchung ausländischer Arbeitskräfte, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1968, S. 365 - 610, und 1969, S. 1 - 92; A. A. Rossi and R. L. Thomas, Inflation in the Post-war Swiss Economy — an Econometric Study of the Interaction between Immigration and the Labour Market, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1971, S. 761 - 790; A. A. Rossi und K. Schiltknecht, Übernachfrage und Lohnentwicklung in der Schweiz — Eine neue Hypothese, in: Kyklos, 1972, S. 239 - 253.

⁷³ Vgl. den journalistischen Überblick von G. Burck, The Myths and Realities of Corporate Pricing, in: Fortune, April 1972, S. 85 ff. Vor allem aber die beiden neuesten Gegenpositionen: G. J. Stigler and J. K. Kindahl, The Behavior of Industrial Prices, New York 1970, und die Stellungnahme des "Vaters" der Theorie administrierter Preise: G. C. Means, The Administered-Price Thesis Reconfirmed, in: American Economic Review, 1972, S. 292 - 306. Vgl. auch den vor Stigler-Kindahl'schen Versuch einer Falsifizierung der Means-Hypothese durch H. J. De Podwin and R. T. Selden, Business Pricing Policies and Inflation, in: Journal of Political Economy, 1963, S. 116 - 127. — Von Bedeutung für die ältere Diskussion ist vor allem:

braith mit seiner These gewirkt, daß die Unternehmungsplanung die Kontrolle der Preise und die Manipulation der Nachfrage geradezu erfordere⁷⁴. In ähnlicher Weise behauptet Levinson, daß die Tendenz der Unternehmungen zur Maximierung des Cash-flows — sogar über Preiserhöhungen bei Absatzrückgang — eine wesentliche Ursache der Inflation von heute bilde⁷⁵. Entscheidend ist dabei im Lichte der säkularen Inflation, wie Bombach schon vor Jahren betonte, "die zunehmende Erstarrung der Preise nach unten"⁷⁶.

In der Schweiz sind diese Zusammenhänge mangels hinreichender Information nur schwer durchschaubar. Die Preisfixierer dürften allerdings zahlreich und gewichtig sein⁷⁷. Im Blick auf den Konsumentenpreisindex sind vor allem zwei Fälle der Preisbildung noch besonders zu erwähnen, die mit Machtkonstellationen verknüpft sind: nämlich einerseits die weitgehend mit dem Hypothekarzins gekoppelten Mietpreise und anderseits die vom Staate festgelegten, kostenorientierten Agrarproduktepreise. Damit erhält die restriktive Geldpolitik über die Zinssteigerung sozusagen eine privat, bzw. öffentlich administrierte inflatorische Rückkoppelung⁷⁸.

Wie stellen wir uns schließlich zur dritten hauptsächlichen Inflationserklärung, nämlich zur monetären, charakterisiert als Geldvermehrungshypothese? So einleuchtend unter dem Machtaspekt der Gruppenkampfansatz bezüglich dem Allokationsprozeß einerseits und dem Verteilungsprozeß anderseits ist, so wenig geeignet mag er zur Erklärung der Geldversorgung erscheinen. Die Inflationstheorien vom Nach-

The Relationship of Prices to Economic Stability and Growth, Compendium of Papers Submitted by Panelists appearing before the Joint Economic Committee, Washington D. C., March 31, 1958.

⁷⁴ Vgl. J. K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München 1968, S. 202 ff.

⁷⁵ Vgl. *Ch. Levinson*, Capital, Inflation and the Multinationals, London 1971, insbesondere S. 17 - 26 und S. 160.

⁷⁶ G. Bombach, Ursachen der Nachkriegsinflation und Probleme der Inflationsbekämpfung, in: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft, herausgegeben von G. Bombach, Tübingen 1960, S. 199. — Vgl. H. Würgler, Zur Konjunkturdämpfung und Inflationsbekämpfung: wenig beachtete Aspekte einer Handvoll kontroverser Probleme, in: Kultur und Wirtschaft, Festschrift für Eugen Böhler, Zürich 1963, S. 417 ff.; jüngstens auch H. Arndt, Die wirtschaftliche Macht, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 8, August 1972, S. 438.

⁷⁷ Vgl. Veröffentlichungen der Schweizerischen Kartellkommission, 1966 und folgende Jahrgänge.

⁷⁸ Vgl. J. Niehans, Über die Wirkung der Zinspolitik auf die Güterpreise, in: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft, herausgegeben von G. Bombach, Tübingen 1960, S. 125 - 146; H. Würgler, Zur Konjunkturdämpfung und Inflationsbekämpfung: wenig beachtete Aspekte einer Handvoll kontroverser Probleme, in: Kultur und Wirtschaft, Festschrift für Eugen Böhler, Zürich 1963, S. 412 f.; G. Bombach, Zins und wirtschaftliches Wachstum, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1966, S. 218 f.; E. Dürr, Reform der Geldpolitik statt Konzertierter Aktion, in: Konzertierte Aktion, herausgegeben von E. Hoppmann, Frankfurt 1971, S. 141 ff.

fragesog- wie vom Kostendruck-Typ nehmen in der Regel ein elastisches Geldangebot an und ordnen den Banken teilweise mitsamt der Zentralbank eine passive Rolle zu, weshalb auch die Relevanz einer eigentlichen Geldvermehrungshypothese umstritten ist.

Die umfangreiche empirische Forschung zur Geldtheorie und Geldpolitik hat unter Führung von Friedman eine Renaissance der monetaristischen Inflationstheorie zustande gebracht⁷⁹. Soweit wir die Literatur zu überblicken vermögen, steht aber — abgesehen von Hinweisen etwa bei Claasen — eine systematische Untersuchung der aktiven Rolle des Bankensystems in der Erzeugung inflatorischer Prozesse noch aus⁸⁰. Jede Inflationstheorie muß eine blutleere Konstruktion bleiben, die nicht realistisch zu zeigen vermag, wie im Mikrobereich — schlicht ausgedrückt — mehr Geld zu höheren Preisen wird.

Die Forschung wird sich unseres Erachtens intensiver der Frage anzunehmen haben, ob die Geldschöpfungspotenz des Systems von Banken und "financial intermediaries" nicht eine aktive Inflationsquelle darstellt, insoweit die Banken unter der Zielsetzung der Maximierung von Gewinn oder anderen Verhaltensweisen bestrebt sind, eine möglichst große Menge Kredit abzusetzen. Die Geldanbieter arbeiten ohne Zweifel den Interessengruppen in die Hand, welche im Bereiche der Sozialproduktverwendung oder der Einkommensverteilung Konflikte zwar schaffen, deren Austragung aber mittels Geldvermehrung dem anonymen Inflationsmechanismus überantworten. Mit der Konvertibilität der Währungen akzentuiert sich unsere Fragestellung, indem der Prozeß der internationalen Inflationsübertragung nunmehr mit dem Problem der Marktmacht an den Devisenmärkten verknüpft ist, wo neben Banken auch multinationale "Nichtbanken-Konzerne" in Erscheinung treten. Im Blick auf die Konzipierung einer institutionellen Inflationstheorie erfordert auf die Schweiz bezogen ferner der Tatbestand Beachtung, daß die Banken kapital- und führungsmäßig stark mit der Industrie verflochten sind, was etwa in der Kreditverteilung manifest wird.

In besonderer Weise wird die Macht der Banken sichtbar, wenn sie sich als geschlossene Gruppe Maßnahmen der Notenbank zur Bekämpfung der Inflation entgegenstellen, wobei sich der Interessenstandpunkt oft in der Forderung nach gerechter Verteilung der Inflationsabwehropfer enthüllt, was nicht heißen soll, daß die Banken auf Inflation ausgehen. Diese Sicht der Dinge führt uns auf das ordnungspolitische

⁷⁹ Vgl. M. Friedman, Die Quantitätstheorie des Geldes: eine Neuformulierung, in: Die optimale Geldmenge und andere Essays, München 1970, S. 77 - 99; B. Ziese, Zur Neubegründung der Quantitätstheorie, Kieler Studien 111, Tübingen 1970.

⁸⁰ Vgl. E. M. Claassen, Problem der Geldtheorie, Berlin - Heidelberg - New York 1970, S. 197 ff.

Grundproblem der Geldverfassung für die Marktwirtschaft zurück, das nach Lutz darin besteht, die "qualitative Kreditkontrolle", ausgeübt durch konkurrierende Banken, von der Entscheidung über die "volkswirtschaftliche Geldversorgung" zu trennen⁸¹.

Die Bilanz, die sich nach grober Durchsicht des verfügbaren Angebots an Hypothesen im engeren Sinn zur Erklärung der Inflation ziehen läßt, kann nur in der Feststellung liegen, daß die Inflation das Ergebnis eines komplizierten Zusammenwirkens von Nachfragesog-, Kostendruck- und Geldexpansionselementen ist. Diese Inflationsimpulse ergeben sich jedoch aus einem nicht minder vielgestaltigen Kampf von Interessengruppen und Einzelnen um die Wohlstandsverteilung. Und die Bemühungen, sich vor der Inflation zu schützen, perpetuieren den Verteilungskampf und damit auch die Inflation.

VI. Schlußfolgerungen

Wenn wir zum Schluß von unserem Versuch einer pluralistischen sozial-ökonomischen Inflationserklärung auf die fünf vorgetragenen Inflationshypothesen im weiteren Sinn zurückblicken, die da waren: unzulängliche Theorie, fehlerhafte Stabilisierungspolitik, Übermacht der "Inflationisten", säumige Regierung und Zentralbank oder falsch konstruiertes Wirtschaftssystem, scheint uns auch diesbezüglich in allen mehr als nur ein Körnchen Wahrheit zu stecken.

Die Inflationsforschung muß daher fortan interdisziplinär weitergetrieben werden, wenn man ein Stabilisierungskonzept gewinnen will, das Erfolg verspricht⁸². Wir möchten daher die Forderung nach einer "Politischen Ökonomie", wie sie im deutschen Sprachbereich vor allem von Bruno Frey propagiert wird, mit Nachdruck unterstützen⁸³. Die Analyse des Machtkomplexes wird dabei eine hervorragende Aufgabe bilden müssen. Wir vermuten, daß der Zugang von der Untersuchung der Inflationseffekte her gefunden werden kann, indem sich von diesen

⁸¹ Vgl. F. A. Lutz, Das Grundproblem der Geldverfassung, in: Geld und Währung, Gesammelte Abhandlungen, Tübingen 1962, S. 31 f.

⁸² Vgl. K. W. Rothschild (editor), Power in Economics, Harmondsworth 1971, S. 11: "... interdisciplinary cooperation has up till now not been sufficiently developed so as to achieve the necessary combination of economic and non-economic factors in the interpretation of economic events". Auch Turvey hat kürzlich diese Forderung nach interdisziplinärer Forschung zur Bewältigung des Inflationsproblems erhoben. (R. Turvey, Some Features of Incomes Policy and Comments on the Current Inflation, in: The Current Inflation, edited by H. G. Johnson and A. R. Nobay, London 1971, S. 200: "So my view, quite frankly, is that not only can we not explain the present bump above the Phillips-curve, but that we shall remain incapable of doing so until we become multi-disciplinary.").

⁸³ Vgl. B. S. Frey, Polittheorie, Warum man Ökonomie und Politik nicht trennen kann, in: Wirtschaftswoche, Nr. 13, 30. März 1972.

Rückschlüsse auf die Interessenpositionen der sozialen Gruppen ziehen lassen⁸⁴. Auf die umfangreiche Literatur über die vielfältigen Wirkungen der Inflation einzutreten, hätte ein zweites Referat erfordert⁸⁵.

Nach Helmut Arndt liegt es in der Tradition der Gründer des Vereins für Socialpolitik, auch danach zu fragen, was man zur Lösung drückender volkswirtschaftlicher Probleme tun kann⁸⁶. Nun drängt es mich weniger, ein stabilisierungspolitisches Gesamtkonzept auszubreiten, als noch ein Wort zur Frage einer stabilitätskonformen Wirtschaftsordnung liberalen Zuschnitts zu sagen⁸⁷.

Wenn die Zeichen der Zeit nicht trügen, wird die Wirtschaftspolitik, die die Preisstabilität im Rahmen eines bestimmten Zielpolygons herbeiführen will, in der Schweiz wie in anderen Ländern ohne ordnungspolitische Reformen nicht auskommen. Der in den letzten Jahren beobachtbare Trend zur Einkommenspolitik, also zu mehr oder weniger direkten Kontrollen von Güter- und Faktorenpreisen, muß wohl als Ausweichen vor einem prinzipielleren Konflikt gewertet werden. Einkommenspolitik ist nur zum Teil eine Korrektur des Versagens von Geld- und Finanzpolitik oder ein Feigenblatt für den Zehnerclub, sie ist vielmehr die Antwort auf Konstruktionsfehler im marktwirtschaftlichen System. Bronfenbrenner dürfte das Gleichnis geglückt sein, wenn er Einkommens- und Preiskontrollen als "Phönix" der Marktwirtschaft bezeichnet; denn nur wenn diese Kontrollen nicht neu geschaffen, brauchen sie auch nicht mehr verbrannt zu werden⁸⁸. "Sozialpartnergespräche" oder "Konzertierte Aktionen" tragen zwar zur Bewußtmachung der Verteilungskonflikte bei und verlagern den Gruppenkampf sozusagen an den grünen Tisch, sind aber als Synthese von Markt- und Verwaltungswirtschaft wohl fragwürdig89.

⁸⁴ Als Beispiel mag folgendes dienen: In der Frage Inflation oder Aufwertung muß die interessengebundene Antwort unterschiedlich ausfallen, je nachdem ob jemand Vermögenswerte in in- oder ausländischen Wertpapieren angelegt hält.

⁸⁵ Vgl. etwa R. Hauser, Vermögensumverteilung bei schleichender Inflation, Kallmünz Opf. 1969; M. Ziercke, Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, Göttingen 1970; H. G. Koblitz, Einkommensverteilung und Inflation in kurzfristiger Analyse, Berlin / New York 1971.

⁸⁶ Vgl. *H. Arndt*, Die wirtschaftliche Macht, Überlegungen anläßlich der 100jährigen Wiederkehr der Eisenacher Tagung, in: Wirtschaftsdienst, Heft 8, August 1972, S. 429 ff.

⁸⁷ Vgl. Kommission für Konjunkturfragen (Präsident H. Würgler), Ziele, Mittel und Träger der Konjunkturpolitik, Sonderheft Nr. 83 der "Volkswirtschaft", Bern 1972.

⁸⁸ Vgl. *M. Bronfenbrenner*, Income Distribution Theory, Chicago/New York 1971, S. 446.

⁸⁹ Vgl. dazu als wichtigste Gesamtdarstellungen: G. P. Shultz and R. Z. Aliber (editors), Guidelines, Informal Controls, and the Market Place, Policy Choices in a Full Employment Economy, Chicago/London 1966; E. Hoppmann (Herausgeber), Konzentrierte Aktion, Kritische Beiträge zu einem Experiment, Frankfurt a. M. 1971.

Die Beachtung des Machtproblems im Inflationsprozeß lehrt uns, daß die Machtverteilung in verschiedenen westlichen Volkswirtschaften offenbar einer Umverteilung bedarf. Es kann dabei keine Frage sein, daß private Macht wirtschaftlicher Einzel- und Kollektivgebilde eingedämmt werden muß, wenn auch selbstverständlich eine machtfreie Wirtschaft nicht möglich ist90. Versuche, Verletzungen der Geldwertstabilität durch Einzelne oder Gruppen sozusagen marktwirtschaftlich über Steuern oder andere Kosten zu verhindern, denen etwa Watrin zuneigt, halten wir für ineffizient⁹¹. Wir denken vielmehr an Änderungen der Rechtsordnung, welche Einzelne und Gruppen am Stabilitätsziel orientierten Spielregeln unterwerfen, ohne daß damit die Preisund Einkommensstrukturen eingefroren werden. In diesem Sinne wäre die für die Gütermärkte konzipierte Wettbewerbsordnung prinzipiell auf die Faktorenmärkte auszudehnen. Für die Schweiz würde dies bedeuten, daß in privatrechtlicher Hinsicht der "mögliche Wettbewerb" gewährleistet sein muß und öffentlichrechtlich gesehen von Kartellen, kartellähnlichen Organisationen sowie marktmächtigen Unternehmungen keine "volkswirtschaftlich oder sozial schädlichen Wirkungen" ausgehen dürfen⁹². Es ist unseres Erachtens nicht einzusehen, weshalb die Arbeits-, Kapital- und Bodenmärkte diesen Begrenzungen des Handelns der Wirtschaftssubjekte nicht unterworfen sein sollten⁹³. Gleichzeitig wäre aber auch der inflationäre Handlungsspielraum von Regierung, Parlament und Notenbank einzuengen. Denn es geht wohl nicht an, etwa Streiks oder Boykotts auszuschalten, aber dem "Deficitspending" keine Grenzen zu setzen und den Wechselkurs zu tabuisieren94.

⁹⁰ Vgl. G. v. Eynern, Die wirtschaftliche Macht, Berlin 1952, S. 23: "Viele idyllischen Schilderungen des Modells einer angeblich machtfreien oder zumindest machtarmen Wirtschaft mußten dazu herhalten, die tatsächlich bestehenden Machtverhältnisse zu verschleiern; sie dienten damit der Erhaltung der Machtposition der gegenwärtigen Machtinhaber. In Wirklichkeit ist eine machtfreie Wirtschaft kein erreichbarer Idealzustand, sondern eine Utopie. Macht läßt sich nicht beseitigen, sondern nur bändigen und kontrollieren."

 $^{^{91}}$ Vgl. dazu anders etwa *Ch. Watrin*, Geldwertstabilität, Konzertierte Aktion und autonome Gruppen, in: Konzertierte Aktion, herausgegeben von E. Hoppmann, Frankfurt a. M. 1971, S. 225 f.

⁹² Vgl. Bundesgesetz über Kartelle, vom 20. Dezember 1962. Zur wettbewerbspolitischen Praxis vgl. Veröffentlichungen der schweizerischen Kartellkommission, Jahrgang 1966 ff.

⁹³ Bezüglich der Lohnvereinbarungen zwischen den Arbeitsmarktparteien denkt etwa Koppensteiner an "die verbindliche Festlegung von Toleranzgrenzen". (Vgl. *H.-G. Koppensteiner*, Konzertierte Aktion zwischen Geldwertstabilität und Tarifautonomie, in: Konzertierte Aktion, Frankfurt 1971, S. 262).

⁹⁴ Vgl. übereinstimmend etwa *H. Giersch*, Probleme stabilisierungskonformer Lohnpolitik, in: Kyklos, 1967, S. 165.

Der Ordnungspolitik ist somit die Aufgabe gestellt, die Machtstruktur in Wirtschaft und Gesellschaft mit der optimalen Preisniveaustabilität in Konsistenz zu bringen. Daß diese Aufgabe gelöst werden kann, setzt aber eine entsprechende Konstellation der politischen Macht voraus. Angesichts der zahlreichen Staaten im Staat, die bei einer institutionellen Analyse des Teuerungsprozesses hervortreten, wird man geneigt, die Inflation als Problem der Ohnmacht der legitimen Hüter des Geldwerts zu begreifen.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Wir treten nun in die Diskussion des Referates ein. Ich darf als ersten Diskussionsredner Herrn Arndt, Berlin, das Wort erteilen.

Klaus Dieter Arndt (Berlin):

Mein Diskussionsbeitrag sei ein faires Echo. Er bedarf keines Finales. Ich werde aphoristisch sprechen. Das erleichtert es dem Herrn Vorsitzenden, abzuschneiden, und Ihnen geht nichts an Zusammenhang verloren.

Herr Würgler nannte fünf Inflationshypothesen im weiteren Sinne. Die ersten vier waren: Erstens: falsche Stabilisierungspolitik, also Unvermögen; zweitens: Gruppenkampf führt zur Überforderung des Potentials; drittens: Regierung und Notenbank sind schuld; viertens: Wettbewerbsordnung ist zu schwach. — Welche von ihnen ist richtig, oder im Gegenteil gefragt: Stimmt überhaupt eine von ihnen? Das Schlimme ist, sie stimmen alle. Deshalb gehört zu den soeben genannten vier noch die erste Hypothese, die von Herrn Professor Würgler zu Recht auf die erste Stelle gesetzt worden ist. Sie heißt: Jede Inflation ist individuell. Monistische Erklärungen versagen, wie sie auch versagen bei Erklärung der Arbeitslosigkeit, des Zahlungsbilanzdefizits oder der elitären Einkommensverteilung wie auch bei der Erklärung alles anderen Übels.

Der Vortragende nannte dann drei Inflationshypothesen im engeren Sinne, für die das gleiche gilt: Nachfragesog, Kostendruck, Geldvermehrung. Auch hier gilt: Jede Inflation ist individuell. Nachfragesog würde ich als Dominante wählen für die Erklärung der Verhältnisse in Westeuropa und in den USA im Jahre 1965, Kostendruck für die englische Krankheit der sechziger Jahre und Geldvermehrung — eine von Herrn Würgler nicht so geschätzte Hypothese — für die Lage in der westlichen Welt seit 1970. Jedes dieser Beispiele hat natürlich Elemente von allen dreien: Kostendruck, Nachfragesog und Geldvermehrung; aber eines von ihnen dominiert. Für die praktische Wirtschaftspolitik heißt das: Wird dieses eine nicht auch bekämpft, setzt sich die Inflation fort.

Zur "Geldvermehrung" wird gefragt: Wie wird in der Mikroökonomie mehr Geld zu mehr Preisen? — Eine Milton-Frage! Gehen wir in die

Verhaltensweise der Mikroökonomie, dann ist meine Vermutung: Wenn Geld nicht mehr knapp ist und der Realzins bei Null liegt oder null ist, lohnt sich für die Leitungen das scharfe Rechnen nicht mehr; der spitze Bleistift wird überflüssig, es genügt ein Pinsel oder Kreide. Allerdings nicht in der Buchhaltung — da gilt weiter: Mark gleich Mark und Pfennig gleich Pfennig —, aber bei den Dezisionen der Leitung. In dieser Lage sind wir.

Einige Zahlen! Die internationale Liquidität — definiert in Dollar, Gold, in IWF-Reservepositionen und Sonderziehungsrechten — erhöhte sich in der ersten Hälfte der 60er Jahre um 11½ Milliarden Dollar, in der zweiten Hälfte um 9 Milliarden Dollar, in diesem Jahrzehnt also um jährlich 2 Milliarden Dollar. Das ist schon mehr als in den 50er Jahren, in dem Jahrzehnt davor. Vielleicht ist es schon zuviel für die darauf aufbauenden quantitätstheoretischen Analysen.

Aber es hält keinen Vergleich mit dem aus, was nach 1970 kam, denn 1970 und 1971 stieg die Weltliquidität um 47 Milliarden Dollar, während sie in dem Jahrfünft vorher um rund 10 Milliarden Dollar — nämlich der Hälfte aus 11¹/₂ plus 9 Milliarden Dollar — zugenommen hat. In zwei Jahren ist so viel an zusätzlicher Weltliquidität entstanden wie in den 25 Jahren zuvor, seit das Abkommen von Bretton Woods bestand.

Dies geht auch im Jahre 1972 zügig und zügellos weiter. Für die ersten sechs Monate sind schätzungsweise weitere 14 bis 15 Milliarden Dollar dazugekommen, in sechs Monaten so viel wie früher in einer Zehnjahresperiode. Das ist nicht die Welt des business as usual, für die Friedman formuliert, für die wir gewöhnlich formulieren. Das ist ein monetäres Szenario, das zuletzt im zweiten Weltkrieg auftauchte.

Ich glaube, auch im Hintergrund des jetzigen Szenarios liegt ein Krieg: Leben vernichtend, Material verzehrend, aber easy finanziert. Durch die Dollarankaufspflicht der Nicht-Dollar-Länder erfolgt eine Verteilung der Lasten auch auf Westeuropa und Japan. Wenn man sich die Außenhandelsstatistiken und die Exportüberschüsse ansieht, die Westeuropa und Japan seit einigen Jahren gegenüber Osteuropa — einschließlich der UdSSR — haben, wird man das Gefühl nicht los, daß wir beide Seiten, die dort kämpfen, realwirtschaftlich alimentieren.

Aber zurück zu dem ursprünglichen Gedankengang. Die Aufblähung der Zentralbankbilanzen und die Explosion der Bilanzsumme der Geschäftsbanken ist unter den gegebenen Umständen — Dollarankauf zu festen Wechselkursen oder zu festen Leitkursen — ein ökonomisches Gesetz; es ist nicht Macht. Man kann fragen: Müssen wir die Dollar kaufen, und ist es die Macht der USA, die uns dazu veranlaßt? Aber diese Frage stößt auf keinen empirischen Befund. Nicht Minister

Connally hat auf die Rückkehr zu Leitkursen und dergleichen gedrängt, sondern die anderen Wirtschafts- und Finanzminister im Zehnerklub.

Daß es vor den amerikanischen Wahlen als unfreundlicher Akt von den USA empfunden würde, ist meines Erachtens nicht der Grund, warum Westeuropa und Japan sich nicht von der Dollarankaufspflicht trennen und statt dessen ihr internationales Geld auf Sonderziehungsrechte, auf Gold, auf Titan, Rohöl oder auf Mondgestein — was auch immer ausreichend knapp gehalten werden kann — basieren, sondern es ist auch die Ungewißheit der Wirtschafts- und Finanzpolitiker in diesen Ländern, was bei einem derartigen Akt mikroökonomisch mit den Stahlwerken, beim Volkswagenwerk usw. passiert. Es gibt keine empirische Untersuchung, die diese Wirkungen definieren könnten.

Wie sieht es in den USA mit der easy-Finanzierung des Krieges aus, wo liegt da das Machtproblem? War die Regierung Johnson nach dem Wahlergebnis von 1964 mächtig, oder war sie nicht mächtig? Sie war anscheinend mächtig, ohne Kongreß — wir kennen die Pentagonpapers — und gegen den Wählerwillen in den Konflikt hineinzueskalieren. Aber sie war wiederum nicht mächtig genug, nach innen die Lasten über Steuern zu finanzieren. Und nun, Herr Kollege Würgler — wie messen das die Kollegen von den anderen Disziplinen: Macht des Präsidenten in der einen und Ohnmacht in der anderen Richtung? Was gibt das für einen Saldo an Macht? Ist er positiv oder negativ?

Doch zurück zu anderen Gebieten: Die von Ihnen favorisierte Hypothese: Gruppenkampf — oder wie es der Sachverständigenrat nennt: Verteilungskampf — hat mich bisher nicht überzeugt. Ich bezweifle das zunächst für den Fall der bewußt gewollten Inflation, also für den Fall, daß es in den uns interessierenden Ländern eine Gruppe gibt, die Inflation will. Dazu gehören nicht einmal diejenigen, die im vorigen Jahr zu negativem Realzins gebaut haben. Irgendwann müssen auch diese Mikroökonomen einmal wieder zum Geld zurück, oder sie setzen sich laufend unter Investitionszwang. Ich glaube weiter auch nicht, daß die Menschen nur von Stabilität reden und sie nicht meinen. Im allgemeinen meinen Menschen das, wovon sie beharrlich sprechen.

(Heiterkeit.)

Das gilt auch für unser Fach und nicht nur für Schreibtischtäter des Terrorismus.

Aber wie ist es mit der unbewußt erzeugten, der ungewollten Inflation? Ich bezweifle, daß Kampf — ob Gruppenkampf oder Klassenkampf oder sonstwie Kampf — uns z. B. die Verhaltensweise der Lohntarifpartner erklärt. Das ist eine zentrale Frage, und sie müßte uns die Kostendruck- und Gruppenkampftheorie beantworten. Die Tariflöhne folgen ja — jedenfalls im Unternehmensbereich — den Effektivlöhnen

und nicht umgekehrt. Darauf deutete auch Herr Würgler mit seinem Hinweis auf die Personalchefs hin. Bliebe die Gewerkschaft XYZ nicht den Effektivlöhnen tariflich auf den Fersen, würde sie funktionslos und eine Arbeitsfront oder ein FDGB werden.

Das kann man auch anders ausdrücken: Die Beseitigung oder Einschränkung der Tarifautonomie oder die Einschränkung oder Beseitigung des Streikrechtes würden keine Verminderung des Lohnkostendruckes bringen, sondern meines Erachtens ein Fluglotsenverhalten für weite Bereiche der Arbeitnehmer.

Damit erschöpft sich aber auch schon meine Abweichung. Herr Vorsitzender, Sie können für mich Schluß erklären.

Eine Bemerkung vielleicht noch zu den Fragen: Maximaler Wettbewerb — offene Märkte — EWG — Konjunktursteuerung und Währungspolitik. Da ist nur zu unterstützen, was gesagt wurde. Schon beim Wechselkurs war die Tabuisierung nicht so sehr eine Frage der Macht als der Ignoranz. Vollbeschäftigungspolitik ist ein Stück Allgemeinbildung; jeder weiß darüber Bescheid. Aber Währungspolitik war bis vor wenigen Monaten noch Hohe Schule.

(Heiterkeit.)

Für die Massen — und in diesen Massenbegriff schließe ich in dieser Frage Notenbankleiter, Politiker und Bankiers ein — gibt es nur learning by doing. Bis dahin hatten sie sich mit der herrschenden Ordnung nach Bretton Woods plus festen Wechselkursen beruhigt; darüber brauchte man nicht nachzudenken. Doch Nachdenken ist wichtig.

(Beifall.)

Hanns-Joachim Rüstow (München):

Kein Zweifel, daß jede Inflation individuellen Charakter haben kann. Aber unter all den vielen Gründen für die Inflation ist ohne Zweifel einem bestimmten Grund exzeptionelle Bedeutung zuzusprechen: Wir haben zur Zeit einen Diskontsatz von 3 % bei einer Geldentwertung von 5 %. Das heißt, der Realzins der Notenbank liegt unter Null. Die Notenbank gibt also Kreditnehmern Kreditprämien, statt Zinsen von ihnen zu verlangen. Der Kapitalmarktzins liegt nur wenig über Null.

Daß bei einem so geringen Realzins ständig mehr Kapazitäten und damit Arbeitsplätze geschaffen werden, als überhaupt Arbeitskräfte da sind, ist völlig klar. Die private Investition wird eben durch die Kreditpolitik der Notenbank nicht genügend gedrosselt.

Wenn dann durch ein Übermaß an Arbeitsplätzen bei knappem Angebot an Arbeitskräften — wir haben im Inland überhaupt keinen

Nachwuchs an Arbeitskräften; es scheiden mehr Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß aus, als neue hinzukommen — die Übernachfrage nach Arbeitskräften und die wechselseitige Abwerbung von Arbeitskräften die Löhne in die Höhe treiben, muß sich daraus eine inflatorische Preisentwicklung ergeben.

Zur Zeit ist es so, daß die Investitionsgüter- und die private Verbrauchsgüternachfrage - die private Verbrauchsgüternachfrage rührt ganz überwiegend aus Löhnen her — um 30 bis 50 Milliarden über dem realen Zuwachs des Bruttosozialprodukts liegt. Es ist ganz klar, daß bei diesem Überschuß der Nachfrage nach Investitions- und Verbrauchsgütern über das Angebot der Staat ganz unmöglich durch Zurückhaltung und Einschränkung seiner Ausgaben den Einfluß auf das Preisniveau paralysieren kann. Die paar Milliarden, die von einem Etat eingespart werden können, bilden gegenüber den 30 bis 50 Milliarden, die von der anderen Nachfrageseite auf den Markt strömen, nur Tropfen auf einen heißen Stein. Ihr Einfluß auf das Preisniveau steht in gar keinem Verhältnis zu der höchst bedenklichen Einschränkung des Ausbaus der Infrastruktur, der Maßnahmen für Umweltschutz und der Reformen. Mit einem unerwarteten Ausfall von öffentlichen Aufträgen ist bei bestimmten Wirtschaftszweigen — z. B. Tiefbau usw. — dazu noch ein Verlust verbunden, der die paar Milliarden, die dabei eingespart werden, womöglich übersteigt.

Daher ist es gar keine Frage: Wir müßten die privaten Investitionen, die private Nachfrage stärker drosseln. Die Zentralbank ist dazu nicht in der Lage. Wenn sie nämlich ihren Diskontsatz, der jetzt real unter Null liegt, in die Höhe setzt, wird sie noch stärker mit Devisen überschwemmt und dadurch in ihrer Kreditpolitik noch stärker matt gesetzt.

Ich komme damit auf die Argumentation von Herrn Arndt zurück: Durch die Überschwemmung mit Devisen ist die Bundesbank zur Zeit in ihrer zentralen Steuerungsfunktion völlig matt gesetzt. Diese Steuerungsfunktion besteht darin, die Investitionsquote so zu regulieren, daß nicht mehr und nicht weniger Arbeitsplätze geschaffen werden, als im Inland Arbeitskräfte verfügbar sind. Das ist eine Steuerungsfunktion, die wir in unserem System gar nicht entbehren können. Erst durch ein Abstoppen des Devisenzustromes könnten wir die Zentralbank wieder funktionsfähig machen. — Das ist die erste Voraussetzung, aber nur eine notwendige, keinesfalls eine ausreichende Voraussetzung für Stabilität.

Es ist nämlich möglich, daß, wenn keine ständige Übernachfrage nach Arbeitskräften, wie sie bei uns seit vielen Jahren chronisch ist, vorliegt, dennoch durch eine Gewerkschaftsstruktur wie in England die Gewerkschaften zu hohe Löhne durchsetzen. Heutzutage ist es keines-

wegs etwa Schuld der Sozialpartner, wenn zu hohe Löhne sich durchsetzen. Bei der Übernachfrage nach Arbeitskräften, die durch die Schaffung von Überkapazitäten bedingt ist, ist das eine zwangsläufige Entwicklung, gegen die Orientierungsdaten ebensowenig ankommen wie Maßhalteappelle; beide können nicht berücksichtigt werden, weil die Arbeitgeber und die Arbeitnehmervertreter die gleiche Angst vor wilden Streiks haben, die ausbrechen würden, wenn man in einer solchen Situation der Übernachfrage nicht auch die tariflichen Löhne ansteigen ließe.

Wie ich schon sagte, müssen wir also die Zentralbank wieder funktionsfähig machen; aber das ist nur eine notwendige, nicht eine ausreichende Bedingung für Stabilität. Wenn nämlich bei einer auch einigermaßen ausgeglichenen Situation auf dem Arbeitsmarkt zu hohe Löhne gezahlt werden und damit zu viel private Nachfrage auf den Markt kommt, dann müßte das Lohnsystem von heute geändert werden. Dabei muß man die geringe konsumtive Nachfrage der Unternehmer auf Grund ihrer geringen Zahl berücksichtigen. Ich sagte schon in der Diskussion des Referats von Krelle: Wir haben in der Industrie nur noch 15 000 Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten. Der Konsum der Unternehmer — gegenüber dem Konsum von über 22 Millionen Arbeitnehmern — ist so geringfügig, daß heute eine Lohnerhöhung gar nicht mehr eine Einkommensumverteilung zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern zustande bringen kann. Darum ist die Lohnpolitik von heute einfach anachronistisch. Sie hat im vorigen Jahrhundert eine ganz entscheidende Bedeutung gehabt, wo wirklich die Arbeitgeber in der Lage waren, das Lohnniveau auf dem Existenzminimum zu fixieren. Die monopolistischen Zusammenschlüsse der Arbeitnehmer zu Gewerkschaften haben das verhindert. Das war eine sozial gar nicht hoch genug zu bewertende Tat. Heute ist eine solche Lohnpolitik aber völlig anachronistisch.

Man sollte sich deshalb überlegen, ob man nicht auch mit dieser Tabuisierung aufräumen und eine ganz andere Lohnpolitik einführen sollte. Bei ihr sollten die Sozialpartner nicht etwa ausgeschaltet werden, sondern sie sollten bei der Gestaltung des Lohn-Niveaus mitwirken. Das Lohnniveau müßte so gestaltet werden, daß die Preisstabilität garantiert wird und daß genügend Spielraum für öffentliche Ausgaben zum Ausbau der Infrastruktur usw. verbleibt. Dabei könnte man eine solche Regulierung des Lohnniveaus mit einer elastischen Lohngestaltung der einzelnen Tarifbereiche und der einzelnen Betriebe verbinden. Dafür gäbe es durchaus Möglichkeiten, die ich schon an anderer Stelle dargestellt habe.

(Beifall.)

Joachim Starbatty (Köln):

Ich möchte mit einer etwas provozierenden Anmerkung beginnen: Eine Inflationsursache liegt möglicherweise darin, daß die Ökonomen den Politikern falsche Konzepte liefern. Sie, Herr Professor Würgler, sprachen bei Ihrer ersten These zum Beispiel von einer natürlichen Inflationsrate. Wenn Sie sich vorstellen, welche Signalwirkung diese Aussage im politischen Bereich haben kann, würden Sie möglicherweise vorsichtiger sein. Nehmen wir an, man wägt dort ab, ob man Wachstums- oder Stabilitätspolitik betreiben solle. Die Gruppe der Stabilitätspolitiker ist zudem immer etwas in "Rückhand". Wenn dann ein solcher Satz zitiert wird, dann haben es die Stabilitätspolitiker sehr schwer, gegen einen solchen Satz zu argumentieren, zumal er auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik gefallen ist.

Weiter gibt dieser Satz noch Anlaß zu der Auffassung, daß möglicherweise ein Anstieg der natürlichen Inflationsrate auch wachstumsfördernd sei. Hier gibt es Thesen, die wir in der Vergangenheit oft gehört haben, von denen wir aber wissen, daß sie nicht zu halten sind. Wir haben jetzt höhere Inflationsraten als früher, aber sehr viel geringere Wachstumsraten. Es gibt hierfür einleuchtende Überlegungen, etwa daß das Rechnen mit dem spitzen Bleistift bei Stabilität eher gewährleistet ist als bei Inflation. Rechnen mit dem spitzen Bleistift heißt: Suche nach Kosteneinsparungen. Ein aktuelles Beispiel: Wenn Wirtschaftssubjekte versuchen, sich vor der Inflation zu schützen, dann werden sie heute in Grund und Boden investieren und damit die Produktionsfaktoren im Bausektor sehr viel stärker auf den privaten Bereich hinlenken, als das bei Stabilität der Fall wäre. Dann fehlen eben die Ressourcen, die für innere Reformen notwendig sind. Dann steigen eben die Baupreise, weil der Staat selber mithalten will, weil er bestimmte Wahlversprechen gegeben hat, die er einhalten will.

Insofern müßte man sich hier doch etwas an empirischen Untersuchungen orientieren, die gerade in der letzten Zeit gezeigt haben, daß ein Anstieg der Inflationsrate eben nicht mit einem Anstieg der Wachstumsrate gekoppelt ist. — Das aber nur nebenbei.

Ich möchte auf einen sehr wichtigen Punkt hinweisen, der zwar angesprochen wurde, der aber in dem Referat etwas zu kurz gekommen ist. Das ist die Frage, warum wir gerade in den letzten drei Jahren einen starken Anstieg der Inflationsrate gehabt haben. Nach Ihrer Auffassung, Herr Professor Würgler, müßte damit eine Verschärfung der Gruppenkämpfe einhergegangen sein. Hier bräuchten wir Indikatoren, um nachzuweisen, ob sich die Gruppenkämpfe verschärft haben.

Den Punkt, den Herr Dr. Arndt angesprochen hat, kann man noch ausführen: Inflation hat in etwa etwas mit Gelddrucken zu tun. Nicht

nur die amerikanischen Zahlungsbilanzdefizite sind die Ursache für das Anwachsen der internationalen Liquidität gewesen, sondern auch die Notenbanken, die Dollars aufgekauft haben, sind daran beteiligt gewesen. Bisher haben fast alle Notenbanken ihre Dollarreserven wieder zinsbringend auf den internationalen Geldmärkten angelegt. Einige Notenbanken haben das direkt oder über die Bank für internationalen Zahlungsausgleich auf dem Euro-Dollar-Markt getan. Andere Banken haben amerikanische Geldmarktpapiere gekauft, offensichtlich in der Annahme, daß dadurch die Liquidität in den USA nicht ausgeweitet würde und daß das keine Rückwirkungen auf die amerikanische Zahlungsbilanz hätte.

Wenn so jeder Dollar "dreimal" bei den Notenbanken bilanziert worden ist und wenn man jeden Kredit, den man haben will, im Ausland sehr billig bekommen kann, dann muß man sich überlegen, ob nicht auch die Lohnsteigerungsrate damit etwas zu tun hat. Von der ökonomischen Theorie her wissen wir, daß es unsinnig wäre, etwa Lohnforderungen von 5 oder 6 % zu stellen, wenn man die Geldmenge um jeden gewünschten Betrag ausweiten kann, indem man sich das Geld auf dem Euro-Dollar-Markt besorgt.

Weiter muß man bedenken, daß derzeit alle demokratischen Regierungen quasi Vollbeschäftigungsgarantien abgeben. Es gibt Regierungen, die das auch noch öffentlich verkünden. Wenn das so ist, dann kann man sich vorstellen, wie die Lohnverhandlungen aussehen. Wenn man die Situation 1970/71 betrachtet, stellt man fest, daß beide Sozialpartner daran interessiert waren, die Lohnsätze zu erhöhen, die einen, weil sie die Einkommen der von ihnen Vertretenen erhöhen wollten, die andern, weil sie fürchteten, daß ihnen sonst die Arbeitskräfte weglaufen. Insofern ist das schlicht ein Phänomen der Übernachfrage, die zum Teil politisch abgesichert wird.

Man muß vor allen Dingen auch darauf hinweisen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Lohnsteigerungsrate auf Stundenbasis von ca. 16 % (Mai 1971) auf ca. 9 % (Mai 1972) zurückgegangen ist, trotz einer sehr starken Geldmengenausweitung. Muß man deshalb das Machtproblem nicht differenzierter betrachten?

Eine kurze Bemerkung zur Konzertierten Aktion. Dieses Instrument ist in der Bundesrepublik Deutschland ausgiebig gehandhabt worden. Es hat vielleicht auch für einige Jahre funktioniert. Die Konsequenz dieser Konzertierten Aktion, nämlich die Mäßigung der Lohnsteigerungsraten in Unkenntnis der tatsächlichen Gewinnentwicklungsraten, der Wachstumsraten, hat zu den wilden Streiks im Herbst 1969 geführt. Das war auch ein Anlaß dafür, daß die Gewerkschaften als "gebrannte Kinder" Lohnsteigerungsraten gefordert haben, die das Deba-

kel von 1969 wettmachen sollten. Das muß man alles dabei berücksichtigen.

Eine interessante Variante der Konzertierten Aktion war, daß sie nach 1969 mehr dazu diente, die Regierungspolitik abzusichern, indem die Regierungsvertreter von den beteiligten Tarifpartnern das Plazet zur staatlichen Finanzpolitik einholten.

Eine Schlußbemerkung zur politischen Ökonomie! Heute ist kein Referat vergangen, in dem nicht der Wunsch nach einer Verbindung von politischen Faktoren und Nationalökonomie ausgesprochen wurde. Nun haben Sie, Herr Professor Würgler, einen Vertreter der politischen Ökonomie genannt, der die Ideen von Anthony Downs "Ökonomische Theorie der Demokratie" propagiert. Das dort entwickelte Modell ist aber höchst problematisch, da es lediglich die Übertragung der Mikroökonomie auf den politischen Raum vorsieht. Nun wissen wir, daß der "homo oeconomicus" in der Mikroökonomik keine Realfigur ist, sondern ein "homunculus oeconomicus", wie Machlup ihn einmal genannt hat, um zu zeigen, daß es sich um eine heuristische Fiktion handelt. Wenn man dann das mikroökonomische Konzept auf die politische Ebene überträgt, muß man bedenken, daß man nicht den "homo politicus" vor sich hat, sondern den "homunculus politicus".

Die Entscheidungen in den politischen Gremien kommen nicht so einfach zustande, wie Downs es sich vorstellt, wenn er von "Rationalität" spricht. Politische Rationalität setzt voraus, daß man auch über ökonomische Rationalität informiert ist. Dazu gehört ökonomisches "Ingenieurwissen". Aufgabe der Ökonomen ist es, den Politikern dieses "Ingenieurwissen" beizubringen. Und die Ökonomen sollten ab und zu Praktika in den Bereichen der politischen Willensbildung oder bei Gewerkschaften machen, um zu sehen, wie tatsächlich politisch entschieden wird.

Dieter Cassel (Wuppertal):

Der Referent hat uns in seinem Referat eine ganze Palette von Inflationserklärungen präsentiert und dabei seine Präferenz für eine recht globale Hypothese bekundet. Allerdings habe ich in dem Referat eine Begründung dafür vermißt, wieso diese Hypothese sich als wahr erweisen sollte und insbesondere welcher Kausalzusammenhang in der Wirtschaft gelten soll, damit diese Hypothese sich als wahr erweisen kann.

Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß inzwischen unabweisliche Erkenntnis ist, daß man, um zu einer Inflation zu kommen, eine entsprechende Geldmengenausdehnung braucht. Jede Inflation muß finanziell, monetär alimentiert werden.

Die monetaristische Erklärung setzt nun an den Anfang den monetären Impuls. Wie der Referent angedeutet hat, setzen sich die monetären Impulse, die nach dieser Erklärung originär sind, in reale Vorgänge und dann auch in Preisauftrieb um. Hier ist die Forschung im Gange. Man kann vorläufig noch nicht allzu viel über ihre Ergebnisse sagen.

Will man jedoch den Verteilungskampf, wie es der Referent versucht hat, als sozusagen letzte Ursache für Inflationsprozesse anführen, dann kehrt sich allerdings die Beweisrichtung um. Denn nun muß der Referent zeigen, daß dieser Verteilungskampf Geldmengenausweitungen hervorbringt, die nötig sind, um — wie ich oben gesagt habe — eine Inflation monetär zu alimentieren.

Wenn man nun davon ausgeht — ich glaube, die neuesten Forschungen auf monetärem Gebiet legen das nahe —, daß die Geldmenge auch in der Bundesrepublik rein technisch gesehen von den monetären Autoritäten kontrolliert werden kann, dann stellt sich sehr präzis die Frage, wie die an dem Verteilungskampf Beteiligten nun tatsächlich in diesen Entscheidungsprozeß der monetären Autoritäten eingreifen können, mit anderen Worten: wie sie Macht über die monetären Autoritäten gewinnen können. Gerade in diesem Punkt — das ist mein persönlicher Eindruck — hat das Referat von Herrn Würgler wenig Ansatzpunkte gezeigt. Ich habe gerade diese Zusammenhänge sehr vermißt.

Ich würde sagen, daß ich in der Schlußfolgerung mit dem Referenten übereinstimme. Es liegen hier in der Tat noch zu wenig Kenntnisse vor. Es bedarf hier einer politischen Ökonomie, um möglicherweise Beziehungszusammenhänge aufweisen zu können.

Angesichts des noch nicht endgültigen Beweises der Richtigkeit der einen oder anderen These oder gar beider Thesen — daß die monetären Impulse das Primäre sind und die Inflation die Reaktion auf sozusagen autonom vorgenommene Geldmengenausweitungen darstellt oder aber daß politische Gruppen durch den Verteilungskampf die Inflation hervorbringen — sollte man mit detaillierten Schlußfolgerungen, wie sie der Referent gezogen hat, ausgesprochen vorsichtig sein. Bis zu einem Fortschritt in der Wissenschaft auf diesem Gebiet sollte man sich mit einigen primitiven Regeln begnügen.

(Beifall.)

Carl Doehring (Hannover):

Eine kurze Bemerkung. Bevor ich hier zu dem Referat von Herrn Würgler kam, habe ich die Pressekonferenz des Bundeswirtschaftsministers mitgemacht. Dort wurde von Herrn Minister Schmidt über die deutschen Initiativen zur Inflationsbekämpfung berichtet. Hier spielt

ja auch die Geldmengenvermehrung eine Rolle. Man hat festgestellt, daß in allen Staaten der EWG sich im letzten Jahr eine Geldmengenvermehrung von 15 bis 20 % ergeben hat. Der deutsche Plan sieht nun vor, eine Begrenzung auf 10 % anzuregen und — wohl in Abstimmung mit Frankreich — auf die Dauer einen Satz von 6 % zu erreichen.

Auf die Frage eines Pressevertreters, ob dann auch das notenbankpolitische Instrumentarium geändert werden soll, sagte Minister Schmidt: Ja, die Vorschläge kommen von der Deutschen Notenbank.

Nachdem Sie, Herr Würgler, die Frage der Notenbanken bzw. die Frage der Geldmengenvermehrung auch als Inflationsursache angesprochen haben: Halten Sie die Realisierung solcher Pläne auf der politischen Ebene für möglich?

Manfred Teschner (Berlin):

Ich möchte im Gegensatz zu den Vorrednern meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß Sie, Herr Würgler, das Konfliktproblem so stark in den Vordergrund Ihrer Betrachtung gerückt haben. Von den Vorrednern ist die Bedeutung dieses Problems vielfach zu wenig berücksichtigt worden.

Von einem Vorredner wurde gesagt, Sie, Herr Würgler, müßten versuchen, empirisch nachzuweisen, ob der Verteilungskonflikt tatsächlich zugenommen habe. Nun wissen wir alle — das ist auf dieser Tagung schon sehr deutlich angesprochen worden —, daß man mit der empirischen Messung nicht so gut vorankommt, wie das Wissenschaftstheoretiker — genannt sei hier nur Albert — noch vor fünf, zehn Jahren angenommen haben.

Aber ich möchte einen Hinweis geben. Ich meine, es ist doch immer mehr ins öffentliche Bewußtsein — ins Bewußtsein auch der Unselbständigen — gedrungen, daß die Verteilung der Einkommen, vor allen Dingen die Verteilung des Vermögens, etwas mit Machtpositionen zu tun hat, daß die Machtpositionen von der Vermögensverteilung abhängen. Das hat natürlich auch zu einer Verschärfung des Verteilungskonfliktes beigetragen.

Herr Arndt hat vorhin gesagt, daß für die letzten zwei Jahre die monetaristische These mehr Glaubwürdigkeit habe, nach der die Aufblähung des Dollarbestandes in der westlichen Welt als entscheidende Ursache der Inflation anzusehen sei. Er hat gefragt, ob Johnson tatsächlich so viel Macht hatte, als er die Finanzierung des Vietnam-Krieges nicht über erhöhte Steuern, sondern über den Gebrauch der Notenpresse vornahm. Sicherlich ist der Gebrauch der Notenpresse auch Ausdruck von Macht. Ich würde gern diese Machtposition einnehmen.

(Heiterkeit.)

Man sagt nun, die Europäer könnten am Wechselkurs drehen und brauchten die Dollars gar nicht zu nehmen. Man muß aber sehen, daß wir uns auch hier in einem Konflikt befinden. Auch bei der monetaristischen These wird hier der Konflikt ganz deutlich. Auf der einen Seite stehen die Interessen der Exportgüterindustrie; sie will nicht, daß der Kurs vom Dollar geändert wird. Auf der anderen Seite sollen aber nicht vermehrt Dollars hereingenommen werden. Das ist ein Konflikt, der nicht unmittelbar zu lösen ist. Was passiert? Man entscheidet sich für die Dollaraufblähung. Wir haben also einen Konflikt, aber es ist keine richtige Lösung gefunden. Die Folge ist: Inflation. Das ist genau das, was Sie gesagt haben.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Herr Würgler, Sie haben das Schlußwort!

Hans Würgler (Zürich):

Ich möchte den Votanten sehr herzlich für ihre interessanten Beiträge zu diesem sehr weiten Problemkreis danken, der mit meinem Referat angesprochen worden ist. Aus dem Vorgebrachten möchte ich gemäß subjektiver Wahl einige Dinge herausgreifen.

Zunächst ist etwas ganz klarzustellen: Ich wäre der letzte, der bestreiten würde, daß die Geldvermehrung mit der Inflation etwas zu tun hat. Ich bedauere, wenn das nicht so deutlich herausgekommen ist. Wenigstens meine ich, Herr Arndt, daß Sie nicht hätten heraushören dürfen, daß ich die Geldvermehrungshypothese minder schätze. Im Gegenteil! Ich habe den Eindruck, daß wir hier ein Forschungsgebiet vor uns haben, das noch beachtliche Probleme birgt. Auf eines dieser Probleme habe ich hingewiesen. Mir ist noch nicht in allen Teilen sichtbar geworden, wie die Verzahnung des monetären mit dem realen Bereich der Wirtschaft erfolgt und in welcher Rolle in diesem Zusammenhang die Institutionen zu sehen sind, die das Geldangebot in der Hand haben.

Was meine Favorisierung der Gruppenkampfhypothese betrifft, so ist selbstverständlich, daß diese Hypothese nicht ohne die anderen Hypothesen leben kann. Aber ich meine, daß die nähere Verfolgung dieser Hypothese in der Forschung der nächsten Jahre vielleicht einiges zur besseren Bewältigung des Inflationsproblems beitragen könnte — wenn man das will.

Herrn Rüstow möchte ich fragen, wie er beurteilt, was zu hohe Löhne sind, die durchgesetzt werden können.

(Beifall.)

Ich habe im ersten Entwurf meines Referates noch ein Kapitel über den Zusammenhang von Lohnpolitik und Produktivität und alle diese Dinge gehabt. Ich habe aber gefunden, daß das eigentlich doch weitgehend bekannt sein dürfte, weshalb ich hier die notwendige Kürzung vorgenommen habe.

Aus den Darlegungen von Herrn Starbatty möchte ich das Problem der natürlichen Inflationsrate herausgreifen und ganz offen bekennen, daß das neuer Wein ist, der noch nicht ausgegoren hat, und daß hier noch einiges Denken investiert werden muß. Ich habe nur in einem Satz angedeutet, daß ich diese natürliche Inflationsrate mit den Problemen in Verbindung bringen möchte, die auf dieser Tagung von Herrn Seidenfus unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes behandelt worden sind. Ich denke dabei an das Problem der Bewältigung des Verzehrs von Ressourcen. - Nebenbei bemerkt: Die sozialistischen Länder pflegen die Preispolitik teilweise gerade dafür einzusetzen, um auf ihre Weise die Verteilungskonflikte zu lösen. — In diesen Bereich der möglichen Konzepte einer natürlichen Inflationsrate gehört all das, was heute etwa unter der Formel "Privatisierung der sozialen Kosten" diskutiert wird. Ich betone: Diese Ideen sind unausgegoren. Es tut mir leid, wenn ich den stabilitätspolitischen feed-back mit der Herausstellung dieses theoretischen Konzeptes übersehen haben sollte. Nun gut, ich weiß nicht, wie hoch in der Wirkung eingeschätzt werden muß, was hier gesagt wird.

Ich darf vielleicht noch auf das Streikproblem kurz zu sprechen kommen, auf das ich in meinen Schlußfolgerungen im Zusammenhang mit der schweizerischen Einrichtung des sogenannten Friedensabkommens im Bereich der Maschinenindustrie hingewiesen habe. Dort besteht seit vielen Jahren ein Vertrag zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, der Streiks auf der einen Seite und Aussperrungen auf der anderen Seite als Kampfmittel ausschließt. Weshalb? Aus der Überzeugung heraus - da kommt nun die Verbindung der Inflationsfrage mit der Wachstumsfrage --, daß Streiks zu einer Wachstumsverminderung führen, wenn man das Wachstum am Bruttosozialprodukt mißt. Ich basiere hier auf dem Ansatz von Okun, den wir an unserem Institut für die Berechnung der Konjunkturbewegung verwenden. Er hat den potential output zum tatsächlichen output in Verbindung gebracht. Auf Grund dieses Ansatzes möchte ich meinen, daß Streiks das Bruttosozialprodukt beeinträchtigen, weil sie den potential output in einer bestimmten Zeit nicht ausnutzen lassen. Damit hat man einen inflatorischen bias, weil dadurch das Gesamtangebot vermindert wird, während die Einkommen weitgehend weiterlaufen.

Noch ein Wort zu Herrn Teschner. Ich bin durchaus der Meinung, daß in der Forschung die Wirkungen der Inflation auf die Vermögens-

verteilung in den nächsten Jahren stärker untersucht werden sollten. Hier besteht nämlich noch ein Ungleichgewicht zwischen der Forschung, die sich mit den Effekten bei der Einkommensverteilung befaßt, und der Forschung, die auf die Vermögensverteilung ausgerichtet ist.

Ein letztes Wort soll ein Hinweis auf ein Forschungsprojekt sein, das wir in unserem Institut verfolgen möchten. Das führt mich auch zum Eingeständnis gegenüber Herrn Starbatty, daß die Gruppenkampfhypothese noch genauer untersucht werden muß. Wir möchten versuchen, aufbauend auf Aujac und Åkerman, die institutionellen Faktoren sozusagen mit den ökonomischen Problemen zu verknüpfen, und zwar ausgerichtet auf das Inflationsproblem. Wir wollen versuchen, in den Makromodellen nicht nur weiter in den Mikrobereich einzudringen, sondern unter dem Gesichtspunkt der Entscheidung der Wirtschaftssubjekte wichtige Institutionen mithineinzunehmen. Vielleicht gelingt es, auf diese Weise zu einer Inflationstheorie zu kommen, die in der Zukunft in der Schweiz die Stabilisierungspolitik zu verbessern vermag.

(Beifall.)

Diskussionsleiter Artur Woll (Gießen):

Herzlichen Dank auch Ihnen für das Schlußwort. Ich schließe damit die Vormittagsveranstaltung.